

Jaromír Balcar
Politik auf dem Land

Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte

Band 56

Bayern im Bund
Band 5

R. Oldenbourg Verlag München 2004

Jaromír Balcar

Politik auf dem Land

Studien zur bayerischen Provinz
1945 bis 1972

R. Oldenbourg Verlag München 2004

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© 2004 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung
außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzu-
lässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikro-
verfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56598-2

Inhalt

Vorwort	XI
Prolog: Erpfting – Politik in einer ländlichen Idylle	1
1. Ein Dorf wie viele andere	1
2. Die alten Eliten und die neue Zeit (1948–1966)	3
3. Elitenwechsel und forcierte Erschließungspolitik (1966–1978) ...	7
Einleitung	15
1. Das Thema: Untersuchungsraum und Quellenlage	15
2. Fragestellung und Aufbau der Arbeit	26
Teil A: Basisnahe politische Eliten 1945–1972	39
I. Die Gemeinden: Bürgermeister und Gemeinderäte	39
1. 1945: Erzwungener Elitenwechsel durch die amerikanische Militärregierung	39
a) Amerikanische Säuberungspolitik auf der Kreis- und Gemeindeebene	40
b) „Hire-and-fire“: Die Neubesetzung kommunalpolitischer Schlüsselpositionen	42
c) Renazifizierung der kommunalpolitischen Eliten nach 1948? ..	46
2. 1948: Rückkehr zur Normalität	51
a) Rahmenbedingungen des politischen Lebens	51
b) Die Altersstruktur der Bürgermeister in Landsberg und Roding 1948	54
c) Die Herrschaft der Selbständigen	58
d) Neubürger in der Kommunalpolitik	61
3. Die windstille Phase (1949–1965)	63
a) Männer in den „besten Jahren“	64
b) Kommunalpolitik als „Männersache“	67
c) Der Niedergang eigenständiger Flüchtlingsvertretungen in der Kommunalpolitik	70
4. Vorboten der Veränderung: Die Kommunalwahlen von 1966	76
a) Gesellschaftlicher und politischer Umbruch in den sechziger Jahren	76
b) Trendwende: Die Generation des Wiederaufbaus tritt ab	77
c) Die Dominanz der Bauern bröckelt	82

5. Umbruch im Zeichen der Gebietsreform: Die Kommunalwahlen von 1972	87
a) Die „Männer der ersten Stunde“ treten ab.	87
b) Das Ende der Herrschaft der Selbständigen	91
c) Bürgermeister und Gemeinderäte – Differenzierung nach Gemeindetypen	94
II. Die Landkreise: Landräte und Kreisräte	103
1. Die Kreisräte	104
a) Altersschichtung	104
b) Berufsgruppenschichtung	107
2. Die Landräte	114
a) Altersschichtung	114
b) Berufsgruppenschichtung	116
c) Weder Einheimische noch Neubürger: Zur Herkunft der Landräte	122
III. Die Abgeordneten des Bayerischen Landtags.	125
Teil B: Die Volksparteien auf dem Land	133
I. Die Parteien in den Startblöcken: Mühsamer Neubeginn nach 1945 .	133
1. Blitzstart: Die frühen Erfolge der CSU.	135
a) Parteigründung auf Befehl von oben: Der Aufbau der CSU im Landkreis Wasserburg	136
b) Honoratiorenzirkel statt Volkspartei: Die Wiederbelebung der BVP im Gewande der CSU.	138
c) Die „graue Eminenz“ der Wasserburger CSU: Max Zwicknagl	141
d) Flügelkämpfe in der CSU	144
2. Fehlstart? Der schwierige Neubeginn der SPD auf dem Land. ...	147
a) Wiederbelebung der (Arbeiter-)Partei: Der Gründerzirkel der Wasserburger SPD	148
b) „Sand im Getriebe der Welt“: Ein Sozialdemokrat als Landrat von Wasserburg.	150
c) Im Ghetto der Zentren: Programmatik, Organisation und Mitglieder der Wasserburger SPD.	152
d) Vom Flüchtling zum Genossen.	153
3. Erste Schritte in die Demokratie: Wahlen und Wahlkämpfe 1946 .	156
a) Der schwungvolle Wahlkampf der CSU	156
b) Die SPD in der Defensive	158
c) Fruchtbare Mühen: Die KPD auf dem Land	159
d) Der Demagoge und die Bauern: Die Erfolge der WAV in Nördlingen	161
e) Hochburg und Diaspora	163
f) Der Blitzstart der CSU auf dem Land	166

II.	Auf der politischen Achterbahn: CSU und SPD in den fünfziger Jahren	169
1.	Am Rande des Abgrunds: Die Krise der CSU (1948–1952)	171
a)	Der Zusammenbruch der Parteiorganisation	171
b)	Die Bayernpartei – Aufstieg einer weiß-blauen Protestbewegung	175
c)	Das Kaninchen vor der Schlange: CSU und Bayernpartei 1949/50	178
d)	Herbe Wahlschlappen: Die Bundestagswahl 1949 und die Landtagswahl 1950	184
e)	Die Extratouren des „Bauernschinkens“: Die Kommunalwahlen von 1952	193
f)	Faktoren des Niedergangs – eine Bilanz	200
2.	Aufstieg zur Volkspartei: Die zweite „Landnahme“ der CSU (1953–1962)	202
a)	Ein Silberstreifen am Horizont: Die Bundestagswahl von 1953	202
b)	Eine „Sternstunde in der Geschichte der Wasserburger CSU“: Eine neue Politikergeneration kündigt sich an	208
c)	Parteireform an Haupt und Gliedern: Der organisatorische Neubeginn ab 1955	213
d)	(Wahl-)Erfolg: Der Durchbruch zur Hegemonialpartei	234
3.	Auf dem Rückweg nach Weimar? Die SPD in den fünfziger Jahren	258
a)	Als Stadtpartei auf dem Land: Die Wahlergebnisse der SPD 1949–1958	258
b)	Gegen den Strom: SPD-Programme und öffentliche Meinung	263
c)	Die Parteiorganisation der SPD auf dem Land	268
d)	SPD-Wahlkämpfe auf dem Land	277
e)	„Dame ohne Unterleib“: Mangelndes kommunalpolitisches Fundament	283
f)	Partei der Außenseiter	288
III.	Die Volksparteien in den langen sechziger Jahren	293
1.	Der kurze sozialdemokratische Frühling	294
a)	Die Lehren der Niederlagen	294
b)	Ein Frühling, dem kein Sommer folgte: Die Wahlergebnisse der SPD 1961–1974	302
c)	Der Imagewandel der SPD	305
d)	Auf der Suche nach der landwirtschaftlichen Kompetenz	309
e)	Ein überfälliger Generationswechsel: Die personelle Erneuerung der SPD	314
f)	„Zu was braucht ihr einen Kassier, wenn ihr kein Geld habt?“ Die Finanzen der SPD in den sechziger Jahren	320
g)	Der steckengebliebene Ausbau des Parteiapparats	328

h) Eine „Partei des ganzen Volkes“? Die Mitgliederentwicklung der SPD	333
2. Die neuen Herrscher Bayerns: Die CSU in den sechziger Jahren	341
a) Die „bayerische Staats- und Mehrheitspartei“: Die Wahlergebnisse der CSU in den langen sechziger Jahren	341
b) Die „Massen- und Apparat-Partei modernen Typs“: Organisation, Mitglieder und Finanzen	345
c) Der Apparat macht sich bezahlt: Die Wahlkämpfe der CSU ...	351
d) Die Partei der Landwirtschaft und des Landes	358
3. Die Krisen der Volksparteien in den frühen siebziger Jahren	362
a) Nagelprobe der CSU-Hegemonie: Die kommunale Gebietsreform	362
b) Der Aufstand der Jusos und das Ende des sozialdemokratischen Frühlings	371
Teil C: Politisches Handeln auf dem Land	393
I. Politik für das Land	395
1. Die fünfziger Jahre: Planung nach der „Feuerwehrmethode“	395
a) Die Grenzlandproblematik als Katalysator des Planungsgedankens	395
b) „Aktive Sanierung“: Der Richtlinienentwurf von 1951/54	397
c) Von der Hand in den Mund: Politik für das Grenzland in den fünfziger Jahren	400
2. Ein neues Planungsverständnis: Die sechziger Jahre	402
a) Die Denkschrift „Grundlagen und Ziele der Raumordnung in Bayern“	402
b) Die Raumordnungspläne der sechziger Jahre	404
3. Die Zeit der großen Pläne	420
II. Matadore der Modernisierung	425
1. Die Landbürgermeister im Erschließungsprozeß	426
a) Generationelle Erfahrungen als Hemmschuh der Erschließung	427
b) Sozialprofil und Modernisierung	428
c) Amateure und Einzelkämpfer	430
d) Fehlende Anbindung nach oben	433
e) Erschließungspolitik und Parteibuch	434
2. Idealtyp: Die Erschließer des Landes	437
3. Realtyp: Franz Sackmann	439
a) Herkunft und Prägung	439
b) „Hart am Rande der Legalität“: Erschließungspolitik im Landkreis Roding	442
c) Der ungekrönte König des Regentials	451
4. Ein typischer Fall?	454

III. Das Land im sozioökonomischen Strukturwandel	457
1. Die Kosten der Erschließung	458
a) Erschließungspolitik als Gebot der Stunde	458
b) Statistik: Entwicklungstrends des Kommunalhaushalts	464
c) Nahaufnahmen: Die Erschließung des Landes und die kommunale Verschuldung	475
d) Erschließung – Finanzkraft – Verschuldung	481
2. Die Folgen der Erschließung	486
a) Die kommunale Gebietsreform als Ausweg aus der Schuldenfalle	486
b) Zum Erfolg regionaler und lokaler Infrastrukturpolitik: Strukturdaten 1950 und 1968	488
Zusammenfassung	493
1. Kommunalpolitische Eliten auf dem Land	493
2. Die Volksparteien auf dem Land	495
3. Politisches Handeln auf dem Land	501
Anhang	509
I. Abkürzungsverzeichnis	509
II. Quellen- und Literaturverzeichnis	515
1. Unveröffentlichte Quellen	515
2. Veröffentlichte Quellen	518
3. Zeitschriften und Zeitungen	523
4. Literatur	524
III. Karten	559
IV. Verzeichnis der Graphiken und Tabellen	571
V. Register	573
1. Personenregister	573
2. Ortsregister	579
Veröffentlichungen aus dem Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 bis 1973“	585

Vorwort

*Das sind Geschichten
in Büchern gelesen.
Geschichten aus dem täglichen Sterben.
Geschichten die mir niemand glaubt.
Geschichten und sie sind geklaut.
Peter Hein (1980)*

Daß man als Geschichtsschreiber ein Dieb ist, der die Erinnerungen und Geschichten Anderer stiehlt, ist mir so recht erst im Laufe dieser Arbeit aufgegangen, die mich – ein Stadtkind, wie es im Buche steht – aufs Land geführt hat. Sie wurde im Sommersemester 2002 als Dissertation an der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommen, was ich vor allem Hans Günter Hockerts verdanke, der mich als Doktorvater stets mit Interesse und Nachsicht begleitet und mir durch sein gelebtes Vorbild gezeigt hat, was es heißt, Forscher *und* Universitätslehrer zu sein. Dank schulde ich auch Horst Möller, dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, der das Korreferat übernahm, mich über Jahre hinweg in seinem Hause beherbergte – ein immenses Privileg, das man erst richtig zu schätzen weiß, nachdem man die heiligen Hallen an der Leonrodstraße verlassen mußte – und der für die Aufnahme in die Reihe „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“ gesorgt hat. Profitiert habe ich ebenfalls von den Anregungen Martin H. Geyers, der das Drittgutachten erstellt hat, und Gerhard A. Ritters, der das Manuskript überaus gründlich gelesen hat. Beiden sei dafür herzlich gedankt.

Initiatoren und Motoren dieser Studie waren die Mitarbeiter des Projekts „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973“, das vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst gefördert und am Institut für Zeitgeschichte durchgeführt wurde. Ohne Katja Klee, Stefan Grüner, Dietmar Süß, Thomas Schlemmer und Hans Woller hätte sie so nicht entstehen können. Vor allem die beiden letztgenannten standen zu jeder Tages- und Nachtzeit für alle nur denkbaren Probleme zur Verfügung – ein Muster an Teamwork! Die Freundschaften, die daraus entstanden, sind für mich der vielleicht größte Gewinn. Danken möchte ich auch den übrigen Kolleginnen und Kollegen am Institut für Zeitgeschichte, die mich in vielem tatkräftig unterstützt und gefördert haben, sei es bei der Diskussion wissenschaftlicher Fragen, bei der Beschaffung von Quellen und Literatur oder bei der Lösung administrativer Probleme. Darüber hinaus stehe ich bei meinen Kolleginnen und Kollegen an der Universität München in der Schuld, die mir während der Niederschrift viele Aufgaben abgenommen haben. Besonderer Dank gebührt Birgit Seiderer, die mir bei der Auswertung der Lokalpresse behilflich war.

In den staatlichen Archiven und Behörden des Freistaats, im Archiv für Christlich-Soziale Politik (München) wie im Archiv der sozialen Demokratie (Bonn), aber auch in einer Reihe von kommunalen Archiven und Registraturen habe ich stets ein offenes Ohr gefunden, auch wenn meine Wünsche nach immer noch mehr Akten und Kopien sicher eine Belastung darstellten. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern all dieser Institutionen, die nicht alle namentlich erwähnt werden können, sei auf diesem Wege nochmals herzlich gedankt. Zudem konnte ich eine Reihe von Gesprächen mit denjenigen führen, die zwischen den vierziger und siebziger Jahren aktiv Politik auf dem Land gemacht haben. Das vorliegende Buch, das nicht zuletzt ihre Geschichte(n) erzählt, verdankt ihnen viel.

Last not least möchte ich mich bei meiner Familie bedanken, ohne deren enorme Unterstützung diese Studie undenkbar gewesen wäre. Vivian Wagner hat mir vor allem in der Anfangsphase sehr geholfen, konzeptionelle Klippen zu umschiffen und mich später mit aufmunternden Worten über so manche Schreibkrise hinweggebracht. Seraphin und Thalia, die während der Arbeit an dem Manuskript das Licht der Welt erblickt haben, sind oft zu kurz gekommen. Der nimmermüde Einsatz und die Liebe meiner Mutter, Sigrid Balcar, hat dies kompensiert. Dafür und für vieles mehr möchte ich ihr danken, indem ich ihr dieses Buch widme.

München, im Mai 2003

Prolog: Erpfting – Politik in einer ländlichen Idylle

1. Ein Dorf wie viele andere

„Wer von Landsberg aus eine schwache Gehstunde durch den Wald nach Südwesten wandert, sieht inmitten von Wiesen und Feldern, nach Westen abgeschirmt von einer bewaldeten Höhe, das schmucke Dorf Erpfting liegen, gruppiert um einen mächtigen Zwiebelturm, das als Ziel eines Spaziergangs zu empfehlen ist. Die Gaststätten laden zum stärkenden Trunke. Straßen und Gehsteig führen durch das Straßendorf, begleitet von schönen Alleebäumen und dem frischen Dorfbach im sauberen Natursteinbett, gesäumt von Buchenhecken und Grünstreifen. In gepflegten Haus- und Obstgärten stehen die sauberen, weißen Giebel der Bauernhäuser. Jeder spürt, daß sich Generationen hier eine echte Heimat geschaffen haben, eine Bleibe zu ihrem Nutzen, zu ihrer Ehr' und Freud'.“¹

Diese liebevolle Beschreibung des Pfarrdorfes Erpfting aus dem Jahr 1972 entstammt der Feder des gebürtigen Erpftingers Bernhard Müller-Hahl, der zwischen 1958 und 1984 als Landrat des Landkreises Landsberg am Lech fungierte.

Erpfting hat, grob gesprochen, die Form eines stumpfen Winkels, dessen einer Schenkel von Ost nach West bis zur Pfarrkirche reicht, während sich der andere von dort in südwestlicher Richtung bis zu einer alten Mühle erstreckt. Von einer kleinen Anhöhe, die am südlichen Dorfrand sanft in Richtung Mittelstetten und Ellighofen ansteigt, läßt der Wanderer seinen Blick zurück über Erpfting schweifen. Er streift Bauernhöfe, Scheunen und Einfamilienhäuser, um schließlich bei dem mächtigen Zwiebelturm der Pfarrkirche St. Michael zu verweilen. Farblich dominieren das Orange der Ziegeldächer und das Grün der umliegenden Felder, Wiesen und Wälder. Dazwischen sticht das helle Weiß der Häuserwände hervor, deren letzter Anstrich offenkundig nicht allzu weit zurückliegt. Die Wohn- und Wirtschaftsgebäude scheinen wie zufällig um die Pfarrkirche verstreut, kein Plan ist erkennbar, keine von Menschen ersonnene Ordnung, dem sie sich unterzuordnen hätten. Und dennoch fügen sie sich zu einer harmonischen Einheit zusammen, wie sie keine am Reißbrett entworfene Siedlung erreichen kann.

Im Pfarrdorf angekommen stellt man fest, daß Erpfting den von Müller-Hahl angedeuteten Charakter auch heute noch weitgehend beibehalten hat. Die alte Hauptstraße folgt dem verschlungenen Lauf des Loibachs, der in einer waldigen Talschlucht südöstlich des Pfarrdorfes entspringt, Erpfting durchfließt, um schließlich in Richtung Igling zu verschwinden. Wir folgen der Straße, vorbei an Höfen, die teilweise aus dem 17. Jahrhundert stammen, an Gärten mit blühenden Obstbäumen und an der Pfarrkirche mit ihrer blütenweiß getünchten Friedhofs-

¹ Müller-Hahl, Ortsgeschichte Erpfting, S. 5.

mauer und erreichen schließlich den in mühevoller Kleinarbeit restaurierten Pfarrhof, das Schmuckstück des Dorfes. Am nordöstlichen Ortsende, wo ein Gedenkstein an die Römerstraße Via Claudia Augusta erinnert, die von Verona über Augsburg bis an die Donau führte, mündet der Weg in die Verbindungsstraße von Unterdiëßen nach Igling. Der Kontrast zwischen der schnurgeraden Trassenführung der Römerstraße und den Gassen des Pfarrdorfes könnte kaum größer sein: Auf verschlungenen Pfaden winden sich letztere um Höfe und Häuser, Scheunen und Gärten, Hecken und Bäume herum. Auch die nachträglich eingefügten Bauten, fast ausschließlich Austrags- und Einfamilienhäuser, haben die bäuerliche Prägung der Gemeinde kaum verändert. Obwohl auch Erpfting mittlerweile zu einem Wohndorf geworden ist, dessen Bewohner ganz überwiegend in Landsberg, Augsburg und München beschäftigt sind, bestimmt die Landwirtschaft noch immer das Bild. Traktoren und Landmaschinen sieht man an allen Ecken und Enden des Dorfes. Fast scheint es, als wäre die Zeit stehengeblieben. Den malerischen Gesamteindruck stören lediglich mehrere dreistöckige Gemeindehäuser am Ortsrand, die anfangs der fünfziger Jahre errichtet worden sind, um der durch den Flüchtlingszustrom entstandenen Wohnungsnot Herr zu werden. In ihrer Kargheit und Zweckrationalität wirken sie im Ortsbild noch heute wie Fremdkörper, die im Unterschied zu ihren Bewohnern nicht in der Lage waren, sich an ihre neue Umgebung anzupassen.

Die insgesamt fast 1500 Hektar umfassende, 1978 nach Landsberg eingemeindete Kommune Erpfting bestand jedoch nicht allein aus dem malerischen Pfarrdorf. Sie umfaßte auch den erst nach 1945 entstandenen Ortsteil Neu-Erpfting, der im Nordosten des Gemeindegebiets direkt an die Vorstadt Landsbergs anschloß. Neu-Erpfting verkörpert nachgerade den Archetyp der Wohnsiedlungen, die in den fünfziger und sechziger Jahren an den Rändern größerer Städte in ländlichen Regionen wie Pilze aus dem Boden schossen. Hochhäuser und Mietskasernen sucht man vergebens, es dominieren schlichte, zweistöckige Ein- und Mehrfamilienhäuser, die auf den Betrachter wie eine militärische Formation wirken, die in Reih' und Glied zum Appell angetreten ist. Der Eindruck steriler Gleichförmigkeit wird auch durch die gepflegten Gärten nicht aufgehoben, welche die Häuser umgeben. Im Gegenteil, mit ihren immer gleichen Thujen- oder Liguster-Hecken hinter den halbhohen hölzernen Gartenzäunen tragen sie das ihre zur Anonymität und Sterilität der Siedlung bei.

Zur Gemeinde Erpfting zählten zudem die Lechrain- und die Ritter-von-Leeb-Kaserne, die beide in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadt Landsberg größtenteils auf Erpftinger Fluren lagen, sowie die südlich von Neu-Erpfting gelegenen kleineren Siedlungen Alt- und Neu-Friedheim und Andernachhof. Die um 1831 entstandene Einöde Friedheim besteht noch immer aus einer Handvoll Bauernhöfen, zwischen denen nur wenige Austrags- und Wohnhäuser Platz gefunden haben. Ohne die stark befahrene B 17 und den riesigen Überleitungsmast in der unmittelbaren Nachbarschaft wäre Friedheim sicherlich der ideale Ort, an dem Großstadtbewohner ihre „Ferien auf dem Bauernhof“ verbringen könnten. Einen ganz anderen Eindruck erweckt das erst nach 1945 entstandene Neu-Friedheim, wo – wenn man so will – das industrielle Herz der Gemeinde schlug. Hier befindet sich das Werk „Isotex“ der Firma Wohlfahrt, heute im Besitz der Firma

Schwenk, in dem Bau- und Dämmstoffe hergestellt werden. Die Produktionsstätte, die diesen Gemeindeteil vollständig dominiert, wirkt inmitten der farbenfrohen Bauernhofromantik völlig deplaziert. Sie ist von einer kargen, grauen, nur teilweise verputzten Steinmauer umgeben, hinter der sich langgezogene Fertigungs- und Lagerhallen befinden, die von einem etwa 30 Meter hohen Schornstein überragt werden. Der scharfe Kontrast zwischen industrieller Tristesse und ländlicher Idylle vermittelt insgesamt den Eindruck, als treffe sich hier das 20. Jahrhundert mit der alten Zeit.

2. Die alten Eliten und die neue Zeit (1948–1966)

Polarisierung der Kommunalpolitik im Zuge des Flüchtlingszustroms

Natürlich ist das 20. Jahrhundert mit all seinen Verwerfungen auch an Erpfting nicht spurlos vorübergegangen. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen stellten einen großen Einschnitt dar, vor allem hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung. Bis 1939 hatte die Einwohnerzahl zwar kontinuierlich, aber relativ langsam zugenommen. Um 1850 lebten ungefähr 400 Menschen im Erpftinger Gebiet, 1938 waren es 470. Bei der Volkszählung vom 13. September 1950 registrierte man in der Gemeinde dagegen schon 891 Einwohner, ohne daß ein Ende des rasanten Bevölkerungswachstums in Sicht gewesen wäre. Am 7. März 1955 schließlich wurde die Marke von 1000 Einwohnern überschritten.²

Der beträchtliche Zustrom von Luftkriegsevakuierten, Flüchtlingen und Vertriebenen fand auch in den Ergebnissen der Kommunalwahlen seinen Niederschlag. 1948, als die Mehrzahl der Neubürger erstmals auf kommunaler Ebene abstimmen durfte, konnten sie mit der Liste „Notgemeinschaft“ zwei Sitze im Gemeinderat erringen. Die CSU, die in erster Linie die alteingesessenen Erpftinger vertrat, kam auf sechs Mandate. Alle sechs Abgeordneten der CSU waren Landwirte, von denen vier bereits zuvor diesem Gremium angehört hatten. Die Flüchtlingsvertreter, der eine ein Beamter, der andere verdiente seinen Lebensunterhalt als kaufmännischer Angestellter, waren hingegen beide Neulinge im Gemeinderat. Die Dominanz der alteingesessenen Landwirte im Gemeinderat blieb auch nach den Kommunalwahlen von 1952 erhalten. Die vier selbständigen Bauern, die abermals in den Gemeinderat einzogen, hatten sämtlich für den Wahlvorschlag „Einheit“ kandidiert. Der fünfte auf dieser Liste Gewählte, von denen alle bereits das vierzigste Lebensjahr überschritten hatten, war ein selbständiger Gewerbetreibender. Die Gegenliste der „Überparteilichen Wählergemeinschaft“ kam auf drei Mandate. Sie entsandte einen Rentner und zwei Arbeiter in den Gemeinderat, die beide noch keine 40 Jahre alt waren. Auch diesmal gehörte keine einzige Frau der kommunalen Vertretungskörperschaft von Erpfting an, ja es hatten überhaupt nur Männer kandidiert.³

² Diese Angaben nach Müller-Hahl, Ortsgeschichte Erpfting, S. 38, und BSB 207, S. 34.

³ Diese Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Erpfting, Gemeinderatswahl 1948 und Gemeinderatswahl 1952.

Kampf um den Bürgermeisterposten

1948 bestätigten die Wahlberechtigten den Bauern Matthias Vöst, der von der CSU nominiert worden war, im Amt des Bürgermeisters, das er bereits seit Mai 1947 bekleidete. Damals hatte seine Wahl hohe Wellen geschlagen: Mehrere Erpftinger Bürger hatten Vöst bei der Spruchkammer Landsberg am Lech angezeigt und schwere Vorwürfe gegen ihn erhoben. Unter anderem wurde dem resoluten Landwirt, der zwar nicht der NSDAP, aber der NSV und dem NS Reichskriegerbund angehört hatte, zur Last gelegt, an der Absetzung des ehemaligen Bürgermeisters von Erpfting, der dem Nationalsozialismus kritisch gegenübergestanden hatte, mitgewirkt, Regime-Gegner denunziert sowie einen „Russenbuben“, der in Erpfting Zwangsarbeit verrichten mußte, geschlagen zu haben.⁴ Diese Anschuldigungen erwiesen sich jedoch bei der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer, bei der sich Vöst und seine Ankläger gegenüberstanden, weitgehend als haltlos, so daß das Verfahren eingestellt wurde.⁵ Damit war diese Affaire jedoch noch nicht beendet, denn vier der Kläger legten Rechtsmittel gegen das Urteil ein. Die Berufungskammer für Oberbayern wies ihren Einspruch zwar aus formal-juristischen Gründen zurück⁶, allerdings erst Anfang März 1948, also kurz vor dem Wahltermin.

Nach dem Wahlergebnis von 1948 zu schließen, scheint der Großteil der Gemeindebevölkerung mit der Amtsführung des gebürtigen Niederbayern, der zum Zeitpunkt seiner Wiederwahl 52 Jahre alt war, zufrieden gewesen zu sein: Er erhielt 78,2 Prozent der Stimmen.⁷ Inwieweit der Wahlausgang auch eine Parteinahme der großen Mehrheit der Erpftinger für Vöst in dem gegen ihn anhängigen Verfahren darstellte, muß dahingestellt bleiben.⁸ Im Dorf hatte sich der erfahrene Kommunalpolitiker, der bereits seit 1928 dem Gemeinderat angehörte, jedenfalls durch sein selbstbewusstes Auftreten Respekt verschafft; bei vielen Mitbürgern stand er in dem Ruf, ein „harter Hund“ zu sein. Bis heute erzählen ältere Erpftinger nicht ohne Bewunderung davon, wie Vöst in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit einem Knüppel bewaffnet den Diebstahl von Lebensmitteln durch Displaced Persons verhinderte. Legendär sind auch die Ohrfeigen geblieben, die Vöst gelegentlich allzu aufdringlichen Bittstellern verabreichte – dabei handelte es sich vor allem um Heimatvertriebene, die mit ihrer Unterkunft unzufrieden waren und vehement nach einer anderen Wohnung verlangten –, und die ihm ein von

⁴ Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akt Matthias Vöst, Klageschrift vom 25. 1. 1947.

⁵ Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akt Matthias Vöst, Protokoll der öffentlichen Sitzung am 6. 2. 1947 sowie Einstellungsbeschuß vom 7. 2. 1947.

⁶ Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akt Matthias Vöst, Spruch der Berufungskammer für Oberbayern vom 11. 3. 1948.

⁷ Berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Erpfting, Bürgermeisterwahl 1948.

⁸ Diese Vermutung liegt jedoch nahe, denn die Beschwerdeführer hatten im Zuge ihrer Klagen gegen Vöst auch massive Vorwürfe gegen den Großteil der Bevölkerung Erpftings erhoben. Unter anderem hieß es, die Gemeinde sei insgesamt „sehr stark vernazt“ gewesen, und an den Machtverhältnissen im Dorf habe sich auch nach dem Einmarsch der Amerikaner wenig geändert – „im Gegenteil, die regieren heute noch besser wie früher und wenn irgendwo der Nationalsozialismus neu erstehen würde, so wäre dies dahier möglich“. Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akt Matthias Vöst, Beschwerdeschrift Georg Bleicher an das Polizeipräsidium München vom 8. 10. 1947.

Mal zu Mal höheres Bußgeld eintrugen. Reue zeigte Vöst dabei nicht, vielmehr rechtfertigte er sich mit der Bemerkung, der jeweilige „Empfänger“ hätte sich eine derartige Behandlung verdient.⁹

Durch sein resolutes Auftreten hatte sich Vöst freilich nicht nur Freunde geschaffen. Vor allem der weitverzweigte Clan der alteingesessenen Familien Reisch, Haltenberger und Wolfmiller lag mit Vöst, dessen Rückhalt hauptsächlich in der Person des Dorfpfarrers, des seit 1935 in Erpfting amtierenden Geistlichen Rats Michael Kuisle bestand, in Dauerfehde. Persönliche Feindschaften und Animositäten bestimmten deshalb die Bürgermeisterwahl von 1952, in der Florian Reisch, ein 1894 geborener Landwirt, gegen den abermals von der CSU vorgeschlagenen Matthias Vöst kandidierte. Nach einem sehr emotional geführten Wahlkampf konnte Reisch, der von einer unabhängigen Wählergemeinschaft auf den Schild gehoben worden war, die Wahl mit 53,4 Prozent der abgegebenen Stimmen knapp für sich entscheiden.¹⁰ Im Gegensatz zu dem ebenso streitbaren wie durchsetzungsfähigen Vöst war Florian Reisch ein zurückhaltender Mensch, der Konflikten soweit wie möglich aus dem Weg zu gehen pflegte – ein gutherziger Mann ohne Führungsqualitäten.¹¹ Die Politik im Dorf wurde weniger von ihm als von dem aus dem Sudetenland stammenden Josef Paulsen bestimmt, dessen rastlose Aktivitäten als Vertriebenen-Obmann ihm schnell eine einflußreiche Position im Dorf verschafft hatten. Kein Wunder, daß Paulsen nach der Amtsübernahme von Florian Reisch schon bald als heimlicher Bürgermeister galt. Dies kam unter anderem darin zum Ausdruck, daß Paulsen als Mitglied des Gemeinderats dessen Sitzungsprotokolle weitgehend nach eigenem Gutdünken formulieren konnte, ohne sie später zur Genehmigung vorlegen zu müssen. Bürgermeister Reisch war mit diesem Prozedere einverstanden – er schien froh gewesen zu sein, daß sich überhaupt jemand um solche Dinge kümmerte.

Chaos und Selbstgenügsamkeit: Politik in Erpfting in den vierziger und fünfziger Jahren

Zu dieser Zeit herrschten überhaupt chaotische Zustände in der Gemeindeverwaltung. Es gab weder eine Geschäftsordnung, noch eine Registratur. Eingegangene Schriftstücke wie auch die Akten der Gemeinde selbst lagerten in Ordnern „ohne jede Übersicht“. ¹² Das gesamte Ausmaß des Durcheinanders kam anlässlich einer Standesamtsprüfung ans Licht: Die überraschten Revisoren stellten fest, daß eine Reihe von Geburten versehentlich als unehelich beurkundet und die bis dahin ausgestellten Heiratsurkunden weder vom Brautpaar selbst noch von den Trauzeugen unterschrieben worden waren – somit waren sämtliche zu dieser Zeit geschlossenen Ehen formal ungültig! Diese Schlamperie wieder auszubügeln, kam die Gemeinde teuer zu stehen, denn nun mußten die schweren Standesamtsbücher zum Teil per Post an die Betroffenen gesandt werden, damit die fehlenden Unter-

⁹ Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 248.

¹⁰ Berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Erpfting, Bürgermeisterwahl 1952.

¹¹ Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 248.

¹² Stadtarchiv Landsberg, Gemeinde Erpfting 027, Niederschrift über die Besichtigung der Gemeinde Erpfting am 29. 10. 1953.

schriften nachgeliefert werden konnten. Auf seine Fehler und Versäumnisse angesprochen, konnte Reisach, wie so oft, nur die lakonische Antwort geben: „I waisch ita“.¹³

Die Gemeindepolitik drehte sich nach 1945 auch in Erpfting vor allem um die Unterbringung der meist ungeliebten Neubürger und um die Verwaltung des allgegenwärtigen Mangels. Bürgermeister und Gemeinderat waren hauptsächlich mit vier Themenkomplexen befaßt: Erstens mit der Überwachung der Lebensmittelablieferung durch die Bauern, wobei die Gemeinde unter den Druck bayerischer wie amerikanischer Dienststellen geriet, den sie „nach unten“ weitergab. Zweitens ging es um die Bewilligung von Zuzügen nach Erpfting oder Umzügen innerhalb der Gemeinde. Zuzüge versuchte der Gemeinderat soweit wie möglich abzublocken, was mit der Überbelegung Erpftings gerechtfertigt wurde; freilich konnten die Verantwortlichen nicht verhindern, daß die Gemeinde bis Ende des Jahres 1948 auf Anweisung der bayerischen Regierung mehrmals weitere Flüchtlingskontingente aufnehmen mußte. Drittens hatte der Gemeinderat den jährlichen Haushaltsplan und die steuerlichen Hebesätze festzusetzen. Unter der Ägide Vösts und Reisachs war man penibel darauf bedacht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.¹⁴ Die vorgesehenen Ausgaben orientierten sich nicht primär an den Bedürfnissen der Gemeinde und ihrer Bewohner, sondern an dem finanziellen Spielraum, den die Einnahmenseite eröffnete. Schulden zu machen, kam für den Gemeinderat bis in die frühen sechziger Jahre hinein nicht in Frage.

Viertens schließlich war der Gemeinderat mit der Genehmigung von Bauvorhaben befaßt. Dabei handelte es sich zum einen um zahllose Gesuche von Privatpersonen, die den Um-, Aus- oder Neubau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden im Gemeindegebiet betrafen und den Löwenanteil der Arbeit des Gemeinderats ausmachten.¹⁵ Zum anderen hatte dieses Gremium über bauliche Maßnahmen der Gemeinde selbst zu entscheiden. Zunächst stand die Regulierung des Loibachs auf der Agenda. Um die Kosten für die Gemeinde so niedrig wie möglich zu halten, wurden die Anrainer zu kostenlosen Arbeitsleistungen verpflichtet. Die Gesamtkosten der Bachsanierung beliefen sich auf 50000 DM, wobei Staat und Bezirk Zuschüsse in Höhe von 12000 DM leisteten.¹⁶ Weitere bauliche Maßnahmen, die in den fünfziger Jahren von der Gemeinde in Angriff genommen wurden, waren die Vergrößerung des Friedhofs und der Bau eines Leichenhauses. 1951 verabschiedete der Gemeinderat einen Wirtschaftsplan, der die Errichtung eines Gewerbegebiets in der Nähe des Weilers Friedheim vorsah. Dadurch sollten die Finanzen der Gemeinde saniert und Arbeitsplätze für die Flüchtlinge geschaffen werden. Zudem mußte Erpfting dringend Maßnahmen zur Beseitigung der akuten Wohnungsnot ergreifen, da viele Flüchtlinge noch bis in die fünfziger Jahre hinein in Notunterkünften und Baracken hausten. Die größte Vertriebenenkolonie befand sich im sogenannten „Lager Hamburg“, dem ehemaligen KZ-Außenlager

¹³ Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 248.

¹⁴ Stadtarchiv Landsberg, Gemeinde Erpfting 027, Bürgermeister-Bericht vom 22. 1. 1958.

¹⁵ Über 80% der Tagesordnungspunkte, mit denen sich der Erpftinger Gemeinderat in den vierziger und fünfziger Jahren zu beschäftigen hatte, betrafen Baugesuche von Privatpersonen. Vgl. Stadtarchiv Landsberg, Gemeinde Erpfting, Beschlußbücher der Gemeinde Erpfting.

¹⁶ Müller-Hahl, Ortsgeschichte Erpfting, S. 44 f. Zum folgenden vgl. ebenda, S. 44–48.

Kaufering VII¹⁷, das seit der Befreiung der jüdischen KZ-Häftlinge durch die U.S. Army im Mai 1945 als Unterkunft für die Neubürger gedient hatte. Die im Zuge der Auflösung des Lagers fließenden staatlichen Zuschüsse ermöglichten den in der Gemeinde zunächst heftig umstrittenen Bau mehrerer dreistöckiger Gemeindegewerbehäuser. Daneben wurde die Ausweisung eines Neubaugebiets am Ortsrand von Erpfting beschlossen.¹⁸

Die größten Belastungen für den Haushalt der Gemeinde stellten in den fünfziger Jahren der Anschluß Neu-Erpftings an das Leitungssystem der 1912 gegründeten Wassergemeinschaft Erpfting-Igling-Hurlach, mit dem eine Sanierung der alten Rohrleitungen und der Bau neuer Pumpstationen einherging, sowie der Straßenbau dar. 1952 begann man mit dem Ausbau der Ortsdurchfahrt, den eine Bürgerversammlung im Jahr zuvor beschlossen hatte. Die Initiative dafür war nicht von der Gemeinde selbst, sondern vom Landratsamt ausgegangen, das die Gemeinde auf staatliche Programme aufmerksam gemacht hatte, mit denen derartige Bauvorhaben als Notstandsarbeiten gefördert werden konnten. Diese günstige Gelegenheit ließ man sich nicht entgehen, und so übernahm schließlich der Freistaat einen guten Teil der 126 000 DM, mit denen der Ausbau der Ortsstraßen insgesamt zu Buche schlug.¹⁹

3. Elitenwechsel und forcierte Erschließungspolitik (1966–1978)

Bauboom und Verschuldung

Zweifellos veränderte sich das Gesicht Erpftings zwischen 1948 und 1966 beträchtlich. Im Nordosten des Gemeindegebiets war direkt vor den Toren Landsbergs der Ortsteil Neu-Erpfting entstanden. Hier hatte sich die Firma Dittel niedergelassen, der zweitgrößte Gewerbesteuerzahler der Gemeinde. Das meiste Geld brachte freilich die Firma Wohlfahrt, die sich im neu geschaffenen Gewerbegebiet bei Friedheim angesiedelt hatte, in die Kassen. Darüber hinaus war Erpfting zum Bundeswehrstandort geworden: Die Ritter-von-Leeb Kaserne in unmittelbarer Nachbarschaft zu Neu-Erpfting und die Lechrain-Kaserne im Südosten der Gemeindefluren hatten nicht unerheblich zum weiteren Bevölkerungswachstum der Kommune beigetragen, da die dort stationierten Soldaten in Erpfting gemeldet waren. Auch im Pfarrdorf selbst hatte sich einiges verändert. Der Friedhof war

¹⁷ Das „Lager Hamburg“ wurde im Sommer 1944 als eines von wahrscheinlich insgesamt 11 KZ-Außenlagern im Raum Kaufering-Landsberg eingerichtet. Die dort unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepferchten jüdischen Häftlinge sollten im Rahmen der von der „Organisation Todt“ durchgeführten Operation „Ringeltaube“ Bunker für die Produktion von Jagdflugzeugen erbauen. Ab Januar 1945 diente das Lager Kaufering VII als Typhuslager, bevor es am 27. 5. 1945 von der U.S. Army befreit wurde. Vgl. Raim, Dachauer KZ-Außenkommandos Kaufering und Mühlendorf, und dies., „Unternehmen Ringeltaube“, sowie dies., Organisation Todt und „Vernichtung durch Arbeit“.

¹⁸ Zum gesamten Komplex von Flüchtlingszustrom, Wohnungsnot und Wohnungsbau in Erpfting nach 1945 vgl. Müller-Hahl, Ortsgeschichte Erpfting, S. 45.

¹⁹ Unter anderem erhielt Erpfting einen Finanzausgleichszuschuß in Höhe von 20 000 DM, 18 000 DM Grundförderung und ein verbilligtes Darlehen aus der verstärkten Förderung über 21 000 DM. Diese Angaben nach Stadtarchiv Landsberg, Gemeinde Erpfting 026, Florian Reisach an Bernhard Müller-Hahl vom 7. 5. 1955, und Müller-Hahl, Ortsgeschichte Erpfting, S. 50.

vergrößert und ein Leichenhaus errichtet worden; darüber hinaus hatten einige Ortsstraßen Teerdecken erhalten.

Zuletzt war 1965 an die Stelle des alten Schulhauses in unmittelbarer Nachbarschaft zur Pfarrkirche ein moderner Flachbau am Ostrand des Pfarrdorfes getreten, der zunächst drei Klassen beherbergte. Die stetig steigenden Schülerzahlen sowie die untragbaren hygienischen Zustände in der alten Schule hatte den Neubau unumgänglich gemacht, obgleich zahlreiche Erpftinger – hauptsächlich wegen der hohen Kosten – das ehrgeizige Projekt zunächst ablehnten. Die treibenden Kräfte für die Errichtung eines modernen Schulgebäudes waren bereits seit April 1958 Landrat Müller-Hahl und Schulleiter Eduard Karl. Es dauerte jedoch bis Juli 1963, ehe der Gemeinderat den Schulhausbau beschloß. Die feierliche Einweihung der neuen Schule, deren Errichtung samt Turnhalle und Nebengebäuden rund 1,2 Millionen Mark verschlungen hatte, fand schließlich im März 1966 statt.²⁰

Neue Männer braucht das Amt: Gebhard Rembold wird Bürgermeister

Im Vorfeld der Bürgermeisterwahlen von 1966 befand sich die Gemeinde Erpfting aufgrund der zahlreichen Erschließungsmaßnahmen in nicht unbeträchtlichen finanziellen Nöten. Vor allem der Neubau des Schulhauses riß große Löcher in die Kasse. Obwohl Bund, Freistaat und Landkreis gut die Hälfte der Baukosten übernommen hatten, mußte die Gemeinde Darlehen in Höhe von 530000 DM aufnehmen, was die Pro-Kopf-Verschuldung 1964 auf 1134,79 DM hochschnellen ließ²¹ – Erpfting lag damit, was die Schuldenlast betraf, unangefochten an der Spitze aller kreisangehörigen Gemeinden Landsbergs, und nun standen die ersten Rückzahlungsraten der Kredite an. Das Amt des Bürgermeisters war so kein allzu begehrter Posten, auch der immer noch amtierende Florian Reisach hatte sich bezüglich einer weiteren Kandidatur bedeckt gehalten. In dieser Situation fand kurz vor der Wahl eine Bürgerversammlung statt, zu der neben dem Landrat und Bürgermeister Reisach 56 Erpftinger Bürger erschienen waren – unter ihnen auch Gebhard Rembold, freilich ohne jede Ambitionen auf das Amt des Bürgermeisters.²² Die Stimmung in der von Bierdunst und Zigarettenrauch durchzogenen Gaststätte war angespannt. Zunächst wurden verschiedene Namen gehandelt, und auch eine vierte Amtszeit Reisachs schien nicht ausgeschlossen. Im Verlauf der Sitzung kristallisierte sich jedoch eine breite Unterstützung für Gebhard Rembold heraus; eine Abstimmung per Handzeichen ergab eine deutliche Mehrheit für den Verwaltungsfachmann, dem man offenbar die Sanierung der Gemeindefinanzen am ehesten zutraute. Dieser Einschätzung schloß sich auch Josef Paulsen an, der Rembold – während des „Austretens“ – Unterstützung für seine Kandi-

²⁰ Zum Neubau des Schulhauses vgl. Eduard Karl: Dritter Schulhausbau in Erpfting (Manuskript im Besitz des Verfassers) sowie LT vom 23. 3. 1966 („Erpftings neue Schule ist ein Schmuckkästchen“).

²¹ Vgl. Walter F.X. Spachtholz: Verwaltungs-Chronik Erpfting, hauptsächlich erstellt für die Zeit von 1966–1978 jedoch mit Rückblick und Abwicklungen (Manuskript im Besitz des Verfassers), S. 20f.

²² Die folgenden Ausführungen beruhen auf mündlichen Informationen Gebhard Rembolds vom 1. 6. 1997.

datur signalisierte. Da kein Gegenkandidat seinen Hut in den Ring warf, wurde Rembold von den beiden in Erpfting zur Wahl angetretenen Gruppierungen, der „Dorfgemeinschaft“ sowie der Listenverbindung „CSU und Gemeinwohl“, als Kandidat für das Bürgermeisteramt aufgestellt. Das 44-jährige Erpftinger Urgestein ging schließlich mit der überwältigenden Mehrheit von 94,8 Prozent der Stimmen als neuer Bürgermeister aus der Wahl hervor. Bei seiner Wiederwahl 1972 erreichte er, abermals als einziger Kandidat, sogar 99 Prozent.²³

Der 1922 in Erpfting geborene Gebhard Rembold hatte das Bäckerhandwerk erlernt, ehe er 1941 zur Wehrmacht eingezogen worden war. Schwerbeschädigt kehrte er bei Kriegsende in die Heimat zurück: Der Einsatz für „Führer, Volk und Vaterland“ hatte ihn beide Unterschenkel sowie vier Finger der linken Hand gekostet. Nach seiner Entlassung aus dem Lazarett im Frühjahr 1945 half Rembold zunächst beim Wiederaufbau der Erpftinger Bäckerei; nebenher nahm er an einem Umschulungskurs teil, in dem er Schreibmaschinenschreiben und Stenographie lernte. Da Rembold den Bäckerberuf aufgrund seiner Kriegsverletzungen nur unter großen Schmerzen ausüben konnte, bewarb er sich beim Landratsamt in Landsberg für den Verwaltungsdienst. Nachdem er unter einer Vielzahl von Bewerbern angenommen worden war, verbrachte er von 1946 an 17 Berufsjahre in verschiedenen Abteilungen des Landratsamts, wobei er sich auch weiterhin über Fernkurse an der Verwaltungsschule fortbildete. Die letzten sechs Jahre arbeitete er in der Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamtes. Hier bestand seine Aufgabe in der Überprüfung der Finanzen der kreisangehörigen Gemeinden, die unangemeldet vor Ort durchgeführt wurde. Die Härten des Dienstalltags, der mitunter stundenlanges Stehen oder Sitzen in bitterkalten Räumen mit sich brachte, setzten der Gesundheit Rembolds immer stärker zu, bis er schließlich 1963 für berufsunfähig erklärt wurde. Finanzielle Sorgen plagten ihn nicht, die Invaliden- und Kriegsversehrtenrente reichten zum Leben. Darüber hinaus konnte er sich ein Zubrot verdienen, indem er für verschiedene Gemeinden die jährlichen Haushaltspläne und Berichte erstellte.²⁴

Der neue Mann an der Spitze erwies sich in zweifacher Hinsicht als Glücksfall für Erpfting: Erstens war Rembold bereits Rentner. Daher konnte er sich voll und ganz der Gemeindepolitik widmen und war auch außerhalb der Amtsstunden zu erreichen – ein Angebot, von dem die Erpftinger reichlich Gebrauch zu machen pflegten.²⁵ Das wäre kaum möglich gewesen, hätte er – wie noch seine Vorgänger im Amt – täglich Hof und Felder bestellen müssen. Zweitens kannte Rembold die Entscheidungsträger im Landratsamt aus langjähriger Zusammenarbeit persönlich und war in Verwaltungsangelegenheiten, vor allem in der Buchhaltung, sehr

²³ Vgl. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Erpfting, Bürgermeisterwahl 1966 und Bürgermeisterwahl 1972.

²⁴ Die biographischen Angaben beruhen auf mündlichen Auskünften Gebhard Rembolds vom 1. 6. 1997; zur Tätigkeit Rembolds auch LT vom 11. 3. 1992 („Loch in der Kasse gestopft“).

²⁵ Vgl. Spachtholz, Verwaltungs-Chronik Erpfting, S. 4. Die ganzen zwölf Jahre hinweg, in denen Rembold das Amt des Bürgermeisters bekleidete, war er in Erpfting Mädchen für alles. Was auch geschah, man wandte sich an den Bürgermeister. Als beispielsweise kurz nach seiner ersten Wahl eine Leiche vom Lech an das Erpftinger Ufer gespült wurde und die Polizei auf der umgehenden Beerdigung bestand, mußte Rembold im Ort von Haus zu Haus gehen, um Helfer für das Begräbnis zu finden – einen hauptamtlichen Totengräber gab es in Erpfting nicht.

erfahren. Rembold personifizierte insofern die Professionalisierung der Erpftinger Politik, auch wenn er, wie Vöst und Reisach vor ihm, den Bürgermeisterposten ehrenamtlich versah. Mit ihm kam nicht nur ein neues Gesicht, sondern auch frischer Wind in die Gemeindepolitik, die unter seiner Ägide immer stärker formalisiert und versachlicht wurde. Am deutlichsten kam dieser Wandel in der veränderten Praxis hinsichtlich der Mitschrift der Gemeinderatssitzungen zum Ausdruck, die in der Regel alle 14 Tage stattfanden und ungefähr zwei Stunden dauerten. Nach Rembolds Amtsübernahme wurden sie ordentlich protokolliert, und die Niederschriften mußten in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt werden – ein Prozedere, das auch im Landratsamt üblich war.

Die Parteien auf dem Vormarsch: Der neue Gemeinderat

„Die Alten müssen weg!“ – so lautete die Parole der Gemeinderatswahlen von 1966. Dem neuen Bürgermeister sollte ein dynamischer Gemeinderat zur Seite gestellt werden. Das schien der einzige Ausweg, um die aus dem Ruder gelaufenen Gemeindefinanzen wieder unter Kontrolle zu bringen. Nur vor diesem Hintergrund wird der sensationelle Ausgang der Wahl verständlich.²⁶ Die bislang allein im Gemeinderat vertretene „Dorfgemeinschaft“ sank von zehn auf drei Mandate, die auf zwei Bauern und einen Rentner entfielen. Die aus dem Nichts kommende Liste „CSU und Gemeinwohl“ konnte auf Anhieb sieben Gemeinderatsmandate erringen. Unter ihren Gemeinderäten befanden sich drei Bauern, zwei Selbständige und zwei Angestellte; vier von ihnen hatten das vierzigste Lebensjahr noch nicht erreicht. Die Wahl von 1966 brachte einen abrupten Generationswechsel: Der neue Erpftinger Gemeinderat bestand nunmehr zur Hälfte aus verhältnismäßig jungen Männern, und nur ein knappes Drittel seiner Mitglieder hatte diesem Gremium bereits in der vorangegangenen Wahlperiode angehört.

1972 änderte sich die Situation durch die Eingemeindung von Ellighofen abermals. Äußerlich dem Pfarrdorf Erpfting nicht unähnlich, wies Ellighofen doch eine signifikant andere Berufsstruktur auf, da nicht wenige seiner Einwohner in der nahegelegenen Kreisstadt arbeiteten.²⁷ Dies spiegelte sich auch im Ergebnis der Gemeinderatswahl wider. Stärkste Kraft wurde abermals die Liste „CSU und Gemeinwohl“, die diesmal acht Gemeinderäte stellte, von denen sechs wiedergewählt worden und drei noch keine 40 Jahre alt waren. Unter ihnen befanden sich vier Landwirte, zwei Selbständige und zwei Angestellte. Daneben zogen auch die „Dorfgemeinschaft Ellighofen“ mit einem und die Liste „SPD und Parteifrei“ mit drei Vertretern in den Gemeinderat ein; Basis und Wählerschaft beider Gruppierungen befanden sich hauptsächlich in Ellighofen. Die „Dorfgemeinschaft Ellighofen“ entsandte einen Bauern, „SPD und Parteifrei“ je einen Arbeiter, einen Angestellten und eine Hausfrau.²⁸

Somit gaben die beiden in Bund und Land dominierenden Parteien ab 1972

²⁶ Das Folgende nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapier Erpfting, Gemeinderatswahl 1966.

²⁷ Mündliche Auskunft Gebhard Rembolds vom 1. 6. 1997.

²⁸ Gisela Münzer, die auf der Liste der SPD in den Gemeinderat gewählt wurde, war allerdings nicht die erste Frau, die in den Erpftinger Gemeinderat einzog. Bereits in den Wahlen von 1956 und 1960 war auf der Liste „Dorfgemeinschaft“ eine Hausfrau in den Gemeinderat gewählt worden.

auch im Erpftinger Gemeinderat den Ton an. Die SPD befand sich allerdings, anders als in Bonn, eindeutig in der Rolle des Juniorpartners, ihre Wählerbasis beschränkte sich weitgehend auf den neuen Ortsteil Ellighofen. In Erpfting selbst schien die Erwerbsstruktur für die Sozialdemokratie nach wie vor ungünstig, da ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung immer noch ganz oder teilweise in der Landwirtschaft tätig war. Daran änderte auch das Werk „Isotex“ wenig, in dem vor allem ausländische Arbeitskräfte ihren Lebensunterhalt verdienten, die nicht wahlberechtigt waren. Im Gegensatz zur SPD trat die CSU schon 1948 in Erpfting in Erscheinung; damals stellte sie neben dem Bürgermeister auch die Mehrzahl der Gemeinderatsmitglieder. Es ist jedoch höchst zweifelhaft, ob die Partei in jenen Jahren bereits feste Wurzeln im Ort geschlagen hatte. Für die Gemeinderatswahlen von 1952 reichte sie keine eigene Liste mehr ein, und nachdem ihr Kandidat bei der Bürgermeisterwahl 1952 unterlegen war, stellte sie für die Kommunalwahlen von 1956 auch keinen Bewerber für das Bürgermeisteramt mehr auf.²⁹ Für über ein Jahrzehnt, in dem höchst fluide unabhängige Wählergemeinschaften die Szene beherrschten, schien die CSU von der politischen Bühne Erpftings verschwunden zu sein.

Die bayerische Unionspartei konnte sich damals, in den vierziger und fünfziger Jahren, offenbar noch nicht auf ein lokales organisatorisches Korsett stützen, sondern fungierte eher als Etikett für konservativ-agrarische Interessenspolitik, das mehr oder weniger beliebig ausgetauscht werden konnte – ausschlaggebend für die Wahlentscheidung war weit weniger der Name der Liste, als vielmehr die Namen der Personen, die auf ihr kandidierten bzw. hinter ihr standen. Zwischen 1966 und 1972 scheint sich diesbezüglich ein fundamentaler Wandel vollzogen zu haben. Die örtlichen Honoratioren traten – wenigstens teilweise – der CSU bei. Auch Rembold entschloß sich nach seiner Wahl zum Bürgermeister zu diesem Schritt, den ihm Landrat Müller-Hahl nahegelegt hatte.³⁰ Darüber hinaus beteiligten sich die Parteien – allen voran die CSU, in schwächerem Maße die SPD – viel stärker an der öffentlichen Diskussion politischer Themen als früher. In den siebziger Jahren, als die Auflösung der Gemeinde Erpfting im Zuge der kommunalen Gebietsreform im Raum stand, verging kaum ein Monat, in dem CSU und SPD nicht über Veranstaltungen oder zumindest über einen Leserbrief an das „Landsberger Tagblatt“ in die Auseinandersetzung eingegriffen hätten. Von nun an waren die beiden Volksparteien aus der Gemeindepolitik nicht mehr wegzudenken.

Ein Dorf rüstet auf: Politik in Erpfting 1966–1978

Die erste und wichtigste Aufgabe, der sich der neugewählte Bürgermeister und sein Gemeinderat 1966 stellen mußten, war die Sanierung der Gemeindefinanzen. Der Schuldenstand Erpftings, der 1960 noch 243973 DM betragen hatte, war bis Ende 1966 auf 1 226 669 DM in die Höhe geschnellt; das entsprach einer Steige-

²⁹ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Erpfting.

³⁰ Als die Eingemeindung Erpftings in die Stadt Landsberg feststand, trat Rembold jedoch, um seinem Ärger über diese Entscheidung Luft zu machen, wieder aus der CSU aus. Nach 1978 vertrat er Erpfting über eine unabhängige Wählergemeinschaft im Landsberger Stadtrat. Mündliche Auskunft Gebhard Rembolds vom 1. 6. 1997.

zung der Pro-Kopf-Verschuldung von 221,19 DM auf 1071,33 DM.³¹ Wiederholt war die Gemeinde seitens des Landratsamts aufgefordert worden, einen Finanzexperten zu Rate zu ziehen. Der erste Schritt in diese Richtung bestand in der Auswechslung des alten Gemeindegassiers, eines Bauern, der von Rechnungswesen und Buchführung offenkundig nichts verstand. An seine Stelle trat ein Angestellter, der sich aufgrund seiner gewissenhaften Arbeit und seiner beträchtlichen Fachkenntnisse als Glücksgriff für die Gemeinde erwies. Rembold und sein engster Mitarbeiter, der Verwaltungsassistent Franz Spachtholz, der nach vier Jahren am Landratsamt Landsberg ebenfalls über eine gewisse Erfahrung in Verwaltungsangelegenheiten verfügte, machten sich unverzüglich an die Arbeit. Die Durchsicht der Finanzunterlagen ergab, daß die Firma Wohlfahrt, der größte Steuerzahler am Ort, über Jahre hinweg nur einen Bruchteil der fälligen Gewerbesteuer an die Gemeinde abgeführt hatte. Ob dafür allein die Unkenntnis des Gemeindegassiers verantwortlich war oder ob noch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben, läßt sich nicht mehr feststellen. Tatsache ist, daß Rembolds rasche Intervention bei der Firmenleitung die Einnahmen der Gemeinde deutlich erhöhten. So stieg der Ertrag aus der Gewerbesteuer von 62 087 DM 1965 über 164 005 DM im Rechnungsjahr 1966 bis auf 312 111 DM, die 1967 eingenommen werden konnten. Dank der stetig wachsenden Einkünfte aus der Gewerbesteuer vergrößerten sich die ordentlichen Haushaltseinnahmen der Gemeinde enorm. Hatten sie noch 1965 lediglich 245 444 DM betragen, waren es 1966 bereits 409 156 und 1967 sogar 609 195 DM. Vor diesem Hintergrund erschien die Schuldenlast plötzlich längst nicht mehr so erdrückend.

Die neue Finanzpolitik Erpftings bestand nun aber gerade nicht darin, die angehäuften Schulden durch eisernes Sparen so schnell wie möglich abzutragen. Vielmehr investierte die Gemeinde die nun reichlich fließenden Einnahmen umgehend in neue Projekte. Die Initiative für derartige Maßnahmen ging nicht mehr wie früher vom Landratsamt aus, sondern in den meisten Fällen von Bürgermeister und Gemeinderat. So schritt man unter Rembolds Ägide abermals zur Erweiterung des Friedhofs und trieb Straßenbau sowie Kanalisation im gesamten Gemeindegebiet zügig voran. Daneben entstand eine neue Wasserleitung, und die örtliche Feuerwehr erhielt ein neues Gebäude sowie eine Motorspritze. Von großer Bedeutung war die Errichtung eines Kindergartens, den die Bevölkerung auf einer Bürgerversammlung im November 1970 vehement gefordert hatte. Zwar übernahm die Katholische Kirchenstiftung nominell die Trägerschaft, die Gemeinde mußte jedoch für die Vorfinanzierung wie auch für die Abwicklung der Bauarbeiten eintreten und 80 Prozent des künftigen Kindergartenaufwandes tragen. Von den Gesamtkosten des Gebäudes, das im September 1974 seiner Bestimmung übergeben wurde, in Höhe von 580 000 DM übernahm die Kommune mit rund 260 000 DM den Löwenanteil.³² Darüber hinaus konnte man in Erpfting im-

³¹ Vgl. Spachtholz, Verwaltungs-Chronik Erpfting, S. 57. Schuldenstand und Verschuldung pro Kopf sind jeweils zum 31. Dezember angegeben. Die folgenden Angaben finden sich ebenda.

³² Der Freistaat Bayern hatte 130 000 DM übernommen, der Landkreis einen Zuschuß von 40 000 DM gewährt und die Diözese Augsburg fast 120 000 DM aufgebracht; knapp 14 000 DM wurden von der Bevölkerung gespendet. Diese Angaben nach Spachtholz, Verwaltungs-Chronik Erpfting, S. 24 f.

mer noch Geld für kleinere Maßnahmen zur Dorfverschönerung erübrigen, ohne mit dem Schuldendienst in Verzug zu geraten.

Die teilweise übereilt wirkenden Bau- und Erschließungsmaßnahmen müssen im Zusammenhang mit dem Kampf um die Selbständigkeit Erpftings im Zuge der Gebietsreform gesehen werden. Gewissermaßen um die eigene Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen, war man in Erpfting fast krampfhaft darum bemüht, möglichst alle Anforderungen zu erfüllen, die an die Infrastruktur einer selbständigen und leistungsfähigen Gemeinde gestellt werden konnten. Dazu gehörte natürlich auch ein gut funktionierender Verwaltungsapparat. Dem neugewählten Bürgermeister und seinen Mitarbeitern gelang es fast über Nacht, dem Chaos Herr zu werden, das ihre Vorgänger hinterlassen hatten und eine ebenso straffe wie effiziente Gemeindeadministration aufzubauen. Zufrieden registrierte das Landratsamt Landsberg nach einer neuerlichen Gemeindebesichtigung im April 1968 die unmittelbar nach Rembolds Wahl erlassene Geschäftsordnung, die nunmehr tadellose Buchführung sowie die reibungslose Zusammenarbeit mit anderen Behörden.³³ Angesichts der stetig wachsenden Steuereinnahmen konnte sich die Gemeinde neben dem großzügigen Ausbau der Infrastruktur auch eine enorme personelle Ausweitung des Verwaltungsapparats leisten. Hatte Erpfting noch in den fünfziger Jahren lediglich mit einer Handvoll Gemeindebediensteter auskommen müssen, sorgten im Rechnungsjahr 1977 insgesamt 33 Personen für die reibungslose Arbeit der Verwaltung.³⁴

Pointiert formuliert, führte der personelle Einschnitt nach den Wahlen von 1966 zu einer qualitativen und quantitativen Verbesserung des politisch-administrativen Personals der Gemeinde. Ihre gewachsenen Kompetenzen versetzten die kommunalen Entscheidungsträger nunmehr in die Lage, sich selbständig in dem Dschungel aus Paragraphen und Vorschriften zurechtzufinden, den sie etwa bei der Beantragung von Zuschüssen durch Bund oder Land durchkämmen mußten. Daraus resultierte ein gestiegenes Selbstbewußtsein der Gemeindevertreter gegenüber den übergeordneten Staatsbehörden. In den späten sechziger und in den siebziger Jahren kann von einer Bevormundung Erpftings durch das Landratsamt keine Rede mehr sein. Nichts verdeutlicht diesen Sachverhalt besser als die Auseinandersetzungen um die drohende Auflösung der Gemeinde im Zuge der Gebietsreform, dem zentralen Thema der Erpftinger Politik seit 1972.³⁵ Zwar zogen Gemeinderat und Landratsamt prinzipiell an einem Strang, d.h. beide traten für den Erhalt der Selbständigkeit Erpftings ein, Meinungsverschiedenheiten gab es dagegen hinsichtlich des Vorgehens: Während Müller-Hahl dafür plädierte, Teile des Gemeindegebiets in die Stadt Landsberg einzugliedern, um dem Rest der Kommune in Form einer Verwaltungsgemeinschaft mit benachbarten Gemeinden die Selbständigkeit zu sichern, beharrte Rembold darauf, die Unabhängigkeit Er-

³³ Stadtarchiv Landsberg, Gemeinde Erpfting 027, Aktenvermerk Müller-Hahl über die Besichtigung der Gemeinde Erpfting am 4. 4. 1968.

³⁴ Eine genaue Aufstellung der 1977 für die Gemeinde Erpfting haupt-, neben- oder ehrenamtlich tätigen Personen nebst ihrem Aufgabenfeld findet sich bei Spachtholz, Verwaltungs-Chronik Erpfting, S. 7.

³⁵ Zu den Auseinandersetzungen um die Auflösung der Gemeinde Erpfting, die bisweilen mit harten Bandagen geführt wurden, vgl. ebenda, S. 7–12.

pftings ohne jeden Gebietsverlust zu wahren. Doch letztlich nützte alles nichts. Nach langem Hin und Her wurde die gesamte Gemeinde im Jahre 1978 in die Große Kreisstadt Landsberg am Lech eingemeindet.³⁶ Damit war die selbständige Politik auf dem Land in Erpfting beendet.

³⁶ Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern zur Neugliederung der Gemeinden im Landkreis Landsberg am Lech vom 31. 10. 1977 (Kopie im Besitz des Verfassers). Die Eingemeindung Erpftings in die Kreisstadt trat zum 1. 5. 1978 in Kraft.

Einleitung

1. Das Thema: Untersuchungsraum und Quellenlage

Obwohl die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik in weiten Teilen erst noch geschrieben werden muß, steht doch fest, daß die fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahre eine Phase beschleunigter wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen waren. Hans-Peter Schwarz sprach von einem „Vorgang des großen Abräumens“, der die „damalige deutsche Gesellschaft [...] gewissermaßen bis auf die Gene durchindustrialisiert, technisiert und rationalisiert“ habe.¹ In Bayern verlief der sozioökonomische Strukturwandel prinzipiell in denselben Bahnen, er erreichte jedoch – da es sich hier um einen Prozeß des Aufholens handelte – ein besonders hohes Tempo: Das ehemals rückständige Agrarland gewann in diesen Jahren Anschluß an die Moderne bzw. an die Entwicklung im Bund.² Diese Umbrüche gingen auch an den ländlichen Regionen des Freistaats nicht spurlos vorüber, die in den knapp drei Dekaden zwischen Kriegsende und kommunaler Gebietsreform ebenso vielschichtige wie tiefgreifende Transformationsprozesse durchliefen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren sie noch wesentlich von kleinräumigen Strukturen geprägt gewesen. Als Haupterwerbsquelle diente den Menschen nach wie vor die Landwirtschaft, größere Industriebetriebe gab es, von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht. Die Verkehrsanbindung an lokale und überregionale Zentren war in der Regel denkbar schlecht, und nicht viel besser stand es mit dem Bildungsniveau und den Bildungsmöglichkeiten der Landbevölkerung. Wirtschaftlich, aber auch im Hinblick auf die sozialen Kontakte ihrer Bewohner war für ländliche Regionen selbstbezogene Genügsamkeit kennzeichnend.

In den frühen siebziger Jahren bot sich dagegen bereits ein ganz anderes Bild. Das Gros der Landbevölkerung bezog nun Lohn und Brot aus dem Industrie- und Dienstleistungsbereich; teilweise waren entsprechende Unternehmen vor Ort entstanden, teilweise pendelte die Bevölkerung zu ihren Arbeitsplätzen in die um-

¹ Schwarz, *Modernisierung oder Restauration*, S. 289. Überblicksdarstellungen, die den Forschungsstand zur Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik relativ aktuell zusammenfassen, bieten Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik*, und Kleßmann, *Staatsgründung, und ders., Zwei Staaten*, sowie Thranhardt, *Geschichte der Bundesrepublik*, und Kielsmanegg, *Nach der Katastrophe*, sowie Stöver, *Bundesrepublik*, und Morsey, *Bundesrepublik*, dessen Darstellung einen umfassenden Forschungsüberblick (S. 117–194) und ein ausführliches Literaturverzeichnis enthält (S. 195–267).

² Vgl. Erker, *Keine Sehnsucht nach der Ruhr*. In der Forschung wurde die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns mit verschiedenen Begriffen charakterisiert; so sprach man im Bezug auf den Freistaat von einer „geminderten“, „punktuellen“ oder „importierten“ Industrialisierung bzw. von einer „Sondergeschichte“. Vgl. Bosl, *Die „geminderte“ Industrialisierung*, und Tenfelde, *Bayerische Wirtschaft und Gesellschaft*, sowie Schreyer, *Bayern ein Industriestaat*, und Bühl, *Sondergeschichte der Bayerischen Industrialisierung*. Zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik vgl. Petzina, *Standortverschiebungen und regionale Wirtschaftskraft*.

liegenden Städte. Die Bedeutung des primären Sektors als Erwerbsquelle war demgegenüber stark zurückgegangen, und auch die Landwirtschaft selbst hatte im Zuge der Technisierung und Mechanisierung ihr Gesicht radikal verändert. Darüber hinaus hatte sich die Infrastruktur ländlicher Regionen entscheidend verbessert. So führte, um nur ein Beispiel zu nennen, der Ausbau der Verkehrswege dazu, daß nun auch die abgelegensten Winkel relativ gut erreichbar waren. Die regionalen und überregionalen Zentren rückten damit näher an die Peripherie heran. Dadurch veränderte sich das Verhältnis von Stadt und Land: Zunächst entwickelten sich die ländlichen Regionen zu Erholungsräumen, in denen streßgeplagte Stadtbewohner ihre Freizeit verbrachten, später entdeckten mehr und mehr Menschen die Vorzüge, die das Leben in den Umlandgemeinden der Großstädte bot. Heinz Burghart hat die Auswirkungen des Strukturwandels auf dem Land zugespitzt, aber zutreffend folgendermaßen zusammengefaßt: „In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg setzte in den bäuerlich geprägten Gebieten eine Entwicklung ein, die deren Bild, deren wirtschaftliche, soziale und kulturelle Struktur, aber auch die Lebensweise der Menschen völlig veränderte.“³ Am Ende dieses Prozesses sei die Provinz nicht mehr „Provinz“ gewesen, sondern „ein bevorzugter Lebensraum“.

Die Bereiche „Dorf“ und „ländliche Gesellschaft“ sind wissenschaftlich längst kein unbestelltes Feld mehr.⁴ Schon in den fünfziger Jahren beschäftigten sich eine ganze Reihe soziologischer Studien mit dem Strukturwandel in ländlichen Regionen, wobei das Hauptaugenmerk auf dem Agrarsektor lag.⁵ In den siebziger Jahren wurde das Dorf zum Untersuchungsgegenstand der Volkskunde. In erster Linie sind hier die umfangreichen Studien einer Tübinger Forschergruppe zu erwähnen, deren Ergebnisse auf jahrelanger Feldforschung beruhen.⁶ In den achtziger und neunziger Jahren nahm sich schließlich auch die Historiographie dieses Themenbereichs an. Zu nennen sind etwa die Arbeiten Paul Erkers und Andreas Eichmüllers über ländliche Gesellschaft, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung in Bayern sowie die Dissertation von Peter Exner, die den Wandel der ländlichen Gesellschaft in Westfalen behandelt.⁷ Bis auf wenige Ausnahmen zeichnet sich die bislang verfügbare Literatur durch zwei Charakteristika aus: Erstens set-

³ Burghart, Ende der „Provinz“, S. 392. Das folgende Zitat ebenda, S. 417. Den skizzierten Veränderungsprozeß der ländlichen Lebenswelt zwischen den fünfziger und frühen siebziger Jahren analysieren ausführlich Becker, Dörfer heute, und van Deenen (Hrsg.), Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern.

⁴ Zum Forschungsstand vgl. Moeller (Hrsg.), Peasants and Lords, und Zimmermann, Dorf und Land in der Sozialgeschichte. Ein knapper Überblick bei Bauerkämper, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft. Siehe auch die Beiträge in Troßbach/Zimmermann (Hrsg.), Agrargeschichte, und Henkel, Der ländliche Raum.

⁵ Hier seien nur einige Beispiele genannt: Dietze/Rolfes/Weippert (Hrsg.), Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern; Kötter, Landbevölkerung im sozialen Wandel; Pausinger, Struktur und Lebensverhältnisse; Rudolph, Strukturwandel eines Dorfes; Strich/Weippert, Dorf im gesellschaftlichen Wandel; Wurzbacher/Pflaum, Dorf im Spannungsfeld der industriellen Entwicklung. Relativ gut erforscht ist auch der Bereich der westdeutschen Agrarpolitik; vgl. u.a. die ältere Arbeit von Abel, Agrarpolitik, sowie die neueren Studien von Kluge, Agrarpolitik, und ders., Landwirtschaftspolitik, sowie ders., Wandel ohne Erschütterung.

⁶ Ilien/Jeggle, Leben auf dem Dorf, und Jeggle, Kiebingen, sowie Kaschuba/Lipp, Dörfliches Überleben.

⁷ Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft, und ders., Revolution des Dorfes, und Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, sowie Exner, Ländliche Gesellschaft.

zen die meisten Studien auf der Mikroebene an, d. h. ihr Untersuchungsgegenstand ist sehr eng begrenzt.⁸ Zweitens blenden sie den Bereich des Politischen weitgehend aus: Ihr Schwerpunkt liegt eindeutig auf den wirtschaftlichen Veränderungen des ländlichen Raumes und den damit verbundenen sozialen und gesellschaftlichen Folgen für die dort lebenden Menschen.

Diese Forschungslücke wenigstens teilweise zu schließen, ist das Hauptanliegen der vorliegenden Arbeit, die sich mit der Politik auf dem Land in einer Phase rasanter wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen beschäftigt. Dabei stehen drei Themenkomplexe im Mittelpunkt: Erstens geht es um die Akteure der Politik auf dem Land, um Bürgermeister und Landräte, Gemeinde- und Kreisräte; zweitens um die Rolle der Parteien und deren Versuche, ihre Organisation auf den ländlichen Raum auszudehnen; und drittens um die Politik für das Land, ihre Umsetzung vor Ort sowie ihre Auswirkungen. Dahinter verbirgt sich die Leitfrage, in welchem Zusammenhang politische Veränderungen und sozioökonomischer Strukturwandel standen.⁹ Welche Konsequenzen hatten, einerseits, die gesellschaftlichen Umbrüche für die lokalen politischen Eliten, die Parteien und die politische Praxis vor Ort? Und wie beeinflusste, andererseits, die Politik den säkularen Transformationsprozeß der ländlichen Gesellschaft? Gab sie die entscheidenden Impulse oder reagierte sie lediglich auf mehr oder weniger selbstläufige Entwicklungen? Damit ist die Frage nach der Steuerung und der Steuerbarkeit wirtschaftlichen und sozialen Wandels aufgeworfen. Darüber hinaus gilt es zu klären, ob der Wandel der Politik auf dem Land linear verlief oder ob es „windstille Jahre“ und Phasen beschleunigter Veränderungen gegeben hat.

Die Frage nach den Zäsuren verweist auf ein weiteres übergeordnetes Erkenntnisziel der Studie, die einen Beitrag zur Binnenperiodisierung der westdeutschen Geschichte leisten will. Mit Blick auf die Bundesrepublik, vor allem aus der Perspektive der Außenpolitik bzw. der internationalen Beziehungen, steht mittlerweile außer Zweifel, daß die Jahre von 1949 bis 1989/90 eine einheitliche Epoche markierten, deren Signaturen der Ost-West-Konflikt, die deutsche Teilung sowie die Integration der beiden deutschen Teilstaaten in die supranationalen Organisationen der jeweiligen Machtblöcke darstellten.¹⁰ Die Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft orientierte sich indes nicht primär an den politischen Einschnitten, welche die Gründung der Bundesrepublik und die Wiedervereinigung markierten; sie zeitigte vielmehr eigene Zäsuren und Umbrüche, die in den letzten Jahren teilweise kontrovers diskutiert worden sind. Die neuere Forschung hat sich zunehmend von älteren Interpretationen gelöst, die in den fünfziger Jahren vor allem eine Epoche bleierner Restauration zu erkennen glaubten. Mittlerweile konnte sich die von Axel Schildt und Arnold Sywottek vorgeschlagene Sichtweise, die fünfziger Jahre als eine Dekade der „Modernisierung im Wiederaufbau“ zu begreifen und „eine große Wende in den späten 50er Jahren oder kurz danach“

⁸ Beispielsweise Koch, Remsfeld. Das gilt auch für die jüngsten Arbeiten, die sich mit der ländlichen Lebenswelt in der DDR befassen. Etwa Humm, Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf, oder Schier, Alltagsleben im „sozialistischen“ Dorf.

⁹ Instruktiv dazu Funk, Abschied von der Provinz.

¹⁰ Vgl. Bauerkämper/Sabrow/Stöver (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte, S. 13–16, und die Beiträge in Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945, sowie Hockerts, Ende der Ära Adenauer, S. 463; zur Periodisierungsproblematik allgemein ebenda, S. 461 ff., und Schildt, Nachkriegszeit.

anzusetzen, weitgehend durchsetzen.¹¹ Doch was kam danach? Was folgte auf die, in dieser Sichtweise, gar nicht mehr so „langen fünfziger Jahre“ (Werner Abels-hauser)? Obwohl die Erforschung der sechziger Jahre noch längst nicht abgeschlossen ist, geht die Tendenz der Historiographie doch in die Richtung, dieser Dekade einen noch stärker verändernden Charakter zuzuschreiben als dem vorangegangenen Jahrzehnt. In dieser Perspektive erscheinen die sechziger Jahre als „Wendezeit der Bundesrepublik“.¹² Wohin diese „Wende“ ging und ob es in dieser Phase tatsächlich einen „demokratischen Aufbruch“ gab, soll in dieser Arbeit untersucht werden. Damit ist unweigerlich die Frage nach der Bedeutung von „68“ verbunden, ein heiß umstrittenes Thema, das jedoch ebenfalls erst am Anfang der wissenschaftlichen Aufarbeitung steht.¹³ Es geht somit auch um den „schwierige[n] Charakter der 68er-Bewegung“, den Hermann Rudolph scharfzünftig mit dem Bonmot „halb Treibsatz, halb Rohrkrepiere[r]“ umschrieben hat.¹⁴ Gab es in ländlichen Regionen überhaupt ein „68“, und wenn ja, wie machte sich die Jugendrevolte bemerkbar und welche Konsequenzen zog sie für die Politik auf dem Land nach sich? Waren die Jahre um 1968 tatsächlich *der* große Einschnitt, oder fungierten sie eher als Katalysator, indem sie Prozesse beschleunigten, die bereits vorher angelegt waren und zu wirken begonnen hatten?

Der Blick nach unten dient dazu, unbekanntes Terrain zu erkunden und in den vielfältigen Erscheinungsformen des Besonderen Brechungen des Allgemeinen zu erkennen.¹⁵ Durch detaillierte Untersuchungen eines überschaubaren Raumes sollen neue Erkenntnisse über die Geschichte der Bundesrepublik erarbeitet werden. Schließlich fanden sich agrarisch geprägte Landstriche nach 1945 nicht allein in Bayern. Die hier untersuchten ländlichen Gebiete wiesen, was ihre Wirtschafts- und Sozialstruktur betrifft, stupende Ähnlichkeiten mit weiten Teilen von Nie-

¹¹ Radkau, „Wirtschaftswunder“ ohne technologische Innovation?, S. 152, sah diese Zäsur „unter technik-, alltags- und umweltgeschichtlichen Aspekten“. Ausführlich dazu Schildt/Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Ähnlich auch Hockerts, Ende der Ära Adenauer, und Frese u. a., Gesellschaft in Westfalen, und Frese/Paulus/Teppe, „Gesellschaft in Westfalen“*. Der „Pionier“ dieser neuen Sicht auf die fünfziger Jahre war Hans-Peter Schwarz, *Modernisierung oder Restauration, und ders., Fünfziger Jahre als Epochen-zäsur*.

¹² Frese/Paulus/Teppe (Hrsg.), *Die 1960er Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Ein knapper Abriss der gesellschaftlichen Veränderungen, welche die Bundesrepublik in den sechziger Jahren durchlief, bei Korte, Gesellschaft im Aufbruch*. Vgl. jetzt auch den anregenden Sammelband von Schildt/Siegfried/Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten, dessen Beiträge – wenn auch auf sehr unterschiedlichem Niveau – sich mit den sechziger Jahren in den beiden deutschen Staaten beschäftigen, und Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland*.

¹³ Für manche Autoren, die in der „Kanzlerdemokratie“ Adenauers eine Fortsetzung autoritärer Traditionen zu erkennen glaubten, markiert erst „68“ den Durchbruch der Bundesrepublik zu westlicher Demokratie, etwa Leggewie, 1968. Andere erblickten in der Studentenrevolte nicht nur die Wurzeln des Terrorismus der siebziger Jahre, sondern auch das Ende geordneter Verhältnisse, beispielsweise Lübke, *Mythos der „kritischen Generation“*. Kritisch mit beiden Interpretationen ging Hans Günter Hockerts ins Gericht, der diese „holzschnittartige[n] Sichtweisen“ als „wenig nützlich“ bezeichnete. Hockerts, *Ende der Ära Adenauer, S. 461 f. Erste Schritte zu einer unvoreingenommenen Untersuchung der Phänomene „68“ und „APO“ bei Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968, und dies., 68er Bewegung, sowie in Westfälische Forschungen 48 (1998). Koenen, Das rote Jahrzehnt, ordnet „1968“ in einen größeren zeitlichen Kontext ein, während Hockerts, „1968“ als weltweite Bewegung, die deutsche Entwicklung in den globalen Kontext stellt. Ein Überblick über die Diskussion bei Stöver, *Bundesrepublik, S. 88–102*.*

¹⁴ Rudolph, *Mehr Stagnation als Revolte, S. 150*.

¹⁵ Vgl. theoretisch Köllmann, *Zur Bedeutung der Regionalgeschichte, und Schulze, Region – Industrialisierung – Strukturwandel. Dazu auch Brakensiek, Kultur und Staat in der Provinz*.

dersachsen, Schleswig-Holstein, Ostwestfalen sowie mit manchen Regionen von Rheinland-Pfalz und Hessen auf. Der Typus der ländlichen Region gehörte zu den Urformationen Westdeutschlands, er spielte – aller Industrialisierung und später auch Tertialisierung zum Trotz – nach wie vor eine nicht unerhebliche Rolle. Noch Mitte der sechziger Jahre wies eine Untersuchung immerhin 160 von 425 Landkreisen der Bundesrepublik als agrarisch geprägt aus, während 62 Landkreise als „stärker verdichtet“ und die übrigen 203 Landkreise als „gemischt-wirtschaftlich“ galten.¹⁶ Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich also mit einem Lebensbereich, dem in der westdeutschen Gesellschaft beträchtliche Bedeutung zukam.

Auswahl der Untersuchungsregionen

Die meisten Studien, die sich mit dem Land und der ländlichen Gesellschaft nach 1945 beschäftigen, näherten sich ihrem Untersuchungsgegenstand gleichsam mit dem Mikroskop. Oft stand nur ein einziges Dorf im Zentrum einer umfangreichen Monographie¹⁷, andere Forscher wie etwa Peter Exner bemühten sich, anhand weniger Gemeinden eine Typologie unterschiedlicher Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Der Vorteil dieses Ansatzes liegt auf der Hand: Wenn kleine und relativ überschaubare Einheiten im Mittelpunkt der Untersuchung stehen, erreicht man eine größere Tiefenschärfe. Ein extremes Beispiel stellt die Studie von Albert Ilien und Utz Jeggle dar: Beide Autoren lebten mehrere Jahre vor Ort und konnten daher mit intimen Kenntnissen des von ihnen untersuchten Dorfes aufwarten.¹⁸ Allerdings birgt diese Herangehensweise auch eine Reihe von Nachteilen: Erstens sind die so gewonnenen Ergebnisse nicht ohne weiteres auf andere Dörfer übertragbar, die Relevanz der Ergebnisse für den Untersuchungsgegenstand ländliche Gesellschaft scheint zumindest fraglich.¹⁹ Zweitens gerät der Einfluß regionaler Zentren, also die Wechselwirkung von Zentrum und Peripherie, weitgehend aus dem Blick. Dieser Faktor gewann jedoch gerade in den fünfziger und sechziger Jahren erheblich an Bedeutung. Drittens blieben, wie Jörg Ueltzhöffer im Hinblick auf die Untersuchung der lokalen Politik bereits 1975 kritisierte, bei dem „mikroanalytische[n] approach“ politologischer und soziolo-

¹⁶ Isbary, Verdichtung der Kreise.

¹⁷ Beispielhaft für die Untersuchungen einzelner Dörfer in den fünfziger Jahren etwa Scharnagl, Straußdorf, und Schorr, Gerhardshofen. Die neueren Arbeiten standen direkt oder indirekt unter dem Einfluß der bahnbrechenden Studie des französischen Sozialhistorikers Emmanuel Le Roy Ladurie, der auf der Basis einer einzigartigen Quellenlage die Geschichte des verschlafenen Dorfes Montailou und seiner Bewohner von 1292 bis 1324 darstellt und dabei Erkenntnisse gewann, die das Wissen über das Dorf im Hochmittelalter auf eine völlig neue Grundlage stellten. Etwa Beck, Unterfinning, dessen zeitlicher Schwerpunkt allerdings auf der Frühen Neuzeit liegt. Jetzt auch Mak, Wie Gott verschwand aus Jorwerd, der – wie es der Untertitel ankündigt – den „Untergang des Dorfes in Europa“ am Beispiel einer niederländischen Gemeinde schildert und sich dabei explizit auf Le Roy Ladurie bezieht.

¹⁸ Vgl. Ilien/Jeggle, Leben auf dem Dorf.

¹⁹ Schneider, Wege in die Moderne, S. 71, kritisierte jüngst die „Konzentration [der Dorfforschung, J.B.] auf ein isoliertes Untersuchungsobjekt“ in Gestalt eines einzigen Dorfes und bezweifelte generell, daß es gelingen könne, „ein ‚typisches‘ Dorf zu definieren.“ Auch Exner, Ländliche Gesellschaft, blieb letztlich den Nachweis schuldig, daß die drei von ihm ausgewählten Dörfer tatsächlich repräsentativ für die relativ großen Regionen Kernmünsterland, Westmünsterland und Ostwestfalen gewesen sind.

gischer Studien „die Rahmenbedingungen des Subsystems ‚kommunale Politik‘ [...] in der Regel jenseits des Forschungshorizontes“.²⁰

In der vorliegenden Arbeit wurde daher ein anderer Zugriff gewählt: Der Blick richtet sich nicht ausschließlich auf einzelne Dörfer, sondern – wie bei Eichmüller – auch auf ganze Landkreise. Die Untersuchung setzt also auf der Mesoebene an, ohne dabei die Mikroebene auszublenden. Dies schien insofern besonders vielversprechend, als damit auch kleinere Städte und Märkte in den Blick geraten, welche die Epizentren der Modernisierung auf dem Land gewesen sein dürften. Von dort aus, so eine der Grundannahmen, haben sich die skizzierten Entwicklungen schrittweise auf die umliegenden Dörfer ausgebreitet und in ihrer Summe zur Entstehung des vielzitierten Stadt-Land-Kontinuums, also der Aufweichung der ehemals krassen Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher Lebenswelt, geführt. Zudem bezieht dieser Ansatz die Landkreisverwaltungen ein, die – wie schon das Erpftinger Beispiel gezeigt hat – beim Ausbau der Infrastruktur eine wichtige Rolle spielten.²¹ Zwar ist der Freistaat, von einigen „Inseln der Industrialisierung“ abgesehen, bis weit ins zwanzigste Jahrhundert hinein ein agrarisch geprägter Flächenstaat geblieben²², doch erschien eine Untersuchung ganz Bayerns aus arbeitsökonomischen Gründen unzweckmäßig. Daher ging es zunächst darum, diejenigen Regionen herauszudestillieren, in denen das Land eingangs des Untersuchungszeitraums noch am ländlichsten gewesen ist. Die Auswahl der zu untersuchenden Landkreise erfolgte anhand zentraler Strukturdaten, die dem Statistischen Jahrbuch für Bayern von 1952 entnommen wurden. Das dabei zugrunde gelegte Stichjahr 1950 wurde mit Bedacht gewählt: Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Lage auf dem Land bereits zu einem gewissen Grad normalisiert, nachdem viele Heimatvertriebene die Landgemeinden, in denen sie nach Kriegsende zunächst untergebracht worden waren, wieder verlassen hatten.²³

Für die Auswahl der Landkreise gaben fünf Kriterien den Ausschlag²⁴: Als erster Prüfstein diente der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen im Landkreis ohne Berücksichtigung der selbständigen Berufslosen. Ein hoher Stellenwert dieses Wirtschaftsbereichs stellt das wichtigste Charakteristikum einer ländlichen, sprich: vornehmlich agrarisch geprägten Gesellschaft dar. Bayernweit waren 1950 noch 30,6 Prozent der Erwerbspersonen im primären Sektor tätig.²⁵ Für diese Untersuchung kamen alle Landkreise in Betracht, in denen zu diesem Zeitpunkt mindestens jeder zweite Erwerbstätige Lohn und Brot aus Land- und Forstwirtschaft bezog. Das zweite Kri-

²⁰ Ueltzhöffer, *Kommunale Machtelite*, S. 96.

²¹ Zum Stadt-Land-Kontinuum vgl. Kötter, *Stadt und Land*. Zu diesem Themenkomplex stellte Wilhelm Abel, *Stadt-Land-Beziehungen*, bereits 1955 einige Überlegungen an, die jedoch von der Forschung zunächst nicht aufgegriffen wurden. Zu den verschiedenen Interpretationen der Beziehungen zwischen Stadt und Land vgl. die knappe Einführung bei Henkel, *Der ländliche Raum*, S. 34–39. Zur Bedeutung der Landkreise vgl. von der Heide, *Stellung und Funktion der Kreise*.

²² Vgl. Erker, *Keine Sehnsucht nach der Ruhr*, S. 480ff., und Tenfelde, *Bayerische Wirtschaft und Gesellschaft*.

²³ Vgl. Erker, *Revolution des Dorfes*, S. 385f.

²⁴ Allgemeine Definitionskriterien des ländlichen Raumes und ihre Problematik bei Henkel, *Der ländliche Raum*, S. 28–34.

²⁵ Diese und die folgende Angabe zu den Erwerbstätigen in Industrie und Gewerbe nach SJB 25 (1955), S. 124.

terium bildete der Anteil der Erwerbsbevölkerung, der in Industrie und Gewerbe beschäftigt war. Hier betrug der gesamt-bayerische Durchschnitt 1950 knapp 41 Prozent. In Frage kamen alle Landkreise, in denen dieser Wert nicht wesentlich über 30 Prozent lag. Drittens mußte die Bevölkerungsdichte der Landkreise 1950 für die Auswahl der Untersuchungsregionen in Rechnung gestellt werden, denn eine vergleichsweise dünne Besiedlung markiert ein weiteres Kennzeichen ländlicher Räume. Bayernweit errechneten die Statistiker für 1950 bereits eine Bevölkerungsdichte von 129,8 Personen pro Quadratkilometer.²⁶ Für diese Studie kamen Landkreise in Frage, deren Bevölkerungsdichte um 80 Einwohner pro Quadratkilometer oder darunter lag. Viertens wurde die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen berücksichtigt, da ländliche bzw. landwirtschaftlich strukturierte Gemeinden in der Regel nicht mit dem Steueraufkommen verhältnismäßig reicher Industrie- oder Fremdenverkehrsgemeinden mithalten konnten. Als geeigneter Gradmesser erschien die Realsteuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden pro Einwohner, die 1950 im bayerischen Durchschnitt 24,74 DM betrug.²⁷ Dem hier vorgegebenen Richtwert von 20, – DM wurde allerdings eine niedrigere Priorität eingeräumt, da nicht intendiert war, eine Studie über sogenannte Notstandsgebiete zu erstellen. Es konnten also auch relativ wohlhabende Landkreise einbezogen werden, wenn aus den ersten beiden Kriterien eindeutig hervorging, daß sie ihren Wohlstand primär aus der Landwirtschaft bezogen. Zusätzliche Richtwerte bildeten, fünftens, das Gewerbesteueraufkommen, die Anzahl der Industriebetriebe sowie die Anzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer. Je niedriger diese Werte in einem Landkreis 1950 lagen, desto eher kam er für diese Studie in Frage.

Der Untersuchung vorgeschaltet war somit eine Analyse regionaler Disparitäten zwischen den bayerischen Landkreisen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, und zwar in erster Linie anhand der Erwerbsstruktur, wie sie Hartmut Kaelble und Rüdiger Hohls bereits auf der Regierungsbezirksebene durchgeführt haben.²⁸ Die Kombination der fünf Auswahlkriterien ergab insgesamt 28 für diese Untersuchung relevante Landkreise: im Regierungsbezirk Oberbayern waren dies Freising, Landsberg am Lech, Schrobenhausen und Wasserburg am Inn; in Niederbayern Bogen, Landshut, Mainburg, Rottenburg und Wolfstein; in der Oberpfalz Beilngries, Neumarkt in der Oberpfalz, Neunburg vorm Wald, Oberviechtach, Parsberg, Riedenburg und Roding; in Oberfranken der Landkreis Ebermannstadt; im Regierungsbezirk Mittelfranken die Landkreise Feuchtwangen, Gunzenhausen, Hilpoltstein, Rothenburg ob der Tauber und Scheinfeld; in Unterfranken Bad Kissingen, Hammelburg, Hofheim in Unterfranken und Königshofen im Grabfeld; und in Schwaben schließlich Neuburg an der Donau und Nördlingen.

Recherchen in den Staatsarchiven und den einschlägigen Registraturen, die den zweiten Schritt der Vorarbeiten darstellten, ergaben, daß die Überlieferung der

²⁶ Diese Angabe nach ebenda, S. 16.

²⁷ Ebenda, S. 341.

²⁸ Kaelble/Hohls, Wandel der regionalen Disparitäten. Diese ebenso verdienstvolle wie aufschlußreiche Studie geht freilich ihrerseits über die enormen Binnendifferenzen der Untersuchungseinheiten hinweg.

Landratsämter in nur elf der in Frage kommenden Landkreise eine ausreichende Quellengrundlage erwarten ließ: in Landsberg am Lech und Wasserburg am Inn im Regierungsbezirk Oberbayern, im niederbayerischen Landkreis Bogen, weiter in Beilngries, Neumarkt und Roding in der Oberpfalz, in Feuchtwangen und Rothenburg ob der Tauber im Regierungsbezirk Mittelfranken, ferner im Landkreis Königshofen im Grabfeld in Unterfranken sowie in den schwäbischen Landkreisen Neuburg an der Donau und Nördlingen. Diese elf Landkreise bilden den Untersuchungsraum für die Analyse der „Politik auf dem Land“. 1950 umfaßten sie knapp acht Prozent der Gesamtfläche des Freistaats und 4,4 Prozent der bayerischen Bevölkerung.²⁹ Als ein erstes Ergebnis bleibt festzuhalten, daß die ländlichsten Regionen Bayerns geographisch nicht auf einen oder zwei Regierungsbezirke konzentriert waren, was die bislang vorliegenden Untersuchungen nicht unbedingt erwarten ließen.³⁰ Immerhin sind sechs von sieben bayerischen Regierungsbezirken in der Untersuchung vertreten, lediglich Oberfranken fehlt. Somit lassen sich regionale Differenzen oder Besonderheiten herausarbeiten und gewichten – beispielsweise die unterschiedliche konfessionelle Prägung des katholischen Altbayern und protestantischer Landstriche in Westmittelfranken. Die Relevanz der Ergebnisse in Bezug auf ländliche Regionen in ganz Bayern wird dadurch erheblich größer.

Untersuchungszeitraum

Im Zentrum der Untersuchung steht die Entwicklung der Jahre von 1945 bis 1972. Allerdings wird diese zeitliche Begrenzung, abhängig von der jeweiligen Fragestellung und dem Untersuchungsgegenstand, bisweilen nach vorne wie nach hinten durchbrochen, um einen Rückblick auf die vorangegangene oder einen Ausblick auf die folgende Entwicklung werfen zu können. In der Sozialgeschichtsschreibung der Bundesrepublik ist die einschneidende Wirkung des Jahres 1945 mit Fug und Recht bezweifelt bzw. relativiert worden, vielmehr sah man in den Jahren zwischen Stalingrad und der Währungsreform eine formative Phase der (west-)deutschen Gesellschaft.³¹ Was dagegen die Sphäre der Politik betrifft, könnte die durch Kriegsende und Besatzung markierte Zäsur kaum tiefer sein³²: Mit dem Einmarsch der Alliierten verloren die Funktionsebenen des NS-Regimes auf allen Ebenen ihre Ämter, und sämtliche Befugnisse gingen auf die Besatzer über. Zum selben Zeitpunkt verschwand mit der NSDAP die einzige politische Partei. Administrative und politische Entscheidungen lagen nun vorübergehend nicht mehr in deutschen Händen, sondern fielen in den alleinigen Kompetenzbereich der alliierten Militärregierungen.³³ Kurz: die politische Festplatte Deutsch-

²⁹ Berechnet nach SJB 25 (1955), S. 492–499. Siehe auch die Karten im Anhang, S. 559–570.

³⁰ Die Ergebnisse von Kaelble/Hohls, Wandel der regionalen Disparitäten, S. 336, suggerierten dagegen einen eindeutigen Schwerpunkt auf dem Regierungsbezirk Niederbayern. Vgl. dazu auch Eichmüller, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft, S. 59.

³¹ Broszat/Henke/Woller, Von Stalingrad zur Währungsreform, S. XXV–XLIX, und Graml, Zwischen Stalingrad und Währungsreform. Diese Sichtweise ist vereinzelt auf Kritik gestoßen, etwa bei Winkler, Sozialer Umbruch, im Großen und Ganzen jedoch anerkannt worden. Vgl. Frese u.a., Gesellschaft in Westfalen, S. 447.

³² Dazu Frei, Besatzungsherrschaft als Zäsur, S. 780 f., und Bracher, Kriegsende und Epochenwende.

³³ Vgl. dazu Woller, Gesellschaft und Politik, der die Politik der amerikanischen Besatzungsmacht in

lands war mit der militärischen Besetzung gleichsam neu formatiert worden, und nun galt es, neue Programme zu installieren. Jede Untersuchung der politischen Landschaft Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg muß daher mit dem Jahr 1945 einsetzen.

Der Untersuchungszeitraum endet mit der einschneidenden Gebietsreform der frühen siebziger Jahre, die – da diese Untersuchung auf der Landkreisebene ansetzt – eine natürliche Zäsur bildet. Während sich die Neugliederung der Gemeinden von 1971 bis 1978 sieben Jahre lang hinzog, erfolgte der Neuzuschnitt der Landkreise durch den Federstrich einer Regierungsverordnung zum 1. Juli 1972. Von den ehemals 143 bayerischen Kreisen blieben nur 71 bestehen, gleichzeitig reduzierte man die Zahl der kreisfreien Städte von 48 auf 25.³⁴ Ab diesem Zeitpunkt sind keine statistischen Daten für die Altlandkreise mehr verfügbar. Die kommunale Gebietsreform ist freilich nicht allein aus arbeitstechnischen Gründen eine sinnvolle Zäsur. Schließlich wurden dabei administrative Grundstrukturen zerstört, die mehr als anderthalb Jahrhunderte Bestand gehabt hatten. Wie tiefgreifend sich die Topographie des Verwaltungsaufbaus im Freistaat mit der Reform veränderte, zeigt schon ein Blick auf die Zahlen: Von 6962 kreisangehörigen Gemeinden, die noch Anfang 1970 existiert hatten, blieben nur 2050 erhalten. Die kleinen Landgemeinden waren von diesem Kahlschlag besonders betroffen. 1970 gab es im Freistaat noch 5246 Kommunen unter 1000 Einwohnern, zehn Jahre später existierten davon nur noch 244, von denen lediglich eine einzige weniger als 200 Bewohner zählte. Gerade in der Kommunalpolitik war die heiß umstrittene Schaffung größerer Verwaltungseinheiten Auslöser bedeutender Veränderungen.³⁵ Zudem liegt der hier gewählte Endpunkt der Untersuchung von 1972 nahe an dem großen Einschnitt, den die Ölpreiskrise von 1973 in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik markiert, als die „Grenzen des Wachstums“ offensichtlich wurden.³⁶

Quellenlage

Soweit sich die historische Forschung bislang der ländlichen Regionen angenommen hat, dominieren Ansätze, die in erster Linie nach den Umbrüchen in der landwirtschaftlichen Produktion und ihren sozialen Folgen für die ländliche Gesellschaft fragen. Der Bereich des Politischen blieb dagegen bis dato weitgehend ausgeklammert³⁷, wenn man von der unmittelbaren Nachkriegszeit absieht, als die

Bayern und ihre Auswirkungen am Beispiel der mittelfränkischen Region Ansbach und Fürth analysiert, oder Zeitler, Neubeginn, der die oberfränkischen Landkreise Kronach und Kulmbach in den Blick nimmt.

³⁴ Diese Angaben nach SJB 30 (1972), S. 11. Die Regierungsverordnung, mit der die Landkreisgebietsreform ins Werk gesetzt wurde, nahm der Landtag am 15. 12. 1971 mit 109 Stimmen der CSU gegen 68 Stimmen der Opposition an. Kock, Bayerische Landtag, S. 191 f. Die folgenden Angaben zu den Gemeinden nach SJB 33 (1981), S. 8.

³⁵ Zur kommunalen Gebietsreform und ihren Folgen vgl. Balcar, Kosten der Erschließung, und Albertin/Keim/Werle, Zukunft der Gemeinden, und Bocklet, Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform, sowie Scholler, Die bayerische Gemeindegebietsreform. Zu den Auswirkungen der Gebietsreform in ländlichen Regionen vgl. auch Exner, Beständigkeit und Veränderung, S. 324.

³⁶ Meadows u. a., Grenzen des Wachstums. Zur Bedeutung der Ölkrise für die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik vgl. Borchardt, Zäsuren, S. 25 f., und Hohensee, Der erste Ölpreisschock.

³⁷ Bezeichnenderweise standen in politikwissenschaftlichen Untersuchungen in der Regel die Städte

Kommunalpolitik in der amerikanischen Konzeption der „Reeducation“ als „Schule der Demokratie“ große Bedeutung erlangte.³⁸ Möglicherweise wurde mancher Autor auch unbewußt Opfer des weitverbreiteten Irrglaubens, Entscheidungen auf kommunaler Ebene seien stets „unpolitisch“ und „rein sachlicher Natur“.³⁹ Daher muß die vorliegende Studie das bislang kaum systematisch beackerte Feld der Politik auf dem Land ganz neu vermessen.

Ein Grund für die stiefmütterliche Behandlung, die der Politik auf dem Land bislang in der Forschung zuteil wurde, liegt in der nicht unproblematischen Quellenlage. Aufgrund der gewachsenen Traditionen der kommunalen Selbstverwaltung stellt jede Gemeinde einen eigenen politischen Mikrokosmos dar⁴⁰, was Untersuchungen, die mehr als eine Handvoll Kommunen umfassen, zu einem mühevollen Unterfangen macht, hat man es doch mit einer Vielzahl kleiner Entscheidungszentren und lokaler Eliten zu tun, die jeweils für sich betrachtet werden müssen. Die für eine Kommune erarbeiteten Befunde lassen sich aufgrund der Wirkungsmacht lokaler Spezifika nicht ohne weiteres auf andere Verwaltungseinheiten übertragen. Vergleichende Untersuchungen über eine größere Anzahl von Gemeinden ergeben oftmals kein in sich stimmiges Gemälde, sondern eine patchworkartige Kollage, aus der sich nur schwer eine allgemeine Entwicklung ablesen läßt.⁴¹

Noch schwerer wiegt der Mangel an Quellenmaterial. Gerade auf dem Land wurde vieles nie schriftlich fixiert, sondern per Handschlag besiegelt. Gesprächs- oder Aktennotizen, die auf den höheren Ebenen von Politik und Verwaltung Einblick in mündlich getroffene Vereinbarungen geben, waren unüblich. Auch die seinerzeit angefallenen Schriftstücke wurden oft nur lückenhaft, manchmal gar nicht überliefert, was auf zwei Gründe zurückzuführen ist. Erstens denken viele Protagonisten der Politik auf dem Land bis heute nicht, daß das von ihnen erzeugte Schriftgut dauerhaft bewahrenswert sein könnte.⁴² Zweitens fehlen die entsprechenden Archive vor Ort, denn im Unterschied zu anderen Bundesländern existieren in Bayern keine Kreisarchive. Diese bayerische Besonderheit erschwert die historische Forschung, weil ein eigenes Archiv mit geschultem Personal für die meisten Gemeinden im ländlichen Raum bis heute einen kaum erschwinglichen Luxus darstellt. So kommt es, daß in etlichen Kommunen kaum ein Aktenstück

im Zentrum des Forschungsinteresses, während die Politik auf dem Land auch von dieser Disziplin eher stiefmütterlich behandelt wurde. Siehe etwa die Arbeiten von Mayntz, Parteigruppen in der Großstadt, und Hilterscheid, Industrie und Gemeinde, oder Albertin, Partizipation in den Städten, sowie Lange, Kommunale Selbstverwaltung in großen Städten, und Grauhan, Politische Verwaltung. Auch Naßmacher, Funktionen politischen Personals, führte seine Untersuchung über kommunale Eliten am Beispiel der Stadt Wuppertal durch. Die Konzentration der Politikwissenschaft auf die Städte dürfte ihren Grund in der Rezeption der amerikanischen „Community Power“ Diskussion gehabt haben, vgl. Ammon, Eliten und Entscheidungen in Stadtgemeinden.

³⁸ Vgl. Latour/Vogelsang, Okkupation und Wiederaufbau, und Schlemmer, Amerikaner in Bayern, sowie Rупieper, Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie.

³⁹ Etwa Ziebill, Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, S. 62 ff. Vgl. dazu Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik, S. 362.

⁴⁰ Vgl. den Überblick bei von Saldern, Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland.

⁴¹ Dazu allgemein Schneider, Wege in die Moderne.

⁴² Zahlreiche Beispiele für den schlampigen Umgang mit dem Schriftgut in den Gemeinden des Landkreises Landsberg am Lech, aber auch für das Fehlen geeigneter Räumlichkeiten zur Aufbewahrung der Gemeindeakten finden sich bei Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 228–343.

aus den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren vorhanden ist. Auch die Unterlagen, die allen Hindernissen zum Trotz ihren Weg in die diversen kommunalen und staatlichen Archive gefunden haben, halten nicht immer, was sie versprochen. So erwiesen sich, um nur ein Beispiel zu nennen, die Protokolle des Gemeinderats, die für mehrere Kommunen vollständig durchgesehen wurden, oft als wenig aussagekräftig, da sie – gerade in kleinen Gemeinden – lediglich die schließlich gefaßten Beschlüsse sowie das Abstimmungsergebnis enthalten. So ließen sich eventuelle strittige Punkte bzw. kontroverse Entscheidungen in ihrer Entstehung ebensowenig rekonstruieren wie die Haltung bestimmter Personen oder Parteien in der einen oder anderen Frage. Für die Niederschriften von Kreistag und Kreis Ausschuß gilt Ähnliches, da auch hier in der Regel keine Wort- bzw. Verlaufsprotokolle geführt wurden.

Der Mangel an geeignetem Archivmaterial und seine mitunter geringe Aussagekraft ließ sich zum Teil durch die Auswertung der Lokalpresse kompensieren, die immer wieder sehr detailliert über diverse politische Entscheidungsprozesse in Landkreisen und Gemeinden berichtete. Allerdings darf die Bedeutung dieser Quelle nicht überschätzt werden. In vielen Fällen gleicht nämlich der Lokalteil bis heute einem „Hofbulletin“, das „weitgehend als Instrument der Selbstdarstellung der Honoratioren“ vor Ort dient.⁴³ Die kritiklose Darstellung örtlicher politischer Ereignisse, die lediglich die Sichtweise des „Duodezfürsten“ und seiner „lokalen Hofgesellschaft“ wiedergibt und deren Handlungen ins rechte Licht rückt, versucht „die Illusion wohlgehüteter Verhältnisse zu erwecken.“⁴⁴ Das liegt nicht zuletzt daran, daß „in vielen Gemeinden [...] die Oberbürgermeister oder Bürgermeister [...] in kommunalen Angelegenheiten die geheimen Chefredakteure ihrer Lokalzeitungen sind.“⁴⁵ Das gilt auch für die hier herangezogene Presse: So war beispielsweise Roland Matejka, der zwischen 1948 und 1968 die Berichterstattung aus dem Landkreis Roding für die Mittelbayerische Zeitung besorgte, den gesamten Zeitraum über im Rodinger Landratsamt tätig und gehörte sowohl dem Kreistag als auch dem Rodinger Stadtrat als Vertreter der CSU an. Die Artikel über die Arbeit seines Parteifreunds Franz Sackmann etwa, des Rodinger Landrats und Landtagsabgeordneten, sind insofern mit einiger Vorsicht zur Kenntnis zu nehmen.

Manch interessanter Aspekt der Kommunalpolitik, wie beispielsweise das Klima in den Sitzungen von Kreistag und Gemeinderat oder der Einfluß persönlicher Beziehungen auf die eine oder andere Entscheidung, verschließt sich ohnehin weitgehend dem Zugang über schriftliche Quellen. Um dieses Manko auszugleichen, wurden zusätzlich eine Reihe von qualitativen, nicht standardisierten Interviews mit ehemaligen Entscheidungsträgern vor Ort geführt. Auch hier ist freilich Vorsicht geboten, denn es besteht die nicht von der Hand zu weisende Gefahr, daß der Befragte die eigenen Handlungen nachträglich zu rechtfertigen oder

⁴³ Haenisch/Schröter, Zum politischen Potential der Lokalpresse, S. 254. Vgl. dazu mit Bezug auf agrarisch geprägte Regionen Herrman, Im Dienste der örtlichen Lebenswelt, und Schneider, Lokalpolitik in einer Landgemeinde, S. 33 f. Allgemein dazu Beier, „Vereinte“ Lokalzeitung und Kommunalpolitik, und Frahm, Viel gelesen und viel gescholten, sowie Jarren, Lokale Medien und lokale Politik.

⁴⁴ Wehling, Vom Elend lokaler Berichterstattung, S. 157.

⁴⁵ Eschenburg, Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik, S. 135 f.

zu glorifizieren sucht. Ist von Anderen die Rede, besteht die Tendenz, seinerzeitige Meinungsverschiedenheiten und auch berechtigte Kritik unter den Tisch fallen zu lassen – sei es aus persönlicher Rücksichtnahme, sei es, weil der lokale Comment es gebietet.⁴⁶ Daher gilt es, soweit irgend möglich, die Auskünfte der Gesprächspartner anhand weiterer mündlicher oder schriftlicher Quellen gegenzuprüfen. Als Glücksfall erwies sich, daß einige der Befragten noch über Unterlagen aus ihrer aktiven Zeit verfügen, in die sie großzügig Einsichtnahme gewährten. Auf diese Weise konnte manche Lücke in der archivalischen Überlieferung geschlossen werden, so daß die Quellenbasis für diese Studie insgesamt befriedigend ist.

2. Fragestellung und Aufbau der Arbeit

Wie der Prolog gezeigt hat, durchlief die politische Szenerie in Erpfting zwischen 1948 und 1972 drei nachhaltige Veränderungen: Erstens wandelte sich das Profil des politischen Personals, was nicht nur zu einer deutlichen Verjüngung, sondern auch zu einer Verschiebung der Sozialstruktur der lokalen Entscheidungsträger führte. Zweitens gelang es CSU und SPD, vor Ort Fuß zu fassen und ihren Einfluß auf die Politik der Gemeinde zu vergrößern. Drittens schließlich veränderten sich Stil und Themen der Politik, was zunächst mit deutlich wachsenden Handlungsspielräumen einher ging, ehe die Kommune im Zuge der Gebietsreform ihre Selbständigkeit einbüßte. Die einschneidende Zäsur, gewissermaßen die Wasserscheide der Politik in Erpfting, lag jeweils in den Kommunalwahlen von 1966 und, in geringerem Maße, 1972. Aber ist dieses Beispiel typisch für die Entwicklung der Politik im ländlichen Raum, oder waren hier vielmehr ortsspezifische Faktoren am Werk, die einen „Sonderweg“ bedingten? Steht das Dorf am Lechrain nur für einen bestimmten Typus, den der Landgemeinde mittlerer Größe in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer größeren Stadt? Entwickelte sich die Kommunalpolitik in den größeren Gemeinden, Kreisstädten und Marktflecken nicht ganz anders als in den immer noch von der Landwirtschaft geprägten Zwerggemeinden? Muß man also auch in der Provinz zwischen (regionalem) Zentrum und Peripherie unterscheiden? Für diese Vermutung spricht, daß sich zwischen den einzelnen Gemeinden ebenso deutliche Unterschiede bezüglich der Bevölkerungsdichte und den dominierenden Erwerbsbereichen nachweisen lassen wie unter den Landkreisen.

⁴⁶ Ausführlich zu diesem Problem Niethammer, Fragen – Antworten – Fragen. Eine größere Reserviertheit der Interviewpartner an neuralgischen Punkten konstatierten jüngst auch Hohls/Jarusch (Hrsg.), Versäumte Fragen, S. 28 f., die weiter feststellten: „Ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Beurteilung der einzelnen Aussagen ist daher nicht nur die Zuverlässigkeit des Gedächtnisses, sondern auch die Konstruktion der Erinnerung als Sinnzusammenhang, der bestimmte Gefühle oder Einsichten weitergeben will.“ Überaus kritisch zur Befragung von Zeitzeugen auch Welzer, Interview als Artefakt.

Teil A: Basisnahe politische Eliten im Wandel

Den für Erpfting erarbeiteten Befunden folgend, gliedert sich die Untersuchung der Politik auf dem Land in drei große Blöcke. Der erste Teil ist dem Sozialprofil der basisnahen politischen Eliten im ländlichen Raum gewidmet, die uns in Gestalt der Bürgermeister und Gemeinderäte sowie der Land- und Kreisräte entgegentreten, während die lokalen Parteivorsitzenden – sofern sie nicht zugleich kommunalpolitische Ämter bekleideten – zunächst ausgeblendet bleiben. Der Fokus richtet sich vornehmlich auf die Altersstruktur und die Berufsgruppenschichtung. Die soziologische und politikwissenschaftliche Elitenforschung hat sich bisher weitgehend auf den Bereich der nationalen politischen Führungsgruppen konzentriert. Eine Reihe von Autoren beschäftigten sich auch mit den politischen Eliten auf Länderebene.⁴⁷

Im Gegensatz dazu wissen wir nur wenig über kommunalpolitische Eliten, obwohl nach Dietrich Herzog „für die Fähigkeit eines demokratischen Selektionssystems, insbesondere für den Prozeß der Auswahl und Qualifizierung politischen Führungspersonals in den Parteien [...] die Frage nach Karrierestufen im lokalen und regionalen Bereich des politischen Systems von mindestens gleichrangiger Bedeutung“ ist.⁴⁸ Die wenigen Studien, die Kommunalpolitiker zum Gegenstand haben, fokussierten hauptsächlich die größeren Städte⁴⁹, während das Land weitgehend ausgeklammert wurde. Eine Ausnahme stellt die Untersuchung von Ulrich Matthée dar, der Elitenbildung und -zirkulation auf der lokalen Ebene am Beispiel des schleswig-holsteinischen Kreises Segeberg nachzeichnete.⁵⁰ Als gravierender Nachteil erwies sich jedoch der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit, die bereits Mitte der sechziger Jahre endet, so daß sie die Umwälzungen im Zuge der Gebietsreform nicht mehr berücksichtigt. Zuletzt hat sich Peter Exner mit dem Elitenwechsel in ländlichen Regionen beschäftigt, den er am Beispiel dreier westfälischer Dörfer bis zum Ende der sechziger Jahre untersuchte. Er kam zu dem Ergebnis, daß weder Nationalsozialismus noch Besatzungszeit die Rekrutierungsmuster dörflicher Eliten entscheidend veränderten und erst die Kommunalwahlen von 1969 eine tiefgreifende Veränderung bewirkten.⁵¹ Freilich bleibt unklar, ob diese Veränderungen lediglich lokale Erscheinungen waren oder doch eine für ländliche Regionen allgemein typische Entwicklung darstellen, zumal der Austausch der politischen Eliten in den drei von Exner betrachteten Dörfern nicht

⁴⁷ Dürr, Soziale Strukturen, der die Mitglieder des Bayerischen Landtags untersuchte, sowie Dierl u. a., Landtag von Nordrhein-Westfalen, und Holl, Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg. Holl, Landespolitiker, konzentriert sich weitgehend auf die achtziger Jahre. Jetzt auch die Synopse bei Handschell (Bearb.), Abgeordnete in Bund und Ländern. Das Standardwerk der westdeutschen Elitenforschung ist nach wie vor die 1965 erschienene Studie von Wolfgang Zapf, Wandlungen der deutschen Elite. Vgl. auch von Beyme, Politische Klasse im Parteienstaat, und Derlien/Pippig, Administrative Elite, und Derlien, Regierungswechsel.

⁴⁸ Herzog, Politische Karrieren, S. 67.

⁴⁹ Beispielsweise Naßmacher, Funktionen politischen Personals in lokalen Vertretungskörperschaften, und Ellwein/Zoll, Wertheim, sowie Nauck, Kommunale Selbstverwaltung, die den Raum Siegen untersuchte. Im Rahmen des Projekts „Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930–1960“ arbeitet Martin Lönung momentan an einer Studie über „Die politischen Führungsgruppen in Bielefeld und Münster 1930–1960. Kontinuitäten und Diskontinuitäten“. Frese/Paulus/Teppie, Gesellschaft in Westfalen, S. 504, Anm. 14.

⁵⁰ Matthée, Elitenbildung in der kommunalen Politik.

⁵¹ Exner, Ländliche Gesellschaft, S. 141–281, und ders., Beständigkeit und Veränderung, S. 299 ff.

synchron verlief. Diese Frage gilt es an einem größeren Untersuchungsgegenstand zu klären. Wie stark war die Beharrungskraft der traditionellen dörflichen Eliten in der Gemeinde- und Landkreispolitik nach 1945 ausgeprägt? Wann und durch wen wurden diese aus den Rathäusern und Landratsämtern verdrängt? War der Wandel in allen Gemeindetypen ähnlich, oder gab es Unterschiede hinsichtlich des Zeitpunkts und der Intensität? Und worauf war der Elitenwechsel, soweit es ihn gab, zurückzuführen? Von besonderem Interesse ist dabei auch die Frage nach den Flüchtlingen und Vertriebenen in der Kommunalpolitik, kann doch ihre Teilhabe am politischen Leben vor Ort als Gradmesser für ihre Integration in die westdeutsche Gesellschaft allgemein gelten.⁵²

Die Beantwortung dieses Fragekomplexes erfordert detaillierte Datensätze über die lokalen Entscheidungsträger. Da jedoch keine publizierten statistischen Angaben zur Sozialstruktur der Bürgermeister und Gemeinderäte sowie der Land- und Kreisträte zwischen 1948 und 1972 vorliegen, mußte die Datenbasis aus den Meldebögen gewonnen werden, die jede einzelne Gemeinde nach einer Wahl auszufüllen und an das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung zu übersenden hatte. Arbeitsökonomische Gründe sprachen dagegen, diese Daten für die Kommunen aller elf Landkreise zu erheben. Nach vergleichenden Recherchen bot es sich an, die Landkreise Landsberg am Lech und Roding als *pars pro toto* zu untersuchen. Bis zur Gebietsreform bestand der Landkreis Landsberg aus 59, der Landkreis Roding aus 44 politischen Gemeinden. Für jede dieser insgesamt 103 Verwaltungseinheiten wurden die verfügbaren Daten aller Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen zwischen 1948 und 1978 erhoben sowie Stichproben in den Landkreisen Rothenburg ob der Tauber, Königshofen im Grabfeld und Nördlingen durchgeführt, um die für Landsberg und Roding erarbeiteten Ergebnisse zu überprüfen. Auf der Landkreisebene wurden dagegen alle elf ausgewählten Regionen berücksichtigt, so daß die Strukturanalyse sämtliche Kreisräte umfaßt, die zwischen 1948 und 1978 im Untersuchungsraum gewählt worden sind. Darüber hinaus konnten die Ergebnisse der Landratswahlen in allen 143 bayerischen Altlandkreisen zwischen 1948 und 1972 erfaßt werden⁵³, was einen Vergleich mit der Entwicklung im Freistaat ermöglicht.

Die statistischen Meldebögen der Gemeinden und Landkreise bilden somit das Rückgrat dieses Kapitels. Sie enthalten hinsichtlich der Bürgermeister und Landräte neben dem Namen des Gewählten durchgängig auch Ort und Datum seiner Geburt, seinen zuletzt ausgeübten Beruf, den Wahlvorschlag, für den er kandidierte, sowie das Wahlergebnis. Die Meldebögen der Gemeinderats- und Kreistagswahlen umfassen dagegen bis einschließlich 1960 lediglich aggregierte Daten über die Zusammensetzung des entsprechenden Gremiums. Festgehalten wurde, wieviele Mitglieder auf einen Wahlvorschlag entfielen, wieviele Gewählte bereits

⁵² Die rasche Integration der Neubürger ist in den letzten Jahren wiederholt in Zweifel gezogen worden, etwa von Lüttinger, Mythos der schnellen Integration, und dems., Integration der Vertriebenen, sowie von Exner, Integration oder Assimilation?

⁵³ Im Zuge der 1972 vollzogenen Landkreisgebietsreform, die völlig neue Verwaltungseinheiten schuf, wurden neun der elf untersuchten Landkreise aufgelöst, so daß es keinen Sinn machte, die beiden verbliebenen Landräte für die Zeit nach 1972 in die statistische Erhebung mit einzubeziehen. Für die Dissertation wurden die Datensätze in Form umfassender Tabellen aufbereitet. Sie können im Institut für Zeitgeschichte eingesehen werden.

dem entsprechenden Gremium angehört hatten, wieviele von ihnen unter 40 Jahre alt und welcher Berufsgruppe sie zuzurechnen waren. Rückschlüsse auf einzelne Personen erlauben erst die Meldebögen ab den Wahlen des Jahres 1966, die alle Gewählten namentlich erfassen. Freilich haben diese Unterlagen auch ihre Tücken: Mancherorts hatten die Gemeindeverwaltungen offenkundig ihre liebe Not mit den Formblättern. Zahlreiche Radierungen, Streichungen und Überschreibungen, die die Auswertung der Meldebögen bisweilen erheblich erschweren, legen beredtes Zeugnis davon ab, wie schwer manchem Bürgermeister oder Gemeindeführer die korrekte Übertragung des Wahlergebnisses in die amtlichen Formulare fiel. Irrtümer und Manipulationen können daher nicht ausgeschlossen werden. Im Großen und Ganzen dürften die statistischen Meldebögen jedoch eine zuverlässige Quelle sein, schließlich standen die amtierenden Bürgermeister mit ihrer Unterschrift dafür ein, daß die Angaben den Tatsachen entsprachen. Die auf dieser Basis ermittelten Ergebnisse lassen sich zumindest teilweise mit der Entwicklung der kommunalpolitischen Eliten im Freistaat in Beziehung setzen.⁵⁴ Eine weitere Vergleichsebene bietet die Zusammensetzung des Bayerischen Landtags, über die bereits umfassende Untersuchungen vorliegen.⁵⁵ So lassen sich die Fragen beantworten, inwiefern sich das Profil der Politiker vor Ort von dem ihrer Kollegen im Maximilianeum unterschied und ob im Untersuchungszeitraum ein Angleichungsprozeß stattfand.

Die breite statistische Datenbasis ermöglicht weitreichende Befunde. Darüber hinaus sind jedoch Detailstudien einzelner Gemeinden und ihrer lokalen Entscheidungsträger unabdingbar, um die Fassade der statistischen Eindeutigkeit zu durchbrechen, hinter der sich oft genug differenziertere Realitäten verbergen. Die Notwendigkeit dieses Verfahrens verdeutlicht schon das Erpfinger Beispiel: Wer hätte etwa in einem Rentner, als der Bürgermeister Rembold in der Statistik aufscheint, denjenigen vermutet, dem die Modernisierung der Gemeindeverwaltung und die Sanierung der Gemeindefinanzen gelang und der dafür qualifiziert war wie kein zweiter im Dorf? Die Quellengrundlage für diese „Miniaturen“ lieferten die in den zuständigen kommunalen bzw. staatlichen Archiven und Registraturen lagernden Bestände „Gemeindeaufsicht“, „Wahlen“ und „Allgemeine Verwaltung“. Nähere biographische Informationen, die vor allem über das Verhalten der Kommunalpolitiker in den Jahren zwischen 1933 und 1945 Auskunft geben, ließen sich aus den Spruchkammerakten gewinnen, die für den Landkreis Landsberg exemplarisch ausgewertet wurden. Trotz aller quellenkritischen Einwände sind sie für die historische Forschung nach wie vor von hohem Wert, da sie Informationen enthalten, die auf anderem Wege heute kaum mehr zu erhalten sind.⁵⁶

Teil B: Die Volksparteien auf dem Land

Der zweite Abschnitt der Studie beschäftigt sich mit der Rolle der Volksparteien CSU und SPD in der Politik auf dem Land, der beiden Kräfte also, die in Mün-

⁵⁴ Bayernweite Daten zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen sind in zahlreichen Veröffentlichungen des BLASD enthalten.

⁵⁵ Vgl. Dürr, Soziale Strukturen, und Kock, Bayerische Landtag, sowie Handschell (Bearb.), Abgeordnete in Bund und Ländern.

⁵⁶ Vgl. Woller, Gesellschaft und Politik, S. 25.

chen und Bonn von Anfang an zu den wichtigsten Trägern der Politik zählten. Die anderen Parteien, die weder den gesamten Untersuchungszeitraum hindurch noch in allen Landesteilen präsent gewesen sind, wie auch die in der Kommunalpolitik bedeutenden freien Wählergruppen werden nur „durch die Brille“ von CSU und SPD betrachtet. Der ungleiche Forschungsstand bezüglich der beiden politischen Parteien in Bayern ist nur das erste in einer langen Reihe von Problemen, welche die Untersuchung der Parteien in ländlichen Regionen zu einem schwierigen Unterfangen geraten lassen. Während wir über die historische Entwicklung der CSU relativ gut informiert sind⁵⁷, blieben Forschungen zur bayerischen SPD bislang eher Mangelware.⁵⁸ Dieser Umstand ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die CSU als eigenständige Partei mehr ist als lediglich ein bayerischer Landesverband der bundesweit agierenden Union und dementsprechend größere Aufmerksamkeit erheischt. So verschieden unser Kenntnisstand über die beiden großen Volksparteien auch ist, so gibt es doch einen gemeinsamen Nenner: Die einschlägigen Forschungen setzen auf einer relativ hohen Ebene an. Sie beleuchten die Entwicklung der Partei vornehmlich auf Bundes- und Landesebene und fragen vor allem nach der Rolle ihrer führenden Persönlichkeiten bei politischen Entscheidungen wie etwa der Bildung von Koalitionen oder der Verabschiedung bestimmter gesetzlicher Vorhaben.⁵⁹ Dieser Ansatz kommt nicht zuletzt in der kaum mehr zu überschauenden Fülle von Biographien führender Politiker zum Ausdruck. Die personenzentrierte Sichtweise wurde bislang hauptsächlich um Strukturanalysen und organisationssoziologische Studien ergänzt, die nach der klassen-, schichten- und berufsgruppenspezifischen Zusammensetzung der Mitglieder- und Wählerschaft einzelner Parteien, nach den Gründen für ihre regional unterschiedliche Verankerung sowie nach dem Zusammenhang von Organisationsgrad und Wahlerfolg fragten.⁶⁰

⁵⁷ Hier sind in erster Linie die Arbeiten von Alf Mintzel zu nennen, der seine bahnbrechenden Studien zur CSU („Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei“ und „Geschichte der CSU“) bereits in den siebziger Jahren vorgelegt hat, und sie im Lauf der achtziger und neunziger Jahre durch eine Reihe von Aufsätzen ergänzte. Mit der Frühgeschichte der CSU beschäftigte sich Fait, Anfänge der CSU. Die erste Phase in der Geschichte der CSU bis 1955 wurde mittlerweile von Thomas Schlemmer, Aufbruch, eingehend analysiert. Zum Forschungsstand bezüglich der CSU vgl. ausführlich Schlemmer, Die aufsässige Schwester. Anregend dazu auch die neuen Arbeiten von Bösch, Adenauer-CDU, und ders., Macht und Machtverlust.

⁵⁸ Zu den wenigen Ausnahmen zählen die Arbeit von Wolfgang Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus, und der von Hartmut Mehringer herausgegebene Sammelband „Von der Klassenbewegung zur Volkspartei“. Die (Teil-) Biographie Waldemar von Knoeringens aus der Feder desselben Autors konzentriert sich dagegen auf den Zeitraum vor 1945. Ein knapper Abriss bei Ostermann, Freiheit für den Freistaat. Jetzt auch die preisgekrönte Studie von Dietmar Süß, Kumpel und Genossen. Zur Entwicklung der SPD nach 1945 allgemein vgl. Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition, und Klotzbach, Weg zur Staatspartei, sowie Lösche/Walter, SPD. Zur Entwicklung der SPD speziell in den sechziger und frühen siebziger Jahren Schönhoven, Sozialdemokratie im Wandel.

⁵⁹ Beispielsweise Schneider, Kunst des Kompromisses, oder Wirz, Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition.

⁶⁰ Etwa Koch, Parteien in der Region, sowie Mintzel, Strategie und Organisation, und Schönhoven, Sozialdemokratie im Wandel. Die Konzentration auf die oberen Ebenen der Parteien kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß die bislang zur Geschichte der Parteien vorliegenden Quelleneditionen ausschließlich den obersten Parteigremien wie Vorständen und Fraktionen gewidmet sind. Eine Übersicht bei Morsey, Bundesrepublik, S. 195–200. Hier auch eine umfassende Übersicht über die zahlreichen Biographien führender Politiker (S. 263–267). In den letzten Jahren ist im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien ein großes Projekt

Was dagegen bislang weitgehend fehlt, ist der „Blick von unten“. Von den unmittelbaren Nachkriegsjahren abgesehen, wissen wir noch sehr wenig über die Parteien und ihre basisnahen Gliederungen auf Orts- und Kreisebene, zumal auf dem Land.⁶¹ Auch diese Forschungslücke entstand keineswegs zufällig, sondern als logische Konsequenz der schwierigen Quellenlage. Die lokalen und regionalen Parteiorganisationen haben sich oftmals überhaupt nicht oder nur in sehr geringem Maße um den weiteren Verbleib ihrer Unterlagen gekümmert, und auch den „Zentralen“ scheint das Schriftgut ihrer Gliederungen vor Ort lange Zeit gleichgültig gewesen zu sein. Zudem herrscht in den erst relativ spät entstandenen Parteiarchiven eine „zentralistische“ Perspektive vor: Als wichtigste Bestände gelten die Unterlagen der Parteispitze bzw. der Führungsgremien wie Partei- oder Landesvorstand sowie der Fraktionen aus Bundestag und Landtag und die Nachlässe von Parteigranden.⁶² Das Material der regionalen und lokalen Untergliederungen fristet dagegen – falls überhaupt vorhanden – allenfalls ein Mauerblümchen-Dasein, was schon darin zum Ausdruck kommt, daß es nur ungenügend oder gar nicht durch Findmittel erschlossen ist. Seitens der CSU weist von den elf in die Untersuchung einbezogenen Regionen allein der Landkreis Wasserburg eine relativ dichte Überlieferung im Archiv für Christlich-Soziale Politik auf, die sich fast über den gesamten Untersuchungszeitraum erstreckt. Die vergleichsweise gute Quellenlage des Bezirksverbands Schwaben ermöglichte zudem, im Verein mit der freilich eher bescheidenen Überlieferung des Kreisverbands, die Einbeziehung des Landkreises Nördlingen. Ergänzend wurden Nachlässe von CSU-Politikern⁶³ herangezogen und Recherchen in kommunalen Archiven durchgeführt, so daß sich für die CSU eine alles in allem ausreichende Quellenbasis ergab.

Ganz anders – wenn auch nicht besser – stellt sich die Überlieferungslage für die SPD dar, was mit der damaligen Organisationsstruktur der bayerischen Sozi-

zur Geschichte der Parteien in der Bundesrepublik durchgeführt worden, daß von Marie-Luise Recker und Klaus Tenfelde geleitet wurde, dessen Ergebnisse allerdings bei Abschluß dieses Manuskripts noch nicht im Druck vorlagen. Oliver Gnad, der im Rahmen dieses Projekts die CSU bearbeitet hat, machte mir seine Ergebnisse vorab zugänglich, wofür ihm herzlich gedankt sei.

⁶¹ Siehe die Regionalstudien von Woller, *Gesellschaft und Politik*, S. 166–239, und Zeitler, *Neubeginn*, S. 242–321, sowie Grypa, *Studien zu Kriegsende und Neubeginn*; zum Aufbau der Parteien nach 1945 auch die neuen Arbeiten von Fait, *Demokratische Erneuerung*, S. 75–115 (für Bayern), und Albertin, *Demokratische Herausforderung (für Ostwestfalen-Lippe)*. Zur Gründungsphase der CSU vgl. Schlemmer, *Aufbruch*, und Henzler, *Christlich-Soziale Union in den ersten Nachkriegsjahren, zum Wiederaufbau der SPD* Holtmann, *Die neuen Lassalleaner. Eine erste Untersuchung von Struktur und Funktion der Ortsvereine bei Kaack, Basis der Parteien. Zur Binnenstruktur der Parteien auf Orts- und Kreisebene ausführlicher ders., Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*, S. 470–519.

⁶² So ist beispielsweise für das ACSP der Nachlaß von Franz Josef Strauß von besonderer Bedeutung, vgl. Brüggmann, *Nachlaß von Franz Josef Strauß im Archiv für Christlich-Soziale Politik*. Ähnlich hoher Stellenwert kommt im AdSD den Nachlässen von Willy Brandt und Helmut Schmidt zu.

⁶³ Im ACSP wurde der Nachlaß von Dr. Josef Müller, dem ersten Parteivorsitzenden der CSU, eingesehen. Für diese Arbeit von besonderem Interesse waren die geographisch geordneten Korrespondenzen des „Ochsensepp“ mit den führenden Köpfen der CSU vor Ort, die für die unmittelbare Nachkriegszeit einigen Aufschluß geben. Ebenfalls im ACSP konnten die Nachlässe von Josef Bauer und Dr. Max Zwicknagl eingesehen werden, welche die Überlieferung des Kreisverbandes Wasserburg der CSU ergänzen. Seine Unterlagen reichen von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis etwa zur Mitte der fünfziger Jahre. Zu diesem Zeitpunkt setzt die Überlieferung des Nachlasses von Josef Bauer ein, der von 1957 bis 1969 den Bundeswahlkreis 200 (Altötting-Mühl-dorf-Wasserburg) im Bundestag vertrat.

aldemokratie zusammenhängt. Während das Organisationstableau der CSU mit Landesleitung, Bezirks-, Kreis- und Ortsverband weitgehend der Verwaltungsgliederung des Freistaats folgte⁶⁴, war der bayerische Landesverband der SPD in drei „Bezirke“ untergliedert: Der „Bezirk Südbayern“ umfaßte die Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben, die drei fränkischen Regierungsbezirke bildeten den „Bezirk Franken“, während die Regierungsbezirke Niederbayern und die Oberpfalz zum „Bezirk Niederbayern/Oberpfalz“ zusammengefaßt waren. Im Unterschied zur CSU spielten die Kreisorganisationen bei der SPD nur eine untergeordnete Rolle. Als Vermittlungsinstanz zwischen den Bezirken und den Ortsvereinen fungierten sogenannte „Unterbezirke“, in denen jeweils mehrere Landkreise zusammengeschlossen waren und die sich in den sechziger Jahren zunehmend an den Bundeswahlkreisen orientierten. Da die Ebenen der Ortsvereine und der Unterbezirke im Archiv der sozialen Demokratie nicht überliefert sind, mußte sich die Recherche auf die drei bayerischen Bezirke konzentrieren. Ergänzt wurde die Quellenbasis durch die punktuelle Auswertung der Unterlagen lokaler SPD-Gliederungen in den ehemaligen Landkreisen Nördlingen und Wasserburg.

Die Untersuchung der Parteien auf dem Land erfolgt in vier Schritten: Erstens gilt es, anhand der Resultate der Bundestags- und Landtagswahlen in den elf Landkreisen sowie den Gemeinden um Nördlingen und Wasserburg eine politische Topographie des Landes zu zeichnen, um die örtlichen Hochburgen von CSU und SPD wie auch ihre „weißen Flecken“ zu ermitteln. Hochburgen und Diaspora sollen, zweitens, an die sozioökonomischen Strukturen vor Ort rückgebunden werden. Trifft es etwa zu, daß die SPD in denjenigen Gemeinden einen leichteren Stand hatte, in denen Arbeiter einen größeren Anteil an der Erwerbsbevölkerung stellten? War sie somit auf die wenigen Industrieinseln in einem Ozean von Ackerbau konzentriert oder gelang es den Sozialdemokraten, auch in Landgemeinden Fuß zu fassen? Konnte die CSU umgekehrt vor allem dort punkten, wo der Anteil der Bauern besonders hoch lag? Mußte die bayerische Unionschwester nicht gerade hier, zumindest in den fünfziger Jahren, die Konkurrenz der Bayernpartei fürchten? Und welche Rolle spielten der Flüchtlingsanteil und die Konfessionsstruktur einer Kommune für den Wahlausgang?⁶⁵

Im dritten Schritt soll die Aufmerksamkeit auf das Verhältnis der Parteien zu den Institutionen gelenkt werden, denen traditionell die Meinungsführerschaft auf dem Land zukam. Dazu zählten, neben den Kirchen und ihren Organisationen sowie dem Bayerischen Bauernverband, vor allem die lokalen Vereine.⁶⁶ Wie

⁶⁴ Von der Einteilung des Freistaats in Regierungsbezirke weichen bei der CSU nur die drei Bezirksverbände München-Stadt, Nürnberg-Fürth und Augsburg ab. Dazu kamen als organisatorisch bedeutsame Ebene die Bundeswahlkreise, die ab den sechziger Jahren über hauptamtlich besetzte Geschäftsstellen verfügten und sich rasch zu organisatorischen Knotenpunkten entwickelten; ihre Überlieferung im ACSP gab jedoch für diese Untersuchung wenig her. Zur unterschiedlichen Organisationsstruktur von CSU und SPD vgl. im folgenden Kaack, *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*, S. 372–377.

⁶⁵ Zur Bedeutung der Konfessionen vgl. die Beiträge in Blaschke (Hrsg.), *Konfessionen im Konflikt*.

⁶⁶ Zu den Kirchen vgl. Spotts, *Kirchen und Politik*, und Damberg, *Abschied vom Milieu*. Zum Bauernverband vgl. Haushofer, *Der bayerische Bauer und sein Verband*, und Eichmüller, *Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung*, S. 320–336, sowie Ackermann, *Deutscher Bauernverband*. Zur Rolle der Vereine vgl. Exner, *Ländliche Gesellschaft*, S. 387–441, und Lehmann, *Vereinsstruktur*

und in welchem Ausmaß gelang es CSU und SPD, das örtliche Netz von Honoratioren zu durchdringen und sie als Multiplikatoren zu gewinnen? Hatten die örtlichen Parteifunktionäre zugleich Positionen innerhalb der genannten Organisationen inne, dienten Vereine und Verbände als Reservoir zur Rekrutierung des politischen Nachwuchses? Und wie versuchten die Parteien, die „Vorfeldorganisationen“ des politischen Gegners für sich zu gewinnen bzw. zumindest zu neutralisieren? Unternahm die SPD, die lange im Ruch der Kirchenfeindschaft stand, etwa Versuche, ihren Frieden mit der katholischen Kirche zu machen und wenn ja, welcher Erfolg war solchen Bemühungen beschieden?⁶⁷ Handelte es sich dabei um Initiativen vor Ort oder lag diesem Vorgehen eine Strategie zugrunde, die in den Parteizentralen ersonnen worden war?

Auf der vierten und letzten Ebene der Analyse wird nach den Aktivitäten gefragt, welche die Parteien zum Auf- und Ausbau ihrer Organisationsstrukturen auf dem Land unternahmen. Das umfaßt die Mitgliederwerbung, die Gründung von Gliederungen auf Orts- und Kreisebene, die Einrichtung von zentralen, mit hauptamtlich beschäftigtem Personal besetzten Geschäftsstellen sowie programmatische Angebote an die Landbevölkerung. Gezeigt werden soll, wie sich CSU und SPD schrittweise über das Land ausbreiteten. Gingen die Initiativen dabei von unten aus oder folgten die regionalen Parteigliederungen „Masterplänen“ aus München und Bonn? Und welcher Erfolg war diesen Bemühungen beschieden? Daran schließt sich die methodisch schwierige Frage nach dem Zusammenhang von Organisation und Wahlerfolg an⁶⁸, die durch lokale Analysen beantwortet werden soll. Darüber hinausgehend, soll der Blick auf den Wahlkampf bzw. den Wahlkampfstil der Parteien und seine Veränderung im Untersuchungszeitraum gelenkt werden: Traten in der Art, in der die Parteien um Wähler warben, signifikante Veränderungen ein, die als Indizien für einen sich wandelnden Politikstil auf dem Land gedeutet werden können?

Die Gliederung des Kapitels folgt der Chronologie. Für die Besatzungszeit geht es um die Neu- bzw. Wiedergründung der Parteien in den Regionen, wobei in erster Linie der Blitzstart der CSU in den ersten Wahlen nach Kriegsende zu erklären ist.⁶⁹ In Blick auf die fünfziger Jahre steht die Frage im Vordergrund, wie es der CSU, trotz der hartnäckigen Konkurrenz der Bayernpartei gelang, die führende Rolle zu behalten und schrittweise auszubauen. Wie gestaltete sich das „Aufsaugen“ von WAV, BHE und anderen Flüchtlingsgruppen sowie schließlich auch der einst so mächtigen Bayernpartei an der sozialen Basis? Verschwanden deren Exponenten sang- und klanglos in der Versenkung oder schlossen sie sich der CSU an? Und was wurde aus den Interessensvertretern der Neubürger? Fanden die Flüchtlinge eher in der SPD eine neue politische Heimat? Der große Schatten der CSU verdeckte, daß auch die Sozialdemokraten kontinuierlich Stimmengewinne verbuchen konnten, die allerdings weit weniger spektakulär ausfie-

und Dorfgesellschaft, sowie Zimmer, Vereine und lokale Politik. Vgl. allgemein von Alemann, Organisierte Interessen.

⁶⁷ Vgl. Aretz, Katholizismus und deutsche Sozialdemokratie, und Brehm, SPD und Katholizismus, und Munter, Der katholische Christ und die SPD, sowie Klotzbach, SPD und katholische Kirche.

⁶⁸ Dazu Koch, Parteien in der Region.

⁶⁹ Ein knapper Überblick dazu bei Benz, Parteigründungen und erste Wahlen.

len. Warum profitierte mit der CSU ausgerechnet eine konservative Partei von den wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen der fünfziger Jahre?⁷⁰ Und weshalb blieb die SPD so deutlich hinter den eigenen Erwartungen zurück?

Für die folgende Dekade soll die Aufmerksamkeit auf zwei Themenkomplexe gelenkt werden. Erstens standen die sechziger und frühen siebziger Jahre im Zeichen eines gesellschaftlichen Gärungsprozesses, in dessen Verlauf althergebrachte Werte wie Pflichterfüllung, Ordnungsliebe und Gehorsam an Bedeutung verloren, während Individualität und Selbsterfüllung an ihre Stelle traten.⁷¹ Zeitgleich setzte ein Politisierungsschub ein, der vor allem die jüngere Generation von Schülern und Studenten erfaßte, die sich gegen vermeintliche und tatsächliche Verkrustungen des politischen Systems der Bundesrepublik wandten. Hier drängt sich die Frage auf, was von dem gesellschaftlichen Aufbruch und Aufruhr, dessen Epizentren in den Universitäten der großen Städte lagen, in ländlichen Regionen überhaupt zu spüren war. Konnte man auch hier von einer stärkeren Politisierung der Bevölkerung sprechen, die sich etwa an den Gymnasien der Kreisstädte artikuliert? Wurde die Forderung nach „Demokratisierung“ und „Partizipation“ auch auf den Dörfern laut? Zweitens zeitigte der gesellschaftliche Aufbruch auch Folgen für das Wahlverhalten. Auf Bundesebene profitierte davon in erster Linie die SPD, die 1966 zunächst als „Juniorpartner“ in die Regierung der Großen Koalition eintrat, 1969 den „Machtwechsel“ schaffte und 1972 erstmals als stärkste Partei aus einer Bundestagswahl hervorging. Hatte die Tatsache, daß die Sozialdemokraten nun in Bonn Regierungsverantwortung trugen, Auswirkungen auf ihre Stellung vor Ort? Wenn es so etwas wie eine Aufbruchsstimmung auf dem Land gab, steht zu vermuten, daß sich diese nicht zuletzt in einem Run auf die Parteien, allen voran auf die SPD äußerte. Brachen damit innerhalb der ländlichen Sozialdemokratie ähnliche Konflikte auf wie in München, wo sich Jusos und Parteivorstand mehr miteinander als mit dem politischen Gegner beschäftigten?⁷² Änderte sich im Zuge dieses Prozesses der Politikstil auf dem Land, wurden nun seitens der Sozialdemokratie neue Politikangebote gemacht? Und wie reagierte die CSU auf derartige Tendenzen? Schließlich mußte die zunehmende Akzeptanz der SPD sich auf Dauer als Gefahr für die eigene Machtstellung erweisen.

Teil C: Politisches Handeln auf dem Land und für das Land

Der dritte und letzte Teil dieser Arbeit ist dem politischen Handeln gewidmet und geht drei Leitfragen nach: Wie versuchte, erstens, die Landespolitik, den ländlichen Regionen unter die Arme zu greifen? Worin bestanden die Ziele der Politik für das Land und wie versuchte man in München, sie zu erreichen? Wie wurden diese Ansätze, zweitens, von der oberen politischen Ebene „nach unten“ weiter-

⁷⁰ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 415.

⁷¹ Zum Wertewandel in der Bundesrepublik vgl. Klages, Wertorientierungen im Wandel, und ders., Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs, sowie Gabriel, Politische Kultur, und Bürklin/Klein/Ruß, Dimensionen des Wertewandels. Zum Wertewandel auf dem Land vgl. van Deenen, Wandel von Werten.

⁷² Zu den Auseinandersetzungen in der Münchner SPD vgl. Lösche/Walter, SPD, S. 336–364. Allgemein zu den Auseinandersetzungen mit den Jungsozialisten innerhalb der SPD Heydte, Geschichte der Auseinandersetzungen der SPD mit ihrer Parteijugend, und Schonauer, Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD, sowie Butterwegge, Jungsozialisten und SPD.

gegeben und in die Praxis umgesetzt? Wer fungierte gewissermaßen als Scharnier zwischen Landes- und Kommunalpolitik? Und drittens soll geklärt werden, welche Folgen diese Maßnahmen in den betroffenen Landkreisen zeitigten. Stieg dort der autonome politische Handlungsspielraum oder sanken die Kommunen zu bloßen Weisungsempfängern höherer Stellen herab? War die Politik für das Land letztlich erfolgreich und gelang es, dem immer wieder propagierten Ziel, gleichwertige Lebenschancen in allen Regionen zu schaffen⁷³, ein Stück näher zu rücken, oder war sie eher ein Fehlschlag?

Im ersten Abschnitt, der sich mit der Politik für das Land beschäftigt, wird das Handeln der bayerischen Staatsregierung durch das Brennglas der Landesplanung analysiert.⁷⁴ „Planung“ gehörte zweifellos zu den Signaturen der sechziger Jahre. Michael Ruck hat diese Dekade mit den Leitbegriffen Prosperität, Partizipation und eben Planung charakterisiert.⁷⁵ Der Vorteil dieses Ansatzes besteht darin, daß die bayerische Landesplanung als Koordinierungsstelle wirkte, in der die Fäden aus den einzelnen Ressorts zusammenliefen, und einen viele Bereiche umfassenden Politikansatz verfolgte. Ihr Wirkungsbereich blieb also nicht auf ein Politikfeld, etwa Hilfen für die Landwirtschaft, beschränkt, so daß dieser Zugriff ein mehrdimensionales Bild staatlichen Handelns für ländliche Regionen verspricht. Dieser Teil der Studie trifft auf eine sehr günstige Quellenlage, weil die Akten der Landesplanungsbehörde, die bis 1970 im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr ressortierte, im Bayerischen Hauptstaatsarchiv lückenlos überliefert sind.

Drei erkenntnisleitende Fragen stehen dabei im Zentrum: Zunächst gilt es zu klären, welche Rolle agrarisch geprägte Regionen in den Konzepten der bayerischen Planer spielten. War Landesplanung auch Planung für das Land? Gab es gesonderte Planungsvorhaben, die auf die Förderung ländlicher Gebiete im Freistaat abzielten, und wenn ja, ab wann und auf welche vor allem? Zweitens geht es um die Problemprezeption der Landesplaner: Worin bestanden, in ihren Augen, die Defizite des ländlichen Raumes? Dahinter verbirgt sich auch die Frage nach ihren sozioökonomischen Leitbildern. Drittens schließlich soll analysiert werden, welche Rezepte die Landesplanung an das Land herantrug: Wie gedachte man in München, die strukturellen Probleme der Provinz zu lösen? Dabei gerät hauptsächlich die Infrastrukturpolitik in den Blick, die in einem Flächenstaat wie Bayern eines der wichtigsten Steuerungsinstrumente der staatlichen Wirtschafts- und

⁷³ Vgl. Schlemmer/Woller (Hrsg.), *Erschließung des Landes*, S. 16.

⁷⁴ Zur bayerischen Landesplanung liegen bereits einige Studien vor. Zunächst haben sich die Planer selbst bereits mit ihrer eigenen Geschichte befaßt. Vgl. Terhalle, *Landesplanung*, und ders., *Geschichte*, sowie Istel, *Beitrag der Landesplanung*, und ders., *Anfänge der Raumordnung*. Dazu auch Müller/Fürst, *Regionalplanung in Bayern*. Jüngst hat sich auch das Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973“ intensiv mit der Landesplanung beschäftigt. Vgl. Schlemmer/Grüner/Balcar, *„Entwicklungshilfe im eigenen Lande“*. Im Rahmen des Projekts bereitet Stefan Grüner eine Studie zur Wirtschafts- und Strukturpolitik in Bayern nach 1945 vor. Vgl. Schlemmer, *Gesellschaft und Politik in Bayern*, S. 314 ff., und Grüner, *Staatliche Planung*. Anregend dazu Ipsen/Fuchs, *Modernisierung des Raumes*.

⁷⁵ Ruck, *Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie*, S. 362. Zur Bedeutung der Planung in den sechziger Jahren vgl. Kaiser (Hrsg.), *Planung I*, S. 1–10, und Ellwein, *Krisen und Reformen*, S. 46–52.

Strukturpolitik darstellte.⁷⁶ Auch der Begriff „Infrastruktur“ ist ein Kind der sechziger Jahre. Reimut Jochimsen, einer der Vordenker der sozialliberalen Reformpolitik, verstand darunter die „Gesamtheit der materiellen, institutionellen und personellen Gegebenheiten“, die unter den Bedingungen einer freien Marktwirtschaft zum höchstmöglichen „Niveau der wirtschaftlichen Aktivität“ beitragen.⁷⁷ Staatliche Investitionen in die Infrastruktur stellten demnach, im Gegensatz zu direkten Subventionen, marktkonforme Eingriffe dar, um Probleme zu beseitigen, die das freie Spiel der Kräfte allein nicht lösen konnte – und an derartigen Problemen herrschte in den ländlichen Regionen Bayerns nach dem Zweiten Weltkrieg wahrlich kein Mangel. Die „Erschließung des Landes“ war nach 1945 ein Gebot der Stunde.⁷⁸

Aber wie wurde diese Erschließungspolitik von oben nach unten transportiert? Diese Frage steht im Mittelpunkt des zweiten Abschnitts, der sich mit den Vermittlern zwischen den Planern in München und der ländlichen Provinz beschäftigt. Damit gerät der „Planungs-, Aufgaben- und Finanzverbund“ zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in den Blick, der eine tragende Säule des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland bildet.⁷⁹ Wurde die Entwicklung agrarisch geprägter Regionen in der Landeshauptstadt am Reißbrett entworfen und in den betroffenen Gebieten nur exekutiert, und leistete dies einer „Tendenz zur Irrelevanz kommunaler Demokratie“ Vorschub?⁸⁰ Sanken die betroffenen Kommunalpolitiker mithin zu Befehlsempfängern herab, die die Vorgaben aus München ohne eigenen Handlungsspielraum in die Praxis umsetzen mußten oder konnten sie auch eigene Vorstellungen durchsetzen? Und wenn ja, welche Gedanken und Ziele leiteten sie und inwieweit konnten sie diese in der Praxis verwirklichen? Kollidierten ihre Konzepte mit den Vorhaben der Landesplanungsstelle, gab es eine Art Planungskonkurrenz? Woher kam in der Regel die Initiative zur Verbesserung der Infrastruktur, von oben oder von unten? Schließlich soll der Frage nachgegangen werden, wie die Politiker der unteren Ebene beschaffen waren, die eine eigenständige Erschließungspolitik verfolgten. Was zeichnete sie aus, was trieb sie an, und um welche Typen von Politikern handelte es sich?

Im Gegensatz zur Landesplanung ist der Forschungsstand zu diesem Themenkomplex alles andere als befriedigend. Im Grunde handelt es sich bei den Protagonisten der Erschließungspolitik auf dem Land um eine Personengruppe, die völlig vernachlässigt geblieben ist. Dazu gesellt sich eine methodische Schwierigkeit: Die aufgeworfenen Fragen lassen sich nicht auf der Basis statistischer Analysen beantworten und machen daher Einzelfalluntersuchungen erforderlich, die unmöglich für alle elf Landkreise mit ihren Hunderten von Gemeinden durchgeführt werden können. Daher ist eine engere regionale Beschränkung notwendig. Anhand einiger Beispiele gilt es zu klären, welche Möglichkeiten Bürgermeister und Gemein-

⁷⁶ Die zentrale Bedeutung der Infrastrukturpolitik für die raumstrukturelle Entwicklung betonen Scharpf/Schnabel, Steuerungsprobleme der Raumordnung, S. 13.

⁷⁷ Jochimsen/Högemann, Infrastrukturpolitik, S. 197. Vgl. dazu auch van Laak, Begriff „Infrastruktur“, und ders., Infra-Strukturgeschichte, sowie Borchardt, Bedeutung der Infrastruktur.

⁷⁸ Vgl. Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung des Landes, S. 10–24.

⁷⁹ Naßmacher/Naßmacher, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, S. 34. Vgl. dazu Gabriel, Politische Stellung der Gemeinden, und Schmidt-Eichstaedt, Autonomie und Regelung von oben.

⁸⁰ Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik, S. 380.

deräte, Land- und Kreisräte sowie Bundestags- und Landtagsabgeordnete hatten, in den Prozeß der Erschließung des Landes an der Basis einzugreifen. Das Ziel dieser Operation besteht darin, idealtypisch erste Striche eines Profils der Mатаdoren der Modernisierung auf dem Land zu zeichnen. Einer von ihnen dürfte Franz Sackmann, der langjährige Landrat von Roding, gewesen sein, den man als Realtyp dieser Gattung bezeichnen könnte, und dem deshalb ein ausführlicheres Portrait gewidmet ist. Allerdings können die Ergebnisse dieses Abschnitts keine Repräsentativität, sondern nur tentative Geltung beanspruchen. Sie müssen durch weitere Forschungsarbeiten ergänzt, überprüft und gegebenenfalls modifiziert werden.

Das dritte und letzte Kapitel wendet sich der Frage zu, welche Folgen die Erschließungspolitik für die betroffenen Kommunen zeitigten. Wie änderte sich die Politik auf dem Land im Zuge des forcierten Ausbaus der Infrastruktur? Die Frage zielt in erster Linie auf die finanzielle Handlungsfähigkeit der Landkreise und Gemeinden im ländlichen Raum. In den Augen zahlreicher Beobachter standen die Aufgaben der Gemeinden und ihre daraus resultierenden Ausgaben in keinem Verhältnis zu ihren Einnahmen.⁸¹ Aber wirkte sich die Erschließung des Landes tatsächlich nur belastend auf die Gemeindefinanzen aus? Schuf sie nicht, etwa in Gestalt steigenden Gewerbesteueraufkommens im Zuge der Ansiedlung von Industriebetrieben in ländlichen Regionen, auch neue Einnahmequellen? Gab es also auch Gemeinden, die von diesem Prozeß profitierten, oder war der Weg in die Verschuldung für alle unausweichlich? Ab wann, so ist weiter zu fragen, wurde er eingeschlagen? Beschränkten ihn die Verantwortlichen vor Ort bewußt, oder schlitterten sie ungewollt in die Schuldenfalle? Wurden die autonomen Entscheidungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene im Lauf des Untersuchungszeitraums größer oder schrumpften sie? Damit verbunden ist natürlich auch die Frage nach Erfolg und Mißerfolg der Politik für das Land. Konnten die Landesplaner ihre Ziele erreichen? Inwiefern war der Prozeß des sozioökonomischen Strukturwandels, den die ländlichen Regionen durchliefen, überhaupt steuerbar?

Zu beiden Fragekomplexen liegen erste Untersuchungen vor, die sich mit der „Erfolgskontrolle in der Regionalpolitik“ und den „Kosten der Erschließung“ befassen.⁸² Was den letztgenannten Bereich betrifft, kann die Finanzkraft der Kommunen als weitgehend objektivierbarer und relativ einfach operationalisierbarer Gradmesser der Handlungsspielräume in der Kommunalpolitik gelten. Schließlich war und ist die Realisierbarkeit politischer Entscheidungen in starkem Maße von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Träger abhängig. Diesem Umstand trug die bayerische Gemeindeordnung auch insoweit Rechnung, als sie die Leistungen, welche die Kommune für ihre Bürger zu erbringen hatte, an deren Finanzkraft koppelte.⁸³ Darüber hinaus gewann die finanzielle Leistungsfähigkeit unter dem Blickwinkel der kommunalen Infrastrukturpolitik besondere Bedeutung, han-

⁸¹ Vgl. aus der Fülle mahrender Stimmen beispielsweise Karrenberg/Münstermann, Kommunale Finanzen, und Pagenkopf, Gemeindefinanzsystem, sowie Weihnacht, Gemeinden in der Finanzklemme, und Zielinski, Diskrepanz.

⁸² Oswald, Erfolgskontrolle in der Regionalpolitik, und Balcar, Kosten der Erschließung; vgl. im folgenden ebenda, S. 250f.

⁸³ Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. 1. 1952, in: BGVB1. Nr. 3 vom 31. 1. 1952, Art. 57, Abs. 1.

delte es sich dabei doch in der Regel um besonders kostenintensive Maßnahmen.⁸⁴ Um die gestellten Fragen beantworten zu können, bietet sich ein zweigleisiges Vorgehen an: In einem ersten Schritt sollen anhand mehrerer Tiefbohrungen in einzelnen Gemeinden genaue Befunde erarbeitet werden, um eine Typologie unterschiedlicher Entwicklungsmöglichkeiten des kommunalen Handlungsspielraums, die zwischen den regionalen Zentren und den peripheren Landgemeinden differenziert, aufzustellen. Diese Ergebnisse gilt es, in einem zweiten Schritt mit den Daten der Haushaltsstatistik in Beziehung zu setzen, die sowohl für ganz Bayern als auch für einzelne Teilräume vorliegen.

Ein besonders schwieriges methodisches Problem wirft die Erfolgskontrolle staatlicher Planung auf, da sich ein direkter Zusammenhang von Planung und sozioökonomischer Veränderung kaum nachweisen läßt.⁸⁵ Diesen gordischen Knoten kann auch die vorliegende Studie nicht durchtrennen. Allerdings lassen sich aus einem doppelten statistischen Vergleich zumindest Anhaltspunkte gewinnen, ob die bayerischen Landesplaner ihrem Ziel, dem Land den Anschluß an die Moderne zu ermöglichen und seinen Bewohnern annähernd die gleichen Chancen wie in den Städten zu verschaffen, näherkamen. Erstens liefert ein Vergleich aller 143 bayerischen Landkreise gegen Ende des Untersuchungszeitraums Hinweise darauf, ob die ausgewählten elf Regionen in den fünfziger und sechziger Jahren zum bayerischen Durchschnitt aufschließen oder wenigstens den Abstand verringern konnten. Zweitens kann ein Vergleich zwischen den elf in die Untersuchung einbezogenen Landkreisen Aufschluß geben, da einigen das besondere Augenmerk von Planung und Politik galt, während andere lange Zeit gewissermaßen in einem toten Winkel lagen. Wenn damit auch das letzte Wort noch nicht gesprochen sein dürfte, können die auf diese Weise erarbeiteten Ergebnisse doch wenigstens zur vorläufigen Orientierung dienen. Mehr ist beim gegenwärtigen Stand der Forschung nicht möglich.

⁸⁴ Vgl. Schlemmer, Woller (Hrsg.), Erschließung des Landes, S. 17f.

⁸⁵ Vgl. Scharpf/Schnabel, Steuerungsprobleme der Raumordnung, S. 13–16.

A. Basisnahe politische Eliten 1945–1972

I. Die Gemeinden: Bürgermeister und Gemeinderäte

„Es ist ganz egal wie’s ausgeht, ganz egal. Hauptsache es ist vorbei!“¹ – diese Haltung schien zumindest im Westen Deutschlands unmittelbar vor dem Einmarsch amerikanischer, britischer und französischer Truppen weit verbreitet. Das Gros der deutschen Bevölkerung war nach sechs Jahren Krieg völlig demoralisiert. Es mangelte an allem, nicht zuletzt an Nahrungsmitteln. Den immer heftigeren Bombenangriffen, denen die deutsche Luftwaffe nichts mehr entgegenzusetzen hatte, waren die Menschen schutzlos ausgeliefert. Dazu kamen täglich neue Schreckensnachrichten von der Front. Es gab kaum noch eine Familie, die nicht den Verlust des Vaters, Bruders, Ehemannes oder Sohnes zu beklagen hatte. An der „Heimatfront“ waren der Glaube an den „Endsieg“ und die ursprünglich weit verbreitete Begeisterung für den Nationalsozialismus endgültig verflogen. Auch die überzeugtesten Anhänger Hitlers mußten nun erkennen, wie aussichtslos die militärische Lage war. Das Regime hatte abgewirtschaftet. Um so zynischer wirkte das brutale Vorgehen fanatischer NS-Schergen, die in einem finalen Furor – manchmal nur wenige Stunden vor dem Einmarsch der alliierten Truppen – zahllose Menschen ermordeten, die sich für eine kampflose Übergabe ihrer Heimat eingesetzt hatten. Kein Wunder, daß die meisten Deutschen nichts mehr herbeisehnten als das Ende der „Ära des Aufhängens und Totschießens“.² Frieden galt als Vorbedingung eines Neuanfangs – wie immer dieser auch aussehen mochte.

1. 1945: Erzwungener Elitenwechsel durch die amerikanische Militärregierung

Nach der totalen Niederlage lag die politische Neuordnung Deutschlands zunächst allein in den Händen der Alliierten. Vor allem die Amerikaner wirkten fest entschlossen, Nationalsozialismus und Militarismus mit Stumpf und Stiel auszu-

¹ Zitiert nach Zeitler, Neubeginn, S. 74. Vgl. im folgenden auch Birke, Nation ohne Haus, S. 23–32.

² So ein Bericht „Die letzten Kriegstage von Aalen“ vom 9. 10. 1948, zitiert nach Henke, Besetzung, S. 861. Ausführlich zu Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht in der süddeutschen Bevölkerung vgl. ebenda, S. 813–844, und Henke, Trennung vom Nationalsozialismus, S. 29ff.

tilgen. Entnazifizierung und „Automatic Arrest“ standen ganz oben auf der Prioritätenliste ihrer Nachkriegsplanungen.³ Politisch unbelastete Personen sollten die leitenden Positionen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft übernehmen, um dem Experiment des demokratischen Neuaufbaus zum Erfolg zu verhelfen. Die Voraussetzungen schienen günstig: Spätestens mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 waren die Schaltstellen der Macht schlagartig verwaist. Wer von den hochrangigen Nazibonzen nicht geflohen war oder Selbstmord begangen hatte, fand sich rasch in einem Gefängnis oder Internierungslager wieder. Das galt nicht nur für die prominenten „Goldfasane“ wie etwa die Gauleiter, sondern betraf auch das Personal auf der mittleren politisch-administrativen Ebene. So wurden beispielsweise die Kreisleiter ebenso verhaftet und interniert wie viele Ortsgruppenleiter, sobald man ihrer habhaft werden konnte.⁴

a) Amerikanische Säuberungspolitik auf der Kreis- und Gemeindeebene

Richtschnur für die Verhaftungen war das Arrest Categories Handbook, demzufolge auch die „NSDAP-Funktionäre bis hinunter zu den Ortsgruppenamtsleitern sowie alle leitenden Beamten der Verwaltung einschließlich der Oberbürgermeister und Landräte umgehend dingfest zu machen“ waren.⁵ Diese Direktiven standen keineswegs nur auf dem Papier, die U.S. Army und die Mitarbeiter der Militärregierung bemühten sich nach Kräften, sie rasch in die Tat umzusetzen – nicht ohne Erfolg. Die Zahl der Internierten erreichte in der amerikanischen Besatzungszone im Dezember 1945 mit 117512 Personen ihren Höchststand; unter ihnen befanden sich zahlreiche Landräte, Oberbürgermeister, Ministerialbeamte und sonstige Angehörige des öffentlichen Dienstes.⁶ In den Großstädten Frankfurt am Main, München, Stuttgart und Nürnberg wurden die amtierenden Oberbürgermeister unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner aus dem Amt gejagt. Gleiches geschah in den fränkischen Kleinstädten Ansbach, Fürth, Kronach, Kulmbach, Schwabach und Forchheim; in den beiden letztgenannten wurden die diskreditierten NS-Größen durch renommierte Sozialdemokraten ersetzt, die Terror und Krieg überlebt hatten. In den Landratsämtern bot sich dasselbe Bild: Mit dem Portrait des „Führers“ warfen die Sieger auch dessen Gehilfen aus den

³ Dies war der Leitgedanke der berühmt-berüchtigten Direktive JCS 1067, die zunächst als temporäre Leitlinie für die Besatzungspolitik unmittelbar nach der Eroberung Deutschlands ausgearbeitet worden war; die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz folgten diesen Vorstellungen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ziemlich genau. Vgl. Latour/Vogelsang, Okkupation und Wiederaufbau, S. 9–27.

⁴ Vgl. dazu Henke, Trennung vom Nationalsozialismus, S. 31 f. mit zahlreichen Beispielen, sowie Woller, Gesellschaft und Politik, S. 68, und Fait, Kreisleiter, S. 225 ff.

⁵ Zeitler, Neubeginn, S. 135. Die Aufstellung des britisch-amerikanischen Oberkommandos über den „Automatischen Arrest“ vom Oktober 1944 ist abgedruckt bei Vollnhals, Entnazifizierung, S. 238 ff. Die Aufstellung enthält auch Schätzungen über die Gesamtzahl der in den einzelnen Kategorien zu Verhaftenden.

⁶ Niehammer, Mitläuferfabrik, S. 255 f. Zu der im folgenden skizzierten Entwicklung vgl. Beyer, Demokratie als Lernprozeß, S. 201–210. Zur Entwicklung in Frankfurt, Stuttgart und München vgl. Boehling, A Question of Priorities, S. 116–155. Zu Nürnberg vgl. Eckart, Amerikanische Reformpolitik, S. 225–229. Zu Ansbach und Fürth vgl. Woller, Gesellschaft und Politik, S. 74–80; zu Kronach und Kulmbach vgl. Zeitler, Neubeginn, S. 144–152.

Amtszimmern, und zwar ohne lange danach zu fragen, ob sie es tatsächlich mit überzeugten Nationalsozialisten zu tun hatten.⁷

Das von der Militärregierung ins Werk gesetzte personelle Revirement in der Kommunalpolitik war umfassend. Selbst die Bürgermeister kleiner Dörfer und Landgemeinden blieben davon nicht verschont. In den 74 Gemeinden des schwäbischen Landkreises Nördlingen etwa machten die Amerikaner mit den amtierenden Ortsvorstehern kurzen Prozeß – von einer einzigen Ausnahme abgesehen: Der Bürgermeister von Niederhofen, einem kleinen Dorf von nicht einmal 200 Einwohnern, durfte seinen Posten behalten, gewissermaßen als Belohnung für seinen passiven Widerstand gegen das NS-Regime: Er hatte nicht nur selbst allen Pressionen widerstanden, der NSDAP beizutreten, sondern auch seine Mitbürger von diesem Schritt abgehalten, so daß es bei Kriegsende in der ganzen Ortschaft keinen einzigen Pg. gab.⁸ Im Landkreis Roding, der bei Kriegsende aus 61 Gemeinden bestand, hatten bis Anfang August 1945 bereits 59 Kommunen ein neues Oberhaupt erhalten; die beiden übrigen Gemeinden waren an die Amerikaner mit der Bitte herangetreten, die nach Kriegsende entlassenen Bürgermeister wieder einzusetzen.

In den 59 Gemeinden des Landkreises Landsberg am Lech blieben nach Kriegsende nur vier der alten Bürgermeister im Amt.⁹ Zu den wenigen, die bleiben durften, zählte Max Lutzenberger. Der 1894 geborene Bäckermeister, der im Juni 1931 erstmals zum Bürgermeister von Walleshausen gewählt worden war, hatte die 500-Seelen-Gemeinde im Nordosten des Landkreises die gesamte NS-Zeit hindurch vertreten und sich dabei offensichtlich nichts zu Schulden kommen lassen, was gegen ihn verwendet werden konnte.¹⁰ Bei den Einwohnern von Walleshausen war er jedenfalls sehr beliebt: Lutzenberger, der als der „ungekrönte Fürst“ des Dorfes galt¹¹, lenkte die Geschicke der Gemeinde bis zu ihrer Auflösung im Zuge der Gebietsreform 1972. Ähnlich lagen die Dinge in Mundraching, einem kleinen Dorf im Südwesten des Landkreises, das vor dem Krieg 123, danach 238 Einwohner zählte. Hier entthob die Militärregierung den Bauern Johann Sanktjohanser, der seit 1942 als Bürgermeister amtierte hatte, unmittelbar nach dem Einmarsch seines Postens, auf den er jedoch bereits im Frühjahr 1946 wieder zurückkehren konnte. Auch Sanktjohanser hatte keine persönliche Schuld auf sich geladen und sich offenbar nur pro forma am NS-Unrechtsregime beteiligt: Im November 1941 war er der NSDAP, ein Jahr später der NSV beigetreten, ohne jedoch ein nationalsozialistischer Aktivist gewesen zu sein. Die Spruchkammer Landsberg am Lech stufte

⁷ 1945 regierte häufig sturer Schematismus, der sich vor allem an der Parteimitgliedschaft bzw. dem Datum des Eintritts in die NSDAP orientierte. Vgl. Vollnhals, Entnazifizierung, S. 10 ff. Weitere Beispiele für die Entlassung von Landräten durch die Militärregierung bei Woller, Gesellschaft und Politik, S. 80 f., und Zeitler, Neubeginn, S. 152–159. Zur „Gleichschaltung“ der Dörfer, die damit rückgängig gemacht wurde, vgl. die Regionalstudie von Zofka, Dorfeliten und NSDAP.

⁸ IfZ-Archiv, RG 260, 10/65–2/5, Historical Report LK Nördlingen vom 22. 6. 1946. 1939 hatte die Gemeinde Niederhofen 139 Einwohner, 1950 waren es 195. BSB 177, Bd. 7, S. 132. Das Folgende nach IfZ-Archiv, RG 260, CO 474/3, Historical Report LK Roding vom 2. 8. 1945.

⁹ IfZ-Archiv, RG 260, 10/83–3/5, Annual Historical Report LK Landsberg vom 26. 6. 1946, und Müller-Hahl (Hrsg.), Heimatbuch Landsberg am Lech, S. 129 ff.

¹⁰ Genauere Angaben zum Verhalten Lutzenbergers zwischen 1933 und 1945 sind nicht möglich, da seine Spruchkammerakten im Amtsgericht Landsberg nicht auffindbar waren.

¹¹ Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 339.

ihn im Mai 1947 als Mitläufer (Gruppe IV) ein und verhängte eine Geldbuße von 150 RM. Der trinkfeste „Sanktus“, wie ihn der Volksmund liebevoll nannte, war ebenfalls der letzte Bürgermeister von Mundraching; wie Lutzenberger blieb er bis zur Auflösung der Gemeinde 1972 im Amt.¹²

Solche Fälle personeller Kontinuität über das Kriegsende hinweg waren freilich die große Ausnahme. Insgesamt leistete die Militärregierung im Hinblick auf die Säuberung des politischen Personals ganze Arbeit. Ihr Scherbengericht betraf die höchsten Würdenträger in Staat und Partei ebenso wie die kleinen Funktionäre vor Ort. „Dieser völlige Bruch der personellen Kontinuität in den Rathäusern“, urteilte Hans Woller, „war wahrhaft revolutionär und bedeutete einen tieferen Einschnitt als die Maßnahmen der Nationalsozialisten nach der Machtergreifung“.¹³ Eine der Grundvoraussetzungen für den demokratischen Neubeginn in der Provinz schien damit gegeben: Die politischen Exponenten des „Tausendjährigen Reiches“ waren von den Schalthebeln der Macht entfernt worden – in Berlin und München ebenso wie im kleinsten Dorf.

b) „Hire-and-fire“: Die Neubesetzung kommunalpolitischer Schlüsselpositionen

Die Absetzung der belasteten Amtsträger war jedoch nur die eine Seite der Medaille. Als weitaus schwieriger erwies sich dagegen die Besetzung der Kommandobrücken von Politik und Verwaltung mit unbelasteten Deutschen. Die Suche nach geeignetem Personal gestaltete sich in vielen Fällen sehr problematisch. Die Militärregierung in Landsberg etwa beklagte „an extreme shortage of skilled personnel to fill the vacancies“.¹⁴ Soweit wie möglich griff man auf Personen zurück, die bereits vor 1933 politisch tätig gewesen und nach der „Machtergreifung“ ihrer Ämter enthoben worden waren. Andere wurden mit wichtigen Aufgaben betraut, da sie aufgrund ihrer antifaschistischen Gesinnung die Gewähr für den demokratischen Neuaufbau vor Ort zu bieten schienen. Die Amerikaner nahmen die Auswahl des neuen Führungspersonals keineswegs auf die leichte Schulter: Die neuen Männer wurden häufig ausgetauscht, wenn sie sich in den Augen der Militärregierung als unzuverlässig erwiesen, andere Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen hatten, oder schlicht, wenn ein besserer Kandidat zur Verfügung stand.¹⁵

Derartige Eingriffe erfolgten auf allen politischen Ebenen. Das prominenteste „Opfer“ war der bayerische Ministerpräsident Fritz Schäffer, der am 28. September 1945 seines Amtes enthoben wurde.¹⁶ In den Landratsämtern kam es bis zu den Kommunalwahlen im Frühjahr 1946 noch häufiger zu Interventionen der Mi-

¹² Die Bevölkerungsangaben nach BSB 117, Bd. 1, S. 72. Zur Besetzung des Bürgermeisterpostens in der Gemeinde Mundraching siehe Müller-Hahl (Hrsg.), Heimatbuch Landsberg am Lech, S. 130. Das Urteil der Spruchkammer nach Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akt Johann Sanktjohanser, Sühnebescheid vom 9. 4. 1947. Zu Johann Sanktjohanser auch Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 283.

¹³ Woller, Gesellschaft und Politik, S. 83.

¹⁴ IfZ-Archiv, RG 260, 10/83–3/5, Annual Historical Report LK Landsberg vom 26. 6. 1946. Ausführlich zu diesem Problem Woller, Gesellschaft und Politik, S. 76.

¹⁵ Deuerlein/Gruner, Entwicklung, S. 556, und Benz, Parteigründungen, S. 10.

¹⁶ Zur Entlassung von Fritz Schäffer und ihren Hintergründen vgl. Gelberg, Kabinett Schäffer, S. 56–80, und Henzler, Fritz Schäffer, S. 140–158.

litärregierung.¹⁷ Besonders extrem verlief die Entwicklung im schwäbischen Landkreis Günzburg, hier gaben sich die Landräte buchstäblich die Klinke in die Hand: Anfang Juni 1945 bestellte die Militärregierung zunächst den Landgerichtsrat Karl Demel zum Landrat. Bereits im November 1945 wurde er seines Amtes wieder enthoben und durch den Oberstuhlrichter Martin Thellmann-Binder ersetzt, der seinen Posten jedoch bereits einen knappen Monat später niederlegen mußte. An seine Stelle trat der Kaufmann Otto Baumann, dem wiederum im Mai 1946 Ferdinand Merckel folgte. Regierungsrat Merckel, der die Amtsgeschäfte bis 1960 leitete, war freilich nicht mehr von der Militärregierung ernannt, sondern bereits vom Kreistag gewählt worden. Eine glücklichere Hand bewies die Militärregierung im Landkreis Landsberg. Hier setzte sie zunächst den ehemaligen Landsberger Bürgermeister Dr. Linn als Landrat ein, der jedoch wenig später wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft entlassen und in ein Internierungslager gesteckt wurde. Ihm folgte mit dem aus München stammenden Rechtsanwalt Dr. Otto Gerbl ein Mann, der sowohl den Erwartungen der Besatzungsmacht entsprach, als auch das Vertrauen der Bevölkerung genoß. Vom Kreistag und später von der überwältigenden Mehrheit der Wahlberechtigten in seinem Amt bestätigt, residierte der populäre Gerbl bis 1958 in seinen Diensträumen am Ufer des Lech.¹⁸

In gewisser Hinsicht war Gerbls Ernennung nicht untypisch. Da geeignete Kandidaten Mangelware blieben, betrauten die Amerikaner nicht selten Ortsfremde oder politische Außenseiter mit der Führung der Amtsgeschäfte. Daraus resultierten bisweilen, im Unterschied zu der erfreulichen Entwicklung im Landkreis Landsberg, nicht unbeträchtliche Spannungen. Im Landkreis Roding etwa inthronisierte die örtliche Militärregierung nach der Amtsenthebung von Regierungsrat Dr. Schöndorf den aus Sachsen stammenden Dr. Kurt Habenicht als Landrat. Obwohl der Name des gelehrten Rechtsanwalts und Notars gut zu dem armen Landkreis im Bayerischen Wald paßte¹⁹, schlug Habenicht die schroffe Ablehnung der Bevölkerung entgegen. Das hing weniger mit seiner Person zusammen, so die Einschätzung der Militärregierung in Roding, als vielmehr mit der generellen Abneigung der Einheimischen gegenüber den neu eingesetzten Beamten, die nicht aus Bayern stammten.²⁰ Ein Beamter, der täglich das Volk repräsentiere und verwalte, müsse – so der Grundtenor in der Bevölkerung – die bayerischen Gesetze, Traditionen, Sitten und Gebräuche studiert und komplett verstanden haben. Derartige lokalpatriotische Forderungen waren in jenen Tagen oft zu hö-

¹⁷ Die Neubesetzung der Landrats- und Bürgermeisterposten in den Landkreisen Ansbach und Fürth schildert Wöller, *Gesellschaft und Politik*, S. 74–82. Zur Entwicklung in den Landkreisen Kronach und Kulmbach vgl. Zeitler, *Neubeginn*, S. 152–163. Dazu allgemein Treibert, *Landkreise unter der Herrschaft der Besatzungsmächte*. Das Folgende nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Günzburg.

¹⁸ IfZ-Archiv, RG 260, 10/83–3/5, Annual Historical Report LK Landsberg vom 26. 6. 1946, sowie 30 Jahre Aufbau im Landkreis Landsberg am Lech, S. 17, und BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Landsberg am Lech.

¹⁹ So drückte sich Franz Sackmann, einer der späteren Nachfolger Habenichts, in einem Gespräch mit dem Verfasser am 3. 6. 1998 aus. Zur Person Habenichts vgl. Matejka, *Rodinger Landräte*, S. 192 ff.

²⁰ Das Folgende, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach IfZ-Archiv, RG 260, CO 474/3, Historical Report LK Roding vom 3. 8. 1945.

ren.²¹ Hinter ihnen verbarg sich, erstens, die Angst der Alteingesessenen, die zahlreichen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen könnten die zentralen Positionen in der Verwaltung besetzen, während die Heimkehrer aus Krieg und Gefangenschaft, die vormalig im öffentlichen Dienst beschäftigt gewesen waren, vor verschlossenen Türen ständen. In Parolen dieser Art kam, zweitens, der Unmut über die amerikanische Entnazifizierungspraxis zum Ausdruck, die Neuankömmlinge aus dem Osten weitgehend ungeschoren ließ, da über ihre politische Vergangenheit nur in den wenigsten Fällen Informationen vorlagen. Die Ablehnung ortsfremder, angeblich „preußischer“ Beamter stand, drittens, in engem Zusammenhang mit der in Bayern weitverbreiteten Gleichsetzung von Preußentum und Nationalsozialismus, einer Konstruktion, die von der eigenen Verantwortung für die deutsche Katastrophe ablenken sollte. Lutz Niethammer sprach zutreffend von der „partikularistische[n] Ausflucht aus der gemeinsamen Erblast“.²²

Landrat Habenicht war die massiven Anfeindungen aus der Bevölkerung jedenfalls schnell leid. Mitte August 1945 bat er um seine Entlassung. Da jedoch kein anderer Kandidat zur Verfügung stand, mußte der Rechtsanwalt aus Sachsen bis auf weiteres im Amt bleiben. Erst im Mai 1946 wurde Habenicht von seinen ungeliebten Pflichten entbunden. Der neugewählte Kreistag entschied sich in seiner ersten Sitzung für Walter Held als neuen Landrat von Roding. Nun ließ man auch der Abneigung gegen Habenicht freien Lauf: Der scheidende Landrat erhielt die Mitteilung, er müsse seine Dienstwohnung binnen Monatsfrist räumen; sollte er sich weigern, wurde der Flüchtlings- und Wohnungskommissar angewiesen, ihn „aus dem Landkreis auszuweisen“.²³

Die Devise „hire-and-fire“, nach der die Militärregierung bisweilen vorzugehen schien, kennzeichnete auch die Besetzung der Bürgermeisterposten. In der Marktgemeinde Dießen am Ammersee, der größten Kommune des Landkreises Landsberg, drehte sich zwischen März 1945 und November 1946 das Personenkarussell mit geradezu atemberaubender Geschwindigkeit.²⁴ Stanislaus Schmid, der erst einen Monat zuvor in Amt und Würden gelangt war, wurde im April 1945 durch Franz Xaver Köglmayr ersetzt. Dieser mußte auf Geheiß der Militärregierung im Januar 1946 seinen Sessel für Josef Bader räumen, der seinerseits im März selbigen

²¹ Im Januar 1946 veröffentlichte beispielsweise der Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbands, Alois Schlögl, im Landwirtschaftlichen Wochenblatt unter der kämpferischen Überschrift „Innenminister werde hart!“ einen Artikel, in dem er u. a. die Forderung erhob, die Flüchtlinge sollten „die Verwaltung unseres Landes [...] den Bayern überlassen“. Zitiert nach Bauer, Flüchtlinge, S. 372. In dasselbe Horn stieß ein gutes Jahr später Jakob Fischbacher, einer der führenden Köpfe der sich formierenden Bayernpartei. Fischbacher, der damit die Stimmung weiter Kreise der einheimischen bauerlichen Bevölkerung traf, forderte, daß Evakuierte, die „den preußischen Kommandoton in die Amtsstuben verpflanzen“ und die Bayern nur „terrorisieren und kommandieren wollen“, „aus den Amtsstuben verschwinden“ müßten. Zitiert nach Unger, Bayernpartei, S. 26.

²² Niethammer, Problematik der Entnazifizierung, S. 20. Dazu auch Schlemmer, Aufbruch, S. 20f., und Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 83. Zur ablehnenden Haltung der bayerischen Bevölkerung gegen ortsfremde Politiker und Beamte ferner Kock, Bayerns Weg, S. 137f. Ein prominentes Beispiel dieser Denkart markierte die Denkschrift Richard Jaegers „Auf dem Weg zur Demokratie. Gedanken zur bayerischen Selbstbesinnung“, abgedruckt in Henke/Woller (Hrsg.), Lehrjahre der CSU, S. 145–186. Das Folgende nach IfZ-Archiv, RG 260, CO 474/3, Historical Report LK Roding vom 13. 8. 1945.

²³ Matejka, Rodinger Landräte, S. 194.

²⁴ Das Folgende nach Müller-Hahl (Hrsg.), Heimatbuch Landsberg am Lech, S. 159.

Jahres von Xaver Mayer abgelöst wurde. Doch auch die Amtszeit Mayers war nicht von langer Dauer: Bereits im November 1946 wurde er seines Postens enthoben, den nun Franz Stengl übernahm, der schließlich bis 1952 als Bürgermeister Dießens fungierte. Nicht ganz so turbulent verlief die Entwicklung in Roding. Hier wurde der seit März 1937 amtierende Bürgermeister Hans Straßburger auf Anordnung der Militärregierung im April 1945 durch den Lehrer Andreas Gierl ersetzt. Gierl, dessen besonderes Verdienst es gewesen zu sein scheint, beim Anrücken der U.S. Army als erster die weiße Fahne gehißt zu haben, mußte Ende Oktober 1945 seinen Hut nehmen, um Jakob Wittmann Platz zu machen, der bis 1948 im Amt blieb.²⁵

In einigen Landkreisen sorgte die Besatzungsmacht nicht nur für eine zügige personelle Wachablösung, sondern zugleich für die Schaffung effizienterer Verwaltungsstrukturen. Als hinderlich sahen die Amerikaner vor allem die starke Zersplitterung der Landkreise in kleine und kleinste Gemeinden an²⁶, die ihnen vor dem Hintergrund der ungleich größeren Gebietskörperschaften in den Vereinigten Staaten unverständlich bleiben mußte. Zwar konnte sich die Militärregierung mit ihren Vorstellungen nicht überall durchsetzen, in einigen Landkreisen jedoch wurde die Zahl der selbständigen Kommunen durch Gemeindegemeinschaften drastisch reduziert²⁷ – wenn man so will, war dies ein Vorläufer der Gebietsreform der siebziger Jahre. In Landsberg am Lech blieb hinsichtlich der Einteilung des Kreisgebiets alles beim Alten. Im Landkreis Roding dagegen fand am 17. August 1945 eine Sitzung statt, an der Militärgouverneur Captain Charles R. Buchheit und die Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden teilnahmen. Auf Druck Buchheits wurde beschlossen, die meisten der 61 Gemeinden aufzulösen und zu größeren Verwaltungseinheiten zusammenzufassen.²⁸ Vom 15. September 1945 an bestand der Landkreis Roding nur noch aus 22 Kommunen. Vor allem die größeren und wohlhabenderen Gemeinden sträubten sich gegen den Zusammenschluß mit den kleineren „Habenichtsen“, denn sie fürchteten, diese in der ohnehin schon schwierigen Zeit mitschleppen zu müssen.²⁹ Wirklich mit dem neuen Zuschnitt der Kommunen anfreunden konnte sich auf deutscher Seite niemand, und so stellte der Rodinger Kreistag bereits ein gutes Jahr später, am 6. November 1946, einen Antrag an die Regierung, der die Einteilung des Kreisgebiets in 42 Gemeinden vorsah. Bis zur endgültigen Auflösung der 1945 geschaffenen Großgemeinden, die schließlich in drei Schritten vollzogen wurde, verging jedoch

²⁵ Kilger, *Aus der Geschichte Rodings*, und Trinkerl, *Rodinger Bürgermeister*, sowie Ackermann/Kilger, *Roding*, S. 56.

²⁶ Gillen, *State and Local Government*, S. 20f.

²⁷ Es ist jedoch unmöglich, die genaue Zahl der Gemeinden anzugeben, die bayernweit auf amerikanischen Druck aufgelöst wurden. 1939 zählte Bayern 7882 Gemeinden, allerdings einschließlich der kreisfreien Städte und des Regierungsbezirks Pfalz, der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von Bayern abgetrennt wurde. 1946, nach den Eingriffen der Amerikaner und nach Abtrennung der Pfalz, waren es noch 6544 Gemeinden, darunter 48 kreisfreie Städte. 1950 bestand der Freistaat Bayern dagegen bereits wieder aus 7116 selbständigen Gemeinden – zumindest zu einem Teil waren die amerikanischen Eingriffe in die Verwaltungsstruktur also wieder rückgängig gemacht worden. *SJbB* 26 (1958), S. 7.

²⁸ IfZ-Archiv, RG 260, CO 474/3, *Historical Report LK Roding vom 17. 8. 1945*, und Dobkowitz, *Gebietsreform im Altlandkreis Roding*; hier auch Details zu den aufgelösten und zu den weiterbestehenden Gemeinden des Landkreises Roding.

²⁹ IfZ-Archiv, RG 260, CO 474/3, *Historical Report LK Roding vom 20. 8. 1945*.

abermals über ein Jahr. Zum 1. Januar 1948 wurden die ersten vier Verwaltungseinheiten wiederhergestellt, die nächsten zwölf folgten vier Monate später, bevor schließlich im Jahr darauf, am 1. April 1949, die letzten sechs Gemeinden in die Selbständigkeit entlassen wurden.³⁰ Somit bestand der Landkreis Roding bis zu seiner Auflösung im Zuge der Gebietsreform von 1972 aus 44 politischen Gemeinden. Zwar war damit die Zahl der Kommunen auf das Doppelte dessen angewachsen, was die Amerikaner für wünschenswert hielten, doch hatten ihre Bemühungen immerhin zu einer deutlichen Reduzierung der kreisangehörigen Gemeinden geführt.

c) Renazifizierung der kommunalpolitischen Eliten nach 1948?

Die Deutschen und auch die Amerikaner selbst bewerteten den Erfolg der Besatzungsherrschaft im Hinblick auf die Demokratisierung Deutschlands trotzdem kritisch. Bezeichnend für die auf beiden Seiten herrschende Skepsis sind die Notizen von Charles W. Thayer, dem amerikanischen Generalkonsul in München, über ein Gespräch, das er bei seinem Abschiedsbesuch 1953 mit Ministerpräsident Hans Ehard führte.

„Ich benutzte die Gelegenheit, ihn zu fragen, was – wenn überhaupt – die Besatzungsmacht in Bayern geleistet hätte und was wir hätten besser machen können. Der Ministerpräsident lächelte belustigt. ‚Ist es für diese Frage nicht ein bißchen spät? Damals, als ihr Amerikaner herkam, gab es eine ganze Menge anständiger deutscher Hitler-Gegner, die bereit waren, einen Rat zu geben. Aber alles, was wir von Ihrem ersten Militärgouverneur sahen, waren seine Stiefelsohlen auf dem Schreibtisch, während er uns brummig seine Befehle erteilte. Und jetzt kommen Sie, der letzte in der Reihe, und fragen, wie man es besser hätte machen können.‘ Dr. Ehard hielt einen Augenblick inne. ‚Ich frage mich‘, begann er wieder, und seine Stimme hatte ihre Ironie verloren, ‚ob überhaupt irgend jemand, am wenigsten aber ein fremder Militärgouverneur, die Gewohnheiten und Traditionen eines Volkes verändern kann, das eine so alte Geschichte hat wie das deutsche. Das beste, was Sie vielleicht tun konnten, war, ein Beispiel zu geben – und ein paar Anregungen. Alles übrige‘, schloß er, ‚müssen wir selbst besorgen.‘“³¹

Auch im Hinblick auf die Umerziehung fiel die Bilanz negativ aus. Andrew J. Sikora, der U.S. Civilian Director im Landkreis Landsberg, vertrat Mitte 1948 die Auffassung, das Gros der deutschen Bevölkerung sei auch nach der Niederlage und drei Jahren Besatzungsherrschaft kaum weniger anfällig als zuvor gegenüber Demagogen, die sich nationalistischer oder rassistischer Ressentiments bedienten.³² Noch pessimistischer war die Einschätzung der Amerikaner, was die Säuberung des öffentlichen Dienstes betraf. Ein besonders düsteres Bild zeichnete Walter L. Dorn, der im Frühjahr 1949 eine längere Inspektionsreise durch die amerikanische Besatzungszone unternahm.³³ Die Entnazifizierung sei gescheitert, so Dorn, weil zuviele Mitläufer in hohen öffentlichen Ämtern belassen und zahlreiche nach 1945 eingestellte Beamte aus Kostengründen wieder entlassen worden seien, um ihren pensionsberechtigten Vorgängern Platz zu machen. Zudem habe

³⁰ Vgl. Dobkowitz, Gebietsreform im Altlandkreis Roding, mit genauen Angaben, welche Gemeinde zu welchem Zeitpunkt ausgegliedert wurde.

³¹ Thayer, *Die unruhigen Deutschen*, S. 63 f.

³² IfZ-Archiv, RG 260, 10/83–3/5, Annual Historical Report LK Landsberg vom 4. 8. 1948.

³³ Vgl. im folgenden Dorn, *Inspektionsreisen*, S. 141–151.

sich das Personal der Militärregierung auch auf höchster Ebene als ebenso unwissend wie unfähig erwiesen und sei von der örtlichen Atmosphäre aufgesogen worden. Diese drei Faktoren hätten schließlich dazu geführt, daß zahlreiche ehemalige Nationalsozialisten ihre Spitzenpositionen in Wirtschaft, Ministerialbürokratie und Justiz, aber auch in den Rathäusern und Landratsämtern zurückeroberten konnten.

An solchen Urteilen ist viel Wahres. Ausgelöst durch die ersten, noch von den Amerikanern selbst beschlossenen Amnestiebestimmungen, war bereits ab Anfang 1947 eine regelrechte „Rehabilitierungswelle“ zu beobachten, die viele „Ehemalige“ in ihre alten Stellungen zurückkehren ließ.³⁴ Mit der Rehabilitierung und Versorgung der sogenannten „131er“ – der „aufgrund der Nachkriegsereignisse Verdrängten“, wie es im Grundgesetz zum Teil verharmlosend hieß – schienen auch die letzten Dämme zu brechen. Ehemalige Nationalsozialisten, die hochrangige Positionen im Verwaltungsapparat des „Dritten Reichs“ bekleidet hatten, hielten nun sogar in die Bonner Ministerialbürokratie Einzug.³⁵ In den Kommunal-, Kreis- und Bezirksverwaltungen bot sich dasselbe Bild. Im Regierungsbezirk Oberbayern etwa bestand schon im Juli 1949 die Beamtenschaft in den Stadtverwaltungen zu 42 Prozent, in den Gemeindeverwaltungen zu 45 Prozent, in den Landkreisverwaltungen zu 67 Prozent und in der Bezirksverwaltung zu 81 Prozent aus vormaligen NSDAP-Mitgliedern.³⁶ Doch war das von der amerikanischen Militärregierung ins Werk gesetzte Revirement der kommunalpolitischen Eliten ebenfalls nur ein kurzes Zwischenspiel? Konnte man auch in den Spitzenpositionen der Gemeinden eine Rückkehr der NS-Amtsinhaber beobachten? In der Region Landsberg kann von einer Renazifizierung der Rathäuser keine Rede sein. Lediglich in fünf von 59 Gemeinden wurde 1948 oder später ein Bürgermeister gewählt, der dieses Amt bereits zwischen 1933 und 1945 bekleidet hatte.³⁷ Keiner der fünf war – so bekunden es zumindest die Spruchkammerakten – ein überzeugter Nationalsozialist gewesen.³⁸ Fast alle hatten in ihren Gemeinden bereits vor 1933 als Bürgermeister fungiert und nach der „Machtergreifung“ noch für eine gewisse Zeit die Amtskette behalten können. Im Lauf der dreißiger Jahre waren sie jedoch fast alle ihrer Posten enthoben worden. Für diejenigen, die erst unter dem NS-Regime zum Bürgermeister aufgestiegen waren, führte dagegen auch nach 1948 kein Weg zurück in Amt und Würden.

³⁴ Vgl. Rauh-Kühne, Entnazifizierung, S. 64–70.

³⁵ Zum „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen“ und seinen Folgen vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 69–100. Zur Entstehungsgeschichte des Artikels 131 GG vgl. Wengst, Beamtentum.

³⁶ Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 549, Anm. 32.

³⁷ Das war in den Gemeinden Epfenhausen, Eresing, Hurlach, Rott und Unterigling der Fall. Zählt man zu diesen die vier Bürgermeister, die mit Erlaubnis der Militärregierung im Amt bleiben durften, und den 1945 von den Amerikanern eingesetzten Bürgermeister Georg Widmann, der dieses Amt bereits bis 1934 bekleidet hatte, hinzu, ergibt sich eine Gesamtzahl von 10 Ortsvorstehern, die dieses Amt bereits zwischen 1933 und 1945 bekleidet hatten. Müller-Hahl (Hrsg.), Heimatbuch Landsberg am Lech, S. 129ff., und BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapieren der kreisangehörigen Gemeinden des LK Landsberg.

³⁸ Die Spruchkammerverfahren endeten entweder mit der Einstufung in die Kategorie der Mitläufer und mit einem Sühnebescheid oder mit der Einstellung im Zuge der Weihnachtsamnestie 1947. Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akten Thomas Hurnaus, Karl Ried, Stefan Schmid, Pius Schwicker und Paul Waldmann.

Zudem kann die Mitgliedschaft in der NSDAP nicht immer mit einer dezidierten nationalsozialistischen Gesinnung gleichgesetzt werden.³⁹ In einigen Fällen bedeutete der Parteieintritt bereits amtierender Bürgermeister weniger ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, als vielmehr eine Art Opfer, das sie auf Drängen der Einwohner brachten. Das war nicht immer eine reine Rechtfertigungsstrategie, wie manchmal behauptet wurde.⁴⁰ In der Gemeinde Rott am Lech beispielsweise, die im September 1950 991 Einwohner zählte, wurde 1948 der Landwirt Thomas Hurnaus mit fast zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister gewählt.⁴¹ Die kommunalpolitische Karriere des 1899 geborenen Hurnaus begann bereits in der Weimarer Republik. Seit 1929 gehörte er dem Gemeinderat an, zwei Jahre später wurde er fast einstimmig zum Bürgermeister gewählt. Schon zu dieser Zeit galt der gläubige Katholik als überzeugter Gegner der Nationalsozialisten. Daher war Hurnaus nach der „Machtergreifung“ zunächst zum Rücktritt entschlossen, der Gemeinderat und zahlreiche Einwohner Rotts, unter ihnen der Pfarrer, bedrängten ihn jedoch, im Amt zu bleiben – in erster Linie, um zu verhindern, daß ein fanatischer Pö. seinen Platz einnahm. Um weiter als Bürgermeister fungieren zu können, trat Hurnaus am 1. Mai 1933 der NSDAP bei und wurde später Mitglied weiterer NS-Organisationen wie der SA, der NSV, als deren Blockleiter er tätig war, des Reichsluftschutzbundes und des NS Reichskriegerbundes; ab 1935 fungierte er darüber hinaus als Ortsbauernführer. Aufgrund dieser Belastung wurde Hurnaus nach dem Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 in die Gruppe der Belasteten (Gruppe II) eingestuft.⁴² Hurnaus konnte jedoch eine Vielzahl von Zeugen beibringen, die eidesstattlich versicherten, daß er lediglich auf Drängen der Bewohner von Rott der NSDAP beigetreten sei und im Rahmen seiner Tätigkeit als Bürgermeister nie im Sinne der Partei gewirkt, insbesondere die „ihm diktierten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kirche nicht beachtet und sogar Leuten vom beabsichtigten Beitritt in die NSDAP abgeraten“ habe. Daher wurde das Spruchkammerverfahren nach den Bestimmungen der Weihnachtsamnestie vom 5. Fe-

³⁹ Darauf verweist überzeugend Woller, *Gesellschaft und Politik*, S. 114.

⁴⁰ Diese Behauptung stellte jüngst Gleber, *Mär*, auf. Diese Sichtweise verkürzt die Spruchkammerakten allerdings auf die Fabrikation von „Persilscheinen“, was den gesamten Entnazifizierungsprozeß zur „Mitläuferfabrik“ (Lutz Niethammer) bzw. zu einer reinen Rehabilitationsmaschinerie der NS-Eliten degradiert. Daß dem keineswegs so war, zeigt bereits Woller, *Gesellschaft und Politik*, S. 116–165, und auch Gleber selbst hält diese Sichtweise für einseitig. Daher gilt es in jedem Einzelfall genau zu prüfen und abzuwägen, ob die vorgebrachten Argumente eine Rechtfertigungsstrategie zur Verheimlichung der eigenen Verstrickungen in den Nationalsozialismus darstellten (was oft genug der Fall war) oder den Tatsachen entsprachen (was eben auch vorkam).

⁴¹ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Rott am Lech. Hurnaus war von der CSU aufgestellt worden, sein Gegenkandidat von einer Flüchtlingsgruppe. Berücksichtigt man, daß die Einwohnerzahl der Gemeinde Rott zwischen Mai 1939 und September 1950 um 383 Personen, also rund ein Drittel, zugenommen hat, liegt die Vermutung nahe, daß die alteingesessene Bevölkerung fast geschlossen für Hurnaus stimmte. Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinde Rott nach BSB 177, Bd. 1, S. 82. Das Folgende nach Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akt Thomas Hurnaus, Einstellungsbeschluß vom 16. 10. 1947.

⁴² Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akt Thomas Hurnaus, Klageschrift vom 23. 8. 1947. Zur Tätigkeit der Landsberger Spruchkammer vgl. Daum, *Entnazifizierung in Landsberg*. Als weiteres Beispiel einer gelungenen Regionalstudie zur Umsetzung des Befreiungsgesetzes vgl. Ertle, *Entnazifizierung in Eichstätt*.

bruar 1947 eingestellt.⁴³ Hurnaus blieb bis 1968 Bürgermeister von Rott; daneben gehörte er lange Zeit dem Landsberger Kreistag an, wo er es zum Sprecher der Bürgermeister brachte.

Ganz ähnlich lagen die Dinge in der Gemeinde Eresing. Hier hatte der 1880 geborene Landwirt Pius Schwicker seit 1925 als Bürgermeister amtiert.⁴⁴ Wie Hurnaus ein gläubiger Katholik, stand er dem Nationalsozialismus skeptisch gegenüber. Auch Schwicker trat nur auf Drängen seiner Mitbürger, die eine „Fortführung der Amtsgeschäfte nach den alten Grundsätzen“ wünschten, der NSDAP bei. Zu dieser Entscheidung dürfte die eindringliche Bitte der Klosterverwaltung St. Ottilien nicht unwesentlich beigetragen haben, die angesichts der drohenden Einsetzung eines verbohrten Nationalsozialisten in das Bürgermeisteramt große Gefahren für das Kloster witterte.⁴⁵ Anders als in Rott, kam es jedoch in Eresing zu stetigen Reibereien und Auseinandersetzungen zwischen dem streitbaren Schwicker und dem Ortsgruppenleiter der NSDAP, die schließlich am 1. Oktober 1935 zu Schwickers Rücktritt führten. Dennoch mußte er sich wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP vor der Spruchkammer verantworten, die ihn zunächst als Minderbelasteten (Gruppe III) einstuft.⁴⁶ Auch dieses Verfahren wurde jedoch nach den Bestimmungen der Weihnachtssamnestie von 1947 eingestellt, nachdem die Spruchkammer zu dem Urteil gelangt war, daß Schwicker „nur nominell am Nationalsozialismus teilgenommen“ habe, grundsätzlich jedoch regimekritisch eingestellt gewesen sei. 1956 trat Schwicker schließlich im Alter von 76 Jahren freiwillig von der kommunalpolitischen Bühne ab.

Wie in Landsberg gelang auch in den beiden oberfränkischen Landkreisen Kronach und Kulmbach nur den wenigsten Amtsinhabern aus der Zeit des Nationalsozialismus die Rückkehr in ihre vormaligen kommunalen Spitzenpositionen. In Kronach hatten nur elf von 96 der 1948 gewählten Bürgermeister dieses Amt bereits zwischen 1933 und 1945 bekleidet, was 11,5 Prozent entspricht; in Kulmbach betrug der Anteil 10,5 Prozent.⁴⁷ Im Raum Ansbach hatten 17 Prozent der 1948 amtierenden Bürgermeister der NSDAP angehört, in den Gemeinden um Fürth nur 14 Prozent.⁴⁸ Nach einer Schätzung der Intelligence Division waren zu diesem Zeitpunkt zwischen zehn und 25 Prozent der Bürgermeister aller bayerischer Landgemeinden ehemalige Pgs. Diese Zahlen bestätigen das Urteil von Cornelia Rauh-Kühne, „die neue, 1945/46 von den Militärregierungen installierte ‚politische Klasse‘“ sei von dem ansonsten „allseits vorherrschenden Eindruck der Kon-

⁴³ Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akt Thomas Hurnaus, Einstellungsbeschuß vom 16. 10. 1947. Das Folgende nach Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 315 f.

⁴⁴ Das Folgende nach Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akt Pius Schwicker, Einstellungsbeschuß vom 22. 1. 1948.

⁴⁵ Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akt Pius Schwicker, eidesstattliche Erklärungen der Klosterverwaltung St. Ottilien vom 17. 12. 1945, 20. 5. 1946 und 20. 11. 1947. Tatsächlich erlebte die Erzabtei St. Ottilien nach Schwickers Amtsenthebung eine Reihe von Drangsalierungen, die im April 1941 in der Besetzung des Klosters durch die Gestapo gipfelte; der Erzabt und eine Reihe von Mönchen wurden in Konzentrationslager deportiert. MKKZ vom 17. 3. 1946, S. 87.

⁴⁶ Amtsgericht Landsberg am Lech, Bestand Spruchkammer, Akt Pius Schwicker, Klageschrift vom 14. 11. 1947. Das folgende Zitat ebenda, Einstellungsbeschuß vom 22. 1. 1948.

⁴⁷ Zeitler, Neubeginn, S. 181.

⁴⁸ Woller, Gesellschaft und Politik, S. 115. Die folgenden Angaben ebenda.

tinuität“ hinsichtlich der westdeutschen Eliten auszunehmen⁴⁹, und zwar auch auf kommunaler Ebene.

Dieser Befund unterhöhlt einmal mehr die heute weitgehend diskreditierte Restaurationsthese, die in den siebziger Jahren – maßgeblich beeinflusst von tagespolitischen Fragestellungen – in den Rang eines Paradigmas zur Erforschung der (west-) deutschen Nachkriegsgeschichte aufstieg.⁵⁰ Eine ganze Reihe von Wissenschaftlern gingen seinerzeit davon aus, eine umfassende Neuordnung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland sei nach 1945 unterblieben. Die Schuld dafür suchten sie in erster Linie bei der amerikanischen Regierung, die zum einen ihren kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Kurs in den drei Westzonen durchsetzen konnte, und zum anderen kein Interesse daran gehabt habe, die NS-Eliten in Politik, Verwaltung, Justiz und Industrie dauerhaft von den Schalthebeln der Macht zu entfernen.⁵¹ Derartige Pauschalurteile lassen sich, zumindest was die Politik betrifft, ins Reich der Legenden verweisen. Vielmehr zeigt sich bei genauerem Hinsehen, daß gerade die Amerikaner die politischen Kommandostrukturen umfassend von Nationalsozialisten säuberten und mit unbelastetem Personal besetzten. Im Unterschied zu anderen Sektoren, etwa der Justiz oder der Verwaltung, blieb es hier auch in den fünfziger Jahren bei der Ausgrenzung der „Ehemaligen“.⁵² Was das Führungspersonal in den Rathäusern und Landratsämtern betrifft, kann von einer personellen Kontinuität vom „Dritten Reich“ zur Bundesrepublik keine Rede sein. Hier wurde der von den Amerikanern erzwungene Elitenwechsel zu einer dauerhaften Weichenstellung, da die „Männer der ersten Stunde“ keineswegs von ihren entnazifizierten Vorgängern verdrängt wurden, sobald die Militärregierung die Daumenschrauben lockerte. Sie blieben vielmehr oftmals über Jahrzehnte im Amt. Es wäre vielleicht zu hoch gegriffen, in ihnen allein schon den Garanten für den geglätteten demokratischen Neubeginn zu sehen, aber zumindest waren sie in dieser Hinsicht kein Hemmschuh.

Ein weiteres Moment kommt hinzu: Zwar ist es nicht von der Hand zu weisen, daß gerade auf dem Gebiet der Verwaltung die personelle Kontinuität über die Zäsur von 1945 hinweg besonders stark ausgeprägt war. Das lag schon allein daran, daß man vielfach nicht auf den Sachverstand dieser Gruppe verzichten konnte, stand doch keine „Gegenelite“ zur Verfügung, die in der Lage gewesen wäre, diese Positionen gewissermaßen aus dem Stand zu übernehmen. Allerdings konnten die „Ehemaligen“ in den Amtsstuben nicht nach Belieben schalten und walten, standen sie doch unter der Aufsicht eben jener kommunalen Wahlbeamten, die von den Amerikanern mit großer Sorgfalt ausgesucht und installiert worden waren und die auch nach Gründung der Bundesrepublik größtenteils weiter im Amt blieben. Sie trugen die politische Verantwortung für die Beamten, um deren politische

⁴⁹ Rauh-Kühne, Entnazifizierung, S. 69.

⁵⁰ Vgl. hierzu und im folgenden Morsey, Bundesrepublik, S. 138 f. und S. 145–148. Zur Genese der Restaurationsthese nach 1945 vgl. Ritter, Über Deutschland, S. 13 ff. Eine Zusammenfassung der Diskussion bei Stöver, Bundesrepublik, S. 46–61.

⁵¹ Vgl. etwa Huster u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration, und Schmidt/Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, sowie Pirker, Die verordnete Demokratie. Kritisch dazu Sontheimer, So war Deutschland nie, S. 41–44, und Kocka, Neubeginn oder Restauration.

⁵² Vgl. dazu Schlemmer, Grenzen der Integration; dazu auch Herbert, Rückkehr in die Bürgerlichkeit?, und Loth/Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik.

Vergangenheit sie zumindest auf dem Land genau Bescheid wußten, und schauten ihnen dementsprechend kritisch auf die Finger. So mochte es in der Administration bis hinunter zu den Landratsämtern und Rathäusern zwar durchaus starke personelle Kontinuitätslinien geben, nicht jedoch im Verwaltungshandeln der Behörden. Vor diesem Hintergrund markierten die späten vierziger und die fünfziger Jahre in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik keineswegs eine Periode bleibender Restauration.⁵³ Vielmehr wurde bereits damals der Grundstein für die politische Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik gelegt.

2. 1948: Rückkehr zur Normalität

a) *Rahmenbedingungen des politischen Lebens*

Als die bayerische Bevölkerung im Frühjahr 1948 zum zweitenmal nach Kriegsende an die Urnen gerufen wurde, um ihre Vertreter auf kommunaler Ebene zu wählen, hatte sich das politische Leben in den drei westlichen Besatzungszonen bereits einigermaßen normalisiert. Obwohl bis zur Gründung der Bundesrepublik noch über ein Jahr ins Land gehen sollte, gab es spätestens seit dem Scheitern der fünften und letzten Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 keine realistische Alternative zur Bildung eines deutschen Weststaates und seiner Integration in ein westliches Bündnis mehr.⁵⁴ In Gestalt der „Bizone“, die durch den Zusammenschluß der britischen mit der amerikanischen Besatzungszone im Januar 1947 offiziell aus der Taufe gehoben wurde, existierte bereits die Keimzelle, die „das vollkommen durchgebildete Modell der späteren Bundesrepublik abgab“.⁵⁵ In den Ländern waren die politischen Rahmenbedingungen in Gestalt neuer Verfassungen bereits 1946 und 1947 geschaffen worden.⁵⁶ In Bayern hatte die von der Bevölkerung direkt gewählte Verfassungsgebende Landesversammlung einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der am 1. Dezember 1946 per Volksentscheid angenommen wurde.⁵⁷ Zug um Zug räumten die Sieger den Besiegten in den Ländern mehr Rechte bei Gesetzgebung und Verwaltung ein, wengleich die Entscheidungen der Staatsregierung wie auch die Beschlüsse des Landtags nach wie vor der Genehmigung der Militärregierung bedurften.

Der Devise der „grass root politics“ folgend, die vorsah, das Einmaleins der Demokratie zunächst an der Basis einzuüben, hatten zumal die Amerikaner ihre

⁵³ Diese Interpretation, die auf Schwarz, Modernisierung oder Restauration?, zurückgeht, wurde mittlerweile von den meisten Forschern, die sich mit der Geschichte der Bundesrepublik beschäftigen, übernommen. Vgl. Schildt/Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau*, und Frese u. a., *Gesellschaft in Westfalen*, und Frese/Prinz (Hrsg.), *Politische Zäsuren*, sowie zuletzt Schlemmer, *Gesellschaft und Politik in Bayern*.

⁵⁴ Diese erstmals 1966 von Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, aufgestellte These ist heute in der Forschung weitgehend unstrittig. Vgl. Morsey, *Bundesrepublik*, S. 142f., und Kleßmann, *Staatsgründung*, S. 188, sowie Birke, *Nation ohne Haus*, S. 172ff.

⁵⁵ Benz, *Entstehung*, S. 25. Ausführlich dazu Benz, *Gründung der Bundesrepublik*. Vgl. auch Eschenburg, *Jahre der Besatzung*, S. 419f.

⁵⁶ Zu Bayern vgl. die Überblicksdarstellungen von Deuerlein/Gruner, *Entwicklung*, S. 555–617, und Kock, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 382–414.

⁵⁷ Dazu ausführlich Fait, *Demokratische Erneuerung*, und Latour/Vogelsang, *Okkupation und Wiederaufbau*, S. 114–119.

deutschen „Juniorpartner“ zunächst auf kommunaler Ebene mit in die Verantwortung eingebunden. Daher galt die erste demokratische Entscheidung nach Kriegsende, welche die bayerische Bevölkerung schon im Frühjahr 1946 treffen mußte, der Wahl der Gemeinderäte. Allerdings kann man diesen Urnengang kaum mit späteren vergleichen, denn seinerzeit waren weite Teile der Bevölkerung – in erster Linie die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, aber auch nicht wenige Einheimische, die unter die Bestimmungen der Entnazifizierung fielen – nicht wahlberechtigt.⁵⁸ In der Marktgemeinde Roding etwa, die im Juni 1952 zur Stadt erhoben wurde, waren 1946 insgesamt 1754 Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. 167 Personen, immerhin knapp zehn Prozent der Wahlberechtigten, blieben allein wegen ihrer früheren Mitgliedschaft in der NSDAP von der Wahl ausgeschlossen. Bayernweit wurden 6,5 Prozent der Bevölkerung aus politischen Gründen nicht in die Wählerlisten für die Kreistagswahlen aufgenommen, die wenige Wochen später stattfanden. 1948 erlangte die große Mehrheit dieses Personenkreises das aktive und passive Wahlrecht. Lediglich 54 Einwohner Rodings waren nach wie vor nicht stimmberechtigt.⁵⁹

Beide Kommunalwahlen wurden auf der Grundlage der Gemeindeordnung des Freistaats Bayern abgehalten, die im Dezember 1945 verabschiedet worden war und weitgehend auf ihre Vorläuferin aus dem Jahr 1927 rekurrierte.⁶⁰ Diese „Verfassung des kleinen Mannes“, wie eine von HICOG herausgegebene Studie die neue Gemeindeordnung bezeichnete, ist ein gutes Beispiel dafür, daß die Bemühungen der Amerikaner zur Demokratisierung des politischen Lebens in Deutschland dauerhafte Früchte trugen. Gemeinden wurden als Körperschaften des öffentlichen Rechts definiert, die ihre eigenen Angelegenheiten selbständig regeln sollten. Ihre Verwaltung erfolgte durch einen in unmittelbaren, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen bestellten Gemeinderat, der – abhängig von der Größe der Kommune – aus sechs bis 42 Mitgliedern bestand.⁶¹ Der „starke Mann“

⁵⁸ An der Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte konnten sich alle deutschen Staatsbürger beteiligen, die das 21. Lebensjahr erreicht und ihren ständigen Wohnsitz seit mindestens einem Jahr in der Gemeinde hatten. Damit waren die Heimatvertriebenen, die zum Großteil erst in den letzten Kriegstagen bzw. nach Kriegsende nach Bayern gekommen waren, nicht wahlberechtigt. Explizit vom Wahlrecht ausgeschlossen waren Personen, die vom „automatischen Arrest“ betroffen oder die vor dem 1. 5. 1937 in die NSDAP eingetreten waren sowie alle Aktivisten, Amtsträger, Führer und Unterführer der Partei und anderer NS-Organisationen. Das passive Wahlrecht stand allen Personen zu, die aktiv wahlberechtigt waren und das 25. Lebensjahr überschritten hatten. Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 18. 12. 1945, Art. 4–7, in: BGVB. Nr. 17 vom 1. 10. 1946, S. 225–228.

⁵⁹ Stadtarchiv Roding, Bestand: Stadt Roding, 024/1.2, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 1948, und Sackmann, Ergebnisse der Kommunalwahlen in Roding, S. 115 f., sowie Kilger, Aus der Geschichte Rodings, S. 109 f. Die Ergebnisse der Kreistagswahlen vom 28. 4. 1946 in SJbB 23 (1947), S. 314.

⁶⁰ Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 18. 12. 1945, in: BGVB. Nr. 17 vom 1. 10. 1946, S. 225–228; vgl. im folgenden auch Latour/Vogelsang, Okkupation und Wiederaufbau, S. 112 ff., und Gillen, State and Local Government, S. 13 f. Das folgende Zitat nach ebenda, S. 22.

⁶¹ In Gemeinden unter 500 Einwohnern waren fünf, in Gemeinden mit 500 bis 1000 Einwohnern sieben, in Gemeinden zwischen 1000 und 3000 Einwohnern neun, in Gemeinden zwischen 3000 und 10000 Einwohnern 15, in Gemeinden mit 10000 bis 20000 Einwohnern 19, in Gemeinden mit 20000 bis 50000 Einwohnern 31 und in Gemeinden mit über 50000 Einwohnern 41 Gemeinderäte zu wählen (Artikel 3 der Gemeindeordnung vom 18. 12. 1945); dazu kam stets der erste Bürgermeister, der qua Amt ebenfalls Mitglied des Gemeinderats war. Die Tätigkeit im Gemeinderat

in der Gemeindepolitik war jedoch der Bürgermeister, der in Gemeinden unter 3000 Einwohnern ebenfalls direkt von der Bevölkerung gewählt wurde. Er führte nicht nur den Vorsitz im Gemeinderat und vertrat die Gemeinde nach außen, sondern er konnte darüber hinaus dringende Amtsgeschäfte in eigener Zuständigkeit erledigen.⁶² Vor allem dem Druck der Militärregierung war es zu verdanken, daß die Sitzungen der Kommunalparlamente in der Regel für die Öffentlichkeit zugänglich sein sollten, was einen deutlichen Bruch mit den vormals üblichen Gepflogenheiten markierte. Ein weiteres Resultat der amerikanischen Bestrebungen, demokratischen Spielregeln zum Durchbruch zu verhelfen, stellten die ausführlichen Bestimmungen über die Wahlprozedur dar – dieser Frage waren allein 19 von 32 Artikeln gewidmet. Die Besatzungsbehörden zeigten sich freilich mit dieser Interimsregelung immer noch unzufrieden, da ihnen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Einwohner an der Kommunalpolitik nach wie vor unzureichend schienen. Sie drängten unter anderem auf eine Direktwahl der Bürgermeister und auf die Institutionalisierung der von ihnen eingeführten „Town Meetings“, in denen die Gemeindebürger anstehende Projekte diskutieren, ihre Sorgen vortragen oder einfach ihrem Ärger über bestimmte Entscheidungen Luft machen konnten.⁶³

Die Frage, ob die amerikanischen Bemühungen, Demokratisierung und Transparenz des politischen Prozesses vor Ort festzuschreiben, von Erfolg gekrönt waren oder nicht, müßte mit Blick auf längere Zeiträume diskutiert werden. Fest steht aber, daß es damals zu einigen grundlegenden Weichenstellungen kam: Die vom bayerischen Landtag 1952 verabschiedete Neufassung der Gemeindeordnung, die in ihren Grundzügen nicht von den vormals geltenden Bestimmungen abwich, trug den meisten Wünschen der Besatzungsbehörden Rechnung.⁶⁴ Die Wahl des Bürgermeisters stand nun in allen Gemeinden, unabhängig von ihrer Größe, der Bevölkerung direkt zu. Sie erfolgte, wie auch die Wahl der Gemeinderäte, nach den Prinzipien der Verhältniswahl, sobald mindestens zwei Wahlvorschläge von Parteien oder Wählergruppen eingereicht worden waren. Anderenfalls fand eine Mehrheitswahl statt, in der sich die Wahlberechtigten entweder für den einen vorgeschlagenen Kandidaten entscheiden oder für einen beliebigen anderen Gemeindebürger votieren konnten, der das passive Wahlrecht besaß.⁶⁵ Er-

erfolgte ehrenamtlich (Artikel 21). Zu Aufgaben und Charakter von Gemeinderat und Kreistag vgl. auch Wollmann, Kommunalvertretungen.

⁶² Das galt auch nach der Novelle der Gemeindeordnung von 1952. Die in Bayern und Baden-Württemberg geltende duale, sogenannte süddeutsche Kommunalverfassung räumte dem Bürgermeister eine erheblich stärkere Stellung ein als etwa die hessische Magistratsverfassung oder die in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen anzutreffende norddeutsche Ratsverfassung. Knemeyer, Kommunalverfassungen, S. 59 f.

⁶³ Gillen, State and Local Government, S. 20–25. Ausführlich dazu Pilgert, Community and Group Life, S. 63–76. Die amerikanischen Bemühungen zur Errichtung von Bürgerkomitees waren nicht auf die ersten Nachkriegsjahre beschränkt. In Karlstadt beispielsweise sorgte der zuständige Resident Officer, Emmett B. Ford Jr., noch im September 1950 für die Gründung eines derartigen Gremiums. IfZ Archiv, Fg. 59, Resident Officer Karlstadt an Office of Land Commissioner for Bavaria, Public Affairs Division, vom 8. 11. 1950.

⁶⁴ Hierzu und im folgenden Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. 1. 1952, in: BGVB. Nr. 3 vom 31. 1. 1952, S. 19–32, und Helmreich/Widtmann, Bayerische Gemeindeordnung.

⁶⁵ Das passive Wahlrecht besaß, wer das 25. Lebensjahr vollendet und seinen Wohnsitz seit mindestens einem halben Jahr in der Gemeinde hatte. Zur Mehrheitswahl Art. 23–27 des Gemeinde-

reichte keiner im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, mußte eine Stichwahl entscheiden. Die Sitzungen der Stadt- und Gemeinderäte, die zwischen sechs und 60 Mitglieder umfaßten, sollten in der Regel nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Wichtige Beschlüsse, etwa die jährlichen Haushaltssatzungen, mußten der Allgemeinheit zur Kenntnis gebracht werden. Auch stand es jedem Gemeindegewähltem frei, sich direkt an den Gemeinderat zu wenden, der jedes eingebrachte Anliegen behandeln mußte. Zudem verpflichtete Artikel 18 der Bayerischen Gemeindeordnung die Bürgermeister dazu, mindestens einmal pro Jahr eine Bürgerversammlung abzuhalten, bei der die Angelegenheiten der Gemeinde öffentlich zur Sprache kommen sollten. Großen Wert legte man ferner auf weitgehende Transparenz des politischen Selektionsprozesses. Jede Partei oder Gruppierung, die sich an den Kommunalwahlen beteiligen wollte, mußte ihre Kandidaten für das Bürgermeisteramt oder den Gemeinderat in einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Versammlung aufstellen, und zwar in geheimer, schriftlicher Abstimmung, an der sich alle Parteimitglieder bzw. Angehörigen der betreffenden Wählergruppe beteiligen konnten.⁶⁶ Auf diese Weise sollte Kungeleien in verräuchten Hinterzimmern, in denen kleine Führungscliquen Wahlentscheidungen auf dem Weg der Kandidatenkür präjudizierten, ein Riegel vorgeschoben werden. Diesem Ziel diente auch die neu geschaffene Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens bei der Wahl der Gemeinderäte.⁶⁷

Spätestens mit den Kommunalwahlen von 1948 endete die Phase, in der die Militärregierung massiv in die Besetzung kommunalpolitischer Schlüsselpositionen eingriff. Von diesem Zeitpunkt an waren die Deutschen allein für die Auswahl ihrer lokalen politischen Eliten verantwortlich. Doch wem schenkte die Bevölkerung das Vertrauen? Wie sah die neue politische Elite vor Ort aus? Welche kollektiven Merkmale lassen sich hinsichtlich der 1948 gewählten Bürgermeister und Gemeinderäte ausmachen?

b) Die Altersstruktur der Bürgermeister in Landsberg und Roding 1948

Den allermeisten Bürgermeistern, die 1948 in den hier untersuchten ländlichen Regionen ans Ruder kamen, war eines gemeinsam: ein relativ hohes Lebensalter. Das Durchschnittsalter der in den Gemeinden des Landkreises Landsberg am Lech gewählten Ortsvorsteher betrug fast 50 Jahre. Ihre im Landkreis Roding amtierenden Kollegen waren mit knapp 48 Jahren nur unwesentlich jünger.⁶⁸ Dieser Mittelwert hat jedoch für sich genommen nur relativ geringe Aussagekraft, da er stark von den Extremen am oberen und unteren Rand der Altersskala beeinflußt

wahlgesetzes vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5/1952, S. 49–53, und Paragraph 55–62 der Wahlordnung für Gemeinden und Landkreise vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5/1952, S. 54–67.

⁶⁶ Art. 19, Abs. 5 des Gemeindegewählgesetzes vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5/1952, S. 49–53.

⁶⁷ Die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens war in Paragraph 55, Abs. I, Satz 4 und 5 der Wahlordnung für die Gemeinde- und Landkreiswahlen (GWO) vom 16. 2. 1952 festgelegt. BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952, S. 62. In der Neufassung der GWO vom 12. 1. 1956 waren diese Bestimmungen in Paragraph 58, Satz 4 und 6 enthalten. BGVBl. Nr. 3 vom 26. 1. 1956, S. 31.

⁶⁸ Berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindegewählkarten der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

wird, die sich als „Ausreißer“ erweisen können.⁶⁹ Das wird mit einem Blick auf die 1948 gewählten Bürgermeister in beiden Landkreisen deutlich: Der jüngste Bürgermeister im Landkreis Roding, der 1911 geborene Bauer Johann Lichtenwald aus der Gemeinde Bodenstein, war erst 36 Jahre alt. Sein ältester Amtskollege, der Rentner Josef Jobst aus Stefling (Jahrgang 1885), zählte dagegen bereits 63 Lenze. Noch krasser fiel der Altersunterschied im Landkreis Landsberg aus: Pius Schwicker aus Eresing, der 1880 das Licht der Welt erblickt hatte, war fast doppelt so alt wie der 1913 geborene Peter Harrer, der in der Gemeinde Stoffen als Bürgermeister fungierte.⁷⁰

Aufgrund der geringen Aussagekraft des Durchschnittsalters haben Soziologen und Historiker immer wieder Zuflucht beim Modell der politischen Generationen genommen.⁷¹ Dieses theoretische Konstrukt geht von der Grundannahme aus, daß das Denken und Handeln von der Zugehörigkeit zu bestimmten Altersgruppen bestimmt oder zumindest beeinflusst wird.⁷² Unter einer politischen Generation versteht man „diejenigen Mitglieder einer Altersgruppe oder Kohorte, die – mit bestimmten Schlüsselereignissen konfrontiert – zu einer gleichgesinnten bewußten Auseinandersetzung mit den Leitideen und Werten der politischen Ordnung gelangten, in der sie aufwuchsen.“⁷³ Sie sind mithin „mehr oder weniger klar umgrenzte *Erlebnisgemeinschaften*, die durch zeitgeschichtliche politische Erfahrungen, durch gemeinsame Schicksale geprägt wurden.“ Besondere Bedeutung kommt dabei der politischen Sozialisation zu, worunter man „die Gesamtheit des Erwerbs aller Faktoren, die den Menschen als politische Persönlichkeit konstituieren“⁷⁴, versteht. Das Konzept der politischen Generation geht davon aus, daß die Angehörigen mehrerer zusammenhängender Geburtskohorten in dem für sie formativen Lebensabschnitt, in dem der Mensch langfristig wirksame politische Einstellungen und Überzeugungen erwirbt⁷⁵, von den gleichen historischen Schlüsselereignissen geprägt werden. Diese „generationenspezifischen politischen Erfahrungen [...] in der Prägephase des Individuums“ schaffen unter jeweils

⁶⁹ Die „bemerkenswert geringe Sachlogik“ des arithmetischen Mittelwertes monierten bereits Menges/Skala, Grundriß der Statistik, Teil 2, S. 344. Vgl. auch Dürr, Soziale Strukturen, S. 227, Anm. 1.

⁷⁰ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappen Bodenstein, Eresing, Stefling und Stoffen.

⁷¹ Hier seien nur zwei Beispiele genannt: Hans-Ulrich Derlien entwickelte zur Untersuchung der westdeutschen politisch-administrativen Elite auf Bundesebene ein fein gegliedertes Modell, das aus zehn Geburtskohorten besteht; Derlien, *Continuity and Change*, S. 353. Detslev Peukert, Weimarer Republik, S. 25–31, entwarf für die Zwischenkriegszeit ein größeres Modell, das „vier Generationen verantwortlich Handelnder“ unterscheidet (Zitat S. 26).

⁷² Die Generation an sich ist noch kein politisch handlungsrelevantes Kriterium; dieser Begriff bezeichnet in seiner historischen Dimension lediglich Personen, die einer Reihe von Geburtskohorten entstammen und in einem bestimmten, gleichartigen historischen Kontext sozialisiert wurden. Dazu Lepsius, *Generationen*, S. 173.

⁷³ Fogt, *Politische Generationen*, S. 21. Das folgende Zitat nach Fogt, *Generationsverhältnisse und Politik*, S. 559. Hervorhebung im Original.

⁷⁴ Claußen, *Politische Sozialisation*, S. 776. Claußen versteht darunter „Kenntnisse, Einstellungen, Meinungen, Verhaltensweisen, Handlungsbereitschaften, Gefühlslagen, Wertüberzeugungen, Bewußtseinsformen, Motivationen und Fähigkeiten, die Politisches zum Inhalt haben und auf Politik gerichtet sind.“ Ebenda.

⁷⁵ Als formativer Lebensabschnitt gilt allgemein die Phase zwischen dem 16. und 25. Lebensjahr, wobei vor allem die Jahre zwischen 18 und 21 als besonders prägend angesehen werden. Fogt, *Generationenverhältnis und Politik*, S. 560.

gleichen Lebensbedingungen „Grundmuster politischer Orientierungen“⁷⁶, die als relativ stabil, wenn auch nicht als unveränderlich gelten.

Handlungsrelevante Grundeinstellungen und Überzeugungen werden jedoch nicht allein durch generationenspezifische Erfahrungen gewonnen; vielmehr spielen eine Vielzahl von Faktoren in den Prozeß der politischen Sozialisation hinein, was die Operationalisierung des Generationenmodells erschwert. So können etwa regionale, sozioökonomische oder auch konfessionelle Unterschiede zu ganz verschiedenen politischen Prädispositionen innerhalb einer politischen Generation führen. Insofern ist „eine historische Generation (wenn man sie als universale Jahrgangsgemeinschaft verstehen will) immer nur eine Problemgemeinschaft, nicht aber eine Problemlösungsgemeinschaft.“⁷⁷ Aus zwei Gründen läßt sich das Modell der politischen Generationen nur sehr eingeschränkt auf die Untersuchung der politischen Elite auf dem Land anwenden: Erstens kann ein kausaler Zusammenhang zwischen der Generationszugehörigkeit und dem politischen Handeln der untersuchten Personen nicht generalisierend hergestellt, sondern immer nur am Einzelfall nachgewiesen werden, was angesichts der schieren Größe der Gruppe ein kaum zu bewältigendes Unterfangen darstellt. Zweitens fehlen für eine derartige Untersuchung die Quellen, aus denen sich die handlungsrelevanten Grundeinstellungen und Überzeugungen von Bürgermeistern und Gemeinderäten in ländlichen Regionen rekonstruieren ließen. Daher kann hier nur eine sehr grobe Einteilung der politischen Elite des Landes in Altersgruppen vorgenommen werden, die allenfalls tentative Geltung beansprucht.

Die 1948 gewählten Bürgermeister der beiden untersuchten Regionen waren fast ausnahmslos vor 1911 zur Welt gekommen.⁷⁸ Im Landkreis Roding hatten knapp 30 Prozent der Ortsvorsteher ihre politische Sozialisation noch im Kaiserreich erfahren. Diese Männer entstammten der „Welt von gestern“ (Stefan Zweig) und waren bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, zu Zeiten relativ stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse, ins Berufsleben eingetreten.⁷⁹ Beinahe 40 Prozent der Bürgermeister im Raum Roding gehörten den Jahrgängen 1893 bis 1898 an, die durch den Ersten Weltkrieg geprägt worden waren. Fast alle hatten in den Armeen des Deutschen Reiches gedient, und die „Materialschlachten“ an Ost- und Westfront zählten neben der deutschen Niederlage zu den prägenden Erfahrungen, die sie ihr Leben lang nicht vergessen sollten.⁸⁰ Im Landkreis Landsberg überwogen mit knapp 36 Prozent dagegen die zwischen 1899 und 1904 Geborenen, die zu jung für eine aktive Teilnahme am Ersten Weltkrieg gewesen waren. Die unmittelbar auf die Niederlage folgenden Jahre waren indes kaum weniger

⁷⁶ Schüttemeyer, Politische Generationen, S. 737.

⁷⁷ Jaeger, Generationen in der Geschichte, S. 444.

⁷⁸ Die folgenden Angaben zur Altersstruktur der Bürgermeister wurden berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

⁷⁹ Eine plastische Schilderung des Kontrasts zwischen dem subjektiven Gefühl der Sicherheit zur Zeit des Kaiserreichs im Vergleich zu den als besonders krisenhaft empfundenen Anfangsjahren der Weimarer Republik findet sich bei Zweig, Welt von gestern, S. 14–43.

⁸⁰ Der Erlebnishorizont eines einfachen Soldaten im Ersten Weltkrieg wird anschaulich beschrieben bei Keegan, Antlitz des Krieges, S. 269–320. Zu den Erfahrungen der Kriegsteilnehmer in den Schützengräben und an der „Heimatfront“ vgl. die Beiträge bei Hirschfeld u.a. (Hrsg.), Kriegserfahrungen.

bewegend: Der verlorene Krieg, die Novemberrevolution, Putschversuche und politisch motivierte Gewalttaten von rechts und links sowie nicht zuletzt die Hyperinflation des Krisenjahrs 1923 zählten zu den unauslöschlichen Imprägnierungen dieser Altersgruppe.⁸¹

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, lastete die Verantwortung für den demokratischen Wiederaufbau in beiden Landkreisen auf den Schultern von Männern, die bereits vor 1933 das Erwachsenenalter erreicht und somit das demokratische Experiment der Weimarer Republik und dessen Scheitern bewußt erlebt hatten. Nicht wenige hatten schon während der ersten deutschen Demokratie die Kommunalpolitik ihrer Heimat als Bürgermeister oder Gemeinderat mitgestaltet. In der Marktgemeinde Roding wurde beispielsweise 1948 Josef Brantl abermals zum Bürgermeister gewählt. Der 1888 geborene Brauereibesitzer, vormals Mitglied der BVP, hatte dieses Amt bis März 1937 bekleidet, bevor ihn Kreisleiter Breu zum Rücktritt gezwungen und durch Hans Straßburger, den Ortsgruppenleiter der NSDAP, ersetzt hatte.⁸² Andere waren vor der „Machtergreifung“ zwar ohne Mandat, jedoch nicht ohne Einfluß gewesen: Aufgrund ihres Alters und ihrer beruflichen Stellung konnten sie schon damals in informellen Foren – etwa bei Gemeindeversammlungen oder an den Stammtischen der Wirtschaftshäuser – ein gewichtiges Wort mitsprechen.⁸³ Männer wie Xaver Groß, ein 1895 geborener Bauer aus Michelsneukirchen, wären wahrscheinlich schon früher zum Bürgermeister aufgestiegen oder zumindest in den Gemeinderat gewählt worden, hätten die Wähler vor 1945 frei entscheiden können.

Nicht nur in den Landkreisen Landsberg und Roding griff man auf die traditionellen dörflichen Eliten zurück⁸⁴, denn der Personenkreis, der für diese Ämter in Betracht kam, war gerade in kleinen Landgemeinden sehr begrenzt. Die „Alten“ boten sich als mit den demokratischen Spielregeln leidlich vertrautes Personal an, das zudem über ein gewisses Maß an kommunalpolitischer Erfahrung und Verwaltungspraxis verfügte – ein großer Pluspunkt gerade im Chaos der ersten Nachkriegsjahre, als es vor allem darum ging, die Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Unterbringung der zahlreichen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen sicherzustellen. Der Anteil derjenigen, die vor 1933 noch zu jung für ein politisches Engagement gewesen waren, fiel dagegen kaum ins Gewicht. Kein Wunder, denn diese Generation war zum einen durch den Krieg besonders dezimiert worden. Zum anderen galten weite Teile dieser Altersgruppe als politisch belastet. Bei manchen dürfte auch das Interesse gering gewesen sein, da sie nach der ewigen politischen Mobilisierung im „Dritten Reich“ von Politik und

⁸¹ Wie neuere Untersuchungen zeigen, rekrutierte sich die etwa 300 Personen umfassende Führungsgruppe des Reichssicherheitshauptamts in erster Linie aus dieser politischen Generation. Allerdings entstammten diese Männer meist aus dem akademisch gebildeten und weniger aus dem bäuerlich geprägten Milieu. Vgl. Wildt, *Generation der Unbedingten*, und Herbert, *Best*, dessen Untersuchung ebenfalls ein Generationenmodell zugrunde liegt (S. 42–45). Eine detaillierte Schilderung der Nachkriegswirren in Deutschland bei Winkler, *Weimar*, S. 33–243.

⁸² *Trinkerl, Rodinger Bürgermeister*, S. 25 ff., und *Schmidbauer, Roding*, S. 141 f.

⁸³ Von derartigen informellen Zusammenkünften, die sich meist an Sonntagen zwischen Gotteshaus und Wirtschaft ereigneten, berichtet beispielsweise *Thurnwald, Kirchgang – Klöße – Kartenspiel*, S. 84 ff.

⁸⁴ *Exner, Ländliche Gesellschaft*, S. 141–280, kommt für die von ihm untersuchten westfälischen Dörfer zu demselben Ergebnis.

Parteien die Nase voll hatten und ihre ganze Energie auf den Aufbau ihrer beruflichen Existenz richten mußten.⁸⁵ Somit gab es im Grunde keine Alternative zu den betagten dörflichen Honoratioren. Von einer ungebrochenen Kontinuität des politischen Personals zwischen Weimar und Bonn kann jedoch keine Rede sein, und auch Exners Interpretation, „daß die überlieferten Gegebenheiten wieder eingerichtet und eine verbindende, personelle und strukturelle Brücke zu den zwanziger und anfangsdreißiger [sic!] Jahren über die NS-Zeit hinweg geschlagen“ worden sei⁸⁶, geht am Kern der Sache vorbei. Denn vieles deutet darauf hin, daß dem Großteil jener 1948 gewählten Bürgermeister, durch die traumatischen Erfahrungen der Jahre 1933 bis 1945 geläutert, die Anpassung an die neuen Verhältnisse gelang. Wie sonst wäre der nicht von der Hand zu weisende Erfolg beim Aufbau eines leidlich funktionierenden demokratischen Staatswesens, für den das Einüben demokratischer Gepflogenheiten auch auf dörflicher Ebene eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hatte, zu erklären?

c) Die Herrschaft der Selbständigen

Allerdings konnten dazu nicht alle Berufsgruppen in gleichem Maße beitragen. Kommunalpolitik war traditionell die Domäne der besitzenden Schichten. In der agrarisch geprägten Gesellschaft übten vor allem Bauern, in geringerem Umfang aber auch selbständige Dorfhandwerker und Gastwirte politische Ämter aus. Die Verfügungsgewalt über Grund und Boden galt als die entscheidende Voraussetzung für den Eintritt in die Kommunalpolitik. Dahinter steckte die weit verbreitete Ansicht, daß derjenige, der seinen eigenen Hof erfolgreich bewirtschaftete, am ehesten dazu in der Lage sei, auch die Geschäfte der Gemeinde zur allgemeinen Zufriedenheit zu erledigen.⁸⁷ Von großer Bedeutung war darüber hinaus die Herkunft: In aller Regel stammten Bürgermeister und Gemeinderäte aus angesehenen, alteingesessenen Familien, und nicht selten hatten ihre Vorfahren bereits kommunalpolitische Ämter innegehabt. An dieser „natürliche[n] Prädisposition“ hatte weder die zwölfjährige Herrschaft des Nationalsozialismus noch der massive Zustrom von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen nach Kriegsende Grundlegendes geändert.⁸⁸

Daher dominierten unter den Kommunalpolitikern in den beiden Landkreisen Landsberg und Roding die Selbständigen, darunter in erster Linie die Bauern.⁸⁹ Das galt insbesondere für die Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden: Im Landkreis Landsberg am Lech gab es 1948 lediglich sechs Kommunen, deren Bürgermeister nicht im primären Sektor tätig war; darunter befanden sich vier selbst-

⁸⁵ Dürr, Soziale Strukturen, S. 223.

⁸⁶ Exner, Ländliche Gesellschaft, S. 219.

⁸⁷ Pflaum, Politische Führung, S. 238. Hinsichtlich der ländlichen Regionen Bayerns in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde dieser Befund bestätigt von Erker, Revolution des Dorfes, S. 409–417.

⁸⁸ Wagner, Leben auf dem Land, S. 325. Vgl. dazu auch Exner, Beständigkeit und Veränderung, S. 295–298. Ausführlicher dazu ders., Ländliche Gesellschaft, S. 141–286.

⁸⁹ Die folgenden Angaben zur Berufsstruktur der Bürgermeister und Gemeinderäte wurden berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapieren der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

ständige Handwerker und Gewerbetreibende. Nur in den für Landsberger Verhältnisse großen Gemeinden Dießen und Unterschondorf, deren Wirtschaftsstruktur nicht mehr allein auf die Landwirtschaft ausgerichtet war, konnten sich mit dem Maschinensetzer Franz Stengl und dem Ingenieur Hugo Höchtl abhängig Beschäftigte durchsetzen.⁹⁰ In den übrigen 53 Gemeinden dagegen wirkten einfache Bauern als Bürgermeister, die kaum über die Volksschule hinausgekommen waren.⁹¹ In Roding fiel die Vorherrschaft der Bauern zwar nicht so extrem aus, doch auch hier stellten sie über 70 Prozent aller Gemeindevorsteher und trugen somit, zusammen mit sechs Handwerkern und einem Brauereibesitzer, maßgeblich zur Dominanz der Selbständigen bei. Der Sägearbeiter Josef Simet aus Altenkreith war der einzige abhängig Beschäftigte im ganzen Landkreis, der es 1948 zum Bürgermeister brachte. Mit Josef Vanino aus Bruck und Josef Jobst aus Stefling gelangten daneben zwei Rentner in die Schlüsselpositionen ihrer Gemeinden.⁹² Die Landkreise Landsberg und Roding stellten keine Ausnahme dar. Von den knapp 7000 Bürgermeistern, die 1948 in ganz Bayern gewählt wurden, gaben über 6300 als Beruf eine selbständige Tätigkeit an – der überwiegende Teil dürfte sein Brot in der Land- und Forstwirtschaft verdient haben. Nur rund sechs Prozent gingen einer abhängigen Beschäftigung nach, Staatsbedienstete machten bayernweit nicht einmal zwei Prozent aller gewählten Bürgermeister aus.⁹³

In den Gemeinderäten bot sich dasselbe Bild. Die Selbständigen, darunter vor allem die Landwirte, beherrschten die Kommunalparlamente beider Landkreise, wengleich ihre Vorherrschaft nicht ganz so extrem ausgeprägt war wie bei den Bürgermeistern. Auch in dieser Hinsicht folgten sowohl Landsberg als auch Roding dem bayerischen Trend. Die Wirtschaftsstruktur der Gemeinde hatte entscheidenden Einfluß auf die berufliche Zusammensetzung ihres Gemeinderats. Auf eine einfache Formel gebracht: Je höher der Stellenwert der Landwirtschaft, desto größer fiel der Anteil der Bauern im Gemeinderat aus. Bisweilen war die kommunale Vertretungskörperschaft 1948 noch ausschließlich eine Angelegenheit der Landwirte – in kleinen Landgemeinden kam das häufig vor.⁹⁴ Im oberbayerischen Winkl etwa, einer Kommune, die 1950 375 Seelen zählte, bestand der 1948 gewählte sechsköpfige Gemeinderat ausschließlich aus Bauern. Kein Wunder, denn noch 1950 bezogen 83 Prozent der dort lebenden Erwerbstätigen ihr

⁹⁰ Zur Wirtschaftsstruktur Dießens und Unterschondorfs im Jahr 1950 BSB 177, Bd. 1, S. 74 f. bzw. S. 84 f. Zum Ergebnis der Bürgermeisterwahl von 1948 BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapen Dießen und Unterschondorf.

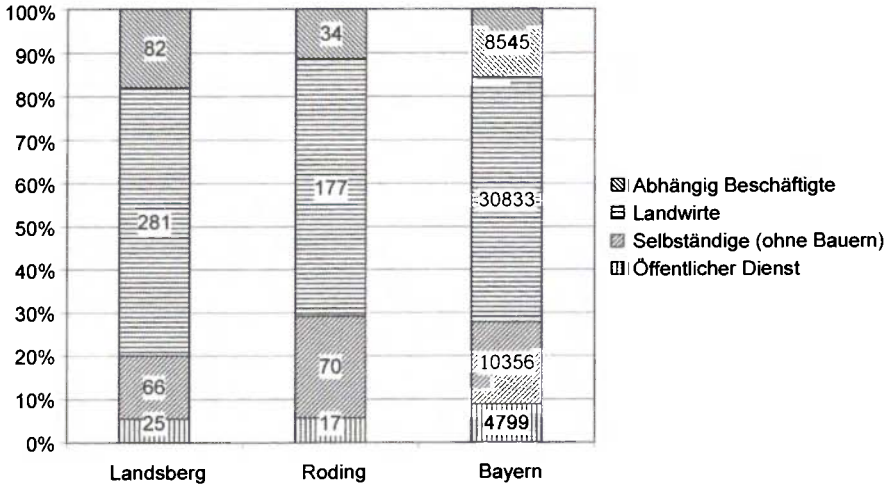
⁹¹ So die Einschätzung der amerikanischen Militärregierung; IfZ-Archiv, RG 260, 10/83–3/5, Quarterly Historical Report LK Landsberg vom 12. 1. 1948.

⁹² BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapen Altenkreith, Bruck und Stefling.

⁹³ BSB 147, S. 14. Für die Wahlen von 1948 ist zwar der genaue Prozentsatz der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Bürgermeister nicht aufgeführt, ein Vergleich mit den Zahlen von 1946 legt jedoch den Schluß nahe, daß die Bauern innerhalb der Berufsgruppe der Selbständigen auch zu diesem Zeitpunkt den Löwenanteil ausmachten.

⁹⁴ Im Landkreis Landsberg war dies, außer in der Gemeinde Winkl, noch in den Gemeinden Entring, Heinrichshofen, Hofstetten und Oberbergen der Fall. Im Landkreis Roding hatten die Wahlberechtigten der Gemeinden Abtsried, Arrach, Au, Beucherling, Braunried, Friedersried, Haus, Hitzelsberg, Kalsing und Obertrübenbach 1948 ausschließlich Landwirte in den Gemeinderat gewählt. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapen der Landkreise Landsberg am Lech und Roding.

Graphik 1: Erwerbsstruktur der Gemeinderäte 1948



Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft.⁹⁵ Aber auch in vielen größeren Gemeinden, die nicht mehr ausschließlich agrarisch geprägt waren, blieb das bäuerliche Element in der Gemeindevertretung beachtlich. Die Gemeinde Kaufering im Landkreis Landsberg beispielsweise wuchs im Zuge des Flüchtlingszustroms nach dem Zweiten Weltkrieg besonders stark an. Damit ging eine Veränderung der Wirtschaftsstruktur einher: Zwar war auch in Kaufering 1950 die Landwirtschaft immer noch der bedeutendste Sektor, in dem 60 Prozent der Erwerbspersonen ihr Auskommen fanden. Immerhin 17 Prozent bezogen jedoch Lohn und Brot bereits aus einer Beschäftigung in Industrie und Handwerk, elf Prozent waren im Bereich Handel, Banken und Versicherungen sowie zwölf Prozent im öffentlichen Dienst tätig.⁹⁶ Wie in vielen anderen Kommunen auch hatten die mit harten Bandagen geführten Verteilungskämpfe zwischen Alteingesessenen und Neubürgern den Kauferinger Kommunalwahlen von 1948 ihren Stempel aufgedrückt.⁹⁷ Die Liste „Notgemeinschaft“, ein Zusammenschluß der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, errang rund ein Drittel der Wählerstimmen und entsandte drei Vertreter in den Gemeinderat: einen Angestellten und einen Arbeiter, die beide für die öffentliche Hand tätig waren, sowie einen kaufmännischen Angestellten. Die sieben Vertreter der einheimischen Bevölkerung, die über die Liste „Dorfgemeinschaft“ in die lokale Vertretungskörperschaft gewählt wurden, waren dagegen alle Bauern.⁹⁸

⁹⁵ Berechnet nach BSB 177, Bd. 1, S. 84. Dabei wurden nur die Erwerbspersonen der einzelnen Wirtschaftsbereiche einbezogen; die selbständigen Berufslosen mit Angehörigen ohne Hauptberuf wurden nicht berücksichtigt.

⁹⁶ Berechnet nach BSB 177, Bd. 1, S. 74. Dabei wurden nur die Erwerbspersonen der einzelnen Wirtschaftsbereiche einbezogen; die selbständigen Berufslosen mit Angehörigen ohne Hauptberuf wurden nicht berücksichtigt.

⁹⁷ Dazu ausführlich Erker, *Revolution des Dorfes*, S. 409–417.

⁹⁸ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Kaufering.

Selbst in den regionalen Zentren, in denen der Landwirtschaft längst nicht mehr die Bedeutung zukam wie in den umliegenden Bauerngemeinden, blieben die bäuerlichen Honoratioren ein fester Bestandteil der Kommunalparlamente. In der oberpfälzischen Marktgemeinde Nittenau, die im Januar 1954 zur Stadt erhoben wurde, gehörten dem 1948 gewählten 16-köpfigen Gemeinderat immerhin noch sechs Bauern an. Das entsprach ziemlich genau der relativen Bedeutung der Landwirtschaft im ökonomischen Gefüge Nittenaus, in dem 1950 noch 39 Prozent der Erwerbspersonen im primären Sektor tätig waren. Zählt man zu den sechs Bauern die vier Handwerker und Gewerbetreibenden sowie einen Kaufmann hinzu, kamen die Selbständigen auch in der Nittenauer Gemeindevertretung auf knapp zwei Drittel der Sitze. Den öffentlichen Dienst, der 17 Prozent der Erwerbstätigen eine Beschäftigung bot, vertraten zwei Staatsbeamte und ein Lehrer im Gemeinderat. Deutlich unterrepräsentiert waren dagegen die abhängig Beschäftigten: Obwohl sie den Großteil derjenigen ausmachten, die in den Wirtschaftsbereichen Industrie und Gewerbe sowie Handel, Banken und Versicherungen beschäftigt waren und immerhin 29 bzw. 15 Prozent der Erwerbstätigen ausmachten, entsandten sie lediglich zwei Facharbeiter in den Gemeinderat.⁹⁹

Aufs Ganze gesehen spielten Arbeiter, Angestellte und Staatsbedienstete sowohl unter den Bürgermeistern als auch unter den Gemeinderäten von 1948 nur eine untergeordnete Rolle. Selbständige, darunter in erster Linie Bauern, besetzten den Großteil der politischen Schlüsselpositionen vor Ort, und zwar nicht nur in kleinen Landgemeinden, sondern auch in den regionalen Zentren, wengleich die Dominanz der Selbständigen in den Kreisstädten und Marktgemeinden etwas schwächer ausfiel. Die alten Rekrutierungsmuster kommunalpolitischer Eliten griffen offenkundig auch unter den neuen politischen Verhältnissen – in den untersuchten agrarisch geprägten Landkreisen ebenso wie in anderen Regionen des Freistaats.

d) Neubürger in der Kommunalpolitik

Verglichen mit den Amtsstuben der Bürgermeister waren abhängig Beschäftigte und öffentliche Bedienstete jedoch in den Gemeinderäten bereits 1948 in stärkerem Maße präsent. Das hing vor allem mit der großen Zahl der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen zusammen.¹⁰⁰ Den Neubürgern gelang es in den kommunalen Gremien früher als auf Landes- und Bundesebene, sich durch eine eigenständige Repräsentanz Gehör zu verschaffen, da ihre Zusammenschlüsse vor Ort nicht den strengen Restriktionen der amerikanischen Lizenzierungspolitik unterlagen. Allein im Landkreis Landsberg am Lech zählte die amerikanische Militär-

⁹⁹ Das Ergebnis der Kommunalwahlen von 1948 in Nittenau nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Nittenau. Der Anteil der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen wurde berechnet nach BSB 177, Bd. 3, S. 114. Dabei wurden wiederum nur die Erwerbspersonen der einzelnen Wirtschaftsbereiche einbezogen; die selbständigen Berufslosen mit Angehörigen ohne Hauptberuf wurden nicht berücksichtigt.

¹⁰⁰ Die Neubürger waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den ländlichen Regionen zumeist mehr schlecht als recht untergebracht worden und versuchten, ihre Lebenssituation durch eine eigenständige politische Vertretung zu verbessern. Zu den Lebensbedingungen der Flüchtlinge auf dem Land vgl. Erker, *Revolution des Dorfes*, S. 379–407.

regierung an die 50 unabhängige Flüchtlingsgruppen, die sich an den Kommunalwahlen von 1948 beteiligt hatten.¹⁰¹ Es liegt auf der Hand, daß die meisten gewählten Flüchtlingsvertreter einer unselbständigen Tätigkeit nachgingen, nachdem eine umfassende Bodenreform in den westlichen Besatzungszonen ausgeblieben war, denn nur eine derartige Maßnahme hätte es einer größeren Zahl von Neuankömmlingen ermöglicht, in der Landwirtschaft Fuß zu fassen.¹⁰² Da in der Regel auch der Bedarf an Dorfhandwerkern bereits durch einheimische Betriebe gedeckt war und die alteingesessenen Handwerker es darüber hinaus geschickt verstanden, über ihren Einfluß im Gemeinderat und in den Handwerkskammern die Gründung von Flüchtlingsbetrieben zu verhindern, blieb den Flüchtlingen zumeist auch dieser Bereich selbständiger Tätigkeit verwehrt.¹⁰³

Obwohl die Neubürger noch 1950 knapp 20 Prozent der Bevölkerung des Landkreises Roding und fast 30 Prozent des Landkreises Landsberg ausmachten¹⁰⁴, waren ihnen die Rathäuser verschlossen. In keiner der 97 Gemeinden beider Landkreise wurde 1948 ein Heimatvertriebener zum Bürgermeister gewählt. Ohne Ausnahme hatten die seinerzeit in Landsberg wie auch in Roding Gewählten das Licht der Welt in Bayern erblickt: Knapp 80 Prozent stammten aus der Gemeinde, die sie nun nach außen vertraten; die übrigen Ortsvorsteher kamen meist aus dem Landkreis oder zumindest aus dem jeweiligen Regierungsbezirk.¹⁰⁵ Dagegen gelang es den Flüchtlingen durchaus, in die kommunalen Vertretungskörperschaften Einzug zu halten. Im Landkreis Landsberg stellten sie knapp 26 Prozent der 1948 gewählten Gemeinderäte, wobei ihre relative Stärke allerdings von Ort zu Ort variierte. In 13 Kommunalparlamenten gab es keine eigenständige Fraktion der Heimatvertriebenen, weil sie entweder keine eigene Liste aufgestellt hatten oder, was nur sehr selten vorkam, weil ihr Wahlvorschlag nicht genügend Stimmen erhielt. Letzteres war beispielsweise in der Gemeinde Ludenhausen der Fall: Obwohl der Anteil der Flüchtlinge mit knapp 32 Prozent noch über dem Landkreisdurchschnitt lag, kam die Liste „Notgemeinschaft“ lediglich auf elf Prozent – zu wenig für ein Mandat. Die Einheimischen, vertreten durch den Wahlvorschlag „Gemeindewohl“, errangen alle acht Sitze und blieben in der kommunalen Vertretung unter sich.¹⁰⁶

In Ludenhausen muß also ein beträchtlicher Teil der Flüchtlinge für einen einheimischen Kandidaten votiert haben. Das war gewiß nicht die Regel, aber auch keine ganz krasse Ausnahme. In Geretshausen und Reisch, wo der Anteil der

¹⁰¹ IfZ-Archiv, RG 260, 10/83–3/5, Annual Historical Report LK Landsberg vom 4. 8. 1948.

¹⁰² Vgl. Enders, Bodenreform. Zu den Versuchen, heimatvertriebenen Bauern den Wiedereinstieg in die Landwirtschaft zu ermöglichen, vgl. Eichmüller, Landwirtschaft und der Lastenausgleich, der diesen Bemühungen allerdings nur überaus mäßigen Erfolg bescheinigt.

¹⁰³ Vgl. mit illustrativen Beispielen Boyer, „Deutsche Handwerksordnung“, S. 439–447. Dementsprechend waren die Vertriebenen unter den Betriebsinhabern des gewerblichen Mittelstands auch in den fünfziger und sechziger Jahren deutlich unterrepräsentiert. Vgl. Scheybani, Handwerk und Kleinhandel, S. 175 ff.

¹⁰⁴ Am 13. 9. 1950 zählte der Landkreis Landsberg 44 587 Einwohner, darunter 13 334 Heimatvertriebene. Im Landkreis Roding waren zum gleichen Zeitpunkt unter den 32 478 Einwohnern 6 418 Heimatvertriebene. Diese Angaben nach BSB 177, Bd. 1, S. 72 bzw. Bd. 3, S. 102.

¹⁰⁵ Diese und die folgenden Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

¹⁰⁶ Das Wahlergebnis von 1948 nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Ludenhausen. 1950 zählte Ludenhausen 547 Einwohner, darunter 174 Heimatvertriebene. BSB 177, Bd. 1, S. 72.

Flüchtlinge etwas unter dem Landkreisdurchschnitt lag, war von einem schroffen Gegensatz zwischen Alteingesessenen und Flüchtlingen ebenfalls nichts zu spüren. Beide Gruppen reichten sogar gemeinsame Wahlvorschläge mit der Bezeichnung „Notgemeinschaft“ ein.¹⁰⁷ Insgesamt wirkte sich der zunehmende politische Einfluß der Neubürger, der seinen Ausdruck in den eigenständigen Flüchtlingsvertretungen in den Kommunalparlamenten fand, für die Neuankömmlinge merklich positiv aus. Zwar wurde die Haltung der einheimischen Landbevölkerung gegenüber den ungeliebten Habenichtsen nach Einschätzung der amerikanischen Militärregierung im Lauf des Jahres 1948 zunehmend feindlicher; bei den deutschen Behörden hatten sie dagegen einen leichteren Stand, nachdem nun auch ihre Interessenvertreter Druck bei der zivilen Verwaltung ausüben konnten.¹⁰⁸

Im Landkreis Roding machten Flüchtlingsvertreter 1948 dagegen nur knapp sechs Prozent der Gemeinderäte aus. Das war zum einen auf den im Vergleich zum Landkreis Landsberg deutlich geringeren Anteil der Heimatvertriebenen an der Gesamtbevölkerung zurückzuführen, von denen wohl auch viele – ein weiteres Indiz für einen gewissen politischen Gleichklang von Alt- und Neubürgern – einen Einheimischen wählten. Zum anderen fanden in den Gemeinden des Bayerischen Walds weitaus häufiger reine Mehrheitswahlen statt, in denen weder die Einheimischen, noch die Flüchtlinge Kandidaten benannten. Insofern war das Ergebnis der Kommunalwahlen in Stamsried die große Ausnahme: In der 1300 Einwohner zählenden Marktgemeinde, die mit fast 36 Prozent einen deutlich über dem Kreisdurchschnitt liegenden Anteil an Heimatvertriebenen aufwies, kam die Listenverbindung aus SPD und Flüchtlingen auf 72 Prozent der Stimmen, was sieben Sitzen im Gemeinderat entsprach. Der Landblock, der vor allem die einheimische bäuerliche Bevölkerung repräsentierte, mußte sich mit drei Mandaten zufriedengeben.¹⁰⁹ Die Verbindung von Heimatvertriebenen und Sozialdemokratie war alles andere als zufällig: Bei näherem Hinsehen erwies sich die SPD in einigen Kommunen als reine Flüchtlingspartei. In Wetterfeld beispielsweise, das 1950 einen Vertriebenenanteil von 20 Prozent aufwies, errang die SPD 1948 einen von sechs Sitzen im Gemeinderat. Vier Jahre später eroberte eine parteilose Flüchtlingsgruppe das eine Mandat, das zuvor die SPD innegehabt hatte. Die Sozialdemokraten stellten dagegen bis zur Eingemeindung Wetterfelds in die Stadt Roding keine eigenen Kandidaten mehr auf.¹¹⁰

3. Die windstille Phase (1949–1965)

Die „Langen Fünfziger Jahre“, wie Werner Abelshauer die Periode des rasanten wirtschaftlichen Wiederaufstiegs Westdeutschlands zwischen 1949 und 1966 be-

¹⁰⁷ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen Geretshausen und Reisch. In Geretshausen betrug der Flüchtlingsanteil 1950 28,5 Prozent, in Reisch 24,3 Prozent. Vgl. BSB 177, Bd. 1, S. 72 bzw. S. 82.

¹⁰⁸ IfZ-Archiv, RG 260, 10/83–3/5, Annual Historical Report LK Landsberg vom 4. 8. 1948.

¹⁰⁹ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Stamsried. Zur Bevölkerungsstatistik siehe BSB 177, Bd. 3, S. 112.

¹¹⁰ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Wetterfeld. Zur Bevölkerungsstatistik siehe BSB 177, Bd. 3, S. 112. Zum Verhältnis von SPD und Neubürgern siehe ausführlich S. 153–156 und S. 288–291.

zeichnet hat¹¹¹, waren auch in politischer Hinsicht sehr bewegt. Die junge Bundesrepublik erlangte im Zuge der schrittweisen Integration in das westliche Bündnisssystem bereits sechs Jahre nach ihrer Gründung die NATO-Mitgliedschaft. Mit den Pariser Verträgen vom Mai 1955 ging das Besatzungsregime zu Ende. Die „Bonner Republik“ war nunmehr ein weitgehend souveräner Staat¹¹², der sich zu einem gleichberechtigten Partner in den europäischen und transatlantischen Bündnissen mauserte.

a) Männer in den „besten Jahren“

Verglichen mit diesem tiefgreifenden außen- und sicherheitspolitischen Wandel veränderte sich die Kommunalpolitik in den ländlichen Regionen des Freistaats bis zur Mitte der sechziger Jahre kaum, zumindest nicht im Hinblick auf die politischen Eliten: Die überwiegende Mehrheit der 1948 gewählten Bürgermeister und Gemeinderäte konnte ihre Führungspositionen in den Dörfern, Marktflerken und Kreisstädten bis in die sechziger Jahre hinein behaupten. Dementsprechend blieb bezüglich der Alters- und Sozialstruktur des untersuchten Personenkreises alles weitgehend beim Alten. Lediglich in der generationellen Schichtung machten sich gewisse Veränderungstendenzen bemerkbar.¹¹³ Die vor 1900 Geborenen verloren in beiden Landkreisen nach 1948 sukzessive an Bedeutung. 1960 stellten sie im Landsberger Raum nur noch knapp 20 Prozent der Bürgermeister, in Roding waren es immerhin noch fast 30 Prozent. An ihre Stelle traten jedoch meistens bereits relativ betagte Männer, die ihre politische Sozialisation noch in der Weimarer Republik erfahren hatten. Diejenigen, für die das Experiment der ersten deutschen Demokratie allenfalls eine verschwommene Kindheitserinnerung war, blieben auch 1960 noch eindeutig in der Minderheit. Dabei folgte die Altersstruktur der Bürgermeister in den Landkreisen Landsberg und Roding weitgehend dem bayerischen Durchschnitt.¹¹⁴ Die meisten 1952 gewählten Ortsvorsteher waren zwischen 41 und 60 Jahren alt. Die unter 40jährigen, die vor 1933 noch zu jung für eine aktive Teilnahme an der Kommunalpolitik gewesen waren, spielten dagegen in den Rathäusern nach wie vor keine nennenswerte Rolle – und daran sollte sich auch nach den folgenden Wahlen wenig ändern. Weit öfter kamen über 60jährige in Amt und Würden, von denen nicht wenige, mit den Maßstäben des Rentenrechts gemessen, zum Zeitpunkt der Wahl bereits die Pensionsgrenze erreicht hatten; ihre Zahl vergrößerte sich bis 1960 von Wahl zu Wahl. Dementsprechend stieg auch das Durchschnittsalter der Bürgermeister beider Landkreise stetig an. Nach den Wahlen von 1960 betrug es sowohl in Landsberg als auch in Roding

¹¹¹ Abelshäuser, Langen Fünfziger Jahre.

¹¹² Vgl. Herbst, Option für den Westen, S. 101–105, und Birke, Nation ohne Haus, S. 295–343.

¹¹³ Die folgenden Angaben zur Altersstruktur der Bürgermeister nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

¹¹⁴ Für den Zeitraum von 1948 bis 1972 liegen zwar keine publizierten Altersangaben der bayerischen Bürgermeister vor. Vorsichtige Rückschlüsse auf die Altersschichtung des politischen Führungspersonals vor Ort können jedoch aus der Einteilung nach Altersgruppen gewonnen werden, die bayernweit ab 1952 vorgenommen wurde. BSB 182, S. 19 (1952), BSB 203, S. 81 (1956) und BSB 220, S. 64 (1960).

stattliche 55 Jahre; einmal mehr lagen beide Landkreise damit relativ genau im bayernweiten Trend.¹¹⁵

Zwei Faktoren führten zu dem Übergewicht der Senioren unter den Bürgermeistern: Erstens zählten ein entsprechendes Alter und die damit verbundene Lebenserfahrung zu den Anforderungen, die ein Bewerber um den Bürgermeisterposten erfüllen mußte. Als Gradmesser für die persönliche Eignung diente in erster Linie die Frage, ob sich die Kandidaten im Beruf und im gesellschaftlichen Leben der Kommune, etwa in den örtlichen Vereinen, bewährt hatten. Damit kamen im Grunde nur gestandene Männer für diese Ämter in Frage.¹¹⁶ Jugend galt damals noch nicht als Pluspunkt, sondern im Gegenteil eher als Handikap. Das wird nicht zuletzt daraus ersichtlich, daß auch nach dem Abtreten des vormaligen Amtsinhabers in der Regel zwar ein deutlich jüngerer, aber kein wirklich junger Nachfolger an seine Stelle trat. In der oberpfälzischen Zwerggemeinde Diebersried beispielsweise wurde 1952 der Landwirt Georg Stockerl zum Bürgermeister gewählt. Stockerl, Jahrgang 1892, konnte sich vier Jahre später abermals durchsetzen. 1960 unterlag er jedoch dem 1909 geborenen Bauern Michael Scherr. Zwar war Scherr, der bis zur Auflösung der Gemeinde im Zuge der Gebietsreform im Amt blieb, fast 18 Jahre jünger als sein Amtsvorgänger, er zählte jedoch zum Zeitpunkt seiner erstmaligen Wahl bereits stolze 50 Lenze.¹¹⁷ Im oberbayerischen Eresing, einer Landgemeinde mit etwas über 1000 Einwohnern, zog sich 1956 der bisherige Bürgermeister, der 1880 geborene Landwirt Pius Schwicker, aus Altersgründen aus der Kommunalpolitik zurück, und der Bauer Josef Drexl (Jahrgang 1902) trat in seine Fußstapfen. Hier betrug der Altersunterschied zwischen den beiden Bürgermeistern sogar 22 Jahre, doch Drexl war mit 54 alles andere als jung und unerfahren, als er das Bürgermeisteramt antrat. Die Wahl eines Kandidaten, der das vierzigste Lebensjahr noch nicht erreicht hatte, war in den untersuchten Landkreisen dagegen so selten, daß sie fast als Sensation galt.¹¹⁸ Einer dieser Ausnahmefälle ereignete sich in Braunried, einer der kleinsten und am stärksten agrarisch geprägten Gemeinden des Landkreises Roding. Bei den Bürgermeisterwahlen von 1956 konnte sich der 1930 geborene Bauer Alfons Schwarzfischer relativ deutlich gegen seinen Amtsvorgänger Thomas Haimerl, einen 1896 geborenen Landwirt, durchsetzen. Schwarzfischer, der zwei Drittel der abgegebenen Stimmen errang, war zum Zeitpunkt der Wahl erst 25 Jahre alt – und damit der zweitjüngste aller 1956 gewählten bayerischen Bürgermeister.¹¹⁹

¹¹⁵ Für die Wahlen von 1948 und 1952 liegen keine Angaben des Durchschnittsalters der bayerischen Bürgermeister vor. 1956 und 1960 betrug dieser Wert genau 54 Jahre und lag damit nur geringfügig unter dem Altersdurchschnitt der Bürgermeister in den Landkreisen Landsberg und Roding. Für 1956 BSB 203, S. 31, für 1960 BSB 220, S. 64. Der Altersdurchschnitt der Bürgermeister in den Landkreisen Landsberg und Roding wurde berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

¹¹⁶ Vgl. Ilien/Jeggle, *Leben auf dem Dorf*, S. 141, und Exner, *Beständigkeit und Veränderung*, S. 298 f.

¹¹⁷ Vgl. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappe Diebersried.

¹¹⁸ 1956 etwa waren nur drei von 59 im Landkreis Landsberg und zwei von 44 im Landkreis Roding gewählte Bürgermeister jünger als 40 Jahre. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

¹¹⁹ Braunried war über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg die Gemeinde mit der geringsten Bevölkerungsdichte im Landkreis Roding. Die Bevölkerungs- und Erwerbsstatistik der Gemeinde Braunried (Stand 1950) nach BSB 177, Bd. 3, S. 102–111. Auch an der Dominanz der Landwirtschaft änderte sich dort nichts. Vgl. BSB 304 b, S. 116–123. Die Ergebnisse der Braunrieder

Der zweite Grund dafür, daß sich das Durchschnittsalter der lokalen Amtsträger auf hohem Niveau einpendelte, ist in der hohen Wiederwahlquote zu suchen, einem weiteren Charakteristikum kommunalpolitischer Eliten in ländlichen Regionen. Peter Exner sprach in diesem Zusammenhang sogar vom „lebenslangen Charakter des Repräsentationsamtes“.¹²⁰ Wer einmal in Amt und Würden gekommen war, konnte in der Regel dem nächsten Wahltermin zuversichtlich entgegenblicken. Zumindest in den beiden untersuchten Landkreisen kam die Abwahl eines amtierenden Bürgermeisters nur sehr selten vor. In den kreisangehörigen Gemeinden Landsbergs wurden 1952 gut 80 Prozent der Amtsinhaber wiedergewählt, 1956 waren es knapp 90 Prozent und 1960 immer noch 82 Prozent. Ähnlich hohe Werte lassen sich im Landkreis Roding konstatieren: Von 76 Prozent 1952 stieg der Anteil der wiedergewählten Bürgermeister 1956 um zehn Prozentpunkte, um 1960 wieder bei gut 76 Prozent zu landen.¹²¹ Insofern war das Ergebnis der Kommunalwahlen von 1952 in der Gemeinde Schwifting, die zum Landkreis Landsberg am Lech gehörte, geradezu sensationell: Hier unterlag der amtierende Bürgermeister Wendelin Huber, der zum Zeitpunkt der Wahl bereits 64 Jahre alt war, dem knapp 34-jährigen Michael Kaindl; beide Kandidaten waren ortsansässige Landwirte, keiner wurde von einer Partei oder einer Wählergruppe vorgeschlagen.¹²² Auch in der Marktgemeinde Bruck in der Oberpfalz konnte sich 1952 mit Hans Hölzl, einem kaufmännischen Angestellten, ein sehr junger Mann gegen den erheblich älteren Amtsinhaber durchsetzen. In diesem Fall war jedoch die parteipolitische Konkurrenz zumindest mit ausschlaggebend für den Wahlausgang: Der 28-jährige Hölzl war von der SPD nominiert worden, der amtierende Bürgermeister, der Pensionist Josef Vanino, für die CSU angetreten.¹²³

In der Regel behaupteten sich die betagten Amtsinhaber jedoch leicht gegen ihre jüngeren Herausforderer. Es war sogar keine Seltenheit, daß ein und derselbe Bürgermeister den gesamten Untersuchungszeitraum hindurch im Amt blieb. Im Landkreis Landsberg war dies in 16 von 59, im Landkreis Roding in zehn von 44 Gemeinden der Fall.¹²⁴ Dieses Phänomen war vor allem in kleinen, rein agrarisch geprägten Gemeinden anzutreffen, in denen zumeist ortsansässige Bauern förmlich an ihren Sesseln zu kleben schienen. Vielerorts war die Bevölkerung mit ihrer Arbeit sehr zufrieden¹²⁵, in manchen Kommunen mag es auch schlicht an perso-

Bürgermeisterwahl von 1956 in: BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Braunried. Die namentliche Aufstellung der jüngsten und ältesten 1956 gewählten bayerischen Bürgermeister findet sich in BSB 203, S. 31.

¹²⁰ Exner, *Ländliche Gesellschaft*, S. 217.

¹²¹ Berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

¹²² BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Schwifting.

¹²³ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Markt Bruck in der Oberpfalz. Zu Hans Hölzl siehe auch S. 284 f.

¹²⁴ Die 16 Gemeinden des Landkreises Landsberg waren Beuerbach, Beuern, Dettenhofen, Heinrichshofen, Issing, Lengenfeld, Ludenhausen, Mundraching, Obermeitingen, Oberschondorf, Ramsach, Schwabhausen, Stadl, Ummendorf, Unterfinning und Walleshausen. Die zehn Gemeinden im Landkreis Roding waren Abtsried, Altenkreith, Arrach, Bleich, Bodenstein, Friedersried, Haus, Kalsing, Neubäu und Zimmering. Ermittelt nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg am Lech und Roding.

¹²⁵ Ein Indiz hierfür ist das extrem gute Abschneiden der Bürgermeister, die sich zur Wiederwahl stellten. Auf sie entfielen nicht selten über 80 Prozent der abgegebenen Stimmen. 1960 etwa erhielten 65 Prozent der im Landkreis Landsberg gewählten Bürgermeister 80 oder mehr Prozent

nellen Alternativen gemangelt haben.¹²⁶ In der Gemeinde Altenkreith im Landkreis Roding beispielsweise war der Sägearbeiter Josef Simet zwischen 1948 und 1972 ohne Unterbrechung Bürgermeister. Nicht weit von Altenkreith entfernt, in der Gemeinde Zimmering, herrschten ähnliche Verhältnisse: Hier galt der Landwirt Wolfgang Aschenbrenner, im Volksmund „Mandl Gang“ genannt, als ungekrönter König des Dorfes, ehe die Gemeinde im Zuge der Gebietsreform 1971 aufgelöst und in die Stadt Roding eingegliedert wurde. Bis dahin erntete Aschenbrenner aufgrund seiner „intensiven Bürgernähe, die er in den Gasthäusern an seinen Wegen zu festigen verstand“, stets hervorragende Wahlergebnisse.¹²⁷ Auch in den regionalen Zentren hatte die Abwahl eines amtierenden Bürgermeisters eher Seltenheitswert. In der Kreisstadt Roding etwa blieb das Rathaus lange Zeit fest in den Händen von Josef Brantl. Obwohl die CSU gerade in Roding über eine schlagkräftige und sehr agile Mannschaft verfügte, gelang es ihr nicht, den in der Bevölkerung hoch angesehenen Mann, der für die örtliche unabhängige Wählergemeinschaft kandidierte, aus dem Rathaus zu verdrängen. Noch 1960 unterlag ihr Spitzenkandidat, der Gärtnereibesitzer Ludolf Stuibler, dem Amtsinhaber in einer Stichwahl deutlich – fast 60 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf den Altbürgermeister. Erst als Brantl 1964 im Alter von 74 Jahren sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niederlegen mußte, war der Weg für die CSU und Stuibler frei.¹²⁸

b) Kommunalpolitik als „Männersache“

Nicht zuletzt bedingt durch die hohe Wiederwahlquote, veränderte sich die Berufsstruktur der kommunalpolitischen Eliten in den Landkreisen Landsberg und Roding bis zur Mitte der sechziger Jahre ebenfalls nur geringfügig. Die Dominanz der Selbständigen blieb auch nach den Wahlen von 1952, 1956 und 1960 erhalten. In beiden Landkreisen waren in dieser Phase konstant über 90 Prozent aller Bürgermeister in wirtschaftlicher Hinsicht ihr eigener Herr. Darunter befanden sich neben den Landwirten, die in beiden Landkreisen alle anderen Gruppen weit übertrafen, vor allem Handwerker und Gewerbetreibende – sie stellten immer noch mehr Gemeindevorsteher als abhängig Beschäftigte und Staatsbedienstete zusammen; freiberuflich Tätigen wie Ärzten, Rechtsanwälten oder Architekten gelang dagegen nur in Ausnahmefällen der Sprung in die Rathäuser. Auch in den Gemeinderäten bestand das Kräfteverhältnis der Berufsgruppen, das sich nach den Wahlen von 1948 herauskristallisiert hatte, bis in die sechziger Jahre beinahe

der abgegebenen Stimmen, im Landkreis Roding waren es immerhin 50 Prozent. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

¹²⁶ Das dürfte beispielsweise in der 1948 wiederhergestellten Gemeinde Abtsried im Landkreis Roding der Fall gewesen sein, die nur rund 120 Einwohner zählte. Ab 1952 fungierte der 1913 geborene Bauer Johann Wankel als Bürgermeister, bis die Kommune im Zuge der Gebietsreform 1971 endgültig aufgelöst wurde. Wankel, der für die CSU antrat, war bei allen vier Wahlen der einzige Kandidat; auf ihn entfielen jeweils über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappe Abtsried.

¹²⁷ Diese Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappen Altenkreith und Zimmering, sowie Chamer Zeitung vom 24. 9. 1996 („Die Geschichte eines alten Fotos“).

¹²⁸ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappe Stadt Roding, und Trinkerl, Rodings Bürgermeister, sowie Sackmann, Ergebnisse der Kommunalwahlen in Roding.

unverändert fort.¹²⁹ Die Herrschaft der Selbständigen, so schien es, war und blieb ein unveränderliches Charakteristikum der Kommunalpolitik in ländlichen Regionen.

Das völlige Fehlen mithelfender Familienangehöriger in den kommunalen Vertretungskörperschaften, gewissermaßen die Kehrseite dieser Medaille, ging in erster Linie zu Lasten der Frauen, die sowohl in der Landwirtschaft als auch im Kleinhandel das Gros dieser Berufsgruppe stellten.¹³⁰ Überhaupt mußte man auf der lokalen Ebene Politikerinnen mit der Lupe suchen, denn auch für Frauen aus anderen Wirtschaftsbereichen waren die politischen Gremien eine Art Sperrbezirk. In den 103 Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding bekleidete zwischen 1948 und 1978 keine einzige Frau den Posten des Bürgermeisters, ja in den Unterlagen des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung ist in dieser Zeitspanne nicht einmal eine Kandidatin für dieses Amt verzeichnet. Auch in den Gemeinderäten haftete weiblichen Mitgliedern der Hauch des Exotischen an, bis 1972 stellten die Frauen regelmäßig weniger als ein Prozent der Gemeindevertreter. Allerdings war dieses Phänomen nicht auf die ländlichen Regionen beschränkt. Bis in die siebziger Jahre hinein kamen Frauen in der bayerischen Kommunalpolitik – und nicht nur dort¹³¹ – kaum über die Statistenrolle hinaus. So befanden sich, um nur ein Beispiel zu nennen, unter den 110467 Kandidaten, die sich im März 1952 bayernweit um einen Sitz im Gemeinderat bewarben, lediglich 2197 Frauen, also knapp zwei Prozent. Bei den 54876 Gewählten lag der Frauenanteil bei mageren 0,4 Prozent: Nur 194 Frauen hatten einen Sitz in der lokalen Vertretungskörperschaft errungen, darunter 133 Hausfrauen.¹³² Insofern war die völlig unzureichende Vertretung von Frauen im Gemeinderat kein Spezifikum ländlicher Regionen, sie war hier lediglich noch stärker ausgeprägt als auf Landesebene.

Die besten Chancen hatten Frauen noch in den Städten und größeren Gemeinden des ländlichen Raumes.¹³³ In den Vertretungskörperschaften der strukturschwachen Gemeinden waren sie dagegen so gut wie gar nicht präsent. Das lag

¹²⁹ Diese und die folgenden Angaben zur Erwerbsstruktur der Kommunalpolitiker auf dem Land nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

¹³⁰ Zur Landwirtschaft vgl. Bergmann, Der bäuerliche Familienbetrieb, und Blasche, Zur Lage der Bäuerinnen, sowie van Deenen/Kossen-Knirim, Landfrauen in Betrieb, Familie und Haushalt. Zum Kleinhandel vgl. Scheybani, Handwerk und Kleinhandel, S. 126–133.

¹³¹ Der geringe Frauenanteil in der Kommunalpolitik wurde auch für Baden-Württemberg beklagt. Vgl. Berkmann, Frauen in den Kommunalparlamenten Baden-Württembergs, S. 23–25. Für Hessen vgl. die Untersuchung von Elke Schüller, „Keine Frau darf fehlen!“ Die Kommunalpolitik wich dabei freilich insgesamt nicht von dem Trend ab, der auch auf Bundes- und Landesebene erkennbar war, er war hier lediglich stärker ausgeprägt. Hansjörg Dürr konstatierte die „zahlenmäßig geringe Vertretung des weiblichen Bevölkerungsanteils“ als „durchgängige[n] Zug der bayerischen Landtage“; auch in den anderen Bundesländern lag der Anteil der Frauen in den Länderparlamenten, sieht man von den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg ab, konstant unter zehn Prozent. Dürr, Soziale Strukturen, S. 247f. Selbst im Deutschen Bundestag blieb der Frauenanteil bis in die achtziger Jahre konstant unter zehn Prozent. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1982, S. 187f. Vgl. auch von Beyme, Politische Elite, S. 23–27. Dazu allgemein Frevert, Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung.

¹³² Diese Angaben nach BSB 182, S. 22ff.

¹³³ So auch Bremme, Die politische Rolle der Frau, S. 132f., und Cornelissen, Politische Partizipation von Frauen, S. 339, sowie Hoecker, Frauen in der Politik, S. 59f.

vermutlich auch am Wahlmodus: Die meisten Frauen errangen ihr Gemeinderatsmandat in Verhältniswahlen – möglicherweise waren sie, gerade in größeren Städten, als Vertreterinnen von Frauenorganisationen auf der Wahlliste plazierte worden. In Mehrheitswahlen, die vor allem in kleinen Agrargemeinden stattfanden, blieben ihre Erfolgsaussichten dagegen sehr gering. Von den 194 Frauen, die 1952 in einen bayerischen Gemeinderat einzogen, waren über 90 Prozent mittels Verhältniswahl bestellt worden, nur 16 dagegen über eine Mehrheitswahl. Diesem Trend entsprechend, waren Frauen in den Magistraten der kreisfreien Städte weit stärker vertreten als in den Kreistagen der Landkreise. In den elf untersuchten Landkreisen schwankte ihr Anteil in den Kreisparlamenten von 1948 bis 1966 zwischen 0,5 und 1,5 Prozent, bayernweit betrug er 1952 lediglich 1,5 Prozent. Zum gleichen Zeitpunkt waren immerhin 6,8 Prozent aller bayerischen Stadtratsmitglieder weiblichen Geschlechts. Gemessen am landesweiten Mittelwert schnitten die Kandidatinnen in den Großstädten besonders gut ab, wiewohl von einer ihrem Anteil an der Bevölkerung bzw. der Wählerschaft entsprechenden Vertretung freilich auch hier keine Rede sein konnte. Zugespitzt formuliert: Je mehr eine Gemeinde ihren agrarisch-dörflichen Charakter bewahrte, desto schlechter standen die Chancen von Frauen, ihre traditionelle politikferne Rolle abzulegen und in den Gemeinderat einzuziehen.¹³⁴

Das lag vor allem an den überkommenen Rollenbildern und Wertvorstellungen, die den Frauen ihren Platz als Erzieherin und Hüterin der Familie zuwiesen und die auf dem Land länger wirkungsmächtig blieben als in den städtischen Ballungszentren.¹³⁵ Vor allem die katholische Kirche propagierte diesen Zustand als Idealvorstellung geordneter Verhältnisse. Im März 1952 etwa sprach die Diözesansekretärin Wilma Berenger auf einer gut besuchten Versammlung des Katholischen Werkvolks in Furth im Wald zum Thema „Die Aufgabe der Frau in unserer Zeit“. Die Frau sei, führte Berenger aus, mehr denn je in den Wirtschaftsprozeß eingeschaltet und komme „dadurch weit mehr als früher mit den Forderungen der Zeit in Berührung“.¹³⁶ Sie zog daraus jedoch keineswegs den Schluß, daß es nun verstärkt auch an den Frauen sei, politische Verantwortung zu übernehmen oder aktiv in die Politik einzugreifen. Im Gegenteil: „Die Gleichberechtigung der Frau, jenes viel umstrittene Problem, könne dann als gelöst betrachtet werden, wenn sie an dem ihr von Natur aus vorgesehenen Platz wirken kann und sie sich ihrer Würde als Mutter und Erzieherin bewußt ist“. Nun konnte auch die katholische Kirche die Tatsache nicht ignorieren, daß die Frauen zumindest hinsichtlich des Wahlrechts den Männern mittlerweile gleichgestellt waren, doch leitete man daraus eine rein passive politische Funktion der Frau ab:

„Mit ihrer Stimme kann die Frau jene Männer wählen, die eine christlich soziale Gerechtigkeit nach den Grundsätzen der kath[olischen] Kirche sichern.“ Daher sei es „oberste Pflicht

¹³⁴ Zu diesem Schluß kam bereits Bremme, *Die politische Rolle der Frau*, S. 133 ff. Die vorstehenden Zahlenangaben nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen der 143 bayerischen Landkreise, sowie BSB 182, S. 10f. und S. 22ff. Eine Aufstellung der Vertretung von Frauen in den bayerischen Großstädten findet sich in BSB 220, S. 43–48.

¹³⁵ Vgl. Beyer/Holtmann, „Auch die Frau soll politisch denken“, und die plastische Schilderung bei Plößl, *Gemeinderat Frau Anna Müller*, S. 160.

¹³⁶ *Bayerwald-Anzeiger* vom 19. 3. 1952, S. 5 („Die Aufgabe der Frau in unserer Zeit“); hier finden sich auch die folgenden Zitate.

jeder Frau, mit ihrer Stimme bei allen Gelegenheiten dafür einzutreten, daß jene Männer regieren, die sitzlich, moralisch und charakterlich dafür bürgen, daß die Forderungen der christlichen Soziallehre auch verwirklicht werden.“

In dieser Logik, hier bezeichnenderweise von einer Frau formuliert, wurde den Frauen in der Politik lediglich die Funktion von Stimmenlieferanten zugedacht, die mit ihrer Wahlentscheidung dafür zu sorgen hätten, daß genau diejenigen Männer an die Schalthebel der Politik gelangten, die eben diese Idealvorstellungen verkörperten und auch für die Zukunft zementieren würden. Das „schwache Geschlecht“ sollte dagegen keine eigenen politischen Kräfte entwickeln. Bis in die sechziger Jahre hinein war dies auch durchaus der Fall – die aktive Teilnahme an der Kommunalpolitik, wie in der Politik überhaupt, blieb weitgehend Männersache.

*c) Der Niedergang eigenständiger Flüchtlingsvertretungen
in der Kommunalpolitik*

Dabei handelte es sich allerdings nicht um eine Besonderheit ländlicher Regionen, sondern um ein allgemeines Phänomen in der westdeutschen Politik. Das galt ebenfalls für den Niedergang der Flüchtlingsparteien, die im Lauf der fünfziger Jahre sowohl im Freistaat als auch in Bonn zunehmend an Bedeutung verloren. Bereits 1957 verpaßte der BHE den Wiedereinzug in den Bundestag, während seine Vertreter, wenn auch in stetig sinkender Zahl, noch bis 1962 im Maximilianeum saßen.¹³⁷ Dieser Trend fand auch in der Kommunalpolitik seine Entsprechung: Schon 1952 bröckelte die Wählerschaft der Flüchtlingsgruppen ab, und seit 1960 spielten die Listen der Neubürger im Gemeinderat keine Rolle mehr.

Tabelle 1: Vertretung der Flüchtlinge in den Gemeinderäten

	1948		1952		1956		1960	
Bayern	5874	10,7%	4723	8,6%	2446	4,5%	1516	2,8%
Landsberg	118	25,9%	93	20,9%	33	7,6%	16	3,7%
Roding	17	5,7%	16	4,9%	3	1,0%	1	0,3%

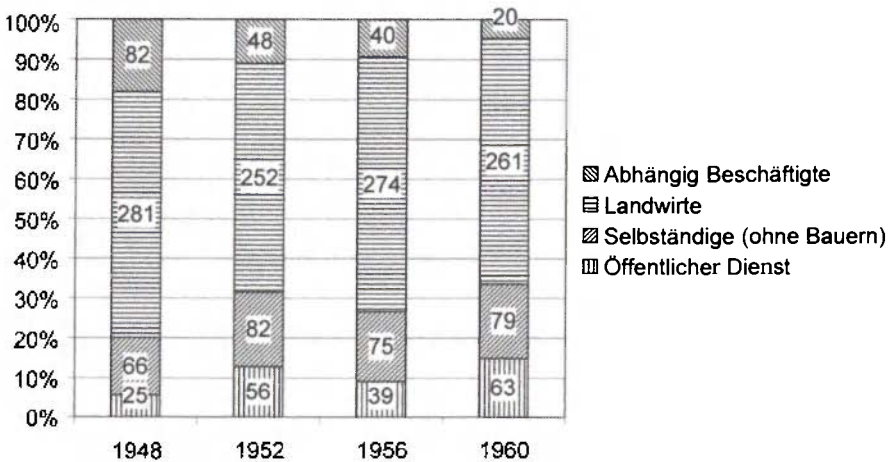
Für Landsberg und Roding berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding. Berücksichtigt wurden nur Gemeinderäte, die auf eindeutig erkennbaren Flüchtlingslisten kandidiert hatten. Für Bayern berechnet nach BSB 147, S. 18–23, BSB 182, S. 48–51, BSB 203, S. 52–55 und BSB 220, S. 57 und S. 95 f. Für die Wahlen von 1952 und 1956 wurden nur die in Verhältniswahlen Gewählten erfaßt, die jedoch alle auf Flüchtlingslisten Gewählten umfassen.

Diese Entwicklung ist auch für die Tendenz der „Reagrarisierung“ der Gemeinderäte verantwortlich, die im Lauf der fünfziger Jahre auftrat. 1952 war der Anteil der Landwirte, die im Landkreis Landsberg am Lech in den Gemeinderat gewählt wurden, im Vergleich zu den Wahlen von 1948 um fünf Prozentpunkte zurückge-

¹³⁷ Die genauen Zahlenangaben zur Vertretung der Flüchtlinge im Deutschen Bundestag und im bayerischen Landtag finden sich in: Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 100 f. und S. 174.

gangen. Vier Jahre später stieg er jedoch um sieben Prozentpunkte an – prozentual erreichte die landwirtschaftliche Repräsentation in den Gemeinderäten des Landsberger Raums nach 1945 damit ihren Höchststand. 1960 sank die bäuerliche Vertretung wieder um drei Prozentpunkte. Parallel dazu verringerte sich im Lauf der fünfziger Jahre sukzessive die Zahl der abhängig Beschäftigten, die zuvor das Gros der Flüchtlingsvertreter gestellt hatten. Ganz ähnlich entwickelte sich die Zusammensetzung aller bayerischen Gemeinderäte.¹³⁸

Graphik 2: Erwerbsstruktur der Gemeinderäte im Landkreis Landsberg am Lech



In der im Süden des Landkreises Landsberg gelegenen Gemeinde Dettenhofen wurden 1948 neben vier Landwirten, die auf der Liste „Volkswille“, dem Wahlvorschlag der Einheimischen, kandidiert hatten, zwei Hilfsarbeiter in den Gemeinderat gewählt, die von den Flüchtlingen aufgestellt worden waren. Vier Jahre später bestand der Gemeinderat nur noch aus Bauern – selbst der gewählte Vertriebene gab als Berufsbezeichnung „Landwirt“ an. 1956 fand in Dettenhofen eine unechte Mehrheitswahl statt, nachdem lediglich die „Dorfgemeinschaft“ eine Liste eingereicht hatte; gewählt wurden fünf Landwirte und ein Facharbeiter. 1960 schließlich entsandten die Wahlberechtigten in echter Mehrheitswahl sechs Bauern in den Gemeinderat.¹³⁹ Eine ähnliche Entwicklung durchlief die Zusammensetzung des Holzhausener Gemeinderats, der – nachdem die Flüchtlinge seit 1956 keine eigenen Listen mehr aufstellten – 1960 ebenfalls ausschließlich aus Landwirten bestand, die in einer Mehrheitswahl erkoren worden waren.

¹³⁸ Diese und die folgenden Angaben zur Erwerbsstruktur der Gemeinderäte auf dem Land nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding. Die Angaben zu den bayerischen Gemeinderäten nach BSB 182, S. 24 (1952), BSB 203, S. 28 (1956) und BSB 220, S. 60 (1960).

¹³⁹ Diese Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Dettenhofen. Das Folgende nach ebenda, Gemeindemappe Holzhausen.

Für den Niedergang der Flüchtlingsgruppen in der Kommunalpolitik gaben zwei Faktoren den Ausschlag. Erstens nahm der Anteil der Neubürger an der Bevölkerung der kleinen Landgemeinden im Lauf der fünfziger Jahre spürbar ab. Noch 1950 bestand die bayerische Bevölkerung zu über einem Viertel aus Menschen, die erst nach der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs nach Bayern gekommen waren; allein die Heimatvertriebenen machten 21 Prozent der Bevölkerung aus.¹⁴⁰ Der enorme Flüchtlingszustrom hatte sich zunächst vor allem in die ländlichen Gebiete des Freistaats ergossen¹⁴¹, die regionale Verteilung der Neuankömmlinge fiel allerdings sehr unterschiedlich aus: Während die Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen im Landkreis Roding 1950 nur rund 22 Prozent der Bevölkerung umfaßten, gehörte der Landkreis Landsberg am Lech mit einem Anteil von 35 Prozent zu den ausgesprochenen Hochburgen der Neubürger.¹⁴² Elf Jahre später, in der Volkszählung von 1961, war der Anteil der Vertriebenen an der Wohnbevölkerung Bayerns auf 14 Prozent gesunken; in Roding betrug er nur noch elf Prozent, in Landsberg immerhin noch rund 21 Prozent.¹⁴³ Zahlreiche Flüchtlinge wanderten aus den ländlichen Regionen ab, um in den Ballungszentren eine ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit zu finden; nicht wenige verließen Bayern in der Hoffnung, sich in den Industrieregionen im Westen der Bundesrepublik eine neue Existenz aufzubauen. Manche kleine Landgemeinde mußte im Zuge dieses neuerlichen Migrationsprozesses empfindliche Bevölkerungseinbußen hinnehmen. Von den 360 Einwohnern, die 1950 in Dettenhofen gezählt wurden, waren 1961 nur noch 256 verblieben; im gleichen Zeitraum sank der Vertriebenenanteil von fast 32 auf sieben Prozent. In der Gemeinde Holzhausen verlief die Entwicklung zwar weniger dramatisch, doch auch hier ging der Anteil der Heimatvertriebenen zwischen 1950 und 1961 um fast 16 Prozentpunkte zurück.¹⁴⁴ Kein Wunder also, daß die eigenständigen Flüchtlingsvertretungen in beiden Gemeinden bald an Bedeutung verloren.

Der zweite Grund für diese Entwicklung lag im raschen Abflauen der Animositäten zwischen Einheimischen und Neubürgern. Auch in Gemeinden, in denen die Vertriebenen noch zu Beginn der sechziger Jahre eine relevante Größe darstellten, wurden keine gesonderten Flüchtlingslisten mehr zu den Gemeinderatswahlen eingereicht. In Egling an der Paar etwa hatten Flüchtlingsvertreter 1948 und 1952 jeweils drei Sitze im zehnköpfigen Gemeinderat errungen, und 1956 war die „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ immerhin noch mit zwei Mandaten präsent gewesen. Vier Jahre später wurde nur noch eine Liste aufgestellt, auf der Alt-eingesessene und Neuankömmlinge gemeinsam kandidierten – und das, obwohl letztere immer noch knapp 30 Prozent der Einwohner Eglings ausmachten.¹⁴⁵ Der Geburtsort war spätestens seit Anfang der sechziger Jahre – das zeigen auch die

¹⁴⁰ Berechnet nach SJB 24 (1952), S. 490.

¹⁴¹ Zum 29. 10. 1946 waren 60 Prozent der Flüchtlinge in Gemeinden unter 2000 Einwohnern untergekommen. Bauer, Flüchtlinge, S. 166 und S. 341 f.

¹⁴² Berechnet nach SJB 24 (1952), S. 490 und S. 494.

¹⁴³ Berechnet nach SJB 28 (1965), S. 20, und BSB 231 a, S. 64 und S. 228. Vgl. im folgenden Krauss, Integration Vertriebener, S. 55 f.

¹⁴⁴ Berechnet nach BSB 177, Bd. 1, S. 72 (1950) und BSB 231 a, S. 60 (1961).

¹⁴⁵ BSB 231 a, S. 60. Die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in: BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappe Egling an der Paar.

Ergebnisse der Bundestags- und Landtagswahlen – nicht mehr das Kriterium, das für die Wahlentscheidung den Ausschlag gab.

Dieser Befund spricht für eine relativ rasche und weitgehend gelungene Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die bundesrepublikanische Gesellschaft, die in den letzten Jahren immer wieder in Zweifel gezogen wurde. Paul Lüttinger etwa, der die Eingliederung der Vertriebenen im Zeitraum von 1945 bis 1971 untersuchte, sprach vom „Mythos der schnellen Integration“.¹⁴⁶ Er und andere führten dafür eine Reihe von Argumenten an: Für die Betroffenen sei das traumatische Erlebnis von Flucht und Vertreibung eine einschneidende biographische Zäsur mit weitreichenden Folgen gewesen. Viele jüngere Menschen, die ihre Heimat gezwungenermaßen verlassen mußten, seien vom bereits eingeschlagenen Bildungsweg abgebracht worden, was große Nachteile für den weiteren beruflichen Werdegang mit sich gebracht habe. Für die meisten Älteren sei der Neuanfang in der Fremde mit einem beruflichen und sozialen Abstieg verbunden gewesen, zumal für vormals selbständige Gewerbetreibende und vor allem für Landwirte, die sich zunächst als Knechte oder Landarbeiter bei einheimischen Bauern verdingen mußten.¹⁴⁷ In einigen westfälischen Landgemeinden seien die Flüchtlinge bis weit in die sechziger Jahre hinein gewissermaßen Bürger zweiter Klasse geblieben. Ihnen sei die lokale Politik ebenso verschlossen gewesen wie die altherwürdigen Vereine; auch am Heiratsverhalten lasse sich die Zerteilung der Gesellschaft ablesen. Peter Exner zog daraus den Schluß, die Eingliederung der Neubürger in die dörflichen Strukturen habe sich „im großen und ganzen als allmählicher, mit starken Retardierungsmomenten behafteter, eingleisiger Assimilationsprozeß von seiten der Flüchtlinge“ vollzogen.¹⁴⁸

Ohne das zweifellos harte Schicksal vieler Vertriebener schönreden oder bagatellisieren zu wollen, so war es nicht und so kann es auch nicht gewesen sein. Wäre das Gros der Neubürger tatsächlich auf Jahre oder gar Jahrzehnte hinaus verelendet und an den Rand der Gesellschaft gedrängt gewesen, dauerhaft stigmatisiert und gettoisiert, wäre die politische Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik kaum denkbar gewesen.¹⁴⁹ Zumindest aber hätten die Flüchtlingsparteien längeren und stärkeren Zulauf erhalten; doch davon kann keine Rede sein – und zwar auch an der sozialen Basis nicht, wo die Kontrahenten unmittelbar aufeinanderprallten, die Verteilungskämpfe und sozialen Konflikte am härtesten ausgefochten wurden. Selbst 1948, auf dem Zenit der Flüchtlingslisten, votierten mehr als die Hälfte der angeblich Deklassierten *nicht* für einen Vertreter aus den eigenen Reihen¹⁵⁰, sondern für einheimische Kandidaten oder eine Partei, die beide Gruppen ansprach.

¹⁴⁶ Lüttinger, Mythos der schnellen Integration. Vgl. im folgenden ders., Integration der Vertriebenen, S. 175–240. Lüttinger untersuchte die Chancengleichheit von Einheimischen und Neubürgern in den Bereichen Bildung und berufliche Mobilität und kam zu dem Ergebnis, daß letztere – teilweise noch bis 1971 – deutlichen Benachteiligungen ausgesetzt gewesen seien.

¹⁴⁷ Vgl. Erker, Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger, S. 83–87, und Bauer, Flüchtlinge, S. 355, sowie – für Westfalen – Exner, Integration oder Assimilation, S. 69–73, und ders., Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft.

¹⁴⁸ Exner, Integration oder Assimilation, S. 85.

¹⁴⁹ Vgl. am Beispiel Niedersachsens Grebing, Politischer Radikalismus und Parteiensystem.

¹⁵⁰ Noch 1950 machten Flüchtlinge 26,3 Prozent der Wohnbevölkerung des Freistaats aus; SJB 24 (1952), S. 490. Doch bei den Gemeinderatswahlen von 1948 entfielen nur 10,7 Prozent der Stimmen auf eine Flüchtlingspartei oder -liste. BSB 147, S. 23.

Die Mehrzahl der Vertriebenen hielt eine eigenständige Vertretung in den Kommunalparlamenten offenbar für überflüssig. Ein deutlicheres Indiz für die Integrationsbereitschaft der Neubürger läßt sich kaum finden.

Das Abflauen der Konflikte war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß sich die materielle Situation der meisten Flüchtlinge und Vertriebenen in den fünfziger Jahren signifikant verbesserte.¹⁵¹ Das Gros der Neuankömmlinge war nach Kriegsende mit wenig mehr als den Kleidern, die sie auf dem Leibe trugen, in den westlichen Besatzungszonen eingetroffen, wo sie zunächst mehr schlecht als recht in Notunterkünften und Lagern zusammengepfercht wurden.¹⁵² Rund zehn Jahre später hatten sie die schlimmste Not bereits überstanden. Die großen Anstrengungen der Gemeinden beim Wohnungsbau, die von Bund und Freistaat finanziell stark gefördert wurden, führten allmählich zur Beseitigung der drückenden Wohnungsnot. Im Landkreis Landsberg beispielsweise beschloß der Kreistag schon im September 1948 den Bau einer zentralen Flüchtlingssiedlung in der Gemeinde Kaufering.¹⁵³ Als Bauträger fungierte zunächst die im November 1948 gegründete „Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft für den Landkreis Landsberg am Lech GmbH“, deren Grundkapital von den kreisangehörigen Gemeinden im Umlageverfahren aufgebracht werden mußte.¹⁵⁴ Wegen finanzieller Engpässe verzögerte sich der Baubeginn mehrmals, doch bis 1958 war der erste Bauabschnitt, der Wohnraum für insgesamt 1000 Menschen schuf, abgeschlossen; in der zweiten Phase entstanden ab 1958 Wohnungen für weitere 2000 Personen. Daneben wurden auch in den Gemeinden Hechenwang, Erpfting, Utting, Beuern, Dießen, Iging und Penzing Mietshäuser für Neubürger errichtet. Dementsprechend stieg die Zahl der Wohngebäude und vor allem die der Wohnungen im Landkreis Landsberg zwischen 1950 und 1968 stark an.¹⁵⁵ Dank dieser Entwicklung konnten die letzten Flüchtlingslager, in denen 1956 noch an die 300 Familien gelebt hatten, anfangs der sechziger Jahre aufgelöst werden.

¹⁵¹ Vgl. Erker, Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger, S. 87–91, und Krauss, Integration Vertriebener, S. 51 f.

¹⁵² In der Marktgemeinde Bruck etwa dienten zwei Ballsäle in Gasthäusern als Notunterkünfte, in denen zeitweilig mehr als 100 Flüchtlinge eine provisorische Bleibe fanden. Das Gros der Neuankömmlinge wurde freilich bei einheimischen Familien einquartiert oder in Lagern untergebracht, wobei man oft auf bereits bestehende Anlagen aus der NS-Zeit zurückgriff. Im Landkreis Roding diente das zwischen Bodenwöhr und Neubäu gelegene Waldlager Mappach als Auffangbecken für die Vertriebenen, das zuvor russische Kriegsgefangene beherbergt hatte, die in dem aus Regensburg ausgelagerten Werk der Firma Messerschmitt Zwangsarbeit verrichtet hatten. Zwischen 500 und 700 Menschen fanden dort notdürftig Unterkunft, bevor das Lager im Sommer 1950 endgültig aufgelöst wurde. Vgl. Dobkowitz, Waldlager Mappach.

¹⁵³ Der Beschluß des Kreistags vom 3. 9. 1948 in: Amtsblatt für den Landkreis Landsberg am Lech Nr. 38 vom 16. 9. 1948. Landrat Gerbl bezeichnete den Wohnungsbau auf der Bürgermeisterversammlung vom 19. 9. 1948 als das am vordringlichsten zu lösende Problem, da mit privaten Bauvorhaben aufgrund der zu dieser Zeit exorbitanten Kosten nicht zu rechnen sei. Da auch der Freistaat momentan keine Finanzmittel zur Verfügung habe, müßten die Gemeinden zur Selbsthilfe schreiten. Geplant sei der Bau von rund 400 Wohnungen in mehreren Bauabschnitten. Amtsblatt für den Landkreis Landsberg am Lech Nr. 39 vom 23. 9. 1948.

¹⁵⁴ Amtsblatt für den Landkreis Landsberg am Lech Nr. 47 vom 18. 11. 1948. Das Folgende nach Landkreis Landsberg am Lech (Hrsg.), 30 Jahre Aufbau im Landkreis Landsberg am Lech, S. 177.

¹⁵⁵ Die Zahl der Wohngebäude im Landkreis Landsberg stieg von 8947 (1950) über 10962 (1961) auf 13327 (1968); die Zahl der Wohnungen vergrößerte sich von 11166 (1950) über 16380 (1961) auf 20319 (1968). Landkreis Landsberg am Lech (Hrsg.), 30 Jahre Aufbau im Landkreis Landsberg am Lech, S. 36. Das Folgende nach ebenda.

Durch die massive Bautätigkeit wurden die Konflikte zwischen den Alteingesessenen und den Neuankömmlingen entschärft, denn schließlich war die Einquartierung von Flüchtlingsfamilien in den Häusern der Einheimischen eine der Hauptursachen für die permanenten Spannungen gewesen.¹⁵⁶ Aufs Ganze gesehen, profitierten auch die Neubürger in zweifacher Weise vom „Wirtschaftswunder“ nach der Währungsreform: Zum einen war der aus der ökonomischen Gesundung resultierende relative Wohlstand letztlich die Basis, auf der Umverteilungen zugunsten der Flüchtlinge erfolgen konnten, ohne daß dies direkt zu Lasten der Einheimischen ging.¹⁵⁷ Erst vor diesem Hintergrund konnten Soforthilfegesetz und Lastenausgleich zu einem wirksamen Instrument werden, um eine dauerhafte wirtschaftliche und soziale Deklassierung der Neuankömmlinge zu verhindern. Zum anderen eröffnete der rasch einsetzende Boom jedem Einzelnen zuvor ungeahnte Möglichkeiten, eine neue Existenz zu gründen; vor allem den jüngeren Vertriebenen gelang so rasch der Wiedereinstieg in das Berufsleben, der oft mit einem deutlichen sozialen Aufstieg einherging.¹⁵⁸ „Ohne die Wende der wirtschaftlichen Lage in den frühen 50er Jahren“, urteilte Werner Abelshäuser daher zutreffend, „wären auch Soforthilfe und Lastenausgleich Tropfen auf den heißen Stein geblieben.“¹⁵⁹

Wenn die Bilanz der Flüchtlingsforschung hinsichtlich der fünfziger Jahre auch ambivalent ausfällt¹⁶⁰, eines steht fest: Eine einheitliche Flüchtlingsmentalität, die für Wahlentscheidungen von ausschlaggebender Bedeutung gewesen wäre, gab es am Beginn der sechziger Jahre nicht mehr. Die Bereitschaft der Flüchtlinge, sich primär mit denen zu solidarisieren, die das gleiche Schicksal erlitten hatten, nahm in dem Maße ab, in dem sie zumindest ökonomisch in die westdeutsche Gesellschaft integriert wurden.¹⁶¹

„Ein vertriebener Metallarbeiter fühlte sich bald primär als Arbeiter und nicht mehr als Flüchtling und schimpfte über die niedrigen Löhne, die die Arbeitgeber – gleich ob Flüchtling oder Einheimischer – zahlten. Und auch bei einem im Staatsdienst tätigen Neubürger hat die Beamtenmentalität wohl rasch das Flüchtlingsbewußtsein überlagert.“

¹⁵⁶ Vgl. Erker, *Revolution des Dorfes*, und ders., *Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger*, S. 22–27, sowie Bauer, *Flüchtlinge*, S. 349–380, v.a. S. 365 ff.

¹⁵⁷ Bauer, *Flüchtlinge*, S. 382 f. Das Folgende nach Abelshäuser, *Lastenausgleich*, und Erker, *Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger*, S. 67–74. Vgl. dazu auch Wagner-Kyora, *Lastenausgleich und sozialer Wohnungsbau*.

¹⁵⁸ Vgl. Janowitz, *Soziale Schichtung und Mobilität*, und Holtmann, *Flüchtlinge in den 50er Jahren*, S. 352 ff. Auch dabei spielten staatliche Hilfen, etwa Kredite zur Gründung von Flüchtlingsbetrieben, eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Vgl. Erker, *Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger*, S. 74–83. Ältere Vertriebene hatten es dagegen erheblich schwerer, den Statusverfall zu kompensieren, zumal wenn sie in ihrer Heimat einer selbständigen Tätigkeit nachgegangen waren. Vgl. Handl/Hermann, *Sozialstruktureller Wandel und Flüchtlingsintegration*.

¹⁵⁹ Abelshäuser, *Lastenausgleich*, S. 234. Zum Zusammenhang zwischen „Wirtschaftswunder“ und Integration der Neubürger vgl. auch Megerle, *Radikalisierung*.

¹⁶⁰ Ein abgewogenes Urteil fällt Holtmann, *Flüchtlinge in den 50er Jahren*.

¹⁶¹ Die Neubürger bildeten ohnehin zu keinem Zeitpunkt eine homogene Gruppe, hatten sie doch in ihrer jeweiligen Heimat ganz unterschiedlichen Schichten, Klassen bzw. Milieus angehört; einigendes Band war in der unmittelbaren Nachkriegszeit lediglich die gemeinsame Erfahrung von Flucht und Vertreibung, des Verlusts der Heimat, der Mittellosigkeit und des sozialen Abstiegs gewesen. Bauer, *Flüchtlinge*, S. 344, und Erker, *Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger*, S. 118. Das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 90.

Für die politische Landschaft hatte diese Entwicklung weitreichende Konsequenzen, denn damit war den Flüchtlingsparteien, „soziale[n] Koalition[en] *auf Zeit* zwischen wirtschaftlich Benachteiligten“¹⁶², auf allen politischen Ebenen der Boden entzogen worden.

4. Vorboten der Veränderung: Die Kommunalwahlen von 1966

a) Gesellschaftlicher und politischer Umbruch in den sechziger Jahren

Die sechziger Jahre markierten in noch stärkerem Maße als das vorangegangene Jahrzehnt eine Phase gesellschaftlicher Veränderungen, die bereits deutlich vor der sogenannten Studentenrevolte von 1968 einsetzten.¹⁶³ An die Stelle des allgegenwärtigen Mangels, der noch die frühen fünfziger Jahre bestimmt hatte, trat nach Bewältigung der „Gründungskrise“ ein bis dato unbekannter Wohlstand, an dem – wenn auch in unterschiedlichem Maße – weite Teile der Bevölkerung Anteil hatten.¹⁶⁴ Besonders deutlich kam dies im Massenkonsum zum Ausdruck, der bereits in den späten fünfziger Jahren einsetzte:¹⁶⁵ Automobile, Fernsehapparate und elektrische Haushaltsgeräte, um nur einige Beispiele zu nennen, fanden rasche Verbreitung, was sich bald auf die Alltagsgewohnheiten, aber auch auf die Erwartungen der Menschen auszuwirken begann. Mit dem von Ludwig Erhard 1965 proklamierten „Ende der Nachkriegszeit“¹⁶⁶ stiegen die Ansprüche der Bürger an den Staat, machte doch die Überwindung der materiellen Nachkriegsnot den Blick frei für zuvor überlagerte Defizite. Vehement wurde nun der Ausbau des Gesundheits- und des Bildungswesens, der Verkehrsinfrastruktur wie auch die Förderung von Forschung und Technologie gefordert. „Sozialinvestitionen“, „Strukturpolitik“ und „Gesellschaftspolitik“, die nun ganz oben auf der politischen Agenda standen, erforderten neue Instrumente staatlicher Planung.¹⁶⁷ Auch auf dem Feld der Wirtschaftspolitik kam es im Zuge der 1966 einsetzenden Rezession – der ersten in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte – zu einer Abwendung von den bis dahin geltenden marktwirtschaftlichen Prinzipien, die Erhard wie niemand sonst verkörpert hatte.¹⁶⁸

¹⁶² Holtmann, Flüchtlinge in den 50er Jahren, S. 359 (Hervorhebung im Original).

¹⁶³ Vgl. Rudolph, Mehr als Stagnation und Revolte. Zu den gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen der Bundesrepublik in den sechziger Jahren vgl. den knappen Überblick bei Korte, Gesellschaft im Aufbruch.

¹⁶⁴ Der Begriff der „Gründungskrise“ nach Hockerts, Integration der Gesellschaft. Vgl. hierzu und im folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, ders., Ende der Ära Adenauer.

¹⁶⁵ Dazu Wildt, Am Beginn der „Konsumgesellschaft“, und ders., Privater Konsum.

¹⁶⁶ So Erhard in seiner Regierungserklärung vom 10. 11. 1965, abgedruckt in von Beyme (Hrsg.), Regierungserklärungen, hier S. 192. Vgl. dazu Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 160 ff., und Kleßmann, Zwei Staaten, S. 193 f.

¹⁶⁷ Die Bundesrepublik schwenkte damit auf einen Pfad ein, den vor ihr bereits die meisten anderen westeuropäischen Staaten beschritten hatten. Vgl. dazu wie auch zu den technokratischen Zügen der Bonner Politik ab 1966 Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik, S. 156–167. Zur seinerzeit grassierenden Planungseuphorie vgl. auch Ellwein, Krisen und Reformen, S. 46 ff.

¹⁶⁸ Für Kleßmann, Zwei Staaten, S. 197, war die Wirtschaftskrise von 1966/67 „nicht viel mehr als eine kurzfristige Wachstumsstörung, die kaum den Namen einer Rezession verdient“; gleichwohl be-

Diese Veränderungsprozesse spiegelten sich in der Besetzung politischer Schlüsselpositionen wider. Mit der Bildung der Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD, die Beobachtern als „milestone in the evolution of postwar German politics and democracy“ galt¹⁶⁹, ging ein personelles Revirement der Bundesregierung einher: Nur fünf von 19 Ministern, die mit Kanzler Kurt Georg Kiesinger am Kabinetttisch saßen, hatten ihr Ressort bereits unter Erhard geleitet, 14 Ministerien erhielten dagegen einen neuen Chef.¹⁷⁰ Allerdings handelte es sich dabei größtenteils nicht um politische Greenhorns, da einige wie etwa Gerhard Schröder, Kai-Uwe von Hassel oder Kurt Schmücker unter Erhard ein anderes Ressort innegehabt, andere, zu denen Kanzler Kiesinger und sein Stellvertreter Willy Brandt zählten, in der Landespolitik Erfahrung gesammelt hatten. Auch im Freistaat kam es 1966 zu einer größeren Kabinettsumbildung: Nach einem für viele Beobachter überraschenden Wahlerfolg formte Ministerpräsident Alfons Goppel ein reines CSU-Kabinett, dem drei neue Minister und vier neue Staatssekretäre angehörten.¹⁷¹ Dadurch sank der Altersdurchschnitt der Regierungsmannschaft, der 1962 noch 57,4 Jahre betragen hatte, auf 50,8 Jahre. Die vergleichsweise jungen Männer, die nun erstmals Regierungsverantwortung übernahmen, wie etwa der neue Arbeitsminister Fritz Pirkel oder dessen Staatssekretär Karl Hillermeier, prägten die bayerische Landespolitik bis in die achtziger Jahre hinein.

b) Trendwende: Die Generation des Wiederaufbaus tritt ab

Hinsichtlich der kommunalpolitischen Führungskräfte deutete sich 1966 ebenfalls eine erste Trendwende an. Das Durchschnittsalter der Bürgermeister, das zuvor von Wahl zu Wahl gestiegen war, nahm nun sowohl in den Landkreisen Landsberg und Roding als auch bayernweit erstmals ab.¹⁷² Für diese Entwicklung

tont auch er die großen psychologischen und politischen Folgewirkungen des konjunkturellen Einbruchs. Nach Abelshausen, Wirtschaftsgeschichte, S. 100, markiert die Rezession von 1966 dagegen den „Beginn einer Periode der ‚Wachstumsschwäche‘ der deutschen Wirtschaft“, deren Wirkung allerdings erst ab 1973 voll zum Tragen gekommen sei. Zu den Veränderungen der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik ab 1966 vgl. Borchardt, Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung, S. 24 f.

¹⁶⁹ Messina, West Germany's Grand Coalition, S. 60, mit weiteren Literaturangaben. Schon Kiesinger hatte in seiner Regierungserklärung am 13. 12. 1966 die Bildung der Großen Koalition als einen „Markstein in der Geschichte der Bundesrepublik“ bezeichnet. Der Wortlaut der Regierungserklärung Kiesingers findet sich in von Beyme (Hrsg.), Regierungserklärungen, Zitat S. 231. Zum Scheitern der Regierung Erhard und ihren Hintergründen vgl. Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 203–240, und Kleßmann, Zwei Staaten, S. 193–203. Zur Großen Koalition vgl. auch Schmoeckel/Kaiser, Die vergangene Regierung, und Börsen, Sozialdemokratische Anpassung und Formierte Gesellschaft; zu ihrer Bildung vgl. Wirz, Karl Theodor von und zu Guttenberg, und Bouvier, Zwischen Godesberg und Großer Koalition, sowie Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 241–283.

¹⁷⁰ Die Kabinettslisten der Regierungen Erhard und Kiesinger in: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1982, S. 311–314.

¹⁷¹ Zu den Wahlen vom 20. 11. 1966 und ihrem Ergebnis Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 442 f., und Kock, Bayerische Landtag, S. 164 f. Die neuen Kabinettsmitglieder waren die Minister Bruno Merk (Inneres), Philipp Held (Justiz) und Fritz Pirkel (Arbeit) sowie die Staatssekretäre Hugo Fink (Inneres), Josef Bauer (Justiz), Franz Sackmann (Wirtschaft) und Karl Hillermeier (Arbeit). Die Aufstellung der Kabinettslisten bei Kock, Landtag, S. 304 f. Die folgenden Angaben nach Dürr, Soziale Strukturen, S. 381.

¹⁷² Im Landkreis Landsberg, wo das Durchschnittsalter der Bürgermeister 1960 noch 54,7 Jahre betragen hatte, fiel es 1966 auf 53,1. Noch deutlicher ausgeprägt war diese Entwicklung in den

war, zumindest in den beiden untersuchten Landkreisen, weniger eine Änderung des Gemeindegewahlgesetzes verantwortlich, wie man im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung vermutete.¹⁷³ Schließlich betraf die neu in das Gesetz aufgenommene Bestimmung, nach der alle Personen, die zum Beginn der Amtszeit das 65. Lebensjahr überschritten hatten, das passive Wahlrecht verloren, nur die berufsmäßigen Bürgermeister. Da jedoch 1966 in allen kreisangehörigen Gemeinden Landsbergs und Rodings ehrenamtliche Bürgermeister gewählt wurden, erlangte diese Klausel hier keine Bedeutung.¹⁷⁴ Der Rückgang des Durchschnittsalters deutete vielmehr auf einen Generationswechsel in den Rathäusern hin – den ersten seit 1948: In Landsberg wie in Roding hatten mehr als die Hälfte aller 1966 gewählten Bürgermeister nach 1910 das Licht der Welt erblickt. Gleichzeitig verschwanden die letzten Kinder des Kaiserreichs von der kommunalpolitischen Bildfläche, und auch diejenigen, die vom Ersten Weltkrieg geprägt worden waren, spielten unter den Ortsvorstehern beider Landkreise keine wesentliche Rolle mehr. An ihre Stelle traten nun vor allem Männer, die ihre politische Sozialisation unter dem Nationalsozialismus erfahren hatten und deren Schlüsselerlebnis in der Teilnahme am Zweiten Weltkrieg bestand. Von einem völligen generationellen Umbruch konnte jedoch noch keine Rede sein; nach wie vor besetzten Männer, die noch in der Weimarer Republik politisch sozialisiert worden waren, in beiden Landkreisen über die Hälfte der Bürgermeisterposten.¹⁷⁵

Aufgrund der nach wie vor hohen Wiederwahlquote und der daraus resultierenden langen Amtszeiten vergrößerte sich die Zahl der Bürgermeister, die zum Zeitpunkt der Abstimmung das sechzigste Lebensjahr bereits überschritten hatten. In den Landkreisen Landsberg und Roding erreichte diese Gruppe 1966 mit fast 40 Prozent aller Gewählten ihren Höchststand. Über ein Drittel der Bürgermeister wäre zum Zeitpunkt der Wahl bereits pensionsreif oder zumindest an der Grenze zum Ruhestand gewesen. Gemessen am gesamt-bayerischen Trend verlief die Entwicklung in den beiden untersuchten Landkreisen jedoch mit einer leichten Phasenverschiebung, denn bayernweit hatte die Altersgruppe der über 60-jährigen ihren Zenit bereits 1960 erreicht; in den Wahlen von 1966 war ihre Zahl dagegen bereits leicht rückläufig. Diese Phasenverschiebung deutet an, daß der Generationswechsel der kommunalpolitischen Eliten in anderen Regionen Bayerns, deren Wirtschaftsstruktur gewerblich-industriell geprägt war, bereits früher einsetzte als in den hier untersuchten ländlichen Regionen. Diese Vermutung wird durch einen Blick auf den Landkreis Ingolstadt bestätigt, einem Landstrich, der

Gemeinden des Landkreises Roding: Hier ging das Durchschnittsalter der Bürgermeister 1966 um fast zwei Jahre zurück. Berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindegewahlgesetze der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding. Im gesamt-bayerischen Durchschnitt sank dieser Wert, der 1960 noch 53,9 Jahre betragen hatte, um genau ein Jahr auf 52,9. BSB 220, S. 64 (1960), und BSB 283, S. 52 (1966).

¹⁷³ Als Beleg für diese These diente die Tatsache, daß der Rückgang des Durchschnittsalters in Gemeinden über 10000 Einwohnern besonders stark ausgeprägt war. BSB 283, S. 52.

¹⁷⁴ Bayernweit waren zum 1. 5. 1966 lediglich 186 von 7001 Bürgermeistern berufsmäßig tätig; das entspricht einem Anteil von 2,7 Prozent. BSB 283, S. 53. Daraus wird bereits ersichtlich, daß die veränderte gesetzliche Bestimmung keinen entscheidenden Einfluß auf die Veränderung des Durchschnittsalters der bayerischen Bürgermeister gehabt haben kann.

¹⁷⁵ Diese und die folgenden Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindegewahlgesetze der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

sich ab Mitte der fünfziger Jahre dank der expandierenden Automobilindustrie zu *der* Boomregion par excellence entwickelte. Hier war das Durchschnittsalter der Bürgermeister in den kreisangehörigen Gemeinden bereits 1960 von 54,2 auf 52,7 Jahre zurückgegangen, um sechs Jahre später nochmals um über vier Jahre zu sinken. Im Zuge dieses Verjüngungsprozesses verloren vor allem die Ortsvorsteher, die bereits das 60. Lebensjahr überschritten hatten, an Bedeutung. Im Landkreis Ingolstadt hatte diese Altersgruppe ihren Zenit schon 1956 erreicht – zehn Jahre früher als in den untersuchten ländlichen Regionen; bereits ab 1960 ging ihre Zahl signifikant zurück. Gleiches galt ab 1966 für diejenigen Bürgermeister, die zum Wahltermin zwischen 51 und 60 Jahre alt waren. An ihre Stelle traten wesentlich jüngere Männer im Alter zwischen 40 und 50 Jahren.¹⁷⁶

Bei der beachtlichen Zunahme der Bürgermeister unter 40 Jahren dürfte es sich freilich um ein Spezifikum von Regionen gehandelt haben, deren Wirtschaftsstruktur in erster Linie von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben dominiert war. Landesweit variierte der Anteil dieser Altersgruppe regelmäßig zwischen acht und zwölf Prozent, wobei sie in den Wahlen von 1960 und 1966 mit elf bzw. zwölf Prozent relativ am besten abschnitten.¹⁷⁷ Deutlich schlechter standen die Chancen für den politischen Nachwuchs in den ländlichen Regionen: Während dort die älteste Gruppe ihre Stellung unter den Bürgermeistern bis in die sechziger Jahre hinein kontinuierlich ausbauen konnte, gelang es den unter 40jährigen im gesamten Untersuchungszeitraum nicht, in größerem Maße in den Rathäusern Fuß zu fassen. Im Landkreis Landsberg am Lech, wo das Nachrücken von jungen Kandidaten unter 40 Jahren extrem selten war, nahm ihre Zahl 1966 sogar noch ab.¹⁷⁸ Im Landkreis Roding legten sie zwar 1966 leicht zu, blieben jedoch auch hier mit gut zehn Prozent noch unter dem bayerischen Durchschnitt.¹⁷⁹ In verschiedener Hinsicht typisch für den Generationswechsel mit angezogener Handbremse war der Wahlausgang in der Gemeinde Egling an der Paar im Landkreis Landsberg. Seit 1946 hatte dort der 1887 geborene Landwirt Franz Braumüller als Bürgermeister fungiert, für den 1960 fast 90 Prozent der Wahlberechtigten gestimmt hatten. 1966 trat der mittlerweile 78jährige Greis aus Altersgründen von der kommunalpolitischen Bühne ab und machte den Weg frei für Mathias Mayer, einen 1912 geborenen Lagerhausverwalter. Obwohl der Altersunterschied zwischen beiden Männern fast 25 Jahre betrug, kann von einer radikalen Verjüngung keine Rede sein. Schließlich wurde mit dem 53jährigen Mayer ein „Mann in den besten Jahren“ zum Bürgermeister gewählt.¹⁸⁰ Noch stärker ausgeprägt als in Egling war

¹⁷⁶ Diese Angaben verdanke ich meinem Kollegen Thomas Schlemmer, der eine Studie über die Region Ingolstadt vorbereitet. Vgl. Schlemmer, *Gesellschaft und Politik in Bayern*, S. 317–320, und ders., „Bayerns Ruhrgebiet“.

¹⁷⁷ Die Altersgruppenschichtung der bayerischen Bürgermeister findet sich in: BSB 182, S. 19 (1952), BSB 203, S. 31 (1956), BSB 220, S. 64 (1960) und BSB 283, S. 52 (1966).

¹⁷⁸ 1960 waren 8,2 Prozent aller Bürgermeister im Landkreis Landsberg unter 40 Jahre alt gewesen, 1966 waren es nur noch sechs Prozent. Berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Landsberg.

¹⁷⁹ Im Landkreis Roding waren 1960 8,5 Prozent aller Bürgermeister unter 40 Jahre alt gewesen, 1966 erhöhte sich ihr Anteil leicht auf 10,4 Prozent. Berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Roding.

¹⁸⁰ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Egling an der Paar, sowie Müller-Hahl, *Landsberg nach 1918*, S. 241.

die Beharrungskraft im Wandel in Obermühlhausen, einer südlich von Landsberg gelegenen Bauerngemeinde, in der 1961 knapp 300 Menschen lebten. Hier wurde 1966 der Zimmerermeister Sebastian Mayr zum Nachfolger von Leonhard Berghofer erkoren, der im hohen Alter von 76 Jahren auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet hatte. Mayr, Jahrgang 1901, war zum Zeitpunkt seiner Wahl bereits stattliche 64 Jahre alt.¹⁸¹

Es gab freilich auch die eine oder andere Gemeinde, in der 1966 ein bedeutend jüngerer Bürgermeister ans Ruder kam. Im oberbayerischen Geretshausen etwa trat der erst 35jährige Landwirt Ferdinand Braummüller in die Fußstapfen des 1902 geborenen Josef Braumiller, der seit 1945 die Geschicke der Gemeinde gelenkt hatte. Braummüller übernahm kein leichtes Erbe, denn der „Geretshausener Sepp“, seit 1946 sowohl Mitglied des Kreistags als auch des Kreis Ausschusses, hatte zu den einflußreichsten Politikern im Landkreis gezählt und die Politik in Geretshausen während seiner 20jährigen Amtszeit weitgehend allein bestimmt.¹⁸² Noch drastischer fiel der Generationswechsel 1966 in der oberpfälzischen Marktgemeinde Stamsried aus, wo der erst 27jährige Feldweibel Wolfgang Spießl den 1892 geborenen Landwirt Alois Preißer ablöste. Der Altersunterschied zwischen den beiden Männern betrug 46 Jahre!¹⁸³ Während Preißer seine politische Sozialisation noch im Kaiserreich erfahren hatte, war Spießl, seinerzeit der jüngste Bürgermeister im Landkreis, bereits ein Kind der Ära Adenauer; er gehörte jener „skeptischen Generation“ an, die ihre prägenden Erfahrungen in der Nachkriegszeit und während des „Wirtschaftswunders“ gesammelt hatte.¹⁸⁴ Kein Zufall, daß Geretshausen und Stamsried zu dem Gemeindetypus zählten, in dem sich die Landwirtschaft sowie Gewerbe und Industrie die Waage hielten. Von einer Ausnahme abgesehen, kamen sämtliche 1966 in Landsberg und Roding gewählten Bürgermeister, die das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten, in Kommunen zu Amt und Würden, die eine derartige Wirtschaftsstruktur aufwiesen.¹⁸⁵ Das lag daran, daß jüngeren Bewerbern sowohl in den regionalen Zentren als auch in den kleinen, noch gänzlich landwirtschaftlich geprägten Gemeinden strukturelle Hindernisse entgegenstanden, die eine erfolgreiche Kandidatur um das Bürgermeisteramt erschwerten. In den Kreisstädten und größeren Marktgemeinden, in denen stets mehrere Wahlvorschläge eingereicht wurden, zählte neben der beruflichen häufig eine längere Parteikarriere zu den Voraussetzungen, um überhaupt als Bürgermeisterkandidat aufgestellt zu werden.¹⁸⁶ Bis sich die jungen Parteisol daten in der parteiinternen Hierarchie, die über die „Erbfolge“ entschied, hochgedient hatten, waren sie nicht selten in Ehren ergraut.

¹⁸¹ BSB 231a, S. 60, und BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Obermühlhausen.

¹⁸² BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Geretshausen, sowie Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 251.

¹⁸³ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Marktgemeinde Stamsried.

¹⁸⁴ Der Begriff geht zurück auf Helmut Schelsky. Er bezeichnet jene „Generation der vorsichtigen, aber erfolgreichen jungen Männer“, die sich in ihrer Jugend aufgrund der abschreckenden Erfahrungen während des „Dritten Reichs“ weitgehend aus der Politik herausgehalten hatte. Schelsky, Die skeptische Generation, S. 488.

¹⁸⁵ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

¹⁸⁶ Zum Zusammenhang von Parteikarriere und Mandat vgl. Dürr, Soziale Strukturen, S. 226.

In den kleinen Landgemeinden dagegen blieb das entscheidende Qualifikationskriterium, das jüngere Bewerber erfüllen mußten, die Übernahme des landwirtschaftlichen Betriebs der Eltern. Oft zögerten diese die Hofübergabe jedoch hinaus, und zwar nicht zuletzt aufgrund der im Vergleich zu anderen Berufsgruppen unsicheren bzw. unzureichenden Altersversorgung.¹⁸⁷ Manch ein „Jungbauer“ war somit gar nicht mehr so jung, als er endlich das Regiment auf dem Hof führen konnte. Andererseits ließ seit den fünfziger Jahren die Bereitschaft vieler Hoferben nach, den landwirtschaftlichen Familienbetrieb weiterzuführen, winkten doch im sekundären und tertiären Sektor bessere Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie Urlaubs- und Pensionsansprüche.¹⁸⁸ In manchen Gemeinden mag es daher sogar schwierig gewesen sein, überhaupt einen jungen Bewerber zu finden, der die nötigen Voraussetzungen erfüllte und geneigt war, ein Amt zu übernehmen, das nicht nur Freude machte. Es ist deshalb schwer vorstellbar, daß ein Jüngling wie Wolfgang Spießl in einer der kleinen Gemeinden des Landkreises Roding, etwa in Braunried oder in Zimmering, zum Bürgermeister gewählt worden wäre. Noch schwerer vorstellbar ist freilich, daß Spießl, der sich vor seiner Wahl „nur“ in der Jungen Union einen Namen gemacht hatte, in der Stadt Roding auch nur in die engere Wahl für die Kandidatenaufstellung gezogen worden wäre. In einer Gemeinde wie Stamsried dagegen, die einerseits keine reine Bauerngemeinde mehr war, die aber andererseits noch nicht vollständig von Industrie und Dienstleistungssektor geprägt wurde, in einer solchen Gemeinde konnte es ein junger, aufstrebender Mann wie Wolfgang Spießl 1966 zum Bürgermeister bringen.

Vorbedingung für einen Generationswechsel, das zeigen alle genannten Beispiele, war der – meist altersbedingte – Verzicht des Altbürgermeisters auf eine neuerliche Kandidatur. Stellte sich der Amtsinhaber jedoch abermals zur Wahl, konnte er auch 1966 dem Wahltag gelassen entgehen, denn nach wie vor war der Amtsbonus enorm. Zwar sank die Wiederwahlquote bei den Bürgermeisterwahlen von 1966 in beiden Landkreisen deutlich, immerhin wurden jedoch in Landsberg über die Hälfte, in Roding sogar über zwei Drittel aller Ortsvorsteher in ihren Ämtern bestätigt.¹⁸⁹ Insofern kann zu diesem Zeitpunkt von einem umfassenden Generationswechsel in den Rathäusern keine Rede sein. In den Kommunalparlamenten der beiden Landkreise lag der Anteil der „Jungen“ dagegen erheblich höher¹⁹⁰, und das Durchschnittsalter der Gemeinderatsmitglieder sank. Im Landsberger Raum, wo die unter 40jährigen bis 1956 konstant um die 15 Prozent der Gemeinderatsmitglieder ausgemacht hatten, stieg ihr Anteil nach den Wahlen von 1960 und 1966 auf rund 25 Prozent. Im Landkreis Roding war die Verjüngung sogar noch etwas stärker ausgeprägt. Bayernweit verlief diese Ent-

¹⁸⁷ Vgl. Feldenkirchen/Herrmann, Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte, und van Deenen, Bäuerliche Familien im sozialen Wandel, sowie Traeger, Soziale Agrarpolitik.

¹⁸⁸ Vgl. dazu beispielsweise Kötter, Landbevölkerung im sozialen Wandel, S. 112–153, und Schmitt, Hofnachfolger.

¹⁸⁹ Diese und die folgenden Angaben berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

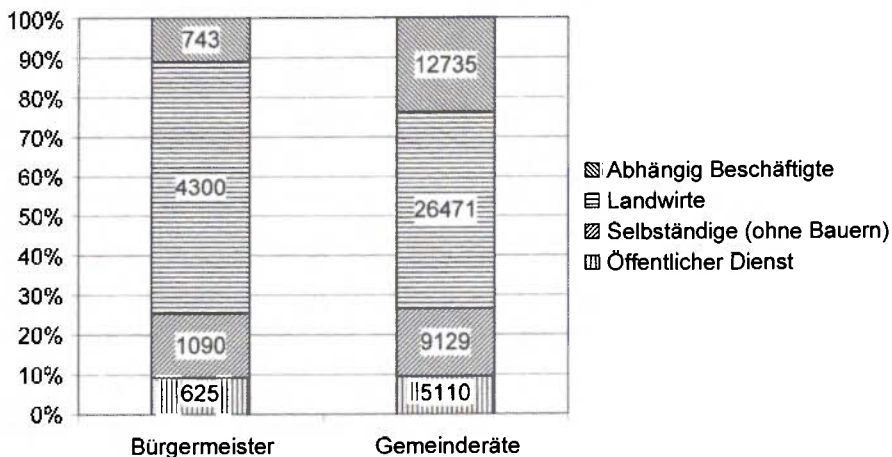
¹⁹⁰ Das genaue Durchschnittsalter der Gemeinderäte ließ sich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg zwar nicht ermitteln. Vorsichtige Rückschlüsse auf ihre Altersstruktur sind allerdings aufgrund der Angaben, wieviele der Mitglieder zum Zeitpunkt der Wahl das vierzigste Lebensjahr noch nicht überschritten hatten, möglich.

wicklung, von kleinen Verschiebungen abgesehen, in denselben Bahnen. Im Landesdurchschnitt waren Bewerber unter 40 Jahren jedoch schon 1952 und 1956 in stärkerem Maße, nämlich zu über 20 Prozent, im Gemeinderat vertreten gewesen als in den beiden untersuchten Landkreisen. 1960 erfolgte ein deutlicher Anstieg auf knapp 30 Prozent, und dieser Wert wurde auch sechs Jahre später ungefähr wieder erreicht.¹⁹¹

c) Die Dominanz der Bauern bröckelt

Die Kommunalwahlen von 1966 bedeuteten auch den ersten spürbaren Einschnitt in die Berufsstrukturen, die lange Zeit wie zementiert schienen. Bayernweit verloren die Selbständigen, allen voran die Landwirte, in den Rathäusern und Gemeinderäten deutlich an Einfluß. Staatsbedienstete und abhängig Beschäftigte legten dagegen stark zu.¹⁹²

Graphik 3: Erwerbsstruktur der Bürgermeister und Gemeinderäte in Bayern 1966



Der Trend zur Veränderung war zwar in den Landkreisen Landsberg und Roding schwächer ausgeprägt, jedoch auch hier zu beobachten.¹⁹³ Sowohl bei den Bürgermeistern und Gemeinderäten der kreisangehörigen Kommunen beider Landkreise als auch bei den Kreisräten aller elf untersuchten Regionen ging die Zahl der

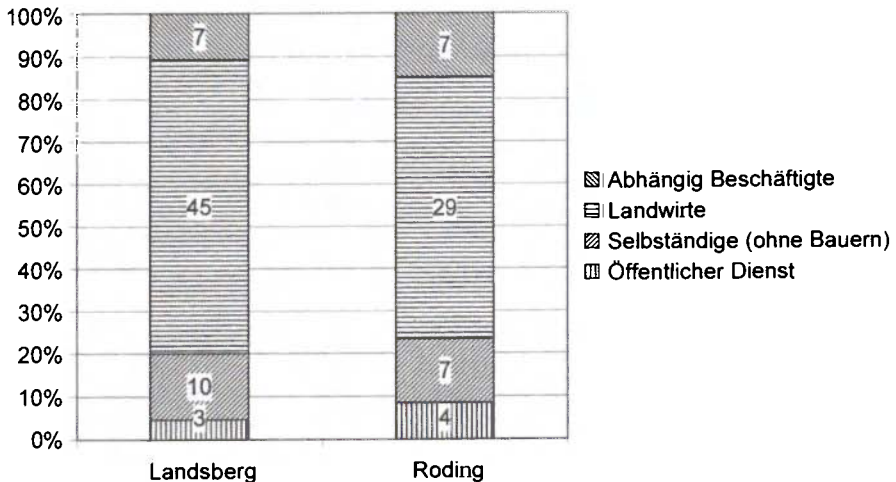
¹⁹¹ Bayernweit betrug 1952 der Anteil der Gemeinderatsmitglieder, die zum Zeitpunkt ihrer Wahl das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten hatten, 21,1 Prozent (BSB 182, S. 23); 1956 waren es 23,1 Prozent (BSB 203, S. 26), 1960 dann 29,0 Prozent (BSB 220, S. 58) und 1966 schließlich 28,3 Prozent (BSB 283, S. 41). Die bayernweiten Angaben für 1952 und 1956 beziehen sich allerdings nur auf die Gemeinderatsmitglieder, die nach Verhältniswahl gewählt wurden. 1960 und 1966 wurden auch die nach Mehrheitswahlen bestellten Mitglieder des Gemeinderats erfaßt.

¹⁹² Die Berufsgruppenschichtung der bayerischen Bürgermeister findet sich in: BSB 147, S. 14 (1948), BSB 182, S. 18 (1952), BSB 203, S. 30 (1956), BSB 220, S. 63 (1960) und BSB 283, S. 50f. (1966).

¹⁹³ Diese und die folgenden Angaben berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

Landwirte spürbar zurück. Auch hier traten nun vermehrt abhängig Beschäftigte und Staatsbedienstete an ihre Stelle. Im Landkreis Landsberg bekleideten Landwirte zwischen 1966 und 1972 nur noch zwei Drittel der Bürgermeisterposten; in der vorangegangenen Wahlperiode waren es noch 82 Prozent gewesen. Im Landkreis Roding ging ihre Zahl nicht so stark zurück, immerhin war aber auch hier ein Minus von acht Prozentpunkten gegenüber den Wahlen von 1960 festzustellen. In den Gemeinden des Vorderen Bayerischen Waldes konnten sich nun verstärkt Angehörige des öffentlichen Dienstes bei den Bürgermeisterwahlen durchsetzen, im Landsberger Raum wurden die Bauern vor allem von Angestellten abgelöst.

Graphik 4: Erwerbsstruktur der Bürgermeister 1966



Insofern war die Bürgermeisterwahl von 1966 in Egling an der Paar, einer vergleichsweise strukturstarken Gemeinde im Norden des Landkreises Landsberg, nicht nur in generationeller Hinsicht, sondern auch bezüglich des Berufsprofils der Ortsvorsteher charakteristisch, wurde doch der Landwirt Franz Braumüller durch den Lagerhausverwalter Mathias Mayer abgelöst. Dieser Wechsel trug den Veränderungen der Wirtschaftsstruktur Eglings Rechnung, in der die Landwirtschaft zwar 1961 immer noch 36 Prozent der Einwohner ein Auskommen bot, 45 Prozent jedoch bereits vom produzierenden Gewerbe lebten. Kein Wunder auch, daß nunmehr ein abhängig Beschäftigter zum Bürgermeister gewählt wurde, denn nur noch 18 Prozent der Erwerbspersonen gingen einer selbständigen Tätigkeit nach.¹⁹⁴ Ein ähnliches Bild bot sich in Penzing, einer größeren Gemeinde in un-

¹⁹⁴ Das Wahlergebnis von 1966 nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Egling an der Paar. Was die Bedeutung der Landwirtschaft betrifft, erreichte Egling mit 36 Prozent der Wohnbevölkerung genau den Durchschnitt des Landkreises Landsberg. Hinsichtlich des Anteils der Wohnbevölkerung, die ihren Unterhalt aus dem produzierenden Gewerbe bezog, lag Egling mit

mittelbarer Nachbarschaft zur Kreisstadt. Diese vormals rein ländlich geprägte Ortschaft hatte bereits 1936 im Zuge der Ansiedlung eines Fliegerhorsts ihr Gesicht stark verändert. In den fünfziger Jahren, nachdem die Bundeswehr diesen Standort wieder in Beschlag genommen hatte, verzeichnete Penzing ein immenses Bevölkerungswachstum, mit dem weitere Verschiebungen der Erwerbsstruktur einhergingen. 1961 lebten nur noch 27 Prozent der Penzinger von der Landwirtschaft, jeder zweite Einwohner bezog dagegen Lohn und Brot aus dem Dienstleistungssektor bzw. von der öffentlichen Hand. Folgerichtig trat 1966 der Verwaltungsangestellte Martin Stechele, der 1925 das Licht der Welt erblickt hatte, die Nachfolge von Andreas Steichele, einem 1895 geborenen Bauern, an, der aus Altersgründen auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet hatte.¹⁹⁵ Aber auch in Gemeinden, in denen nach wie vor der primäre Sektor dominierte, hatten abhängig Beschäftigte und Beamte 1966 offenkundig größere Wahlchancen als zuvor. In Mainsbauern etwa, einer im Süden des Landkreises Roding gelegenen Gemeinde von 350 Seelen, trat der ehemalige Gemeindegemeinschafter Alois Weber (Jahrgang 1924) in die Fußstapfen des 1908 geborenen Landwirts Albert Dobliger, der seit 1948 Bürgermeister gewesen war, sich 1966 jedoch nicht mehr zur Wiederwahl stellte. Der Wahlausgang kam insofern überraschend, als Mainsbauern seinen agrarischen Charakter weitgehend behalten hatte: 65 Prozent der Bevölkerung lebten von der Landwirtschaft, 29 Prozent bezogen ihren Lebensunterhalt aus Industrie und Gewerbe sowie lediglich sieben Prozent aus dem Dienstleistungssektor und von der öffentlichen Hand.¹⁹⁶

Freilich sollte das Element des Wandels nicht überschätzt werden, denn in vielen Gemeinden änderte sich hinsichtlich der Berufsstruktur der Bürgermeister gar nichts – meistens wurden ja ohnehin die Amtsinhaber wiedergewählt. In einigen Fällen trat 1966 ein Bauer an die Stelle des anderen, wie etwa in der Gemeinde Geretshausen, wo es mit der Wahl von Ferdinand Braummüller zwar zu einem Generationswechsel, nicht jedoch zu einer Veränderung des Berufsprofils kam: Braummüller war, wie sein Vorgänger Braumiller, ein in Geretshausen geborener Landwirt, der seinen eigenen Hof bewirtschaftete. Ganz ähnlich verlief die Entwicklung im oberbayerischen Hechenwang. Hier verzichtete Altbürgermeister Martin Graf, ein 1903 geborener Bauer, 1966 auf eine neuerliche Kandidatur; ihm folgte der 1919 geborene Landwirt Josef Giggenbach als Oberhaupt der Gemeinde. In Geretshausen wie auch in Hechenwang schien dieser Wahlausgang logisch, denn beide Gemeinden waren noch 1961 weit stärker agrarisch geprägt als der Landkreisdurchschnitt.¹⁹⁷

45 Prozent deutlich über dem Landkreismittel, das bei 38 Prozent lag. Berechnet nach BSB 231 a, S. 62–66.

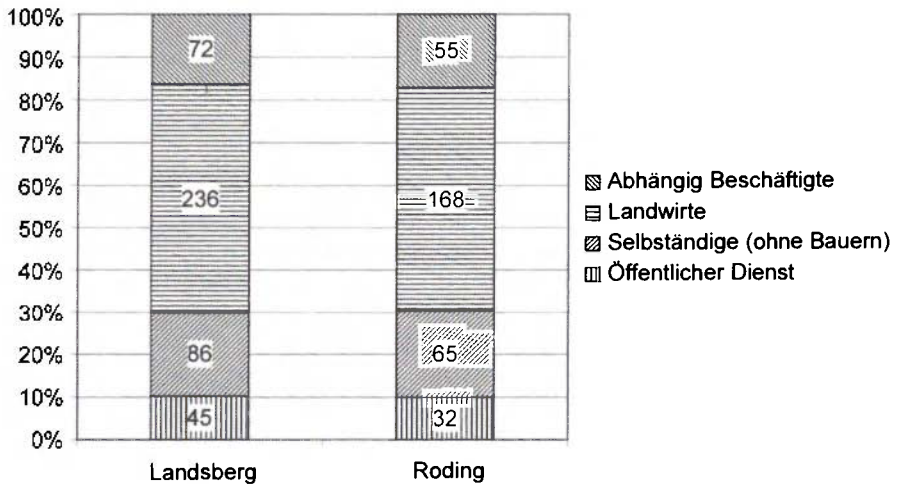
¹⁹⁵ Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 294 ff. Zur Bevölkerungs- und Erwerbsstatistik Penzings BSB 231 a, S. 60–64. Zu den Bürgermeisterwahlen von 1966 BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Penzing.

¹⁹⁶ Zum Wahlergebnis BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Mainsbauern. Zur Wirtschaftsstruktur von Mainsbauern von 1961 BSB 231 a, S. 230 f.

¹⁹⁷ 1961 waren im Landkreis Landsberg insgesamt 36 Prozent der Bevölkerung von Einkünften aus dem primären Sektor abhängig, während 38 Prozent im produzierenden Gewerbe sowie 26 Prozent im Dienstleistungssektor bzw. im Staatsdienst ihren Lebensunterhalt verdienten. In Geretshausen waren dagegen noch 50 Prozent im primären Sektor, 32 Prozent in Industrie und Gewerbe sowie 18 Prozent im Dienstleistungsbereich und bei der öffentlichen Hand tätig. In Hechenwang

Ähnliche Veränderungen waren für die Berufsstruktur der Gemeinderäte in den Kommunen der Landkreise Landsberg und Roding kennzeichnend. Auch hier ging der Anteil der Bauern um sieben bzw. sechs Prozentpunkte zurück, die damit merklich an Einfluß in der kommunalen Politik verloren. Die Zahl der abhängig Beschäftigten stieg dagegen zum gleichen Zeitpunkt sprunghaft an – in Landsberg von fünf auf 16 Prozent und in Roding von sieben auf beinahe 17 Prozent. Allerdings war die Arbeiterschaft auch 1966 unzureichend vertreten, während die Selbständigen deutlich überrepräsentiert blieben. Weiterhin gar nicht in den Kommunalparlamenten präsent waren die mithelfenden Familienangehörigen, die jedoch in beiden Landkreisen immer noch eine beachtliche Rolle spielten.¹⁹⁸

Graphik 5: Erwerbsstruktur der Gemeinderäte 1966



Einmal mehr fielen die Veränderungen bei der beruflichen Zusammensetzung der Kommunalvertretungen in den regionalen Zentren am deutlichsten aus: Dem 1966 gewählten 16köpfigen Stadtrat von Nittenau gehörte kein einziger Bauer mehr an. Das war alles andere als selbstverständlich, denn 1961 bezogen immer

bezogen sogar noch 61 Prozent der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft, vom produzierenden Gewerbe waren 19 Prozent, von Dienstleistungsbetrieben und vom Staat 20 Prozent lohnabhängig. BSB 231 a, S. 62–64. Das Resultat der Wahlen nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapen Geretshausen und Hechenwang.

¹⁹⁸ Zwar waren 1961 noch 42 Prozent der Erwerbspersonen im Landkreis Landsberg im primären Sektor, 34 Prozent im produzierenden Gewerbe, acht Prozent in Handel und Verkehr sowie 16 Prozent im Dienstleistungsbereich tätig, doch nur 20 Prozent waren selbständig, immerhin noch 26 Prozent mithelfende Familienangehörige, zwölf Prozent Beamte und Angestellte sowie immerhin bereits 39 Prozent Arbeiter und drei Prozent Lehrlinge. BSB 231 a, S. 66 f. Ganz ähnlich lagen die Dinge im Landkreis Roding. Hier waren 1961 sogar noch 47 Prozent der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig, 33 Prozent im produzierenden Gewerbe, neun Prozent in Handel und Verkehr sowie elf Prozent im Dienstleistungssektor. Selbständig waren indes nur 23 Prozent, 31 Prozent dagegen mithelfende Familienangehörige, neun Prozent Beamte und Angestellte, sowie 34 Prozent Arbeiter und drei Prozent Lehrlinge. BSB 231 a, S. 230 f. Die Erwerbsstruktur der Gemeinderäte wurde berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

noch 17 Prozent der Wohnbevölkerung ihr Einkommen aus der Landwirtschaft. Dennoch stellten die Selbständigen mit fünf Handwerkern und Gewerbetreibenden, zwei Angehörigen der freien Berufe sowie einem Kaufmann nach wie vor die Hälfte seiner Mitglieder, obwohl nur 20 Prozent der in Nittenau lebenden Erwerbspersonen einer selbständigen Tätigkeit nachgingen. Besonders stark zugelegt hatte der öffentliche Dienst, dem zwei Staats- und ein Gemeindebeamter, zwei Lehrer und ein Angestellter angehörten, während die Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft mit nur zwei Vertretern unzureichend repräsentiert blieben – allein die Arbeiterschaft stellte 1961 bereits 44 Prozent der Nittenauer Erwerbstätigen.¹⁹⁹ Auch in Kaufering, das in den fünfziger Jahren einen enormen Bevölkerungszuwachs verzeichnete, hatte sich der Gemeinderat 1966 deutlich verändert. Nur noch ein Viertel seiner Mitglieder bestand aus Bauern, was genau der wirtschaftlichen Bedeutung des primären Sektors in der Gemeinde entsprach. Die Selbständigen insgesamt, die – einen Kaufmann und einen Arzt mitgerechnet – über ein Drittel der Mandate errangen, waren eindeutig überrepräsentiert, hält man sich vor Augen, daß 1961 nur zwölf Prozent der Erwerbstätigen zu dieser Gruppe gehörten. Wie im Stadtrat von Nittenau, konnten die Staatsbediensteten auch in der Kauferinger Gemeindevertretung die größten Zugewinne verbuchen. 1966 bezogen sieben von 16 Gemeinderatsmitgliedern Lohn und Brot von der öffentlichen Hand.²⁰⁰ Dagegen gelang nur drei Arbeitnehmern, die nicht im öffentlichen Dienst standen, der Einzug in den Kauferinger Gemeinderat. Berücksichtigt man, daß die Arbeiterschaft 1961 knapp 50 Prozent der Erwerbspersonen umfaßte, waren die abhängig Beschäftigten auch hier nicht angemessen vertreten.

Es gab jedoch eine ganze Reihe von Kommunen, in denen sich die berufliche Zusammensetzung der Gemeinderäte auch 1966 kaum oder gar nicht veränderte. Das kam vor allem in kleinen Landgemeinden vor, in denen dem primären Sektor nach wie vor eine überragende Bedeutung zukam. In der Zwerggemeinde Abtsried im Landkreis Roding etwa, die 1960 110 Einwohner zählte, von denen 69 wahlberechtigt waren, änderte sich im gesamten Untersuchungszeitraum an der Zusammensetzung der kommunalen Vertretung nichts – bis zur Auflösung Abtsrieds im Zuge der Gebietsreform bestand der Gemeinderat ausschließlich aus Bauern. Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft, von der 1961 immer noch 85 Prozent der Bevölkerung abhängig waren, konnte das bäuerliche Monopol im Bereich der Gemeindepolitik jedoch kaum überraschen.²⁰¹ Das gleiche Bild bot sich in den ebenfalls zum Landkreis Roding gehörenden Gemeinden Braunried und Diebersried. Nicht ganz so stark waren die Kräfte der Beharrung im oberbayerischen Winkl ausgeprägt, wo in den Wahlen von 1966 auch einem selbständigen Handwerker und einem Arbeiter der Einzug in den Gemein-

¹⁹⁹ Zum Wahlausgang von 1966 BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Stadt Nittenau. Zur Wirtschaftsstruktur Nittenaus von 1961 BSB 231 a, S. 230f.

²⁰⁰ Darunter befanden sich neben einem Staatsbeamten zwei Lehrer, drei Kommunalbeamte und ein öffentlicher Angestellter. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Kaufering.

²⁰¹ Zur Zusammensetzung des Gemeinderats BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Abtsried. Zur Wirtschaftsstruktur Abtsrieds 1961 BSB 231 a, S. 230f. Das Folgende nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen Braunried und Diebersried. In Braunried waren 1961 sogar noch 93 Prozent der Wohnbevölkerung von Einkünften aus der Landwirtschaft abhängig. BSB 231 a, S. 230.

derat gelang. Nach wie vor blieben dort jedoch die Bauern tonangebend, die vier von sechs Sitzen innehatten. In gewisser Weise trug dieser Wahlausgang den strukturellen Veränderungen Winkls Rechnung, denn im Lauf der fünfziger Jahre war auch hier die Bedeutung der Landwirtschaft zurückgegangen, wogegen die des produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors stetig zunahm.²⁰² Die Kommunalwahlen von 1966 brachten somit einen ersten Einschnitt in die Zusammensetzung der lokalen politischen Eliten auf dem Land, in dem der Strukturwandel der fünfziger und frühen sechziger Jahre seine Entsprechung fand. Ein völliger Umbruch blieb allerdings – vorerst noch – aus.

5. Umbruch im Zeichen der Gebietsreform: Die Kommunalwahlen von 1972

Dieser Umbruch erfolgte erst in den frühen siebziger Jahren. Er hing wesentlich mit der kommunalen Gebietsreform zusammen, als unter dem Banner der Verwaltungsvereinfachung zahlreiche Kommunen und ganze Landkreise aufgelöst wurden. Auch die beiden hier näher betrachteten Landkreise waren massiv von der Gebietsreform betroffen: Der Landkreis Roding verschwand als selbständige Verwaltungseinheit von der Bildfläche; die eine Hälfte, der ehemals untere Bezirk um Nittenau und Bruck, wurde in den neugeschaffenen Landkreis Schwandorf eingegliedert, der obere Bezirk um die vormalige Kreisstadt Roding ging im deutlich vergrößerten Landkreis Cham auf. Von den 44 kreisangehörigen Gemeinden behielten lediglich 14 ihre Selbständigkeit; allein elf Kommunen wurden in die Stadt Roding eingemeindet.²⁰³ Der Landkreis Landsberg am Lech blieb zwar erhalten, zeigte jedoch nach der Reform ein ganz neues Gesicht. Von den ehemals 59 kreisangehörigen Gemeinden existierten nur noch 28, acht kamen teilweise aus den Nachbarlandkreisen hinzu, darunter die bis dahin kreisfreie Stadt Landsberg, die nunmehr als „Große Kreisstadt“ ihre Sonderstellung verloren hatte.²⁰⁴

a) Die „Männer der ersten Stunde“ treten ab

Im Zuge der Gebietsreform kam die Änderung der Altersgruppenschichtung, die sich bereits 1966 ankündigt hatte, vollends zum Durchbruch. In den Gemeinden um Landsberg und Roding stellten nun Männer, die ihre politische Sozialisation

²⁰² 1950 waren noch 83 Prozent der Erwerbspersonen in Winkl im primären Sektor tätig gewesen, 1961 waren es 70 Prozent. Das produzierende Gewerbe nahm im gleichen Zeitraum von 13 auf 22 Prozent zu. BSB 231 a, S. 66f. Zur Zusammensetzung des Gemeinderats BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Winkl.

²⁰³ Die ehemals zum Landkreis Roding gehörenden Gemeinden Bruck, Fischbach und Nittenau wurden in den Landkreis Schwandorf eingegliedert. Die Gemeinden Altenkreith, Arrach, Falkenstein, Michelsneukirchen, Poesing, Reichenbach, Roding, Stamsried, Unterzell, Wald und Walderbach wurden dem Landkreis Cham zugeschlagen.

²⁰⁴ Erhalten blieben zunächst die Gemeinden Beuern, Dießen, Eching, Egling, Epfenhausen, Eresing, Erpfting, Finning, Greifenberg, Hofstetten, Holzhausen, Hurlach, Igling, Kaufering, Obermeitingen, Penzing, Pflugdorf-Stadl, Prittriching, Rieden, Rott, Scheuring, Schondorf, Schwifting, Stoffen, Thaining, Utting, Weil und Windach. Neu hinzu kamen neben der Stadt Landsberg die Gemeinden Apfeldorf, Denklingen, Fuchstal, Geltendorf, Kinsau, Reichling und Unterdießen.

im „Dritten Reich“ und im Zweiten Weltkrieg erfahren hatten, mehr als die Hälfte aller gewählten Bürgermeister.²⁰⁵ Im Landkreis Roding war der Umbruch besonders stark ausgeprägt: Hier verschwanden die Alten, die bereits in der Weimarer Republik politische Erfahrungen gesammelt und von 1948 bis in die sechziger Jahre hinein die kommunalpolitische Szenerie bestimmt hatten, aus den Spitzenpositionen der kreisangehörigen Gemeinden. Neben den zwischen 1915 und 1928 Geborenen, die im „Dritten Reich“ und im Zweiten Weltkrieg herangewachsen waren, konnten sich in den Gemeinden des Vorderen Bayerischen Waldes nun auch verstärkt Bewerber durchsetzen, deren politische Prägung erst nach 1945 erfolgt war. Ein etwas anderes Bild bot sich im Landsberger Raum, wo die Veränderungstendenzen schwächer ausgeprägt waren als im Altlandkreis Roding. Hier legten die von der Weimarer Republik geprägten Bürgermeister, die immer noch mehr als ein Drittel aller Rathäuser beherrschten, größere Beharrungskraft an den Tag. Dementsprechend seltener kamen in den Gemeinden am Lechrain Kandidaten zum Zuge, die ihre politische Sozialisation nach 1945 erfahren hatten. In der Landgemeinde Beuern etwa, der mit 250 Einwohnern kleinsten unter den verbliebenen Gemeinden des Landkreises Landsberg, wurde der seit 1948 amtierende Bürgermeister Benedikt Forster (Jahrgang 1907) wiedergewählt. Auch in der Marktgemeinde Dießen am Ammersee, der mit 6277 Einwohnern zweitgrößten Kommune des Landkreises, konnte sich 1972 abermals der 1911 geborene Max Weiher durchsetzen, der bereits seit 1952 als erster Bürgermeister fungierte.²⁰⁶ Allerdings überwog auch im Landkreis Landsberg der Wandel, der eine ganz neue Generation in die Rathäuser brachte. Zu diesen jungen Männern zählten etwa der 1942 geborene Walter Scharf, der 1972 im zarten Alter von 29 Jahren zum Bürgermeister der 1100 Seelen zählenden Gemeinde Scheuring gewählt wurde, nachdem Altbürgermeister Vitus Riedmair (Jahrgang 1904) auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet hatte, oder Josef Lautenbacher, der 1972 die Nachfolge von Peter Thoma als erster Bürgermeister von Epfenhausen antrat und 1931 das Licht der Welt erblickt hatte.²⁰⁷

Die generationellen Verschiebungen und der damit einhergehende Rückgang des Durchschnittsalters der kommunalpolitischen Entscheidungsträger sind einfach zu erklären. Bis in die sechziger Jahre hinein hatten die Repräsentanten des demokratischen Neubeginns, die entweder noch von der amerikanischen Militärregierung in ihre Ämter eingesetzt oder 1946 bzw. 1948 von der Bevölkerung gewählt worden waren, ihre Stellungen weitgehend behaupten können und sich dabei beträchtliche Verdienste, etwa um die Verbesserung der Infrastruktur „ihrer“ Gemeinden, erworben.²⁰⁸ Ab 1966 traten sie aus Altersgründen freiwillig von der

²⁰⁵ Diese und die folgenden Angaben zur Altersstruktur der Bürgermeister auf dem Land wurden berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapieren der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

²⁰⁶ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapieren Beuern und Markt Dießen am Ammersee. Die Angaben zur Bevölkerungsstatistik Beuerns und Dießens von 1972 nach BSB 305, S. 52.

²⁰⁷ Auch Thoma, der von 1960 bis 1972 als Bürgermeister Epfenhausens fungiert hatte, stellte sich 1972 nicht mehr zur Wiederwahl. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapieren Epfenhausen und Scheuring. Die Angaben zur Bevölkerungsstatistik Scheurings von 1972 nach BSB 305, S. 52.

²⁰⁸ Vgl. dazu die liebevollen Kurzportraits, die Bernhard Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, von den

politischen Bühne ab. Insofern war dieser Umbruch gewissermaßen naturbedingt. In der Stadt Nittenau etwa zog sich der 1899 geborene Ziegeleibesitzer Georg Heigl, der seit 1952 maßgeblich die Geschicke der Stadt gelenkt hatte, aus der Politik zurück; ihm folgte 1971 Karl Baudrexl, ein 1919 geborener Bankdirektor.²⁰⁹ In der Gemeinde Reichenbach wurde Johann Eichinger (Jahrgang 1905) von dem 1926 geborenen Karl Eichhorn ersetzt. Besonders extrem fiel die Verjüngung in der Gemeinde Poesing aus, wo sich gleichzeitig einer der seltenen Fälle ereignete, in denen der Amtsinhaber nicht aus freien Stücken abtrat. Hier unterlag der 1908 geborene Altbürgermeister Ludwig Weiß seinem Gegenkandidaten Alfons Daiminger, einem 1942 geborenen Lehrer.

Die Gebietsreform beschleunigte und verstärkte diesen Prozeß erheblich, da im Zuge dieser Maßnahme in erster Linie kleine Landgemeinden mit geringer Wirtschaftskraft aufgelöst und deren Elitenpositionen gewissermaßen „wegrationalisiert“ wurden.²¹⁰ Damit verschwand nun auch das Gros der betagten Dorfpolitiker klassischen Stils, die seit 1948 ohne Unterbrechung „ihre“ Gemeinde geleitet hatten. Darunter befanden sich so illustre Persönlichkeiten wie der Zimmeringer Bürgermeister Wolfgang Aschenbrenner (Jahrgang 1906) oder der 1908 geborene Johann Sanktjohanser aus Mundraching, die der Politik der beiden Gemeinden über lange Jahre hinweg ihren Stempel aufgedrückt hatten.²¹¹ In den neu entstandenen größeren Verwaltungseinheiten war für sie kein Platz mehr, deren politisches Personal rekrutierte sich größtenteils aus dem Personenkreis, der zuvor bereits in der Kerngemeinde politisch tätig gewesen war. Die altgedienten Eliten der aufgelösten Kommunen hatten zumindest keine Chance mehr, den Bürgermeistersessel der neuen Großgemeinde zu erobern. Dieser war in der Regel den Amtsinhabern der aufnehmenden Kommune vorbehalten. In der Stadt Roding etwa, in die im Zuge der Gebietsreform insgesamt elf Gemeinden eingegliedert

Bürgermeistern im Landkreis Landsberg zeichnete, obwohl er mit ihnen in den langen Jahren als Landrat so manchen Strauß auszufechten hatte.

²⁰⁹ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappe Stadt Nittenau. Das Folgende nach ebenda, Gemeindepappen Reichenbach und Pösing.

²¹⁰ 1970 existierten in Bayern noch 1071 Gemeinden, die weniger als 200 Einwohner zählten; am 1. 7. 1972 waren nur noch 416 derartige Zwerggemeinden übriggeblieben. Auch die Kategorie der Kommunen von 200 bis 500 Einwohnern, von denen es 1970 im Freistaat noch 2475 gegeben hatte, nahm im Zuge der Gebietsreform stark ab; zum 1. 7. 1972 bestanden nur mehr 1136 Gemeinden dieser Größenordnung. SJB 30 (1972), S. 11. 1972 amtierten in ganz Bayern 2644 Bürgermeister weniger als sechs Jahre zuvor, und die Zahl der Gemeinderäte sank um 8056. 1966 wurden bayernweit 7001 Bürgermeister und 54 106 Gemeinderäte gewählt; BSB 283, S. 40 und S. 49. 1972 waren es nur noch 4357 Bürgermeister und 46 714 Gemeinderäte; BSB 332, S. 20 und S. 37. Das entsprach einem Minus von 38 Prozent bei den Ortsvorstehern und 15 Prozent bei den Gemeindevertretern. Die beiden hier untersuchten Landkreise waren von dieser Entwicklung in ungleich stärkerem Maße betroffen: Im Landkreis Landsberg betrug die Abnahme bei den Bürgermeistern 53 Prozent und bei den Gemeinderäten 29 Prozent, im Landkreis Roding waren es sogar 68 bzw. 49 Prozent. Im Landkreis Landsberg wurden 1966 59 Bürgermeister und 444 Gemeinderäte gewählt, 1972 waren es nur noch 28 bzw. 316. Berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappen der kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Landsberg. Im Landkreis Roding, wo 1966 noch 44 Bürgermeister und 328 Gemeinderäte gewählt wurden, sanken die Elitenpositionen auf 12 bzw. 168. Berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappen der kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Roding.

²¹¹ Zu Mundraching und Johann Sanktjohanser Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 283; zu Zimmering und Wolfgang Aschenbrenner Chamer Zeitung vom 24. 9. 1996 („Die Geschichte eines alten Fotos“).

wurden, bestätigte der Wähler den Gärtnereibesitzer Ludolf Stuiber in seinem Amt, das er bereits seit 1964 bekleidete.²¹² Lediglich drei, bezeichnenderweise jüngere Männer, die bereits in den aufgelösten Gemeinden kommunalpolitisch aktiv gewesen waren, konnten sich unter den neuen Vorzeichen behaupten: Die Gemeinderäte Konrad Meillinger (Jahrgang 1930) aus Mitterdorf und Josef Ederer (Jahrgang 1925) aus Strahlfeld sowie der Mitterdorfer Altbürgermeister Peter Ippisch (Jahrgang 1917) nahmen nunmehr im personell aufgestockten Rodinger Stadtrat Platz.²¹³

Eine der signifikantesten Folgen der Gebietsreform für die Zusammensetzung der kommunalpolitischen Eliten in den untersuchten Regionen lag im drastischen Rückgang der über 60jährigen Bürgermeister, die zuvor gerade die Amtsstuben in kleinen Landgemeinden besetzt hatten. Diese Altersgruppe verschwand im Landkreis Roding nun völlig aus den Rathäusern; im Landkreis Landsberg machte sie noch ein knappes Viertel aller Gemeindevorsteher aus. In ganz Bayern waren knapp neun Prozent aller Bürgermeister älter als 65 Jahre, was nicht zuletzt an der gesetzlichen Bestimmung lag, nach der hauptberuflich tätige kommunale Wahlbeamte mit 65 nicht mehr kandidieren durften.²¹⁴ Die zweite Altersgruppe, der in den beiden ausgewählten Landkreisen rund ein Drittel der Gewählten angehörte, umfaßt die Personen, die zum Zeitpunkt der Wahl zwischen 51 und 60 Jahre alt waren. Bayernweit war sogar jeder zweite 1972 gewählte Bürgermeister dieser Gruppe zuzurechnen. Die Angehörigen der dritten Altersgruppe, die 1972 zwischen 40 und 50 Jahre alt waren, bekleideten in den verbliebenen Gemeinden des Altlandkreises Roding bereits über die Hälfte der Bürgermeisterposten; im Landkreis Landsberg kamen sie dagegen nur auf ein knappes Drittel und erreichten damit annähernd den gesamt-bayerischen Durchschnittswert. Die unter 40jährigen, für die der Nationalsozialismus eher ein geschichtliches Ereignis denn Bestandteil der eigenen Biographie war, stellten dagegen lediglich knapp zehn Prozent der Ortsvorsteher im Freistaat. In Landsberg kamen sie nur auf vier Prozent, im Raum Roding dagegen übertrafen sie mit über 18 Prozent den landesweiten Durchschnitt fast um das Doppelte. Die über 60jährigen hatten auf den Kommandobrücken der neu geschaffenen Großgemeinden keinen Platz mehr, erforderte deren Verwaltung doch dynamisches und vor allem besser ausgebildetes Personal.

²¹² BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapier Stadt Roding. Stuiber war im Oktober 1971 in seinem Amt bestätigt worden, nachdem die kommunale Gebietsreform hier bereits im Sommer 1971 abgeschlossen worden war. Dabei wurden die Gemeinden Braunried, Fronau, Haus, Mitterdorf, Neubäu, Obertrübenbach, Strahlfeld, Trasching, Wetterfeld und Zimmering in die Stadt Roding eingemeindet, die nunmehr insgesamt ein Viertel der Gemeinden des Altlandkreises umfaßte. 1978 wurde schließlich die Gemeinde Altenkreith, die bis zuletzt auf ihrer Selbständigkeit beharrt hatte, in die Stadt Roding zwangseingemeindet.

²¹³ Stadtarchiv Roding, Bestand Stadt Roding, 024/1.8. Wahl der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder 1971.

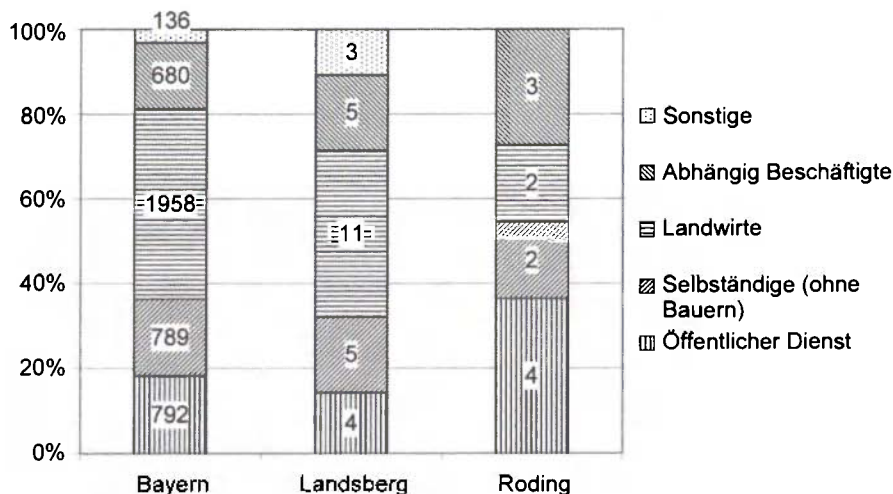
²¹⁴ Die Zahlen, die für ganz Bayern vorliegen, sind nur noch sehr eingeschränkt mit den für die Untersuchungsregionen ermittelten Daten wie auch mit den Ergebnissen der vorangegangenen Wahlen vergleichbar, da das Statistische Landesamt zu diesem Zeitpunkt eine Veränderung der Alterskategorien der gewählten ersten Bürgermeister vorgenommen hat. Von 1952 bis 1966 teilte das Statistische Landesamt die gewählten 1. Bürgermeister aller bayerischen Gemeinden in die Altersgruppen bis 30 Jahre, 31–35, 36–40, 41–45, 46–50, 51–55, 56–60 und über 60 Jahre ein. BSB 182, S. 19; BSB 203, S. 31; BSB 220, S. 64; BSB 283, S. 52. Ab 1972 wurden nur noch die Altersgruppen unter 30 Jahren, 30–39, 40–49, 50–64 sowie 65 und älter erhoben. BSB 332, S. 40.

Damit stiegen die Chancen jüngerer Bewerber, die über derartige Qualifikationen verfügten: Das traditionelle Kriterium der Lebenserfahrung trat nun mehr und mehr hinter fachliche Gesichtspunkte, etwa einer besseren Bildung oder Ausbildung, zurück. Dem veränderten Anforderungsprofil, das an einen Bürgermeister oder einen Gemeinderat gestellt wurde, konnten die alten dörflichen Honoratioren nicht mehr genügen, die Zeit war über sie hinweggegangen.

b) Das Ende der Herrschaft der Selbständigen

Die Gebietsreform brachte gleichzeitig einschneidende Veränderungen der Berufsstruktur der kommunalen Mandatäre mit sich, hatten doch in den kleinen Landgemeinden, die nun aufgelöst wurden, bis zuletzt fast immer Bauern als Bürgermeister fungiert. In den neuen Großgemeinden standen ihre Chancen jedoch schlecht, sich gegen die etablierten Vertreter der aufnehmenden Kommune durchzusetzen, die sich in der Regel aus anderen Berufsgruppen rekrutierten. Im Landkreis Landsberg am Lech bekleideten Bauern 1972 nur noch ein gutes Drittel aller Bürgermeisterposten, in den verbliebenen Gemeinden des aufgelösten Landkreises Roding kamen sie nicht einmal mehr auf ein Viertel. Das entspricht einem Rückgang der Bürgermeister aus dem bäuerlichen Milieu von fast 27 bzw. 42 Prozentpunkten gegenüber dem Stand von 1966. An ihre Stelle traten vor allem Angestellte und Staatsbedienstete. Dieser Trend, der 1966 begonnen hatte, setzte sich auch bei den Kommunalwahlen von 1978 fort. Die Veränderungen des Sozialprofils der kommunalpolitischen Eliten fiel in den untersuchten Regionen sogar noch deutlicher aus als im gesamt-bayerischen Durchschnitt, wo die Selbständigen immerhin noch 63 Prozent der Bürgermeisterposten behaupteten: Noch 1972 war fast jeder zweite bayerische Bürgermeister von Beruf Landwirt. Diese Zahlen

Graphik 6: Erwerbsstruktur der Bürgermeister 1972



können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bauern in der neuen politischen Elite des Landes eine wesentlich geringere Rolle spielten als früher.²¹⁵

In der neu geschaffenen Gemeinde Finning, die 1971 aus dem Zusammenschluß der Kommunen Ober- und Unterfinning hervorgegangen war, wurde unmittelbar nach der Gemeindezusammenlegung die Neuwahl des Bürgermeisters ausgeschrieben. Zuvor hatten in beiden Gemeindeteilen traditionell Bauern dieses Amt innegehabt. Nun konnte sich dagegen der Versicherungsangestellte Ludwig Pantele (Jahrgang 1917) durchsetzen, für den eine komfortable Mehrheit von fast 74 Prozent votierte. Die Altbürgermeister Heinrich Unsinn aus Ober- sowie Georg Mayer aus Unterfinning hatten auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet. Dieser Wahlausgang war keineswegs selbstverständlich, weil auch in der neuen Großgemeinde immer noch fast 45 Prozent der Erwerbstätigen ihr Auskommen in der Landwirtschaft fanden, während Pantele nach seiner Stellung im Beruf nur eine Minderheit repräsentierte: Angestellte machten hier 1972 lediglich knapp 14 Prozent der Erwerbstätigen aus.²¹⁶ Auch das bereits erwähnte Wahlergebnis in der Gemeinde Scheuring war in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Schließlich bedeutete die Stabübergabe von Vitus Riedmair an Walter Scharf nicht nur einen signifikanten Generationswechsel; zugleich wurde ein Landwirt von einem Beamten abgelöst, der, im Unterschied zu seinem Vorgänger, auch kein gebürtiger Scheuringer war. Scharf hatte 1942 in Znaim, das seinerzeit zum „Protektorat Böhmen und Mähren“ und nach 1945 wieder zur Tschechoslowakei gehörte, das Licht der Welt erblickt.²¹⁷ Obwohl es Scharf als einzigem Vertriebenen im gesamten Untersuchungszeitraum gelang, in den Landkreisen Landsberg und Roding einen Bürgermeisterposten zu erobern, zeigt seine Wahl doch, wie sehr sich das anfangs gespannte Verhältnis zwischen Einheimischen und Neubürgern verändert hatte. In der Bevölkerung wurde um die Herkunft des neuen Bürgermeisters wenig Aufhebens gemacht – man war froh, in ihm einen gut qualifizierten Kandidaten gefunden zu haben.

Bei den Gemeinderäten brachen die Veränderungen der Berufsstruktur nun ebenfalls mit Macht durch. 1972 stellten Facharbeiter und Angestellte bereits 25 bzw. 30 Prozent der Gemeinderäte; in den Landkreisen Landsberg am Lech und Roding hatte somit die Berufsgruppe der abhängig Beschäftigten, verglichen mit dem Stand von 1960, um mehr als 20 Prozentpunkte zugelegt. Im gleichen Zeitraum nahm auch der Anteil der Staatsbediensteten in den kommunalen Vertretungskörperschaften signifikant zu.²¹⁸

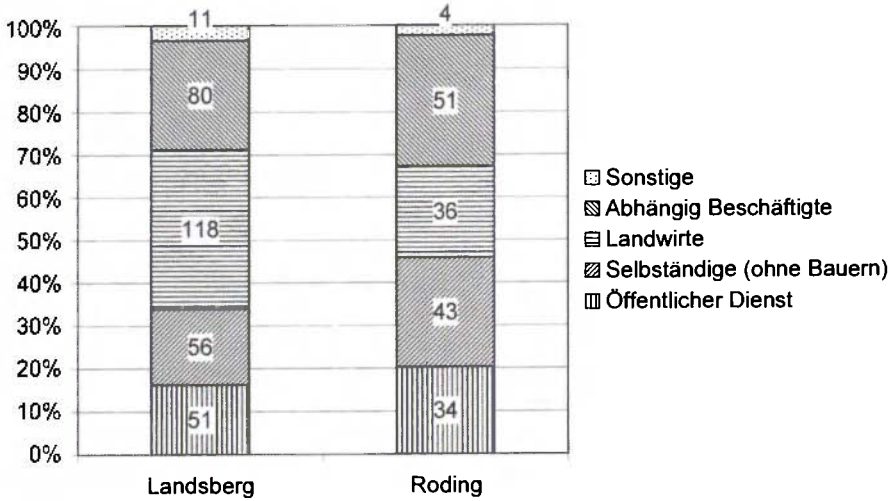
²¹⁵ Immerhin verloren die Selbständigen insgesamt gegenüber den Wahlen sechs Jahre zuvor 14 Prozentpunkte; der Anteil der Landwirte allein ging um 16 Prozentpunkte zurück. BSB 283, S. 50f. (1966), und BSB 332, S. 38f. Diese und die folgenden Angaben zur Berufsstruktur der Kommunalpolitiker auf dem Land nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

²¹⁶ 24 Prozent waren selbständig, 23 Prozent mithelfende Familienangehörige, drei Prozent Beamte und 36 Prozent zählten zur Arbeiterschaft. Die Verteilung der Finninger Erwerbspersonen im Jahr 1972 nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf nach BSB 305, S. 56f. Das Wahlergebnis nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Oberfinning/Finning.

²¹⁷ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Scheuring. Das Folgende nach Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 317ff.

²¹⁸ Die Angaben zur Berufsstruktur der Gemeinderäte auf dem Land nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding. Für die Wahlen von 1972 liegen keine publizierten Angaben zur Berufsstruktur der bayerischen Gemeinderäte vor.

Graphik 7: Erwerbsstruktur der Gemeinderäte 1972



Obwohl nun erheblich mehr Arbeiter, Angestellte und Staatsbedienstete in den Kommunalparlamenten Fuß fassen konnten, blieb vor allem die Arbeiterschaft nach wie vor unterrepräsentiert.

Überhaupt dürfen die nicht von der Hand zu weisenden Veränderungen in der Berufsstruktur nicht über erstaunlich stark ausgeprägte Kontinuitätslinien hinwegtäuschen. So kann keine Rede davon sein, daß die traditionellen lokalen Eliten samt und sonders aus den politischen Ämtern verdrängt worden wären. Schließlich machten Selbständige auch 1978 noch über die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder aus, und die Bauern stellten mit über einem Drittel aller Vertreter nach wie vor die größte Berufsgruppe in den Kommunalparlamenten. Damit waren die

Tabelle 2: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1972

	Bayern		Landsberg/Lech	
Land- und Forstwirtschaft	646 911	13,2%	7 041	21,7%
Produzierendes Gewerbe	2 309 194	47,2%	11 710	36,1%
Handel und Verkehr	772 114	15,8%	3 795	11,7%
Dienstleistungen	1 166 275	23,8%	9 931	30,6%
Erwerbstätige insgesamt	4 894 494	100%	32 477	100%
Selbständige	583 805	11,9%	5 004	15,4%
Mithelfende Familienangehörige	498 698	10,2%	4 703	14,5%
Beamte	356 111	7,3%	3 844	11,8%
Angestellte	1 295 648	26,5%	5 962	18,4%
Arbeiter	2 160 232	44,1%	12 964	39,9%

Quelle: Berechnet nach: SjbB 30 (1972), S. 408f.

Landwirte am Ende des Untersuchungszeitraums sogar in noch stärkerem Maße überrepräsentiert als in früheren Tagen – schließlich hatte der primäre Sektor seit den frühen fünfziger Jahren rasant an Bedeutung verloren. Das Sozialprestige der Bauern blieb dagegen allem Anschein nach ungebrochen hoch.²¹⁹

c) Bürgermeister und Gemeinderäte – Differenzierung nach Gemeindetypen

Dennoch – die Entwicklung des Sozialprofils der Bürgermeister und Gemeinderäte in den Landkreisen Landsberg am Lech und Roding läßt keinen Zweifel daran, daß zwischen 1966 und 1972 ein Wechsel der politischen Führungsgruppen stattgefunden hat. Doch worauf war er in erster Linie zurückzuführen? Aufschluß gibt eine Differenzierung der Gemeinden nach Erwerbsstruktur und Bevölkerungsdichte. Die einzelnen Kommunen lassen sich anhand dieser Merkmale grob in drei Typen einteilen: verhältnismäßig strukturstarke, durchschnittlich entwickelte und relativ strukturschwache Gemeinden.²²⁰ Der generelle Trend, eine rückläufige Anzahl von Bauern in den Bürgermeisterstuben ab 1966 und ein großer Umbruch in den Kommunalwahlen von 1972, läßt sich in allen drei Gemeindetypen beobachten – allerdings auf unterschiedlichem Niveau.

Die Zusammensetzung der lokalen politischen Eliten kam in den durchschnittlich entwickelten Gemeinden dem Landkreisdurchschnitt jeweils am nächsten.²²¹ Zu diesem Gemeindetyp zählte auch Egling an der Paar, wo 1972 mit großer Mehrheit der seit 1966 amtierende Bürgermeister Mathias Mayer, von Beruf Lagerhausverwalter, wiedergewählt wurde. Bauern stellten zur gleichen Zeit immerhin noch ein Viertel des 12köpfigen Gemeinderats, die abhängig Beschäftigten waren jedoch in der Mehrheit: Fünf Gemeinderäte arbeiteten als technische Angestellte, zwei verdienten ihren Lebensunterhalt als Facharbeiter.²²² In Epfenhausen fand 1972 zwar ein Generationswechsel im Rathaus statt, doch hinsichtlich des

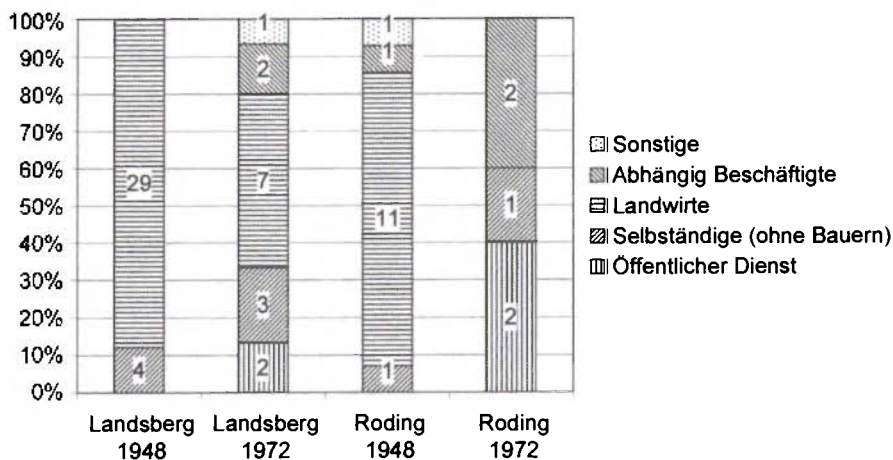
²¹⁹ Kromka, Soziostrukturelle Integration, S. 135–138, vertrat aufgrund von Befragungen dagegen die Ansicht, daß im Zuge des sozioökonomischen Strukturwandels das Prestige der Bauern sank, während das der Arbeiter stieg. Die Ergebnisse dieser Studie sprechen eine ganz andere Sprache.

²²⁰ Die dieser Einteilung zu Grunde liegenden Daten zu den Stichjahren 1950, 1958, 1961 und 1970 wurden den veröffentlichten Gemeindestatistiken des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung entnommen. BSB 177, Bd. 1–7, BSB 207, Bd. 1–2, BSB 231 a sowie BSB 304 a. Als strukturschwach galten Gemeinden, deren Bevölkerungsdichte 1950 unter 50 Einwohner pro Quadratkilometer lag, und in denen über 50 Prozent der Wohnbevölkerung vom primären Sektor sowie unter zehn Prozent von Handwerk und Industrie lebten. Strukturstarke Gemeinden zeichneten sich 1950 durch eine Bevölkerungsdichte von über 100 Einwohnern pro Quadratkilometer aus; weniger als 20 Prozent der Wohnbevölkerung lebte von der Landwirtschaft, über die Hälfte war in Handwerk und Industrie, im Dienstleistungssektor und im öffentlichen Dienst beschäftigt. Gemeinden, die keiner der beiden Definitionen entsprachen, bildeten die dritte Kategorie. Um dem sozioökonomischen Strukturwandel Rechnung zu tragen, wurden die Schwellenwerte für die Stichjahre 1958, 1961 und 1970 verändert; allerdings zeigte sich eine starke Kontinuität – Gemeinden, die eingangs des Untersuchungszeitraums als strukturschwach oder –stark eingestuft wurden, blieben dies, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bis in die frühen siebziger Jahre.

²²¹ Diese und die folgenden Angaben zum Sozialprofil der Kommunalpolitiker auf dem Land in durchschnittlich entwickelten, strukturstarken und strukturschwachen Gemeinden nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

²²² Dazu kam noch ein Handwerkermeister. Das Wahlergebnis von 1972 nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepappe Egling an der Paar.

Graphik 8: Erwerbsstruktur der Bürgermeister in durchschnittlich entwickelten Gemeinden



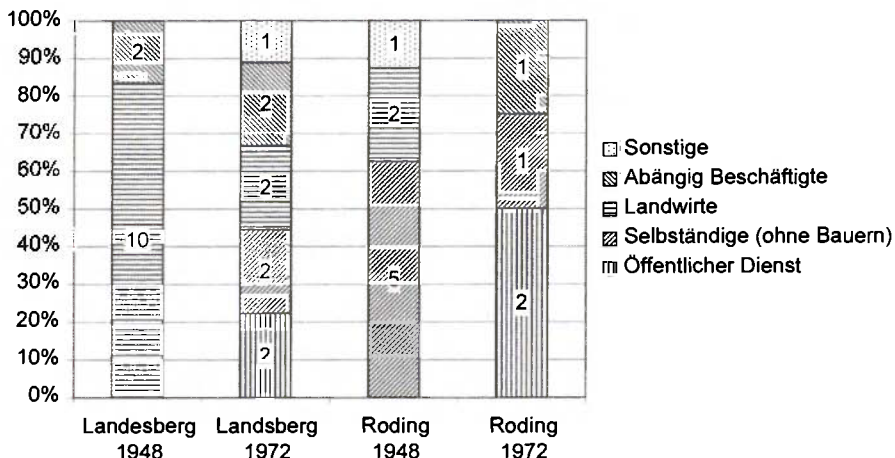
Berufs des gewählten Bürgermeisters blieb alles beim Alten. Josef Lautenbacher war, ebenso wie sein Vorgänger Peter Thoma, ein ortsansässiger Bauer. Hier dominierten die Landwirte auch nach wie vor im Gemeinderat, in dem sie sechs seiner acht Mitglieder stellten.²²³ In der Gemeinde Fischbach dagegen, die nunmehr zum Landkreis Cham gehörte, hatten die Bauern ihre führende Stellung in der Kommunalpolitik endgültig verloren. Zum Bürgermeister wurde abermals der 1921 geborene Vorwalzer Bernhard Schuster gewählt, der 1966 die Nachfolge des Maurermeisters Wilhelm Fohringer (Jahrgang 1893) angetreten hatte. Im 1972 gewählten Gemeinderat stellten Bauern nur noch zwei von acht Mitgliedern. Dazu kamen ein Lehrer, zwei technische Angestellte und drei Facharbeiter.²²⁴

Wesentlich schwächer war die Stellung der Bauern in den relativ strukturstarke Gemeinden. Im Landkreis Landsberg bildeten die Landwirte zwischen 1948 und 1960 zwar auch in dieser Kategorie die größte Gruppe innerhalb der politischen Eliten vor Ort, sie dominierten jedoch bei weitem nicht in dem Maße wie im Landkreisdurchschnitt. Im Landkreis Roding stellten Handwerker und Gewerbetreibende bis in die sechziger Jahre hinein in den verhältnismäßig modernen Gemeinden die meisten Bürgermeister, Bauern machten dagegen nur ein Viertel der Gemeindeoberhäupter aus. 1972 verschwand auch der letzte Landwirt aus den Rathäusern der strukturstarken Kommunen des Vorderen Bayerischen Waldes, am Lechrain war dies sechs Jahre später der Fall.

²²³ Dazu kamen zwei Angestellte, von denen einer im öffentlichen Dienst beschäftigt war. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Epfenhausen.

²²⁴ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Fischbach.

Graphik 9: Erwerbsstruktur der Bürgermeister in strukturstarken Gemeinden



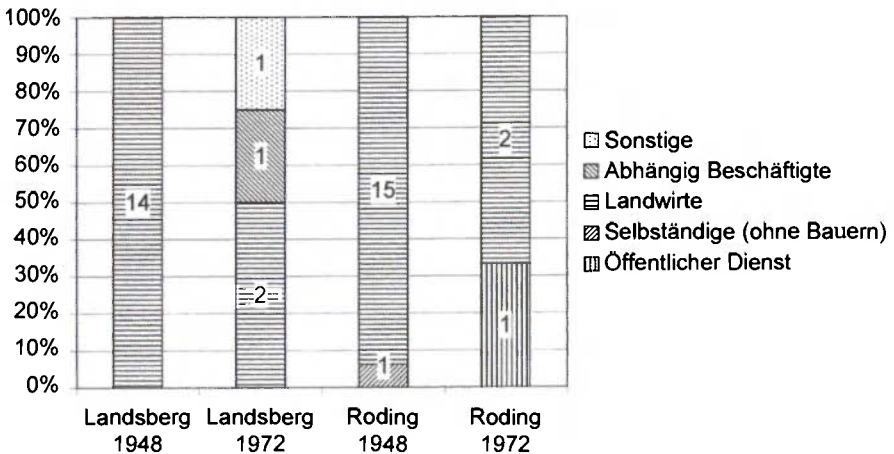
Die Gemeinde Kaufering etwa veränderte zwischen 1950 und 1970 vollständig ihr Gesicht. Im Zuge des Flüchtlingszustroms siedelten sich eine Reihe von Industriebetrieben an, die Kaufering zu einem der Zentren des produzierenden Gewerbes im Landkreis Landsberg machten; daneben mauserte sich die einst verschlafene Ortschaft zum Standort von Dienstleistungsbetrieben sowie von Handel und Verkehr.²²⁵ Daher kam es nicht überraschend, daß der Regierungsangestellte Fritz Jung 1966 die Nachfolge von Altbürgermeister Josef Sepp, eines ortsansässigen Bauern, antrat. 1972 wurde Jung in seinem Amt bestätigt. Im 1972 gewählten Gemeinderat von Kaufering spielten die Selbständigen, die bis Mitte der sechziger Jahre auch hier die Kommunalpolitik weitgehend bestimmt hatten, nur noch eine Nebenrolle: Von 20 Mandaten errangen sie lediglich vier, darunter befand sich nur noch ein einziger Landwirt. Das Wahlergebnis trug insofern den wirtschaftlichen Verhältnissen vor Ort Rechnung, als nur noch acht Prozent der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft tätig waren. Die Selbständigen, die 1972 nur noch sieben Prozent der Erwerbstätigen in Kaufering ausmachten, waren dagegen weiterhin überrepräsentiert, wenn auch nicht in so starkem Maße wie zuvor. Abermals kräftig zulegen konnten die Beschäftigten der öffentlichen Hand, die 1972 insgesamt dreizehn Gemeinderatsmitglieder stellten, davon allein elf Beamte. Unter den letztgenannten befand sich mit einer am Landgericht München tätigen Justizbeamtin erstmals auch eine Frau. Damit waren die Beamten, die 13 Prozent der Erwerbspersonen ausmachten, extrem überrepräsentiert. Die Anzahl der Gemeinderäte, die ihren Lebensunterhalt als Arbeitnehmer in der freien Wirt-

²²⁵ 1972 waren 44,6 Prozent der Erwerbstätigen in Kaufering im produzierenden Gewerbe, 32,9 Prozent im Dienstleistungssektor, 14,4 Prozent im Bereich Handel und Verkehr und nur noch 8,1 Prozent in der Landwirtschaft tätig. BSB 305, S. 56 f. Die im folgenden genannten Kommunalwahlergebnisse der Gemeinde Kaufering nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Kaufering.

schaft verdienten, war dagegen rückläufig. 1972 wurden nur noch je ein kaufmännischer Angestellter und ein Facharbeiter in den Gemeinderat von Kaufering gewählt, obwohl die Angestellten 26 Prozent und die Arbeiterschaft 47 Prozent der Erwerbstätigen vor Ort ausmachten. Ein hauptamtlicher Parteifunktionär der SPD komplettierte schließlich die neue Gemeindevertretung. Etwas anders verlief die Entwicklung in der Stadt Nittenau, wo der primäre Sektor im Zuge der Gebietsreform wieder an Bedeutung gewann: Der Anteil der Erwerbstätigen, die ihr Auskommen aus Land- und Forstwirtschaft bezogen, war von knapp sechs Prozent im Jahr 1970 auf fast 20 Prozent angestiegen. Dementsprechend zogen 1972 abermals zwei Bauern in das Stadtparlament ein, dem zuvor kein Landwirt angehört hatte.²²⁶ Der Grund für diese auf den ersten Blick merkwürdige Entwicklung lag in der Eingemeindung der umliegenden agrarisch geprägten Kommunen, die sich natürlich auf die Erwerbsstruktur der Großgemeinde auswirkte.

Deutlich stärker ausgeprägt als im Durchschnitt war das Phänomen der landwirtschaftlich dominierten Kommunalpolitik in den strukturschwachen Gemeinden beider Landkreise; in diesem Gemeindetyp konnten die Landwirte auch über die Gebietsreform hinaus sowohl überdurchschnittlich viele Bürgermeisterwahlen für sich entscheiden als auch ihre starke Stellung in den Gemeinderäten bewahren.

Graphik 10: Erwerbsstruktur der Bürgermeister in strukturschwachen Gemeinden



Bauern hatten über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg die Kommunalpolitik der beiden lechrainischen Landgemeinden Pflugdorf und Stadl bestimmt, die im Januar 1970 miteinander verschmolzen. An der starken landwirtschaftlichen Prägung hatte sich indes bis 1972 nichts geändert, 45 Prozent der Erwerbstätigen fanden weiterhin im primären Sektor ihr Auskommen.²²⁷ Daher

²²⁶ Diese Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Stadt Nittenau. Die Angaben zur Erwerbsstatistik für 1970 nach BSB 304 b, S. 120; für 1972 nach BSB 305, S. 170.

²²⁷ 32 Prozent gingen einer Beschäftigung im produzierenden Gewerbe nach, neun Prozent verdien-

blieb die Kommunalpolitik auch 1970 noch weitgehend in bäuerlichen Händen: Zum neuen Bürgermeister von Pflugdorf-Stadl wurde der 1904 geborene Ausragslandwirt Josef Arnold gewählt. Unter den zwölf Mitgliedern des Gemeinderats befanden sich sieben Bauern, zwei Handwerker, zwei Facharbeiter und ein Lehrer. In Michelsneukirchen, einer großflächigen Landgemeinde, die 1972 dem Landkreis Cham zugeschlagen wurde, fanden noch zu Beginn der siebziger Jahre fast 55 Prozent der Erwerbstätigen ein Auskommen in der Landwirtschaft. Dementsprechend wenig änderte sich an der beruflichen Zusammensetzung der kommunalpolitischen Elite: Zwar kam es 1972 zu einem Generationswechsel an der Spitze der Gemeindeverwaltung, doch war der neugewählte Bürgermeister Hubert Kerscher wie sein Amtsvorgänger Xaver Urban ein ortsansässiger Bauer, und auch im Gemeinderat von Michelsneukirchen stellten die Landwirte immer noch ein Drittel der Mandatäre.²²⁸

Insgesamt zeigt die Differenzierung nach Gemeindetypen eine deutliche Korrelation zwischen Bevölkerungsdichte und ökonomischer Struktur der Gemeinden einerseits und den Berufsgruppen andererseits, die in der Regel den Bürgermeister stellten. Das deutet darauf hin, daß der massive sozioökonomische Strukturwandel in Verbindung mit der Gebietsreform die Triebfeder des kommunalpolitischen Elitenwechsels war. Der augenfällige Bedeutungsverlust der Landwirtschaft auch in kleinen Landgemeinden führte dazu, daß sich die Stellung der Bauern innerhalb der dörflichen Hierarchie verschlechterte: Je stärker die Zahl derer abnahm, die ihren Lebensunterhalt im primären Sektor verdienten, desto weniger schienen die Bauern zur Übernahme der dörflichen Führungspositionen prädestiniert. Mögen Landwirte auch weiterhin ein hohes Ansehen in der Bevölkerung genossen haben, ihre absolute Dominanz in der Kommunalpolitik hatten sie unwiederbringlich verloren.

Diese Veränderungen legen den Schluß nahe, daß sich das Sozialprestige einzelner Berufsgruppen zwischen den späten vierziger und den frühen siebziger Jahren deutlich veränderte. Das betraf jedoch nicht alle Berufsgruppen, die im Zuge des ökonomischen Strukturwandels an Bedeutung gewannen, in gleichem Maße. Die eindeutigen Gewinner dieses Prozesses waren die Staatsbediensteten, deren Ansehen in der Bevölkerung offenkundig enorm zunahm. Trotz ihrer relativ geringen zahlenmäßigen Bedeutung²²⁹, gelang ihnen der Einzug in die dörflichen Führungszirkel, die zuvor weitgehend den Landwirten und Dorfhandwerkern vorbe-

ten ihren Lebensunterhalt im Bereich Handel und Verkehr sowie 14 Prozent im Dienstleistungssektor. 21 Prozent waren selbständig, 29 Prozent mithelfende Familienangehörige, knapp vier Prozent Beamte, sieben Prozent Angestellte und 39 Prozent Arbeiter. BSB 305, S. 56 f. Die folgenden Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapier Pflugdorf/Pflugdorf-Stadl. Im April 1973 entstand aus diesem Zusammenschluß die Gemeinde Vilgertshofen.

²²⁸ Vier der 1972 gewählten Gemeinderatsmitglieder waren Bauern, zwei selbständige Handwerksmeister und zwei Beamte im öffentlichen Dienst; dazu kamen je ein Facharbeiter, ein Hilfsarbeiter und ein kaufmännischer Angestellter, und schließlich zog erstmals in der Geschichte Michelsneukirchens eine Hausfrau in die Gemeindevertretung ein. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindepapier Michelsneukirchen.

²²⁹ Bayernweit waren 1970 nur rund sechs Prozent der Erwerbstätigen Beamte. Berechnet nach SJBb 30 (1972), S. 408 f. Im Landkreis Landsberg machten die Beamten zehn Prozent der Erwerbstätigen aus, im Landkreis Roding waren es knapp acht Prozent; BSB 304 a, S. 97 bzw. BSB 304 b, S. 121.

halten gewesen waren. Ab 1966 bildeten diese beiden Erwerbsgruppen gemeinsam das Reservoir, aus dem sich die politischen Eliten auf dem Land rekrutierten.

Die Bilanz der abhängig Beschäftigten fällt ambivalent aus: Während es Angestellten ab 1966 in immer stärkerem Maße gelang, kommunalpolitische Mandate zu erringen, war der Zuwachs der Arbeiterschaft gering; gemessen an ihrer quantitativen Bedeutung, blieben Arbeiter auch am Ende des Untersuchungszeitraums in den politischen Gremien vor Ort deutlich unterrepräsentiert.²³⁰ Was die untersuchten Regionen betrifft, dürfte das nicht zuletzt auf die mangelnde Präsenz von SPD und Gewerkschaften zurückzuführen sein; gerade die Gewerkschaften spielten vor allem in den industriellen Zentren eine wichtige Rolle bei der Listenaufstellung für die Kommunalwahlen.²³¹ Möglicherweise war auch die Bereitschaft manches Arbeiters gering, überhaupt für ein derartiges Amt zu kandidieren, erschien doch vielen die Durchsetzung materieller Interessen gegenüber dem Arbeitgeber weitaus wichtiger als eine aktive Teilnahme an den politischen Entscheidungen in der Gemeinde.²³² Von weit größerer Bedeutung dürfte freilich das geringe Sozialprestige der Arbeiter gewesen sein. In vielen Fällen mangelte es zwar nicht an Kandidaten aus den Reihen der Arbeiterschaft, doch verfügten diese nicht über eine ausreichende Akzeptanz unter den Wählern. Um die 20 Stadtratsmandate beispielsweise, die 1971 in der Stadt Roding zu besetzen waren, bewarben sich auch 18 Arbeiter, die sich auf alle fünf eingereichten Wahlvorschläge verteilten.²³³ Doch lediglich dem Maschinenschlosser Adolf Bohrer, der für den Wahlvorschlag „Freie Arbeitnehmerschaft“ angetreten war, gelang der Sprung in den Stadtrat. Bezeichnenderweise fielen auch Arbeiter durch, die auf einem aussichtsreichen Listenplatz kandidiert hatten: Der aus Wetterfeld stammende Lagerist Xaver Irrgang etwa trat auf Platz acht der CSU-Liste an, und obwohl die CSU zehn Mandate erobern konnte, blieb ihm die Mitwirkung im Stadtrat verwehrt; in der Wählergunst rangierte Irrgang unter den Kandidaten der CSU lediglich auf dem 15. Rang.²³⁴

²³⁰ 1970 machten Arbeiter 46 Prozent der Erwerbstätigen in allen bayerischen Landkreisen aus, 20 Prozent waren Angestellte und 14 Prozent mithelfende Familienangehörige; einer selbständigen Tätigkeit gingen dagegen lediglich 14 Prozent der Erwerbspersonen nach. Berechnet nach SJB 30 (1972), S. 408 f. Im Landkreis Landsberg gingen 16 Prozent der Erwerbstätigen einer selbständigen Beschäftigung nach, 16 Prozent waren mithelfende Familienangehörige, 17 Prozent Angestellte, zehn Prozent Beamte und 41 Prozent zählten zur Arbeiterschaft; BSB 304 a, S. 97. Im Raum Roding waren 16 Prozent der Erwerbstätigen selbständig, 19 Prozent mithelfende Familienangehörige, knapp zwölf Prozent Angestellte, rund acht Prozent Beamte und fast 46 Prozent Arbeiter; BSB 304 b, S. 121.

²³¹ Vgl. etwa für die von der Montanindustrie geprägten Regionen Ostbayerns Süß, Kumpel und Genossen, S. 177–267. Allgemein zu diesem Zusammenhang vgl. Grebing, Gewerkschaften.

²³² In diese Richtung äußerte sich Georg Oswald, der lange Jahre die SPD im Rodinger Stadtrat vertrat, in einem Gespräch am 13. 5. 1998.

²³³ Ein Arbeiter kandidierte für die CSU, drei für die SPD, elf für den Wahlvorschlag „Freie Arbeitnehmerschaft“, zwei auf der Liste „Gemeindewohl“ und einer für den Wahlvorschlag „Bürger und Soldaten“. Stadtarchiv Roding, Bestand: Stadt Roding, 024/1.8–1.9, Stadtratswahlen vom 3. 10. 1971. Das Folgende ebenda.

²³⁴ Durchaus typisch war ebenfalls, daß die ersten sieben CSU-Kandidaten in der Reihenfolge ihrer Listenplatzierung gewählt wurden; erst mit dem Arbeiter Xaver Irrgang trat eine Änderung des Wählerwillens gegenüber der Listenreihung auf. Von den hinteren Listenplätzen schafften dagegen der Bauunternehmer Franz Xaver Schönberger, der Zimmermeister Johann Mühlbauer aus Kalsing sowie der Strahlfelder Landwirt Josef Ederer den Sprung in den Stadtrat – ein weiteres Indiz für das hohe Ansehen, das beruflich Selbständige weiterhin in der Bevölkerung genossen.

Noch schlechter bestellt war es offenkundig um das Ansehen der mithelfenden Familienangehörigen, zumeist Frauen, die von der aktiven Mitarbeit in der Kommunalpolitik ausgeschlossen blieben. Zwar nahm mit den Wahlen von 1972 der Frauenanteil in den Gemeinderäten und Kreistagen erstmals signifikant zu, an der männlichen Dominanz der Politik auf dem Land änderte sich freilich nichts.²³⁵ Unter den 100 Kandidaten, die sich 1971 um den Einzug in den Rodinger Stadtrat bewarben, befanden sich nur zwei Frauen. Weder der Oberlehrerin Sabine Straßburger, die von der CSU nominiert worden war, noch der kaufmännischen Angestellten Christa Knödler, die für die SPD kandidierte, gelang der Sprung in das Kommunalparlament; beide landeten abgeschlagen auf den hinteren Rängen.²³⁶ Frauen und Arbeitern, so wird man zugespitzt sagen können, traute man vielfach nicht zu, die Geschicke eines Dorfes oder einer kleinen Stadt zu leiten.

Bei den Landwirten kam noch etwas anderes hinzu: Da sich die Kommunalpolitik zusehends komplexer und komplizierter gestaltete, stieg auch der Zeitaufwand für diejenigen rapide an, die in der Politik vor Ort mitmischen wollten. Die Bauern hielten insofern schlechte Karten in Händen, als der Trend zur „Freizeitgesellschaft“ an ihnen – ganz im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen – weitgehend vorbeiging.²³⁷ Im primären Sektor führten Technisierung und Mechanisierung der Produktion nämlich nicht zu einer Entlastung der Produzenten, da der Effekt der Arbeitszeitverkürzung durch den parallel verlaufenden Rückgang der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft kompensiert wurde.²³⁸ Im Gegenteil, die zeitliche Arbeitsbelastung der Bauern nahm gerade in kleineren Betrieben sogar noch weiter zu – ein Umstand, in dem Josef Mooser eine „bedeutende soziale Differenz

²³⁵ Berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding sowie Kreismappen der 143 bayerischen Altlandkreise.

²³⁶ Beide rangierten freilich auch auf den hinteren Listenplätzen; Christa Knödler erschien auf Platz 16 der SPD und hatte damit so gut wie keine Chancen, in den Stadtrat gewählt zu werden; Sabine Straßburger hatte sogar nur den 19. und damit vorletzten Platz auf der CSU-Liste erhalten. Stadtarchiv Roding, Bestand: Stadt Roding, 024/1.8–1.9, Stadtratswahlen vom 3. 10. 1971.

²³⁷ Bei dem Begriff „Freizeitgesellschaft“ handelt es sich um einen zeitgenössischen Terminus technicus, der am Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre vor allem unter Soziologen und Theologen immer weitere Verbreitung fand. Etwa Weber, *Freizeitgesellschaft* (1967), und Dufour, Gott am Wochenende (1969), und Scheuch, *Massenmedien und Religion in der Freizeitgesellschaft* (1971), sowie die von der Deutschen Gesellschaft für Freizeit herausgegebene Broschüre „Freizeitgesellschaft im Blickpunkt“ (1971), und Stucki, *Lob der schöpferischen Faulheit. Kritisch zum Begriff „Freizeitgesellschaft“* vgl. Heimken, *Mythos von der Freizeitgesellschaft*.

²³⁸ Vgl. Hermann, *Veränderung landwirtschaftlicher Arbeit*, S. 231 f. Den eklatanten Rückgang gerade der im primären Sektor Beschäftigten verdeutlicht ein Vergleich des Arbeitskräftebestandes im primären Sektor zwischen den Jahren 1949 und 1970: Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Mai 1949 arbeiteten in den 503 911 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Bayerns 1 388 433 Familienarbeitskräfte, darunter 911 073 ständig im Betrieb beschäftigte Familienangehörige. Dazu kamen 258 975 ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte, darunter 101 968 Frauen. Saisonarbeitskräfte wurden nicht aufgeführt. Diese Angaben nach SjbB 24 (1952), S. 102 und 108 f. Im Juli 1970 waren in den 318 300 landwirtschaftlichen Betrieben Bayerns 902 400 Familienarbeitskräfte tätig, darunter 566 400 Vollbeschäftigte; die familienfremden Arbeitskräfte fielen demgegenüber mit insgesamt 463 000 Personen, von denen nur 26 800 ständig beschäftigt waren, kaum mehr ins Gewicht. Diese Angaben nach SjbB 30 (1972), S. 147. Die Zahl der ständig beschäftigten familieneigenen Arbeitskräfte betrug 1970 also immerhin noch knapp 41 Prozent des Standes von 1949, bei den ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräften dagegen nur noch zehn Prozent. Die Abnahme der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte betraf demnach in erster Linie Knechte und Mägde, deren Arbeit nun von den Betriebsinhabern übernommen werden mußte. Vgl. dazu ausführlich Eichmüller, *Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung*, S. 155–175.

zwischen Landwirtschaft und Industrie“ erblickte.²³⁹ Aufgrund des gestiegenen Zeitaufwandes, aber auch infolge mangelnden Know-hows waren die meisten Landwirte immer weniger in der Lage, den gestiegenen Anforderungen in der lokalen Politik gerecht zu werden. Männer wie Wolfgang Aschenbrenner, der von 1946 bis 1972 als Bürgermeister der Gemeinde Zimmering fungiert und gleichzeitig dem Rodinger Kreistag angehört hatte, galten nun als politische Auslaufmodelle. Schon in den Jahren vor der Gebietsreform hatte Aschenbrenner, „ein Original im wahrsten Sinne des Wortes“, der Doppelbelastung von Landwirtschaft und Politik in immer stärkerem Maße Tribut zollen müssen.²⁴⁰ Wiederholt vergaß er wichtige Termine, zu denen er eilends mit dem Dienstwagen des Landratsamtes von seinen Feldern geholt werden mußte. In den Sitzungen war er nur dann hellwach und engagiert bei der Sache, wenn es um die Belange der Landwirtschaft ging; bei anderen Themen übermannte ihn dagegen oftmals der Schlaf. Nach der Eingemeindung seines Dorfes in die Stadt Roding und der Auflösung des Landkreises zog er die Konsequenzen und trat von der kommunalpolitischen Bühne ab.

Folgerichtig rückten mit Staatsbediensteten und Angestellten Berufsgruppen in die lokale Führungsriege nach, die die notwendige Zeit leichter aufbringen konnten. Darüber hinaus verfügten sowohl die Beamten als auch die Angestellten über ein erheblich höheres Bildungsniveau und hatten eine weit bessere Berufsausbildung genossen als ihre Vorgänger.²⁴¹ Vor diesem Hintergrund müssen die Wahlerfolge von Ludwig Pantele und Walter Scharf gesehen werden: Sowohl der Versicherungsangestellte aus Finning als auch der Scheuringer Beamte verfügte über einschlägige Erfahrungen mit dem behördlichen Papierkrieg und war im Jonglieren mit großen Summen geübt; beide beherrschten zudem die Grundlagen des Rechnungswesens, was sie in besonderem Maße für das Bürgermeisteramt qualifizierte. Eng mit Bildung und Ausbildung verbunden war ein weiteres Kriterium, das zunehmend an Bedeutung für die Auswahl lokaler Führungspersonlichkeiten gewann: ein gewisses rhetorisches Talent.²⁴² Die Rednergabe spielte vor allem deshalb eine immer größere Rolle, weil die Bewerber in den größer gewordenen Gemeinden den Wählern nicht mehr a priori bekannt waren; vielmehr mußten sie sich und ihr Programm präsentieren können, um eine Chance auf den Einzug ins Rathaus zu haben – ein weiterer Faktor, der Kandidaten aus der Arbeiterschaft strukturell benachteiligte. Allerdings kam diese Qualifikation nicht erst mit der Gebietsreform in den Anforderungskatalog, den ein Bürgermeister in spe erfüllen mußte. Vielmehr hatte sich über die Gabe der freien Formulierung auch früher schon die Spreu vom Weizen getrennt, und unter den einfachen Bauern, die lange Zeit das Gros der Rathäuser bevölkert hatten, waren einige rhetorische Naturtalente gewesen. Der Landwirt Vinzenz Bauer etwa, der von 1952 bis 1966 als Bürgermeister von Trasching fungierte, hielt in seiner Funktion als Vorsitzender des

²³⁹ Mooser, Verschwinden der Bauern, S. 28. Vgl. dazu Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, S. 249–253.

²⁴⁰ Chamer Zeitung vom 24. 9. 1996 („Die Geschichte eines alten Fotos“). Das Folgende nach ebenda.

²⁴¹ Mit Blick auf die „politische Klasse“ der Bundesrepublik sprach Klaus von Beyme, Die politische Klasse im Parteienstaat, S. 116, sogar von einer „Akademisierung der Eliten“.

²⁴² Zum Zusammenhang zwischen Bildung und Ausbildung einerseits und der Fähigkeit des mündlichen Ausdrucks andererseits vgl. Korte, Gesellschaft im Aufbruch, S. 66 f.

Elternbeirats der Rodinger Berufsschule jeweils am Schuljahrsende bewegende Stegreifvorträge, die selbst den Mitarbeitern des Landratsamts, die eine erheblich bessere Ausbildung genossen hatten, Respekt abnötigten.²⁴³

Die im Zuge der Gebietsreform zu beobachtende Professionalisierung der Politik hatte freilich ihren Preis, und zwar im wörtlichen Sinn: Mehr und mehr Bürgermeister übten nun auch in ländlichen Regionen ihre Tätigkeit hauptberuflich aus.²⁴⁴ Bis zur kommunalen Neugliederung waren sämtliche Gemeinden in Landsberg wie auch in Roding stets von ehrenamtlichen Bürgermeistern geleitet worden, die lediglich eine geringe Aufwandsentschädigung erhalten hatten. Die stetig zunehmende Aufgabenpalette der lokalen Verwaltungen machte dies jedoch, zumal in den expandierenden Kommunen, immer schwieriger. Daher schlug in einigen der neu entstandenen Großgemeinden nunmehr die Stunde der Berufspolitiker. Aus dem Altlandkreis Landsberg leisteten sich die Gemeinden Kaufering und Penzing einen hauptberuflich tätigen ersten Bürgermeister, im Altlandkreis Roding wurde in der Marktgemeinde Bruck sowie in den beiden Städten Nittenau und Roding jeweils ein professioneller Verwaltungschef tätig.²⁴⁵ Hier war die Zeit der Feierabendpolitiker endgültig abgelaufen.

²⁴³ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Trasching, und mündliche Auskunft von Roland Matejka vom 12. 5. 1998.

²⁴⁴ Schneider, Lokalpolitik in einer Landgemeinde, S. 24 f.

²⁴⁵ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der Gemeinden Kaufering, Penzing, Bruck, Nittenau und Roding.

II. Die Landkreise: Landräte und Kreisräte

Josef Roesch, seines Zeichens Mitglied des Bundestags und Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises, sprach in einem 1955 erschienenen Aufsatz von der „großen kommunalen Selbstverwaltungsfamilie“. Zwar schien ihm selbst das Bild „ein wenig paradox“, da diese „Familie“ weder Vater noch Mutter habe. Sie verfüge zwar in Gestalt von „Vater Staat“ über ein „gemeinsames Oberhaupt“, so Roesch weiter, „und doch besteht die Familie, da der Vater nicht zu ‚erziehen‘, sondern ‚nur‘ zu beaufsichtigen hat, eigentlich bloß aus gleichberechtigten Geschwistern.“¹ Neben den Gemeinden waren die Landkreise, die nächsthöhere politische Verwaltungsebene², gewissermaßen das zweite Kind, das paradoxerweise schon einige Jahre vor seinem Vater – dem Freistaat Bayern – das Licht der Welt erblickt hatte. Wieder leistete die amerikanische Militärregierung Geburtshilfe, indem sie im Frühjahr 1946 die erste provisorische Landkreisordnung nach dem Krieg in Kraft setzte.³ In lediglich 14 dünnen Paragraphen umriß sie die Aufgaben der Kreise, ferner Wahlmodus und Befugnisse der Kreisorgane – des Kreistags, des Kreisausschusses und des Landrats – sowie schließlich die Rechtsaufsicht über die Landkreise, die den zuständigen Regierungspräsidenten bzw. dem bayerischen Innenministerium oblag. Endgültig wurden die Rahmenbedingungen für die Politik auf Kreisebene Anfang der fünfziger Jahre festgezurrert. Wenige Wochen nach der Gemeindeordnung verabschiedete der Landtag am 6. Februar 1952 eine neue Landkreisordnung, die ebenfalls weitgehend auf der Tektonik basierte, welche die amerikanische Militärregierung sechs Jahre zuvor vorgegeben hatte.⁴

Als zentrales beschlußfassendes Gremium des Landkreises fungierte der Kreistag, dessen Mitglieder von der Bevölkerung in unmittelbaren, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen gewählt wurden und die ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausübten. Der Kreistag war als Vertretungsorgan der Kreisbürger konzipiert, das in wichtigen, den Landkreis betreffenden Angelegenheiten zu entscheiden hatte und die Kreisverwaltung überwachen sollte; insbesondere oblag dem Kreistag die Aufstellung des Haushalts.⁵ Neben dem Kreistag schuf der Gesetzgeber ein zweites Kollektivorgan in Gestalt des Kreisausschusses, der in erster Linie die Verhandlungen des Kreistags vorbereiten sollte. Er bestand aus dem Landrat und acht

¹ Roesch, Der Landkreis und seine kommunale Umwelt, S. 44.

² Vgl. von der Heide, Stellung und Funktion der Kreise.

³ Gesetz Nr. 32 vom 18. 2. 1946, Landkreisordnung für den Staat Bayern, in: BGVBl. Nr. 17 vom 1. 10. 1946, S. 229f. Dazu Gillen, State and Local Government, S. 14–16, der den provisorischen Charakter dieser Landkreisordnung betont.

⁴ Einen knappen Überblick über die bayerische Landkreisordnung von 1952 bietet Gillen, State and Local Government, S. 25f.

⁵ Zum Kreistag siehe Art. 22–25 sowie Art. 30 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952, S. 39–49, hier S. 41. Vgl. auch Schaudé, Vertretungskörperschaften der Landkreise, S. 34 ff.

weiteren Kreisräten, die proportional nach der Stärke der im Kreistag vertretenen Parteien und Wählergruppen kooptiert wurden.⁶ Ähnlich wie der Bürgermeister in seiner Gemeinde, verfügte der Landrat im Landkreis über eine sehr starke Stellung: Er vertrat den Landkreis nach außen, führte den Vorsitz in Kreistag, Kreis-ausschuß und allen weiteren Ausschüssen, erledigte die „einfachen Geschäfte der laufenden Kreisverwaltung“ in eigener Zuständigkeit und entschied in dringenden Fällen an Stelle des Kreistags. Der Landrat übte sein Amt im Gegensatz zu den Kreisräten berufsmäßig aus; die Voraussetzung, sich um diesen Posten zu bewerben, war eine „mehrjährige entsprechende Tätigkeit beim Aufbau des demokratischen Staates in der öffentlichen Verwaltung“.⁷

Auch die Landkreisordnung spiegelte somit die amerikanischen Bemühen, demokratischen Spielregeln zum Durchbruch zu verhelfen und dauerhaft zu verankern. Diese Bemühungen waren durchaus von Erfolg gekrönt, zumal wenn man bedenkt, daß das Landkreiswahlgesetz ebenso auf Transparenz bedacht war wie das Gemeindevahlgesetz und daß die Wahlordnung für Gemeinden und Landkreise gleichermaßen galt.⁸ Der gesetzliche Rahmen, den die Besatzungsmacht vorgegeben hatte, blieb in seinen Grundzügen auch nach dem Ende der Besatzungsherrschaft bestehen. In einem Punkt gab sich die Landkreisordnung von 1952 sogar noch basisdemokratischer als ihre Vorläuferin aus dem Jahr 1946, indem sie nämlich die Wahl des Landrats nicht länger den Kreisräten überließ, sondern in die Hände der Kreisbevölkerung legte. Dieses weitere Element direkter Demokratie, das die Stellung des Landrats enorm stärkte, stellte nicht nur bundesweit eine bayerische Besonderheit dar.⁹ Es markierte gleichzeitig einen radikalen Bruch mit früheren Gepflogenheiten, die noch in der Weimarer Republik gegolten hatten – seinerzeit waren die Bezirksamtmänner weder vom Kreistag noch von der Bevölkerung gewählt, sondern von der Regierung eingesetzt worden.

1. Die Kreisräte

a) Altersschichtung

Da zu den Kreisräten keine publizierten Altersangaben vorliegen, können auch in diesem Abschnitt nicht alle elf Landkreise berücksichtigt werden. Immerhin gelang es, das Alter der Mitglieder der Kreistage von Landsberg am Lech und Ro-

⁶ Zum Kreis-ausschuß siehe Art. 26–29 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952, S. 39–49, hier S. 41.

⁷ Zum Landrat siehe Art. 31–36 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952, S. 39–49, hier S. 41 f. Sollte von mehreren Kandidaten keiner im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten, war eine Stichwahl notwendig, die zunächst den Kreisräten, später abermals der Kreisbevölkerung zukam.

⁸ Gesetz über die Wahl der Kreistage und Landräte (Landkreiswahlgesetz) vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952, S. 53 f., und Wahlordnung für die Gemeinde- und Landkreiswahlen (GWO) vom 16. 2. 1952, in: ebenda, S. 54–67.

⁹ Magg, Landkreise in Bayern, S. 55, und Gröbner, Kreisverfassung, S. 24. Letztgenannter Aufsatz bietet auf S. 26–33 auch einen instruktiven tabellarischen Überblick über die einzelnen Kreisverfassungen der Bundesländer und ihre signifikanten Unterschiede.

ding zumindest teilweise zu erheben.¹⁰ Diese Zahlen deuten darauf hin, daß die Entwicklung der Kreisräte im Hinblick auf die Altersstruktur weitgehend dem Trend folgte, der für die Bürgermeister und Gemeinderäte nachgezeichnet wurde: Auch die Vertretungskörperschaften der beiden Landkreise glichen in den ersten Jahren nach dem Krieg regelrechten Altherrenclubs. Wie auf der Gemeindeebene legte die Bevölkerung das Schicksal der Landkreise vornehmlich in die Hände von Männern, die ihre politische Sozialisation noch im Kaiserreich und während des Ersten Weltkriegs erfahren hatten. Die Hälfte der Vertreter des Rodinger und zwei Drittel des Landsberger Kreisparlaments hatten vor 1900 das Licht der Welt erblickt, und jeweils ein weiteres Viertel war am Anfang des 20. Jahrhunderts zur Welt gekommen. Im Unterschied zur Gemeindeebene gelang jedoch jüngeren Männern weitaus häufiger der Einzug in den 1948 gewählten Rodinger Kreistag – immerhin fast ein Viertel seiner Mitglieder waren zum Zeitpunkt der Wahl noch keine 40 Jahre alt.¹¹ Dementsprechend machte der Altersunterschied zwischen dem ältesten Kreisrat, dem Arzt Dr. August Kerscher aus Nittenau (Jahrgang 1869), und dem jüngsten, dem 1916 geborenen Sparkassenverwalter Josef Dirnberger aus Roding, rund ein Menschenalter aus.

In den fünfziger und frühen sechziger Jahren herrschte zwar auch im Rodinger Kreistag ein hohes Maß an personeller Konstanz, dennoch waren die Veränderungstendenzen in diesem Gremium erheblich stärker ausgeprägt als unter den Bürgermeistern und Gemeinderäten. Ein signifikanter Erneuerungsschub erfolgte 1956, also gut zehn Jahre vor den ersten deutlichen Zeichen des Wandels auf der Gemeindeebene. Das Durchschnittsalter der Rodinger Kreisvertreter sank auf 48 Jahre und erreichte damit seinen absoluten Tiefpunkt im Untersuchungszeitraum.¹² Das Gros der damals gewählten Kreisräte war in der Weimarer Republik politisch sozialisiert worden. Jeweils rund 20 Prozent der 1956 gewählten Mitglieder hatten ihre prägenden Erfahrungen noch vor 1918 bzw. erst nach 1933 gemacht. Ältestes Mitglied des Rodinger Kreistages war nun der 1890 geborene Verleger Adolf Schmalix, der sich zum Zeitpunkt der Wahl bereits im Ruhestand be-

¹⁰ Für den Landkreis Landsberg ließ sich das Geburtsjahr aller 1946, 1966 und 1972 gewählten Kreisräte ermitteln; die 1948 gewählten Kreisräte waren dagegen im Amtsblatt für den Landkreis Landsberg am Lech nicht namentlich aufgeführt, und die entsprechenden Angaben der Wahlen von 1952, 1956 und 1960 enthalten nicht das Geburtsjahr der Gewählten. Für den Landkreis Roding ließen sich diese Angaben dagegen von 1946 bis 1966 lückenlos eruieren. Die folgenden Angaben wurden berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe des Landkreises Landsberg, sowie Amtsblatt für den Landkreis Landsberg am Lech Nr. 21 vom 17. 5. 1946, S. 43 f., Nr. 14 vom 4. 4. 1952, S. 73 f., Nr. 13 vom 6. 4. 1956, S. 35 f., Nr. 12 vom 1. 4. 1960, S. 50 f., Nr. 8 vom 25. 3. 1966, S. 28 f. und Nr. 14 vom 16. 6. 1972, S. 62 f. (für den Landkreis Landsberg), und BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe des Landkreises Roding, und Matejka, Rodings kreiseigene Gebäude und Einrichtungen, S. 157–161, sowie Amtsblatt für den Landkreis Roding Nr. 16 vom 17. 4. 1948, S. 43 f., und Nr. 19 vom 8. 5. 1948, S. 53 ff., sowie Bayerwald-Anzeiger vom 5./6. 4. 1952, sowie Amtsblatt für den Landkreis Roding Nr. 11 vom 12. 3. 1956, S. 31 ff., und Nr. 15 vom 7. 4. 1956, S. 45 ff., sowie Bayerwald-Anzeiger vom 31. 3. 1960, sowie Amtsblatt des Landkreises Roding Nr. 8 vom 23. 2. 1966, S. 26 ff. und Nr. 14 vom 31. 3. 1966, S. 53 ff. (für den Landkreis Roding).

¹¹ Dieser Umstand erklärt auch, warum der Altersdurchschnitt der Rodinger Kreisräte von 1948 mit 49,7 Jahren erheblich unter dem ihrer Landsberger Kollegen lag, der 1946 51,8 Jahre betrug. Berechnet nach Amtsblatt für den Landkreis Landsberg am Lech Nr. 21 vom 17. 5. 1946, S. 43 f., und Amtsblatt für den Landkreis Roding Nr. 16 vom 17. 4. 1948, sowie Matejka, Rodings kreiseigene Gebäude, S. 157 ff. Die folgenden Angaben ebenda.

¹² Berechnet nach Amtsblatt für den Landkreis Roding Nr. 11 vom 12. 3. 1956, S. 31 ff. und Nr. 14 vom 7. 4. 1956, S. 45 ff. Die folgenden Angaben nach ebenda.

fand. Der Altersunterschied zu seinem jüngsten Kollegen, dem Bürgermeister der Marktgemeinde Bruck, Hans Hölzl, betrug 33 Jahre. Daher markierten die Wahlen von 1966 keinen so gravierenden Einschnitt, das Durchschnittsalter der Kreisräte stieg, verglichen mit dem Wert zehn Jahre zuvor, sogar wieder deutlich an.¹³ Allerdings traten zu diesem Zeitpunkt die meisten der vor 1900 Geborenen von der politischen Bühne ab. Ihre Plätze nahmen vor allem Männer ein, die ihre politische Sozialisation während der nationalsozialistischen Herrschaft und im Zweiten Weltkrieg erfahren hatten; im Landsberger Raum stellte diese Gruppe rund ein Viertel des Kreistages, im Landkreis Roding sogar rund 40 Prozent. In beiden Kreisparlamenten dominierten jedoch nach wie vor diejenigen, die ihre prägenden Erfahrungen zwischen 1918 und 1933 gesammelt hatten.

Das sollte sich im Landsberger Kreistag erst nach der Gebietsreform von 1972 ändern, als diejenigen, die vor 1915 das Licht der Welt erblickt hatten, nur noch ein knappes Drittel aller Kreisräte stellten. Fast jeder zweite Kreisrat war dagegen vom Nationalsozialismus und vom Zweiten Weltkrieg geprägt worden, und immerhin 22 Prozent hatten ihre politische Sozialisation erst nach 1945 erfahren.¹⁴ Der älteste Kreisrat war Josef Arnold (Jahrgang 1904), eine schillernde Gestalt¹⁵, die gleichzeitig als Bürgermeister der Gemeinde Stadl fungierte, der jüngste der 1946 geborene Herbert Settele aus der Kreisstadt Landsberg, der für die SPD in den Kreistag gewählt worden war. Josef Arnold repräsentierte weit mehr als Herbert Settele den typischen Landsberger Kreisrat – nicht so sehr wegen seiner unbestreitbaren Qualitäten als lechrainisches Original, sondern aufgrund seines hohen Alters: Das Durchschnittsalter des Kreistages lag auch 1972 noch über 50 Jahren, und elf der 50 gewählten Kreisräte hatten das 60. Lebensjahr bereits überschritten; dagegen waren lediglich sieben zum Wahltermin noch keine 40 Jahre alt.¹⁶ Der beträchtliche Anteil der über 60jährigen erwies sich in beiden untersuchten Landkreisen als feste Konstante; dagegen fiel die Anzahl der unter 40jährigen stets erheblich kleiner aus. Dabei dürfte es sich nicht um ein regionales Spezifikum, sondern um ein gesamt-bayerisches Phänomen gehandelt haben. Schließlich lag die Wiederwahlquote sowohl in den elf untersuchten Regionen als auch in allen 143 bayerischen Landkreisen regelmäßig weit über dem Anteil der Kreisräte unter 40 Jahren.¹⁷

¹³ 1966 betrug der Altersdurchschnitt im Landsberger Kreistag 52,6 Jahre und im Rodinger Kreistag 50,8 Jahre.

¹⁴ Die Ermittlung des jüngsten und ältesten Kreisrats erfolgte anhand der Angaben in BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Landsberg am Lech, und des Amtsblatts des Landkreises Landsberg am Lech Nr. 14 vom 16. 6. 1972, S. 62 f.

¹⁵ Zu Josef Arnold vgl. Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 323 f.

¹⁶ Ermittelt nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Landsberg am Lech, und Amtsblatt des Landkreises Landsberg am Lech Nr. 14 vom 16. 6. 1972, S. 62 f.

¹⁷ Die Angaben für Bayern in: BSB 182, S. 10 (1952), BSB 203, S. 14 (1956), BSB 220, S. 29 (1960), BSB 283, S. 30 (1966) und BSB 332, S. 31. Die Angaben für die elf untersuchten Landkreise nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen der Landkreise Landsberg, Wasserburg, Bogen, Beilngries, Neumarkt, Roding, Feuchtwangen, Rothenburg, Königshofen, Neuburg und Nördlingen. Der 1972 festzustellende deutliche Rückgang der Wiederwahlquote von 59 auf 34 Prozent und der gleichzeitige, nicht unerhebliche, Anstieg der Kreisräte unter 40 Jahren von 15 auf 20 Prozent unterstreicht einmal mehr den einschneidenden Charakter der Wahlen von 1972.

b) Berufsgruppenschichtung

Statistische Trends

Für die Berufsgruppenschichtung der Kreisräte in den elf untersuchten Landkreisen gilt dasselbe wie für ihre Altersstruktur: Sie entwickelten sich grundsätzlich nach denselben Mustern wie ihre Pendanten in den Gemeinden.¹⁸ Zwar war die Herrschaft der Selbständigen in den Kreisparlamenten deutlich schwächer ausgeprägt als unter den Bürgermeistern und Gemeinderäten, doch gingen die gesamten fünfziger und auch die frühen sechziger Jahre hindurch an die 80 Prozent der Kreisräte einer selbständigen Beschäftigung nach. Die größte einzelne Gruppe stellten einmal mehr die Landwirte, die stets über 40 Prozent aller Mitglieder der Kreistage ausmachten. Dahinter rangierten die selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden, deren Anteil zwischen einem Viertel und einem Fünftel der Kreistagsmandate schwankte. Kaufleute und Angehörige der freien Berufe wie Ärzte, Apotheker oder Architekten spielten dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Das galt in eingeschränktem Maße auch für die im öffentlichen Dienst Tätigen; zwar gehörte 1948 immerhin ein knappes Fünftel der Kreisräte dieser Berufsgruppe an, 1953 sank ihr Anteil jedoch auf 13 Prozent. Wie in den Gemeindevertretungen blieben abhängig Beschäftigte in den Kreistagen lange Zeit eine marginale Erscheinung: Bis in die sechziger Jahre hinein kamen sie nicht einmal in die Nähe der Zehn-Prozent-Marke. Rentner, Funktionäre und einmal mehr die Frauen traten auch in den Kreisparlamenten so gut wie gar nicht in Erscheinung.

Eine erste Trendwende erfolgte mit den Wahlen von 1966, als die Zahl der Selbständigen auch in den Kreistagen erstmals signifikant zurückging. Davon profitierten der öffentliche Dienst und die abhängig Beschäftigten, die ihre Anteile um einige Prozentpunkte vergrößern konnten. Von einem wirklichen Umbruch kann jedoch keine Rede sein, denn nach wie vor stellten die Selbständigen knapp 70 Prozent der Kreisräte. Auch was die Vertretung der mithelfenden Familienangehörigen und damit der Frauen betrifft, hatte sich nichts geändert – für sie führte immer noch kein Weg in den Kreistag. Die Zusammensetzung der Kreistage veränderte sich schlagartig, als vor den Wahlen von 1972 ein großer Teil der elf untersuchten Landkreise verschwand. Insbesondere vergrößerte sich der Anteil der Mandatäre aus dem öffentlichen Dienst: Über ein Drittel aller Kreisräte bezogen nunmehr Lohn und Brot von der öffentlichen Hand, darunter vor allem Staatsbeamte. In Anlehnung an das Schlagwort von der „Verbeamtung der Parlamente“, das zu Beginn der siebziger Jahre die Runde machte¹⁹, könnte man mit Fug und Recht von einer beginnenden „Verbeamtung der Kreistage“ sprechen. Einen verhältnismäßig großen Zuwachs mit fünf Prozentpunkten konnten auch die abhängig Beschäftigten verbuchen; innerhalb dieser Gruppe waren es in erster Linie die

¹⁸ Die folgenden Angaben wurden, soweit nicht anders gekennzeichnet, berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen der Landkreise Landsberg, Wasserburg, Bogen, Beilngries, Neumarkt, Roding, Feuchtwangen, Rothenburg, Königshofen, Neuburg und Nördlingen.

¹⁹ Vgl. etwa Häfele, Verbeamtung des Bundestages?, und Hess, Statistische Daten und Trends zur „Verbeamtung der Parlamente“. Das Thema blieb die siebziger Jahre hindurch in der Diskussion. Die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen hielt beispielsweise im Juni 1975 eine Veranstaltung zum Thema „Warum gibt es so viele Beamte in den Parlamenten?“ ab. Klatt, Verbeamtung der Parlamente, und ders., Die finanzielle Situation.

Angestellten, die ihre Position in den Kreistagen ausbauen konnten, wogegen die Zahl der Arbeiter sogar abnahm. Am stärksten ging jedoch der Anteil der Selbständigen zurück, die nun unter die 50-Prozent-Marke sanken. Vor allem die Bauern mußten herbe Einbußen hinnehmen, aber auch der Anteil der Handwerker und Gewerbetreibenden sank signifikant. Einzig den freien Berufen gelang es, ihre Stellung in den Kreistagen nach den Wahlen von 1972 zu verbessern. In anderen Bereichen schienen die überkommenen Strukturen nach wie vor wie zementiert, was etwa den beschämend niedrigen Frauenanteil in den Kreistagen betrifft.

Allerdings erstreckte sich dieses Phänomen nicht allein auf ländliche Regionen, sondern betraf die Kommunalpolitik ganz allgemein, was bereits zeitgenössische Studien beklagten.²⁰ Denn obwohl Frauen in den Vertretungskörperschaften kreisfreier Städte vergleichsweise stärker vertreten waren als in den Kreisparlamenten, blieben sie auch in den Stadträten zwischen 1948 und 1972 deutlich unterrepräsentiert.²¹ Fast müßig zu sagen, daß dies in den bayerischen Kreisparlamenten ebenso zutraf. Überhaupt unterschieden sich, was die Entwicklung der Berufsgruppenschichtung der Kreisräte betrifft, die ländlichen Regionen nur graduell vom gesamtbayerischen Durchschnitt.²² Auch hier bestimmten die Selbständigen bis in die sechziger Jahre hinein die Kreispolitik, wenngleich ihre Dominanz nicht so extrem ausgeprägt war wie auf dem Land; dementsprechend größer fiel der Anteil aus, den die abhängig Beschäftigten bayernweit bereits in den fünfziger Jahren ausmachten. Die Wahlen von 1966 und 1972 veränderten auch hier das Bild nachhaltig: 1972 war der Anteil der Selbständigen in den Kreisparlamenten deutlich unter die 50-Prozent-Marke gesunken. Nach der Gebietsreform hatte sich die Berufsstruktur der Kreisräte in ländlichen Regionen somit weitgehend dem bayerischen Durchschnitt angeglichen. Der Prozeß, der zu diesem Ergebnis führte, verlief allerdings nicht linear, wie der Blick aus der Froschperspektive zeigt.

Nahaufnahmen: Die Kreistage von Landsberg am Lech und Roding

Bei genauerem Hinsehen fiel die Dominanz der Selbständigen sogar noch deutlicher aus, als es die statistischen Daten andeuten, wie die Zusammensetzung des Rodinger Kreistages illustriert. Von den 34 Kreisräten, die im April 1948 gewählt wurden, waren 25 in beruflicher Hinsicht ihre eigenen Herren, darunter allein neun Bauern; dazu kamen drei Ärzte, zwei Getreidehändler, ein Krämer, zwei Kaufleute, zwei Schreiner- und zwei Malermeister, ein Bäcker, ein Müller, ein Schmied sowie ein Gastwirt. Ihnen standen lediglich fünf Angehörige des öffentlichen Dienstes und vier Arbeitnehmer aus der freien Wirtschaft gegenüber. Unter den letztgenannten befanden sich mit dem Sparkassenverwalter Josef Dirnberger

²⁰ So konstatierte 1969 etwa Mechtild Fülles, *Frauen in Partei und Parlament*, S. 71, die „Beteiligung der Frau in den Kommunalvertretungen der Bundesrepublik“ sei immer noch „als gering zu veranschlagen“.

²¹ Nur ein Beispiel: Nach den Wahlen von 1966 lag der Frauenanteil aller bayerischen Stadtparlamente zusammengenommen bei bescheidenen 8,4 Prozent. Berechnet nach BSB 283, S. 35.

²² Die Entwicklung der Berufsgruppenschichtung der bayerischen Kreisräte nach BSB 182, S. 14 (1952), BSB 203, S. 17 (1956), BSB 220, S. 33 (1960), BSB 283, S. 35 (1966) und BSB 332, S. 32 (1972).

und dem Lagerhausverwalter Heinrich Fichtl zwei leitende Angestellte. Sie nahmen gewissermaßen eine Zwitterstellung zwischen den Selbständigen und den abhängig Beschäftigten ein. Die Arbeiterschaft im engeren Sinne vertraten somit lediglich der Maurer Karl Kummer und der Betriebsfahrer Milan Rodosawljewic.²³ Daß einfachen Arbeitern die Türen der Kreispolitik weitgehend verschlossen blieben, war eine Konstante, die bis weit in die sechziger Jahre hinein reichte. Noch in der letzten Kreistagswahl vor der Auflösung des Landkreises Roding, die 1966 stattfand, befanden sich unter den fünf abhängig Beschäftigten, denen der Einzug in das Kreisparlament gelang, drei leitende Angestellte²⁴: Karl Baudrexl aus Nitte- nau verdiente seinen Lebensunterhalt als Direktor der Raiffeisenbank, Josef Beer aus Falkenstein und Heinrich Fichtl aus Roding arbeiteten als Lagerhausverwalter. Insofern konnten nur der Schlosser Adalbert Esterer und der Metallarbeiter Johann Schweiger als Repräsentanten der Arbeiterschaft gelten – und das, obwohl damals 45,7 Prozent der Erwerbstätigen im Landkreis ihren Lebensunterhalt als Arbeiter verdienten.²⁵ Eine selbständige, zumindest aber eine leitende berufliche Tätigkeit war und blieb also – von wenigen Ausnahmen abgesehen – eine der Grundvoraussetzungen für eine kommunalpolitische Karriere auf dem Land.

Besonders gut schnitten beim Kampf um ein Kreistagsmandat auch hier die Landwirte ab. Die starke Position der Bauern war seinerzeit durchaus gerechtfertigt, denn zu Beginn des Untersuchungszeitraumes bestimmte die Landwirtschaft eindeutig das Wirtschaftsleben im Landkreis Roding:²⁶ Noch 1950 fanden hier 64 Prozent der Erwerbstätigen ihr Auskommen im primären Sektor; die Bereiche Industrie und Handwerk sowie Handel und Verkehr machten dagegen nur 18 bzw. acht Prozent aus. Diese Zahlen enthalten allerdings nicht nur die selbständigen Bauern, sondern alle in der Landwirtschaft beschäftigten Personen – also auch die mithelfenden Familienangehörigen, Landarbeiter, Knechte und Mägde. So gesehen, spiegelte die Zusammensetzung des Rödinger Kreistags kaum die Verhältnisse im Landkreis wider. Betrachtet man nämlich die Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Beruf, ergibt sich ein ganz anderes Bild: Nur 21 Prozent der Erwerbspersonen gingen einer selbständigen Beschäftigung nach, wogegen die Arbeiterschaft bereits 36 Prozent umfaßte. Insofern war diese Berufsgruppe mit zwei Kreisräten eindeutig unterrepräsentiert. Eine zahlenmäßig noch bedeutendere Gruppe, die mithelfenden Familienangehörigen, die im Landkreis Roding 1950 immerhin 37 Prozent der Erwerbstätigen ausmachten, war auch im Kreistag überhaupt nicht vertreten. Daran änderte sich wenig. Die vielköpfige Vertretung der Selbständigen wie auch der unverhältnismäßig kleine Anteil der Arbeitnehmer markierten Konstanten, die bis in die siebziger Jahre hinein wirksam blieben. Zwar nahm die Dominanz der Selbständigen mit der Zeit ab, aber eben auch die

²³ Amtsblatt für den Landkreis Roding vom 8. 5. 1948, S. 53 f.

²⁴ Die folgenden Angaben nach Amtsblatt des Landkreises Roding vom 31. 3. 1966, S. 53 ff., sowie BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Roding.

²⁵ Berechnet nach BSB 304 b, S. 127 ff.; Stand zum 27. 5. 1970.

²⁶ Die im folgenden genannten Prozentangaben zur Erwerbsstruktur im Landkreis Roding im Jahr 1950 wurden berechnet nach BSB 177, Bd. 3, S. 104 f. Dabei wurden nur die Erwerbspersonen der einzelnen Wirtschaftsbereiche einbezogen; die selbständigen Berufslosen mit Angehörigen ohne Hauptberuf wurden dagegen nicht berücksichtigt.

relative Bedeutung dieser Berufsgruppe: Noch in den sechziger Jahren waren über 20 Prozent der Erwerbspersonen im Landkreis Roding ihre eigenen Herren gewesen, bevor ihr Anteil zu Beginn der siebziger Jahre auf gut 15 Prozent sank. Für die Arbeiterschaft galt selbiges, lediglich mit umgekehrten Vorzeichen: Ihr Anteil stieg von einem guten Drittel der Erwerbstätigen 1950 auf knapp die Hälfte im Jahr 1970.²⁷ Dabei dürfte es sich nicht um ein regionales Phänomen, sondern um einen allgemeinen Trend gehandelt haben, der so oder so ähnlich in den meisten agrarisch strukturierten Landkreisen Bayerns zu beobachten war; der Landkreis Landsberg am Lech zumindest durchlief genau die gleiche Entwicklung.²⁸

Daß sich vor allem die Bauern relativ gut in der kommunalen Vertretungskörperschaft der Kreise behaupten konnten, war alles andere als selbstverständlich, denn der sozioökonomische Strukturwandel der fünfziger und sechziger Jahre ging keineswegs spurlos an den untersuchten ländlichen Regionen vorüber. Im September 1950 bezogen fast 57 Prozent der Erwerbstätigen im Raum Landsberg ihren Unterhalt aus dem primären Sektor, im Landkreis Roding waren es sogar knapp 64 Prozent. Elf Jahre später, im Juni 1961, hatte die Landwirtschaft bereits einiges an Bedeutung eingebüßt; immerhin bot sie noch 42 Prozent der Landsberger und 47 Prozent der Rodinger Erwerbspersonen ein Auskommen. In den darauffolgenden Jahren gewann der Prozeß der Deagrarisierung dann spürbar an Tempo; im Mai 1970 lebten schließlich nur noch rund ein Viertel der Erwerbstätigen in beiden Landkreisen von der Landwirtschaft.²⁹ Trotz der rückläufigen Be-

²⁷ Zum 13. 9. 1950 waren im Landkreis Roding 20,9 Prozent der Erwerbstätigen selbständig, 37 Prozent arbeiteten als mithelfende Familienangehörige, 6,5 Prozent waren Beamte und Angestellte sowie 35,6 Prozent Arbeiter. Berechnet nach BSB 177, Bd. 4, S. 104f. Elf Jahre später, zum 6. 6. 1961, ergab sich folgendes Bild: 22,6 Prozent der Erwerbstätigen waren selbständig, 31,2 Prozent arbeiteten als mithelfende Familienangehörige, 10,1 Prozent waren Beamte und Angestellte sowie 36,1 Prozent Arbeiter. Berechnet nach SJB 28 (1964), S. 384f. Zum 27. 5. 1970 schließlich waren 15,9 Prozent der Erwerbspersonen selbständig, 19,2 Prozent arbeiteten in einem Familienbetrieb mit, 7,8 Prozent waren Beamte, 11,5 Prozent Angestellte und 45,7 Prozent Arbeiter. Berechnet nach BSB 304 b, S. 127ff.

²⁸ 1946 gingen fast 90 Prozent der Landsberger Kreisräte einer selbständigen Tätigkeit nach. Zwischen 1952 und 1960 waren rund zwei Drittel der Kreisräte Selbständige, jeweils um die 15 Prozent stammten aus dem öffentlichen Dienst bzw. waren abhängig Beschäftigte. 1966 sank der Anteil der Selbständigen auf 60 Prozent, wogegen die Staatsbediensteten sprunghaft auf fast 30 Prozent anstiegen. 1972 schließlich stellten die Selbständigen nur noch die Hälfte der Kreisräte, ein Viertel war im öffentlichen Dienst tätig und 20 Prozent gingen einer abhängigen Beschäftigung nach. Berechnet nach Amtsblatt für den Landkreis Landsberg am Lech Nr. 21 vom 17. 5. 1946, Nr. 14 vom 4. 4. 1952, S. 73f., Nr. 13 vom 6. 4. 1956, S. 35f., Nr. 12 vom 1. 4. 1960, S. 50f., Nr. 8 vom 25. 3. 1966, S. 28f. sowie Nr. 14 vom 16. 6. 1972, S. 62f. Zum 13. 9. 1950 waren 20,7 Prozent der Erwerbstätigen im Landkreis Selbständige, 28,8 Prozent mithelfende Familienangehörige, 8,2 Prozent Beamte und Angestellte sowie 42,3 Prozent Arbeiter. Berechnet nach BSB 177, Bd. 1, S. 74f. Zum 6. 6. 1961 waren 20,3 Prozent der Erwerbspersonen Selbständige, 25,8 Prozent mithelfende Familienangehörige, 12,6 Prozent Beamte und Angestellte und 41,2 Prozent Arbeiter. Berechnet nach SJB 28 (1964), S. 382f. Zum 27. 5. 1970 waren 16,2 Prozent der Erwerbstätigen Selbständige, 15,8 Prozent mithelfende Familienangehörige, zehn Prozent Beamte, 16,7 Prozent Angestellte und 41,3 Prozent Arbeiter. Berechnet nach BSB 304 a, S. 95ff. Nach der Gebietsreform von 1972 waren in Landsberg 15,4 Prozent der Erwerbstätigen Selbständige, 14,5 Prozent mithelfende Familienangehörige, 11,8 Prozent Beamte, 18,4 Prozent Angestellte und 39,9 Prozent Arbeiter. Berechnet nach SJB 30 (1972), S. 408f.

²⁹ Im Landkreis Landsberg waren es 24,7 Prozent, in Roding 26 Prozent. Für 1970 berechnet nach BSB 304 a, S. 95ff. (Landsberg) bzw. BSB 304 b, S. 127ff. (Roding). Für 1950 berechnet nach BSB 177, Bd. 1, S. 74f. (Landsberg) und BSB 177, Bd. 4, S. 104f. (Roding). Für 1961 berechnet nach SJB 28 (1964), S. 382f. (Landsberg) bzw. S. 384f. (Roding).

deutung des primären Sektors, die im bayerischen Durchschnitt noch stärker ausgeprägt war als in den hier betrachteten Regionen³⁰, konnten die Bauern ihre dominante Stellung in den Kreistagen auf dem Land bis in die sechziger Jahre hinein halten. Im Landkreis Landsberg stellten sie 1966 noch knapp 40 Prozent der Kreisräte, bevor ihr Anteil 1972 auf ein knappes Viertel zusammenschmolz. Im Landkreis Roding dagegen sanken die Bauern bereits 1966 unter die 20-Prozent-Marke.³¹ Daß die Beharrungskräfte im Landsberger Raum stärker ausgeprägt waren, dürfte – abgesehen von der überaus erfolgreichen Industrialisierungspolitik des Rodinger Landrats, von der noch die Rede sein wird³² – nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß die Bauern am Lechrain günstigere natürliche Bedingungen für Ackerbau und Viehzucht vorfanden als ihre Kollegen im östlichen Oberpfälzer Wald, die immer schon mit den kargen Böden und ungünstigen klimatischen Bedingungen zu kämpfen gehabt hatten.³³ So konnten sie trotz des massiven Einsatzes von Maschinen und chemischen Düngemitteln ihre Erträge nicht in dem Maße steigern wie ihre oberbayerischen Standesgenossen – und materieller Wohlstand bzw. beruflicher Erfolg stellte ja eine der konstanten Voraussetzungen für den Einzug in ein Kommunalparlament dar. Je weiter die Einkünfte der Landwirte hinter die der in andere Wirtschaftsbereichen Tätigen zurückfielen, um so geringer wurden ihre Chancen, ein Kreistagsmandat zu erringen.

In dieses Bild paßt auch eine signifikante Verschiebung innerhalb der Kreisräte aus dem bäuerlichen Milieu: Noch zu Beginn des Untersuchungszeitraums hatten ausschließlich Vollerwerbslandwirte dem Kreistag angehört. Bauern, die gleichzeitig einer Tätigkeit außerhalb des primären Sektors nachgingen, tauchten erstmals 1956 in der Rodinger Vertretungskörperschaft auf – zwei der damals gewählten Bauern waren auch als Müller tätig, ein weiterer betrieb neben der Landwirtschaft ein Fuhrunternehmen.³⁴ In relativ kurzer Zeit verschoben sich jedoch die Gewichte: Standen noch 1956 den drei Nebenerwerbslandwirten sieben echte Bauern gegenüber, so widmeten sich von den 1966 gewählten Kreisräten lediglich Wolfgang Aschenbrenner aus Zimmering und Alfons Schwarzfischer aus Braunried ausschließlich der Landwirtschaft. Sechs Kreisräte bewirtschafteten ihre Höfe dagegen nur noch im Neben- oder Zuerwerb, unter ihnen auch Sebastian Hofstetter, der Pfarrer von Arrach.³⁵

Anfang der fünfziger Jahre saßen noch insgesamt 83 katholische Geistliche in den 143 bayerischen Kreistagen.³⁶ Was bundesweit fast schon als Kuriosum galt, gehörte im Freistaat zum guten politischen Ton und war weder ein regionales Spe-

³⁰ 1972 waren nur noch elf Prozent aller bayerischen Erwerbspersonen im primären Sektor tätig, während die Landwirtschaft im vergrößerten Landkreis Landsberg immerhin noch 21,7 Prozent der Erwerbstätigen ein Auskommen bot. Berechnet nach SJB 30 (1972), S. 408 f.

³¹ Im Landkreis Landsberg übten 1966 noch immerhin 17 von 45 Kreisräten eine landwirtschaftliche Tätigkeit aus; im 32köpfigen Rodinger Kreistag waren es dagegen nur noch sechs. BLASD, Referat Wahlen, Kreislisten Landsberg am Lech und Roding.

³² Siehe S. 446 ff.

³³ Schwarzfischer (Hrsg.), Landkreis Roding, S. 7 ff., und Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Bayern (Hrsg.), Unser Landkreis Roding, S. 10 f.

³⁴ Amtsblatt für den Landkreis Roding vom 7. 4. 1956, S. 45 ff.

³⁵ Amtsblatt des Landkreises Roding vom 23. 2. 1966, S. 26–30 und vom 31. 3. 1966, S. 54 f.

³⁶ Diese Angabe nach Morsey, Katholizismus und Unionsparteien, S. 44.

zifikum noch eine Besonderheit des bäuerlich geprägten Landes. In der Rodinger Politik spielten Pfarrer wie Sebastian Hofstetter, der für die CSU kandidierte, den gesamten Untersuchungszeitraum hindurch eine nicht zu unterschätzende Rolle – weniger was ihre zahlenmäßige Stärke betraf, sondern vielmehr aufgrund ihrer persönlichen Wahlergebnisse: Sie rangierten mit schöner Regelmäßigkeit in der Gunst der Wähler unangefochten an der Spitze und verdrängten dabei die „Spitzenkandidaten“ der jeweiligen Wahlvorschläge auf die Plätze. So erhielt etwa 1948 der Geistliche Rat Josef Stahl (Jahrgang 1883), der seit 1930 als Pfarrer der Gemeinde Stamsried und seit 1940 als Dekan des Dekanats Roding tätig war, die weitaus meisten Stimmen aller Kandidaten, obwohl er auf dem Wahlvorschlag der CSU lediglich an fünfter Stelle kandidiert hatte. Der Listenführer der CSU, der 1916 geborene Bauer Lorenz Bräu aus Bruck, erreichte das zweitbeste Einzelergebnis, allerdings mit deutlich weniger Wählerstimmen.³⁷ Vier Jahre später belegten die Pfarrer Johann Krauß aus Wald und Sebastian Hofstetter aus Arrach die beiden ersten Plätze; der bestplazierte „weltliche“ Kandidat, Wolfgang Aschenbrenner, folgte mit dem gehörigen Respektabstand.³⁸ Auch in den Wahlen von 1956 und 1960 rangierten mit Krauß und Hofstetter bzw. mit Josef Denk, dem Pfarrer von Fischbach, katholische Geistliche auf den ersten Plätzen.³⁹ Eine gewisse Veränderung trat erst mit den Kommunalwahlen von 1966 ein. Zwar wurden in Gestalt von Sebastian Hofstetter, Karl Haslbeck aus Bruck und Rudolf Schreier aus Walderbach sogar drei Pfarrer in den Rodinger Kreistag gewählt, im Unterschied zu den vorangegangenen Abstimmungen rangierten sie in der Wählergunst jedoch nicht mehr an erster Stelle. Diesmal erreichte Ludolf Stüber, der Spitzenkandidat der CSU, das beste Wahlergebnis – allerdings dicht gefolgt von Pfarrer Hofstetter, dessen gutes persönliches Abschneiden freilich nicht unbedingt zu erwarten gewesen war, hatte er doch auf dem 32. und letzten Platz der CSU-Liste kandidiert. Allen wirtschaftlichen, sozialen und mentalen Veränderungen zum Trotz genoß der Pfarrer in der Bevölkerung nach wie vor hohes Ansehen.⁴⁰

Der öffentliche Dienst – unter dieser Rubrik firmierten die katholischen Geistlichen – stellte auch in den Kreisparlamenten diejenige Berufsgruppe dar, die zwischen den späten vierziger und den frühen siebziger Jahren am stärksten zulegen konnte. Dabei waren die Staatsbediensteten – zumindest im Landkreis Roding – bereits zu Beginn des Untersuchungszeitraums alles andere als unterrepräsentiert: Neben Dekan Stahl saßen 1948 der Eisenbahner Franz Czaneck (SPD), der Straßenwärter Josef Groß (CSU), der Oberregierungsrat Johann Pintzke (SPD) sowie der Kreisgeschäftsführer der Krankenhäuser des Landkreises, Ernst Kerl (CSU)

³⁷ Auf Josef Stahl entfielen 10207 Stimmen, auf Lorenz Bräu nur 9496. Amtsblatt für den Landkreis Roding vom 8. 5. 1948, S. 53. Die biographischen Angaben zu Stahl nach Bayerwald-Anzeiger vom 26. 5. 1952 („Stamsried trauert um seinen Dekan“).

³⁸ Johann Krauß erhielt 12770 Stimmen, Sebastian Hofstetter 11714 und Wolfgang Aschenbrenner 9563. Bayerwald-Anzeiger vom 21. 4. 1952, S. 6.

³⁹ Die Einzelheiten, insbesondere die genauen Stimmenergebnisse aller Kandidaten in Amtsblatt für den Landkreis Roding vom 7. 4. 1956, S. 45 ff., bzw. Bayerwald-Anzeiger vom 31. 3. 1960, S. 9 („31 Kreisräte im neuen Rodinger Kreistag“).

⁴⁰ Die Ergebnisse der Kommunalwahlen von 1966 nach Amtsblatt des Landkreises Roding vom 23. 2. 1966, S. 26–30, und vom 31. 3. 1966, S. 54 f.

im Kreistag; damit stellte der öffentliche Dienst rund 15 Prozent seiner Mitglieder, obwohl dieser Wirtschaftsbereich nicht einmal zehn Prozent der Erwerbstätigen im Landkreis ein Auskommen bot.⁴¹ In beiden Kreisparlamenten nahm die Zahl der Staatsbediensteten wie auch ihr relatives Gewicht bis zum Beginn der siebziger Jahre von Wahl zu Wahl zu. 1966 bezogen immerhin bereits neun von 32 Rodinger Kreisräten Lohn und Brot von der öffentlichen Hand, im Landkreis Landsberg waren es 1972 zwölf von 50. Innerhalb dieser Gruppe kam es zu beachtlichen Verschiebungen, wie ein Blick auf den Rodinger Kreistag zeigt: Zulegen konnten in erster Linie die Staats- und Gemeindebeamten, die in den ersten Wahlperioden nach 1945 nur eine Nebenrolle gespielt hatten.⁴² Im Hinblick auf die 1966 Gewählten kann man dagegen durchaus von einer „Verbeamtung des Kreistags“ sprechen, zählten doch der Verwaltungsbeamte Hans Hölzl, der Krankenhausverwalter Ernst Kerl, der Kreisoberamtmann Roland Matejka, der Postoberschaffner Josef Sinzger, der Postbeamte Josef Stangl sowie der Oberlehrer Hans Münch zur Beamtenschaft. Im Grunde muß man dieser Gruppe auch den abermals in den Kreistag gewählten Justizamtmann Matthias Pongratz zurechnen, der 1966 allerdings bereits seine Pension genoß. Damit waren die Staatsbediensteten, die 1961 zusammen mit den Angestellten nur neun Prozent der Erwerbspersonen im Raum Roding stellten, die am deutlichsten überrepräsentierte Berufsgruppe im Rodinger Kreisparlament geworden.⁴³

Im Kern traf somit auch für die Kreistage zu, was für Bürgermeister und Gemeinderäte galt: Die Berufsstruktur der Mandatäre durchlief im Untersuchungszeitraum signifikante Veränderungen, die sich bereits in den Wahlen von 1966 andeuteten, aber erst sechs Jahre später voll zum Durchbruch kamen. Zwar darf man auch im Hinblick auf die Zusammensetzung der Kreistage nicht den Fehler begehen, das Moment des Wandels einseitig gegenüber dem Moment der Kontinuität in den Vordergrund zu stellen. Immerhin blieben die Selbständigen, darunter in erster Linie die Bauern, auch nach den Wahlen von 1972 eine nicht zu vernachlässigende, einflußreiche Gruppe. Grundsätzlich jedoch entwickelten sich die Kreistage auch in ländlichen Regionen von Vertretungskörperschaften der Bauern und Dorfhandwerker zu Gremien, in denen Angestellte und vor allem Staatsbedienstete die erste Geige spielten.

⁴¹ Amtsblatt für den Landkreis Roding Nr. 16 vom 17. 4. 1948, S. 43 f. und Nr. 19 vom 8. 5. 1948, S. 53 ff. In der amtlichen Statistik wurden die Staatsbediensteten zu dieser Zeit noch nicht als eigenständige Gruppe geführt, sondern gemeinsam mit den im Dienstleistungssektor Tätigen erfaßt. Beide Gruppen zusammen kamen 1950 im Landkreis Roding auf knapp zehn Prozent, berechnet nach BSB 177, Bd. 4, S. 104 f. Man wird also davon ausgehen können, daß zu diesem Zeitpunkt nicht einmal fünf Prozent der Rodinger Erwerbstätigen im öffentlichen Dienst beschäftigt waren.

⁴² Dem ersten, 1946 gewählten 32köpfigen Rodinger Kreistag hatte nur ein einziger Staatsbediensteter, der 1917 geborene Regierungsinspektor Wilhelm Lallinger, angehört. 1948 waren zwar bereits vier bei der öffentlichen Hand Beschäftigte gewählt worden, von denen jedoch nur der Oberregierungsrat Johann Pintzke zur Kategorie der Staatsbeamten zählte. Amtsblatt für den Landkreis Roding vom 23. 4. 1946, S. 22 und vom 8. 5. 1948, S. 53 f.

⁴³ Die Kreistagsmitglieder von 1966 nach Amtsblatt des Landkreises Roding vom 23. 2. 1966, S. 26–30 und vom 31. 3. 1966, S. 54 f. Die Erwerbsstatistik des Landkreises Roding von 1961 nach BSB 231 a, S. 230 f.

2. Die Landräte

a) Altersschichtung

Während die Entwicklung der generationellen wie der Berufsgruppenschichtung bei Bürgermeister, Gemeinde- und Kreisräten weitgehend synchron verlief, bot sich hinsichtlich der Landräte ein ganz anderes Bild, und zwar von Anfang an. Im Gegensatz zu den Bürgermeistern gelang es bereits 1948 einer Reihe von vergleichsweise jungen Männern, einen Landratsposten zu erobern. Immerhin ein gutes Viertel aller 1948 gewählten bayerischen Landräte hatte zum Zeitpunkt der Wahl das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht; dagegen konnten die politischen Dinosaurier sich nicht annähernd in dem Maße durchsetzen wie etwa im Kampf um die Rathäuser – nur knapp zwölf Prozent der Landräte war 1948 bereits über 60 Jahre alt. Dementsprechend niedrig fiel das Durchschnittsalter der bayerischen Landräte aus, das 47,1 Jahre betrug. In den elf in die Untersuchung einbezogenen Landkreisen lag das Durchschnittsalter 1948 sogar bei nur 43,6 Jahren; fünf der dort gewählten Landräte waren jünger als 40, nur zwei älter als 60 Jahre.⁴⁴

Bayernweit stellten die vor 1900 Geborenen nicht einmal 40 Prozent der Landräte, unter denen sich der Landsberger Amtschef, Dr. Otto Gerbl (Jahrgang 1882), und sein Kollege Heinrich Vogt aus Nördlingen befanden. Vogt, vor seiner Wahl zum Landrat Kassenleiter der Steuerstelle, hatte im Dezember 1885 in Holzkirchen das Licht der Welt erblickt.⁴⁵ Der älteste bayerische Landrat, Franz Edler von Koch (Jahrgang 1875), amtierte 1948 im oberbayerischen Pfaffenhofen.⁴⁶ Ein erheblich größeres Gewicht als in den Gemeinden erlangten in den Landratsämtern Männer, die nach 1910 zur Welt gekommen waren. Über 20 Prozent der bayerischen Landräte, darunter allein fünf der in die Untersuchung einbezogenen, gehörten dieser Altersgruppe an. Der jüngste von ihnen war der 1914 in Bamberg geborene Franz Xaver Butterhof, der vom Beilngrieser Kreistag im Juni 1948 einstimmig zum Landrat gewählt wurde.⁴⁷ Nach dem Studium der Malerei an der Kunstakademie wurde Butterhof 1939 zur Wehrmacht eingezogen, in der er bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs diente. Möglicherweise aufgrund der Erfahrungen aus sechs Kriegsjahren entschloß sich Butterhof nun zur aktiven Mitarbeit in der Politik: Bereits 1945 zählte er in Nürnberg zu den Gründervätern der CSU, und zwei Jahre später war er abermals mit von der Partie, als die Junge Union aus der Taufe gehoben wurde, zu deren Führungsriege er bald zählte. Von 1947 bis 1948 gehörte er neben Richard Jaeger und Franz Heubl dem dreiköpfigen Landesrat der bayerischen Jungen Union an; gleichzeitig wirkte er als Bundessekretär der Jungen Union Deutschlands und 1948 bekleidete er für wenige Monate den

⁴⁴ Diese und die folgenden Angaben zur Altersstruktur der bayerischen Landräte berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen des 143 bayerischen Altlandkreise.

⁴⁵ Die biographischen Informationen zu Heinrich Vogt stammen aus LRA Donau-Ries, Registratur 015/1 Nö, LRA Nördlingen an BLASD vom 2. 12. 1971.

⁴⁶ BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Pfaffenhofen.

⁴⁷ Das Wahlergebnis nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Beilngries. Zur Biographie Butterhofs vgl. Junge Union Bayern (Hrsg.), 50 Jahre Junge Union Bayern, S. 65f., sowie schriftliche Auskünfte der Stadt Beilngries vom 17. 9. 1991, die mir Thomas Schlemmer zugänglich gemacht hat.

Posten des Landesobmanns der Jungen Union Bayern. Nach seinem Sieg bei der Landratswahl legte er jedoch seine Parteiämter nieder und übersiedelte von Nürnberg nach Beilngries, um sich ganz seiner dortigen Aufgabe zu widmen.

Daß politische Karrieren allerdings nicht unbeträchtliche Risiken in sich bergen, mußte Butterhof 1952 erfahren, als er sich um seine Wiederwahl bemühte. Im ersten Wahlgang kam der Amtsinhaber, der als haushoher Favorit ins Rennen gegangen war, nur auf 48,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Butterhofs schärfster Rivale, der parteilose Rechtsreferendar Hans Pröll, erhielt 40 Prozent.⁴⁸ Allerdings wurde der Ausgang des Urnengangs bald in Zweifel gezogen, zum einen wegen des Vorwurfs der Wahlfälschung⁴⁹, zum anderen – und das sollte sich als das gravierendere Problem erweisen – weil angeblich zwei der Kandidaten nicht wahlberechtigt gewesen waren. Zunächst setzten das bayerische Innenministerium und die Regierung der Oberpfalz den juristischen Staatsbeamten des Landratsamts, Dr. Chylla, als kommissarischen Landrat von Beilngries ein.⁵⁰ Die Frage, ob die Wahl wiederholt werden müsse und wenn ja, ob eine Stichwahl durch den Kreistag oder eine abermalige Volkswahl abzuhalten sei, blieb jedoch lange umstritten. Die Provinzposse kam erst im Februar 1953 an ihr vorläufiges Ende, als der Kreistag Pröll mit 15 gegen vier Stimmen zum neuen Landrat wählte – die Entscheidung der Bezirksregierung, ob Pröll überhaupt wählbar war, stand zu diesem Zeitpunkt freilich noch aus.⁵¹ Ein Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 31. März 1953 beendete alle Spekulationen hinsichtlich der Annullierung des Wahlergebnisses, da es der Ansicht, Pröll sei gar nicht wählbar gewesen, die Grundlage entzog.⁵² Der 1922 geborene Hans Pröll, zu diesem Zeitpunkt bereits in den Rang eines Assessoren aufgestiegen, avancierte damit zum jüngsten aller 1952 gewählten Landräte.

Daß ein Jüngling wie Hans Pröll Landrat wurde, kam zwar nicht alle Tage vor, war jedoch keine ganz krasse Ausnahme. Zwischen 1948 und 1972 zählten stets mindestens zehn Prozent der Landräte zu dieser Altersgruppe, während der Anteil der über 60jährigen maximal rund 20 Prozent betrug. Das lag hauptsächlich an

⁴⁸ Butterhof erhielt 5192 Stimmen, Pröll 4282, Rührmeier (Bayernpartei) 934 und Knopp (SPD) 253; hätte die Bayernpartei auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet, wäre Butterhof mit großer Sicherheit im ersten Wahlgang wiedergewählt worden. NT vom 31. 3. 1952 („Die Wahlergebnisse in unseren Heimatbezirken“).

⁴⁹ In Berching hatte ein Mitglied des Wahlausschusses das Resultat der Stadtratswahl stark manipuliert. Man befürchtete, daß nun nicht nur die Berchinger Stadtratswahl, sondern auch die Wahl zum Kreistag und die Landratswahl wiederholt werden müßten. NT vom 30. 4. 1952 („Wahlwiederholung in Berching“).

⁵⁰ NT vom 5. 5. 1952 („Komm[issarischer] Landrat in Beilngries“) und NT vom 14. 5. 1952 („Keine Landrats-Stichwahl in Beilngries“).

⁵¹ Ein Kreisrat ließ sogar verlauten, man habe nur deshalb für Pröll gestimmt, „weil wir dadurch glauben, am ehesten eine Neuwahl durch das Volk zu erreichen.“ NT vom 27. 2. 1953 („Hans Pröll, Landrat von Beilngries“).

⁵² Prölls Wählbarkeit war angezweifelt worden, da Art. 31, Abs. 2 der bayerischen Landkreisordnung von 1952 und Art. 4, Abs. 5 des Landkreiswahlgesetzes von 1952 bestimmten, daß ein Landrat „sich durch mehrjährige entsprechende Tätigkeit beim Aufbau des demokratischen Staates in der öffentlichen Verwaltung bewährt haben“ mußte. Damit, so der Bayerische Verfassungsgerichtshof, würden aber Spätheimkehrer und vor allem die jüngere Generation von der Wahl ausgeschlossen, und daher sei zumindest die Formulierung „beim Aufbau des demokratischen Staates“ verfassungswidrig und aus dem Gesetz zu streichen. NT vom 4./5. 4. 1953 („Bleibt der neue Beilngrieser Landrat?“).

der im Vergleich zur Gemeindeebene deutlich niedrigeren Wiederwahlquote, die nicht zuletzt mit der Bestimmung zusammenhing, nach der Landräte, die ihr Amt hauptberuflich ausübten, mit der Vollendung des 65. Lebensjahres von einer neuerlichen Kandidatur ausgeschlossen waren.⁵³ Das hatte natürlich Auswirkungen auf die Altersstruktur dieser Personengruppe. Die Alten, die das Kaiserreich noch bewußt erlebt und am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatten, verschwanden bereits Ende der fünfziger Jahre aus den Landratsämtern. In den sechziger Jahren ging auch der Anteil derjenigen, die in der Weimarer Republik herangewachsen waren, stark zurück. Umgekehrt stieg seit dem Ende der fünfziger Jahre die Bedeutung der jüngeren Generation – 1964 stellten die nach 1910 Geborenen bereits knapp 60 Prozent der 143 bayerischen Landräte. Wie sehr sich die Altersstruktur verändert hatte, verdeutlicht ein Vergleich mit den 1952 gewählten Landräten im Freistaat, von denen nur rund ein Viertel nach 1910 zur Welt gekommen war; unter ihnen befanden sich lediglich fünf, die ihre politische Sozialisation nach 1933 erfahren hatten. Insofern kann das Beispiel Hans Prölls kaum Repräsentativität beanspruchen. Was dagegen Ausbildung und berufliche Tätigkeit betrifft, stand der Beilngrieser Landrat durchaus für den Großteil seiner Amtskollegen.

b) Berufsgruppenschichtung

Hinsichtlich der Berufsgruppenschichtung fiel der Kontrast zwischen den Landräten einerseits sowie den Bürgermeistern, Gemeinde- und Kreisräten andererseits besonders deutlich aus.⁵⁴ Während die Bauern unter den Letztgenannten lange Zeit die mit deutlichem Abstand meisten Mandatäre stellten, konnten sie sich im Kampf um die Landratsämter nur sehr selten durchsetzen. Schon 1948 stellten sie bayernweit wie auch in den elf untersuchten Regionen nur rund zehn Prozent der Landräte. Überhaupt spielten die Selbständigen in den Landratsämtern von Anfang an nur eine Nebenrolle; lediglich die relativ große Zahl von freiberuflich tätigen Rechtsanwälten und Notaren unter den Landräten stach hervor, die auf der Gemeindeebene keine Entsprechung fand. Bereits 1948 wurden sogar deutlich mehr selbständige Juristen zu Landräten gewählt als Bauern. Die einzige Parallele zur Gemeindeebene lag in der geringen Zahl der abhängig Beschäftigten und dem völligen Fehlen der mithelfenden Familienangehörigen – fast überflüssig zu erwähnen, daß dies einmal mehr vor allem zu Lasten der Frauen ging, die man auch in den Landratsämtern vergeblich suchte. In ganz Bayern brachte es bis 1972 nur eine einzige Kandidatin zur Anrede „Frau Landrat“. Dieses Kunststück, das in der gesamten Bundesrepublik für Aufmerksamkeit sorgte, gelang Paula Volkholz im Landkreis Kötzing, die sich als Kandidatin der Bayernpartei 1970 zur allgemeinen Überraschung knapp gegen den Kaufmann Rudolf Nemmer durchsetzen konnte, der von der CSU vorgeschlagen worden war und das Amt bereits seit 1952 bekleidet hatte. Allerdings war Paula Volkholz keine Vorkämpferin der politischen Emanzipation der Frau – in diesem Fall hätte sie die Wahl niemals ge-

⁵³ Gesetz über kommunale Wahlbeamte vom 10. 7. 1952 in der Fassung vom 14. 6. 1958, in: BGVB1. 1958, S. 101.

⁵⁴ Diese und die folgenden Angaben zur Berufsstruktur der bayerischen Landräte berechnet nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen des 143 bayerischen Altlandkreise.

wonnen. Sie kandidierte vielmehr stellvertretend für ihren Ehemann Ludwig Volkholz, den berühmt-berüchtigten „Jagerwiggerl“, der im Landkreis Kötzing wie ein Volksheld verehrt wurde, von einer eigenen Kandidatur jedoch ausgeschlossen blieb.⁵⁵

Dominanz der Verwaltungsjuristen

Das war freilich ein beinahe skurriler Einzelfall. Was den ausgeübten Beruf vor der erstmaligen Wahl betrifft, dominierten unter den Landräten eindeutig die Staatsbediensteten – eine Gruppe, die in den Rathäusern, Gemeinde- und Kreisparlamenten erst ab 1966 verstärkt Fuß fassen konnte. Schon 1948 hatten bayernweit knapp 37 Prozent der Landräte Lohn und Brot von der öffentlichen Hand bezogen, bevor sie ihr kommunalpolitisches Wahlamt antraten. Zehn Jahre später stammte rund die Hälfte aller bayerischen Landräte aus dem Staatsdienst, und bis 1970 stieg ihr Anteil sogar auf fast 64 Prozent. Mit anderen Worten: Am Vorabend der Gebietsreform waren zwei Drittel aller Landräte im Freistaat gelernte Staatsdiener. Unter den Landräten der elf in die Untersuchung einbezogenen Kreise befanden sich 1948 fünf, 1958 sieben und 1970 neun Männer, die zuvor schon auf der Gehaltsliste des Staates gestanden hatten. In den drei Landkreisen, die nicht der Gebietsreform zum Opfer fielen, schwangen 1972 ausnahmslos Staatsbeamte mit einer soliden juristischen Ausbildung das Landratszepter. Unter den Landräten, die vor ihrer Wahl im öffentlichen Dienst tätig gewesen waren, dominierten eindeutig die Verwaltungsjuristen.⁵⁶ Diese Personengruppe war aufgrund ihrer Ausbildung in besonders hohem Maße für eine administrative Tätigkeit qualifiziert. Zählt man zu diesen juristisch ausgebildeten Verwaltungsexperten die Rechtsanwälte und Notare hinzu, ergibt sich über den ganzen Untersuchungszeitraum hinweg ein relativ deutliches Übergewicht der Juristen in den Landratsämtern – und zwar sowohl in den elf ausgewählten Landkreisen als auch in ganz Bayern. Mitte der sechziger Jahre wurde der Trend, demzufolge Staatsbeamte in zunehmendem Maße in die Position von Wahlbeamten drängten, so stark, daß manche Kommentatoren unkten, die „Wiedergeburt des Bezirksamtmannes einer früheren Zeit“ stehe unmittelbar bevor.⁵⁷

Diesen Typus verkörperte Heinrich Gundlach, der von 1945 bis 1952 als Landrat im unterfränkischen Königshofen im Grabfeld wirkte. Der 1908 geborene Gundlach schlug zunächst die Juristenlaufbahn ein. Nach dem Studium der

⁵⁵ Ludwig Volkholz durfte aufgrund der Neufassung des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte von 1964 und des Gemeindevahlgesetzes von 1965, die man auch als „Lex Volkholz“ bezeichnete, nicht mehr für ein öffentliches Amt kandidieren. Aus diesem Grund war Paula Volkholz bereits im März 1966 an seiner Stelle bei den Bürgermeisterwahlen der Gemeinde Voggendorf angetreten, die sie dank der Popularität ihres Mannes eindeutig für sich entscheiden konnte. Vgl. Eichmüller, Jagerwiggerl, S. 158–167. Das Wahlergebnis von 1970 nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Kötzing.

⁵⁶ Die Verwaltungsjuristen stellten 1948 ein Fünftel, 1952 ein Viertel und 1958 bereits ein Drittel aller bayerischen Landräte. 1964 stieg ihr Anteil auf über 40 Prozent und 1970 stellten sie bereits knapp 50 Prozent aller 143 Landräte des Freistaats. Die anderen Gruppen innerhalb der Kategorie des öffentlichen Dienstes, Amtsleiter, Lehrer, sonstige Staatsbeamte und Staatsangestellte, spielten dagegen nur eine untergeordnete Rolle und kamen nie über zehn Prozent. Eigene Berechnungen nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen der 143 bayerischen Landkreise.

⁵⁷ So Karl Gietel im Bayerwald-Echo vom 1. 2. 1967 („Der vielbegehrte Staatsjurist von Roding“).

Rechtswissenschaft und dem anschließenden Referendariat wurde er im März 1935 zum Gerichtsassessor ernannt. Es folgte eine mehrmonatige Tätigkeit in der Justizverwaltung, bevor Gundlach im Oktober 1935 in die Rechtsabteilung der Mannesmannröhren-Werke in Düsseldorf eintrat. Im Juli 1941 wechselte er zur Reichsvereinigung Kohle in Berlin, bevor er im Januar 1944 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg endete für Gundlach im Mai 1945 mit der Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft. Im Oktober 1945 ernannte die amerikanische Militärregierung den erfahrenen Juristen zum kommissarischen Landrat von Königshofen. Am 8. Juni 1946 und am 1. Juni 1948 bestätigte ihn der Königshofener Kreistag in seinem Amt, für das ihn beide Male die CSU vorgeschlagen hatte. 1952 bekam Gundlach jedoch den allgemeinen Stimmungsumschlag zu Ungunsten der CSU zu spüren – er unterlag dem von der Bayernpartei aufgestellten Dr. Karl Grünwald, ebenfalls ein promovierter Jurist, der bis zur Auflösung des Landkreises im Zuge der Gebietsreform von 1972 im Amt blieb.⁵⁸ Einen ähnlichen cursus honorum durchlief der 1903 in Hohentrüdingen im Landkreis Gunzenhausen geborene Gerhard Müller. Nach dem Besuch des Progymnasiums in Oettingen und des Gymnasiums in Ansbach studierte er in Erlangen und München Jura. 1927 legte er die erste Staatsprüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst ab, 1931 bestand er das zweite Staatsexamen und erhielt die Zulassung zum Rechtsanwalt am Amtsgericht Oettingen. Seit diesem Zeitpunkt arbeitete Müller als freier Rechtsanwalt. 1952 trat er, von der SPD auf den Schild gehoben, gegen den seit 1946 amtierenden Landrat Heinrich Vogt von der CSU an. Nachdem keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht hatte, mußte der Kreistag entscheiden. Hier konnte sich Müller dank seiner einschlägigen juristischen Qualifikation mit 24 Stimmen gegen Vogt durchsetzen, der zwar als Favorit ins Rennen gegangen war, für den jedoch lediglich 18 Kreisräte votierten.⁵⁹ Müller blieb schließlich für 18 Jahre Landrat von Nördlingen, bevor er sich 1970 aus Altersgründen aus der Politik zurückzog.

Zur Vorherrschaft der Juristen trug nicht unwesentlich bei, daß der Weg ins Dienstzimmer des Landrats nicht selten über den Posten des juristischen Staatsbeamten am Landratsamt führte. Als beispielsweise Otto Schedl im Oktober 1957 den Posten des Landrats von Neumarkt in der Oberpfalz mit dem Amt des bayerischen Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr vertauschte, fiel die Wahl der CSU, die im Landkreis über eine sichere Mehrheit verfügte, auf Schedls rechte Hand im Landratsamt, den erst 32jährigen Josef Werner Bauer. Bauer hatte im Januar 1926 im pfälzischen Zweibrücken als Sohn eines niederbayerischen Zoll-

⁵⁸ BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Königshofen im Grabfeld. Die biographischen Informationen über Heinrich Gundlach entstammen dem Dienstvertrag Gundlachs mit dem Landkreis Königshofen vom 24. 6. 1948 sowie einem Schreiben Gundlachs an das Landratsamt Rhön-Grabfeld vom 5. 5. 1975. Beide Dokumente wurden dem Verfasser vom Landratsamt Rhön-Grabfeld in Kopie zur Verfügung gestellt.

⁵⁹ Auf Heinrich Vogt (CSU) waren zuvor 10173 Stimmen entfallen, Gerhard Müller (SPD) erreichte 7559 Stimmen, während der Rechtsanwalt Dr. Siegfried Kleemann (DP) lediglich 4856 Stimmen erhielt. Landratsamt Donau-Ries, Registratur 015/1 Nö, Landratsamt Nördlingen an BLASD vom 2. 12. 1971, und BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Nördlingen. Die biographischen Angaben zu Müller nach Landratsamt Donau-Ries, Registratur 015/1 Nö, Landratsamt Nördlingen an die Regierung von Schwaben vom 6. 5. 1952.

beamten das Licht der Welt erblickt. Nachdem er im März 1944 den Besuch des Gymnasiums in München mit dem Abitur abgeschlossen hatte, wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, begann Bauer im April 1946 in München Rechtswissenschaft zu studieren. Von Dezember 1948 bis Juli 1952 war er als Rechtsreferendar am Oberlandesgericht München tätig, bevor er über die Regierung von Oberbayern und das Landratsamt Viechtach im Mai 1954 ans Landratsamt Neumarkt kam, wo er dem Landrat zunächst als Regierungsassessor, später als Regierungsrat zuarbeitete. Obwohl Schedl den talentierten Juristen gerne als persönlichen Referenten mit nach München genommen hätte, entschied sich Bauer für die Kandidatur in Neumarkt. Das Risiko sollte sich auszahlen: Bauer wurde nicht nur auf Anhieb mit großer Mehrheit zum Landrat gewählt, sondern er behielt dieses Amt bis 1996.⁶⁰ Der gleiche Karrieresprung glückte auch dem 1931 geborenen Oberregierungsrat Ernst Girmindl im Landkreis Roding. Der aus Hutthurm bei Passau stammende Niederbayer hatte in München und Erlangen Jura studiert. Nach dem ersten Staatsexamen absolvierte er ein dreijähriges Referendariat bei verschiedenen Behörden in Nürnberg, Ansbach, Erlangen und Fürth, wo er sich spezifische Kenntnisse in der Verwaltung aneignen konnte. Im Oktober 1961 kam er als juristischer Staatsbeamter an das Landratsamt Roding, das zu dieser Zeit von Franz Sackmann geleitet wurde. Als Sackmann 1967 als Staatssekretär ins Wirtschaftsministerium nach München übersiedelte, schlug die Stunde des ehrgeizigen Juristen. Nach einigem Hin und Her wurde Girmindl von der CSU als Landratskandidat aufgestellt, was angesichts der politischen Verhältnisse in Roding einen ungefährdeten Wahlsieg bedeutete. Girmindl erhielt 67 Prozent der abgegebenen Stimmen, sein Gegenkandidat, der Sozialdemokrat Hans Hölzl, kam lediglich auf 33 Prozent.⁶¹

Die dominante Position der Juristen in den obersten Kreisbehörden hatte eine Reihe weiterer Ursachen. Sie hing einmal in starkem Maße mit der besonderen Stellung zusammen, die dem Landrat innerhalb des bayerischen Verwaltungsaufbaus zukam. Einerseits mußte er Aufgaben eines Staatsbeamten erfüllen, wobei er an die Weisungen der Bezirksregierung und des Innenministeriums gebunden war. Andererseits kam dem Landrat, der sein Mandat direkt von der Kreisbevölkerung erhielt, im eigenen Wirkungskreis höchste Autorität zu. Das Landratsamt war somit gleichzeitig Kreis- und Staatsbehörde.⁶² Um den daraus resultierenden

⁶⁰ Auf Bauer entfielen in der am 23. 3. 1958 abgehaltenen Landratswahl 87 Prozent der gültigen Stimmen, sein Gegenkandidat, der von der SPD vorgeschlagene Erhard Lehner, kam lediglich auf 13 Prozent. BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Neumarkt in der Oberpfalz. Die biographischen Informationen zu Josef Werner Bauer stammen aus NT vom 13./14. 1. 1996 („Wasserknappheit und schlechte Straßen“), Neumarkter Nachrichten vom 13./14. 1. 1996 („Rekord für Ewigkeit“), Neumarkter Nachrichten vom 17. 1. 1996, Donaukurier vom 17. 1. 1996 („Aufbauleistung von Josef Werner Bauer gewürdigt“) und NT vom 17. 1. 1996 („Das Amt hat mich jung erhalten“).

⁶¹ Von 14304 gültigen Stimmen entfielen 9626 auf Girmindl und 4678 auf Hölzl. Diese Angaben nach Amtsblatt des Landkreises Roding Nr. 9 vom 9. 3. 1967, S. 68. Dazu auch BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Roding. Zur Biographie Ernst Girmindls vgl. Roderger Heimat-Anzeiger vom 1. 2. 1967 („Wir unterhielten uns mit Landratskandidat Girmindl“), und Landratsamt Cham (Hrsg.): 20 Jahre Landrat. Festschrift für Ernst Girmindl. Stamsried 1986.

⁶² So stand es auch in Art. 37, Abs. 1 der bayerischen Landkreisordnung vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952. Zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises siehe Art. 51 f., zum übertragenen Wirkungskreis siehe Art. 53 f. Vgl. dazu auch Janning, Kreispolitik und Kreisverwaltung, S. 79 ff.

hohen Anforderungen gerecht werden zu können, bestimmte die Bayerische Landkreisordnung, daß sich der Landrat „durch mehrjährige entsprechende Tätigkeit beim Aufbau des demokratischen Staates in der öffentlichen Verwaltung bewährt haben“ mußte.⁶³ Insofern konnten sich überhaupt nur Personen um den Posten bewerben, die bereits über politische und verwaltungspraktische Erfahrung verfügten.⁶⁴ Diese gesetzliche Regelung war durchaus sinnvoll, fungierte das Landratsamt doch als rechtsaufsichtliche Instanz gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden⁶⁵, wobei es vor allem um die Überwachung des Finanzgebarens ging. So oblag dem Landrat die Genehmigung der jährlichen Haushaltspläne der Gemeinden, die insbesondere dann das Plazet des Landrats einzuholen hatten, wenn Darlehen zur Deckung des außerordentlichen Haushalts aufgenommen wurden.⁶⁶ Intime Kenntnisse des Verwaltungsrechts wie auch der Verwaltungspraxis waren daher nicht nur hilfreich, sondern im Grunde genommen unabdingbar – zumindest sollte sichergestellt sein, daß der Gewählte etwas davon verstand und sich in die Materie einarbeiten konnte. Anderenfalls mußte sich der Landrat gewissermaßen blind auf die Einflüsterungen der juristischen Staatsbeamten seiner Behörde verlassen, wobei er selbst in der Öffentlichkeit für die Entscheidungen geradezustehen hatte.⁶⁷

Ein weiterer Grund für das erdrückende Übergewicht der Juristen und Verwaltungsfachleute in den Landratsämtern ist darin zu suchen, daß die Aufgaben eines Landrats weitaus vielfältiger waren als diejenigen, die das Amt des Bürgermeisters oder die Mitgliedschaft im Gemeinderat in einer kleinen Bauerngemeinde mit sich brachten. In den Landkreisen war es bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht mit der Behandlung privater Baugesuche oder dem Bau eines Mietshauses für die Flüchtlinge und Vertriebenen getan. Der Landrat mußte vielmehr darum bemüht sein, im ganzen Landkreis einen Ausgleich zwischen Einheimischen und Neubürgern herbeizuführen und die dabei anfallenden Lasten und Pflichten möglichst gerecht unter den kreisangehörigen Gemeinden aufzuteilen.⁶⁸ Generell ging es auf der Kreisebene um Entscheidungen von weit größerer Tragweite als in den

⁶³ Art. 31, Abs. 2 der bayerischen Landkreisordnung vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952. Art. 31, Abs. 1 bestimmte zudem, daß der Landrat sein Amt berufsmäßig ausübte.

⁶⁴ Bereits vor der Verabschiedung der Neufassung der bayerischen Landkreisordnung im Jahr 1952 hatten gewisse Richtlinien zur Besetzung der Landratsämter dazu geführt, vor allem verwaltungserfahrene Beamte als Landräte einzusetzen. In erster Linie war dafür Art. 11, Abs. 5 der Landkreisordnung vom 18. 2. 1946 verantwortlich, nach dem Landkreise, deren Landrat kein ausgebildeter Jurist war bzw. nicht über die „Befähigung zum Richteramt oder für den höheren Verwaltungsdienst“ verfügte, auf eigene Kosten einen juristischen Nebenbeamten einstellen mußten. Diese Bestimmung wurde zwar bereits im September 1947 durch einen Erlaß des bayerischen Innenministeriums aufgehoben, vgl. StA Augsburg, Landratsamt Nördlingen, Abgabe 1975/II, Nr. 34, Bayerisches Staatsministerium des Inneren an die Bezirksregierungen vom 3. 9. 1947; der generelle Trend jedoch, vor allem Juristen und staatlich ausgebildete Verwaltungsfachleute zu Landräten zu machen, setzte sich in den folgenden Jahrzehnten ungebrochen fort.

⁶⁵ Art. 110 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. 1. 1952, in: BGVBl. Nr. 3 vom 31. 1. 1952.

⁶⁶ Art. 83f. und Art. 93, Abs. 1, Satz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. 1. 1952, in: BGVBl. Nr. 3 vom 31. 1. 1952.

⁶⁷ Im Bereich des Kreishaushalts war der Landrat im Falle vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verstöße gegen die Vorschriften sogar persönlich haftbar. Art. 86, Abs. 1 der bayerischen Landkreisordnung vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952.

⁶⁸ Zur politischen Agenda nach 1945 vgl. Erker, *Revolution des Dorfes*, S. 384–390.

einzelnen Gemeinden. So waren etwa die Baumaßnahmen des Landkreises von ganz anderem Kaliber: Allein die Kosten für die Errichtung eines Kreiskrankenhauses oder den Ausbau einer Kreisstraße hatten ein unvergleichlich größeres finanzielles Volumen als die Anlage eines neuen Friedhofs oder der Ausbau einer Ortsdurchfahrt.⁶⁹ Der Landrat mußte daher über einen Horizont verfügen, der deutlich über den Kirchturm einer Gemeinde hinausreichte. Von ihm erwartete die Bevölkerung ja auch, die notwendigen staatlichen Zuschüsse für größere Bau- und Erschließungsmaßnahmen des Kreises oder einer Gemeinde einzuwerben, wofür nicht zuletzt gute Kontakte zu den Regierungen auf Bezirks- und Landesebene notwendig waren. Ein einfacher Bauer oder Handwerker war hier schlicht überfordert. Einem Verwaltungsjuristen oder einem Rechtsanwalt traute man derartige Fähigkeiten dagegen weit eher zu, zumal sie durch Bildung und Ausbildung, aber auch durch ihre berufliche Erfahrung für derartige Aufgaben geradezu prädestiniert schienen.⁷⁰

Die wenigen Landwirte, die es zum Landrat brachten, waren denn auch ganz anderen Zuschnitts als die einfachen Bauern, die in vielen kleinen Landgemeinden das Amt des Bürgermeisters bekleideten. Heinrich Stulberger etwa, der von 1948 bis 1970 als Landrat von Wasserburg am Inn fungierte, firmierte in der Statistik zwar als Landwirt, doch hatte er, was Herkunft und Bildungsstand betrifft, mit den meisten Bauern seines Landkreises wenig gemein: Der 1902 in München geborene Stulberger hatte zunächst das humanistische Gymnasium in der Landeshauptstadt, danach die Hochschule in Weihenstephan besucht und dort den Titel eines Diplolandwirts erworben. Nach dem Examen arbeitete er mehrere Jahre als Verwalter auf verschiedenen Gütern, bevor er 1925 mit dem Erwerb eines eigenen Betriebs in Amerang seinen Lebensraum verwirklichen konnte. Bereits vor 1933 bekleidete Stulberger in seiner neuen Heimat kurzzeitig das Amt des Bürgermeisters, wurde jedoch bald nach der Machtergreifung von den Nationalsozialisten seines Postens enthoben. 1945 durfte er auf Geheiß der amerikanischen Militärregierung seine politische Tätigkeit wieder aufnehmen, und im März 1946 bestätigte ihn die Bevölkerung von Amerang als Bürgermeister. Dieses Amt gab Stulberger erst auf, nachdem er als Kandidat der Bayernpartei im Juni 1948 vom Kreistag mit knapper Mehrheit zum Landrat gewählt wurde.⁷¹ Dank seiner tiefen Bildung und seiner langjährigen Erfahrung in der Kommunalpolitik konnte Stulberger somit das Fachwissen, daß ihm Juristen und gelernte Staatsdiener zweifellos voraus hatten, ausgleichen.

Die Dominanz der Verwaltungsexperten in den Chefetagen der Landratsämter lag jedoch nicht allein an der Komplexität der Aufgaben eines Landrats. Mit ausschlaggebend war, daß diese Berufsgruppe sich weit eher zur Kandidatur um ein

⁶⁹ Vgl. etwa Alnor, Kreisstraßen 1945 bis 1954.

⁷⁰ Mit diesem Argument warb beispielsweise die CSU 1958 im Landkreis Wasserburg für die Wahl ihres Kandidaten, des rechtskundigen Verwaltungsfachmanns Dr. Hans Georg Maier, der gegen den Amtsinhaber Heinrich Stulberger ins Rennen geschickt wurde. WZ vom 15. 3. 1958 („Die Kandidaten zur Landratswahl am 23. März 1958 stellen sich vor“).

⁷¹ Auf Stulberger waren 26 Stimmen entfallen, für seinen Gegenkandidaten votierten 19 Kreisträte. BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Wasserburg am Inn. Die biographischen Informationen zu Heinrich Stulberger nach OVB vom 11. 6. 1948 („Der Landrat und sein Stellvertreter“), und WZ vom 27. 3. 1952 („Heinrich Stulberger, der Landratskandidat der BP“).

derart zeitraubendes Amt bereit fand. Schließlich bedeutete die Entscheidung für die Politik immer auch ein gewisses Risiko, daß sich nicht jeder leisten konnte. Landwirte hatten es besonders schwer, da es ihnen in der Regel nicht möglich war, ihrem Hof über Jahre hinweg den Rücken zu kehren. Heinrich Stulberger konnte nur deswegen als Landrat tätig werden, weil sein Sohn den Betrieb in der Zwischenzeit weiterführte.⁷² Für manch anderen Bauern, dessen Arbeitskraft zur Bewirtschaftung des eigenen Betriebes unentbehrlich war, wäre die Tätigkeit als Landrat dagegen gleichbedeutend mit der Aufgabe seines Hofes gewesen. Staatsbediensteten fiel der Schritt in die Kreispolitik dagegen erheblich leichter, da sie nach dem Ende ihrer politischen Karriere ohne große Schwierigkeiten wieder an ihren angestammten Arbeitsplatz zurückkehren konnten.⁷³

c) Weder Einheimische noch Neubürger: Zur Herkunft der Landräte

Wie bei den Bürgermeisterwahlen, hatten Flüchtlinge auch im Kampf um die Landratsämter lange Zeit kaum Chancen. Zumindest in den elf untersuchten Landkreisen war zwischen 1948 und 1972 nicht ein einziger Kandidat für den Posten eines Landrats verzeichnet. Der BHE und andere Flüchtlingsgruppen waren auf Landkreisebene zu schwach, um einen eigenen Kandidaten durchzubringen. Den meisten Einheimischen erschien ein Flüchtling nicht wählbar, zumal in den fünfziger Jahren, als sich die beiden Gruppen oft unversöhnlich als „Rivalen um Ressourcen“ gegenüberstanden.⁷⁴ Allerdings zählte das Gros der Landräte auch nicht zu den Einheimischen – ganz im Gegensatz zu den Bürgermeistern, von denen die meisten aus der Gemeinde selbst oder zumindest aus dem jeweiligen Landkreis stammten. In den Landratsämtern dagegen dominierten die Ortsfremden: Der Wasserburger Landrat Heinrich Stulberger und sein Landsberger Kollege Otto Gerbl hatten in München das Licht der Welt erblickt; Gerbls Nachfolger, der gebürtige Erpftinger Bernhard Müller-Hahl, war der erste Sohn seines Landkreises, der dort zum Landrat gewählt wurde. Franz Xaver Butterhof, von 1948 bis 1952 Landrat in Beilngries, stammte aus Bamberg. Die Wiege von Gerhard Müller, des langjährigen Landrats von Nördlingen, stand im Nachbarlandkreis Gunzenhausen. Auch Otto Schedl und Josef Werner Bauer stammten nicht aus dem Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz. Schedl kam aus der Nähe von Regensburg, und mit dem aus Zweibrücken stammenden Bauer wurde ein Mann zum Landrat gewählt, der in der vormals bayerischen Pfalz, die nach 1945 außerhalb der bayerischen Landesgrenzen lag, zur Welt gekommen war.⁷⁵

⁷² WZ vom 15. 3. 1958 („Die Kandidaten zur Landratswahl am 23. März 1958 stellen sich vor“).

⁷³ Vgl. Dürr, Soziale Strukturen, S. 308.

⁷⁴ Unter diese Überschrift hat Peter Exner, Ländliche Gesellschaft, S. 42, seine Schilderung der Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Neubürgern gestellt.

⁷⁵ Zu Gerbl und Müller-Hahl: Landkreis Landsberg am Lech (Hrsg.), Der Landkreis Landsberg am Lech stellt sich vor, S. 13. Zu Stulberger: WZ vom 27. 3. 1952 („Heinrich Stulberger, der Landratskandidat der BP“). Zu Butterhof: Junge Union Bayern (Hrsg.), 50 Jahre Junge Union Bayern, S. 65. Zu Müller: Landratsamt Donau-Ries, Registratur 015/1 Nö, Landratsamt Nördlingen an die Regierung von Schwaben vom 6. 5. 1952. Zu Schedl: NT vom 18. 10. 1957 („Endlich ein Oberpfälzer in der Staatsregierung“). Zu Bauer: NT vom 13./14. 1. 1996 („Wasserknappheit und schlechte Straßen“).

Das hatte einen großen Vorteil: Einem ortsfremden Landrat fiel es leichter, einen Ausgleich zwischen Alteingesessenen und Neubürgern herbeizuführen und Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Gemeinden zu schlichten, da er zu keiner Gruppe gehörte und keinem Lager verpflichtet war. In manchen Kreisen hatte die Rivalität zwischen einzelnen Kommunen eine lange Tradition. So lag beispielsweise dem bereits erwähnten Tauziehen um die Beilngrieser Landratswahl von 1952 nicht zuletzt die Dauerfehde zwischen den beiden Städten Beilngries und Berching zugrunde. Nach Prölls Sieg in der Stichwahl wurden aus der Kreisstadt Befürchtungen laut, daß nun der nördliche Bezirk um Berching, die Heimat Prölls, einseitig bevorzugt werden würde.⁷⁶ Da mochte Hans Pröll noch so oft versichern, „er wolle nicht Parteipolitik sondern Kommunalpolitik treiben und auch nicht als Exponent einer Gruppe gelten“⁷⁷ – im südlichen Bezirk blieb man ihm gegenüber lange Zeit skeptisch. Ganz ähnlich lagen die Dinge im Landkreis Roding, der aus zwei etwa gleich großen Amtsgerichtsbezirken bestand. Im westlichen Bezirk um die Stadt Nittenau und die Marktgemeinde Bruck fühlte man sich von der Kreisstadt seit jeher übervorteilt; in Roding wie im gesamten östlichen Bezirk wiederum galten die Nittenauer als Eigenbrötler und unsichere Kantonisten, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien. Kein Wunder, daß unter diesen Vorzeichen die größten Auseinandersetzungen im Kreistag nicht zwischen den Parteien und Wählergruppen ausgetragen wurden, sondern entlang der Frontlinien der beiden Amtsgerichtsbezirke verliefen.⁷⁸ Um Streitigkeiten wie im Landkreis Beilngries von vornherein aus dem Weg zu gehen, griff man im Regental nicht auf Einheimische zurück, sondern machte stets Ortsfremde zum Landrat – das schien beiden Lagern die Gewähr für unparteiische Entscheidungen zu bieten.

Der erste in dieser Reihe, Josef Kiener, war 1911 in Krandorf im benachbarten Landkreis Neunburg vorm Wald als Sohn eines Bauern geboren worden. Nach dem Besuch der Volksschule in Untertraubenbach und des Gymnasiums in Regensburg und Weiden erwarb er an den Universitäten von München und Würzburg den Titel eines Diplomvolkswirts, bevor er 1936 in München zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert wurde. Anschließend arbeitete er als Revisor beim Raiffeisenverband, doch schon im Februar 1940 wurde er zur Wehrmacht eingezogen, wo er es bis zum Unteroffizier brachte. Im August 1947 schließlich wählte ihn der Rodinger Kreistag mit großer Mehrheit zum Landrat. Trotz seines Dokortitels war er ein pfiffiger Bauer geblieben, der „seinen“ Landkreis mit Geschick und großer Sparsamkeit verwaltete.⁷⁹ Nach Kieners tragischem Tod im September 1956 – er verunglückte bei einem Sandbahnrennen – wurde der gebürtige Kaiserslauterer

⁷⁶ Der Riß, der bei dieser Wahl durch den Landkreis ging, wird deutlich, wenn man das Ergebnis nach Gemeinden analysiert. Prölls Anhängerschaft befand sich ganz überwiegend im nördlichen Bezirk um Berching, während die Hochburgen Butterhofs um die Kreisstadt gruppiert waren. NT vom 31. 3. 1952 („Die Wahlergebnisse in unseren Heimatbezirken“).

⁷⁷ Zitiert nach NT vom 7./8. 3. 1953 („Der Beilngrieser Kreistag tagte 6 Stunden“).

⁷⁸ Mündliche Auskunft von Franz Sackmann vom 3. 4. 1998. Zur traditionellen Rivalität zwischen Roding und Nittenau vgl. auch Matejka, Dr. Josef Kiener, S. 205 f.

⁷⁹ Zur Biographie Josef Kieners vgl. Matejka, Dr. Josef Kiener, sowie mündliche Auskunft von Roland Matejka vom 12. 5. 1998.

Franz Sackmann Landrat, der dieses Amt für zehn Jahre bekleidete.⁸⁰ 1967 trat Ernst Girmindl aus Hutthurm bei Passau in seine Fußstapfen. Die mit harten Bandagen ausgetragenen Auseinandersetzungen um die Nachfolge Sackmanns machten abermals deutlich, wie heikel diese personelle Frage im Landkreis Roding sein konnte – in diesem Fall führte sie um ein Haar zur Spaltung des Kreisverbandes der CSU.⁸¹ Zunächst sollte nämlich der bisherige Stellvertreter Sackmanns, der Rodinger Bürgermeister Ludolf Stuiber, auf den Schild gehoben werden. Das empfanden die Nittenauer Parteifreunde jedoch als Kriegserklärung, die sie mit der Drohung, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, beantworteten. Stuiber ersparte seiner Partei diese Zerreißprobe, indem er auf seine Kandidatur verzichtete. Die Einheit der CSU war Stuiber wichtiger als persönliche Ambitionen, zumal ihm der Anzug Sackmanns eine Nummer zu groß schien.⁸² Nach Stuibers Rückzieher schlug die Stunde des erst 36jährigen Girmindl, der sich zunächst als gemeinsamer Kandidat von Freien Wählern und SPD ins Gespräch gebracht hatte. Nun aber war der Weg frei für eine Kandidatur, die von der CSU im gesamten Landkreis unterstützt wurde und damit beinahe eine Erfolgsgarantie besaß, zumal die Gegenseite durch Girmindls Rochade ihren Spitzenkandidaten verloren hatte. Die Entscheidung für Girmindl erwies sich als Glücksfall, war der gebürtige Niederbayer doch ein geborener Mann des Ausgleichs. Diese Eigenschaft gab schließlich auch den Ausschlag dafür, daß Girmindl nach der Gebietsreform zum ersten Landrat des neuen Großlandkreises Cham gewählt wurde, ging es doch nun darum, die unterschiedlichen Interessen der ehemals selbständigen Landkreise Cham, Kötzing, Waldmünchen und Roding unter einen Hut zu bringen.⁸³

⁸⁰ Zur Biographie Franz Sackmanns siehe ausführlich S. 439–442.

⁸¹ Vgl. hierzu und im folgenden Bayerwald-Echo vom 1. 2. 1967 („Der vielbegehrte Staatsjurist von Roding“).

⁸² Mündliche Auskunft Roland Matejkas vom 12. 5. 1998.

⁸³ Vgl. Landratsamt Cham (Hrsg.), 20 Jahre Landrat. Festschrift für Ernst Girmindl, S. 24 ff.

III. Die Abgeordneten des Bayerischen Landtags

Kommunale Wahlämter als „Sprungbrett“ für politische Karrieren

„Die großen politischen Karrieren der Nachkriegszeit wurden in den Jahren 1945–46 begründet“¹, stellte der Soziologe Wolfgang Zapf in seiner Studie über die deutschen Führungsgruppen fest, die rasch zur „Bibel“ der Elitenforschung in der Bundesrepublik avancierte. Dabei fungierte die Kommunalpolitik in zahlreichen Fällen gewissermaßen als „Sprungbrett“; wer sich auf diesem Feld bewährte, konnte es in relativ kurzer Zeit auch in der Landes- oder gar Bundespolitik weit bringen. Neben dem Paradebeispiel Franz Josef Strauß, der seine Laufbahn als Landrat im oberbayerischen Schongau begann², lassen sich eine ganze Reihe weiterer prominenter Landespolitiker anführen, die sich ihre ersten Spuren in einem Landratsamt verdienten. Darunter befanden sich mit Otto Schedl und Rudolf Eberhardt gleich zwei der „Stars“ der Kabinette von Hanns Seidel und Alfons Goppel, die ebenfalls in der Kommunalpolitik ihr politisches Debüt gegeben hatten.³

Der Werdegang des 1912 in Sinzing bei Regensburg geborenen Otto Schedl entsprach nicht unbedingt der typischen Karriere eines Landrats⁴, führte ihn sein Weg doch nicht über den Staatsdienst in die Politik. Als Sohn eines Industriearbeiters aus einfachen Verhältnissen stammend, besuchte Schedl die Oberrealschule in Regensburg und studierte anschließend Philosophie, Psychologie, Zeitungskunde, Volkswirtschaft sowie Literatur- und Kunstgeschichte an der Hochschule in Regensburg sowie an den Universitäten München und Würzburg. Nach seinem Eintritt in die NSDAP 1937 und einer mehrjährigen Tätigkeit bei einer Regensburger Lokalzeitung wurde Schedl 1940 zur Wehrmacht eingezogen. 1941 erhielt er Examensurlaub und wurde mit einer Arbeit über „Die Lebenskreise bei Krause“ promoviert. Nach diesem Intermezzo mußte Schedl wieder an die Front, wo er es bis zum Obergefreiten brachte. Aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, wandte sich Schedl wieder dem Journalismus zu. Parallel dazu verscrieb er sich dem Aufbau der CSU in der Region Regensburg und im Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz. In der Parteiführung um Josef Müller wurde man rasch auf das agile politische Talent aufmerksam. Bereits 1947 betraute man Schedl mit

¹ Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, S. 148.

² Eine informative Darstellung der ersten politischen Station des späteren CSU-Vorsitzenden bei Braun, *Der unbekannteste Strauß*.

³ Näheres zu Goppel, der in Aschaffenburg und Würzburg erfolglos als Oberbürgermeister kandidierte, bei Friemberger, *Alfons Goppel*, S. 57–96, und Siebers-Gfaller, *Alfons Goppel*, S. 34 ff. Zur Laufbahn von Seidel, der zunächst als Landrat von Aschaffenburg wirkte, vgl. Groß, *Hanns Seidel*, S. 36–42, und Deutinger, *Hanns Seidel*, S. 17–20.

⁴ Die im folgenden wiedergegebenen allgemeinen biographischen Informationen wurden dem Münzinger-Archiv 28/95, P 008149–7, Sche-ME, entnommen. Zur Biographie Schedls vgl. auch Lerch, *Dr. Otto Schedl*.

den Geschäften des Generalsekretärs der CSU. Spätestens seit diesen Tagen galt der temperamentvolle Oberpfälzer mit dem markanten Schnauzbart als ein Mann des „Ochsensepp“⁵, was ihn – auf direkte Intervention Alois Hundhammers – die Nominierung im Bundeswahlkreis Burglengenfeld und damit ein sicheres Bundestagsmandat kostete. An seiner Stelle zog mit Karl Kahn eine eher blasse Figur in das neue westdeutsche Parlament ein. So blieb Schedl zunächst, was er seit dem Frühjahr 1948 war: Landrat von Neumarkt in der Oberpfalz.⁶ Doch bereits bei den Landtagswahlen im November 1950 eroberte er das Mandat im Stimmkreis Neumarkt/Beilngries. Im Oktober 1957 schließlich schlug Schedls große Stunde, als Hanns Seidel den Landrat in sein Kabinett berief und ihn mit dem Ressort für Wirtschaft und Verkehr betraute.

Nicht nur für die CSU, sondern auch für die bayerische SPD stellte die Kommunalpolitik eine überaus wichtige „Talentschmiede“ für politische Newcomer dar.⁷ Ihr entstammte etwa Helmut Rothemund⁸, der von 1958 bis 1970 als Landrat von Rehau fungierte. Der 1929 in Rehau geborene Rothemund hatte in Erlangen Rechtswissenschaften studiert und 1954 promoviert. Nach zweijähriger Tätigkeit als Gerichtsassessor und Staatsanwalt wurde er 1958 zum Landrat und bereits vier Jahre später in den Landtag gewählt. 1976 beerbte er Volkmar Gabert als Fraktionsvorsitzender der SPD im Maximilianeum, um wiederum nur ein Jahr später den SPD-Landesvorsitz zu übernehmen. In der Regel mußten die Sozialdemokraten allerdings eher auf das politische Personal der kreisfreien Städte zurückgreifen, in denen traditionell ihre Hochburgen lagen. Bekanntester Vertreter dieser Gruppe ist Hans-Jochen Vogel, der von 1960 bis 1972 das Rathaus der Landeshauptstadt leitete.⁹ Als Vogel nach Zwistigkeiten mit der Münchner SPD aus der Kommunalpolitik ausschied¹⁰, führte ihn sein Weg jedoch nicht in die Landes-, sondern geradewegs in die Bundespolitik: Im Dezember 1972 machte ihn Bundeskanzler Willy Brandt zum Minister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, und unter Helmut Schmidt übernahm Vogel zwei Jahre später das Justizressort.

Neben diesen prominenten Vertretern stammte auch eine ganze Reihe weiterer Landtagsabgeordneter aus der Kommunalpolitik, die in der Landespolitik nicht so weit nach vorne kamen und heute weitgehend vergessen sind.¹¹ Daher stellten

⁵ Schlemmer, Aufbruch, S. 90. Das Folgende nach ebenda, S. 347f.

⁶ Schedl war 1948 vom Neumarkter Kreistag mit 33 Stimmen zum Landrat gewählt worden; zwölf Stimmen entfielen auf seinen Gegenkandidaten, den von der SPD vorgeschlagenen Dr. Walter Klier. Im März 1952 wurde Schedl von der Kreisbevölkerung mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt; er kam auf zwei Drittel der abgegebenen Stimmen, sein Gegenkandidat, Dr. Franz Xaver Meitinger von der Bayernpartei, erreichte lediglich 30 Prozent. Vgl. BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Neumarkt in der Oberpfalz.

⁷ Für die CSU vgl. Schlemmer, Aufbruch, S. 86, für die bayerische SPD vgl. Werner, Im Dienst der Demokratie, S. 194f.

⁸ Die im folgenden wiedergegebenen allgemeinen biographischen Informationen wurden dem Munzinger-Archiv 18/91, P 014886-3, Ro-ME, entnommen.

⁹ Eine umfassende Biographie Hans-Jochen Vogels ist nach wie vor ein Desiderat der Forschung. Die folgenden biographischen Informationen wurden dem Munzinger-Archiv 43/94, P 009087-12, entnommen. Was die Jahre von 1960–1972 betrifft, in denen er als Münchner Oberbürgermeister fungierte, siehe auch Vogels Aufzeichnungen aus dieser Zeit, die unter dem Titel „Die Amtskette“ noch 1972, also bereits kurz nach seinem Ausscheiden aus dem Amt, erschienen.

¹⁰ Zu den Querelen in der Münchner SPD vgl. Lösche/Walter, SPD, S. 339–364, und S. 371–374.

¹¹ Zu ihnen zählte, um nur ein Beispiel zu nennen, auch der Landsberger Landrat Bernhard Müller-Hahl.

Kommunalpolitiker im bayerischen Landtag lange Zeit eine relativ große und einflußreiche Gruppe dar: Dem 1966 gewählten Landtag gehörten beispielsweise vier Oberbürgermeister, 15 Landräte und vier berufsmäßig tätige Erste Bürgermeister an.¹² Im Maximilianeum arbeiteten die Kommunalpolitiker regelmäßig über alle Parteigrenzen hinweg sehr eng zusammen. Einigendes Band dieses ansonsten heterogenen Personenkreises war die allen gemeinsame Erfahrung, die jeder einzelne an der Basis gesammelt hatte, wenn es galt, in München gefällte Beschlüsse und Gesetze an der Basis umzusetzen. Diese Parlamentarier neigten selten dazu, die Interessen ihrer Wählerschaft vor Ort, mit der sie sehr viel häufiger konfrontiert wurden als andere Abgeordnete, parteitaktischen oder gar ideologischen Zwängen unterzuordnen. Aufgrund ihrer großen Zahl und ihrer guten Kontakte untereinander galten die kommunalen Wahlbeamten im Bayerischen Landtag bald als eigenständige „Fraktion der Bürgermeister und Landräte“, was freilich bei den Parteien auf wenig Gegenliebe stieß, da dadurch ihr Einfluß unterhöhlt wurde.¹³ Insofern dürfte eher das Unbehagen über die interfraktionelle Zusammenarbeit dieser Personengruppe als demokratiethoretisch motivierte Kritik dafür ausschlaggebend gewesen sein, daß 1966 auch in Bayern eine Inkompatibilitätsregelung auf den Weg gebracht wurde, die ab 1970 in erster Linie zu einem drastischen Rückgang der Zahl der Landräte führte.¹⁴

Altersstruktur und Berufsgruppenschichtung der Landesparlamentarier

Zu diesem Zeitpunkt war der Generationswechsel, den die Landesparlamentarier früher als die Bürgermeister kleiner Bauerngemeinden in ländlichen Regionen vollzogen, allerdings bereits abgeschlossen. In den vierziger und fünfziger Jahren war die Altersstruktur beider Personengruppen nahezu identisch gewesen, denn auch die deutschen Länderparlamente der Nachkriegszeit zeichneten sich durch ein relativ hohes Durchschnittsalter ihrer Abgeordneten aus.¹⁵ Hansjörg Dürr sprach in diesem Zusammenhang gar von „Symptome[n] einer Gerontokratie in Westdeutschland“.¹⁶ Im bayerischen Landtag wurde ein hoher Altersdurchschnitt, der in den ersten fünf Legislaturperioden stets rund 50 Jahre betrug, zur festen Konstante. Der Anteil derjenigen, die vor 1933 für eine aktive Beteiligung an der Politik noch zu jung gewesen waren, kam auch hier nicht an die 20-Prozent-Marke heran. 1966 setzte ein radikaler Verjüngungsprozeß ein, der zu einer signifikanten Abnahme des Altersdurchschnitts auf 45 Jahre führte – ein Wert, der

¹² Diese Angaben nach Dürr, *Soziale Strukturen*, S. 294.

¹³ Mündliche Auskunft von Franz Sackmann vom 3. 4. 1998. Vgl. dazu und im folgenden auch Schrode, *Beamtenabgeordnete*, S. 22–32.

¹⁴ Gesetz über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat für Angehörige des öffentlichen Dienstes (Rechtsstellungsgesetz) vom 23. 6. 1966, in: *BGVBl.* Nr. 11/1966, S. 195, geändert durch Gesetz vom 24. 9. 1970, *BGVBl.* Nr. 21/1970, S. 421. Zu seinen Auswirkungen vgl. Dürr, *Soziale Strukturen*, S. 264. Zu den Motiven des Gesetzgebers vgl. ebenda, S. 318 f.

¹⁵ Vgl. die Übersicht über die Altersstruktur der Abgeordneten der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen und Bayern zum 1. 1. 1949 bei Billerbeck, *Abgeordneten der ersten Landtage*, S. 273.

¹⁶ Dürr, *Soziale Strukturen*, S. 217. Zur Altersstruktur der Mitglieder des Bayerischen Landtags vgl. im folgenden ebenda, S. 223–227, insbesondere Abb. 5 auf S. 224. Bayern markierte dabei keinen Sonderfall, wie die Daten bei Handschell (Bearb.), *Abgeordnete in Bund und Ländern*, S. 166–249, zeigen.

auch nach den folgenden Wahlen in etwa konstant blieb. Zu dieser Entwicklung mag beigetragen haben, daß der Stellenwert von Jugend bzw. Jugendlichkeit in den sechziger Jahren deutlich zunahm. Ihre Wurzeln lagen jedoch, wie auch auf kommunaler Ebene, in einem gewissermaßen naturbedingten Generationswechsel: Die „Männer der ersten Stunde“ verzichteten nun aus Altersgründen auf eine neuerliche Kandidatur. So sank der Anteil der über 60jährigen, der 1962 immerhin noch 22,6 Prozent betragen hatte, bis 1974 auf 4,9 Prozent. An ihre Stelle traten nun nicht selten relativ junge Abgeordnete im Alter zwischen 30 und 35 Jahren, die 1974 bereits 28,6 Prozent der Landtagsmitglieder stellten. Die unter 30jährigen fehlten dagegen nach wie vor, weil „die politische Karriere im System der Bundesrepublik überwiegend eine zweite Karriere nach einer bereits erfolgreichen beruflichen Laufbahn“ darstellt.¹⁷ Um ein Landtagsmandat zu erringen, war neben dem beruflichen Erfolg in aller Regel eine solide Parteikarriere unabdingbar, die kaum vor dem 30. Lebensjahr durchlaufen werden konnte. Der „typische“ Landtagsabgeordnete, so es ihn überhaupt je gegeben hat, war somit zwar auch in den siebziger Jahren kein wirklicher Jüngling mehr, aber doch erheblich jünger als in den vierziger und fünfziger Jahren.

Auch hinsichtlich der Berufsgruppenschichtung veränderte sich das Profil der Landtagsmitglieder, wobei abermals die Wahl von 1966 eine Zäsur markierte. Zwischen der ersten und der achten Wahlperiode vergrößerte sich kontinuierlich die Zahl der Abgeordneten, die aus dem öffentlichen Dienst stammten. 1946 zählten erst 23,9 Prozent der bayerischen Parlamentarier zu dieser Berufsgruppe, 1974 dagegen bereits 52,9 Prozent.¹⁸ Am Ende des Untersuchungszeitraums stand somit jeder zweite Abgeordnete des bayerischen Landtags auf der Gehaltsliste von Bund, Ländern oder Gemeinden, so daß man auch im Hinblick auf das Maximilianeam mit Fug und Recht von einer „Verbeamtung des Parlaments“ sprechen konnte, die in der zeitgenössischen Diskussion scharf kritisiert worden ist.¹⁹

Dagegen ging die Zahl der Landwirte, Selbständigen, Angestellten und Arbeiter im fraglichen Zeitraum merklich zurück. Der erste, 1946 gewählte Landtag bestand zu rund 16 Prozent aus Bauern, 1974 machten sie nur noch 9,8 Prozent aus.²⁰ Besonders drastisch fiel der Rückgang bäuerlicher Mandatare innerhalb der CSU-Fraktion aus, was Dürr auf die „Schwerpunktverschiebung innerhalb der

¹⁷ Herzog, Politische Karrieren, S. 107.

¹⁸ Diese Angaben nach Dürr, Soziale Strukturen, S. 296 f. Ausführlich zu dem Phänomen vgl. Heintz, Beamtenabgeordnete im Bayerischen Landtag. Auch hinsichtlich der Berufsgruppenschichtung und ihrer Veränderung lag der Bayerische Landtag im Trend der westdeutschen Entwicklung. Siehe die umfassende Datensammlung bei Handschell (Bearb.), Abgeordnete in Bund und Ländern, S. 250–460.

¹⁹ Beispielsweise Ellwein, Regierungssystem der Bundesrepublik, S. 262 f. Bernhard Schäfers unkte gar, dieser Trend könne sich „zu einem Krisenherd des politischen und gesellschaftlichen Systems entwickeln“. Schäfers, Sozialstruktur und Wandel der Bundesrepublik Deutschland, S. 112. Diese überaus kritische Wertung blieb auch in der 3. überarbeiteten Auflage von 1981, S. 130, erhalten. Zu dem Phänomen an sich und seinen Ursachen vgl. ausführlich Klatt, Verbeamtung der Parlamente. Es handelt sich dabei jedoch keineswegs um einen bayerischen Sonderfall; die Zunahme der Abgeordneten aus dem öffentlichen Dienst war in allen Länderparlamenten der Bundesrepublik zu beobachten. Siehe die tabellarische Übersicht bei Dürr, Soziale Strukturen, S. 298, sowie die Aufstellungen bei Holl, Landespolitiker, S. 82 f. Dazu auch Hess, Statistische Daten und Trends. Für Baden-Württemberg vgl. Holl, Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg.

²⁰ Diese Angaben nach Dürr, Soziale Strukturen, S. 284.

CSU von einer mehr agrarischen zu einer urbanen Partei“ zurückführte.²¹ Stellt man freilich die Berufsgruppenschichtung der Landtagsabgeordneten beider Volksparteien Anfang der siebziger Jahre einander gegenüber, zeigt sich, daß die CSU „ihren Charakter als Partei des alten (katholischen) Besitzmittelstandes nicht eingebüßt, sondern – gerade im Vergleich mit der SPD – in prägnanter Weise erhalten“ hat.²² Insgesamt ist die Parallelität dieser Entwicklung mit dem Bedeutungsverlust der Landwirtschaft im Zuge des sozioökonomischen Strukturwandels jedoch nicht zu übersehen. Der Anteil der Selbständigen sank von 46,1 Prozent im Jahr 1946 auf 27,5 Prozent im Jahr 1974 sogar noch stärker.²³ Allerdings war diese Berufsgruppe damit – gemessen an ihrem Anteil an den Erwerbspersonen – immer noch deutlich überrepräsentiert.²⁴

Auch die Angestellten, aus deren Reihen zwischen 1946 und 1962 stets knapp 30 Prozent der Landtagsmitglieder gekommen waren, verloren ab 1966 an Bedeutung; 1974 zählten nur noch 18,6 Prozent der Gewählten zu dieser Berufsgruppe.²⁵ Die Arbeiter schließlich stellten im bayerischen Landtag seit der ersten Wahlperiode eine quantität negligible dar. Bis zum Beginn der sechziger Jahre hatten sie zwischen drei und vier Prozent seiner Mitglieder ausgemacht; 1966 zogen nur noch drei Facharbeiter ins Maximilianeum ein, was mageren 1,5 Prozent der Landtagsabgeordneten entsprach. Die marginale politische Vertretung der Arbeiterschaft stand in krassem Gegensatz zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, verkörperte sie doch am Ende des Untersuchungszeitraums die mit Abstand größte Gruppe innerhalb der Erwerbstätigen. Es ist bemerkenswert, daß Arbeiter nicht nur in der CSU, sondern auch in der SPD kaum eine Chance auf ein Landtagsmandat hatten²⁶, obwohl sich die Sozialdemokratie traditionell als Vertreterin der Arbeiterschaft verstand. Noch krasser unterrepräsentiert waren einmal mehr nur die Frauen – beinahe ein ceterum censeo für die Untersuchung politischer Eliten in der Bundesrepublik. Zwischen 1946 und 1966 machten sie nur 3,9 Prozent der Mitglieder des bayerischen Landtags aus; damit bildete der Freistaat zwar im Vergleich zwischen den Bundesländern das Schlußlicht, doch von einer angemessenen Vertretung der Frauen konnte auch in den übrigen Länderparlamenten keine Rede sein.²⁷ Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß sich der Frauenanteil im Maximilianeum nach den Wahlen von 1970 auf 7,8 Prozent verdoppelte.

²¹ Dürr, Soziale Strukturen, S. 331. Diese Feststellung scheint jedoch insofern fraglich, als die Hochburgen der CSU nach wie vor gerade in besonders agrarisch geprägten Regionen Bayerns lagen.

²² Mintzel, Geschichte der CSU, S. 320; siehe auch die tabellarische Aufstellung der Landtagsfraktionen von CSU, SPD und FDP nach den Wahlen von 1970 und 1974 nach der Berufsstruktur der Abgeordneten, ebenda, S. 322 f.

²³ Diese Angaben nach Dürr, Soziale Strukturen, S. 284.

²⁴ 1970 waren nur knapp zwölf Prozent der bayerischen Erwerbstätigen selbständig, 10,2 Prozent arbeiteten als mithelfende Familienangehörige, 26,5 Prozent befanden sich in einem Angestelltenverhältnis und 44,1 Prozent waren Arbeiter. SJbB 30 (1972), S. 122.

²⁵ Diese Angaben nach Dürr, Soziale Strukturen, S. 286. Die folgende Zahlenangabe zu den Landtagsabgeordneten aus der Arbeiterschaft findet sich ebenda, S. 287.

²⁶ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 321.

²⁷ Nach Dürr, Soziale Strukturen, S. 247, Übersicht 3, waren Frauen in den Stadtparlamenten von Berlin, Bremen und Hamburg, wo sie zwischen 1946 und 1971 zwischen 13 und 15 Prozent der Mitglieder stellten, noch am stärksten vertreten. In den Flächenstaaten lag ihr Anteil dagegen deutlich unter zehn Prozent. Dazu auch Handschell (Bearb.), Abgeordnete in Bund und Ländern, S. 152–165. Die folgende Angabe nach Kock, Bayerische Landtag, S. 319.

Landespolitische Eliten und politische Eliten auf dem Land – ein Vergleich

Der Vergleich der Landtagsabgeordneten mit den Politikern auf der kommunalen Ebene fällt ambivalent aus: Erstens war die Zunahme von Mandataren aus dem öffentlichen Dienst nicht auf den Bundestag und die Länderparlamente beschränkt. Auch in der Kommunalpolitik gewannen Beamte in den Rathäusern, Landratsämtern und kommunalen Vertretungskörperschaften zunehmend an Bedeutung. Allerdings fiel ihr Anteil an den Bürgermeistern, Kreis- und Gemeinderäten immer noch deutlich geringer aus als unter den Abgeordneten in München oder Bonn. Unter den bayerischen Landräten waren die Staatsdiener dagegen in fast demselben Maße vertreten wie im Landtag. Auch die Abnahme der Selbständigen, darunter nicht zuletzt der Landwirte, blieb nicht auf die „hohe Politik“ beschränkt, sondern war ebenso in den Landkreisen und Gemeinden zu beobachten, wenn auch – zumindest in den untersuchten ländlichen Regionen – schwächer ausgeprägt. Das war nicht zuletzt die Folge der Bürokratisierung der Politik, die Entscheidungsprozesse auch in den Gemeinden immer komplexer machte und ein höheres Anforderungsprofil an Kommunalpolitiker mit sich brachte. Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren, die nun auch in den ländlichen Regionen auf der Tagesordnung standen, waren komplizierte Vorgänge, die ein hohes Maß an Sachkenntnis erforderten, und zwar vor allem deshalb, weil die Vorhaben vor Ort mit überregionalen Plänen in Einklang gebracht werden mußten.²⁸ Daher hatten die Staatsbediensteten als „Spezialisten des Allgemeinen“ (Hansjörg Dürr) nun erheblich bessere Chancen, die Schaltzentralen der Kommunalpolitik zu besetzen.

Die stärkere Beharrungskraft der traditionellen Eliten in den lokalen Entscheidungsgremien dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die Mitglieder eines Gemeinderates oder Kreistages und, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch die Bürgermeister in ländlichen Regionen nach wie vor als „Feierabendpolitiker“ tätig sein konnten, ja mußten.²⁹ Mit der relativ geringen Aufwandsentschädigung, die ein ehrenamtlich tätiger Bürgermeister oder ein Gemeinderat erhielt, ließ sich der Lebensunterhalt einer noch so kleinen Familie kaum bestreiten. Da die Übernahme eines Ehrenamts nicht die Aufgabe des bisher ausgeübten Berufes erforderte, war damit auch kein berufliches Risiko verbunden. Anders die Situation bei den Landräten: Diese Aufgabe ließ keine Zeit mehr für die parallele Ausübung des erlernten Berufes. Wer die Leitung eines Landratsamtes übernahm, mußte aus seinem bisherigen Tätigkeitsfeld ausscheiden. Für Selbständige, aber auch für abhängig Beschäftigte in Industrie- und Dienstleistungsbetrieben, war damit ein nicht unbeträchtliches Risiko verbunden: Eine Garantie, nach dem Ausscheiden aus dem Wahlamt die berufliche Karriere nahtlos fortsetzen zu können, gab es für sie nicht. Auch in dieser Hinsicht waren die Staatsbediensteten eindeutig im Vorteil.³⁰

²⁸ Vgl. Dienel, *Wie können die Bürger an Planungsprozessen beteiligt werden?*, und Frey/Naßmacher, *Parlamentarisierung der Kommunalpolitik*, sowie Hesse, *Zum Stand der kommunalen Entwicklungsplanung*, und Kistenmacher, *Kommunale Entwicklungsplanung*.

²⁹ Vgl. dazu Schneider, *Lokalpolitik in einer Landgemeinde*, S. 24 ff.

³⁰ Vgl. Lange, *Strukturwandlungen der westdeutschen Landesregierungen*, S. 263, und Dürr, *Soziale Strukturen*, S. 308 ff.

Hinsichtlich des Zeitpunktes des Elitenwechsels ist zwischen den Landtagsabgeordneten und den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern lediglich eine leichte Phasenverschiebung festzustellen. Während die entscheidende Zäsur auf Landesebene 1966 erfolgte, setzte diese Entwicklung bei den Politikern vor Ort erst 1972 mit voller Wucht ein. Allerdings war auch hier bereits 1966 eine Trendwende erkennbar. Auf beiden Ebenen gingen die Veränderung der Berufsstruktur der Gewählten mit einem Generationswechsel einher: Hier wie dort traten die „Männer der ersten Stunde“, die bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Verantwortung für den Wiederaufbau und die Etablierung demokratischer Strukturen übernommen hatten, von der politischen Bühne ab. Mit ihrem Abschied aus der Politik ging ein wichtiges Kapitel der bayerischen und westdeutschen Nachkriegsgeschichte zu Ende.

B. Die Volksparteien auf dem Land

I. Die Parteien in den Startblöcken: Mühsamer Neubeginn nach 1945

Am 22. Oktober 1955 bilanzierte Friedrich Zimmermann, seinerzeit Hauptgeschäftsführer der CSU, vor der Landesversammlung die Entwicklung der Partei in den vorangegangenen zehn Jahren. Er warf dabei einen Blick zurück auf die enorm schwierigen Anfänge im Jahr 1945, der manch altgedientem Haudegen der ersten Stunde einen angenehmen Schauer über den Rücken gejagt haben dürfte:

„Es galt damals aus den Idealen und vorhandenen geistigen Voraussetzungen einerseits, aus den hoffnungslosen materiellen Verhältnissen andererseits eine Organisation dieser neuen Partei auf- und auszubauen. Der Gedanke war verwegend, der Beginn unerträglich schwer. Die junge Generation war eben nach einem selbstmörderischen Ringen aus dem Kriege zurückgekehrt. Alles lag in Trümmern, jeder hatte seine eigenen Sorgen. Das Mißtrauen gegen eine neue Partei war nach den vorangegangenen bitteren Erfahrungen begreiflich. Die Gründer, die eine gemeinsame Idee zusammengeführt hatte, standen vor fast unüberwindlichen Schwierigkeiten: Katastrophale Verkehrsverhältnisse, Mangel an Schreibmaterial, keine Möglichkeit einer telefonischen, ja nicht einmal brieflichen Verbindung. Die CSU als neue Partei konnte weder auf einen ehemaligen Mitgliederstamm zurückgreifen noch eine Parteiorganisation nach altem Stil neu auf die Beine stellen.“¹

Die Schilderung umriß die Probleme, die allen Parteien beim politischen Neubeginn zu schaffen machten. Das Gros der deutschen Bevölkerung, diagnostizierte die amerikanische Militärregierung, litt zunächst an völliger politischer Apathie.² Die Wenigen, die sich trotz allem zu einem politischen Engagement bereit fanden, sahen sich mit schier unüberwindlichen materiellen Schwierigkeiten konfrontiert; vor allem die auf dem Land noch stärker als in den Städten ausgeprägten Kommunikationsprobleme machten den Politikern der ersten Stunde schwer zu schaffen. In diesem Umstand dürfte ein Grund für die Tatsache zu suchen sein, daß beispielsweise die Kristallisationskerne der CSU in großen Städten wie München, Nürnberg, Bamberg, Regensburg und Würzburg entstanden.³ Doch war das Land nach der Niederlage wirklich ausschließlich von dumpfer Resignation gekenn-

¹ IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, „Die Organisation der Christlich-Sozialen Union“. Referat von Hauptgeschäftsführer Dr. Zimmermann vor der Landesversammlung am 22. 10. 1955 in München, S. 1 f.

² Gillen, *State and Local Government*, S. 5.

³ Becker, *Gründung und Wurzeln der Christlich-Sozialen Union*, S. 85.

zeichnet? Gab es nicht auch hier Menschen, die nur darauf brannten, nach der durch das NS-Regime erzwungenen zwölfjährigen Untätigkeit endlich wieder politische Aktivitäten entwickeln zu können? Und verharrte die ländliche Bevölkerung gegenüber den Bemühungen, die politische Szenerie wiederzubeleben, tatsächlich in stumper Gleichgültigkeit? Diese Fragen lohnen einen genaueren Blick auf die Phase der Neugründung bzw. Wiederbelebung der Parteien an der ländlichen Basis. Der Fokus auf die Orts- und Kreisebene entspricht der Entwicklung der Parteien, die aufgrund der alliierten Lizenzierungspolitik nicht zentral (wieder-)gegründet wurden, sondern überall wie Pilze aus dem Boden schossen.⁴

Als *pars pro toto* des ländlichen Altbayerns dient im folgenden der Landkreis Wasserburg, der zwischen der Reichsgründung und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs eine gemächliche Entwicklung durchgemacht hatte, die sich an der schwachen Bevölkerungszunahme ablesen läßt: 1871 betrug die Zahl der Einwohner rund 33 000, bis 1939 waren nur etwa 6000 Menschen dazugekommen. Erst die Wirren des Zweiten Weltkriegs brachten einen großen Veränderungsschub, der sich in einem sprunghaften Anstieg der Bevölkerung auf über 54 000 im Oktober 1946 niederschlug; nun gelangten auch erstmals in nennenswerter Anzahl Protestanten in den bis dahin rein katholisch geprägten Landkreis. Die am Inn gelegene Kreisstadt gleichen Namens, die bis ins ausgehende 18. Jahrhundert eine nicht unbeträchtliche Rolle im Fernhandel gespielt, dann aber aufgrund des fehlenden Eisenbahnanschlusses an Bedeutung verloren hatte, bildete das wirtschaftliche und administrative Zentrum der Region; zwischen 1939 und 1945 war die Bevölkerung der Stadt um rund 2000 auf 6600 Menschen angewachsen. Neben der Kreisstadt übten die Marktgemeinden Haag und Isen gewisse zentrale Funktionen aus. Von diesen drei gewerblichen Inseln abgesehen, dominierte jedoch nach wie vor der primäre Sektor das Wirtschaftsleben des Kreises, wobei aufgrund der Bodenverhältnisse die Viehzucht vor dem Ackerbau rangierte.⁵

In politischer Hinsicht war der Landkreis Wasserburg, wie viele andere im ländlichen Altbayern, bis 1933 eine treue Hochburg der BVP gewesen, die aus allen Wahlen als mit großem Abstand stärkste Partei hervorging und meist über 50 Prozent der Stimmen gewann.⁶ Die SPD brachte hier in den Jahren der Weimarer Republik dagegen kaum ein Bein auf den Boden; von den Reichstagswahlen von 1920 abgesehen, gelang es ihr nie, im Landkreis Wasserburg ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen. An zweiter Position in der Wählergunst rangierte mit dem Bayerischen Bauernbund eine Partei, die wie die BVP ihren Rückhalt in erster Linie unter der bäuerlich-katholischen Landbevölkerung fand; ihre Wähler kehrten der Partei jedoch am Ende der zwanziger Jahre größtenteils den Rücken. Allerdings konnte die NSDAP vor der „Machtergreifung“ kein Kapital aus dieser Entwicklung schlagen; das beste Ergebnis erzielten Hitler und seine Anhänger bei

⁴ Zur restriktiven Lizenzierungspraxis der Amerikaner vgl. Gillen, *State and Local Government*, S. 5 ff., und Schröder, *Partei-Lizenzierungspolitik*, S. 11 ff., sowie Schlemmer, *Amerikaner in Bayern*, S. 86 ff.

⁵ Diese Angaben nach Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), *Landkreis Wasserburg am Inn*, S. 5–15, und *SJbB* 23 (1947), S. 370. Zur Entwicklung der Kreisstadt Geiger, Wasserburg am Inn, S. 15.

⁶ Die genauen Wahlergebnisse in den Untersuchungsregionen zwischen 1918 und 1933 finden sich in den entsprechenden Jahrgängen der ZBSL. Zur BVP vgl. Schönhoven, *Bayerische Volkspartei*.

der Reichstagswahl vom Juli 1932, als sie auf knapp 14 Prozent der Stimmen kamen.⁷ Das Stammland der BVP blieb gegenüber dem Nationalsozialismus weitgehend resistent.

Ganz anders sah es im Landkreis Nördlingen aus, der im folgenden als Vergleichsregion dienen soll. Zwar dominierte auch hier eindeutig die Landwirtschaft, doch gehörte die Mehrheit der Bevölkerung dem evangelischen Bekenntnis an, wiewohl es – im Unterschied zum konfessionell homogenen Wasserburg – im Ries stets eine bedeutende katholische Minderheit gegeben hatte. Die BVP konnte unter diesen Vorzeichen nur rund ein Drittel der Wähler gewinnen, die der Partei allerdings bis zum Ende der Weimarer Republik weitgehend treu blieben. Bis 1930 profilierte sich der Bauernbund als stärkste Kraft im Ries, der allerdings nie an die 50-Prozent-Marke herankam.⁸ 1932 änderte sich die politische Szenerie schlagartig, als die NSDAP bei den Juli-Wahlen mit beinahe 52 Prozent einen erdrutschartigen Sieg davontrug.⁹ War die Bevölkerung im altbayerisch-katholischen Stammland der BVP somit weitgehend immun gegen die braune Versuchung gewesen, erlagen ihr die protestantischen Rieser Bauern um so eher.¹⁰ Die einzige politische Gemeinsamkeit, die beide ländlichen Regionen vor 1933 an den Tag legten, bestand darin, daß die SPD keine Chance hatte. Lediglich die kreisfreie Stadt Nördlingen stellte so etwas wie eine rote Insel dar, in der die Sozialdemokratie stets zwischen 25 und 30 Prozent der Stimmen erhielt.¹¹

Am Beispiel dieser beiden Landkreise gilt es zu überprüfen, inwieweit die Parteien nach 1945 an Traditionen aus Weimar anknüpfen konnten oder ob sie tatsächlich Neuland betreten. War die CSU wirklich eine völlig neue politische Kraft oder hatte sie in der Provinz Vorläufer? Tat sich die SPD wirklich leichter, weil sie auf dem großen Erbe der Arbeiterbewegung aufbauen konnte? Überhaupt: Setzen die Sozialdemokraten den bis 1933 eingeschlagenen Weg unbeirrt fort oder zogen sie die Lehren aus dem Scheitern Weimars? Und wie beeinflussten die zahlreichen Neubürger die Entwicklung der Parteien auf dem Land?

1. Blitzstart: Die frühen Erfolge der CSU

Eines hatte Zimmermann in seiner Ansprache 1955 nicht erwähnt: Daß nämlich der Motor der CSU erstaunlich schnell auf Touren kam, wie die Ergebnisse der ersten Wahlen in Bayern zeigten, aus denen sie samt und sonders siegreich hervor-

⁷ Die NSDAP erhielt 13,9 Prozent, die BVP 59,5 Prozent und der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund kam auf 14,7 Prozent. ZBSL 64 (1932), S. 458 f.

⁸ Sein bestes Ergebnis erzielte der BBB bei der Reichstagswahl von 1920 mit 55,7 Prozent. ZBSL 53 (1921), S. 271. Der Landkreis Nördlingen war bayernweit der einzige Landkreis mit mehrheitlich evangelischer Bevölkerung, in dem der BBB zur stärksten Partei avancierte; Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 170.

⁹ Die NSDAP kam im Landkreis Nördlingen auf 51,6 Prozent, die BVP erhielt 32,6 Prozent und der BBB nur noch 7,5 Prozent. ZBSL 64 (1932), S. 460 f.

¹⁰ Zur erheblich größeren Anfälligkeit der protestantischen Provinz für den Nationalsozialismus vgl. die Untersuchungen von Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 324–432, und Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, S. 566–646.

¹¹ Hier sei nur ein Beispiel genannt: Bei der Reichstagswahl vom November 1932 kam die SPD in der Stadt Nördlingen auf 24,1 Prozent, während sie im Landkreis Nördlingen nur 3,3 Prozent erhielt. Diese Angaben nach ZBSL 65 (1933), S. 90 f. und S. 92 f.

ging: Bei den Kreistagswahlen vom April 1946 erreichte die CSU bayernweit knapp 68 Prozent der gültigen Stimmen, in der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung, die Ende Juni 1946 stattfand, kam sie auf gut 58 Prozent, und als die Bevölkerung Anfang Dezember desselben Jahres schließlich über die Zusammensetzung des ersten bayerischen Landtags entschied, entfielen immerhin noch 52,3 Prozent auf die bayerische Unionspartei.¹² Obwohl die Gravitationszentren der CSU sich in den Städten befanden, lagen ihre eigentlichen Hochburgen in den ländlichen Regionen, in denen sie fast durchwegs ihre landesweiten Resultate noch deutlich übertraf.

Das eigentlich Bemerkenswerte an diesen Ergebnissen stellt die Tatsache dar, daß es der CSU – im Unterschied zu den konservativen Parteien vor 1933 – offenkundig gelungen war, auf Antrieb in allen Landesteilen Fuß zu fassen und überall zur stärksten politischen Kraft zu werden.¹³ Sie blieb also nicht auf Altbayern und das katholische Franken beschränkt, sondern setzte sich auch im schwäbischen Raum und im protestantischen Franken durch, wenngleich sie hier auf unübersehbare historisch-konfessionelle Hürden stieß. Obwohl sie ihre besten Ergebnisse in Ober- und Niederbayern, der Oberpfalz und Unterfranken erzielte, hatte sich die CSU in allen vier großen, durch historisch-politische und konfessionelle Entwicklungen geprägten Traditionszonen Bayerns etabliert. Das Konzept der CSU-Gründer um Adam Stegerwald und Josef Müller, die eine interkonfessionelle Sammlungsbewegung neuen Typs aus der Taufe heben wollten, um die traditionelle Spaltung des konservativen Lagers zu überwinden, schien aufzugehen.¹⁴

*a) Parteigründung auf Befehl von oben:
Der Aufbau der CSU im Landkreis Wasserburg*

Es scheint jedoch höchst zweifelhaft, ob die CSU tatsächlich die völlig neue politische Kraft gewesen ist, als die sie sich selbst gerne apostrophierte.¹⁵ Vor allem in vielen ländlichen Regionen Altbayerns knüpfte man personell und organisatorisch nahtlos an die Bayerische Volkspartei an. Männern wie Fritz Schäffer und Alois Hundhammer, die schon in der 1933 untergegangenen BVP führende Rollen gespielt hatten, war das durchaus recht, denn das Konzept einer Partei neuen Typs ging ihnen viel zu weit.¹⁶ Sie geboten in der jungen CSU über mindestens so gro-

¹² Die Zahlenangaben nach SjbB 23 (1947), S. 314 f. (Kreistagswahl 1946), S. 324 f. (Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung) und S. 344 f. (Wahl zum Bayerischen Landtag 1946).

¹³ Thranhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 308 ff., erklärt das damit, daß die CSU den Großteil der ehemaligen NSDAP-Wähler auf sich vereinigen konnte. Allerdings hatte die NSDAP diese Wählerschichten, das zeigt ja gerade Thranhardts Untersuchung, erst ab Ende der 20er Jahre schrittweise bürgerlichen, liberalen und nationalen Parteien und Wählergruppen abgespenstigt gemacht. Insofern bestand das Gros der CSU-Wähler von 1946 wohl kaum aus in der Wölle gefärbten Nazis.

¹⁴ Dazu Mintzel, Geschichte der CSU, S. 58 f., und Schlemmer, Aufbruch, S. 27 ff. Zum Traditionszonenkonzept und seiner Anwendung auf Bayern vgl. Mintzel, Regionale politische Traditionen, und Thranhardt, Wahlen und politische Strukturen.

¹⁵ Eingang des ersten Grundsatzprogramms der CSU unter dem Titel „Die 30 Punkte der Union“ vom 31. 10. 1946, heißt es etwa: „Die Christlich-Soziale Union in Bayern ist eine neue und junge Partei, die sich zum sozialen Fortschritt unseres Jahrhunderts bekennt.“ In: Fait/Mintzel/Schlemmer, Die CSU 1945–1948, S. 1734 ff.

¹⁶ Vgl. den knappen Überblick bei Mintzel, Geschichte der CSU, S. 58 ff. Ausführlich zu den Aus-

ßen Einfluß wie ihr Gegenspieler, der Parteivorsitzende Josef Müller. Der Vorteil der „Traditionalisten“ bestand darin, daß sie in den Hochburgen der BVP auf ein relativ engmaschiges Netz persönlicher Kontakte zu ehemaligen Parteifreunden zurückgreifen konnten. Diese alten Seilschaften, die in erster Linie auf persönlichen Loyalitätsverhältnissen beruhten¹⁷, ließen sich gerade in der Phase der Parteigründung 1945/46 auch im Hinblick auf die schwelende Auseinandersetzung mit den parteiinternen Widersachern nutzen. Die neuen CSU-Kreis- und Ortsverbände, die aus der Reaktivierung der alten BVP-Strukturen hervorgingen, trugen automatisch zur Steigerung der Hausmacht des konservativ-katholischen Flügels der CSU, der sich vor allem auf den Bezirksverband Oberbayern stützen konnte, bei.

So ging die Gründung der CSU im Landkreis Wasserburg am Inn – anders als in den Landkreisen Ansbach und Fürth¹⁸ – nicht von einer Initiative ortsansässiger Persönlichkeiten aus, sie wurde vielmehr auf Geheiß von oben vollzogen. Ende 1945 wandte sich Fritz Schäffer, der von München aus die Fäden zog, in einem Brief an seinen ehemaligen Parteifreund Franz Xaver Köck, um ihn von der Gründung der „Bayerischen Christlich-Sozialen Union“ in München zu informieren.¹⁹ Köck, ein 1887 geborener und in der Kreisstadt ansässiger Bäckermeister, hatte die gesamte Weimarer Zeit hindurch den Vorsitz der BVP in der Region Wasserburg innegehabt.²⁰ Er verfügte daher über beste Kontakte zu den ehemals politisch einflußreichen Persönlichkeiten in und um Wasserburg, die das „Dritte Reich“ und den Zweiten Weltkrieg heil überstanden hatten. In erster Linie verfolgte Schäffer das Ziel, möglichst rasch einen CSU-Kreisverband in Wasserburg auf die Beine zu stellen, was Köck vor Ort in die Hand nehmen sollte. Der honorige Bäckermeister, der als treuer Satrap Schäffers galt²¹, befolgte den Auftrag des Staatsrats und lud umgehend zu einer Versammlung, die am 17. Dezember 1945 in der „Gaststätte Aumüller“ stattfand, und zu der 54 Besucher erschienen, unter denen sich zahlreiche der von der Militärregierung eingesetzten Bürgermeister befanden.²² Die Formalitäten der Lizenzierung, für die die Unterschriften von 25 politisch unbescholtenen Bürgern notwendig waren, stellten im Gegensatz zu anderen Regionen in Wasserburg kein ernstes Problem dar. Von einer „Lähmungskrise“ des

einandersetzungen um den Charakter der CSU vgl. Schlemmer, *Aufbruch*, S. 9–118. Zum Zerfallsprozeß der BVP nach der „Machtergreifung“ vgl. ausführlich Schönhoven, *Der politische Katholizismus*, und ders., *Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Zur Rolle Schäffers in der BVP* vgl. Altendorfer, Fritz Schäffer.

¹⁷ Mintzel, *Geschichte der CSU*, S. 123, spricht von „gefolgschaftsähnliche[r] Loyalität statt innerparteilicher Demokratie“.

¹⁸ Vgl. Woller, *Gesellschaft und Politik*, S. 187–194.

¹⁹ Dazu und im folgenden ACSP, KV Wasserburg 2, Fritz Schäffer an Franz Xaver Köck, undatiert (vor 17. 12. 1945). Dabei handelt es sich um einen durchgeschriebenen Sammelbrief, den auch andere ehemalige BVP-Politiker in Ober- und Niederbayern erhalten haben dürften, in deren Landkreisen sich bis zum Dezember 1945 noch kein Kreisverband der CSU gebildet hatte.

²⁰ Zu Köcks Rolle in der BVP Wasserburger Anzeiger vom 15. 5. 1920, und ACSP, KV Wasserburg 1, Verzeichnis der Vorstandsmitglieder der BVP im Bezirk Wasserburg vom 1. 1. 1932.

²¹ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1946. Köck wurde in diesem Bericht von Captain A. L. Klinger als „ardent follower of Dr. Fritz Schaeffers doctrines and political theories“ charakterisiert.

²² ACSP, KV Wasserburg 2, Protokoll über die Versammlung zur Vorbereitung der Gründung der Bayer[ischen] Christlich-Sozialen Union in Wasserburg am 17. 12. 1945. Das Folgende nach ebenda.

konservativen Lagers aufgrund der „Diskreditierung der bürgerlichen Parteien in der Endphase der Weimarer Republik“ war hier nichts zu spüren.²³

*b) Honoratiorenzirkel statt Volkspartei:
Die Wiederbelebung der BVP im Gewande der CSU*

So lückenhaft das Verzeichnis der Gründerväter ist, ermöglicht es doch Rückschlüsse auf den Charakter der Wasserburger CSU in den Anfangsjahren.²⁴ Hinsichtlich der Berufsgruppenschichtung springt, wie schon bei der Untersuchung der kommunalpolitischen Eliten, die extreme Dominanz der Selbständigen ins Auge. 23 der 25 Gründungsmitglieder waren beruflich ihr eigener Herr, darunter neben Kaufleuten wie Sebastian Kasenbacher und Josef Ober aus Wasserburg, Landhandwerkern wie dem Feilenhauermeister Kilian Hacker aus Edling, Fabrikanten wie Otto Sigl aus Wasserburg und Josef Meindl aus Isen sowie Rechtsanwälten wie Alfons Püls aus Wasserburg allein neun Bauern. Als einziger abhängig Beschäftigter gehörte Max Josef Schessl aus Wasserburg dem erlauchten Zirkel an, aber auch er war kein einfacher Arbeiter, sondern immerhin Postsekretär. Diese Zusammensetzung entsprach keineswegs der Erwerbsstruktur der Wasserburger Bevölkerung nach Kriegsende. Zwar waren hier noch gut 56 Prozent der Erwerbstätigen im primären Sektor tätig²⁵, doch längst nicht alle von ihnen als selbständige Bauern, wie eine Statistik des Jahres 1950 verdeutlicht: Zu diesem Zeitpunkt verdienten nur gut 20 Prozent der Erwerbspersonen ihren Lebensunterhalt mit einer selbständigen Tätigkeit und 40 Prozent gehörten zur Arbeiterschaft²⁶ – allerdings zählte auch das Gros der Letztgenannten als Landarbeiter zum primären Sektor. Von der Zusammensetzung ihrer Gründerväter her, war die CSU demnach eine Partei des alteingesessenen ländlich-katholischen Besitzmittelstandes²⁷, in der die Selbständigen eindeutig dominierten, während abhängig Beschäftigte, vor allem Arbeiter, kaum Einfluss besaßen.

Unnötig zu betonen, daß die Gründung der CSU Männersache war, wiewohl die einzige Frau, die seinerzeit mitwirkte, ein bezeichnendes Licht auf das gesamte Unternehmen wirft: Die im Antrag auf Zulassung der Partei als „Forstratswitwe“ firmierende Gabriele Escherich war nämlich allenfalls in zweiter Linie als Vertreterin ihres Geschlechts in den Gründerkreis aufgenommen worden – in erster Linie wurde sie anstelle ihres 1941 verstorbenen Mannes kooptiert. Oberforstrat

²³ Diese „Lähmungskrise“ konstatiert Schmidt, *Zentrumspartei oder Union*, S. 657. In den Landkreisen Ansbach und Fürth stellte dagegen die „Sponsorensuche“ alle Parteien, insbesondere jedoch die bürgerlichen, vor große Probleme. Woller, *Gesellschaft und Politik*, S. 170.

²⁴ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union im Landkreis Wasserburg vom 2. 1. 1946. Die Aufstellung findet sich auch in ACSP, KV Wasserburg 2, wobei es sich um eine durch den Landrat beglaubigte Liste handelt, die vom 29. 12. 1945 datiert.

²⁵ Daneben arbeiteten im Oktober 1946 23,9 Prozent der Erwerbspersonen in Industrie und Handwerk, acht Prozent in Handel und Verkehr, neun Prozent im öffentlichen Dienst und drei Prozent in häuslichen Diensten. Eigene Berechnung nach SJB 23 (1947), S. 372.

²⁶ 20,7 Prozent der Erwerbspersonen im LK Wasserburg gingen 1950 einer selbständigen Tätigkeit nach, 30,2 Prozent arbeiteten als mithelfende Familienangehörige, 9,1 Prozent als Angestellte oder Beamte und 40 Prozent zählten zur Arbeiterschaft. Eigene Berechnung nach BSB 177, Bd. 1, S. 145.

²⁷ Vgl. Mintzel, *Geschichte der CSU*, S. 127 ff.

Georg Escherich hatte im August 1920 als Gründer der berühmt-berüchtigten „Organisation Escherich“, kurz „Orgesch“, dem radikal anti-republikanischen Dachverband der bayerischen Einwohnerwehren, in ganz Deutschland von sich Reden gemacht, bevor er 1921 zum Vertreter der bayerischen Staatsforstverwaltung in der Reichsforstwirtschaft berufen wurde und 1929 zum Führer des bayerischen Heimatschutzes avancierte.²⁸ Zwar konnte Escherich kaum als überzeugter Demokrat gelten und in diesem Sinne imagefördernd wirken, doch das war zweitrangig – sein Name galt auch nach Kriegsende noch etwas im Landkreis. Daß Ansehen und Sozialprestige bei der Zusammenstellung des Gründerzirkels der Wasserburger CSU vorrangige Bedeutung zukam, illustriert darüber hinaus die Tatsache, daß ihm mit Georg Fischer aus Attel, Josef Meindl aus Isen, Zeno Kern aus Westach und Heinrich Stulberger aus Amerang immerhin vier Bürgermeister und in Gestalt von Alfons Püls ein Stadtrat angehörten.

Der Honoratiorencharakter der CSU ging auch aus ihrem Gründungsgesuch an die Militärregierung hervor.²⁹ Vom Aufbau einer straffen Parteiorganisation war dort ebensowenig die Rede wie von einer regen Versammlungstätigkeit und anderen Aktivitäten zur Werbung von Mitgliedern: Mehr als eine öffentliche politische Veranstaltung im Monat plante man nicht, man sah zunächst auch von der Erhebung von Mitgliederbeiträgen ab – die anfallenden Kosten bestritt der Kreisvorsitzende Köck aus eigener Tasche. Trotz der relativen Passivität gaben sich die Gründerväter über die Maßen optimistisch, was die Mitgliederentwicklung der Partei in Wasserburg und Umgebung betraf: Binnen sechs Monaten nach ihrer Zulassung schätzten sie die Zahl der Mitglieder auf 6000 bis 7000 – das wären 1946 immerhin weit über zehn Prozent der Bevölkerung des Landkreises gewesen!³⁰ Wie ernst man es in der CSU mit dieser Angabe nahm, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Allem Anschein nach nahmen die Amerikaner diese Zahlen zunächst für bare Münze, zumindest gingen sie in der Folgezeit von einem Mitgliederstamm von 7000 Personen aus, zu der sie die jeweils neu eingetretenen Mitglieder einfach hinzuaddierten. So gab die Wasserburger Militärregierung die Zahl der CSU-Mitglieder im Landkreis im März 1946 mit 7050, einen Monat später mit 7200 und im Juni selbigen Jahres mit 7500 an.³¹ Diese Zahlen basierten freilich auf Schätzungen, die weit mehr den Phantasien der Parteigründer entsprangen als der Realität. Ende 1946 zählte die CSU im Landkreis Wasserburg lediglich 354 eingeschriebene Mitglieder.³² Zwar vergrößerte sich die Zahl derjenigen, die über ein Parteibuch der CSU verfügten, in und um Wasserburg in der Folgezeit deutlich³³,

²⁸ Die biographischen Angaben nach Michaelis/Schraepfer (Hrsg.), Ursachen und Folgen, Registerband zu Bd. IV bis VIII, S. 34. Zur „Orgesch“ vgl. Winkler, Weimar, S. 147.

²⁹ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union im Landkreis Wasserburg vom 2. 1. 1946.

³⁰ SJB 23 (1947), S. 370.

³¹ Zahlen nach IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 30. 3. 1946 (März 1946), ebenda, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 30. 4. 1946 (April 1946), und ebenda, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946 (Juni 1946).

³² IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Quarterly Historical Report LK Wasserburg 1. 10.–31. 12. 1946, undatiert.

³³ Die Mitgliederzahl der Wasserburger CSU stieg von 375 im Januar über 515 Anfang Juli bis auf 628 Ende September 1947. IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Political Activity Annex to Intelli-

gemessen an den ursprünglichen Erwartungen der Parteigründer nahm sie sich jedoch mehr als dürftig aus.

Was die Mitglieder betrifft, war die CSU im Landkreis Wasserburg anfangs alles andere als eine echte Volkspartei. Das lag nicht zuletzt an der schleppend verlaufenden Ausdehnung der Parteiorganisation im Landkreis. Aufgrund der enormen Kommunikationsschwierigkeiten konnten zunächst keine Parteigliederungen in den Gemeinden ins Leben gerufen werden.³⁴ Erst im April 1946 gelang die Gründung eines Ortsverbandes, und zwar in Babensham. Er umfaßte die Gemeinden Babensham, Penzing, Schambach sowie Teile von Schönberg und zählte zum Zeitpunkt der Gründung 60 Mitglieder.³⁵ Hatte der Bericht über die Gründung dieses Ortsverbandes noch vollmundig angekündigt, weitere Gliederungen würden in den kommenden Monaten entstehen, meldete der CSU-Kreisverband Ende April kleinlaut an die Militärregierung, daß der Organisationsausbau wegen der Vorbereitungen zur Landratswahl ins Stocken geraten sei.³⁶ Von einer Ausnahme abgesehen³⁷, blieb es dabei: Das erste Jahr des Bestehens der CSU im Landkreis Wasserburg war *keine* Phase des planmäßigen Aufbaus stabiler Organisationsstrukturen. Im Gegenteil, die flächendeckende Ausdehnung der Parteiorganisation über den gesamten Landkreis gelang vorerst nicht.

Vom Parteikonzept Josef Müllers, das „auf eine interkonfessionelle demokratische Massenpartei auf breiter organisatorischer Basis als Gegenstück und Alternative zur sozialdemokratischen Massenpartei“ hinausließ³⁸, war man in Wasserburg also noch meilenweit entfernt. Daß die CSU hier zunächst einen Honoratiorenzirkel darstellte, kam auch in ihrem ersten programmatischen Orientierungsrahmen vom Dezember 1945 zum Ausdruck, der dem Lizenzierungsantrag beilag. Bezeichnenderweise kam der Begriff „Partei“ darin nicht ein einziges Mal vor³⁹, statt dessen war stets von einem nicht näher definierten „wir“ die Rede. Damit sollten sich alle angesprochen fühlen, „die guten Willens sind, über alle Konfessionen, alle Stände, alle Rassen und alle Altersschichten hinweg.“ Der betont föderalistische Tenor ließ freilich kaum Zweifel daran, daß damit in erster Linie die einheimische Bevölkerung gemeint war. Unter den Alteingesessenen weit verbreitete Ressentiments gegen „Preußen“ und Neubürger schwangen unterschwellig mit, wenn es beispielsweise hieß, die Verwaltung des Landes müsse „grundsätzlich in den Händen der eigenen Landeskinder liegen“. Obwohl die Mitgliedschaft von Flüchtlingen und Vertriebenen nicht ausgeschlossen wurde, verstand sich die

gence Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1947, und ebenda, 10/78–3/1, Quarterly Historical Report LK Wasserburg 1. 7.–30. 9. 1947 vom 17. 9. 1947.

³⁴ ACSP, KV Wasserburg 2, KV Wasserburg an Militärregierung vom 15. 3. 1946.

³⁵ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, KV Wasserburg an Militärregierung vom 30. 4. 1946.

³⁶ ACSP, KV Wasserburg 2, KV Wasserburg an Militärregierung vom 28. 5. 1946.

³⁷ Diese Ausnahme war die Gründung des Ortsverbandes Amerang Ende Juni 1946. ACSP, KV Wasserburg 2, KV Wasserburg an Militärregierung vom 26. 6. 1946.

³⁸ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 58.

³⁹ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union im Landkreis Wasserburg vom 2. 1. 1946, Anlage 1: Programm der Bayerischen Christlich-Sozialen Union für den Landkreis Wasserburg, undatiert (Ende Dezember 1945). Die folgenden Zitate finden sich ebenda. Wahrscheinlich wollte die CSU so dem Anti-Parteien-Effekt ausweichen, schien die Bevölkerung doch nach jahrelanger Mobilisierung und propagandistischer Bombardierung durch die NSDAP von Parteien die Nase voll zu haben.

Wasserburger CSU, wie die bayerische Unionspartei überhaupt, als Partei der Bayern.⁴⁰ Allerdings handelte es sich bei diesen knappen Leitsätzen keineswegs um ein geschlossenes Programm, was die Verfasser auch deutlich zum Ausdruck brachten. „In dieser Stunde kann man sich nur um Fahnen sammeln, die große Richtlinien und große Grundsätze aufzeigen.“ Die „Sammlung“, von der hier die Rede war, bedeutete jedoch in Wasserburg (noch) nicht die Bildung einer Partei ganz neuen Typs, wie sie Stegerwald und Müller vorschwebte, selbst wenn Elemente wie beispielsweise die Einigung über die konfessionellen Grenzen hinweg mehrfach im Text auftauchten.⁴¹ Das rudimentäre Programm war vielmehr als Aufforderung an die Einheimischen zu verstehen, sich hinter dem breiten Rücken angesehener und weithin geachteter Persönlichkeiten zu scharen, die die Lauterkeit der Ziele der Partei verbürgen sollte. Das zielte freilich nicht zuvorderst auf den Gründungsvorsitzenden Franz Xaver Köck, dessen politischer Ehrgeiz mit gutem Grund bescheiden blieb, fehlten ihm doch im Grunde alle Fähigkeiten und Eigenschaften eines erfolgreichen Politikers.⁴² Weder ein mitreißender Redner noch ein guter Organisator, kam der biedere Bäckermeister kaum über den Tellerrand der Kirchturmpolitik hinaus, zumal die Politik nie sein wichtigstes Betätigungsfeld wurde – das war und blieb seine Bäckerei sowie die Arbeit in der Bäckereinnung.

c) *Die „graue Eminenz“ der Wasserburger CSU: Max Zwicknagl*

Die eigentliche Führungspersönlichkeit war Dr. Max Zwicknagl, der wie Köck zu den 25 Gründungsmitgliedern der CSU im Landkreis zählte.⁴³ Er hatte als Sohn des Landgerichtsarztes und Obermedizinalrats Dr. Max Zwicknagl und der Guts- und Brauereibesitzerstochter Anna Kaiser im Juli 1900 in Rott am Inn das Licht der Welt erblickt. Doch nicht nur was sein großbürgerliches Elternhaus betrifft, sondern auch im Hinblick auf Bildung und Ausbildung, verfügte er über einen ganz anderen Horizont als Köck und die übrigen Wasserburger CSU-Gründer: Nachdem Zwicknagl die Volksschule in Deggendorf und das Gymnasium im Internat des Klosters Ettal absolviert hatte, studierte er Nationalökonomie in München und Würzburg, wo er 1924 zum Dr. rer. pol. promoviert wurde. Noch im selben Jahr erhielt Zwicknagl eine Anstellung als zweiter Syndikus des Wirtschaftsbeirats der BVP, bevor er 1928 das Anwesen der Großeltern in Rott über-

⁴⁰ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 63.

⁴¹ Unter anderem hieß es, Zentrum der Dörfer und Städte sei die Kirche als Symbol des Glaubens an Gott, „zu dem alle Konfessionen im gleichen Sinne beten“. Daher wolle man „den Frieden unter allen Konfessionen und ihre Zusammenarbeit“. IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union im Landkreis Wasserburg vom 2. 1. 1946, Anlage 1: Programm der Bayerischen Christlich-Sozialen Union für den Landkreis Wasserburg, undatiert (Ende Dezember 1945).

⁴² Zur Einschätzung Köcks durch die amerikanische Militärregierung IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Political Activity Annex to Intelligence Report vom 1. 2. 1947.

⁴³ Zur führenden Rolle Zwicknagls in der Wasserburger CSU IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 30. 3. 1946, und v.a. ebenda, Political Activity Annex to Intelligence Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1947, sowie ebenda, 10/78-3/1, Monthly Historical Report LK Wasserburg für Oktober 1946, undatiert. Die biographischen Angaben zu Dr. Max Zwicknagl sind, soweit nicht anders gekennzeichnet, dem Repertorium zu dessen Nachlaß im ACSP entnommen.

nahm. Der BVP blieb er als Vertrauensmann der Ortsgruppe Rott verbunden.⁴⁴ Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten begann für Zwicknagl eine harte Zeit: Wiederholt denunzierten ihn Neider und persönliche Feinde wegen angeblicher Vergehen und „staatsfeindlichen Verhaltens“, was ihm saftige Geldbußen und einmal sogar eine kürzere Haftstrafe einbrachte. Während er sie verbüßte, fiel der Großteil seiner Brauerei einem Brandanschlag zum Opfer.⁴⁵ Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde Zwicknagl zur Wehrmacht eingezogen, jedoch bereits 1940 „uk.“ gestellt. 1944 mußte er dennoch zu Hitlers letztem Aufgebot, dem „Volkssturm“, einrücken. Das Kriegsende erlebte er schließlich als Unteroffizier bei einer Kfz-Ersatzabteilung im Markt Grafing.

Auch wenn Zwicknagl die Amerikaner und ihre Politik schon bald mit sehr kritischen Augen betrachtete⁴⁶, bedeutete für ihn das Kriegsende fraglos mehr Befreiung als Besatzung, hatten doch nun die Erniedrigungen, Drangsalierungen und Quälereien durch das NS-Regime und seine lokalen Exponenten ein Ende. Nun schlug die Stunde der Abrechnung mit den Schergen des „Dritten Reichs“, die für ihn zum Sprungbrett der politischen Karriere werden sollte. Zwar lief die erste Phase der politischen Säuberung noch weitgehend unter amerikanischer Oberhoheit ab, doch waren die Besatzungsbehörden dabei auf die Unterstützung von Einheimischen mit weißer Weste angewiesen, welche die Verhältnisse vor Ort genau kannten.⁴⁷ Zu diesem Zweck riefen die Amerikaner vor Ort sogenannte Fünferausschüsse ins Leben, deren Aufgabe darin bestand, die erwachsene Bevölkerung der unmittelbaren Nachbarschaft auf ihre Beteiligung am Nationalsozialismus hin zu durchleuchten. Max Zwicknagl war für diesen Job genau der richtige Mann. Unter seiner Federführung entwickelte sich der Fünferausschuß in Rott am Inn zu allem anderen als einer „Mitläuferfabrik“ (Lutz Niethammer)⁴⁸: Man gab sich größte Mühe, in teilweise umfassenden Vernehmungen und Zeugenbefragungen die tatsächliche Verstrickung jedes einzelnen Bewohners der Gemeinde genau zu ermitteln und schonungslos publik zu machen. Grob gesprochen, teilte der Ausschuß die Vorgeladenen in drei Gruppen ein: Erstens die völlig Unschuldigen, denen man oft Resistenz gegen den Nationalsozialismus bescheinigte; zweitens die harmlosen Sympathisanten, wie etwa den Geschäftsinhaber, der aus Angst vor dem Boykott seiner Waren der Partei bzw. einer ihrer Gliederungen beigetreten

⁴⁴ ACSP, KV Wasserburg 1, Vertrauensmännerverzeichnis der BVP im Bezirk Wasserburg vom 1. 1. 1932. Vgl. im folgenden Schönhoven, *Der politische Katholizismus*, insbesondere S. 634–646, mit einer Reihe von Beispielen.

⁴⁵ Der vermutlich von Parteigängern der Nationalsozialisten gelegte Brand bewirkte allerdings mittelfristig das genaue Gegenteil des Ziels der Brandstifter: Anstatt Zwicknagl zu ruinieren, ergriff dieser die Gelegenheit, die Brauerei bei ihrem Wiederaufbau 1938/39 durchgreifend zu modernisieren. Der Kaiser-Bräu entwickelte sich auf diese Weise zu einer der modernsten oberbayerischen Brauereien jener Jahre. WZ vom 21. 10. 1950 („100 Jahre ‚Kaiser-Bräu‘ in Rott“).

⁴⁶ ACSP, NL Zwicknagl 1, Dr. Max Zwicknagl an Dr. Joseph Baumgartner vom 29. 10. 1945. Zwicknagl äußerte hier die Ansicht, die Vereinigten Staaten kämpften in erster Linie um die Erringung des weltweiten Wirtschaftsmonopols, wobei die Sowjetunion den großen Gegenspieler darstelle und Europa nur ein kleiner Spielball sei.

⁴⁷ Dazu Woller, *Gesellschaft und Politik*, S. 99–102 und S. 116 f. Zur Entnazifizierung in der amerikanischen Besatzungszone vgl. den Überblick bei Vollnhals, *Entnazifizierung*, S. 9–24. Zur Entnazifizierung in Bayern vgl. die ausführliche Darstellung von Niethammer, *Mitläuferfabrik*.

⁴⁸ Zahlreiche Unterlagen zur Tätigkeit des Fünferausschusses in Rott am Inn, etwa Aufzeichnungen über Verhöre bzw. Zeugenbefragungen, oder die Einschätzung des Ausschusses von einzelnen Einwohnern Rotts finden sich in ACSP, NL Zwicknagl 2. Danach auch das Folgende.

war, oder den armen Teufel, der sich als notorischer Trinker der SA angeschlossen hatte, um deren Kameradschaftsabende in der Wirtsstube mitmachen zu können; und drittens die überzeugten Nationalsozialisten, nicht selten „alte Kämpfer“ aus der Zeit vor der „Machtergreifung“, die nach 1933 ihre Position rücksichtslos ausgenutzt, zum Teil aber auch hemmungslose Karrieristen, die sich nach 1933 dem Nationalsozialismus verschrieben hatten. Während der Ausschuß empfahl, die letzteren dauerhaft aus dem Verkehr zu ziehen, wollte er gegenüber der zweiten Gruppe Milde walten lassen. Dahinter verbarg sich das Credo Zwicknagls: „Ja, strenge Bestrafung der Schuldigen, Milde den Verführten!, aber nicht mehr. Alles Weitere ist unchristlich, ist Sünde wider das Gebot der Nächstenliebe.“⁴⁹ In diesem Zusammenhang übte er heftige Kritik an den Amerikanern, die angeblich versuchten, „mit der Unterstützung eines alten Mannes – Thomas Mann – unter übertriebener Betonung der Kollektivschuldthese aller Deutschen, dieses arme Volk zur Selbstaufgabe zu bringen.“ Obwohl er mit diesen merkwürdigen Ansichten nicht hinter dem Berg hielt, wurde Zwicknagl in die Wasserburger Spruchkammer berufen, wo er sich – etwa im Fall des Molkereibesitzers Josef Meggle⁵⁰ – als scharfzüngiger Ankläger profilierte, wenn es galt, über die in der Wolle gefärbten Nationalsozialisten und die Profiteure des Regimes zu richten.

Zwicknagls Einsatz für eine gerechte politische Säuberung blieb nicht unbenutzt. Er stellte Urteilsvermögen und Charakterfestigkeit unter Beweis – Eigenschaften, die seine Landsleute zu schätzen wußten, auch wenn sie die von den Amerikanern ins Werk gesetzte Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit allgemein für zu hart erachteten. Die erste Stufe der politischen Karriereleiter markierte der Einzug in den Kreistag Ende April 1946, für den ihn die CSU nominiert hatte.⁵¹ Einmal gewählt, stieg der wortgewandte Brauereibesitzer rasch zum Vorsitzenden der CSU-Fraktion auf. Als es wenig später darum ging, im Stimmkreis Wasserburg einen Kandidaten für die Verfassunggebende Landesversammlung zu küren, führte an ihm, dem bekanntesten Vertreter der CSU weit und breit, kein Weg vorbei.⁵² Die neue Tätigkeit bot Zwicknagl mannigfaltige Profilierungsmöglichkeiten. So initiierte er beispielsweise einen Antrag an den Wirtschafts- und Sozialausschuß der Landesversammlung, um die amerikanische Militärregierung zur Aufhebung des faktischen Brauverbots für Bier, „dem bayerischen Volksgetränk“, zu bewegen.⁵³ Begründet wurde der Vorstoß mit drohenden steuerlichen Einbußen, schwerer Schädigung der Brauereiwirtschaft sowie einer großen Belastung der „allgemeine[n] Volksmoral“: „Andere Völker können in Tee, Kaffee, Wein, Limonade, Fruchtsäfte, Wisky [sic!] etc. ausweichen, nicht so das bayerische“, da die Rohstoffe für derartige Ersatzgetränke nicht zu beschaffen

⁴⁹ ACSF, NL Zwicknagl 1, Dr. Max Zwicknagl an Dr. Joseph Baumgartner vom 29. 10. 1945. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

⁵⁰ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–3/1 Monthly Political Activity Report LK Wasserburg für August 1946.

⁵¹ ACSF, NL Zwicknagl 2, CSU Wasserburg an Dr. Max Zwicknagl vom 16. 3. 1946 und Franz Xaver Köck an Dr. Max Zwicknagl vom 20. 3. 1946.

⁵² IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–3/1, Monthly Historical Report LK Wasserburg for November 1946, undatiert (nach 1. 12. 1946).

⁵³ ACSF, NL Zwicknagl 4, Dr. Max Zwicknagl et. al. an den Wirtschafts- und Sozialausschuß der Verfassunggebenden Landesversammlung vom 6. 10. 1946. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

seien. Zudem würde das Brauverbot letztlich nur dieselben Probleme verursachen wie seinerzeit die Prohibition in den Vereinigten Staaten und, schlimmer noch, die Bauern dazu zwingen, ihren Durst mit Milch zu löschen, die dann in den Städten fehle. Mit dieser Haltung betrieb Zwicknagl als Brauereibesitzer nicht nur knallharten Lobbyismus in eigener Sache, er griff gleichzeitig ein wichtiges Problem auf, das den Zeitgenossen unter den Nägeln brannte⁵⁴, und mit dem er Punkte sammeln konnte. Dementsprechend fest wußte er seine Wähler hinter sich. Das hervorragende Ergebnis, das die CSU bei den ersten Landtagswahlen am 1. Dezember 1946 im Landkreis Wasserburg erzielte, dürfte auch ein Verdienst des überaus populären Spitzenkandidaten gewesen sein. Mit fast 70 Prozent der abgegebenen Stimmen zog Max Zwicknagl in den Landtag ein.⁵⁵

d) Flügelkämpfe in der CSU

Aus diesem Rückhalt erwuchs eine relativ große Unabhängigkeit gegenüber der Partei, die sich Zwicknagl auch in den Führungs- und Flügelkämpfen bewahrte, welche die CSU in den ersten Jahren ihres Bestehens immer wieder an den Rand der Spaltung brachten.⁵⁶ Obwohl er wegen seiner BVP-Vergangenheit prädestiniert gewesen wäre, sich der altbayerisch-katholischen Fronde um Schäffer und Hundhammer anzuschließen und obwohl er anfangs der Person Josef Müllers durchaus skeptisch gegenüberstand⁵⁷, trat er als einer der ganz wenigen im Bezirksverband Oberbayern für das interkonfessionelle Sammlungskonzept Josef Müllers ein. So schrieb er etwa am 28. Januar 1946, einen Tag nach den für die CSU so erfolgreich verlaufenen ersten Gemeinderatswahlen, an Alois Hundhammer, dessen ganz andere Ansichten ihm kaum verborgen geblieben sein dürften:

„Der Zusammenschluß der Hauptsache des bürgerlichen Bayerns ist ein glücklicher. Wir dürfen aber ja nicht in den Fehler der BVP verfallen und wieder eine schwarze Bauernpartei werden. Wir verlieren dabei zuviel Gelände im gehobenen Bürgertum, der Intelligenz, der freien Berufe, der Künstlerschaft und vor allem der ehemaligen Offiziere. Wir müssen unbedingt den Fortschritt und einen gewissen Liberalismus auf unsere Fahne schreiben.“⁵⁸

Zwicknagl hatte – im Unterschied zu vielen seiner alten Parteifreunde – die Lektion aus dem Scheitern Weimars und dem NS-Regime gelernt. Die strukturell nicht mehrheitsfähige BVP gehörte in seinen Augen der Geschichte an. An ihre

⁵⁴ Das Thema blieb auch in der Folgezeit stets aktuell, vgl. beispielsweise *Der Spiegel* vom 29. 3. 1947 („Bier her, Bier her“). Aus zahlreichen Landgemeinden etwa im Raum Berchtesgaden kamen Klagen, das Brauverbot für Bier sei „für die Landbevölkerung eine unverständliche Maßnahme“, die einen Rückgang der Milchablieferung zur Folge haben müsse. StA München, LRA Berchtesgaden 30750, Wochenbericht des Bürgermeisters der Gemeinde Aufham an die Militärregierung vom 7. 6. 1947. Dort finden sich weitere ähnlich lautende Stimmen aus anderen Gemeinden des Landkreises.

⁵⁵ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–3/1, Monthly Historical Report LK Wasserburg for November 1946, undatiert (nach 1. 12. 1946), und ebenda, 10/78–2/5, Quarterly Historical Report LK Wasserburg 10. 1.–31. 12. 1946, undatiert.

⁵⁶ Zu den Führungs- und Flügelkämpfen in der CSU vgl. ausführlich Schlemmer, *Aufbruch*, passim.

⁵⁷ ACSP, NL Zwicknagl 1, Dr. Max Zwicknagl an Dr. Joseph Baumgartner vom 29. 10. 1945; hier äußerte sich Zwicknagl sehr kritisch über Müller, den er seinerzeit noch für einen skrupellosen Karrieristen hielt. Wann genau sein Umdenken erfolgte oder ob es ein „Erweckungserlebnis“ gab, geht aus den Akten seines Nachlasses wie auch aus den Unterlagen Müllers nicht hervor.

⁵⁸ ACSP, NL Zwicknagl 1, Dr. Max Zwicknagl an Dr. Alois Hundhammer vom 28. 1. 1946.

Stelle sollte eine moderne Partei treten, die über die katholisch-ländliche Bevölkerung hinaus auch liberalen und evangelischen Wählerschichten offenstand.

Zum offenen Konflikt mit Hundhammer kam es über die Frage, ob der Freistaat einen eigenen Staatspräsidenten erhalten sollte, wobei ein tiefer Riß durch die CSU ging: Während radikal-föderalistische Kreise um Schäffer und Hundhammer vehement für dieses Symbol bayerischer Eigenstaatlichkeit plädierten, lehnten die als „reichstreu“ geltenden fränkischen Bezirksverbände die Schaffung eines solchen Amtes rundheraus ab. Zwicknagl stellte sich im September 1946 als einziger oberbayerischer Abgeordneter in der Verfassungsgebenden Landesversammlung gegen seinen Fraktionsvorsitzenden.⁵⁹ Wenige Tage nach seiner Abstimmungsniederlage erhob der streitbare „Alois mit dem Barte“⁶⁰ auf einer Sitzung der Kreisvorsitzenden der CSU im Regierungsbezirk Oberbayern schwere Vorwürfe gegen Parteichef Müller, der sich gegen die große Mehrheit der Partei gestellt habe. Davon unbeeindruckt, legte der ebenfalls anwesende Zwicknagl die Gründe dar, die ihn dazu bewogen hatten, gegen einen Staatspräsidenten zu votieren. Auch er konnte freilich nicht verhindern, daß die Versammlung einen Antrag des Kreisverbandes Dachau bei nur zwei Gegenstimmen annahm, der Müller zum Rücktritt vom Amt des CSU-Vorsitzenden aufforderte.⁶¹

Ähnlich verliefen die Fronten auch beim nächsten großen parteiinternen Konflikt, der Wahl des bayerischen Ministerpräsidenten⁶², doch diesmal triumphierte die andere Seite: Obwohl Parteichef Josef Müller erst kurz zuvor mit einem sehr guten Ergebnis in seinem Amt bestätigt worden war und die CSU im frisch gewählten Landtag über eine komfortable Mehrheit verfügte, fiel der „Ochsensepp“ bei der Wahl zum Ministerpräsidenten knapp durch. An seiner Stelle zog Hans Ehard in die Staatskanzlei ein, der im zweiten Wahlgang die erforderliche Mehrheit erhalten hatte und eine Koalitionsregierung aus CSU, SPD und WAV führte. Allerdings war es bei der Wahl nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen, hatte doch Landtagspräsident Michael Horlacher massiv in das Verfahren eingegriffen, um die Wahl Müllers zu verhindern, was heftige Tumulte auslöste. „Minutenlang“, beschrieb „Der Spiegel“ das Geschehen in seiner ersten Ausgabe, „glich der bayrische [sic!] Landtag einem Münchner Bierkeller während des Wahlkampfes.“⁶³ Schließlich verließen Müller und rund 30 seiner Anhänger, zu denen auch Max Zwicknagl gehörte, verbittert und unter lautem Protest die Aula der Münchner Universität. Diesmal schlugen die Wogen des Gezänks in der CSU so hoch, daß sie auch das periphere Wasserburg erreichten.⁶⁴ Die Wahl Ehards sowie die

⁵⁹ Ausführlich zur Staatspräsidentenfrage, den Konflikten in der CSU und der Abstimmung Schlemmer, Aufbruch, S. 128–148. Vgl. auch Fait, Demokratische Erneuerung, S. 288–375, und Kock, Bayerns Weg, S. 226–232.

⁶⁰ Diese Charakterisierung Hundhammers nahm der Spiegel in seiner ersten Ausgabe vom 4. 1. 1947 vor („Die Kompro-Mißgeburt“).

⁶¹ ACSP, NL Zwicknagl 6, Protokoll der Sitzung der CSU-Kreisvorsitzenden im Regierungsbezirk Oberbayern am 28. 9. 1946 im Wirtschaftsministerium.

⁶² Zu den Auseinandersetzungen in der CSU um die Besetzung des Ministerpräsidentenpostens ausführlich Schlemmer, Aufbruch, S. 168–194; zur Wahl Ehards vgl. im folgenden ebenda, S. 181–186, und Kock, Bayerische Landtag, S. 31 f.

⁶³ Der Spiegel vom 4. 1. 1947 („Die Kompro-Mißgeburt“).

⁶⁴ Das Folgende nach IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Quarterly Historical Report LK Wasserburg 1. 10.–31. 12. 1946, undatiert.

Art und Weise, wie sie zustande kam, schienen auf ein Auseinanderbrechen der CSU hinzudeuten. Nicht nur, daß die meisten Wasserburger noch nie etwas von Hans Ehard gehört hatten; etliche CSU-Wähler fühlten sich durch die Ausschaltung Josef Müllers schlicht und einfach betrogen. Aber auch die Nachricht vom Auszug Müllers und seiner Anhänger aus dem Landtag erregte die Gemüter. Örtliche Repräsentanten der CSU warfen Zwicknagl und dem Müller-Flügel undemokratisches Verhalten vor. Die Militärregierung maß den Vorgängen, die für enormen Aufruhr in der Bevölkerung sorgten, immerhin so große Bedeutung bei, daß sie führende Politiker aus dem Landkreis eigens einer Befragung unterzog. Zwicknagl gab zu Protokoll, das Vorgehen der Anhänger des „Ochsensepp“ sei angeblich schon Wochen im voraus geplant worden, nachdem bereits frühzeitig absehbar gewesen sei, daß Müller nicht gewählt werden würde.⁶⁵ Er rechtfertigte den Auszug aus dem Parlament als Akt des Protests, der sich nicht gegen Hans Ehard persönlich, sondern gegen die in seinen Augen grundfalsche Politik des radikalföderalistischen Flügels der CSU richte, der mit der Unterstützung französischer Kreise einen einheitlichen deutschen Staat verhindern wolle. Andreas Halser, der SPD-Vorsitzende im Landkreis, warf Zwicknagl dagegen vor, sein „Protest“ sei heuchlerisch gewesen, da er selbst zum „rechten“, konservativen Flügel der CSU zähle.⁶⁶

Daß der SPD-Vorsitzende mit dieser Einschätzung falsch lag, ist von untergeordneter Bedeutung. Festzuhalten bleibt: Auch in der Wasserburger CSU gab es tiefe Gräben. Zwar zählte der Großteil der Mitglieder zu den Anhängern des konservativ-katholischen, extrem föderalistisch gesinnten Parteiflügels.⁶⁷ Allerdings dominierte diese Gruppierung den Wasserburger Kreisverband nicht in dem Maße, wie es ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit entsprochen hätte. Das lag an der Person Max Zwicknagls, der sein großes politisches Gewicht für den Kurs von Parteichef Josef Müller einsetzte. Auf ihn, der sich selbst von den Parteigranden den Mund nicht verbieten ließ, konnte die Wasserburger CSU jedoch wegen seines Ansehens in der Bevölkerung nicht verzichten. Daher versuchte man, die Konflikte, wenn nicht unter den Teppich zu kehren, so doch zumindest nicht weiter eskalieren zu lassen. Offenkundig mit Erfolg: Von dieser einen Ausnahme abgesehen, finden sich weder in den OMGUS-Akten noch im Schriftgut der Wasserburger CSU Hinweise auf weitere Auseinandersetzungen. Im Gegensatz zu den pausenlosen parteiinternen Zwistigkeiten in München, bei denen die Hauptkampflinie zwischen Landtagsfraktion und Landesleitung verlief⁶⁸, befanden sich die beiden Flügel der Wasserburger Union in einem tendenziell labilen Gleich-

⁶⁵ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Quarterly Historical Report LK Wasserburg 1. 10.–31. 12. 1946, undatiert, Appendix IV, Remarks by Dr. Zwicknagl, undatiert (Januar 1947). Ob diese Darstellung Zwicknagls den Tatsachen entspricht, scheint zumindest zweifelhaft. Jedenfalls erkor die Landtagsfraktion nicht, wie von ihm behauptet, Müller zum Anwärter auf den Ministerpräsidentensessel, sondern entschied sich Mitte Dezember für Anton Pfeiffer, einen dezidierten Gegner Müllers. Schlemmer, Aufbruch, S. 176 ff.

⁶⁶ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Quarterly Historical Report LK Wasserburg 1. 10.–31. 12. 1946, undatiert, Appendix V, undatiert (Januar 1947).

⁶⁷ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Annual Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946, und ACSP, NL Müller 130, Aktennotiz Josef Plonners über ein Gespräch mit Dr. Stiller aus Wasserburg vom 18. 10. 1946.

⁶⁸ Vgl. ausführlich Schlemmer, Aufbruch, S. 119–218.

gewicht, das den Frieden innerhalb des Kreisverbands – und damit auch seine Erfolge – zumindest vorläufig garantierte.

2. Fehlstart?

Der schwierige Neubeginn der SPD auf dem Land

Anders als die CSU war die SPD zwar keine neue Partei, mußte jedoch nach 1945 ebenfalls ganz neu anfangen. Sie fand dabei keine besonders günstigen Umstände vor: Der traditionelle Humus der Partei, das sozialistische Milieu, das schon während der Weimarer Republik tiefe Risse gezeigt hatte, war nach 1933 weiter erodiert.⁶⁹ Hart getroffen hatte die Sozialdemokratie vor allem der Kahlschlag ihres einst blühenden Vereinswesens; nur den wenigsten Arbeitervereinen gelang es, während des „Dritten Reichs“ in der Maske unpolitischer Zusammenschlüsse weiterzubestehen. Der Apparat der SPD wurde im Zuge der „Machtergreifung“ völlig zerschlagen. Ihre Funktionäre flohen ins Ausland, verschwanden in Konzentrationslagern oder zogen sich in die „innere Emigration“ zurück. In den städtischen Ballungszentren fiel der Neubeginn relativ leicht, denn hier konnte die SPD wenigstens personell an die erste Republik anknüpfen. In der Regel fungierten die alten Köpfe aus der Zeit vor 1933 als Parteigründer des Jahres 1945. Da und dort hatten sich auch in den Kleinstädten des ländlichen Raums eine Handvoll Mitglieder zu lokalen Grüppchen zusammengefunden, die in der NS-Zeit als Stammtisch, Sängerkreis oder Kaffeekränzchen den Kontakt hielten. Diese „eigentlichen Siegelbewahrer sozialdemokratischer Tradition und sozialdemokratischen Bewußtseins“ bildeten nun die Kristallisationskerne der neuen Ortsvereine, während in den Landgemeinden derartige Anknüpfungspunkte fehlten; die traditionelle Schwäche der SPD auf den Dörfern blieb daher bestehen.⁷⁰

Doch zunächst schöpften die Genossen aus den Ergebnissen der ersten Wahlen neuen Mut. Obwohl sich die CSU 1946 als mit Abstand stärkste politische Kraft etablierte, mußte die Sozialdemokratie nicht unzufrieden sein. Wenn sich auch die Hoffnungen auf eigene Mehrheiten rasch zerschlugen, hatte sich die SPD im Vergleich zu ihren Resultaten vor 1933 deutlich verbessert.⁷¹ Und während sich die CSU in permanenten Flügelkämpfen aufrieb, übte die SPD großen Einfluß auf die

⁶⁹ Zum sozialistischen Milieu, seiner nachlassenden Bindekraft und zur Sozialdemokratie in der Weimarer Republik vgl. neben der dreibändigen Darstellung von Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung*, ders., *Schein der Normalität*, und ders., *Weg in die Katastrophe*, auch Schönhoven, *Reformismus und Radikalismus*, sowie Lösche/Walter, *Auf dem Weg zur Volkspartei*; einen kurzen Überblick bietet Longenich, *Deutschland 1918–1933*, S. 191–196. Zur Entwicklung in der NS-Zeit vgl. Schneider, *Unterm Hakenkreuz*, und Mehringer, *Bayerische Sozialdemokratie*, sowie Großmann, *Milieubedingungen*.

⁷⁰ Zur Rolle der altgedienten Sozialdemokraten bei der Wiedergründung der SPD nach 1945 in Bayern vgl. Mehringer, *Bayerische Sozialdemokratie*, S. 431 f. (Zitat S. 432), und Behr, *Sozialdemokratie und Konservatismus*, S. 97–100, der diesen Prozeß in den Großstädten München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg darstellt. Das gleiche Bild bot sich aber auch in verschiedenen ländlichen Regionen, wie die Beispiele von Großmann, *Milieubedingungen*, zeigen.

⁷¹ So verdoppelte die SPD in den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung und zum ersten Landtag mit über 28 Prozent ihren Stimmenanteil gegenüber der Landtagswahl vom April 1932, als sie nur auf 15,4 Prozent kam, beinahe. Die Landtagswahl am 24. April 1932, in: ZBSL 64 (1932), S. 399.

Politik im Freistaat aus, stellte sie doch in Person des über die Parteigrenzen hinweg hoch angesehenen Remigranten Wilhelm Hoegner zwischen September 1945 und Dezember 1946 den Ministerpräsidenten und die treibende Kraft in der Koalitionsregierung.⁷² Für die SPD, die in Bayern die meiste Zeit der Weimarer Republik in der Opposition zugebracht hatte, bedeutete die Teilhabe an der Regierungsverantwortung, die ja auch nach der Wahl Hans Ehards zum Ministerpräsidenten nicht sofort endete, fraglos einen großen Prestigegewinn. Aus dieser Perspektive war der Neubeginn für die SPD alles andere als ein Fehlstart. Allerdings knüpfte die Sozialdemokratie nicht nur personell an Weimar an, sie behielt auch den Charakter einer Arbeiterpartei bei, obwohl es schon vor 1933 Versuche gegeben hatte, sich breiteren Wählerschichten zu öffnen.⁷³ Die damit einhergehende Selbstbeschränkung auf die städtische Industriearbeiterschaft und die aggressive Klassenkampfrhetorik eines Kurt Schumacher machten es der SPD außerordentlich schwer, auch in agrarisch geprägten Regionen Fuß zu fassen, wo sie bei der Landarbeiterschaft noch nie viel Anklang gefunden hatte.⁷⁴ Da die SPD nach 1945 immer noch partout eine Arbeiterpartei sein *wollte*, blieb sie auf dem Land strukturell in einer Minderheitenposition.

a) Wiederbelebung der (Arbeiter-)Partei: Der Gründerzirkel der Wasserburger SPD

Die Genossen vor Ort sahen das freilich ganz anders. Nicht ohne Stolz hieß es im Antrag auf die Wiederzulassung der Wasserburger SPD, die Partei könne auf eine über 80jährige Tradition zurückblicken, in der sie die Interessen der Arbeiterklasse in Stadt und Land gleichermaßen vertreten habe. Darüber hinaus, so betonten die Antragsteller, sei die Sozialdemokratie schon immer „the strongest opponent of nazism and militarism“ gewesen und werde es auch weiterhin sein.⁷⁵ Daß die alte Weimarer Sozialdemokratie auch in Wasserburg den Bezugsrahmen des politischen Neubeginns bildete, kam schon darin zum Ausdruck, daß die vor 1933 gültigen Statuten der SPD abermals in Kraft gesetzt wurden.

Die Beschwörung der „Arbeiterpartei“ entsprach durchaus der Realität der unmittelbaren Nachkriegszeit, wie ein Blick auf den Gründerzirkel der Wasserburger SPD beweist.⁷⁶ Von den 25 Gründungsmitgliedern zählten allein 20 zur Arbeiterschaft; unter ihnen waren wiederum Facharbeiter wie die Spengler Georg Stöckl und Alois Bauer, der Lokführer Georg Haderstorfer oder die Maschinenwärter Korbinian Pollner und Ignaz Mandelsperger gegenüber ungelerten Hilfs-

⁷² Besonders groß war der Einfluß Hoegners und der SPD auf die neue Verfassung des Freistaats; vgl. Fait, Demokratische Erneuerung. Zum Kabinett Hoegner vgl. Spindler (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1, S. 564–577. Eine biographische Skizze bei Ritter, Wilhelm Hoegner.

⁷³ Vgl. Lösche/Walter, Auf dem Weg zur Volkspartei.

⁷⁴ Longenrich, Deutschland 1918–1933, S. 193f. Zur Rolle Kurt Schumachers Lösche/Walter, SPD, S. 107–110.

⁷⁵ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei im Landkreis Wasserburg vom 27. 12. 1945. Das Folgende nach ebenda.

⁷⁶ Die folgenden Angaben nach IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Anlage 2 zum Gesuch zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Wasserburg: Aufstellung „Name, Beruf, Anschrift und Unterschrift der Bürgen“, undatiert (Dezember 1945).

arbeitern wie Alois Mandelsperger eindeutig in der Überzahl – auch in dieser Hinsicht hatte sich das Profil der SPD gegenüber der Zeit vor 1933 nicht verändert.⁷⁷ Bauern und Landarbeiter fehlten dagegen völlig, obwohl in jenen Tagen noch über die Hälfte der Erwerbstätigen im Landkreis ihren Lebensunterhalt im primären Sektor verdienten.⁷⁸ Auch Selbständige waren nur sehr spärlich vertreten: Lediglich der Hafnermeister Blasius Hartinger, der Schreiner Johann Estermann und der Korbmacher Josef Estermann gingen einer selbständigen Tätigkeit nach. Der Buchhalter Rudolf Huber und der Rentner Johann Tauber komplettierten die Gründungsmannschaft, in der man Frauen vergeblich suchte. Mochte sich die Partei die Gleichstellung der Geschlechter auch traditionell auf die Fahne geschrieben haben, in der politischen Praxis der unmittelbaren Nachkriegszeit konnte davon – zumal auf dem Land – keine Rede sein.

Personell stand die Wasserburger SPD ebenfalls in einer klaren Kontinuitätslinie zur Weimarer Sozialdemokratie. Von einigen ehemaligen Kommunisten abgesehen, die nach 1945 – vom totalitären Experiment bekehrt – zur SPD konvertiert waren, hatten die meisten Gründungsmitglieder bereits vor 1933 das Parteibuch der SPD besessen.⁷⁹ Was Josef Kiene über die Mitglieder der ersten Stunde im Bezirk Südbayern sagte, traf auch für die Wasserburger Genossen zu: „Die alten Anhänger setzten sich wieder zusammen, als ob 13 Jahre Unterbrechung nur eine lange Nacht gewesen wäre.“⁸⁰ Da sich dieser Personenkreis im „Dritten Reich“ nicht kompromittiert hatte, kam er durchaus in die engere Wahl, als die Militärregierung dazu übergang, die Schlüsselpositionen der unteren und mittleren Verwaltungsebene wieder in deutsche Hände zu legen. John Dos Passos skizzierte in seinen Aufzeichnungen aus dem „Land des Fragebogens“ mit spöttischem Unterton das Ergebnis einer solchen Investitur: „Der Bürgermeister war ein drahtiger, weißhaariger Mann, seine Züge schienen wie aus Granit gemeißelt. Ein alter Sozialdemokrat, den die Amerikaner irgendwo in der Abstellkammer gefunden und entstaubt hatten.“⁸¹ Auch im Landkreis Wasserburg bekleideten führende Genossen zunächst die wichtigsten Ämter: Einen der Gründerväter, den Korbmacher Josef Estermann, ernannten die Amerikaner zunächst im Mai 1945 zum Bürgermeister der Kreisstadt, um ihn im Oktober 1945 zum Landrat zu befördern. Seine Nachfolge als Bürgermeister trat ein anderer führender Sozialdemokrat an, Kasper Wiedemann, ein erklärter Gegner der Nationalsozialisten, der bereits vor 1933 dem Wasserburger Stadtrat angehört hatte.⁸²

⁷⁷ Zur Dominanz der Facharbeiter in der SPD vor 1933 vgl. Lösche/Walter, SPD, S. 132f. Zur Kontinuität des Mitgliederprofils nach 1945 vgl. ebenda, S. 136f.

⁷⁸ Nach der Volks- und Berufszählung vom Oktober 1946 waren über 56 Prozent der Erwerbspersonen im Landkreis Wasserburg in der Landwirtschaft tätig. Berechnet nach SJB 23 (1947), S. 372.

⁷⁹ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1946. Daß der Landkreis Wasserburg keinen Einzelfall darstellte, zeigen die Beispiele von Großmann, Milieubedingungen.

⁸⁰ AdsD, Bezirk Südbayern 36, „Dem Parteitag in München ein herzliches ‚Freundschaft‘“. Begrüßungsansprache des Bezirksvorsitzenden Josef Kiene auf dem Bundesparteitag der SPD vom 10. bis 14. 7. 1956 in München, S. 3. Das Folgende nach Großmann, Milieubedingungen, S. 438.

⁸¹ John Dos Passos, Land des Fragebogens, S. 44.

⁸² IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Annual Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946.

b) „Sand im Getriebe der Welt“⁸³:
Ein Sozialdemokrat als Landrat von Wasserburg

Dos Passos hätte wohl anders geurteilt, wäre er Josef Estermann begegnet, denn der Wasserburger Bürgermeister und Landrat war eine schillernde Persönlichkeit, die sämtlichen Klischees des biedereren Sozialdemokraten widersprach.⁸⁴ Bei seiner Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg wurde der 1898 in Wasserburg geborene, aus kleinen Verhältnissen stammende Estermann eher unfreiwillig in die Novemberrevolution in München verwickelt. Von Kameraden zum Eintritt in die „Rote Garde“ überredet, geriet er bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik in die Hände von Freikorpskämpfern. Seiner Hinrichtung entging Estermann nur dank eines glücklichen Zufalls: Der Offizier, der das Exekutionskommando befehligte, entpuppte sich als Kommandeur jener Einheit, in der Estermann an der Westfront tapfer gekämpft hatte. Zuhause in Wasserburg schloß er sich, nach einem gescheiterten Versuch der Existenzgründung, der SPD an. Von der nachgiebigen Haltung der Partei enttäuscht, wandte er sich jedoch bald der KPD zu. Als seine Beteiligung an einem Waffendiebstahl bekannt wurde, gelang dem steckbrieflich gesuchten Estermann mit der „Roten Hilfe“ eine abenteuerliche Flucht über Berlin in die Sowjetunion, wo er als Baggerführer beim Aufbau der Industriestadt Magnitogorsk mitwirkte, bevor er ins Räderwerk der Geheimpolizei Stalins geriet. Deren Fängen glücklich entronnen, verurteilte ihn das Reichsgericht in Leipzig im Frühjahr 1932 zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe. Zwar wurde Estermann bereits zu Weihnachten 1932 amnestiert, doch konnte er sich seiner Freiheit nicht lange freuen, denn unmittelbar nach der „Machtergreifung“ landete er im Konzentrationslager Dachau, aus dem er erst im Sommer 1934 entlassen wurde. Wieder in Wasserburg, versuchte sich Estermann recht erfolgreich als selbständiger Korbmacher. Diese Tätigkeit ersparte ihm die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg, da seine Firma kriegswichtige Granatkörbe produzierte. In den letzten Kriegstagen schwang er sich zum lokalen Anführer der „Freiheitsaktion Bayern“ auf, besetzte mit Gleichgesinnten das Kreishaus der NSDAP und die Post, erließ Aufrufe an die Bevölkerung und sabotierte die Sprengung einer Innbrücke.⁸⁵ Mutig aber unbedacht, hatte die Freiheitsaktion auch in Wasserburg zu früh losgeschlagen: Estermann wurde gefangengenommen und von einem Schnellgericht zum Tode verurteilt, doch abermals gelang ihm in letzter Sekunde die Flucht. Drei Tage verbarg er sich, gewissermaßen als lebende Leiche, im Leichenraum des Wasserburger Krankenhauses, bis die Amerikaner die Stadt erreichten. Mit einer weißen Fahne in der Hand, zog Estermann den U.S. Streitkräften

⁸³ Mit diesen Worten würdigte Pfarrer Hermann Mayer den verstorbenen Josef Estermann bei der Beerdigung. WZ vom 16./17. 11. 1982 („Sand im Weltgetriebe“).

⁸⁴ Das Folgende, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach der zweiteiligen Artikelserie von Hans Klinger („Der unheilige Josef. Sepp Estermanns wirre Wege“), in: WZ vom 16./17. 11. 1982 und vom 29. 11. 1982.

⁸⁵ Die in Wasserburg operierende Gruppe der „Freiheitsaktion Bayern“ sabotierte die Sprengung der Innbrücke so geschickt, „daß nur 1/5 der Brücke kaputt ging, was die Amerikaner in ganz kurzer Zeit wieder reparieren konnten.“ IfZ-Archiv, ZS/A 4, Bd. 2, Aufstellung des Archivs der Bayerischen Widerstands-Bewegung vom 26. 1. 1948, Widerstandsgruppe Wasserburg am Inn. Zur „Freiheitsaktion Bayern“ allgemein vgl. Henke, Besetzung, S. 854–860 mit weiteren Literaturhinweisen.

entgegen, um kurz darauf, auf dem ersten Panzer sitzend, triumphal in Wasserburg einzuziehen. Als Widerstandskämpfer genoß er kurzfristig hohes Ansehen: Im Mai 1945 stieg er zum Bürgermeister und im Oktober 1945 zum Landrat auf. Freilich blieb ihm auch diesmal nur kurze Zeit vergönnt, sich in seinen Ämtern zu sonnen: Alte Kampfgefährten der KDP werteten seinen abermaligen Übertritt zur SPD als Verrat und denunzierten ihn im März 1946 bei der Militärregierung als angeblichen Gestapospitzel. Zwar schloß der gegen ihn angestrengte Prozeß bald ein, doch seine politische Karriere war damit beendet.

Überhaupt war die Zeit der sozialdemokratischen Vorherrschaft in der Wasserburger Kommunalpolitik nur ein kurzes Interregnum, das mit den ersten Wahlen im Frühjahr 1946 ein rasches Ende fand. Zwar wurden 57 der 62 Bürgermeister, die seinerzeit von den Amerikanern eingesetzt worden waren, von der Bevölkerung in ihrem Amt bestätigt⁸⁶, was einmal mehr darauf hindeutet, daß die Militärregierung bei ihrer Auswahl eine geschickte Hand bewiesen hatte. In der Kreisstadt jedoch hatte die Wahl – im Unterschied zu den kleinen Landgemeinden, in denen oftmals der Amtsinhaber der einzige Kandidat war – einen eminent parteipolitischen Charakter. Nachdem sich die CSU mit fast zwei Dritteln der Stimmen eindrucksvoll als stärkste Kraft in Wasserburg durchsetzen konnte, trat Wiedemann als Bürgermeister zurück. Der Stadtrat bestellte daraufhin den von der CSU nominierten Rechtsanwalt Alfons Püls, der zuvor bereits dem Stadtrat angehört hatte, zum neuen Bürgermeister.⁸⁷ Nach dem Rathaus ging auch das Landratsamt für die SPD verloren: Am 30. Mai 1946 bestimmte der eben erst gewählte Wasserburger Kreistag, in dem die CSU über eine erdrückende Mehrheit verfügte, den von der CSU ins Rennen geschickten Dr. Karl Lenz zum neuen Landrat.⁸⁸ Zwar weigerte sich die Militärregierung, ihn in seinem Amt zu bestätigen, doch am 28. Juni wurde ein neuer Kandidat der CSU, Regierungsrat Hans Niedermayer, zum Landrat gewählt.⁸⁹

Diese Wahlschuppen leiteten einen Führungswechsel in der Wasserburger SPD ein. Die Generation der alten Sozialdemokraten, welche die SPD bereits in der Weimarer Republik repräsentiert hatte, trat ab. Den Vorsitz im Ortsverein nahm Andreas Halser ein, der jedoch die Lücke, die der Rückzug von Estermann und

⁸⁶ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Annual Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946. Das Folgende nach ebenda.

⁸⁷ Stadtarchiv Wasserburg am Inn, Alte Registratur Teil II, XB 126, S. 5 f., Aktenvermerk der Stadt Wasserburg vom 16. 2. 1946.

⁸⁸ Die CSU stellte 38 der 45 Kreisräte, die übrigen sieben kamen von der SPD. SJBb 23 (1947), S. 308f. Das Ergebnis der Landratswahl nach IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946, und ACSF, NL Zwicknagl 2, Aktennotiz Dr. Max Zwicknagl vom 8. 9. 1946, sowie OVB vom 4. 6. 1946 („Dr. Lenz Landrat von Wasserburg“).

⁸⁹ Die Wasserburger Militärregierung lehnte es ab, Dr. Lenz als Landrat zu bestätigen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Dr. Lenz zuvor schon Landrat im Landkreis Laufinghausen gewesen war; die dortige Militärregierung hatte ihn seines Postens enthoben, da er ihren Anweisungen nicht nachgekommen war. Vgl. ebenda, und IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Annual Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946. Für Niedermayer hatten 43 von 45 Kreisräten votiert, die beiden übrigen hatten sich enthalten. BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Wasserburg am Inn, und IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946. Die in letztgenannter Quelle gemachte Angabe der Militärregierung, derzufolge 54 von 56 Kreisräten für Niedermayer gestimmt haben sollen, kann nicht den Tatsachen entsprechen haben, da der Kreistag nach Art. 2, Abs. 2 der Bayerischen Landkreisordnung vom 18. 2. 1946 maximal 45 Mitglieder zählte.

Wiedemann hinterließ, nicht schließen konnte. Das Urteil, das die Militärregierung über ihn fällte, fiel vernichtend aus, obwohl sie der Sozialdemokratie mit deutlich erkennbarer Sympathie gegenüberstand. In ihren Augen war er

„no match for his CSU and KDP opponents. He is honest and upright, but typifies the common everyday man, lacking a good working knowledge of political principles and policies. It has been mentioned previously that the SPD lacks competent leaders in this Landkreis and Mr. Halser is a typical example. Whatever success the SPD might have in this Landkreis, it certainly cannot be accredited to Mr. Halser's initiative or vitality, but rather because of the sound policies that the SPD as a whole stands for and because of the good leadership and propaganda of Dr. Schumacher, head of SPD in Germany.“⁹⁰

Die SPD befand sich in der Region Wasserburg in einem deplorablen Zustand: Sie war nach dem Abtritt der alten Galionsfiguren kopf- bzw. führungslos geworden.

c) *Im Ghetto der Zentren:*

Programmatik, Organisation und Mitglieder der Wasserburger SPD

Allerdings markierte die fehlende Führungsfigur nicht das einzige, ja vielleicht nicht einmal das gravierendste Problem der Wasserburger SPD. Weit schlimmer wirkte sich aus, daß sie als Partei der Industriearbeiterschaft kaum über die Stadtmauern der Kreisstadt hinauskam. Der Landkreis, dessen Bevölkerung hauptsächlich aus Bauern, Handwerkern und Landarbeitern bestand, die in ihrer übergroßen Mehrheit katholisch geprägt waren, stellte für die SPD ein schwieriges Pflaster dar.⁹¹

Das Aktionsprogramm der Wasserburger Sozialdemokratie, das sich weitgehend an der Politik und Programmatik der bayerischen SPD orientierte⁹², lief in zentralen Punkten den Vorstellungen der Landbevölkerung zuwider. Das galt für die Forderung nach strikter Trennung von Kirche und Staat und die damit verbundene Reform des Bildungswesens, das frei von konfessionellen Einflüssen sein sollte, besonders aber für die weitreichenden Eingriffe auf dem wirtschaftlichen Sektor: Hier trat die SPD für eine umfassende Planung im Wiederaufbau und die Konfiskation des Großgrundbesitzes, der Großindustrie, der Großbanken und Versicherungsgesellschaften sowie der Bodenschätze und Energiequellen ein⁹³ – Schlagworte, die für viele nach Planwirtschaft und Verstaatlichung à la russe rochen. Obwohl sich die Wasserburger SPD jeglicher Klassenkampfrhetorik enthielt, genügten solche Forderungen schon, um die Landbevölkerung zu verprel-

⁹⁰ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Political Activity Annex to Intelligence Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1947.

⁹¹ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–3/1, Monthly Historical Report LK Wasserburg vom Oktober 1946. Zur Haltung der katholischen Kirche zur SPD vgl. Spotts, Kirchen und Politik in Deutschland, S. 285 ff. 1946 waren 91,5 Prozent der Wohnbevölkerung im Landkreis Wasserburg katholisch, 7,4 Prozent evangelisch und 1,1 Prozent gehörten anderen Religionsgemeinschaften an oder waren religionslos. Eigene Berechnung nach SJB 23 (1947), S. 371.

⁹² Zur Programmatik und Politik der bayerischen SPD nach 1945 vgl. Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus, S. 157–188. Das Aktionsprogramm der Wasserburger SPD vom 27. 12. 1945, auf das im folgenden Bezug genommen wird, findet sich in Anlage zu IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei vom 27. 12. 1945.

⁹³ Zur Politik der bayerischen Sozialdemokratie vgl. Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus, S. 176 f. Zu Schumachers Programmatik vgl. Lösche/Walter, SPD, S. 107–110.

len. Sozialisierungsparen verfangen gerade auf dem Land nicht, ja sie erleichterten den politischen Gegnern das Geschäft, die den Sozialdemokraten stets geschickt unterstellten, sie wollten den Bauern ihre Höfe und Felder abnehmen. Diese Taktik war simpel, aber wirkungsvoll, knüpfte sie doch an alte Ressentiments der Landbevölkerung gegenüber „den Linken“ bzw. „den Roten“ an. Somit blieben die Dörfer der SPD weitgehend verschlossen. Die Partei hatte zwar im Januar 1946 ihre Zulassung auf Landkreisebene erhalten, de facto existierte jedoch nur der Ortsverein Wasserburg.⁹⁴

Um dieses Manko zumindest teilweise zu beheben, richtete die SPD im Herbst 1946 in den Gemeinden Haag, Isen, Rott am Inn und Griesstätt Stützpunkte ein, die in erster Linie der Mitgliederwerbung dienten und zu Keimzellen späterer Ortsvereine werden sollten. Die organisatorische Selbstbeschränkung auf die größeren Gemeinden des Landkreises entsprang einer realistischen Einschätzung der Lage, denn in den rein agrarisch geprägten Landgemeinden verlief die Mitgliederentwicklung zunächst schleppend. Als die Partei am 6. Januar 1946 von den Amerikanern ihre offizielle Zulassung erhielt, zählte sie bescheidene 33 Mitglieder. Bis April 1946 verdoppelte sich die Zahl auf 67, wobei die regionale Verteilung der Genossen den organisatorischen Strukturen der SPD wie auch den sozioökonomischen Gegebenheiten im Landkreis entsprach: 51 stammten aus der Kreisstadt, jeweils acht aus den Marktgemeinden Haag und Isen. Im Oktober 1946 verzeichnete die SPD einen regeren Zustrom, als weitere 31 Personen das Parteibuch erwarben.⁹⁵ Die großangelegte Werbekampagne, welche die SPD im Zuge des Wahlkampfes für die Verfassunggebende Landesversammlung gestartet hatte⁹⁶, begann nun offensichtlich Früchte zu tragen.

d) Vom Flüchtling zum Genossen

Die Sozialdemokratie bemühte sich besonders um zwei Bevölkerungsgruppen:⁹⁷ die Flüchtlinge und die junge Generation, wobei die Militärregierung erstaunt vermerkte, daß es sich bei letztgenanntem Personenkreis um die Jahrgänge der 25- bis 38jährigen handle – die Amerikaner hatten offenbar einen anderen Begriff von „Jugend“. Obwohl Flüchtlinge und Vertriebene 1946 fast 22 Prozent der Bevölkerung im Landkreis Wasserburg ausmachten, war die SPD hier zunächst die einzige politische Kraft, die sie umwarb:⁹⁸ Im September 1946 initiierte sie eine

⁹⁴ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report vom 30. 6. 1946, und ebenda, 10/78-3/1, Monthly Historical Report LK Wasserburg vom Oktober 1946. Das Folgende nach ebenda.

⁹⁵ Diese Zahlenangaben nach IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, SPD Wasserburg an die Militärregierung vom 26. 4. 1946, und ebenda, 10/78-3/1, Monthly Historical Report LK Wasserburg vom Oktober 1946.

⁹⁶ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946.

⁹⁷ Das Folgende nach IfZ-Archiv, RG 260, 10/78-3/1, Monthly Historical Report LK Wasserburg vom September 1946.

⁹⁸ Reine Flüchtlingsparteien waren von den Amerikanern – wie übrigens von den anderen Besatzungsmächten auch – nicht zugelassen worden. Woller, Loritz-Partei, S. 116ff. Von den 54382 Personen, die Ende Oktober 1946 im Landkreis Wasserburg lebten, waren 11 859 Flüchtlinge; zu ihnen kamen noch 1887 Evakuierte, also weitere 3,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. SJB 23 (1947), S. 370-373.

regelrechte Versammlungswelle für die Neubürger, die augenscheinlich Früchte trug. So verzeichnete die Partei in der Region Wasserburg 1947 ein rasantes Mitgliederwachstum: Anfang Juli zählte die Sozialdemokratie dort bereits 515 Mitglieder, bis Ende September 1947 kletterte diese Zahl auf 628 – binnen eines Jahres hatte sich die Zahl der Genossen in und um Wasserburg mehr als versechsfacht! Die SPD hatte sich damit zur mit Abstand größten politischen Kraft des Landkreises und zu einer Mitgliederpartei gemausert.⁹⁹ Bei diesem auf den ersten Blick erstaunlichen Befund handelt es sich allem Anschein nach nicht um einen Sonderfall; ganz ähnlich entwickelte sich die SPD auch in anderen agrarisch geprägten Regionen, wie ein Blick auf den Landkreis Nördlingen zeigt. Im Februar 1946 zählte die Sozialdemokratie im Ries 145 Genossen, bis Ende Mai waren es bereits 170. Ein großer Mitgliederschub setzte im September und Oktober 1946 ein, der die Zahl auf 273 hochschnellen ließ. In den Wintermonaten 1946/47 folgte eine ruhigere Phase, bevor im Frühling 1947 abermals ein regelrechter Run auf das SPD-Parteibuch einsetzte, an dessen Ende die Sozialdemokraten in und um Nördlingen 620 Mitglieder zählten. Damit lag sie auch hier deutlich vor der CSU, die es lediglich auf 327 Mitglieder brachte.¹⁰⁰

Zwar liegen weder für Nördlingen noch für Wasserburg Angaben darüber vor, wieviele der neuen Genossen Neubürger waren, ein Vergleich mit der Zeit vor 1933 legt jedoch die Vermutung nahe, daß ihr Anteil beträchtlich gewesen sein dürfte.¹⁰¹ Bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1933 hatten der SPD im Raum Wasserburg rund 110 eingeschriebene Mitglieder angehört, also nur ein gutes Sechstel des Mitgliederstandes vom September 1947. Offenkundig stießen auch neue Mitglieder aus Schichten zur Partei, die der Sozialdemokratie traditionell ferngestanden hatten. Selbst wenn sie dadurch bei manch Alteingesessenem in den Ruch kam, „eine Partei der ‚Ortsfremden‘ zu sein“¹⁰², bescherte der Flüchtlingszustrom der SPD auf dem Land auch ein erheblich größeres Wählerpotential. Das kam bereits bei den Wahlen von 1946 zum Tragen, wie ein Vergleich mit den Ergebnissen der Reichstags- und Landtagswahlen während der Weimarer Republik zeigt. Von den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahr 1919 abgesehen, hatte die SPD in Bayern nie die knapp 29 Prozent erzielen können, die sie bei den Wahlen zur Verfas-

⁹⁹ Zum 1. 7. 1947 zählte die CSU 415 Mitglieder, also genau 100 weniger als die SPD. Zum 30. 9. 1947, als die CSU 420 Mitglieder meldete, hatte sich der Abstand zur SPD bereits auf über 200 vergrößert. IfZ-Archiv, RG 260, 19/78-3/1, Quarterly Historical Report LK Wasserburg 1. 7.-30. 9. 1947 vom 17. 9. 1947.

¹⁰⁰ Diese Angaben nach IfZ-Archiv, RG 260, CO-468/1, Monthly Political Activity Report LK Nördlingen vom 1. 3. 1946, Monthly Political Activity Report LK Nördlingen vom 1. 6. 1946, Monthly Political Activity Annex to the Weekly Intelligence Report LK Nördlingen vom 1. 11. 1946, und Monthly Political Activity Report LK Nördlingen vom 6. 2. 1947, sowie ebenda, 10/65-2/5, Quarterly Historical Report LK Nördlingen 1. 7. 1947-30. 9. 1947 (undatiert).

¹⁰¹ Josef Kiene, der langjährige Vorsitzende im SPD-Bezirk Südbayern, meinte diesbezüglich in der Rückschau: „Nach 1945 haben die in die Dörfer eingeschleusten Flüchtlinge und Vertriebenen für die SPD einen grossen Wandel geschaffen.“ AdsD, Bezirk Südbayern 36, „Dem Parteitag in München ein herzliches ‚Freundschaft‘“. Begrüßungsansprache des Bezirksvorsitzenden Josef Kiene auf dem Bundesparteitag der SPD vom 10. bis 14. 7. 1956 in München, S. 2. Kein Wunder, schließlich tendierten die Flüchtlinge „schon aufgrund ihrer ökonomisch-sozialen Benachteiligung stärker zur SPD als zu konservativen oder liberalen Parteien [...]“. Holtmann, Die neuen Lassalleaner, S. 170. Das Folgende nach IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei im Landkreis Wasserburg vom 27. 12. 1945.

¹⁰² Großmann, Milieubedingungen, S. 438.

sunggebenden Landesversammlung und bei der ersten Landtagswahl von 1946 erhielt. Noch verhältnismäßig am besten hatte sie bei den gleichzeitig abgehaltenen Reichs- und Landtagswahlen vom Mai 1928 abgeschnitten, bei denen sie auf jeweils gut 24 Prozent der Stimmen kam. Vier Jahre später, am Vorabend der „Machtergreifung“, war sie dagegen deutlich unter die 20-Prozent-Marke gesunken.¹⁰³

Auch wenn sich die ländlichen Regionen nach 1945 keineswegs zu Hochburgen der SPD entwickelten, fielen ihre Zugewinne gegenüber der ersten Republik auf dem Land sogar noch größer aus als im bayerischen Durchschnitt. Die SPD kam im Landkreis Wasserburg, wo sie von gut acht Prozent bei den Wahlen von 1928 auf etwas über sechs Prozent im Jahr 1932 gesunken war, auf fast 15 Prozent bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung und sogar in die Nähe von 17 Prozent bei der ersten Landtagswahl nach Kriegsende – das entsprach etwa einer Verdreifachung des relativen Gewichts der Partei!¹⁰⁴ Noch deutlicher legten die Sozialdemokraten im Ries zu: Hier hatte die Partei schon 1928 lediglich um die fünf Prozent der Stimmen erhalten, doch der absolute Tiefpunkt war 1932 erreicht, als nur noch drei Prozent auf die SPD entfielen. Vor diesem Hintergrund mußten die 20 Prozent, auf die es die SPD bei den Wahlen von 1946 brachte, als enormer Erfolg gelten, selbst wenn man bedenkt, daß dabei auch die Resultate der zuvor kreisfreien Stadt Nördlingen enthalten waren, wo die SPD traditionell besonders gut abgeschnitten hatte.¹⁰⁵ Berücksichtigt man die historische Dimension der Resultate des Jahres 1946, kann man mit Blick auf die SPD nicht von einem Mißerfolg oder gar von einem Desaster sprechen, im Gegenteil: Die SPD hatte

¹⁰³ Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung erhielt die SPD bayernweit 28,8 Prozent der Stimmen, SJBb 23 (1947), S. 325; bei der Landtagswahl vom Dezember 1946 waren es 28,6 Prozent, ebenda, S. 345. Bei der Landtagswahl vom 20. 5. 1928 kam die SPD in Bayern auf 24,2 Prozent, ZBSL 60 (1928), S. 540f.; bei der Reichstagswahl im gleichen Jahr erreichte sie 24,4 Prozent, ebenda, S. 473. Bei der Landtagswahl vom 24. 4. 1932 kam die SPD in Bayern auf 15,4 Prozent der Stimmen, ZBSL 64 (1932), S. 399; bei der Reichstagswahl vom 31. 7. 1932 erhielt sie 17,1 Prozent, ebenda, S. 468f., und bei der Reichstagswahl am 6. 11. 1932 erzielte sie 16,4 Prozent, ZBSL 65 (1933), S. 100f.

¹⁰⁴ Bei den Landtagswahlen von 1928 kam die SPD im Landkreis Wasserburg auf 8,3 Prozent, ZBSL 60 (1928), S. 532f.; bei der gleichzeitigen Reichstagswahl waren es 8,6 Prozent, ebenda, S. 464. Bei der Landtagswahl 1932 erhielt die SPD in Wasserburg 5,2 Prozent der Stimmen, ZBSL 64 (1932), S. 393; bei der Reichstagswahl vom Juli 1932 waren es 6,7 Prozent, ebenda, S. 458f., und bei der Reichstagswahl vom November 1932 waren es 6,6 Prozent, ZBSL 65 (1933), S. 90f. Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung erhielt die SPD im Landkreis Wasserburg 14,6 Prozent der Stimmen, SJBb 23 (1947), S. 317; bei der ersten Landtagswahl von 1946 waren es 16,7 Prozent, ebenda, S. 337.

¹⁰⁵ Bei der Landtagswahl von 1928 erhielt die SPD im Landkreis Nördlingen 4,6 Prozent der Stimmen, ZBSL 60 (1928), S. 540f.; bei der gleichzeitigen Reichstagswahl waren es 5,2 Prozent, ebenda, S. 465. Bei der Landtagswahl von 1932 kam die SPD im Landkreis Nördlingen auf 2,3 Prozent der Stimmen, ZBSL 64 (1932), S. 399; bei der Reichstagswahl vom Juli 1932 waren es 3,3 Prozent, ebenda, S. 460f., und bei der Reichstagswahl vom November 1932 waren es ebenfalls 3,3 Prozent, ZBSL 65 (1933), S. 92f. Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung erhielt die SPD im Landkreis Nördlingen 20,6 Prozent der Stimmen, SJBb 23 (1947), S. 325; bei der ersten Landtagswahl von 1946 waren es 19,0 Prozent, ebenda, S. 345. In der kreisfreien Stadt Nördlingen erhielt die SPD bei den Landtagswahlen von 1928 27,4 Prozent der Stimmen, ZBSL 60 (1928), S. 540f.; bei der gleichzeitigen Reichstagswahl waren es 27,3 Prozent, ebenda, S. 465; bei der Landtagswahl von 1932 waren es 25,5 Prozent, ZBSL 64 (1932), S. 398; bei der Reichstagswahl vom Juli 1932 waren es 27,1 Prozent, ebenda, S. 458f., und bei der Reichstagswahl vom November 1932 waren es 24,1 Prozent, ZBSL 65 (1933), S. 90f. Die Stadt Nördlingen erlangte ihre kreisunmittelbare Stellung erst zum 1. 4. 1949 wieder, Nördlingen, S. 133.

sich gerade in den ländlichen Regionen Bayerns mehr als achtbar aus der Affäre gezogen. Sie hatte, nicht zuletzt dank der Unterstützung vieler Flüchtlinge und Heimatvertriebener, nun auch auf dem Land einige Brückenköpfe errichtet und damit einen ersten, wenn auch schüchternen Schritt zur Volkspartei getan.¹⁰⁶

3. Erste Schritte in die Demokratie: Wahlen und Wahlkämpfe 1946

Trotzdem war die CSU die eindeutige Siegerin der Wahlen des Jahres 1946. Schon der Ausgang der Gemeindewahlen Ende Januar 1946 deutete die Kräfteverhältnisse an: Die CSU gewann knapp 44 Prozent der Stimmen, 17 Prozent entfielen auf die SPD und knapp 37 Prozent auf verschiedenste lokale Wählergruppen. Dieser Trend verstärkte sich in den Kreistagswahlen noch, da hier nicht parteigebundene Wahlvorschläge kaum eine Rolle spielten: Fast 70 Prozent votierten für die CSU, während die SPD auf 23 Prozent kam. In den ländlichen Regionen fiel der Triumph der CSU am deutlichsten aus. Nur in den Landkreisen Rothenburg ob der Tauber und Nördlingen blieb sie unter ihrem landesweiten Ergebnis, was jedoch nicht an der Stärke der Sozialdemokraten lag: In Rothenburg erhielt die Liberal-Demokratische Partei, eine Vorläuferin der FDP, über 13 Prozent der Stimmen, in Nördlingen errang mit dem „Demokratischen Deutschen Volk“ eine regionale Bauernpartei sogar fast 18 Prozent, was acht Sitzen im Kreistag entsprach. Die SPD brachte es auf 14,4 Prozent (sechs Sitze), die übrigen 31 Sitze entfielen auf die CSU, bei der 66,4 Prozent der Wähler ihr Kreuz gemacht hatten. Verfügte die CSU im Nördlinger Kreistag somit über eine imposante Mehrheit, so war sie in Wasserburg mit 38 von 45 Sitzen regelrecht erdrückend. Hier hatten 83,2 Prozent für die CSU gestimmt, während 15,2 Prozent auf die mit sieben Kreisräten vertretene SPD-Opposition entfallen waren. Die CSU, bilanzierte die Militärregierung den Ausgang der ersten Wahlen im Landkreis Wasserburg treffend, „seem[s] to have taken a firm seat in the political saddle.“¹⁰⁷

a) *Der schwungvolle Wahlkampf der CSU*

Eine der Ursachen für diesen Triumph lag im Wahlkampf der CSU. Die kurze Vorlaufzeit zwischen der Ankündigung der Wahlen und ihrer Durchführung hatte alle Parteien vor große Probleme gestellt¹⁰⁸, mit denen die CSU – jedenfalls auf dem Land – am besten fertig wurde. Wegen der notorischen Papierknappheit spielten Plakate oder Flugzettel nur eine untergeordnete Rolle.¹⁰⁹ In den seltenen schriftlichen Zeugnissen des ersten Wahlkampfes kamen die gängigen Topoi zur Sprache, wie etwa die Ermahnungen an die Bevölkerung, sich an der Wahl zu beteiligen. Eines der wenigen Flugblätter der CSU zur Gemeindewahl im Januar

¹⁰⁶ Vgl. Holtmann, Die neuen Lassalleaner, S. 170f.

¹⁰⁷ IfZ-Archiv, RG 260, Annual Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946. Die Wahlergebnisse nach SJB 23 (1947), S. 304–315. Zum DDV vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 40ff.

¹⁰⁸ Woller, Gesellschaft und Politik, S. 200, und Zeitler, Neubeginn, S. 325f.

¹⁰⁹ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946.

1946, das den Titel „Wahlrecht ist Wahlpflicht!“ trug, bemerkte zur Problematik der Nichtwähler lapidar: „Solche Drückeberger haben später kein Recht, über alles was in der Gemeinde geschieht, zu kritisieren [sic!].“¹¹⁰ Der Schwerpunkt der politischen Werbung lag jedoch eindeutig auf öffentlichen Wahlveranstaltungen mit Referaten und anschließender Diskussion. Um mit der dünnen Personaldecke der Kreisverbände ein Optimum herauszuholen, konzentrierte sich die CSU dabei auf einige wenige Versammlungen, zu denen das Publikum mit zugkräftigen Rednern gelockt wurde.

Nur wenige Tage, nachdem die Wasserburger CSU ihre Zulassung erhalten hatte, sprach Fritz Schäffer am 11. Januar 1946 auf einer Veranstaltung in Isen, die in erster Linie der Werbung für die Gemeindewahlen am 27. Januar diente.¹¹¹ Der Name des Referenten, der bis vor kurzem noch den Posten des bayerischen Ministerpräsidenten bekleidet hatte, wirkte auf die Landbevölkerung wie ein Magnet: 550 Zuhörer aus der gesamten Region drängten sich, um seinen Ausführungen zu lauschen. Schäffer nutzte die Gelegenheit, um Wesen und Programm der CSU zu skizzieren. Er betonte, daß die Partei fest im christlichen Glauben verwurzelt sei, und daß die Besinnung auf die christlichen Werte zur Grundlage der Politik gemacht werden müsse. Dabei zog der Staatsrat alle rhetorischen Register, in dem er etwa die Lage der Deutschen im „Dritten Reich“ mit der Versuchung Christi durch den Satan verglich – und damit jene, die „schwach geworden“ waren, bis zu einem gewissen Grad von ihrer Schuld freisprach. Auf die bevorstehenden Wahlen eingehend, versuchte Schäffer, die CSU-Gründung aus den Niederungen des Parteienhaders in die lichten Höhen der historischen Notwendigkeit zu heben: Die CSU sei, im Gegensatz zu den anderen politischen Kräften, keine Klassenpartei, sondern eine klassenübergreifende „Sammlungspartei“, die – dies ein Seitenhieb auf die SPD – unbeirrbar am Privateigentum festhalte. Dann wetterte der Staatsrat in scharfen Worten gegen den hohen Anteil von Zugereisten in der Verwaltung und die damit verbundene Ungerechtigkeit hinsichtlich der Entnazifizierung. Zwar sprach er die Parole „Bayern den Bayern“ nicht offen aus, aber das war auch gar nicht nötig – sein begeistertest Publikum verstand auch so den Sinn seiner Worte.

Auch in den folgenden Wahlkämpfen verstand es die CSU geschickt, ihre überregional gefragten Spitzenredner optimal zu plazieren. Nach Wasserburg wurden ausschließlich Angehörige des katholisch-konservativen Parteiflügels entsandt.¹¹² Als die Bevölkerung über die Zusammensetzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung entscheiden sollte, kamen mit dem oberbayerischen Bezirksvorsitzenden Alois Hundhammer und Landwirtschaftsminister Joseph Baumgartner nicht nur zwei wortgewandte Gegner Josef Müllers nach Wasserburg, sondern auch zwei ausgewiesene Landwirtschaftsexperten, die ihr bäuerliches Publikum immer

¹¹⁰ ACSP, NL Zwicknagl 1, Flugblatt „Wahlrecht ist Wahlpflicht!“, undatiert [Januar 1946]. Dazu allgemein Woller, *Gesellschaft und Politik*, S. 201 f.

¹¹¹ Das Folgende nach IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1947. Zu Schäffer vgl. Henzler, Fritz Schäffer.

¹¹² Schäffer sprach am Ostermontag (22. 4. 1946) erneut auf einer Kundgebung in Wasserburg, die im Großen Rathaussaal stattfand. Zwei Tage später entschied die Bevölkerung über die Zusammensetzung des Kreistags. ACSP, KV Wasserburg 2, KV Wasserburg an Militärregierung vom 27. 3. 1946.

wieder zu Beifallsstürmen hinrissen.¹¹³ Die Besucherzahlen waren größer denn je zuvor im Landkreis: Von den neun größeren Wahlveranstaltungen zählte keine weniger als 300 Zuhörer. Joseph Baumgartner, dem der Ruf eines Volkstribunen des Bauernstandes vorauselte, brachte es einmal gar auf ein 600köpfiges Auditorium. Als besonderes Plus der CSU erwies sich, daß sie in Max Zwicknagl einen aus dem Landkreis stammenden Kandidaten präsentieren konnte, der kaum weniger zog als die Parteiprominenz.¹¹⁴ Seine Gegenkandidaten, so namhaft sie auch waren, kamen dagegen nicht aus der Region: Die SPD hatte den amtierenden Innenminister Josef Seifried, einen gebürtigen Münchner, aufgestellt, und auch die FDP hatte mit dem gebürtigen Würzburger Otto Bezold einen ihrer führenden Männer ins Rennen geschickt. Der Wunsch der Bevölkerung, daß auch ein Wasserburger in München vertreten sein sollte, konnte also nur mit der Wahl Zwicknagls in Erfüllung gehen, der so wahrscheinlich auch die eine oder andere Stimme von Wählern einheimste, die ihr Kreuz ansonsten nicht bei der CSU gemacht hätten.¹¹⁵

b) Die SPD in der Defensive

Auch die SPD führte engagierte Wahlkämpfe und obwohl sie zunächst kaum Prominenz aufbieten konnte, kamen doch durchschnittlich 200 bis 300 Besucher zu ihren Versammlungen.¹¹⁶ Nach den bitteren Erfahrungen in den Gemeinde- und Landkreiswahlen, in denen die SPD im Raum Wasserburg weit hinter der CSU zurückgeblieben war, starteten die Sozialdemokraten im Frühsommer 1946 eine großangelegte Kampagne, um nun auch hier Fuß zu fassen.¹¹⁷ Das gesteigerte Engagement hing sicherlich auch damit zusammen, daß sich mit Innenminister Seifried ein prominenter Genosse im Landkreis um ein Mandat für die Verfassunggebende Landesversammlung bemühte. Die Veranstaltung mit dem bayerischen Innenminister, zu der sich an die 500 Menschen eingefunden hatten, war ein voller Erfolg. Auch die übrigen sieben SPD-Kundgebungen, auf denen unter anderem Ministerialrat Carl Kröpelin und Dr. Arnold Hille, der Direktor des Arbeitsamts München, auftraten, erfuhren mit 200 bis 400 Zuhörern eine gute Resonanz.¹¹⁸ Dennoch erfüllten sich die hochtrabenden Hoffnungen der SPD, die nur knapp 15 Prozent der Stimmen erhielt, nicht. Offenbar gelang es den Rednern der CSU weit mehr als ihren Konkurrenten von der SPD, ihr Publikum zu überzeugen. Das lag wahrscheinlich vor allem daran, daß die Referenten der SPD es nicht in dem Maße wie die Spitzenleute der CSU verstanden, die Ängste, Wünsche und Hoffnungen der Landbevölkerung anzusprechen, da sie nicht in diesem Milieu verwurzelt waren. Ihnen fehlte – vielleicht sogar im Wortsinn – der Stallgeruch.

¹¹³ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946. Das Folgende ebenda.

¹¹⁴ Ebenda, und ACSP, NL Zwicknagl 2, Aufruf der CSU Wasserburg zur Wahlkundgebung am 29. 6. 1946 im Großen Rathaussaal, undatiert (Juni 1946).

¹¹⁵ Fast 80 Prozent der Wasserburger entschieden sich für Zwicknagl und die CSU. SJBb 23 (1947), S. 316 f.

¹¹⁶ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1946.

¹¹⁷ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Annual Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946.

¹¹⁸ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946. Die folgende Angabe nach SJBb 23 (1947), S. 316 f.

Der Ton, der in den Wahlversammlungen angeschlagen wurde, war rau und nichts für Zartbesaitete. Deftige Sprüche gehörten zum rhetorischen Arsenal der Redner aller Couleur, die nicht davor zurückschreckten, ihre Konkurrenten auch persönlich zu verunglimpfen, weshalb die Militärregierung mit Blick auf die Kommunalwahlen von „mudslinging campaigns“ sprach.¹¹⁹ Während die CSU der SPD unterstellte, sie wolle den Bauern ihre Höfe und Felder abknöpfen, warfen die Sozialdemokraten den ehemaligen BVP-Politikern politisches Versagen in der Endphase der Weimarer Republik vor, wobei sie es selten versäumten, auf die Zustimmung der BVP zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 hinzuweisen. Allerdings fiel es der SPD erheblich schwerer, mit den Unterstellungen der CSU zu Rande zu kommen als umgekehrt. Die Propaganda der CSU fiel gerade bei der Landbevölkerung auf sehr fruchtbaren Boden, wie eine Reihe von Flugblättern beweisen, in denen sich die SPD verzweifelt bemühte, den Ruh der kommunistischen Agrarreform abzustreifen. In einem „Bauernbrief“, der vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung verteilt wurde, trat die SPD noch selbstsicher für eine „Beendigung des Großgrundbesitzes“ und die Schaffung „gesunde[r] Bauernbetriebe“ ein, um die Landwirtschaft insgesamt zu intensivieren.¹²⁰ Wenig später klang es bereits sehr viel zurückhaltender: Das Flugblatt „Herr auf eigener Scholle!“ stellte die SPD als diejenige Partei heraus, die bereits nach dem Ersten Weltkrieg durchgesetzt habe, daß das Eigentum der Bauern an Grund und Boden in der Bayerischen Verfassung verankert worden sei. Im Hinblick auf die Bodenreformpläne der Partei hieß es fast schon entschuldigend, die Enteignung betreffe nur Großgrundbesitzer. „Die Sozialdemokratie ist die Partei der Schaffenden in Stadt und Land. Ihre Vertreter werden dafür sorgen, daß die Grundrechte der Bauern ein Giebel in dem großen Bau der neuen Verfassung werden.“¹²¹ Die wohlklingenden Formulierungen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD in die Defensive gedrängt worden war. Das Mißtrauen der Landbevölkerung lastete als schwere Hypothek auf der Partei.

c) Fruchtlose Mühen: Die KPD auf dem Land

So schwer sich die SPD auf dem Land auch tat – die Situation der KPD war ungleich problematischer. Schon in Weimar hatten die Kommunisten in den ländlichen Regionen einen noch schwereren Stand gehabt als die Sozialdemokraten. Die besten Ergebnisse hatten sie in der Reichstagswahl vom November 1932 erzielt, wo sie in Bayern 10,3 Prozent der Stimmen erhielten – in den Landkreisen Nördlingen und Wasserburg kam die KPD allerdings nur auf bescheidene 1,2 bzw. 2,8 Prozent. Selbst in der kreisfreien Stadt Nördlingen konnten sich nur 4,1 Prozent der Wähler für die KPD erwärmen.¹²² Sie konnte also nicht einmal in den regio-

¹¹⁹ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Annual Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946. Ganz ähnlich behandelten sich die politischen Gegner auch im benachbarten Landkreis Altötting; dazu Grypa, Studien zu Kriegsende und Neuanfang, S. 53 f.

¹²² ACSF, NL Zwicknagl 5, „Bauernbrief“ der SPD, undatiert.

¹²¹ ACSF, NL Zwicknagl 5, Flugblatt des Landesvorstands der SPD: „Herr auf eigener Scholle!“, undatiert.

¹²² Diese Angaben nach ZBSL 65 (1933), S. 90f. (LK Wasserburg und Stadt Nördlingen), S. 92f. (LK Nördlingen) und S. 100f. (Bayern).

nalen Zentren an gewachsene Strukturen anknüpfen. Anders als CSU und SPD gelang es der KPD im Landkreis Wasserburg deshalb nur mit größter Mühe, die 25 Unterschriften aufzutreiben, die sie für die Zulassung auf Kreisebene benötigte. „For apparent lack of members, the KPD was obliged to call upon wives and friends of members in order to furnish the required amount of party sponsors.“¹²³ Und das, obwohl der führende Kopf der Wasserburger KPD, Anton Sarcher, als angesehenen Bürger galt. Doch im Gegensatz zu Sarcher, der beim städtischen Wasserwerk angestellt war, stammten die meisten seiner Mitstreiter nicht aus der Region: Bernhard Steinberger, der neben Sarcher einflussreichste KPD-Aktivist in der Region und gewissermaßen ihr lokaler Chefideologe, war ein in der Schweiz geborener Jude, den die Wirren des Krieges nach langjähriger Haft im KZ nach Wasserburg verschlagen hatten.¹²⁴ Angesichts der weitverbreiteten Ablehnung der „Zugereisten“, zumal wenn sie führende Positionen in Verwaltung und Politik bekleideten¹²⁵, dürfte dies die Attraktivität der KPD nicht gerade gesteigert haben.

Von den Wahlversammlungen der KPD ging eine bedeutend geringere Attraktivität aus als von denen der anderen Parteien, obwohl die Kommunisten ihren Konkurrenten in polemischen Tiraden keineswegs nachstanden.¹²⁶ Meist ergingen sich die Referenten in wüsten Beschimpfungen der deutschen Zivilverwaltung, die fast ausschließlich in den Händen der anderen Parteien lag und die für alle Mißstände und Mängel verantwortlich gemacht wurde. Darüber hinaus klagte die KPD, daß die Entnazifizierung nicht energisch genug vorangetrieben werde – ein Kritikpunkt, der aufgrund der ablehnenden Haltung des Großteils der deutschen Bevölkerung nicht unbedingt geeignet war, ihre Anhängerschaft zu vergrößern. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß die KPD agiler und einsatzfreudiger auftrat als alle anderen Parteien. So sehr sie sich auch bemühten, stets schlug den Kommunisten auf dem Land kalte Ablehnung entgegen.¹²⁷ Dementsprechend schleppend verlief die Mitgliederentwicklung: Anfang Februar 1946 hatten sich 31 Wasserburger der KPD angeschlossen, bis Ende Oktober stieg ihre Zahl auf 74, und damit war das Ende der Fahnenstange bereits erreicht.¹²⁸

Auch bei den Wählern fand die KPD kaum Anklang, obwohl sie den engagiertesten und aufwendigsten Wahlkampf aller Parteien betrieb. Sie organisierte zahlreiche Veranstaltungen und brachte viele Flugblätter unters Volk.¹²⁹ Mit Slogans wie „Kein Zutritt zur KDP-Versammlung für jeden, der Angst vor der Wahrheit hat“ oder „Lernen tut nicht weh! Auch vom Gegner lernt man. Deshalb kommt zur KPD-Versammlung!“ warb die Partei beispielsweise für eine Kundgebung im Wasserburger Rathausaal am 22. Juni 1946. Andere Parolen wie „Bauer, laß Dich

¹²³ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1946.

¹²⁴ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Annual Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946, und ebenda, CO-465/1, Political Activity Annex to Intelligence Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1947.

¹²⁵ Dazu Klee, Im „Luftschuttkeller des Reiches“, S. 212ff., und Erker, Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger, S. 39f.

¹²⁶ Das Folgende nach IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1946.

¹²⁷ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 30. 3. 1946.

¹²⁸ Diese Angaben nach IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–3/1, Monthly Historical Report LK Wasserburg für Oktober 1946, undatiert, und Quarterly Historical Report LK Wasserburg vom 17. 9. 1947.

¹²⁹ Die im folgenden genannten Flugblätter der KPD finden sich in ACSF, NL Zwicknagl 5.

nicht dumm machen! Falle nicht hinein auf die alten Redensarten! Die neue Zeit geht neue Wege!“ oder „Dein Kind muß sterben, wenn Du jetzt wieder die wählst, die 1933 [für] Hitler und Krieg gestimmt haben. Soll Dein Kind leben, so wähle richtig!“ richteten sich vornehmlich gegen die CSU, während Angriffe auf die SPD zunächst unterblieben. Doch auch diese Agitation fiel nicht auf fruchtbaren Boden, sondern erwies sich im Gegenteil als Bumerang, da die Bevölkerung die massive Flugblattkampagne der KPD angesichts der allorts herrschenden Papierknappheit als geschmacklos empfand.¹³⁰ Es nutzte alles nichts: Die streng anti-kommunistische Stimmung auf dem Land ließ sich auch durch noch so großen Einsatz und noch so hemmungslöse Hetztiraden nicht wettmachen. Schon im Vorfeld der Gemeindewahlen vom Januar 1946 wurde rasch klar, daß die KPD keine Chance hatte.¹³¹ Zwar wies die Partei bei den Wahlen des Jahres 1946 in Bayern eine aufsteigende Tendenz auf – von 3,9 Prozent bei den Kreistagswahlen steigerte sie sich über 5,3 Prozent bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung auf 6,1 Prozent der Stimmen bei den ersten Landtagswahlen. In den ländlichen Regionen fiel dieser Aufwärtstrend jedoch erheblich bescheidener aus: In Wasserburg wie auch in Nördlingen wollten nur 1,6 Prozent die Kommunisten im Kreistag vertreten wissen, und bei den weiteren Urnengängen des Jahres erzielten sie in beiden Landkreisen jeweils etwas über zwei Prozent der Stimmen.¹³² Für die KPD hatte sich im Vergleich zu Weimar nichts geändert – das Land blieb ihr verschlossen.

d) Der Demagoge und die Bauern: Die Erfolge der WAV in Nördlingen

Etwas anders lagen die Dinge bei der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV), die in den ersten Nachkriegsjahren kurzzeitig für Furore sorgte, jedoch schon Anfang der fünfziger Jahre wieder in der Versenkung verschwand.¹³³ An ihrer Spitze stand der ebenso autoritäre wie querulatorische Alfred Loritz, den die einen als Politclown verspotteten, während ihn andere als „weißen Hitler“ fürchteten. Trotz allem erhielt Loritz Ende März 1946 für seine Partei die Zulassung auf Landesebene. Fast aus dem Stand erzielte die WAV bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung mit 5,1 Prozent der Stimmen ein achtbares Ergebnis, und bei der Landtagswahl im Dezember 1946 etablierte sie sich mit 7,4 Prozent als drittstärkste Kraft im Freistaat¹³⁴, wobei sie vor allem in den Städten gut abschnitt. Auf dem Land stießen Loritz und seine Mitstreiter auf unterschiedliche Resonanz: Sehr gut schnitt die WAV vor allem in katholischen Regionen mit

¹³⁰ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–3/1, Monthly Historical Report LK Wasserburg vom November 1946, undatiert.

¹³¹ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Annual Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946.

¹³² Die Ergebnisse der Kreistagswahl nach SJB 23 (1947), S. 309 (Wasserburg) und S. 315 (Nördlingen). Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung kam die KPD in Wasserburg auf 2,2, Prozent (ebenda, S. 317) und in Nördlingen auf 2,3 Prozent (ebenda, S. 325), bei der Landtagswahl 1946 waren es 2,4 Prozent in Wasserburg (ebenda, S. 337) und 2,2 Prozent in Nördlingen (ebenda, S. 345). Die Ergebnisse für Bayern nach ebenda, S. 315 (Kreistagswahl), S. 325 (Verfassungsgebende Landesversammlung) und S. 345 (Landtagswahl 1946).

¹³³ Zur WAV vgl. Woller, Loritz-Partei.

¹³⁴ Diese Angaben nach SJB 23 (1947), S. 325 (Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung) und S. 345 (Landtagswahl 1946).

hohem Flüchtlingsanteil ab. In Landsberg am Lech etwa kam sie bei den Wahlen im Juni 1946 auf 13 Prozent und im Dezember sogar auf 17,5 Prozent. Wo der Anteil der katholischen Bevölkerung geringer war, hatte die WAV dagegen einen sehr viel schwereren Stand. Im Landkreis Königshofen etwa kam sie nur auf rund ein Prozent. Im Raum Wasserburg erzielte die „Loritz-Partei“ zunächst mit 2,9 Prozent ein für Oberbayern mageres Ergebnis, bei den Landtagswahlen steigerte sie ihren Anteil auf 9,1 Prozent. Im Ries erntete die WAV mit 14,7 und 15,9 Prozent große Wahlerfolge.¹³⁵

Der Landkreis Nördlingen markierte einen Sonderfall, weil die WAV hier auf lokale Hilfstruppen in Gestalt einer auf das Ries beschränkten Bauernpartei zurückgreifen konnte, die unter der Bezeichnung „Demokratisches Deutsches Volk“ (DDV) firmierte.¹³⁶ Sie war als erste Partei des Landkreises von den Brüdern Gottlieb und Wilhelm Schmidt ins Leben gerufen und bereits im November 1945 von den Amerikanern lizenziert worden. Obwohl einfache Bauern ohne höhere Bildung, waren die beiden Brüder aus der Landgemeinde Rudelstetten bereits vor 1933 im Bayerischen Bauernbund aktiv gewesen und hatten gemeinsam die „Rieser Zeitung“ gegründet, die allerdings nach 1933 verboten wurde. Schon wegen ihres tief verwurzelten christlichen Glaubens galten beide im „Dritten Reich“ als Regimegegner, was ihnen nach der amerikanischen Besetzung den Wiedereinstieg ins politische Geschäft erleichterte. Alfred Kiss, German Investigator der ICD Augsburg, bezeichnete ihre politischen Vorstellungen als „in den meisten Fällen sehr einfach und primitiv. Mit Urteilen“, so Kiss weiter, seien sie „schnell bei der Hand.“¹³⁷ Für die anderen Parteien empfanden die beiden Brüder nur Verachtung: Die CSU erschien ihnen als „eine Partei, die von den alten Leuten geführt wird“, und die Sozialdemokraten trugen in ihren Augen die Hauptverantwortung dafür, „dass wir Hitler bekommen haben.“ Um so höhere Ansichten hatten sie dafür von ihrer eigenen politischen Kreation, die sie als „einzige wichtige Partei“ bezeichneten, der anzugehören eine „demokratische Pflicht“ sei.¹³⁸ Das DDV trat für eine Ausrichtung der Politik an den Grundsätzen des Christentums ein, liebäugelte mit der Wiedereinführung der Monarchie und forderte einen betont föderalistischen Staatsaufbau mit weitgehender bayerischer Eigenständigkeit. Mit solchen und ähnlichen Parolen gewannen die Brüder Schmidt vor allem unter den evangelischen Bauern zahlreiche Anhänger, während die Katholiken auch gegen diese Versuchung weitgehend immun waren – sie standen treu zur CSU.

Dennoch galten Gottlieb und Wilhelm Schmidt – neben Landrat Heinrich Vogt (CSU), der sein Ansehen vor allem aus seinem Amt bezog, sowie den Großgrundbesitzern Eugen Fürst von Oettingen-Wallerstein und Otto Fürst von Oettingen-Spielberg, die zu den größten Arbeitgebern in der Umgebung zählten – als die politisch einflußreichsten Persönlichkeiten im Ries. In ihrem Schlepptau kam auch Parteichef Loritz zu immer größerem Ansehen: Nachdem das DDV in der WAV aufgegangen war, rangierte der „weiße Hitler“ gemeinsam mit Alois Hundham-

¹³⁵ Diese Angaben nach SJB 23 (1947), S. 317–345.

¹³⁶ Vgl. im folgenden Woller, Loritz-Partei, S. 40f.

¹³⁷ IfZ-Archiv, RG 260, 10/73–3/19, Bericht über die Lage im Kreis Nördlingen vom 29. 7. 1946, S. 6. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

¹³⁸ Zitiert nach Woller, Loritz-Partei, S. 41. Das Folgende ebenda.

mer an der Spitze der Popularitätsskala im Landkreis. Während Hundhammer den Amerikanern als „typical example for the autocratic CSU member“ galt¹³⁹, rührte das Ansehen von Alfred Loritz vor allem daher, daß er zugleich für die Lösung des Flüchtlingsproblems und für eine Unterstützung der Bauern eintrat – der WAV schien der Spagat zwischen Einheimischen und Flüchtlingen recht gut zu gelingen, zumindest solange sie ihn nur auf dem Papier oder im Wirtshaus bewältigen mußte. Nach Einschätzung der Militärregierung war die WAV „the most active party within the Kreis“¹⁴⁰, die neben der KPD als einzige versuchte, auch unter den Flüchtlingen weitere Mitglieder zu gewinnen – da es noch keine Flüchtlingsparteien gab, lag dieses Potential im Ries gewissermaßen brach. Unter der alteingesessenen evangelischen Landbevölkerung verfügten die Brüder Schmidt ohnehin über eine vielköpfige Anhängerschar, wie die Mitgliederentwicklung von DDV bzw. WAV illustriert: Im Februar 1946 zählte das DDV 715 Mitglieder und war damit die mit Abstand größte Partei im Landkreis. Im Juni 1946 gehörten dem DDV bereits 750 Nördlinger an, im Februar 1947 kletterte die Zahl auf 800, um im Juli 1947 mit 853 ihren Höhepunkt zu erreichen. Nun begann sich der Trend umzukehren, was nicht zuletzt an den Kapriolen von Parteichef Loritz gelegen haben dürfte. Zum Jahresende 1947 zählte die WAV im Landkreis Nördlingen nur noch etwa 400 Mitglieder.¹⁴¹ So kometenhaft die WAV aufgestiegen war, so rasch vollzog sich nun ihr Niedergang.

e) Hochburg und Diaspora

All das erweckt den Eindruck eines recht munteren politischen Lebens auf dem Land, das so gar nicht zu dem Bild völliger politischer Apathie passen will, das die Militärregierung zeichnete.¹⁴² Das Gros der deutschen Bevölkerung stand den Parteien und der Politik überhaupt mit einer Mischung aus Skepsis und Neugier gegenüber, wobei die Neugier letztlich überwog. Die Deutschen, die gewissermaßen kollektiv die Schulbänke der Demokratie drückten, verdienten bessere Zensuren, als ihnen ihre amerikanischen Lehrer ausgestellt hatten. Auch in den Wahlkabinen bewiesen die gelehrigen Schüler ein erstaunliches Maß an Gelassenheit und Weitblick: Verglichen mit der Endphase der Weimarer Republik, die von einem extremen Erstarken der radikalen Flügelparteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums gekennzeichnet war¹⁴³, verschoben sich am Beginn der zweiten deutschen Demokratie die Gewichte hin zur Mitte. Von den Gemeinde-

¹³⁹ IfZ-Archiv, RG 260, 10/65–2/5, Quarterly Historical Report LK Nördlingen vom 10. 10. 1947.

¹⁴⁰ IfZ-Archiv, RG 260, 10/65–2/5, Quarterly Historical Report LK Nördlingen vom 15. 4. 1947.

¹⁴¹ IfZ-Archiv, RG 260, CO-468/1, Monthly Political Activity Report LK Nördlingen vom 1. 3. 1946, Monthly Political Activity Report LK Nördlingen vom 1. 6. 1946, Monthly Political Activity Report LK Nördlingen vom 6. 2. 1947, sowie ebenda, 10/65–2/5, Quarterly Historical Report LK Nördlingen vom 10. 10. 1947, und Quarterly Historical Report LK Nördlingen vom 7. 1. 1948. Zum bereits 1946 einsetzenden Niedergang der WAV vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 65–86.

¹⁴² „In the first few months“, konstatierte eine HICOG-Broschüre rückblickend, „there appeared to be complete political apathy in nearly every part of the U.S. Zone.“ Gillen, State and Local Government in West Germany, S. 5. Dazu auch IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–2/5, Annual Historical Report LK Wasserburg vom 30. 6. 1946, und ebenda, 10/78–3/1, Quarterly Historical Report LK Wasserburg 1. 1.–31. 3. 1947, undatiert.

¹⁴³ Dazu ausführlich Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 125–188.

wahlen abgesehen, in denen parteifreie Wählergruppen eine besondere Rolle spielten, kamen CSU und SPD bei allen Urnengängen des Jahres 1946 zusammen auf wenigstens 80 Prozent der Stimmen.

Die CSU, die sich ja schon frühzeitig als wahrer Wählermagnet entpuppt hatte, behielt ihre anziehende Wirkung vor allem für die Landbevölkerung. Von Rothenburg ob der Tauber und Nördlingen abgesehen, wo sich die als katholische Partei verschrieene Union bei den zahlreichen evangelischen Wählern schwerer tat, erzielte die CSU in allen ausgewählten agrarischen Landkreisen weit überdurchschnittliche Ergebnisse:¹⁴⁴ Als die bayerische Bevölkerung über die Zusammensetzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung entschied, stimmten 58 Prozent für die CSU; in einigen der ländlichen Regionen, wie etwa im niederbayerischen Bogen (73,5 Prozent) oder im schwäbischen Neuburg (73,3 Prozent), votierten knapp drei Viertel für die CSU, in anderen Landstrichen, etwa in Beilngries (83,3 Prozent), Neumarkt (81,5 Prozent) oder Feuchtwangen (83,9 Prozent), sogar über vier Fünftel. Ihr Spitzenergebnis erzielte die CSU im unterfränkischen Königshofen, wo sie über 88 Prozent der Stimmen gewann.¹⁴⁵ Die SPD erreichte dagegen in keinem der elf Landkreise ihr landesweites Ergebnis von fast 29 Prozent. Noch am besten schnitt sie in Rothenburg (23 Prozent) und Bogen (21,3 Prozent) ab, in Wasserburg, Roding und Neuburg kam sie mit rund 15 Prozent auf mittelmäßige Ergebnisse, und besonders schlecht fielen ihre Resultate in Feuchtwangen (9,3 Prozent) und Königshofen (5,6 Prozent) aus – in Kreisen also, in denen die CSU sensationell gut abgeschnitten hatte.

Daran änderte sich auch in den ersten Landtagswahlen im Dezember 1946 wenig.¹⁴⁶ Die CSU behielt ihre Hochburgen in den ländlichen Regionen, wo sie zwar – dem allgemeinen Trend folgend – ebenfalls Verluste hinnehmen mußte, aber immer noch deutlich über ihrem bayernweiten Durchschnittsergebnis lag. Die SPD konnte dagegen ihr Ergebnis halten und rückte der CSU etwas näher, ohne jedoch in den agrarisch geprägten Regionen an Boden zu gewinnen. Auf dem Land befand sich die Sozialdemokratie nach wie vor in einer Art Diaspora – von ihrem gesamt-bayerischen Ergebnis konnte sie hier nur träumen. Die SPD hatte sich in den Wahlkämpfen neben der Arbeiterschaft vor allem um die Flüchtlinge und Vertriebenen bemüht. Da die Gründung von eigenständigen Flüchtlingsparteien zunächst am Veto der Amerikaner scheiterte, und sich die CSU in erster Linie auf die Einheimischen konzentrierte, durfte die SPD auf massive Stimmengewinne unter den Neuankömmlingen hoffen.¹⁴⁷ Allerdings machte ihr die von den Amerikanern erlassene bayerische Gemeindeordnung vom 18. Dezember 1945 von vorneherein einen dicken Strich durch diese Rechnung, indem sie das Wahlrecht auf deutsche Staatsbürger beschränkte, die über 21 Jahre alt und mindestens ein Jahr in der Gemeinde ansässig waren. Gleichlautende Bestimmungen galten für die Kreistagswahlen und die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung.

¹⁴⁴ Die im folgenden wiedergegebenen Ergebnisse finden sich in SJB 23 (1947), S. 316–325.

¹⁴⁵ Zu den Ergebnissen in Königshofen auch Thranhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 306.

¹⁴⁶ Die Wahlergebnisse in SJB 23 (1947), S. 336–345.

¹⁴⁷ Bei den Wahlen der Flüchtlingsvertrauensleute Ende 1947 zeigte sich etwa, daß 55 Prozent der Flüchtlinge zur SPD und 30 bis 35 Prozent zur CSU tendierten. ACSF, NL Müller 263, Aktenvermerk für den Herrn Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Joseph [sic!] Müller betr. Politische Aufgliederung der Flüchtlinge vom 13. 12. 1947.

Damit war das Gros der Neubürger zunächst faktisch von den Wahlen ausgeschlossen und politisch zu Bürgern zweiter Klasse degradiert.¹⁴⁸

Erst bei den Landtagswahlen vom Dezember 1946 traten weniger restriktive Bestimmungen in Kraft, doch auch an diesem Urnengang durften sich noch längst nicht alle beteiligen, die mittlerweile in Bayern eine Bleibe gefunden hatten. Immerhin verkürzte der Gesetzgeber nun die „Bewährungsfrist“, die die Neubürger an ihrem neuen Wohnort verbracht haben mußten, auf sechs Monate¹⁴⁹, so daß nun auch die Flüchtlinge mitstimmen konnten, die bis Ende Mai 1946 nach Bayern gekommen waren. Die SPD konnte davon nicht in dem Maße profitieren, wie sie erwartet hatte, denn mittlerweile hatte sie als Sachwalterin der Flüchtlingsinteressen Konkurrenz bekommen. Vor allem die WAV schwang sich lautstark zum Anwalt der Neubürger auf¹⁵⁰, aber auch die CSU bemühte sich nun verstärkt um die Neuankömmlinge. Zunächst riefen der Union nahestehende Flüchtlinge um die Schlesier Georg Nentwig und Walter Rinke sowie die Sudetendeutschen Hans Schütz und Franz Ziegler den Unterausschuß für Flüchtlingsfragen des Sozialpolitischen Ausschusses der CSU ins Leben, aus dem 1946 der „Landesflüchtlingsausschuß“ und 1947 die „Union der Ausgewiesenen“ hervorgingen.¹⁵¹ So landeten nicht wenige Vertriebene auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat schließlich bei der CSU.

Die Flüchtlinge waren indes nicht die einzigen, die von den ersten Wahlen weitgehend ausgeschlossen blieben. Eine andere, ebenfalls sehr heterogen zusammengesetzte Gruppe, die sich in den ersten praktischen Lektionen in Sachen Demokratie mit der Rolle des Zuschauers zufriedengeben mußte, bildeten die sogenannten NS-Belasteten. Darunter fielen all diejenigen, die vom „automatic arrest“ betroffen waren. Darüber hinaus durfte nicht wählen, wer Amtsträger der NSDAP gewesen oder der Partei vor dem 1. Mai 1937 beigetreten war, wer der SS angehört oder höhere Ränge in NS-Organisationen wie der SA, der HJ, dem BDM etc. bekleidet hatte sowie „bekannte Nazifreunde und Mitarbeiter“. Das betraf bei den Gemeindewahlen im Januar 1946 immerhin 212708 Personen oder 8,1 Prozent der Wahlberechtigten; bei der Landtagswahl fielen noch 278021 (6,2 Prozent) unter diese Bestimmung.¹⁵² Wie groß der Anteil der „NS-Belasteten“ vor Ort jeweils ausfiel, dürfte nicht zuletzt davon abhängig gewesen sein, wie streng die Behörden vor Ort die gesetzlichen Bestimmungen auslegten.¹⁵³ Dabei gab es durchaus Spielräume, wie aus einem Bericht der Wasserburger Militärregierung hervorgeht, die

¹⁴⁸ Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern, Art. 4, in: BGVBl. Nr. 17/1946, Gesetz Nr. 31 vom 18. 12. 1945. Zur Kreistagswahl: Landkreisordnung für den Freistaat Bayern, Art. 4, in: BGVBl. Nr. 17/1946, Gesetz Nr. 32 vom 18. 2. 1946. Zur Wahl der Verfassungsgebenden Landesversammlung: Gesetz Nr. 36 für die Wahl einer Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 14. 2. 1946, Art. 2, in: BGVBl. Nr. 18/1946, und Wahlordnung für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 14. 2. 1946, in: ebenda.

¹⁴⁹ Gesetz Nr. 45 betreffend den Volksentscheid über die Bayerische Verfassung und die Wahl des Bayerischen Landtags vom 3. 10. 1946, in: BGVBl. Nr. 21/1946.

¹⁵⁰ Vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 38 ff.

¹⁵¹ Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945–1949, S. 245 f. Vorsitzender des Landesflüchtlingsausschusses war Hans Schütz, Geschäftsführer Georg Nentwig. Zur UdA auch ACSF, NL Müller 47, Memorandum Dr. Walter Rinke: „CSU und Heimatvertriebene“ vom 19. 8. 1952.

¹⁵² Diese Angaben nach SJBb 23 (1947), S. 304 (Gemeindewahl 1946) und S. 344 (Landtagswahl 1946).

¹⁵³ Vgl. Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 303 f.

monierte, daß über 100 Personen, die nach Paragraph 2 der Wahlordnung für die Gemeindewahlen vom 18. Dezember 1945 eigentlich von der Wahl ausgeschlossen waren, dennoch in die Wählerlisten eingetragen wurden und demnach mitstimmen konnten.¹⁵⁴ In jedem Fall aber war der Eingriff des Gesetzgebers in das Elektorat massiv: Mit dem „harten Kern“ der ehemaligen Nationalsozialisten sowie den Flüchtlingen und Vertriebenen blieben zwei bedeutende Gruppen vom Wahlrecht ausgeschlossen, die im Hinblick auf die erstrebte Demokratisierung der Gesellschaft als unsichere Kantonisten galten. Ob auch deren Integration in das neue politische System gelang, sollte sich erst später erweisen.

In diesem Licht erscheint die These Dietrich Thränhardts, die CSU habe im Hinblick auf ihre Wählerschaft das Erbe der NSDAP angetreten¹⁵⁵, korrekturbedürftig. Es trifft fraglos zu, daß neben ehemaligen BVP-, BBB- und DNVP-Wählern viele, die 1946 für die CSU stimmten, 1932 ihr Kreuz bei der NSDAP gemacht hatten. Allerdings handelte es sich dabei weniger um überzeugte Nationalsozialisten – die braunen Hardliner hatte die Wahlgesetzgebung zumindest vorübergehend aus dem Verkehr gezogen –, als vielmehr um diejenigen, die in einem mehrjährigen Prozeß aus der politischen Mitte an den äußersten rechten Rand des Parteienspektrums gerutscht waren.¹⁵⁶ Zuvor Klientel der liberalen Parteien, der DNVP oder des Bauernbundes, waren sie Anfang der dreißiger Jahre als Protestwähler zur NSDAP gestoßen, doch zwölf Jahre Diktatur, der verlorene Krieg und der Zivilisationsbruch des Judenmords hatten ihnen die Lust an weiteren radikalen politischen Experimenten gründlich ausgetrieben.

f) Der Blitzstart der CSU auf dem Land

Aber warum landeten diese Wähler 1946 bei der CSU und nicht bei anderen Parteien wie der SPD? Fünf Faktoren trugen zur frühen CSU-Dominanz bei. Der erste bestand darin, daß die CSU – anders als SPD und KPD – für einen milderen Umgang mit den vielen kleinen Pgs. plädierte, sofern sie sich reumütig zeigten und nicht an der braunen Ideologie festhielten.¹⁵⁷ Zwar traten auch CSU-Politiker wie Max Zwignagl für eine harte Bestrafung der überzeugten Nationalsozialisten ein, öffentlich betonte die CSU jedoch, den Mitläufern und Irreführten vergeben zu wollen, wie es das Christentum gebot. Sie machte sich damit geschickt den in der Bevölkerung weit verbreiteten Unmut über die vielen Ungerechtigkeiten der Entnazifizierung zunutze, ohne dabei in populistische Tiraden und Rundum-

¹⁵⁴ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1946.

¹⁵⁵ Vgl. Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 303 ff. und S. 310.

¹⁵⁶ Diesen komplizierten Prozeß veranschaulichen und analysieren in ländlichen Regionen Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik, S. 324–432, und Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik, S. 566–646.

¹⁵⁷ Schon in ihrem Aktionsprogramm trat die SPD dafür ein, NS-Verbrechen zu verfolgen; ehemalige Nazis sollten von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen bleiben, der Besitz von Parteigränden und Kriegsverbrechern sollte als Sühnmaßnahme eingezogen werden. IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Aktionsprogramm der SPD vom 27. 12. 1945. Zur Haltung der CSU in der Frage der Entnazifizierung IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1946. Das Folgende ebenda.

schläge im Stile eines Alfred Loritz zu verfallen.¹⁵⁸ Während sich die Position der CSU in punkto politischer Säuberung mit der Meinung der breiten Öffentlichkeit deckte, vertrat die SPD einen Standpunkt, der nur von einer kleinen Minderheit geteilt wurde.

Hinzu kamen, zweitens, die in der Nachkriegszeit herrschende streng antikomunistische Stimmung, die auch auf die Sozialdemokratie übergriff, und die für die SPD ungünstige sozioökonomische Struktur auf dem Land. Vorfeldorganisationen wie etwa die Gewerkschaften, die der SPD das Geschäft erleichtert hätten, gab es auf dem Land nicht.¹⁵⁹ Wo sie bestanden hatten, waren sie 1933 von den Nationalsozialisten zerschlagen worden und ihr Neuaufbau ging nur langsam vonstatten. Als die Gewerkschaften zumindest in den regionalen Zentren wie etwa der Stadt Wasserburg wieder Fuß fassen konnten, unterstützten sie die SPD mit aller Kraft.¹⁶⁰ Sie konnten freilich nur auf die Industriearbeiterschaft einwirken, eine in ländlichen Regionen wie Wasserburg oder Nördlingen sehr kleine Gruppe. Die weit zahlreicheren Bauern und Landarbeiter standen unter dem Einfluß des Bayerischen Bauernverbands¹⁶¹, der mit der CSU personell aufs Engste verbunden war. Drittens fungierten die Kirchen, vielerorts lange Zeit der wichtigste politische Faktor, „sehr effektiv als Energiequelle und Transmissionsriemen der CSU“.¹⁶² Nicht selten wirkten katholische Geistliche aktiv beim Aufbau der CSU mit.¹⁶³

¹⁵⁸ Zur demagogischen Propaganda der WAV in den Wahlkämpfen des Jahres 1946, in denen die Partei die Entnazifizierung zu ihrem Wahlkampfthema Nr. 1 gemacht hatte, vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 42–49. Die Unzufriedenheit vieler Deutscher mit der Entnazifizierung kam in sarkastischen Bonmots zum Ausdruck. So hieß es u. a.: „The 1000 year Reich is divided into 12 years of government and 988 years of denazification.“ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Political Activity Annex to Intelligence Report LK Wasserburg vom 1. 2. 1947. Zu den zahllosen Ungerechtigkeiten im Zuge der Entnazifizierung vgl. Woller, Gesellschaft und Politik, S. 130 ff.

¹⁵⁹ IfZ-Archiv, RG 260, 10/65–2/5, Annual Historical Report LK Nördlingen vom 15. 7. 1947. In anderen Landkreisen wie etwa in Altötting, wo es eine Reihe größerer Industriebetriebe gab, ging der Wiederaufbau der Gewerkschaften erheblich zügiger vonstatten. Dazu Grypa, Studien zu Kriegsende und Neuanfang, S. 105–110.

¹⁶⁰ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–3/1, Annual Historical Report LK Wasserburg 1. 7. 1946–30. 6. 1947, undatiert.

¹⁶¹ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–3/1, Quarterly Historical Report LK Wasserburg vom 17. 9. 1947. Zum BBV vgl. Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, S. 320–336. Zur Unterstützung der CSU durch den BBV wie auch zu personellen Verbindungen vgl. Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 235–240.

¹⁶² Zur großen Bedeutung der Kirche für die frühen Wahlerfolge der CSU vgl. ausführlich Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 240–260, das Zitat findet sich auf S. 260. Dazu auch IfZ-Archiv, RG 260, 10/78–3/1, Quarterly Historical Report LK Wasserburg 1. 1.–31. 3. 1947, undatiert. Die Nördlinger Militärregierung führte die führende Stellung der CSU im Landkreis sogar allein auf die Unterstützung durch die Kirche zurück. „For the same reason this party does not make a great deal of propaganda, for they have most of the natives as followers who are mainly adherent to church and their political support.“ IfZ-Archiv, RG 260, 10/65–2/5, Quarterly Historical Report LK Nördlingen vom 15. 1. 1947. In den Landkreisen Kronach und Kulmbach waren es die „Ortsgeistlichen, überwiegend CSU-Sympathisanten, die als politische Transmissionsriemen wirkten und ihre Gemeindeangehörigen unverblümt von der Kanzel herab auf die Union einschworen.“ Zeitler, Neubeginn, S. 331. Im Landkreis Altötting enthielt sich die Priesterschaft zwar derartiger Kanzelpredigten, dennoch waren sie auch hier eine wichtige Stütze der CSU. Grypa, Studien zu Kriegsende und Neuanfang, S. 40.

¹⁶³ Vgl. Blessing, „Deutschland in Not, wir im Glauben ...“, S. 98 f. Zur aktiven Beteiligung katholischer Geistlicher in der Politik vgl. Morsey, Katholizismus und Unionsparteien, und Grypa, Zur innerkirchlichen Diskussion. Die Amerikaner sahen die Unterstützung der CSU durch die Kirche sehr kritisch. Vgl. Lehmann, Katholische Kirche und Besatzungsmacht.

Viertens hatte die CSU eindeutige Vorteile, was das politische Personal betraf, dem gerade in ländlichen Regionen eine besonders große Bedeutung zukam, waren hier doch die Wahlen in erheblich stärkerem Maße personalisiert als in den städtischen Ballungsräumen.¹⁶⁴ Der CSU gelang es, die geachteten und angesehenen Persönlichkeiten vor Ort an sich zu binden, hinter denen das Gros der einheimischen Bevölkerung stand und die gerade im Wahlkampf eine enorme Mobilisationskraft entfalteten. Die angesehensten Bauern, die wichtigsten Händler, die bekanntesten Handwerker oder der Pfarrer – wenn sie 1946 für eine Partei in Erscheinung traten, dann für die CSU. Die SPD konnte dagegen in erster Linie eben doch nur Häusler und Arbeiter aufbieten, wenn es hoch kam, auch einmal einen Lehrer oder Kleinhändler. Kein Zufall, daß das Profil der CSU-Gründer dem der kommunalpolitischen Eliten jener Jahre weit mehr ähnelt als das der SPD-Spitze. Den Sozialdemokraten gelang es nicht oder zumindest nicht in ausreichendem Maße, geeignete Persönlichkeiten für sich zu gewinnen, die ihre Wahllisten auch für die Landbevölkerung interessanter gemacht hätten. Sie zählten zwar bald mehr Mitglieder als die CSU, doch steigerte sich damit nicht automatisch ihre Attraktivität bei Wahlen. Sozialprestige und Gewicht der Kandidaten wogen ungleich schwerer als die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder – zumindest in ländlichen Regionen, in denen die sozioökonomischen Strukturen noch weitgehend mit dem Sozialprofil der lokalen Honoratiorenaristokratie korrespondierte.

Der fünfte und letzte Faktor, der für den Wahlerfolg der CSU von besonderer Bedeutung war, lag in der Lizenzierungspraxis der Militärregierung. Die aus ihr resultierende Fünfermatrix des bayerischen Parteiensystems, das zunächst aus CSU, SPD, KPD, FDP und WAV bestand, hob die Zersplitterung des bürgerlich-konservativen Lagers auf, die für weite Teile Bayerns bis 1933 kennzeichnend gewesen war. Die CSU mußte zunächst keine Konkurrenz im eigenen Lager fürchten, weder eine Bayernpartei noch eine Königspartei. Zwar profitierten auch die SPD und die WAV von dieser Praxis: Schließlich wurden so die Flüchtlinge, eine für die SPD gerade auf dem Land besonders wichtige Klientel, zunächst an der Gründung einer eigenständigen Partei gehindert, und die WAV entwickelte sich zum „Auffangbecken ‚verhinderter‘ Landesparteien“.¹⁶⁵ Die CSU, die nicht nur das von traditionellen Friktionen gekennzeichnete katholische Lager Bayerns einen wollte, sondern zugleich auch als interkonfessionelle Sammlungspartei antrat, mußte jedoch einen besonders großen Spagat bewältigen. Die damit verbundenen enormen Spannungen kamen in den permanenten innerparteilichen Führungs- und Flügelkämpfen zum Ausdruck, die stets eine latente Bedrohung für die Existenz der Partei darstellten. So trog der Schein einer der CSU gewissermaßen in die Wiege gelegten Hegemonialposition. Ihre Dominanz war noch längst nicht unangefochten – sie bestand zunächst nur, solange die Amerikaner mit ihrer Lizenzierungspolitik der CSU gewissermaßen den Rücken freihielten.

¹⁶⁴ Nach Einschätzung der Amerikaner zählten bei der Wahlentscheidung im Frühjahr 1946 Personen erheblich mehr als Parteien oder Programme. IFZ-Archiv, RG 260, CO 465/1, Weekly Intelligence Report LK Wasserburg vom 2. 2. 1946.

¹⁶⁵ Woller, Loritz-Partei, S. 32.

II. Auf der politischen Achterbahn: CSU und SPD in den fünfziger Jahren

Die erdrückende Dominanz der CSU kam jedoch rasch an ein vorläufiges Ende. Zwischen 1948 und 1962 war die westdeutsche wie auch die bayerische Parteienlandschaft von zwei gegenläufigen Grundtendenzen gekennzeichnet: Auf eine 1947/48 einsetzende Phase der Zersplitterung folgte ab etwa Mitte der fünfziger Jahre ein abermaliger Konzentrationsprozeß, der in den sechziger Jahren in das aus CDU/CSU, SPD und FDP bestehende Drei-Parteien-System mündete, das die Bundesrepublik bis in die frühen achtziger Jahre hinein prägte.¹ Für die Zersplitterung zeichneten vor allem zwei Faktoren verantwortlich. Den ersten markierte der Wegfall des „besatzungspolitische[n] Schutzschirm[s]“ in Gestalt des Lizenzierungszwangs für Parteien², von dem 1945/46 vor allem CSU und SPD profitiert hatten. Mit dem schleichenden Ende der „Besatzungsdemokratie“ lockerten die Amerikaner schrittweise ihre restriktive Zulassungspraxis, was zunächst der Bayernpartei zugute kam, die Ende März 1948 auf Landesebene zugelassen wurde.³ Der letzte Damm brach 1950 mit der Gründung von Flüchtlingsparteien, deren Lizenzierung die Militärregierung zuvor stets abgelehnt hatte.⁴

Der zweite Faktor, der einer parteipolitischen Desintegration Vorschub leistete, bestand in den schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die Hans Günter Hockerts unter dem Begriff der „Gründungskrise“ zusammengefaßt hat.⁵ Die katastrophalen Folgen des verlorenen Krieges, die sich kurzfristig nicht beheben, sondern allenfalls lindern ließen, lasteten als schwere Hypothek auf der jungen Bundesrepublik: Der Wahnwitz des „Führers“ hatte neun Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen ihre Heimat und ihre Habe sowie vier Millionen Invaliden, Witwen und Waisen ihre Arbeitskraft bzw. den Ernährer der Familie geraubt. Sie wie auch die rund zwei Millionen Spätheimkehrer und Evakuierten blieben über Jahre hinaus auf finanzielle Unterstützung des Staates angewiesen. Dazu kamen die beispiellosen Zerstörungen von Wohnraum und Wirtschaftsanlagen durch den alliierten Bombenhagel. Auf dem Land verschärfte sich die Situation zusätzlich durch die mit der Währungsreform einsetzende Agrarkrise, die sich

¹ Vgl. dazu den Überblick bei Grebing, Parteien. Zu Bayern vgl. Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 310f.

² Schlemmer, Aufbruch, S. 360.

³ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 51, und Unger, Bayernpartei, S. 31.

⁴ Zur Gründung und Lizenzierung des BHE vgl. Neumann, BHE, S. 20–64.

⁵ Hockerts, Integration der Gesellschaft. Zum folgenden ebenda und Hockerts, Ende der Ära Adenauer, S. 464f. Auch Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 42, weist Flüchtlingszustrom, Wirtschafts- und Ernährungskrise eine wichtige Rolle bei der Abwendung breiter Wählerschichten von der CSU zu.

hauptsächlich in einem eklatanten Arbeitskräftemangel aufgrund der massiven Landflucht äußerte.⁶

Kein Wunder, daß unter diesen Vorzeichen viele Wähler den etablierten Parteien den Rücken kehrten, um sich anderen zuzuwenden, die in der Regel einfache Lösungen für komplexe Probleme anpriesen. Die Hochkonjunktur der zahlreichen Regional- und Protestparteien, die Sternschnuppen gleich an allen Ecken und Enden Westdeutschlands aufleuchteten, dauerte jedoch nur bis etwa Mitte der fünfziger Jahre an.⁷ Nach der wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung der Bundesrepublik gelang es den großen Parteien, zuvor verlorenes Terrain wieder zurückzugewinnen. In der Bundestagswahl von 1957 erhielten CDU, CSU und SPD zusammen 82 Prozent der Stimmen.⁸ Die Befürchtungen, das zerklüftete Parteiensystem Weimars werde auch die Bundesrepublik belasten, hatten sich nicht bewahrheitet. In Bayern konnte sich die CSU nach zähem Ringen gegen die Bayernpartei schließlich als *die* bayerische Landespartei durchsetzen und wurde abermals zur bestimmenden politischen Kraft im Freistaat. Zwar gelang es auch der SPD, ihre Position schrittweise zu konsolidieren, sie blieb jedoch im Maximilianeum – vom Intermezzo der Viererkoalition von 1954 bis 1957 abgesehen – auf die harten Oppositionsbänke verwiesen.

Wie aber ging dieser Prozeß von Krise und Behauptung an der Basis vor sich? Wie reagierten CSU und SPD auf die Herausforderung durch die neuen Konkurrentinnen und, zumindest was die CSU betrifft, auf die Wahldebakel der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre? Und warum konnte die SPD nicht in stärkerem Maße vom „Bruderzwist“⁹ im bürgerlich-konservativen Lager profitieren? So lauten die Kernfragen, denen in diesem Kapitel nachgegangen werden soll. Der Fokus auf die ländlichen Regionen des katholischen Bayerns eignet sich besonders gut, um zu analysieren, warum sich die CSU letztlich gegen die Bayernpartei durchsetzen konnte, denn hier lagen die Hochburgen beider Parteien, die um die gleichen Wählerschichten buhlten. Daher kam dem Ausgang des „Fingerhaken[s] zwischen CSU und Bayernpartei“¹⁰, das die politische Szene Bayerns in den frühen fünfziger Jahren prägte, auf dem Land besondere Bedeutung zu. Kaum weniger wichtig war das Verhältnis von CSU und SPD zu den Neubürgern. Das Auftauchen der Flüchtlingsparteien um 1950 trug ebenfalls zum temporären Niedergang der CSU bei, ihr Aufsaugen am Ende des Jahrzehnts bildete eine der Voraussetzungen für die neuerliche Hegemonialposition der bayerischen Unionspartei.

⁶ Vgl. Erker, *Revolution des Dorfes*, S. 370–376.

⁷ Vgl. Kaack, *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*, S. 207–218.

⁸ Berechnet nach Ritter/Niehuss, *Wahlen in Deutschland*, S. 101. Acht Jahre zuvor, bei der ersten Bundestagswahl von 1949, hatten CDU, CSU und SPD zusammen 60 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt; ebenda, S. 100. Das Folgende nach Benz, *Gründung der Bundesrepublik*, S. 140, und Sontheimer, *Adenauer-Ära*, S. 27.

⁹ So bezeichnete Mintzel, *Geschichte der CSU*, S. 52, die Auseinandersetzungen zwischen CSU und Bayernpartei; damit ist die programmatische Verwandtschaft wie auch die Tatsache angedeutet, daß beide Parteien über ähnliche Hochburgen und Stammwähler verfügten.

¹⁰ Unger, *Bayernpartei*, S. 156.

1. Am Rande des Abgrunds: Die Krise der CSU (1948–1952)

a) Der Zusammenbruch der Parteiorganisation

Die Serie katastrophaler Wahldebakel in den Wahlen zwischen 1948 und 1952 traf die CSU keineswegs aus heiterem Himmel. Wer nur genau hinsah, dem blieben die Schwächen der Partei, aller noch so imponierenden Wahlerfolge des Jahres 1946 zum Trotz, nicht verborgen. Die pausenlosen innerparteilichen Führungs- und Flügelkämpfe stellten dabei nur einen Belastungsfaktor unter mehreren dar. Auch sonst lag vieles im Argen. Das galt besonders im Hinblick auf die Parteiorganisation, deren Ausbau vor allem in ländlichen Regionen auch nach 1946 nur schleppend voranging, bis der Parteiapparat nach der Währungsreform vollständig zusammenbrach.

Der Aufbau der Parteiorganisation bleibt bereits in den Ansätzen stecken

An gutgemeinten Versuchen, eine schlagkräftige Organisation auf- und auszubauen, fehlte es nicht. Im schwäbischen Landkreis Neuburg an der Donau etwa mühten sich die örtlichen Exponenten der CSU redlich, Ortsvereine zu gründen und neue Mitglieder zu werben, jedoch ohne größeren Erfolg. Obwohl der zuständige Landtagsabgeordnete, der Theologe und Schulrat Dr. Georg Gromer¹¹, regelmäßig Versammlungen abhielt, verhalte seine „Aufforderung zum Beitritt [zur CSU] so viel wie resultatlos.“¹² Auch die Gründung eines Kreisverbands der Jungen Union scheiterte trotz wiederholter Aufrufe. Für größere Werbeaktionen, sei es in Form von Plakaten oder Zeitungsinserten, fehlte das Geld, da sich der Kreisverband fast ausschließlich über Spendensammlungen bei politischen Veranstaltungen finanzierte. Aus eigener Kraft kam der Kreisverband Neuburg nicht in Schwung, und die dringend benötigte Hilfe übergeordneter Parteigliederungen ließ auf sich warten.¹³

Ein ähnliches Bild bot sich im Landkreis Nördlingen. Der dortige Kreisverband zählte im Mai 1946 zwar erst 173 Mitglieder und in den Landgemeinden bestanden noch keine Ortsvereine, dennoch gab man sich in der CSU optimistisch. Schließlich habe man die Rieser Bauern „angesichts der unverschämt arbeitenden Propaganda der Wirtschaftl[ichen] Aufbauvereinigung“ erst gewinnen müssen!¹⁴ nach-

¹¹ Zu Georg Gromer vgl. Fait/Mintzel/Schlemmer, CSU, Bd. 3, S. 1871, und Rehm, CSU im Raum Neuburg, S. 36f.

¹² ACSF, BV Schwaben 145, KV Neuburg an Landesgeschäftsstelle, Arbeitsbericht für den Monat Mai 1947 vom 19. 5. 1947. Das Folgende ebenda.

¹³ Rehm, CSU im Raum Neuburg, S. 52, spricht zwar von einer großen Organisationsdichte der CSU im Landkreis Neuburg, bleibt jedoch den Nachweis für diese Behauptung schuldig, ja sie kann nicht einmal die Zahl der CSU-Ortsverbände angeben. Da auch die von ihr angeführten, aus den Berichten der Militärregierung stammenden hohen Mitgliederzahlen von über 1500 Personen im Juli 1947 von ihr selbst – und zwar mit gutem Grund – in Zweifel gezogen werden (ebenda), spricht wenig für ihre Sicht der Dinge.

¹⁴ ACSF, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an BV Augsburg vom 9. 5. 1946. Das Folgende ebenda. Die Propaganda der WAV bzw. des „Demokratischen Deutschen Volks“ war vielen CSU-Anhängern ein Dorn im Auge, zumal der Vorwurf an die Adresse der BVP, sie habe mit ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz im Jahr 1933 die NS-Herrschaft erst ermöglicht. Besonders empörte die CSU, daß derartige Kritik nun von ehemals überzeugten Nationalsozialisten geäußert werde. „Es ist genau, wie wenn ein Bauer, welcher seinen Hof angezündet hat, dem Nachbarn

dem man diese Aufgabe im Frühjahr 1946 für erledigt hielt, wollte sich die CSU nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung umgehend der Organisationsarbeit widmen, von deren Erfolg man überzeugt war. Diese Zuversicht erwies sich allerdings bald als unbegründet: Anfang Mai 1947 zählte der Kreisverband, wie Kreisgeschäftsführer Walter Schmidt nach Augsburg meldete, 198 Mitglieder, und was die Organisation betraf, stand man noch immer ganz am Anfang. So existierten in den 74 kreisangehörigen Gemeinden lediglich vier Ortsverbände, von denen zwei gerade erst gegründet worden waren. Die Landbevölkerung, hieß es merklich ernüchtert, sei „in der jetzigen Zeit schwer zu Versammlungen zu haben“, daher sei die „Neugründung von Ortsverbänden mit großen Schwierigkeiten verbunden“. ¹⁵ Daran änderte sich auch in den folgenden Monaten nichts. Zur Erntezeit hatten die Bauern andere Sorgen als die Politik. ¹⁶ Hinzu kam ein personelles Problem: Im Gegensatz zum Neuburger Raum, der in Georg Gromer über einen regen Landtagsabgeordneten verfügte, ließ sich der für Nördlingen zuständige, aus Donauwörth stammende Pius Haugg so gut wie nie im Ries sehen. ¹⁷ Das mag an seiner beruflichen Tätigkeit gelegen haben, die – Haugg war 1946/47 Leiter der Singschule Augsburg – ihm nur selten die Möglichkeit ließ, in seinem Wahlkreis anwesend zu sein. Vielleicht gründete das geringe Engagement aber auch in der Persönlichkeit Hauggs, der von Wahlkreisarbeit wenig verstand. Eine Rolle könnten auch die zahlreichen Konflikte zwischen Haugg und der Donauwörther CSU gespielt haben, die 1947 offen ausbrachen, sich über mehrere Jahre hinzogen und im Oktober 1950 schließlich zum Parteiaustritt Hauggs führten. ¹⁸

Daß die CSU ihr erklärtes organisationspolitisches Ziel im Landkreis Nördlingen so deutlich verfehlte ¹⁹, hatte schließlich auch mit logistischen Defiziten, allen voran mit der mangelhaften Ausstattung der Kreisgeschäftsstelle zu tun. Um den Parteiapparat im Landkreis auszubauen, hielt Schmidt eine größere Menge Plakate und anderes Werbematerial, zwei gute Redner sowie ein Motorrad für unabdingbar. Es sei erforderlich, „daß ich im Monat mindestens einmal jede Gemeinde besuche und das kann ich mit meinem alten, baufälligen Rade nicht.“ ²⁰

Vorwürfe macht, weil er nicht gelöscht hat.“ IfZ-Archiv, RG 260, 10/73–3/19, Josef Jung an Herrn Reich vom 22. 4. 1946.

¹⁵ ACSP, BV Schwaben 57, Meldung KV Nördlingen an BV Schwaben, undatiert [Anfang Juni 1947]. Die Zahl der Mitglieder und Ortsvereine nach ebenda, Meldung KV Nördlingen an BV Schwaben vom 1. 5. 1947.

¹⁶ ACSP, BV Schwaben 145, KV Nördlingen an Bezirksgeschäftsstelle, Arbeitsbericht für den Monat April 1947 vom 1. 5. 1947.

¹⁷ ACSP, BV Schwaben 145, KV Nördlingen an Bezirksgeschäftsstelle, Arbeitsbericht für den Monat Mai 1947 vom 8. 6. 1947. Bei den Landtagswahlen vom Dezember 1946 hatte sich im Stimmkreis Dillingen/Nördlingen der Bewerber der WAV, Gottlieb Schmidt, durchgesetzt, so daß der Landkreis Nördlingen von dem im Stimmkreis Donauwörth gewählten Pius Haugg mitbetreut wurde.

¹⁸ Zu Haugg Fait/Mintzel/Schlemmer, CSU, Bd. 3, S. 1875. Zu den Auseinandersetzungen zwischen Haugg und der Donauwörther CSU, bei denen sich persönliche Animositäten mit kommunalpolitischen Interessen vermengten, vgl. die ausführliche Schilderung bei Lerch/Stephan/König, Eine Stadt und ihre Christlich-Soziale Union, S. 70–75.

¹⁹ „Es gilt noch in einer großen Anzahl von Gemeinden Mitglieder zu werben und Ortsverbände zu gründen“, konstatierte Schmidt nüchtern, ohne konkrete Angaben zu machen, welche Fortschritte in der Zwischenzeit erreicht worden waren. ACSP, BV Schwaben 145, KV Nördlingen an Bezirksgeschäftsstelle, Arbeitsbericht für den Monat Juni 1947 vom 5. 8. 1947.

²⁰ ACSP, BV Schwaben 145, KV Nördlingen an Bezirksgeschäftsstelle, Arbeitsbericht für den Monat Juni 1947 vom 5. 8. 1947.

Ohne rasche Hilfe der Landesgeschäftsstelle, konstatierte der Kreisgeschäftsführer, komme die Partei im Ries nicht weiter. Als die Unterstützung der Zentrale jedoch ausblieb, machte sich im Kreisverband zunehmend Resignation breit. Noch warf Schmidt die Flinte nicht ins Korn. Vielmehr startete die CSU im Landkreis Nördlingen gegen Jahresende eine Versammlungswelle, die auch zahlreiche kleine Landgemeinden erreichte, in denen Ortsvereine gegründet werden sollten. Der Zeitpunkt schien gut gewählt, da die Aufmerksamkeit der Landbevölkerung nicht mehr durch die Feldarbeit gebunden war, und so wurden die Veranstaltungen denn auch ein „voller Erfolg“, wie der Kreisgeschäftsführer Ende November stolz nach Augsburg meldete.²¹ Tatsächlich war es gelungen, in Fremdingen einen neuen Ortsverein auf die Beine zu stellen, dem bereits 14 Mitglieder angehörten, und in Wörnitzostheim stand eine Gründung unmittelbar bevor. Um jedoch die Zauderer, die sich noch nicht zum Parteieintritt durchgerungen hatten, überzeugen zu können, erbat Schmidt vom Bezirksverband weiteres „Propagandamaterial“. Doch auch diesmal ließ ihn die Bezirksgeschäftsstelle im Stich. In ihrer Antwort an den Nördlinger Kreisverband hieß es lapidar, zur Zeit stünden weder Flugblätter noch Plakate zur Verfügung.²²

In der Untätigkeit des Bezirksverbands kam die Lähmung der Partei zum Ausdruck. Die permanenten Führungs- und Flügelkämpfe machten eine konzentrierte Organisationsarbeit unmöglich. Auch war die CSU, deren Landesgeschäftsstelle unter chronischen finanziellen Schwierigkeiten zu leiden hatte, noch längst nicht die perfekt durchorganisierte „Maschine“ späterer Jahre.²³ Oft blieb nur die Improvisation, um die ärgsten Löcher zu stopfen und die schlimmsten Mängel zu beseitigen. Daß Kreisverbände in ländlichen Regionen unter diesen Bedingungen nicht auf große Unterstützung durch die höheren Ebenen der Partei rechnen konnten, lag auf der Hand, da das Land ohnehin zu den Hochburgen der CSU zählte. Die Vernachlässigung ländlicher Regionen zeitigte jedoch weitreichende Konsequenzen, denn damit verschlief die bayerische Unionspartei die Phase, in der es noch verhältnismäßig leicht gewesen wäre, einen schlagkräftigen Parteiapparat auf dem Land zu schaffen, schon weil die Konkurrenz im eigenen Lager zu dieser Zeit noch keine Lizenz erhalten hatte.

Der Schock der Währungsreform

Diese Phase endete um die Mitte des Jahres 1948. Neben der Zulassung der Bayernpartei untergrub vor allem die Währungsreform die ohnehin schwachen organisatorischen Fundamente der CSU.²⁴ Im Mai 1948 unternahm die Parteiführung einen letzten Versuch, das Steuer noch einmal herumzureißen. Die Organisationsabteilung begann mit einer umfassenden Evaluierung aller Kreisgeschäftsstellen

²¹ ACSF, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an BV Schwaben vom 26. 11. 1947. Das Folgende nach ebenda.

²² ACSF, BV Schwaben 57, BV Schwaben an KV Nördlingen vom 2. 12. 1947.

²³ Schlemmer, Aufbruch, S. 254 und S. 258. Im Bundestagswahlkampf war die Parteizentrale der CSU praktisch handlungsunfähig; es gab nur ein einziges funktionierendes Telephon, Gläubiger gaben sich die Klinke in die Hand, und Teile der Büroeinrichtungen wurden gepfändet. Ebenda, S. 340f. Der Begriff „Maschine“ nach Amery, Leb wohl geliebtes Volk der Bayern, S. 221 ff.

²⁴ Zum Zusammenbruch des Parteiapparats der CSU im Zuge der Währungsreform vgl. ausführlich Schlemmer, Aufbruch, S. 242–269, und Mintzel, Geschichte der CSU, S. 65f.

sowie der dort beschäftigten Kreisgeschäftsführer. Das Ziel dieser Aktion bestand darin, die Parteiorganisation zu optimieren, indem fachlich ungeeignete Kräfte ersetzt und Personen, die aufgrund persönlicher oder landsmannschaftlicher Faktoren an dem entsprechenden Ort nicht optimal einsetzbar waren, versetzt werden sollten.²⁵ Auf diese Weise hoffte man in der Parteizentrale, die Schlagkraft der Organisation in den regionalen Gliederungen zum Nulltarif vergrößern zu können. Die Währungsreform vom 21. Juni 1948 vereitelte all diese Bemühungen. „Mit Schreiben des Landesschatzmeisters wurden sämtliche Bezirks- und Kreisgeschäftsführer und die bei ihnen beschäftigten, von der Landesgeschäftsstelle bezahlten Hilfskräfte vorsorglich zum 31. 7. 1948 gekündigt“, teilte die Organisationsabteilung der CSU-Landesgeschäftsstelle mit.²⁶ Zur Begründung wies man auf die angespannte finanzielle Situation der Partei nach der Einführung der D-Mark und auf folgendes hin: „Die Zahl der Kreisgeschäftsführer, die nach dem hier vorliegenden Gesamturteil als ein Gewinn betrachtet und daher behalten werden sollen, ist sehr klein.“²⁷ Auch die sieben Flüchtlingsassistenten und der Bezirkssekretär der Jungen Union Mittelfranken erhielten ihre Kündigung. Die Prognose der Organisationsabteilung hinsichtlich der zukünftigen Strukturen des Parteiapparats fiel düster aus: „Je nachdem wie die Finanzfragen bei der Partei geklärt werden, ist günstigstenfalls mit der Beibehaltung von 50% des bisherigen Personalstandes bei den Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen zu rechnen.“

Es kam sogar noch schlimmer: Weil ein großer Teil der Mitglieder nach der Währungsreform aus der Partei austrat oder still und leise die Beitragszahlungen einstellte, nahm das finanzielle Problem der CSU ungeahnte Ausmaße an. Daher sah sich die Partei schon bald nicht mehr in der Lage, ihr Personal zu besolden.²⁸ Die Geschäftsstellen, die nicht sofort geschlossen wurden, überantwortete man den jeweiligen Bezirks- und Kreisverbänden, doch auch die konnten die Kosten nicht tragen, so daß die hauptamtlichen Kräfte entlassen werden mußten.²⁹ Die

²⁵ ACSP, NL Müller 21, Rundschreiben Dr. Dinkel (Landesgeschäftsstelle/Organisationsabteilung) an die Bezirksgeschäftsführer vom 11. 5. 1948. Am Vorabend der Währungsreform beschäftigte die CSU insgesamt 185 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter. Auch die Kreisgeschäftsführer der CSU waren zu diesem Zeitpunkt vom Landesverband angestellt und besoldet, was diesem die einzige Handhabe bot, solche Funktionäre zu entlassen, die man in München für ungeeignet hielt. Schlemmer, Aufbruch, S. 243.

²⁶ In den 143 Kreisverbänden der CSU waren am Vorabend der Währungsreform 78 hauptamtliche, neun nebenamtliche und 12 ehrenamtliche Kreisgeschäftsführer tätig; 38 Kreisgeschäftsstellen waren nicht besetzt, sechs wurden betreut. ACSP, NL Müller 21, Memorandum der Landesgeschäftsstelle/Organisationsabteilung (Dr. Dinkel): „Kündigung der haupt- und nebenamtlichen Kräfte bei Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen“ vom 2. 7. 1948. Die beiden folgenden Zitate finden sich ebenda.

²⁷ Die namentliche Aufstellung der Kreisgeschäftsführer, deren Weiterbeschäftigung die Landesgeschäftsstelle plante, umfaßt 20 bis 22 Personen; in Mittelfranken hatte man sich noch nicht definitiv, in Unterfranken noch gar nicht festgelegt, welche Geschäftsführer behalten werden sollten. Allerdings befand sich unter den namentlich Genannten keiner aus den elf in die Untersuchung einbezogenen Regionen. Ebenda.

²⁸ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 65.

²⁹ Aus den Überlieferungen der Kreis- und Bezirksverbände geht allerdings nicht eindeutig hervor, was aus den Kreisgeschäftsstellen und Kreisgeschäftsführern in den Landkreisen Nördlingen und Wasserburg wurde. In beiden Fällen reißt die Überlieferung Ende 1947 ab. Diese Tatsache ist freilich ein Indiz dafür, daß die Geschäftsstellen, die ja der Hauptproduzent des einschlägigen Partei-schrifttums auf der Kreisebene waren, nach der Währungsreform bis in die fünfziger Jahre hinein nicht wieder besetzt wurden.

Folgen waren fatal, verlor die CSU damit doch die meisten der ohnehin spärlich gesäten organisatorischen Stützpfeiler in den Bezirken und Kreisen, die zuvor als Nervenzentren der Partei fungiert hatten: Nun wurden die organisatorischen und logistischen Aufgaben von ehrenamtlich tätigen Helfern übernommen, die nach 1948 „die Hauptlast der Parteiarbeit, ihrer Organisation und ihres Funktionierens“ tragen mußten.³⁰ Daß damit ein Qualitätsverlust der Parteiarbeit auf allen Ebenen einherging, versteht sich von selbst. Die CSU degenerierte vollends zur Honoratiorenpartei. Ihr Apparat brach jedoch nicht nur in kürzester Zeit, sondern auch in einem für die Partei denkbar ungünstigen Moment zusammen, standen doch wichtige Wahlenentscheidungen vor der Tür, in denen sich die bayerische Unionspartei einem äußerst gefährlichen Herausforderer gegenüber sah – der Bayernpartei.

b) Die Bayernpartei – Aufstieg einer weiß-blauen Protestbewegung

Ihr Auftauchen markierte den zweiten wichtigen Faktor, der maßgeblich zum vorübergehenden Niedergang der CSU beitrug.³¹ Auch diese Bedrohung kam nicht aus heiterem Himmel. Schon 1946 hatten sich parallel zur CSU eine ganze Reihe regionaler politischer Gruppierungen gebildet, die später in der Bayernpartei aufgingen. Ihre Urzelle lag in München, wo Ludwig Max Lallinger die Partei am 28. Oktober 1946 aus der Taufe gehoben hatte.³² Zwar fehlte der Bayernpartei zunächst die Landeslizenz, so daß sich ihre regionalen Gliederungen nur an Wahlen auf kommunaler Ebene beteiligen konnten, doch war ihre Zulassung auf Landesebene lediglich eine Frage der Zeit.

Ein erster Warnschuß: Die Kommunalwahlen 1948

Zudem spielte die Bayernpartei schon vor dem 29. März 1948, dem Tag, an dem sie ihre landesweite Lizenz erhielt, in den internen Führungs- und Flügelkämpfen der CSU eine wichtige Rolle. Vor allem Fritz Schäffer und der von ihm geführte Bezirksverband Oberbayern liebäugelten wiederholt und ganz offen mit einem Übertritt zur weiß-blauen Konkurrenz, um Druck auf den Parteivorsitzenden Josef Müller auszuüben.³³ Wie ernst Schäffer diese Drohung wirklich meinte, steht dahin³⁴, er vollzog diesen Schritt jedenfalls nicht. Dafür wechselte mit dem ehe-

³⁰ IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, „Die Organisation der Christlich-Sozialen Union“. Referat von Hauptgeschäftsführer Dr. Zimmermann vor der Landesversammlung am 22. Oktober 1955 in München, S. 4, und ACSP, BV Schwaben 145, Arbeitsbericht für den Monat Juni 1947 des KV Nördlingen an die Bezirksgeschäftsstelle vom 5. 8. 1947. Das Folgende nach Schlemmer, Aufbruch, S. 242.

³¹ Vgl. dazu allgemein Wolf, CSU und Bayernpartei, und Mintzel, Geschichte der CSU, S. 94 f., sowie Schlemmer, Aufbruch, S. 229 ff., und Bock, Bayerische Herausforderung.

³² Zur Entstehung der Bayernpartei und ihren diversen regionalen Wurzeln vgl. Unger, Bayernpartei, S. 25–30.

³³ Vgl. Mintzel, Geschichte der CSU, S. 100 f. und S. 105 f.

³⁴ Dazu ausführlich Henzler, Fritz Schäffer, S. 255–262. Henzler vertritt die Ansicht, Schäffer habe einen Übertritt ernsthaft erwogen (S. 258). Danach scheiterte dieser Schritt letztlich an den Bedingungen, welche die Führung der Bayernpartei Schäffer und seinen Anhängern stellte: Die Dissidenten sollten danach einzeln übertreten und die von Schäffer gewünschte Neuwahl im Kreisverband Oberbayern unterbleiben, von der sich der Staatsrat sofort eine führende Position in der Bayernpartei versprochen hatte (S. 261 f.).

maligen Landwirtschaftsminister Joseph Baumgartner, der am 26. Januar 1948 in die Bayernpartei eintrat, ein anderer prominenter CSU-Politiker die Seiten, der im Handumdrehen zur Galionsfigur der Bayernpartei aufstieg.³⁵ Damit hatte sie sich endgültig zu einem ernstzunehmenden Gegner für die CSU gemausert, wie die Kommunalwahlen vom April 1948 zeigten. Obwohl die Bayernpartei nur in etwa einem Drittel der bayerischen Städte, Landkreise und Gemeinden eigene Kandidaten aufgestellt hatte, kam sie bayernweit auf knapp neun Prozent der Stimmen.³⁶

Am größten fiel die Wählerwanderung von der CSU zur weiß-blauen Protestbewegung im Regierungsbezirk Oberbayern aus.³⁷ In den 16 oberbayerischen Landkreisen, in denen die Bayernpartei eigene Kandidatenlisten zu den Kreistagswahlen eingereicht hatte, verlor die CSU ihre absoluten Mehrheiten, und in vier Landkreisen Oberbayerns avancierte die Bayernpartei sogar auf Anhieb zur stärksten Kraft. So auch im Landkreis Wasserburg, wo sie 403 128 Stimmen und 15 Sitze im Kreistag erzielte, gefolgt von der CSU, die es auf 379 599 Stimmen und ebenfalls 15 Mandate brachte.³⁸ Letztere stellte zwar gemeinsam mit den vier Kreisräten der Union der Ausgewiesenen, mit denen sie vor der Wahl eine Listenverbindung eingegangen war, immer noch die stärkste Fraktion im Wasserburger Kreistag. Dennoch zog die CSU bei der Wahl des Landrats, die damals noch durch den Kreistag erfolgte³⁹, den Kürzeren. CSU und Uda sahen sich einer stillen Koalition aus Bayernpartei und SPD gegenüber, die gemeinsam über eine hauchdünne Mehrheit im Kreistag verfügten. Nachdem sich auch die FDP und die Überparteiliche Freie Wahlgemeinschaft dem Wahlvorschlag der Bayernpartei angeschlossen, wurde deren Kandidat Heinrich Stulberger mit komfortabler Mehrheit zum neuen Landrat von Wasserburg gewählt.⁴⁰ Die Wahl Stulbergers schmerzte die CSU in zweifacher Hinsicht: Erstens hatte sie damit das wichtige Landratsamt verloren, zweitens handelte es sich beim neuen Landrat um einen Abtrünnigen aus den eigenen Reihen, der zu jenen 25 Persönlichkeiten gehörte, die im Dezember 1945 die CSU im Landkreis Wasserburg aus der Taufe gehoben hatten.⁴¹

³⁵ Vossen, „Föderalistisch leben oder asiatisch sterben“, S. 69 f.

³⁶ SJbB 24 (1952), S. 449. Zur Bedeutung Baumgartners für den kometenhaften Aufstieg der Bayernpartei auch Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 408.

³⁷ Vgl. im folgenden Schlemmer, Aufbruch, S. 234.

³⁸ Die CSU erhielt damit 31,2 Prozent der Stimmen, die Bayernpartei 33,1 Prozent. Daneben kamen die SPD auf acht Sitze (208 803 Stimmen oder 17,2 Prozent), die Überparteiliche Freie Wahlgemeinschaft auf zwei Sitze (55 191 Stimmen) und die FDP auf einen Sitz (39 621 Stimmen oder 3,2 Prozent) im neuen Wasserburger Kreistag. Die KPD ging mit 17 030 Stimmen (1,4 Prozent) dagegen leer aus. Diese Angaben nach Amtsblatt für den Landkreis und die Stadt Wasserburg am Inn Nr. 21 vom 22. 5. 1948, S. 86. Das Folgende nach OVB vom 23. 4. 1948 („Spitzenkandidaten für Kreistag und Stadtrat“).

³⁹ Landkreisordnung für den Freistaat Bayern, Art. 11, in: BGVBl. Nr. 17/1946, Gesetz Nr. 32 vom 18. 2. 1946. Erst ab 1952 wurden die Landräte von der Bevölkerung direkt gewählt.

⁴⁰ Auf Stulberger entfielen 26 gültige Stimmen, die 19 Kreisräte von CSU und Uda gaben leere Stimmzettel ab. BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Wasserburg am Inn, und OVB vom 11. 6. 1948 („Erste Sitzung des neuen Kreistages“).

⁴¹ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union im Landkreis Wasserburg vom 2. 1. 1946.

Ein personeller Aderlaß: „Überläufer“ von der CSU zur Bayernpartei

Ein derartiger Wechsel des Parteibuchs war damals kein Einzelfall. Nicht selten reizten bessere Aussichten auf eine schnelle politische Karriere zum Übertritt. Viele, die Ende der vierziger Jahre zur Bayernpartei gingen, taten dies, nachdem sie mit ihren Ambitionen in der CSU gescheitert waren. Andreas Schachner etwa, ein hoch angesehenen Sägewerksbesitzer aus Mittergars, hatte sich wiederholt um eine führende Funktion in der Wasserburger CSU bemüht, war dabei aber jedesmal leer ausgegangen.⁴² Nach seinem Übertritt zur Bayernpartei stieg Schachner 1948 umgehend zu deren Fraktionsvorsitzenden im Kreistag und zum Mitglied im Kreisausschuß auf. Welch große Bedeutung dem Phänomen des Seitenwechsels zukam, verdeutlicht ein Blick auf die im Juni 1948 gewählte Spitze der Bayernpartei. Mit dem Landesvorsitzenden Joseph Baumgartner, seinem ersten Stellvertreter Anton Donhauser und Landesgeschäftsführer Ernst Falkner wurden „die wichtigsten Führungspositionen von CSU-Dissidenten besetzt“.⁴³ Das galt auch für den Landkreis Wasserburg: Neben Landrat Stulberger, gewissermaßen dem personifizierten „Stachel im Fleisch der CSU“⁴⁴, befanden sich mit dem Bezirksvorsitzenden Georg Fischer aus Attel und dem Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, dem bereits erwähnten Andreas Schachner, die wichtigsten Funktionen in den Händen von Überläufern aus der bayerischen Unionspartei. Daneben gelang es der Bayernpartei bis zum Frühjahr 1948, eine ganze Reihe von Bürgermeistern der kreisangehörigen Gemeinden, die zuvor für die CSU kandidiert oder keiner Partei angehört hatten, zum Eintritt zu bewegen. So hatten im Landkreis Wasserburg immerhin neun der 43 Ortsvorsteher, die im April 1948 in ihren Ämtern bestätigt wurden, für die Bayernpartei kandidiert, 15 waren für die CSU angetreten.⁴⁵ Der personelle Aderlaß der CSU betraf freilich nicht nur Funktionäre und Mandatäre, sondern auch die einfachen Mitglieder, die in Scharen zur Bayernpartei überliefen. Max Zwicknagl beschwor schon früh die Gefahren einer Spaltung des bürgerlichen Lagers: „Dann Ade schönes christliches Abendland; Sozi und KPD werden die Mehrheit haben, wehe Bayern und Deutschland und Europa, weg dann die Bekenntnisschule, weg der Einfluß des Bauernverbandes.“⁴⁶ Zwicknagl versäumte es nicht, in scharfer Form vor der neuen innerbayerischen Konkurrenz zu warnen. „Hinter der Bayernpartei stehen anonyme Kräfte, die die Bayern und Bauern noch mehr mißbrauchen werden wie die Nazi [sic!].“ Derartige Appelle verhalten jedoch ungehört.

Die Bayernpartei war zu einem guten Teil ein Spaltprodukt der CSU, doch nicht nur deshalb charakterisierte Alf Mintzel den Konflikt zwischen den beiden

⁴² IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 15. 3. 1952. Das Folgende nach OVB vom 11. 6. 1948 („Erste Sitzung des neuen Kreistages“).

⁴³ Unger, Bayernpartei, S. 31 f. und Anm. 5; das Zitat findet sich auf S. 32.

⁴⁴ Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 375. Die folgenden Angaben zu Georg Fischer nach Amtsblatt für den Landkreis und die Stadt Wasserburg Nr. 18 vom 27. 4. 1946, S. 93, und Nr. 19 vom 4. 5. 1946, S. 98. Fischer war zuvor Mitglied der CSU gewesen und für die CSU 1946 nicht nur zum Bürgermeister von Attel, sondern auch in den Wasserburger Kreistag gewählt worden.

⁴⁵ OVB vom 27. 4. 1948 („Die gewählten Landbürgermeister“).

⁴⁶ ACSP, NL Zwicknagl 6, Max Zwicknagl an Josef Kroneder vom 18. 7. 1947. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

politischen Kräften als „Bruderzwist“.⁴⁷ Hinzu kamen programmatische und strukturelle Gemeinsamkeiten sowie die Tatsache, daß beide die gleichen Wählerschichten im Visier hatten.⁴⁸ Dementsprechend ähnlich sah denn auch das Sozialprofil der Exponenten beider Parteien vor Ort aus: Auf den beiden 1948 aufgestellten Kandidatenlisten wie auch in den schließlich gewählten Kreistagsfraktionen dominierten jeweils die Selbständigen und unter diesen wiederum die Bauern⁴⁹ – also genau jene ländlichen Honoratioren, die zu dieser Zeit das personelle Hauptreservoir der Politik auf dem Land ausmachten. In einem Punkt allerdings befand sich die Bayernpartei gegenüber der CSU zunächst in einem unschätzbaren Vorteil: Sie war, wegen ihrer Beschränkung auf die altbayerischen Landesteile, konfessionell wie auch in der radikal föderalistischen Ausrichtung ihrer Mitglieder homogener und sie trug – noch – keine Regierungsverantwortung. Daher mußten ihre führenden Vertreter in ihren öffentlichen Aussagen und Wahlversprechen keinerlei Rücksicht auf die verschiedenen Nachkriegsrealitäten wie etwa den allgegenwärtigen Mangel, die Ablieferungsverpflichtungen gegenüber anderen Zonen und Ländern, die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen oder auf Koalitionspartner nehmen.

Diese Realitäten schnürten der CSU, die in Bayern den Ministerpräsidenten stellte und auch im Frankfurter Wirtschaftsrat eine wichtige Rolle spielte, die Luft ab. Versuche ihrer führenden Exponenten, der bäuerlichen Bevölkerung im Wahlkampf von 1948 die größeren politischen Zusammenhänge zu erklären und sie von der Richtigkeit der eigenen Politik zu überzeugen, die von allen Opfer und Verzicht erforderte⁵⁰, fielen selten auf fruchtbaren Boden. Die Reden eines Jakob Fischbacher oder eines Anton Besold, die in scharfen Worten eine „Abrechnung mit Frankfurt“ vornahmen, die Regierungspolitik allgemein und die CSU im Besonderen für alle Mißstände verantwortlich machten und vehement für die „Schaffung eines selbständigen bayerischen Staates“ eintraten⁵¹, ernteten dagegen tosenden Applaus. Kurz: Der Bayernpartei gelang es, sich im Konflikt mit der CSU als *die* weiß-blaue Protestbewegung bzw. als „Protestpartei der Einheimischen“ zu präsentieren und zu etablieren.⁵²

c) *Das Kaninchen vor der Schlange: CSU und Bayernpartei 1949/50*

Da die Bayernpartei bei den Kommunalwahlen von 1948 nicht in ganz Bayern angetreten war, markierte die ein Jahr später abgehaltene Bundestagswahl das erste aussagefähige Kräftemessen mit der CSU. In dem wiederum mit verbissener Härte geführten Wahlkampf erblickte die Union allerdings nicht in regionalen

⁴⁷ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 62.

⁴⁸ Aus diesem Grund konstatierte Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 9, zwischen den beiden Parteien ein „besonderes Konkurrenzverhältnis über den üblichen Parteienwettbewerb hinaus“.

⁴⁹ Eine Aufstellung der Kandidaten und der schließlich gewählten Kreisräte in Amtsblatt für den Landkreis und die Stadt Wasserburg Nr. 16 vom 17. 4. 1948, S. 61–64, und Nr. 21 vom 22. 5. 1948, S. 85.

⁵⁰ Siehe beispielsweise OVB vom 20. 4. 1948 („Wir müssen ein Volk von Brüdern werden“), und OVB vom 27. 4. 1948 („Der Wahlverlauf in Wasserburg“).

⁵¹ OVB vom 16. 4. 1948 („Für ein selbständiges Bayern“). Zur Agitation der Bayernpartei gegen die CSU allgemein Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 48.

⁵² Unger, Bayernpartei, S. 40.

Konkurrenten wie der Bayernpartei oder dem Zentrum den Hauptgegner, sondern in der Sozialdemokratie, und dementsprechend wurde die SPD nebst ihrem Parteivorsitzenden Kurt Schumacher zur bevorzugten Zielscheibe von CDU und CSU.⁵³ Das wichtigste Themenfeld in dieser Auseinandersetzung lag im Bereich der Wirtschaftspolitik: Während die SPD dafür plädierte, den Wiederaufbau gezielt zu steuern und sich dabei moderner Planungsinstrumente zu bedienen, traten CDU und CSU für die „Soziale Marktwirtschaft“ ein, deren Protagonist Ludwig Erhard schon 1949 zur Wahlkampflokomotive der Union avancierte.⁵⁴ In Bayern, zumindest in Altbayern, gingen die Uhren einmal mehr anders. Aus zwei Gründen verlief hier die Hauptkampflinie nicht zwischen CSU und SPD, sondern zwischen CSU und Bayernpartei. Erstens bot die SPD mit ihrem spezifisch bayerisch-föderalistischen Profil im Freistaat zu wenig Angriffsfläche. Zweitens stellte die SPD in den ländlichen Regionen Altbayerns noch keinen ernst zu nehmenden Gegner dar. Dafür war die Bayernpartei gerade hier ein um so gefährlicherer Herausforderer. So blieb denn der CSU im Grunde gar nichts anderes übrig, als einen von der CDU möglichst unabhängigen Wahlkampf zu führen und dabei „auf die landespolitische Karte zu setzen“, schon um nicht als bloßes Anhängsel der CDU zu erscheinen.⁵⁵

„Bayern den Bayern“: Die Bayernpartei im Bundestagswahlkampf 1949

Unter diesen Vorzeichen begann im Hochsommer 1949 der Wahlkampf. Dabei profilierte sich die Bayernpartei in erster Linie mit maßlosen Angriffen auf die Regierungen im Freistaat und im Frankfurter Wirtschaftsrat, was ihr unter der Landbevölkerung großen Zulauf einbrachte. Als Zugpferd Nummer Eins fungierte Joseph Baumgartner, der es dank seines wackeren Eintretens für die Interessen der bayerischen Bauern zu enormer Popularität auf dem Land gebracht hatte.⁵⁶ Wahlversammlungen der Bayernpartei, die unter der einfachen Parole „Bayern den Bayern“ standen⁵⁷, mutierten nicht selten zu einer Mischung aus Geschichtsstunde und Gerichtsverhandlung, wobei sich die CSU und ihre führenden Köpfe stets auf der Anklagebank wiederfanden. Die Bayernpartei beschränkte sich, wie eine interne Analyse der CSU festhielt, „auf wenige, aber zugkräftige Versamm-

⁵³ Benz, Gründung der Bundesrepublik, S. 141, und Wengst, CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, S. 15 f. und S. 33–37; vgl. im folgenden ebenda.

⁵⁴ Von allen Unionspolitikern war Erhard, der im gesamten Bundesgebiet auf Wahlversammlungen auftrat, der gefragteste Redner im Wahlkampf von 1949. Koerber, Kampf ums Kanzleramt, S. 58 ff., und Wengst, CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, S. 23–27. Zu den Streitpunkten der Parteien Morsey, Bundesrepublik, S. 21, und Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 82 f.

⁵⁵ Schlemmer, Aufbruch, S. 342–345, das Zitat findet sich auf S. 342. Dazu auch Wengst, CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, und Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 126.

⁵⁶ Vgl. Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 43–50. Nach einer stichprobenartigen Umfrage des Deutschen Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung in Regensburg, das nach den Landesvorsitzenden der Parteien in Bayern gefragt hatte, war Baumgartner mit 37 Prozent der bekannteste bayerische Politiker; ihm folgte auf Platz zwei der Demagoge Alfred Loritz (33 Prozent), und erst an dritter Stelle rangierte Ministerpräsident Hans Ehard (29 Prozent). Darüber hinaus brachte die Umfrage ans Licht, „daß etwas mehr als die Hälfte der Befragten in Bayern nicht einmal den Namen eines einzigen Landesvorsitzenden nennen konnten“. OVB vom 13. 8. 1949 („Was weiß der Wähler von den Parteiführern“).

⁵⁷ Unger, Bayernpartei, S. 32, und Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 422.

lungen mit allen möglichen 'Tricks'.⁵⁸ Diese unterschieden sich signifikant von dem nüchternen, ja kargen Erscheinungsbild, das die anderen Parteien boten. Sie glichen folkloristischen Inszenierungen in weiß und blau, die darauf ausgerichtet waren, möglichst sämtliche Sinne der Anwesenden zu berauschen.⁵⁹ Das begann mit der entsprechenden Dekoration des Versammlungslokals, das in den bayerischen Landesfarben ausgeschlagen war. Bereits lange vor Beginn der politischen Referate brachten Blaskapellen die Zuhörer in die entsprechende Stimmung, und der Alkohol tat ein übriges, so daß der Saal in der Regel schon beim Auftritt des Referenten kochte. In Pfaffenhofen wollte die Bayernpartei sogar einen Gottesdienst „mit ‚bayerischen‘ Gesangseinlagen (Riederer Buam)“ als Wahlveranstaltung abhalten. Und auf den Plakaten waren mit dem bayerischen Löwen oder dem Schmied von Kochel geschichtsträchtige Symbole abgebildet.⁶⁰

Dazu gesellte sich die entsprechend rustikale Rhetorik. Ihre Kernbotschaft lautete, wer bayerisch denke, müsse der Bayernpartei die Stimme geben.⁶¹ Um die enorme Wirkung und Attraktivität dieser simplen Botschaft wie auch der daraus abgeleiteten einfachen Parolen zu verstehen, muß man sich die Sonderstellung des Freistaats unter den neu entstandenen Ländern der Bundesrepublik vergegenwärtigen. Immerhin war Bayern das einzige Bundesland, das auf eine lange staatliche Tradition zurückblicken konnte und seine Souveränität formell erst mit der Revolution von 1918/19 verloren hatte.⁶² Nach 1945 stellte die Besinnung auf die bayerische Identität für viele Alteingesessene eine bequeme Rückfalloption dar, die sowohl vorwärts als auch rückwärts wirkte: In der Vergangenheit entschuldete sie die bayerische Bevölkerung von den Verbrechen des Nationalsozialismus, die als direkte Konsequenz des „preußischen Militarismus“ gewertet wurden. In Gegenwart und Zukunft räumte dieses Konstrukt den Einheimischen ein eindeutiges Vorrecht vor den Neubürgern ein, die allenfalls geduldet wurden.

Die Bayernpartei schwang sich zum Protagonisten und Propagandisten dieser Sicht der Dinge auf. In dem Gedankengebäude ihrer führenden Köpfe wie ihrer Funktionäre vor Ort erschien das Leben in Bayern vor 1871 als reines Paradies.⁶³ Das unschuldige Bauernland habe in seiner langen Geschichte stets genug Lebensmittel produziert, um alle seine Landeskinder ernähren zu können, und sich seinen Nachbarn gegenüber niemals aggressiv verhalten. Preußen verkörperte in dieser simplen Vorstellungswelt den Gegenpol, den Hort des Bösen, der nach der Reichsgründung durch Bismarck schließlich auch Bayern mit ins Verderben geris-

⁵⁸ ACSF, BV Schwaben 67, Der Oberbayerische Informationsbrief 32/49 vom 28. 9. 1949. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

⁵⁹ Vgl. Unger, Bayernpartei, S. 64 ff. Hans Utz faßte das Kalkül, das hinter derartigen Inszenierungen stand, mit den Worten zusammen: „Unsere Bauern sind Augen- und Sinnesmenschen; was sie nicht sehen und greifen können, dafür haben sie wenig übrig.“ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 15. 6. 1952.

⁶⁰ Vgl. Unger, Bayernpartei, S. 50 f.

⁶¹ Auf diesen Punkt brachte es der Direktkandidat der Bayernpartei im Wahlkreis Mühldorf, Altötting und Wasserburg, Georg Mayerhofer; OVB vom 9. 8. 1949 („Bayernpartei und WAV im Wahlkampf“).

⁶² Vgl. Menges, Vom Freistaat zur Reichsprovinz, S. 181–186, und Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 25.

⁶³ Zu den historischen Simplifizierungen führender Köpfe der Bayernpartei auch Unger, Bayernpartei, S. 139.

sen habe. So erklärte etwa Jakob Fischbacher auf einer Großkundgebung in Wasserburg: „Preussen vor Bismarck war das Verhängnis Deutschlands, Preussen unter Bismarck war das Verhängnis Europas und Preussen unter Hitler war das Verhängnis der Welt. Wenn es einen Verräterstaat auf dieser Erde gegeben hat und gibt, dann ist es Preussen.“⁶⁴ Daher war seiner Ansicht nach „die geistige Entpreussung Deutschlands“ das Gebot der Stunde.

Damit hing die Forderung nach einem selbständigen bayerischen Staat zusammen, die zu den immer wiederkehrenden Topoi der Redner der Bayernpartei gehörte, wenn auch offen blieb, wie weit diese Selbständigkeit gehen sollte. Joseph Baumgartner forderte, Bayern müsse die Hoheitsrechte zurückerhalten, die es 1871 und 1918/19 verloren habe, und sprach sich gegen die Eingliederung des Freistaates in einen westdeutschen Staat aus, dessen Grundgesetz er als „Diktat der Militärregierung“ diffamierte.⁶⁵ Jakob Fischbacher begründete die Forderung nach einem selbständigen Bayern mit der Ausschaltung jedes preußischen bzw. norddeutschen Einflusses:

„Wir Bayern sind am tiefsten Stand unserer Geschichte angekommen. Wir müssen endlich soweit kommen, dass wir uns von diesen [sic!] Geschichtspartner, der uns durch die Jahrhunderte betrogen hat, ein und für immer trennen. Die Mainlinie muß zu einem Wall werden. Wir wollen unser Bayernland wieder heraushaben [...]. Keinen Separatismus, aber wir wollen in Bayern wieder eigene Herren werden.“⁶⁶

In dieser Rhetorik klangen mitunter Töne an, die noch gänzlich der Diktion des „Dritten Reiches“ verhaftet waren. In seiner berühmt-berüchtigten Wasserburger Rede vom Februar 1947 hatte Jakob Fischbacher, dem nach eigener Aussage „ein bayerischer Nazi immer noch lieber als ein Preusse“ war, erklärt:

„Auch die Moral des Dorfes ist versaut durch die nazistischen Einflüsse, besonders aber durch die KdF und die Evakuierten, die halb oder ganz nackt im Sommer in Wald- und Wiesenrändern lagen und für den schwerarbeitenden Bauern nur die Bezeichnung ‚doofer Bauer‘ hatten. Das Bedauerlichste aber ist, daß bayerische Bauernburschen auf die geschminkten Weibsen mit lackierten Fingernägeln und wasserstoffoxydierten Haaren hereinfallen und solche sich sogar zu Bäuerinnen gewählt haben. Das halte ich für einen Verrat am Stande und, wenn ich so sagen darf, für Blutschande.“⁶⁷

Damit lag Fischbacher auf einer Wellenlänge mit seinem Parteifreund Andreas Schachner, der den Ausführungen Fischbachers aus vollem Herzen zustimmte und seinerseits bemerkte:

„Ich habe nachgedacht, weil ich zu Ihnen sagte wenn möglich auf die norddeutsche Intelligenz Rücksicht zu nehmen, die entsprechend sich anständig benimmt bei uns. Aber es ist

⁶⁴ ACSP, NL Zwicknagl 7, Versammlungsbericht über die Kundgebung der Bayernpartei am 16. 11. 1947 in Wasserburg vom 19. 11. 1947. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

⁶⁵ OVB vom 5. 7. 1949 („Bonn, ein Diktat der Militärregierung“).

⁶⁶ ACSP, NL Zwicknagl 7, Versammlungsbericht über die Kundgebung der Bayernpartei am 16. 11. 1947 in Wasserburg vom 19. 11. 1947. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

⁶⁷ Zitiert nach Unger, Bayernpartei, S. 212, Anm. 143. Für die amerikanische Militärregierung stellten übrigens nicht so sehr die verbalen Entgleisungen Fischbachers das eigentliche Skandalon dar, sondern vielmehr die Tatsache, daß die gesamte lokale politische Prominenz mit Max Zwicknagl an der Spitze, die sämtlich bei der Versammlung anwesend gewesen waren, kein Wort des Protests verloren, ja teilweise sogar Zustimmung signalisiert hätten. IfZ-Archiv, RG 260, 10/78-3/1, Quarterly Historical Report LK Wasserburg für 1. 1.-31. 3. 1947, undatiert.

wirklich nicht möglich, weil so viel an den Futtergripen [sic!] in unserem Bayernlande sind, daß direkte Pogromme [sic!] nötig wären um Gerechtigkeit herzustellen.“⁶⁸

Entsprechend hartherzig trat die Bayernpartei gegenüber den Neubürgern auf, wenn man auch innerhalb dieser Gruppe differenzierte. Den „wirklich Heimatvertriebenen“ wollte auch die Bayernpartei die „volle Gleichberechtigung“ zuerkennen⁶⁹, „Zuwanderer aus der Ostzone“ sollten dagegen lediglich ein Bleibeerecht erhalten, vom aktiven und passiven Wahlrecht jedoch ausgeschlossen sein. Was schließlich die Evakuierten und Flüchtlinge betraf, die der Krieg nach Bayern verschlagen hatte, forderte die Bayernpartei die umgehende Abschiebung in ihre Heimat. Die näheren Einzelheiten gedachte man in einem eigenen „bayerischen Staatsangehörigkeitsgesetz“ bzw. einem „Staatsbürgergesetz“ zu regeln.⁷⁰

Für alle Mißstände machte man natürlich die CSU verantwortlich, die dem propagandistischen Orkan der Bayernpartei nur wenig entgegenzusetzen hatte. Zwar versuchte auch die bayerische Unionspartei, sich betont „bayerisch“ zu geben, und das hieß in Altbayern in erster Linie, verbal auf die föderalistische Pauke zu hauen.⁷¹ Aufgrund ihrer Einbindung in den Frankfurter Wirtschaftsrat konnte die CSU dabei jedoch einen gewissen Punkt nicht überschreiten, ohne ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Dagegen durften die Politiker der Bayernpartei nach Herzenslust gegen die Weststaatsgründung und das Grundgesetz vom Leder ziehen.⁷² Insofern hielt die Bayernpartei die besseren Karten in der Hand – zumindest solange sie ihren starken Worten keine ebensolchen Taten folgen lassen mußte.

In der Defensive: Die CSU in den Wahlkämpfen von 1949 und 1950

Die CSU litt in besonderem Maße unter den diffamierenden Angriffen auf ihre führenden Köpfe. Neben den lokalen Größen wie etwa Max Zwicknagl, befanden sich im Raum Wasserburg vor allem Josef Müller und Ministerpräsident Hans Ehard im Visier der Bayernpartei.⁷³ Da jedoch deren Exponenten nicht in der Verantwortung standen, konnte die CSU kaum mit entsprechenden Retourkutschen antworten. So wirkte die CSU in ihrem Auftreten gegenüber der Bayernpartei zunächst wie das sprichwörtliche Kaninchen vor der Schlange. Im Vorfeld der Bundestagswahl von 1949 konnte sich die Partei noch nicht einmal auf eine einheitliche Haltung gegenüber der Konkurrenz einigen. Während der klerikal-konservative Parteiflügel um Alois Hundhammer für ein Bündnis mit der Bayernpartei eintrat, forderten fränkische Vertreter der CSU eine eindeutige Frontstellung ge-

⁶⁸ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Andreas Schachner an Jakob Fischbacher vom 22. 11. 1947.

⁶⁹ OVB vom 12. 4. 1949 („Rückführung aller Evakuierten gefordert“). Die folgenden Zitate ebenda.

⁷⁰ Von einem „bayerischen Staatsangehörigkeitsgesetz“ sprach Ludwig Max Lallinger, ACSP, NL Zwicknagl 7, Versammlungsbericht über die Kundgebung der Bayernpartei am 16. 11. 1947 in Wasserburg vom 19. 11. 1947; ein „Staatsbürgergesetz“ forderte Joseph Baumgartner, ACSP, NL Zwicknagl 7, Hans Binsteiner an den Verlag „Der gerade Weg“ vom 3. 2. 1949.

⁷¹ Zur Rolle des Föderalismus in der Auseinandersetzung zwischen CSU und Bayernpartei vgl. ausführlich Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 115–142, und, für die Frühphase, auch Kock, Bayerns Weg, S. 212–220.

⁷² Vgl. Vossen, „Föderalistisch leben oder asiatisch sterben“, S. 75–85, und Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 119–125.

⁷³ WZ vom 25. 7. 1950 („Fragezeichen der weiß-blauen Politik“). Dazu auch Schlemmer, Aufbruch, S. 343f.

gen die dort verhaßte Konkurrenz.⁷⁴ Im Landkreis Wasserburg dominierten, wie überhaupt in Altbayern, die moderaten Töne. Hundhammer zog es auf einer Kundgebung im Wasserburger Rathaussaal vor, die Parteien links von der Union anzugreifen, die er als „Helfershelfer der Kommunisten“ bezeichnete.⁷⁵ Der streitbare Kultusminister rechtfertigte die Politik der CSU mit dem Argument, daß Bayern angesichts der Flüchtlingsnot auf Unterstützung seitens des Bundes angewiesen sei und keine Alleingänge riskieren könne. Betont sachlich gab sich auch der Bundestagskandidat der CSU für Mühldorf, Altötting und Wasserburg, Ernst Rattenhuber. Ohne auf die Polemiken Fischbachers und seiner Gesinnungsfreunde einzugehen, schilderte Rattenhuber die Arbeit des Frankfurter Wirtschaftsrats, dem er seit 1949 selbst angehörte⁷⁶, durchaus positiv, wobei Fragen der Landwirtschaftsförderung im Zentrum seiner Ausführungen standen; der Tenor auch seiner Worte lautete, Bayern könne die zeitbedingten Probleme ohne Deutschland nicht lösen.⁷⁷ Eine euphorische Stimmung mochte sich angesichts derart nüchterner und defensiver Ausführungen bei den Zuhörern nicht einstellen. Franz Xaver Köck betonte zwar, die CSU gehe „mit großer Zuversicht in den Wahlkampf“, doch dieser Optimismus war nur Fassade – in Wahrheit herrschte in der bayerischen Unionspartei, was den Ausgang der Bundestagswahl betraf, begründeter Pessimismus vor.⁷⁸

Auch im Wahlkampf zur Landtagswahl 1950 kam die CSU gegenüber der Bayernpartei nicht aus der Defensive heraus. Die Wasserburger Union mußte auch noch den Verlust ihres Zugpferdes Max Zwicknagl verkraften, der im Februar 1948 aus dem bayerischen Landtag ausgeschieden war, um in den Frankfurter Wirtschaftsrat zu wechseln.⁷⁹ Aus seinen Unterlagen geht nicht hervor, warum sich der streitbare Brauereibesitzer fast völlig aus dem politischen Geschehen im Landkreis zurückzog; möglicherweise war er der Anfeindungen seitens der Bayernpartei und auch aus dem eigenen Lager überdrüssig. Jedenfalls machte sich Zwicknagl in den Wahlkämpfen von 1949 und 1950 rar⁸⁰, so daß andere wie Sebastian Huber in die Bresche springen mußten. Huber, der Landtagskandidat der

⁷⁴ Schlemmer, Aufbruch, S. 344 f. Thomas Dehler verstand es geschickt, sich die fränkischen Antipathien gegen die Bayernpartei zunutze zu machen. Im Landtagswahlkampf von 1950 erklärte der Bundesjustizminister auf einer Kundgebung seiner Partei in Nürnberg: „Wenn jemals die Bayernpartei die beherrschende Macht werden sollte, [...] dann schaffe ich ein selbständiges Franken und wenn ich dabei zugrunde gehen sollte.“ WZ vom 21. 11. 1950 („Wahlkampf für bayerischen Landtag auf dem Höhepunkt“).

⁷⁵ OVB vom 2. 8. 1949 („Deutschland, Bannerträger einer christlichen Staatsführung“).

⁷⁶ OVB vom 6. 8. 1949 („Ernst Rattenhuber, Wahlkreiskandidat für die CSU“).

⁷⁷ OVB vom 4. 8. 1949 („Die Parteien im Wahlkampf“), und OVB vom 2. 8. 1949 („Deutschland, Bannerträger einer christlichen Staatsführung“). Das folgende Zitat findet sich ebenda.

⁷⁸ Schlemmer, Aufbruch, S. 339 f.

⁷⁹ Köck, Bayerische Landtag, S. 436. 1952–53 wurde Zwicknagl zum Leiter der „Dienststelle für besondere Versorgungsaufgaben“ (DbV) im Bundesernährungsministerium bestellt, die als Versorgungsstelle für deutsche Truppen innerhalb der EVG vorgesehen war; als diese scheiterte, schied Zwicknagl Ende 1953 aus der DbV aus. 1955 wurde er zum deutschen Konsul in Innsbruck berufen, ein Posten, den er bis 1962 bekleidete. Zwicknagl starb am 10. 1. 1969 in Rott.

⁸⁰ Die „Wasserburger Zeitung“ verzeichnete im Bundestagswahlkampf von 1949 keinen einzigen Auftritt Zwicknagls im Landkreis Wasserburg. Auch im Landtagswahlkampf von 1950 bestritt Zwicknagl keine offiziellen CSU-Veranstaltungen; allerdings geriet die Feier zum 100jährigen Bestehen seiner Brauerei, bei der auch Josef Müller zugegen war, zu einer informellen Werbeveranstaltung der CSU. Dazu WZ vom 21. 10. 1950 („100 Jahre ‚Kaiser-Bräu‘ in Rott“), und WZ vom 24. 10. 1950 („Der stimmungswaltige Justizminister sang fest mit“).

CSU, erklärte mit Blick auf die Parolen der Bayernpartei, man könne heute nicht mehr von einem selbständigen Bayern träumen.⁸¹ Auch Josef Müller, sonst selten um deutliche Worte verlegen, polemisierte im Vorfeld der Landtagswahl von 1950 lediglich „in mehr oder weniger versteckten Anspielungen“ gegen die weiß-blaue Konkurrenz.⁸² Selbst der junge Franz Josef Strauß, seinerzeit Generalsekretär der CSU, faßte bei der Eröffnung des Landtagswahlkampfes von 1950 in Wasserburg die Bayernpartei mit Samthandschuhen an. Während Strauß heftig auf die KPD eindrosch, hieß es in Richtung Baumgartner und Co. lediglich, Bayern habe sich als untrennbarer Bestandteil der Bundesrepublik etabliert, weshalb bayerische Sonderwege oder Alleingänge ausgeschlossen seien.⁸³ Ansonsten beschränkte sich die CSU darauf, die Arbeit der Regierungen in München und Bonn zu loben und diejenigen, die sich nach wie vor zu kurz gekommen wähnten, auf später zu vertrösten. Immerhin bemühte sich die CSU auf diese Weise auch um eine aktive Integrationspolitik gegenüber den Flüchtlingen und Vertriebenen, die damit mittelfristig ebenfalls als Klientel für die bayerische Unionspartei in Frage kamen. Das war freilich ein Optionsschein auf eine noch ganz ungewisse Zukunft; die Gegenwart der Jahre 1949 und 1950 sah für die CSU alles andere als rosig aus.

d) Herbe Wahlschläppen:

Die Bundestagswahl 1949 und die Landtagswahl 1950

Zwar ging die Union aus der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 als Sieger hervor⁸⁴, doch mit Blick auf ihr Wahlergebnis in Bayern hatte die CSU wenig Grund zum Feiern, auch wenn ihre Vertreter nun in Bonn auf der Regierungsbank Platz nehmen durften.⁸⁵ Obwohl sie mit 29,2 Prozent der gültigen Stimmen wieder stärkste Partei im Freistaat wurde und die Konkurrenz von SPD (22,7 Prozent), Bayernpartei (20,9 Prozent), WAV (14,4 Prozent) und FDP (8,5 Prozent) auf die Plätze verwies, kam das Abschneiden einem Desaster gleich, wenn man es mit den vorherigen Resultaten vergleicht.⁸⁶ Das galt auch für die Untersuchung einbezogenen Landkreise, wengleich das Ausmaß des Wahldebakels

⁸¹ WZ vom 24. 8. 1950 („CSU geht mit Optimismus in die Landtagswahlen“).

⁸² WZ vom 24. 8. 1950 („Stellvertr. Ministerpräsident Dr. Josef Müller sprach auf CSU-Kundgebung“), und WZ vom 18. 11. 1950 („CSU für europäische Zoll- und Währungsunion“).

⁸³ WZ vom 19. 9. 1950 („CSU: Bayern untrennbarer Bestandteil des Bundes“). Das Folgende nach WZ vom 4. 11. 1950 („Die CSU und die bayerischen Landtagswahlen“), und WZ vom 7. 11. 1950 („Wahlauftakt der CSU in Haag“).

⁸⁴ Bei einer bundesweiten Wahlbeteiligung von 78,5 Prozent kamen CDU/CSU zusammen auf 31 Prozent der gültigen Stimmen und verwiesen die leicht favorisierte SPD mit 29,2 Prozent auf den zweiten Rang. Die FDP erhielt 11,9 Prozent, die Bayernpartei 4,2 Prozent und die WAV 2,9 Prozent. Diese Angaben nach Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 100.

⁸⁵ Dem ersten Kabinett Konrad Adenauers gehörten drei Mitglieder der CSU an: Fritz Schäffer übernahm das Finanzressort, Wilhelm Niklas fungierte als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, und das Bundesministerium für Post und Fernmeldewesen wurde von Hans Schubert geleitet. Schindler, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Bd. 1, S. 1031. Zur Regierungsbildung vgl. die spannende Schilderung von Schwarz, Adenauer, Bd. 1, S. 619–630; dazu auch Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 94–101.

⁸⁶ Schlemmer, Aufbruch, S. 355. Das bayerische Wahlergebnis nach Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 121. Die folgenden Ergebnisse nach BSB 150, S. 38–43. Die Ergebnisse der elf untersuchten Landkreise spiegeln dabei in auffallender Weise die Ergebnisse in den sieben bayerischen Regierungsbezirken wider, siehe Schlemmer, Aufbruch, S. 356 ff.

unterschiedlich ausfiel. In den Landkreisen Wasserburg am Inn und Bogen, in denen die Bayernpartei zur stärksten Partei aufstieg, schnitt die CSU besonders schlecht ab. In den drei oberpfälzischen Landkreisen Beilngries, Neumarkt und Roding behauptete sie sich dagegen relativ gut, ebenso wie in Mittelfranken, wo die Bayernpartei so gut wie gar nicht in Erscheinung trat; in Feuchtwangen erzielte die CSU mit 46,1 Prozent das beste Ergebnis aller elf Landkreise. Auch im unterfränkischen Königshofen im Grabfeld und im schwäbischen Neuburg an der Donau lag sie, obwohl sie in beiden Kreisen erhebliche Verluste verkraften mußte, immer noch deutlich über ihrem landesweiten Ergebnis. Allen noch so dramatischen Einbußen zum Trotz blieb die CSU weiterhin eine gesamtbayerische Partei, die – anders als die Bayernpartei, aber auch anders als die SPD – in allen sieben Regierungsbezirken verankert war.⁸⁷

Fiasko im Landkreis Nördlingen

Diese Tatsache dürfte den Mitgliedern der Orts- und Kreisverbände jedoch nur ein schwacher Trost gewesen sein; für sie zählten in erster Linie die nackten Zahlen, und die sahen verheerend aus. Im Landkreis Nördlingen erreichte die CSU 1949 nur noch 30,3 Prozent⁸⁸, was einem Verlust von über 30 Prozentpunkten gegenüber den Wahlen des Jahres 1946 entsprach. Im Ries lag der Einbruch nicht an der Bayernpartei, die auf 9,6 Prozent der Stimmen kam und lediglich in einer einzigen Gemeinde zur stärksten politischen Kraft avancierte. Das gute Abschneiden im Markt Wallerstein, wo die Bayernpartei 33,2 Prozent erhielt, ging in erster Linie auf Fürst Eugen zu Oettingen-Wallerstein zurück, den seine monarchistische Einstellung 1948 zur Bayernpartei gebracht hatte. Der Fürst fungierte nicht nur als Kandidat der Bayernpartei im Stimmkreis, der die Landkreise Donauwörth, Dillingen, Neuburg an der Donau und Nördlingen umfaßte; er war in Wallerstein, wo sich der Stammsitz seines Geschlechts befand, auch der mit Abstand wichtigste Arbeitgeber, so daß die Mischung aus hohem Sozialprestige und wirtschaftlicher Abhängigkeit vielfach den Ausschlag gegeben haben dürfte, das Kreuz hinter seinem Namen zu machen.⁸⁹

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Diese und die folgenden Angaben zum Wahlergebnis von 1949 im Landkreis Nördlingen nach BSB 150, S. 38–43.

⁸⁹ RN vom 17. 8. 1949 („Überraschendes Wahlergebnis“), und BSB 150, S. 160ff. Auch in den im Norden Wallersteins gelegenen Gemeinden Munzingen, Marktoffingen und Birkhausen, in denen die CSU ihre Stellung als stärkste politische Kraft verteidigen konnte, schnitt die Bayernpartei mit jeweils über 25 Prozent der Stimmen überdurchschnittlich gut ab. Ebenda. Eugen Fürst zu Oettingen-Wallerstein hatte 1885 in Prag das Licht der Welt erblickt und war in der k.u.k. Monarchie aufgewachsen. Nach einem Jurastudium in München und Würzburg trat er in den Diplomatischen Dienst des Deutschen Reiches ein, wo er in St. Petersburg, Berlin und Paris wirkte. Im Ersten Weltkrieg erhielt er zunächst ein Frontkommando, bevor er 1915 als Verwaltungschef im Generalgouvernement Warschau eingesetzt wurde. Als überzeugter Monarchist schied er 1918 freiwillig aus dem diplomatischen Dienst aus und wirkte von 1923 bis 1930 als Chef der Hof- und Vermögensverwaltung des Kronprinzen Rupprecht. 1930, nach dem Tod seines älteren Bruders, übernahm er den Stammsitz Wallerstein. Dem Nationalsozialismus stand er distanziert gegenüber, wurde aber trotzdem 1941 zur Militärverwaltung eingezogen. Nach Kriegsende reorganisierte er den Verband des größeren Grundbesitzes in Bayern. RN vom 3. 8. 1949 („Bundestagskandidaten unserer Heimat“). Zu seiner Bedeutung als Arbeitgeber IfZ-Archiv, RG 260, 10/65–2/5, Annual Historical Report LK Nördlingen vom 30. 6. 1947.

Als Hauptkonkurrent der CSU im Landkreis Nördlingen trat 1949 die WAV auf den Plan, deren Wahlerfolg – die WAV kam im Ries auf 29,4 Prozent und war damit fast so stark wie die CSU! – vor allem darauf beruhte, daß sie die alteingesessene Landbevölkerung wie auch die Neubürger gleichermaßen ansprach.⁹⁰ Die Attraktivität der WAV für die Einheimischen war immer noch auf die Wurzeln der Partei im Demokratischen Deutschen Volk zurückzuführen. Einer der Gründerväter jener Bauerngruppierung aus Rudelstetten, Wilhelm Schmidt, zog nun in den Bundestag ein.⁹¹ Aus dem gleichen Umfeld stammte der schneidige Karrierist Hans Löfflad, 1922 in Bühl am Ries geboren, der als Intimus und Chauffeur von Parteichef Loritz 1949 zum jüngsten Mitglied des westdeutschen Parlaments avancierte.⁹² Die zweite Säule des WAV-Erfolgs im Landkreis Nördlingen und in Bayern überhaupt bestand in einem strategisch geschickten Wahlbündnis mit einer Interessenorganisation von Flüchtlingen und Vertriebenen, dem „Neubürgerbund“. Ohne amerikanische Lizenz, dafür mit einer vielköpfigen Anhängerschar im Rücken, verkörperte diese 1947 im niederbayerischen Pocking gegründete Gruppierung um den gebürtigen Schlesier Günter Goetzendorff die „bedeutendste der Flüchtlingsparteien in Wartestellung“.⁹³ Diese Allianz ermöglichte der WAV, die zuvor bereits in der Bedeutungslosigkeit versunken zu sein schien, ein kaum für möglich gehaltenes Comeback auf der politischen Bühne. Insofern war die Stellung der CSU auch „durch eine verdeckte Flüchtlingspartei gefährdet, die es in den anderen Bundesländern nicht gab oder die dort nur auf geringe Resonanz stieß.“

Ein Auftritt von Alfred Loritz in der Kreisstadt, der mit seinen Haßtiraden gegen die „Versagerpolitik“ der Regierung einmal mehr die Massen anzog⁹⁴, markierte den einzigen Höhepunkt in einem ansonsten geradezu unterkühlt verlaufenen Wahlkampf im Landkreis Nördlingen.⁹⁵ Der Kommentator der „Rieser Nachrichten“ urteilte:

„Man sah weder Handzettel noch erlebte man Aufmunterungen zur Wahl. So wie der Wahlkampf ein getreues Spiegelbild unseres armen Daseins war, sparsam im äußeren Aufwand, ohne Begeisterung, ohne mitreißender Wahlparole [sic!], so war auch der Wahlsonntag stumm, ohne jede betriebsame Regsamkeit früherer Jahre. Nur das Postamt hatte die schwarz-rot-goldene Flagge gehißt.“⁹⁶

⁹⁰ RN vom 17. 8. 1949 („Überraschendes Wahlergebnis“).

⁹¹ Schmidt hatte als Vorsitzender des Kreisverbandes Nördlingen auf Platz 4 der Landesliste der WAV kandidiert. Schumacher, M.d.B., S. 370, und Woller, Loritz-Partei, S. 122.

⁹² Löfflad hatte auf Platz 9 der Landesliste der WAV kandidiert. RN vom 22. 8. 1949 (Kurzbildbericht), und Schumacher, M.d.B., S. 250, sowie Woller, Loritz-Partei, S. 122.

⁹³ Woller, Loritz-Partei, S. 118. Zur WAV in der Bundestagswahl 1949 und ihrem Bündnis mit dem Neubürgerbund vgl. ausführlich ebenda, S. 116–125, und Schlemmer, Aufbruch, S. 360–364. Das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 360.

⁹⁴ Als sich Redner anderer Parteien zu Wort melden wollten, drohte die Versammlung im Chaos zu versinken; es kam zu hitzigen Wortgefechten und Handgreiflichkeiten, die auch noch nach dem Ende der Veranstaltung auf den Gassen der Stadt ausgetragen wurden. RN vom 3. 8. 1949 („Wahlumgebung mit stürmischem Ausgang“).

⁹⁵ Dem gab eine Karikatur auf der Titelseite der Rieser Nachrichten vom 22. 7. 1949 unter dem Titel „Wahlkampf im Hochsommer“ Ausdruck, in der drei auf einer Bank schlummernde Personen abgebildet sind – ein Arbeiter, der ein Schild mit der Aufschrift „Wählt die SPD“ um den Hals trägt, ein Pfarrer, der eine Fahne mit der Aufschrift „Bleibt bei der CSU“ in der Hand hält, und zwischen den beiden ein erheblich kleinerer Mann, der mit dem Transparent „Wählt die Kleinen“ wirbt.

⁹⁶ RN vom 17. 8. 1949 („Überraschendes Wahlergebnis“).

Der Grund für den lauen Wahlkampf von CSU, Bayernpartei und SPD lag wohl in erster Linie darin, daß das Ergebnis aufgrund der konfessionellen wie sozio-ökonomischen Strukturen des Wahlkreises von vornherein feststand. So räumte der CSU-Kandidat Martin Loibl nach seinem Wahlerfolg ganz offen ein: „Es konnte von Anfang an kaum ein Zweifel bestehen, daß im Wahlkreis Donauwörth-Neuburg der CSU-Kandidat allein Aussicht auf Erfolg haben würde.“⁹⁷ Angesichts derart klarer Verhältnisse konzentrierten die Parteien ihre knappen Ressourcen auf härter umkämpftes Terrain. Im Raum Nördlingen konnte die CSU keinen einzigen überregional bekannten Referenten präsentieren, von Spitzenrednern ganz zu schweigen. Die wenigen Wahlversammlungen bestritt der Kandidat Martin Loibl, dem dabei allenfalls die Unterstützung regionaler CSU-Größen wie beispielsweise des Oettinger Bürgermeisters Hermann Lutz zuteil wurde.⁹⁸ Der Wahlkampf im Ries stellte freilich auch insofern einen Sonderfall dar, als er vom Streit um die Frage überlagert wurde, ob die Stadt Nördlingen wieder kreisfrei werden sollte oder nicht – der alles beherrschenden Frage im Ries in jenen Tagen. Die Fronten verliefen dabei nicht entlang der Parteigrenzen, sondern zwischen Stadt und Landkreis, was den Wahlkampf zusätzlich komplizierte.⁹⁹

So hatte die CSU im Ries einen erheblich schwereren Stand, als es das Resultat im Bundeswahlkreis vermuten läßt, wo die CSU bei immerhin 36,2 Prozent landete.¹⁰⁰ In nur noch 32 der 74 kreisangehörigen Gemeinden war die Union zur stärksten Kraft geworden, in lediglich 17 erzielte sie über 50 Prozent der Stimmen. Die WAV lag dagegen in 25 Gemeinden vorne, in 12 hatte sie die absolute Mehrheit errungen. In Alerheim und Auhausen konnte sich überraschend die FDP als stärkste Partei etablieren, die zuvor nur in den Städten Nördlingen und Oettingen eine relevante Wählerzahl besessen hatte, nun aber erstmals auch in einigen Landgemeinden Stimmengewinne verbuchte.¹⁰¹

Die verbliebenen Hochburgen der CSU im Ries

Die verbliebenen Hochburgen der CSU zeichneten sich durch drei Charakteristika aus: Ihre Bevölkerung war in der großen Mehrheit katholisch, lebte ganz überwiegend von Land- und Forstwirtschaft und wies nicht selten einen relativ hohen Flüchtlingsanteil auf. Letzteres ist nur auf den ersten Blick erstaunlich: Zwar dürften die Neubürger ihr Kreuz zumeist nicht bei der CSU, sondern – aufgrund des Wahlabkommens mit dem „Neubürgerbund“ – bei der WAV gemacht

⁹⁷ RN vom 19. 8. 1949 („Die sieben Schwaben“).

⁹⁸ Zumindest verzeichneten die „Rieser Nachrichten“, die ausführlich über den Wahlkampf aller Parteien berichteten, zwischen Anfang Juni und dem Wahltermin lediglich CSU-Veranstaltungen mit Martin Loibl und regionalen Vertretern der CSU.

⁹⁹ RN vom 30. 5. 1949 („Bürgermeister und Landrat kreuzen die Klinge“), und RN vom 10. 6. 1949 („Eine Rechnung von allen Seiten betrachtet“). Diese Frage wurde zwar vom Bayerischen Landtag am 20. 7. 1949 entschieden, der die Entlassung der Stadt aus dem Landkreis beschied, der Streit um die Folgen dauerte jedoch den Juli und August hindurch weiter an. RN vom 22. 7. 1949 („Nördlingen kreisunmittelbar!“).

¹⁰⁰ Die WAV avancierte mit 21,6 Prozent zur zweitstärksten Partei im Bundeswahlkreis Donauwörth, gefolgt von der SPD (17,1 Prozent) und der Bayernpartei (15,8 Prozent). BSB 150, S. 33. Die folgenden Angaben nach ebenda, S. 160^{ff}.

¹⁰¹ RN vom 17. 8. 1949 („Überraschendes Wahlergebnis“).

haben.¹⁰² Es steht jedoch zu vermuten, daß gerade dieser Umstand die Einheimischen mehr oder weniger geschlossen zur Stimmabgabe für die CSU motivierte¹⁰³, die sie nach Lage der Dinge als einzige Vertreterin der Interessen der alteingesessenen Landbevölkerung ansehen mußten. Damit stellte der hohe Flüchtlingsanteil einen indirekten Faktor für den Wahlerfolg der CSU dar.

Weit stärker fiel die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung für das Abschneiden der CSU ins Gewicht. Dieser Zusammenhang läßt sich auf die einfache Formel bringen, je höher der Bevölkerungsanteil der Katholiken, desto größer der Stimmenanteil der CSU. Abgesehen von der Gemeinde Hoppingen, wurde die CSU in allen Kommunen zur stärksten politischen Kraft, in denen die Katholiken wenigstens 70 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Das Kernland der CSU lag in den katholischen Gemeinden im Nordwesten des Landkreises, in denen die Bevölkerung zu 80, ja teilweise zu über 90 Prozent aus Katholiken bestand. In diesen weitgehend agrarisch geprägten Kommunen gaben über die Hälfte der Wähler der CSU die Stimme.¹⁰⁴ Umgekehrt lagen die Dinge in Gemeinden mit mehrheitlich evangelischer Bevölkerung – hier hatte die CSU einen besonders schweren Stand, da sie im Ries als „katholische Partei“ galt.¹⁰⁵ Kirchengebundene Protestanten aus dem bürgerlichen Lager, gleichviel ob Einheimische oder Neubürger, standen ihr sehr reserviert gegenüber, wovon in erster Linie die WAV profitierte. Letztere erzielte denn auch in der Gemeinde Pfäfflingen, in der 383 Protestanten 166 Katholiken gegenüberstanden, mit 75,1 Prozent der Stimmen ihr bestes Ergebnis.¹⁰⁶ Dementsprechend schlecht schnitt die CSU in Ortschaften mit starkem evangelischem Übergewicht ab. In Alerheim etwa, wo 1950 740 Protestanten und 233 Katholiken lebten, erhielt die CSU nur 2,4 Prozent der Stimmen!¹⁰⁷

Ein ähnlicher, wenn auch schwächer ausgeprägter Zusammenhang bestand zwischen der Wirtschaftsstruktur und dem Wahlverhalten. Je mehr Erwerbstätige im primären Sektor arbeiteten, desto besser fiel das Wahlergebnis der CSU aus, während in Gemeinden mit urbaneren Strukturen die SPD als Konkurrentin auf den Plan trat. In fast allen Kommunen des Landkreises Nördlingen, in denen die CSU 1949 mehr als die Hälfte der Wählerstimmen erhielt, waren über 70 Prozent der Erwerbspersonen im primären Sektor und unter 10 Prozent in Industrie und Handwerk tätig. In Amerbach etwa, einer Gemeinde von 595 Seelen am östlichen Rand des Landkreises, lebten 1950 noch 359 Menschen von der Landwirtschaft,

¹⁰² Diese Vermutung legen die Ergebnisse von Woller, Loritz-Partei, S. 125 und S. 175–180, sowie Schlemmer, Aufbruch, S. 363, nahe.

¹⁰³ Das galt zumindest für die mehrheitlich katholischen Gemeinden mit hohem Flüchtlingsanteil wie Seglohe, Schopflohe, Hausen, Megesheim und Laub. Hier betrug der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an der Wohnbevölkerung 1950 über 25 Prozent, während der Anteil der Katholiken bei mindestens 70 Prozent lag. Die genauen Angaben finden sich in BSB 177, Bd. 7, S. 122–141.

¹⁰⁴ Ihr bestes Ergebnis im Ries erzielte die Union in Belzheim, wo sie auf 77 Prozent kam. BSB 150, S. 160*.

¹⁰⁵ Dies und die daraus sich ergebenden Konsequenzen erörterte die Rieser CSU im Vorfeld der Bundestagswahl von 1953 ebenso offen wie ausführlich. Kreisrat Friedrich Müller, ein Bauer aus Forheim, führte beispielsweise aus, „daß ihm als Evangelischem seit Jahren von ‚Glaubensgenossen‘ der Boden heiß gemacht worden war mit Bemerkungen, wie er sich denn einem solch schwarzen Haufen anschließend könne.“ ACSP, BV Schwaben 57, Protokoll der Kreisversammlung der CSU Nördlingen-Stadt und Nördlingen-Land am 18. 4. 1953.

¹⁰⁶ BSB 150, S. 161*, und BSB 177, Bd. 7, S. 133.

¹⁰⁷ BSB 150, S. 160*, und BSB 177, Bd. 7, S. 123.

nur 61 bezogen dagegen Lohn und Brot aus einer Tätigkeit in Industrie oder Handwerk. Hier errang die CSU 67 Prozent der Stimmen, gefolgt von der SPD, die auf 13,8 Prozent kam.¹⁰⁸ Allerdings hatte der Faktor Wirtschaftsstruktur gegenüber der Konfession lediglich nachgeordnete Bedeutung. Das zeigt ein Vergleich der beiden am südlichen Zipfel des Kreises gelegenen Gemeinden Aufhausen und Bollstadt. Die Bevölkerung beider Kommunen verdiente ihren Lebensunterhalt zu rund 75 Prozent mit einer Tätigkeit in Land- und Forstwirtschaft, während nur knapp zehn Prozent der Erwerbspersonen in Industrie oder Handwerk arbeiteten. Glichen die beiden Gemeinden in sozioökonomischer Hinsicht eineiigen Zwillingen, trennte sie doch hinsichtlich ihrer konfessionellen Bindungen Welten: Während in Bollstadt 464 Katholiken und nur vier Protestanten lebten, befand sich in Aufhausen die evangelische Bevölkerung mit 274 zu 118 in der Überzahl. Dementsprechend unterschiedlich fiel das Wahlergebnis aus: In Bollstadt erhielt die CSU 53,1 Prozent, die WAV landete abgeschlagen bei 4,7 Prozent; in Aufhausen errang dagegen die WAV mit 39,1 Prozent den ersten Platz in der Wählergunst und verwies die CSU, die auf 25,1 Prozent kam, auf Rang zwei.¹⁰⁹

Gegen den Trend: Der CSU-Erfolg bei der Landtagswahl 1950 im Landkreis Nördlingen

Die Landtagswahl von 1950 wirbelte die politischen Gewichte im Landkreis Nördlingen mächtig durcheinander, wobei der Wahlausgang hier nur teilweise dem gesamt-bayerischen Trend folgte.¹¹⁰ Bei einer guten Wahlbeteiligung von fast 87 Prozent standen dramatische Verluste von WAV und Bayernpartei hohen Gewinnen von CSU und BHE gegenüber. Eindeutiger Verlierer war die WAV, die in Bayern nur noch auf 2,8 Prozent der Stimmen kam und damit den Wiedereinzug in den Landtag verpaßte. Neben den innerparteilichen Querelen, welche die WAV abermals erschüttert und zum Gespött der Öffentlichkeit gemacht hatten, wirkte sich dabei vor allem der Bruch mit dem „Neubürgerbund“ nachteilig aus. Nach dem Ende des Lizenzierungszwangs hatten die Flüchtlinge ein Bündnis mit dem obskuren Alfred Loritz nicht mehr nötig, stand ihnen im „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ doch nun eine eigene politische Plattform zur Verfügung. Damit war das Schicksal der Loritz-Partei besiegelt, obwohl sie erst 1953 endgültig von der Bildfläche verschwand.¹¹¹ Auch im Ries, wo sie im Vergleich zur Bundestagswahl von 1949 über die Hälfte ihrer Wähler einbüßte und nur noch 14,3 Prozent erreichte, bimmelte der WAV nun das Totenglöckchen, obwohl

¹⁰⁸ WAV (8,6 Prozent), FDP (7,8 Prozent) und Bayernpartei (2,5 Prozent) landeten abgeschlagen auf den Plätzen. BSB 150, S. 160*, und BSB 177, Bd. 7, S. 122 und 124.

¹⁰⁹ BSB 150, S. 160*, sowie BSB 177, Bd. 7, S. 123 und 131.

¹¹⁰ Die CSU erhielt 27,4 Prozent und blieb nur dank mehrerer Überhangmandate stärkste Partei im Landtag vor der SPD, die auf 28 Prozent kam. Die Bayernpartei wurde mit 17,9 Prozent drittstärkste Kraft im Maximilianeum, gefolgt von BHE (12,5 Prozent) und FDP (7,1 Prozent). Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 174, und SJB 24 (1952), S. 431. Eine Bewertung des Wahlausgangs bei Kock, Bayerische Landtag, S. 77ff. Die folgenden Angaben nach RN vom 27. 11. 1950 („Hohe Wahlbeteiligung im Kreis Nördlingen“), sowie BSB 163, S. 9, und SJB 24 (1952), S. 431.

¹¹¹ Zum Untergang der WAV, der sich über mehrere Jahre hinzog, vgl. Woller, Loritz-Partei, S. 132–144. Zum BHE vgl. Neumann, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten.

Loritz und Löfflad im Wahlkampf wieder kräftig gegen die „Versagerpolitik“ der anderen Parteien vom Leder gezogen hatten.¹¹² Zwar wurde die Loritz-Partei in zwölf Gemeinden abermals stärkste Partei, doch erreichte sie nur noch in Balgheim und in Löpsingen eine absolute Mehrheit¹¹³; selbst in den verbliebenen Hochburgen, die sich auf die evangelischen Gemeinden im östlichen Zentrum des Landkreises beschränkten, mußte die WAV fast durchwegs herbe Verluste hinnehmen.

Die Bayernpartei war der zweite große Verlierer der Wahl. Im Freistaat kam sie auf 17,9 Prozent der Stimmen und verfehlte damit nicht nur ihr erklärtes Ziel, zur stärksten politischen Kraft zu werden, sondern blieb damit auch hinter ihrem Wahlergebnis von 1949 zurück.¹¹⁴ Im Landkreis Nördlingen verlor die Bayernpartei, die hier im Wahlkampf so gut wie nicht in Erscheinung getreten war¹¹⁵, fast zwei Drittel ihrer Wähler und erreichte mit 3,9 Prozent das mit Abstand schlechteste Ergebnis aller schwäbischen Landkreise. Leichte Verluste mußte auch die FDP hinnehmen: Sie verzeichnete ein Minus von gut zwei Prozentpunkten und kam auf 8,9 Prozent der Stimmen.¹¹⁶ In mehrheitlich von Katholiken bewohnten Gemeinden gab die FDP Stimmen an die CSU ab. In einigen evangelischen Gemeinden wie Rohrbach, Kleinsohrheim, Wörnitzostheim oder Rudelstetten, in denen die WAV besonders stark unter die Räder kam, konnten die Liberalen dagegen deutlich zulegen. Die FDP begann, sich im bürgerlichen Lager als protestantische Alternative zur CSU zu profilieren.

Als eigentlicher Wahlsieger durfte sich 1950 der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ fühlen, eine reine Flüchtlingspartei, die es bei ihrem ersten Auftreten in Bayern – in einer Listenverbindung mit August Hausleiters Deutscher Gemeinschaft – gleich auf 12,3 Prozent der Stimmen brachte.¹¹⁷ Dieser Erfolg kam alles andere als überraschend, konnte der BHE doch auf ein großes Potential zurückgreifen: Immerhin bestand die bayerische Bevölkerung 1950 noch zu 26,3 Prozent aus Menschen, die erst nach Beginn des Zweiten Weltkriegs in den Freistaat gekommen waren. In ländlichen Regionen mit hohem Flüchtlingsanteil schnitt der BHE sogar noch wesentlich besser ab, was am engagierten Wahlkampf und an der extrem hohem Wahlbeteiligung der Neubürger lag.¹¹⁸ Im

¹¹² Die Diskussion nach dem Referat von Loritz nahm einmal mehr „zum Teil tumultartige Formen an.“ RN vom 20. 11. 1950 („Alfred Loritz gegen die ‚Versagerpolitik‘“). Das Wahlergebnis nach BSB 193, S. 49*.

¹¹³ In Balgheim erreichte die WAV 58 Prozent, was einem Minus von über elf Prozentpunkten gegenüber der Bundestagswahl von 1949 entsprach. BSB 163, S. 161. In Löpsingen kam die WAV dagegen auf 72 Prozent und steigerte ihren Stimmenanteil gegenüber 1949 um fast 30 Prozent (ebenda). Diese massiven Gewinne, die dem allgemeinen Trend völlig zuwiderliefen, dürften auf den Umstand zurückzuführen sein, daß der Landtagskandidat der WAV, der Bauer Andreas Kießling, aus der Gemeinde Löpsingen stammte, und viele Bewohner ihm daher ihre Stimme gegeben haben dürften, auch wenn sie mit der WAV nicht mehr viel verband. RN vom 24. 11. 1950 („Unsere Stimmkreiskandidaten“).

¹¹⁴ Unger, Bayernpartei, S. 156, und Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 174, und SjbB 24 (1952), S. 431. Die folgenden Angaben zum Wahlergebnis nach BSB 193, S. 48*.

¹¹⁵ Die „Rieser Nachrichten“ verzeichneten in den Monaten Oktober und November 1950 keine einzige Wahlveranstaltung der Bayernpartei.

¹¹⁶ BSB 193, S. 49*.

¹¹⁷ SjbB 24 (1952), S. 431. Die folgenden Angaben wurden berechnet nach ebenda, S. 490.

¹¹⁸ RN vom 11. 10. 1950 („Der BHE Selbsthilfe aller Entrechteten und Vertriebenen“). Die „Rieser

Landkreis Landsberg am Lech, wo die Neubürger 35 Prozent der Bevölkerung ausmachten, votierten 22,8 Prozent der Wähler für den BHE, im Landkreis Neuburg an der Donau mit einem Vertriebenenanteil von 29,3 Prozent kam der BHE sogar auf 26,2 Prozent. Auch im Ries, dessen Bevölkerung 1950 zu 35,1 Prozent aus Neubürgern bestand, schnitt die Flüchtlingspartei mit 20,5 Prozent überdurchschnittlich gut ab.¹¹⁹ In fünf der 74 kreisangehörigen Gemeinden setzte sich der BHE sogar als stärkste politische Kraft durch. Das beste Ergebnis erreichte er mit 44,7 Prozent der Stimmen in der Gemeinde Heuberg, wo sich ein großes Flüchtlingslager befand; noch 1950 stellten Neubürger hier über 63 Prozent der Gemeindebevölkerung.¹²⁰

Überraschenderweise zählte auch die CSU im Ries zu den Wahlsiegern, obwohl sie abermals einen fast schon phlegmatischen Wahlkampf geführt hatte. Den einsamen Höhepunkt markierte eine Kundgebung in Nördlingen, zu der Franz Josef Strauß angekündigt war, der jedoch kurzfristig absagen mußte. Für ihn sprang der stellvertretende Generalsekretär der CSU, Josef Brunner, ein, der eine solide, aber keineswegs mitreißende Rede hielt, in der er die Leistungen des CSU beim Wiederaufbau herausstrich und die Politik der Bundesregierung rechtfertigte.¹²¹ Ansonsten blieb es den lokalen Funktionären allein vorbehalten, die Wähler für die CSU zu mobilisieren, wobei zahlreiche Pannen den Wahlkampf behinderten: In einem Fall hatte die Bezirksgeschäftsstelle die CSU-Flugblätter an einen Bürgermeister mit dem Parteibuch der WAV geschickt.¹²² Dennoch gewann die CSU im Landkreis Nördlingen mit 37,3 Prozent im Vergleich zur Bundestagswahl gut sieben Prozentpunkte hinzu, wobei sie vor allem in den Landgemeinden zulegen konnte. In 47 Kommunen wurde die CSU 1950 zur stärksten Partei, in 21 errang sie die absolute Mehrheit.¹²³

Voll im Trend:

Eine weitere Wahlschlappe der CSU im Landkreis Wasserburg

Allerdings resultierte der Erfolg im Ries weniger aus eigener Stärke, vielmehr profitierte die CSU von den Schwächen der WAV und der Bayernpartei. So schwamm das Nördlinger Ergebnis gewissermaßen gegen den Strom des gesamt-bayerischen Trends, welcher der CSU mit 27,4 Prozent abermals eine bittere Niederlage und weitere Verluste bescherte.¹²⁴ Vom Landkreis Bogen abgesehen, wo die CSU der

Nachrichten“ vom 17. 8. 1949 („Überraschendes Wahlergebnis“) behaupteten, die Vertriebenen seien zu 100 Prozent zur Wahl gegangen.

¹¹⁹ Der Neubürgeranteil an der Wohnbevölkerung wurde berechnet nach SJbB 24 (1952), S. 490–500; die Angaben der Wahlergebnisse nach BSB 193, S. 44^z–49^z.

¹²⁰ Das Wahlergebnis von Heuberg in BSB 163, S. 161. Der Bevölkerungsanteil der Heimatvertriebenen in der Gemeinde Heuberg wurde berechnet nach BSB 177, Bd. 7, S. 122.

¹²¹ RN vom 10. 11. 1950 („Kein anderes Versprechen als der Wille zur Arbeit“). Wie wenig die Rede Brunners die Zuhörer fesselte, kam auch in dem tosenden Applaus zum Ausdruck, den Hans Löffel für seine Diskussionsbeiträge ertonte, in denen er einmal mehr die altbekannten populistischen Positionen der WAV zum Besten gab.

¹²² ACSP, BV Schwaben 57, Protokoll der Generalversammlung des KV Nördlingen vom 8. 12. 1951.

¹²³ Ihr bestes Ergebnis erzielte die Union mit 74,4 Prozent in Niederhofen. BSB 163, S. 162. Das Wahlergebnis im Landkreis Nördlingen nach BSB 193, S. 48^z, und RN vom 27. 11. 1950 („Hohe Wahlbeteiligung im Kreis Nördlingen“).

¹²⁴ SJbB 24 (1952), S. 431. Das Ergebnis bedeutete einen Verlust von fast zwei Prozentpunkten gegenüber der ersten Bundestagswahl.

Bayernpartei 7,5 Prozentpunkte abnehmen konnte, kam die CSU 1950 in den in die Untersuchung einbezogenen Regionen erneut unter die Räder. Im oberpfälzischen Beilngries verlor die Union mit 37,9 Prozent gegenüber der Bundestagswahl von 1949 weitere fünf, im Landkreis Neuburg an der Donau (27,7 Prozent) sogar über elf Prozentpunkte. Verglichen damit, fielen die Verluste in Wasserburg, wo die CSU nur noch auf 25,6 Prozent kam, mit einem runden Prozentpunkt relativ gering aus – freilich hatte die CSU hier schon 1949 nur äußerst magere 26,6 Prozent der Stimmen erhalten.¹²⁵ Das schlechte Abschneiden der CSU lag hier hauptsächlich an der Konkurrenz der Bayernpartei. Sie verfehlte zwar 1949 und 1950 ihr erklärtes Ziel, stärkste politische Kraft im Freistaat zu werden, es gelang ihr jedoch, in weiten Teilen Ober- und Niederbayerns die Dominanz der CSU zu brechen und sich an ihrer Stelle als stärkste Partei zu etablieren.¹²⁶ Der Landkreis Wasserburg am Inn stellte mit seiner bäuerlichen Prägung und seiner in der großen Mehrheit katholischen Bevölkerung geradezu den Archetyp der altbayerischen Hochburgen der Bayernpartei dar. In der Bundestagswahl von 1949 gewann sie 38,6 Prozent der Stimmen und verwies damit die CSU mit einem Vorsprung von zwölf Prozentpunkten auf den zweiten Platz; ein Jahr später mußte zwar auch die Bayernpartei leichte Verluste hinnehmen, sie blieb jedoch mit 37,3 Prozent die stärkste politische Kraft im Landkreis.¹²⁷

Im ganzen Landkreis? Nein, einige wenige Gemeinden im Norden der Region Wasserburg standen auch bei den größten Wahlschlappen mehrheitlich treu zur CSU. Zwischen Schiltern und Lengmoos, Jeßling und Au am Inn blieb die CSU auch in den Jahren 1949 und 1950 die Nummer eins, in einigen Gemeinden erhielt sie sogar die absolute Mehrheit.¹²⁸ Im übrigen Kreisgebiet dominierte jedoch die Bayernpartei, die in 49 der 62 Gemeinden als stärkste Kraft aus der Bundestagswahl hervorging. Ein Jahr später konnte sich die Bayernpartei in 48 Gemeinden als stärkste Partei behaupten, lediglich in der Kreisstadt wurde sie auf den zweiten Rang verwiesen – allerdings nicht von der CSU, sondern von der SPD, die hier ihr bestes Ergebnis erzielte. Im Unterschied zu den evangelischen Gemeinden des Landkreises Nördlingen, in denen die CSU nicht selten ins Bodenlose stürzte, konnte sich die Union in den Gemeinden des Landkreises Wasserburg, die an die Bayernpartei gingen, einigermaßen behaupten. Nirgends sank sie unter die 10-Prozent-Marke, und nur in wenigen Gemeinden erreichte sie weniger als 20 Prozent der Stimmen.¹²⁹ Die CSU behielt also überall Brückenköpfe, von denen aus die Rückeroberung des verlorenen Terrains beginnen konnte.

Ob eine Gemeinde eher zur CSU oder zur Bayernpartei tendierte, hing nicht zuletzt vom Wahlverhalten ihrer Bevölkerung in der Vergangenheit ab, denn auch

¹²⁵ Alle Angaben nach BSB 193, S. 44^{*}-48^{*}.

¹²⁶ Siehe die Übersichtskarte bei Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 312. Das Folgende nach ebenda, S. 316 f.

¹²⁷ Alle Angaben nach BSB 193, S. 44^{*}.

¹²⁸ 1949 wurde die CSU in 13 Gemeinden zur stärksten Partei; in Gatterberg, Klostersgarn, Kronberg und Oberornau erhielt sie über 50 Prozent der Stimmen, wobei sie ihr bestes Ergebnis mit 61,9 Prozent in Gatterberg erzielte. BSB 150, S. 123 ff. Auch 1950 wurde die CSU wiederum in 13 Gemeinden zur stärksten Kraft, in Gatterberg, Oberornau und Soyen erhielt sie über 50 Prozent der Stimmen; das beste Ergebnis erzielte die CSU abermals in Gatterberg mit 58,9 Prozent. BSB 163, S. 24 ff.

¹²⁹ 1949 traf dies in 16 Gemeinden zu, 1950 nur noch in 13. BSB 150, S. 123 ff., und BSB 163, S. 24 ff.

auf der Gemeindeebene zeigte sich die Persistenz regionaler politischer Kulturen und Traditionen.¹³⁰ Die CSU verlor vor allem in den ehemaligen Hochburgen des Bayerischen Bauernbundes an Stimmen, während sie in den Kommunen am besten abschnitt, in denen bereits die BVP ihre besten Resultate erzielt hatte.¹³¹ Bei den Reichstagswahlen von 1930 hatte die BVP angesichts beträchtlicher Verluste nur noch in einer Handvoll Gemeinden über 70 Prozent der Stimmen erhalten, die alle im Norden des Landkreises lagen. Darunter befanden sich mit Au am Inn, Gatterberg, Klostersgars, Kronberg und Oberornau genau die Gemeinden, in denen die CSU 1949 und 1950 trotz herber Verluste noch die absolute Mehrheit erhielt.¹³² Die CSU stand demnach im Landkreis Wasserburg nicht nur organisatorisch und personell in der Kontinuität zur BVP, sie hatte auch im Hinblick auf die Wähler bzw. die Hochburgen deren Erbe angetreten. Allerdings konnte die CSU nicht alle Hochburgen der BVP gegen die Bayernpartei verteidigen. In Aham, Attel, Bachmehring, Schonstett, Zillham oder Wang, wo die BVP 1930 hervorragend abgeschnitten hatte, setzte sich 1949 und 1950 die Bayernpartei durch. Für diese Entwicklung mag das Verhalten der politischen Eliten vor Ort entscheidend gewesen sein. In Attel etwa dürfte die „Konversion“ des Bürgermeisters Georg Fischer von der CSU zur Bayernpartei den Ausschlag für das gute Ergebnis der weiß-blauen Protestbewegung gegeben haben.¹³³ Sie blieb somit nicht auf die ehemaligen Hochburgen des Bauernbundes beschränkt, wenn sie dort auch am besten abschnitt.¹³⁴ Die abermalige Spaltung des politischen Katholizismus in Bayern schien besiegelt.

e) Die Extratouren des „Bauernschinkens“: Die Kommunalwahlen von 1952

Die Niederlagenserie der CSU setzte sich bei den Kommunalwahlen von 1952 fort, wobei die Wahlen der Bürgermeister und Gemeinderäte, Land- und Kreisräte eigenen Gesetzen folgte, die den Parteien das Leben zusätzlich erschwerten.¹³⁵ Ganz abgesehen von der Tatsache, daß in vielen kleinen Landgemeinden gar keine Listen und Kandidaten aufgestellt wurden, weil ohnehin alle Wahlberechtigten wußten, wer für welchen Posten in Frage kam, stand der CSU in Gestalt freier Wählergruppen ein weiterer ernstzunehmender Gegner gegenüber. Das Phänomen der „Rathausparteien“ hängt mit der im Grunde unsinnigen, aber dennoch weitverbreiteten Vorstellung zusammen, Kommunalpolitik sei gewisser-

¹³⁰ Vgl. Mintzel, Regionale politische Traditionen.

¹³¹ Die im folgenden analysierten Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1924 und 1930 in den kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Wasserburg stammen aus dem Wasserburger Anzeiger vom 10. 12. 1924 und vom 16. 9. 1930. Dazu auch ZBSL 57 (1925), S. 177, und ZBSL 63 (1931), S. 82f.

¹³² BSB 150, S. 23 ff. und BSB 163, S. 24 ff.

¹³³ In der Bundestagswahl von 1949 avancierte die Bayernpartei mit 40,5 Prozent zur stärksten Partei in der Gemeinde Attel, während die CSU mit 15,8 Prozent abgeschlagen auf Platz drei landete – sogar die SPD hatte mit rund 23 Prozent besser abgeschnitten; BSB 150, S. 23.

¹³⁴ Einige Forscher wie Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 272, und Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 10f., sehen in der Bayernpartei kaum mehr als eine Fortsetzung des Bayerischen Bauernbundes der Zwischenkriegszeit. Die Konstruktion einer direkten Kontinuitätslinie vom Bauernbund zur Bayernpartei scheint jedoch aufgrund dieser Befunde fraglich.

¹³⁵ Vgl. Biege, Kommunalpolitik und kommunales Wahlverhalten, und Schneider, Lokalpolitik in einer Landgemeinde, S. 26f.

maßen „unpolitisch“, da sie sich nur um Entscheidungen in der Sache drehe, in denen ideologische und weltanschauliche Motive keinen Platz hätten.¹³⁶

Der Machtverlust der CSU betraf alle Ebenen der Kommunalpolitik.¹³⁷ Noch am besten hielt sie sich hinsichtlich der Landräte: Zwar wurden nur noch 58 der 143 Landräte auf alleinigen Vorschlag der CSU gewählt, was einen Verlust von 30 Mandaten gegenüber den Wahlen von 1948 bedeutete, doch gelang es der CSU 1952 verstärkt, ihre Kandidaten auf gemeinsamen Listen mit anderen Parteien und Wahlvorschlägen durchzubringen, so daß sie de facto nur vier Landratsämter verlor.¹³⁸ Weit verheerender gestaltete sich die Besetzung der Rathäuser: Nur noch 590 der 7044 gewählten Ersten Bürgermeister hatten für die CSU kandidiert, was 8,4 Prozent entsprach – ein herber Rückschlag gegenüber den Kommunalwahlen von 1948.¹³⁹ Auch was ihre Vertretung in den Gemeinderäten und Kreistagen betraf, mußte die CSU deutliche Einbußen hinnehmen: In den Vertretungskörperschaften der Gemeinden stellte sie nur noch 12,3 Prozent, in denen der Landkreise 30,5 Prozent der Mitglieder.¹⁴⁰ Was die Kreisräte betraf, war der BHE mit 17,2 Prozent neben den Freien Wählern, die auf 18,6 Prozent kamen, der große Gewinner, während die Bayernpartei mit nur elf Prozent weit hinter den eigenen Erwartungen zurückblieb. In den Gemeinden gab die CSU kaum Stimmen an andere Parteien ab. Hier trugen zumeist Kandidaten den Sieg davon, die für freie Wählerlisten kandidiert hatten oder gänzlich ohne Wahlvorschlag gewählt wurden: 55,5 Prozent aller 1952 gewählten bayerischen Gemeinderäte waren von parteipolitisch ungebundenen Gruppierungen vorgeschlagen, 4,5 Prozent in reiner Mehrheitswahl bestimmt worden; noch klarer fiel der Sieg der „Unparteiischen“

¹³⁶ Vgl. dazu Holtmann, Parteien in der lokalen Politik, S. 208 und S. 214 f.; Lembruch, Januskopf der Ortsparteien, S. 4 f.; Mayntz, Lokale Parteigruppen in der kleinen Gemeinde, insbesondere S. 63–67; Naßmacher/Rudzio, Das lokale Parteiensystem auf dem Lande, S. 140 ff.; Reuter, Kommunalpolitik im Parteienvergleich, S. 4 ff., und ders., Parteien und kommunale Selbstverwaltung, S. 329 f. Auch Grundmann, Rathausparteien, S. 95 ff. und S. 102 f., neigte der Ansicht zu, derartige ungebundene Gruppierungen seien am besten geeignet, die speziellen Interessen im kommunalen Bereich zu vertreten.

¹³⁷ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß durch die Neufassung der Landkreis- und der Gemeindeordnung wichtige Veränderungen der Rahmenbedingungen eintraten, welche die Stellung der Parteien schwächten und die Persönlichkeit des Kandidaten stärker in den Vordergrund rückten. Das galt in erster Linie für die Bestimmungen, nach denen die Landräte und Bürgermeister nunmehr direkt von der Bevölkerung gewählt wurden. Siehe Art. 31, Abs. 1 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952, und Art. 17 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 3 vom 31. 1. 1952. Dazu auch Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 426 f.

¹³⁸ Während die CSU 1948 nur in elf Fällen Kandidaten gemeinsam mit anderen Parteien oder Gruppierungen durchgebracht hatte, waren es 1952 37. Zusammengestellt nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen der 143 bayerischen Landkreise.

¹³⁹ BSB 182, S. 18. 1948 hatten noch 1507 von 6961 gewählten Ersten Bürgermeistern (21,6 Prozent) das Parteibuch der CSU besessen. BSB 147, S. 14. Allerdings sind die Ergebnisse der beiden Wahlen nur bedingt miteinander vergleichbar, da 1948 die Mitgliedschaft in einer Partei, 1952 jedoch die Kandidatur für eine Partei erhoben wurde, was nicht immer identisch sein mußte.

¹⁴⁰ Für die Gemeinderäte berechnet nach BSB 182, S. 48–51. 1948 waren noch 22,5 Prozent der Gemeinderäte auf Vorschlag der CSU gewählt worden, BSB 147, S. 18–23. Zwar sind auch diese beiden Werte nur vorsichtig miteinander zu vergleichen, da die Zahlen für 1952 nur die nach Verhältniswahl bestimmten Gemeinderäte umfassen, während keine Angaben über die mit Mehrheitswahl bestimmten Gemeinderäte vorliegen. Allerdings kann man nach den Erfahrungen der Landkreise Landsberg und Roding davon ausgehen, daß auch in den unechten Mehrheitswahlen, in denen eine Liste eingereicht worden war, die Freien Wähler und nicht die CSU dominierten. Für die Kreisräte berechnet nach BSB 182, S. 10. Die folgenden Angaben ebenda, S. 10 und S. 48–51.

mit insgesamt 77 Prozent der Gewählten in den Amtsstuben der Bürgermeister aus. Auch in Bayern galt die einfache Faustregel: „Je kleiner die Gemeinde, desto stärker die Freien Wähler“.¹⁴¹ Über 88 Prozent der 1952 gewählten Bürgermeister im Landkreis Landsberg am Lech waren ohne die Unterstützung einer Partei zu Amt und Würden gekommen, wobei sich die CSU in den strukturstärkeren Kommunen noch etwas besser behaupten konnte als in peripher gelegenen kleinen Landgemeinden.¹⁴² Etwas rosiger sah es für die CSU im Landkreis Roding aus, doch auch hier galt, daß sich die CSU als überregional agierende politische Kraft in den kleineren Kommunen besonders schwer tat.¹⁴³ Das gleiche Bild bot sich hinsichtlich der Gemeinderäte, in denen nun ebenfalls die Parteilosen dominierten.

Katzenjammer am Inn: Die Fortsetzung der Niederlagenserie der CSU

Auch der Landkreis Wasserburg folgte dem Trend hin zu parteilosen Kommunalvertretern.¹⁴⁴ In 39 von 61 Gemeinden stellte sich mit dem Amtsinhaber ein einziger Kandidat zur Wahl des Bürgermeisters, in 15 weiteren Gemeinden wurde nicht ein einziger Bewerber vorgeschlagen, so daß eine echte Mehrheitswahl stattfinden mußte. Für die Gemeinderatswahlen waren in acht Kommunen keine Vorschläge eingereicht worden, in 17 weiteren Verwaltungseinheiten stellte sich nur eine einzige Liste zur Wahl. Die Parteien hatten nur in den größten Gemeinden eigene Wahlvorschläge eingereicht, ansonsten dominierten freie Wählergruppen unter allerlei phantasievollen Namen die kommunalpolitische Bühne am Inn. Dementsprechend unaufgeregt verlief der Wahlkampf, der überhaupt erst nach der Faschingszeit mit der Aufstellung von Listen und Kandidaten begann, und die wenigen Kundgebungen waren ausnehmend schlecht besucht.¹⁴⁵

Die CSU konzentrierte ihre schwachen Kräfte voll und ganz auf zwei Ziele: Erstens wollte sie den Sozialdemokraten Gabriel Neumeier aus dem Wasserburger Rathaus verdrängen und zweitens Heinrich Stulberger und der Bayernpartei das Landratsamt entreißen. Doch dabei hatte die Union die Rechnung ohne den Landrat gemacht, der sich als Wahlleiter die eben erst erlassene Landkreiswahlordnung zunutze zu machen wußte. Stulberger argumentierte, die Wahl könne bei einem Erfolg der CSU möglicherweise angefochten werden, da der CSU-Kandidat seinen Posten als Gerichtsassessor erst vor 15 Monaten angetreten habe und damit den Passus des Gesetzes nicht erfülle, der „eine mehrjährige entsprechende Tätigkeit beim Aufbau des demokratischen Staates in der öffentlichen Verwaltung“ zur Bedingung der Wählbarkeit gemacht hatte.¹⁴⁶ So sehr sich die Vertreter der CSU im Wahlausschuß auch bemühten, diesen Einwand zu entkräften, es half

¹⁴¹ Lembruch, Januskopf der Ortsparteien, S. 4. Dazu auch Holtmann, Parteien in der kommunalen Politik, S. 209f., und Klein, Parteien und Wahlen in der Kommunalpolitik.

¹⁴² 40 der 59 Bürgermeister waren von Freien Wählergruppen vorgeschlagen, weitere zwölf ohne Wahlvorschlag und nur sechs auf Vorschlag der CSU gewählt worden. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Landsberg.

¹⁴³ 14 der 44 Bürgermeister waren von Freien Wählergruppen vorgeschlagen, weitere neun ohne Wahlvorschlag und 19 auf Vorschlag der CSU gewählt worden. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Roding.

¹⁴⁴ Das Folgende nach WZ vom 29. 3. 1952 („Morgen hat der Wähler das letzte Wort“).

¹⁴⁵ WZ vom 8. 1. 1952 („Noch kein Wahlgeflüster über die Gemeindewahlen 1952“), und WZ vom 29. 3. 1952 („Goethe und die Gemeindewahl“).

¹⁴⁶ Art. 4, Abs. 5 des Landkreiswahlgesetzes vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952.

alles nichts – aus Angst vor einer drohenden Anfechtung und eventuellen Wiederholung der Wahl lehnte die Mehrheit des Wahlausschusses die Zulassung des CSU-Kandidaten ab. Damit war das Rennen um das Landratsamt gelaufen, noch ehe es richtig begonnen hatte.¹⁴⁷ Kaum weniger schmachvoll verfehlte die Wasserburger Union auch ihr zweites Wahlziel, die Eroberung des Rathauses in der Kreisstadt. Ihr Kandidat, der Kaufmann Karl Deggendorfer, zögerte aus beruflichen Gründen, seinen Hut in den Ring zu werfen und erklärte sich schließlich nur widerstrebend bereit, für seine Heimatstadt „das Opfer zu bringen“.¹⁴⁸ Außerdem erwies sich die Wahlkampfstrategie der CSU, die auf persönliche Angriffe auf Bürgermeister Neumeier setzte, als Bumerang. Geradezu fatal wirkte sich ein Flugblatt aus, das die CSU kurz vor der Wahl in Umlauf gebracht hatte, in dem der Bürgermeister heftig kritisiert wurde – anstatt die Stellung Neumeiers zu untergraben, kosteten die harten Attacken die CSU weitere Sympathien. So fiel Deggendorfers Niederlage, der lediglich 27,3 Prozent der Stimmen erhielt, noch weit schlimmer aus, als selbst die größten Pessimisten befürchtet hatten. Mehr noch: Neben dem triumphalen Wahlerfolg Neumeiers, der 72,7 Prozent errang, wurde die SPD erstmals zur stärksten Partei im Stadtrat.¹⁴⁹

Auslaufmodelle: Das politische Personal der CSU auf dem Land

Eine Ursache für das allgemein schwache Abschneiden der CSU in den Kommunalwahlen von 1952 lag sicherlich im Führungspersonal der Partei, das in jenen Tagen hauptsächlich aus politischen Auslaufmodellen bestand, und zwar auf allen Ebenen. Das galt für den Landesvorsitzenden Hans Ehard, der als bayerischer Ministerpräsident wichtige Weichenstellungen für die weitere Entwicklung des Freistaats traf, als Parteichef jedoch glücklos agierte.¹⁵⁰ Das galt mehr noch für Franz Xaver Köck, der im Februar 1952 abermals im Amt des Kreisvorsitzenden von Wasserburg bestätigt wurde.¹⁵¹ Und das galt kaum weniger für Heinrich Vogt und Hermann Lutz, die im CSU-Kreisverband Nördlingen seit seiner Gründung tonangebend geblieben waren.

Heinrich Vogt¹⁵², 1885 in Holzkirchen geboren, hatte nach dem Besuch der Volksschule und weiterbildenden Kursen an der Münchner Universität von 1909 bis 1933 als Kassenwalter der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Heidelberg und Schwetzingen gearbeitet, bevor er als Vorsitzender der Steuerstelle nach Nördlingen kam. Vogt, der schon 1905 der SPD beigetreten war, geriet wegen seiner politischen Überzeugungen bald in Konflikt mit dem NS-Regime, was ihm die

¹⁴⁷ WZ vom 25. 3. 1952 („Nur mehr ein Kandidat für den Posten des Landrats“). Allerdings dürfte Gerichtsassessor Maier gegen Stulberger ohnehin kaum eine Chance auf den Sieg gehabt haben, zumal alle im Kreistag vertretenen Parteien, also auch die CSU, den in der Bevölkerung beliebten Landrat noch kurz vor der Wahl für seine sachliche und unparteiische Arbeit gelobt hatten. WZ vom 5. 2. 1952 („Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Parteien und Landrat von den Sprechern aller Fraktionen hervorgehoben“).

¹⁴⁸ WZ vom 21. 1. 1952 („Der Bürgermeisterkandidat der CSU“).

¹⁴⁹ WZ vom 1. 4. 1952 („Eifrige, aufmerksame Wähler, von denen einer 45 Minuten benötigte“).

¹⁵⁰ Zu Ehard vgl. Schlemmer, „Ich bin ein Mann des Rechts“.

¹⁵¹ WZ vom 7. 2. 1952 („Köck wiederum Kreisvorsitzender der CSU“).

¹⁵² Die im folgenden wiedergegebenen biographischen Informationen zu Heinrich Vogt nach IfZ-Archiv, RG 260, 10/73–3/19, Bericht über die Lage im Landkreis Nördlingen vom 29. 7. 1946, Anhang, S. 15.

Entlassung von seinem Posten bei der AOK und vier Wochen Schutzhaft einbrachte. Danach enthielt sich Vogt, der 1941 zur Arbeit am Landratsamt Nördlingen dienstverpflichtet wurde, jeder weiteren politischen Betätigung. 1946 trat er in die CSU ein, die ihn aufgrund seiner einschlägigen Verwaltungserfahrung umgehend zu ihrem Landratskandidaten erkor. Die Qualifikation gab den Ausschlag für den Wahlerfolg, der mit 31 gegen 14 Stimmen deutlich ausfiel. 1948 glückte ihm die Wiederwahl, wobei er sich gegen Wilhelm Schmidt durchsetzen konnte, der von der WAV nominiert worden war.¹⁵³ Der Landratsposten brachte dem ehemaligen Sozialdemokraten einen hohen Bekanntheitsgrad und zusätzliches Prestige ein, das er schnell in innerparteilichen Einfluß umzusetzen wußte – 1947 stieg er zum Kreisvorsitzenden der CSU auf.¹⁵⁴

Auch der 1892 im mittelfränkischen Heidenheim geborene Hermann Lutz konnte bei Kriegsende bereits auf ein sehr bewegtes Leben und, anders als Vogt, auf eine steile politische Karriere zurückblicken.¹⁵⁵ Nach Volks- und Mittelschule hatte Lutz eine kaufmännische Lehre absolviert, ehe er in den Ersten Weltkrieg ziehen mußte, aus dem er 1917 schwer verwundet zurückkehrte. 1919 ließ er sich als Kaufmann und Landwirt in Oettingen nieder und trat mit der Wahl in den bayerischen Landtag, dem er bis 1933 für die BVP angehörte, politisch in die Fußstapfen seines Vaters, der bereits Mitglied des Reichstags und des Landtags gewesen war. Unmittelbar nach Kriegsende baute Lutz im Landkreis Nördlingen den Bayerischen Bauernverband auf, zu dessen Bezirksobmann er avancierte. 1945 setzten ihn die Amerikaner zum Bürgermeister der Stadt Oettingen ein, wo er seit 1905 ansässig war, und die Bevölkerung honorierte seine Tätigkeit durch die Wiederwahl in den Jahren 1946 und 1948. 1949 zog Lutz, der mittlerweile neben Heinrich Vogt profilierteste Vertreter der CSU im Ries, abermals in den Landtag ein. 1950 schließlich beerbte er Vogt im Kreisvorsitz der Nördlinger CSU¹⁵⁶, die sich damit nach wie vor fest in den Händen klassischer Honoratioren befand.

Es gab zwar auch jüngere Kräfte, doch standen sie im zweiten Glied. Zu ihnen gehörte Erst Hubel, der im Kreisverband Nördlingen das Amt des Schriftführers bekleidete. Der aus der Kreisstadt stammende Hubel war ein engagiertes Mitglied der evangelischen Gemeindejugend und als solches ein überzeugter Gegner des Nationalsozialismus gewesen, ehe er zur Wehrmacht einberufen wurde. Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft kam er als „Lumpen-König“ mit einer Firma zur Wiederverwertung von Wertstoffen schnell zu Geld und Ansehen.¹⁵⁷ Auch in der CSU, der er bereits 1945 beigetreten war, machte er sich unverzicht-

¹⁵³ Diese Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Nördlingen. Zur Landratswahl von 1946 auch IfZ-Archiv, RG 260, 10/65–2/5, Historical Report LK Nördlingen vom 22. 6. 1946.

¹⁵⁴ IfZ-Archiv, RG 260, 10/65–2/5, Annual Historical Report LK Nördlingen vom 4. 8. 1948, und ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an die Bezirksgeschäftsstelle Schwaben vom 24. 2. 1948.

¹⁵⁵ Die biographischen Informationen zu Hermann Lutz stammen aus Lerch/Stephan/König, Eine Stadt und ihre Christlich-Soziale Union, S. 84, sowie dem Amtlichen Handbuch des Bayerischen Landtags 1955, S. 168, und RN vom 24. 11. 1950 („Unsere Stimmkreiskandidaten“).

¹⁵⁶ Vogt mußte sich mit dem Posten des stellvertretenden Vorsitzenden begnügen. ACSP, BV Schwaben 57, Auszug aus dem Protokoll der Generalversammlung der CSU Nördlingen vom 25. 3. 1950.

¹⁵⁷ Hubel hatte die Firma „Lumpen-König“ bereits 1946 gegründet; mit 18 Angestellten war sie weit über die Landkreisgrenzen hinaus tätig. ACSP, BV Schwaben 57, Ernst Hubel an den Bezirksvorsitzenden Fritz Höhenberger vom 5. 12. 1953.

bar. „Indirekt“, lobte ihn der Kreisvorsitzende Lutz für seine rastlose Tätigkeit, „wurde er aber damit das Herz unserer Organisation im Kreisverband und zeigt ein sehr gutes Organisationstalent.“¹⁵⁸ Allerdings verlief die Zusammenarbeit zwischen Hubel und Lutz nicht immer konfliktfrei, da der Schriftführer immer wieder versuchte, die Partei zu modernisieren, was auf den Widerstand der Honoratioren an der Spitze des Kreisverbands stieß.¹⁵⁹ Gegenüber seinem JU-Kollegen Alois Klughammer beklagte sich Hubel, er müsse die gesamte organisatorische Arbeit leisten, denn während Klughammer einem „aufgedrahteten Vorsitzenden“ zuarbeite, müsse Hubel seinen Kreisvorsitzenden „sozusagen an alles hinschubsen“. Zwar wollte Hubel damit „nichts gegen Lutz sagen, denn die Arbeit, an die er einmal hingeschubst ist, macht er wirklich präzisionsmäßig akkurat. Aber ich muß doch mehr oder minder den Anlasser [und] Motor spielen“.¹⁶⁰ Solch behäbige Galionsfiguren trugen kaum dazu bei, die Attraktivität der Partei zu steigern.

Die Taktik der Sammlung geht im Landkreis Nördlingen nicht auf

Angesichts der desolaten Parteiorganisation ging die CSU schweren Zeiten entgegen. Keiner sah dies klarer als Ernst Hubel, der sich deshalb schon im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1952 Gedanken gemacht hatte, wie die CSU die eigenen Machtbasen verteidigen und verlorenes Terrain zurückerobern konnte. Konkret hieß das, die Wiederwahl Heinrich Vogts als Landrat zu sichern und den sozialdemokratischen Bürgermeister Johannes Weinberger aus dem Rathaus der Kreisstadt zu verdrängen. Um das zweite Ziel zu erreichen, schwebte Hubel eine Allianz aller nichtsozialistischen Parteien und ungebundenen Gruppierungen gegen die SPD vor.¹⁶¹ Dieses Bündnis der „Rechtsparteien“ und Parteilosen sollte allerdings nicht allein die sozialdemokratische Hochburg in Nördlingen schleifen, sondern auf Dauer auch die Vormachtstellung der CSU ausbauen, die ihre kleineren Verbündeten mit der Zeit schon aufsaugen würde – eine Strategie, die Hubel ganz unbescheiden auch für andere Kommunen und selbst für die Landesebene anpries: Wenn die Landesleitung die Gunst der Stunde ergreife und nach dem Vorbild des Kreisverbandes Nördlingen handle, sei man die Probleme mit der Bayernpartei und den Freien Wählern bald los, und auch die SPD wäre dann auf lange Sicht abgemeldet.¹⁶² Allerdings war dieses Konzept leichter formuliert als in die

¹⁵⁸ ACSP, BV Schwaben 57, Hermann Lutz an die Bezirksgeschäftsstelle Augsburg vom 22. 11. 1952. Aufgrund seiner enormen Fähigkeiten wurde Hubel von Lutz für das „Amt Blank“ vorgeschlagen, das seinerzeit geeignete Offiziere suchte, die für den Umgang mit Soldaten der anderen im Rahmen der EVG beteiligten Nationen geeignet schienen.

¹⁵⁹ ACSP, BV Schwaben 57, Ernst Hubel an Alois Klughammer vom 20. 1. 1951; siehe auch die Diskussionen auf der Generalversammlung des KV Nördlingen am 8. 12. 1951, in: ebenda, Protokoll der Generalversammlung des KV Nördlingen vom 8. 12. 1951.

¹⁶⁰ ACSP, BV Schwaben 57, Ernst Hubel an Alois Klughammer vom 20. 1. 1951. Daher verzichtete Hubel wegen Arbeitsüberlastung auf ein weiteres Amt in der JU.

¹⁶¹ Das Folgende nach ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an Ministerpräsident Hans Ehard vom 29. 7. 1951, Anlage.

¹⁶² ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an Ministerpräsident Hans Ehard vom 29. 7. 1951. Alles, was man dazu brauche, so Hubel optimistisch, sei taktisches Gespür und ein paar Mitglieder, die das entsprechende diplomatische Geschick und die nötige Menschenkenntnis mitbrächten. Als ersten Schritt müsse man informelle Kontakte herstellen, und zwar mit einem geeigneten Mitglied der Gegenseite, also eher einem Mitläufer. Der zweite Schritt bestehe darin, zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen, wobei die CSU-Flagge nicht offen gezeigt werden sollte; den Vorsitz über der-

Tat umgesetzt. Schon die Idee selbst stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung. Auf der Generalversammlung des Kreisverbandes begrüßte Heinrich Vogt die vielerorts zu beobachtende Verschmelzung mit anderen Parteien und Gruppen im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen. Dem widersprach der Bezirksvorsitzende Albert Kaifer, der als Gast an der Versammlung teilnahm. Die Idee der Sammlung sei zwar bedenkenswert, ihre Umsetzung jedoch problematisch, weil „doch viele Leute eine Partei wählen wollten und keinen Mischmasch“. Für den Kreistag müsse die CSU auf jeden Fall eine eigene Liste präsentieren und auch „ansonsten getrennt marschieren aber Listenverbindungen anwenden“.¹⁶³

Den mahnenden Worten des Bezirksvorsitzenden zum Trotz, beschloß der Ortsverband Nördlingen am 4. Januar 1952, eine gemeinsame Liste mit der FDP und den Freien Wählern aufzustellen, deren erklärtes Ziel in der „Brechung der roten Vorherrschaft auf dem Rathaus“ bestand.¹⁶⁴ Da die Nördlinger CSU über keinen geeigneten Spitzenkandidaten verfügte, erklärte sie sich schließlich bereit, den Kandidaten der Freien Wähler zu unterstützen. Dafür sollte ein Drittel der Listenplätze für den Stadtrat mit CSU-Mitgliedern besetzt werden, was aber in der Praxis beträchtliche Schwierigkeiten bereitete. Konkret ging es um den 1896 geborenen Kaufmann Josef Feil, der 1945 eher zufällig als Erster Bürgermeister der Kreisstadt eingesetzt worden und dabei offenkundig auf den Geschmack an politischen Ämtern gekommen war.¹⁶⁵ Ursprünglich sollte Feil 1952 auf Platz elf der Stadtratsliste kandidieren, jedoch drängte er massiv auf eine bessere Position, die ihm FDP und Parteifreie aber nicht zugestehen wollten. Auch in den eigenen Reihen hatte Feil nicht nur Freunde. In einem internen Strategiepapier der CSU wurde er wegen seiner katholisch-konservativen Einstellung als „kohlpfechraschwarze[r] Feil“ apostrophiert.¹⁶⁶ Viele warfen ihm außerdem vor, in seiner Amtszeit seinem Stellvertreter Weinberger zuviel Einfluß konzediert zu haben, was der Sozialdemokrat als Sprungbrett ins Rathaus genutzt habe. Feil und ein weiterer CSU-Kandidat drohten, als ihnen der Wind solchermaßen ins Gesicht blies, mit ihrem Parteiaustritt. Zwar schienen sich die Wogen wieder zu glätten, und nach einigem Hin und Her wurde die gemeinsame Liste von allen Partnern en bloc akzeptiert. „Da platzte plötzlich am nächsten Tag die Nachricht in Nördlingen herein, daß Feil, der als ‚Bauernschinken‘ gilt (außen schwarz, innen rot) und

artige Veranstaltungen erlange man, indem man frage, wer denn diese „umfangreiche Arbeit“ übernehmen könne – da werde man von seinem Gegenüber der Parteifreien sofort selbst vorgeschlagen, schon weil deren Exponenten vor dem Wort „Arbeit“ zurückschrecken würden. Der Vorsitzende habe die Tagung in der Hand, er könne die Sitzungstermine so bestimmen, daß die CSU-Mitglieder Gelegenheit hätten, sich vorher unauffällig abzusprechen, um ihr Programm durchzuziehen. So werde die parteilose Versammlung schrittweise auf CSU-Linie gebracht und es entstehe die wirkliche „Union“, nämlich die Sammlung aller bürgerlichen (wörtlich heißt es „rechten“) und antisozialistischen Kräfte vor Ort.

¹⁶³ ACSP, BV Schwaben 57, Protokoll der Generalversammlung des KV Nördlingen vom 8. 12. 1951.

¹⁶⁴ ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an die Bezirksgeschäftsstelle Schwaben vom 26. 2. 1952. Das Folgende ebenda.

¹⁶⁵ Im Oktober 1946 trat der Erste Bürgermeister Paul Söldner von seinem Amt zurück, an seiner Stelle wählte der Stadtrat Josef Feil. IfZ-Archiv, RG 260, CO-468/1, Quarterly Historical Report LK Nördlingen vom 15. 1. 1947, sowie Amtsblatt für den Landkreis Nördlingen vom 26. 1. 1946, S. 3, und vom 2. 2. 1946, S. 1.

¹⁶⁶ ACSP, BV Schwaben 57, Protokoll der Mitgliederversammlung des OV Nördlingen am 4. 3. 1952. Das Folgende ebenda.

der früher Arbeiter- und Soldatenrat war, mit wehenden Fahnen zu den Deutschenationalen übergegangen war, d. h. zur DP.“¹⁶⁷ Dieser Schritt stürzte die CSU in große Kalamitäten, brachte er doch das in konfessioneller und sozialer Hinsicht fein austarierte Gleichgewicht der Liste ins Wanken.

Welchen Einfluß dieses Hickhack auf das Wahlergebnis hatte, ist nicht zu bestimmen. Fest steht aber, daß das Wahlbündnis der CSU scheiterte, und die Partei eine Reihe bitterer Niederlagen hinnehmen mußte. Sie stellte in den 74 Gemeinden des Landkreises Nördlingen nur noch 16 Bürgermeister¹⁶⁸ und konnte, wie im Landkreis Wasserburg, ihre beiden zentralen Wahlziele nicht erreichen. Auch die Wiederwahl Vogts mißlang: Er unterlag dem parteilosen Rechtsanwalt Gerhard Müller, den zunächst die SPD vorgeschlagen hatte, der dann aber in der Stichwahl durch den Kreistag auch die Unterstützung des BHE und der Parteifreien Wähler erhielt. Der Seitenwechsel der Unabhängigen gab schließlich den Ausschlag, denn damit brachte es Müller auf 24 Stimmen, während nur 18 Kreisräte für den Amtsinhaber votierten.¹⁶⁹ Die Taktik der Sammlung aller bürgerlichen Kräfte war damit völlig fehlgeschlagen. Da sich auch die gemeinsame Stadtratsliste in Nördlingen als Flop erwies¹⁷⁰, mußte sich Hubel schwere Vorwürfe des Bezirksgeschäftsführers Alois Klughammer gefallen lassen, der im Vorfeld wiederholt vor gemeinsamen Listen gewarnt hatte.¹⁷¹

f) Faktoren des Niedergangs – eine Bilanz

Wie aber läßt sich die Serie von Niederlagen der CSU nach 1946 erklären? Warum ließ ihre Anziehungskraft auch und gerade im ländlichen Raum nach? Ein Blick auf die Kandidaten, die sich in jenen Jahren zur Wahl stellten, zeigt einen Grund für die sinkende Attraktivität der CSU. Zwar vertraute die Union nach wie vor weitgehend den klassischen Honoratioren des ländlichen Raums – eine Taktik, die noch 1946 wesentlich zu den großen Erfolgen der Partei beigetragen hatte. Allerdings erlosch mit der diesbezüglichen Monopolstellung der CSU auch die Erfolgsgarantie dieses simplen Rezepts: 1946 war die CSU *die* Partei des ländlichen Establishments gewesen, spätestens 1949 war sie nur noch eine unter mehreren. Nicht zufällig glich sich nunmehr das Sozialprofil der Kandidaten von CSU, Bayernpartei, FDP und WAV im ländlichen Raum in auffallendem Maße. Da auch die Bayernpartei oder die FDP aus dem Reservoir der bäuerlich-dörflichen Nomenklatur schöpften, verfügten ehemals treue Wähler der CSU, die der Regierungspolitik überdrüssig geworden waren, nun über eine echte Alternative. Dazu kam, was den Erfolg der Bayernpartei betrifft, die Persönlichkeit des Landesvorsitzenden Joseph Baumgartner, des im ländlichen Altbayern fraglos populärsten Politikers jener Tage, der als Kritiker der CSU-Politik „zum berühmten und gefürchteten Volkstribunen“ avancierte.¹⁷² So hielt eine Analyse der Bundestagswahl 1949

¹⁶⁷ ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an die Bezirksgeschäftsstelle Schwaben vom 9. 3. 1952.

¹⁶⁸ ACSP, BV Schwaben 57, Anlage zu KV Nördlingen an BV Schwaben vom 11. 5. 1952.

¹⁶⁹ Diese Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Nördlingen, und RN vom 7. 5. 1952 („Rechtsanwalt Gerhard Müller zum neuen Landrat gewählt“).

¹⁷⁰ ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an BV Schwaben vom 11. 5. 1952.

¹⁷¹ ACSP, BV Schwaben 57, Alois Klughammer an Ernst Hubel vom 2. 5. 1952.

¹⁷² Amery, *Leb wohl geliebtes Volk der Bayern*, S. 220.

des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU fest, besonders auffallend sei „ein großer ‚Sendungs- und Führerglaube‘ bei den bäuerlichen Bayernpartei-Wählern“ gewesen: Deren Kandidaten mochten noch so unbekannt sein und von der Landwirtschaft auch rein gar nichts verstehen, die Parole „Dr. Baumgartner macht’s schon“ verfiel immer wieder.¹⁷³

Daneben machten der CSU die Zerrissenheit in der Führung und nicht zuletzt die organisatorischen Defizite zu schaffen, die in den Wahlkämpfen in aller Deutlichkeit zutage traten. Wie in Wasserburg oder Nördlingen, dominierte in vielen Kreisverbänden eine kleine Führungselite, die seit der Parteigründung ununterbrochen am Ruder war. Diese lokalen Honoratioren zeigten oft wenig Neigung, den Ausbau des Parteiapparats vor Ort voranzutreiben oder neue Mitglieder zu werben – allein schon, um den eigenen Führungsanspruch nicht zu gefährden.¹⁷⁴ Von kontinuierlicher Parteiarbeit an der Basis konnte keine Rede sein, wie die bereits erwähnte Wahlanalyse des Bezirksverbandes Oberbayern festhielt:

„In einigen Fällen war es so, daß der Ortsobmann keine klare politische Linie mehr bezog, ja daß er es als Zumutung empfand, wenn ihm die Abhaltung einer Versammlung nahe gelegt wurde, und daß er auf die Bitte des Kreisvorsitzenden, etwa Beitragsanteile abzuführen, rundweg antwortete: ‚Kassier doch selbst‘.“¹⁷⁵

Ins Fadenkreuz der Kritik gerieten dabei neben den Parteifunktionären auch die kommunalpolitischen Mandatäre, die mit Unterstützung der CSU zu Amt und Würden gekommen waren, in späteren Wahlkämpfen jedoch für die Union nicht mehr in Erscheinung traten.

„Es ist beschämend, wie sich die gleichen Landräte, die sich unseren Parteifreunden als politische Beamte vor nicht allzu langer Zeit zur Wahl gestellt haben, jetzt – mit wenigen dankbar anerkannten Ausnahmen – von der so notwendigen Versammlungsarbeit fernhielten. Die im Wahlergebnis liegende Quittung war gerade in solchen Wahlkreisen erdrückend.“

Manch ein Landrat oder Bürgermeister dürfte sich seinerzeit mit Bedacht im Wahlkampf bedeckt gehalten haben, um sich alle Optionen offen zu halten – schließlich war es im Hinblick auf die nächste Wiederwahl alles andere als klug, das eigene politische Schicksal an die CSU zu ketten, deren Stern offenkundig im Sinken begriffen war.

Ohne einen entsprechenden Parteiapparat und ohne die Unterstützung wichtiger regionaler und lokaler Multiplikatoren, fehlte den Wahlkämpfen der CSU die Durchschlagskraft. So sehr sich mancherorts ein Ortsvorsitzender oder ein einfaches Mitglied auch bemühen mochte, erreichten die Veranstaltungen der CSU nie die Wirkung, welche die Bayernpartei entfaltete. Die Kandidaten der CSU gaben sich im Wahlkampf betont sachlich, ja geradezu staatsmännisch. Während sie gegenüber der KPD oder der WAV nicht selten scharfe Töne anschlugen, blieb ihre Haltung gegenüber der weiß-blauen Konkurrenz geprägt von linksischer

¹⁷³ ACSP, BV Schwaben 67, BV Oberbayern, Der Oberbayerische Informationsbrief 32/49 vom 28. 9. 1949.

¹⁷⁴ IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, „Die Organisation der Christlich-Sozialen Union“. Referat von Hauptgeschäftsführer Dr. Zimmermann vor der Landesversammlung am 22. Oktober 1955 in München, S. 9.

¹⁷⁵ ACSP, BV Schwaben 67, BV Oberbayern, Der Oberbayerische Informationsbrief 32/49 vom 28. 9. 1949. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

Schüchternheit. Auf deren Anwürfe reagierte sie nicht selten fast schon beleidigt, mit Anzeigen und Gerichtsprozessen¹⁷⁶, anstatt es Baumgartner und Konsorten mit gleicher Münze heimzuzahlen. Hier offenbart sich das große Dilemma der CSU: Ihr fehlten die Themen, mit denen sie die Bayernpartei in Bedrängnis bringen konnte, während es deren Rednern umgekehrt sehr leicht fiel, die CSU und ihre Exponenten nach allen Regeln der Kunst vorzuführen. „Wo is no’ a CSU-ler, daß i’n aufm Kraut friß?“¹⁷⁷ – auf die Herausforderung Baumgartners fand die CSU zunächst keine Antwort.

2. Aufstieg zur Volkspartei: Die zweite „Landnahme“ der CSU (1953–1962)¹⁷⁸

a) Ein Silberstreifen am Horizont: Die Bundestagswahl von 1953

Die Wahl zum zweiten Deutschen Bundestag am 6. September 1953 markierte eine wichtige Trendwende.¹⁷⁹ Die CSU erhielt in Bayern 47,9 Prozent der Zweitstimmen, was gegenüber der Landtagswahl von 1950 einen Zugewinn von über 20 Prozentpunkten bedeutete. Alle anderen Parteien mußten dagegen Verluste hinnehmen: Die SPD erreichte nur 23,3, der BHE 8,2 und die FDP 6,2 Prozent. Die Bayernpartei, die auf 9,2 Prozent kam und gegenüber der ersten Bundestagswahl über zehn Prozentpunkte einbüßte, verpaßte den Wiedereinzug ins Bonner Parlament und sank zur reinen Landespartei herab.¹⁸⁰ Die Wählerinnen und Wähler im Freistaat honorierten damit den Kurs der CSU, die im Bundestag stets treu zu Bundeskanzler Konrad Adenauer gestanden und dabei manch komplizierten Spagat zwischen München und Bonn bewältigt hatte.¹⁸¹

In den elf in die Untersuchung einbezogenen Landkreisen feierte die CSU ebenfalls große Wahlsiege, wenn man auch zwischen den verschiedenen Regionen differenzieren muß. In Oberbayern, der „eigentlichen Wetterecke“ und dem „Sturmzentrum des Katholizismus im politischen Bereich“¹⁸², legte die CSU zwar gegenüber den vorhergegangenen Wahlen deutlich zu. Im Landkreis Landsberg erreichte sie mit 51,8 Prozent jedoch kein wesentlich besseres Ergebnis als im Landesdurchschnitt, im Landkreis Wasserburg blieb sie mit 45,7 Prozent sogar dahinter zurück. Ihre besten Ergebnisse erzielte die CSU in der Oberpfalz: Im

¹⁷⁶ Beispielsweise ACSP, BV Schwaben 67, Rundschreiben des Bezirksverbands Oberfranken an die Landesleitung und sämtliche Bezirks- und Kreisverbände der CSU vom 5. 7. 1949.

¹⁷⁷ Zitiert nach Amery, *Leb wohl geliebtes Volk der Bayern*, S. 220.

¹⁷⁸ Den Begriff der „Landnahme“ verwendet Mintzel, *Bayern und die CSU*, S. 222.

¹⁷⁹ Die folgenden Angaben zum Wahlergebnis von 1953 nach BSB 193, S. 38* f., und Ritter/Niehus, *Wahlen in Deutschland*, S. 121, die das Ergebnis der CSU mit 47,8 Prozent angeben.

¹⁸⁰ Wolf, *CSU und Bayernpartei*, S. 245 f.

¹⁸¹ Vgl. Schlemmer, *Aufbruch*, S. 381–404, und Kock, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 420 ff. Die schwerste Belastungsprobe hatte der rigide Sparkurs von Bundesfinanzminister Schäffer dargestellt, den Kritiker als „zentralistisch“ brandmarkten. Dazu Gelberg, Hans Ehard, S. 398–417, und Henzler, Fritz Schäffer, S. 350–379.

¹⁸² Mintzel, *Geschichte der CSU*, S. 427. In Oberbayern entfielen 43 Prozent der Zweitstimmen auf die CSU, in Niederbayern 52,8, in der Oberpfalz 56,1, in Oberfranken 38,3, in Mittelfranken 41,2, in Unterfranken 65,1 und in Schwaben 47,9. BSB 193, S. 32*–39*. Die folgenden Angaben nach ebenda.

Landkreis Neumarkt errang sie 72,7 Prozent, in Beilngries und Roding jeweils gut 67 Prozent. Auch in Mittelfranken und Schwaben standen die Zeichen auf Sieg: Während die CSU in Feuchtwangen und Nördlingen mit 71 bzw. 63,3 Prozent hervorragend abschnitt, kam sie in Rothenburg und Neuburg jeweils auf rund 57 Prozent und lag damit zehn Prozentpunkte über ihrem Gesamtergebnis. Im niederbayerischen Bogen und im unterfränkischen Königshofen landete die CSU bei beachtlichen 61 Prozent der Stimmen. Die Hochburgen der bayerischen Unionspartei befanden sich also nach wie vor im ländlichen Raum, wo sie nicht selten deutlich über die Hälfte der Wählerstimmen auf sich vereinigte.¹⁸³

Erfolg im Landkreis Nördlingen: Die Rückkehr der Protestanten

Doch wie ist dieser Erfolg zu erklären? Wohl kaum mit einem gelungenen Wahlkampf, da die am Boden liegende Parteiorganisation dazu gar nicht in der Lage war. Vielfach behinderte ein eklatanter Materialmangel engagierte Kreisverbände in ihren Bemühungen um eine intensive Wählerwerbung. In Nördlingen, wo es gelungen war, die Zahl der Redner von früher zwei bis drei auf acht zu vergrößern und anstelle des in vormaligen Wahlkämpfen verfügbaren einen Autos deren vier zu organisieren, klagte man: „Wir haben alles, bloß keine Plakate mehr. Daher haben unsere Redner momentan ‚Urlaub‘.“¹⁸⁴ Vor allem finanziell fühlten sich die Nördlinger mangelhaft unterstützt und beschwerten sich daher nach der Wahl in Augsburg, „daß unsere beiden vorgesetzten Dienststellen, Bezirksverband und Landesverband, uns im Wahlkampf finanziell haben sitzen lassen. Der Kreisverband hat alle seine Ausgaben selbst bezahlt und aus dem Aufkommen von gesammelten Spenden gedeckt.“¹⁸⁵ Die lokalen Funktionäre machten bei ihren nimmermüden Bemühungen allerdings eine „wertvolle Erfahrung“:

„Wir haben herausbekommen, daß unter der Woche die Versammlungen nur von ein paar Hanseln besucht sind, während aber Samstag-Abend & Sonntag-Abend meist der Saal gepfropft voll ist. Unsere Redner und Autobesitzer haben wir zu dem sehr anerkennenswerten Opfer gebracht, daß sie um diese Zeit ihre Versammlungen halten. [...] Wir haben weiterhin die angenehme Erfahrung gemacht, daß man heute allseits auf viel größeres Verständnis bei den Zuhörern stößt, als früher. Auch in unseren evangelischen Gemeinden tun wir uns heute bedeutend leichter als früher. Das sind keine schlechten Anzeichen für die Wahl!“¹⁸⁶

¹⁸³ Während die CSU in den städtischen Wahlbezirken insgesamt nur 40,7 Prozent der Stimmen erhielt und in den Großstädten München (37,6 Prozent) und Nürnberg (33 Prozent) besonders schlecht abschnitt, kam sie in den 143 Landkreisen auf 51,2 Prozent der Stimmen. Diese Angaben nach BSB 193, S. 13* und S. 42*. Auch bei dieser Wahl galt: Je kleiner die Gemeinde, desto besser das Wahlergebnis der CSU. Sie schnitt am besten ab in Landgemeinden unter 500 Einwohnern (hier kam sie auf 59,6 Prozent) und in Stadtkreisen zwischen 5000 und 10000 Einwohnern (in denen sie sogar 69 Prozent erhielt). Die schlechtesten Ergebnisse erzielte die CSU in Stadtkreisen über 100000 Einwohner, in denen sie nur von 38 Prozent der Bevölkerung gewählt wurde. Ebenda, S. 14*.

¹⁸⁴ ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an die Bezirksleitung Schwaben vom 11. 6. 1953.

¹⁸⁵ ACSP, BV Schwaben 57, Vierteljahresbericht des KV Nördlingen an den BV Schwaben zum 10. 10. 1953. Auch Ernst Hubel beklagte sich nach der Wahl bei Alois Klughammer, daß ein von Generalsekretär Brunner im Namen der Landesleitung versprochener Zuschuß in Höhe von 600,- DM nie angekommen sei, und der Kreisverband daher unter seinen Mitgliedern gesammelt habe, um die Außenstände begleichen zu können. Ebenda, Ernst Hubel an Alois Klughammer vom 19. 10. 1953.

¹⁸⁶ ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an die Bezirksleitung Schwaben vom 11. 6. 1953.

Der Schein trog nicht. Die CSU ging in 73 von 74 kreisangehörigen Kommunen als stärkste politische Kraft aus der Wahl hervor¹⁸⁷, wobei ihr nur in acht Gemeinden weniger als die Hälfte der Wähler die Stimme gaben; in 16 Gemeinden erhielt die bayerische Unionspartei dagegen das Vertrauen von mehr als drei Vierteln der Wähler. Die konfessionelle Barriere, die der CSU im Ries zuvor zu schaffen gemacht hatte, schien auf den ersten Blick beseitigt: Von den 42 Kommunen mit mehrheitlich evangelischer Bevölkerung errang die CSU in 34 die absolute Mehrheit. Offenkundig zahlte es sich aus, daß es gelungen war, einen stabilen Kontakt zum evangelischen Männerkreis und zur Mehrzahl der evangelischen Pfarreien aufzubauen.¹⁸⁸

Allerdings kam dem Faktor Konfession immer noch große Bedeutung für das Abschneiden der bayerischen Unionspartei zu: Alle acht Gemeinden, in denen die CSU weniger als 50 Prozent der Stimmen erhielt, wiesen eine evangelische Bevölkerungsmehrheit von über 80 Prozent auf. In 15 der 16 Gemeinden, deren Bevölkerung zu mehr als drei Vierteln die CSU wählte, befanden sich die Katholiken eindeutig in der Überzahl.¹⁸⁹ Wie heikel die konfessionelle Problematik für die CSU im Ries immer noch war, hatte bereits die Kandidatenkür gezeigt.¹⁹⁰ Da Bundeslandwirtschaftsminister Wilhelm Niklas, der das Direktmandat 1951 in einer Nachwahl errungen hatte, nicht nochmals antreten wollte, stand der Kreisverband Nördlingen vor der Entscheidung, einen Nachfolger aus den eigenen Reihen zu benennen oder einen Kandidaten von außen zu unterstützen. Ernst Hubel und andere plädierten vehement für den Nördlinger Georg Riedel, einen Protestanten, um die CSU vom Ruch einer klerikal-katholischen Partei zu befreien.¹⁹¹ Als Riedel eine Kandidatur aus beruflichen Gründen ablehnte, offenbarte sich, wie es um die Interkonfessionalität der CSU im Ries tatsächlich bestellt war – die Partei konnte keinen anderen evangelischen Kandidaten aufbieten! So war man direkt erleichtert, als schließlich der Kreisverband Donauwörth mit einem evangelischen Bewerber Anspruch auf die Kandidatur erhob.

Überhaupt schien das gute Abschneiden der CSU im Landkreis Nördlingen im Jahr 1953, pointiert gesprochen, weniger der eigenen Stärke als vielmehr der Schwäche ihrer Gegner geschuldet zu sein. Mit dem Untergang der WAV hatte die alteingesessene evangelische Bevölkerung ihre politische Vertretung verloren. Ei-

¹⁸⁷ Lediglich in der Gemeinde Löpsingen rangierte die CSU, die mit 36,8 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis im Landkreis Nördlingen erzielte, hinter der FDP, die auf 41,9 Prozent kam. BSB 193, S. 159ff.

¹⁸⁸ ACSP, BV Schwaben 57, Vierteljahresbericht des KV Nördlingen an den BV Schwaben zum 10. 10. 1953.

¹⁸⁹ Die konfessionellen Verhältnisse nach BSB 177, Bd. 7, S. 122–141, die Wahlergebnisse nach BSB 193, S. 159ff.

¹⁹⁰ Das Folgende nach ACSP, BV Schwaben 57, Protokoll der Kreisversammlung der CSU Nördlingen-Stadt und Nördlingen-Land am 18. 4. 1953.

¹⁹¹ Hubel attestierte der evangelischen Kirchengemeinde, die „beständig in der Vorstellung lebt, die Katholiken wollten alle Stellen besetzen“, „Minderwertigkeitskomplexe“. Obwohl er selbst „diesen Standpunkt für Unsinn“ hielt, plädierte Hubel aus wahltaktischen Gründen dafür, „einen Evangelischen aus unseren Reihen zu präsentieren, so daß sich dann die WAV & FDP nicht fortgesetzt in den evangelischen Gemeinden als die Repräsentanten des Protestantismus hinstellen“ könnten. ACSP, BV Schwaben 57, Protokoll der Kreisversammlung der CSU Nördlingen-Stadt und Nördlingen-Land am 18. 4. 1953.

nige lokale Exponenten der WAV wie die Gebrüder Schmidt und Hans Löfflad versuchten zwar, ihr eigenes politisches Überleben durch einen Wechsel zur Deutschen Partei zu sichern, jedoch vergebens – ihre Kooperation mit Alfred Loritz hatte sie diskreditiert.¹⁹² Während die Neubürger größtenteils zum BHE abwanderten, der 15 Prozent der Stimmen erhielt, landeten die meisten evangelischen Wähler auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat bei der CSU – viele wohl in Ermangelung einer besseren Alternative, da die FDP, die es im Landkreis auf 8,6 Prozent brachte und nur in sieben Gemeinden über 20 Prozent erhielt, noch zu schwach erschien.¹⁹³ Insofern galt auch im Ries, was Thomas Schlemmer für die Bundestagswahl von 1953 allgemein feststellte: „[...] ein großer Teil der evangelischen Wähler hatte nicht die CSU als solche gewählt, sondern Konrad Adenauer, die Politik der sozialen Marktwirtschaft und der Westintegration.“¹⁹⁴ Die CSU war ihrem interkonfessionellen Anspruch zwar näher gekommen, eingelöst hatte sie ihn noch nicht.

Im Schlepptau Adenauers:

Der überraschende Wahlerfolg im Landkreis Wasserburg

Anders lagen die Dinge in Altbayern, wo es der CSU gelang, die Bayernpartei in die Schranken zu weisen. Von der Landeshauptstadt abgesehen, eroberte die CSU hier alle Direktmandate und lag bei den Zweitstimmen ebenfalls deutlich vor der weiß-blauen Konkurrenz.¹⁹⁵ Das galt auch für den Landkreis Wasserburg, bis dahin eine ausgesprochene Hochburg der Bayernpartei, die jedoch mit 25,7 Prozent der Stimmen eine herbe Enttäuschung verkraften mußte: Verglichen mit ihrem guten Wahlergebnis vier Jahre zuvor hatte sie fast 13 Prozentpunkte eingebüßt. Zwar schnitt die CSU in Wasserburg und Umgebung mit 45,7 Prozent etwas schlechter ab als im landesweiten Durchschnitt, sie legte allerdings gegenüber der Landtagswahl von 1950 um 20 Prozentpunkte zu und ließ die Bayernpartei deutlich hinter sich: In 52 von 62 kreisangehörigen Kommunen setzte sich die Union als stärkste Partei durch, wobei sie in 25 Gemeinden die absolute Mehrheit erhielt. Dabei gelang es der CSU, ihre Hochburgen im Norden auszubauen und sie auf den östlichen Landkreis auszudehnen. Die Bayernpartei konnte sich dagegen nur

¹⁹² Die Deutsche Partei erhielt im Landkreis Nördlingen 1953 nur 1,8 Prozent der Stimmen; lediglich in den Gemeinden Rudelstetten (30,9 Prozent) und Bühl am Ries (24 Prozent), den Wohnorten der Gebrüder Schmidt bzw. Hans Löfflads, konnte sie nennenswerte Wahlerfolge verbuchen. BSB 193, S. 159 ff.

¹⁹³ Bei den späteren Wahlen, gerade auf Landesebene, sollten freilich viele dann doch zur FDP wechseln, die sich auch im Ries, vor allem aber im evangelischen Franken, zunehmend als Vertreterin der protestantischen Interessen profilieren konnte. Vgl. Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen, S. 316 und S. 320. Schon im Bundestagswahlkampf 1953 hatte die FDP mit der christlichen Gemeinschaftsschule ein landespolitisches Thema zum Schwerpunkt erkoren. ACSF, BV Schwaben 57, Vierteljahresbericht des KV Nördlingen an den BV Schwaben zum 10. 10. 1953.

¹⁹⁴ Schlemmer, Aufbruch, S. 429.

¹⁹⁵ Im Regierungsbezirk Oberbayern setzte sich die CSU mit 43 Prozent klar gegen die Bayernpartei durch, die nur 14,1 Prozent der Zweitstimmen erhielt. In Niederbayern schnitt die Bayernpartei mit 14,9 Prozent zwar etwas besser ab, der Abstand zur CSU, die es auf 52,8 Prozent brachte, fiel indes sogar noch größer aus. In der Oberpfalz, wo sie auch zuvor kaum hatte Fuß fassen können, kam die Bayernpartei nur auf 6,9 Prozent, während 56,1 Prozent auf die CSU entfielen. BSB 193, S. 32*–35*. Die folgenden Angaben nach ebenda, S. 33*.

in zehn Gemeinden als stärkste Kraft behaupten und kam dabei nirgends mehr über die Marke von 50 Prozent der Stimmen.¹⁹⁶

Mit einem derartigen Resultat hatten selbst die kühnsten Optimisten nicht gerechnet, denn allgemein war ein spannendes Rennen zwischen CSU und Bayernpartei erwartet worden.¹⁹⁷ Zwei eng miteinander verbundene Momente gaben den Ausschlag, daß die bayerische Unionspartei so gut abschnitt: die große Popularität der Bundesregierung unter Konrad Adenauer und der rastlose Einsatz des Bundestagskandidaten Josef Bauer. Im Gegensatz zu den Wahlkämpfen von 1949 und 1950, in denen Auftritte der Parteiprominenz keine Seltenheit gewesen waren, blieben die regionalen Funktionäre diesmal weitgehend unter sich: Für die Bayernpartei bestritten neben Anton Härtl, dem Bundestagskandidaten, die Landräte Heinrich Stulberger und Georg Knott, der Bezirksvorsitzende Josef Zimmermann sowie Bezirksgeschäftsführer Hans Utz Wahlveranstaltungen. Die CSU vertraute auf Josef Bauer, der ein enormes Pensum an Auftritten absolvierte, Pfarrer Josef Fischbacher, den Landtagsabgeordneten Sebastian Huber und Amtsgerichtsrat Maier. Eine Kundgebung mit Landwirtschaftsminister Alois Schlögl in der Gemeinde Farrach, der kurzfristig zugesagt hatte, bildete die einzige nennenswerte Ausnahme.¹⁹⁸

Das Paradoxe an diesem Schlagabtausch des Fußvolks bestand in der Tatsache, daß sich die beiden Hauptkonkurrenten für denselben Kanzler stark machten und beide mit der Begründung um Stimmen warben, nur sie garantierten eine Fortsetzung der Kanzlerschaft Adenauers. Die Bayernpartei hatte sich, eingedenk der großen Popularität des Kanzlers und in Ermangelung einer realistischen Alternative, entschlossen, unter dem Slogan „Gegen Ehard aber mit Adenauer“ ebenfalls für den CDU-Vorsitzenden einzutreten.¹⁹⁹ Damit befand sich die CSU in der erheblich stärkeren Position, da sie den Kanzler als Parteifreund für sich reklamieren konnte. Dementsprechend lautete die Kernaussage ihres Wahlkampfes, daß eine Zersplitterung im bürgerlichen Lager – vor allem durch eine Stimmabgabe für die Bayernpartei – allein der SPD zugute komme.²⁰⁰ In einer gut besuchten Wahlversammlung der Bayernpartei in Babensham rief der Ortspfarrer die Anwesenden just mit diesem Argument zur Stimmabgabe für die CSU auf:

„Ich sage Euch, rechnet und dann könnt Ihr nichts anderes wählen als die CSU; denn die CSU und die CDU stellen den Kanzler nur dann, wenn sie als stärkste Partei aus dieser Wahl hervorgehen. Die kleine Bayernpartei hat dabei nichts zu melden. Also könnt Ihr nur die CSU wählen[,] wenn Ihr nochmal[s] eine bürgerliche Regierung haben wollt und Adenauer als Bundeskanzler.“²⁰¹

¹⁹⁶ Die Ergebnisse der kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Wasserburg in der Bundestagswahl von 1953 finden sich in BSB 193, S. 24 f.

¹⁹⁷ Vgl. WZ vom 8. 9. 1953 („Wahlergebnisse aus Stadt und Gemeinden des Kreises Wasserburg“), und WZ vom 10. 9. 1953 („Einer gab dem Wunsch nach einem König Ausdruck“).

¹⁹⁸ WZ vom 1. 9. 1953 („Dr. Alois Schlögl sprach in Bichl“), und WZ vom 3. 9. 1953 („Ausschlaggebend für die Entscheidung im Wahlkreis 196“).

¹⁹⁹ Unger, Bayernpartei, S. 167.

²⁰⁰ WZ vom 4. 8. 1953 und vom 6. 8. 1953 (jeweils Kurzberichte über Wahlveranstaltungen der CSU in St. Leonhard, Albaching und Forsting), und WZ vom 25. 8. 1953 („Wir stellen vor: Josef Bauer, Bundestagskandidat der CSU“), sowie WZ vom 5. 9. 1953 („CSU will starken Block der Mitte bilden“). Allgemein dazu Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 171 ff.

²⁰¹ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 17. 8. 1953.

Andere wurden noch deutlicher: „Wer nicht ein ‚Opfer des Sozialismus‘ werden wolle“, erklärte Pfarrer Fischbacher auf einer Veranstaltung der Katholischen Aktion im Wasserburger Rathaussaal, „der müsse CDU/CSU wählen.“²⁰² In einer Anzeige in der „Wasserburger Zeitung“ hieß es kurz und bündig: „Wer für Adenauer ist, muß auch seine Partei wählen!“²⁰³

Gegenüber der ersten Bundestagswahl hatten sich die Fronten verkehrt: Nun war es die Bayernpartei, die den Argumenten der Gegenseite wenig entgegenzusetzen hatte:²⁰⁴ Nach Verabschiedung des Grundgesetzes, nach einer im Sande verlaufenen Klage gegen den „Anschluß“ an Bonn²⁰⁵ und nach vier Jahren, in denen sich die junge Bundesrepublik in den Augen der bayerischen Bevölkerung bewähren konnte, stach ihre föderalistische Trumpfkarte nicht mehr. Das machte sich auch in Wasserburg bemerkbar: Nachdem die Sondierungsgespräche mit der CSU über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten gescheitert waren, blieb der Bayernpartei nichts anderes übrig, als ebenfalls einen eigenen Bewerber zu nominieren.²⁰⁶ Dabei handelte es sich um den aus dem Landkreis Mühldorf stammenden Bauern Anton Härtl, der selbst in den eigenen Reihen nicht nur Befürworter fand.²⁰⁷ Diesen Schritt rechtfertigte man nach außen damit, daß es der CSU aufgrund ihrer Koalition mit der SPD und dem BHE in München nicht möglich sei, die föderalistischen Ideale, den Glauben und die Heimatliebe mit dem gebotenen Nachdruck in Bonn zu vertreten. Die CSU sei „gegenüber der Sozialisierungs- und Vermassungspolitik der SPD und Gewerkschaft, gegenüber der verdammenswerten Zentralisierungspolitik der FDP“ zu lasch, einzig die Bayernpartei könne den Einfluß der sozialistischen und zentralistischen Kräfte brechen.²⁰⁸ Die Funktionäre der Bayernpartei spürten jedoch rasch, daß diese Parolen und die komplizierte Logik, die sich dahinter verbarg, beim Wähler nicht verfangen. „Einfach zum Verzweifeln“, stellte Hans Utz in einem Schreiben an Jakob Fischbacher resigniert fest. „Ich und mehrere ehrenamtliche Begleiter der Redner haben keine Lust, unseren guten Namen für eine faule Sache herzugeben.“²⁰⁹

Die meisten Aktivisten der Bayernpartei waren dennoch fest davon überzeugt, bei der Bundestagswahl gut abzuschneiden. Daher bedeutete das Ergebnis für sie einen herben Rückschlag. „Der Ausgang der Wahlen hat uns alle schwer enttäuscht“, schrieb der Wasserburger Bezirksvorsitzende Josef Zimmermann.

²⁰² WZ vom 29. 8. 1953 („Die Entscheidung fällt zwischen den zwei großen Parteien“).

²⁰³ Die Anzeige findet sich in WZ vom 5. 9. 1953.

²⁰⁴ Zu den Wahlkampfstrategien von CSU und Bayernpartei sowie der schwachen Position der letztgenannten vgl. Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 171–174.

²⁰⁵ Vossen, „Föderalistisch leben oder asiatisch sterben“, S. 82 f.

²⁰⁶ WZ vom 25. 7. 1953 („Stellungnahme zu den Wahlgesprächen CSU-Bayernpartei“); bei dem Artikel handelt es sich um eine Stellungnahme des Bezirksverbandes Wasserburg der Bayernpartei, die als Leserbrief abgedruckt wurde.

²⁰⁷ Zweifel an der Qualifikation und den Fähigkeiten Härtls, der im Bezirk Mühldorf der Bayernpartei den Vorsitz innehatte, äußerte etwa Hans Utz in einem Schreiben an Jakob Fischbacher vom 12. 8. 1953, das sich findet in: IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116. Die Kür eines neuen Kandidaten war notwendig geworden, da der 1949 gewählte Fabrikant Georg Mayerhofer aufgrund seiner Verwicklung in die Bestechungsaffäre um Anton Donhauser für eine weitere Kandidatur nicht in Frage kam. Vgl. Unger, Bayernpartei, S. 130 f.

²⁰⁸ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Flugblatt des Bezirksverbandes Wasserburg der Bayernpartei „Liebe bayerische Landsleute, liebe Parteifreunde“ vom August 1953.

²⁰⁹ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 17. 8. 1953.

„Wir in Wasserburg haben alles versucht und auch in unseren Versammlungen gute Erfolge erzielt. Leider hat die kath[olische] Aktion uns alle[s] versaut. Die Würfel sind gefallen und wir müssen sehen[.] wie es weitergeht. Wenn die Bauern einen Vertreter der Heimatvertriebenen wählen, so ist ihnen nicht zu helfen.“²¹⁰

Die Resignation, die aus diesen Worten sprach, machte sich auch in den Führungsetagen breit. So bezeichnete Jakob Fischbacher, der ehemalige Landesvorsitzende und Vorsitzende des einflußreichen Kreisverbands Oberbayern, den Wahlausgang unumwunden als „Debakel“, das ihn „nicht im Wesen, aber im Ausmaß [...] überrascht“ habe.²¹¹ Zwar versuchte er seinen Parteifreunden mit dem Hinweis Mut zu machen, die Niederlage sei der besonderen bundespolitischen Konstellation zuzuschreiben und auf Landesebene lägen die Dinge ganz anders. Seine Ankündigung, über seine abermalige Kandidatur für den Landtag erst später entscheiden zu wollen, zeugte jedoch nicht gerade von unerschütterlichem Optimismus. Kein Wunder, die besten Tage der als „bayerische Volkserhebung“ angetretenen Protestbewegung waren vorbei.²¹² Eine Reihe von Funktionären und Mandataren, wie beispielsweise der Mühldorfer Landrat Albert Weggartner, zogen daraus die Konsequenzen und traten zur CSU über.²¹³ Diese Entwicklung kam dem Konzept der CSU, die Bayernpartei „aufzusaugen“, sehr entgegen. Die Wahlschlappe von 1953 setzte auf allen Ebenen einen Gärungsprozeß in Gang, der den Anfang vom Ende der Bayernpartei als relevantem Faktor der bayerischen Politik markierte.²¹⁴

*b) Eine „Sternstunde in der Geschichte der Wasserburger CSU“²¹⁵:
Eine neue Politikergeneration kündigt sich an*

Die Bedeutung des Wahlsiegs von 1953 erschöpfte sich jedoch nicht in dem erfolgreichen Gegenschlag im „Bruderzwist“ mit der Bayernpartei. Als mittelfristig kaum weniger wichtig erwies sich die Tatsache, daß eine ganze Reihe von jüngeren Kräften maßgeblich für den Erfolg verantwortlich zeichneten und von ihm profitierten. Damit kündigte sich ein Generationswechsel in der Partei an, der sich in den kommenden Jahren schrittweise vollziehen sollte. Dem 1915 geborenen, aus einfachen Verhältnissen stammenden Franz Josef Strauß war es schon in der ersten Wahlperiode gelungen, sich an der Spitze der Bonner Landesgruppe der CSU zu etablieren. 1953 schaffte Strauß den endgültigen Durchbruch zur bundespolitischen Prominenz: Der wortgewaltige stellvertretende CSU-Vorsitzende avan-

²¹⁰ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Josef Zimmermann an die Landesgeschäftsstelle der Bayernpartei vom 9. 9. 1953.

²¹¹ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Jakob Fischbacher an Hans Utz vom 14. 9. 1953. Das Folgende nach ebenda.

²¹² Unger, Bayernpartei, S. 154.

²¹³ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Jakob Fischbacher an Hans Utz vom 14. 9. 1953. Weggartner machte diesen Schritt zunächst noch einmal rückgängig; nach der neuerlichen Wahlschlappe von 1957 wechselte er endgültig zur CSU. Zu den Übertritten aus der Landtags- und Bundestagsfraktion der Bayernpartei zur CSU aufgrund der „Torschlußpanik“ nach der Bundestagswahl von 1953 vgl. Unger, Bayernpartei, S. 167f.

²¹⁴ Unger, Bayernpartei, S. 36. Zur Strategie der CSU gegenüber der Bayernpartei vgl. ausführlich Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 179–204.

²¹⁵ ACSF, KV Wasserburg 7, Laudatio Karl Neuburgers zum 50. Geburtstag Josef Bauers am 12. 6. 1965.

cierte – neben Fritz Schäffer – zum einflussreichsten und populärsten Vertreter der CSU in Bonn, was sich in zahllosen Anforderungen zu Kundgebungen in ganz Bayern niederschlug.²¹⁶

Strauß war nicht der einzige aus der jungen Garde, der nun immer mehr in den Vordergrund rückte. 1953 gelang einer ganzen Reihe relativ junger Männer mit dem Einzug in den Bundestag der Start einer politischen Karriere. Der 50köpfigen Landesgruppe gehörten nun immerhin elf Parlamentarier an, die am Wahltag noch keine 40 Jahre alt waren.²¹⁷ Ihr Benjamin war der 1922 geborene Dr. Ludwig Franz, Sekretär des Katholischen Werkvolks, der im Wahlkreis Rosenheim reüssierte. Neben Richard Jaeger (Jahrgang 1913), Emil Kemmer (Jahrgang 1914), Franz Josef Strauß und Richard Stücklen (Jahrgang 1916), die dem Bundestag bereits seit 1949 angehört hatten, betraten nun mit Werner Dollinger (Jahrgang 1918), Hermann Höcherl (Jahrgang 1912), Hans August Lücker (Jahrgang 1915), Alois Niederalt (Jahrgang 1911) und Gerhard Wachter (Jahrgang 1916) relativ junge Persönlichkeiten die Bonner Bühne, die in der CSU und auch in der Politik der Bundesrepublik in den kommenden Jahrzehnten eine wichtige Rolle spielen sollten.²¹⁸

Josef Bauer

Andere erlangten zwar keine so große Bedeutung, prägten aber für längere Zeit das Erscheinungsbild der CSU in ihren Wahlkreisen. Zu ihnen gehörte Josef Bauer, der sich im Bundeswahlkreis Altötting durchsetzen konnte und dem Bundestag ohne Unterbrechung bis 1969 angehörte.²¹⁹ Bauer, 1915 in Wasserburg geboren, war in relativ wohlhabenden Verhältnissen aufgewachsen, da sein Vater eine gutgehende Molkerei besaß. Nach der Volksschule schlug er mit einer kaufmännischen und technischen Ausbildung im Molkereifach den ihm vorbestimmten Berufsweg ein, der ihn aufgrund des frühen Todes des Vaters im Jahr 1937 schon früh an die Spitze des eigenen Betriebes führte. Dem Nationalsozialismus stand der gläubige Katholik reserviert gegenüber, ohne freilich mit dem Regime in Konflikt zu geraten oder gar aktiv im Widerstand tätig zu werden. Den Zweiten Weltkrieg, in dem er bis zum Schluß als Oberleutnant und Kompanieführer kämpfte, überstand Bauer ebenso unversehrt wie die Gefangenschaft, während sein jüngerer Bruder an der Front umkam. Für die Politik blieb Bauer nach 1945

²¹⁶ „Für eine öffentliche Versammlung würden wir gerne um einen bitten, der nicht und nie aufs Maul gefallen ist, nämlich Herrn Generalsekretär *Strauß*.“ Mit diesen Worten bat der Kreisverband Nördlingen schon im Kommunalwahlkampf von 1952 um einen Auftritt von Strauß in der Kreisstadt. ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an Bezirksgeschäftsstelle Schwaben vom 26. 2. 1952. Hervorhebung im Original. Zu Strauß vgl. die biographischen Skizzen von Krieger, Möller, Mintzel und Becker.

²¹⁷ Diese und die folgenden Angaben nach BSB 193, S. 60* ff.

²¹⁸ Zu den weiteren politischen Karrieren der Genannten siehe Schumacher, M.d.B., S. 77, S. 169, S. 255, S. 296 und S. 443.

²¹⁹ Die im folgenden wiedergegebenen biographischen Informationen stammen, soweit nicht anders gekennzeichnet, aus ACSP, NL Bauer A 1957, Josef Bauer an das Agrarreferat der Bundesgeschäftsstelle der CDU vom 8. 10. 1957, Anlage: Lebenslauf, sowie ebenda, KV Wasserburg 7, Laudatio Karl Neuburgers zum 50. Geburtstag von Josef Bauer am 12. 6. 1965, und WZ vom 25. 8. 1953 („Wir stellen vor: Josef Bauer, Bundestagskandidat der CSU“), sowie Schumacher, M.d.B., S. 258.

zunächst keine Zeit, da es galt, die im Krieg vernachlässigte Molkerei wieder auf Vordermann zu bringen. Allerdings gestaltete sich dieses Vorhaben schwierig, da Bauer als Wehrmachtsoffizier im Zuge der Entnazifizierung vorübergehend aus seinem Betrieb verbannt wurde – ein „Denkzettel“²²⁰, der mit zum späteren politischen Engagement beigetragen haben mag.

Nachdem Bauer sein Unternehmen modernisiert hatte, engagierte er sich zunächst im landwirtschaftlichen Verbandswesen, bevor er 1951 der CSU beitrug und 1953 in den Wasserburger Stadtrat nachrückte.²²¹ Zum Bundestagskandidaten avancierte er freilich eher zufällig: Auf einer Sitzung, als die CSU noch darüber debattierte, ob sie überhaupt einen eigenen Kandidaten nominieren oder nicht besser einen gemeinsamen Wahlvorschlag mit der Bayernpartei aufstellen sollte, fiel Bauers rhetorische Begabung und sein taktisches Geschick so positiv auf, daß an seiner Person plötzlich kein Weg mehr vorbei führte. Der nachmalige Kreisvorsitzende Karl Neuburger bezeichnete diesen glücklichen Zufall noch Jahre später als eine „Sternstunde in der Geschichte der Wasserburger CSU“.²²² Bauer erwies sich aufgrund seiner fundierten Kenntnisse in landwirtschaftlichen Dingen, seiner hervorragenden Kontakte zur katholischen Kirche und zum Bayerischen Bauernverband sowie seines enormen persönlichen Engagements für die Politik allgemein und die CSU im Besonderen als idealer Repräsentant des Bundeswahlkreises, was nicht zuletzt in seinen von Wahl zu Wahl besseren Erststimmenergebnissen zum Ausdruck kam.²²³

Etwas anders lagen die Dinge im Bundeswahlkreis Donauwörth, zu dem der Landkreis Nördlingen gehörte. Auch hier konnte sich 1953 mit Philipp Meyer der Bewerber der CSU durchsetzen, doch Meyer zählte, obwohl er erstmals für den Bundestag kandidierte, nicht mehr zum politischen Nachwuchs.²²⁴ Wie so viele

²²⁰ Vgl. Woller, *Gesellschaft und Politik*, S. 162 f.

²²¹ Bauer gehörte u. a. dem Berufsverband der Bayerischen Privatmolkereien und Käsereien an und war Mitglied der Tarifkommission für das Molkereigewerbe sowie des Vorstands des Verbandes der süddeutschen Molkereifachleute und Milchwirtschaftler. ACSP, NL Bauer A 1957, Josef Bauer an das Agrarreferat der Bundesgeschäftsstelle der CDU vom 8. 10. 1957, Anlage: Lebenslauf, und WZ vom 10. 9. 1953 („Herr Bundestagsabgeordneter“).

²²² ACSP, KV Wasserburg 7, Laudatio Karl Neuburgers zum 50. Geburtstag Josef Bauers am 12. 6. 1965.

²²³ 1953 erhielt Bauer 13 107 Erststimmen, während auf die CSU 13 282 Zweitstimmen entfielen. WZ vom 8. 9. 1953 („Wahlergebnisse aus Stadt und Gemeinden des Kreises Wasserburg“). 1957 erhielt Bauer 62,1 Prozent der Erststimmen; er übertraf damit sogar das Zweitstimmenergebnis der CSU, obwohl der überaus populäre Joseph Baumgartner gegen ihn angetreten war. Wolf, *CSU und Bayernpartei*, S. 199 f. Bauer hielt stets engen Kontakt zu den Pfarrern seines Wahlkreises. Beispielsweise ACSP, NL Bauer B 1953/54, Josef Bauer an Pfarrer Thomas Bauer vom 12. 7. 1954. Zudem trat Bauer regelmäßig als Referent auf Veranstaltungen der katholischen Landjugendbewegung auf. ACSP, KV Wasserburg 5, Josef Bauer an Georg Lunz vom 31. 10. 1960. Auch Bauers Verbindungen zum BBV waren eng, stets war er ein gerngesehener Gast und Referent auf den Veranstaltungen des Bauernverbandes. Etwa ACSP, NL Bauer B 1953/54, Josef Bauer an Bernhard Bauknecht vom 26. 11. 1954, und ACSP, NL Bauer B 1956, Kreisgeschäftsstelle Wasserburg des BBV an Josef Bauer vom 27. 1. 1956. Zu seiner intensiven Arbeit im Wahlkreis siehe die zahlreichen Fälle in ACSP, NL Bauer, in denen sich Bürger aus dem gesamten Bundeswahlkreis in verschiedensten Angelegenheiten – von Stellungsgesuchen über Hilfen bei Baumaßnahmen und Anträgen auf staatliche Förderung bis hin zu allgemeinen politischen Fragen – an Bauer wandten. Bauer versuchte, sich jedes Einzelfalles persönlich anzunehmen.

²²⁴ Die im folgenden wiedergegebenen biographischen Angaben zu Philipp Meyer stammen, soweit nicht anders gekennzeichnet, aus Lerch/Stephan/König, *Eine Stadt und ihre Christlich-Soziale Union*, S. 99 f.

Protestanten, geriet der 1896 geborene Meyer, der aus Auhausen im Landkreis Nördlingen stammte, nach dem Ersten Weltkrieg schrittweise in das Fahrwasser extrem nationalistischer Kreise.²²⁵ Das Fronterlebnis ließ ihn zunächst 1922 im Freikorps Oberland tätig werden. 1931 trat der gelernte Bäckermeister dann der NSDAP und ein Jahr später der SA bei, in der er ab 1940 den Rang eines Sturmtruppführers bekleidete. Von 1940 bis 1945 fungierte er als kommissarischer Kreisleiter für die Landkreise Donauwörth und Wertingen. Als Meyer sich jedoch im April 1945 gegen die Evakuierung der Zivilbevölkerung Wertingens aussprach, wurde er wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt. Das änderte jedoch nichts daran, daß ihn die amerikanische Militärregierung als Nazi ansah und internierte. Nach seiner Entlassung Ende Dezember 1947 und nach seiner Einstufung als Minderbelasteter engagierte sich Meyer zunächst bei der WAV, trat jedoch schon bald zur CSU über, die in ihm aufgrund seiner guten Kontakte sowohl zur evangelischen wie auch zur katholischen Geistlichkeit einen überzeugenden Kandidaten fand.²²⁶

Anton Jaumann

Doch auch im Ries deutete sich 1953 ein Generationswechsel an. Hier verkörperte nicht der Kandidat den aufstrebenden Parteienachwuchs, sondern der frischgebakene Geschäftsführer der CSU im Landkreis Nördlingen, Anton Jaumann, der sein Amt auf Empfehlung des Bezirksverbandes Schwaben erhalten hatte.²²⁷ Wie Bauer, war auch Jaumann tief im Humus seiner Heimat verwurzelt, der er zeit lebens eng verbunden blieb. 1927 hatte er als drittes Kind einer katholischen Bauernfamilie in Belzheim das Licht der Welt erblickt, wo sein Vater einen ansehnlichen Hof von 70 Tagwerk bewirtschaftete. Da schon sein Großvater und sein Vater Bürgermeister der Gemeinde gewesen waren, war Jaumann das Interesse für Politik gleichsam in die Wiege gelegt worden. Seine Ausbildung an der Oberschule in Oettingen wurde im November 1944 durch die Einberufung zur Wehrmacht unterbrochen. Im Juli 1945 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen, besuchte er die Oberrealschule in Nördlingen, wo er 1948 das Abitur ablegte. Nach einem kurzen Intermezzo am Priesterseminar in Dillingen begann er in Würzburg ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, das er 1953 abschloß.

An der Universität wagte Jaumann auch die ersten politischen Schritte. Er trat 1949 in die CSU ein²²⁸ und wurde Mitglied des AstA, Fachschaftsreferent und Mitbegründer des RCDS. Als Mitglied des Landesvorstands des RCDS, dem er von 1951 bis 1953 angehörte, knüpfte Jaumann wichtige Kontakte, die ihm sein

²²⁵ Vgl. dazu Kittel, *Provinz zwischen Reich und Republik*, S. 238–251; zum Bund Oberland ebenda, S. 284–288.

²²⁶ RN vom 4. 9. 1953 („Sie rechnen mit unserer Stimme“), und RN vom 22. 8. 1953 („Die Bundestagskandidaten des Wahlkreises“). Zur Diskussion im KV Nördlingen ACSP, BV Schwaben 57, Protokoll der Kreisversammlung der CSU Nördlingen-Stadt und Nördlingen-Land am 18. 4. 1953.

²²⁷ ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an Bezirksleitung Schwaben vom 11. 6. 1953. Vgl. im folgenden Kramer, *Wirtschaftsminister Anton Jaumann*.

²²⁸ ACSP, BV Schwaben 57, Bezirksgeschäftsstelle Schwaben an KV Nördlingen vom 22. 1. 1953; in der Anlage findet sich die vom BV Würzburg übersandte Beitrittserklärung Anton Jaumanns.

gesamtes Politikerleben von Nutzen sein sollten. Nach Beendigung des Studiums kehrte er für kurze Zeit ins heimatliche Belzheim zurück, wo er auf Empfehlung des Bezirksverbandes Schwaben umgehend zum Kreisgeschäftsführer der CSU aufstieg. Zwar bekleidete er diesen Posten nur für kurze Zeit, da ihn seine Tätigkeit als Rechtsreferendar schon Ende 1953 ans Oberlandesgericht nach München und später nach Hamm in Westfalen führte. In den wenigen Monaten seiner Tätigkeit in Nördlingen erzielte Jaumann jedoch beachtliche Erfolge, wie selbst Ernst Hubel neidlos anerkennen mußte: „Er hat bei seinen Versammlungen auf dem Lande etwa noch einmal so viele Land-Ortsverbände geschaffen, wie wir bis jetzt schon gehabt haben und dazu einen ganz schönen Zuwachs an neuen Mitgliedern hereingebracht.“²²⁹ Das war stark untertrieben: Noch im Februar 1953 lag der Kreisverband Nördlingen mit kaum 100 Mitgliedern, von denen nur 28 ihrer Beitragspflicht nachkamen, völlig am Boden. Anfang Juli 1953 zählte die CSU im Ries bereits 264 Mitglieder, kurz nach der Bundestagswahl besaßen 297 Personen eine Mitgliedskarte der CSU, und am Ende des Jahres waren es sogar 304. Mit dieser enormen Aufbauleistung schuf Jaumann sowohl das Fundament der erneuerten Parteiorganisation als auch die Basis für seinen eigenen späteren Aufstieg.²³⁰

Traditionalisten und Reformer

Die jungen Männer, die 1953 den Generationswechsel einleiteten, zeichneten sich durch eine Reihe gemeinsamer Merkmale aus. Erstens hatten sie ihre prägenden Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit gesammelt. Zweitens stammten sie aus den Regionen, in denen sie politisch tätig wurden und blieben auch nach ihrem Wechsel nach München oder Bonn in ihnen verwurzelt. Drittens ähnelten sie, vom Sozialtypus her, auf den ersten Blick ganz auffallend jenen klassischen Honoratioren des ländlichen Raums, die abzulösen sie angetreten waren: Ein erfolgreicher Unternehmer und ein aufstrebender Jurist hätten wohl auch im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik ihren politischen Weg gemacht. Hinsichtlich des vierten Charakteristikums, der Verwurzelung im christlichen Glauben – auch für Jaumann bildete christliches Verantwortungsbewußtsein die Motivation für sein politisches Engagement²³¹ – und im landwirtschaftlichen Verbandswesen, glichen sie ebenfalls in auffälliger Weise ihren Vorgängern. Allerdings war ihre Einstellung zur Religion weniger dogmatisch, was die interkonfessionelle Ausrichtung der CSU erleichterte.

Was die Jungen von den Politikern alten Stils unterschied, war in erster Linie eine modernere Einstellung zur Politik und, damit verbunden, ein ganz anderer

²²⁹ ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an Bezirksleitung Schwaben vom 11. 6. 1953.

²³⁰ 1955 wurde er zum Kreisvorsitzenden gewählt, 1958 zog er in den Landtag ein; von 1963 bis 1967 wirkte er als Generalsekretär der CSU, 1966 stieg er zum Staatssekretär im bayerischen Finanzministerium auf, um schließlich als Höhepunkt der politischen Laufbahn von 1970 bis 1988 das Amt des bayerischen Wirtschaftsministers zu bekleiden. Mit 22 Jahren gehörte er dem Ministerrat länger als jeder andere Politiker nach 1945 an. Vgl. Kramer, Wirtschaftsminister Anton Jaumann. Die Mitgliederentwicklung der CSU im Kreisverband Nördlingen nach ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an die Bezirksgeschäftsstelle Schwaben vom 7. 2. 1953, und ebenda, Vierteljahresbericht des KV Nördlingen an den BV Schwaben zum 10. 10. 1953, sowie Schlemmer, Aufbruch, S. 462.

²³¹ Kramer, Wirtschaftsminister Anton Jaumann, S. 11.

Politikstil. Während die gestandenen Honoratioren, pointiert formuliert, Politik als das Geschäft eines kleinen Personenkreises auffaßten, der etwas von diesen Dingen verstand und sich die Beschäftigung mit dem Gemeinwohl auch finanziell leisten konnte²³², galten den jüngeren Politikern die Mobilisierung einer breiten Basis und damit auch Wahlen weniger als lästige Pflichtübung, sondern als zentrale Aufgabe der Vermittlung politischer Inhalte. Mit der Abkehr von den kleinen Honoratiorenzirkeln verbanden sich zwei wesentliche Veränderungen, die zwar nicht sofort griffen, doch über Jahre hinweg langsam Gestalt annahmen: Erstens erhielt der am Boden liegende Organisationsapparat der Partei größeres Gewicht, erschien seine Reaktivierung und sein Ausbau doch als vordringliche Aufgabe der Parteiarbeit. Zweitens kam es, da die Partei und ihr Abgeordneter sich nicht nur im Wahlkampf an die Bevölkerung wandten, sondern sie in Form von Veranstaltungen und Sprechstunden in einen möglichst permanenten Dialog verwickeln wollten²³³, zumindest tendenziell zu einer stärkeren Demokratisierung des politischen Prozesses.

Die personelle und organisatorische Erneuerung der CSU, von der im folgenden noch die Rede sein wird, führte kaum zu größeren parteiinternen Auseinandersetzungen. Verglichen mit den permanenten Flügelkämpfen in der Ära Müller und der „Friedhofsruhe“ in der Ära Ehard²³⁴ gestaltete sich das innerparteiliche Klima ab der Mitte der fünfziger Jahre geradezu harmonisch. Drei Momente trugen dazu bei, daß sich Traditionalisten und Modernisierer kaum befehdeten: Erstens traten die meisten Reformer der Partei zunächst nicht als Revolutionäre, sondern gewissermaßen im Gewand der Traditionalisten auf. Zweitens hatte die Zerrüttung der Organisation der CSU in den frühen fünfziger Jahren ein Ausmaß angenommen, das selbst den alten Kämpen der BVP unheimlich wurde.²³⁵ Und drittens erfolgte die personelle und organisatorische Erneuerung nicht über Nacht, sondern in einem schrittweisen Prozeß, der sich über mehrere Jahre hinzog. 1953 saßen sowohl Hans Ehard als Landesvorsitzender als auch Franz Xaver Köck in Wasserburg und Hermann Lutz in Nördlingen als Kreisvorsitzende noch fest im Sattel. Die Traditionalisten hatten die Kommandobrücke der CSU noch nicht geräumt, ihre Nachfolger standen aber schon bereit und drängten nach vorne.

c) Parteireform an Haupt und Gliedern: Der organisatorische Neubeginn ab 1955

Den Katalysator, der den Kräften der Erneuerung zum Durchbruch verhalf, stellten die Landtagswahlen von 1954 und die anschließende Bildung der Viererkoalition dar. Zwar hatte die CSU mit 38 Prozent so schlecht nicht abgeschnitten:²³⁶

²³² Zum Begriff der Honoratioren vgl. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 170f. Zu den Honoratioren in der Politik vgl. auch Hettling, *Partei ohne Parteibeamte*, der den „Liberalismus als Honoratiorenstruktur“ versteht (das Zitat findet sich auf S. 113).

²³³ Eine Fülle von Beispielen findet sich in ACSP, NL Bauer, und ebenda, NL Jaeger.

²³⁴ Schlemmer, *Aufbruch*, S. 365.

²³⁵ Vgl. dazu beispielsweise die Äußerungen Fritz Schäffers im Vorfeld der Landtagswahl von 1950, der sich massiv über die miserable Organisationspolitik der CSU beschwerte, bei Schlemmer, *Aufbruch*, S. 440f.

²³⁶ Die Ergebnisse der Landtagswahl von 1954 nach Ritter/Niehus, *Wahlen in Deutschland*, S. 174, und Kock, *Bayerische Landtag*, S. 102f., sowie BSB 201, S. 22f.

Gegenüber der Landtagswahl von 1950 konnte sie um über zehn Prozentpunkte zulegen und sich in Bayern wieder als stimmenstärkste Partei etablieren, während die SPD bei 28,1 Prozent stagnierte, und die Bayernpartei nur noch auf 13,2 Prozent kam. Verglichen mit dem hervorragenden Abschneiden bei der Bundestagswahl im Jahr zuvor stellte das Resultat dennoch eine herbe Enttäuschung dar.²³⁷ Zum Desaster wurde der Wahlausgang jedoch erst durch die anschließende Regierungsbildung: Die „Intransigenz der kulturpolitischen Eiferer in der CSU“ hatte die übrigen Parteien gegen die CSU zusammengeschweißt und brachte die Union um die Früchte ihrer Stellung als mit Abstand stärkste Kraft im Landtag.²³⁸ SPD, FDP, BHE und Bayernpartei gingen eine Koalition unter Führung des Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner ein und verwiesen die CSU erstmals seit 1946 auf die Oppositionsbänke im Maximilianeum.²³⁹ Das hatte weitreichende Folgen. In der CSU kam es zu einem Scherbengericht über diejenigen, denen man die Hauptverantwortung für diese Entwicklung anlastete. Der Zorn richtete sich vor allem gegen die konservativ-klerikalen Hardliner um Prälat Georg Meixner und Alois Hundhammer, die mit kulturpolitischen Maximalforderungen ganz wesentlich zur Einigung der frisch gebackenen Koalitionäre beigetragen hatten. Sie, die vor der Wahl und während der Regierungsbildung gemeint hatten, den potentiellen Partnern ihre Bedingungen diktieren zu können, wurden nun weitgehend entmachtet: Hundhammer verlor den Posten des Landtagspräsidenten und Meixners Befugnisse als Fraktionsvorsitzender wurden deutlich beschnitten. Dafür schlug nun die Stunde der reformorientierten, meist jüngeren Kräfte, deren Speerspitze die Bonner Landesgruppe darstellte. Damit markierte die Jahreswende 1954/55 tatsächlich einen „Wendepunkt in der Geschichte der CSU“.²⁴⁰

Personelles Revirement nach Bildung der Viererkoalition

Ihren sichtbarsten Niederschlag fand diese Kräfteverschiebung in einem umfassenden personellen Revirement der Führungsspitze. Der „gouvernementale“ Hans Ehard, der die Parteiführung 1949 mehr aus Pflichtgefühl denn aus Ehrgeiz oder gar Neigung übernommen hatte, legte das „ungeliebte Amt“ des Landesvorsitzenden nieder.²⁴¹ An seine Stelle trat am 22. Januar 1955 mit dem 1901 geborenen Hanns Seidel ein Mann, der trotz seines Alters zu den reformorientierten Kräften gehörte. Seidels Konservatismus war liberal geprägt und seine interkonfessionelle Einstellung über jeden Zweifel erhaben. Als bayerischer Wirtschaftsminister hatte er sich den Ruf eines guten Organisators und bisweilen unkonven-

²³⁷ Schlemmer, Aufbruch, S. 404.

²³⁸ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 53 f.

²³⁹ Zur Regierungsbildung von 1954 und den Hintergründen vgl. Bretschneider, Bildung der Viererkoalition, und Kock, Bayerische Landtag, S. 103–106. Zur Viererkoalition vgl. Taubenberger, Licht übers Land.

²⁴⁰ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 67 ff; das Zitat findet sich auf S. 67. Vgl. dazu auch Schlemmer, Aufbruch, S. 479–483.

²⁴¹ Vgl. dazu Gelberg, Hans Ehard, S. 275 ff., und Schlemmer, „Ich bin ein Mann des Rechts“. Hans Ehard selbst hatte die Übernahme des Amtes des Landesvorsitzenden in einer Rundfunkansprache am 2. 7. 1949 mit den bezeichnenden Worten kommentiert: „Es ergab sich nämlich in der CSU eine Lage, die mich kürzlich veranlaßte, auf den Wunsch meiner Parteifreunde selbst den Landesvorsitz zu übernehmen. Ich bin dadurch als Ministerpräsident kein anderer geworden!“ Ehard, Zur bayerischen Situation 1949, S. 49. Das Zitat bei Schlemmer, Aufbruch, S. 331.

tionellen Modernisierers erworben. Daß Seidel auch als Parteivorsitzender neue Wege gehen wollte, wurde bereits mit der Nominierung von Fritz Zimmermann (Jahrgang 1925) zum Hauptgeschäftsführer der CSU klar, der trotz des erbitterten Widerstands Hundhammers und Meixners ebenfalls im Januar 1955 in Amt und Würden gelangte.²⁴²

Die personelle Erneuerung blieb nicht auf die Landesleitung in München beschränkt, auch in der Provinz rollten nach dem Desaster von 1954 Köpfe. Im Kreisverband Nördlingen löste Anton Jaumann Hermann Lutz als Vorsitzenden ab²⁴³, und auch die Zeit Franz Xaver Köcks, der über 25 Jahre die Politik im Landkreis Wasserburg mitgeprägt hatte, war 1955 definitiv abgelaufen. Die Kreisversammlung ernannte ihn zum Ehrenvorsitzenden, doch spielte er im Parteileben fortan keine Rolle mehr. Anstelle von Köck wurde am 29. Januar 1955 der 1905 geborene Buchdruckereibesitzer Karl Neuburger zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt.²⁴⁴ Von seinem Naturell her eher schüchtern und zurückhaltend, unsicher im freien Vortrag und ohne größere persönliche Ambitionen in der Politik, dafür jedoch mit Übersicht, Loyalität, organisatorischem Geschick und bienenfleißiger Gründlichkeit ausgestattet, war Neuburger die optimale Ergänzung zu Josef Bauer, dem eigentlichen Frontmann der CSU im Kreisverband Wasserburg. Da die beiden auch persönlich bestens miteinander auskamen – Neuburger pflegte ein geradezu inniges Verhältnis zu seinem „Lieben Freund Pep“ –, funktionierte das Tandem an der Spitze des Kreisverbandes über Jahrzehnte hinweg reibungslos.²⁴⁵

Das Beispiel Karl Neuburgers verdeutlicht, daß die personelle Veränderung weitgehend ohne Konflikte zwischen Traditionalisten und Erneuerern über die Bühne ging, da sich alt und neu in Gestalt der neuen Führungspersönlichkeiten amalgamierten. Köck, mittlerweile 67 Jahre alt, ging mehr oder weniger freiwillig und ohne Groll.²⁴⁶ Der 51jährige Neuburger, der seine neue Aufgabe „mit Optimismus, Liebe und Begeisterung zur Sache“ in Angriff nahm²⁴⁷, war alles andere als ein Emporkömmling: Die von ihm geleitete Buchdruckerei verlegte unter anderem seit 1950 die in der Region vielgelesene „Wasserburger Zeitung“. Damit gehörte er als erfolgreicher Geschäftsmann und Meinungsführer fraglos zum Establishment am Inn. Anders als sein Vorgänger sah Neuburger die Zukunft der

²⁴² Zu Seidel vgl. die Biographie von Gross, Hanns Seidel, und die Beiträge in Bayer/Baumgärtel (Hrsg.), Weltanschauung und politisches Handeln. Zur Berufung Zimmermanns Schlemmer, Aufbruch, S. 483f., und Mintzel, Geschichte der CSU, S. 68.

²⁴³ Kramer, Wirtschaftsminister Anton Jaumann, S. 13.

²⁴⁴ ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an den BV Oberbayern vom 4. 2. 1955, und WZ vom 1. 2. 1955 („Politische Zeitprobleme im Blickwinkel der CSU“). Neuburger hatte als achtens von 13 Kindern am 30. 10. 1905 im württembergischen Egelfingen das Licht der Welt erblickt. Sein Vater war Schmiedemeister, betrieb nebenher eine kleine Landwirtschaft und fungierte als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde; seine Kinder erzog er streng im christlichen Glauben. Im Alter von 15 Jahren begann Neuburger eine Lehre in der Hofbuchdruckerei in Sigmaringen. Mit sehr guten Zeugnissen versehen, begab er sich auf Wanderschaft und machte dabei unter anderem auch in Wasserburg Station, wo er sich 1929 endgültig niederließ. 1931 legte er die Meisterprüfung ab und avancierte zum Geschäftsführer der Vereinsbuchdruckerei, die er wenig später erwarb. WZ vom 17. 3. 1956 („Karl Neuburger Bürgermeister-Kandidat der CSU“).

²⁴⁵ ACSP, KV Wasserburg 7, Laudatio Karl Neuburgers zum 50. Geburtstag von Josef Bauer am 12. 6. 1965.

²⁴⁶ WZ vom 1. 2. 1955 („Politische Zeitprobleme im Blickwinkel der CSU“).

²⁴⁷ ACSP, KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisversammlung des KV Wasserburg am 26. 1. 1957. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

CSU jedoch nicht als Honoratiorenpartei. Sein Credo lautete vielmehr, „daß unsere CSU nicht nur eine Partei von Wählern, sondern auch eine Mitgliederpartei sein sollte.“ Er wie auch Bauer und Jaumann verkörperten eine Mischung aus Honoratiorenpolitikern klassischen Zuschnitts und Parteifunktionären modernen Typs – das eine waren sie von ihrem Sozialprofil her, das andere nach ihrem Politikverständnis. Damit war eine wichtige, vielleicht die wichtigste Voraussetzung für die organisatorische Modernisierung der CSU gegeben.

Das Parteikonzept Fritz Zimmermanns

Daß das Auswechseln der führenden Köpfe allein nicht ausreichen würde, um die Partei wieder auf Erfolgskurs zu bringen, lag auf der Hand. Zu deutlich hatten sich die organisatorischen Schwächen selbst bei den Wahlsiegen von 1953 und 1954 bemerkbar gemacht. Daher galt es in erster Linie, die Partei in der Opposition organisatorisch zu erneuern.²⁴⁸ Dieser Aufgabe widmete sich vor allem Fritz Zimmermann, der seine Vision eines schlagkräftigen Parteiapparats auf der Landesversammlung der CSU am 22. Oktober 1955 in München umriß. Taktisch überaus geschickt, verstand es der Hauptgeschäftsführer, die herrschenden Mißstände offen beim Namen zu nennen, ohne jedoch die dafür Verantwortlichen an den Pranger zu stellen. Für Zimmermann bestand der „Kern des Übels“ darin, „daß die Landesleitung und daß die hauptamtlichen Bezirksgeschäftsführer mit ihren 10 Bezirksverbänden die Situation in den 196 Kreisverbänden und den in die Tausende gehenden Ortsverbänden einfach nicht mehr übersehen können.“²⁴⁹ Die ehrenamtlich tätigen Funktionäre, die den größten Teil der Parteiarbeit leisten mußten, waren in Zimmermanns Augen „offenbar überfordert“. Sein Reformansatz zielte darauf ab, die organisatorischen Schwächen auszumerzen, ohne die Strukturen völlig umzukrempeln. In die bestehenden Organisationsstrukturen sollten lediglich „weitere hauptamtliche Mitarbeiter, sozusagen als Korsettstangen“, eingezogen werden, wobei der Hauptgeschäftsführer zwischen der Bezirks- und der Kreisebene ansetzen wollte: In jedem Bundeswahlkreis sollte eine Geschäftsstelle mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer eingerichtet werden, den die Landesleitung besoldete und der an die Weisungen des betreffenden Bezirksverbands und der jeweiligen Kreisverbände gebunden war.²⁵⁰ Die Vorteile lagen auf der Hand: Der Einzugsbereich eines Bundeswahlkreises war, im Gegensatz zu den Regierungsbezirken, ebenso überschaubar wie die Zahl der bayerischen Bundeswahlkreise.²⁵¹ Die organisatorische Arbeit lastete auf den Schultern von erfahrenen und bewährten Kräften, die sich um alle logistischen Dinge kümmern und als Bindeglied zwischen den Orts- und Kreisverbänden einerseits sowie den Bezirksverbänden und der Landesleitung andererseits fungieren sollten. Zudem

²⁴⁸ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 55.

²⁴⁹ IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, „Die Organisation der Christlich-Sozialen Union“. Referat von Hauptgeschäftsführer Dr. Zimmermann vor der Landesversammlung am 22. Oktober 1955 in München, S. 13. Das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 14.

²⁵⁰ Vgl. dazu ausführlich Mintzel, Anatomie einer konservativen Partei, S. 301–313.

²⁵¹ Für die Bundestagswahl von 1957, die erste nach der Organisationsreform, war das Gebiet des Freistaats – ebenso wie bei den vorhergegangenen Wahlen von 1949 und 1953 – in 47 Bundeswahlkreise unterteilt. BSB 206, S. 14.

konnten sie, da hauptamtlich tätig, für etwaige Versäumnisse zur Rechenschaft gezogen werden. So ließ sich ein weitgehend reibungsloser Ablauf von Wahlkämpfen und darüber hinaus eine zuvor nicht gegebene Präsenz der Partei zwischen den Urnengängen gewährleisten.

Die Reaktion auf das Reformkonzept Zimmermanns verdeutlicht, wie sehr sich die CSU im Vergleich zu den späten vierziger Jahren bereits verändert hatte: Die Landesleitung, die Bezirksvorsitzenden, der geschäftsführende Vorstand, die Landtagsfraktion und die Bonner Landesgruppe, mit anderen Worten: alle Machtzentren der Partei, hatten es bereits vor der Landesversammlung abgesegnet²⁵² – und das, obwohl Zimmermann an einem Eckpfeiler der Organisationspolitik des „Ochsensepp“, nämlich zentral besoldeten Geschäftsführern, festhielt, gegen den der konservativ-katholische Flügel um Schäffer und Hundhammer lange Jahre vehement Sturm gelaufen war.²⁵³ Mithin signalisierte schon der einmütige Wille zu organisatorischen Reformen eine innerparteiliche Geschlossenheit, die es in der CSU lange nicht gegeben hatte. Darin lag, neben der personellen Erneuerung, eine weitere wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Modernisierung der Partei.

Parteireform auf dem Land

Ein Reformkonzept zu formulieren, war das eine, es in den Gliederungen aller Landesteile umzusetzen, stand auf einem ganz anderen Blatt. Die Reformer fanden gerade in ländlichen Regionen miserable Startbedingungen vor. Der frische Wind, den die neuen Kreisvorsitzenden in die unteren Ebenen der Partei gebracht hatten, offenbarte vielfach erst das ganze Ausmaß der organisatorischen Zerrüttung der CSU. Im Kreisverband Nördlingen etwa, der nach der Staffelübergabe von Lutz an Jaumann die Mitgliederwerbung intensivieren wollte, gab es nicht einmal zeitgemäße Aufnahmeanträge. Man fühlte sich vom Bezirksverband im Stich gelassen, da dieser trotz mehrfacher Bitten keine neuen Formulare geliefert hatte. Schließlich müsse die Partei doch froh sein, hieß es vorwurfsvoll, daß es überhaupt derart aktive Kreisverbände wie den im Ries gebe. „Da dürfte es aber doch nicht passieren, daß ein solcher Kreisverband vergeblich nach Aufnahmeanträgen schreibt und sich inzwischen behelfen (= sprich blamieren) muß mit alten Aufnahme-Anträgen, die noch nach der Denazifizierung fragen!“²⁵⁴

Karl Neuburger, der frischgebackene Vorsitzende im Kreisverband Wasserburg, stand ebenfalls vor einem organisatorischen Scherbenhaufen. Genauere Unterlagen, etwa hinsichtlich des Mitgliederbestands oder der Beitragshebung, fehlten fast völlig²⁵⁵, so daß sich nicht einmal ein einigermaßen klares Bild vom Zustand der CSU am Inn gewinnen ließ. Auf Bitten Neuburgers hatten lediglich

²⁵² IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, „Die Organisation der Christlich-Sozialen Union“. Referat von Hauptgeschäftsführer Dr. Zimmermann vor der Landesversammlung am 22. Oktober 1955 in München.

²⁵³ Vgl. dazu ausführlich Schlemmer, Aufbruch, S. 242–255. Zimmermann hatte sein Konzept bereits auf der Landesversammlung der Jungen Union Anfang März in Rosenheim erläutert. Münchner Merkur vom 7. 3. 1955 („Junge Union drängt auf Aktivitäten der CSU“).

²⁵⁴ ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an die CSU Bezirksstelle Augsburg vom 28. 3. 1955.

²⁵⁵ ACSP, KV Wasserburg 4, Vierteljahresbericht des KV Wasserburg an den BV Oberbayern vom 4. 5. 1955. Vgl. im folgenden auch ACSP, KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisvorstandssitzung des KV Wasserburg am 23. 4. 1955.

vier Ortsverbände Mitgliederlisten eingereicht, auf denen zusammen 100 Mitglieder verzeichnet waren.²⁵⁶ Mit Blick auf den mehr als dürftigen Organisationsstand schrieb er nach München:

„Ich habe das Gefühl, daß in dieser Hinsicht außerordentlich viel zu tun und nachzuholen ist. [...] So wie die Handhabung in unserem Kreis bisher war, kann sie keinesfalls bleiben. Ohne einen Papierkrieg führen zu wollen bin ich der Meinung, daß die Dinge eben nicht völlig willkürlich, formlos und unkontrollierbar gehandhabt werden können. Irgendwelche Unterlagen müssen nun einmal geschaffen werden.“²⁵⁷

Neuburger bedauerte „selbst am meisten, daß der Kreisverband Wasserburg wohl nicht zu den vorbildlichen gehört“. Es sei

„eine bedauerliche Tatsache, daß ich praktisch fast von vorne anfangen muß. In organisatorischer Hinsicht ist leider bisher sehr viel versäumt worden. Ich muß daher immer wieder um Geduld und Nachsicht bitten und kann Ihnen auch im vorliegenden Falle nur eine magere Liste von Ortsverbänden und Vertrauensleuten melden. Wir sind in der neuen Kreisvorschenschaft jedoch fest dabei, die Dinge von Grund auf zu ändern und einen Kreisverband auf die Beine zu stellen, mit dem etwas anzufangen ist. Das bedarf jedoch einer gewissen Zeit, besonders nachdem fast durchwegs mit ländlichen Verhältnissen zu rechnen ist.“²⁵⁸

Der verhaltene Optimismus des Kreisvorsitzenden war nicht ganz unbegründet, denn er hielt zwei Trümpfe in der Hinterhand: Erstens besaßen immerhin 26 der 62 Bürgermeister in den kreisangehörigen Gemeinden eine Mitgliedskarte der CSU²⁵⁹, und zweitens konnte man in einer ganzen Reihe von Kommunen auf die wohlwollende Unterstützung der katholischen Pfarrer zählen.

Neuburger wollte den Hebel zunächst über die katholische Kirche ansetzen. Bereits kurz nach seiner Wahl zum Kreisvorsitzenden räumte ihm der Dekan und Stadtpfarrer Johann Neumaier die Möglichkeit ein, seine Wünsche und Sorgen einer Dekanatskonferenz zu unterbreiten.²⁶⁰ Anschließend wandte sich Neuburger an alle Pfarrer im Kreisgebiet, deren Gemeinden für die CSU organisatorische weiße Flecken darstellten, und bat sie, beim Aufbau eines Ortsverbandes behilflich zu sein. In erster Linie ging es darum, die Sympathisanten der CSU zum Parteibeitritt und zur Übernahme von Funktionen zu bewegen, wozu die Geistlichen aufgrund ihrer besonderen Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse und ihrer auf dem Land nach wie vor ungebrochenen Autorität besonders gut geeignet schienen. So hieß es in Neuburgers Rundbrief:

„Nun kennen Sie, Herr Pfarrer, doch Ihre Schäflein am besten. Mein Wunsch wäre daher, von Ihnen zu erfahren, wer nach Ihrer Meinung den Kern unseres Verbandes in Ihrer Pfarrei bilden könnte und würde. Ich stelle mir vor, daß es am zweckmäßigsten wäre, zu einer ersten

²⁵⁶ Der Ortsverband Wasserburg verzeichnete 64 Mitglieder, Oberornau zählte 16, Rott sieben und St. Wolfgang 13 Mitglieder. ACSP, KV Wasserburg 4, Vierteljahresbericht des KV Wasserburg an den BV Oberbayern vom 4. 5. 1955. Der Rundbrief Neuburgers an die Ortsvorsitzenden der CSU im Landkreis Wasserburg vom 10. 2. 1955 findet sich ebenda.

²⁵⁷ ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an den BV Oberbayern vom 4. 2. 1955.

²⁵⁸ ACSP, KV Wasserburg 4, KV Wasserburg an BV Oberbayern vom 19. 7. 1955.

²⁵⁹ ACSP, KV Wasserburg 4, Aufstellung der Bürgermeister des Landkreises, die Mitglieder der CSU sind, undatiert [1955].

²⁶⁰ ACSP, KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisvorstandssitzung des KV Wasserburg am 23. 4. 1955. Das Entgegenkommen Neumaiers erstand bei genauerem Hinsehen wenig, war er doch selbst Mitglied der CSU. ACSP, KV Wasserburg 10, Mitgliederkartei des OV Wasserburg, undatiert [Stand 1961].

Besprechung nur höchstens 10 bis 12 Leute zu laden, von denen von vorneherein feststeht, daß sie 100%ig auf unserem Boden stehen, Ansehen und Eignung besitzen und sich auch bereit finden, die notwendigen Funktionen (Vorsitzender, Schriftführer, Kassier usw.) zu übernehmen. Dabei könnten Sie uns, hochw[ürdiger] Herr Pfarrer, außerordentlich viel helfen. Allein schon das Wissen der Leute, daß Sie die Sache gutheißen und unterstützen, ist uns sehr viel wert. Wenn Sie aber darüber hinaus sich dazu bereit finden könnten, die infrage kommenden Leute selbst mit einzuladen, vielleicht sogar noch einen geeigneten Raum in Ihrer Pfarrhause zur Verfügung stellen, so wäre erfahrungsgemäß an dem Erfolg nicht mehr zu zweifeln.“²⁶¹

Nach einer ersten internen Vorbesprechung unter Leitung des Pfarrers sollte eine offizielle Gründungsversammlung folgen, bei der Bundestagsabgeordneter Bauer als Hauptreferent vorgesehen war. Neuburger vergaß nicht zu betonen, daß die Arbeit der CSU „doch auch in Ihrem Interesse“ liege, und fuhr fort: „Sie brauchen dabei selbst nicht mehr als Sie selbst wollen politisch hervorzutreten, aber bei dieser grundlegenden internen Vorarbeit ist uns Ihr Rat und Ihre Hilfe fast unentbehrlich.“

Neuburger stieß mit seiner Bitte auf „größte[s] Verständnis und viel Bereitwilligkeit“ seitens der Geistlichen²⁶², von denen sich offenbar nicht wenige bereit fanden, den Impuls zur Gründung neuer Ortsverbände zu geben. Wenngleich sich die Gewichte im einzelnen nicht näher bestimmen lassen, steht zu vermuten, daß die rasche organisatorische Aufforstung der CSU im Raum Wasserburg ab 1955 neben den rastlosen Aktivitäten Bauers und Neuburgers maßgeblich auf die Schützenhilfe der Kirche zurückzuführen sein dürfte.²⁶³ Mancherorts, wie etwa in Rieden, gelang die Gründung neuer Ortsverbände dank der Mithilfe der örtlichen Pfarrer auf Anhieb.²⁶⁴ In anderen Gemeinden verpuffte die Initialzündung des Geistlichen zunächst mehr oder weniger wirkungslos, und Neuburger mußte abermals die Initiative ergreifen, um die Aktivitäten vor Ort zu bündeln und in die richtige Richtung zu leiten. In der Gemeinde Wang etwa erfolgte die Gründung eines Ortsverbandes, auf mehrfaches Drängen und Nachbohren aus Wasserburg, erst im April 1956.²⁶⁵

Aufs Ganze gesehen erwies sich das Vorgehen Neuburgers als richtig. Der Erfolg der Parteiform stellte sich im Landkreis Wasserburg relativ schnell ein: Mitte Juli 1955 existierten schon elf Ortsverbände, und in weiteren zehn Gemeinden gab es zumindest Vertrauensleute der CSU²⁶⁶, die als Keimzelle späterer Verbandsgründungen fungierten. Parallel dazu verdreifachte sich die Mitgliederzahl der CSU zwischen 1955 und 1957. Im Januar 1957 zählte der Kreisverband rund

²⁶¹ ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an die Pfarreien von Amerang, Attel, Albaching, Babensham, Eiselfing, Evenhausen, Edling, Griesstätt, Gars am Inn, Grünthal, Haag, Kirchdorf, Langdorf, Maitenbeth, Mittergars, Pfaffing, Rott am Inn, Rechtmehring, Schonstett, St. Leonhard, Wang, Rieden und Ramerberg, undatiert [Anfang 1955]. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

²⁶² ACSP, KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisvorstandssitzung des KV Wasserburg am 23. 4. 1955.

²⁶³ KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisversammlung des KV Wasserburg am 26. 1. 1957.

²⁶⁴ ACSP, KV Wasserburg 4, Manuskript der Rede Karl Neuburgers auf einer Versammlung in Rieden am 15. 5. 1955.

²⁶⁵ ACSP, KV Wasserburg 4, Thadaüs Thaler an Karl Neuburger vom 5. 4. 1956.

²⁶⁶ ACSP, KV Wasserburg 4, Liste der Ortsverbandsvorsitzenden und Vertrauensmänner der CSU im KV Wasserburg vom 19. 7. 1955, in Anlage zu KV Wasserburg an BV Oberbayern vom 19. 7. 1955.

360 Mitglieder, die in 17 Ortsvereinen organisiert waren.²⁶⁷ Neben den nimmermüden Parteimanagern Josef Bauer und Karl Neuburger tat sich ein Mann bei der Werbung neuer Mitglieder besonders hervor: Otto Bauer. Der junge, in der Gemeinde Isen ansässige Diplolandwirt, der damals noch am Anfang seiner Karriere in der staatlichen Landwirtschaftsberatung stand, erwies sich als besonders geschickt im Werben neuer Mitglieder. Hatte der schon 1946 gegründete Ortsverband Isen bis zum Parteieintritt Otto Bauers im Jahr 1954 ein Schattendasein geführt²⁶⁸, erlebte er nun eine regelrechte Blüte. In knapp zwei Jahren vergrößerte der aufstrebende Assessor die Zahl der Mitglieder auf 97, womit der Ortsverband Isen zur mitgliederstärksten Gliederung des Kreisverbandes Wasserburg avancierte, noch vor dem Ortsverband der Kreisstadt²⁶⁹, zu dem Neuburger und Josef Bauer gehörten. Das war um so bemerkenswerter, als Isen lange als Hochburg der Bayernpartei galt²⁷⁰, die schließlich dank der Hilfe des jungen Diplolandwirts geschleift werden konnte.

Für Otto Bauer sollte sich dieser Einsatz im übrigen auch persönlich auszahlen, denn seine erfolgreiche Partearbeit erwies sich als hilfreich für sein berufliches Fortkommen: Als 1959 im Landwirtschaftsamt Wasserburg eine Beamtenstelle neu besetzt werden mußte, wandten sich Orts- und Kreisverband Wasserburg mit der Bitte an Landwirtschaftsminister Hundhammer, doch „wenn irgend möglich unseren Parteifreund Herrn Landwirtschaftsassessor Otto Bauer [...] zu berücksichtigen.“²⁷¹ Das liege nicht nur in Bauers eigenem Interesse, „uns als Partei wäre damit ebenfalls ein großer Dienst erwiesen“, da Bauer „ein sehr aktiver CSU-Mann“ sei, der „einen wesentlichen Anteil am Aufbau des größten Ortsverbandes unseres Kreisverbandes“ habe. „Gerade im Hinblick auf die Kommunalwahlen im nächsten Frühjahr“ sei es wichtig, „einen Mann von uns [im Wasserburger Landwirtschaftsamt] tätig zu wissen.“ Denn „bei dem engen Kontakt, der zwischen den Beamten des Landwirtschaftsamtes und unserer ländlichen Kreisbevölkerung besteht, ist die Besetzung dieser Stelle von sehr großer Bedeutung.“ Hundhammer signalisierte umgehend sein Einverständnis, obwohl er „Landwirtschaftsberater nicht gerne in ihrem Heimatbezirk“ anstellte.²⁷² Keine vier Wochen später konnte Josef Bauer seinem Namensvetter nach einem Gespräch im Münchner Landwirtschaftsministerium die definitive Versetzung nach Wasserburg melden. Der Bun-

²⁶⁷ KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisversammlung des KV Wasserburg am 26. 1. 1957.

²⁶⁸ Die Mitgliederkartei des OV Isen, zu dessen Einzugsbereich seinerzeit auch die Gemeinden Mittbach und Schnaapping gehörten, verzeichnete lediglich 16 Mitglieder, die vor 1955 in die CSU eingetreten waren; darunter befanden sich elf, die bereits im Gründungsjahr 1946 dazu gestoßen waren. ACSP, KV Wasserburg 10, Mitgliederkartei des OV Isen, undatiert [Stand: 1961].

²⁶⁹ KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisversammlung des KV Wasserburg am 26. 1. 1957. Zwar nahm die Mitgliederzahl im Ortsverband Wasserburg auch zu, jedoch lang nicht so spektakulär wie in Isen: Im April 1955 hatte die CSU in der Kreisstadt 64 Mitglieder gezählt, zwei Jahre später besaßen 76 Personen eine Mitgliedskarte der CSU. ACSP, KV Wasserburg 4, OV Wasserburg an KV Wasserburg vom 4. 4. 1955 und vom 10. 4. 1957.

²⁷⁰ Bei der Bundestagswahl von 1949 hatte die Bayernpartei in Isen 48,7 Prozent der Stimmen erhalten, während die CSU mit 16,8 Prozent abgeschlagen auf Platz drei hinter der SPD (23,7 Prozent) landete; BSB 150, S. 24. 1950 wurde die Bayernpartei mit 38,1 Prozent wieder zur stärksten Kraft, gefolgt von SPD (26,4 Prozent) und CSU (20,3 Prozent); BSB 163, S. 25.

²⁷¹ ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger und Dr. Gabriel Huber an Alois Hundhammer vom 17. 4. 1959. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

²⁷² ACSP, KV Wasserburg 4, Alois Hundhammer an den KV Wasserburg vom 24. 4. 1959.

destagsabgeordnete war darüber hoch erfreut, „insbesondere auch deshalb, weil wir Sie damit als Mitarbeiter in unseren gemeinsamen politischen Anliegen in unserem Landkreis behalten“²⁷³, wie er an Otto Bauer schrieb. Dieses Beispiel zeigt, wie zielgerichtet die CSU ihre Machtposition in Bayern nutzte, um das mindeste zu sagen. Die Ämterpatronage diente jedoch nicht primär dem Zweck, verdienten Parteifreunden herausgehobene Posten und gute Gehälter zu sichern, sondern die Schlagkraft der Organisation zu verbessern – mit Erfolg, wie die steigenden Mitgliederzahlen bald zeigen sollten.

Im Aufwind: Die Mitgliederentwicklung der CSU 1955–1962

Die Mitgliederentwicklung im Kreisverband Wasserburg entsprach in ihren großen Wellen relativ genau dem Auf und Ab der Gesamtpartei, die zunächst einen tiefen Fall und danach einen schrittweisen Wiederaufstieg erlebte. Am Vorabend der Währungsreform hatte die CSU 85 310 Mitglieder gezählt, ein knappes Jahr später, im Mai 1949, waren es nur noch 69 444, und Anfang Mai 1950 besaßen nur noch 61 763 Personen die Mitgliedskarte der CSU. Drei Jahre später, im Mai 1953, war schließlich mit 32 985 Mitgliedern der Tiefpunkt des Wellentals erreicht.²⁷⁴ Da erst ab 1960 wieder verlässliche Daten vorliegen, bleibt der Anfang des nächsten Wellenberges weitgehend im Dunkeln. Aufgrund der vorliegenden Angaben einzelner Bezirksverbände kann man aber davon ausgehen, daß im Jahr 1954 eine Stabilisierung eintrat, der 1955 die Trendwende folgte.²⁷⁵ Offenbar trug die Parteireform auch auf diesem Gebiet rasch Früchte: 1960 zählte die CSU bereits wieder 52 277 Mitglieder, bis Juni 1961 war die Zahl auf 58 327 geklettert. Die CSU hatte damit ihre alte Stärke zwar noch nicht wieder erreicht, aber doch wichtige Schritte in Richtung Wiederaufstieg gemacht.

Während wir, was die Phasen in der Mitgliederentwicklung der Gesamtpartei nach 1953 betrifft, weitgehend auf Mutmaßungen angewiesen sind, liegen für den Kreisverband Wasserburg genaue Daten vor. Hier lassen sich drei Schübe verstärkten Mitgliederzustroms feststellen. Die erste Beitrittswelle erfolgte zwischen Oktober 1955 und März 1956 und bescherte dem Kreisverband innerhalb eines halben Jahres 188 neue Mitglieder.²⁷⁶ Nach einer ruhigeren Phase stieg die Mitgliederzahl im Zuge des besonders engagiert geführten Bundestagswahlkampfes zwischen Januar und September 1957 von 348 auf 460 abermals rapide an.²⁷⁷ Dem Run

²⁷³ ACSP, KV Wasserburg 4, Josef Bauer an Otto Bauer vom 22. 5. 1959.

²⁷⁴ Diese Angaben nach Schlemmer, *Aufbruch*, S. 456.

²⁷⁵ In Mittelfranken und Niederbayern stieg die Zahl der Mitglieder 1954 leicht an, in Oberbayern traten sogar über 600 Personen in die CSU ein; in Unterfranken verlor die CSU dagegen auch 1954 noch einige Mitglieder. 1955 setzte sich der Aufwärtstrend in Oberbayern, der Oberpfalz und in Schwaben fort. Dazu Gnad, *Christlich-Soziale Union in Bayern*, mit den genauen Zahlen. Die folgenden Angaben ebenda.

²⁷⁶ ACSP, KV Wasserburg 4, Vierteljahresbericht des KV Wasserburg an den BV Oberbayern vom 29. 12. 1955, und ebenda, Vierteljahresbericht des KV Wasserburg an den BV Oberbayern vom 30. 3. 1956.

²⁷⁷ Im ersten Quartal 1957 stießen 45 neue Mitglieder zum Kreisverband Wasserburg (ACSP, KV Wasserburg 4, Vierteljahresbericht des KV Wasserburg an den BV Oberbayern vom 23. 3. 1957), im zweiten Quartal waren es 49 (Vierteljahresbericht des KV Wasserburg an den BV Oberbayern vom 15. 6. 1949) und im dritten noch einmal 32 (Vierteljahresbericht des KV Wasserburg an den BV Oberbayern vom 3. 10. 1957).

auf die Mitgliedskarten der CSU lag eine landesweite Werbeaktion zugrunde, die das Generalsekretariat unter Fritz Zimmermann initiiert hatte. Sie dauerte vom 1. Januar bis zum 1. September 1957 und verfolgte das Ziel, den Freistaat flächendeckend mit schlagkräftigen Kreisverbänden zu überziehen.²⁷⁸ Das gute Ergebnis im Kreisverband Wasserburg verdankte die CSU vor allem der rastlosen Tätigkeit Neuburgers.²⁷⁹ Verschiedene Versuche des Kreisvorsitzenden, den für die CSU so erfreulichen Ausgang der Bundestagswahl zur weiteren Mitgliederwerbung zu nutzen, scheiterten jedoch. Sein Kreisverband stagnierte bis Ende 1960 bei etwas unter 500 Mitgliedern, die in 21 Ortsverbänden organisiert waren.²⁸⁰

Die dritte Beitrittswelle, die 1961 über den Kreisverband Wasserburg schwappete, beruhte ebenfalls auf einer großangelegten Werbekampagne, die auf Generalsekretär Zimmermann und Parteichef Hanns Seidel zurückging.²⁸¹ Zu diesem Zweck sollten Anfang Januar 1961 in allen Kreisverbänden Vorstandssitzungen und außerordentliche Mitgliederversammlungen abgehalten werden, die den Startschuß für den landesweiten Werbefeldzug markierten. Als besonderen Anreiz hatte das Generalsekretariat Preise für diejenigen Gliederungen und Einzelpersonen ausgelobt, die die meisten neuen Mitglieder in die Partei brachten.²⁸² Die Aktion erwies sich als voller Erfolg: Der Kreisverband Wasserburg gewann 121 neue Mitglieder und lag damit im Bezirksverband Oberbayern an dritter Stelle.²⁸³ Als bester Werber erwies sich einmal mehr der mittlerweile promovierte Otto Bauer, der in Isen 20 neue CSU-Mitglieder rekrutiert hatte.²⁸⁴ Zu einem der Preise reichte es zwar nicht ganz: Das Goggo-Coupé für den besten Kreisverband erhielt der Kreisverband Hilpoltstein mit 280 Parteinovizen, während der Kreisverband Roding (154 neue Mitglieder) als Fünftplazierter eine Büromaschine und der Kreisverband Beilngries (mit 149 neuen Mitgliedern auf Platz sieben) ein Tonbandgerät gewannen. Andere Kreisverbände wie Bad Reichenhall und Weilheim mit sechs, Starnberg mit fünf oder Traunstein mit lediglich drei neuen Mitgliedern

²⁷⁸ IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs der CSU, Dr. Friedrich Zimmermann, anlässlich der Landesversammlung am 13. 6. 1959 in München.

²⁷⁹ Auch diese zweite Welle der Mitgliederwerbung und des Organisationsaufbaus erfolgte unter Mithilfe der Geistlichkeit. Etwa ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an Josef Lunghammer vom 4. 12. 1956.

²⁸⁰ Am 14. 1. 1961 zählte der Kreisverband Wasserburg 480 Mitglieder. ACSP, KV Wasserburg 6, Protokoll der Kreisversammlung vom 1. 1. 1961. Zur Mitgliederwerbung Neuburgers ebenda, Bundeswahlkreisgeschäftsstelle an Pfarrer Leonhard Lenz vom 7. 11. 1957, und ebenda, Bundeswahlkreisgeschäftsstelle an Otto Heimisch vom 9. 10. 1957, sowie ebenda, Bundeswahlkreisgeschäftsstelle an Johann Haas vom 9. 10. 1957.

²⁸¹ ACSP, KV Wasserburg 5, Hanns Seidel an Karl Neuburger vom 22. 11. 1960.

²⁸² Der erste Preis war ein Goggo-Coupé, der zweite bis fünfte eine Büromaschine und der sechste bis zehnte ein Tonbandgerät. ACSP, KV Wasserburg 6, Fritz Zimmermann an Karl Neuburger vom 19. 12. 1960.

²⁸³ Noch besser schnitten nur die Kreisverbände Rosenheim Stadt und Land mit zusammen 168 und der Kreisverband Ebersberg mit 124 neuen Mitgliedern ab. ACSP, KV Wasserburg 6, Hermann Zenz an die oberbayerischen Kreisvorsitzenden vom 10. 11. 1961, Anlage: Aufstellung über die Mitgliederwerbeteaktion im vergangenen Frühjahr. Zum Ergebnis der Mitgliederwerbung im Landkreis Wasserburg auch WZ vom 18. 7. 1961 („Guter Erfolg der Werbeaktion“).

²⁸⁴ ACSP, KV Wasserburg 6, KV Wasserburg an das Generalsekretariat vom 26. 4. 1961. Die folgenden Angaben nach IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, Referat Dr. Friedrich Zimmermanns auf dem Landesausschuß der CSU in Bayreuth am 24. 6. 1961, S. 3, und ACSP, KV Wasserburg 6, Hermann Zenz an die oberbayerischen Kreisvorsitzenden vom 10. 11. 1961, Anlage: Aufstellung über die Mitgliederwerbeteaktion im vergangenen Frühjahr.

schnitten dagegen wesentlich schlechter ab. Und eine ganze Reihe weiterer Kreisverbände, darunter auch Feuchtwangen, machte sich gar nicht erst die Mühe, um neue Mitglieder zu werben und boykottierte die Initiative der Landesleitung. Insgesamt konnte Zimmermann jedoch zufrieden sein: In weniger als acht Wochen hatte die CSU 6050 neue Mitglieder gewonnen – das waren mehr als zehn Prozent des Gesamtbestandes!

Aussagen zum Sozialprofil des Kreisverbands Wasserburg sind dagegen sehr viel schwieriger zu treffen, da bis 1962 keine zentrale Mitgliederkartei existierte.²⁸⁵ Zwar finden sich für einige Ortsverbände handgeschriebene Mitgliederlisten, doch sind deren Angaben zu Beruf, Geburts- und Eintrittsdatum der einzelnen Mitglieder sehr lückenhaft. Einige Tendenzen lassen sich dennoch herauslesen. So springt im Hinblick auf die Berufsgruppenschichtung der große Unterschied zwischen den regionalen Zentren und der ländlichen Peripherie ins Auge: In der Kreisstadt Wasserburg und in der Marktgemeinde Haag machten selbständige Handwerker und Gewerbetreibende das Gros der Mitglieder aus, gefolgt von abhängig Beschäftigten, die ebenfalls zahlreich vertreten waren, während Bauern keine Rolle spielten.²⁸⁶ In den Landgemeinden dominierten dagegen auch noch Anfang der sechziger Jahre eindeutig die Bauern, die bisweilen über 90 Prozent der Mitglieder eines Ortsverbandes ausmachten. Daneben gab es den einen oder anderen selbständigen Dorfhandwerker und mancherorts auch den Pfarrer oder den Lehrer. Abhängig Beschäftigte und Beamte fehlten weitgehend und Frauen fast vollständig.²⁸⁷ Zwar fehlen vollständige Angaben zur Altersstruktur der Wasserburger CSU, doch lassen die vorhandenen Daten durchaus repräsentative Rückschlüsse zu. Nach der konzertierten Aktion zur Mitgliederwerbung vom Frühjahr 1961 zählte der Kreisverband Wasserburg etwas über 600 Mitglieder. Aus den vorhandenen Mitgliederlisten ließ sich das Geburtsdatum von 337 Mit-

²⁸⁵ Für die CSU insgesamt liegen im fraglichen Zeitraum keine Angaben zur Alters- und Sozialstruktur der Mitglieder vor. Gnad, Christlich-Soziale Union in Bayern.

²⁸⁶ Die Mitgliederliste des Ortsverbandes Haag verzeichnete bis zum 1. April 1961 insgesamt 42 Mitglieder, von denen vier bereits verstorben, verzogen oder ausgetreten waren. Unter den verbleibenden 38 befanden sich zwei Bauern, 23 Selbständige, acht abhängig Beschäftigte, zwei Pfarrer, ein Privatier und zwei Hausfrauen. Diese Angaben nach ACSP, KV Wasserburg 10, Mitgliederkartei des Ortsverbandes Haag, undatiert [Stand: 1. 4. 1961]. In der Kartei des Ortsverbandes Wasserburg schienen 91 Mitglieder auf, von denen Anfang 1961 noch 65 aktiv waren. Darunter machten die selbständigen Gewerbetreibenden mit 29 wiederum die größte Gruppe aus, gefolgt von 16 abhängig Beschäftigten, acht Staatsbediensteten, drei Geistlichen und einer Hausfrau. Von acht noch aktiven Mitgliedern fehlte die Berufsangabe. ACSP, KV Wasserburg 10, Mitgliederkartei des Ortsverbandes Wasserburg, undatiert [Stand: 1. 4. 1961].

²⁸⁷ Der Ortsverband Oberornau, der 1961 insgesamt 32 Mitglieder zählte, bestand aus 25 Bauern sowie aus jeweils einem Schneider, Gastwirt, Kaufmann, Müller, Kulturaufseher, Hausbesitzer und Pfarrer. Diese Angaben nach ACSP, KV Wasserburg 10, Mitgliederkartei des Ortsverbandes Oberornau, undatiert [Stand: 1. 4. 1961]. Ganz ähnlich sah es im Ortsverband Grünthal aus: 28 Bauern standen einem Schmiedemeister, einem Lagerhausbesitzer, einem Oberlehrer, einer Haushälterin und zwei Pfarrern gegenüber. Diese Angaben nach ACSP, KV Wasserburg 10, Mitgliederkartei des Ortsverbandes Grünthal, undatiert [Stand: 1. 4. 1961]. Im 21köpfigen Ortsverband Babensham waren, von einem Hauptlehrer abgesehen, sogar alle Mitglieder Bauern. Diese Angaben nach ACSP, KV Wasserburg 10, Mitgliederkartei des Ortsverbandes Babensham, undatiert [Stand: 1. 4. 1961]. Den Eindruck eines Gruppenbildes dörflicher Honoratioren – weitgehend ohne Damen – vermittelten auch die Ortsverbände Amerang, Albaching, Gars am Inn, Oberndorf, Reichertsheim, Rieden, Rott am Inn und Wang-Elsbeth. Die Mitgliedskarteien dieser Ortsverbände zum Stand 1. 4. 1961 finden sich ebenfalls in ACSP, KV Wasserburg 10.

gliedern, also etwas mehr als der Hälfte, ermitteln.²⁸⁸ Von diesen waren ein knappes Drittel bereits über 60 Jahre und rund zwei Drittel zwischen 30 und 60 Jahre alt; nur knapp vier Prozent oder 13 Mitglieder zählten weniger als 30 Jahre. Obwohl einige Ortsverbände im Zuge des Werbefeldzugs Anfang 1961 auch jüngere Mitglieder gewonnen hatten²⁸⁹, befanden sich die meisten CSU-Mitglieder in den besten Jahren oder hatten diese bereits hinter sich.

Die Wasserburger Union bestand also hauptsächlich aus älteren Männern, die einer selbständigen Beschäftigung nachgingen, wobei in den Landgemeinden die Bauern und in den Städten die Gewerbetreibenden dominierten. Nach den sozialstatistischen Merkmalen Alter und Beruf ähnelten die CSU-Mitglieder im Kreisverband Wasserburg somit ganz auffällig dem Personenkreis, der in jenen Jahren die Kommunalpolitik auf dem Land bestimmte. Kein Wunder, schließlich waren ja viele kommunale Mandatsträger in die CSU eingetreten bzw. auf Vorschlag der CSU gewählt worden. In Wasserburg war es dem Kreisvorsitzenden und seinen Helfern offenbar gelungen, eine der zentralen Forderungen Zimmermanns umzusetzen, nämlich die lokalen opinion leader als Mitglieder zu gewinnen, die das größte Ansehen in ihrer Gemeinde und im ganzen Landkreis besaßen²⁹⁰ – das nun auch auf die CSU abfärbte. Demnach lag, zumindest im ländlichen Raum, ein Teil des Erfolgsgeheimnisses der CSU in der Zusammensetzung ihrer Mitglieder.

Die Achillesferse der CSU: Das leidige Thema der Parteifinzen

Allerdings dürfen die raschen Erfolge bei der Parteireform und der Aufforstung des Mitgliederbestandes nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Organisation der CSU die gesamten fünfziger Jahre hindurch ein Problem blieb. Als größter Hemmschuh für ihren zügigen Ausbau erwies sich die unzureichende finanzielle Basis, auf der die Wiederbelebung des Apparats fußte, wie überhaupt die Finanzierung stets die Achillesferse der Partei darstellte. Theoretisch setzte die CSU auf die Opferbereitschaft ihrer Mitglieder. Die Ortsverbände sollten deren Beiträge kassieren und an die Kreisverbände weitergeben. Diese konnten einen Teil selbst behalten, einen anderen mußten sie an den zuständigen Bezirksverband und an den Landesverband abtreten. Der Bezirksverband wiederum leitete ebenfalls einen bestimmten Prozentsatz an den Landesverband nach München weiter. Allerdings hatten diese Finanzströme spätestens seit der Währungsreform zu fließen aufgehört, und 1950 waren sie fast vollständig versiegt: Von den 146 934,80 DM, die dem Landesverband in jenem Jahr an Beiträgen der Kreisverbände zustanden, gingen nur 5436,18 DM oder 3,7 Prozent ein. Damals machten die Beiträge der

²⁸⁸ ACSP, KV Wasserburg 10, Mitgliederkartei der Ortsverbände Albaching, Amerang, Babensham, Evenhausen, Gars am Inn, Grünthal, Haag, Oberndorf, Oberornau, Rieden, Rott am Inn, Wang-Elsebeth und Wasserburg.

²⁸⁹ Besonders deutlich ausgeprägt war der Zugang jüngerer Mitglieder im Ortsverband Amerang. ACSP, KV Wasserburg 10, Mitgliederkartei OV Amerang, undatiert [Stand: 1961]. Unter den 20 neuen Mitgliedern des Ortsverbandes Isen, die Otto Bauer im Zuge der Mitgliederwerbaktion Anfang 1961 für die CSU gewonnen hatte, befanden sich acht Personen unter 30 Jahren. ACSP, KV Wasserburg 6, Verzeichnis der im Ortsverband Isen neu aufgenommenen Mitglieder, undatiert [1961].

²⁹⁰ IZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, „Die Organisation der Christlich-Sozialen Union“. Referat von Hauptgeschäftsführer Dr. Zimmermann vor der Landesversammlung am 22. Oktober 1955 in München, S. 31.

Kreis- und Bezirksverbände nur 3,6 Prozent der Einnahmen der Landesgeschäftsstelle aus, und in den Jahren darauf fiel ihr Anteil mit 3,3 bzw. 2,2 Prozent sogar noch geringer aus. Mitgliederbeiträge spielten damals bei der Finanzierung der CSU kaum eine Rolle. Bis 1959 die staatliche Parteienfinanzierung wirksam wurde, lebte die Partei hauptsächlich von Spenden.²⁹¹

Es lag gewiß nicht am fehlenden Schwung der Funktionäre, daß den Parteigliederungen auf dem Land die Eintreibung der Mitgliederbeiträge so schwer fiel. Das Problem resultierte aus der Mentalität der Landbevölkerung, wie das Beispiel des Kreisverbandes Nördlingen zeigt. Die Rieser befanden sich, was die Beitragsleistung nach Augsburg bzw. nach München betraf, permanent im Rückstand: Im Jahr 1950 überwiesen sie von den fälligen 500,60 DM nur 240,- DM an die Bezirksgeschäftsstelle, also nicht einmal die Hälfte.²⁹² Ein ums andere Mal wurde das Sekretariat des Bezirksverbands in Nördlingen vorstellig, um die aufgelaufene Beitragsschuld einzufordern – vergeblich. Anfang September 1955 wandte sich Alois Klughammer in dieser Angelegenheit an Anton Jaumann und bilanzierte die Nördlinger Beitragsleistungen seit 1948: „Ich möchte Sie daran erinnern, daß in den Jahren nach der Währungsreform der Kreisverband Nördlingen seinen Verpflichtungen zu keinem Zeitpunkt nachgekommen ist und auch in diesem Jahre noch keine Beitragsüberweisung erfolgt ist.“²⁹³ Der Kreisverband erhob wiederholt Einspruch gegen die Mahnungen aus Augsburg. Man protestierte vor allem dagegen, das Beitragsoll schematisch an der Mitgliederzahl festzumachen, da sich unter den eingeschriebenen Mitgliedern der CSU „nur ein Bruchteil Beitragszahler“ befänden. „Die übrigen [...] schicken den Kassier ohne Geld fort und sind nicht zu Zahlungen zu bewegen.“²⁹⁴ Einer Partei wie der CSU seien die Hände gebunden, „nachdem wir nicht so mahnen und betreiben können, wie eine kaufmännische Firma ...“²⁹⁵ Ein hartes Durchgreifen sei jedoch auch aus anderen Gründen nicht angezeigt. „Würde man diese [die nichtzahlenden Mitglieder] hinaus-schmeißen, haben wir fast keine Mitglieder mehr ...“ – das könne man sich schon deshalb nicht leisten, weil deren Mithilfe bei Wahlkämpfen unverzichtbar sei und sie dergestalt „vor allen Dingen sozusagen nach wie vor unter Parteibeeinflussung bleiben“. Landesleitung und Bezirksverband, so die Überzeugung der Rieser CSU, müßten eben ihre finanziellen Ansprüche an Kreisverbände im

²⁹¹ Zur Abhängigkeit der CSU von Spenden vgl. Schlemmer, *Aufbruch*, S. 471 ff. Die Zahlenangaben nach ebenda, S. 463 f. und S. 469. Ein Überblick über die Entwicklung der Finanzen der CSU bei Mintzel, *Geschichte der CSU*, S. 143–157. Zur Entwicklung der Parteienfinanzierung allgemein vgl. von Alemann, *Parteiensystem*, S. 86 f.

²⁹² BayHStA, NL Ehard 131, Aufstellung: „Beiträge der Kreisverbände 1950“ für Hans Ehard, undatiert (Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Thomas Schlemmer). Daß sich der Kreisverband Nördlingen damit vergleichsweise vorbildlich verhielt, wirft ein bezeichnendes Bild auf die Zahlungsmoral in der CSU jener Jahre. Im Bezirksverband Oberbayern gaben nur sechs von 26 Kreisverbänden Geld an die Parteizentrale weiter, wobei kein einziger sein Soll ganz erfüllte. In Niederbayern zahlten vier von 26 Kreisverbänden, in der Oberpfalz zwei von 22, in Oberfranken vier von 25, in Mittelfranken drei von 17 und in Schwaben acht von 20; in Unterfranken zahlten mit 13 von 26 wenigstens die Hälfte der Kreisverbände. Diese Angaben nach Schlemmer, *Aufbruch*, S. 464 f.

²⁹³ ACSP, BV Schwaben 57, Bezirksgeschäftsführer Klughammer an Kreisvorsitzenden Jaumann vom 6. 9. 1955.

²⁹⁴ ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an Bezirksstelle der CSU Schwaben vom 7. 2. 1953.

²⁹⁵ ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an BV Schwaben, undatiert [Oktober 1953].

ländlichen Raum reduzieren. „Auf dem Lande ist es nun so, daß von den Bauern-
dickschädeln der größte Teil der Mitglieder Einzelmitglieder auf Dörfern sind.
Und Geld ist von ihnen einfach nicht zu erhalten ...“²⁹⁶

Retter aus der Geldnot: Spenden und Spender

Auch im Bezirksverband Schwaben fielen Mitgliederbeiträge bei der Finanzierung der Partei kaum ins Gewicht. 1961 betrug der Beitrag, den die 23 schwäbischen Kreisverbände an den Bezirksverband monatlich abführen konnten, nur 995,- DM; über das Jahr gerechnet, machten die Beitragsanteile damit gerade einmal sieben Prozent der Gesamteinnahmen des Bezirksverbandes Schwaben aus, die bei rund 170 000 DM lagen. Die Haupteinnahmequellen bildeten Spenden und „sonstige parteiinterne Einnahmen“, vor allem Zuweisungen der Landesleitung, die vermutlich zum Großteil ebenfalls aus Spenden stammten.²⁹⁷

Besonders schwierig war die Lage der Parteigliederungen, wenn Wahlen oder Nachwahlen anstanden, die in den ersten Legislaturperioden beim Tod eines direkt gewählten Abgeordneten notwendig wurden.²⁹⁸ Sie stellten die CSU immer wieder vor enorme Probleme, wie das Beispiel des Bundeswahlkreises Donauwörth zeigt: Hier mußte im Mai 1951 ein neuer Bundestagsabgeordneter bestimmt werden, nachdem der 1949 gewählte Martin Loibl im April 1951 gestorben war. Zwar konnte sich der von der CSU aufgestellte Wilhelm Niklas schließlich durchsetzen, so daß das Mandat der Union erhalten blieb. Die Kosten schlugen jedoch mit stattlichen 7879,88 DM zu Buche – ein Betrag, über den die Partei nicht verfügte, und das, obwohl nicht Hinz oder Kunz zur Wahl angetreten war, sondern der amtierende Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten!²⁹⁹ Auch der Bezirksverband Schwaben sah sich außerstande, den betroffenen Kreisverbänden

²⁹⁶ ACSP, BV Schwaben 57, KV Nördlingen an Bezirksstelle der CSU Schwaben vom 7. 2. 1953.

²⁹⁷ Reichhaltiges Material dazu liefern die Kassenberichte des Bezirksverbands Schwaben, in: ACSP, BV Schwaben 144. Allerdings schlüsseln auch sie die „sonstigen parteiinternen Einnahmen“ nicht näher auf. Die vorstehenden Zahlenangaben nach ebenda, Aufstellung: „Beitragsoll und Rückstände der Kreisverbände und Abgeordneten von Schwaben nach dem Stand vom 30. 4. 1961“, und ebenda, Kassenbericht 1961 vom 31. 12. 1961/9. 5. 1962.

²⁹⁸ Das Bayerische Landeswahlgesetz vom 29. 3. 1949, in: BGVBl. Nr. 8/1949, S. 69–80, sah in Art. 61 zwar ein Nachrückverfahren für ausgeschiedene Landtagsmitglieder vor, beim Ausscheiden von Stimmkreisvertretern war jedoch nach Art. 63 eine Nachwahl erforderlich. Dieser Artikel 63 wurde gestrichen durch das Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 22. 12. 1952, in: BGVBl. Nr. 34/1952, S. 311. Zur Abschaffung der Nachwahlen in Bayern auch Kock, Bayerische Landtag, S. 93. Ähnlich verlief die Entwicklung auf Bundesebene: Das Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. 6. 1949, in: BGBl. I, Nr. 2/1949, S. 21–24, sah in Paragraph 15 eine Nachwahl beim Ausscheiden des Wahlkreisvertreters vor. Das Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 8. 1. 1953, in: BGBl. I, Nr. 1/1953, S. 2, brachte eine Neufassung des Paragraphen 15; damit wurden Nachwahlen abgeschafft, statt dessen erfolgte nun ein Nachrückverfahren. Dieses wurde dann auch im Wahlgesetz zum zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. 7. 1953, in: BGBl. I, Nr. 32/1953, S. 470–478 (Paragraph 54) und im Bundeswahlgesetz vom 7. 5. 1956, in: BGBl. I, Nr. 21/1956, (Paragraph 48, Abs. 1) beibehalten.

²⁹⁹ ACSP, BV Schwaben 57, BV Schwaben an die KV Nördlingen, Donauwörth und Neuburg vom 7. 7. 1951. Niklas, dessen Kandidatur auch von der WAV und der FDP unterstützt worden war, erhielt 42,9 Prozent der Stimmen, Theodor Oberländer, der für den BHE angetreten war, kam auf 25 Prozent, der SPD-Kandidat Johannes Weinberger erzielte 19,1 Prozent und Hans Utz von der BP 10,3 Prozent. Lerch/Stephan/König, Eine Stadt und ihre Christlich-Soziale Union, S. 85; zu Niklas ebenda, S. 85f., und Schumacher, M.d.B., S. 297.

Donauwörth, Neuburg an der Donau und Nördlingen beizuspringen, da ihm nach dem Tod des Landtagspräsidenten Georg Stang im Mai 1951, der sein Mandat im Stimmkreis Markt Oberdorf/Füssen erlangt hatte, bereits die nächste Nachwahl ins Haus stand.³⁰⁰ Vollends daumschräblich wurde die finanzielle Situation, als mit dem Ableben Georg Gromers im Herbst 1952, der vom Stimmkreis Neuburg in den Landtag entsandt worden war, die dritte Nachwahl drohte.³⁰¹ Da keine regulären Finanzmittel zur Verfügung standen, blieb der CSU nur die Einwerbung zusätzlicher Spenden. Die Bezirks- und Kreisverbände versuchten dabei, vor allem zwei Geldquellen anzuzapfen: die im Wirkungskreis der jeweiligen Parteigliederung ansässigen Wirtschaftsunternehmen und die katholische Kirche. So wandte sich der Bezirksverband Schwaben bereits kurz nach der Bundestagsnachwahl von 1951 mit der Bitte an die Kreisverbände Donauwörth, Neuburg und Nördlingen, der CSU nahestehende Firmen und Geschäftsleute in den Landkreisen namhaft zu machen, die um eine Spende angegangen werden konnten.³⁰² In dem Bettelbrief, den Bezirksgeschäftsführer Klughammer nach dieser Aktion schrieb, wurden hauptsächlich Industrieunternehmen und Fabrikanten angesprochen, darunter zahlreiche kleinere und mittelständische Unternehmen wie etwa Brauereien, von denen sich nicht wenige tatsächlich zu einer Spende bereit fanden.³⁰³

Auch die katholischen Pfarrer zeigten sich aufgeschlossen. So kamen 1951 218 Pfarrer der Bitte um finanzielle Unterstützung für die beiden Nachwahlen nach.³⁰⁴ Den nächsten Bettelbrief fanden die schwäbischen Geistlichen nach den Kommunalwahlen von 1952 in ihren Briefkästen. Das Resultat konnte sich sehen lassen: 225 Pfarrer spendeten Beträge zwischen einer und 25,- DM.³⁰⁵ Auch in den folgenden Jahren trat die CSU vor und nach Wahlkämpfen immer wieder an die Geistlichen Schwabens mit der Bitte um finanzielle Unterstützung heran.³⁰⁶ Bezirkstagspräsident Josef Fischer begründete dies einmal damit, daß die Bevölkerung der irrigen Meinung sei, die CSU schwimme ohnehin im Geld, so daß der „kleine Mann“ nichts spende. Daher stehe man „der Kapitalmacht des Sozialismus und des Liberalismus mit leeren Händen (Kassen) gegenüber.“³⁰⁷ Da jedoch die Zahl der unentschlossenen Wähler wachse, sei der Wahlkampf heute wichtiger denn je und die CSU dringend auf Spenden angewiesen. Im Vorfeld der Bundes-

³⁰⁰ ACSP, BV Schwaben 147, Entwurf eines „Bettelbriefes“ von Alois Klughammer vom August 1951, und Kock, Bayerische Landtag, S. 419.

³⁰¹ Kock, Bayerische Landtag, S. 363, und ACSP, BV Schwaben 147, Schreiben Alois Klughammers an katholische Pfarrer, undatiert [November 1952].

³⁰² ACSP, BV Schwaben 57, BV Schwaben an die KV Donauwörth, Neuburg und Nördlingen vom 7. 7. 1951.

³⁰³ ACSP, BV Schwaben 147, Aufstellung: „Bittbriefe“ vom 30. 7. 1951, und ebenda, Entwurf eines Bettelbriefes von Alois Klughammer vom August 1951. Zum Erfolg der Aktion ebenda, Aufstellung: „Firmenbriefe für die Nachwahlen“, undatiert. In dieser Aufstellung sind insgesamt 41 Spender enthalten.

³⁰⁴ ACSP, BV Schwaben 147, Aufstellung: „Eingang der Pfarrer-Briefe vom Juli 1951 anlässlich der Bundes- und Landtagsnachwahl der Kreise Donauwörth und Oberdorf/Füssen“, undatiert.

³⁰⁵ ACSP, BV Schwaben 147, Bettelbrief Alois Klughammers an die schwäbischen Pfarrer, undatiert [Frühjahr 1952], und ebenda, Aufstellung: „Pfarrer-Spende vom Mai 1952“, undatiert.

³⁰⁶ Etwa ACSP, BV Schwaben 147, Aufstellung: „Spenden der Pfarrerbriefe vom Januar 1953 (Weihnachts- und Neujahrsbriefe)“, undatiert, und ebenda, Aufstellung: „Einnahmen aus Spendenbriefen an Pfarrer Juni 1955“, undatiert.

³⁰⁷ ACSP, BV Schwaben 147, Bettelbrief des Bezirkstagspräsidenten Josef Fischer an die Pfarrer, undatiert.

tagswahl von 1957 spendeten besonders viele Pfarrer, so daß insgesamt über 3000 DM in die Wahlkampfeschatulle der schwäbischen CSU flossen.³⁰⁸ Vor der Landtagswahl im Jahr darauf hieß es, es müsse „unter allen Umständen verhindert werden, daß das jämmerliche Schauspiel von 1954 (Hoegners Viererkoalition) sich wiederholt“.³⁰⁹ Vor allem wegen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts, demzufolge Spenden an politische Parteien nicht mehr steuerlich absetzbar waren, gestaltete sich die Finanzierung des Wahlkampfes äußerst schwierig, wie der Bezirksvorsitzende Otto Weinkam betonte. Dieses Argument leuchtete ein, diesmal kamen 2398,- DM an Pfarrerspendsen zusammen.³¹⁰ Vor der Bundestagswahl von 1961 ließen die Geistlichen Schwabens der CSU sogar insgesamt 5039,66 DM zukommen³¹¹, mehr als jemals zuvor. Gemessen an den Jahreseinnahmen des Bezirksverbandes Schwaben, die sich 1961 auf rund 170000 DM beliefen³¹², fiel dieser Betrag mit knapp drei Prozent kaum ins Gewicht. Die schwäbische CSU war mitnichten eine Kostgängerin der Kirche. Dennoch dürften auch diese kleinen Beträge wichtig gewesen sein, sonst hätte sich die Partei nicht bis in die sechziger Jahre die Mühe gemacht, sie umständlich einzuwerben. Ihre Bedeutung lag wohl darin, daß sie dem Bezirksverband eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber der Parteiführung und den erfolgreichsten Spendensammlern der CSU einräumte.³¹³ Da diese Geldmittel nicht an einen bestimmten Zweck gebunden waren, eröffneten sie dem Bezirksverband und seinen Kreisverbänden in beschränktem Umfang die Möglichkeit, in Wahlkämpfen eigenständige Aktionen mit besonderen Schwerpunkten durchzuführen und sich dabei auch von der Linie der Landesleitung abzusetzen.

Natürlich hatte auch diese Medaille eine Kehrseite. Die CSU geriet zwar nicht in Abhängigkeit von der Kirche, eine gewisse Rücksichtnahme auf deren Belange blieb aber stets spürbar. Bei Terminkollisionen zwischen Veranstaltungen der Partei und der Kirche steckte die CSU regelmäßig zurück. So mußte beispielsweise die feierliche Ernennung Franz Xaver Köcks zum Ehrenvorsitzenden des Kreisverbandes Wasserburg im Juni 1955 kurzfristig verschoben werden, da am Tag darauf eine im Kreisgebiet laufende Mission zu Ende ging „und der Tag vorher sich schlecht für eine politische Angelegenheit eignet.“³¹⁴ Alois Hundhammer, der als Referent vorgesehen war und bereits zugesagt hatte, zeigte dafür vollstes Verständnis und akzeptierte eine Verschiebung.³¹⁵ Doch nicht immer ließen sich derartige Terminschwierigkeiten so einfach aus der Welt schaffen. Der Wasserburger

³⁰⁸ ACSP, BV Schwaben 147, Aufstellung über die Spenden von Pfarrern, undatiert [1957]. Die Aufstellung mit den Namen der Spender umfaßte acht Seiten!

³⁰⁹ ACSP, BV Schwaben 147, Bettelbrief Otto Weinkams an die Pfarrer vom 19. 11. 1958. Das Folgende ebenda.

³¹⁰ ACSP, BV Schwaben 147, Aufstellung: „Pfarrerspendsen Landtagswahl 1958“, undatiert.

³¹¹ ACSP, BV Schwaben 147, Aufstellung: „Einnahmen der Pfarrerbrieft 1961“, undatiert.

³¹² ACSP, BV Schwaben 144, Kassenbericht 1961 vom 31. 12. 1961/9. 5. 1962.

³¹³ Als erfolgreichster Spendensammler der CSU erwies sich bald Franz Josef Strauß, der in Bonn ein eigenes Wirtschaftsbüro unterhielt. Bald kamen Gerüchte in Umlauf, Strauß setze die von ihm eingeworbenen Mittel gezielt ein, um seine Karriere in der CSU zu fördern. Schlemmer, Aufbruch, S. 471 f.

³¹⁴ ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an Alois Hundhammer vom 18. 5. 1955.

³¹⁵ ACSP, KV Wasserburg 4, Alois Hundhammer an Karl Neuburger vom 27. 5. 1955 und Karl Neuburger an Alois Hundhammer vom 3. 6. 1955.

Kreisverband hatte, um nur ein Beispiel zu nennen, für den 10. Mai 1957 eine Versammlungswelle in mehreren Gemeinden vorbereitet, zu der drei Referenten des Bezirksverbandes Oberbayern eingeplant waren. Kurz vor dem Start, als die Veranstaltungen schon längst über Plakate angekündigt worden waren, stellte sich jedoch heraus, daß das Katholische Werkvolk just für den 9. Mai eine eigene Veranstaltung mit dem Diözesanpräses anberaumt hatte. „Wir müssen schon sagen“, verlautete aus Wasserburg sarkastisch, „daß das Organisationstalent des Kath[olischen] Werkvolkes bewunderungswürdig ist.“³¹⁶ Unter diesen Umständen mußten die Versammlungen der CSU abgesagt werden.

In der Regel funktionierten die Absprachen zwischen Kirche und CSU aber reibungslos. Bei Veranstaltungen kirchlicher Organisationen und Vereine, beispielsweise der Kreismeisterschaft der Katholischen Landjugend im Wettpflügen, trat die Wasserburger Union als Sponsor auf.³¹⁷ Unangenehm konnte es für die CSU aber immer dann werden, wenn sich Vertreter der Kirche über die mangelnde Unterstützung der Union in Sachfragen beklagten. So monierte Pfarrer Leonhard Lenz aus Albaching, selbst Mitglied der CSU, daß 40 Abgeordnete von CDU/CSU bei der Abstimmung über den Personenstandsparagraphen im Bundestag gefehlt hätten und nur deswegen diese alte Bestimmung aus den Zeiten des Kulturkampfes weiterhin in Kraft sei. Unverhohlen forderte Lenz eine Gegenleistung für die mannigfaltige Hilfe ein, welche die katholische Kirche den Unionsparteien hatte angedeihen lassen: „Wir kath[olischen] Geistlichen haben uns mit wenigen Ausnahmen immer für die CDU/CSU eingesetzt und tun es weiterhin. Dann dürfen wir aber auch erwarten, daß die Partei in einem solch klaren Fall geschlossen für uns eintritt.“³¹⁸ Eine schriftliche Antwort erhielt der Pfarrer aus Albaching nicht. Bauer dürfte es vorgezogen haben, diese für die CSU peinliche Angelegenheit nicht weiter zu thematisieren. Im Allgemeinen wußte die Partei sehr wohl, was sie der Kirche schuldig war, und vertrat deren Interessen, etwa hinsichtlich der Beibehaltung der Bekenntnisschule, über Jahrzehnte hinweg mit großem Nachdruck.³¹⁹

„Beruf: Idealist“³²⁰ – hauptamtliche Geschäftsführer für die Bundeswahlkreise

In der Regel stellte die Rücksichtnahme auf die Belange der katholischen Kirche für die CSU keine große Belastung dar, da deren Interessen – zumindest im katholischen Altbayern – weitgehend mit denen der ländlichen Stammwählerschaft übereinstimmten. Enorme Schwierigkeiten bereitete der Partei dagegen die Realisierung des organisatorischen Kerns des Reformkonzepts von Fritz Zimmermann, die Schaffung von hauptamtlich besetzten Geschäftsstellen in den Bundes-

³¹⁶ ACSP, KV Wasserburg 4, KV Wasserburg an das Generalsekretariat der CSU vom 7. 5. 1957.

³¹⁷ ACSP, NL Bauer B 1957, Katholische Landjugend des Kreises Wasserburg, Einladung zum Kreisentscheid im Wettpflügen vom 16. 7. 1957.

³¹⁸ ACSP, NL Bauer A 1955, Pfarrer Leonhard Lenz an Josef Bauer vom 3. 3. 1955.

³¹⁹ Vgl. dazu Mintzel, Geschichte der CSU, S. 306–315. Zur Bedeutung der Schulfrage für die katholische Kirche vgl. Spotts, Kirchen und Politik in Deutschland, S. 181–203.

³²⁰ Mit diesen Worten umriß Josef Bauer das erwünschte Profil des neu einzustellenden Geschäftsführers im Bundeswahlkreis Altötting. ACSP, KV Wasserburg 4, Josef Bauer an Karl Neuburger vom 26. 1. 1957.

wahlkreisen.³²¹ Für diese Posten wollte Zimmermann jeweils einen jüngeren Parteifreund aus der Region gewinnen, „der sich für eine solche Aufgabe eignet, der sich nicht scheut, bei jedem Wetter hinauszufahren, um Versammlungen zu organisieren, um die Arbeit unserer Christlich-Sozialen Union auf dem Lande in Schwung zu halten.“³²² Vor allem zwei Probleme verhinderten jedoch die rasche Umsetzung dieser Vorgaben in die Praxis: Erstens war die CSU notorisch knapp bei Kasse, und zweitens gestaltete sich die Suche nach einem geeigneten Kandidaten oftmals sehr schwierig.

Grundsätzlich begegnete man in den Kreisverbänden dem Vorschlag Zimmermanns mit großer Sympathie. Karl Neuburger etwa hätte liebend gern umgehend einen hauptamtlichen Geschäftsführer eingestellt, um von der Parteiarbeit entlastet zu werden. Da aber weder der Landes- noch der Bezirksverband die Besoldung übernehmen wollte und die drei Kreisverbände sich dazu finanziell nicht in der Lage sahen³²³, blieb die organisatorische Arbeit weiter an Neuburger hängen, der nicht nur als Kreisvorsitzender der CSU in Wasserburg fungierte, sondern gewissermaßen als „Statthalter“ Josef Bauers auch in den beiden anderen Landkreisen des Bundeswahlkreises das „Mädchen für alles“ war.³²⁴ Diese Konstruktion erwies sich jedoch auf Dauer als unhaltbar. Mit Blick auf die Bundestagswahl von 1957 mußte Abhilfe geschaffen werden, zumal Neuburger mit seinem Rücktritt vom Amt des Kreisvorsitzenden drohte, sollte er nicht spürbar entlastet werden.³²⁵ So weit mochte es Bauer nicht kommen lassen, der die Anstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers im Bundeswahlkreis 200 nun zur Chefsache erhob. Zur Finanzierung des Gehalts wollte Bauer die Mandatare der CSU im Bundeswahlkreis zur Kasse bitten, wobei er bereit war, den Löwenanteil selbst aufzubringen: Er wollte monatlich 300,- DM von seinen Bundestagsdiäten zur Verfügung stellen, wenn die beiden Landtagsabgeordneten jeweils 50,- DM pro Monat beisteuerten.³²⁶ Damit schien das wichtigste Problem gelöst, nun mußte nur noch ein geeigneter Kandidat gefunden werden. Bauer umriß das Anforderungsprofil des künftigen Geschäftsführers mit den Worten „Beruf: Idealist“.³²⁷ Er sollte zwischen 25 und 40 Jahre alt sein, über rhetorische Begabung und Organisationstalent verfügen, Schreibmaschine und Steno beherrschen sowie neben der „richtigen“ politischen Gesinnung einen Führerschein, „gute Allgemeinungsformen“ und eine „entsprechende Allgemeinbildung“ haben.

³²¹ Zimmermann selbst hatte schon auf der Landesversammlung der Jungen Union Anfang März 1955 in Rosenheim die Schaffung von hauptamtlich besetzten Geschäftsstellen in den Bundeswahlkreisen als Kern seines Reformkonzepts bezeichnet. Münchner Merkur vom 7. 3. 1955 („Junge Union drängt auf Aktivitäten der CSU“).

³²² IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, „Die Organisation der Christlich-Sozialen Union“. Referat von Hauptgeschäftsführer Dr. Zimmermann vor der Landesversammlung am 22. Oktober 1955 in München, S. 14.

³²³ ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an Franz Varga vom 6. 12. 1955.

³²⁴ Vgl. ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an Pfarrer Josef Fischbacher vom 22. 2. 1956.

³²⁵ ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an Georg Lunz vom 25. 4. 1958, und ebenda, Referat Neuburgers auf der Kreisversammlung der Wasserburger CSU am 26. 1. 1957.

³²⁶ Auch die kommunalen Mandatsträger der CSU sollten nach den Vorstellungen Bauers einen Beitrag zur Finanzierung der Geschäftsstelle leisten. ACSP, KV Wasserburg 4, Josef Bauer an Karl Neuburger vom 16. 2. 1957.

³²⁷ ACSP, KV Wasserburg 4, Josef Bauer an Karl Neuburger vom 26. 1. 1957. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

In Gestalt des nachgeborenen Bauernsohns Simon Hangl schien ein passabler Bewerber gefunden. Hangl, ein langjähriges CSU-Mitglied, dessen Vater zwischen 1946 und 1952 die Partei im Wasserburger Kreistag vertreten hatte³²⁸, amtierte seinerzeit als Bürgermeister von Lengmoos, wo er gleichzeitig als Gemeindeschreiber fungierte, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Diese Tätigkeit ließ ihm für andere Aufgaben genügend Raum. Zudem war Hangl an einer weiteren Einkommensquelle sehr gelegen, und so wurde man rasch handelseinig. Hangl trat seinen Dienst als nebenberuflicher CSU-Geschäftsführer im Bundeswahlkreis 200 am 1. April 1957 an.³²⁹ Der Bundeswahlkreis 200 stellte damit keinen Einzelfall dar: Zwischen 1957 und 1959 entstanden in den meisten bayerischen Bundeswahlkreisen Geschäftsstellen der CSU, die in erster Linie durch die freiwilligen Beitragszahlungen der Mandatäre finanziert wurden, welche sich pro Jahr auf mehr als 300 000 DM beliefen.³³⁰ Damit war der Grundstein für eine moderne Parteiorganisation gelegt.

Allerdings blieb die Wasserburger Geschäftsstelle in den folgenden Jahren stets ein Sorgenkind. Das lag einmal daran, daß sie in der Druckerei Neuburgers nur notdürftig untergebracht war. Die Partei suchte zwar fieberhaft nach einem günstigeren Quartier, doch scheiterten Verhandlungen immer wieder an den hohen Mietforderungen. Weit gravierendere Probleme verursachte die Besoldung des Geschäftsführers, da die Beiträge der Mandatäre offenbar nicht wie erhofft eingingen. Daher versuchte der Kreisverband, die Finanzierung durch die Verbreitung der Zeitschrift „Das Wirtschaftsbild“ auf eine neue Basis zu stellen.³³¹ Diese Hoffnung zerschlug sich jedoch rasch, so daß die Kreisvorsitzenden beschlossen, wieder zur alten Finanzierungsform zurückzukehren. Allerdings wollte man nunmehr die finanzielle Basis erweitern, indem auch die Landräte und Bürgermeister mit einem monatlichen Obolus von 30,- DM bzw. 20,- DM einbezogen wurden.³³² Als größtes Hindernis für eine gedeihliche Arbeit der neuen Geschäftsstelle erwies sich jedoch die Person des Geschäftsführers: Hangl war offenbar ein Fehlgriff, der die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Jedenfalls beklagte sich Neuburger schon 1958 wiederholt darüber, in der Parteiarbeit des Kreisverbandes nach wie vor praktisch alleinzustehen. Auf einer Kreisversammlung sowie gegenüber dem Bezirksgeschäftsführer der oberbayerischen CSU, Georg Lunz, drohte er deshalb abermals damit, sein Parteiamt niederzulegen.³³³

³²⁸ Amtsblatt für den Landkreis und die Stadt Wasserburg Nr. 18 vom 27. 4. 1946, S. 93, und ebenda, Nr. 21 vom 22. 5. 1948, S. 85.

³²⁹ ACSP, KV Wasserburg 4, Josef Bauer an Simon Hangl vom 8. 3. 1957. Hangls Anfangsgehalt betrug monatlich 250,- DM, die später auf 300,- DM aufgestockt wurden. Als direkter Dienstvorgesetzter fungierte Josef Bauer, der auch dafür geradestand, daß das Gehalt pünktlich bezahlt wurde. Die Geschäftsstelle befand sich jedoch in der Wasserburger Druckerei von Karl Neuburger, damit der Kreisvorsitzende die Tätigkeit des neuen Geschäftsführers im Auge behalten konnte. Ebenda, Josef Bauer an Karl Neuburger vom 8. 3. 1957.

³³⁰ IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs der CSU, Dr. Friedrich Zimmermann, anlässlich der Landesversammlung am 13. 6. 1959 in München, S. 3.

³³¹ Zu diesem Zweck hatte Bauer eigens Kontakt zur CDU-Parteiführung aufgenommen. ACSP, KV Wasserburg 4, Niederschrift über die Kreisvorsitzenden-Besprechung am 29. 4. 1958.

³³² ACSP, KV Wasserburg 4, Niederschrift über die Kreisvorsitzenden-Besprechung am 31. 7. 1958.

³³³ ACSP, KV Wasserburg 4, Georg Lunz an Karl Neuburger vom 22. 4. 1958 sowie die Antwort Neuburgers vom 25. 4. 1958.

Allein die in Aussicht genommene Auswechslung des Geschäftsführers vermochte Neuburger umzustimmen.

Dennoch behielt Hangl seinen Posten bis 1962 und stieg im März 1959 sogar in den Kreisvorstand auf, in dem er das Amt des 1. Schriftführers bekleidete.³³⁴ Die Notlösung mit einem nebenberuflichen Geschäftsführer war allerdings spätestens ab Anfang der sechziger Jahre nicht mehr zeitgemäß – und auch nicht mehr erforderlich. Nachdem sich die finanzielle Situation der CSU durch die 1959 angelauene staatliche Parteienfinanzierung wesentlich gebessert hatte, beschloß die Landesleitung Ende Mai 1960, zum Ausbau der Organisation weitere Geldmittel zur Verfügung zu stellen.³³⁵ Die Bezirksgeschäftsstellen und andere Sekretariate mit hauptamtlichen Mitarbeitern sollten nunmehr einen monatlichen Zuschuß von 300,- DM von der Landesleitung erhalten. Den Rest mußten nach wie vor die Mandatäre tragen, deren Abgaben nun vereinheitlicht wurden: Bundestagsabgeordnete hatten monatlich 300,- DM und Landtagsabgeordnete 100,- DM beizusteuern, nur die Festssetzung der Beitragshöhe für kommunale Amtsträger blieb den Bundeswahlkreisen überlassen. Die Geschäftsführer der Bundeswahlkreisgeschäftsstellen unterstanden künftig der neu etablierten Wahlkreiskonferenz, die aus den Kreisvorsitzenden, dem Bundestagsabgeordneten und den Landtagsabgeordneten bestand.³³⁶ Daneben wurde erstmals verbindlich festgelegt, welchen Aufgaben sich die Bundeswahlkreisgeschäftsstellen widmen sollten. Ihnen oblag demnach die gesamte Organisationsarbeit im jeweiligen Wirkungskreis, d. h. vor allem die Mitgliederwerbung, die Gründung neuer Ortsverbände, die Vorbereitung von Parteiversammlungen, die Koordination der Fraktionsarbeit in den Kreistagen und das Führen der Mitgliederkartei. Außerdem sollten die Geschäftsführer auch den Kontakt zu den Mandatären halten und in Sprechstunden zur Verfügung stehen. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, sollte jede Geschäftsstelle über ein Auto, Telephon, eine Schreibmaschine sowie einen Matritzenapparat verfügen, die man durch Spenden zu beschaffen hoffte. Dreh- und Angelpunkt war jedoch nach wie vor ein hauptamtlicher Geschäftsführer, der sich von früh bis spät ausschließlich um die Belange der Partei kümmern konnte.

Daß man im Bundeswahlkreis 200 dennoch bis 1962 mit dem nebenberuflich tätigen Simon Hangl vorlieb nahm, lag hauptsächlich an regionalen Eifersüchteleien zwischen den drei Kreisverbänden. Während die Kreisverbände Mühldorf und Altötting für eine Zweiteilung der Geschäftsstelle plädierten³³⁷, beharrten Josef

³³⁴ ACSP, KV Wasserburg 4, Protokoll der Mitgliederversammlung des KV Wasserburg am 25. 3. 1959.

³³⁵ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 144. Das Folgende nach ACSP, KV Wasserburg 5, Rundschreiben von Generalsekretär Zimmermann an die Teilnehmer der Bundeswahlkreiskonferenz am 23. 5. 1960 vom 30. 5. 1960.

³³⁶ Die Hauptaufgabe der Wahlkreiskonferenz lag in der Beaufsichtigung der Bundeswahlkreisgeschäftsstelle. Dieses Gremium bestimmte auch, an welchem Ort die Geschäftsstelle eingerichtet wurde und entschied über die Person des Geschäftsführers. Ebenda.

³³⁷ Zur Begründung verwiesen sie auf ihre personelle und organisatorische Stärke. Der Kreisverband Altötting war 1961 mit 724 Mitgliedern und 25 Ortsverbänden der größte Kreisverband Oberbayerns; der Kreisverband Mühldorf rangierte mit 632 Mitgliedern auf Platz vier. Demgegenüber fiel der Kreisverband Wasserburg, der seinerzeit 480 Mitglieder und 21 Ortsvereine zählte, deutlich ab, obwohl er in Oberbayern an sechster Stelle rangierte. Diese Angaben nach ACSP, KV Wasserburg 6, Aufstellung: CSU-Kreisverbände im Regierungsbezirk Oberbayern, undatiert [1961]. Das Folgende nach ACSP, KV Wasserburg 5, Georg Lenz an Karl Neuburger vom 17. 11. 1960.

Bauer und Karl Neuburger aus naheliegenden Gründen auf dem Standort Wasserburg. Der Streit eskalierte schließlich, so daß Bezirksgeschäftsführer Georg Lunz als Schlichter eingreifen mußte. Auf einer Organisationsbesprechung Anfang Dezember 1960 kam man überein, zukünftig die Anstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers anzustreben. Bis dahin sollte Simon Hangl im Amt bleiben, dessen Gehalt auf 400,- DM aufgestockt wurde. Daneben stellte der Kreisverband Altötting mit Heinrich Abele einen eigenen Kreisgeschäftsführer ein, dessen Monatsgehalt 200,- DM betrug.³³⁸ Die gütliche Einigung hatten allein die großzügigen Zuschüsse der Parteiführung ermöglicht, sonst hätte man sich die Einrichtung eines zweiten Sekretariats im Bundeswahlkreis nie leisten können.³³⁹ Überhaupt waren die Kreisverbände hinsichtlich der Finanzierung der Geschäftsstellen zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend zu Kostgängern des Landesverbands geworden. 1959 hatte die Landesleitung die Bezirks- und Bundeswahlkreisgeschäftsstellen mit rund 300 000 DM bezuschußt, ein Jahr später stieg dieser Betrag durch kräftige Bundeszuschüsse sogar auf 480 000 DM. Nicht zuletzt dank dieser Finanzspritzen gelang es der CSU, ihr organisatorisches Netz immer engmaschiger über den Freistaat zu spannen. Mitte 1961 existierten bereits in 41 der 47 bayerischen Bundeswahlkreise Geschäftsstellen, von denen ein Großteil über hauptamtliches Personal verfügte.³⁴⁰

Auch in Wasserburg wurde Ende 1961 ein hauptamtlicher Geschäftsführer installiert, als die Wahlkreiskonferenz mit dem rührigen Bernhard Lechner einen für alle Seiten akzeptablen Nachfolger für Simon Hangl präsentieren konnte.³⁴¹ Um sein Gehalt mußte sich Lechner nicht lange sorgen, denn zum 1. Juli 1962 konnte die Landesleitung endlich alle Bezirks- und Bundeswahlkreisgeschäftsführer zentral anstellen und entlohnen³⁴², was den Kreisverbänden eine enorme finanzielle Entlastung brachte. Zwar verringerte sich der monatliche Zuschuß der Landesleitung an den Bundeswahlkreis Wasserburg von 700,- auf 400,- DM, doch brauchte letzterer die Kosten für den Parteisekretär nicht mehr selbst zu tragen. Die drei Kreisverbände mußten nur noch für die Mietkosten der Geschäftsstelle, die Spesen des Geschäftsführers wie Fahrtkosten und Verpflegung sowie sonstige Ausgaben aufkommen – fixe Kosten, die Lechner auf 500,- DM bezifferte.³⁴³ Die monatliche Finanzierungslücke betrug somit nur noch 100,- DM, die die drei

³³⁸ ACSP, KV Wasserburg 5, Georg Lunz an Karl Neuburger vom 15. 12. 1960.

³³⁹ Weder der Streit noch die schließlich gefundene Lösung waren ein Novum. Schon 1959 hatte sich Johann Wimmer, der den CSU-Vorsitz im Landkreis Altötting innehatte, für eine Teilung der Geschäftsstelle ausgesprochen. Die Kreisvorsitzenden hatten sich schließlich geeinigt, ihm einen monatlichen Zuschuß in Höhe von 50,- DM zukommen zu lassen, um es ihm zu ermöglichen, zumindest eine Aushilfskraft zu beschäftigen, die ihm bei der Partearbeit zur Hand gehen sollte. ACSP, KV Wasserburg 5, Niederschrift über die Kreisvorsitzenden-Besprechung am 14. 7. 1959.

³⁴⁰ Nur in den Bundeswahlkreisen Fürstenfeldbruck, Ingolstadt, Miesbach, München-Land, Coburg und Schweinfurt existierte damals noch keine Geschäftsstelle. IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, Referat Dr. Friedrich Zimmermanns auf dem Landesausschuß der CSU in Bayreuth am 24. 6. 1961, S. 6. Dort finden sich auch die zuvor genannten Zahlenangaben.

³⁴¹ ACSP, KV Wasserburg 6, Hermann Zenz an Bernhard Lechner vom 2. 1. 1962, und ebenda, Niederschrift über die Wahlkreiskonferenz am 11. 8. 1962. Schon Anfang Juli 1961 hatte Neuburger, der Hangl noch vor der Bundestagswahl von 1961 ablösen lassen wollte, mit Herbert Zenker aus Steinhöring einen Nachfolger präsentiert, der jedoch nicht die allseitige Zustimmung der Wahlkreiskonferenz gefunden hatte. Ebenda, Niederschrift über die Wahlkreiskonferenz am 1. 7. 1961.

³⁴² ACSP, KV Wasserburg 6, Hermann Zenz an Karl Neuburger vom 8. 6. 1962.

³⁴³ ACSP, KV Wasserburg 6, Niederschrift über die Wahlkreiskonferenz am 11. 8. 1962.

Kreisverbände aufbringen konnten. Die zentrale Besoldung der Bundeswahlkreisgeschäftsführer markierte eine wichtige Zäsur in der Geschichte der CSU: Sie brachte den Organisationsstand der Partei in allen Regionen des Freistaats auf eine Höhe, verbesserte die vertikale Kommunikation in der Partei und erhöhte ihre Schlagkraft in Wahlen. Die Zentralisierung des Parteiapparats vergrößerte gleichzeitig den Handlungsspielraum der Kreisverbände, da sie ihre finanzielle Belastung verringerte.

Die Professionalisierung der Parteiarbeit blieb nicht auf die Kreisebene beschränkt. Noch bevor im Juli 1962 die zentrale Besoldung der Bundeswahlkreisgeschäftsführer eingeführt wurde, stellte der Bezirksverband Oberbayern auf die neue Zeit um: Am 1. Februar 1962 übergab der bis dahin nebenamtlich tätige Geschäftsführer Georg Lunz seine Aufgaben an Hermann Zenz. Damit lag die Organisationsarbeit der oberbayerischen CSU nach über zehn Jahren wieder in den Händen eines hauptberuflichen Parteisekretärs. Der Bezirksvorsitzende Alois Hundhammer vertrat die Ansicht, der 34jährige Zenz, der aus Haag im Landkreis Wasserburg stammte und zuvor im katholischen Vereinswesen tätig gewesen war, bringe aufgrund seines Lebenslaufs und seiner Berufserfahrung

„die besten Voraussetzungen für diese Tätigkeit mit. [...] Die bisherige politisch-organisatorische Tätigkeit des Herrn Zenz und seine engen Verbindungen zum wichtigen vorpolitischen Raum lassen ihn bestens geeignet erscheinen für die Übernahme der Aufgaben, die ihm jetzt anvertraut sind. [...] Ich bin überzeugt, daß die Anstellung eines hauptamtlichen Bezirksgeschäftsführers, der seine volle Zeit und Arbeitskraft dem weiteren Auf- und Ausbau der Parteiorganisation in Oberbayern widmen kann, sich segensreich auswirken wird für unsere äußere Stärke und innere Kraft.“³⁴⁴

Selbst ein so prinzipientreuer Mann wie Alois Hundhammer hatte sich damit von seinen früheren organisationspolitischen Vorstellungen verabschiedet und die Notwendigkeit professioneller Parteiarbeit anerkannt. Zimmermanns parteiinterne Kritiker waren nun endgültig verstummt.

d) (Wahl-)Erfolg: Der Durchbruch zur Hegemonialpartei

Daß sich die reformorientierten Kräfte durchsetzen konnten, lag nicht zuletzt an den großen Wahlerfolgen nach 1955, die ihrerseits wiederum durch die organisatorische Erneuerung der Partei begünstigt wurden. Zwar hatte die Trendwende bereits 1953, also zwei Jahre vor dem großen personellen und organisatorischen Revirement, eingesetzt, doch schufen der Auf- und Ausbau des Parteiapparats die Voraussetzungen dafür, daß die CSU eine hegemoniale Stellung in der Politik des Freistaats erlangen, ausbauen und dauerhaft sichern konnte.

Ein erster Testlauf: Die Kommunalwahlen 1956

Die Kommunalwahlen des Jahres 1956 stellten für die CSU den ersten Test dar. Zimmermann war aufgrund einer Analyse der zurückliegenden Kommunalwah-

³⁴⁴ ACSP, KV Wasserburg 6, Rundschreiben Alois Hundhammers an die Bezirksvorstandschaft, die Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Kreisvorsitzenden, Bezirksräte und Kreisgeschäftsführer der CSU im Bezirksverband Oberbayern vom 16. 2. 1961.

len allerdings klar, daß eine gute Organisation allein nicht ausreichen würde, um auf der untersten politischen Ebene erfolgreich zu sein, da dort den Honoratioren immer noch weit größeres Gewicht zukam als dem Parteietikett.³⁴⁵ Dem wollte der Hauptgeschäftsführer Rechnung tragen:

„In vielen kleinen Gemeinden auf dem Lande, wo offenbar [...] weniger nach politischen als nach lokalen Gesichtspunkten die zur Wahl stehenden Persönlichkeiten gewählt wurden, müssen unsere Verbände bemüht sein, angesehene Bewerber aus unseren Kreisen auf die Liste zu bringen. Wir werden mit diesem System, das für eine politische Partei sicherlich nicht das Optimum des wünschenswerten, leider aber das Maximum des Erreichbaren darstellt, überall dort Erfolg haben, wo wir angesehene, kenntnisreiche und kommunalpolitisch erfahrene Bewerber herausstellen. Es geht diesmal in besonderem Maße darum [...] Persönlichkeiten herauszustellen. Wir müssen eine Initiative dahingehend ergreifen, angesehene Bauern, Geschäftsleute, Handwerker und Akademiker, die bereit sind, ein kommunales Wahlamt zu übernehmen, in unsere Reihen zu bringen, von denen wir wissen, daß sie die Honoratioren einer Gemeinde darstellen und daß sie gewählt werden, gleichgültig von wem sie zur Wahl gestellt werden.“³⁴⁶

Diese Strategie erwies sich als erfolgreich. Obwohl die CSU deutlich weniger Stimmen als in der Bundestagswahl von 1953 oder der Landtagswahl von 1954 erhielt, bedeutete das Ergebnis doch eine erhebliche Verbesserung gegenüber den Kommunalwahlen von 1952. In den kreisangehörigen Gemeinden des Freistaats waren knapp zehn Prozent der Bürgermeister und etwas mehr als 22 Prozent der Gemeinderäte auf Vorschlag der bayerischen Unionspartei gewählt worden, während die Masse der kommunalen Mandatäre ihr Amt für eine unabhängige Wählergruppe oder in einer reinen Mehrheitswahl errungen hatte. Wesentlich besser schnitt die CSU in den Kreistagswahlen ab, wo ihr über 39 Prozent der Wähler das Vertrauen schenkten, was im Vergleich zu 1952 einem Zuwachs von über zehn Prozentpunkten entsprach. Damit hatte sich die CSU auch auf kommunaler Ebene eindrucksvoll als stärkste Partei zurückgemeldet.³⁴⁷

Das galt auch für „unsere“ elf Landkreise, wenngleich die bayerische Unionspartei hier einmal mehr recht unterschiedliche Ergebnisse erzielte. In Landsberg am Lech (38,8 Prozent) und Königshofen im Grabfeld (38,6 Prozent) lag sie knapp unter dem landesweiten Resultat, in den übrigen neun teilweise deutlich darüber. Am besten schnitt die CSU in Neumarkt in der Oberpfalz (67,2 Prozent) und in Rothenburg ob der Tauber (65,7 Prozent) ab. Nur im mittelfränkischen Landkreis Feuchtswangen hatte die CSU – entgegen dem ausdrücklichen Wunsch der Münchner Landesleitung³⁴⁸ – keine eigene Liste für den Kreistag eingereicht, sondern sich auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag mit verschiedenen Wählergruppen eingelassen, der es schließlich auf 68,2 Prozent der Stimmen brachte. Auch im Ries endeten die Kommunalwahlen von 1956 mit einem deutlichen Sieg

³⁴⁵ ACSP, LTF, Referat von Hauptgeschäftsführer Dr. Fritz Zimmermann auf der Einkehrtagung der CSU-Fraktion in Ottobeuren am 16. 6. 1955.

³⁴⁶ IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, „Die Organisation der Christlich-Sozialen Union“. Referat von Hauptgeschäftsführer Dr. Zimmermann vor der Landesversammlung am 22. Oktober 1955 in München, S. 31.

³⁴⁷ Die Ergebnisse der Kommunalwahlen von 1956 nach BSB 203, S. 21–30. Die folgenden Angaben ebenda, S. 42f.

³⁴⁸ ACSP, LTF, Referat von Hauptgeschäftsführer Dr. Fritz Zimmermann auf der Einkehrtagung der CSU-Fraktion in Ottobeuren am 16. 6. 1955.

der CSU. Sie hatte nun wieder eine eigene Liste aufgestellt, die auf 56,2 Prozent der Stimmen kam und damit 22 von 37 Sitzen im Kreistag errang.³⁴⁹ Der Erfolg kam insofern überraschend, als der CSU nach dem Auseinanderbrechen der „Rieser Wählergemeinschaft“ von 1952 in Gestalt der „Freien Rieser Wählergemeinschaft“ ein gefährlicher Gegner entstanden war, der vor allem unter der evangelischen Landbevölkerung Zuspruch fand. Die CSU erblickte in der Wählergemeinschaft eine verkappte FDP-Liste³⁵⁰ und lag damit wohl nicht ganz falsch, da ihr spiritus rector, der Kreisrat Karl Geiß aus Nähermemmingen, auch als einer der Frontmänner der FDP im Ries fungierte. Während die Wählergemeinschaft betonte, Parteien und Parteipolitik habe auf kommunaler Ebene nichts zu suchen und als Vertreterin lokaler Interessen auftrat³⁵¹, hob die CSU den engen Zusammenhang von kommunaler, Landes- und Bundespolitik hervor. Sie warf der freien Wählergruppe zudem vor, das nichtsozialistische Wählerpotential zu spalten, und präsentierte sich als bürgerliche Sammlungsbewegung im Ries.³⁵² Obwohl der implizite Vorwurf, eine Stimmabgabe an die Freie Rieser Wählergemeinschaft komme letztlich nur der SPD zugute, aufgrund der eklatanten Schwäche der Sozialdemokratie im Landkreis Nördlingen ins Leere ging, hatte die CSU mit dieser Strategie Erfolg: Auch in den Städten Nördlingen und Oettingen gewann sie Stimmen hinzu und konnte ihre Position in den Kommunalparlamenten ausbauen.³⁵³

Etwas anders lagen die Dinge im Landkreis Wasserburg, wo die freien Wähler 1956 keine große Rolle spielten.³⁵⁴ Hier trat der CSU nach wie vor die Bayernpartei als Hauptkonkurrentin entgegen, die jedoch nicht mehr an frühere Glanzzeiten anknüpfen konnte. Mit 24,3 Prozent wurde sie zwar noch zweitstärkste Kraft im Kreistag, mußte jedoch gegenüber den Kommunalwahlen von 1952 ein Minus von zwölf Prozentpunkten hinnehmen. Die CSU hatte einen überaus engagierten Wahlkampf geführt und dabei fast jede Gemeinde des Landkreises erreicht. Neben den eigenen Referenten Karl Neuburger, der in der Kreisstadt für das Amt des Ersten Bürgermeisters kandidierte, Josef Bauer und dem Wasserburger Ortsvorsitzenden Gabriel Huber konnte die CSU mit Otto von Feury, Alois Hundhammer, Franz Michel und Anton Besold auch prominente Gastredner aufbieten. Vor allem Besold, der zuvor Landesvorsitzender der Bayernpartei gewesen war, ritt scharfe Attacken gegen seine ehemaligen Parteifreunde, die er beschuldigte,

³⁴⁹ Amtsblatt für den Landkreis und die Stadtverwaltung Nördlingen Nr. 14 vom 7. 4. 1956, und BSB 203, S. 43.

³⁵⁰ Daß die Freie Rieser Wählergemeinschaft nur eine getarnte FDP-Liste sei, betonten die Redner der CSU bei jeder sich bietenden Gelegenheit. RN vom 16. 3. 1956 (Leserbrief: „Der Wille zur Mitarbeit in der Kreisvertretung“), und RN vom 9. 3. 1956 („In einer Wählerversammlung ging es lebhaft zu“ und „Auhausen ohne Wahlvorschlag“), sowie RN vom 23. 2. 1956 („Kreisrat Jaumann antwortet der FRW“).

³⁵¹ RN vom 14. 3. 1956 („Beim Wahlkampf die Kirche im Dorf lassen“), und RN vom 16. 3. 1956 (Leserbrief: „Der Wille zur Mitarbeit in der Kreisvertretung“).

³⁵² RN vom 9. 3. 1956 („In einer Wählerversammlung ging es lebhaft zu“), und RN vom 22. 2. 1956 („Stadtrat Dr. Kessler als Spitzenkandidat aufgestellt“), sowie RN vom 14. 3. 1956 („Wahlen haben starken politischen Hintergrund“).

³⁵³ RN vom 20. 3. 1956 („Überparteiliche haben absolute Mehrheit“), und RN vom 21. 3. 1956 („Hohe Wahlbeteiligung im Ries“).

³⁵⁴ Die Parteilosen gewannen lediglich einen Sitz im Kreistag. BSB 203, S. 42. Die folgenden Angaben nach ebenda und BSB 182, S. 36.

Steigbügelhalter der SPD zu sein.³⁵⁵ Der Einsatz sollte sich für die CSU lohnen: Sie erhielt bei der Kreistagswahl 41,9 Prozent der Stimmen, was einem Zugewinn von über 13 Prozentpunkten gegenüber 1952 entsprach, und avancierte mit 19 Sitzen zur stärksten Fraktion im Kreistag. In 46 der 62 Gemeinden des Landkreises hatte sich die CSU als stärkste Partei durchgesetzt, während die Bayernpartei nur in 13 Kommunen eine Mehrheit errang. Dabei fällt ins Auge, daß die CSU in denjenigen Gemeinden besonders gut abschnitt, in denen sie über einen funktionierenden Ortsverband verfügte. Damit hatte der neue Apparat den ersten Leistungstest bestanden.³⁵⁶

Der Durchbruch: Die Bundestagswahl von 1957

Die eigentliche Nagelprobe markierte die Bundestagswahl im Jahr 1957 und auch diese bestand die neue Parteiorganisation mit Bravour. Die CSU errang im Freistaat mit 57,2 Prozent der Stimmen einen überwältigenden Sieg, gewann sämtliche bayerischen Direktmandate und trug damit maßgeblich dazu bei, daß die Union bundesweit mit 50,2 Prozent die absolute Mehrheit errang. Ihr Erfolg in Bayern ging vor allem auf Kosten von Bayernpartei und BHE, die erhebliche Verluste hinnehmen mußten und den Einzug in den Bundestag verpaßten. Einmal mehr lagen die Hochburgen der CSU auf dem Land. Von Landsberg und Wasserburg abgesehen, erhielt sie in allen in die Untersuchung einbezogenen Landkreisen über zwei Drittel der Zweitstimmen. In Beilngries (75,9 Prozent), Neumarkt (77,0 Prozent), Roding (74,1 Prozent) und Nördlingen (74,6 Prozent) schenkten ihr sogar rund drei Viertel der Wähler das Vertrauen. Damit knüpfte die CSU erstmals wieder an ihre Wahlergebnisse aus dem Jahr 1946 an.³⁵⁷

Eine Reihe von Faktoren hatten dieses Resultat ermöglicht. Zunächst einmal wirkte sich die politische, wirtschaftliche und soziale Großwetterlage für die Union günstig aus: Ein großer Teil der Bevölkerung konnte mit der Entwicklung Westdeutschlands zufrieden sein, was sich in breiter Zustimmung zur Politik der Regierung Adenauer niederschlug.³⁵⁸ Das „Wirtschaftswunder“ führte, um nur einen der wichtigsten Indikatoren des Aufschwungs zu nennen, auch in Bayern zu einem drastischen Rückgang der Arbeitslosigkeit: Die Quote sank von 13,9 Prozent im Jahr 1950 über 9,3 Prozent 1953 auf 3,0 Prozent im Jahr 1957³⁵⁹, also insgesamt um über zehn Prozentpunkte. Noch stärker nahm die Zahl der Arbeitslosen in den ländlichen Regionen ab, wie das Beispiel des Arbeitsamtsbezirks

³⁵⁵ WZ vom 16. 3. 1956 („Bei der Gemeindevahl spielt auch die große Politik eine Rolle“).

³⁵⁶ Die Angaben zum Wahlausgang nach BSB 203, S. 42, und BSB 182, S. 36, und WZ vom 24. 3. 1956 („Schlußbetrachtung zum Ausgang der Wahlen“). Zum Zusammenhang von Organisationsgrad und Wahlerfolg ACSP, KV Wasserburg 4, Rede Karl Neuburgers auf der Kreisversammlung am 26. 1. 1957.

³⁵⁷ Das Ergebnis in Bayern nach Ritter/Niehus, Wahlen in Deutschland, S. 121 bzw. S. 101. Die Ergebnisse in den Landkreisen nach BSB 206, S. 56–61.

³⁵⁸ Vgl. Schmidtchen, Die befragte Nation, S. 84–95.

³⁵⁹ Diese Angaben nach SJB 24 (1952), S. 99 (für das Jahr 1950), SJB 25 (1955), S. 144 (für das Jahr 1953), und SJB 26 (1958), S. 120 (für das Jahr 1957). Die folgenden Angaben für den Arbeitsamtsbezirk Cham finden sich ebenda. Allerdings sind in den Angaben für 1950 und 1953 nur die Arbeiter und Angestellten berücksichtigt, während für 1957 auch die Beamten in die Statistik aufgenommen wurden. Zur Entwicklung der Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik vgl. den knappen Überblick bei Borchardt, Zäsuren, S. 30f.

Cham verdeutlicht, zu dem auch der Landkreis Roding zählte. Hier betrug die Arbeitslosenquote 1950 sage und schreibe 27,9 Prozent, bis 1953 ging sie nur leicht auf 24,3 Prozent zurück, bevor sie 1956 auf 9,1 Prozent fiel. Zudem verstand es die Bundesregierung sehr geschickt, soziale Spannungsfelder zu entschärfen. Besondere Bedeutung kam der großen Rentenreform von 1957 zu, welche die Einführung der dynamischen Rente brachte – eine Maßnahme, die wesentlich zur sozialen Integration der Gesellschaft beitrug, wenngleich sie aufgrund des bevorstehenden Urnengangs auch den Charakter eines Wahlgeschenks hatte.³⁶⁰ Und schließlich profitierte auch die CSU von der enormen Popularität Adenauers, in dessen Windschatten die bayerische Unionsschwester zu einem überraschend deutlichen Erfolg kam.³⁶¹

Allerdings trug auch die CSU nicht wenig zu dem Wahlerfolg bei, indem sie ihre Hausaufgaben gewissenhaft erledigt hatte. Das galt zunächst für die längst überfällige programmatische Erneuerung, die im Vorfeld der Bundestagswahl von 1957 vollzogen wurde – schließlich stammte das bis dahin gültige Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1946 und bedurfte dringend einer Überarbeitung. Mit dem neuen Grundsatzprogramm, von der Landesversammlung am 1. Juni 1957 verabschiedet, brachte sich die CSU gewissermaßen selbst auf die Höhe der Zeit:³⁶² Hatte das Programm von 1946 noch den Geist konservativer Kapitalismuskritik geatmet, setzte die CSU 1957 ganz auf die mittlerweile so erfolgreiche „soziale Marktwirtschaft“. Von einer „Ständekammer“ war nun ebenfalls keine Rede mehr, und auch außen- und sicherheitspolitisch nahm die CSU Kurskorrekturen vor. Pazifistische Töne, die früher mit der Ablehnung jedes „Militarismus“ angeklungen waren, wichen dem Bekenntnis zum nordatlantischen Bündnis und zur Notwendigkeit eines eigenen Verteidigungsbeitrags in Form der Bundeswehr. Mit dem eindeutigen Eintreten für Westintegration und Wiederbewaffnung bezog die Partei im Hinblick auf den kommenden Wahlkampf zugleich Stellung in zwei zwischen Bundesregierung und Opposition besonders heftig umstrittenen Fragen.³⁶³ Auch gab man sich Mühe, den Ruf einer klerikalen Partei abzustreifen. Die Betonung des Christentums und der Gebote Gottes als Fundament der Politik, die das alte Programm durchzogen hatte, verschwand zwar nicht völlig, wurde aber deutlich schwächer artikuliert, um auch kirchlich nicht gebundene Wähler anzusprechen. Nach der organisatorischen stellte die programmatische Erneuerung der CSU einen weiteren Meilenstein auf dem Weg zur Volkspartei dar.

Als wahrscheinlich noch wichtiger erwies sich aber die mittlerweile schlagkräftige Organisation, die es der Partei überhaupt erst ermöglichte, den Wählern ihre programmatischen Inhalte zu vermitteln. Daher rüstete die CSU ihren Parteiap-

³⁶⁰ Zur Rentenreform von 1957 vgl. Hockerts, *Sicherung im Alter*, S. 313–316, und ders., *Sozialpolitische Reformbestrebungen*, sowie ders., *Sozialpolitische Entscheidungen*, S. 421–425.

³⁶¹ Koerfer, *Kampf ums Kanzleramt*, S. 161, etwa interpretierte den Wahlausgang als „beinahe plebiszitäres Vertrauensvotum für den Kanzler“.

³⁶² Die im folgenden vorgenommene vergleichende Analyse der Grundsatzprogramme der CSU von 1946 und 1957 basiert auf den von Ossip K. Flechtheim, *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung Deutschlands*, Bd. 2, S. 213–219 (Grundsatzprogramm von 1946) und S. 219–225 (Grundsatzprogramm von 1957) edierten Programmtexten. Vgl. auch Gross, Hanns Seidel, S. 139–142, und im folgenden Mintzel, *Geschichte der CSU*, S. 215 f.

³⁶³ Zu den Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition um Westintegration und Wiederbewaffnung vgl. ausführlich Herbst, *Option für den Westen*, S. 87–159.

parat gerade in ländlichen Regionen vor Beginn des Wahlkampfes noch weiter auf. So erhielt beispielsweise die Bundeswahlkreisgeschäftsstelle in Wasserburg nun endlich das lang ersehnte Auto, und zwar nicht das zunächst ins Auge gefaßte preisgünstige Goggomobil³⁶⁴, sondern einen nagelneuen VW Variant. Daneben wurde das Sekretariat mit einer ganzen Reihe moderner Wahlkampfinstrumente wie einer mobilen Lautsprecheranlage, einem Tonbandgerät und einem Filmprojektor ausgestattet.³⁶⁵ Damit hielt, obwohl das Fernsehen 1957 noch eine untergeordnete Rolle spielte, das in Zukunft dominante moderne Massenmedium Film erstmalig Einzug in den Wahlkampf auf dem Land. Die CSU förderte diese Entwicklung ganz bewußt. Jeder Kreisverband erhielt eine Kopie des eigens angefertigten Werbefilms „Unter weißblauem Himmel“, „um ihn bei allen Versammlungen und Veranstaltungen unserer Partei, auch im kleinsten Dorf, vorführen zu können“.³⁶⁶ Dem psychologisch äußerst geschickt komponierten Werbefilm zollte auch der politische Gegner in internen Wahlanalysen Respekt.³⁶⁷ Kein Wunder, daß sich die Filmvorführungen als Publikumsmagnet erwiesen, hatten derartige Veranstaltungen gerade in kleinen Landgemeinden seinerzeit noch Seltenheitswert. Für die Wahlkampfmanager hatte sich die Investition in die moderne Technik jedenfalls gelohnt, sie konnten hoch zufrieden sein.

So konnte die CSU ihre Spitzenredner mehr als früher in zentralen Großkundgebungen einsetzen, während lokale Funktionäre und Mandatäre die Veranstaltungen in den kleineren Gemeinden bestritten.³⁶⁸ Die Prominenz war ja per Film präsent. Das brachte der CSU den Vorteil, die inhaltlichen Schwerpunkte flexibel gestalten und neben ihren zentralen Wahlkampfthemen auch regionale Besonderheiten berücksichtigen zu können. Generell konzentrierten CDU und CSU ihre argumentativen und polemischen Geschütze auch 1957 auf die SPD, die nach wie vor als Hauptgegner galt. Eine Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten bedeutete für Bundeskanzler Adenauer den „Untergang Deutschlands“.³⁶⁹ Während der Kanzler in seinem Wahlkampf andere Parteien mit keinem Wort würdigte, mußte sich die CSU in den verschiedenen bayerischen Traditionszonen

³⁶⁴ Das Goggomobil sollte zu äußerst günstigen Konditionen, 40 Prozent unter dem normalen Preis angeschafft werden. ACSP, NL Bauer B 1957, BWK-Geschäftsstelle Wasserburg, Notiz über einen Telefonanruf bei der Landesleitung vom 10. 4. 1957.

³⁶⁵ ACSP, KV Wasserburg 4, BWK-Geschäftsstelle Wasserburg an Karl Neuburger vom 20. 5. 1957, und ACSP, NL Bauer A 1957, Notizen für eine Ansprache Josef Bauers vor Wahlhelfern in Wasserburg am 30. 10. 1957.

³⁶⁶ ACSP, NL Bauer N 1957–58, Josef Bauer an Karl Neuburger vom 16. 4. 1957. Zur Rolle des Fernsehens im Bundestagswahlkampf von 1957 Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 363.

³⁶⁷ AdSD, Bezirk Franken 157, Heinz Schmude: Untersuchung des Bundestagswahlergebnisses 1957 im Bezirk Franken vom 30. 10. 1957. Das Folgende nach WZ vom 9. 9. 1957 („Die Zeit der klassischen Nationalstaaten ist vorbei“), und WZ vom 14. 9. 1957 („Keine besonderen Zwischenfälle im Wahlkampf“).

³⁶⁸ ACSP, BV Schwaben 57, Anton Jaumann an Alois Klughammer vom 22. 2. 1957, und ACSP, KV Wasserburg 4, Versammlungsplan für den Wahlkreis Altötting-Mühldorf-Wasserburg, undatiert [August 1957], und ebenda, Protokoll der Kreisvorsitzenden-Besprechung am 16. 5. 1957, sowie ebenda, Peter Lazarus an Karl Neuburger vom 15. 7. 1957. Die Beschränkung auf lokale Referenten war für die Partei auch kostengünstig, da zu den in diesem Fall niedrigen Fahrtkosten nur „ein angemessenes Zehrgeld von ca. 3,- DM“ zu entrichten war. Ebenda, Protokoll über die Kreisvorstandssitzung des Kreisverbandes Wasserburg am 18. 6. 1957.

³⁶⁹ Zitiert nach Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 368. Zu Adenauers Totschweigen der FDP ebenda, S. 367f.

mit zwei weiteren Rivalen auseinandersetzen: In Regionen mit hohem evangelischen Bevölkerungsanteil trat ihr die FDP als Herausforderer entgegen, im katholischen Altbayern galt es, sich abermals mit der Bayernpartei zu messen.

Nördlingen: CSU vs. FDP

Im Landkreis Nördlingen bestimmten die Auseinandersetzungen zwischen CSU und FDP den Wahlkampf. Zwar verfügte die FDP im Ries nur über einen äußerst dürftigen Parteiapparat, wie überhaupt die organisatorische Schwäche ein Kennzeichen der bayerischen Liberalen war und blieb.³⁷⁰ Im Grunde bestand die Nördlinger FDP nur aus dem Kreisrat Karl Geiß, einem Landwirt aus der Gemeinde Nähermemmingen, der nun im Bundeswahlkreis Donauwörth kandidierte und dabei sein großes Ansehen als Kommunalpolitiker in die Waagschale werfen konnte.³⁷¹ Im Wahlkampf erhielt er jedoch Unterstützung von namhaften Parteifreunden wie Otto Bezold und Thomas Dehler, die die nach wie vor vorhandenen latenten Spannungen zwischen den Konfessionen als Waffe gegen die CSU wendeten. Am weitesten ging dabei Dehler, der mit Blick auf die CSU verkündete, bestimmte Parteien mißbrauchten den Namen Christi für ihre Zwecke. Die Union sei katholisch geprägt und Ministerposten würden nur nach konfessionellen Gesichtspunkten vergeben. Dehlers Rede mündete schließlich in einen seiner gefürchteten Rundumschläge gegen die Einmischung der katholischen Kirche in die Politik mittels Hirtenworten und „Kanzelpropaganda“, die er als „Sünde wider den Geist der Demokratie“ geißelte.³⁷²

So überzogen derartige Vorwürfe auch waren, sie fielen im Ries teilweise auf fruchtbaren Boden, zumal ohnehin bereits eine große öffentliche Debatte über das Verhältnis zwischen CSU und katholischer Kirche loderte, die sich an einem Referat des SPD-Politikers Gustav Heinemann in Nördlingen entzündet hatte.³⁷³ Aufgebrachte Protestanten sahen bereits die „Gegenreformation“ am Werk und behaupteten, evangelischen Wählern werde durch betont katholisch-klerikales Auftreten von Männern wie Alois Hundhammer oder auch Anton Jaumann der Zugang zur CSU verwehrt.³⁷⁴ Die örtlichen Funktionäre der CSU hatten alle Hände voll zu tun, die Wogen zu glätten, indem sie ein ums andere Mal den inter-

³⁷⁰ Vgl. Mintzel, *Strategie und Organisation*, S. 161–168.

³⁷¹ Geiß hatte 1907 das Licht der Welt erblickt. In der NS-Zeit hatte er sich als Ortsbauernführer seiner Heimatgemeinde das Ansehen seiner Mitbürger erworben, so daß er – nach einer gewissen Karenzzeit – auch nach 1945 weiter politisch aktiv sein konnte. Er zählte damit zu den wenigen, die eine zwischen 1933 und 1945 begonnene kommunalpolitische Karriere in der Bundesrepublik fortsetzen konnten. RN vom 11. 9. 1957 („Der Kandidat der FDP“), und mündliche Auskunft von Klemens Stanek vom 26. 10. 2000.

³⁷² RN vom 10. 9. 1957 („Dr. Dehler: Bundesregierung will die Wiedervereinigung nicht“). Zu Dehlers Temperament als Redner, das ihn nicht selten zu mancherlei Maßlosigkeit verleitete, vgl. Wengst, *Thomas Dehler*, S. 181–202.

³⁷³ RN vom 13. 8. 1957 („Dr. Heinemann: Dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis entgegenkommen“). Während Heinemann der CSU lediglich das „Monopol auf das Christentum“ abgesprochen und sie nur indirekt als katholische Partei bezeichnet hatte, wurden in der Folge massive Vorwürfe gegen die CSU in einer Flut von Leserbriefen in den „Rieser Nachrichten“ geäußert, auf die vor allem Anton Jaumann ebenfalls mit einer Reihe von Leserbriefen antwortete. Erst am 4. September beendete die Redaktion die Diskussion mit der Erklärung, keine weiteren Zuschriften zur Bundestagswahl mehr veröffentlichen zu wollen. RN vom 4. 9. 1957 („Keine Wahlthemen mehr“).

³⁷⁴ RN vom 29. 8. 1957 (Leserbrief: „Die Wunde“).

konfessionellen Sammlungscharakter der Union hervorhoben.³⁷⁵ Doch blieb dieses Thema das einzige, bei dem sich die CSU in der Defensive befand: Andere Vorwürfe von SPD und FDP, CDU und CSU strebten nach der Alleinherrschaft, die Regierung Adenauer sei gegen die Wiedervereinigung oder vernachlässige die Förderung des Mittelstandes³⁷⁶, verhalten dagegen weitgehend wirkungslos. Die CSU ihrerseits konnte mit dem Hinweis auf die erfolgreiche Regierungsarbeit vor allem in den Bereichen der Außen- und Sicherheits-, sowie der Wirtschafts- und Sozialpolitik punkten, wobei es ihre Redner selten versäumten, das mittlerweile Erreichte als höchst gefährdet zu bezeichnen, sollte die SPD an die Regierung kommen.³⁷⁷ In Bauernversammlungen erwies sich das „Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte“, das am 1. Oktober 1957 in Kraft treten sollte, als zugkräftiges Argument für die CSU³⁷⁸, dem die Konkurrenten wenig entgegenzusetzen hatten. Entsprechend eindeutig fiel das Wahlergebnis aus: Die CSU gewann 74,6 Prozent der Zweitstimmen, während die FDP nur auf 5,3 Prozent kam.³⁷⁹ Allen Diskussionen um ihren konfessionellen Charakter zum Trotz, schnitt die bayerische Unionspartei auch in den evangelischen Gemeinden im Osten und Süden des Landkreises überdurchschnittlich gut ab.³⁸⁰ Das Direktmandat ging ebenfalls an die CSU: Der farblose Philipp Meyer, der im Rieser Wahlkampf kaum aufgetreten war, erhielt rund drei Viertel der gültigen Stimmen.³⁸¹ Damit hatte die CSU im Ries auf ganzer Linie gesiegt.

Wasserburg: CSU vs. Bayernpartei

Im Landkreis Wasserburg schien dagegen die mittlerweile als „Föderalistische Union“ firmierende Bayernpartei bessere Chancen zu haben, zumal die SPD auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet hatte und ebenfalls für deren Bewerber eintrat.³⁸² Dies war kein geringerer als der amtierende bayerische Land-

³⁷⁵ RN vom 22. 8. 1957 (Leserbrief von Anton Jaumann). In diesem Sinne äußerte sich Jaumann auch auf der Kreisversammlung der Jungen Union. RN vom 3. 9. 1957 („Das Wort ‚Christlich‘ ist als Verpflichtung gedacht“).

³⁷⁶ RN vom 13. 8. 1957 („Dr. Heinemann: Dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis entgegenkommen“), und RN vom 30. 8. 1957 („Otto Bezdold: Bonner Außenpolitik hat weitgehend versagt“), sowie RN vom 2. 9. 1957 („Hermann Ospald: Politik der Stärke führt zum Krieg“), und RN vom 9. 9. 1957 („FDP gegen Personenkult“), sowie RN vom 10. 9. 1957 („Dr. Dehler: Bundesregierung will die Wiedervereinigung nicht“), und RN vom 14. 9. 1957 („Ministerpräsident Dr. Hoegner: „CDU/CSU strebt Alleinherrschaft an“).

³⁷⁷ RN vom 10. 8. 1957 („Minister Strauß: Dackel bedroht keinen Schäferhund“), und RN vom 23. 8. 1957 („Hilfe für Mittelstand durch gesunde Steuerpolitik“), sowie RN vom 31. 8. 1957 („Die CSU legt ihren Wählern ein klares Programm vor“), und RN vom 3. 9. 1957 („Das Wort ‚Christlich‘ ist als Verpflichtung gedacht“), sowie RN vom 11. 9. 1957 („Rückschläge durch wirtschaftliche Experimente der SPD“), und RN vom 12. 9. 1957 („Wirtschaftliche Rückschläge bei SPD-Sieg“), sowie RN vom 13. 9. 1957 („CSU-Versammlung mit langer Diskussion“).

³⁷⁸ RN vom 11. 9. 1957 („Pflichten und Rechte der bäuerlichen Alterssicherung“). Vgl. dazu auch Feldenkirchen/Herrmann, Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte, und Planck/Fischer, Alterssicherung in der Landwirtschaft. Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, S. 246, betont dagegen die Ablehnung, die das neue Gesetz zunächst vor allem in groß- und mittelbäuerlichen Regionen erfahren habe. Davon war jedoch im Ries kaum etwas zu spüren.

³⁷⁹ Die SPD erhielt 9,6 Prozent, die GDP 9,1 Prozent. Diese Angaben nach BSB 206, S. 61.

³⁸⁰ Vgl. die Daten für die einzelnen Gemeinden in BSB 206, S. 147^{ff.}, und BSB 231 b, S. 550–557.

³⁸¹ Auf Meyer entfielen in der Stadt Nördlingen 4440 von 7836 gültigen Erststimmen, im Landkreis waren es 15 516 von 20 770; RN vom 16. 9. 1957 („Im Ries überragende Mehrheit für die CSU“).

³⁸² WZ vom 2. 8. 1957 („SPD verzichtet auf eigenen Wahlkreiskandidaten“), und WZ vom 21. 8. 1957

wirtschaftsminister und Landesvorsitzende der Bayernpartei, Joseph Baumgartner, was die CSU zu einer enormen Energieleistung anstachelte – bei Baumgartners Bekanntheitsgrad mußte ein Sieg Bauers zu einem großen Prestigeerfolg und zu einem persönlichen Triumph über einen alten Rivalen werden.³⁸³ Die Aussichten dafür standen nicht schlecht, denn trotz der ungebrochenen Popularität des Landwirtschaftsministers befand sich die Bayernpartei in einer sehr schwachen Position, die sich auch nicht durch noch so zünftige Marschmusik kaschieren ließ, die eine Blaskapelle und ein Spielmannszug bei Baumgartners Wahlveranstaltungen in den Saal schmetterten. Defensiv in der Argumentation und ohne zündende Alternativen zur Regierungspolitik, verkamen die wenigen Kundgebungen der Bayernpartei zu folkloristischen Auftritten. „Symbolhaltige Werbung, die Gefühle und Sinne ansprach, mußte das politische Argument ersetzen.“³⁸⁴ Zu allem Überfluß präsentierte sich die Bayernpartei auch noch heillos zerstritten: Obwohl Baumgartner von allen Bewerbern der „Föderalistischen Union“ wohl die besten Chancen auf ein Direktmandat besaß, weigerte sich der Mühldorfer Bezirksvorsitzende Albert Weggartner, Wahlveranstaltungen für ihn abzuhalten, „weil er für die Unterstützung und Fortführung der Politik der Regierung Adenauer eintrete“.³⁸⁵

Die CSU ging dagegen überaus geschlossen und selbstbewußt in den Wahlkampf, den sie zudem exzellent organisiert hatte. In fast allen Gemeinden fanden Veranstaltungen statt, wobei Josef Bauer mit 170 Auftritten im Bundeswahlkreis einmal mehr die Hauptlast trug.³⁸⁶ Daneben erschien mit Parteichef Hanns Seidel, Generalsekretär Fritz Zimmermann, Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß und dem altgedienten Haudegen Alois Hundhammer auch die Parteiprominenz zahlreicher als je zuvor im Landkreis Wasserburg.³⁸⁷ Die meisten Kundgebungen waren gut besucht, wobei vor allem Strauß seine Zuhörer begeisterte.³⁸⁸ Die Kernaussage der CSU-Versammlungen lautete „Weiter so“, wobei drei Themenbereiche im Mittelpunkt standen: Erstens lobten die Referenten die Leistungen der Bonner Koalition, zweitens warnten sie vor einer SPD-geführten Bundesregierung, und drittens geißelten sie die Bayernpartei wegen ihrer Kooperation mit den Sozialdemokraten.³⁸⁹ Der Wahlkampf der CSU erschöpfte sich jedoch

(„Sechs Wahlkreiskandidaten und sieben Parteien“). Zur Bayernpartei und der FU im Wahlkampf von 1957 vgl. Unger, Bayernpartei, S. 196–200.

³⁸³ ACSP, KV Wasserburg 4, Josef Bauer an Karl Neuburger vom 17. 8. 1957.

³⁸⁴ Unger, Bayernpartei, S. 66. Zum Wahlkampf der Bayernpartei im Landkreis Wasserburg WZ vom 3. 9. 1957 („Dritte Kraft muß Bonner Zentralmacht kontrollieren“), und WZ vom 10. 9. 1957 („200 Besucher hörten Prof. Dr. Baumgartner“).

³⁸⁵ Zitiert nach Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 199.

³⁸⁶ Bauer hielt im Landkreis Altötting 79, im Landkreis Mühldorf 48 und im Landkreis Wasserburg 43 Wahlveranstaltungen ab. ACSP, NL Bauer A 1957, Notizen für eine Ansprache Josef Bauers vor Wahlhelfern in Wasserburg am 30. 10. 1957, und WZ vom 14. 9. 1957 („Keine besonderen Zwischenfälle im Wahlkampf“).

³⁸⁷ ACSP, KV Wasserburg 4, Versammlungsplan für den Wahlkreis Altötting-Mühldorf-Wasserburg, undatiert [August 1957], und WZ vom 14. 9. 1957 („Keine besonderen Zwischenfälle im Wahlkampf“).

³⁸⁸ WZ vom 9. 9. 1957 („Die Zeit der klassischen Nationalstaaten ist vorbei“), und WZ vom 18. 9. 1957 („Aus der Gemeinde Rott am Inn“). Zum guten Besuch der CSU-Versammlungen hatte u. a. die neu eingeführte Lautsprecherwerbung beigetragen. ACSP, KV Wasserburg 4, Wahlkreis-Geschäftsstelle Wasserburg an Karl Neuburger vom 18. 7. 1957.

³⁸⁹ WZ vom 10. 9. 1957 („Dr. Hundhammer sprach in St. Wolfgang“), und WZ vom 9. 9. 1957 („Die

nicht in den traditionellen Kundgebungen. Vom erstmaligen und erfolgreichen Einsatz des Mediums Film war bereits die Rede. Daneben versuchte die Partei, ihre Anhänger durch eine umfangreiche Plakatwerbung zu mobilisieren. Zu diesem Zweck stand den Kreisverbänden nicht nur das von der Parteispitze in Umlauf gebrachte Material zur Verfügung, die den Wahlkampf unter das unvergessene Motto „Keine Experimente“ gestellt und damit einen „Schuß ins Schwarze“ getan hatte.³⁹⁰ Zudem konnten die Gliederungen auf einen nie dagewesenen Etat zurückgreifen, um regionalspezifische Inhalte zu transportieren. Die im Bundeswahlkreis 200 zusammengeschlossenen Kreisverbände Altötting, Mühldorf und Wasserburg verfügten über 2000 Plakate, 34 000 Flugblätter, 100 000 Handzettel und 120 000 Zeitungsbeilagen, mit denen sie für Josef Bauer warben und seine Leistungen ins rechte Licht rückten.³⁹¹ Die CSU führte den bis dato aufwendigsten Wahlkampf in ihrer Geschichte und griff dafür auch tiefer in die Tasche als je zuvor: Der Werbefeldzug der Landesleitung allein verschlang 1,5 Millionen Mark³⁹², eine für damalige Verhältnisse horrende Summe.

Das Ergebnis konnte sich auch im Landkreis Wasserburg sehen lassen. Die CSU kam auf 60,1 Prozent der Zweitstimmen, während die Bayernpartei nur noch magere 12,4 Prozent erhielt und sogar noch von der SPD als zweitstärkste Kraft abgelöst wurde, der 18,8 Prozent der Wähler das Vertrauen schenkten.³⁹³ Die Union setzte sich überall als stärkste Partei durch, wobei sie in 55 Gemeinden zum Teil beträchtliche Stimmengewinne verbuchen konnte und nur in fünf Kommunen die absolute Mehrheit knapp verfehlte. Der Zuwachs der CSU ging vor allem zu Lasten der Bayernpartei, die gegenüber 1953 mehr als die Hälfte ihrer Wähler verlor und in keiner Gemeinde auch nur ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Zu den Verlierern zählte mit nur noch 6,6 Prozent auch der BHE, der mit der Deutschen Partei eine Listenverbindung unter dem Namen „Gesamtdeutsche Partei“ eingegangen war. CSU-Sympathisanten aus dem Kreis der Neubürger interpretierten das Wahlergebnis als Fanal für die Eingemeindung der selbständigen Vertriebenenparteien in die CSU.³⁹⁴ Damit war auch im Raum Wasserburg die Zersplitterung der Parteienlandschaft, die Ende der vierziger

Zeit der klassischen Nationalstaaten ist vorbei“), sowie WZ vom 13. 9. 1957 („Zweite CSU-Wahlversammlung in Haag“).

³⁹⁰ Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 366. Zur Plakatwerbung von CDU/CSU im Wahlkampf von 1957 vgl. auch ders., Adenauer, Bd. 2, S. 344, und Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 154f. Zu der höchst erfolgreichen Wahlwerbung der Union und ihren wahlsoziologischen Grundlagen vgl. auch Schmidtchen, Die befragte Nation, S. 81.

³⁹¹ Die Gestaltung der Plakate übernahm Karl Neuburger, dem auch der Druckauftrag übertragen wurde, „um ihn für diese arbeitsmäßige Belastung zu entschädigen“. ACSP, KV Wasserburg 4, Wahlkreis-Geschäftsstelle Wasserburg an Karl Neuburger vom 18. 7. 1957. Zur Finanzierung hatte die Landesleitung der Bundeswahlkreisgeschäftsstelle in Wasserburg einen Zuschuß in Höhe von 5000, – DM gewährt. Ebenda, Protokoll der Kreisvorsitzenden-Besprechung am 16. 5. 1957.

³⁹² IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs der CSU, Dr. Friedrich Zimmermann, anlässlich der Landesversammlung am 13. 6. 1959 in München, S. 5; dort findet sich auch eine genaue Aufschlüsselung des Gesamtbetrags.

³⁹³ Diese Angaben nach BSB 206, S. 56. Die folgenden Zahlen nach ebenda, S. 23* f., und WZ vom 19. 9. 1957 („In allen 62 Gemeinden des Landkreises Wasserburg CSU-Mehrheit auf der Landesliste“).

³⁹⁴ ACSP, NL Bauer, N 1957–58, Dr. Hans Neuwirth an Josef Bauer vom 3. 10. 1957, Anlage: Rundschreiben der UdV an alle Bezirks- und Kreisobmänner, Vertrauensleute und Mitarbeiter vom 24. 9. 1957.

Jahre eingesetzt hatte, weitgehend beendet, und die CSU hatte zu alter Stärke zurückgefunden. Doch bedeutete das Abschneiden nicht nur für die Partei, sondern auch für Josef Bauer einen Triumph, der sich mit 62,1 Prozent der Erststimmen klarer als erwartet gegen Joseph Baumgartner durchsetzen konnte. Das Flaggschiff der Bayernpartei hatte lediglich 21 Prozent erhalten und war damit klar durchgefallen.³⁹⁵

Der Wahlausgang erschütterte die politische Szenerie im Freistaat.³⁹⁶ Da BHE und Bayernpartei weitere Wahlschlägen befürchteten, wenn sie in der augenscheinlich unpopulären Regierung in München blieben, brach die Viererkoalition auseinander. Die CSU verstand es überaus geschickt, die kleinen Parteien, die sich ihr als willige Koalitionspartner andienten, gegeneinander auszuspielen. Der neue Ministerpräsident Hanns Seidel bildete schließlich ein Kabinett aus CSU, BHE und FDP. Die Bayernpartei landete dagegen, obwohl sie sich Hoffnungen auf eine abermalige Regierungsbeteiligung gemacht hatte, auf den Oppositionsbänken. Das beschleunigte einen Prozeß, an dessen Ende die weiß-blaue Protestbewegung in der Bedeutungslosigkeit verschwand.³⁹⁷

Der Niedergang der Bayernpartei

Die Bayernpartei verschwand gegen Ende der fünfziger Jahre ebenso rasch von der politischen Bildfläche, wie sie rund zehn Jahre zuvor aufgetaucht war. Nachdem es der CSU in der Phase der großen Wahlerfolge der Bayernpartei gelungen war, die Konkurrentin von einer Regierungsbeteiligung in Bund und Land fernzuhalten, verlor die weiß-blaue Protestbewegung rasch an Dynamik und Attraktivität. Daher versuchte die Parteiführung mit allen Mitteln, doch noch auf die Regierungsbänke zu kommen – gleichviel mit wem. Und so fackelten Baumgartner und Co. auch nicht lange, als sich nach den Landtagswahlen von 1954 die Chance bot, ein Bündnis gegen die CSU zu schmieden, in dem sich SPD, BHE, FDP und Bayernpartei zur „Viererkoalition“ unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner zusammenfanden. August Geiselhöringer zog ins Innenministerium ein, Parteichef Baumgartner übernahm das Landwirtschaftsressort und avancierte zum stellvertretenden Ministerpräsidenten.³⁹⁸

Die Beteiligung an der Viererkoalition war für die Bayernpartei jedoch ein höchst gefährliches Spiel mit dem Feuer gewesen, hatte sie sich doch zuvor stets als antisozialistisches Bollwerk dargestellt und die CSU vehement der Koopera-

³⁹⁵ Diese Angaben nach Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 199f. Bauer hatte sich dabei in allen 62 Gemeinden des Landkreises Wasserburg gegen Baumgartner durchgesetzt. WZ vom 17. 9. 1957 („MdB Bauer: ‚Nicht nur ein Sieg der Vernunft!‘“).

³⁹⁶ Vgl. im folgenden Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 432–435, und Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 200ff. Zur Haltung des BHE vgl. Becher, Zeitzeuge, S. 231.

³⁹⁷ „Der Zerfall der Viererkoalition war der Anfang vom Ende der Bayernpartei“, urteilte Ilse Unger, Bayernpartei, S. 39. Zur Regierungsbildung von 1957 und der Ausschaltung der Bayernpartei vgl. Gross, Hanns Seidel, S. 177–182.

³⁹⁸ Kock, Bayerische Landtag, S. 301. Vgl. dazu Bretschneider, Bildung der Viererkoalition, sowie Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 422ff. Zur Viererkoalition vgl. Taubenberger, Licht übers Land. Zur Haltung der CSU vgl. ausführlich Schlemmer, Aufbruch, S. 367–381, und Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 166ff. Zum Niedergang der Bayernpartei vgl. ausführlich Unger, Bayernpartei, insbesondere S. 179–204.

tion mit der SPD geziehen.³⁹⁹ Eine solche Volte um 180 Grad ließ sich den Mitgliedern und Anhängern nur schwer vermitteln, zumal sich die Organisation der Bayernpartei in einem noch schlechteren Zustand befand als die der CSU vor der Reform von 1955.⁴⁰⁰ Unter diesen Vorzeichen gelang es der Bayernpartei immer weniger, sich erfolgreich als Verkörperung bayerischer Traditionen und einzige Garantin ihrer Bewahrung zu präsentieren. Hinzu kam, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bundesrepublik der Bayernpartei das Wasser abgrub.⁴⁰¹ Während sie am Ende der vierziger Jahre als Protestbewegung der Alteingesessenen von den materiellen Nöten, den Reibereien zwischen Einheimischen und Neubürgern und den Zukunftsängsten breiter Schichten der Bevölkerung profitiert hatte, konnte nun die CSU als treue Partnerin an Adenauers Kabinetts-tisch das „Wirtschaftswunder“ für sich reklamieren. Die unter der Landbevölkerung zu Beginn des Jahrzehnts noch weitverbreitete Krisenstimmung verflieg um die Mitte des Jahrzehnts, was nicht zuletzt an den deutlich gestiegenen Einkommen der Bauern lag.⁴⁰² Daneben trugen die vielfältigen Bemühungen zur Ansiedlung von Industriebetrieben auf dem Land schon in den fünfziger Jahren erste Früchte.⁴⁰³ Denjenigen, denen eine Tätigkeit im primären Sektor kein Auskommen mehr bot, standen Ausweichmöglichkeiten in der Region offen. Die damit einhergehenden verbesserten Berufschancen und Verdienstmöglichkeiten hoben die Stimmung der Landbevölkerung spürbar. Keine Frage, mit dem Anziehen der Konjunktur sanken die Aktien der Bayernpartei.

Darüber hinaus half die CSU nach Kräften mit, die ungeliebte Konkurrentin zu schwächen. Ihre Taktik bestand darin, die Bayernpartei zunächst aufzureiben und dann Schritt für Schritt aufzusaugen.⁴⁰⁴ Einfallstore für derartige Bestrebungen boten die ebenso zahlreichen wie dauerhaften internen Querelen sowie die chronische Finanznot, in der sich die Bayernpartei befand. Immer wieder gerieten führende Exponenten in den Verdacht der Bestechlichkeit⁴⁰⁵, was der Bayernpartei im öffentlichen Ansehen weit mehr schadete als der CSU. Nach der für die Bayernpartei verheerenden Bundestagswahl von 1953 kam es zu einer regelrechten „Übertrittswelle“⁴⁰⁶, in deren Folge sechs Landtagsabgeordnete sowie der Bundestagsabgeordnete Benno Graf das Parteibuch der Union erwarben. Der Sog zur CSU hielt 1954 unvermindert an. Im Januar 1954 wechselte mit Anton Besold ein Spitzenfunktionär die Seiten, der zeitweilig als Generalsekretär und sogar als Lan-

³⁹⁹ Dazu Unger, Bayernpartei, S. 160–163 und S. 181 f., sowie Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 68 ff.

⁴⁰⁰ Unger, Bayernpartei, S. 41. Besonders schwer fiel es den Funktionären der Bayernpartei, die Viererkoalition im Bundestagswahlkampf von 1957 zu verteidigen, und vor allem die Kooperation mit der SPD galt vielen als „Sünde“. IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 4. 9. 1957.

⁴⁰¹ Unger, Bayernpartei, S. 96.

⁴⁰² Zur Einkommensentwicklung der bayerischen Landwirte vgl. Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, S. 254–272, und Tabelle 24 auf S. 428.

⁴⁰³ Vgl. dazu Boustedt, Regionale Entwicklungstendenzen in der bayerischen Industrie 1953–1958 mit umfangreichem Zahlenmaterial.

⁴⁰⁴ Zur Strategie der CSU im Kampf gegen die Bayernpartei und ihrer letztlich erfolgreichen Umsetzung in die Praxis vgl. ausführlich Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 179–243.

⁴⁰⁵ Zu den Finanzaffären und Bestechungsvorwürfen im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen CSU und Bayernpartei vgl. Unger, Bayernpartei, S. 126–137.

⁴⁰⁶ Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 182. Das Folgende nach ebenda, S. 182 f., und Unger, Bayernpartei, S. 167 f.

desvorsitzender der Bayernpartei fungiert hatte. Der Exodus blieb nicht auf die höheren Chargen beschränkt, sondern betraf auch die mittlere und untere Funktionärebene, wo die Abwerbungsversuche der CSU nun ebenfalls immer öfter auf fruchtbaren Boden fielen.

Als wichtige Verbündete im Kampf gegen die weiß-blaue Protestbewegung erwies sich im übrigen die katholische Kirche, die sich im „Bruderzwist“ eindeutig auf die Seite der CSU schlug – sehr zum Leidwesen der Bayernpartei, die sich selbst ebenfalls als christliche Partei in Szene zu setzen suchte.⁴⁰⁷ Diese Parteinahme war um so deutlicher ausgeprägt, je weiter man in der Hierarchie des Klerus nach unten kam. Während sich die Bischöfe allenfalls in Andeutungen für die CSU einsetzten, hielten sich die örtlichen Pfarrer weniger zurück, und auch die besonders auf dem Land starken katholischen Vereine bezogen eindeutig Stellung für die CSU.⁴⁰⁸ Noch in der Endphase des Bundestagswahlkampfes von 1957 beklagte Hans Utz mit drastischen Worten die Schützenhilfe der katholischen Kirche für die CSU, die den Veranstaltungen der Bayernpartei viel von ihrer Wirkung nahmen: „Die Gegenseite ist nicht nur wohlgerüstet, sondern scheut auch kein Mittel mit Hilfe ihrer wachsamem Ortsgruppenleitern (Pfarrkanzeln) und ihrer HJ (katholische Jugend), die von Dr. Baumg[artner] [...] ausstrahlende Fernwirkung abzuschirmen.“⁴⁰⁹ Obwohl es unmöglich ist, den genauen Anteil der kirchlichen Wahlempfehlungen für die tatsächliche Wahlentscheidung der Gläubigen zu ermitteln, darf man ihn gerade auf dem Land nicht gering veranschlagen. Andererseits sollte man sich davor hüten, die Wählerwanderungen von der Bayernpartei zur CSU allein auf das Konto der klerikalen Fürsprache zu buchen. Schließlich nahm die Kirche ja nicht erst seit 1953 eindeutig Partei für die CSU, was einen großen Teil der Wähler in früheren Wahlen nicht daran gehindert hatte, der Bayernpartei die Stimme zu geben.⁴¹⁰

Überhaupt taugen derartige Verschwörungstheorien nicht, um den Niedergang der Bayernpartei zu erklären. Im Bezirksverband Wasserburg erfolgte ihre Zersetzung nämlich keineswegs von außen, wenn es auch nicht an Versuchen mangelte. Vielmehr hatte die Bayernpartei die Keimlinge von Zerfall und Niedergang bereits seit ihrem rasanten Aufstieg in sich getragen – ein Aspekt, den die bisherigen Forschungen zur Bayernpartei vernachlässigt haben. Bei näherem Hinsehen erwies

⁴⁰⁷ Vgl. Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 71–84, und Unger, Bayernpartei, S. 169–172. Bis in die frühen fünfziger Jahre hinein gab es hier und da auch katholische Geistliche, die ganz offen für die Bayernpartei eintraten; sie waren jedoch eindeutig in der Minderheit und wurden zudem immer wieder von den Diözesen zur Zurückhaltung in politischen Fragen aufgefordert. Vgl. Blessing, „Deutschland in Not, wir im Glauben ...“, S. 103, und Grypa, Zur innerkirchlichen Diskussion, S. 539 ff.

⁴⁰⁸ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Josef Zimmermann an die Landesgeschäftsstelle der Bayernpartei vom 9. 9. 1953. Der Wasserburger Bezirksvorsitzende vertrat die Ansicht, die Katholische Aktion habe maßgeblich zum Sieg der CSU in der Bundestagswahl von 1953 beigetragen. Bei derart pauschalen Schuldzuweisungen ist freilich Vorsicht geboten, schließlich ließen sich damit etwaige Unzulänglichkeiten und Schwächen in der Parteiarbeit bzw. im Wahlkampf vor Ort kaschieren. Zur Haltung der Bischöfe MKKKZ vom 7. 8. 1949, S. 319 („Der deutsche Katholik geht zur Wahl“), und MKKKZ vom 6. 9. 1953, S. 549 („Hirtenwort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl“). Kritik an der Zersplitterung des katholischen politischen Lagers und damit vor allem an der Bayernpartei wurde eher indirekt geäußert, beispielsweise MKKKZ vom 21. 12. 1947, S. 369 („Neujahrsansprache Luzifers an die höllischen Geister“ von Lorenz Freiburger).

⁴⁰⁹ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 4. 9. 1957.

⁴¹⁰ Blessing, „Deutschland in Not, wir im Glauben ...“, S. 103.

sich nämlich ein Großteil der Funktionäre, die ihr Erscheinungsbild auf dem Land bestimmten, als schlichtweg nicht politikfähig. Für sie war die Parole „Bayern den Bayern“ kein leerer Wahlkampfeslogan, mit dem sich Stimmen und Mitglieder gewinnen ließen, sie entsprach vielmehr ihrer innersten Überzeugung. Das Gros der Bannerträger vor Ort bestand, pointiert formuliert, aus weiß-blauen Fundamentalisten, die jeden Kompromiß als Verwässerung der eigenen Ziele ablehnten. Das Charakterbild, das sich aus den überlieferten Schriftwechseln Fischbachers und Baumgartners mit ihren lokalen Statthaltern herausdestillieren läßt⁴¹¹, fällt wenig schmeichelhaft aus. Der durchschnittliche Funktionär der Bayernpartei war halsstarrig, eigenbrötlerisch und rechthaberisch, hochgradig cholerisch, zum Querulantenentum neigend und leicht erregbar, kurzum: In der Bayernpartei tickte eine hoch explosive Mischung emotionaler Zeitbomben.

Kein Wunder, daß die Bayernpartei fast ununterbrochen an internen Querelen litt, die die Arbeit lähmten und bisweilen fast gänzlich zum Erliegen brachten.⁴¹² Im Vorfeld der Bundestagswahl von 1953 stellte der Geschäftsstellenleiter der Bayernpartei in Landsberg am Lech, Emil Zink, nüchtern fest: „Die gegenwärtigen Verhältnisse des Ortsverbandes sind derart zerrüttert [sic!], man kann ruhig annehmen, daß der Orts- und Bezirksverband [Landsberg] ein glatter Trümmerhaufen ist.“⁴¹³ Obwohl die Streitigkeiten sich in der Regel an Nichtigkeiten entzündeten, endeten sie nicht selten vor Gericht, was die weiß-blaue Protestbewegung dem öffentlichen Spott preisgab. Der Bezirksverband Wasserburg machte keine Ausnahme, auch er bot das Bild heillosen Gezänks. Schon im April 1948 schlugen die ersten Wellen der Flügelkämpfe ohne eigentlichen Richtungsstreit bis an den Inn. Kreisrat Andreas Schachner, eben erst der Bayernpartei beigetreten, beschwerte sich massiv über das Auftreten eines Referenten aus München auf einer Versammlung in der Gemeinde Wang, der die für seinen Geschmack zu radikalen Thesen der Gruppe um den Parteigründer Ludwig Max Lallinger vorgetragen habe – „wiederholt wurde von Dreschflegeln und Mistgabeln gesprochen“. Ein „Benehmen wie die degenerierten letzten Haberfeldtreiber oder Kübler u[nd] Gandorfer im Nov[ember] 1918“⁴¹⁴, so Schachner weiter, sei nicht hinnehmbar. „Solches Banditentum muß aus der Bayernpartei naus [sic!], den bodenständigen Elementen wird dies unmöglich sonst da mit zu tun wo so gute Ansätze vorhanden sind.“

⁴¹¹ Vgl. die umfangreichen Schriftwechsel Baumgartners und Fischbachers mit den Bezirksverbänden der Bayernpartei, in: IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 106–140.

⁴¹² Vgl. hierzu und im folgenden die Korrespondenzen Baumgartners und Fischbachers mit den Bezirksverbänden der Bayernpartei, in: IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 106–140, die eine Fülle von Beispielen enthalten; man wird kaum einen Bezirksverband der Bayernpartei finden, dessen Arbeit in den fünfziger Jahren nicht durch heftige parteiinterne Konflikte behindert worden wäre.

⁴¹³ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 111, Emil Zink an Roman Lampl vom 23. 2. 1953. Zu den Flügelkämpfen in der Bayernpartei, die – grob vereinfacht – u. a. zwischen Monarchisten, Separatisten und radikalen Föderalisten sowie zwischen ehemaligen Bauernbündlern und Anhängern der untergegangenen BVP verliefen und aus denen weitere Konflikte wie beispielsweise um die Haltung zur CSU oder zur Kirche resultierten, vgl. Unger, Bayernpartei, S. 141–150.

⁴¹⁴ Schachner spielte darauf an, daß sich die Bauernbündlerführer Konrad Kübler sowie Ludwig und Karl Gandorfer an der Seite von MSPD und USPD an der Novemberrevolution von 1918 beteiligten; Kübler wirkte darüber hinaus in der kurzlebigen Münchner Räteregierung im Rat der Volksbeauftragten mit, wo er für die Justiz zuständig war. Vgl. dazu Spindler, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1, S. 390–431, und Menges, Vom Freistaat zur Reichsprovinz, S. 152–175. Zitiert nach IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Andreas Schachner an Jakob Fischbacher vom 4. 4. 1948. Das folgende Zitat findet sich, inklusive aller lexikalischen und grammatikalischen Fehler, ebenda.

Der politische Erfolg vermochte die Gräben nicht zu überbrücken. Im Gegenteil: Er wurde zu einer Quelle neuer Streitigkeiten, die den Bezirksverband Wasserburg an den Rand der Spaltung brachten. Die Bayernpartei hatte 1948 zwar ihren Kandidaten Heinrich Stulberger als Landrat durchgebracht, doch verfügte sie im Kreistag nicht über die Mehrheit. Um sich gegen die CSU durchzusetzen, benötigte die Bayernpartei daher die Unterstützung der SPD⁴¹⁵, die dafür selbstredend Gegenleistungen erwartete. Die aus der Not des Wahlergebnisses geborene Kooperation zwischen Landrat Stulberger und seinem Stellvertreter Josef Kriegisch von der SPD, deren gutes persönliches Verhältnis manchen Kompromiß in der Sache erleichterte, funktionierte erstaunlich gut – zu gut nach dem Dafürhalten einer Reihe von Anhängern und Funktionären der Bayernpartei, zu denen auch einige Kreisräte gehörten. An ihrer Spitze stand Andreas Schachner, seines Zeichens Fraktionsvorsitzender der Bayernpartei im Kreistag, der Stulberger zu große Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der SPD vorwarf.

Der offene Konflikt brach 1951 über die Tätigkeit der kreiseigenen Wohnungsbaugenossenschaft aus, die zur raschen Ansiedlung der Heimatvertriebenen auch in den Landgemeinden größere Wohnblocks errichtete. Daran war vor allem der SPD gelegen, die sich im Landkreis Wasserburg zum Sprachrohr der Neubürger aufgeschwungen hatte.⁴¹⁶ Für Schachner war die Errichtung derartiger Wohnsilos das Signal zum Sturmangriff auf die Politik des Landrats:

„Die Bauten, das Unternehmen der Siedlungsgenossenschaft, deren Leiter SPD-Flüchtlinge sind werden als soziale dringlichste Tätigkeit hingestellt. Kein Wort wird gesagt von der Verschandelung bay[erischer] Heimat, bay[erischen] Landes, bay[erischer] Dörfer und von der Vermanschung und Verpanschung dadurch bayerischer Sitte [und] Moral, bay[erischer] Grundsätze und Ideen, von der Fehllenkung [des] Wohnungsbauwesens [...]. Diese Herren der Bayernpartei [gemeint war in erster Linie Heinrich Stulberger], die als universell sich ausgeben, als unfehlbar *negieren die Statistik*, dass in Bayern weit mehr Mischehen zwischen Einheimischen (lies Bauernburschen) und Flüchtlingen auf dem flachen Lande stattfinden als in [...] den Städten. Dies erfährt durch solche Fehllenkung, Wohnblockbau östlicher Bauart dazu, Förderung.“⁴¹⁷

Stulberger warf Schachner wegen seiner unversöhnlichen Haltung in dieser Frage hinter verschlossenen Türen vor, ein „Abweichler“ und „Saboteur“ zu sein. Daraufhin erklärte Schachner seinen Austritt aus der Bayernpartei, an dem auch wiederholte Vermittlungsversuche des oberbayerischen Kreisvorsitzenden Jakob Fischbacher nichts ändern konnten, der das Ausscheiden des temperamentvollen Fraktionsvorsitzenden sehr bedauerte. Überhaupt sagen die Reaktionen von Fischbacher und von Hans Utz, der im Bezirksverband Wasserburg hinter den

⁴¹⁵ Die CSU verfügte über 15 Sitze im Kreistag, dazu kamen die vier Mandate der Uda; selbst wenn die CSU die zwei Kreisräte der Freien Wähler sowie den Vertreter der FDP auf ihre Seite ziehen konnte, kam sie gegen die 15 Stimmen der Bayernpartei und die acht Vertreter der SPD nicht an. Die Zusammensetzung des Kreistags nach Amtsblatt für den Landkreis und die Stadt Wasserburg Nr. 21 vom 22. 5. 1948, S. 86.

⁴¹⁶ Etwa OVB vom 7. 7. 1949 („Die Fraktionsarbeit der SPD Wasserburg“). Zur Bedeutung des Wohnungsbaus allgemein und der Tätigkeit der Wohnungsbaugenossenschaft speziell vgl. Stadt und Landkreis Wasserburg am Inn, S. 13 f.

⁴¹⁷ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Andreas Schachner an Jakob Fischbacher vom 17. 1. 1952. Hervorhebung im Original. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

Kulissen die Fäden zog⁴¹⁸, noch weit mehr über die in der Bayernpartei weitverbreitete Geisteshaltung des weiß-blauen Fundamentalismus aus als die Tiraden Schachners selbst. Beide, Fischbacher wie Utz, standen in diesem Konflikt ganz auf der Seite Schachners und teilten seine Ansichten in der Sache. Sie bedauerten lediglich den Schachners Temperament geschuldeten rüden Ton – nicht jedoch den Inhalt!⁴¹⁹ Daß diese Haltung den Bruch mit der SPD und damit den Verlust der Mehrheit im Kreistag bedeutet hätte, schien beide nicht zu stören. Utz hätte es sogar sehr begrüßt, wenn Schachner trotz seiner wiederholten verbalen Ausfälle in die Bayernpartei zurückgekehrt wäre und den Vorsitz im Bezirk Wasserburg übernommen hätte.⁴²⁰

Der Zwist zwischen Stulberger und Schachner offenbarte einen Riß durch den Bezirksverband, der im Oktober 1952 zur Abwahl der bis dahin erfolgreichen Vorstandschaft um den Bezirksvorsitzenden Georg Fischer und den Schriftführer Georg Neumüller führte.⁴²¹ Fischer verzichtete offiziell aus gesundheitlichen Gründen auf eine neuerliche Kandidatur, tatsächlich hatte jedoch der parteiinterne Konflikt seine Position untergraben, während Neumüller darüber hinaus „in eine trübe Affäre verwickelt“ war, die seinem Ansehen sehr schadete.⁴²² Der aus der Kreisstadt stammende Angestellte Josef Zimmermann bemühte sich zwar eifrig, in die Fußstapfen seines Vorgängers Fischer zu treten, doch erwiesen sich diese schnell als ein paar Nummern zu groß. Daß sich kein besserer Kandidat als der unbekanntere Zimmermann fand, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Wasserburger Bayernpartei⁴²³ – sie hatte, auch ohne Zutun der CSU, im Grunde schon vor der Bundestagswahl von 1953 abgewirtschaftet. In den Wahlen von 1953, 1954 und 1957 erhielt sie dafür nur noch die Quittung ausgestellt.

Leichte Rückschläge: Die Wahlen von 1958

Allerdings wuchsen auch die Bäume der CSU noch nicht in den Himmel. Das zeigten vor allem die Landrats- und Landtagswahlen des Jahres 1958⁴²⁴, die der bayerischen Unionspartei eine Reihe unliebsamer Überraschungen bescherten.

⁴¹⁸ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 6. 12. 1952.

⁴¹⁹ Utz äußerte Verständnis für Schachners Position und erklärte dessen Ausfälle mit den Worten: „Es belasten ihn außerdem einige unserer bayer[ischen] Eigenheiten zu stark.“ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 15. 3. 1952, sowie die Antwort Fischbachers vom 29. 4. 1952.

⁴²⁰ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 12. 8. 1953.

⁴²¹ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Niederschrift zur Generalversammlung des Bezirksverbandes Wasserburg am 26. 10. 1952.

⁴²² IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 6. 12. 1952.

⁴²³ Das geringe Ansehen Zimmermanns verdeutlicht das Ergebnis der Kreistagswahl von 1952: Während der allseits angesehene Bauer Georg Fischer seit 1948 dem Kreistag angehörte und in den Wahlen von 1948 und 1952 jeweils die Liste der Bayernpartei angeführt hatte, war Zimmermann bei den Kommunalwahlen von 1952 der Einzug in den Kreistag nicht geglückt, obwohl er auf Listenplatz 5 kandidiert und die Partei 17 Mandate gewonnen hatte. Amtsblatt für den Landkreis und die Stadt Wasserburg Nr. 12 vom 22. 3. 1952, S. 51–54, und ebenda Nr. 15 vom 12. 4. 1952, S. 66f.

⁴²⁴ Während die Kreisräte nach Art. 12 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. 2. 1952, in: BGVB. Nr. 5/1952 vom 18. 2. 1952, S. 39–49, für vier Jahre gewählt wurden, betrug die Amtszeit der ebenfalls direkt von der Kreisbevölkerung gewählten Landräte nach Art. 31, Abs. 1 sechs Jahre. Die 1952 gewählten und seitdem amtierenden Landräte mußten demnach im Frühjahr 1958 neu gewählt werden.

Bei den im Frühjahr 1958 anstehenden Landratswahlen ging es für die CSU darum, das in der Bundestagswahl von 1957 gewonnene Terrain gewissermaßen kommunalpolitisch zu arrondieren und gerade im ländlichen Raum Positionen zurückzugewinnen, die man 1948 und 1952 verloren hatte. Dazu standen zwei Wege offen: Die CSU konnte entweder versuchen, den amtierenden Landrat zum Parteieintritt oder zumindest zur Kandidatur auf ihrer Liste zu gewinnen, oder auf einen Gegenkandidaten aus den eigenen Reihen setzen. Im Ries entschied man sich für letzteres, meinte man doch, in Gestalt des Kreisvorsitzenden Anton Jaumann über einen aussichtsreichen Kandidaten zu verfügen, zumal das Ergebnis der Bundestagswahl im vergangenen Herbst einen Stimmungsumschwung zugunsten der CSU zu signalisieren schien. Die Rechnung ging jedoch nicht auf. Der von SPD, BHE und freien Wählern vorgeschlagene Amtsinhaber Gerhard Müller setzte sich mit 63,2 Prozent der Stimmen mühelos durch.⁴²⁵ Jaumann, der lediglich 36,8 Prozent erhielt, war am Amtsbonus seines durchaus erfolgreichen Gegners und an seiner Konfession gescheitert. Ein überzeugter Katholik hatte im Ries noch immer kaum Aussichten auf evangelische Wählerstimmen.⁴²⁶

Die Wasserburger CSU beschritt, auf dringendes Anraten von Landwirtschaftsminister Alois Hundhammer, den anderen Weg.⁴²⁷ Sie verzichtete zunächst auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten und versuchte, den amtierenden Landrat Heinrich Stulberger für eine Kandidatur auf der CSU-Liste oder wenigstens auf einem gemeinsamen Vorschlag von CSU und Bayernpartei zu bewegen. Dies widersprach zwar einer Anweisung der Landesleitung, unbedingt eigene Kandidaten aufzustellen, doch nach der Absage des Wasserburger Ortsvorsitzenden Gabriel Huber, der nach übereinstimmender Meinung als einziger für eine aussichtsreiche Kandidatur gegen Stulberger in Frage kam, stimmte schließlich auch Generalsekretär Zimmermann dieser Lösung zu. Nachdem jedoch Stulberger das Angebot Hundhammers zum Übertritt zur CSU abgelehnt und die Bayernpartei sich gegen einen gemeinsamen Wahlvorschlag mit der CSU ausgesprochen hatte, um die SPD nicht zu brüskieren, mußte die CSU notgedrungen doch einen eigenen Kandidaten präsentieren. Der im Landkreis völlig unbekannt Oberregierungsrat Hans-Georg Mayer aus München war zwar alles andere als eine Ideallösung, doch immerhin gewann man die Unterstützung von BHE und freien Wählern zu seiner Kandidatur. Aus der Not eine Tugend machend, pries die CSU die Verwaltungserfahrung Mayers, der an die Tradition des „königlich bayerischen Bezirksamtmanns“ anknüpfen wollte, um die immer vielschichtiger und komplizierter werdenden Aufgaben des Landrats zu erfüllen. Daneben ritt die CSU scharfe Attacken gegen Landrat Stulberger, dem sie eine chaotische Amtsführung, Verschwendung von Haushaltsmitteln und eine zu enge Kooperation mit der SPD vorwarf.⁴²⁸ Außerdem konnten Neuburger und Co. den inzwischen

⁴²⁵ Diese Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Nördlingen.

⁴²⁶ Kramer, Wirtschaftsminister Anton Jaumann, S. 13.

⁴²⁷ Das Folgende nach ACSP, KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisversammlung am 1. 2. 1958, und IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Josef Zimmermann an Jakob Fischbacher vom 4. 2. 1958, sowie ebenda, Josef Zimmermann an Karl Nothegger vom 19. 3. 1958, und WZ vom 19. 2. 1958 („Zwei Kandidaten für die Landratswahl“).

⁴²⁸ CSU OV Haag, Mappe 1952–1966, Redner-Material für die Landratswahl am 23. März 1958 (Ko-

wahlkampfproben Parteiapparat mobilisieren und den Landkreis einmal mehr mit einer imposanten Versammlungswelle überziehen. Die Bayernpartei, aus eigener Kraft gar nicht zu größeren Kampagnen in der Lage, operierte dagegen sehr geschickt als Trittbrettfahrer auf der gut geölten Organisationsmaschinerie der CSU: Wo immer die CSU eine Versammlung anberaumt hatte, traten auch Stulberger und seine Mitstreiter auf und informierten über ihre konkreten Erfolge der abgelaufenen Legislaturperiode. Die Bayernpartei kehrte nun den ebenso simplen wie zugkräftigen Slogan „Keine Experimente“, mit dem die Union 1957 so erfolgreich geworben hatte, gegen die CSU.⁴²⁹

Die Popularität des Landrats gab letztlich den Ausschlag: Während Mayer nur enttäuschende 22,7 Prozent der Stimmen erhielt, wurde Stulberger mit 77,3 Prozent eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt.⁴³⁰ Obwohl die CSU 1957 in allen 62 Gemeinden stärkste Partei geworden war, konnte sich Mayer ein Jahr später – trotz einer ganzen Flotte von Automobilen, die Flugblätter unter das Volk brachten, einer Heerschar fleißiger Klebekolonnen, die den ganzen Landkreis mit dem Konterfei ihres Kandidaten zukleisterten, und trotz zahlreicher großformatiger Anzeigen in der Lokalzeitung – nur in Klostergars durchsetzen; in den übrigen 61 Kommunen rangierte Stulberger deutlich vor seinem Herausforderer aus München.⁴³¹ Die deftige Schlappe zeitigte um ein Haar katastrophale Folgen für den Kreisverband: Die bereits erwähnte Rücktrittsdrohung des Kreisvorsitzenden Karl Neuburger war nicht zuletzt eine Reaktion auf das Debakel.⁴³² Dazu machten sich in manchen Ortsverbänden Auflösungserscheinungen bemerkbar: In Amerang traten zahlreiche Mitglieder aus der CSU aus, so daß der Ortsverband in seiner Existenz akut gefährdet war. „Die Folgen der verlorenen Landratswahl haben sich leider sehr stark bemerkbar gemacht u[nd] auch mich resignieren lassen“, analysierte der Ortsvorsitzende Michael Schartner.⁴³³ Obwohl der Bezirksverband den Wasserburgern umgehend unter die Arme griff, sollte es einige Jahre dauern, bis die Wunden der Landratswahl von 1958 vernarbteten.

Die Niederlagen von Wasserburg und Nördlingen waren indes nicht typisch für die Landratswahlen von 1958, in denen die CSU insgesamt sehr erfolgreich abschnitt:⁴³⁴ In 116 Landkreisen fanden Wahlen statt, zu denen die CSU 110 Kandidaten aufgestellt hatte, von denen sich wiederum 92 durchsetzen konnten. Darunter befanden sich jedoch nur neun, die von der CSU gegen einen amtierenden Landrat ins Rennen geschickt wurden. In 83 Fällen glückte einem Amtsinhaber, der 1952 bereits für die CSU kandidiert hatte, die Wiederwahl. Dagegen befanden

pie im Besitz des Verfassers). WZ vom 15. 3. 1958 („Die Kandidaten zur Landratswahl am 23. März 1958 stellen sich vor“).

⁴²⁹ WZ vom 22. 3. 1958 („Morgen entscheidet die Stimme des Wählers“).

⁴³² Das Ergebnis nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Wasserburg am Inn, und WZ vom 24. 3. 1958 („Stulberger wurde wieder Landrat“, und „Überwältigende Mehrheit für Heinrich Stulberger“).

⁴³¹ WZ vom 25. 3. 1958 („Popularität wog mehr als Parteipolitik“), und WZ vom 26. 3. 1958 („61 Gemeinden stimmen für Stulberger“).

⁴³² ACSP, KV Wasserburg 4, Georg Lunz an Karl Neuburger vom 22. 4. 1958, und die Antwort Neuburgers vom 25. 4. 1958.

⁴³³ ACSP, KV Wasserburg 4, OV Amerang an KV Wasserburg vom 20. 12. 1958.

⁴³⁴ Die folgenden Angaben wurden ermittelt nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen der 143 bayerischen Landkreise.

sich unter den 18 Kandidaten, die für die CSU angetreten und gescheitert waren, 15 Herausforderer, die erstmals zur Wahl angetreten waren. Und in die neun Landratsämter, welche die CSU 1958 erobern konnte, zogen nur fünf neue Gesichter ein. In vier Fällen war es der CSU gelungen, einen erfolgreichen Landrat zum Parteibeitritt oder wenigstens zur Kandidatur auf der eigenen Liste zu überreden.⁴³⁵ Insofern waren die Ergebnisse von Wasserburg und Nördlingen doch repräsentativ: Wo die CSU nicht den Amtsinhaber als Kandidaten präsentieren konnte, tat sie sich auch 1958 noch sehr schwer. Persönlichkeit, Amtsbonus und kommunalpolitisches Profil wogen immer noch mehr als das Parteibuch.

Auch die im selben Jahr abgehaltene Landtagswahl endete für die CSU mit 45,6 Prozent ernüchternd: Das Ergebnis bedeutete zwar einen Zugewinn von knapp acht Prozentpunkten gegenüber der letzten Landtagswahl, doch gemessen an den 57,2 Prozent bei der vergangenen Bundestagswahl konnte es nicht zufriedenstellen.⁴³⁶ Die untersuchten elf Landkreise zählten zwar auch weiterhin zu den Hochburgen der CSU, sie verzeichnete jedoch auch hier einen Rückgang von teilweise deutlich über zehn Prozentpunkten. Lediglich im Landkreis Roding konnte die CSU mit 74,4 Prozent ihr Ergebnis von 1957 sogar noch leicht verbessern, was jedoch ausschließlich an ihrem Stimmkreiskandidaten lag – dem über alle Parteigrenzen hinweg populären Franz Sackmann, der seit 1956 auch als Rodinger Landrat fungierte.⁴³⁷ Sowohl in Wasserburg als auch in Nördlingen gab es dagegen lange Gesichter. Im Ries, wo man im Jahr zuvor noch rund drei Viertel der Stimmen erhalten hatte, mußte sich die Union mit 57 Prozent bescheiden, während die FDP ihren Stimmenanteil auf 17,6 Prozent mehr als verdreifachte. Am Inn gab die Bayernpartei, die mit 24,1 Prozent fast doppelt so viele Stimmen wie 1957 erhielt, ein Lebenszeichen von sich, während die CSU bei 45,3 Prozent landete.⁴³⁸

Einer der Gründe für das deutlich schwächere Abschneiden der CSU lag in ihrem vergleichsweise kraftlosen Auftreten im Wahlkampf, wofür mehrere Faktoren verantwortlich waren. Zunächst einmal gab die Partei mit 711 000 DM nur rund die Hälfte des Betrages aus, den sie in die Kampagne von 1957 gesteckt hatte.⁴³⁹ Dazu kam, daß Ministerpräsident Hanns Seidel an den Folgen eines Autounfalls laborierte und gesundheitlich schwer angeschlagen in den Wahlkampf ging.⁴⁴⁰ Noch mehr fehlten ihr jedoch zündende Wahlkampfparolen. Die CSU konnte nicht mehr gegen die „widernatürliche“ Viererkoalition wettern, sie war aber selbst zu kurz an der Regierung, um eine eindrucksvolle Erfolgsbilanz vor-

⁴³⁵ Neue CSU-Kandidaten konnten sich in Pfarrkirchen, Höchststadt, Gunzenhausen, Ebern und Miltenberg durchsetzen. Neben dem Mühlendorfer Landrat Albert Weggartner, der bis 1957 zur Bayernpartei gehört hatte, und Hans Pröll aus Beilngries, der zuvor auf Vorschlag einer freien Wählergruppe ins Landratsamt gewählt worden war, kandidierten 1958 auch die Landräte von Eschenbach in der Oberpfalz und Dillingen an der Donau für die CSU.

⁴³⁶ Diese Angaben nach Ritter/Niehuss, *Wahlen in Deutschland*, S. 121 (Bundestagswahl 1957) und S. 174 (Landtagswahlen 1954 und 1958). Die Ergebnisse der Landtagswahl von 1958 in den elf untersuchten Landkreisen finden sich in BSB 237, S. 86–107.

⁴³⁷ Zu Sackmann siehe ausführlich S. 439–454.

⁴³⁸ Diese Angaben nach BSB 237, S. 86–107.

⁴³⁹ Diese Angaben nach IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs der CSU, Dr. Friedrich Zimmermann, anlässlich der Landesversammlung am 13. 6. 1959 in München, S. 5 f.

⁴⁴⁰ Kock, *Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg*, S. 435.

legen zu können.⁴⁴¹ Und schlimmer noch, der Parteiapparat, zuvor Garant guter Wahlergebnisse, wirkte ausgebrannt, die Kraftanstrengungen der zurückliegenden Urnengänge hatten Spuren hinterlassen. Der Wasserburger CSU fehlte die Dynamik und der Einsatzwillen früherer Tage, was maßgeblich an der vorangegangenen Enttäuschung bei der Landratswahl lag. Die Versammlungstätigkeit setzte erst relativ spät ein, es fanden weit weniger Kundgebungen statt als früher, und die Intensität der einzelnen Veranstaltungen war deutlich niedriger. Auch das Publikumsinteresse fiel gering aus: Mancherorts verloren sich so wenige Menschen in den Lokalen, daß die Veranstaltungen abgesagt werden mußten.⁴⁴² In Nördlingen und Umgebung bot sich ein ähnliches Bild. Die „Rieser Nachrichten“ kommentierten bissig, man habe dem Wähler diesmal keinen Wahlkampf, sondern „politische Diätkost, ohne Salz und Pfeffer“ serviert.⁴⁴³

Zu diesem spezifischen Moment trat der generelle Unterschied zwischen Wahlen zum Bundestag und zum Landtag. Während die Wähler auf Bundesebene offenkundig eine möglichst starke CSU wünschten, die in Bonn die bayerische Fahne hochhalten sollte, war ihnen auf Landesebene in höherem Maße an der Vertretung durch kleinere Parteien gelegen, die für regionale oder konfessionelle Sonderinteressen standen. Vielen schienen protestantische Belange bei der FDP und bayerisch-partikularistische Extrawünsche bei der Bayernpartei besser aufgehoben als bei der CSU. Während die Bayernpartei im Raum Wasserburg vor einem Zweiparteiensystem warnte und sich als Vertreterin von Bayerntum, Bauernschaft und Mittelstand in Szene setzte, profilierte sich die FDP im Ries einmal mehr als politische pressure group des Protestantismus⁴⁴⁴ – diesmal freilich mit deutlich größerem Erfolg als im Jahr zuvor. Die CSU warnte zwar vor einer Konfessionalisierung des Wahlkampfs bzw. konfessionellen Aufwieglern⁴⁴⁵, fand damit jedoch bei der evangelischen Bevölkerung kaum Gehör. In den mehrheitlich protestantischen Gemeinden Nördlingens jedenfalls, in denen die FDP ihre besten Ergebnisse erzielte⁴⁴⁶, schnitt die CSU erheblich schlechter ab als im Landkreisdurchschnitt. An den Ufern des Inn erwiesen sich die alten Hochburgen der Bayernpartei, die die CSU ein Jahr zuvor vermeintlich geschleift hatte, immer noch als schwieriges Pflaster für die bayerische Unionspartei. Nach den Erststimmen

⁴⁴¹ In einem Wahlbrief an die bayerische Bevölkerung stellte Ministerpräsident Hanns Seidel die Konsolidierung des Haushalts, die „Lösung der Lehrbildungsfrage“ und die Erarbeitung eines finanziell gesicherten Programms „zur weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung und Festigung Bayerns“ als Leistungen seiner Regierung heraus. Sein Hauptargument für die CSU lautete indes, es müsse „verhindert werden, daß über sozialistische regierte Länder die Politik der Bundesregierung gestört und gelähmt wird.“ AdSD, Bezirk Franken 146, Wahlbrief Dr. Hanns Seidels „An meine lieben Landsleute!“ vom November 1958.

⁴⁴² WZ vom 21. 11. 1958 („Die Entscheidung über den neuen Landtag“), und WZ vom 24. 11. 1958 („Ruhiger Verlauf des Wahlsonntags im Kreis Wasserburg“).

⁴⁴³ RN vom 24. 11. 1958 („Ruhiger Wahlsonntag“).

⁴⁴⁴ WZ vom 12. 11. 1958 („Wahlversammlung der Bayernpartei in Haag“), und RN vom 19. 11. 1958 („Bundesvorsitzender der FDP in Nördlingen: Dr. Reinhold Maier gegen Führerkult im deutschen Volk“).

⁴⁴⁵ RN vom 27. 10. 1958 („CSU gegen Konfessionalisierung“), und RN vom 22. 11. 1958 („Anton Jaumann: Für jeden Wahlkreis-Bewohner ein offenes Ohr“).

⁴⁴⁶ Alle zehn Gemeinden des Landkreises Nördlingen, in denen die FDP 1958 zur stärksten Partei wurde, hatten eine mehrheitlich protestantische Bevölkerung. In sechs Gemeinden erhielt die FDP sogar eine absolute Mehrheit. BSB 211, S. 159* f., und BSB 231 b, S. 550–557.

wurde die weiß-blaue Protestbewegung in 13, nach den Zweitstimmen in fünf Gemeinden zur stärksten Partei.⁴⁴⁷ Auf Landesebene war der politische Homogenisierungsprozeß noch nicht abgeschlossen.

Am Ziel: Die Wahlen von 1960, 1961 und 1962

Die Wahlen zwischen 1960 und 1962 markierten allerdings einen weiteren wichtigen Schritt in diese Richtung. Bei den Kommunalwahlen vom 27. März 1960 erreichte die CSU ihr bestes Ergebnis seit 1948.⁴⁴⁸ Bei der Wahl der Kreisräte entfielen bayernweit 41,3 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die CSU, die sich damit wieder unangefochten als stärkste Kraft in den Kommunalparlamenten durchsetzen konnte. Damit war die Linie der Parteiführung aufgegangen, die im Vorfeld darauf gedrängt hatte, in möglichst allen Landkreisen eigene CSU-Listen aufzustellen und dabei „Vertreter aller Stände“ zu berücksichtigen, um den Charakter der CSU als Volkspartei zu demonstrieren.⁴⁴⁹ Im Gegensatz zu früheren Wahlen, in denen sich zahlreiche Gliederungen nicht an derartige Vorgaben der Zentrale gehalten hatten, wurden diese Richtlinien diesmal recht erfolgreich in die Praxis umgesetzt.⁴⁵⁰ Offenkundig legte die Partei nun auch mehr Wert auf eine ausgewogene regionale Verteilung ihrer Kandidaten. Im Kreisverband Wasserburg achtete man 1960 peinlich genau darauf, auf der Kreistagsliste den regionalen Proporz zwischen allen Teilen des Landkreises zu wahren, hatte es doch früher harsche Kritik an der angeblichen Benachteiligung des nördlichen Kreisgebiets um Isen gehagelt.⁴⁵¹ Der Erfolg gab der CSU recht: Sie verbesserte sich mit 49,2 Prozent der Stimmen um fast acht Prozentpunkte gegenüber ihrem Ergebnis von 1956.⁴⁵²

Zwar endete die Bundestagswahl von 1961 mit Stimmenverlusten: Die CSU kam auf knapp 55 Prozent, gute zwei Prozentpunkte weniger als 1957. Bei näherer Betrachtung hatte sich die bayerische Unionspartei damit freilich mehr als achtbar aus der Affäre gezogen. Die CDU mußte mit einem Minus von beinahe

⁴⁴⁷ BSB 211, S. 24* f., und WZ vom 26. 11. 1958 („Die Wahlergebnisse unter der Lupe des Statistikers“).

⁴⁴⁸ ACSP, KV Wasserburg 5, Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle an alle Bezirks- und Kreisgeschäftsführer der CSU vom 13. 4. 1960. Das Folgende nach BSB 220, S. 76.

⁴⁴⁹ ACSP, KV Wasserburg 5, Richtlinien der KPV der CSU Oberbayern zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 1960, undatiert.

⁴⁵⁰ Nur in den kreisfreien Städten Landsberg, Kaufbeuren, Nördlingen, Selb, Ansbach, Rothenburg und Weißenburg sowie in den Landkreisen Cham, Bayreuth, Hof, Kulmbach, Münchberg, Naila, Rehau, Ansbach, Feuchtwangen, Hersbruck, Schwabach, Schwabmünchen und Wertingen trat die CSU nicht selbständig zur Wahl an. ACSP, KV Wasserburg 5, Rundschreiben der Landesgeschäftsstelle an alle Bezirks- und Kreisgeschäftsführer der CSU vom 14. 3. 1960.

⁴⁵¹ Nach der Kreistagswahl von 1956 waren Stimmen laut geworden, die sich über die mangelhafte regionale Verteilung der CSU-Kreisräte beklagten. So schrieben „einige Bauern“ aus Isen und Umgebung: „Sieben Gemeinden im nördlichen Kreis haben keinen CSU Mann mehr im Kreistag [...]. Wenn wir da herausen etwas brauchen[,] müssen wir uns an den Sozikkreistagsmann [!] Kinstetter wenden.“ ACSP, KV Wasserburg 4, Ortsverband Isen, Westach, Mittbach, Schnauppung an Karl Neuburger, undatiert [nach 18. 3. 1956]. Die CSU betonte daher im Wahlkampf von 1960 besonders, daß ihre Kandidaten „aus allen Teilen des Landkreises“ stammen und „alle Berufsschichten und Altersstufen“ vertreten würden. OV Haag, Mappe 1952–1966, Flugblatt „Wählerinnen und Wähler“, undatiert [Frühjahr 1960]; Kopie im Besitz des Verfassers.

⁴⁵² 1956 hatte die CSU in Wasserburg 41,9 Prozent erhalten; BSB 203, S. 42. Das Ergebnis von 1960 nach BSB 220, S. 75.

vier Prozentpunkten wesentlich stärker bluten.⁴⁵³ Hatten bundespolitische Motive vier Jahre zuvor maßgeblich zum Erfolg der CSU beigetragen, waren sie nun in gleichem Maße für die Einbußen verantwortlich. Das galt vor allem für die Person des Kanzlers: Adenauer, zuvor *die* Lichtgestalt der westdeutschen Nachkriegspolitik, hatte einiges von seinem Glanz verloren. Sein hohes Alter und die ungeklärte Nachfolgefrage waren bereits in der „Präsidentenchaftskrise“ von 1959 thematisiert worden. Adenauers Lavieren in der Frage der Heuss-Nachfolge kostete ihn ebenfalls an Ansehen.⁴⁵⁴ Noch gravierender wirkte sich sein Verhalten in der Berlinkrise von 1961 aus: Anstatt in die geteilte Stadt zu eilen, trat der Kanzler am Tage nach dem Mauerbau ungerührt auf einer Wahlkundgebung in Regensburg auf, wo er sich zu verbalen Entgleisungen gegen den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Willy Brandt hinreißen ließ, die in der Öffentlichkeit ein verheerendes Echo fanden.⁴⁵⁵ Der „Alte von Rhöndorf“ war angeschlagen, und das wirkte sich auch auf die CSU aus – wenn auch regional sehr unterschiedlich.

Während die CSU in ihren ländlichen Hochburgen Frankens und Schwabens teilweise beträchtliche Einbußen zu beklagen hatte, konnte sie in Altbayern sogar noch dazugewinnen.⁴⁵⁶ In Feuchtwangen und Neuburg an der Donau fielen die Verluste gegenüber der letzten Bundestagswahl gering aus, in Königshofen betrug sie fünf Prozentpunkte, in Rothenburg knapp acht und in Nördlingen mußte man bei einem Minus von fast zehn Prozentpunkten schon von einem regelrechten Einbruch sprechen: Wie schon bei der Landtagswahl von 1958 büßte die CSU vor allem in den evangelischen Gemeinden Stimmen ein. Demgegenüber verbesserte sich die bayerische Unionspartei in Beilngries, Neumarkt in der Oberpfalz und Roding leicht, in Landsberg legte sie mit vier, in Bogen mit acht und in Wasserburg mit neun Prozentpunkten deutlich zu. An den Ufern des Inn gewann die CSU besonders in ehemaligen Hochburgen der Bayernpartei an Boden. Die Union mußte also vor allem im „fränkisch-protestantischen Korridor“ Federn lassen. Für viele evangelische Wähler hatte 1957 offenkundig Adenauer die Integrationsklammer zwischen den Konfessionen gebildet, deren Wirkungsmacht nun nachließ. Davon profitierte vor allem die FDP, die deutliche Gewinne verbuchen konnte.⁴⁵⁷

Ein Jahr später, bei der Landtagswahl von 1962, erzielte die CSU mit 47,5 Prozent der Stimmen einen überzeugenden Wahlsieg, der ihr – erstmals seit 1946 – wieder die absolute Mehrheit im Maximilianeum bescherte.⁴⁵⁸ Abermals gab es

⁴⁵³ Daher verfehlten CDU und CSU mit insgesamt 45,4 Prozent die absolute Mehrheit klar. Diese Angaben nach Ritter/Niehuss, *Wahlen in Deutschland*, S. 121. Hans-Peter Schwarz, *Ära Adenauer 1957–1973*, S. 224, urteilte im Hinblick auf dieses Ergebnis, Bayern habe sich „nach den tiefgreifenden parteipolitischen Umschichtungen der fünfziger Jahre als stabiles konservatives Kernland“ erwiesen.

⁴⁵⁴ Zur „Präsidentenchaftskrise“ vgl. Schwarz, *Ära Adenauer 1957–1963*, S. 177–192, und Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik*, S. 365–370, sowie Sontheimer, *Adenauer-Ära*, S. 58 ff.

⁴⁵⁵ Vgl. Schwarz, *Ära Adenauer 1957–1963*, S. 220–223, und Sontheimer, *Adenauer-Ära*, S. 61 f.

⁴⁵⁶ Die folgenden Angaben wurden berechnet nach BSB 206, S. 56–61, und BSB 224, S. 60–97. Die genauen Zahlen finden sich in BSB 224, S. 21³ f. und S. 139³ f., und BSB 231 b, S. 550–557.

⁴⁵⁷ In Rothenburg ob der Tauber gewann die FDP zehn Prozentpunkte hinzu und etablierte sich mit 23,5 Prozent noch weit vor der SPD als zweitstärkste Kraft. In Nördlingen verbesserten sich die Liberalen um fast sieben Prozentpunkte auf zwölf Prozent, und auch in Feuchtwangen, Königshofen im Grabfeld und Neuburg an der Donau legten sie deutlich zu. BSB 224, S. 60–97.

⁴⁵⁸ Ritter/Niehuss, *Wahlen in Deutschland*, S. 174.

eine bedeutende bundespolitische Komponente: Der Urnengang hatte, kurz nach der „Spiegel-Affäre“, in einer emotional aufgewühlten Atmosphäre stattgefunden und galt allgemein als Stimmungsbarometer für die CSU und ihren Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der als Bundesverteidigungsminister eine zentrale Rolle im Skandal um das Hamburger Nachrichtenmagazin gespielt hatte.⁴⁵⁹ Beide bestanden den Test. Im Gegensatz zur CDU, die kurz zuvor in der hessischen Landtagswahl eine empfindliche Schlappe erlitten hatte⁴⁶⁰, gewann die CSU knapp zwei Prozentpunkte hinzu. In ihren ländlichen Hochburgen schnitt die CSU einmal mehr sehr gut ab, wobei die altbayerischen Regionen die größten Zuwächse zu verzeichnen hatten. Hans-Peter Schwarz sah in diesem Ergebnis „einen erstaunlichen Solidarisierungseffekt der bayerischen Wähler mit dem von preußischen Intellektuellen angegriffenen Landsmann“.⁴⁶¹

Freilich lassen sich die Wahlerfolge der CSU nicht allein als Solidaritätsadresse für den ehemaligen Verteidigungsminister erklären. Vielmehr hatte die Partei durch permanente Organisationsarbeit den Grundstein für die guten Resultate gelegt. In den Gliederungen bemühte man sich emsig darum, weiße Flecken, an denen die Partei noch nicht oder nur ungenügend präsent war, von der Landkarte zu tilgen und scheute dabei keinen Aufwand. Um beispielsweise den maroden Ortsverband an seinem Wohnort Rott am Inn zu reorganisieren, wurde sogar der vielbeschäftigte Franz Josef Strauß hinzugebeten.⁴⁶² Der organisatorischen Auf- forstung und der Mitgliederwerbung diente auch die Vergabe von „Patenschaftsgemeinden“: Dabei übernahm die Parteiprominenz des Landkreises, vom Bundestagsabgeordneten angefangen über den Kreisvorsitzenden bis zu den Kreisräten, die Verantwortung für die Parteiarbeit in einzelnen Kommunen.⁴⁶³

Außerdem tat die CSU in den frühen sechziger Jahren vieles, um das Auftreten ihrer lokalen Exponenten zu verbessern. Zu diesem Zweck intensivierte die Partei die rhetorische Ausbildung ihrer Funktionäre und Wahlkampfredner auf eigens anberaumten Veranstaltungen zur Rednerschulung.⁴⁶⁴ Bereits 1960 hielt die Landesleitung vier zentrale Lehrgänge auf Schloß Spindlhof bei Regensburg ab, an denen Minister und Parlamentarier aus Bonn und München mitwirkten.⁴⁶⁵ Daneben

⁴⁵⁹ Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 440. Zur „Spiegel-Affäre“ vgl. Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 381–386, und Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 261–273, sowie die ausführliche Darstellung von Liehr, Spiegel-Affäre.

⁴⁶⁰ Die hessische CDU, die 1958 noch auf 32 Prozent der Stimmen gekommen war, hatte bei den Landtagswahlen vom 11. 11. 1962 nur 28,8 Prozent erreicht. Ritter/Niehus, Wahlen in Deutschland, S. 168.

⁴⁶¹ Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 272. In Landsberg gewann die CSU fast vier, in Wasserburg acht und in Bogen sogar 14 Prozentpunkte hinzu. Bescheidener fielen die Gewinne in Franken und Schwaben aus: In Nördlingen steigerte sich die CSU um 1,5, in Neuburg um knapp zwei Prozentpunkte; in Königshofen und Rothenburg ging der Stimmenanteil der CSU sogar leicht zurück. Berechnet nach BSB 237, S. 68–107, und SJB 28 (1964), S. 96ff.

⁴⁶² ACSP, KV Wasserburg 5, Josef Bauer an Karl Neuberger vom 27. 7. 1960.

⁴⁶³ ACSP, KV Wasserburg 5, Kreisverband Wasserburg an Karl Neuberger vom 21. 12. 1960.

⁴⁶⁴ IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs der CSU, Dr. Friedrich Zimmermann, anlässlich der Landesversammlung am 13. 6. 1959 in München, S. 11. ACSP, KV Wasserburg 5, Rundschreiben der KPV vom 4. 5. 1960.

⁴⁶⁵ Es gab jeweils eine Veranstaltung zu Außen- und Wehrpolitik, Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik, Grundsatzfragen und Kulturpolitik sowie Versammlungstechnik und Wahlvorbereitung. ACSP, KV Wasserburg 5, Rundschreiben des Bezirksverbandes Oberbayern an die Kreisvorsitzenden und Geschäftsführer vom 2. 9. 1960.

empfahl der Bezirksverband den Besuch ähnlicher Veranstaltungen von Organisationen wie dem Katholischen Werkvolk, die der CSU nahe standen.⁴⁶⁶ Im Vorfeld der Bundestagswahl von 1961 fanden auf lokaler Ebene Rednertreffen statt, auf denen die Referenten der Orts- und Kreisverbände rhetorischen Schliff erhielten und mit Sachinformationen versehen wurden.⁴⁶⁷ Vor der Landtagswahl im Jahr darauf gab es wieder derartige Seminare, allein zwischen März und Mai 1962 wurden fünf zentrale Lehrgänge abgehalten.⁴⁶⁸ Zwar läßt sich schwer sagen, was derartige Kurse tatsächlich gebracht haben, doch die Tatsache, daß Rednerschulungen nunmehr fest zum Kanon des Parteiangebots gehörten, legt die Vermutung nahe, daß die Veranstalter mit ihrem Resultat zufrieden waren.

Die CSU arbeitete darüber hinaus zielstrebig daran, ihren Wahlkampf weiter zu professionalisieren und zu modernisieren. Mit der Gründung der Bavaria-Werbesgesellschaft mbH verfügte sie über eine eigene Produktionsfirma zur schnellen und kostengünstigen Herstellung von Werbefilmen.⁴⁶⁹ Dieses Medium erlangte immer größere Bedeutung. Im Bundestagswahlkampf von 1961 produzierte die Union einen 35minütigen Werbefilm, der jedem Bundeswahlkreis in zweifacher Ausführung kostenlos zur Verfügung gestellt wurde. Die Direktkandidaten hatten die Möglichkeit, Sequenzen zur Vorstellung ihrer Person und ihrer politischen Ziele anfertigen zu lassen, die in den allgemeinen Werbefilm integriert werden konnten. Daneben standen jedem Bundeswahlkreis eine Reihe weiterer Streifen zur Verfügung: „Ferien ohne Urlaub“ zeigte den Kanzler in Cadenabbia, „Aufstieg ohne Beispiel“ widmete sich dem Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik, und „Zu Gast in Bonn“ präsentierte Adenauer beim Empfang ausländischer Staatsgäste.⁴⁷⁰ Die Parteigliederungen machten von dem relativ neuen Medium gerade auf dem Land eifrigen Gebrauch: Allein im Kreisverband Mühlendorf kümmerten sich im Bundestagswahlkampf von 1961 vier Mitglieder ausschließlich um Transport und Vorführung der Werbefilme und legten dabei weit über 1000 Kilometer zurück.⁴⁷¹ So erreichten die Spitzenkandidaten der Union virtuell auch das letzte Dorf, ohne sich einem strapaziösen Versammlungsmarathon unterziehen zu müssen. Landesgeschäftsführer Alois Klughammer zog denn auch ein überaus positives Fazit der frühen sechziger Jahre: Die CSU habe hervorragende Ergebnisse erzielt, und der Einsatz neuer Wahlkampfmethoden sei ein voller Erfolg gewesen. Das zeige sich auch darin, daß die CDU nun um „Nachbarschaftshilfe für die kommenden Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg

⁴⁶⁶ Auf dem Staatspolitischen Schulungskurs des Katholischen Werkvolkes vom 8.–14. 2. 1960 traten fast ausschließlich prominente CSU-Funktionäre wie Alois Hundhammer, Ludwig Huber oder Emil Muhler als Referenten auf. Den Kreisverbänden wurde nahegelegt, interessierte jüngere Mitglieder zur Teilnahme zu bewegen. ACSP, KV Wasserburg 5, Rundschreiben des Bezirksverbandes Oberbayern an die Kreisvorsitzenden und Geschäftsführer vom 29. 1. 1960.

⁴⁶⁷ ACSP, KV Wasserburg 6, Bundeswahlkreisgeschäftsstelle Wasserburg an Karl Neuburger vom 6. 7. 1961.

⁴⁶⁸ ACSP, KV Wasserburg 6, Rundschreiben Alois Klughammers an die Bezirks- und Kreisvorsitzenden vom 20. 2. 1962.

⁴⁶⁹ IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, Bericht des Landesgeschäftsführers Alois Klughammer über die Arbeit der Landesgeschäftsstelle in der Sitzung des Landesausschusses am 13. 7. 1963 in München.

⁴⁷⁰ ACSP, KV Wasserburg 6, Bericht über die Wahlkreis-Konferenz der CSU am 16. 6. 1961 in München.

⁴⁷¹ ACSP, KV Wasserburg 6, KV Mühlendorf an Josef Bauer vom 2. 10. 1961.

und dem Saarland“ bitte.⁴⁷² Mit dem Wahlerfolg war auch das Selbstbewußtsein der CSU, die noch Mitte der fünfziger Jahre stark verunsichert gewirkt hatte, zurückgekehrt.

3. Auf dem Rückweg nach Weimar? Die SPD in den fünfziger Jahren

a) Als Stadtpartei auf dem Land: Die Wahlergebnisse der SPD 1949–1958

Auch die bayerische Sozialdemokratie erlebte die fünfziger Jahre als rasante Berg- und Talfahrt, wenngleich mit einer geringeren Amplitude. Zunächst ging es, maßgeblich bedingt durch die Zersplitterungstendenzen des westdeutschen Parteiensystems, deutlich bergab: Von 28,6 Prozent bei der Landtagswahl im Dezember 1946 sank die SPD bei der ersten Bundestagswahl im August 1949 auf 22,8 Prozent. Damit war jedoch der Tiefpunkt bereits erreicht, und nur ein Jahr später schenkten wieder 28 Prozent der bayerischen Wähler der SPD das Vertrauen. Generell schnitt die SPD bei Landtagswahlen stets deutlich besser ab als bei Bundestagswahlen – eine Konstante, solange die SPD in Bonn auf den Oppositionsbänken saß. Davon abgesehen, verbuchte die bayerische SPD ab 1950 sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene von Wahl zu Wahl unspektakuläre, aber stetige Stimmengewinne. Bei der Bundestagswahl von 1957 kam sie auf 26,4 Prozent, bevor sie bei der Landtagswahl im Jahr darauf mit 30,8 Prozent erstmals jenseits der 30-Prozent-Marke landete.⁴⁷³

Auf dem Land, wo die Resultate stets deutlich hinter den gesamtbayerischen Ergebnissen hinterherhinkten, sah es freilich ganz anders aus. Nur in den beiden oberbayerischen Landkreisen Landsberg und Wasserburg konnte die Sozialdemokratie nach 1946 Zugewinne verbuchen, in den übrigen neun Landkreisen verlor sie im Lauf der fünfziger Jahre an Stimmen. Im niederbayerischen Landkreis Bogen etwa, wo im Dezember 1946 noch 20,4 Prozent für die SPD votiert hatten, landete sie 1949 nur noch bei 10,4 Prozent. Auf diesem niedrigen Niveau trat in den folgenden Wahlen eine Stabilisierung ein, bei der Landtagswahl vom November 1958 erreichte die SPD in Bogen magere 11,4 Prozent.⁴⁷⁴ Noch düsterer sah es für die Genossen im Landkreis Rothenburg ob der Tauber aus: Hier folgten dem Einbruch in der Bundestagswahl von 1949 die gesamten fünfziger Jahre hindurch kontinuierliche Verluste; 1958 lag die SPD schließlich nur noch bei 7,6 Prozent der Stimmen.⁴⁷⁵ Selbst im Landkreis Königshofen im Grabfeld, wo die Sozialde-

⁴⁷² IfZ-Archiv, ED 720, Nr. 28, Bericht des Landesgeschäftsführers Alois Klughammer über die Arbeit der Landesgeschäftsstelle in der Sitzung des Landesausschusses am 13. 7. 1963 in München, S. 15.

⁴⁷³ Diese Angaben nach Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 121 und S. 174. Die zuständigen Parteigremien zeigten sich mit dieser Entwicklung durchaus zufrieden. AdsD, Bezirk Südbayern 36, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 29. 11. 1958 in München, Bericht Josef Schäfers über das Ergebnis der Landtagswahl 1958.

⁴⁷⁴ SJB 23 (1947), S. 338f., und BSB 150, S. 38, sowie BSB 237, S. 90f.

⁴⁷⁵ BSB 237, S. 100f. Im Dezember 1946 hatte die SPD im Landkreis Rothenburg noch 19,7 Prozent erhalten (SJB 23 (1947), S. 342f.), 1949 waren es nur noch 10,3 Prozent gewesen (BSB 150, S. 40).

mokratie bereits 1946 unter der 10-Prozent-Marke geblieben war, mußten die Parteifreunde Wilhelm Hoegners und Waldemar von Knoeringens weitere Verluste verkraften. Den absoluten Tiefpunkt erreichte die SPD an der Rhön in der Bundestagswahl von 1953, als nur noch 4,8 Prozent der Wähler für sie votierten. Unter diesen Umständen mußten sogar die bescheidenen 8,3 Prozent, die die SPD 1958 in Königshofen und Umgebung erhielt, schon als Erfolg gewertet werden.⁴⁷⁶

Eine herbe Enttäuschung: Bittere Verluste der SPD im Landkreis Nördlingen

Auch im Landkreis Nördlingen mußte die SPD im Verlauf der fünfziger Jahre einen deutlichen Stimmenrückgang hinnehmen. Zwar konnte sie bei der Bundestagswahl von 1949 mit 18,2 Prozent ihr Ergebnis vom Dezember 1946 noch annähernd halten, bei der Landtagswahl im Jahr darauf sank sie jedoch auf 14 Prozent herab. Ihr schlechtestes Ergebnis erzielte die SPD im Ries mit 8,6 Prozent bei der Bundestagswahl von 1953. Danach ging es wieder leicht aufwärts, 1958 entfielen 11,5 Prozent der Stimmen auf die Sozialdemokratie.⁴⁷⁷ Freilich schnitt die Partei im Landkreis selbst ganz unterschiedlich ab, wie die Ergebnisse der Bundestagswahl von 1949 veranschaulichen. In der Kreisstadt (28,2 Prozent) und den umliegenden Gemeinden wie Deiningen (46,6 Prozent), Enkingen (40 Prozent) oder Schmädingen (47,5 Prozent), deren Wirtschaftsstruktur bereits in stärkerem Maße vom Industrie- und Dienstleistungssektor geprägt war, erzielte die SPD überdurchschnittliche, ja glänzende Resultate. In 13 der 74 kreisangehörigen Gemeinden erhielt sie über 25 Prozent der Stimmen, und in sechs Kommunen ging sie sogar als stärkste politische Kraft aus der Wahl hervor. Neben der sozioökonomischen Struktur spielte auch die Konfession eine wichtige Rolle für die Akzeptanz der SPD. Ihre lokalen Hochburgen zeichneten sich, von Deiningen abgesehen, alle durch eine evangelische Bevölkerungsmehrheit aus. Wo indes das Gros der Bevölkerung noch von der Landwirtschaft lebte und katholisch war, hatte die Sozialdemokratie einen besonders schweren Stand: In 26 der 74 kreisangehörigen Gemeinden blieb sie unter der 10-Prozent-Marke, in elf erreichte sie nicht einmal fünf Prozent. Am schlechtesten fielen ihre Ergebnisse in katholischen Landgemeinden wie Marktoffingen (4,3 Prozent), Minderoffingen (2,3 Prozent), Maihingen (4,7 Prozent), Munzingen (3,1 Prozent) oder Seglohe (2,5 Prozent) aus, in denen oft nur eine Handvoll Stimmen auf die SPD entfielen.⁴⁷⁸

In den folgenden Jahren verlor die Sozialdemokratie sowohl in ihren Hochburgen an Stimmen als auch in der Diaspora weiter an Boden. 1953 wurde sie nirgends mehr zur stärksten Partei und nur noch in Ederheim gelang ihr der Sprung über die 25-Prozent-Marke. Dagegen blieb die SPD in 59 Gemeinden unter zehn Prozent, in 25 Kommunen gaben ihr nicht einmal fünf Prozent der Wähler ihre Stimme. In der Gemeinde Hürnheim ging die Partei sogar völlig leer aus! Auf die-

⁴⁷⁶ SJB 23 (1947), S. 342 f., und BSB 193, S. 36* f., sowie BSB 237, S. 100 f.

⁴⁷⁷ Bei der Landtagswahl im Dezember 1946 hatte die SPD 19 Prozent erreicht. SJB 23 (1947), S. 344 f. Die übrigen Angaben nach BSB 150, S. 42. BSB 193, S. 48* f., sowie BSB 237, S. 104 f.

⁴⁷⁸ Die Ergebnisse der Bundestagswahl von 1949 in den Gemeinden des Landkreises Nördlingen in BSB 150, S. 160* ff. Die Aufgliederung der Erwerbstätigen im Landkreis Nördlingen nach Wirtschaftssektoren und Stellung im Beruf sowie die konfessionelle Verteilung der Bevölkerung findet sich in BSB 177, Bd. 7, S. 122–141.

sem – erschreckend niedrigen – Niveau stabilisierte sich die Partei. 1957 avancierte die SPD in der Zwerggemeinde Christgarten mit 51,7 Prozent zur stärksten Kraft, bei nur 29 gültigen Erststimmen wog dieser Erfolg allerdings nicht viel. In allen anderen Kommunen blieb die Sozialdemokratie unter 25 Prozent: In 53 Gemeinden schenkten ihr weniger als zehn, in 22 Gemeinden weniger als fünf Prozent das Vertrauen, und in Lochenbach machte keiner der Wahlberechtigten sein Kreuz bei der SPD. Geringfügig freundlicher gestaltete sich das Ergebnis der Landtagswahl von 1958. In Christgarten wurde die SPD mit 40 Prozent wiederum zur stärksten Partei, in Baldingen, Ederheim und Kleinerdling kam sie über die 25-Prozent-Marke. Allerdings blieb sie weiterhin in 50 Gemeinden unter zehn Prozent und in 22 Gemeinden unter fünf Prozent, wobei in Belzheim und Lochenbach keine einzige Stimme auf die Sozialdemokratie entfiel.⁴⁷⁹ Im Landkreis Nördlingen wie auch in vielen anderen ländlichen Regionen drohte der SPD das Absinken in die Bedeutungslosigkeit, ja wenn man so will ein Rückfall in Weimarer Zeiten.

Ein Hoffnungsschimmer:

Gutes Abschneiden der SPD im Landkreis Wasserburg

Davon konnte in Wasserburg keine Rede sein. Hier verbuchte die SPD in den fünfziger Jahren deutliche Zugewinne, die sogar größer als im Landesdurchschnitt ausfielen. Im Gegensatz zum Ergebnis in ganz Bayern, brachte die erste Bundestagswahl den Genossen am Inn keine Verluste, sondern sogar eine leichte Verbesserung auf 17,8 Prozent. Bei der folgenden Landtagswahl erzielte die Wasserburger Sozialdemokratie mit fast 24 Prozent nicht nur Stimmengewinne von über sechs Prozentpunkten, sondern auch das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Zwar folgten in den nächsten Wahlen leichte Verluste, doch kam die SPD in der Landtagswahl von 1958 wieder auf ansehnliche 22,3 Prozent. Auch an den Ufern des Inn gab es nicht unbeträchtliche Schwankungen zwischen den einzelnen Gemeinden, freilich lag die Zahl der Kommunen, in denen die SPD überhaupt keine Rolle spielte, deutlich niedriger als im Ries. 1958 landete sie nur in 14 Gemeinden unter zehn Prozent, und lediglich in Schönbrunn (1,7 Prozent) und Gatterberg (2,2 Prozent), zwei rein agrarisch geprägten Kommunen, erhielt sie weniger als fünf Prozent. In der Kreisstadt (40 Prozent) und in Mittergars (39,1 Prozent) erzielte die SPD ihre besten Ergebnisse und wurde zur stärksten Partei, in acht weiteren Gemeinden übersprang sie die 25-Prozent-Marke.⁴⁸⁰

Die unterschiedliche Entwicklung der SPD in den beiden Landkreisen ist einfach zu erklären. Während es der SPD in Wasserburg gelang, sich dauerhaft als Vertretung der Flüchtlinge und Vertriebenen zu etablieren und diese in den fünfziger Jahren bei der Stange zu halten, wandten sich die Neubürger in Nördlingen, dem bayerischen wie dem westdeutschen Trend folgend, schon früh anderen Parteien zu, zunächst der WAV, später dem BHE.⁴⁸¹ Von alten Sozialdemokraten

⁴⁷⁹ Diese Angaben nach BSB 193, S. 159ff., und BSB 206, S. 147* ff., sowie BSB 211, S. 159* f.

⁴⁸⁰ BSB 150, S. 38, und BSB 193, S. 44*, und BSB 237, S. 88f., sowie BSB 211, S. 24* f. Die Sozialstruktur der kreisangehörigen Gemeinden nach BSB 177, Bd. 1, S. 142–161.

⁴⁸¹ Lösche/Walter, SPD, S. 91f., und Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus, S. 95f. Bei der Landtagswahl von 1946 erhielt die WAV in Wasserburg nur 9,1 Prozent, in Nördlingen dagegen 15,9 Prozent; SJbB 23 (1947), S. 336–345. Auch bei der Bundestagswahl von 1949 erhielt die WAV

abgesehen, konnte die Nördlinger SPD in dieser Gruppe kaum neue Wähler gewinnen bzw. dauerhaft an sich binden. Ganz anders in Wasserburg, wo sich die SPD zu einer regelrechten Flüchtlingspartei wandelte, wie das Beispiel Utzenbichl zeigt. Hier machten die Neubürger im September 1950 noch 40 Prozent der Wohnbevölkerung aus, womit diese Gemeinde den höchsten Flüchtlingsanteil im gesamten Landkreis aufwies. Daß die Neuankömmlinge zum großen Teil für die SPD stimmten, legt ein Vergleich der Wahlergebnisse nach 1945 mit denen der Weimarer Jahre nahe. Seinerzeit hatte die SPD in der Gemeinde Utzenbichl so gut wie keinen Anklang gefunden: Bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 war von 124 gültigen Stimmen keine einzige auf die Sozialdemokratie entfallen, bei der Reichstagswahl vom September 1930 errang sie nur drei von 138 Stimmen. In der ersten Bundestagswahl avancierte die SPD dagegen mit 21,6 Prozent zur zweitstärksten Kraft nach der Bayernpartei (45,8 Prozent), wobei sie die CSU (14 Prozent) und die WAV (16,9 Prozent) deutlich hinter sich lassen konnte.⁴⁸²

Der Erfolg kam freilich nicht von ungefähr.⁴⁸³ Die Wasserburger SPD bemühte sich gezielt um die Neubürger und stellte die Lösung des Flüchtlingsproblems ins Zentrum des Bundestagswahlkampfes von 1949. Um sie in die westdeutsche Gesellschaft zu integrieren, wollten die Sozialdemokraten vor allem die Fürsorgeleistungen verbessern, Arbeitsplätze schaffen und für einen gerechten Lastenausgleich sorgen.⁴⁸⁴ Doch nicht nur das Programm überzeugte, auch die Kandidaten der SPD kamen bei den Neubürgern an, da es sich überwiegend um Männer handelte, die das Schicksal der Vertreibung am eigenen Leib erfahren hatten. Einer von ihnen war der blutjunge Volkmar Gabert, der die Wasserburger Sozialdemokratie in den ersten Bundestagswahlkampf führte. Gabert hatte 1923 in einem kleinen Dorf bei Teplitz-Schönau in der Tschechoslowakei das Licht der Welt erblickt und dort eine Realschulausbildung genossen. 1938 mußten seine Eltern als erklärte Gegner der Nationalsozialisten jedoch nach England emigrieren, wo Gabert sich zunächst als einfacher Arbeiter in der Landwirtschaft, später als Monteur und Eisendreher durchschlug. Daneben bildete er sich im Abendstudium in Volks- und Finanzwirtschaft fort. 1946 kam er nach München, wo er sich durch die soziale Betreuung von Heimatvertriebenen einen Namen machte. Diese Tätigkeit führte ihn in die SPD, in der er rasch aufstieg: Von 1950 bis 1957 war er Landesvorsitzender der bayerischen Jungsozialisten, Mitglied des Landesausschusses und des Bezirksvorstands Südbayern. 1958 avancierte Gabert, der seit 1950 dem bayerischen Landtag angehörte, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Land-

in Nördlingen (29,4 Prozent) wesentlich mehr Stimmen als in Wasserburg (11,7 Prozent); BSB 150, S. 38–43. 1950 kam der BHE in Wasserburg nur auf 4,9 Prozent, während er im Landkreis Nördlingen 20,5 Prozent der Stimmen erhielt; BSB 193, S. 44^z–49^z.

⁴⁸² Die Bevölkerungsstatistik Utzbichls berechnet nach BSB 177, Bd. 1, S. 142–161. Die Wahlergebnisse nach Wasserburger Anzeiger vom 10. 12. 1924, und Wasserburger Anzeiger vom 16. 9. 1930, sowie BSB 150, S. 24^z.

⁴⁸³ Zum Einsatz der bayerischen SPD für die Neubürger allgemein vgl. Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus, S. 94 ff. und 162 f.

⁴⁸⁴ OVB vom 2. 4. 1949 („Flüchtlinge dürfen sich nicht zersplitteln“), und OVB vom 7. 7. 1949 („Die Fraktionsarbeit der SPD Wasserburg“), sowie OVB vom 13. 8. 1949 („Thomas Wimmer als Wahlredner“). Um die Vertriebenen zu gewinnen, betonten die Referenten der SPD, das ihnen angetane Unrecht müsse wiedergutmacht werden und meldeten vollmundig Rechtsansprüche auf die alte Heimat an. OVB vom 19. 7. 1949 („SPD eröffnet den Wahlkampf“).

tagsfraktion, 1962 zum Fraktionsvorsitzenden und 1963 zum Landesvorsitzenden der SPD im Freistaat. Gaberts Kandidatur von 1949 markierte also den Startschuß zu einer der großen politischen Karrieren im Nachkriegsbayern, wobei ihm sein Status als Vertriebener zugute kam: Die Wahlkreiskonferenz der SPD hatte ihn nämlich vor allem deswegen nominiert, weil sie die im Bundeswahlkreis Mühlendorf, Altötting und Wasserburg ansässigen Neubürger ansprechen wollte.⁴⁸⁵

Dieses Ziel verfolgte die SPD auch bei der Kandidatenkür zur Landtagswahl von 1950. Für Josef Kriegisch, der sich schließlich mit großer Mehrheit durchsetzen konnte⁴⁸⁶, sprach neben seiner Herkunft auch seine Kriegsbeschädigung, gehörte er damit doch gleich zwei wichtigen sozialen Gruppen der Zusammenbruchgesellschaft nach 1945 an. Auch Kriegisch (Jahrgang 1923) zählte nach 1945 zur jungen Politikergeneration, und auch seine Heimat lag in der Tschechoslowakei. Doch während Gabert schon frühzeitig emigriert war, blieb Kriegisch die Teilnahme am Zweiten Weltkrieg nicht erspart. Der Einsatz an der Ostfront endete für ihn 1943 nach einer schweren Verwundung mit einer Beinamputation. Aus dem Lazarett zurückgekehrt, begann Kriegisch in Wien ein Jurastudium, das er 1946 abschloß. Nachdem seine Mutter aus der Tschechoslowakei ausgewiesen worden war, übersiedelte er nach Bayern und wurde schließlich in Wasserburg heimisch, wo er eine Anstellung als Verwaltungsjurist am Landratsamt fand und in die SPD eintrat. Bereits 1948 gelang ihm der Sprung in den Kreistag, in dem er zum Fraktionsführer der SPD und zum stellvertretenden Landrat aufstieg. Sein großes Engagement für die Neubürger führte Kriegisch als ersten Vorsitzenden in die Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft Wasserburg. Diese Position trug ihm die nachhaltige Dankbarkeit vieler Vertriebener ein, denen mit der forcierten Baupolitik ein Dach über dem Kopf geschaffen wurde. Im April 1954 rückte er, nach zwei gescheiterten Kandidaturen, in den Landtag nach, dem er bis 1966 angehörte.⁴⁸⁷

Das unterschiedliche Abschneiden der SPD erklärt sich allerdings nicht allein mit den jeweiligen Kandidaten, sondern auch mit einschneidenden Änderungen hinsichtlich des Kreisgebiets. Im Juni 1949 beschloß der Landtag, den Städten Dillingen, Eichstätt, Günzburg, Neumarkt, Nördlingen und Weißenburg die Kreisunmittelbarkeit zurückzugeben, die sie im „Dritten Reich“ verloren hatten.⁴⁸⁸ Damit schieden diese Städte verwaltungstechnisch und wahlstatistisch aus den gleichnamigen Landkreisen aus, was für die SPD, zu deren Hochburgen die nunmehr wieder kreisfreien Städte zählten⁴⁸⁹, in den Landkreisen rechnerische Stimmenverluste mit sich brachte. Im Landkreis Nördlingen, um nur ein Beispiel zu nennen, errang die SPD 1949 offiziell 15,5 Prozent. Rechnet man die Stimmen aus

⁴⁸⁵ OVB vom 14. 7. 1949 („Neuer „Wahlkreis Kandidat“). Eine Biographie Volkmar Gaberts steht noch aus. Vgl. einstweilen Kronawitter, Ein politisches Leben.

⁴⁸⁶ Kriegisch wurde auf der Stimmkreisverbandskonferenz der SPD mit 19 von 21 Stimmen zum Landtagskandidaten nominiert. WZ vom 26. 8. 1950 („Dr. Kriegisch als Landtagskandidat vorge schlagen“).

⁴⁸⁷ Diese Angaben nach Erich Helmsdorfer (Hrsg.), Handbuch des Bayerischen Landtags. München o.J. [1955], S. 196, und WZ vom 23. 11. 1950 („Die Landtagskandidaten des Stimmkreises Wasserburg-Mühlendorf“).

⁴⁸⁸ Nördlingen. Porträt einer Stadt, S. 133.

⁴⁸⁹ Zur Bedeutung der Städte im ländlichen Raum als Hochburgen der SPD vgl. SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1956/57, S. 5 f., mit einer Reihe von Zahlenbeispielen.

der Kreisstadt hinzu, waren es immerhin 18,2 Prozent.⁴⁹⁰ Als alleinige oder hauptsächliche Erklärung für die Schwäche der SPD auf dem Land taugt dieses Phänomen jedoch nicht, schließlich fanden in der Mehrzahl der untersuchten Landkreise wie etwa in Bogen oder Königshofen keine derartigen Gebietsverschiebungen statt. Zudem verzeichnete auch die Nördlinger SPD im Lauf der fünfziger Jahre weitere Einbußen. Die Kernfrage lautet also, warum die Sozialdemokratie auf dem Land in den fünfziger Jahren so deutliche Stimmenverluste hinnehmen mußte, nachdem sie sich 1946 eine vielversprechende Ausgangsbasis verschafft zu haben schien.

b) Gegen den Strom: SPD-Programme und öffentliche Meinung

Bismarcks Erben? Kulturkämpferische Stimmung in der SPD

Neben anderen Faktoren war die Stimmung in der Bevölkerung für das schlechte Abschneiden der SPD auf dem Land ausschlaggebend. Die Sozialdemokratie sah sich in den fünfziger Jahren heftigem Gegenwind der öffentlichen Meinung ausgesetzt. Das lag nicht zuletzt an einem weitverbreiteten Vorurteil: Die SPD galt noch die gesamten fünfziger Jahre hindurch als eine kirchenfeindliche, ja „antichristliche Partei“⁴⁹¹, was sie vor allem in den katholisch geprägten Landesteilen viele Stimmen kostete. Dieses Stereotyp erhielt durch ungeschickte Äußerungen der sozialdemokratischen Führungsriege immer wieder neue Nahrung. Im Bundestagswahlkampf von 1949 bezeichnete beispielsweise Parteichef Kurt Schumacher die katholische Kirche als „fünfte[...] Besatzungsmacht“, und Franz Marx, der Parteisekretär der Münchner SPD, formulierte als Wahlziel, „den politischen Katholizismus abzuwehren“, und bedauerte, daß seine Partei „im Parlamentarischen Rat den Kulturkampf nicht von sich aus begonnen habe“.⁴⁹²

Derartige Steilvorlagen ließen sich CDU und CSU natürlich nicht entgehen, und die Kirche antwortete ihrerseits auf die Angriffe der SPD mit unverhohlenen Wahlempfehlungen für die Union. In ihrem Hirtenbrief zur Bundestagswahl von 1949 forderten die deutschen Bischöfe die Gläubigen auf, nur Kandidaten mit einer christlichen Gesinnung zu wählen. Angesichts der Haltung von SPD und FDP im Parlamentarischen Rat stellten die Bischöfe die rhetorische Frage: „Kann ein gläubiger Christ es mit seinem Gewissen vereinbaren, einem Kandidaten die Stimme zu geben, der in entscheidenden Bildungs- und Erziehungsfragen die Macht des Staates über die Freiheit des Gewissens stellt?“⁴⁹³ Der Hirtenbrief wurde eine Woche vor der Wahl in allen katholischen Gottesdiensten verlesen, so

⁴⁹⁰ Diese Angaben nach BSB 150, S. 42 und S. 162^z. Zu den Querelen um die Stellung der Kreisstadt siehe RN vom 30. 5. 1949 („Bürgermeister und Landrat kreuzen die Klinge“), und RN vom 10. 6. 1949 („Eine Rechnung von allen Seiten betrachtet“).

⁴⁹¹ AdsD, Bezirk Franken 157, Heinz Schmude: Untersuchung des Bundestagswahlergebnisses 1957 im Bezirk Franken vom 30. 10. 1957. Vgl. dazu und im folgenden Lösche/Walter, SPD, S. 298–301, und Klotzbach, SPD und katholische Kirche.

⁴⁹² Zitiert nach Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 80f. Vgl. im folgenden Spotts, Kirchen und Politik, und Gotto, Die deutschen Katholiken und die Wahlen in der Adenauer-Ära.

⁴⁹³ Zitiert nach MKKZ vom 7. 8. 1949, S. 319 („Der deutsche Katholik geht zur Wahl“). Ähnlich äußerten sich die katholischen Bischöfe auch vor der Bundestagswahl von 1953; MKKZ vom 6. 9. 1953, S. 549 („Hirtenwort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl“).

daß die Bevölkerung bis ins letzte Dorf von der dezidierten Haltung des Klerus erfuhr – eine überaus effektive Wahlwerbung in Zeiten, in denen der Wahlkampf über die Massenmedien Hörfunk und Fernsehen noch in den Kinderschuhen steckte. Derartige Kanzelpredigten, zu denen sich manche Ortsgeistlichen auch ohne Order von höherer Stelle berufen fühlten⁴⁹⁴, stimulierten die antiklerikalen Reflexe der Sozialdemokratie noch mehr. Der Bezirksvorsitzende Josef Kiene erklärte im Hinblick auf das katholische Vereinswesen, das vielen Sozialdemokraten als Propagandaabteilung der Union galt, 1954 gar: „Die Katholische Aktion, die in engster Zusammenarbeit mit der katholischen Jugend stehe, müsse sehr genau beobachtet werden, denn hier werde die Politik gemacht, die auf dem Niveau eines Streicher und Völkischen Beobachters liege.“⁴⁹⁵

Auch abseits der Wahlkämpfe blieb das Verhältnis der SPD vor allem zur katholischen Kirche lange Zeit verkrampft und gestört. Das mußte auch Willy Thieme erfahren, als er Ende 1953 einen „Arbeitskreis sozialdemokratischer Katholiken“ ins Leben rufen wollte. Thieme, als Mitglied der Bundestags- und der Landtagsfraktion keineswegs ein Niemand in der Partei⁴⁹⁶, betonte dabei die „Notwendigkeit, den verleumderischen Angriffen der Gegner der SPD, die in unserer Partei noch eine antireligiöse Bewegung sehen, und dem Mißtrauen der weltanschaulich gebundenen Öffentlichkeit wirksam entgegen zu treten.“⁴⁹⁷ Damit stieß Thieme jedoch in ein Wespennest. Kein Thema wurde in der südbayerischen SPD so heftig diskutiert wie der geplante Arbeitskreis. Auf allen Parteiebenen schlug Thieme und seinen Mitstreitern blanke Ablehnung entgegen. Die Münchner SPD-Sektion Borstei verfaßte eine scharfe Resolution gegen den Arbeitskreis, der sich auch der Unterbezirk München anschloß – bezeichnenderweise kannten beide Gremien nicht einmal den Wortlaut des Antrags, mit dem Thieme sein Anliegen gegenüber dem Bezirk Südbayern begründet hatte.⁴⁹⁸ Auch der Starnberger Kreisvorstand distanzierte sich deutlich von seinem eigenen Wahlkreisvertreter.⁴⁹⁹ Im Bezirksvorstand der südbayerischen SPD brach ein regelrechtes Scherbengericht über Thieme herein. Das Hauptargument der zahlreichen Kritiker lautete, die SPD würde durch einen derartigen Arbeitskreis konfessionell unterhöhlt und in ihrer

⁴⁹⁴ Im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1952 stellte Volkmar Gabert im Raum Mühldorf fest, daß die örtliche Geistlichkeit „in den Wählerversammlungen wie auch von der Kanzel sehr scharf gegen uns predigen“. AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD Bezirksverband Südbayern am 24. 3. 1952 in München.

⁴⁹⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der erweiterten Bezirksvorstandssitzung am 18. 12. 1954 in München, Stellungnahme Josef Kienes.

⁴⁹⁶ Willy Thieme (23. 4. 1912–17. 10. 1979), im Zivilberuf Geschäftsführer, war bereits 1930 in die SPD eingetreten. Nach der Teilnahme am Zweiten Weltkrieg wirkte er von 1946 bis 1948 als Landrat von Wolfratshausen und Vorsitzender des Landkreisverbandes Bayern. 1950 wurde er im Stimmkreis Starnberg-Wolfratshausen in den Landtag gewählt, dem er bis 1958 angehörte; 1953 gelang ihm über die Landesliste der SPD auch der Sprung in den Bundestag, wenn auch nur für eine Wahlperiode. Schumacher, M.d.B., S. 428.

⁴⁹⁷ AdsD, Bezirk Südbayern 35, Bezirk Südbayern an Mitglieder des BV vom 20. 5. 1954, Anlage: Abruck eines Schreibens des Genossen Thieme an den Bezirksverband Südbayern, undatiert. Das Folgende nach AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD Bezirk Südbayern am 9. 1. 1954 in München, Stellungnahme des Genossen Mietz.

⁴⁹⁸ AdsD, Bezirk Südbayern 35, Bezirk Südbayern an Mitglieder des BV vom 20. 5. 1954.

⁴⁹⁹ AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD Bezirk Südbayern am 9. 1. 1954 in München, Stellungnahme Dr. Siegfried Zieglers.

Einheit gefährdet.⁵⁰⁰ Der Bezirksvorsitzende Josef Kiene beschied kurz und bündig: „In der Sozialdemokratischen Partei ist kein Platz für kirchliche und religiöse Organisationen.“⁵⁰¹ Ihm ging es nicht um einen Ausgleich mit der katholischen Kirche, er sammelte vielmehr sogar Material gegen die „Pfaffen“. So nachvollziehbar die Berührungsgängste altgedienter Sozialdemokraten gegenüber der katholischen Kirche auch sein mochten, die Partei schadete sich mit ihrer kulturkämpferischen Attitüde in erster Linie selbst, blieb sie doch so für die Mehrzahl der katholischen Arbeiter bis weit in die fünfziger Jahre hinein unwählbar.⁵⁰²

Antikommunismus und Sozialdemokratie

Daneben trieb der in Westdeutschland seinerzeit beinahe allgegenwärtige Antikommunismus die Partei in die Defensive. Diese Stimmung in der Bevölkerung, die bereits in den zwanziger Jahren verbreitet und auf dem Land besonders stark ausgeprägt gewesen war, hatte durch den Vormarsch der Roten Armee, die rigide Sowjetisierungspolitik der SMAD im Osten Deutschlands und den beginnenden Kalten Krieg zusätzlich an Virulenz gewonnen. Obwohl die SPD in der sowjetischen Besatzungszone zum Opfer der Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED geworden war, und obwohl auch die Sozialdemokratie selbst unter ihrem Vorsitzenden Kurt Schumacher einen stramm antikommunistischen Kurs eingeschlagen hatte, sah sie sich im Westen immer wieder in die kommunistische Ecke gedrängt.⁵⁰³

Darin bestand die Taktik der politischen Gegner von CDU und CSU über die Bayernpartei bis hin zur FDP – die damit in der Regel auch Erfolg hatten.⁵⁰⁴ In den Wahlkämpfen der CSU auf dem Land entwickelte sich der Kommunismusvorwurf an die Adresse der SPD zu einem regelrechten Dauerbrenner. So erklärte Alois Hundhammer im Bundestagswahlkampf von 1949 auf einer Großkundgebung der CSU in Wasserburg, die Wahlentscheidung falle letztlich nur zwischen zwei Lagern, den Christen und den Kommunisten, denn alle Linksparteien seien

⁵⁰⁰ AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD Bezirk Südbayern am 9. 1. 1954 in München, Stellungnahme der Genossen Ziegler, Mietz und Allmer; AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll über die Aussprache mit dem Genossen Thieme betreffend Arbeitskreis sozialdemokratischer Katholiken; Anlage zum Kurzprotokoll der Sitzung des engeren Bezirksvorstandes am 13. 4. 1954, Stellungnahmen der Genossen Demeter, Schäfer und Gumerum.

⁵⁰¹ AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll über die Aussprache mit dem Genossen Thieme betreffend Arbeitskreis sozialdemokratischer Katholiken; Anlage zum Kurzprotokoll der Sitzung des engeren Bezirksvorstandes am 13. 4. 1954. Das folgende Zitat nach AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD Bezirk Südbayern am 9. 1. 1954 in München, Stellungnahmen der Genossen Kiene, Schäfer und Bals.

⁵⁰² Zwar waren 70 Prozent der SPD-Wähler von 1953 Arbeiter, doch votierten nicht einmal 50 Prozent der Arbeiter seinerzeit für die SPD. 1957 erreichte die SPD erstmals die absolute Mehrheit unter der Arbeiterschaft. Lösche/Walter, SPD, S. 91 f.

⁵⁰³ Zum Antikommunismus nach 1945 vgl. Schwan, Antikommunismus und Antiamerikanismus. Zum Antikommunismus in der Zwischenkriegszeit Bracher, Problem des „Antikommunismus“. Zum Antikommunismus Kurt Schumachers vgl. Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 66–77.

⁵⁰⁴ Das schlechte Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl von 1953, um nur ein Beispiel zu nennen, führte der Bezirksvorstand Franken u. a. darauf zurück, daß es dem politischen Gegner gelungen sei, die SPD als kommunistisch zu diffamieren. AdsD, Bezirk Franken 145, Abschrift vom 12. 12. 1953, Stellungnahme des Bezirksvorstandes zum Wahlergebnis vom 6. 9. 1953.

„Helfershelfer des Kommunismus“.⁵⁰⁵ Ganz ähnlich lautete der Tenor eines Leserbriefes an die „Rieser Nachrichten“, der aus dem Umfeld der Nördlinger CSU stammte: Bei der Bundestagswahl von 1957 gehe es im Wesentlichen darum, ob Deutschland zukünftig vom christlich-abendländischen Geist oder vom Kommunismus geprägt werde.⁵⁰⁶ Kurz darauf fand man im Landkreis Nördlingen zahlreiche Ollenhauer-Plakate mit Zetteln überklebt, auf denen die SPD mit der SED gleichgesetzt wurde.

Die SPD wußte auf diese Angriffe keine Antwort. Der Wunsch, es der Union mit gleicher Münze heimzuzahlen, verriet nur ihre Hilflosigkeit. Adolf Härtl etwa vertrat im Vorfeld der zweiten Bundestagswahl den

„Standpunkt, dass die Übersachlichkeit ein Schmarren sei. Wenn die CDU die SPD mit der KPD in einen Sack stecke, dann gebe es für uns keine Sachlichkeit mehr. Er selber verweise in den Versammlungen darauf, dass ein Sohn Adenauers in den Junkerswerken eine führende Stellung inne habe und schon auf die Rüstungsgewinne spekuliere, dass Adenauer mit amerikanischen Politikern verschwägert sei und wie sich die Verhandlungen innerhalb der Schumanplanländer wirklich darstellten.“⁵⁰⁷

Solche Reden mochten vielleicht eingefleischte SPD-Anhänger überzeugen, in der Landbevölkerung fanden sie kaum Anklang. Die griffigen Parolen der Union waren vor allem deshalb so wirkungsvoll, da sie nicht nur an tiefverwurzelte Ressentiments, sondern auch an programmatische Aussagen der SPD anknüpfen konnten. Der Partei fiel es schwer, sich von der vertrauten Klassenkampfrhetorik zu verabschieden, und die frühen Programme der SPD atmeten, wenigstens terminologisch, durchaus noch die abgestandene Luft marxistischer Kapitalismuskritik.⁵⁰⁸ Obwohl die bayerische SPD sich in der Wirtschaftspolitik weniger radikal gebärdete als der Parteivorstand in Hannover, trat auch sie für Wirtschaftsplanung im Wiederaufbau und Sozialisierung der Schlüsselindustrien ein – Forderungen, die in kaum einer sozialdemokratischen Wahlveranstaltung fehlen durften.⁵⁰⁹ Zwar versuchte der bayerische Wirtschaftsminister Rudolf Zorn die Politik der SPD begrifflich von der Planwirtschaft sowjetischen Typs abzuheben, in dem er stets von „Wirtschaftsplanung“ sprach.⁵¹⁰ Verglichen mit der von Ludwig Erhard propagierten „sozialen Marktwirtschaft“, roch das Programm der SPD freilich immer noch verdächtig „nach Klassenkampf und Kommunismus“.⁵¹¹ Dieses Problem war der Parteiführung durchaus bewußt. „Was die Sozialisierung angeht“, stellte etwa Josef Strobl auf einer Bezirksvorstandssitzung im April 1950 fest, „so

⁵⁰⁵ OVB vom 2. 8. 1949 („Deutschland, Bannerträger einer christlichen Staatsführung“).

⁵⁰⁶ RN vom 17. 8. 1957 („Briefe aus unserem Wählerkreis: Drei Parteien sind genug, von Wilhelm Roos“). RN vom 16. 9. 1957 („Ruhiger Verlauf – Hohe Wahlbeteiligung“).

⁵⁰⁷ AdSD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes Südbayern am 13. und 14. 6. 1953 in Kochel.

⁵⁰⁸ Vgl. hierzu und im folgenden Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus, S. 170–176, und Kronawitter, Wirtschaftskonzeptionen und Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie in Bayern.

⁵⁰⁹ So trat Kreisrat Herold aus Hohenaltheim beispielsweise in einer Wahlversammlung in Deiningen für einen forcierten Wohnungsbau, „gerechte Löhne“, eine „sinnvolle Planwirtschaft“ und eine umfassende „Sozialisierung der Grundindustrien“ ein. RN vom 3. 8. 1949 (Kurzberichte aus den Gemeinden).

⁵¹⁰ Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus, S. 171.

⁵¹¹ Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 82.

geriet sie durch das russische Experiment in Verruf.“⁵¹² Ins gleiche Horn stieß einige Jahre später Josef Schäfer, der die Ansicht vertrat, „die Begriffe Sozialismus und Sozialisierung seien in unserer Partei nicht klar abgesteckt.“⁵¹³ Zum Abschneiden der alten Zöpfe konnten sich die Genossen aber nicht durchringen, und so galt die SPD in weiten Teilen der Bevölkerung noch bis Ende der fünfziger Jahre als „eigentumsfeindliche“ und „kommunistenfreundliche Partei“.⁵¹⁴

Parteiprogramm und „Wirtschaftswunder“

Das beginnende „Wirtschaftswunder“ tat ein übriges, um die Stellung der Sozialdemokratie zu untergraben. Da sich das Anspringen der westdeutschen Konjunktur auch auf dem Land sehr schnell in sinkenden Arbeitslosenzahlen niederschlug⁵¹⁵, und die Bundesregierung sich dies als Erfolg ihrer Politik ans Revers heften konnte, gab es für die Wähler einen entscheidenden Grund weniger, auf andere Pferde zu setzen. Die große Mehrheit, so analysierte der Bezirksvorstand Franken das Abschneiden der SPD in der Bundestagswahl von 1953, wünsche „Sicherheit auf allen Gebieten und vor allem keinen Wechsel“.⁵¹⁶ Vier Jahre später sah sich die Sozialdemokratie mit einer noch erheblich stärkeren „Flüsterpropaganda“ konfrontiert, die wissen wollte, ein Wahlsieg der SPD bedeute neue Arbeitslosigkeit.⁵¹⁷ Diesen Unterstellungen stand die SPD hilflos gegenüber, denn gegen latente Stimmungen in der Bevölkerung schien kein argumentatives Kraut gewachsen.

Daß sich die Sozialdemokratie gerade auf dem Land so schwer tat, lag auch an ihrem Agrarprogramm, das sich weniger an den Produzenten als vielmehr an den Konsumenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse orientierte.⁵¹⁸ Neben einer umfassenden Bodenreform ging es der SPD in erster Linie um die Sicherung der Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung, in der man nach wie vor die Hauptklientel erblickte. Landwirtschaftliche Verbesserungen, die diesem Ziel dienten, wurden von der SPD begrüßt und gefördert. Die Lebensumstände der Bauern, ja selbst der unterbäuerlichen Schichten, spielten dagegen in den programmatischen Aussagen der Partei nur am Rande eine Rolle.⁵¹⁹ Das sollte sich rächen, denn obwohl die Zahl der im primären Sektor Beschäftigten in den fünfziger Jah-

⁵¹² AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung SPD Bezirk Südbayern am 15. 4. 1950.

⁵¹³ AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD Bezirk Südbayern am 14. 11. 1953 in München.

⁵¹⁴ AdsD, Bezirk Franken 157, Heinz Schmude: Untersuchung des Bundestagswahlergebnisses 1957 im Bezirk Franken vom 30. 10. 1957.

⁵¹⁵ Die Arbeitsamtsnebenstelle in Nördlingen meldete etwa im Vorfeld der Bundestagswahl von 1953 mit nur noch 740 registrierten Arbeitslosen den mit Abstand niedrigsten Stand seit der Währungsreform. RN vom 4. 9. 1953 („Niedrigster Stand der Arbeitslosigkeit seit 1948“).

⁵¹⁶ AdsD, Bezirk Franken 145, Abschrift vom 12. 12. 1953, Stellungnahme des Bezirksvorstandes zum Wahlergebnis vom 6. 9. 1953.

⁵¹⁷ AdsD, Bezirk Franken 157, Heinz Schmude: Untersuchung des Bundestagswahlergebnisses 1957 im Bezirk Franken vom 30. 10. 1957.

⁵¹⁸ Das Folgende nach AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung der SPD Bezirk Südbayern am 15. 4. 1950 in München. Vgl. dazu auch Behr, Sozialdemokratie und Konservatismus, S. 176–181.

⁵¹⁹ So auch die Kritik von Alfred Frenzel am sozialdemokratischen Agrarprogramm und an der Haushamer Tagung. AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung der SPD Bezirk Südbayern am 15. 4. 1950 in München.

ren kontinuierlich weiter abnahm⁵²⁰, blieb die politische Bedeutung der Bauern und ihr Stellenwert in der ländlichen Gesellschaft nach wie vor sehr hoch. Zudem trug diese Haltung der SPD die erbitterte Gegnerschaft des Bayerischen Bauernverbandes ein, neben den Kirchen *die* organisatorische Potenz auf dem Land schlechthin.⁵²¹ Dessen Macht bekam die Partei in den Wahlkämpfen regelmäßig zu spüren: In flammenden Appellen warnte Bauernverbandspräsident Fridolin Rothermel die Landbevölkerung davor, für die SPD zu stimmen. Schließlich gehe es „um die Erhaltung des Begriffes vom Privateigentum oder seine Verstaatlichung und Sozialisierung“. Daher sollten die Bauern nur für Kandidaten votieren, die bereit und in der Lage seien, die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten.⁵²²

Die SPD kam damit, vor allem auf dem Land, in den fünfziger Jahren aus der Defensive nicht heraus. Ihre traditionell bedingten antiklerikalen Reflexe trugen ihr eine Dauerfehde mit der katholischen Kirche ein und ihr Agrarprogramm brachte den Bayerischen Bauernverband gegen sie auf. Damit standen die beiden einzigen Organisationen, deren Krakenarme seinerzeit tatsächlich bis ins kleinste Dorf reichten, in erbitterter Gegnerschaft zur Sozialdemokratie, während die Gewerkschaften, ihre natürlichen Verbündeten, im ländlichen Raum keine große organisatorische Potenz darstellten. Das an den Interessen der städtischen Industriearbeiterschaft orientierte Wirtschaftsprogramm sorgte schließlich dafür, daß die SPD im Ruch einer marxistisch orientierten Klassenpartei blieb, was aufgrund der vorherrschenden antikommunistischen Grundstimmung auf weite Teile der Bevölkerung abstoßend wirkte. Kein Zweifel, die Programmatik der SPD ging in den fünfziger Jahren an der Landbevölkerung vorbei, und die Bauern hatten viele gute Gründe, ihr Kreuz nicht bei der SPD zu machen.

c) Die Parteiorganisation der SPD auf dem Land

Zur eklatanten Schwäche der bayerischen SPD auf dem Land trugen freilich auch organisatorische Defizite bei. Dabei lassen sich drei Faktoren ausmachen, die eng miteinander verknüpft waren: Erstens verzeichnete die SPD in den späten vierziger und fünfziger Jahren einen drastischen Mitgliederverlust, der, zweitens, deutliche finanzielle Einbußen mit sich brachte. Die daraus resultierenden Finanzprobleme führten schließlich, drittens, zu einem Kahlschlag der Parteiorganisation auf den unteren Ebenen, der die organisatorische Schlagkraft weiter schwächte – ein Teufelskreis, den die bayerischen Sozialdemokraten lange nicht durchbrechen konnten.

Mitgliederschwund auf dem Land

Nach 1945 hatte die SPD zunächst einen sprunghaften Anstieg ihrer Mitglieder zu verzeichnen gehabt. In der amerikanischen, britischen und französischen Besat-

⁵²⁰ Erker, *Der lange Abschied vom Agrarland*, S. 329 mit detaillierten Zahlenangaben.

⁵²¹ Zum BBV und seiner Lobbyarbeit vgl. Eichmüller, *Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung*, S. 320–397. Zum Verhältnis des BBV zur SPD Behr, *Sozialdemokratie und Konservatismus*, S. 86 ff.

⁵²² RN vom 10. 8. 1949 („Aufruf an die Bauern“). Einen ähnlichen Aufruf veröffentlichte Rothermel ein Jahr später vor der Landtagswahl. WZ vom 21. 11. 1950 („Was erwartet die bayerische Landwirtschaft vom neuen Landtag?“).

zungszone nahm die Zahl der Genossen von 711 000 Ende 1946 bis Mitte 1948 auf fast 850 000 zu.⁵²³ Die Währungsreform brachte jedoch auch für die SPD einen „katastrophalen Einbruch in der Mitgliederentwicklung“: Innerhalb eines Jahres verlor die Partei 107 735 Genossen oder zwölf Prozent ihrer Mitglieder! Während der Bezirk Niederbayern mit einem Minus von 25,5 Prozent besonders starke Verluste hinnehmen mußte, lag der Bezirk Südbayern mit einem Rückgang von 11,5 Prozent knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Der Parteivorstand, der eigens zu einer Sondersitzung zusammenkam, war „sich dessen bewusst, daß es so nicht weitergehen kann“, und beschloß eine bundesweite Aktion zur Mitgliederwerbung.⁵²⁴ Doch auch in den folgenden Jahren ging es kontinuierlich bergab, bis schließlich im Herbst 1954 der Tiefpunkt erreicht war, als die Partei nur noch 595 111 Mitglieder zählte.⁵²⁵

Im Bezirk Südbayern setzte die neuerliche Trendwende sogar noch später ein. Hier verlor die SPD 1955 nochmals rund 330 Genossen und schrumpfte im vierten Quartal 1955 auf 26 921 Mitglieder. Erst 1956, nach einem flammenden Neujahrsaufruf des Bezirksvorstandes zur Intensivierung der Mitgliederwerbung, stieg die Zahl der ausgegebenen Parteibücher wieder an: Ende des Jahres zählte der Bezirk Südbayern 28 514 Mitglieder, zwölf Monate später waren es bereits 29 661, und Ende 1959 hatte der Bezirk wieder 30 403 Mitglieder.⁵²⁶ Allerdings entfiel der Großteil des Zuwachses, wie nachfolgende Tabelle zeigt, auf die städtischen Ballungsräume München und Augsburg, während er in den ländlichen Regionen bescheiden blieb.

Tabelle 3: Mitgliederentwicklung der SPD im Bezirk Südbayern (1954–1959)

	IV/1954	IV/1955	IV/1956	IV/1957	IV/1958	IV/1959
Landsberg	225	239	281	258	271	266
Wasserburg	260	289	279	288	276	307
Neuburg	235	235	235	153	137	137
Nördlingen	251	235	238	229	267	274
München	5 872	6 045	6 625	6 816	7 064	7 601
Augsburg	3 327	3 035	3 651	3 354	3 426	3 713
Südbayern	27 261	26 921	28 514	29 661	29 144	30 403

Quelle: Spalten 2 und 3 nach AdsD, Bezirk Südbayern V, Nr. 001, SPD Bezirk Südbayern, Organisations- und Kassenbericht 1954/55, S. 1–12. Spalten 4 und 5 nach SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1956/57, S. 27–36; Spalte 6 und 7 nach SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1958/59, S. 35–44.

⁵²³ Diese Angaben nach Lösche/Walter, SPD, S. 136; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 137.

⁵²⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung des Bezirks Südbayern der SPD am 19. 11. 1949 in München, Bericht Alfred Frenzels.

⁵²⁵ Diese Angabe nach AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Bezirksausschußsitzung der SPD Bezirk Südbayern am 10. 7. 1955 in Augsburg; Anlage: Referat „Probleme unserer Organisation“ von Max Kukil, S. 9.

⁵²⁶ AdsD, Bezirk Südbayern V, Nr. 001, SPD Bezirk Südbayern, Organisations- und Kassenbericht 1954/55, S. 1, und SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1956/57, S. 27, sowie SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1958/59, S. 35.

Vom Kreisverband Neuburg an der Donau abgesehen, der aufgrund personeller Querelen in völligem Chaos zu versinken drohte⁵²⁷, konnte die SPD zwar im Lauf der fünfziger Jahre in allen Landkreisen Mitglieder hinzugewinnen. Allerdings mochte sich kein eindeutiger Aufwärtstrend einstellen: Phasen beschleunigten Mitgliederwachstums wurden immer wieder durch gegenläufige Entwicklungen unterbrochen.

Wie uneinheitlich die Mitgliederentwicklung der SPD auf dem Land in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre verlief, verdeutlicht ein Blick auf den Bezirk Franken, wo die SPD insgesamt deutlich zulegen konnte. Während die Kreisverbände Rothenburg ob der Tauber und Königshofen im Grabfeld deutliche Zugewinne verbuchen konnten, brach der Kreisverband Feuchtwangen regelrecht ein. Die SPD hielt sich augenscheinlich dort am besten, wo sie in den regionalen Zentren über eine relativ starke Organisation verfügte. Die Zersplitterung in eine

Tabelle 4: Mitgliederentwicklung der SPD im Bezirk Franken (1955–1959)

	1. 1. 1955	1. 1. 1957	1. 1. 1959	30. 6. 1959
Bezirk Franken	41 469	45 201	47 298	47 969
UB Ansbach	1 614	1 647	1 654	1 674
KV Rothenburg	174	192	227	236
OV Rothenburg	150	164	195	194
OV Schillingsfürst	24	28	32	42
KV Feuchtwangen	275	255	210	201
OV Bechhofen	37	40	36	35
OV Burgoberbach	15	16	11	12
OV Feuchtwangen	27	27	37	36
OV Großohrenbronn	9	14	14	14
OV Herrieden	77	58	46	41
OV Mosbach	11	6	–	–
OV Rauenzell	–	19	14	13
OV Schnelldorf	19	14	–	–
OV Sommersdorf	10	6	7	5
OV Thürnhofen	11	7	5	5
OV Vorderbreitenthan	16	11	10	10
OV Weidenbach	10	8	8	8
OV Wieseth	33	29	22	22
UB Schweinfurt	2 434	2 915	3 233	3 315
KV Königshofen	12	70	59	63
OV Königshofen	12	55	59	63
OV Sulzdorf	–	7	–	–
OV Waltershausen	–	8	–	–

Quelle: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Z 8280, Rundschreiben des SPD Bezirks Franken an die Mitglieder des Bezirksvorstandes vom 15. 9. 1959.

⁵²⁷ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung der SPD Bezirk Südbayern am 1. 6. 1951 in München, Referat Josef Schäfer, und ebenda, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD-Südbayern am 15. 11. 1952 in Neuburg, Stellungnahme Alfred Frenzels.

Vielzahl kleiner Ortsvereine wie im Landkreis Feuchtwangen leistete dagegen der Erosion der Partei Vorschub, weil die SPD auf dem Land nicht über die nötige Zahl an Funktionären verfügte, um weit verstreute Gliederungen zu betreuen und zusammenzuhalten.⁵²⁸ „In kleinen Gemeinden bleibt eben alles an einem Mann hängen, und darunter leidet die Partearbeit erheblich“, stellte der Sekretär im Unterbezirk Ansbach, Otto Fink, resigniert fest, der zwei Faktoren für die sinkenden Mitgliederzahlen im ländlichen Raum verantwortlich machte: Erstens seien viele alte Genossen, die der Partei schon vor 1933 beigetreten waren, zwischenzeitlich verstorben, zweitens – und das war in seinen Augen die hauptsächliche Ursache für die Malaise der SPD – wanderten die Neubürger scharenweise aus den ländlichen Regionen ab.⁵²⁹

„Viele Gemeinden, die früher mit Heimatvertriebenen durchsetzt waren und in denen eine rege politische Tätigkeit herrschte, haben sich im Laufe der Zeit zu reinen Bauerngemeinden zurückentwickelt. [...] Daß in solchen Gemeinden die Werbung neuer Mitglieder nahezu unmöglich ist, daß zur Erhaltung dort noch bestehender kleiner und kleinster Ortsvereine viel zu viel Kraft aufgewendet werden muß, ist eine Tatsache [...]“⁵³⁰

Während die Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre vor allem in den Städten neue Mitglieder gewinnen und damit ihren im Zuge der Währungsreform stark gelichteten Bestand wieder aufforsten konnte, drohte sie auf dem Land personell auszutrocknen.

Die „Diktatur der leeren Kassen“⁵³¹

Da die SPD weit mehr als etwa die CSU von ihren Mitgliedern lebte⁵³², wirkte sich der mit dem Mitgliederschwund verbundene Rückgang des Beitragsaufkommens extrem negativ auf die Finanzkraft der Partei aus. Wie eng der Spielraum war, verdeutlicht das Beispiel des Bezirks Oberbayern, der im März 1949 noch rund 25 000 Mitglieder zählte, die einen durchschnittlichen Beitrag von etwa 80 Pfennig pro Monat leisteten. Von diesen 20 000 DM verblieben dem Bezirk 25 Prozent, also 5 000 DM. Diesen Einnahmen standen fixe Kosten für Personal, Mieten und ähnliches in Höhe von 4 000 DM gegenüber, so daß dem Bezirk monatlich nur 1 000 DM zur Finanzierung seiner Aktivitäten blieben – Wahlkämpfe eingeschlossen!⁵³³ Um wirkungsvolle und damit natürlich entsprechend kostspielige Werbekampagnen durchführen zu können, gab die SPD besondere „Wahlmarken“ heraus, deren Erlös zum Großteil an den Parteivorstand ging, der aus diesen Mitteln vor allem das zentrale Werbematerial finanzierte und wiederum Zuschüsse an die

⁵²⁸ Dazu SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1957, S. 43 ff.

⁵²⁹ SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1959, S. 53. Auch in Oberbayern starben die Genossen wie die Fliegen, was einen entsprechenden Mitgliederschwund zur Folge hatte, wie Max Allmer 1953 besorgt konstatierte. AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes Südbayern am 13. und 14. 6. 1953 in Kochel.

⁵³⁰ SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1958, S. 48.

⁵³¹ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstands Oberbayern am 7. 3. 1949 in München, Stellungnahme des Bezirkskassiers Weiss.

⁵³² Mintzel, Geschichte der CSU, S. 143. Zur finanziellen Abhängigkeit der SPD von den Beiträgen ihrer Mitglieder, die bis Ende der fünfziger Jahre anhielt, vgl. Lösche/Walter, SPD, S. 227–232.

⁵³³ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstands Oberbayern am 7. 3. 1949 in München.

Bezirke weitergab. Den Ortsvereinen im ländlichen Raum, die bei der Verteilung dieses Kuchens weitgehend leer ausgingen, blieb zur Finanzierung eigener Aktionen nur, abermals die Genossen zur Kasse zu bitten – eine vor allem in Wahlzeiten gängige Praxis, in denen auf jeder Versammlung der Hut herumging.⁵³⁴

Doch nicht nur was die Zuschüsse der übergeordneten Parteigliederungen betraf, befanden sich die Ortsvereine auf dem Land im Nachteil. Auch ihr Beitragsaufkommen pro Kopf fiel deutlich niedriger aus. So betrug 1955 der Monatsbeitrag pro Mitglied im Bezirk Südbayern 91 Pfennig. Der Kreisverband München Stadt lag mit 1,23 DM deutlich über dem Durchschnitt und erst recht über der Finanzkraft ländlicher Gliederungen – der Kreisverband Wasserburg etwa kam mit 67 Pfennig nur auf die Hälfte des Münchner Betrags. Daran änderte sich im Lauf der fünfziger Jahre nichts, obwohl die Beitragskraft der Genossen insgesamt deutlich zunahm: 1959 zahlten die Mitglieder im Bezirk Südbayern durchschnittlich 1,03 DM im Monat an die Partei, wobei die Münchner mit 1,42 DM immer noch fast doppelt soviel aufbrachten wie ihre Wasserburger Genossen mit 78 Pfennig. Insofern war es durchaus verständlich, daß die Genossen aus der Provinz immer wieder neidvoll in die Landeshauptstadt blickten, wo viele Mitglieder einer gutbezahlten Arbeit nachgingen und dementsprechend viel an Beiträgen und Spenden aufbringen konnten. „In der Provinz seien die Finanzverhältnisse viel primitiver“, klagte etwa Josef Sebald aus Rosenheim.⁵³⁵

In der Tat war der finanzielle Spielraum von SPD-Ortsvereinen im ländlichen Raum denkbar klein, wie das Beispiel des Ortsvereins Oettingen zeigt, der Anfang der fünfziger Jahre rund 90 Mitglieder zählte und damit bereits zu den größeren Verbänden in agrarisch geprägten Regionen gehörte.⁵³⁶ 1953 betrugen die Einnahmen des Ortsvereins Oettingen bescheidene 278,81 DM, denen Ausgaben in Höhe von 258,75 DM gegenüberstanden. Die Haupteinnahmequelle stellten mit 222,40 DM die Mitgliederbeiträge dar, aus Spenden und Veranstaltungen kamen nochmals 67,81 DM in die Kasse. Den größten Posten unter den Ausgaben markierten mit 133,76 DM die an den Bezirk abgeführten Beitragsanteile, gefolgt von 80,93 DM, die der Ortsverein für die Bundestagswahl ausgab. Bis Ende der fünfziger Jahre blieben die Finanzen des Ortsvereins Oettingen auf diesem extrem niedrigen Niveau, bevor eine Beitragserhöhung das Haushaltsvolumen beinahe verdoppelte. 1957 hatte der Ortsverein noch 327,37 DM eingenom-

⁵³⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstands Oberbayern am 7. 3. 1949 in München, und mündliche Auskunft von Helmut Stowasser vom 24. 11. 2000. Im Vorfeld der Bundestagswahl von 1957 beschloß beispielsweise der Ortsverein Oettingen auf einer Mitgliederversammlung, auch in den Wahlveranstaltungen Spenden zu sammeln; eine kurzerhand unter den Anwesenden durchgeführte Kollekte brachte 10,- DM in die Parteikasse. Protokollbuch OV Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 8. 9. 1957 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁵³⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstands Oberbayern am 7. 3. 1949 in München. Die Angaben zum Beitragsaufkommen nach SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1956/57, S. 27, S. 29 und S. 32, und SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1958/59, S. 35, S. 38 und S. 40.

⁵³⁶ Mündliche Auskunft von Helmut Stowasser vom 24. 11. 2000. Für die frühen fünfziger Jahre sind keine Unterlagen vorhanden, die den genauen Mitgliederstand des Ortsvereins Oettingen belegen. Anfang 1959 zählte der Ortsverein noch 69 eingeschriebene Mitglieder. Protokollbuch des OV Oettingen, Protokoll der Jahresversammlung am 4. 1. 1959 (Kopie im Besitz des Verfassers). Die folgenden Angaben nach SPD Ortsverein Oettingen, Kassenbuch 1953–1971, S. 3 f. (1953), S. 11 (1957) und S. 12 (1958) (Kopien im Besitz des Verfassers).

men und 290,50 DM ausgegeben. 1958 stiegen die Einnahmen sprunghaft auf 603,- DM an, denen Ausgaben von 611,40 DM gegenüberstanden. Den Löwenanteil der Einnahmen wie auch der Ausgaben machten nach wie vor die Mitgliederbeiträge aus: So zog der Ortsverein Oettingen nun 438,40 DM von seinen Mitgliedern ein, von denen er 334,70 DM an den Bezirk Südbayern weiterleitete. Der Beitragsanteil, der dem Ortsverein verblieb, war demnach – trotz deutlich steigender Beitragssätze – kaum gestiegen. Selbständigen Aktivitäten der Oettinger Genossen blieben damit nach wie vor enge finanzielle Grenzen gesetzt.

Die eigentlichen Gewinner der Beitragserhöhung waren die Bezirke, deren Einnahmen in den fünfziger Jahren deutlich stiegen. Zwar trieben die Ortsvereine die Mitgliederbeiträge ein, doch durften sie nur 35 Prozent ihres Erlöses behalten, die übrigen 65 Prozent mußten sie an ihren Bezirk abführen.⁵³⁷ Der Bezirk Südbayern hatte im dritten Quartal 1949 aus Mitgliederbeiträgen 29140,57 DM eingenommen, was auf Jahreseinnahmen von etwas über 115000 DM schließen läßt. 1954 betrugen die Jahreseinnahmen des Bezirks aus den Mitgliederbeiträgen 126909,40 DM. 1959 erlösten die südbayerischen Genossen schließlich 222773,93 DM aus dem Verkauf von Beitragsmarken. Damit hatten sich die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen innerhalb von zehn Jahren beinahe verdoppelt. Allerdings ging damit keine signifikante Vergrößerung der finanziellen Bewegungsfreiheit des Bezirks einher, da in derselben Zeitspanne auch die fixen Kosten, insbesondere für Personal und in Gestalt der Beiträge an den Parteivorstand, um mindestens denselben Faktor zunahmten wie die Einnahmen.⁵³⁸ Zudem mußte der Bezirk zunächst interne Schulden beim Parteivorstand, die unmittelbar nach der Währungsreform aufgelaufen waren, begleichen. Diese Schuldenlast drückte den Bezirk noch Ende 1951 so stark, daß er sich nicht in der Lage sah, seine Ortsvereine und Kreisverbände bei den anstehenden Kommunalwahlen angemessen zu bezuschussen.⁵³⁹ Überhaupt stellten die explosionsartig steigenden Ausgaben für Wahlkämpfe die SPD vor ungleich größere Probleme als die CSU, weil sie nicht auf großzügige Spenden seitens der Industrie hoffen durfte, sondern den Löwenanteil dieser Unkosten auf ihre Mitglieder und Mandatäre umlegen mußte – und auch deren finanzielle Opferbereitschaft und Leistungsfähigkeit hatte Grenzen.⁵⁴⁰

⁵³⁷ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes Südbayern der SPD am 5. 9. 1949 in München, Bericht Max Allmers. Die folgenden Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung des Bezirksverbandes Südbayern der SPD am 19. 11. 1949 in München, Anlage: Kassenbericht des Bezirks Südbayern 1. 7.–30. 9. 1949, und SPD Bezirk Südbayern, Organisations- und Kassenbericht 1954/55, Einnahmen und Ausgaben 1954, sowie SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1958/59, S. 54.

⁵³⁸ 1954 betrugen die Zuschüsse, die der Bezirk Südbayern an den Parteivorstand, den Landesverband und seine Kreisverbände entrichtete, insgesamt 67881,52 DM; gleichzeitig mußte er Personalkosten in Höhe von 47856,99 DM aufbringen. 1959 leitete der Bezirk Südbayern 168598,97 DM an andere Gliederungen der Partei weiter und bestritt Personalausgaben in Höhe von 53865,38 DM. Diese Angaben nach SPD Bezirk Südbayern, Organisations- und Kassenbericht 1954/55, Einnahmen und Ausgaben 1954, und SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1958/59, S. 55.

⁵³⁹ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksausschußsitzung am 2. 12. 1951 in München, Stellungnahme Josef Kienes. Es handelte sich dabei um die seinerzeit bedeutende Summe von 17624 DM. AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung des Bezirks Südbayern der SPD am 19. 11. 1949 in München, Bericht Max Allmers.

⁵⁴⁰ 1953 zahlten die Abgeordneten der SPD jeweils 25,- DM monatlich auf ein eigens eingerichtetes Konto ein; so kamen für die im selben Jahr stattfindende Bundestagswahl stattliche 12000,- DM zusammen. Welche Bedeutung die Umlage hatte, verdeutlicht die Tatsache, daß der Bezirk Süd-

Ein Teil der finanziellen Probleme, in denen sich die SPD in den fünfziger Jahren befand, war freilich hausgemacht. Die Kassierung der Mitgliederbeiträge bereitete der Partei zunehmend Schwierigkeiten, wie Max Allmer schon Ende 1949 zu berichten mußte. Der Sekretär des Bezirks Südbayern führte aus, im Grunde sei es um

„die finanziellen Verhältnisse im Bezirk nicht schlecht bestellt [...], es fehlt aber an der Kraft, um bei der Eintreibung der Beiträge durchzustossen. Diesem Punkt muss mehr Augenmerk zugewendet werden. Es wird oft 4 bis 6 Monate nicht kassiert. Wir waren deshalb bisher nie in der Lage, einen Etat aufzustellen oder mit einem aufgestellten Etat auszukommen. Es gibt Kreisverbände, die heute noch nicht in der Lage sind, eine ordentliche Abrechnung [...] zu machen. Es gibt aber auch Kreisverbände, die in einer Sturheit unsere Termine einfach nicht einhalten. [...] An diesen Dingen krankt unser Bezirk, nicht an der Beitragsleistung an sich. [...] Die schwäbischen Genossen sind in dieser Hinsicht disziplinierter, was darauf zurückzuführen ist, dass es sich meist um Flüchtlinge handelt, die eine straffere Organisation gewöhnt sind. Wir müssen die Genossen darauf aufmerksam machen, dass sie durch diese Schlamperei zu Totengräbern der Partei werden.“⁵⁴¹

Die Schwierigkeiten resultierten hauptsächlich aus der altertümlichen Form, in der die SPD das Geld von ihren Mitgliedern eintrieb: Bankeinzug oder Überweisung blieben die gesamten fünfziger Jahre hindurch verpönt, statt dessen gab es in jedem Ortsverein nach wie vor einen zur Vorstandschaft gehörenden Kassier, der den Obolus persönlich in Empfang nahm. Die in der Regel ehrenamtlichen Kassenverwalter dienten dabei nicht nur als Inkassobetrieb der Partei, sie waren aufgrund ihres engen und regelmäßigen Kontakts zu den Mitgliedern auch „gleichsam die Fühler, die die lokale Partei in die Nachbarschaft und die Betriebe, in die Gesellschaft allgemein ausgestreckt hatte.“⁵⁴²

Auf dem Land gestaltete sich ihre Aufgabe besonders schwierig, da die Mitglieder oft über zahlreiche Gemeinden verstreut lebten, und daher war der Posten des Kassiers kein sonderlich beliebtes Parteiamt. Im Ortsverein Oettingen erledigten bis Mitte der fünfziger Jahre die Söhne des Vorsitzenden die Einhebung der Beiträge, was mit großem zeitlichen Aufwand verbunden war, aber insgesamt relativ gut funktionierte.⁵⁴³ Als sie jedoch auf eine weiterführende Schule in einer anderen Stadt wechselten und dafür keine Zeit mehr blieb, ließ die Kassierung der Mitgliederbeiträge schnell „zu wünschen übrig“.⁵⁴⁴ Nachdem verschiedene Versuche ergeben hatten, daß ein Kassier in dem großen Ortsverein überfordert war, ver-

bayern aus eigenen Einnahmen nur eine Wahlrücklage von 11000,- DM bilden konnte. AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes Südbayern am 13. und 14. 6. 1953 in Kochel. Während der Bezirk Südbayern für die Bundestagswahl 1953 insgesamt 45743,48 DM aufwenden mußte, schlug die Landtagswahl 1954 bereits mit 74888,- DM zu Buche. Im Bundestagswahlkampf von 1957 mußte der Bezirk insgesamt 84000,- DM aufwenden. Diese Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD Bezirk Südbayern am 14. 11. 1953 in München, und ebenda, Protokoll der erweiterten Bezirksvorstandssitzung am 18. 12. 1954 in München, und AdsD, Bezirk Südbayern 36, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes am 7. 10. 1957 in München.

⁵⁴¹ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung des Bezirks Südbayern der SPD am 19. 11. 1949 in München.

⁵⁴² Lösche/Walter, SPD, S. 142.

⁵⁴³ Mündliche Auskunft von Helmut Stowasser vom 24. 11. 2000.

⁵⁴⁴ Protokollbuch OV Oettingen, Protokoll der Generalversammlung am 6. 1. 1957, und ebenda, Protokoll der Ausschusssitzung am 3. 8. 1957, und ebenda, Protokoll der Generalversammlung am 12. 5. 1956 (Kopien im Besitz des Verfassers).

teilte man die Last auf die Schultern von drei Mitgliedern, die jeweils einen Teil des Einzugsbereichs übernahmen.⁵⁴⁵ Wenn damit auch eine Verbesserung eintrat, blieb die Beitragserhebung eine gravierende Schwachstelle im Finanzsystem der Partei. Max Allmer hatte es auf den Punkt gebracht: „Voraussetzung für eine gute und schlagkräftige Partei ist eine gute und schlagkräftige Kassierung.“⁵⁴⁶ Und daran haperte es in der bayerischen SPD.

Vom Land in die Städte: Die Zentralisierung der Parteiorganisation

Die permanenten finanziellen Schwierigkeiten zwangen die Sozialdemokratie zu schmerzhaften organisatorischen Abstrichen.⁵⁴⁷ Schon Anfang 1949 wurde klar, daß die SPD über ihre Verhältnisse lebte. „Wir müssen sehr stark überlegen“, so Josef Strobl aus Ingolstadt, „ob wir den Parteiapparat in dieser Form überhaupt halten können.“⁵⁴⁸ Ein „finanziell schwacher Bezirk“ wie Oberbayern konnte es sich auf Dauer nicht leisten, neben seinem zentralen Sekretariat die Geschäftsstellen in den Landkreisen zu unterstützen. Max Allmer erklärte, „dass letzten Endes, wenn ein Kreis im Schwimmen war, immer der Bezirk herhalten mußte. In die kleinen Sekretariatchen muss immer Geld des Bezirkes hineinfließen, weshalb diese kleinen Sekretariate verschwinden müssen.“⁵⁴⁹ Zentralisierung der Organisation auf allen Ebenen lautete die Antwort der SPD auf die finanzielle Dauerkrise. Dabei scheute man auch vor tiefen Einschnitten wie der Fusion ganzer Bezirke nicht zurück. So verschmolzen 1949 die zuvor selbständigen Bezirke Oberbayern und Schwaben zum neugeschaffenen Bezirk Südbayern, obwohl ein Bericht Max Allmers von Anfang an klarstellte, „dass Schwaben lediglich aus finanziellen Nöten heraus Anschluss an den Bezirk Oberbayern sucht“ und ansonsten „weder organisatorische noch politische Interessen“ an dem Zusammenschluß habe.⁵⁵⁰

Die aus dem Zwang leerer Kassen heraus geschlossene Muß-Ehe brachte denn auch eine Reihe von Problemen mit sich, die in erster Linie aus gegenseitigen Eifersüchteleien entstanden. Sowohl die schwäbischen als auch die oberbayerischen Genossen wähten, über Gebühr zur Kasse gebeten zu werden und dafür keine entsprechenden Gegenleistungen zu erhalten. Im Februar 1953 kam es zur offenen Rebellion schwäbischer Funktionäre. In einer Resolution, der sich alle Kreisverbände Schwabens angeschlossen hatten, klagten sie, der Zusammenschluß habe der Parteiorganisation in Schwaben „schweren Schaden zugefügt“.⁵⁵¹ Vor

⁵⁴⁵ Protokollbuch OV Oettingen, Protokoll der Ausschußsitzung am 18. 5. 1958 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁵⁴⁶ AdSD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung des Bezirks Südbayern der SPD am 19. 11. 1949 in München.

⁵⁴⁷ AdSD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksverbandes Südbayern am 13. und 14. 6. 1953 in Kochel, Bericht Max Allmers.

⁵⁴⁸ AdSD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstands Oberbayern am 7. 3. 1949 in München. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

⁵⁴⁹ AdSD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung des Bezirks Südbayern der SPD am 13. 1. 1950.

⁵⁵⁰ AdSD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstands Oberbayern am 7. 3. 1949 in München.

⁵⁵¹ AdSD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll von der erweiterten Bezirksausschußsitzung für den Re-

allem kritisierten sie die Schließung des ehemaligen Bezirkssekretariats in Augsburg.⁵⁵² Der administrative Kahlschlag habe zur Folge gehabt, „daß die organisatorisch schwachen Kreisverbände fast vollkommen zum Erliegen kamen und die organisatorisch starken Kreisverbände zum großen Teil Mitgliederverluste erlitten.“ Daher hielt man die Loslösung Schwabens von Oberbayern und den Aufbau eines eigenständigen Bezirks „im Interesse unserer Partei für dringend erforderlich“, zumal dieser sich ein eigenes Sekretariat finanziell leisten könne, das sich „organisationspolitisch bestens bezahlt machen“ würde. Nach langen und kontroversen Diskussionen gelang es schließlich dem bayerischen Landesverband im Zusammenspiel mit dem Parteivorstand, das Auseinanderbrechen des Bezirks Südbayern zu verhindern. Die Spannungen, die der schwäbische Aufstand weiter vergrößert hatte, ließen sich jedoch nicht so schnell aus der Welt schaffen – das gegenseitige Mißtrauen blieb.

Der den finanziellen Engpässen geschuldete Zentralisierungsschub der Parteiorganisation blieb nicht auf die Bezirksebene beschränkt, vielmehr fielen ihm in erster Linie die Kreisorganisationen der SPD zum Opfer, die in den ersten Jahren nach 1945 das organisatorische Rückgrat der Partei gebildet hatten. Allerdings stieß der Einfluß der Kreisorganisationen in den Führungszirkeln der SPD nur auf wenig Gegenliebe. Als „[u]ngesund für den Bezirk“ und für dessen Arbeit sehr hinderlich bezeichnete beispielsweise Max Allmer „die Verschiedenartigkeit der Organisationsform“⁵⁵³ – eine verklausulierte Kritik an der Macht der Kreisführer. Später wurde Allmer deutlicher:

„Wir leiden darunter, dass die Kreisverbände aufgrund der damaligen Bestimmungen [der Lizenzierungspolitik der Militärregierung, J.B.] vor dem Bezirksverband entstanden sind. Dadurch handeln die Kreise zum Teil ganz selbständig und es entstehen in der Propaganda und in der Organisation Schwierigkeiten.“⁵⁵⁴

Die permanenten Finanznöte der Partei erwiesen sich jedoch als starke Verbündete der Zentralisten. Da neben der Kasse des Bezirks auch die der Kreisverbände „alle leer“ waren, konnte Allmer die Genossen vor die Wahl stellen: „Ein arbeitsfähiges Bezirkssekretariat oder zurück zur Kreisorganisation.“⁵⁵⁵ Das gleichzeitige Pochen auf die festgesetzte Beitragsverteilung, die dem Bezirk 65 Prozent der Mitgliederbeiträge sicherte, degradierte die scheinbaren Alternativen zur rhe-

gierungsbezirk Schwaben am 28. Februar und 1. März 1953 in Augsburg; Anlage: Entschließung vom 28. 2. 1953. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

⁵⁵² Das Augsburger Sekretariat war Anfang 1951 tatsächlich mehr oder weniger aufgelöst worden; statt dessen sollte Bezirkssekretär Josef Schäfer zweimal wöchentlich in Augsburg nach dem Rechten sehen. AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksausschusses der SPD Bezirk Südbayern am 20. 1. 1951 in München. Schäfer selbst bezeichnete die ihm aufgezwungene Doppelbelastung später als „eine Katastrophe, da er dadurch weder in Oberbayern noch in Schwaben Bescheid wisse.“ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD Bezirksverband Südbayern am 24. 3. 1952 in München.

⁵⁵³ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung des Bezirks Südbayern der SPD am 13. 1. 1950.

⁵⁵⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD-Südbayern am 15. 11. 1952 in Neuburg.

⁵⁵⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes Südbayern der SPD am 5. 9. 1949 in München. Das Folgende nach ebenda.

torischen Frage: Wenn den Ortsvereinen nur 35 Prozent des Beitragsaufkommens verblieb, war an eine Finanzierung von Kreisverbänden gar nicht zu denken.⁵⁵⁶

Ende 1949 machte der Parteivorstand dem Tauziehen um die organisatorische Gliederung offiziell ein Ende, indem er einen einheitlichen Aufbau der Partei fest schrieb, die sich nunmehr hierarchisch in Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirke und den Parteivorstand aufgliedern sollte.⁵⁵⁷ De facto blieben die Kreisverbände zwar bestehen, sie verloren in der Folgezeit jedoch stetig an Bedeutung, da aufgrund des schleppenden Beitragseingangs immer mehr Sekretariate geschlossen werden mußten.⁵⁵⁸ Auf diese Weise ging die finanziell bedingte Ausdünnung des Parteiapparats einseitig zu Lasten des Landes: Erstens befanden sich die Bezirkssekretariate ja in den urbanen Zentren München, Nürnberg und Regensburg, und zweitens erhielten nach der „Einstellung der Zuschusszahlungen an die Kreissekretariate“ nur noch die „politischen Schwerpunkte wie Augsburg und München“ Finanzspritzen von den Bezirken.⁵⁵⁹ Die als Kompensation für die wegfallenden Kreisverbände gedachten Unterbezirke wurden der ihnen übertragenen Aufgabe zunächst nicht gerecht, da sie zu groß waren und nicht über die notwendige personelle und materielle Ausstattung verfügten.⁵⁶⁰ Das gleiche galt für die Bezirke, die noch weiter von der Basis entfernt waren. So stärkte die organisatorische Entwicklung der SPD in den fünfziger Jahren einseitig die städtischen Hochburgen, während sie die Probleme in der ländlichen Diaspora noch verschärfte.

d) SPD-Wahlkämpfe auf dem Land

An der Landbevölkerung vorbei

Der mangelnde Kontakt zur Basis machte sich vor allem bei Wahlkämpfen negativ bemerkbar. Da die Kreisverbände zunehmend an Bedeutung verloren, ruhte die Last der Partearbeit in immer stärkerem Maße auf den Ortsvereinen. Damit aber wurde die geringe Organisationsdichte der SPD zu einem echten Problem: Im Bezirk Südbayern, zu dem 2191 Gemeinden gehörten, existierten Mitte 1953 nur 584 Ortsvereine und rund 30 Stützpunkte.⁵⁶¹ Über zwei Drittel aller Verwaltungseinheiten der Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben stellten für die SPD

⁵⁵⁶ Tatsächlich waren die Kreisverbände, die sich – wie beispielsweise Rosenheim – noch bis in die fünfziger Jahre ein eigenes Sekretariat leisteten, nie in der Lage, 65 Prozent des Beitragsaufkommens an den Bezirk abzuliefern; von Rosenheim erhielt der Bezirk maximal 50 Prozent der Beitragseinnahmen. AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung des Bezirks Südbayern der SPD am 13. 1. 1950, Bericht Max Allmers.

⁵⁵⁷ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung des Bezirks Südbayern der SPD am 13. 1. 1950.

⁵⁵⁸ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Wahlkreis Konferenz des Wahlkreises Schwaben am 6. 1. 1951 in Augsburg, Stellungnahme Max Allmers.

⁵⁵⁹ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksausschusses des SPD Bezirks Südbayern am 20. 1. 1951 in München.

⁵⁶⁰ AdsD, Bezirk Südbayern 36, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 14./15. 3. 1959 in Kochel, Bericht Max Allmers über die Parteiorganisation.

⁵⁶¹ AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes Südbayern am 13. und 14. 6. 1953 in Kochel, und SJB 25 (1955), S. 1.

organisatorisch weiße Flecken auf der Landkarte dar. In diesen vor allem im ländlichen Raum gelegenen Gemeinden fiel es der SPD besonders schwer, die wenigen Stammwähler zu mobilisieren und neue Stimmen hinzuzugewinnen, weil ihr Wahlkampf hier, ohne die Unterstützung des ortsansässigen Fußvolks, in der Luft hing.⁵⁶² Die Bezirke, die das Fehlen von Basisorganisationen kompensieren mußten, stießen schnell an ihre Grenzen. „Die Gemeinden seien meist ungeheuer weit auseinander“, faßte Hans Bals die Probleme des Wahlkampfes auf dem Land zusammen. „Das bedeutet für die Referenten und den Kandidaten eine sehr große finanzielle Belastung.“⁵⁶³ Die zu tragen, sah sich der verschuldete Bezirk Südbayern nicht in der Lage. Daher müsse man, folgerte der Bezirksvorsitzende Josef Kiene, „unsere Kreis- und Ortsverbände dazu bringen, daß sie sich um die kleinen Landgemeinden kümmern.“⁵⁶⁴ Und so schoben sich die Gliederungen gegenseitig den Schwarzen Peter zu, ohne daß auf dem Land etwas geschah.

Dabei war den Parteigremien schon sehr früh klar, daß die SPD vor allem in ihren ländlichen Problemzonen Fortschritte machen mußte, wenn sie in Bayern Erfolg haben wollte. Nach dem enttäuschenden Ergebnis der Bundestagswahl von 1949 analysierte Parteisekretär Josef Schäfer vor dem Bezirksvorstand der südbayerischen SPD die langfristige Entwicklung der Partei und konstatierte eine seit 1903 anhaltende Stagnation „der gesamten Linken“ zwischen 20 und 30 Prozent der bayerischen Wählerstimmen. „Ein Einbruch in die in Bayern vorherrschenden Bevölkerungskreise konnte nicht erzielt werden. Wir müssen daher zu einer Klarheit in der Bearbeitung des landwirtschaftlichen und gewerblichen Sektors kommen.“⁵⁶⁵ Die Mehrheit des Bezirksvorstandes teilte diese Ansicht, wenn manche auch Bedenken hinsichtlich der Realisierbarkeit äußerten. „Ein Eindringen in die landwirtschaftlichen Kreise in Bayern wird schwer möglich sein, da uns die Landsekretäre fehlen, die die Kirche zur Verfügung hat.“⁵⁶⁶ Eine Minderheit mochte der Einschätzung Schäfers nicht folgen. „Unsere Agitation braucht nicht auf die Landwirtschaft zurückgreifen“, tönte etwa der Genosse Herter aus Rosenheim, „wir haben ein grosses natürliches Reservoir in der Arbeiterschaft und im Flüchtlingssektor.“ Dieser Optimismus wurde jedoch durch die Wahlergebnisse schnell widerlegt. Alfred Frenzel stellte nach der Landtagswahl von 1950 fest, „dass es wenig nützt, wenn wir in den Städten gewinnen und das Land zurückbleibt. [...] Die Landgemeinden dürfen unter keinen Umständen vernachlässigt werden.“⁵⁶⁷ So setzte sich in der bayerischen SPD schließlich die allgemeine Überzeugung durch, „eine Stärkung der Partei bei künftigen Wahlen könne nur dann erfolgen,

⁵⁶² AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll von der Sitzung des engeren Bezirksvorstandes am 14. 10. 1952.

⁵⁶³ AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes Südbayern am 13. und 14. 6. 1953 in Kochel.

⁵⁶⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksausschußsitzung am 2. 12. 1951 in München.

⁵⁶⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes Südbayern der SPD am 5. 9. 1949 in München.

⁵⁶⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes Südbayern der SPD am 5. 9. 1949 in München, Stellungnahme des Genossen Lachmann. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

⁵⁶⁷ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstands-Vollsitzung des SPD-Bezirksverbandes Südbayern am 2. 12. 1950 in München.

wenn auch Mittel und Wege gefunden würden, auf das flache Land vorzudringen und dieses gründlich zu bearbeiten.“⁵⁶⁸

Das war jedoch leichter gesagt als getan. Das Kernproblem der SPD lautete: „Wie kommen wir an die bäuerliche Bevölkerung heran. Rein sozialdemokratische Parolen ziehen bei den Bauern nicht.“⁵⁶⁹ Damit hatte Josef Schäfer ein zentrales Problem angesprochen, das sowohl in der Programmatik der Partei als auch in ihrer Kommunikation mit der Bevölkerung bestand. „Wir können an die Menschen nur in ihrer volkstümlichen Sprache herankommen“, konstatierte Genosse Schönfelder, und bemängelte, daß die Partei im Wahlkampf nicht zwischen Stadt und Land unterscheide.⁵⁷⁰ Josef Sebald hatte schon 1949 kritisiert, „dass er draussen auf dem flachen Land mit dem Material, das bisher bei den Wahlen von oben kam, in Rosenheim gar nichts anfangen konnte, da es nicht auf die Mentalität der Provinzwähler zugeschnitten war.“⁵⁷¹ Daran änderte sich im Lauf der fünfziger Jahre nichts, obwohl nach fast jeder Wahl gebetsmühlenartig die Forderung wiederholt wurde, nun endlich die Landbevölkerung zu einer bevorzugten Zielgruppe der SPD zu machen.⁵⁷² Wie sehr der Bundestagswahlkampf von 1957 am traditionellen Arbeitermilieu ausgerichtet war, zeigt ein als „vertraulich“ bezeichnetes „Wahlpropaganda-Schema“, das die Genossen darüber aufklären sollte, „welche wichtigen Wahlkampfthemen sich besonders, oder kaum, oder gar nicht bei bestimmten Schichten (Gruppen usw.) eignen.“⁵⁷³ Alle zentralen Wahlkampfthemen der SPD – Arbeitszeitverkürzung, Sozialreform, Preise, Wohnungsbau, Wiederbewaffnung, Wiedervereinigung, Koexistenz und die Person Konrad Adenauers – kamen demnach bei Bauern, in Landgemeinden und teilweise auch bei Katholiken besonders schlecht an!

Amateure gegen Profis

Hinzu kam, daß die Wahlkämpfe der SPD in den fünfziger Jahren mit denen der Union nicht mithalten konnten. Während es CDU und CSU immer wieder gelang, zugkräftige Parolen zu formulieren⁵⁷⁴, wirkten die Slogans der SPD nicht selten einfallslos. „Statt Adenauer Ollenhauer“, hieß es etwa auf einem Bildplakat im Wahlkampf von 1953. Die CSU machte sich solche Schwächen prompt zunutze, indem sie Anzeigen schalten ließ, die dem Wähler abermals die personelle

⁵⁶⁸ AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Bezirksausschußsitzung der SPD – Bezirk Südbayern am 10. 7. 1955 in Augsburg, Stellungnahme Guido Schnebles.

⁵⁶⁹ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstands-Vollsitzung des SPD-Bezirksverbandes Südbayern am 2. 12. 1950 in München, Kurzreferat Josef Schäfers zum Ausgang der Landtagswahl.

⁵⁷⁰ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung SPD Bezirk Südbayern am 15. 4. 1950.

⁵⁷¹ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstands Oberbayern am 7. 3. 1949 in München.

⁵⁷² Beispielsweise AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD Bezirk Südbayern am 14. 11. 1953 in München, Stellungnahme des Genossen Mietz, und ebenda, Protokoll der erweiterten Bezirksvorstandssitzung am 18. 12. 1954 in München, Stellungnahme des Genossen Hoschka.

⁵⁷³ AdsD, Bezirk Franken 147, Wahlpropaganda-Schema, undatiert [1957]. Hervorhebung im Original. Das Folgende nach ebenda.

⁵⁷⁴ „Wodurch sich indessen die Werbung der CDU/CSU wirklich schwerwiegend von den Bemühungen der anderen Parteien unterschied, war ihre psychologische Treffsicherheit“, urteilte Gerhard Schmidchen, Die befragte Nation, S. 81.

Alternative „Adenauer oder Ollenhauer?“ vor Augen führte, wohl wissend, daß die Popularität des Kanzlers groß, die Farblosigkeit seines Herausforderers indes kaum zu überbieten war.⁵⁷⁵ Der SPD fiel es erheblich schwerer, ihre programmatischen Aussagen in einfache und zugkräftige Schlagwörter zu gießen. „Es wird sehr schwer sein, eine wirklich zündende Parole, die nicht nur Vernunft sondern auch Gefühl anspricht, zu finden“, seufzte der fränkische Bezirkssekretär Heinz Schmude in seiner Analyse der Bundestagswahl von 1957. „Die Gegner haben es leichter; sie spekulieren nur immer mit den Vorurteilen, die gegen die SPD bestehen und appellieren an die niedrigen Instinkte.“⁵⁷⁶

Die SPD präsentierte sich in den fünfziger Jahren häufig hausbacken und bieder. Ein Beispiel unter vielen: Im Bundestagswahlkampf von 1957 veröffentlichte sie ein illustriertes Faltblatt, im Parteijargon „Illus“ genannt, unter dem Titel „Wir laden Sie ein“, das die Programmatik der Partei an die Wählerinnen und Wähler bringen und dabei vor allem die junge Generation ansprechen sollte.⁵⁷⁷ Ein junger Mann – gepflegt, adrett mit modischem Kurzhaarschnitt und gewinnendem Lächeln – möchte heiraten, und zwar ein „süßes Mädél“ namens Katrin. Doch leider, leider stehen der Eheschließung eine Reihe von Hindernissen entgegen: Eine größere Wohnung ist ebenso unerschwinglich wie ein Auto, da die Bundesregierung ja für junge Leute nichts übrig habe außer der allgemeinen Wehrpflicht, die den jungen Mann um Jahre zurückwerfen werde, gerade jetzt, wo er es beruflich zu etwas bringt. Und die Hochzeit muß er natürlich auch verschieben – „Katrin wird sehr traurig sein“. Daher müßten die jungen Leute die SPD wählen, die mehr für die Jugend tue als die amtierende Regierung. Und wenn die SPD dereinst an der Regierung sei, der junge Mann seine Katrin geehelicht habe und beide eine neue Wohnung bezogen hätten, dann würde man sie doch sicher gelegentlich besuchen – „Katrin freut sich schon sehr“. Ob sich die „skeptische Generation“ (Helmut Schelsky) von dieser Spießeridylle angesprochen fühlte, darf bezweifelt werden.

Daß die SPD mit solchen Klischees den Geist der Zeit verfehlte, war schon schlimm genug. Zum völligen Desaster gerieten allerdings die frühen Wahlfilme, die sich als regelrechte Antiwerbung entpuppten. Auch die SPD hatte große Hoffnungen in das neue Medium gesetzt und sich vor allem für den Wahlkampf im ländlichen Raum große Wirkung davon versprochen.⁵⁷⁸ Es rächte sich jedoch bitterlich, daß die Partei es aus Kostengründen unterlassen hatte, professionelle Experten mit der Herstellung des Filmmaterials zu beauftragen. Die Parteisekre-

⁵⁷⁵ Das SPD-Plakat findet sich in AdsD, Bezirk Franken 143, Aufstellung: „Rohübersicht über das vom PV vorbereitete Wahlmaterial Bundestagswahlkampf 1953“, undatiert. Die Antwort der CSU beispielsweise in RN vom 4. 9. 1953. Vgl. dazu Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 285 f. Scharfe Kritik an dem Slogan „Statt Adenauer Ollenhauer“ übte Schmidtchen, Die befragte Nation, S. 51 f.: „Dieser Spruch konnte nur in völliger Unkenntnis der Lage formuliert worden sein. Es war der Versuch, die Wähler aufzufordern, ein starkes Symbol, das zum erstenmal seit Jahren den Komfort einer einfachen und sicheren politischen Orientierung mit sich brachte, aus der Hand zu geben und dafür ein Symbol einzutauschen, das nichts von diesem Glanz trug. Der Versuch mußte fehlschlagen.“

⁵⁷⁶ AdsD, Bezirk Franken 157, Heinz Schmude: Untersuchung des Bundestagswahlergebnisses 1957 im Bezirk Franken vom 30. 10. 1957.

⁵⁷⁷ Die im folgenden beschriebene Broschüre „Wir laden Sie ein“ findet sich in AdsD, Bezirk Franken 145.

⁵⁷⁸ AdsD, Bezirk Franken 147, Kurzbericht über die 4. Sitzung des Landeswahlausschusses am 7. 1. 1958 in München, Stellungnahme Franz Höhnes.

täre, die schließlich für Konzeption und Realisierung verantwortlich zeichneten, waren zwar mit Eifer und Engagement bei der Sache, ihnen fehlte jedoch das nötige Know-how. Daß die Filme zu spät fertig wurden und deswegen im Wahlkampf von 1957 „nur beschränkt eingesetzt“ werden konnten, fiel gegenüber den fachlichen Mängeln kaum ins Gewicht. Heinz Schmude urteilte: „Unter den Trickfilmen waren einige sehr verfängliche Stellen, die uns bestimmt geschadet haben, so z. B. den Kapitalisten wird eines übergehauen und sein Geld geteilt [sic!], genau wie sich ‚Lieschen Müller‘ die SPD als Räuber ihres Eigentums vorstellt.“⁵⁷⁹

Auch mit dem Wahlfilm von 1958, den die Landtagsfraktion in Auftrag gegeben hatte, schoß die SPD ein propagandistisches Eigentor. An dem Streifen „Der Weg des Fritz Obermeier“ schieden sich die Geister, noch ehe er überhaupt an die Öffentlichkeit gekommen war.⁵⁸⁰ Viele Sozialdemokraten kritisierten die Kosten der Produktion: Für den ursprünglich als reinen Dokumentarfilm konzipierten Streifen hatte man 29 000,- DM veranschlagt, nachdem jedoch eine Spielhandlung eingebaut wurde, schlug er mit 69 000,- DM zu Buche. Andere Genossen bemängelten die Machart und den Inhalt des Streifens. Am weitesten ging Hans-Jochen Vogel, der in einem Brief an Waldemar von Knoeringen „die schwersten Bedenken“ äußerte und fürchtete,

„dass er unter Umständen sogar eine negative Wirkung herbeiführt. Zu dieser Überzeugung bin ich schon wegen der erheblichen technischen Mängel des Filmes gelangt. So ist die Musik auf weiten Strecken des Filmes schlechthin unerträglich. Gegen Ende trägt sie ausgesprochenen Beerdigungscharakter. Die Darsteller sind offenbar keine Schauspieler, sondern Dilettanten, die sich eckig und hölzern bewegen und sich teilweise nur durch hilflose Gebärden weiterhelfen. Die Aufnahmen, insbesondere die Landschaftsaufnahmen, sind denkbar primitiv und zeigen keines der Objekte, an denen unsere bayerische Landschaft weiss Gott überreich ist. Noch stärkeren Einwänden begegnen jedoch die Dialoge und der sachliche Inhalt des Films. Fritz Obermeier gibt bei der Unterhaltung mit seinem Schwager im wesentlichen nur Phrasen von sich. Die offenbar witzig gemeinten Bemerkungen seiner Schwester sind gequält und bringen niemand zum Lachen. Der Begleittext ergeht sich ebenfalls an vielen Stellen in allgemeinen Redewendungen und enthält zudem eine grössere Anzahl von sachlichen Fehlern. [...] Unter den gegebenen Umständen halte ich es in der Tat für das beste, wenn der Film überhaupt nicht gezeigt wird.“⁵⁸¹

Abermals hatte die SPD aus Kostengründen darauf verzichtet, eine Filmfirma einzuschalten, und statt dessen den Bezirkssekretär Josef Schäfer mit der Herstellung des Films beauftragt, auf den sich nun die harsche Kritik konzentrierte. Trotz aller wohl begründeten Bedenken gab der Bezirksvorstand den Wahlfilm schließlich frei – ein schlechter Wahlfilm schien den Funktionären immer noch besser als gar keiner. Im Vergleich zu den hochprofessionellen Filmen der Union gaben die amateurhaften Streifen der bayerischen Sozialdemokraten ein jämmerliches Bild ab. Was den Einsatz neuer Medien im Wahlkampf betrifft, konnte die SPD in den fünfziger Jahren CDU und CSU nicht das Wasser reichen.

⁵⁷⁹ Dagegen bezeichnete Schmude den Wahlfilm der Union „Unter weißblauem Himmel“ als sehr gut gemacht – „schöne Landschaften, Städte und hin und wieder Männer der Regierung – geschickter Text.“ AdsD, Bezirk Franken 157, Heinz Schmude: Untersuchung des Bundestagswahlergebnisses 1957 im Bezirk Franken vom 30. 10. 1957.

⁵⁸⁰ Das Folgende nach AdsD, Bezirk Südbayern 36, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 20. 9. 1958 in München.

⁵⁸¹ Abgedruckt ebenda.

Konzentration auf die Städte

Allerdings bestanden die Wahlkämpfe in der ersten Dekade der Bundesrepublik noch hauptsächlich aus den klassischen Wahlversammlungen, und gerade auf diesem Sektor zeigte sich sehr deutlich, in welchem Maße die SPD eine Partei der städtischen Ballungszentren gewesen ist. Hier, in den Hochburgen der SPD wie München, Nürnberg oder Augsburg, fanden die zentralen Großkundgebungen statt, und hier kamen die prominenten Redner zum Einsatz.⁵⁸² Auch in der „proletarischen Provinz“ gab sich die SPD einfallreich: Auf der Huberspitze in der Nähe von Hausham, das zum oberbayerischen Pechkohlerevier gehörte, wurde das Parteilogio in riesigen, mit Leuchtfarbe überzogenen und damit weithin sichtbaren Buchstaben aufgestellt.⁵⁸³ Auf dem Land suchte man dergleichen dagegen vergeblich. Das heißt nicht, daß sich die ländlichen Parteigliederungen keine Mühe gegeben hätten, im Gegenteil: Nicht ohne Stolz berichtete etwa Heinz Betscher, der Wahlkampfleiter der SPD für den Bundeswahlkreis Nördlingen/Donauwörth/Neuburg, daß man im Bundestagswahlkampf von 1957 insgesamt 125 Versammlungen abgehalten hatte, zu denen zusammen über 10000 Besucher erschienen waren.⁵⁸⁴ Namhafte Referenten wie Minister und Abgeordnete traten allerdings nur in den Kreisstädten auf, in denen auch die Kabarettprogramme „Zeitzünder“ und „Kleine Fische“ zu sehen waren. Auf den Versammlungen an der Peripherie sprachen neben dem Kandidaten Adolf Härtl lediglich lokale Funktionäre, deren Referate von einem Diavortrag ergänzt wurden.⁵⁸⁵

Solche Veranstaltungen waren in der SPD allerdings auch nicht unumstritten. Im Bezirksvorstand Südbayern sprach man sich zwar einerseits dafür aus, „das Schwergewicht der Propaganda auf das Land zu verlegen.“ Andererseits hieß es aber, „Versammlungen nützen in den Dörfern nichts“, nur in Diskussionen im kleinen Kreis könne die SPD ihr Programm wirksam vermitteln.⁵⁸⁶ Die meisten führenden Sozialdemokraten hielten die Abordnung ihrer Spitzenreferenten aufs Land für eine Vergeudung von Ressourcen, da Versammlungen im ländlichen Raum in der Regel schwächer besucht wurden als in Großstädten, und damit die Zugpferde der Partei weniger Menschen erreichten. In seiner Analyse der Nachwahl im Bundeswahlkreis Donauwörth klagte Josef Schäfer: „Überall wünschte man einen Abgeordneten. Es ist eine absolute Unmöglichkeit, in jedes Nest einen Abgeordneten zu schicken. Ein grosser Teil der Versammlungen hat nicht stattgefunden. Referenten auf ganz kleine Dörfer zu schicken, ist unrentabel, da die Fahrspesen zu hoch sind.“⁵⁸⁷ Dem Mann konnte schwerlich widersprochen wer-

⁵⁸² Siehe beispielsweise die Planung des Bezirks Franken für den Wahlkampf von 1958. AdsD, Bezirk Franken 147, Kurzbericht über die 10. Sitzung des Landeswahlausschusses am 8. 7. 1958 in Kochel.

⁵⁸³ AdsD, Bezirk Franken 143, Aufstellung „Zusätzliche Ideen und Anregungen für den bevorstehenden Wahlkampf“, undatiert.

⁵⁸⁴ RN vom 13. September 1957 („Über zehntausend Besucher in 125 Wahlversammlungen“).

⁵⁸⁵ Als der Ortsverein Oettingen beispielsweise 1948 Waldemar von Knoeringen als Referenten anforderte, beschied ihm das Bezirkssekretariat in Augsburg kühl, der Landesvorsitzende stehe nicht zur Verfügung. Protokollbuch OV Oettingen, Protokoll der Ausschusssitzung am 24. 3. 1948, und ebenda, Protokoll der Ausschusssitzung am 9. 4. 1948 (Kopien im Besitz des Verfassers).

⁵⁸⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD Bezirk Südbayern am 14. 11. 1953 in München, Stellungnahme des Genossen Mietz.

⁵⁸⁷ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung der SPD Bezirk Südbayern am 1. 6. 1951 in München.

den. Im Bundeswahlkreis Weiden fielen 1953 26 von 86 geplanten Versammlungen aus, im Bundeswahlkreis Tirschenreuth sogar 15 von 30.⁵⁸⁸ Von den ohnehin relativ wenigen Wahlveranstaltungen, die für das Land geplant worden waren, fanden demnach ein Drittel bis die Hälfte gar nicht statt!

Man wird sich zwar davor hüten müssen, allein die Defizite im Wahlkampf für das schlechte Abschneiden der SPD auf dem Land verantwortlich zu machen. Allerdings läßt sich Gerhard Schmidtchens Fazit des Bundestagswahlkampfes von 1953 wohl auf die gesamten fünfziger Jahre übertragen: „Es ist nicht anzunehmen, daß die SPD in der Situation des Jahres 1953 mit irgendeiner Propaganda den Wahlsieg hätte herbeiführen können [...], aber sie hätte mit geeigneteren Mitteln, als den von ihr eingesetzten, den Erfolg der CDU in gewissen Grenzen halten können.“⁵⁸⁹ Die Konzentration auf die städtischen Ballungsräume war nicht dazu geeignet. Sie verstärkte die ohnehin gravierenden Unterschiede zwischen Hochburgen und Diaspora nur noch, wie sich in der Landtagswahl von 1958 zeigte, als die SPD leichte Zugewinne verbuchen konnte, die auf ein besonders gutes Abschneiden in den städtischen Hochburgen zurückzuführen waren. Im Bezirk Franken erreichte die Sozialdemokratie unter anderem in Nürnberg, Fürth, Hof und Kulmbach über 50 Prozent der Stimmen, was Heinz Schmude als großen Erfolg wertete: „Besonders in Franken konnten wir unsere früheren ‚Hochburgen‘ nicht nur erfolgreich verteidigen, sondern auch bisher nie verzeichnete Ergebnisse erzielen.“⁵⁹⁰ Gleiches galt für den Bezirk Südbayern, wo die Partei dank eines herausragenden Abschneidens in München auf überdurchschnittliche Zugewinne kam. Allerdings reichten die deutlichen Stimmengewinne in den Ballungszentren im Gesamtergebnis nur zu einem bescheidenen Plus von 2,7 Prozentpunkten gegenüber der Landtagswahl von 1954⁵⁹¹, während die CSU deutlich zulegen konnte. Wollte die SPD den Abstand zur CSU verringern, mußte sie in einem Flächenstaat wie Bayern auch auf dem Land Fortschritte erzielen – und dementsprechend auch ihren Wahlkampf umstellen.

e) *„Dame ohne Unterleib“: Mangelndes kommunalpolitisches Fundament*

Allerdings ließ auf dem Land nicht nur der Wahlkampf der SPD zu wünschen übrig, auch ihre Kandidaten waren häufig nicht besonders attraktiv. Josef Schäfer beschrieb das Problem folgendermaßen: „Da es leider nicht viele Genossen gibt, die aus Idealismus in Gebieten kandidieren, in denen keine Aussicht auf Gewähltwerden besteht, werden oft Nullen aufgestellt, die nicht zugkräftig sind.“⁵⁹² Die meisten Direktkandidaten der SPD im ländlichen Raum schätzten ihre Chancen gering ein. So gab sich beispielsweise der Genosse Stuber, der in der Landtags-

⁵⁸⁸ AdsD, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz 15, Niederschrift über die Wahlkampfleiterbesprechung am 15. 12. 1956 in Regensburg.

⁵⁸⁹ Schmidtchen, Die befragte Nation, S. 52.

⁵⁹⁰ AdsD, Bezirk Franken 147, Heinz Schmude an Herbert Kriedemann vom 27. 11. 1958. Das Folgende nach AdsD, Bezirk Südbayern 36, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 29. 11. 1958 in München, Referat Josef Schäfers.

⁵⁹¹ Diese Angaben nach Ritter/Niehus, Wahlen in Deutschland, S. 174.

⁵⁹² AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes am 7. 6. 1952 in München.

nachwahl von 1952 in Neuburg an der Donau für die Sozialdemokratie antrat, sehr pessimistisch: Er meinte, er könne das Ergebnis der Partei möglicherweise verbessern, aber die Wahl keinesfalls gewinnen und habe die Kandidatur daher „nur im Interesse der SPD angenommen“.⁵⁹³

Die Wahl des Teufels: Ein Sozialdemokrat als Bürgermeister

Daß es der SPD oft schwer fiel, geeignete Kandidaten im ländlichen Raum aufzustellen, lag nicht zuletzt an der mangelnden kommunalpolitischen Verankerung der Partei auf dem Land. Der SPD gelang es in den fünfziger Jahren nur selten, die prestigeträchtigsten kommunalpolitischen Positionen in agrarisch geprägten Regionen – Bürgermeister und Landrat – zu erobern. In den elf in die Untersuchung einbezogenen Landkreisen wurde damals nur ein einziger Landrat auf Vorschlag der SPD gewählt – ein Sonderfall, auf den noch einzugehen ist. In den Kommunen sah es kaum besser aus. Im Landkreis Landsberg am Lech etwa fand sich die gesamten fünfziger Jahre hindurch in keiner der 59 kreisangehörigen Gemeinden ein von der SPD aufgestellter Ortsvorsteher. Ansonsten blieben die Landgemeinden, so sie nicht von parteilosen Bürgermeistern verwaltet wurden, fest in den Händen von CSU und Freien Wählern. Etwas besser sah es im Landkreis Roding aus, wo der Kandidat der SPD wenigstens in einer von 44 Gemeinden reüssierte.⁵⁹⁴

Das Wunder geschah in der Marktgemeinde Bruck in der Oberpfalz, in der – anders als im Landkreisdurchschnitt – schon längst nicht mehr die Landwirtschaft dominierte. Die große Mehrheit der Erwerbspersonen, nämlich 53,7 Prozent, zählte statistisch zur Arbeiterschaft. Allerdings gab es Anfang der fünfziger Jahre in der Gemeinde selbst noch keine größeren Industriebetriebe. Daher pendelten fast 150 Einwohner täglich in den Nachbarlandkreis Neunburg vorm Wald, wo sie im Hüttenwerk von Bodenwöhr Arbeit fanden. Zudem lag die Kommune im Einzugsbereich des Landkreises Burglengenfeld und seines wirtschaftlichen Herzens, der Stadt Schwandorf, die zu den wenigen traditionellen „roten Flecken“ im schwarzen Bayern zählten. Alles in allem fand die SPD damit in Bruck vergleichsweise günstige Ausgangsbedingungen vor.⁵⁹⁵

Im Frühjahr 1952 befand sich die Gemeinde Bruck im Wahlfieber, seit bekannt geworden war, daß zwei Bewerber um den Posten des Bürgermeisters konkurrierten. Gegen den Amtsinhaber Josef Vanino, einem von der CSU vorgeschlagenen Rentner, hatte mit dem 1924 geborenen Hans Hölzl ein ganz junger Kandidat seinen Hut in den Ring geworfen, der erst im Jahr zuvor der SPD beigetreten war. Damit war der Sozialdemokratie ein geschickter Schachzug gelungen, denn

⁵⁹³ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD-Südbayern am 15. 11. 1952 in Neuburg.

⁵⁹⁴ BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen der Landkreise Landsberg am Lech, Wasserburg am Inn, Bogen, Beilngries, Neumarkt in der Oberpfalz, Roding, Feuchtwangen, Rothenburg ob der Tauber, Königshofen im Grabfeld, Neuburg an der Donau und Nördlingen, sowie Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg und Roding.

⁵⁹⁵ BSB 177, Bd. 3, S. 104f., und Blab, Bodenwöhr, sowie ders., 500 Jahre BHS-Hüttenwerk. Dazu ausführlich Süß, Kumpel und Genossen. Die Sozialdemokraten aus der Kreisstadt Roding, die nicht mehr im Einzugsbereich Schwandorfs lagen, blickten deshalb nicht selten neidisch nach Bruck, wo den örtlichen Genossen ganz andere Möglichkeiten zur Verfügung standen. Mündliche Auskunft Georg Oswalds vom 13. 5. 1998.

Hölzls Vater hatte bereits die Geschicke der Gemeinde geleitet, und Hölzl selbst war vor und nach dem Krieg mehrere Jahre in der Gemeindeverwaltung tätig gewesen. Obwohl erst 27 Jahre alt, war Hölzl damit in Bruck bereits eine allseits bekannte Persönlichkeit, dem man durchaus Chancen einräumte. Daher wurde der Wahlkampf von der CSU und ihren Sympathisanten mit harten Bandagen geführt. Der Pfarrer von Bruck heftete beispielsweise ein Plakat an die Kirchentür mit der Aufschrift: „Wer Hölzl (SPD) wählt, wählt den Teufel!“ Doch es nutzte alles nichts, Hans Hölzl wurde mit 870 Stimmen zum neuen Bürgermeister gewählt, während auf Josef Vanino nur 564 Stimmen entfielen. Manche mochten den Wahlausgang nicht kommentarlos hinnehmen: Als kurz darauf die Friedhofskapelle neu gestaltet wurde, zierten die Gesichtszüge des frischgebackenen Bürgermeisters wohl nicht ganz zufällig das Konterfei des Leibhaftigen.⁵⁹⁶

Allerdings stellte das Wahlergebnis weniger einen Erfolg der SPD, als vielmehr einen persönlichen Triumph Hans Hölzls dar. Ausschlaggebend dürfte gewesen sein, daß die in Bruck ansässigen Neubürger – rund 570 bei einer Einwohnerzahl von gut 2800 – fast ausnahmslos für den jungen Kandidaten der SPD votierten.⁵⁹⁷ Sie hatten nicht vergessen, daß Hölzl sich seit seiner Rückkehr aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft im September 1945 ganz besonders für sie eingesetzt hatte: Viele hatte Hölzl selbst mit einem Lkw von der tschechoslowakischen Grenze nach Bruck gebracht, wo sie in den Tanzsälen der beiden Gasthäuser und im nahegelegenen Waldlager Mappach eine provisorische Unterkunft fanden.⁵⁹⁸ Auch in den folgenden Jahren ließ Hölzl den Neuankömmlingen immer wieder kleinere und größere Hilfen angedeihen, etwa Nahrungsmittelpenden, die im Wege der Viehbeschlagnahme aufgebracht worden waren. Wie wenig das Votum für Hölzl ein Votum für die SPD war, verdeutlichen die gleichzeitig abgehaltenen Gemeinderatswahlen, in denen die SPD nur 25,4 Prozent der Stimmen erhielt, während sich die CSU mit 41,6 Prozent als stärkste Partei behauptete. Die meisten Flüchtlinge hatten nicht für die SPD, sondern für eine eigenständige Flüchtlingsliste gestimmt, die 23,5 Prozent der Stimmen erhielt. Im neuen Marktgemeinderat verfügte die CSU demnach über fünf, die Flüchtlinge über drei und die SPD über zwei Sitze.⁵⁹⁹

Persönlichkeiten und Partei

So selten die SPD Rathäuser im ländlichen Raum erobern konnte, war die Wahl Hans Hölzls doch in mehrerer Hinsicht charakteristisch. Erstens durfte die SPD allenfalls in den regionalen Zentren agrarisch geprägter Regionen auf derartige Erfolge hoffen, während sie in den Landgemeinden ohne jede Wahlchance blieb und

⁵⁹⁶ Mündliche Auskünfte Hans Hölzls vom 2. 6. 1998 und Franz Sackmanns vom 3. 6. 1998. Der Wahlausgang nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Bruck in der Oberpfalz, und Bayerwald-Anzeiger vom 5./6. 4. 1952 („Kurzbericht: „Neuer Bürgermeister in Bruck“). Hölzl war damit seinerzeit einer der jüngsten Bürgermeister in ganz Bayern; BSB 182, S. 19.

⁵⁹⁷ BSB 177, Bd. 3, S. 102. Diese und die folgenden Angaben nach mündlicher Auskunft Hans Hölzls vom 2. 6. 1998.

⁵⁹⁸ Dobkowitz, Waldlager Mappach.

⁵⁹⁹ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Bruck in der Oberpfalz.

in der Regel auch keinen eigenen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters präsentierte. Zweitens galt die Stimmabgabe für die SPD mehr dem Kandidaten als der Partei. Bei Wahlen auf Bundes- oder Landesebene konnten die Ergebnisse in diesen Gemeinden daher wieder ganz anders aussehen, und auch in den Stadträten der regionalen Zentren besaß die SPD nicht überall die Mehrheit.⁶⁰⁰

Selbst die Hoffnung, SPD-Bürgermeister könnten ihre Gemeinden mitziehen und in sozialdemokratische Hochburgen verwandeln, erwies sich in der Regel als illusorisch. Nach dem Abtritt des Amtsinhabers gelang es der SPD nur selten, das betreffende Rathaus zu verteidigen, wie das Beispiel der Stadt Nördlingen zeigt. Hier wurde 1948 mit Johannes Weinberger ein Sozialdemokrat zum Bürgermeister gewählt, der es – aus einfachen Verhältnissen stammend – zum selbständigen Malermeister gebracht, bereits von 1924 bis 1933 dem Stadtrat angehört hatte und über alle Parteigrenzen hinweg hohes Ansehen in der Bevölkerung genoß.⁶⁰¹ Als Weinberger 1964 sein Amt aufgrund seiner angeschlagenen Gesundheit niederlegte, setzte sich der von der CSU vorgeschlagene Hermann Kessler gegen Rudolf Koegel durch, den die SPD zum Nachfolger Weinbergers auserkoren hatte. Obwohl der Alt-OB sein ganzes Prestige in die Waagschale warf, konnte er die Niederlage der SPD nicht verhindern. Koegel, der nur 38,2 Prozent der Stimmen erhielt, haftete zu sehr der sozialdemokratische Stallgeruch an.⁶⁰² Das Ansehen, das einzelne Persönlichkeiten der SPD in der ländlichen Bevölkerung genossen, ließ sich nicht auf die Partei übertragen.

In ihrer Personalnot verfiel die SPD mitunter sogar auf den Gedanken, erfolgversprechende Kandidaten von außen aufzubieten. Das bescherte ihr in einigen Fällen regelrechte Scheinerfolge, wie das Beispiel des Nördlinger Landrats Gerhard Müller zeigt. Müller trat zwar 1952 auf Vorschlag der SPD zur Wahl an, obwohl ihn nur eines mit der Sozialdemokratie verband – das gemeinsame Ziel, den Amtsinhaber Heinrich Vogt von der CSU zu verdrängen. In einer quasi offiziellen Vorstellung in den „Rieser Nachrichten“ betonte Müller sogar, lediglich aus der gemeinsamen Sorge um das Wohl des Landkreises für die SPD zu kandidieren –

⁶⁰⁰ Während sich Gabriel Neumeier in Wasserburg auf eine solide SPD-Mehrheit stützen konnte, mußte Johannes Weinberger in Nördlingen gegen eine Mehrheit aus CSU und Freien Wählern regieren. 1952 errang die SPD sieben Mandate im Stadtrat; ihnen standen neun Stadträte der Überparteilichen Wählergemeinschaft aus CSU und Parteifreien, drei Vertreter einer Flüchtlingsliste sowie zwei Vertreter der DP gegenüber. RN vom 2. 4. 1952 („Ausgewogenes Stimmverhältnis im Stadtrat“). 1956 verlor die SPD zwei Sitze, und die Überparteiliche Wählergemeinschaft errang die absolute Mehrheit im Stadtrat; RN vom 20. 3. 1956 („Überparteiliche haben absolute Mehrheit“). Wie sehr sich die Ergebnisse von Bundestags- und Kommunalwahlen unterscheiden konnten, zeigt ein Blick auf die Ergebnisse in den Städten Nördlingen und Wasserburg. Obwohl in beiden Städten die SPD den Oberbürgermeister bzw. den 1. Bürgermeister stellte, wurde die CSU bei den Bundestagswahlen von 1953 und 1957 zur stärksten politischen Kraft. BSB 193, S. 24f. und S. 159ff., sowie BSB 206, S. 23* f. und S. 147* ff.

⁶⁰¹ Zur Biographie Weinbergers RN vom 30. 3. 1965 („Ein reich erfülltes Leben“), und Hänger, Vom Arbeiterverein zur Volkspartei, S. 68.

⁶⁰² Zur Wahl des Nördlinger Oberbürgermeisters im Jahr 1964 vgl. Hänger, Vom Arbeiterverein zur Volkspartei, S. 72f. Koegels Ergebnis nach ebenda, S. 73. Dazu auch RN vom 9. 3. 1964 („Die Sieger der Wahl: Dr. Hermann Kessler und Gerhard Müller“). Eine biographische Würdigung Koegels in RN vom 10. 7. 1985 („Eine Persönlichkeit, die man nicht vergißt“). Die Wahlkampf-broschüre „Unser Nördlingen“ (Kopie im Besitz des Verfassers), mit der die SPD warb, zeigte beispielsweise ein großes Photo von Koegel mit dem bereits schwer gezeichneten Weinberger, das mit den Worten unterlegt ist: „Rudolf Koegel hat mein volles Vertrauen!“

ansonsten unterhalte er „selbstverständlich“ keine Verbindungen zur Sozialdemokratie!⁶⁰³ Zur großen Überraschung wurde Müller im zweiten Wahlgang mit 24 von 42 Stimmen tatsächlich zum Landrat gewählt, obwohl die „Rieser Wahlgemeinschaft“ aus CSU und Parteifreien im Kreistag mit 23 Stimmen über die absolute Mehrheit verfügte und Heinrich Vogt zuvor einmütig zu ihrem Kandidaten erkoren hatte.⁶⁰⁴ Angesichts der politischen Verhältnisse im Ries dürfte die deutliche Distanz zur SPD, die Müller im Wahlkampf erkennen ließ, seiner Wahl eher förderlich gewesen sein. Jedenfalls stellte Müllers Verhalten keinen Einzelfall dar: Im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz wie in einer ganzen Reihe weiterer Bezirke war die Mehrzahl der auf Vorschlag der SPD gewählten kommunalen Amtsträger nicht Mitglied in der Partei.⁶⁰⁵ Als Landtags- oder Bundestagskandidaten kamen sie daher nicht in Betracht.

Doch selbst diejenigen kommunalen Mandatäre, die fest in der Partei verwurzelt waren, brachten die SPD bei Bundestags- oder Landtagswahlen nicht immer weiter, weil die wenigsten von ihnen die Statur für eine überregionale politische Karriere besaßen. Das zeigt das Beispiel Johannes Weinbergers, eines fraglos erfolgreichen Kommunalpolitikers, der die Geschicke der Stadt Nördlingen von 1948 bis 1964 maßgeblich bestimmte. Als die SPD ihn jedoch in der Bundestagsnachwahl im Wahlkreis Donauwörth 1951 ins Rennen schickte, zeigten sich die Grenzen seiner Popularität. Obwohl seine Partei nichts unversucht ließ und einen sehr engagierten Wahlkampf führte⁶⁰⁶, in dem auch Parteichef Kurt Schumacher persönlich auftrat, erzielte Weinberger nur 19,1 Prozent der Stimmen. Einzig in der Stadt Nördlingen konnte sich die SPD gegenüber der Landtagswahl von 1950 verbessern.⁶⁰⁷ In der Regel stellte die Kommunalpolitik in ländlichen Regionen nicht das Reservoir dar, aus dem die Sozialdemokratie ihren „Nachwuchs“ für die Bundes- und Landespolitik rekrutierte. Daher konnte sie, im Unterschied zur CSU, in den Wahlkämpfen nicht mit dem Pfund renommierter einheimischer Kandidaten wuchern. Kurz: In den fünfziger Jahren mangelte der SPD auf dem Land die kommunalpolitische Verankerung. Damit erinnerte sie an die „Dame ohne Unterleib“ des Münchner Oktoberfests.

⁶⁰³ RN vom 28. 3. 1952 („Die Kandidaten stellen sich vor“).

⁶⁰⁴ LRA Donau-Ries, Registratur 015/1 Nö, LRA Nördlingen an das Bayerische Statistische Landesamt vom 2. 12. 1971, und ebenda, LRA Nördlingen an die Regierung von Schwaben vom 6. 5. 1952, und RN vom 7. 5. 1952 („Rechtsanwalt Gerhard Müller zum neuen Landrat gewählt“). Allerdings blieb die Freude der SPD über den Wahlsieg Müllers nicht ungetrübt, weil der frischgebackene Landrat der CSU beitrug; obwohl er diesen Schritt schnell wieder rückgängig machte, erforderte es einige Seelenmassage an der Basis, bis sich die Genossen 1958 erneut bereit fanden, Müller aufzustellen. Protokollbuch OV Oettingen, Protokoll der Ausschusssitzung am 19. 1. 1958, und ebenda, Protokoll der Kreismitgliederversammlung am 28. 2. 1958 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁶⁰⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung des Bezirks Südbayern der SPD am 19. 11. 1949 in München, Bericht Alfred Frenzels von den Beratungen des PV in Herne.

⁶⁰⁶ Dazu AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung der SPD Bezirk Südbayern am 1. 6. 1951 in München, Bericht Josef Schäfers.

⁶⁰⁷ In Nördlingen erhielt Weinberger sogar mit 48,2 Prozent deutlich mehr Stimmen als Landwirtschaftsminister Wilhelm Niklas, der für die CSU angetreten war und in der Stadt Nördlingen nur auf 29,5 Prozent kam. Zur Bundestagsnachwahl von 1951 im Bundeswahlkreis Donauwörth vgl. Hänger, Vom Arbeiterverein zur Volkspartei, S. 68 ff.

f) Partei der Außenseiter

Daß die SPD in ländlichen Regionen stagnierte, lag auch an ihrer Mitgliederschaft, die sich – im Unterschied zur CSU und zu den parteifreien Wählergruppen – vor allem aus Menschen zusammensetzte, die dort nicht zum Establishment zählten.⁶⁰⁸ Zugespitzt kann man die SPD auf dem Land als eine Partei der Außenseiter charakterisieren, die vor allem Arbeiter und Flüchtlinge anzog – Gruppen, die von der ländlichen Gesellschaft traditionell mit Argwohn und Geringschätzung betrachtet wurden.

Der Aufstieg der Neubürger in der Sozialdemokratie

Flüchtlinge wie Wenzel Jaksch oder Richard Reitzner spielten an der Spitze der bayerischen Sozialdemokratie nach 1945 eine wichtige Rolle.⁶⁰⁹ So wurde etwa Reitzner schon 1947 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt, was Hildegard Kronawitter rückblickend als „Ausdruck für die rasche organisatorische Verschmelzung der Strukturen der sudetendeutschen Sozialdemokraten mit denen des bayerischen Landesverbandes“ gedeutet hat.⁶¹⁰ Als noch wichtiger erwies sich der Beitrag, den Vertriebene für den Auf- und Ausbau der Partei in der ländlichen Diaspora leisteten. Zu ihnen gehörte auch Adolf Härtl, der 1926 in Prag das Licht der Welt erblickt und seine Jugend in Neudek unweit von Karlsbad verbracht hatte. Nach Kriegsende und der Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft stand Härtl, zuvor als Inspektor bei der Reichsbahn tätig, beruflich vor dem Nichts. Schließlich ließ er sich in Donauwörth als selbständiger Kaufmann nieder und trat Ende 1946 der SPD bei, die er seit 1952 im Donauwörther Kreistag und zeitweilig auch im schwäbischen Bezirkstag vertrat. Daneben kandidierte er bei allen Bundestags- und Landtagswahlen seit 1949 ebenso unverdrossen wie erfolglos für ein Direktmandat. Härtl wurde auf diese Weise in den Landkreisen Donauwörth und Nördlingen rasch ein bekannter Mann, der innerhalb der SPD als Kreisvorsitzender, Mitglied des Bezirksvorstandes und des Landesausschusses Karriere machte. 1958 glückte dem nimmermüden Wahlkämpfer schließlich über die schwäbische Wahlkreisliste der Einzug in den bayerischen Landtag. Kaum jemand hat der nordschwäbischen SPD nach 1945 so sehr den Stempel aufgedrückt wie Adolf Härtl.⁶¹¹

Auch in den Ortsvereinen auf dem Land standen den Neubürgern alle Türen offen, da die wenigen einheimischen Sozialdemokraten die Neuankömmlinge nicht als lästige Konkurrenz, sondern als willkommene Verstärkung betrachteten. Das äußerte sich nicht allein darin, daß Flüchtlinge auf den SPD-Listen zu den Kommunalwahlen stets an prominenter Stelle plaziert wurden – und zwar nicht

⁶⁰⁸ Auf diesen Umstand verwiesen fast alle befragten Sozialdemokraten. Mündliche Auskunft Georg Oswalds vom 13. 5. 1998 und Helmut Stowassers vom 24. 11. 2000.

⁶⁰⁹ Zur Rolle der Flüchtlinge und Vertriebenen in der bayerischen SPD nach 1945 vgl. Werner, *Im Dienst der Demokratie*, S. 152–163.

⁶¹⁰ Kronawitter, *Ein politisches Leben*, S. 50. Vgl. auch Martin, „... nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden“. Zur Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei vgl. Bachstein, Wenzel Jaksch.

⁶¹¹ Biographische Informationen zu Adolf Härtl (1926–1976) finden sich in RN vom 7. 12. 1964 („Mit Adolf Härtl wurde der Beste zum Kandidaten gemacht“), und *Handbuch des Bayerischen Landtags*, 7. Wahlperiode (1970), S. 57.

nur aus wahltaktischen Gründen.⁶¹² Auch in der Partei kamen Vertriebene rasch in Führungspositionen, wie das Beispiel des Ortsvereins Oettingen veranschaulicht, wo Anfang November 1948 Edmund Stowasser zum neuen Ersten Vorsitzenden gekürt wurde.⁶¹³ Bei dem 1910 geborenen, aus Chodau in Böhmen stammenden Stowasser handelte es sich um einen in der Wolle gefärbten Sozialdemokraten. 1924 war der gelernte Porzellanbrenner der DSAP und der Gewerkschaft beigetreten. Als erklärter Gegner des sudetendeutschen Faschismus wurde Stowasser als einer der ersten 1939 zur Wehrmacht eingezogen und mußte Hitlers Krieg von der ersten bis zur letzten Stunde mitmachen. Dieser Gefahr glücklich entronnen, traf ihn mit seiner Familie im Sommer 1946 das harte Los der Ausweisung aus der böhmischen Heimat.⁶¹⁴

Gemeinsam mit Karl Gießbeck, einem aus Oettingen stammenden Kaufmann, der vor 1945 der Bekennenden Kirche angehört hatte, bestimmte Stowasser in den folgenden zwei Dekaden maßgeblich die Geschicke der Oettinger Sozialdemokratie.⁶¹⁵ Das Tandem Stowasser/Gießbeck verkörperte die Melange aus einheimischen Sozialdemokraten und neu hinzugekommenen Flüchtlingen, die das Bild des Ortsvereins Oettingen wie überhaupt der SPD in ländlichen Regionen kennzeichnete. Angesichts der herausragenden Rolle, die Neubürger in der SPD spielten, mußte die Gründung von Flüchtlingsparteien, die seit 1950 auf Landesebene möglich war, die Sozialdemokratie härter treffen als etwa die CSU.⁶¹⁶ Mancherorts drohte der SPD dadurch sogar das Aus: „In Niederbayern mußte festgestellt werden, dass durch die Gründung von Gruppen der Seliger-Gemeinde die Partei auseinanderfalle. In Franken ist es ebenfalls so, dass die Gründung eines Ortsgruppensystems auf Kosten der Partei gehe.“⁶¹⁷ Als für die SPD auf Dauer noch schlimmer erwies sich die massive Abwanderung der Neubürger in die Städte. Die meisten Flüchtlinge fanden in den ländlichen Regionen, in denen sie zumeist mehr schlecht als recht untergebracht worden waren, keine adäquaten Arbeitsmöglichkeiten.⁶¹⁸ Dazu kamen die Anfeindungen der Einheimischen, die in den Neu-

⁶¹² Beispielsweise Protokollbuch des OV Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung vom 10. 3. 1948 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁶¹³ Stowasser übernahm die Leitung des Ortsvereins nach dem Rücktritt des 1. Vorsitzenden Karl Bode. Protokollbuch OV Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 1. 11. 1948 (Kopie im Besitz des Verfassers). Dazu auch Bauer (Hrsg.), 100 Jahre Sozialdemokratie Oettingen, S. 18.

⁶¹⁴ RN vom 16. 7. 1981 („Trauer um Edmund Stowasser“), und Bürgermeister der Stadt Oettingen an Helmut Stowasser vom 7. 7. 1981 (Kopie im Besitz des Verfassers), sowie mündliche Auskunft Helmut Stowassers vom 24. 11. 2000.

⁶¹⁵ Edmund Stowasser war von 1948 bis 1972 Mitglied des Oettinger Stadtrats und von 1948 bis 1966 Mitglied des Nördlinger Kreistags. In beiden Gremien bekleidete er den Fraktionsvorsitz der SPD. Zudem war er von 1948 bis 1969 Vorsitzender des Ortsvereins Oettingen, während Gießbeck als sein Stellvertreter fungierte. Bauer (Hrsg.), 100 Jahre Sozialdemokratie Oettingen, S. 16 ff. Die beiden pflegten auch privat ein hervorragendes Verhältnis, was die Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit bildete, die dem Ortsverein insgesamt zugute kam. Protokollbuch OV Oettingen, Protokoll der Jahresversammlung am 5. 1. 1958 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁶¹⁶ Beispielsweise AdSD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung der SPD Bezirk Südbayern am 1. 6. 1951 in München, Stellungnahmen der Genossen Strobl, Gabert und Gareis.

⁶¹⁷ AdSD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll von der Vollsitzung des Bezirksvorstandes der SPD Bezirk Südbayern am 17. 1. 1953 in München.

⁶¹⁸ Im Landkreis Wasserburg nahm die Arbeitslosigkeit bis Anfang der fünfziger Jahre kontinuierlich weiter zu. Mitte 1949 betrug die Arbeitslosenquote 17,4 Prozent, wobei die Flüchtlinge und Ver-

ankömmlingen nicht selten „unnütze Esser“ erblickten. Kein Wunder, daß viele Vertriebene in die Ballungszentren drängten, um dort eine Verdienstmöglichkeit im Industrie- oder Dienstleistungssektor zu finden und – in der Anonymität der Großstädte – den Makel der Fremdheit abzustreifen.

Im Ries, wo industrielle Arbeitsplätze auch nach 1945 Mangelware blieben, gestaltete sich die Situation für die Neubürger besonders schwierig.⁶¹⁹ Die meisten fristeten ihre Existenz als Wochenpendler: Jeden Sonntag Abend bestiegen sie den Zug, der sie zu ihren Arbeitsstätten im Württembergischen brachte, nach Aalen, Waiblingen, Plochingen oder bis nach Stuttgart. Ihre Familien sahen sie erst am nächsten Freitag Abend oder Samstag wieder, ehe der Kreislauf von neuem begann. Wer konnte, beschaffte für sich und die seinen so bald wie möglich eine Bleibe am Arbeitsort.⁶²⁰ Daneben bot die planmäßige Umsiedlung von Arbeitskräften in die Industriezentren Westdeutschlands, mit denen der eklatante Arbeitskräftemangel in den Zechen und Montanbetrieben des Ruhrgebiets behoben werden sollte, gerade für die jüngere Generation ungeahnte Berufschancen. Im Oktober 1950 nahm die Umsiedlungskommission aus Nordrhein-Westfalen allein aus dem Landkreis Nördlingen 95 Personen zur Umsiedlung an.⁶²¹ Zur selben Zeit übersiedelten 50 Personen aus dem Ries, die meisten unter ihnen Heimatvertriebene, die bis dato in Flüchtlingslagern gehaust hatten, nach Rheinland-Pfalz. Zwar wurden gegen den geplanten Transfer von insgesamt 90000 Arbeitskräften an Rhein und Ruhr kritische Stimmen laut, „weil nach Abzug der tüchtigen, arbeitsfähigen Facharbeiter die Landkreise Bayerns zu Fürsorgeeinrichtungen und Altersheimen herabgedrückt werden“⁶²², doch solange die Neubürger vor Ort in ihren erlernten Berufen keine Zukunftsperspektiven sahen, war weder gegen die zentral geplante noch gegen die selbst organisierte Umsiedlung ein Kraut gewachsen – immerhin lockten „hoher Verdienst, gute Wohnung, eine gesicherte Existenz“.⁶²³

Dieser Aderlaß traf die ländlichen Ortsvereine der SPD ins Mark, da sie aufgrund ihrer ohnehin dünnen Personaldecke einen derart massiven Verlust von Funktionären, Mitgliedern und Wählern kaum verkraften konnten. Es zeigte sich nämlich, wie der Vorsitzende des Bezirks Südbayern, Josef Kiene, ausführte,

„dass unsere Mitglieder besonders von der Umsiedlung betroffen wurden und vom Lande zu den Industrie-Orten umziehen mussten, oder überhaupt aus dem Bezirk Südbayern hinaus nach Württemberg, nach der Rheinpfalz, nach Hessen oder ins Ruhrgebiet verzogen. Dies drückt sich in sinkenden Mitgliederzahlen, ja sogar im Verschwinden einzelner Ortsvereine aus [...]“⁶²⁴

triebenen besonders stark betroffen waren. OVB vom 13. 8. 1949 („Arbeitslosigkeit steigt weiter an“).

⁶¹⁹ Dazu beispielsweise RN vom 11. 11. 1950 („Der Wille zur Arbeit ist vorhanden“).

⁶²⁰ Mündliche Auskunft Helmut Stowassers vom 24. 11. 2000.

⁶²¹ Diese Angaben nach RN vom 1. 11. 1950 („Nordrhein-Westfalen sucht weitere Fachkräfte“). Bis zum November 1950 waren dem Ruhrbergbau bereits 160 Arbeitskräfte aus dem Ries vermittelt worden. RN vom 11. 11. 1950 („Der Wille zur Arbeit ist vorhanden“). Das Folgende nach RN vom 10. 11. 1950 („Der zweite Umsiedlerzug nach Rheinland-Pfalz“).

⁶²² RN vom 1. 11. 1950 („Nordrhein-Westfalen sucht weitere Fachkräfte“).

⁶²³ RN vom 17. 11. 1950 („Monatsverdienst bis 360,- DM im Ruhrbergbau“).

⁶²⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 36, „Dem Parteitag in München ein herzliches ‚Freundschaft‘“. Begrüßungsansprache des Bezirksvorsitzenden Josef Kiene auf dem Parteitag der SPD vom

Wahl Niederlagen wie in den Kommunalwahlen von 1956 im Landkreis Wasserburg, die Kommentatoren weitgehend auf die Abwanderung von Arbeitern in die westdeutschen Ballungszentren schoben⁶²⁵, waren noch das geringste Übel. Weit schlimmer wirkte sich der Migrationsstrom auf die Parteiorganisation aus, wenn es auch regionale Unterschiede gab. So erklärte Max Allmer, „dass Oberbayern in einer glücklicheren Lage sei, da sich die Organisation hier auf Einheimische stütze, während Schwaben eine Scheinblüte durch die Flüchtlinge erlebte, von denen mehr als 6000 abgewandert seien.“⁶²⁶ Damit verlor die SPD auf dem Land, wo sie schon traditionell schwach war, einen ihrer wenigen Stützpfeiler.

Anfeindung und Abschottung

Vielleicht lag es gar nicht allein an den fehlenden Verdienstmöglichkeiten, daß die meisten Neubürger in Scharen das Land verließen, sobald sich die Möglichkeit dazu bot. Zumindest soweit sie Sozialdemokraten waren, hatten die Vertriebenen einen weiteren guten Grund, dem Land schnell den Rücken zu kehren: die tiefsitzende Abneigung der ländlichen Bevölkerung gegen die SPD. Flüchtlingen, die der Partei angehörten oder offen mit ihr sympathisierten, schlug daher nicht nur als Neankömmlingen Herablassung und Geringschätzung entgegen, sie wurden auch als Genossen scheinbar angesehen. Das ging freilich den einheimischen SPD-Mitgliedern kaum anders. Die Ablehnung äußerte sich auf unterschiedliche Weise: So tat sich die Partei die gesamten fünfziger Jahre hindurch schwer, auf dem Land Versammlungslokale anzumieten. In Roding und Umgebung weigerten sich viele Gastwirte, ihre Stuben und Tanzsäle an die Sozialdemokratie zu vermieten, weil sie entweder selbst überzeugte Gegner der Partei waren oder aber befürchteten, bei ihrer Stammkundschaft in Mißkredit zu geraten.⁶²⁷ Wo es doch gelang, das Hinterzimmer eines Wirtshauses anzumieten, geriet der Versammlungsbesuch für die Teilnehmer oft zum Spießrutenlauf. Vielfach gehörte schon eine gehörige Portion Mut dazu, um sich während der fünfziger Jahre auf dem Land öffentlich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Dies galt um so mehr, als auch die meisten Arbeitgeber von der SPD nichts wissen wollten. Mancher Sympathisant wagte daher aus Angst um den Arbeitsplatz nicht, offen für die Partei einzutreten.⁶²⁸

10. bis 14. 7. 1956 in München, S. 2. Ähnlich äußerte sich im März 1955 auch Max Allmer, der die Ansicht vertrat, „dass der Mitgliederschwund hauptsächlich durch die Umsiedlung heimatvertriebener Genossinnen und Genossen nach den Großstädten in Westdeutschland herbeigeführt wurde.“ AdSD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der Vollsitzung des Bezirksvorstandes am 12. 3. 1955 in München.

⁶²⁵ WZ vom 24. 3. 1956 („Schlußbetrachtung zum Ausgang der Wahlen“).

⁶²⁶ AdSD, Bezirk Südbayern 35, Protokoll der erweiterten Bezirksvorstandssitzung am 18. 12. 1954 in München.

⁶²⁷ Mündliche Auskunft Georg Oswalds vom 13. 5. 1998.

⁶²⁸ Mündliche Auskunft Helmut Stowassers vom 24. 11. 2000. Das Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen vermerkte einen Fall, in dem ein Genosse an seinem Arbeitsplatz als Sozialdemokrat „hingestellt“ worden sei. Daraufhin habe sich sein Vorgesetzter, der 1. Ingenieur, ebenfalls zur Sozialdemokratie bekannt. „Wir brauchen nicht verzagen“, so das optimistische Fazit des Ortsvereins, „es sind ganz im Stillen noch Idealisten vorhanden.“ Protokollbuch OV Oettingen, Protokoll der Generalversammlung am 6. 1. 1957 (Kopie im Besitz des Verfassers). Das Protokoll hätte den Fall jedoch wohl kaum so ausführlich dokumentiert, wenn er nicht eine erwähnenswerte Ausnahme dargestellt hätte!

Die betroffenen Ortsvereine reagierten auf derartige Anfeindungen mit um so stärkerer Abschottung gegenüber der Außenwelt. Zwar kann man – zumal auf dem Land – für die Zeit nach 1945 nicht von einem geschlossenen sozialmoralischen Milieu der sozialistischen Arbeiterschaft sprechen, das seine Angehörigen „von der Wiege bis zur Bahre“ lückenlos betreut habe;⁶²⁹ sofern ein sozialdemokratisches Vereinswesen dort jemals existiert hatte, war es nicht wiederbelebt worden. Allerdings boten die Ortsvereine ihren Mitgliedern ein reichhaltiges Angebot und vielfältiges Betätigungsfeld an, das dem Alltag Konturen gab. Im Ortsverein Oettingen etwa strukturierten drei große Feierlichkeiten den Jahresablauf: Im Februar wurde ein Faschingsball abgehalten, zu dem auch die Genossen aus Ortsvereinen in der näheren und weiteren Nachbarschaft geladen waren.⁶³⁰ Nicht fehlen durfte natürlich eine große Feier am 1. Mai, bei der meist auch der örtliche Sängerbund und der Trachtenverein Oettingen mitwirkten.⁶³¹ Die Festansprachen umrissen die historische Entwicklung der Arbeiterbewegung von ihren Anfängen unter Lassalle, Owen und Marx über die Sozialistengesetze Bismarcks, die Zeit als „Staatspartei“ in der Weimarer Republik und schließlich die Verfolgung im „Dritten Reich“. Sie mündeten in Appelle, „mutig und treu sich mit der SPD zum Sozialismus zu bekennen, denn noch niemals hat der Mutlose und Feige, sondern immer nur der Mutige und Starke sein Ziel erreicht.“⁶³² Das Jahr endete mit einer Nikolofeier, auf der der Ortsvereinsvorsitzende „herzhaft Worte“ sprach, während seine Frau und sein Sohn für die musikalische Untermalung sorgten. Höhepunkt war natürlich der Auftritt des Nikolaus, der Geschenke verteilte und „bei jedem eine humorvolle Bemerkung dabei“ hatte.⁶³³

Auch zwischen diesen gesellschaftlichen Höhepunkten im sozialdemokratischen Jahresrhythmus kam die Geselligkeit im Ortsverein nicht zu kurz.⁶³⁴ Vorstands-, Ausschuß- oder Mitgliederversammlungen sowie die Wahlveranstaltungen der Partei bildeten regelmäßige Anlässe zum gemütlichen Beisammensein nach dem „offiziellen Teil“. Man spielte Karten oder saß beim Bier zusammen und erzählte von den Erlebnissen des Alltags. Damit stellte die SPD eine Alternative zu den dörflichen und kleinstädtischen Vereinen dar, zu denen die meisten Genossen keinen Zutritt hatten. Wenn man so will, war die Sozialdemokratie ein Gegenentwurf zur „besseren Gesellschaft“ des Landes, in der jene zu ihrem Recht kamen, die ansonsten weitgehend ausgeschlossen blieben. Man könnte die Ortsvereine der SPD im ländlichen Raum als eine „Familie“ charakterisieren, die ihren Mitgliedern das Gefühl der Geborgenheit und der Akzeptanz vermittelte, die sich aber gleichzeitig gegenüber dem ländlichen Umfeld abschottete und so eine „fremde Partei“ blieb.⁶³⁵

⁶²⁹ Zum Begriff des sozialmoralischen Milieus vgl. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur, und Tenfelde, Historische Milieus.

⁶³⁰ Zum Faschingsball am 19. 2. 1949 kamen beispielsweise über 300 Gäste, was für die Veranstalter „ein voller Erfolg“ war. Protokollbuch des OV Oettingen, Faschingsveranstaltung am 19. 2. 1949 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁶³¹ Protokollbuch des OV Oettingen, Programm der 1. Maifeier 1949 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁶³² Protokollbuch des OV Oettingen, Feier des 1. Mai 1952 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁶³³ Protokollbuch des OV Oettingen, Nikolofeier am 14. 12. 1957 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁶³⁴ Das Folgende nach mündlichen Auskünften Georg Oswalds vom 13. 5. 1998 und Helmut Stowassers vom 24. 11. 2000.

⁶³⁵ Zum Begriff der „fremden Partei“ ausführlich Maurer, Sozialdemokratie in Süddeutschland.

III. Die Volksparteien in den langen sechziger Jahren

Gegen Ende der fünfziger Jahre hatte das Parteiensystem der Bundesrepublik jene Form gewonnen, die es bis in die achtziger Jahre behielt.¹ Neben den beiden großen Blöcken von CDU/CSU und SPD konnte sich nur die FDP dauerhaft auf der politischen Bühne behaupten, während die Regional- und Klientelparteien, die sich nach der Weststaatsgründung zunächst noch relativ erfolgreich um Wählerstimmen bemüht hatten, von der Bildfläche verschwanden. Ihre Mitglieder und Wähler wurden von Union und Sozialdemokratie aufgesogen, die sich nicht zuletzt aufgrund dieses Zuwachses endgültig zu echten Volksparteien entwickelten. Wer auf der Kommandobrücke des westdeutschen Staatsschiffes das Sagen hatte, entschied sich nun nur noch zwischen diesen beiden Polen.

Zunächst schlug das Pendel der Wählergunst in Bayern wie im Bund deutlich zugunsten der bürgerlich-konservativen Kräfte aus, die in München und in Bonn die Regierung stellten. Die SPD befand sich nach dem Auseinanderbrechen der Viererkoalition auch im Maximilianeum in der Opposition. Doch während in den fünfziger Jahren diese Rollenverteilung fest zementiert schien und sich der Abstand von den Regierungsparteien zur Opposition von Wahl zu Wahl vergrößerte, kam im neuen Dezennium vieles in Bewegung. Mit dem „Ende der Ära Adenauer“ ging eine Epochenäsur einher: Die Probleme der Nachkriegsjahre traten in den Hintergrund oder wurden von neuen überlagert.² Vor allem aber entstand in den unruhigen sechziger Jahren eine „Gesellschaft im Aufbruch“, in der sich die traditionellen, noch aus dem Kaiserreich stammenden Werte zu wandeln begannen, was nicht ohne Auswirkungen auf das Wahlverhalten blieb.³ Von dem daraus resultierenden viel zitierten „Genossen Trend“ profitierte in erster Linie die SPD, die von Wahl zu Wahl näher an die Union heranrückte und sich 1972 erstmals als stärkste politische Kraft im Bundestag etablieren konnte. Parallel dazu gelang es der Sozialdemokratie auch, ihre Rolle der ewigen Oppositionspartei abzulegen. Über die Regierungsbeteiligung an der Großen Koalition von 1966 führte der Weg zum „Machtwechsel“ von 1969, als die von Willy Brandt und Walter Scheel geführte sozialliberale Koalition die Regierungsgeschäfte übernahm.⁴

¹ Siehe den Überblick bei Grebing, Parteien, und von Alemann, Parteiensystem, S. 57–62, sowie Kleßmann, Zwei Staaten, S. 114f.

² Vgl. Hockerts, Ende der Ära Adenauer.

³ Korte, Gesellschaft im Aufbruch. Vgl. dazu Klages, Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs. Für ländliche Regionen vgl. van Deenen, Wandel von Werten und Verhaltensweisen, und Planck, Wertewandel und demographische Veränderung. Zum Wahlverhalten Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 193.

⁴ Dazu immer noch das Standardwerk Baring, Machtwechsel. Vgl. auch Schönhoven, Aufbruch in die sozialliberale Ära.

In Bayern dagegen schienen die Uhren anders zu gehen. Zwar konnte die SPD zunächst auch hier deutliche Stimmengewinne verbuchen, doch lag eine Regierungsbeteiligung in weiter Ferne, da die CSU ebenfalls kräftig zulegte. Am Ende der langen sechziger Jahre erzielte sie in der Landtagswahl von 1974 mit 62,1 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte, während die Sozialdemokratie nur auf 30,2 Prozent kam und damit auf den Stand von 1958 zurückfiel.⁵ Damit mauserte sich die CSU, die seit 1962 mit absoluter Mehrheit im Landtag regierte und schon 1970 über die Hälfte der Wählerstimmen erhalten hatte, endgültig zur bayerischen Staats- und Hegemonialpartei, während die SPD für immer zur Oppositionspartei verurteilt zu sein schien – ein Zustand, an dem sich bis heute nichts geändert hat.

Doch wie erging es den Parteien in den ländlichen Regionen? Folgte die Entwicklung dem bayerischen Trend, gab es auch auf dem Land einen „sozialdemokratischen Frühling“, der in den frühen siebziger Jahren durch einen politischen Frosteinbruch beendet wurde? Und wie reagierte die CSU auf den gesellschaftlichen Wandel und die sozialdemokratische Herausforderung? Der Fokus auf die ländlichen Regionen leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erklärung des wahlsoziologischen „Sonderfalls“ Bayern, galt es doch unter Wahlforschern „als ausgemacht, daß Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozesse wahlsoziologisch längerfristig zugunsten der Sozialdemokratie verlaufen müßten.“⁶ Da der sozioökonomische Strukturwandel in den sechziger Jahren auf dem Land ein besonders hohes Tempo an den Tag legte, liegt hier ein Schlüssel zum Geheimnis des Wahlerfolgs der CSU in Bayern.

1. Der kurze sozialdemokratische Frühling

a) Die Lehren der Niederlagen

Anfang der sechziger Jahre veränderte sich die SPD wie niemals zuvor in ihrer beinahe 100jährigen Geschichte. Nach der Niederlagenserie der fünfziger Jahre gelang reformorientierten Kräften der Durchbruch, die bereits seit den zwanziger Jahren für eine programmatische Erneuerung und Öffnung eingetreten waren. Zu ihren Protagonisten gehörte neben Willi Eichler und Heinrich Deist auch der Landesvorsitzende der bayerischen Sozialdemokratie, Waldemar von Knoeringen. Ihre Stunde schlug auf dem Parteitag, der vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg bei Bonn stattfand: Mit der Verabschiedung des „Godesberger Programms“ trennte sich die SPD nun auch offiziell vom programmatischen Ballast ihrer marxistischen Tradition. Indem sich die Partei nunmehr zu Marktwirtschaft, Wiederbewaffnung und Westintegration bekannte, stellte sie sich gewissermaßen auf den Boden der Bundesrepublik. Damit ging die SPD nicht nur einen entscheidenden Schritt auf dem „Weg zur Staatspartei“ (Kurt Klotzbach), sondern

⁵ Bei der Landtagswahl von 1958 hatte die SPD 30,8 Prozent erhalten. Alle Angaben nach Ritter/Niehuss, *Wahlen in Deutschland*, S. 174. Die folgenden Angaben finden sich ebenda.

⁶ Mintzel, *Geschichte der CSU*, S. 415.

forcierte gleichzeitig auch den Transformationsprozeß von der Arbeiter- zur Volkspartei.⁷

Die Reform blieb freilich nicht auf das Programm beschränkt. Auch was die Organisation und den Wahlkampf betraf, wollten die Genossen neue Wege einschlagen. Schon im Februar 1959 hatte Herbert Wehner vor dem Parteirat ein ausführliches Referat über „organisationspolitische Aufgaben“ gehalten, in dem er die fünf Landtagswahlen des vorangegangenen Jahres analysierte und als Resultat festhielt,

„dass man eine hinsichtlich der Personenzahl kleine, aber mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstete zentrale Wahlkampfleitung braucht, und dass entscheidend ist, die Verbindung von zentraler Führung mit lokalen Interessen. [...] Im Landtagswahlkampf von Bayern ist der Ansatz dafür geschaffen worden, aber die Bezirke waren zu unterschiedlich hinsichtlich ihrer Arbeitsfähigkeit und Arbeitsausstattung.“⁸

Um für die kommende Bundestagswahl gerüstet zu sein, forderte Wehner, die zentrale Wahlkampfleitung möglichst noch im laufenden Jahr zusammenzustellen. Er schlug vor, die Wahlergebnisse regional und lokal genau zu analysieren, durchgefallene Kandidaten in der Öffentlichkeit präsent zu halten und die jeweiligen Gebiete auch zwischen den Wahlkämpfen regelmäßig zu betreuen. Darüber hinaus sollten „Wahlkreisdateien“ mit sozialstatistischen Angaben der Wählerschaft erstellt werden, um den Wahlkampf regional entsprechend ausrichten zu können. All diese Maßnahmen verfolgten das Ziel, eine „allmähliche Verringerung der organisatorisch und damit auch in der Regel propagandistisch weißen Flecke“ zu erreichen. Zudem empfahl Wehner, bei der inhaltlichen und werbetechnischen Konzeption des Wahlkampfs auch Soziologen und Psychologen zu konsultieren. Kurz, der Auftritt der SPD sollte professioneller werden.

„Vorbereitung ist der halbe Sieg“: Der durchgeplante Wahlkampf von 1961

Wehners Ausführungen fanden in der Partei großen Anklang. Durchschlagenden Erfolg zeitigten vor allem die Bemühungen um eine Intensivierung und Professionalisierung des Wahlkampfs.⁹ Der vom Parteivorstand im Frühjahr 1960 ins Leben gerufenen „Zentralen Wahlkampfleitung“ gehörten neben Erich Ollenhauer, Herbert Wehner und dem Kanzlerkandidaten Willy Brandt auch Waldemar von Knoeringen und Alfred Nau an. Die bayerische SPD hielt sich ebenfalls an die von Wehner vorgegebene Marschroute: Der Landesausschuß beschloß An-

⁷ Zur Genese des Godesberger Programms vgl. Lösche/Walter, SPD, S. 110–115. Zur Durchsetzung des neuen Grundsatzprogramms und den zähen innerparteilichen Widerständen, die es dabei zu überwinden galt, vgl. ausführlich Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 299–494, und den knapperen Überblick bei Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 192–204. Zur Rolle von Knoeringens bei der Ausarbeitung des Godesberger Programms vgl. Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 375–384, und Werner, Im Dienst der Demokratie, S. 164–167. Das Godesberger Programm ist abgedruckt in Dowe/Klotzbach (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 349–370. Zum Reformprozeß der SPD vgl. auch Grebing, Von der „Traditionskompanie“ zur „Staatspartei“.

⁸ AdsD, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz 76, Willy Franke an Ernst Herder vom 18. 2. 1959. Anlage: „Organisationspolitische Aufgaben“ von Herbert Wehner, undatiert (12. 2. 1959). Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

⁹ Dazu Schmidtchen, Die befragte Nation, S. 98 ff. Das Folgende nach Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 511.

fang Juli 1960 vorbereitende Maßnahmen zur Bundestagswahl, die den programmatischen Titel „Gründliche und rechtzeitige Vorbereitung ist der halbe Sieg“ trugen.¹⁰ Zunächst wurde eine Landeswahlleitung gebildet, der neben dem Sekretär des Landesverbands die drei Bezirkssekretäre angehörten. Sie war dem Landesvorstand verantwortlich und für die Koordination des Wahlkampfes in Bayern zuständig; daneben hatte sie die Verbindung mit der „Zentralen Wahlkampfleitung“ des Parteivorstandes zu halten. Auch in allen Unterbezirken bzw. Bundeswahlkreisen sollten „kleine Wahlkreisleitungen aus wenigen Genossen gebildet“ werden. Sie bestanden aus dem Wahlkreiskandidaten, der den Vorsitz innehatte, und weiteren „sachverständigen Genossen [...], die auch in bezug auf die organisatorische Arbeit Bescheid wissen und die Realisierung der Planung garantieren“. Diesen regionalen Komitees oblag es, aufgrund der in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen „alle Voraussetzungen für eine systematische Durchführung der Werbung [zu] schaffen.“ Mittels einer genauen Strukturanalyse des Wahlkreises sollten sie „die beste Methode und die richtigen Schwerpunkte für die Werbung“ eruieren sowie Kontakte zu lokalen Mandatsträgern, örtlichen Vereinen und der Lokalpresse knüpfen. Darüber hinaus hatte die Wahlkreisleitung für ihr jeweiliges Gebiet einen genauen Wahlkampf- und einen Finanzplan zu erstellen.

Die Schaffung der Wahlkreisleitungen, die sich neben dem Kandidaten hauptsächlich aus Kreisräten und Kreisvorsitzenden der SPD zusammensetzten¹¹, verfolgte zwei Ziele: Erstens sollte die Last der Verantwortung für den Wahlkampf auf mehrere Schultern verteilt werden, ohne aber den Kreis der Verantwortlichen ausufern zu lassen. Zweitens ging es um eine bessere Koordination des Wahlkampfes, was eine enge Verbindung zwischen der Bonner Wahlkampfzentrale und den einzelnen Außenstellen nötig machte, die schon aus Kapazitätsgründen nicht mehr über die Bezirkssekretariate laufen konnte. Koordination lautete das Gebot der Stunde, weil die Werbemethoden und Werbepläne immer ausgefeilter und komplizierter wurden. Die Kampagne von 1961 gliederte sich in drei Phasen.¹² In der „Sympathiephase“, die bis zum 28. April 1961 dauerte, ging es den Wahlkampfmanagern darum, die vorgesehene Regierungsmannschaft ins rechte Licht zu setzen und den Genossen in den Ortsvereinen Siegeszuversicht einzuimpfen. Neben Tonfilmen, Diaserien und der Illustrierten „Darüber spricht Deutschland“ kam in größeren Städten auch eine eigene Revue mit dem Titel „Wir sind eine Familie“ zum Einsatz, an der bekannte Schlagerstars wie Roberto Blanco mitwirkten.¹³ Das verdeutlichte bereits das Umdenken der SPD, die nicht länger allein auf

¹⁰ AdsD, Bezirk Franken 202, Aufstellung: Vorbereitung der Bundestagswahl in Bayern. „Gründliche und rechtzeitige Vorbereitung ist der halbe Sieg“, beschlossen auf der Landesausschußsitzung am 2./3. 7. 1960 in Kempten. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

¹¹ So, um nur ein Beispiel zu nennen, im BWK 205; WZ vom 5. 7. 1961 („Optimismus bei den Sozialdemokraten“).

¹² Vgl. dazu und im folgenden AdsD, Bezirk Franken 149, Sitzung des Bezirksvorstandes am 25. 2. 1961, Vorlage zu Punkt 3: „Die Bundestagswahl 1961“, und Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 513 ff.

¹³ AdsD, Bezirk Franken 149, Rundschreiben des Bezirks Franken an die Unterbezirke und Bundestagskandidaten vom 20. 1. 1961. Im Bezirk Franken wurde die Revue nur in den Städten Würzburg, Fürth, Hof, Nürnberg und Coburg gezeigt, in denen Säle mit mindestens 1000 Sitzplätzen zur Verfügung standen.

den Einsatzwillen ihrer Mitglieder baute, sondern nun verstärkt auf die Mitarbeit von Profis setzte.

Die zweite, „argumentative Phase“ stand ganz im Zeichen des Kanzlerkandidaten. Schon am 24. August 1960 hatte sich die Parteiführung auf Willy Brandt geeinigt – ein Novum in der SPD und wahltaktisch ein „großartiger Schachzug“, weil Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin überaus populär war, im Ausland Vertrauen genoß und weil er, aufgrund seiner kritischen Haltung zur offiziellen Parteilinie in den fünfziger Jahren, wie kein anderer Spitzenmann den Wandel der SPD verkörperte.¹⁴ Brandt beschränkte seinen Wahlkampf nicht auf die üblichen Großveranstaltungen, sondern beschritt mit seiner „Deutschlandfahrt“ vom 10. Mai bis zum 12. August 1961 völlig neue Wege, die ihn auch in ländliche Regionen führten.¹⁵ Im offenen Mercedes 220 S kam er durch Landstriche, in die sich nie zuvor ein Spitzenpolitiker verirrt hatte, geschweige denn ein leibhaftiger Kanzlerkandidat. Im Bezirk Südbayern fanden zwei „Etappen“ statt. Die erste brachte Brandt am 25. Mai von München über Haar, Kirchseeon, Ebersberg, Bad Aibling, Bruckmühl, Kolbermoor, Prien und Stephanskirchen nach Rosenheim, die zweite ging von Weissenhorn über Augsburg, Friedberg, Mering, Fürstenfeldbruck, Mammendorf, Olching, Dachau und Ingolstadt nach Neuburg an der Donau.¹⁶ Die Wagenkolonne hielt unterwegs in jeder Kleinstadt und selbst im kleinsten Dorf, Brandt hielt zahllose kleinere Ansprachen und grüßte „jede Landfrau und jeden Bauarbeiter“, die seinen Weg kreuzten. Auf die Landbevölkerung machte das großen Eindruck, der Regierende Bürgermeister kam offenbar gut an, allerorten schlugen ihm „Wellen der Sympathie“ entgegen – „Ein toller sportlicher Typ!“, raunte man etwa im Schwäbischen.¹⁷ Doch obwohl Brandt jeden Tag vor bis zu 50 000 Menschen sprach und annähernd zehn Prozent der westdeutschen Bevölkerung in diesen Wochen mit ihm in Kontakt kamen, brachte die „Deutschlandfahrt“ dem Kanzlerkandidaten der SPD nicht den erhofften Popularisierungsschub.¹⁸ So setzte die SPD ihre Hoffnung auf die dritte, die „heiße Phase“ des Wahlkampfes.

Wahlkampf im Schatten des Mauerbaus

Das „Deutschlandtreffen“ am 11. und 12. August 1961 in Nürnberg sollte die Endphase des Wahlkampfes einläuten. Die Organisatoren hatten keinen Aufwand gescheut: Neben den Referaten von Brandt, Ollenhauer und Carlo Schmid sollten

¹⁴ Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 204, und Schöllgen, Willy Brandt, S. 94. Vgl. dazu ausführlich Merseburger, Willy Brandt, S. 343–395.

¹⁵ Zur „Deutschlandfahrt“ Brandts von 1961 vgl. Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 513 f., sowie Schöllgen, Willy Brandt, S. 116, und Merseburger, Willy Brandt, S. 389 f., sowie Schmidtchen, Die befragte Nation, S. 100–104.

¹⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 112, Max Allmer, Bericht über die Organisation während des Bundestagswahlkampfes vom 15. 9. 1961.

¹⁷ Augsburgener Allgemeine Zeitung vom 4. 8. 1961 („Ständchen und Blumen für Willy Brandt“).

¹⁸ Diese Angaben nach Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 513, und Schmidtchen, Die befragte Nation, S. 100 ff. In Dachau zog Brandt 7000 Zuhörer an, in Ingolstadt 12000 und in Neuburg 5000. „Das sind Zuhörer-Zahlen“, freute sich Max Allmer, „die dort noch nie erreicht wurden und auch bei normalen Versammlungen nie erreicht werden können.“ AdsD, Bezirk Südbayern 112, Max Allmer, Bericht über die Organisation während des Bundestagswahlkampfes vom 15. 9. 1961.

ein Feuerwerk, Brieftauben, Ballons und Böller für ein massen- und medienwirksames Spektakel sorgen. Im Vorfeld organisierte der Bezirk aus allen Regionen Busfahrten in die fränkische Metropole, um eine entsprechende Kulisse zu garantieren. „Unsere Kundgebung muß die größte Veranstaltung nach 1945 werden“, lautete die ehrgeizige Parole. Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 sorgte jedoch dafür, daß die durchaus gelungene Großveranstaltung schon am nächsten Tag wieder in völlige Vergessenheit geriet.¹⁹

Zwar traf die Abriegelung Westberlins alle Parteien völlig unvorbereitet, doch wurden die Planungen der SPD davon stärker tangiert als die der Union. Schließlich hatte sich die Sozialdemokratie vorgenommen, die Regierung vor allem auf dem Feld der Innenpolitik anzugreifen, während man außenpolitisch auf Gemeinsamkeitskurs steuern wollte.²⁰ Das war nun undenkbar geworden, weil Willy Brandt als Regierender Bürgermeister in vorderster Front stand. Damit wurden Tonnen von Wahlmaterial, die bereits in den Kellern und Schuppen der Orts- und Kreisverbände lagerten, über Nacht Makulatur.²¹ Andererseits barg die neue Lage auch ungeahnte Chancen, denn während Brandt den Mauerbau in scharfen Worten verurteilte und die Alliierten zu entschlossenen Gegenmaßnahmen drängte, ließ die Reaktion der Bundesregierung auf sich warten und fiel schließlich sehr zurückhaltend aus. Zudem beging Adenauer einen großen taktischen Fehler, als er Brandt einen Tag nach dem Mauerbau in einer Wahlkundgebung in Regensburg mit unter die Gürtellinie zielenden Äußerungen attackierte. Während Brandt in der Krise staatsmännisch auftrat und das Heft in die Hand nahm, wirkte der Kanzler wie ein kleinkariertem Wahlkämpfer, der den Ernst der Lage nicht zu erkennen schien.²²

Damit hatte der Wahlkampf in der heißen Phase sein Thema gefunden, hinter dem alle anderen Konfliktfelder verblaßten. Auch auf dem Land drehte sich die Auseinandersetzung zwischen CSU und SPD nun hauptsächlich um die Frage, wer in der Berlinkrise richtig gehandelt und wer versagt habe. Für Adolf Härtl, den SPD-Kandidaten im Ries, und Wilhelm Hoegner, der im Bundeswahlkreis Altötting antrat, war die Sachlage eindeutig: Adenauer habe aufgrund seines hohen Alters die Situation nicht mehr überblickt und daher völlig falsch eingeschätzt, Willy Brandt dagegen habe entschlossen und besonnen gehandelt und damit die Regierungsfähigkeit der SPD eindrucksvoll unter Beweis gestellt.²³ Härtl erblickte darin eine historische Konstante, denn in Zeiten der Not – von der Novemberrevolution von 1918 über die totale Niederlage 1945 bis hin zum Mauerbau von 1961 – habe sich Deutschland stets und vor allem auf die Sozialdemokratie verlassen können. Käte Strobel, ein Mitglied des sozialdemokratischen Schattenkabi-

¹⁹ AdsD, Bezirk Franken 149, Bezirk Franken an alle Kreisverbände und Ortsvereine vom 4. 5. 1961, und SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1961, S. 6 f.

²⁰ Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 512 f.

²¹ WZ vom 1. 9. 1961 („Wähler werden noch drei Wochen unworben“), und WZ vom 16. 9. 1961 („Das Wahlergebnis wird mit Spannung erwartet“).

²² Vgl. dazu Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 220–223, und ders., Adenauer, Bd. 2, S. 660 ff., und Sontheimer, Adenauer-Ära, S. 61 f., sowie Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 514 f. und ausführlich Merseburger, Willy Brandt, S. 396–429.

²³ RN vom 8. 9. 1961 („Der betagte Herr erfährt die Situation nicht mehr richtig“), und WZ vom 13. 9. 1961 („SPD stellt eine Gegenrechnung auf“). Das Folgende nach RN vom 15. 9. 1961 („Jeder Schießer kann selbst einmal zum Hasen werden“).

netts, vertrat in Nördlingen die Auffassung, Adenauer müsse aufgrund seiner altersbedingten schweren Versäumnisse „der ‚Führerschein‘ [...] entzogen werden. Wenn ihm das deutsche Volk diesen ‚Führerschein‘ nochmals ausstellen sollte, werde der Fahrer des deutschen Schicksals in kurzer Zeit Strauß heißen, von dem man wisse, daß er den Kommunismus nur mit Panzern von der Falschheit seiner Lehre überzeugen wolle.“²⁴

Die Redner der CSU sahen die Dinge natürlich ganz anders. Richard Jaeger etwa vertrat auf einer Kundgebung in Wasserburg die Ansicht, die Bundesregierung habe angemessen auf die Krise reagiert, während Brandt offensichtlich die Nerven durchgegangen seien; damit habe der SPD-Kandidat bewiesen, „daß er kein Staatsmann sei“²⁵, was im übrigen auch durch Attacken auf Herkunft, Vergangenheit und Privatleben Brandts immer wieder insinuiert wurde. Josef Bauer meinte, wer an so herausgehobener Stelle in der Öffentlichkeit stehe, müsse sich schon kritische Fragen gefallen lassen. Und Philipp Meyer erklärte in Alerheim, er „könne von sich persönlich sagen, daß er sich bemüht habe, ein anständiges Leben zu führen. [...] Es sei für ihn das Niederdrückendste, daß sich in unserem öffentlichen Leben Menschen betätigen, die es nicht einmal fertig bringen, in ihrem privaten Leben Ordnung zu halten.“²⁶ Meyer mußte keinen Namen nennen, denn nachdem der Journalist Hans Frederik im Wahljahr eine länger zurückliegende Affäre Brandts unter dem skandalträchtigen Titel „... da war auch ein Mädchen“ publiziert hatte²⁷, wußte ohnehin jeder, wer mit diesen Worten gemeint war.

Demgegenüber traten Sachfragen in den Hintergrund, ohne allerdings ganz zu verschwinden. Die CSU pries natürlich die gute Bilanz der Regierung an, die sich vor allem in wachsendem Wohlstand und internationaler Anerkennung niederschlug, und warnte vor einem Kurswechsel.²⁸ Dabei profitierte sie von einer weitverbreiteten Stimmung in der Bevölkerung, die Veränderungen skeptisch gegenüberstand und in erster Linie auf „Sicherheit“ setzte. Am Wahlprogramm der SPD ließen die Referenten der Union kein gutes Haar, vor allem malten sie die damit angeblich verbundene Inflationsgefahr in schillernden Farben an die Wand.²⁹ Noch weiter ging der Vorwurf, die Sozialdemokratie habe sich, trotz Godesberg, im Grunde kaum verändert, und Willy Brandt sei lediglich das „bürgerliche Aushängeschild“.³⁰ So behauptete etwa Bruno Merk, ein aufgehender Stern der CSU in Schwaben, die SPD sei immer noch eine „sozialistische Partei“. „Wer 100 Jahre gewohnt war, in bestimmten Kategorien des Klassenkampfes der materialistischen Weltbetrachtung zu urteilen und zu entscheiden [...], kann nicht einfach durch

²⁴ RN vom 11. 9. 1961 („Käte Strobel: ‚Ehrt den Alten und wählt den Jungen‘“). Zum Schattenkabinett Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 510.

²⁵ WZ vom 8. 9. 1961 („Demokratischer Staat braucht Stetigkeit und Autorität“). Das Folgende nach WZ vom 13. 9. 1961 („MdB Bauer und Staatsminister Hundhammer in Haag“).

²⁶ RN vom 14. 9. 1961 („Philipp Meyer setzte sich mit der SPD auseinander“).

²⁷ Schöllgen, Willy Brandt, S. 91 f., und Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 515.

²⁸ RN vom 14. 9. 1961 („Philipp Meyer setzte sich mit der SPD auseinander“), und WZ vom 18. 8. 1961 („MdB Bauer sprach in Oberornau“), sowie WZ vom 12. 9. 1961 („Zita Zehner: ‚Wer SPD wählt, wählt Gewerkschaft‘“). Das Folgende nach Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 221.

²⁹ WZ vom 22. 8. 1961 („CSU eröffnete am Sonntag den Wahlkampf“), und RN vom 14. 9. 1961 („Alle Parteien auf Wahlplakaten friedlich nebeneinander“).

³⁰ So Josef Bauer auf einer Kundgebung in Haag; WZ vom 13. 9. 1961 („MdB Bauer und Staatsminister Hundhammer in Haag“).

Umdrehen eines Schalters auf neue Denkprinzipien umstellen.“³¹ Die SPD ließ sich davon nicht provozieren. Sie präsentierte sich nicht mehr in der Rolle der Fundamentalopposition, sondern mahnte lediglich Kurskorrekturen an und wollte vor allem für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands sorgen. Erwin Essl kritisierte auf einer Wahlkreis-Konferenz in Wasserburg vor allem die asymmetrische Vermögensentwicklung in der Bundesrepublik: „Die Frage lautet nicht, ob es uns besser gehe als 1948, sondern ob es allen gemeinsam besser gehen könnte, wenn eine gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorhanden wäre.“³²

„Der beste Wahlkampf, den wir nach 1945 geführt haben“

Trotz oder vielleicht gerade wegen dieser Zurückhaltung führte die SPD den Wahlkampf von 1961 offensiver als je zuvor. Da die Sozialdemokraten auf radikale Gegenentwürfe verzichtet hatten, fiel es der Union erheblich schwerer, sie wie in den vorangegangenen Wahlschlachten in die Defensive zu drängen. „Endlich, Gott sie Dank im Angriff und zwar in allen Phasen“, lautete die einhellige Meinung der Wahlkampfmanager an der Basis, die lediglich monierten, daß die Partei auf die Diffamierungskampagne gegen Brandt nicht energisch genug reagiert habe.³³ Ein gutes Zeugnis stellten sie der zentralen Planung und Steuerung des Wahlkampfes durch den Parteivorstand bzw. die „Zentrale Wahlkampfleitung“ aus. Allerdings brachte die moderne Werbekampagne auch Probleme mit sich. Viele der alten Haudegen hatten große Schwierigkeiten mit dem „neuen Stil“. Im südbayerischen Bezirksvorstand erkannte man bereits frühzeitig, daß die Genossen in den Ortsvereinen und Kreisverbänden „auf diese Art von Wahlkampf nicht so leicht einzustellen“ seien.³⁴ Gute Zensuren erhielt diesmal das zentrale Werbematerial. Den aus Bonn kommenden Plakaten und Wahlhüllis, die Titel trugen wie „Davon spricht Deutschland“, „Vertrauen“, „Machen wir“, „Tag für Tag“ oder „Hand in Hand“, bescheinigte man hohe Qualität, wogegen am Material aus den Bezirken deutliche Kritik geübt wurde.³⁵

Was das Engagement an der Basis betraf, konnte die Partei ein insgesamt positives Fazit der Kampagne von 1961 ziehen. Im Bundeswahlkreis Weißenburg, zu dem seinerzeit auch der Landkreis Feuchtwangen gehörte, hatten neben 230 Wahlversammlungen eine Reihe weiterer Werbeaktionen wie ein Autokorso, eine Jungwählerveranstaltung mit Tanz und Kabarett, Pressekonferenzen sowie Gespräche mit den Spitzen der Kreisbehörden und der Geistlichkeit beider Konfessionen stattgefunden.³⁶ Großen Anklang fand der Tonfilmwagen, den der Parteivorstand den Bezirken zur Verfügung gestellt hatte, um die Wahlfilme auch auf

³¹ ACSP, BV Schwaben 154, Rednerskizze zur Vorbereitung der Bundestagswahl von 1961 von Dr. Bruno Merk, undatiert.

³² WZ vom 28. 7. 1961 („Kurzer und harter Wahlkampf zu erwarten“).

³³ AdsD, Bezirk Franken 149, Heinz Schmude: Auswertung des Fragebogens des Bundestagswahlkampfes 1961 vom 18. 9. 1961.

³⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 111, Kurz-Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Bezirksvorstandes am 15. 5. 1961 in München.

³⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 112, Max Allmer, Bericht über die Organisation während des Bundestagswahlkampfes vom 15. 9. 1961.

³⁶ AdsD, Bezirk Franken 157, Wahlkreis 230 – Weißenburg, Bericht über den Bundestagswahlkampf 1961, undatiert. Zur Finanzierung dieser Veranstaltungen hatte die Wahlkampfleitung zusätzlich 6500,- DM aufgebracht.

dem Land zeigen zu können.³⁷ Im Bundeswahlkreis Ansbach mit dem Landkreis Rothenburg ob der Tauber hatte man auf eigene Kosten zusätzliches Werbematerial beschafft; dazu zählten ein Erstwählerbrief und ein persönliches Schreiben des Kandidaten an bestimmte Berufsgruppen. Den Löwenanteil der 4353,80 DM, die von den lokalen und regionalen Gliederungen getragen werden mußten, hatte die „Kandidatenillus“ verschlungen, die als Postwurfsendung an alle Haushalte verschickt wurde.³⁸ Sie war allerdings, trotz aller Mühen, ebenso brav und bieder ausgefallen, wie der Kandidat der SPD wirkte: An und für sich war die Aufstellung Konrad Porzners ein kluger Schachzug gewesen, da er als Kapitän der Handballmannschaft des TSV Ansbach, die in diesem Jahr den deutschen Meistertitel gewonnen hatte, über einen hohen Bekanntheitsgrad in der Region verfügte. Das zentrale Photo der vierseitigen Hochglanzbroschüre im Format DIN A-4 zeigte Porzner indes nicht als einen jungen und dynamischen Politiker, sondern gemeinsam mit Mutter und Schwester um eine Sofagarnitur gruppiert, im Hintergrund das unvermeidliche Radio. Der Text darunter lautete lapidar: „Konrad Porzner wohnt bei seiner Mutter in Ansbach.“³⁹

Auch 1961 trugen in den ländlichen Regionen die Kandidaten und die kommunalen Mandatare die Hauptlast des Wahlkampfes. Prominente SPD-Redner verirrteten sich dagegen nach wie vor kaum aufs Land. Im Landkreis Wasserburg traten neben Wilhelm Hoegner nur Karl Mommer, der Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, und Erwin Essl auf, der dem Vorstand des Bezirks Südbayern angehörte und zum Gewerkschaftsflügel der Partei zählte. Ansonsten bestritten regionale Größen wie Josef Kriegisch und Walter Treitinger die Wahlversammlungen am Inn. Ganz anders sah es bei der CSU aus, die mit Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger, dem bayerischen Landwirtschaftsminister Alois Hundhammer und Verteidigungsminister Strauß drei Spitzenpolitiker in den Landkreis Wasserburg entsandte. Was die Zahl der Veranstaltungen betraf, hatte die CSU ebenfalls die Nase vorn, die damit auch die kleinen Landgemeinden erreichte, während sich die Aktivitäten der SPD „auf die Stadt und einige größere Gemeinden“ beschränkten.⁴⁰ Etwas besser sah es im Landkreis Nördlingen aus, wo Adolf Härtl pausenlos unterwegs war und selbst im kleinsten Dorf auf Wahlversammlungen sprach; nebenbei hielt er die Genossen in den Ortsvereinen auch noch über die Inhalte des zentral gesteuerten Wahlkampfes auf dem laufenden, indem er Schulungsabende abhielt.⁴¹ Schützenhilfe erhielt er nur von Käte Strobel, die eine spektakuläre Wahlversammlung in der Kreisstadt bestritt. Die Genossen zeigten sich mit dem Geleisteten zufrieden. „Noch nie wurde so viel getan in einem Wahlkampf als diesmal“, urteilte ein fränkischer Sozialdemokrat, und ein anderer meinte kurz

³⁷ AdsD, Bezirk Franken 149, Bezirk Franken an die Unterbezirkssekretäre vom 8. 5. 1961.

³⁸ AdsD, Bezirk Franken 157, Wahlkreis 225 – Ansbach, Bericht über den Bundestagswahlkampf 1961, undatiert.

³⁹ Die „Kandidatenillus“ Konrad Porzners aus dem Bundestagswahlkampf von 1961 findet sich in AdsD, Bezirk Franken 149.

⁴⁰ WZ vom 16. 9. 1961 („Das Wahlergebnis wird mit Spannung erwartet“).

⁴¹ Protokollbuch des SPD-OV Oettingen, Protokoll der außerordentlichen Ausschußsitzung am 4. 3. 1961 (Kopie im Besitz des Verfassers). Das Folgende nach RN vom 11. 9. 1961 („Käte Strobel: „Ehrt den Alten und wählt den Jungen““).

und bündig: „Das war der beste Wahlkampf, den wir nach 1945 geführt haben.“⁴² Aber hatte sich der Aufwand gelohnt?

*b) Ein Frühling, dem kein Sommer folgte:
Die Wahlergebnisse der SPD 1961–1974*

Zwischenhoch: Die Bundestagswahl 1961

Auf den ersten Blick fiel das Wahlergebnis enttäuschend aus: Die SPD kam bundesweit nur auf 36,2 Prozent der Stimmen. Damit lag sie klar hinter der Union, die trotz deutlicher Verluste immer noch 45,3 Prozent erreichte und gemeinsam mit den Liberalen, den eigentlichen Gewinnern der Wahl, weiter die Regierung stellte.⁴³ Die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten mußten wieder auf den Oppositionsbänken Platz nehmen, konnten sich aber immerhin über deutliche Zugewinne von 4,4 Prozentpunkten freuen. Es ging aufwärts, wenn auch langsamer als erhofft.

Das galt auch für Bayern. Hier kam die SPD auf 30,1 Prozent, was einem Zuwachs von 3,7 Prozentpunkten entsprach.⁴⁴ Auf dem Land sah es ebenfalls besser aus: In fast allen Untersuchungsregionen konnte sich die SPD gegenüber der letzten Bundestagswahl steigern, nur im Landkreis Feuchtwangen stagnierte sie. Besonders hoch fielen die Zuwachsraten in den Landkreisen Landsberg am Lech, Königshofen im Grabfeld, Neuburg an der Donau und Nördlingen aus.⁴⁵ Im Ries kletterte die Sozialdemokratie um sechs Prozentpunkte auf 15,6 Prozent der Stimmen, wobei sie in fast allen Gemeinden zulegen konnte. Die Zahl der Kommunen, in denen weniger als zehn Prozent auf die SPD entfielen, sank von 53 auf 30, und nur noch in 14 Gemeinden entschieden sich keine fünf Prozent für die SPD, während dies vier Jahre zuvor noch in 22 Verwaltungseinheiten der Fall gewesen war. Besonders stark nahm die SPD in ihren Hochburgen zu: Die 35,7 Prozent, die sie in Baldingen erreichte, bedeuteten ein Plus von 10,9 Prozentpunkten, und in Ederheim verdoppelte die SPD ihr relatives Gewicht von 22,4 auf 44,6 Prozent. Auch in der Stadt Oettingen verbesserte sich die SPD deutlich von 17,7 auf 29,6 Prozent. Die Kommunen, in denen die SPD besonders gut abschnitt, zeichneten sich durch einen verhältnismäßig niedrigen Anteil der Erwerbstätigen im primären Sektor und – mit der Ausnahme von Oettingen und Wallerstein – durch eine eindeutig evangelische Bevölkerungsmehrheit aus. Katholische Landgemeinden wie Amerbach, Belzheim oder Seglohe stellten dagegen weiter ein extrem schwieriges Pflaster für die Sozialdemokratie dar.⁴⁶

⁴² AdsD, Bezirk Franken 149, Heinz Schmude: Auswertung des Fragebogens des Bundestagswahlkampfes 1961 vom 18. 9. 1961. Zum Wahlkampf der SPD von 1961 vgl. Schütz, Lehren aus Kennedys Kampagne, und Wildenmann/Scheuch, Wahlkampf 1961 im Rückblick.

⁴³ Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 223. Das Folgende nach Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 516.

⁴⁴ Diese Angaben nach Ritter/Nichuss, Wahlen in Deutschland, S. 121.

⁴⁵ Siehe unten Tabelle 5.

⁴⁶ Die Ergebnisse der Bundestagswahl von 1957 und 1961 im Landkreis Nördlingen stammen aus BSB 206, S. 147* ff. bzw. aus BSB 224, S. 139* f. Die Erwerbs- und Konfessionsstruktur der Gemeinden im Landkreis Nördlingen nach BSB 231 b, S. 550–557.

Ähnlich lagen die Dinge im Landkreis Wasserburg, auch wenn die SPD sich hier nur um 1,4 Prozentpunkte auf 20,2 Prozent verbessern konnte. Der Zugewinn ging in erster Linie auf das Konto derjenigen Gemeinden, in denen die SPD bereits früher überdurchschnittlich gut abgeschnitten hatte. In Attel legten die Sozialdemokraten knapp fünf Prozentpunkte zu und kamen auf 25,7 Prozent, in Edling steigerten sie sich von 22,7 auf 28,4 Prozent und in Ramerberg von 22,4 auf 27,1 Prozent. In acht Gemeinden lag die Partei über einem Viertel der Stimmen, wobei sie das beste Ergebnis mit 35,5 Prozent in der Kreisstadt erzielte. Allerdings mußte die SPD in einer Reihe von Gemeinden auch Verluste hinnehmen, so daß sich die Zahl der Kommunen, in denen die SPD weniger als zehn Prozent der Stimmen erhielt, von 13 auf 18 erhöhte. Wie im Ries, zeichneten sich die SPD-Hochburgen auch am Inn durch verhältnismäßig urbane Strukturen aus; die Bevölkerungsdichte lag weit über dem Kreisdurchschnitt, und im Erwerbsleben dominierten Industrie und Dienstleistungssektor, während der primäre Sektor eine untergeordnete Rolle spielte. Hinzu kam ein relativ hoher Vertriebenenanteil. In den reinen Landgemeinden dagegen, in denen die Bevölkerung nach wie vor hauptsächlich von der Landwirtschaft lebte, brachte die Sozialdemokratie kein Bein auf den Boden – zumal, wenn die Bevölkerung überwiegend katholisch war.⁴⁷

Auf dem Land nichts Neues

Daran sollte sich in den langen sechziger Jahren wenig ändern. Zwar liegen nur bis zur Landtagswahl von 1970 Daten für die elf untersuchten Landkreise vor, die eine vergleichende Analyse der Wahlergebnisse ermöglichen. Die Bundestagswahl von 1972 und die Landtagswahl von 1974 fanden bereits nach der Kreisgebietsreform vom Juni 1972 statt und lassen sich daher nicht mehr mit den vorangegangenen Urnengängen vergleichen. Die wichtigsten Entwicklungstrends können freilich aus dem vorhandenen Material, das in Tabelle 6 zusammengefaßt ist, herausgelesen werden.

In Bayern setzte sich auch nach 1961 der stetige Aufwärtstrend der SPD fort. Er erreichte bei der Bundestagswahl von 1972 mit dem Traumergebnis von 37,8 Prozent seinen Höhepunkt, dem allerdings bei der Landtagswahl von 1974 ein bitterer Rückschlag folgte, als die Partei auf 30,2 Prozent abstürzte. Anstatt sich der 40-Prozent-Marke zu nähern und die Machtbastion der CSU ernsthaft zu gefährden, blieb die SPD auch in den siebziger und achtziger Jahren in dem vielzitierten 30-Prozent-Turm gefangen. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings, daß die negative Trendwende bereits mit der Landtagswahl von 1970 einsetzte, bei der die SPD im Vergleich zu 1966 immerhin 2,5 Prozentpunkte abgeben mußte. In der „Wählt Willy“-Wahl⁴⁸ von 1972 kamen, so gesehen, eher Stimmungen als feste Überzeugungen und stabile Bindungen zum Ausdruck.

Die elf ausgewählten ländlichen Regionen gaben in dieser Hinsicht einen recht zuverlässigen Seismographen ab. Abgesehen vom Landkreis Landsberg, wo die

⁴⁷ Die Ergebnisse der Bundestagswahl von 1957 und 1961 im Landkreis Wasserburg stammen aus BSB 206, S. 23* f. bzw. aus BSB 224, S. 21* f., und WZ vom 19. 9. 1961 („Überwiegende Mehrheit für den CSU-Kandidaten“). Die Angaben zur Erwerbs- und Sozialstruktur nach BSB 231a, S. 96–103.

⁴⁸ Müller, Wählt Willy '72.

Tabelle 5: Ergebnisse der SPD bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1957–1974

	1957	1958	1961	1962	1965	1966	1969	1970	1972	1974
Landsberg	15,7	16,8	21,0	22,9	23,8	27,6	26,9	27,6		
Wasserburg	18,8	22,3	20,2	22,7	21,2	21,3	19,5	19,4		
Bogen	14,9	11,4	16,0	18,1	17,8	20,7	18,9	16,9		
Beilngries	11,1	11,6	12,6	13,7	14,9	15,1	14,8	13,3		
Neumarkt	11,2	12,4	12,9	13,9	15,9	15,9	16,6	15,3		
Roding	18,0	16,3	18,1	20,2	20,3	19,5	19,0	15,1		
Feuchtwangen	11,5	11,9	11,3	15,8	15,0	14,7	18,0	15,9		
Rothenburg	7,3	7,6	8,2	9,6	11,5	11,6	12,8	11,7		
Königshofen	7,9	8,3	13,5	12,0	18,2	21,3	18,8	21,2		
Neuburg	11,7	11,9	14,9	16,6	18,5	20,0	19,2	18,5		
Nördlingen	9,6	11,5	15,6	17,2	18,8	20,0	20,3	19,0		
<i>Bayern</i>	26,4	30,8	30,1	35,3	33,1	35,8	34,6	33,3	37,8	30,2

Quelle: BSB 206, S. 56–61, BSB 224, S. 60–97, BSB 237, S. 86–107, BSB 272 a, S. 14–262, SJbB 29 (1969), S. 110–117, BSB 291 a, S. 34–210, und BSB 309 a, S. 8–18, sowie Ritter/Niehuss, Wahlen in Deutschland, S. 121 und S. 174.

SPD ihr Ergebnis von 1966 halten konnte, und von den Landkreisen Feuchtwangen und Rothenburg, wo sie sich sogar leicht verbesserte, mußten die Sozialdemokraten 1970 überall Niederlagen hinnehmen, die teilweise drastisch ausfielen. So verlor die SPD in Bogen 3,8 und in Roding 4,4 Prozentpunkte. In Wasserburg, Beilngries und Roding setzte die Trendumkehr sogar schon vier Jahre früher ein als im Landesdurchschnitt: In diesen drei Landkreisen brachte bereits die Landtagswahl von 1966 rückläufige Ergebnisse, eine Tendenz, die sich in den folgenden Urnengängen fortsetzte. So rutschte die SPD in den Landkreisen Wasserburg und Roding schon 1970 unter den Stand von 1958 ab, und auch wenn sie in den anderen Regionen teilweise noch deutlich über dieser Marke lag, konnte Anfang der siebziger Jahre kein Zweifel mehr bestehen, daß der sozialdemokratische Frühling vorübergegangen war, ohne daß ihm ein Sommer folgte.

Im Landkreis Wasserburg am Inn erreichte die SPD den Höhepunkt der Aufwärtsentwicklung bereits mit der Landtagswahl von 1962, in der sie auf 22,7 Prozent kam. In zwölf Gemeinden rangierte die SPD über 25 Prozent und in der Kreisstadt konnte sie mit 41,4 Prozent die CSU sogar knapp auf den zweiten Rang verweisen. Die Zahl der Gemeinden, in denen weniger als zehn Prozent der Wähler den Sozialdemokraten das Vertrauen schenken, sank auf zwölf. 1965 erhielt die SPD 21,2 Prozent, was immerhin noch einen Zugewinn von einem Prozentpunkt gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl darstellte; allerdings wurde sie in der Kreisstadt wieder von der CSU überrundet und konnte nur noch in elf Gemeinden über ein Viertel der Wähler gewinnen, während sie in 19 Kommunen weniger als zehn Prozent erhielt. Vier Jahre später blieb die SPD an den Ufern des Inn knapp unter der 20-Prozent-Marke; noch alarmierender war, daß die Zahl der Hochburgen auf acht schrumpfte, während die Diaspora-Gemeinden auf 25 anstiegen. Ein neuerlicher Tiefpunkt folgte bei der Landtagswahl im Jahr darauf mit 19,4 Prozent, wobei die SPD nur noch in fünf Gemeinden mehr als ein

Viertel der Stimmen erhielt.⁴⁹ Im Ries verlief die Entwicklung grundsätzlich nach dem gleichen Muster, wenn auch phasenverschoben. Von einem erheblich niedrigeren Niveau ausgehend, dauerte der Aufschwung hier bis zur Bundestagswahl von 1969. Dabei vergrößerte sich von Wahl zu Wahl die Zahl der Gemeinden, in denen sich mehr als ein Viertel der Wähler für die SPD entschieden, wogegen es kontinuierlich weniger Kommunen gab, in denen die SPD weniger als zehn Prozent der Stimmen erhielt. Wie auf Landesebene, brachte auch im Ries die Landtagswahl von 1970 eine Trendwende. Die SPD büßte einen Prozentpunkt gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl ein, und die Zahl der Gemeinden, in denen sich die Sozialdemokraten in der Diaspora befanden, stieg erstmals wieder von 17 auf 20.⁵⁰

Sieht man vom Landkreis Landsberg ab⁵¹, waren für die SPD spätestens ab 1969 die Jahre des stetigen Zugewinns vorbei. Die in Tabelle 5 zusammengefaßten Daten deuten darauf hin, daß die Sozialdemokratie in ländlichen Regionen ein Potential von rund 15 bis 20 Prozent der Wähler besaß, das sie gegen Ende der sechziger Jahre ausgeschöpft hatte. Wo die Landwirtschaft ein prägender Wirtschaftsfaktor blieb und der Industrie- und Dienstleistungssektor nicht zum wichtigsten Faktor der Erwerbsstruktur wurde, wo die Bevölkerungsdichte und die Steuerkraft immer noch weit unter dem Landesdurchschnitt lagen, stand die SPD auch dann noch auf verlorenem Posten, als sie in Bonn bereits Regierungspartei geworden war. Aber warum kam die SPD auf dem Land über 20 Prozent nicht hinaus, wieso blieben ihr die Dörfer verschlossen? Und wie ist die Trendumkehr am Ende der sechziger Jahre zu erklären?

c) Der Imagewandel der SPD

Marktwirtschaft statt Marxismus

Am Anfang der sechziger Jahre profitierte die Sozialdemokratie, wenn man so will, vom Zeitgeist: Die programmatische Erneuerung der Partei führte in Kombination mit den neuen Herausforderungen der sechziger Jahre dazu, daß die SPD weiten Teilen der Bevölkerung plötzlich nicht mehr als sozialistische „Traditionskompanie“, sondern als moderne Alternative zur Union erschien.⁵² Raumordnung und Landesplanung, Gemeinschaftsaufgaben oder der Ausbau des Bildungswesens standen in den sechziger Jahren auf der Tagesordnung. Vor allem das Thema Bildungsreform stellte ein heißes Eisen in der öffentlichen Diskussion dar, nachdem Georg Picht das Schlagwort von der „deutschen Bildungskatastrophe“ in die Debatte geworfen hatte. Dieser Problemkomplex besaß gerade für ländliche

⁴⁹ Diese Angaben nach BSB 237, S. 21* f., und BSB 272 a, S. 50ff., und BSB 291 a, S. 59f., sowie BSB 309 a, S. 67–70.

⁵⁰ Diese Angaben nach BSB 224, S. 139* f., BSB 237, S. 139* f., BSB 272 a, S. 256ff., und BSB 277 a, S. 374–377, sowie BSB 291 a, S. 206 f., und BSB 309 a, S. 356–360.

⁵¹ Daß die SPD im Landkreis Landsberg auch in den frühen siebziger Jahren noch kräftig zulegen konnte und hier mit Abstand ihre besten Ergebnisse aller in die Untersuchung einbezogenen Regionen erzielte, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Region Landsberg im Zuge der zunehmenden Verkehrserschließung immer stärker in den Sog der Ballungsräume München und Augsburg geriet.

⁵² Vgl. dazu und im folgenden Lösche/Walter, SPD, S. 115f., S. 147f. und S. 190f.

Regionen große Bedeutung.⁵³ Mit dem Bayernprogramm „Mehr Gerechtigkeit“, das maßgeblich auf Waldemar von Knoeringen zurückging und genau diese Themen aufgriff, konnte die bayerische SPD im Vorfeld der Landtagswahl von 1962 ihre Kompetenzen auf diesen Feldern untermauern. So durfte sie tatsächlich hoffen, über die Stammklientel der Arbeiterschaft hinaus neue Wählerschichten zu erschließen, die zuvor keine Affinitäten zur Sozialdemokratie gehabt hatten. Damit rückten nun auch Fortschritte in den ländlichen Regionen in den Bereich des Möglichen.

Die wichtigste Vorbedingung dieses Kalküls bestand darin, den Ruch von Marxismus und Kommunismus abzustreifen. Dem hatte die SPD im „Godesberger Programm“ Rechnung getragen: Sie bekannte sich nun zur liberalen Wirtschaftsordnung, zur freien Unternehmerinitiative und zum Eigentum an Produktionsmitteln, „soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert.“⁵⁴ Marktwirtschaft statt Marxismus, so ließe sich die neue Leitlinie pointiert formulieren, und die Maxime lautete nun: „Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig!“ Zugleich versuchte die SPD, den neuen Kurs durch eine noch radikalere Abgrenzung nach links zu untermauern, wobei sich wieder Waldemar von Knoeringen als treibende Kraft erwies.⁵⁵ Sichtbarster Ausdruck dieser Politik war die zunehmende Entfremdung von der eigenen Studentenorganisation, dem SDS, die schließlich im Oktober 1961 dazu führte, daß der Parteivorstand die gleichzeitige Mitgliedschaft in SPD und SDS unmöglich machte.⁵⁶

Das neue Image als modernisierende Kraft war jedoch noch keineswegs gefestigt. Gerade auf dem Land bestand stets die Gefahr, wieder unter Kommunismusverdacht zu geraten. Um diese Gefahr wußten die Funktionäre sehr wohl. Als 1962 darüber diskutiert wurde, wie man die Parteiorganisation auf dem Land vorantreiben konnte, und dabei auch der Vorschlag im Raum stand, die städtischen Gliederungen der Partei sollten verstärkt auf dem Land Präsenz zeigen, winkte Max Allmer ab: „Diese Besuche können aber mehr schlecht machen als helfen. Durch einen einzigen Besuch mit roter Fahne kann alles zerstört werden, was die Genossen draussen in jahrelanger Arbeit aufgebaut haben.“⁵⁷ Auf die Landbevölkerung wirkten die traditionellen Symbole der Arbeiterbewegung immer noch abschreckend, zumal die CSU die gerade bei den Bauern tiefsitzende Furcht vor der Enteignung immer wieder neu zu beleben verstand. „Wählt SPD – und Ihr werdet enteignet!“, titelte der „Unions-Kurier“ noch im Wahlkampf von 1969.⁵⁸ Die Reideologisierungstendenzen, die sich bei den Jungsozialisten gegen Ende der sechziger Jahre und in den siebziger Jahren Bahn brachen, waren natürlich Wasser auf die Mühlen der CSU-Propaganda. Und als Siegmund Geiselberger im Vorfeld

⁵³ Vgl. Müller/Schröder/Möslang, „Vor uns liegt ein Bildungszeitalter“. Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe. Zur Bildungsreformdiskussion vgl. Kleßmann, Zwei Staaten, S. 256–264. Das Folgende nach Werner, Im Dienst der Demokratie, S. 174 ff.

⁵⁴ So heißt es im Kapitel „Wirtschafts- und Sozialordnung“ des „Godesberger Programms“, zitiert nach Dowe/Klotzbach (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 358. Das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 357.

⁵⁵ Vgl. dazu und im folgenden Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 454–467, und mit Bezug zur bayerischen SPD Werner, Im Dienst der Demokratie, S. 168–173.

⁵⁶ Vgl. dazu ausführlich Albrecht, SDS, S. 310–443.

⁵⁷ AdSD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 26. 11. 1962 in München.

⁵⁸ Als Faksimile abgedruckt bei Kronawitter, Ein politisches Leben, S. 66.

des Landtagswahlkampfes von 1974 seine berühmt-berüchtigten „Bodenthesen“ veröffentlichte – die zwar mit einer Reform der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse nichts zu tun hatten, doch so genau las kaum jemand das krude Machwerk⁵⁹ –, schienen sich die Sorgen der Bauern und die Warnrufe der CSU zu bestätigen. Entsprechend fatal wirkten sie sich auf das Wahlergebnis der SPD aus.⁶⁰ Der Kredit, den sich die Partei in langjähriger Arbeit auch jenseits der Arbeiterbewegung mühevoll erworben hatte, war damit in kurzer Zeit verspielt.

Annäherung an die katholische Kirche

Ähnlich erfolglos waren die Bemühungen der SPD, einen gemeinsamen Nenner mit der katholischen Kirche zu finden; auf anfängliche Erfolge folgte in den frühen siebziger Jahren ein herber Rückschlag.⁶¹ Nach der Wahlschlappe von 1957 hatten viele führende Genossen begriffen, daß die Partei erst dann regierungsfähig werden konnte, wenn ihr mehr als ein Viertel der katholischen Wähler das Vertrauen schenkten. Schon im Januar 1958 gab es erste „offizielle“ Kontakte im Rahmen der bayerischen Katholischen Akademie, die abermals maßgeblich auf Waldemar von Knoeringen zurückgingen. Ein Jahr später schuf Godesberg die programmatische Basis einer Annäherung: Die SPD sprach sich im Verhältnis zu Religion und Kirche für Toleranz und Pluralismus aus, anerkannte den „besonderen Auftrag“ und die Eigenständigkeit der Kirchen und „bejaht[e] ihren öffentlich-rechtlichen Schutz“. Was ihr vorschwebte, war eine „Zusammenarbeit [...] im Sinne einer freien Partnerschaft“.⁶² Doch anfangs gab es große innere Widerstände gegen einen derartigen Dialog, und zwar auf beiden Seiten. Der deutsche Katholizismus lehnte das Angebot zunächst rundheraus ab, und auch in den Reihen der Sozialdemokratie regte sich Unmut – die antikonfessionellen Ressentiments ließen sich eben nicht über Nacht ablegen. Als der Vorstand des SPD-Bezirks Südbayern zusammenkam, um die Bundestagswahl von 1961 zu analysieren, war die Empörung über die neuerliche Parteinahme der katholischen Bischöfe für die Union groß. Wilhelm Hoegner bemerkte dazu trocken, „dass uns die Kirche immer wieder angreifen wird, solange wir nicht die Mehrheit haben. Der Kirche imponiere nichts als die politische Macht. Wenn wir stark genug sind, wird sie von selbst zu uns kommen.“⁶³ Die Genossen waren indes klug genug, ihren Zorn nicht an die große Glocke zu hängen und sich mit öffentlichen Angriffen zurückzuhalten, während das Zweite Vatikanische Konzil die harte Ablehnungsfront in Deutschland langsam bröckeln ließ. Die Dämme brachen, als Papst Paul VI. im März 1964 eine Delegation führender Sozialdemokraten zu einer Privataudienz

⁵⁹ Geiselberger ging es ausschließlich um das Wohnungseigentum und alle damit verbundenen gesetzlichen Bestimmungen. AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter: Siegmund Geiselberger. Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens, Siegmund Geiselberger: Thesen zu Bodenreformplänen und Stadtentwicklungspolitik, in: Juso-Information Juni/Juli 1974, S. 31–36.

⁶⁰ So jedenfalls die Analyse des Wahlergebnisses von 1974 einer eigens vom Landesverband eingesetzten Kommission, SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1973/74, S. 31.

⁶¹ Vgl. im folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, Lösche/Walter, SPD, S. 101–111.

⁶² Zitiert nach Dowe/Klotzbach (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, S. 364.

⁶³ AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 19. 9. 1961 in München.

empfang. Mitte der sechziger Jahre galt die SPD führenden deutschen Katholiken „nicht mehr als kirchenfeindlich“.⁶⁴

Die Sozialdemokraten nahmen den Ball umgehend auf. Im Vorfeld der Bundestagswahl von 1965 regten Kandidaten im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz an, „Verbindung mit der Kirche aufzunehmen“ und ein Rundschreiben an alle Ortsvereine und Referenten zu richten, „damit keinerlei Angriffe im Wahlkampf gegen die Kirche gemacht werden.“⁶⁵ Zwar kam es vor allem in agrarisch geprägten katholischen Regionen immer noch zu einer „Diskriminierung [...] von der Kanzel herab“, doch ergaben erste Gespräche zwischen Sozialdemokraten und Geistlichen auf der unteren Ebene eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkten. Der Ortsverein Weidach, in dem man solche Erfahrungen gemacht hatte, empfahl dem Bezirk Südbayern, die Sozialzyklika „*Populorum Progressio*“ von Papst Paul VI. aus dem Jahr 1967 als Hebel zu verwenden, denn „die deckt sich weitgehend mit den Forderungen unseres Parteiprogramms“⁶⁶ und eigne sich in der Provinz als propagandistisches Instrument gegen die Positionen der CSU. Zudem gebe es unter den Geistlichen nicht nur Konservative, sondern auch Liberale und sogar Sozialisten, „die die SPD bereits klar links überholen“.

Die Strategie der Annäherung schien aufzugehen, denn gegen Ende der sechziger Jahre begann sich das zähe Werben der SPD um die katholische Kirche auszuzahlen. Im Wahlkampf von 1969 wahrten die Bischöfe erstmals strikte parteipolitische Neutralität, und auch die „Politische Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken“ vom März 1969 ließ keine Präferenz erkennen.⁶⁷ Ja, zur großen Freude der Genossen ergriffen führende Katholiken wie der Münsteraner Theologieprofessor Peter Lengsfeld Partei für die SPD, „weil diese Partei gegenwärtig die besseren Köpfe und das bessere politische Programm hat“. Ein Wahlsieg der Sozialdemokratie stellte in seinen Augen eine Notwendigkeit für den Katholizismus in Deutschland dar: „Denn dann erst wäre der psychologische Druck, den die einseitige Wahlempfehlung vieler Jahrzehnte noch immer ausübt, völlig beseitigt und unsere katholische Kirche, was die Wählerbeeinflussung angeht, aus dem Schneider.“⁶⁸

Zwar fand der „Machtwechsel“ 1969 tatsächlich statt, er zeitigte jedoch ganz andere Folgen, als Lengsfeld gehofft hatte. Mit der Bildung der Regierung Brandt/Scheel ging die Periode des Tauwetters schlagartig zu Ende, ihr folgte eine neue Eiszeit im Verhältnis zwischen SPD und katholischer Kirche.⁶⁹ Für die neuerliche Kulturkampfstimmung war nicht zuletzt die Reideologisierung der SPD verant-

⁶⁴ So der Geistliche Direktor beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Prälat Bernhard Hansler, zitiert nach Lösche/Walter, SPD, S. 308.

⁶⁵ AdSD, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz 37, Wahlrundschreiben 3/65 von Franz Sichler an die Bundestagskandidaten im Bezirk vom 26. 1. 1965, Anlage: Protokoll der Kandidatenbesprechung am 23. 1. 1965.

⁶⁶ AdSD, Bezirk Südbayern 13, Antrag des OV Weidach auf dem außerordentlichen Bezirksparteitag des Bezirks Südbayern am 13. 1. 1968 in Planegg, betr.: „Möglichkeiten zur Eroberung der schwarzen CSU-Provinz“, undatiert. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

⁶⁷ Die „Politische Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken“ vom 28. 3. 1969 findet sich in AdSD, Bezirk Franken 220.

⁶⁸ AdSD, Bezirk Franken 220, SPD Landesverband Bayern, Informationen zur Bundestagswahl 1969 Nr. 7 vom 19. 9. 1969.

⁶⁹ Vgl. dazu und im folgenden ausführlich Lösche/Walter, SPD, S. 311–330.

wortlich, die von den dogmatischen Jungsozialisten vorangetrieben wurde, deren Protagonisten am liebsten die alte Ghetto-Kultur der Arbeiterbewegung revitalisiert hätten. Dazu kamen Reformprojekte der sozialliberalen Koalition wie die Liberalisierung des Strafrechts und – mehr als alles andere – die Änderung des Paragraphen 218⁷⁰, von denen sich die Katholiken vor den Kopf gestoßen fühlten. Die Reaktion fiel harsch aus: Von einer „Äquidistanz“ der Kirche zu den politischen Parteien konnte nun keine Rede mehr sein, vielmehr rührten die Kleriker und die Laienorganisationen in den Wahlkämpfen von 1972 und 1974 wieder eifrig die Werbetrommel für die Unionsparteien. Insbesondere im Hirtenbrief der katholischen Bischöfe vom Oktober 1974, der zu einer einzigen Abrechnung mit der SPD und der sozialliberalen Koalition geriet, erblickten die Sozialdemokraten einen wichtigen Grund für das Debakel in der Landtagswahl von 1974.⁷¹ Das und die in der bayerischen SPD nach wie vor stark ausgeprägten antiklerikalen Züge führten dazu, daß sich die Sozialdemokratie in eine protestantische Partei verwandelte⁷², ohne jedoch in evangelischen Landgemeinden zur Mehrheitspartei zu werden.

d) Auf der Suche nach der landwirtschaftlichen Kompetenz

Neben dem immer noch spannungsgeladenen Verhältnis zur Kirche lag es am Agrarprogramm der SPD, daß die Landbevölkerung der Sozialdemokratie skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. Seit den späten fünfziger Jahren versuchte die SPD zwar ernsthaft, dieses Manko zu beseitigen und durch aktive Agrarpolitik das Vertrauen der Landwirte zu gewinnen. Auch hierfür lieferte Godesberg die Basis: In ihrem neuen Grundsatzprogramm bekannte sich die SPD explizit zum „private[n] Eigentum des Bauern an Grund und Boden“ und forderte, die „leistungsfähigen Familienbetriebe [...] wirtschaftlich und sozial zu stärken.“⁷³ Zudem sollte die „Modernisierung der Landwirtschaft“ im Zuge der Eingliederung in den gemeinsamen Markt der EWG forciert und der „Rückstand [der Landbevölkerung] in der sozialen Gesetzgebung“ beseitigt werden. Die Ausformung konkreter Vorstellungen und eines geschlossenen Programms nahm allerdings einige Zeit in Anspruch, und noch im Wahlkampf von 1961 mußten die Kandidaten in ländlichen Regionen improvisieren, wenn sie den Bauern die landwirtschaftlichen Pläne der SPD auseinandersetzen wollten. In der Analyse des Wahlausgangs forderte Gerhard Reischl, daß „für die Landwirtschaft viel mehr getan werden“ müsse, und klagte: „Das Material[,] das vom Parteivorstand herauskommt[,] ist für die Milch- und Obstwirtschaft des Allgäus nicht zu brauchen.“ Daher hatte sich Reischl „eben eine ‚eigene‘ Landwirtschaftspolitik zurechtgemacht.“⁷⁴

⁷⁰ Dazu Bracher/Jäger/Link, *Republik im Wandel*, S. 149 ff.

⁷¹ Zu diesem Ergebnis kam eine Arbeitsgruppe, die zu dem Zweck eingerichtet worden war, die Wahlniederlage von 1974 genau zu analysieren. SPD Bezirk Franken, *Jahresbericht 1973/74*, S. 30.

⁷² Diese These vertreten Lösche/Walter, SPD, S. 332–336.

⁷³ Zitiert nach Dowe/Klotzbach (Hrsg.), *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, S. 360. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

⁷⁴ AdSD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 19. 9. 1961 in München. Zur Landwirtschaftspolitik der bayerischen SPD vgl. Behr, *Sozialdemokratie und Konservatismus*, S. 176–181. Zur Agrarpolitik der SPD vgl. Kluge, *Agrarpolitik*, Bd. 2, S. 70 f.

Erst bei der Landtagswahl im Jahr darauf verfügten die bayerischen Sozialdemokraten über ein umfassendes Agrarprogramm.⁷⁵ Im Kern hielt das Konzept, das im Laufe der sechziger Jahre nur geringfügig modifiziert wurde, an der traditionellen Forderung nach „Konzentrierung als Mittel der Strukturverbesserung“ fest. Deswegen markierte die Flurbereinigung in den Augen der SPD den „Schlüssel zu allen weiteren Sanierungsmaßnahmen“, galt sie doch als Voraussetzung für die Aussiedlung, Sanierung und Aufstockung von Betrieben, für Maßnahmen also, die die SPD als unabdingbar bezeichnete, um die bäuerlichen Betriebe für die Erfordernisse der modernen landwirtschaftlichen Produktion zu rüsten. Landwirten, die ihre Höfe modernisieren wollten, stellte man großzügige finanzielle Unterstützung in Aussicht. Zudem schrieb sich die Partei sozialpolitische Verbesserungen auf die Fahnen, etwa hinsichtlich des Gesundheitszustands der bäuerlichen Bevölkerung und deren Altersversorgung. Schließlich forderte die SPD eine bessere schulische Ausbildung der Landjugend. Das gesamte Konzept stand und fiel allerdings mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Industrie- und Dienstleistungssektor, um Bauern den Ausstieg aus der für sie unrentablen Landwirtschaft zu ermöglichen. Das Agrarprogramm der SPD lief demnach letztlich darauf hinaus, den Prozeß des Gesundheitschumpfens in der Landwirtschaft zu forcieren, der in den fünfziger Jahren begonnen und seitdem an Tempo zugelegt hatte.⁷⁶

So erblickten die Sozialdemokraten im EWG-Vertrag von 1957 und dem darauf basierenden gemeinsamen Markt für landwirtschaftliche Produkte keine Gefahr, sondern eine große Chance für die bayerischen Landwirte. In ihren Augen sollte der sozioökonomische Strukturwandel ja nicht gebremst oder gar gestoppt, sondern lediglich sozial abgedeckt werden. Daher unterstützten sie auch explizit die Politik des Agrarkommissars der EWG, Sicco L. Mansholt, die im Kern ebenfalls auf eine deutliche Konzentration in der Landwirtschaft abzielte.⁷⁷ Darin lag die erste große Schwäche der sozialdemokratischen Agrarpolitik in den sechziger Jahren, denn gerade Mansholt galt vielen Bauern als wahrer Gottseibeius, der das Überleben kleinerer Höfe in Frage stellte; er personifizierte mehr als jeder andere das verhaßte „Brüssel“.⁷⁸ Indem sich die Sozialdemokraten mit ihm und seiner Politik identifizierten, setzten sie sich beim Großteil der Landbevölkerung von

⁷⁵ Das Folgende nach „Agrarpolitik aus bayerischer Sicht. Auszug aus der Rede des Abgeordneten Maag auf der 13. außerordentlichen Landeskonferenz 1962“, in: Landesvorstand und Landtagsfraktion der bayerischen SPD (Hrsg.), Referentenmaterial 1962, S. 19–27. Das folgende Zitat findet sich auf S. 19. Die Agrarpolitik der SPD in den frühen siebziger Jahren nach SPD Landtagsfraktion, Über unsere Zukunft, S. 33–40, und SPD Landesverband Bayern, Wir schaffen das moderne Bayern, S. 23f., sowie SPD Landesverband Bayern (Hrsg.), Tür auf für den Fortschritt, S. 30ff.

⁷⁶ Zum sozioökonomischen Strukturwandel in Bayern vgl. Erker, Keine Sehnsucht nach der Ruhr.
⁷⁷ Zur Agrarpolitik der EWG in den fünfziger und sechziger Jahren vgl. Kluge, Agrarpolitik, Bd. 1, S. 218–226, S. 238–244, S. 283–341 und S. 354–364, sowie Bd. 2, S. 17–24 und S. 36–46. Zum besonders umstrittenen Mansholtplan vgl. Kopetz, Agrarstruktur und technischer Fortschritt, und Kluge, Agrarpolitik, Bd. 2, S. 71–74 und S. 78–86. Kritische Stellung bezog das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.), Mansholt-Plan. Siehe auch die verzerrte Darstellung aus der Feder Josef Millers, in: Rill (Hrsg.), Bavaria felix, S. 108f. Eine monographische Aufarbeitung der Agrarpolitik der EWG und Mansholts ist nach wie vor ein Desiderat. Die Anfänge der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik untersuchte jüngst Thiemeyer, Vom „Pool vert“ zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

⁷⁸ Zum Protest der Bauern gegen die Agrarpolitik Brüssels und Mansholts vgl. Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, S. 381–392.

vorneherein in ein schiefes Licht. Neben diesen strategischen Fehler trat ein schwerer konzeptioneller Mangel: Die SPD fand keinen Bezug zu den Neben- und Zuerwerbslandwirten, die als Arbeiterbauern eigentlich das natürliche Einfallstor der ehemaligen Arbeiterbewegung in den primären Sektor darstellten. Doch gerade in Bezug auf diese Gruppe blieb das Agrarprogramm unerklärlich blaß: Zwar habe man großes Verständnis für ihren Wunsch, den eigenen Hof zu erhalten, hieß es da, doch könne man „natürlich nicht die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte an diesen Nebenerwerbsbetrieben orientieren.“ In den Augen der Sozialdemokraten fielen die Probleme der Arbeiterbauern ohnehin nicht ins Landwirtschaftsressort: Man könne „ihnen nämlich nicht durch Agrarpolitik, sondern nur mit sozialpolitischen Mitteln helfen.“⁷⁹ Damit überließ die SPD diese Bevölkerungsgruppe, die gerade in den sechziger Jahren an Bedeutung gewann, ihrem Schicksal bzw. dem politischen Gegner.⁸⁰

Der neue Mann an der „grünen Front“: Georg Kronawitter

Die Schwierigkeit der SPD, Zugang zur ländlichen Bevölkerung zu gewinnen, wurzelte jedoch nicht allein im programmatischen Bereich. Lange Zeit fehlten der Partei Männer, die eine sozialdemokratische Agrarpolitik glaubhaft verkörperten. Die führenden Köpfe der bayerischen SPD stammten fast ohne Ausnahme aus den Städten, ihnen fehlte – durchaus im Wortsinn – der Stallgeruch, weshalb sie auf dem Land nur beschränkt eingesetzt werden konnten. Als der südbayerische Bezirksvorstand derartige Pläne ventilerte, bemerkte Hans Mohr aus Nördlingen lapidar: „Die Hilfestellung auf dem flachen Land von einem Münchner Kandidaten wäre schlecht, da er gar nicht gehört wird. Man muß die Mentalität der Landbevölkerung immer berücksichtigen.“⁸¹

Dieses Manko war für den kometenhaften innerparteilichen Aufstieg eines Mannes verantwortlich, der später als Münchner Oberbürgermeister weit über die Grenzen der Landeshauptstadt hinaus Berühmtheit erlangen sollte: Georg Kronawitter.⁸² Der „rote Schorsch“ begann seine Karriere als Landwirtschaftspolitiker, denn er hatte nämlich genau das, was den meisten Sozialdemokraten fehlte, um auf dem Land anzukommen – einen bäuerlichen Hintergrund. 1928 in Oberthann im Landkreis Pfaffenhofen als Sohn eines Landwirts geboren, war er in kleinbäuerlichen Verhältnissen aufgewachsen. Während er die Volksschule und später die landwirtschaftliche Berufsschule besuchte, mußte er stets auf dem Hof des Vaters mit anpacken. Erst nach Kriegsende verließ Kronawitter das bäuerliche Umfeld, um bei seinem Onkel in München eine Bäckerlehre zu absolvieren. Parallel dazu

⁷⁹ „Agrarpolitik aus bayerischer Sicht. Auszug aus der Rede des Abgeordneten Maag auf der 13. außerordentlichen Landeskonferenz 1962“, in: Landesvorstand und Landtagsfraktion der bayerischen SPD (Hrsg.), Referentenmaterial 1962, S. 25.

⁸⁰ Zu den Arbeiterbauern vgl. Eichmüller, Arbeiterbauern in Bayern, und Bohn, Wirtschaftsstrukturwandel und gesellschaftliche Orientierung, sowie Heinze, Soziale Lage und Deutungsmuster von Arbeiterbauern.

⁸¹ AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 26. 11. 1962 in München, Stellungnahme Hans Mohrs.

⁸² Die im folgenden wiedergegebenen biographischen Angaben stammen aus Munzinger-Archiv 50/93, P 013035–8 Kr-ME, und Grasser/Hetler, Der „rote Schorsch“, S. 18–23, denen jedoch die große Bedeutung des Agrarpolitikers Kronawitter völlig entgeht.

holte er auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nach und studierte von 1952 bis 1956 in München Betriebswirtschaft, Pädagogik und Soziologie. Danach verdiente er seinen Lebensunterhalt als Lehrer an diversen kaufmännischen Schulen in der Landeshauptstadt. Ende 1961 trat Kronawitter der SPD bei. Schnell wurde Johann Maag, der Leiter des frisch gegründeten agrarpolitischen Referats des Bezirks Südbayern, auf den politischen Rohdiamanten aufmerksam und nahm ihn unter seine Fittiche.⁸³ Im agrarpolitischen Referat kamen Kronawitters Fähigkeiten voll zur Geltung: Er sprach die Sprache der Bauern, kannte ihre Gefühle und ihre Vorstellungswelt. Zudem hatte er ein instinktives Gespür dafür, was die Menschen bewegte. Da stand ein Sozialdemokrat, der in breitem oberbayerischen Dialekt über die Sorgen und Nöte der Landwirtschaft sprach, die er aus eigener Anschauung genau kannte – das hatte es seit den Zeiten Georg von Vollmars nicht mehr gegeben! Dementsprechend avancierte Kronawitter umgehend zum Zugpferd der bayerischen SPD auf dem Land, und seine Auftritte markierten Sternstunden für die Parteigliederungen im ländlichen Raum.⁸⁴

Im Sommer 1965 gründete Kronawitter mit einigen Gleichgesinnten die „Agrarpolitische Arbeitsgemeinschaft“ der bayerischen SPD und übernahm deren Vorsitz.⁸⁵ Das erklärte Ziel lautete, in der Landbevölkerung um Vertrauen für die SPD zu werben. „Nur durch eine zähe, kontinuierliche Gesprächsführung wird es möglich sein, die noch vorhandenen Ressentiments in der Bauernschaft gegenüber unserer Partei abzubauen und sie von [der] konstruktiven und wahrhaftigen Landwirtschaftspolitik der SPD zu überzeugen.“⁸⁶ Damit lag Kronawitter ganz auf der Parteilinie, denn im Vorfeld der Bundestagswahl von 1965 versuchte die SPD mit großem Aufwand, den Einbruch in ländliche Wählerschichten zu schaffen. Zu diesem Zweck gab der Bezirk Südbayern die „Bayerische Bauern-Zeitung“ heraus, die den Agrarexperten der Partei – allen voran Georg Kronawitter – ein Forum bot, die Landwirte mit ihren Zielen vertraut zu machen.⁸⁷ Nachdem die erste Ausgabe „sehr gut angekommen“ war, wurde die Auflage der folgenden Nummern auf 70 000 Exemplare erhöht.⁸⁸ Auch personell wollte die SPD der Landbevölkerung diesmal ein gutes Angebot unterbreiten, und davon profitierte wiederum vor allem Georg Kronawitter, der einen besseren Platz auf der Landesliste der SPD erhielt, da er als einziger Agrarpolitiker schon „rein optisch nicht

⁸³ Kronawitter bekleidete dabei zunächst das Amt des Sekretärs im agrarpolitischen Referat des Bezirks Südbayern. AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 13. 7. 1963 in München.

⁸⁴ Im Jahresrückblick 1964 des Unterbezirks Jura wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, an „die große Bauernversammlung mit unserem Landwirtschaftsreferenten Georg Kronawitter in Hemau“ erinnert. AdsD, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner „Bundestagswahl 1965“, Rundschreiben des Unterbezirks Jura an alle Ortsvorsitzenden und Funktionäre vom 23. 12. 1964.

⁸⁵ AdsD, Bezirk Südbayern II/III, Nr. 15, Protokoll der konstituierenden Sitzung [der agrarpolitischen Arbeitsgemeinschaft] des Bezirks Südbayern am 19. 6. 1965 in Wolnzach.

⁸⁶ AdsD, Bezirk Südbayern II/III, Nr. 15, Exposé „Agrarpolitische Arbeitsgemeinschaft“, undatiert (1965).

⁸⁷ „Bei den letzten Wahlen hat man an die Bauern zuletzt gedacht. Aus diesem Grunde müssen wir uns zeitig überlegen, wie wir mit gutem Material an sie herankommen“, lautete die Begründung Max Allmers für den beträchtlichen Aufwand. AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 10. 7. 1964 in München.

⁸⁸ AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 1. 2. 1965 in München, Bericht Max Allmers über die Wahlkampfplanung.

so weit zurückgesetzt werden“ durfte.⁸⁹ Zwar reichte es nicht zu einem Bundstagsmandat, doch unterstrich der junge Kandidat durch einen überaus engagierten Wahlkampf seine Ambitionen. Im Jahr darauf zog Kronawitter in den bayerischen Landtag ein, wo er sich in erster Linie mit Beiträgen zur Agrarpolitik profilierte. Schnell avancierte er zu *dem* Agrarexperten der bayerischen SPD sowie zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Im April 1970 wählte ihn der Bezirksparteitag der südbayerischen SPD gegen den vom Vorstand favorisierten Günther Müller zum neuen Vorsitzenden⁹⁰, und im gleichen Jahr übernahm er auch den stellvertretenden Vorsitz der bayerischen SPD. Nach heftigen partei-internen Streitereien beerbte er 1972 Hans-Jochen Vogel als Oberbürgermeister von München.

Agrarpolitik ohne Agrarpolitiker

Man konnte also in den sechziger Jahren als Agrarpolitiker durchaus Karriere in der bayerischen SPD machen. Allerdings gelang es auch Kronawitter nicht, die Landbevölkerung für die SPD zu gewinnen, da er auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik mehr oder weniger den Alleinunterhalter spielte. Vor allem in den Ortsvereinen und Kreisverbänden im ländlichen Raum fehlten der Partei die Kronawitters, die die Initiativen des Bezirks aufnehmen und vor Ort umsetzen konnten. Schon bei der Gründung der Agrarpolitischen Arbeitsgemeinschaft hatte man darauf gedrängt, möglichst schnell Filialen in den Unterbezirken einzurichten⁹¹, doch zeigte sich bald, daß dazu die Basis fehlte: In kaum einem Unterbezirk gab es die nötige Handvoll Genossen, die zur Gründung einer regionalen Arbeitsgemeinschaft bereit und fachlich geeignet gewesen wären.⁹² Daher verzögerte sich die von Kronawitter angestoßene Initiative nicht selten um Jahre. Im Unterbezirk Nordschwaben etwa dauerte es bis zum Mai 1973, ehe eine agrarpolitische Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen wurde.⁹³ Doch da waren die Blüten des sozialdemokratischen Frühlings bereits welk geworden.

Daß die SPD damit eine Chance verpaßte, die so bald nicht wiederkommen sollte, lag allerdings nicht am mangelnden Engagement der Gliederungen auf dem Land, sondern vielmehr daran, daß ihnen das geeignete Personal fehlte. Der Ortsverein Oettingen etwa zählte mit Heinrich Meyer nur einen einzigen Bauern als Mitglied, der zwar als Stadt- und Kreisrat Ansehen genoß, ob seiner Mitgliedschaft in der SPD von seinen Standeskollegen jedoch teilweise „wie ein Aussätziger“

⁸⁹ AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 9. 1. 1965 in München, Antrag Emil Werners.

⁹⁰ SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1968/1969, S. 2. Diese Entscheidung bedeutete eine Schlappe für den Bezirksvorstand, der sich tags zuvor mit 14 gegen eine Stimme für Müller ausgesprochen hatte. AdsD, Bezirk Südbayern 110, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 17. 4. 1970 in Garmisch-Partenkirchen. Zum Folgenden Grasser/Hettler, Der „rote Schorsch“, S. 34–40.

⁹¹ AdsD, Bezirk Südbayern II/III, Nr. 15, Exposé „Agrarpolitische Arbeitsgemeinschaft“, undatiert (1965).

⁹² Nur in den Unterbezirken München-Land, Erding/Freising und Dachau/Fürstenfeldbruck/Landsberg hielt man eine solche Gründung überhaupt für möglich. AdsD, Bezirk Südbayern II/III, Nr. 15, Niederschrift über die zweite Sitzung des agrarpolitischen Arbeitskreises im Bezirk Südbayern am 28. 12. 1965 in München vom 29. 12. 1965.

⁹³ AdsD, Bezirk Südbayern IV, Nr. 70, Unterbezirk Nordschwaben an den Bezirk Südbayern vom 17. 5. 1973.

ger“ behandelt wurde.⁹⁴ Im Ortsverein interessierte man sich zwar durchaus für Fragen der Landwirtschaft. Als Georg Kronawitter im November 1964 auf einer großen Kundgebung in Donauwörth ein Referat über Agrarpolitik hielt, drängten sich unter den Zuschauern eine ganze Reihe von Genossen aus Oettingen.⁹⁵ Und auch die vom Bezirk herausgegebene „Bayerische Bauernzeitung“ fand wohlwollende Aufnahme. Allerdings verstanden die Oettinger Sozialdemokraten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wenig bis nichts von der Landwirtschaft. Kein Wunder, rekrutierten sich die Mitglieder im Ries doch aus der Arbeiterschaft, unter Gewerkschaftern, Handwerkern und Kleinhändlern, Rentnern und Vertriebenen.⁹⁶ Deren Interessen vertrat die SPD im Oettinger Stadtrat wie im Nördlinger Kreistag, und dementsprechend kreisten die Aussprachen im Ortsverein um den Bau einer Kanalisation, die Errichtung neuer Wohnsiedlungen, den Straßenbau, um Schulfragen und immer wieder um das Problem der Industrialisierung des Rieses, der sich die SPD verschrieben hatte. Dagegen wurden die drängenden Fragen der Landwirtschaft im Ortsverein so gut wie nie thematisiert.⁹⁷

Im Grunde verfolgte die SPD auch in ländlichen Regionen eine städtische Politik. Das äußerte sich auch in der Wahl der Referenten: So wollte die SPD im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1966 in der kleinen Bauerngemeinde Hainsfarth eine Versammlung mit Georg Kronawitter abhalten, während sie für die Stadt Oettingen eine größere Kundgebung plante, auf der entweder Hans-Jochen Vogel oder Andreas Urschlechter, die Oberbürgermeister von München und Nürnberg, sprechen sollte.⁹⁸ Nichts verdeutlicht besser, wie sehr Selbstverständnis und Ziele der Sozialdemokratie auch auf dem Land an den Großstädten ausgerichtet waren. Daher blieben die Sozialdemokraten auch weitgehend auf die regionalen Zentren im ländlichen Raum beschränkt, was wiederum dazu führte, daß der Partei die landwirtschaftliche Kompetenz an der sozialen Basis fehlte. Daran sollte auch der Generationswechsel, den die Führungsriege der SPD in den sechziger Jahren auf allen Ebenen durchlief, nichts ändern.

e) Ein überfälliger Generationswechsel: Die personelle Erneuerung der SPD

Die nach dem Debakel von 1957 eingeleitete programmatische Erneuerung und der daraus resultierende Imagewandel der SPD ging mit einer Wachablösung in der Führungsriege der Sozialdemokratie einher. Dieser Prozeß begann bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl und erreichte mit der auf dem Stuttgarter Parteitag von 1958 beschlossenen Organisationsreform seinen Höhepunkt.⁹⁹ Während hauptamtliche Parteifunktionäre wie Fritz Heine und andere altgediente

⁹⁴ Mündliche Auskunft von Helmut Stowasser am 24. 11. 2000.

⁹⁵ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Ausschußsitzung am 21. 11. 1964. Das Folgende nach ebenda, Protokoll der Ausschußsitzung am 16. 1. 1965 (Kopien im Besitz des Verfassers).

⁹⁶ Mündliche Auskunft von Axel Wernitz am 31. 1. 2001.

⁹⁷ Diese Angaben nach dem Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen 1959–1975 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁹⁸ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 13. 11. 1965 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁹⁹ Vgl. dazu und im folgenden Klotzbach, *Weg zur Staatspartei*, S. 403–431, und Lösche/Walter, *SPD*, S. 184–190, sowie Schwarz, *Ära Adenauer 1957–1963*, S. 192–195.

Veteranen aus der Zeit Kurt Schumachers wie Wilhelm Mellies oder Franz Neumann ausschieden, rekrutierte sich das Personal des neu gewählten Parteivorstands und des neu geschaffenen Präsidiums vor allem aus der Bundestagsfraktion und der Landespolitik. Darunter befanden sich mit Alex Möller, Gustav Heineemann, Willy Brandt und Helmut Schmidt Männer, die das Bild der SPD in den kommenden Dekaden maßgeblich prägen sollten. Der damit verbundene Generationswechsel kam jedoch in Stuttgart noch nicht an sein Ende. Die symbolisch bedeutsamste Veränderung trat erst 1963 ein, als nach dem Tod Erich Ollenhauers mit Willy Brandt ein Politiker den Parteivorsitz übernahm, der den Wandel der SPD wie kaum ein anderer verkörperte.

Der personifizierte Wandel: Willy Brandt

Mit der Wahl Willy Brandts zum Parteivorsitzenden setzte die SPD ein Signal, daß sie es nicht nur ernst meinte mit der programmatischen Veränderung, sondern daß sie auch bereit war, sich selbst zu verändern. An die Stelle eines farblosen Apparatschiks trat ein weltgewandter Bonvivant.¹⁰⁰ Viele Zeitgenossen sahen ihn „in einem strahlenden Licht: jung, dynamisch, gut aussehend, ein deutscher Kennedy.“¹⁰¹ Dadurch unterschied er sich nicht nur von seinem Vorgänger, sondern ebenso von seinem Widersacher Konrad Adenauer, was dem SPD-Kandidaten schon 1961 Punkte eingebracht hatte. So konstatierte beispielsweise der Bezirksvorstand Südbayern in seiner Analyse der Bundestagswahl von 1961: „Das Memminger Wahlergebnis ist auf den Kontrast zwischen Adenauer und Brandt zurückzuführen. Während Adenauer im geschlossenen Wagen durch die Stadt fuhr und im Fliegerhorst sofort ins Flugzeug verschwand, hat Brandt durch seine Gespräche sehr guten Eindruck gemacht.“¹⁰²

Dieser „Brandt-Effekt“ war auch in ländlichen Regionen zu spüren, da sich der neue Spitzenmann der SPD auch hier als ein Politiker zum Anfassen präsentierte und den Menschen dadurch den Eindruck vermittelte, sich ehrlich für ihre Sorgen und Probleme zu interessieren. Auch später, als er es nicht mehr nötig hatte, sich einem breiten Publikum erst bekannt zu machen, hielt Brandt an den Deutschland-Reisen fest, und seine Auftritte in der Provinz trugen den Charakter von Volksfesten:¹⁰³ In jedem Dorf, das an einer der Reiserouten lag, harnte die Bevölkerung bei Würstchen und Bier stundenlang aus, um die Wagenkolonne des Regierenden Bürgermeisters von Berlin nicht zu versäumen. Dieses Amt verlieh den Stippvisiten Brandts fast schon die Aura eines Staatsbesuchs, denn offiziell erschien Brandt ja nicht als Parteichef der Opposition, sondern als vom Volk gewählter Landesfürst. In Rothenburg ob der Tauber drängten sich im Juli 1965 über 3000 Menschen auf dem Marktplatz, die Stadtverwaltung hatte die Berliner Landesfarben flaggen lassen, und die Kinder wedelten mit Papierfähnchen, auf denen der Berliner Bär und die Bundesfarben zu sehen waren – ein Hauch von Kennedy in Westmittelfranken. Als Brandt in Begleitung des Bundestagsabgeord-

¹⁰⁰ Zu Willy Brandt vgl. die aktuellen Biographien von Peter Merseburger und Gregor Schöllgen.

¹⁰¹ Schwarz, Ära Adenauer 1957–1963, S. 217.

¹⁰² AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 19. 9. 1961 in München, Stellungnahme des Genossen Schermbach.

¹⁰³ Lichtenfelser Tagblatt vom 19. 7. 1965.

neten Konrad Porzner erschien, begrüßten ihn Bürgermeister Alfred Ledertheil, angetan mit der goldenen Amtskette, und fast der gesamte Stadtrat. Nach kurzen Ansprachen folgte ein Empfang im kleinen Kreis, bei dem die geladenen Kommunalpolitiker aus der ganzen Region bei Häppchen, Bier, Wein und Rauchwaren Gelegenheit hatten, mit Brandt ins Gespräch zu kommen. Nach dem Eintrag ins Goldene Buch der Stadt nahm Brandt bei einem Rundgang ein Bad in der Menge, gab Autogramme und wurde beim Abschied am Bahnhof mit Sprechchören frenetisch gefeiert. Obwohl mit Alfred Ledertheil schon seit Jahren ein Sozialdemokrat die Stadt regierte, hatte die SPD in Rothenburg noch nie zuvor eine solche Welle der Begeisterung erlebt.¹⁰⁴

Neue Kräfte auch in der bayerischen Provinz

Die Wachablösung in Bonn fand im Freistaat eine Entsprechung, auch in der bayerischen SPD gab es 1963 einen Führungswechsel: Der charismatische, aber persönlich schwierige Waldemar von Knoeringen räumte den Landesvorsitz, den nun der agile Volkmar Gabert einnahm.¹⁰⁵ Der plötzliche Rücktritt des impulsiven Knoeringen hatte die Partei unvorbereitet getroffen und in eine Krise gestürzt. „Noch nie hat die Partei die Spitze so dringend benötigt wie gerade jetzt“, konstatierte Walter Treitinger aus Wasserburg vor dem südbayerischen Bezirksvorstand. „Wir stehen in einer Misere.“¹⁰⁶ Das lag vor allem daran, daß es kaum personelle Alternativen gab. Die Generation des Wiederaufbaus der Partei um Wilhelm Hoegner oder den ehemaligen Finanzminister Friedrich Zietsch war zu alt und durch ihre Tätigkeit verbraucht, und neue Männer, wie beispielsweise der aufstrebende Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, hatten noch nicht die nötige politische Statur gewonnen. Mit der Wahl des noch nicht einmal 40jährigen Gabert, seit 1958 Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag, machten die bayerischen Genossen aus der Not eine Tugend: Sie forcierten den Generationswechsel, der ohnehin überfällig war.

Auch im Kreisverband Nördlingen markierte das Jahr 1963 eine personelle Zäsur. Nach Jahren des politischen Interregnums, in denen relativ schwache Vorsitzende die SPD im Ries mehr verwaltet als gelenkt hatten, übernahm mit Axel Wernitz ein Mann das Ruder, der die Geschicke der Partei bis in die neunziger Jahre hinein maßgeblich mitbestimmen sollte.¹⁰⁷ Wernitz hatte 1937 im ostpreußischen Königsberg das Licht der Welt erblickt. Sein Vater, ein gebürtiger Berliner, war bereits 1940 gefallen, zwei ältere Brüder teilten sein Schicksal. 1944 ergriff der Rest der Familie vor der anrückenden Roten Armee die Flucht nach Westen, die sie über Dresden schließlich ins Ries führte. In der neuen Heimat, einem kleinen Dorf in der Nähe von Wemding, befand Wernitz sich zunächst „auf der Schatten-

¹⁰⁴ Fränkischer Anzeiger vom 12. 7. 1965.

¹⁰⁵ Vgl. dazu und im folgenden Werner, Im Dienst der Demokratie, S. 181–186. Zu Knoeringen vgl. die Biographie Hartmut Mehringers. Eine Biographie Volkmar Gaberts steht noch aus; einstweilen Kronawitter, Ein politisches Leben.

¹⁰⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 22. 7. 1963 in München.

¹⁰⁷ Das Folgende, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach mündlichen Auskünften von Axel Wernitz am 21. 1. 2001.

seite der Gesellschaft“.¹⁰⁸ Vom zähen Willen beseelt, den sozialen Wiederaufstieg zu schaffen, besuchte er zuerst die Volksschule in Wolfersstadt und später das Realgymnasium in Nördlingen. Anschließend ging er an die Universität Erlangen, um Wirtschaftswissenschaften, Geschichte und Publizistik zu studieren. Nach dem Examen als Diplomkaufmann promovierte er 1966 bei Götz Freiherr von Pölnitz mit einer Arbeit über „Sozialdemokratische und kommunistische Sozialisierungskonzeptionen“.¹⁰⁹ Die Promotionsurkunde in der Tasche, verschaffte ihm sein Doktorvater eine Stelle als Akademischer Rat an der frisch gegründeten Universität Regensburg.

Parallel dazu verlief sein Aufstieg in der SPD. Schon früh an Politik interessiert, galt Wernitz bereits in der Schule als „der Rote“, und insofern war der 1957 vollzogene Eintritt in die SPD folgerichtig, wenn es ihm auch anfangs nicht gerade leicht gemacht wurde. Der aufstrebende Akademiker wurde von den Handwerkern und Kleinhändlern, Arbeitern und Vertriebenen, die im Ortsverein Nördlingen den Ton angaben, kritisch beäugt. Er mußte sich erst in der praktischen politischen Arbeit bewähren, ehe sie ihn als Genossen akzeptierten und am 16. Juni 1963 an die Spitze des Kreisverbandes Nördlingen wählten.¹¹⁰ Das neue Parteiamt bedeutete viel Arbeit, mußte Wernitz doch auf Ortsvereinsitzungen referieren und Veranstaltungen des Kreisverbands organisieren, was vor allem im Wahlkampf Zeit kostete. Doch erwarb sich Wernitz damit das Vertrauen der Genossen im Ries und in ganz Nordschwaben. 1966 kandidierte er, frisch promoviert, im Stimmkreis Neuburg/Wertingen erstmals für den bayerischen Landtag und erreichte ein respektables Ergebnis – immerhin avancierte er zum ersten Ersatzmann auf der schwäbischen Landesliste.¹¹¹ 1969 bewarb er sich, ebenfalls erfolglos, im Wahlkreis Donauwörth für ein Bundestagsmandat. Doch Wernitz ließ nicht locker, mittlerweile war er fest entschlossen, die politische Karriere einzuschlagen. 1970 glückte schließlich der Sprung in den Landtag und in den Bundesparteirat der SPD. Zwei Jahre darauf zog er über die Landesliste in den Bundestag ein, dem er – unter anderem als Vorsitzender des Innenausschusses – bis 1994 angehörte.

Von Stowasser zu Stowasser:

Der Generationswechsel im Ortsverein Oettingen

In den kleineren Ortsvereinen ließ der Generationswechsel noch eine Weile auf sich warten. In Oettingen beispielsweise blieb bis 1969 alles beim alten. Das lag allerdings nicht daran, daß die alte Führungsriege ihre Positionen mit Zähnen und

¹⁰⁸ Wahlzeitung zur Bundestagswahl 1969 „Extrablatt“ („Dr. Axel Wernitz – Kandidat von Format aus dem Wahlkreis für den Wahlkreis“) (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹⁰⁹ Axel Wernitz, Sozialdemokratische und kommunistische Sozialisierungskonzeptionen. Eine Untersuchung der deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Phil. Diss. Erlangen-Nürnberg 1966. Das Folgende nach Wahlillustrierte zur Landtagswahl 1970 „Tür auf für den Fortschritt“ (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹¹⁰ SPD Kreisverband Nördlingen, Einladung zur Kreiskonferenz am 16. 6. 1963, undatiert (Kopie im Besitz des Verfassers). Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Ausschußsitzung am 29. 6. 1963 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹¹¹ Kandidatenillustrierte zur Bundestagswahl 1969 „Ihr Kandidat Dr. Axel Wernitz“, undatiert (Kopie im Besitz des Verfassers).

Klauen verteidigte. Im Gegenteil, Edmund Stowasser erklärte wiederholt, den Posten des Vorsitzenden in jüngere Hände übergeben zu wollen¹¹², doch fand sich niemand, der dazu bereit gewesen wäre. 1966 leitete Stowasser seinen schrittweisen Abschied aus der Politik ein, indem er auf eine neuerliche Kandidatur für den Kreistag verzichtete. An seine Stelle trat sein Sohn Helmut, der seinen Vater auch im Amt des Fraktionsvorsitzenden beerbte.¹¹³ Helmut Stowasser war 1939 in Chodau, einem kleinen Industriestädtchen in der Nähe von Karlsbad zur Welt gekommen. 1946 mit seiner Familie aus der Tschechoslowakei ausgesiedelt, besuchte er zunächst die Volksschule in Oettingen und anschließend die Realschule in Wassertrüdingen im Nachbarlandkreis Dinkelsbühl. 1953 begann er eine Lehre als Industriekaufmann in der Süddeutschen Armaturenfabrik, in der er schnell zum Abteilungsleiter aufstieg. Über die Parteiarbeit des Vaters war der junge Stowasser der SPD von Kindesbeinen an vertraut, ja man kann sagen, er wurde gewissermaßen in die Sozialdemokratie hineingeboren. Lange Jahre hatte er Monat für Monat die Beiträge kassiert, so daß er die meisten Genossen nicht nur dem Namen und dem Gesicht nach kannte, sondern auch wußte, wie es etwa um ihre familiären Verhältnisse bestellt war. Der 1960 vollzogene Eintritt in die SPD war insofern eine reine Formalität¹¹⁴, sein rascher Aufstieg keine Überraschung.

Dennoch unterschied sich Helmut Stowasser signifikant von den Genossen alten Stils, und zwar nicht allein hinsichtlich seiner besseren Ausbildung und sozialen Position. Obwohl mit Leib und Seele Sozialdemokrat, markierten die Beschlüsse des Parteivorstands für ihn keine ehernen Gesetze, die nicht mehr hinterfragt werden durften. Als es beispielsweise auch im Ortsverein Oettingen zu hitzigen Diskussionen über die Beteiligung an der Großen Koalition und mehr noch über die sogenannten Notstandsgesetze kam, setzte sich Helmut Stowasser „100% gegen ein Notstandsgesetz ein. Er kritisierte vor allem den Bundesvorstand, der sehr viel zu lau gegenüber den Regierungsparteien wäre [sic!].“¹¹⁵ Hier deutete sich bereits an, wie der Generationswechsel die Sozialdemokratie veränderte, denn ältere Genossen, denen die Geschlossenheit und Solidarität der Partei über alles ging, hätten sich kaum zu einer derart harschen Kritik hinreißen lassen. Bezeichnenderweise nahm man dem jungen Heißsporn die harten Worte keineswegs übel, sonst hätte man ihn 1969 wohl kaum zum Vorsitzenden gewählt, als sein Vater auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet hatte.¹¹⁶ Damit war auch im Ortsverein Oettingen die Stabübergabe endgültig vollzogen.

¹¹² Erstmals schon 1956, Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Generalversammlung am 12. 5. 1956 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹¹³ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 13. 11. 1965, und ebenda, Protokoll der Mitgliederversammlung am 7. 5. 1966 (Kopien im Besitz des Verfassers). Die folgenden biographischen Angaben, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach mündlichen Auskünften von Helmut Stowasser am 24. 11. 2000.

¹¹⁴ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Ausschußsitzung am 18. 6. 1960 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹¹⁵ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 25. 6. 1966 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹¹⁶ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Jahreshauptversammlung am 22. 2. 1969 (Kopie im Besitz des Verfassers).

Aktiva und Passiva

Willy Brandt, Volkmar Gabert, Axel Wernitz und Helmut Stowasser stehen für den umfassenden Generationswechsel, der die Führungszirkel der SPD in den sechziger Jahren erfaßte und das Bild der Partei auf allen Ebenen stark veränderte. An die Stelle der klassischen Arbeiterfunktionäre traten Männer, die dem neuen Mittelstand entstammten und über eine wesentlich bessere Ausbildung verfügten. Viele von ihnen hatten sogar studiert, so daß man den Beginn der Akademisierung der SPD nicht erst – wie es häufig geschieht – auf die späten sechziger Jahre, sondern um ein halbes Jahrzehnt früher datieren kann. Mit der schleichenden Erosion des sozialistischen Milieus verlor der Stallgeruch der Arbeiterbewegung für eine Karriere in der SPD immer mehr an Bedeutung. Insofern gelang es der SPD tatsächlich, sich neuen Schichten gegenüber zu öffnen und den Abschied von der Traditionskompanie einzuläuten. Doch auch wenn dieser Prozeß allem Anschein nach zunächst ohne größere innerparteiliche Friktionen vonstatten ging, brachte er zumindest auf dem Land nicht den erhofften Durchbruch. Das lag in erster Linie daran, daß auch die neuen Hoffnungsträger der SPD eines nicht geben konnten – Kompetenz auf dem Sektor Landwirtschaft und Verbindungen zu den dörflichen-kleinstädtischen Honoratiorenzirkeln.

Auch dem neuen Parteivorsitzenden gelang es nicht, auf dem Land einen Klimawechsel zu bewirken, denn es gab auch eine Kehrseite des „Brandt-Effekts“: In mindestens demselben Maße, in dem er bei den einen Begeisterung für sich und seine Partei weckte, stieß er bei anderen auf Ablehnung, ja zum Teil sogar blanken Haß. Das hatte Gründe: Brandt repräsentierte durch seinen Lebensweg das „andere Deutschland“, mit dem sich nur eine Minderheit der Deutschen identifizieren konnte oder wollte. Dazu kam der unübersehbare Charme des neuen Parteivorsitzenden, der schnell Gerüchten über vermeintliche und tatsächliche Affären Nahrung gab.¹¹⁷ Mit diesem „Stoff“ wurden vor jeder Wahl regelrechte Kampagnen gegen Brandt gestartet¹¹⁸, denen die Sozialdemokratie hilflos gegenüberstand, wie die Kommentare fränkischer Bundestagskandidaten von 1965 verdeutlichen:

„Zu diesen Ressentiments [gegen die SPD] kam auch die allgemeine Abneigung gegen Willy Brandt, z.T. auch gegen Herbert Wehner. Es war erschütternd, in manchen Versammlungen zu merken, wie sich die Gesichter buchstäblich verschlossen, wenn diese Namen fielen. Selbst Versammlungsteilnehmer, die zunächst zustimmend waren, wurden dann reserviert.“¹¹⁹

Von der Propaganda blieben offenbar selbst die SPD-Anhänger und Mitglieder nicht verschont, von denen viele ebenfalls Zweifel an der Eignung Brandts äußerten, was die Funktionäre verständlicherweise besonders erbitterte. „Das Niveau von Genossen, die sich die erstbeste Meinung unserer politischen Gegner zu eigen

¹¹⁷ Schöllgen, Willy Brandt, S. 120.

¹¹⁸ Schon 1961 klagten sozialdemokratische Wahlanalysen über derartige Unsitten. Beispielsweise AdsD, Bezirk Franken 149, Heinz Schmude: Auswertung des Fragebogens des Bundestagswahlkampfes 1961 vom 18. 9. 1961. Besonders schlimm sollte es aber im Wahlkampf von 1965 kommen. Dazu für die Oberpfalz Süß, Kumpel und Genossen, S. 401 f.

¹¹⁹ AdsD, Bezirk Franken 202, Auszüge aus den schriftlichen Beiträgen der fränkischen Bundestagskandidaten bzw. -abgeordneten für eine Wahlanalyse zur Bundestagswahl 1965, S. 5.

machen, läßt auf alles andere als auf kritisches Urteilsvermögen schließen.“¹²⁰ Andere ließen sich durch den offensichtlichen Erfolg der Anti-Brandt-Kampagne zu pauschalen Wählerschelten hinreißen:

„Die Angriffe auf die Person Willy Brandt's [...] haben uns sehr viele Stimmen gekostet. [...] Der Umstand, daß die CDU/CSU mit dieser infamen Wahlpropagandamethode doch Erfolg gehabt hat, beweist, wie demokratisch unreif weite Teile des deutschen Volkes immer noch sind und wie weit der Nazi-Bazillus immer noch viele Wähler, wenn auch vielleicht unbewußt, beherrscht.“¹²¹

Besonders schlimm war es in dieser Hinsicht auf dem Land. In Wahlversammlungen der SPD im Ries wurden beispielsweise immer wieder Stimmen laut, die Brandt als „Vaterlandsverräter“ verunglimpften und forderten, ihn kurzerhand aufzuhängen.¹²² Für die konservativen Rieser Bauern war der Spitzenkandidat nur der letzte Beweis, daß „die Roten“ ohne Ausnahme „lauter Verbrecher“ seien. Hier wirkte der Kanzlerkandidat der SPD weniger als Zugpferd sondern eher als Bremsklotz.

f) *„Zu was braucht ihr einen Kassier, wenn ihr kein Geld habt?“¹²³
Die Finanzen der SPD in den sechziger Jahren*

Einer besseren Durchdringung des Landes standen zudem nach wie vor finanzielle Probleme entgegen – und das, obwohl die SPD in den sechziger Jahren auf allen Ebenen erheblich mehr Geld einnahm als jemals zuvor. Das hing mit der deutlich steigenden Mitgliederzahl, der Erhöhung der Beiträge und mit der staatlichen Parteienfinanzierung zusammen, die 1959 eingeführt wurde. Zunächst erhielten die im Bundestag vertretenen Parteien Mittel für die „politische Bildungsarbeit“. Nachdem das Bundesverfassungsgericht diesen Weg jedoch 1966 für verfassungswidrig erklärt hatte, fand das Parteiengesetz von 1967 eine andere Lösung: Nunmehr bekamen die Parteien aus dem Bundeshaushalt 2,50 DM für jede Stimme, die bei Bundestagswahlen auf sie entfiel. Obwohl sich die Sozialdemokratie lange gegen eine staatliche Alimentierung der Parteien gesträubt hatte, geriet auch sie rasch in Abhängigkeit von dieser nun reichlich sprudelnden Finanzquelle: 1966 und 1967 bezog die SPD insgesamt 22 Millionen DM an staatlichen Zuschüssen, das waren 60 Prozent der Einnahmen der Bundespartei!¹²⁴

Von den Staatsmitteln profitierten die regionalen und lokalen Parteigliederungen jedoch nur indirekt, über steigende Zuschüsse des Parteivorstands. Ihre Einkommenszuwächse resultierten hauptsächlich aus dem in den sechziger Jahren

¹²⁰ AdsD, Bezirk Franken 202, Auszüge aus den schriftlichen Beiträgen der fränkischen Bundestagskandidaten bzw. -abgeordneten für eine Wahlanalyse zur Bundestagswahl 1965, S. 3.

¹²¹ AdsD, Bezirk Franken 202, Auszüge aus den schriftlichen Beiträgen der fränkischen Bundestagskandidaten bzw. -abgeordneten für eine Wahlanalyse zur Bundestagswahl 1965, S. 16.

¹²² Mündliche Auskunft von Dieter Paus am 6. 12. 2000. Das Folgende nach ebenda.

¹²³ AdsD, Bezirk Südbayern 11, Max Allmer an Walter Elter vom 4. 4. 1968.

¹²⁴ Diese Angaben nach Lösche/Walter, SPD, S. 231. Zu den Parteifinzen der SPD und ihren Veränderungen in den sechziger Jahren vgl. ebenda, S. 227–238. Zur Parteienfinanzierung vgl. den Überblick bei von Alemann, Parteiensystem, S. 86f. Ausführlich zur Parteienfinanzierung Ebbighausen, Kosten der Parteiendemokratie.

stark ansteigenden Beitragsaufkommen. Wie Tabelle 6 zeigt, kam diese Entwicklung auch den Gliederungen in den ländlichen Regionen zugute, wenngleich deren Finanzkraft immer noch weit hinter den Möglichkeiten der Städte zurückblieb.

Tabelle 6: Entwicklung des Beitragsaufkommens der SPD (1960–1971)

	Bezirk Südbayern	KV Wasserburg	KV Nördlingen
1960	432 040,80	3 534,50	3 565,20
1961	449 466,60	3 184,80	3 369,60
1962	470 773,40	3 511,80	3 888,60
1963	619 713,13	5 412,—	4 984,50
1964	653 443,—	5 372,50	4 942,—
1965	711 162,50	5 881,—	4 787,50
1968	801 954,—	5 626,50	4 270,—
1969	839 640,—	6 452,50	4 349,50
1970	919 990,—	5 373,—	4 555,—
1971	1 152 436,—	6 357,—	5 468,—

Quelle: SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1960/1961, S. 63 f., SPD Bezirk Südbayern, Jahrbuch 1962/63, S. 112 f. und S. 117, SPD Bezirk Südbayern, Jahrbuch 1964/65, S. 112 und S. 115, SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1968/1969, S. 163, S. 157 und S. 161, und SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1970/71, S. 62, S. 56 und S. 60.

Die steigenden Einnahmen rührten, neben dem enormen Mitgliederwachstum in den sechziger und frühen siebziger Jahren, von deutlich erhöhten Mitgliederbeiträgen her. Schon Anfang 1958 hatte man die Beitragsmarke zu 30 Pfennig aus dem Verkehr gezogen¹²⁵ und den monatlichen Mindestbeitrag auf 60 Pfennig erhöht. Am 1. Januar 1963 trat eine umfassende Beitragsreform in Kraft, die den Obolus an feste Einkommensgrenzen band und den Mindestsatz auf 1,— DM festsetzte¹²⁶, was erheblich mehr Geld in die Kassen der Partei brachte.

Allerdings konnte das durchschnittliche Beitragsaufkommen, das den ländlichen Parteigliederungen zur Verfügung stand, immer noch nicht mit dem Durchschnitt des Bezirks – geschweige denn mit den „reichen“ Großstädten wie München oder Augsburg – mithalten, ja der Unterschied vergrößerte sich in der Periode steigender Mitgliederbeiträge sogar noch. In den Zahlen aus Tabelle 7 spiegelte sich – da die Beitragsleistung ja an den Nettoverdienst der Genossen geknüpft war – das nach wie vor eklatante Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land. Insofern mußte die SPD in agrarisch strukturierten Regionen nicht nur mit einem generellen Akzeptanzproblem in der Bevölkerung, sondern auch mit größeren finanziellen Schwierigkeiten kämpfen.

¹²⁵ SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Bezirksparteitag 1960 in Regensburg am 1. und 2. Oktober, S. 14.

¹²⁶ Der Mindestsatz galt für alle, deren Einkommen weniger als 300,— DM im Monat betrug; siehe die tabellarische Aufstellung in SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Bezirksparteitag 1963 in Passau am 8. und 9. Juni, S. 9, die auch die weiteren Beitragsmargen auflistet.

Tabelle 7: Durchschnittlicher Mitgliederbeitrag der SPD pro Monat (1960–1971)

	Bezirk Südbayern	KV Wasserburg	KV Nördlingen
1960	1,11	0,92	1,05
1961	1,15	0,76	0,93
1962	1,25		
1963	1,68		
1964	1,71		
1965	1,75		
1968	1,88	1,66	1,66
1969	1,93	1,71	1,67
1970	2,04	1,77	1,66
1971	2,39	1,91	2,03

Quelle: SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1960/1961, S. 63 f., SPD Bezirk Südbayern, Jahrbuch 1962/63, S. 112 f. und S. 117, SPD Bezirk Südbayern, Jahrbuch 1964/65, S. 112 und S. 115, SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1968/1969, S. 163, S. 157 und S. 161, und SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1970/71, S. 62, S. 56 und S. 60.

Kostenexplosion sticht Einnahmesteigerungen: Die Bezirksfinanzen

Dieses Phänomen erklärt jedoch noch nicht, warum die SPD insgesamt finanziell immer stärker in die Bredouille geriet. Das lag daran, daß die Kosten noch weitaus schneller stiegen als die finanziellen Ressourcen der Partei. Zwei Faktoren gaben dafür den Ausschlag: der Ausbau der Organisation und die Wahlkämpfe.¹²⁷ Moderne Werbekampagnen, die sich nicht länger auf den Fleiß und den Einfallsreichtum der Genossen vor Ort verließen, sondern von professionellen Experten auf der Grundlage umfangreicher soziologischer und psychologischer Untersuchungen konzipiert wurden, kosteten sehr viel Geld. Hinzu kam, daß die Auseinandersetzungen um die Gunst der Wähler immer mehr zu regelrechten „Materialschlachten“ ausarteten.¹²⁸ Hellsichtige Genossen wie etwa Rudolf Mager, der im Bezirk Südbayern für die Buchführung zuständig war, kamen schon sehr früh „zwangsläufig zu der Feststellung, daß das Beitragsaufkommen [...] mit den rapide ansteigenden Kosten nicht Schritt halten konnte.“¹²⁹ Dazu reichte Mager ein vergleichender Blick auf die Landtagswahlen von 1958, als die SPD in seinem Bezirk über Beitrags- und Wahlfondsmarken 248 907,90 DM eingenommen und 374 163,35 DM ausgegeben hatte, und 1962, als Einnahmen in Höhe von 302 198,65 DM Kosten von 162 274,57 DM gegenüberstanden. Da auch die fixen Ausgaben für Personal, Verwaltung, technisches Gerät und anderes mehr nicht weniger wurden, geriet der Bezirk Südbayern zwangsläufig in die roten Zahlen.

¹²⁷ Vgl. Lösche/Walter, SPD, S. 230 f. und S. 238.

¹²⁸ Von einer „Materialschlacht einmaligen Ausmaßes“ sprach Dr. Günther Müller hinsichtlich der Bundestagswahl von 1969. AdS, Bezirk Südbayern 114, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 13. 6. 1969. Schon für die Bundestagswahl von 1961 verwendete Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 515, den Begriff der „Absatzschlachten“.

¹²⁹ SPD Bezirk Südbayern, Jahrbuch 1962/63, S. 115. Die folgenden Angaben ebenda.

Schon die Landtagswahl von 1962 überforderte die drei bayerischen SPD-Bezirke. In ersten Planungen veranschlagten die Genossen Gesamtkosten in Höhe von 585 000 DM, von denen München, Nürnberg und Regensburg gemeinsam 150 000 DM aufbringen wollten, die restlichen 435 000 DM sollte der Parteivorstand beisteuern.¹³⁰ Allerdings hatten die Bayern die Rechnung ohne Bonn gemacht, denn von dort kam lediglich eine Zusage über 350 000 DM.¹³¹ Darüber hinaus überstiegen die tatsächlichen Ausgaben die geplanten Kosten bei weitem, so daß der Bezirk Franken schließlich 150 265,20 DM, der Bezirk Niederbayern/Oberpfalz 35 000 DM und der Bezirk Südbayern die bereits erwähnten 162 274,57 DM tragen mußte¹³² – insgesamt also weit mehr als das Doppelte der veranschlagten Summe. Die Kostenexplosion für die Bezirke blieb nicht auf die Landtagswahlen beschränkt, sondern betraf gleichermaßen die Bundestagswahlen, obwohl der Parteivorstand in diesen Fällen einen weit höheren Anteil übernahm. Dennoch stiegen beispielsweise die Ausgaben des Bezirks Südbayern, die im Wahlkampf von 1961 noch überschaubare 35 952,86 DM betragen hatten, nur vier Jahre später auf 133 583,56 DM.¹³³ Derartige Steigerungsraten konnte der Bezirk trotz wachsender Einnahmen nicht verkraften, so daß die Genossen in München auf 45 000 DM Schulden sitzenblieben – und 1966 standen Kommunal- und Landtagswahlen vor der Tür!¹³⁴

Der zweite Grund für die Kostenexplosion bestand im Ausbau der Organisation, den die Partei in den sechziger Jahren zügig vorantrieb. Mitte 1963 zählte der Bezirk Südbayern fünf Unterbezirke, die über ein arbeitsfähiges, mit hauptamtlichem Personal besetztes Sekretariat verfügten. Ferner hatten die Genossen in München ein Bildungssekretariat eingerichtet, um die Betriebsgruppenarbeit zu intensivieren, was den Bezirk jährlich mit 119 600 DM belastete. Außerdem verschlang das Bezirkssekretariat mindestens 50 000 DM im Jahr, und die diversen Arbeitsgemeinschaften schlugen mit etwa 20 000 DM zu Buche. Diesen Kosten stand aus dem Beitragsaufkommen des Jahres 1962 ein disponibler Betrag von 152 000 DM gegenüber, die übrigen rund 480 000 DM waren zur Deckung anderer fixer Kosten gebunden.¹³⁵ Die Lage entspannte sich im Vorfeld der Bundestagswahl von 1965, als sich der Parteivorstand bereit erklärte, in allen Unterbezirken die Personalkosten der Sekretäre für die Dauer von zwei Jahren zu übernehmen.¹³⁶ Die 14 südbayerischen Unterbezirkssekretariate blieben allerdings weiter-

¹³⁰ AdsD, Bezirk Franken 151, Kostenaufstellung über die Vorhaben des Landeswahlausschusses für den Landtagswahlkampf von 1962 vom 24. 11. 1961.

¹³¹ AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 29. 7. 1962, Bericht Max Allmers.

¹³² Diese Angaben nach SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1962/63, S. 24, und SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Bezirksparteitag 1963 in Passau am 8. und 9. Juni, S. 10.

¹³³ Diese Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern 112, Max Allmer, Bericht über die Organisation während des Bundestagswahlkampfes vom 15. 9. 1961, und AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 28. 1. 1966 in München, Bericht Max Allmers.

¹³⁴ Um den Kommunalwahlkampf eröffnen zu können, nahm der Bezirk einen Kredit von 50 000 DM bei der Sparkasse auf. AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Bezirksvorstands am 6. 12. 1965, Bericht Max Allmers.

¹³⁵ Siehe den Kassenbericht des Bezirks Südbayern für das Jahr 1962, in: SPD Bezirk Südbayern, Jahrbuch 1962/63, S. 122 f., und AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 7. 6. 1963 in München, Bericht Max Allmers zur Organisation.

¹³⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 1. 2. 1965 in München.

hin eine beträchtliche finanzielle Belastung, da der Bezirk den Unterhalt dieser Geschäftsstellen – Autos, Telefon, Material etc. – selbst bestreiten mußte.¹³⁷ Als 1967 die zweijährige Übergangsphase ablief, in der der Parteivorstand die Gehälter der Sekretäre übernommen hatte, wurde die Geldnot schier erdrückend, denn die Personalkosten für die 14 Unterbezirkssekretäre bezifferten sich auf rund 200 000 DM.¹³⁸ Den Bezirk Südbayern, der über 40 Prozent seiner Einnahmen für Verwaltungskosten aufwenden mußte, plagte zu diesem Zeitpunkt bereits eine gewaltige Schuldenlast von 180 000 DM.¹³⁹ Mitte 1967 stand der Bezirk Südbayern vor dem finanziellen Kollaps.

„Es ist dringend notwendig, dass wir zu Geld kommen“¹⁴⁰

Die Genossen sahen diese Gefahr schon seit längerem, denn Max Allmer hatte den Bezirksvorstand über die Entwicklung keineswegs im Unklaren gelassen. „In der Hauptsache aber ist es die finanzielle Überlastung dieses Bezirkes, die ihn einfach zur Aktionsunfähigkeit treibt“, warnte der Bezirksgeschäftsführer im Januar 1966.¹⁴¹ Er schlug drei Maßnahmen vor, um das Problem in den Griff zu bekommen: Erstens sollten sich die Arbeitsgemeinschaften auf das Notwendigste konzentrieren und ihre Tätigkeit stark einschränken, zweitens plädierte Allmer für eine Reform der Beitragsaufteilung, die dem Bezirk 85 statt bislang 65 Prozent der Mitgliederbeiträge zusprach, und drittens mahnte er zur verstärkten Mitgliederwerbung: Mit den Beiträgen von 15 000 neuen Mitgliedern konnte der Bezirk seiner Ansicht nach finanziell über die Runden kommen.

Die Erhöhung des Bezirksanteils an den Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen war ein ständig wiederkehrender Topos, wenn es um die finanziellen Schwierigkeiten des Bezirks ging. So hatte Max Allmer schon nach der Landtagswahl von 1962 vehement auf eine Änderung gedrängt, da die Kasse des Bezirks auch seinerzeit „vollkommen leer“ war, und Südbayern im Vergleich zu anderen SPD-Bezirken nur ein relativ kleines Stück des Beitragskuchens erhielt.¹⁴² Obwohl er sein „ceterum censeo“ bei jeder Gelegenheit vortrug, konnte sich der Bezirkssekretär mit seiner Forderung nicht durchsetzen, denn dies hätte eine weitere Schwächung

¹³⁷ AdsD, Bezirk Südbayern 113, Max Allmer, Auszug eines Berichtes des geschäftsführenden Bezirkssekretärs, der dem Bezirksvorstand am 28. Januar vorgetragen werden sollte, undatiert [Ende Januar 1966].

¹³⁸ Davon hatten der Parteivorstand und der Landesvorstand 120 000 DM getragen, die restlichen 80 000 DM hatte der Bezirk aufbringen müssen. Dazu kamen allerdings weitere Kosten für den laufenden Unterhalt. AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Unterbezirksfinanzierung und Bezirksfinanzen“, Bericht Max Allmers, undatiert (1967).

¹³⁹ Davon hatte der Bezirk 60 000 DM am Kreditmarkt aufgenommen, die also auf jeden Fall zurückgezahlt werden mußten. Mit den restlichen 120 000 DM stand der Bezirk bei anderen Parteigliederungen in der Kreide, und Max Allmer hoffte darauf, daß zumindest ein Teil dieser Schulden erlassen werden könne. AdsD, Bezirk Südbayern 13, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 26. 5. 1967 in München. Eine Aufschlüsselung von Einnahmen und Ausgaben des SPD Bezirks Südbayern in ebenda, Max Allmer, Bericht des Bezirkssekretärs auf der Arbeitstagung am 18./19. 2. 1967.

¹⁴⁰ AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 7. 6. 1963 in München, Bericht Max Allmers zur Organisation.

¹⁴¹ AdsD, Bezirk Südbayern 113, Max Allmer, Auszug eines Berichtes des geschäftsführenden Bezirkssekretärs, der dem Bezirksvorstand am 28. Januar vorgetragen werden sollte, undatiert [Ende Januar 1966]. Das Folgende ebenda.

¹⁴² AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 26. 11. 1962 in München.

der Ortsvereine und Kreisverbände bedeutet, und damit hätte der Bezirk zwangsläufig weitere Aufgaben übernehmen müssen, die bis dahin von den unteren Gliederungen wahrgenommen worden waren. Wie belastend die finanzielle Zwickmühle war, zeigen kurios anmutende Vorschläge, ihr zu entkommen. So kritisierte Adolf Johann, der Münchner Bezirksvorstand tafele an weiß gedeckten Tischen in einem Lokal, dessen Besitzer der SPD alles andere als wohlgesonnen sei, während allerorten über die finanziellen Schwierigkeiten der Partei gejammert werde. Damit fand er allerdings wenig Anklang. Erwin Essl bemerkte trocken: „Die Zeit ist vorbei, in der wir den Proletarier herausstellen.“¹⁴³ Und selbst Max Allmer meinte, die Ausgaben für das Essen seien die geringste Sorge. So sollte es noch acht Jahre dauern, ehe auf Antrag Carmen Königs beschlossen wurde, „daß in Zukunft jedes Vorstandsmitglied seine Zeche bei den Bezirksvorstandssitzungen selbst zahlen soll.“¹⁴⁴

Derartige Beschlüsse hatten natürlich nur symbolische Bedeutung, an dem eigentlichen Problem änderten sie nichts. Den Ausweg aus der Krise erblickten die Genossen schließlich darin, die Mandatare der Partei zur Ader zu lassen. Hans Demeter begründete dies mit dem Argument, „nachdem man schon so viel Geld in Wahlkämpfe investieren würde, sollten die gewählten Genossen sich bereit erklären, in Abständen der Partei einen bestimmten Betrag zurückzuzahlen.“¹⁴⁵ Zwar hatten die Abgeordneten der SPD immer schon Spenden zukommen lassen, doch nun wurde eine einheitliche und verbindliche Regelung getroffen, derzufolge jedes Mitglied des Bundestags und des Landtags sowie auch die kommunalen Amtsträger der SPD monatlich einen bestimmten Betrag an ihren jeweiligen Unterbezirk abführen mußten, der fünf Prozent der Diäten betrug. Aus diesen Mitteln sollten die Verwaltungs- und Wahlkampfkosten der Unterbezirke gedeckt werden, wobei der Bezirk denjenigen Gliederungen, die nur über wenige Mandatare verfügten, Ausgleichszahlungen zukommen ließ.¹⁴⁶ Diese gewissermaßen indirekte staatliche Finanzierung – die Diäten der Abgeordneten in Bund und Land wie der kommunalen Amtsträger wurden ja von der öffentlichen Hand aufgebracht¹⁴⁷ – war nur durchzusetzen gewesen, nachdem Max Allmer den Abgeordneten die Pistole auf die Brust gesetzt hatte: „Die 14 Sekretäre [in den Unterbezirken] können nur dann behalten werden, wenn die Mandatsträgerabgaben bezahlt werden.“¹⁴⁸

Allerdings leisteten in der Folgezeit nicht wenige Mandatare eine Art von passivem Widerstand gegen die Abgabe, deren Eintreibung die Unterbezirke vor große Probleme stellte. Die Leidtragenden waren die Unterbezirkssekretäre, denen die undankbare Aufgabe zukam, die Mandatare an ihre Pflichten zu erinnern und den Mangel zu verwalten. So klagte etwa der Sekretär des Unterbezirks Nordschwaben, Walter Elter, aufgrund der ausstehenden Beiträge der Abgeord-

¹⁴³ AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 10. 7. 1964 in München. Das Folgende ebenda.

¹⁴⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 14, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 3. 12. 1972 in München.

¹⁴⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 114, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 29. 11. 1968 in München.

¹⁴⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 13, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 26. 6. 1967 in München, Bericht von Hans Bals.

¹⁴⁷ So Lösche/Walter, SPD, S. 229.

¹⁴⁸ AdsD, Bezirk Südbayern 13, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 26. 5. 1967 in München.

neten verfüge er lediglich über den Verwaltungszuschuß des Bezirks in Höhe von 370,- DM im Monat, mit dem allein sich die laufenden Kosten keinesfalls bestreiten ließen. Daher sah er sich genötigt, die fehlenden Mittel aus der eigenen Tasche vorzuschießen, so daß die Partei bei ihm schon mit 783,22 DM in der Kreide stand.¹⁴⁹ Ende 1970 zog der Bezirksvorstand die Konsequenz aus den nicht abreißen den Klagen und beschloß, eine Reform der Mandatsträgerabgabe auf den Weg zu bringen, nach der die Abgeordneten ihren Obolus nicht mehr an die Unterbezirke, sondern direkt an den Bezirk abliefern sollten. Die Neuregelung wurde schließlich im September 1972 in Kraft gesetzt.¹⁵⁰ Wenn der Bezirksvorstand gehofft haben sollte, die renitenten Abgeordneten damit stärker an die Kandare nehmen zu können, wurde er bald eines Besseren belehrt. Schon 1973 bildete sich eine Fronde aus 59 Genossen, die sich standhaft weigerten, die Abgaben in der vorgesehenen Höhe zu entrichten. Daher nahm der Bezirk in der ersten Jahreshälfte 1973 statt der erwarteten 150 000 DM nur 68 256 DM von seinen Abgeordneten ein, während er die Kosten der Unterbezirkssekretariate in Höhe von 105 000 DM vorfinanzieren mußte.¹⁵¹ Folgenlos blieb die Reform jedoch keineswegs, führte sie doch – gewissermaßen im Nebeneffekt – zu einem weiteren Zentralisierungsschub der Organisation: Die Unterbezirke verloren weitgehend ihre Finanzhoheit und gerieten in noch stärkere Abhängigkeit vom Bezirk, der sie nun fast vollständig alimentierte.¹⁵²

Finanzielle Selbstgenügsamkeit: Die SPD auf dem Land

Aufgrund des immer enger werdenden finanziellen Handlungsspielraums der Bezirke waren die Gliederungen in den ländlichen Regionen weitgehend auf sich selbst gestellt. Was das bedeutete, zeigt das Beispiel des Ortsvereins Oettingen. Hier hatte das Haushaltsvolumen 1959 noch bei äußerst bescheidenen 650 DM gelegen, bis 1970 kletterte es auf die Rekordsumme von 4762,11 DM.¹⁵³ Dafür waren vor allem die steigenden Mitgliederbeiträge verantwortlich. Hinzu kamen Spenden und Abgaben der Stadträte, die im Lauf der Zeit stetig an Bedeutung gewannen. Auf Antrag des Vorsitzenden hatte man schon im Januar 1960 beschlossen, daß „unsere Stadträte das Sitzungsgeld an den Ortsverein opfern.“¹⁵⁴ So ließen sich zunächst auftretende Löcher in der Kasse stopfen. Als sich die Oettinger Genossen beispielsweise nach der Landtagswahl von 1962 mit offenen Rechnungen in Höhe von 345,04 DM konfrontiert sahen, die Kasse aber nur noch

¹⁴⁹ AdsD, Bezirk Südbayern 11, Walter Elter an den Bezirk Südbayern vom 29. 3. 1968.

¹⁵⁰ AdsD, Bezirk Südbayern 110, Kurzprotokoll der Sitzung des geschäftsführenden Bezirksvorstandes am 30. 11. 1970, und AdsD, Bezirk Südbayern 14, Beschlusprotokoll über die Sitzung des geschäftsführenden Bezirksvorstandes am 29. 9. 1972.

¹⁵¹ Zu diesem Zweck mußte der Bezirk ein Darlehen von 37 000 DM aufnehmen. Diese Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern 14, Alfons Bayerl an die Mitglieder des Bezirksausschusses vom 19. 7. 1973.

¹⁵² Die Neuregelung sah monatliche Zuschüsse des Bezirks an die Unterbezirke in Höhe von jeweils 1200 DM vor. AdsD, Bezirk Südbayern 14, Beschlusprotokoll über die Sitzung des geschäftsführenden Bezirksvorstandes am 29. 9. 1972.

¹⁵³ SPD Ortsverein Oettingen, Kassenbuch 1953–1971, Blatt 13 und Blatt 30 (Kopien im Besitz des Verfassers).

¹⁵⁴ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Ausschusssitzung am 2. 1. 1960 (Kopie im Besitz des Verfassers).

187,27 DM enthielt, erinnerte man die Stadträte an den seinerzeit gefaßten Beschluß. Eine spontan durchgeführte Kollekte unter den Anwesenden erbrachte 365 DM¹⁵⁵, und damit war der Ortsverein wieder aus dem Schneider.

Eine weit größere finanzielle Belastung als die Bundestags- und Landtagswahlen stellten die kommunalen Urnengänge dar, weil der Ortsverein nicht nur kleinere Ausgaben wie etwa Saalmieten zu begleichen, sondern auch die Kosten für das Werbematerial zu tragen hatte. So schlug etwa die Landratswahl im Jahr 1964 mit insgesamt 954,05 DM zu Buche, von denen die Oettinger die Hälfte übernehmen mußten. Auch dieser Betrag wurde schließlich aus Spenden aufgebracht, um die Kasse des Ortsvereins nicht zu belasten.¹⁵⁶ Überhaupt setzte sich im Lauf der Zeit immer mehr das Prinzip durch, daß die Kandidaten selbst für ihren Wahlkampf aufkamen. So bezahlte etwa Bürgermeister Karl Gießbeck die stattlichen 1700 DM, die 1966 für seine Wiederwahl aufgewendet worden waren, zur Gänze aus eigener Tasche.¹⁵⁷ Auf seinen Vorschlag hin erklärten sich auch die sechs gewählten Stadträte bereit, gemeinsam die 540 DM aufzubringen, die der Stadtratswahlkampf gekostet hatte. Außerdem stiftete Bürgermeister Gießbeck, der als selbständiger Kaufmann weit besser verdiente als die meisten anderen Mitglieder, anlässlich seiner Wiederwahl 300 DM – eine stattliche Summe, wenn man bedenkt, daß der Kassenstand Ende des Jahres bei 113,26 DM lag.¹⁵⁸

Trotz dieser Spenden und den stetig steigenden Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen geriet der Ortsverein 1966, als es Kommunal- und Landtagswahlen zu bewältigen galt, an den Rand seiner Leistungskraft: Anfang 1967 befanden sich nur noch 64 DM in der Kasse¹⁵⁹, weshalb auf der Jahresversammlung im Januar 1967 die Idee auftauchte, die Ausgaben des Ortsvereins für Landtags- und Bundestagswahlen drastisch zu begrenzen, und die Fraktionskasse nur noch in Kommunalwahlen zu belasten. Dem Kreisvorsitzenden Axel Wernitz und dem ebenfalls anwesenden Adolf Härtl gelang es nur mit großer Mühe, einen entsprechenden Beschluß mit dem Argument zu verhindern, die SPD als Volkspartei müsse sich flächendeckend an allen Wahlen beteiligen. In den folgenden Jahren, in denen keine Wahlkämpfe bewältigt werden mußten, trat eine gewisse Erholung in der Finanzlage ein, jedoch keine grundlegende Veränderung zum Besseren. Im Gegenteil: Als sich Karl Gießbeck 1970 aus Altersgründen vom Amt des Bürgermeisters und aus der Politik zurückzog, sah sich der Ortsverein einer seiner wichtigsten Einnahmequellen beraubt. Zwar versuchte die SPD alles, um einen eigenen Kandidaten als Nachfolger durchzubringen, doch sie scheiterte und blieb auf dem geradezu astronomischen Betrag von 3650 DM sitzen.¹⁶⁰ Um die Rechnungen bezahlen zu können, mußten die Genossen einen Kredit aufnehmen, der die Arbeit

¹⁵⁵ Diese Angaben nach Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Ausschußsitzung am 5. 1. 1963 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹⁵⁶ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 2. 5. 1964, und ebenda, Protokoll der Ausschußsitzung am 21. 11. 1964 (Kopien im Besitz des Verfassers).

¹⁵⁷ Dies und das Folgende nach Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 7. 5. 1966 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹⁵⁸ SPD Ortsverein Oettingen, Kassenbuch 1953–1971, Blatt 25 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹⁵⁹ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Jahresversammlung am 6. 1. 1967 (Kopie im Besitz des Verfassers). Das Folgende nach ebenda.

¹⁶⁰ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 10. 7. 1970 (Kopie im Besitz des Verfassers).

des Ortsvereins auf Jahre hinaus belastete. Als nach der Gebietsreform 1972 bereits wieder Kommunalwahlen anstanden, beschlossen die Oettinger daher kurz und bündig: „Es soll nichts unternommen werden, was nicht bezahlt werden kann.“¹⁶¹ Die Werbekosten in Höhe von rund 3000 DM mußten die Kandidaten selbst aufbringen.

Die nach wie vor herrschende „Diktatur der leeren Kassen“ behinderte die SPD jedoch nicht nur im Wahlkampf, sie verhinderte auf Dauer auch eine bessere Verankerung der Partei in der Bevölkerung. Ende 1965 hatten die Genossen im Stadtzentrum einen Laden angemietet, der als Bürgerbüro dienen sollte¹⁶², um mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Im Januar 1970 mußte das SPD-Zentrum aber wieder geschlossen werden, weil die Partei die Miete nicht mehr aufbringen konnte.¹⁶³ Die Oettinger Genossen versuchten diesen Verlust durch die Veranstaltung von monatlichen Frühschoppen in den örtlichen Gastwirtschaften zu kompensieren¹⁶⁴, die allerdings kaum Publikum anzogen. So gab die dünne Finanzdecke schließlich den Ausschlag, daß vielversprechende Versuche der SPD, aus dem 20-Prozent-Ghetto in ländlichen Regionen auszubrechen, bereits in den Ansätzen steckenblieben.

g) Der steckengebliebene Ausbau des Parteiapparats

Die finanzielle Dauermisere zeitigte weitreichende Folgen, welche die Partei gerade auf dem Land nachhaltig belasteten. Vor allem behinderten die finanziellen Engpässe den Ausbau des regionalen Parteiapparats. Damit untergrub die Geldnot einen Teil des Konzepts, das die Parteistrategen gegen Ende der fünfziger Jahre ins Werk setzen wollten, um den Rückstand gegenüber den Unionsparteien aufzuholen und endlich auch in den ländlichen Regionen Fuß zu fassen.

Eine neue Ebene in der Parteihierarchie: Die Unterbezirke

Daß der Parteiapparat flächendeckend ausgebaut werden mußte, war im Grunde allen klar.¹⁶⁵ Herbert Wehner hatte die organisatorische Schwachstelle im Februar 1959 vor dem Parteirat deutlich beim Namen genannt und einen Lösungsvorschlag unterbreitet: „Große bayerische Landgebiete verlangen zwingend nach einer organisatorischen Regelung, die nur denkbar erscheint, wenn sowohl in Niederbayern und [der] Oberpfalz als auch im bayerischen Schwaben die Errichtung von Unterbezirkssekretariaten gewährleistet wird.“¹⁶⁶ Die Schaffung von Unterbezirken mit hauptamtlich besetzten Sekretariaten lag insofern nahe, als sich

¹⁶¹ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Kandidatenbesprechung am 28. 11. 1971 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹⁶² Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 13. 11. 1965 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹⁶³ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Ausschußsitzung am 5. 1. 1970 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹⁶⁴ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Ausschußsitzung am 24. 5. 1971 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹⁶⁵ Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 401 ff., und Schmidtchen, Die befragte Nation, S. 98 f.

¹⁶⁶ AdsD, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz 76, Willy Franke an Ernst Herder vom 18. 2. 1959. Anlage: „Organisationspolitische Aufgaben“ von Herbert Wehner, undatiert (12. 2. 1959). Das folgende Zitat ebenda.

der Abstand zwischen Bezirk und Ortsverein bzw. Kreisverband in der Vergangenheit als zu groß erwiesen hatte.¹⁶⁷ Trotzdem setzte sich diese Idee nur langsam durch. Im Bezirk Südbayern übernahmen mit den 1955 gegründeten Unterbezirken Kempten und Rosenheim Regionen die Vorreiterrolle, deren Zentren zu den ausgesprochenen Hochburgen der SPD zählten. 1957 folgte der Unterbezirk Isar-Lech, der aus einem Wahlkreisbüro hervorging, das in Weilheim zur Bundestagswahl von 1957 eingerichtet worden war.¹⁶⁸ Schnell erkannten die Genossen die Vorteile dieser Institution, und mit finanzieller Unterstützung des Bezirks gelang es, das Sekretariat über den Wahlkampf hinaus zu erhalten, wobei der Wirkungskreis des besoldeten Geschäftsführers (und damit de facto der Unterbezirk) auch auf die umliegenden Landkreise ausgedehnt wurde.

Allerdings funktionierte der Unterbezirk Isar-Lech in der Folgezeit keineswegs reibungslos, was unter anderem an regionalen Eifersüchteleien, vor allem aber an den Schwierigkeiten lag, welche der Unterhalt der Geschäftsstelle mit sich brachte.¹⁶⁹ Daher mußte das Experiment Anfang 1959 beendet werden, was einen Teil der davon betroffenen Gliederungen nicht weiter zu stören schien, weil sie den Unterbezirk ohnehin für zu groß hielten, um ihn mit einem einzigen Sekretariat bearbeiten zu können.¹⁷⁰ Andere kritisierten die Person des Sekretärs: „Einer, der mit dem Volkswagen her rauscht, noch dazu wenn die Versammlung bereits beendet ist, der schafft hier nichts“, hieß es beispielsweise aus dem Ortsverein Uffing.¹⁷¹ Es gab jedoch auch anderslautende Ansichten. Rudolf Dworschak, der Vorsitzende des Ortsvereins Penzing, erblickte in der Auflösung des Unterbezirks einen herben Verlust, der die Aussichten für die nächsten Bundestagswahlen erheblich verschlechtere. Die SPD könne sich auf dem Land nur verbessern, so seine Überzeugung,

„wenn die ganze Zeit über und nicht nur 4 Wochen vor einer Wahl, intensiv gearbeitet wird, sowohl in jedem Ortsverein als auch vor allen Dingen in unserem Kreisverband. [...] Wir dürfen uns nicht darüber hinwegsetzen, daß die Wahlen in Bayern nicht so ausgefallen sind, wie wir uns das immer erhofft haben. Nach jeder Wahl heißt es, wir müssen das Land erobern; die Vorsätze sind gut, aber getan wird während 4 Jahren nichts. [...] Man sollte auch nicht vergessen, daß man hier auf dem Lande 4 Jahre lang Wahlkampf führen müßte, ich denke da an Aufklärungs- und Werbeversammlungen, Lichtbilder- und Filmvorführungen, denn mit Speck fängt man Mäuse.“¹⁷²

Seiner Ansicht nach war ein hauptamtlich besetztes Unterbezirksbüro eine zwingende Notwendigkeit. Es dauerte jedoch noch einige Jahre, bis sich diese Er-

¹⁶⁷ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Unterbezirk Isar-Lech“, Ortsverein Peiting an den Bezirk Südbayern vom 13. 2. 1959.

¹⁶⁸ SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1956–57, S. 9.

¹⁶⁹ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Unterbezirk Isar-Lech“, Ortsverein Utting an den Bezirk Südbayern vom 14. 2. 1959. Zu den regionalen Rivalitäten ebenda, Kreisverband Landsberg an den Bezirk Südbayern vom 15. 2. 1959, und ebenda, Ortsverein Peiting an den Bezirk Südbayern vom 13. 2. 1959.

¹⁷⁰ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Unterbezirk Isar-Lech“, Ortsverein Utting an den Bezirk Südbayern vom 14. 2. 1959.

¹⁷¹ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Unterbezirk Isar-Lech“, Ortsverein Uffing an Max Allmer vom 14. 2. 1959.

¹⁷² AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Unterbezirk Isar-Lech“, Ortsverein Penzing an Bezirk Südbayern vom 25. 2. 1959.

kenntnis im Bezirk Südbayern durchsetzen konnte. Den im Vorfeld der Bundestagswahl von 1961 mit maßgeblicher finanzieller Unterstützung aus Bonn ins Leben gerufenen Unterbezirken Augsburg und Ingolstadt stand der südbayerische Bezirksvorstand noch mit kaum verhohlener Skepsis gegenüber, was in erster Linie an den hohen Kosten der Sekretariate lag, die zum Teil vom Bezirk getragen werden mußten.¹⁷³

Hauptamtliche Sekretäre

Die große Wende trat erst 1965 ein, und sie ging bezeichnenderweise nicht von München, sondern von Bonn aus. Der Parteivorstand hatte nämlich beschlossen, noch vor der Bundestagswahl in jedem Bundeswahlkreis einen eigenen Unterbezirk mit hauptamtlich besetzter Geschäftsstelle einzurichten. Um dem erwarteten Widerstand aus den Bezirken den Wind aus den Segeln zu nehmen, erklärte sich der Parteivorstand bereit, die damit verbundenen Personalkosten für die nächsten zwei Jahre zu übernehmen.¹⁷⁴ Unter diesen Bedingungen zog nun auch der Bezirk Südbayern mit: In den acht Bundeswahlkreisen, die bislang keine eigenständige Gliederung der SPD dargestellt hatten, wurden Unterbezirke eingerichtet, die jeweils über ein eigenes Büro mit besoldetem Sekretär verfügten. Der Bezirk Südbayern gliederte sich nach dieser Reform in 14 Unterbezirke. Über die personelle Besetzung der Sekretariate entschied der Bezirksvorstand Anfang April 1965, wobei Kandidaten den Zuschlag erhielten, die sich durch langjährige Parteimitgliedschaft sowie Engagement auf Orts- und Kreisebene oder in Organisationen, die der SPD nahestanden, und in der Kommunalpolitik ausgezeichnet hatten.¹⁷⁵ Ein typisches Beispiel verkörperte Walter Elter, der sich erfolgreich als Sekretär im Unterbezirk Nordschwaben bewarb, der mit dem Bundeswahlkreis Donauwörth identisch war. Elter, 44 Jahre alt und als freiberuflicher Handelsvertreter tätig, gehörte der SPD bereits seit 1945 an. Zwar bekleidete er zum Zeitpunkt seiner Bewerbung kein kommunalpolitisches Wahlamt, doch wirkte er als Kreisvorsitzender der SPD im Landkreis Dillingen an der Donau und als Ortsvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt in seiner Heimatgemeinde Höchstädt unmittelbar an der Parteibasis.

Elter und seine Kollegen in den anderen Unterbezirken sahen sich mit einer Fülle von Aufgaben konfrontiert, die ihren ganzen Einsatz erforderten.¹⁷⁶ Den Unterbezirken oblag es, die in ihrem Einzugsbereich liegenden Kreisverbände und Ortsvereine zu betreuen und nach Kräften zu unterstützen, in erster Linie jedoch für den Ausbau und die Verbesserung der Organisation zu sorgen. Dazu

¹⁷³ Der Parteivorstand hatte versucht, die Gründung von Unterbezirken zu fördern, indem er einen einmaligen Zuschuß für ihre Errichtung von 10000 DM sowie monatliche Unterhaltszuschüsse von 1000 DM gewährte. AdsD, Bezirk Südbayern 111, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 10. 12. 1960 in München, Bericht Max Allmers. Zum Stand der Unterbezirke und zu ihrer Finanzierung AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 7. 6. 1963 in München, Bericht Max Allmers.

¹⁷⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 1. 2. 1965 in München, und SPD Bezirk Südbayern, Jahrbuch 1964/65, S. 15f.

¹⁷⁵ Dies und die folgenden Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 9. 4. 1965 in München.

¹⁷⁶ Das Folgende nach AdsD, Bezirk Südbayern 13, Entwurf: Arbeitsrichtlinien für die Unterbezirke (Bundeswahlkreise) und ihre Geschäftsführer, beschlossen am 16. 7. 1966.

kam die politische Schulung der Genossen sowie die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, die Werbung für die SPD und vor allem natürlich die Vorbereitung und Durchführung von Wahlkämpfen. Zu diesem Zweck sollte vom Bezirksvorstand eine Geschäftsstelle errichtet und unterhalten werden, die der Kontrolle der Münchner Zentrale unterlagen. Neben den Mitteln des Parteivorstands und des Bezirks finanzierten sich die Unterbezirke hauptsächlich aus den Abgaben ihrer Mandatäre, die einen Teil ihrer Diäten opfern mußten. Den Eckpfeiler des Unterbezirks bildete der hauptamtliche Sekretär, der zwar ausschließlich den Weisungen des Bezirksvorstands unterlag, seine konkrete Arbeit jedoch mit dem Unterbezirksvorstand absprechen mußte.¹⁷⁷ Als wichtigste Aufgabe schrieb man ihm ins Stammbuch, den Mitgliederbestand zu vergrößern. Dazu sollten bestehende Ortsvereine funktionsfähig gehalten und neue gegründet werden; auch die im Unterbezirk bestehenden Arbeitsgemeinschaften der SPD waren nach Kräften zu fördern. Um stets über die Entwicklung der Partei in seinem Wirkungskreis auf dem Laufenden zu sein, mußte der Sekretär an allen wichtigen Sitzungen „seiner“ Ortsvereine und Kreisverbände teilnehmen. Darüber hinaus zählte zu seinen Pflichten, die Mitgliederkarteien und Abrechnungen der Ortsvereine im Auge zu behalten und monatliche Tätigkeitsberichte zu verfassen. Kurz: Die Unterbezirke sollten das Basislager für den weiteren Ausbau der Parteiorganisation in der Fläche sein, ihre Sekretäre der Motor.

Die Gründung neuer Ortsvereine kommt auf dem Land nicht voran

Trotz pausenloser Aufrufe und Appelle kam der Ausbau der Parteiorganisation in den ländlichen Regionen nicht recht voran.¹⁷⁸ Im Landkreis Landsberg am Lech etwa blieb lange Zeit alles beim alten: Die Ortsvereine Dießen, Kaufering, Landsberg, Obermühlhausen, Oberigling, Penzing, Riederau und Utting, die schon in den fünfziger Jahren bestanden hatten, bildeten bis 1972 die organisatorischen Korsettstangen der SPD. Erst im Zuge der Gebietsreform gewann der Kreisverband Landsberg mit den Ortsvereinen Geltendorf und Kinsau weitere Gliederungen hinzu, die allerdings keine Neugründungen darstellten, sondern aufgrund des Neuzuschnitts des Landkreises dazukamen. Wirklich neu geschaffen wurde im Untersuchungszeitraum nur der Ortsverein Schondorf, der im zweiten Quartal 1972 erstmals in der Buchführung des Bezirks auftauchte.¹⁷⁹ Noch bescheidener fiel die Bilanz im Landkreis Neuburg an der Donau aus, wo die Zahl der Ortsvereine in den langen sechziger Jahren sogar abnahm: Während die SPD 1962 in der

¹⁷⁷ Das Folgende nach AdsD, Bezirk Südbayern 13, Dienstanweisung für den Geschäftsführer, undatiert (Juli 1966).

¹⁷⁸ Flammende Appelle zur Gründung neuer Ortsvereine und zur Intensivierung der Mitgliederwerbung gehörten zum festen Repertoire der Bezirksparteitage, wie die in den Jahrbüchern der bayerischen SPD-Bezirke abgedruckten Reden der Bezirksvorsitzenden und der Bezirkssekretäre zeigen. Aber auch in der internen Kommunikation hatte dieser Topos einen festen Platz. So hieß es, um aus der Fülle der Belege nur ein Beispiel herauszugreifen, in einem Rundschreiben des Unterbezirks Jura, das Hauptziel der Partei im Vorfeld der Bundestagswahl müsse in der Gründung weiterer Ortsvereine liegen. AdsD, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Rundschreiben des Unterbezirks Jura an alle Ortsvorsitzenden und Funktionäre vom 29. 9. 1964.

¹⁷⁹ Diese Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Kladden „Mitgliederstand“, Einträge Kreisverband Landsberg am Lech.

Kreisstadt und fünf weiteren Kommunen organisatorisch verankert war, existierten 1973 nur noch die Ortsvereine Neuburg, Rain am Lech, Rennertshofen und Thierhaupten. Die Ortsvereine Bruck und Steppberg waren bereits 1963 bzw. 1964 aus Mangel an Mitgliedern aufgelöst worden.¹⁸⁰ Auch im Ries tat sich die gesamten sechziger Jahre hindurch wenig. Die einzige Veränderung trat bereits 1963 ein, als es gelang, in der Marktgemeinde Wallerstein einen neuen Ortsverein ins Leben zu rufen. Dabei zeigte sich schlaglichtartig, welche große Bedeutung den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen für die SPD immer noch zukam, denn von wenigen Ausnahmen abgesehen, rekrutierten sich die Mitglieder wie die führenden Köpfe des Ortsvereins bis in die siebziger Jahre hinein aus Neubürgern, während die Einheimischen der Sozialdemokratie nach wie vor skeptisch gegenüberstanden.¹⁸¹ Im Vergleich dazu durchlief die SPD im Landkreis Wasserburg, wo eingangs der sechziger Jahre neun Ortsvereine existierten¹⁸², eine positivere Entwicklung. Zwar mußte Ende 1964 der Ortsverein Amerang aufgelöst werden, doch gelang es 1966, in Rosenberg, Attel und Mittergars neue Ortsvereine zu schaffen. Hier trugen die Bemühungen des Unterbezirkssekretärs Oskar Riedl offensichtlich Früchte, der mit großem persönlichen Einsatz den Aufbau neuer Stützpunkte und Ortsvereine vorantrieb.¹⁸³ Allerdings konnte auch der rastlose Riedl nicht verhindern, daß die Genossen in Mittergars auf keinen grünen Zweig kamen; schon Anfang 1971 löste sich der Ortsverein wieder auf, die verbliebenen 14 Mitglieder wurden in den Ortsverein Gars am Inn eingegliedert.

Doch woran lag es, daß die Gründung neuer Ortsvereine im ländlichen Raum nur schleppend verlief? In München machte man in erster Linie die Geschäftsführer in den Unterbezirken für die Fehlschläge verantwortlich. Der Bezirksvorsitzende Franz Marx warf ganz offen die Frage auf, „ob verschiedene Sekretäre ganz allgemein den Anforderungen nicht genügen.“ Und Max Allmer ergänzte erläuternd und entschuldigend zugleich, „daß man bei allem die Einkünfte der Sekretäre nicht unberücksichtigt lassen dürfe und daß man von dieser Warte aus betrachtet keine besonders großen Erwartungen an die Unterbezirkssekretäre stellen könne.“¹⁸⁴ Mit der nicht gerade üppigen Bezahlung, die monatlich 800,- DM brutto betrug, hatte der Bezirkssekretär zweifellos einen wunden Punkt benannt. Hochqualifizierte Fachkräfte ließen sich damit nicht gewinnen, wie sich bereits bei der erstmaligen Besetzung vieler Sekretariate im Frühjahr 1965 zeigte. Als nämlich Manfred Andreas, der sich um den Posten im Unterbezirk Mühldorf be-

¹⁸⁰ Diese Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Kladden „Mitgliederstand“, Einträge Kreisverband Neuburg an der Donau. Das Folgende nach ebenda, Einträge Kreisverband Nördlingen.

¹⁸¹ Schriftliche Mitteilung von Wilhelm Holzmann vom 21. 11. 2000, sowie mündliche Auskunft von Helmut Stowasser vom 24. 11. 2000 und von Dieter Paus vom 6. 12. 2000. Zum Ortsverein Wallerstein auch die hektographierte Broschüre „25 Jahre (1963–1988). Kleine Geschichte des SPD-Ortsvereins Wallerstein“ (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹⁸² Im Landkreis Wasserburg existierten zunächst in Amerang, Edling, Evenhausen, Gars, Griesstätt, Haag, Isen, Rott am Inn und Wasserburg Ortsvereine. Diese und die folgenden Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Kladden „Mitgliederstand“, Einträge Kreisverband Wasserburg am Inn.

¹⁸³ AdsD, Bezirk Südbayern 41, Oskar Riedl an den Bezirksvorstand Südbayern vom 19. 9. 1967.

¹⁸⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 13, Kurzprotokoll über die Sitzung des geschäftsführenden Bezirksvorstandes am 6. 11. 1967.

worben hatte, von dem kärglichen Salär erfuhr, zog er seine Bewerbung umgehend zurück, „da er sich wirtschaftlich verschlechtern würde“.¹⁸⁵ Hinzu kam, daß die meisten Sekretäre neben ihrer Tätigkeit für den Unterbezirk Ehrenämter in der Partei oder kommunale Mandate wahrnahmen, obwohl ihnen letzteres nach einer Dienstanweisung eigentlich untersagt war.¹⁸⁶ Entscheidend aber war, daß es sich bei den Sekretären in den Bundeswahlkreisen um brave Parteisolddaten handelte. So fleißig und emsig sie die ihnen zugewiesenen Aufgaben auch erledigten, es fehlte ihnen an hemdsärmeliger Robustheit im Umgang mit ihren Gegnern von der CSU sowie an den bisweilen nötigen originellen Ideen, um auf dem Land Vorurteile gegen die SPD abzubauen. Daß dem so war, lag vor allem in der Verantwortung des Bezirksvorstands, der bei der Einstellung der Sekretäre das Hauptaugenmerk auf Treue zur Partei und persönliche Opferbereitschaft gelegt hatte¹⁸⁷, nicht jedoch auf kreative Konzepte.

Hinzu kam, daß der Sozialdemokratie auf dem Land ein Partner fehlte, wie ihn die CSU in der katholischen Kirche oder im bayerischen Bauernverband besaß: Eine Institution, die nicht nur über großes Ansehen unter der Landbevölkerung, sondern auch über einen eigenen gut ausgebauten Apparat verfügte und die in der Lage gewesen wäre, der SPD bei der Gründung von Ortsvereinen unter die Arme zu greifen. Die Gewerkschaften konnten dieser Partner nicht sein.¹⁸⁸ Ihre Hochburgen lagen dort, wo die SPD ohnehin stark war, während sie in den ländlichen Regionen nur über sehr geringe Organisationskraft verfügten. Ortskartelle existierten allenfalls in den Kreisstädten, und auch ihr starker Arm reichte kaum über die Stadtmauern hinaus. Von ihnen konnte die SPD kaum Schützenhilfe erwarten, und so blieb die Hauptlast der Arbeit auf den Schultern der Unterbezirkssekretäre hängen¹⁸⁹, die – verglichen mit ihren Kollegen von der CSU – sehr viel weniger Unterstützung von der Basis erhielten.¹⁹⁰ Die SPD-Unterbezirke und ihre Geschäftsführer hingen in der Luft. So erklärt sich auch, warum die CSU mit im Grunde demselben organisationspolitischen Konzept weitaus größere Erfolge erzielte als die SPD.

h) Eine „Partei des ganzen Volkes“? Die Mitgliederentwicklung der SPD

Das konnte natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Mitgliederentwicklung bleiben. Aufs Ganze gesehen, verlief der Trend durchaus positiv: Nach Jahren der Stagnation und des Niedergangs, begannen ab 1957 wieder verstärkt neue Mitglie-

¹⁸⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 9. 4. 1965 in München.

¹⁸⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 14, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 14. 4. 1972 in München, und ebenda, Geschäftsordnung für Unterbezirkgeschäftsführer vom 21. 1. 1972, sowie AdsD, Bezirk Südbayern 13, Dienstanweisung für den Geschäftsführer, undatiert (Juli 1966).

¹⁸⁷ AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 9. 4. 1965 in München.

¹⁸⁸ Zu den Gewerkschaften nach 1945 vgl. Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 245–362.

¹⁸⁹ So beispielsweise AdsD, Bezirk Franken 202, Bruno Friedrich: „Der Bundestagswahlkampf in den Bezirken Franken und Niederbayern/Oberpfalz“ vom 28. 10. 1965.

¹⁹⁰ AdsD, Bezirk Südbayern 117, Oskar Riedl an Hans Stephan vom 1. 7. 1969. Zum Mangel an Mandatären auch AdsD, Bezirk Südbayern 32, Kreisverband Starnberg an Bezirk Südbayern vom 10. 11. 1969.

der in die SPD zu strömen.¹⁹¹ Die Parteiführung versuchte auf zwei Wegen, diese Entwicklung zu forcieren: durch die programmatische Erneuerung nach Godesberg und eine intensive Werbung. „Geh mit der Zeit, geh mit der SPD“, lautete das Motto einer bundesweiten Kampagne, die der Parteivorstand im Herbst 1959 lancierte. Eine zweite Werbewelle, vom neuen Parteivorsitzenden Willy Brandt unter die Parole „Das große Gespräch“ gestellt, folgte Ende 1963. Der Erfolg blieb nicht aus: Ende 1958 hatte die SPD 623 816 Mitglieder registriert, Ende 1960 waren es bereits 649 578. Nach einer kurzen Phase der abermaligen Stagnation schnellten die Mitgliederzahlen ab 1964 wieder rapide in die Höhe, und Ende 1965 besaßen 710 448 Personen ein Parteibuch der SPD. Ein noch größeres Tempo erreichte der Zustrom zur Sozialdemokratie mit dem „Machtwechsel“ von 1969, als die Partei allein im Wahljahr über 100 000 neue Genossen begrüßen konnte. Drei Jahre später, auf dem Höhepunkt der sozialliberalen Euphorie, traten sogar über 150 000 Menschen in die SPD ein. 1976 überstieg die Mitgliederschar schließlich die Millionengrenze.¹⁹²

Im Zuge dieses enormen Mitgliederwachstums veränderte die Sozialdemokratie ihr Gesicht¹⁹³, wobei sich der sozioökonomische Strukturwandel, dem die westdeutsche Gesellschaft seit den fünfziger Jahren unterworfen war, deutlich spiegelte. Kurz gesagt, verlor die SPD den Charakter einer Arbeiterbewegung und wandelte sich, auch was ihre Mitgliedschaft betraf, zu einer echten Volkspartei. Peter Lösche und Franz Walter faßten diesen Prozeß zugespitzt aber zutreffend mit den Begriffen „Verbürgerlichung“, „Akademisierung“ und „Verjüngung“ zusammen.¹⁹⁴ Damit sind drei wichtige Trends angesprochen: Erstens gelang es der SPD in zunehmendem Maße, Beamte und Angestellte zu gewinnen, wodurch die Arbeiterschaft innerhalb der SPD ihre beherrschende Stellung verlor. Zweitens stießen vermehrt Schüler, Studenten und Akademiker zur Sozialdemokratie, und drittens zählte das Gros der neuen Genossen beim Parteieintritt noch keine 35 Jahre und war damit im Juso-Alter. Innerhalb eines guten Jahrzehnts hatte sich die Partei, in den fünfziger Jahren noch von Vergreisung und Sklerotisierung bedroht, zu einer jungen, ja geradezu aufreizend jugendlichen politischen Kraft entwickelt.

Was den ländlichen Raum betrifft, wirft die Frage nach der alters- und berufsmäßigen Schichtung, nach dem Bildungsgrad der Mitgliedschaft sowie der Veränderung all dieser Parameter im Lauf der sechziger Jahre massive Quellenprobleme auf. Weder in den durchgesehenen Überlieferungen der SPD-Bezirke, die im Archiv der sozialen Demokratie aufbewahrt werden, noch in den Registraturen der kontaktierten Parteigliederungen befanden sich Unterlagen, die darauf Antworten gaben. Lediglich unter den Materialien des Ortsvereins Nördlingen fand sich eine Mitgliederliste aus dem Jahr 1959¹⁹⁵, aus der sich die Alters- und Berufsgruppenschichtung der Genossen in der Kreisstadt eingangs der sechziger Jahre rekonstruieren ließ. Diese Momentaufnahme bot das zu erwartende Bild einer über-

¹⁹¹ Vgl. im folgenden, soweit nicht anders angegeben, Lösche/Walter, SPD, S. 146–157.

¹⁹² Diese Angaben nach Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 584, und Lösche/Walter, SPD, S. 152.

¹⁹³ Vgl. dazu Süß, Kumpel und Genossen, S. 387–391.

¹⁹⁴ Lösche/Walter, SPD, S. 152 ff.

¹⁹⁵ SPD Ortsverein Nördlingen, Mitgliederverzeichnis Stand März 1959 (Kopie im Besitz des Verfassers).

alterten Arbeiterpartei, sie sagt jedoch nichts über Konstanz und Veränderung dieser Strukturen im Lauf der sechziger Jahre aus. Daher müssen sich die folgenden Ausführungen weitgehend auf die zahlenmäßige Entwicklung der Mitglieder beschränken.

Ein sozialdemokratisches Jahrzehnt:
Die Mitgliederentwicklung auf Bezirksebene

Die Mitgliederentwicklung in den drei bayerischen SPD-Bezirken verlief weitgehend parallel zu der auf Bundesebene, wie Tabelle 8 zeigt.

Tabelle 8: Mitgliederentwicklung in den drei bayerischen SPD-Bezirken 1959–1974

	Franken		Südbayern		Niederbayern/Oberpfalz	
	Mitglieder	Ortsvereine	Mitglieder	Ortsvereine	Mitglieder	Ortsvereine
1959	49 509	679	30 403	421		
1960	51 521	683	32 286		16 069	350
1961	51 380	681	32 544			
1962	51 471		32 941		16 726	377
1963	50 706	678	32 835		17 168	
1964	52 192		34 308		18 383	
1965	54 285	718	36 466		20 267	443
1966	56 428	774	38 384			
1967	55 440	793	38 580		20 994	477
1968	53 684	799	37 693		20 193	444
1969	54 775	813	39 576		20 726	
1970	56 174		41 768		21 721	
1971	56 345		43 906		22 102	
1972	61 677	798	50 138			
1973			50 322			
1974	57 945	745				

Quelle: Geschäftsberichte bzw. Jahrbücher der drei bayerischen SPD-Bezirke, und AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Kladden „Mitgliederstand“, sowie AdsD, Bezirk Franken 91, Aufstellung „Rückblick auf die letzten 12 Jahre“ vom 19. 2. 1963, und AdsD, Bezirk Franken 202, Aufstellung des Landesverbands Bayern, Mitgliederstand in Bayern, undatiert (1965), sowie AdsD, Bezirk Franken 37, Rundschreiben des Parteivorstands an die Bezirksgeschäftsführer vom 20. 10. 1971, und ebenda, Rundschreiben des Parteivorstands an die Bezirksgeschäftsführer vom 1. 10. 1971.

Die Werbeaktion, die 1959 bundesweit gestartet worden war, brachte auch in den bayerischen Bezirken ansehnliche Steigerungsraten, die allerdings 1963 spürbar abflauten, ja in Franken sogar in ein deutliches Minus umschlugen. Bezirkssekretär Otto Bauer führte das in erster Linie auf die hohe Zahl von Genossen zurück, die der Partei aufgrund einer Beitragserhöhung den Rücken gekehrt hatten.¹⁹⁶ Eine abermalige Trendumkehr brachte die von Willy Brandt Ende 1963 initiierte große Werbekampagne, die den bayerischen Bezirken von 1964 bis 1966 satte Zu-

¹⁹⁶ AdsD, Bezirk Franken 91, Bericht über das 1. Quartal 1963, undatiert, und ebenda, Jahresbilanz 1963 vom 12. 2. 1964.

wachsraten bescherte, was man in Franken auch auf die Umgliederung der Unterbezirke zurückführte.¹⁹⁷ Mit der Bildung der Großen Koalition in Bonn endete dieser positive Trend vorerst, und vor allem in Franken setzte ein signifikanter Mitgliederschwund ein. „Seit 1945 hat es keine so negative Mitglieder-Entwicklung im Bezirk Franken gegeben wie das 1968 der Fall war“, stöhnte der Bezirkssekretär Otto Bauer. „Das Absinken des Mitgliederstandes ist nahezu katastrophal.“¹⁹⁸ Neben der stark zurückgegangenen Zahl der Eintritte machten Bauer die vielen Austritte Sorgen, da sich der daraus resultierende Mitgliederschwund direkt auf die finanzielle Leistungsfähigkeit des Bezirks auswirkte.

Die Ursache des Rückgangs lag auch in einer weiteren Beitragserhöhung, vor allem aber in der Bildung der Großen Koalition – unter Einschluß des von der bayerischen SPD leidenschaftlich bekämpften Franz Josef Strauß –, die in der Öffentlichkeit und auch in der SPD ebenso heftig umstritten war, wie einzelne Vorhaben der Regierung Kiesinger/Brandt, vor allem die Notstandsregelung und die geplante Änderung des Wahlrechts.¹⁹⁹ Unter den Funktionären der SPD machte sich eine Panikstimmung breit, sie begriffen den Mitgliederschwund als Symptom einer ernsten Krise. So hieß es etwa in der Jahresbilanz Otto Bauers:

„Trotz der Erfolge unserer Partei in der Großen Koalition, trotz des allgemeinen Aufschwungs durch die Wirtschaftspolitik von Karl Schiller und trotz des Nürnberger Parteitag im März 1968 hat sich in den Organisationsgliederungen unseres Bezirks eine politische und organisatorische Rezession bemerkbar gemacht. Es ist den Gliederungen nicht gelungen, die Erfolge der sozialdemokratischen Politik der Bevölkerung nahezubringen. Abwarten und Resignation bringt [sic!] uns nicht weiter. Innerparteiliche Auseinandersetzungen über verschiedene Probleme scheinen nachzuwirken. Einige Kreise in der Partei, die meinen, es anders machen zu müssen, haben nicht gemerkt, daß sie mit ihrer Methode der Organisation Schaden zufügen. Viele ältere Genossen haben aufgrund dieser Tatsache resigniert und leisten damit dieser Entwicklung Vorschub. Eine Reihe kommunaler Mandatsträger ist der Meinung, sie müßten erst wieder vor der nächsten Kommunalwahl aktiv werden.“²⁰⁰

So richtig einzelne Beobachtungen sein mochten, insgesamt war die Krisenperzeption stark übertrieben, wie die weitere Entwicklung zeigen sollte. Denn die Beitrittschwelle, die im Jahr 1969 – vor allem nach dem „Machtwechsel“ – über die SPD hereinbrach, schlug sich auch in den drei bayerischen Bezirken in zuvor nicht gekannten Zuwachsraten nieder. Der größte Mitgliederschub folgte im Jahr 1972, als der Bezirk Franken über 5000 neue Genossen begrüßen konnte, und der Bezirk Südbayern ein Plus von fast 7000 Mitgliedern binnen eines Jahres meldete. Auch dieser zweiten Flut von Neuaufnahmen waren zentral gesteuerte Werbeaktionen vorangegangen.²⁰¹ Allerdings signalisierten die Zahlen der Jahre 1973 und 1974 eine neuerliche Trendwende, mit der das enorme Mitgliederwachstum der bayerischen SPD an ein Ende kam.

¹⁹⁷ AdsD, Bezirk Franken 91, Jahresbericht 1964 vom 11. 2. 1965.

¹⁹⁸ AdsD, Bezirk Franken 91, Jahresbilanz 1968 vom 11. 2. 1969.

¹⁹⁹ Zum Unbehagen an der Großen Koalition vgl. Kleßmann, Zwei Staaten, S. 203–208, zur Wahlrechtsreform und Notstandsgesetzgebung ebenda, S. 242–250, und Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 453–461.

²⁰⁰ AdsD, Bezirk Franken 91, Jahresbilanz 1968 vom 11. 2. 1969.

²⁰¹ Beispielsweise AdsD, Bezirk Südbayern 18, Rundschreiben des Landesverbands Bayern an die Kreisverbände und Unterbezirke vom 8. 12. 1972.

In der windstillen Zone: Mitgliederentwicklung auf dem Land

Während also die drei bayerischen Bezirke weitgehend dem bundesdeutschen Trend folgten, verlief die Mitgliederentwicklung in den untersuchten agrarisch strukturierten Landkreisen uneinheitlich, wie aus Tabelle 9 hervorgeht.

Tabelle 9: Mitgliederentwicklung von SPD-Kreisverbänden in ländlichen Regionen

	Rothen- burg Stadt	Rothen- burg Land	Feucht- wangen	Königs- hofen	Lands- berg	Wasser- burg	Neu- burg	Nörd- lingen
1961					266	324	177	303
1962					263	271	161	315
1963	214	158	59	257	257	146	318	
1964	193	23	148	56	241	310	152	322
1965	196	30	144	69	269	304	175	298
1966	175	68	136	122	288	327	172	270
1967	168	61	123	126	297	342	167	249
1968	167	47	121	116	310	313	163	245
1969					334	298	182	250
1970	165	51	145	153	374	295	196	275
1971					388	287	188	290
1972					532		243	296
1973					516		230	285

Quellen: AdsD, Bezirk Franken 91, Quartalsberichte des Bezirks Franken, und AdsD, Bezirk Franken 9, Rundschreiben des Bezirks Franken vom 30. 7. 1970, sowie SPD Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Kladden „Mitgliederstand“.

In einigen ländlichen Kreisverbänden, besonders in Landsberg am Lech und in Königshofen im Grabfeld, in etwas abgeschwächter Form aber auch in Neuburg an der Donau, spiegelte sich weitgehend die Mitgliederentwicklung, welche die SPD im Bund wie in Bayern durchlief. Die größten Zuwachsraten verbuchte die Sozialdemokratie im Landkreis Königshofen: Hier zählte die SPD 1970 sogar fast dreimal so viele Mitglieder wie 1963, doch lag diese enorme Steigerungsrate in erster Linie an dem extrem niedrigen Ausgangswert. Im Kreisverband Landsberg nahmen die Mitgliederzahlen, nach einem kurzen Einbruch in den frühen sechziger Jahren, kontinuierlich zu. Der sprunghafte Anstieg im Jahr 1972 war allerdings nicht allein auf die seinerzeitige Eintrittswelle zurückzuführen, sondern auch auf die Kreisgebietsreform: Nach der deutlichen Erweiterung des Landkreises zählten nun auch die Ortsvereine Geltendorf mit 37 Mitgliedern und Kinsau, in dem Ende 1972 30 Genossen eingeschrieben waren, zum Kreisverband Landsberg. Die größten Zuwachsraten erzielten dabei die Gliederungen in den regionalen Zentren; so stieg die Mitgliederzahl des Ortsvereins Landsberg am Lech, die im ersten Quartal 1962 bei 63 gelegen hatte, im dritten Quartal 1973 auf 145 an. Noch größer fielen die Zuwachsraten in den Ortsvereinen Kaufering und Dießen aus. Dagegen entstanden in den kleinen Landgemeinden meist keine Ortsvereine; wo sie doch ins Leben gerufen wurden, blieben sie auf einen sehr kleinen Mitgliederstamm beschränkt. Im Ortsverein Oberigling, um nur ein Beispiel zu nennen,

waren Anfang 1962 lediglich zwölf Mitglieder eingeschrieben, Ende 1973 zählte er 13 Genossen.²⁰²

Allerdings gab es nicht überall Zuwachsraten. In einigen ländlichen Regionen wie beispielsweise in den beiden mittelfränkischen Kreisen Feuchtwangen und Rothenburg ob der Tauber stagnierte die Zahl der Genossen bis 1970, für die Jahre danach liegen keine Daten vor. Anderenorts, wie in den Landkreisen Wasserburg und Nördlingen, ging der Mitgliederstand im Lauf der sechziger Jahre sogar deutlich zurück. Auch im Kreisverband Wasserburg mangelte es nicht an mehr oder weniger systematischen Versuchen, die Parteiorganisation auf Vordermann zu bringen und den Mitgliederbestand aufzuforsten.²⁰³ Sie waren jedoch von partei-internen Dauerkonflikten überschattet, die bereits 1963 begonnen hatten, als die Achse zwischen Walter Treitinger und Josef Kriegisch zerbrach.²⁰⁴ Die lange und enge Kooperation der beiden Männer hatte den Zusammenschluß alteingesessener Sozialdemokraten und vertriebener Neubürger symbolisiert, der mehr als alles andere für das vergleichsweise gute Abschneiden der Wasserburger SPD in den fünfziger Jahren verantwortlich war. Mit dem Bruch dieser Allianz verlor der Kreisverband die Geschlossenheit, was zwei Jahre später dazu führte, daß es nicht gelang, einen Bundestagskandidaten aufzustellen, der die einhellige Unterstützung der verfeindeten Lager fand.²⁰⁵ Als schließlich Treitinger selbst in die Schußlinie parteiinterner Kritiker geriet, stand der Kreisverband kurz vor dem Kollaps, zumal die alten Fehden nun immer mehr von den Auseinandersetzungen zwischen radikalen Jungsozialisten und altgedienten Pragmatikern überlagert wurden.²⁰⁶

Inwieweit diese Querelen tatsächlich ausschlaggebend für die negative Mitgliederentwicklung im Kreisverband Wasserburg waren, erscheint bei näherer Betrachtung jedoch unter zwei Gesichtspunkten zumindest fraglich. So gab es, erstens, im Kreisverband Landsberg am Lech in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren ebenfalls heftige parteiinterne Auseinandersetzungen²⁰⁷, die jedoch dem gerade in jener Zeit stürmischen Mitgliederwachstum keinen Abbruch taten. Und zweitens erlebten auch Gliederungen einen Mitgliederschwund, die von Streitigkeiten in den eigenen Reihen weitgehend verschont blieben, wie etwa der Kreisverband Nördlingen.

Die drei Ortsvereine Deiningen, Nördlingen und Oettingen büßten in den sechziger und frühen siebziger Jahren Mitglieder ein, nur der 1962 ins Leben gerufene Ortsverein Wallerstein konnte in dieser Phase ein Wachstum verzeichnen, allerdings von sehr niedrigem Niveau ausgehend. Besonders stark fiel der Mitgliederschwund im traditionsreichen Ortsverein Oettingen aus, und zwar aus mehreren Gründen. Obwohl die SPD im Stadtrat alles daran setzte, die Industrieansiedlung in der Gemeinde zu forcieren und dabei manchen Erfolg verbuchen

²⁰² Alle Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Kladden „Mitgliederstand“.

²⁰³ Beispielsweise AdsD, Bezirk Südbayern 41, Oskar Riedl an den Bezirksvorstand vom 19. 9. 1967.

²⁰⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 9. 11. 1963, Bericht Max Allmers und Stellungnahme Walter Treitingers.

²⁰⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 25. 9. 1964.

²⁰⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 41, Max Allmer an Hans Höchtl vom 30. 1. 1969. Reichliches Material zum Konflikt mit den Jusos findet sich in AdsD, Bezirk Südbayern IV, Nr. 90.

²⁰⁷ Dazu findet sich viel Material in AdsD, Bezirk Südbayern IV, Nr. 64.

Tabelle 10: Mitgliederentwicklung der SPD im Landkreis Nördlingen

	OV Deiningen	OV Nördlingen	OV Oettingen	OV Wallerstein	KV Nördlingen
1961	46	166	89	–	303
1962	46	167	93	7	315
1963	46	162	88	22	318
1964	46	174	78	24	322
1965	46	153	76	23	298
1966	34	147	63	26	270
1967	32	129	63	25	249
1968	25	135	58	27	245
1969	25	135	60	30	250
1970	26	144	71	34	275
1971	32	152	71	35	290
1972	38	166	58	34	296
1973	38	158	59	30	285

Bis 1963 bestand zusätzlich der Ortsverein Hohenaltheim, bei dem jedoch nur noch zwei Mitglieder eingeschrieben waren. Quelle: AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Kladden „Mitgliederstand“.

konnte²⁰⁸, blieb die wirtschaftliche Strukturschwäche bestehen. Nach wie vor wanderten gerade die jungen Menschen in die urbanen Ballungsräume ab, und gerade unter den jüngeren Genossen war der durch die Landflucht bedingte Aderlaß groß.²⁰⁹ Dies führte unter anderem dazu, daß die mühsam aufgebauten Stützpunkte in den umliegenden Landgemeinden, beispielsweise in Hainsfarth, zusammenbrachen.²¹⁰ Hinzu kam, daß in den sechziger Jahren der Tod tiefe Löcher in die Reihen der Sozialdemokraten schlug²¹¹, und die in rascher Folge vorgenommenen Beitragserhöhungen immer wieder regelrechte Austrittswellen auslösten. Daß auf Beschluß des Bundesparteitag in Köln der Mindestbeitrag zum 1. Januar 1963 auf 1,- DM angehoben wurde²¹², bezeichnete man in Oettingen als „für uns unannehmbar“.²¹³ Mehr als 50 Pfennig im Monat, so die Überzeugung des Vorstands, konnten viele Mitglieder nicht aufbringen. Auch 1972 führte eine Beitragserhöhung dazu, daß mancher Genosse sein Parteibuch zurückgab.²¹⁴ Aufgrund des niedrigeren Einkommensniveaus waren die Gliederungen im ländlichen Raum von dieser „Nebenwirkung“ fraglos in besonders starkem Maße betroffen.

²⁰⁸ Aus der Fülle von Belegen beispielsweise Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Monatsversammlung am 16. 7. 1960, Protokoll der Jahresversammlung am 6. 1. 1962 und Protokoll der Mitgliederversammlung am 2. 11. 1968 (Kopien im Besitz des Verfassers).

²⁰⁹ Mündliche Auskunft Helmut Stowassers vom 24. 11. 2000.

²¹⁰ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Jahresversammlung am 13. 1. 1966 (Kopie im Besitz des Verfassers).

²¹¹ Allein im IV. Quartal 1964 verschieden im Kreisverband Nördlingen fünf Mitglieder. AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Kladde „Mitgliederstand 1964/1965“, Blatt 20.

²¹² SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Bezirksparteitag 1963 in Passau, S. 9.

²¹³ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Ausschusssitzung am 5. 1. 1963 (Kopie im Besitz des Verfassers). Das Folgende ebenda.

²¹⁴ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 4. 11. 1972 (Kopie im Besitz des Verfassers).

Das waren aber nicht die einzigen und vielleicht auch nicht die wichtigsten Gründe für den Niedergang des Ortsvereins Oettingen, der in den fünfziger Jahren phasenweise weit über 100 Mitglieder gezählt hatte.²¹⁵ Bei der Durchsicht der Protokollbücher gewinnt man den Eindruck, die Genossen hätten sich mehr oder weniger kampfflos in ihr Schicksal gefügt. Konzertierte Aktionen zur Mitgliederwerbung gab es nicht, und bezeichnenderweise war der spürbare Mitgliederanstieg im Jahr 1970 auf die Initiative eines einzelnen Genossen, Karl Albrechts, zurückzuführen, der eine Reihe jüngerer Leute für die SPD gewinnen konnte.²¹⁶ Die Reaktion des Ortsvereins auf die Austrittswellen im Zuge der Beitragserhöhungen beschränkten sich dagegen auf harsche Vorwürfe an die Adresse der Ausgetretenen. „Es geht nicht an“, polterte der Vorsitzende Edmund Stowasser, „da[ß] sie nur Mitgl[ied] sind[,] bis sie seine [sic!] persönlichen Interessen in Ordnung gebracht haben und dann nicht mehr kommen, sogar über uns schimpfen im Ort.“²¹⁷ Und einige Jahre später sprach sich der gesamte Vorstand trotzig dafür aus, „lieber etwas weniger, aber Standhafte“ in den eigenen Reihen zu wissen.²¹⁸ Anstatt alles zu versuchen, die Ausgetretenen wiederzugewinnen oder ihren Verlust durch die Werbung neuer Mitglieder wettzumachen, kritisierte man die angeblich mangelnde Opferbereitschaft der Ex-Genossen und zog sich gewissermaßen in das Schneckenhaus der Selbstgerechtigkeit zurück – eine Haltung, die kaum geeignet gewesen sein dürfte, um der Partei neue Schichten als Wähler und Mitglieder zu erschließen.

Und genau daran haperte es allem Anschein nach. Zwar sind keine Daten überliefert, die über die Sozialstruktur der Mitglieder Auskunft geben, doch deutet manches darauf hin, daß es der SPD nach wie vor nicht gelang, jene Bevölkerungskreise anzusprechen, die auf dem Land besonderes Ansehen genossen, vor allem also Selbständige sowie in zunehmendem Maße auch Beamte und leitende Angestellte.²¹⁹ Daher sahen sich die Sozialdemokraten in Oettingen vor Kommunalwahlen immer wieder gezwungen, angesehene Persönlichkeiten, die kein Parteibuch besaßen, für die Kandidatur auf ihrer Liste zu gewinnen, was jedoch in den meisten Fällen mißlang.²²⁰ Den Schaden trug in jedem Fall die Partei davon, der auf diese Weise wichtige gesellschaftliche Gruppen mit hohem Sozialprestige verschlossen blieben. Wurde die SPD also, was ihre Mitglieder betrifft, wirklich zur Volkspartei? Wer die Entwicklung in ländlichen Regionen betrachtet, muß ein dickes Fragezeichen hinter diese These setzen. Die SPD blieb vielmehr eine Partei der größeren Städte. Wenn sie auf dem Land überhaupt zulegen konnte, dann fielen ihre Zuwächse recht bescheiden aus – nicht selten verlor sie sogar Mitglieder, während sie zur gleichen Zeit in der Wählergunst stieg. Bei der CSU war eine sol-

²¹⁵ Mündliche Auskunft von Helmut Stowasser vom 24. 11. 2000.

²¹⁶ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 17. 10. 1970, und Protokoll der Jahresversammlung am 18. 2. 1971 (Kopien im Besitz des Verfassers).

²¹⁷ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Jahresversammlung am 6. 1. 1967 (Kopie im Besitz des Verfassers).

²¹⁸ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Vorstandssitzung am 22. 3. 1971 (Kopie im Besitz des Verfassers).

²¹⁹ Mündliche Auskunft Helmut Stowassers vom 24. 11. 2000.

²²⁰ Beispielsweise Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Vorstandssitzung am 19. 9. 1971 (Kopie im Besitz des Verfassers).

che Gleichzeitigkeit ungleicher Prozesse nicht zu beobachten: Ihre Wahlerfolge fanden auch auf dem Land eine Entsprechung in einer immer breiteren organisatorischen Verankerung, die sich an der wachsenden Zahl von Ortsverbänden und Mitgliedern ablesen läßt.

2. Die neuen Herrscher Bayerns: Die CSU in den sechziger Jahren

a) Die „bayerische Staats- und Mehrheitspartei“²²¹: Die Wahlergebnisse der CSU in den langen sechziger Jahren

Im Gegensatz zur SPD setzte die CSU in den sechziger Jahren ihren Kurs in Richtung einer Partei aller Schichten und Wählergruppen, den sie seit Mitte der fünfziger Jahre eingeschlagen hatte, unbeirrt fort. Wie Tabelle 11 zeigt, gewann die bayerische Unionspartei bis 1966 von Wahl zu Wahl bescheiden aber stetig hinzu. 1969 wurde dieser Trend kurz unterbrochen – gegenüber der Bundestagswahl von 1965 verzeichnete die CSU ein Minus von 1,2 Prozentpunkten –, um ab 1970 umso stärker wirksam zu werden: Mit 56,4 Prozent errang die CSU nun erstmals seit 1946 wieder die absolute Mehrheit der Stimmen in einer Landtagswahl. Am Ende des Untersuchungszeitraums war die CSU zur unumschränkten Staats- und Hegemonialpartei aufgestiegen, die beinahe zwei Drittel aller bayerischen Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte.

Alf Mintzel interpretierte den Weg der CSU „zu einer gesamt-bayerischen, interkonfessionellen Massenpartei volksparteilichen Charakters“ als mehrstufigen

Tabelle 11: Ergebnisse der CSU in den Bundestags- und Landtagswahlen 1961–1974

	1961	1962	1965	1966	1969	1970	1972	1974
Landsberg	61,5	49,1	66,3	52,3	61,5	64,0		
Wasserburg	69,2	53,2	72,4	55,9	68,1	69,5		
Bogen	76,2	65,4	77,9	63,2	72,6	75,7		
Beilngries	78,9	76,0	79,5	76,4	78,2	82,2		
Neumarkt	78,8	74,3	78,0	74,6	74,7	77,5		
Roding	75,7	74,9	75,4	74,9	74,1	81,0		
Feuchtwangen	74,6	69,4	73,8	70,2	70,9	72,0		
Rothenburg	63,3	56,9	71,7	65,2	69,1	66,2		
Königshofen	67,3	54,2	71,2	65,3	70,0	72,3		
Neuburg	73,2	62,5	75,9	67,7	73,4	76,2		
Nördlingen	65,4	58,5	69,8	66,9	69,8	74,7		
Bayern	54,9	47,5	55,6	48,1	54,4	56,4	55,1	62,1

Quellen: BSB 224, S. 60–97, BSB 237, S. 86–107, BSB 272 a, S. 14–262, SJB 29 (1969), S. 110–117, BSB 291 a, S. 34–210, BSB 309 a, S. 8–18, und Ritter/Niehus, Wahlen in Deutschland, S. 121 und S. 174.

²²¹ Mintzel, Bayern und die CSU, S. 251.

Prozeß:²²² Noch in den fünfziger Jahren habe die CSU „*nicht als interkonfessionelle Union, sondern als katholische Integrationspartei* [...] *eine solide*, wenngleich nicht die absolute *Mehrheit*“ gewonnen. In den sechziger Jahren sei es ihr gelungen, den größten Teil des Wählerpotentials der Flüchtlingsparteien zu absorbieren und damit an die 50-Prozent-Marke heranzukommen. Doch erst in den frühen siebziger Jahren habe die CSU, so Mintzel, die fränkisch-protestantische Traditionszone, zuvor eine Hochburg von FDP und SPD²²³, erobert und sei damit tatsächlich „eine *gesamtbayerische Partei*“ geworden.

Aus der Vogelperspektive spricht vieles für diese Sichtweise. Richtet man den Fokus jedoch auf die ländlichen Regionen, ergeben sich einige Modifikationen, wenngleich sich der allgemeine Trend – bescheidene Gewinne der Union bis 1966, 1969 leichte Verluste gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl und durchschlagende Erfolge 1970 – auch hier niederschlug. Allerdings war es der CSU auf dem Land, erstens, schon in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren gelungen, zur alles beherrschenden politischen Kraft aufzusteigen, die fast überall über eine komfortable absolute Mehrheit verfügte. In den elf untersuchten Landkreisen konnte sie nicht nur das einmal erreichte hohe Niveau halten, sondern ihre Bastionen sogar noch deutlich ausbauen. Zweitens vermochte sich die CSU bereits lange vor der Wahl von 1970 auch in den ländlich-protestantischen Teilen Westmittelfrankens durchzusetzen, wie die Resultate in den Landkreisen Feuchtwangen und Rothenburg ob der Tauber belegen²²⁴, also ebenfalls deutlich früher als von Mintzel angenommen.

Das zeigte sich auch im Landkreis Nördlingen, wo die Katholiken 1961 mit 50,7 Prozent der Bevölkerung eine knappe Mehrheit gegenüber den Protestanten (48,5 Prozent) bildeten. Hier gewann die CSU im Lauf der sechziger Jahre nicht nur kontinuierlich an Stimmen, sie vergrößerte von Wahl zu Wahl auch die Zahl der Gemeinden, in denen sie überdurchschnittlich gut abschnitt, während gleichzeitig die Kommunen, in denen die Partei unter ihrem Durchschnittsergebnis blieb, stetig abnahmen. Am Anfang des Jahrzehnts hing das Abschneiden der CSU immer noch nicht unwesentlich von der Konfessionsstruktur ab. Bei der Landtagswahl von 1962, in der sie im Ries 58,5 Prozent der Stimmen erhielt, gelang es der CSU in neun von 74 Gemeinden nicht, sich als stärkste Partei durchzusetzen, in 22 Kommunen blieb sie unter 50 Prozent. Von der Stadt Oettingen abgesehen, zeichneten sich diese Gemeinden durch eine eindeutige evangelische Bevölkerungsmehrheit aus, die vielfach der FDP den Vorzug gab. In der Gemeinde Großelfingen etwa, in der sich 370 der 451 Einwohner zum Protestantismus bekannten, erhielten die Liberalen 40,5 Prozent der Stimmen, die CSU landete mit 32,5 Prozent deutlich abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Die Hochburgen der CSU im Ries waren katholisch geprägt. In 16 Gemeinden kam die Union

²²² Mintzel, *Geschichte der CSU*, S. 441. Die folgenden Zitate finden sich auf S. 427 und S. 429 (Hervorhebungen im Original).

²²³ Mintzel, *Bayern und die CSU*, S. 220.

²²⁴ Die Bevölkerung des Landkreises Feuchtwangen bestand 1961 zu 53,6 Prozent aus Protestanten, 45,8 Prozent waren Katholiken. Im Landkreis Rothenburg ob der Tauber bekannten sich 86,1 Prozent der Bevölkerung zum evangelischen und 13,1 Prozent zum römisch-katholischen Bekenntnis. *SJbB* 29 (1969), S. 394. Die folgenden Angaben zur Konfessionsstruktur des Landkreises Nördlingen ebenda, S. 396.

auf mehr als 80 Prozent, in sechs erhielt sie sogar über 90 Prozent. Am besten schnitt sie in Seglohe ab, einer kleinen Landgemeinde von 133 Seelen, in der die Katholiken 95 Prozent der Bevölkerung stellten – hier machten alle Wähler ihr Kreuz bei der CSU!²²⁵

Bereits vier Jahre später hatte der Faktor Konfession bereits viel von seiner Bedeutung eingebüßt. Die CSU verbesserte sich im Ries auf 66,9 Prozent, wobei sie nur noch in sechs Gemeinden unter der absoluten Mehrheit blieb und nur in Ederheim und Enkingen, zwei Arbeiterdörfern, die traditionell zu den Hochburgen der SPD zählten, nicht stärkste Partei wurde. Zwar zeichneten sich diese Gemeinden, von Oettingen abgesehen, durch eine deutliche evangelische Bevölkerungsmehrheit aus, doch gelang es der CSU 1966, sich in vielen protestantischen Kommunen zu verbessern. In der Gemeinde Forheim, deren Bevölkerung zu 97 Prozent evangelisch war, kam die Union auf 81,8 Prozent, in Wörnitzostheim, wo die Protestanten 92 Prozent der Bevölkerung stellten, entfielen 89,2 Prozent der Stimmen auf die CSU, und auch in Großelfingen erhielt die Union respektable 59,8 Prozent.²²⁶ Schon Mitte der sechziger Jahre waren also die konfessionellen Unterschiede wenn nicht völlig verschwunden, so doch weitgehend eingeebnet. In der Landtagswahl von 1970, als sich die CSU im Ries auf 74,7 Prozent hochschrauben konnte, spielte die Konfession im Grunde keine Rolle mehr für den Wahlausgang. Die CSU avancierte in allen 74 Gemeinden des Landkreises zur stärksten Partei und blieb nur in der Gemeinde Baldingen unter 50 Prozent. In 38 Kommunen erhielt sie über 80 Prozent, in 14 Gemeinden sogar über 90 Prozent der Stimmen – in den protestantischen Dörfern Nittingen (90,2 Prozent) und Wörnitzostheim (93,9 Prozent) ebenso wie in den katholischen Weilern Belzheim (94,7 Prozent) und Birkhausen (97,1 Prozent).²²⁷

Im Zuge dieses Homogenisierungsprozesses gelang es der CSU, ihre Vormachtstellung immer stärker auch auf die kommunale Ebene auszudehnen und ihre Hochburgen auf dem Land zu arrondieren. Im Ries hatte die bayerische Unionspartei schon seit 1946 den Kreistag dominiert, und in den sechziger Jahren konnte sie ihre Position sogar noch ausbauen.²²⁸ Dabei gelang es ihr, der SPD wichtige Positionen im Landkreis und in den Städten des Rieses abzujagen. Als 1964 Johannes Weinberger, der sozialdemokratische Oberbürgermeister der Stadt Nördlingen, aus gesundheitlichen Gründen auf eine neuerliche Kandidatur verzichtete,

²²⁵ SJbB 28 (1964), S. 102. Die Ergebnisse der Landtagswahl 1962 in den Kommunen des Landkreises Nördlingen nach BSB 237, S. 139* f., die Konfessionsstruktur nach BSB 231 b, S. 550f. und S. 554f.

²²⁶ Diese Angaben nach SJbB 29 (1969), S. 117, und BSB 231 b, S. 550–555, sowie BSB 27 a, S. 374–377.

²²⁷ Die Bevölkerungsstruktur, Stand 1970, nach BSB 304 a, S. 356–366, die Wahlergebnisse nach BSB 309 a, S. 18 und S. 356–360.

²²⁸ 1946 stellte die CSU im Landkreis Nördlingen 31 von 45 Kreisräten (Amtsblatt für den Landkreis Nördlingen Nr. 32 vom 4. 5. 1946, S. 1), 1948 immerhin noch 19 von 45 (Amtsblatt für den Landkreis Nördlingen Nr. 19 vom 15. 5. 1948). 1952 eroberte die „Rieser Wählergemeinschaft“, zu der sich die CSU mit der Uda, der FDP, der BP und einer Wählergruppe zusammengeschlossen hatte, 23 von 42 Mandaten (Amtsblatt des Landrats und der Stadtverwaltung Nördlingen Nr. 17 vom 26. 4. 1952). 1956 erhielt die CSU 22 von 37 Sitzen (Amtsblatt für das Landratsamt und die Stadtverwaltung Nördlingen Nr. 14 vom 7. 4. 1956), 1960 waren es 21 von 36 (Amtsblatt für das Landratsamt und die Stadtverwaltung Nördlingen Nr. 16 vom 14. 4. 1960), und 1966 waren es 22 von 34 (Amtsblatt für den Landkreis und die Stadt Nördlingen Nr. 13 vom 1. 4. 1966).

schlug die Stunde Hermann Keßlers, der 1958 noch keine Chance gegen den populären Amtsinhaber gehabt und nur 39,3 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Nun setzte er sich mit über 60 Prozent der Stimmen klar gegen den Sozialdemokraten Rudolf Koegel durch.²²⁹ Im selben Jahr konnte sie den amtierenden Landrat Gerhard Müller, der ursprünglich von der SPD nominiert worden war, zu einer Kandidatur für die Überparteiliche Wählergemeinschaft – einem Zusammenschluß aus CSU und Freien Wählern – bewegen. Mit dem Amtsbonus in der Tasche, erzielte Müller mit 67,5 Prozent der Stimmen einen ungefährdeten Wahlerfolg.²³⁰ Bei der Landratswahl von 1970, der letzten im alten Landkreis Nördlingen, kam es zu einem Generationswechsel: Der von der CSU vorgeschlagene Oberregierungsrat Dr. Eberhard Schmidt, 1937 in Potsdam geboren, setzte sich mit 10688 Stimmen deutlich gegen Regierungsrat Hartmut Gärtner (Jahrgang 1936) durch, der nur 6255 Stimmen erhielt, obwohl er von den Freien Wählern, SPD, FDP und BHE ins Rennen geschickt worden war, die sich zur „Rieser Wählergemeinschaft“ zusammengeschlossen hatten.²³¹ 1970 konnte die CSU auch die letzte Bastion der SPD im Ries schleifen: Nachdem Bürgermeister Karl Gießbeck, der die Amtskette der Stadt Oettingen seit 1959 getragen hatte, sein Amt aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig niederlegen mußte, fiel im Herbst des Jahres auch das Oettinger Rathaus an die „Schwarzen“.²³² Am Vorabend der Gebietsreform befand sich der Landkreis Nördlingen damit, wie so viele andere auch, fest in der Hand der CSU.

Im Großen wie im Kleinen verloren die primär historisch-politisch und konfessionell bestimmten Traditionszonen im Zuge des sozioökonomischen Strukturwandels offenbar schneller an Bedeutung für die Wahlentscheidung der Bevölkerung als die Wirtschaftsstruktur.²³³ Die „Landnahme“ der CSU hatte in den agrarisch geprägten Regionen aller Traditionszonen begonnen und war bereits in den frühen sechziger Jahren von Erfolg gekrönt. Zwar konnte die Partei in ihren ländlichen Hochburgen auch weiterhin beträchtliche Stimmengewinne verbuchen, den Durchbruch zur gesamt-bayerischen Hegemonialpartei schaffte sie in den frühen siebziger Jahren jedoch in erster Linie, indem sie nun auch die von Industrie- und Dienstleistungssektor geprägten Großstädte eroberte. Nirgends zeigte sich dies so deutlich wie in der Landeshauptstadt: In München, einer traditionellen

²²⁹ Vgl. dazu ausführlich Hänger, Vom Arbeiterverein zur Volkspartei, S. 71–74. „Der Wahlausgang von Nördlingen ist eine betrübliche Sache. 16 Jahre hatten wir dort den Oberbürgermeister“, kommentierte Franz Marx, der Vorsitzende des SPD-Bezirks Südbayern, den Wahlausgang von 1964 und analysierte: „Schuld an der Niederlage waren folgende Begleitumstände: Weinberger hat während seiner Tätigkeit nie versucht, einen Nachfolger aufzubauen. Koegel wurde zu spät nominiert, außerdem war er nicht der geeignete Mann. Die Genossen ließen sich in der Wahlkampf-führung vom Bezirk nichts sagen.“ AdSD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 20. 3. 1964 in München.

²³⁰ RN vom 9. 3. 1964 („Die Sieger der Wahl: Dr. Hermann Keßler und Gerhard Müller“).

²³¹ LRA Donau-Ries, Registratur 015/1 Nö, LRA Nördlingen an das Bayerische Statistische Landesamt vom 2. 12. 1971.

²³² Zu den Hintergründen ausführlich Protokollbuch des SPD-Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Vorstandssitzung am 7. 7. 1970, Protokoll der Mitgliederversammlung am 15. 8. 1970, Protokoll der Mitgliederversammlung am 21. 8. 1970, und Protokoll der Mitgliederversammlung am 17. 10. 1970 (Kopien im Besitz des Verfassers).

²³³ Zum Bedeutungsverlust der bayerischen Traditionszonen Koch, Parteien in der Region, S. 272.

Hochburg der SPD, legte die CSU 1974 um fast zehn Prozentpunkte zu und sicherte sich damit alle elf Direktmandate für den bayerischen Landtag.²³⁴

*b) Die „Massen- und Apparat-Partei modernen Typs“:²³⁵
Organisation, Mitglieder und Finanzen*

Daß die CSU ihre ohnehin guten Resultate in den ländlichen Regionen in den sechziger Jahren noch deutlich verbessern konnte, lag unter anderem am zielstrebig vorangetriebenen Ausbau des Parteiapparats.²³⁶ Obwohl die Unterlagen der Kreisverbände Wasserburg am Inn und Nördlingen in den sechziger Jahren nur noch bruchstückhaft überliefert sind, enthalten sie doch Hinweise darauf, daß es der CSU seinerzeit gelang, das Land wie keine andere politische Kraft zuvor zu durchdringen. Bayern entwickelte sich auch in organisatorischer Hinsicht zum „CSU-Staat“.

Die organisatorische Durchdringung des Landes

Die Bemühungen der Funktionäre zielten nicht zuletzt auf eine bessere Verankerung der Partei vor Ort. Mitte der sechziger Jahre bestanden in etwa 43 Prozent der über 7000 bayerischen Gemeinden Ortsverbände der CSU, wobei Mintzel betont, „daß die CSU unter dem Gesichtspunkt ihrer lokalen und regionalen organisatorischen Verankerung (Präsenz eines Ortsverbandes in einer politischen Gemeinde) eine Partei des ehemals gegenreformatorischen, also römisch-katholisch gewesenen Bayern war.“²³⁷ Das habe sich, so Mintzel weiter, erst in den siebziger Jahren geändert, als sich im Zuge der kommunalen Gebietsreform die Zahl der politischen Gemeinden auf knapp über 2000 verringerte, und sich die CSU parallel dazu bemühte, die noch bestehenden weißen Flecken ihrer Organisation durch zahlreiche Neugründungen von Ortsverbänden von der Landkarte zu tilgen. Mit Erfolg: Mitte der siebziger Jahre existierte schließlich in jeder Verwaltungseinheit des Freistaats eine Gliederung der CSU.

Ähnlich entwickelte sich die organisatorische Durchdringung im Kreisverband Wasserburg, der im August 1963 21 Ortsverbände zählte.²³⁸ Im Frühjahr 1964 versuchten Neuburger und seine Mitstreiter, die Organisation zu beleben. Dazu schrieben sie die Mitglieder in denjenigen Gemeinden an, in denen entweder noch keine Gliederung der CSU existierte oder in denen sie bis dahin sehr schwach geblieben war, und forderten zur Intensivierung der Parteiarbeit auf.²³⁹ Der Erfolg konnte sich sehen lassen: Schon Anfang 1965 konnte sich die Kreisvorstandschafft

²³⁴ SZ vom 28. 10. 1974 („Erstmals eine CSU-Mehrheit in München“), und Mintzel, Geschichte der CSU, S. 439, und Tabelle 25 auf S. 425, sowie Lösche/Walter, SPD, S. 341.

²³⁵ Alf Mintzel prägte diesen Begriff und schlug vor, ihn als Alternative zur „Volkspartei“ zu verwenden. Ausführlich zu dem Begriff Mintzel, Anatomie einer konservativen Partei, S. 67 ff.

²³⁶ Den Zusammenhang von Organisationsgrad und Wahlerfolg hat Koch, Parteien in der Region, empirisch überzeugend nachgewiesen.

²³⁷ Mintzel, Bayern und die CSU, S. 224. Zur Entwicklung der lokalen Verankerung der CSU in den sechziger und frühen siebziger Jahren vgl. im folgenden ebenda, S. 223–230, und ausführlich mit zahlreichen weiteren Details Mintzel, CSU in Bayern, S. 360–374.

²³⁸ ACSP, KV Wasserburg 7, Aufstellung über die Ortsverbandsneuwahlen im Bezirksverband Oberbayern, Stand 27. 8. 1963.

²³⁹ ACSP, KV Wasserburg 7, Rundbrief Karl Neuburgers vom 8. 5. 1964.

über vier neue Ortsverbände freuen, und bis Ende 1967 kamen zwei weitere Gliederungen hinzu.²⁴⁰ In den übrigen zunächst 37, später 35 Gemeinden des Landkreises gab es zwar keine Ortsverbände, die CSU konnte aber im Bedarfsfall – wenn es beispielsweise galt, eine Wahlveranstaltung vorzubereiten oder Material zu verteilen – auf bewährte Vertrauensmänner zurückgreifen. Im Gegensatz zur SPD, die auf die regionalen Zentren im ländlichen Raum beschränkt blieb, war die CSU also schon Mitte der sechziger Jahre in der Fläche des Landes präsent.

Als Willy Brandt und Walter Scheel nach der Bundestagswahl von 1969 die sozialliberale Koalition bildeten, stachelte dies die CSU zusätzlich an, ihre Organisationsarbeit zu intensivieren. In erster Linie versuchte man, die skeptische Haltung der Landbevölkerung gegenüber der neuen Bundesregierung zur Gründung neuer Ortsverbände zu nutzen. So hieß es in einem Rundschreiben des Kreisverbands Wasserburg an die „Mitglieder und Freunde der Christlich-Sozialen Union“:

„Im vergangenen Herbst haben sich SPD und FDP nach der von der CSU/CDU [sic!] siegreich bestanden Bundestagswahl gegen die stärkste Fraktion vereinigt. Breite Schichten unseres Volkes verfolgen seither die Politik der Mini-Koalition mit wachsendem Mißfallen und mit steter Sorge um Deutschland. Dies hat der CSU viel Sympathien und Freunde zugeführt.“²⁴¹

Einfluß auf die Politik, so hieß es weiter, lasse sich jedoch nur über die Mitgliedschaft in einer Partei gewinnen, und daher wolle man die CSU nun auch in Gemeinden aktivieren, in denen bislang noch kein Ortsverband bestand. Zu diesem Zweck lud Neuburger alle Interessenten zu Gründungsversammlungen ein, auf denen Josef Bauer, der frischgebackene Landrat von Wasserburg²⁴², das Hauptreferat hielt. Auch diesmal blieb der Erfolg nicht aus: Noch 1970 entstanden in den Gemeinden Amerang, Edling, Kircheiselfing, Pfaffing, Reichertsheim und Soyen neue Ortsverbände der CSU.²⁴³ Am Vorabend der Gebietsreform war die CSU damit in über der Hälfte der Kommunen im Landkreis Wasserburg organisatorisch fest verankert.

Vom Honoratiorenzirkel zur Mitgliederpartei

Parallel zum Ausbau des Parteiapparats erlebte die CSU einen enormen Mitgliederzustrom, der ihren Charakter völlig veränderte: Aus dem losen Honoratiorenzirkel der fünfziger Jahre wurde eine straff organisierte Mitgliederpartei. 1961 zählte die CSU in Bayern 58 327 Mitglieder. In den Jahren 1964 (70 403 Mitglieder) und 1966 (85 548 Mitglieder) verzeichnete die bayerische Unionspartei regel-

²⁴⁰ ACSP, KV Wasserburg 7, Jahresbericht des KV Wasserburg über Mitglieder, Organisation und Versammlungstätigkeit für das Jahr 1965, und ACSP, KV Wasserburg 10, Jahresbericht 1966 des KV Wasserburg über Mitglieder, Organisation und Versammlungstätigkeit vom 10. 3. 1967.

²⁴¹ ACSP, KV Wasserburg 8, Rundschreiben des KV Wasserburg an die Mitglieder und Freunde der CSU vom 10. 6. 1970. Das Folgende nach ebenda.

²⁴² Josef Bauer hatte 1969 nicht wieder für den Bundestag kandidiert. Im März 1970 wurde er von der Bevölkerung mit 57,1 Prozent der Stimmen bereits im ersten Wahlgang zum Landrat und damit zum Nachfolger Heinrich Stulbergers gewählt, der aus Altersgründen nicht mehr kandidieren konnte. WZ vom 10. 3. 1970 („Die Entscheidung fiel im ersten Wahlgang“).

²⁴³ Diese Angaben nach ACSP, KV Wasserburg, Wahlprotokolle, Protokolle der Mitgliederversammlungen der Ortsverbände Amerang, Edling, Kircheiselfing, Pfaffing, Reichertsheim und Soyen.

rechte Beitrittsschübe, denen ab 1967 eine rückläufige Phase folgte: 1967 besaßen noch 80 904 Personen einen Mitgliedsausweis der CSU, 1968 schrumpfte die Zahl auf 73 625, und 1969 waren es schließlich nur noch 70 216 – damit fiel die Partei am Ende des Jahrzehnts auf den Stand von 1964 zurück. Mit dem Regierungswechsel in Bonn setzte eine abermalige Trendwende ein, die der CSU einen Boom ungeahnten Ausmaßes bescherte: Nachdem sich die Zahl der Mitglieder 1970 wieder auf 75 001 vergrößert hatte, riß man den Geschäftsstellen 1972 die Aufnahmeanträge förmlich aus der Hand, und am Ende des Jahres zählte die Partei stolze 106 951 zahlende Mitglieder. 1974 schließlich besaßen 122 872 Personen die Mitgliedskarte der CSU.²⁴⁴

Dieser Run blieb natürlich für die soziale Zusammensetzung der Partei nicht folgenlos. Noch Mitte der sechziger Jahre war die CSU „die ‚Bauernpartei‘ Bayerns“ gewesen²⁴⁵, die neben den Landwirten auch selbständige Handwerker, Kleinhändler und die bayerische Beamtschaft zu ihren Stützen gezählt hatte, wogegen Arbeiter und Angestellte gemessen an ihrer gesellschaftlichen Bedeutung deutlich unterrepräsentiert waren. Wenngleich der Charakter der CSU als „Partei des katholischen Besitzmittelstandes“ erhalten blieb, vergrößerte sich im Zuge des Zustroms neuer Mitglieder bis Mitte der siebziger Jahre der Anteil der Arbeiterschaft deutlich, wobei vor allem Arbeiterbauern den Weg zur CSU fanden. Parallel zu dieser Veränderung der Sozialstruktur fand ein Generationswechsel innerhalb der Partei statt, der zu einer deutlichen Verjüngung der Mitglieder wie auch der Funktionäre führte.

Die mehr als lückenhaften Daten, die zur Mitgliedschaft der CSU in den Kreisverbänden der ausgewählten Regionen vorliegen, lassen eine Überprüfung der mittlerweile in die Jahre gekommenen Ergebnisse Alf Mintzels nicht zu, sie ermöglichen lediglich die eine oder andere Ergänzung. Was die Entwicklung der Mitgliederzahl betrifft, folgte die Entwicklung im Kreisverband Wasserburg ziemlich genau dem allgemeinen Trend. Im April 1963 besaßen 660 Wasserburger eine Mitgliedskarte der CSU, im September 1964 waren es 697, und bis Anfang 1965 stieg die Zahl auf 736 an. Auch 1965 erwies sich als gutes Jahr für die Wasserburger Union, die ihren Mitgliederstand auf 796 vergrößern konnte. 1966 verlangsamte sich das Wachstum, und im April 1967 wurde mit 837 Mitgliedern der absolute Höchststand erreicht. Danach begann ein Einbruch, dessen Talsohle im November 1968 erreicht wurde, als der Kreisverband nur noch 614 Mitglieder zählte. Von nun an ging es wieder langsam aufwärts, und Ende Februar 1970 waren an den Ufern des Inn wieder 760 Mitglieder eingeschrieben.²⁴⁶

²⁴⁴ Alle Zahlen nach Gnad, Christlich-Soziale Union in Bayern. Teilweise abweichende Angaben bei Mintzel, Geschichte der CSU, Tabelle 10, S. 131 f.

²⁴⁵ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 127 (Hervorhebung im Original). Das Folgende nach ebenda, S. 127–132. Das folgende Zitat ebenda, S. 129.

²⁴⁶ Diese Angaben nach ACSP, KV Wasserburg 7, Protokoll über die Kreisversammlung am 6. 4. 1963, und ebenda, Aufstellung des BV Oberbayern „Mitgliederzahlen, Stand: 1. 9. 1964“ vom 10. 9. 1964, sowie ebenda, Jahresbericht des KV Wasserburg über Mitglieder, Organisation und Versammlungstätigkeit für das Jahr 1965; ACSP, KV Wasserburg 10, Jahresbericht 1966 des KV Wasserburg über Mitglieder, Organisation und Versammlungstätigkeit vom 10. 3. 1967; ACSP, KV Wasserburg, Wahlprotokolle, Protokoll der Kreisversammlung am 28. 4. 1967 in Kircheiselfing vom 17. 5. 1967, und ebenda, Protokoll der Kreisversammlung am 15. 11. 1968 in Wasserburg, sowie ebenda, Protokoll der Kreisversammlung am 21. 2. 1970 in Wasserburg.

Für den Einbruch von 1967 war vor allem das neue Finanzstatut der CSU verantwortlich, das eine saftige Beitragserhöhung mit sich brachte und zu einer Reihe von Austritten führte.²⁴⁷ Den Hintergrund dieser einschneidenden Maßnahme bildete ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Juli 1966, das die bis dahin gängige Praxis der Parteienfinanzierung für verfassungswidrig erklärt hatte. Das brachte die CSU in arge Geldnot, woraus sie ihren Mitgliedern gegenüber kein Geheimnis machte.²⁴⁸ So hieß es in einem Rundschreiben des Ortsvereins Wasserburg vom März 1967, das neue Finanzstatut sei zwingend notwendig, da der Landesverband „nach dem Karlsruher Urteil sehr auf die Beiträge angewiesen [sei], um die Ausgaben zu decken.“²⁴⁹ Doch nicht nur Austritte verringerten die Mitgliederzahl. Da die Kreisverbände nunmehr die Hälfte des Mitgliedsbeitrags an den Bezirksverband weiterleiten mußten, der dabei nicht zwischen tatsächlich zahlenden Parteifreunden und Karteileichen unterschied, überprüften die Kreisverbände umgehend die Mitgliederlisten ihrer Ortsverbände. Das Resultat fiel ernüchternd aus: Der Kreisverband Wasserburg teilte dem Bezirksverband Oberbayern im Februar 1968 mit, daß die im April 1967 gemeldete Zahl von 837 Mitgliedern, auf deren Grundlage man in München die von Wasserburg zu leistende Umlage berechnet hatte, „in keiner Weise dem tatsächlichen Stand“ entspreche.²⁵⁰ Zwar könne man den genauen Mitgliederstand noch nicht nennen, da noch immer nicht alle nötigen Informationen der Ortsverbände eingegangen seien, realistischer sei jedoch eine Größenordnung von etwa 600 Mitgliedern. Mit anderen Worten: Die älteren Mitgliederlisten hatten zu einem knappen Drittel aus Karteileichen bestanden! Umso beachtlicher ist der enorme Zuwachs in den frühen siebziger Jahren.

„Soll es allein Sache des Landesvorsitzenden sein, diese Last zu tragen?“²⁵¹

Obwohl durch das Parteiengesetz vom 24. Juli 1967 eine Neuregelung der staatlichen Parteienfinanzierung gefunden wurde und obwohl diese nicht – wie von der CSU-Führung befürchtet – festsetzte, daß die Parteien über die Hälfte ihrer Ausgaben aus Eigenmitteln decken mußten²⁵², hielt die CSU eisern an dem neuen

²⁴⁷ Eine Ausgabe des Finanzstatuts, die den Stand vom 1. 8. 1968 wiedergibt, findet sich in ACSP, KV Wasserburg 10. Auch die CSU staffelte die Mitgliederbeiträge nun nach dem Einkommen: Unter 300 DM betrug der Beitrag monatlich 1,- DM, bis 600 DM waren DM 2,- zu entrichten, bis 1000 DM 3,- DM usw. Unterlagen des OV Haag, Mappe „Ab 1. 1. 1967“, Merkblatt für die Einhebung der Mitgliederbeiträge (§ 4) und der Abgaben der Mandatsträger (§ 6) nach dem neuen Finanzstatut vom 1. 1. 1967, undatiert (Anfang April 1967; Kopie im Besitz des Verfassers). Zu den Parteaustritten beispielsweise ebenda, Franz Reithmayr an Fritz Gruber vom 8. 4. 1967 (Kopie im Besitz des Verfassers).

²⁴⁸ Vgl. Mintzel, Geschichte der CSU, S. 145 ff., und Unterlagen des OV Haag, Mappe „Ab 1. 1. 1967“, Rundschreiben Bernhard Lechners „Ein Wort zur Erhöhung des Mitgliederbeitrages“, undatiert (April 1967; Kopie im Besitz des Verfassers).

²⁴⁹ ACSP, KV Wasserburg 10, Rundschreiben Karl Kapfhammers vom 31. 3. 1967. Dazu auch Unterlagen des OV Haag, Mappe „Ab 1. 1. 1967“, Rundschreiben Bernhard Lechners „Ein Wort zur Erhöhung des Mitgliederbeitrages“, undatiert (April 1967; Kopie im Besitz des Verfassers).

²⁵⁰ ACSP, KV Wasserburg 11, Karl Neuburger an Bezirksschatzmeister Josef März vom 9. 2. 1968. Das Folgende ebenda.

²⁵¹ Unterlagen des OV Haag, Mappe „Ab 1. 1. 1967“, Rundschreiben Bernhard Lechners „Ein Wort zur Erhöhung des Mitgliederbeitrages“, undatiert (April 1967; Kopie im Besitz des Verfassers).

²⁵² Mintzel, Geschichte der CSU, S. 147.

Finanzstatut fest. Und sie tat dies, obwohl die Beitragserhöhung gerade im ländlichen Raum auf große Schwierigkeiten stieß. So klagte beispielsweise der Ortsverband Ramerberg-Farrach, eine ganze Reihe seiner Mitglieder könnten den geforderten Monatsbeitrag von 2,- DM nicht aufbringen, für Austragsbauern etwa sei diese Summe völlig unzumutbar.²⁵³ Ähnliche Probleme gab es auch im Kreisverband Neuburg an der Donau, der eine Beitragssenkung für einen Teil der Mitgliedschaft forderte. Zur Begründung hieß es, der Landkreis sei Bundesausbaugebiet, also von Haus aus arm. Dazu komme, daß „der überwiegende Teil unserer Mitglieder aus der Landwirtschaft stammt und noch dazu aus dem Donaumoos, wo die Einkommenssituation zur Zeit besonders schlecht ist.“ Bei den momentanen Kartoffelpreisen verdiene ein Bauer nicht einmal 300 DM im Monat. Daher müsse man reagieren, „um zu verhindern, daß langjährige Mitglieder aus finanziellen Gründen ihren Austritt erklären müßten.“²⁵⁴

Diejenigen, denen die Umsetzung des Finanzstatuts oblag, waren nicht zu befehlen. Als Werner H. Golder im März 1967 sein Amt als Kassier im Kreisverband Wasserburg antrat, wußte er wahrscheinlich nicht, was ihm in den nächsten Jahren bevorstand. Um mit dem Bezirksverband abrechnen zu können, mußte sich Golder einen genauen Überblick über den Mitgliederstand verschaffen und die Ortsverbände zur Weiterleitung der Mitgliederbeiträge an den Kreisverband bewegen. Beides erwies sich als ungemein schwierig. Zwar verhielten sich eine Reihe von Ortsverbänden sehr kooperativ, so daß es Golder gelang, den Kontostand des Kreisverbands, der bei seinem Amtsantritt 729,99 DM betragen hatte, bis Ende 1967 auf fast 11 000 DM zu heben.²⁵⁵ Diesem ansehnlichen Betrag standen jedoch Schulden beim Bezirksverband in beinahe gleicher Höhe gegenüber, die nicht beglichen werden konnten, solange der Kreisverband auf einem Berg von Außenständen sitzen blieb. Nicht wenige Ortsverbände ignorierten nämlich die Rundschreiben des Kreiskassiers, was teilweise an der Überlastung mancher Feierabendfunktionäre lag²⁵⁶, in manchen Fällen aber auch eine Form von passivem Widerstand gegen die übergeordneten Parteigliederungen darstellte. Erst als Golder den renitenten Ortsverbänden in seinem neunten Rundschreiben mit einer gnadenlosen Exekution der CSU-Satzung drohte, derzufolge Gliederungen, die keine Beiträge abführten, ihr Stimmrecht auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene verloren²⁵⁷, gaben nach über eineinhalb Jahren des Boykotts auch die letzten ihre starrköpfige Haltung auf.

Die Erhöhung der Mitgliederbeiträge traf den Anhang der CSU härter als die SPD-Mitglieder – nicht weil die Sozialdemokraten reicher gewesen wären, aber sie waren es gewohnt, für ihre Partei materielle Opfer zu bringen. Trotzdem beharrte die CSU auf der Umsetzung des unpopulären Finanzstatuts²⁵⁸ und ließ sich auch

²⁵³ ACSP, KV Wasserburg 11, Ortsverein Ramerberg-Farrach an den Kreiskassier Werner H. Golder vom 21. 7. 1967.

²⁵⁴ ACSP, BV Schwaben 55, KV Neuburg/Donau an den BV Schwaben vom 21. 11. 1968.

²⁵⁵ ACSP, KV Wasserburg 10, Werner H. Golder an Hans Köck vom 22. 12. 1967.

²⁵⁶ Beispielsweise ACSP, KV Wasserburg 11, Anton Mayer, Kassier des Ortsverbands Albaching, an Werner Golder vom 20. 7. 1967.

²⁵⁷ ACSP, KV Wasserburg 11, Rundschreiben Werner H. Golders an die CSU-Mitglieder im KV Wasserburg vom 23. 9. 1968.

²⁵⁸ Aus der Fülle von kritischen Zuschriften etwa Unterlagen des OV Haag, Mappe „Ab 1. 1. 1967“,

dadurch nicht beirren, daß die Finanznöte des Landesverbands, die seinerzeit der Auslöser für seine Verabschiedung gewesen waren, sich bald in Wohlgefallen auflösten. Die Mitgliederbeiträge spielten demnach offenbar doch eine größere Rolle für die Finanzierung der CSU, als Mintzel veranschlagte²⁵⁹, wobei man jedoch zwischen den verschiedenen Ebenen der Partei differenzieren muß: Während der Landesverband den Großteil seiner Einkünfte aus Spenden und staatlichen Zuschüssen nach dem Parteiengesetz bezog²⁶⁰, stellten die Mitgliederbeiträge für die Gliederungen der CSU unterhalb der Bezirksebene die Haupteinnahmequelle dar, wenn man von Zuschüssen der Landesleitung und der Bezirksverbände absieht. Die Mitgliederbeiträge verschafften den Kreis- und Ortsverbänden zudem ein gewisses Maß an finanzieller Autonomie gegenüber der Parteizentrale in der Münchner Lazarettstraße.

Was die Beitreibung der Mitgliederbeiträge und die Durchsetzung einschneidender Beitragserhöhungen betrifft, plagten CSU und SPD ganz ähnliche Schwierigkeiten. Ansonsten zeitigte der fortschreitende Bürokratisierungsprozeß, der mit dem Ausbau der Parteiorganisation einherging, bei den beiden Volksparteien sehr unterschiedliche Folgen: Die SPD geriet durch die erheblich gestiegenen Ausgaben für ihren Apparat finanziell immer mehr in die Bredouille. 1970 mußte der Bezirk Südbayern bereits 70 Prozent seines Beitragsaufkommens für die Verwaltung der Unterbezirke aufwenden und drohte, seine Handlungsfähigkeit zu verlieren; den einzigen Ausweg aus dieser Misere erblickte man in der Verringerung der Sekretariate – im Grunde also in der Abrüstung des Apparats.²⁶¹ Ganz anders die CSU: Auch wenn die finanzielle Lage gerade auf den unteren Ebenen der Partei nicht immer rosig war, wurden die Orts- und Kreisverbände durch die Aufforstung der Organisation in ihrer Aktionsfähigkeit erheblich gestärkt.

Neben den deutlich höheren Spendeneinnahmen der CSU dürfte ein weiterer wichtiger Grund für diese gegensätzliche Entwicklung im unterschiedlichen Zentralisierungsgrad der beiden Parteien liegen: Während die SPD-Bezirke sehr darauf bedacht waren, die Kontrolle über die nachgeordneten Gliederungen zu behalten²⁶², genossen die Bundeswahlkreisorganisationen, Kreis- und Ortsverbände der CSU offensichtlich größere Autonomie. Der Vergleich der beiden Volksparteien stellt somit eine These von Peter Lösche und Franz Walter in Frage, die die

Franz Reithmayr an Fritz Gruber vom 8. 4. 1967 (Kopie im Besitz des Verfassers). Reithmayr kritisierte in scharfer Form, daß Schatzmeister Fritz Zimmermann allein für die Entwürfe der Parteizentrale 500 000 DM an einen Architekten zahle, um dann von den Mitgliedern „um 400% höhere Beiträge“ zu fordern.

²⁵⁹ Vgl. dazu und im folgenden Mintzel, *Geschichte der CSU*, S. 143–154.

²⁶⁰ Allerdings waren die Mitgliederbeiträge auch für den Landesverband keineswegs gänzlich zu vernachlässigen, wie die von Mintzel, *Geschichte der CSU*, S. 155 ff., publizierten Zahlen für die Jahre 1968 und 1973/74 belegen.

²⁶¹ Max Allmer schlug dafür die Bildung von „Großraumsekretariaten“ und „Geschäftsstellenregionen“ vor. AdsD, Bezirk Südbayern 110, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 5./6. 12. 1970 auf der Gundl-Alm am Spitzingsee.

²⁶² Mit Ausbau der Unterbezirke bedeutete dies automatisch steigende Verwaltungsausgaben im Bezirkssekretariat. Unmittelbar nachdem der Parteivorstand die Anstellung von Sekretären in allen Unterbezirken durchgesetzt hatte, beantragte Max Allmer die Einstellung einer zusätzlichen Kraft im Bezirkssekretariat, da dessen bürokratischer Aufwand durch die Unterbezirkssekretariate stark zunehme. AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 9. 4. 1965 in München, Stellungnahme Max Allmers.

SPD organisatorisch als „lose verkoppelte Anarchie“ charakterisiert haben. Sie meinten damit, „daß die Partei sich horizontal und vertikal zunehmend fragmentierte, daß innerparteiliche Arbeitsgemeinschaften und Flügel sowie die Gebietsverbände auf den verschiedenen Ebenen immer mehr vergleichsweise selbständigen Elementen ähnelten, sie jedenfalls nicht in eine stromlinienförmig sich zuspitzende Oligarchie einbetoniert waren.“²⁶³ So viel an dieser Sichtweise auch stimmt, die sich vor allem gegen die einseitige Betonung des Charakters der Volksparteien als rationale und zielgerichtet operierende Gebilde richtet, könnte man mit vergleichendem Blick auf CSU und SPD dagegenhalten, daß die Sozialdemokratie immer noch zu zentralistisch blieb, und daß in der längeren Leine, die den unteren Gliederungen der bayerischen Unionspartei gelassen wurde, ein weiterer Grund ihres Erfolges lag.

c) Der Apparat macht sich bezahlt: Die Wahlkämpfe der CSU

Jedenfalls war die CSU der SPD, was ihre Verankerung auf regionaler und lokaler Ebene betraf, auf dem Land um ein gutes Stück voraus: Während die SPD auf eine Handvoll Ortsvereine in den regionalen Zentren beschränkt blieb, gelang es der Union, ein immer dichteres Netz von Ortsverbänden zu knüpfen, das sich zentral gar nicht mehr verwalten ließ. Ab Mitte der sechziger Jahre war die Partei auch in den ländlichen Regionen flächendeckend präsent, ihre Krakenarme reichten fast bis ins kleinste Dorf. Das sollte sich vor allem in Wahlkämpfen auszahlen.

„Starfighter im Gasthof Göring“²⁶⁴: Wahlkampf bis ins kleinste Dorf

Bei beiden Volksparteien bildeten die Gliederungen auf Gemeinde- und Kreisebene sowie in den Bundeswahlkreisen nach wie vor das organisatorische Rückgrat im Wahlkampf. Im Zuge der Technisierung der Werbung setzte zwar auch auf diesem Gebiet eine Tendenz zur Zentralisierung ein²⁶⁵, was CSU und SPD ein bundes- oder wenigstens landesweit einheitliches Auftreten ermöglichte. Die technische Entwicklung gestattete es den Parteien zudem, ihre Botschaften – via Rundfunk und Fernsehen – über die Köpfe der regionalen und lokalen Gliederungen hinweg an die Wähler zu bringen. Für die Verteilung des Werbematerials, das Kleben der Plakate, die Organisation von Versammlungen und den direkten Kontakt mit der Bevölkerung, kurz: für die Logistik vor Ort blieben die Orts- und Kreisverbände jedoch unverzichtbar. Und hier lag gerade auf dem Land das große Plus der CSU, die – dank ihres flächendeckenden Apparats – mit ihren Wahlkämpfen bis hinunter in die kleinen Dörfer vordringen konnte.

Gestützt auf das weitverzweigte Netz von Ortsvereinen und Vertrauensleuten, erstellten die Geschäftsstellen der CSU Versammlungspläne, die kaum eine Ge-

²⁶³ Lösche/Walter, SPD, S. 192. Zum Begriff der „lose verkoppelten Anarchie“ ausführlich ebenda, S. 192–200.

²⁶⁴ So lautete die Überschrift eines Artikels in der Abendzeitung vom 12./13. 11. 1966, der sich mit dem Landtagswahlkampf auf dem Dorf am Beispiel der Zwerggemeinde Sendelbach im Landkreis Hersbruck beschäftigte.

²⁶⁵ Zur CSU beispielsweise ACSP, BV Schwaben 158, Exposé der Landesleitung „CSU-Landtagswahlkampf 1970“, undatiert.

meinde ausließen.²⁶⁶ Dabei kam ihnen ein weiterer Vorteil zugute: Da die CSU in den ländlichen Regionen auch auf kommunaler Ebene wesentlich erfolgreicher abschnitt als die SPD, konnte sie in Wahlkämpfen auf einen erheblich größeren Stab regionaler und lokaler Mandatäre zurückgreifen, die in der Bevölkerung einen hohen Bekanntheitsgrad besaßen. Im Bundestagswahlkampf von 1969 überzog die CSU beispielsweise den Landkreis Neuburg an der Donau mit einer Versammlungswelle, die von Ende August bis Ende September dauerte und fast alle kreisangehörigen Gemeinden erfaßte. Neben Karl-Heinz Lemmrich, dem Bundestagskandidaten, traten dabei vor allem der Kreisvorsitzende, einige Ortsvorsitzende, der Landrat sowie eine Reihe von Bürgermeistern und Gemeinderäten aus den Kommunen in Erscheinung.²⁶⁷ Ähnlich sah es ein Jahr später im Landkreis Wasserburg aus, wo in fast jeder Gemeinde eine Kundgebung oder ein Frühschoppen mit dem Landtagskandidaten Nikolaus Asenbeck und einem weiteren Referenten aus der Region stattfand; darunter befand sich auch Gerold Tandler, seinerzeit ein aufstrebendes Mitglied der Jungen Union aus Altötting.²⁶⁸

Diese Veranstaltungen liefen zumeist nach demselben Schema ab. Während der Kandidat, der das Hauptreferat halten sollte, noch auf einer parallel stattfindenden Versammlung in einer benachbarten Gemeinde sprach, zeigten die Veranstalter den Wahlfilm der CSU, der gewissermaßen das Aufwärmprogramm darstellte. Anschließend ergriff ein Funktionär oder Mandatar aus der Region das Wort, der den Kandidaten vorstellte und einige allgemeine Bemerkungen zur bevorstehenden Wahl machte. Den Höhepunkt markierte die Ansprache des Wahlkreisbewerbers, der bei der anschließenden Diskussion oft gar nicht mehr anwesend war, denn er mußte bereits zum nächsten Termin im Nachbarort hetzen.²⁶⁹ Inhaltlich drehten sich die Reden hauptsächlich um das Thema Landwirtschaft. Dabei ging es, wie „AZ-Reporter im vordersten Graben des Wahlkampfes“ ihrer vornehmlich städtischen Leserschaft zu berichten wußten²⁷⁰, bisweilen recht deftig zu. Der höhnisch-ironische Ton, mit der die CSU-Versammlung in der Zwerggemeinde Sendelbach im Landkreis Hersbruck geschildert wurde, verriet freilich vor allem die Unkenntnis des Reporters, was die bäuerliche Mentalität betraf. Die Referenten der CSU verstanden es sehr geschickt, dem Landvolk aufs Maul zu schauen, ohne ihm ganz nach dem Mund zu reden. Und wenn sie sich dabei zu der Behauptung verstiegen, „die deutsche Landwirtschaft sei die erfolgreichste in Europa“, dürfte das ihre Wahlchancen nicht gerade geschmälert haben.

²⁶⁶ Das mußte auch der politische Gegner neidlos anerkennen. AdsD, Bezirk Franken 203, E. Simon: „Zur Wahlkampfführung und Wahlkampfkonzeption der CSU im Jahre 1965 und zur wahrscheinlichen Konzeption im Wahljahr 1969“ vom Dezember 1968, S. 5.

²⁶⁷ ACSP, BV Schwaben 157, Kreisverband Neuburg an der Donau, „Versammlungsplan Bundestagswahl 1969“, undatiert.

²⁶⁸ Beispielsweise ACSP, KV Wasserburg 8, Rundschreiben des Ortsverbands Isen an die Mitglieder und Freunde von CSU und Junger Union vom 12. 11. 1970. Derartige hektographierte Rundschreiben, die zentral von der Bundeswahlkreisgeschäftsstelle in Wasserburg auf Matrizen vorbereitet worden waren, finden sich für fast jede Gemeinde.

²⁶⁹ So beschrieben die Kandidaten der SPD, die den Wahlkampf der CSU genau beobachtet hatten, das Auftreten ihrer Gegner. AdsD, Bezirk Franken 202, Auszüge aus den schriftlichen Beiträgen der fränkischen Bundestagskandidaten bzw. -abgeordneten für eine Wahlanalyse zur Bundestagswahl 1965, undatiert, S. 17.

²⁷⁰ Abendzeitung vom 12./13. 11. 1966 („Starfighter im Gasthof Göring“). Das folgende Zitat findet sich ebenda.

Prominenz aufs Land

Was die Auftritte von prominenten Referenten in den ländlichen Regionen betraf, fiel die Überlegenheit der CSU gegenüber der SPD noch deutlicher aus. Denn während die Sozialdemokratie durch den totalen Einsatz ihrer Funktionäre und Mandatare die Überzahl der Union an politischem Fußvolk einigermaßen kompensieren konnte²⁷¹, hatte sie dem imposanten Aufgebot an Ministern, Staatssekretären und sonstigen Parteigrößen, das die bayerische Unionspartei regelmäßig ins Rennen schickte, nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Die CSU profitierte dabei sowohl von ihrer Hegemonialposition in Bayern als auch von ihrer Zwitterstellung einer in Bonn verankerten Landespartei:²⁷² Wurde der bayerische Landtag gewählt, trat die bundespolitische Prominenz geschlossen im Freistaat auf, und in Bundestagswahlkämpfen schwärmten die Mitglieder der Staatsregierung aus, um für eine möglichst starke CSU-Landesgruppe in Bonn zu werben. An diesem Verhältnis änderte sich auch nach dem „Machtwechsel“ nichts, da die SPD ihre Bundesminister nicht in dem Maße auf Bayern konzentrieren konnte, wie es die CSU getan hatte.

Im Einsatz von bekannten Persönlichkeiten bestand eines der wichtigsten Werbemittel der CSU. Ein fränkischer Sozialdemokrat analysierte die Bundestagswahl von 1965 so: „Der Wahlkampf der CSU erhielt – rückwirkend betrachtet – seine Prägung durch das massierte Auftreten von Parteiprominenz. Die CSU scheute sich nicht, Minister (z. B. Stücklen) auf Dörfer zu schicken.“²⁷³ Ein anderer berichtete, neben dem „Einsatz der gesamten kommunalen Prominenz“ habe die CSU in seinem Bundeswahlkreis 24 Bundesminister, Landesminister und Staatssekretäre aufgeboten. Ein ähnliches Bild bot sich auch im Landkreis Wasserburg: Während die Kandidaten der SPD in den ländlichen Regionen weitgehend auf sich allein gestellt blieben, konnte die CSU aus dem Vollen schöpfen. Mit etwas Eigeninitiative konnte selbst ein kleiner Ortsverband in jedem Wahlkampf einen Spitzenredner aufbieten. Fritz Gruber, dem quirligen Ortsvorsitzenden aus Haag, gelang es mit Unterstützung Josef Bauers und des Bezirksverbands, in fast jedem Wahlkampf einen Minister in die Marktgemeinde zu locken. Im Bundestagswahlkampf von 1965 sprach Landwirtschaftsminister Alois Hundhammer in Haag²⁷⁴, im Vorfeld der Kommunalwahlen von 1966 war Innenminister Heinrich

²⁷¹ Zu Wahlkampfzeiten waren Adolf Härtl und später auch Axel Wernitz im Ries pausenlos im Einsatz, wobei sie von einer Handvoll Genossen aus den Ortsvereinen Nördlingen und Oettingen unterstützt wurden. Mündliche Auskunft von Helmut Stowasser am 24. 11. 2000 und Axel Wernitz am 31. 1. 2001. Siehe dazu auch die Berichterstattung in den „Rieser Nachrichten“.

²⁷² Oberreuter, *Konkurrierende Kooperation*, S. 320ff. Diese Sonderrolle brachte der CSU auch eine erheblich größere Autonomie in der Wahlkampfführung, als sie die bayerische SPD besaß. AdsD, Bezirk Franken 203, E. Simon: „Zur Wahlkampfführung und Wahlkampfkonzeption der CSU im Jahre 1965 und zur wahrscheinlichen Konzeption im Wahljahr 1969“ vom Dezember 1968, S. 1.

²⁷³ AdsD, Bezirk Franken 202, Auszüge aus den schriftlichen Beiträgen der fränkischen Bundestagskandidaten bzw. -abgeordneten für eine Wahlanalyse zur Bundestagswahl 1965, undatiert, S. 17. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

²⁷⁴ Unterlagen des OV Haag, Mappe „1952–12/1966“, Ortsverband Haag an Alois Hundhammer vom 10. 7. 1965, ebenda, Fritz Gruber an Alois Hundhammer vom 11. 9. 1965, sowie Haager Anzeiger vom 8. 9. 1965 („Europa muß Einfluß auf die Weltpolitik gewinnen“) sowie Haager Bote vom 8. 9. 1965 („Solide Arbeit wird wieder Früchte tragen“), und Haager Bote vom 10. 9. 1965 („Dr. Alois Hundhammer in Haag“).

Junker zu Gast²⁷⁵, und im Landtagswahlkampf desselben Jahres erschien Kultusminister Ludwig Huber.²⁷⁶ Die Sozialdemokraten konnten bei einem derartigen Stelldichein der Staatsminister nicht mithalten. Im Bundestagswahlkampf von 1969 klagte Almar Reitzner, der im Bundeswahlkreis Altötting für die SPD antrat, er predige in seinen Veranstaltungen zwar laufend, die Region müsse „weg vom Abstellgleis. [...] Aber genau dort stehen wir, während die CSU bereits 10 Zugmaschinen eingesetzt hat“²⁷⁷, darunter immerhin Parteichef Franz Josef Strauß, Ministerpräsident Alfons Goppel, Hermann Höcherl, den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Innenminister Bruno Merk, Justizminister Philipp Held, Landtagspräsident Rudolf Hanauer und Staatssekretär Fritz Pirkel. Der SPD-Kandidat wartete dagegen, trotz wiederholter Bitten an den Parteivorstand, im Landkreis Wasserburg vergeblich auf die Schützenhilfe prominenter Genossen.²⁷⁸

Ein großer Vorteil von Versammlungen mit Bundes- oder Staatsministern bestand darin, daß ihre Auftritte beinahe den Charakter von Staatsbesuchen trugen.²⁷⁹ Zudem kamen Minister oder Staatssekretäre selten mit leeren Händen, sondern brachten in der Regel Zusagen über die finanzielle Förderung bestimmter Projekte in der betreffenden Gemeinde mit. Als Kultusminister Ludwig Huber im Juli 1970 abermals die Marktgemeinde Haag besuchte, stand dort die Finanzierung der Verbandsschule an. Huber, der den Haagern seine volle Unterstützung zugesichert hatte, konnte sein Versprechen im März 1971 einlösen²⁸⁰, was die örtlichen Funktionäre der CSU natürlich bei nächster Gelegenheit auch als Verdienst der „staatstragenden“ Partei darstellten – ein Pfund, mit dem die CSU prächtig zu wuchern verstand. Zur Popularität der Partei trug außerdem bei, daß gerade die Minister sich große Mühe gaben, ihre Verbundenheit mit der Heimat zu demonstrieren. Anton Jaumann etwa hielt, obwohl als bayerischer Wirtschaftsminister

²⁷⁵ Haager Anzeiger vom 18. 3. 1966 („Minister Junker: ‚Ich kenne die Sorgen der Gemeinde!‘“) und Haager Anzeiger vom 19. 3. 1966 („CSU mit dem Wahlausgang voll zufrieden“), sowie Haager Bote vom 21. 3. 1966 („Dr. Junker sagt Landpolizei-Großraumstation zu“), und Haager Bote vom 25. 3. 1966 („Junker gab den Haagern keine Zusage“).

²⁷⁶ Unterlagen des OV Haag, Mappe „1952–12/1966“, Hermann Zenz an Ludwig Huber vom 4. 1. 1966, und ebenda, Josef Bauer an Ludwig Huber vom 10. 1. 1966, sowie Haager Bote vom 30. 9. 1966 („Mehr Menschen werden künftig mehr wissen müssen“), und Haager Bote vom 3. 10. 1966 („Einziges Gesprächspunkt war die Verbandsschule“).

²⁷⁷ AdSD, Bezirk Südbayern 117, Almar Reitzner an den Bezirksvorstand in München vom 31. 7. 1969.

²⁷⁸ AdSD, Bezirk Südbayern 117, Oskar Riedl an Hans Stephan vom 1. 7. 1969, und ebenda, Max Allmer an Hans Stephan vom 4. 8. 1969. Neben Almar Reitzner traten nur die Landtagsabgeordneten Erwin Essl, Georg Kronawitter, Josef Ruttmann und Erich Zeitler im Landkreis Wasserburg auf. Siehe die Presseberichte über die Versammlungen: WZ vom 6./7. 9. 1969 („SPD hält Wahlversammlung ab“), WZ vom 17. 9. 1969 („Wichtig ist eine gute Berufsausbildung“), und WZ vom 27./28. 9. 1969 („SPD will die volle Verantwortung“), sowie den Versammlungsplan der SPD im Unterbezirk Inn-Salzach, in: AdSD, Bezirk Südbayern 117, Oskar Riedl an den Bezirk Südbayern vom 19. 7. 1969.

²⁷⁹ Das geht auch aus den Presseberichten über derartige Versammlungen hervor und galt im übrigen für Minister von CSU und SPD gleichermaßen.

²⁸⁰ Haager Bote vom 15. 7. 1970 („Minister lobt Haager Schulhausbau“), und Haager Bote vom 18./19. 7. 1970 („Gleiche Bildungsmöglichkeiten für die Landkinder“), sowie Unterlagen des OV Haag, Mappe „1. 1. 1973–31. 12. 1974“, Ludwig Huber an Bürgermeister Sebastian Huber vom 16. 3. 1971.

stark eingespannt, weiterhin seine monatliche Sprechstunde im Ries ab²⁸¹, um den Kontakt mit der Bevölkerung zu wahren. Auf dem Land waren die prominenten CSU-Politiker Stars zum Anfassen – auch das machte einen Teil des Erfolgsgeheimnisses der Partei aus.

Darüber hinaus erhielt die CSU Flankenschutz von berufsständischen Organisationen wie beispielsweise dem Bayerischen Handwerkstag, der in seinem offiziellen Organ, der Bayerischen Handwerkszeitung, „rechtzeitig vor der Wahl“ jene Bundestagskandidaten vorstellte, „die selbst Handwerksmeister sind oder die dem Handwerk eng verbunden sind“.²⁸² De facto handelte es sich um eine kostenlose Wahlwerbung für die CSU: Nur ihre Kandidaten wurden präsentiert, darunter prangten großflächige Inserate eindeutigen Inhalts: „Es geht nicht mit der SPD! Es geht nicht mit Herrn Brandt! Unsere Sicherheit CSU“.²⁸³ Auch glänzten die Wahlkämpfe der CSU weiterhin durch hervorragende Werbestrategien, die selbst Beobachtern, die der Partei kritisch gegenüberstanden, Beifall entlockten.²⁸⁴ Zwar gelang es der SPD in den sechziger Jahren, auf diesem Gebiet aufzuholen²⁸⁵, die Union behielt jedoch die Nase vorn. Dabei griff die CSU bisweilen auch Ideen auf, die zuerst von der Sozialdemokratie in den Wahlkampf eingebracht worden waren, um sie in modifizierter Form selbst einzusetzen. Im Bundestagswahlkampf von 1969 hatte die SPD, um nur ein Beispiel zu nennen, verstärkt auf sogenannte Testimonialanzeigen gesetzt: Bekannte und beliebte Persönlichkeiten aus Film, Fernsehen und Unterhaltung wie die Quizmaster Peter Frankenfeld und Hans-Joachim Kulenkampff oder die SchauspielerIn Inge Meisel, aber auch Stars aus der Welt des Sports wie Olympiasieger Erhard Keller erklärten darin öffentlich ihre Sympathie für die SPD und ihren Kanzlerkandidaten Willy Brandt.²⁸⁶ Die CSU adaptierte diese Idee unter dem Motto „Wir von der CSU“ schon 1970, allerdings mit einer wesentlichen Modifikation: Im Gegensatz zur SPD wollten die Wahlstrategen der CSU die „Leitbilder der Gesellschaft [...] zusammen mit Politikern zeigen“, um eine „gegenseitige Wechselwirkung“ zu erzielen.²⁸⁷

Überhaupt bestach die Werbung der CSU im Landtagswahlkampf von 1970 durch eine fast atemberaubende Modernität – man denke nur an das unvergeßliche Plakat, das eines der monströsen Radioteleskope der Erdefunkstelle Raisting neben der malerischen Dorfkirche St. Johann zeigte, im Vordergrund eine grüne

²⁸¹ ACSP, BV Schwaben 146/1, Bericht Georg Kalendas, Geschäftsführer der CSU im BWK 240, über das I. Quartal 1973 vom 27. 4. 1973.

²⁸² ACSP, NL Bauer, B 1965, Bayerischer Handwerkstag e.V. an Josef Bauer, undatiert (Eingangsstempel 15. 9. 1965).

²⁸³ ACSP, NL Bauer B 1965, Bayerische Handwerkszeitung vom 27. 8. 1965.

²⁸⁴ Beispielsweise SZ vom 1. 10. 1974 („Ein Zwei-Mann-Team gibt der Partei Farbe“ von Herbert Riehl-Heyse).

²⁸⁵ So wurden beispielsweise 1969 die Werbespots der SPD nicht mehr von den Parteisekretären konzipiert und realisiert, sondern es gelang der Partei, mit dem Regisseur Michael Pflöghaar *den* Star des deutschen Fernsehens für diese Aufgabe zu gewinnen. AdsD, Bezirk Südbayern 60, Rudolf Mager: Gedächtnisprotokoll über die Sitzung der leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer am 16. 7. 1969 in Bonn.

²⁸⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 1, PV, Abt. Organisation, Referat Werbetechnik: Rundschreiben Nr. 23/69 an die Landesverbände, Bezirke und UB vom 23. 6. 1969, und ebenda, PV, Abt. Organisation, Referat Werbetechnik: Rundschreiben Nr. 48/69 an die Landesverbände, Bezirke und UB vom 27. 8. 1969, und AdsD, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz 29, Franz Siehler an Hans-Jürgen Wischniewski vom 28. 5. 1969.

²⁸⁷ ACSP, BV Schwaben 158, Exposé der Landesleitung „CSU-Landtagswahlkampf 1970“, undatiert.

Wiese, im Hintergrund die Alpen und der endlos blaue Himmel.²⁸⁸ Die CSU, so lautete die Aussage, wollte keine rückwärtsgewandte konservative Kraft sein, sondern Tradition und Fortschritt verbinden. Bereits im Jahr zuvor hatte die CSU zudem damit begonnen, Symbole des bayerischen Staatswappens wie den Löwen und die stilisierte Raute in ihre Wahlwerbung einzubeziehen.²⁸⁹ Die Symbolik, die sich dahinter verbarg, konnte deutlicher nicht sein: Die bayerische Unionspartei erhob den Anspruch, *die* „bayerische Staatspartei“ zu sein.

Die konservative Alternative zur sozialliberalen Koalition

In gewisser Weise traf das ja auch zu, wenn man sich das Resultat von 56,4 Prozent in Erinnerung ruft, das die CSU in der Landtagswahl von 1970 erzielte.²⁹⁰ Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die CSU, solange sie in Bonn an der Regierung beteiligt war, in Bundestagswahlen stets erheblich besser abgeschnitten hatte als in Landtagswahlen. 1970 kehrte sich dieses Phänomen jedoch schlagartig um: Die CSU erzielte in der Landtagswahl von 1970 Stimmengewinne von über acht Prozentpunkten gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl und übertraf damit ihr Ergebnis bei der vorangegangenen Bundestagswahl, das mit 54,4 Prozent vergleichsweise mager ausgefallen war, um zwei Prozentpunkte. Die Urnengänge von 1972 und 1974 verstärkten diesen Trend, der sich auch in den elf untersuchten ländlichen Regionen niederschlug²⁹¹, sogar noch, da die CSU auf Bundesebene nur leicht zulegen konnte, während sie sich auf Landesebene nochmals um fast sechs Prozentpunkte verbesserte.

Für diese Entwicklung gab es eine Reihe von Gründen. Ein wesentlicher lag darin, daß die CSU aus ihrer ungewohnten Oppositionsrolle in Bonn wahlstrategisches Kapital im Freistaat schlug. Solange die CSU im Bundeskabinett gesessen hatte, war sie gezwungen gewesen, gewisse Rücksichten zu nehmen, um ihre Vertreter in Bonn, die Schwesterpartei und die Koalition insgesamt nicht zu desavouieren. Nach dem „Machtwechsel“ wurden die Töne aus den Reihen der bayerischen Unionspartei, egal ob sie aus München oder aus Bonn kamen, zweifellos schriller. Das betraf vor allem die Ost- und Deutschlandpolitik, aber auch die meisten anderen Politikfelder. So geißelte die CSU die neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel als Ausverkauf deutscher Interessen. Nikolaus Asenbeck, Landtagskandidat im Raum Wasserburg, polterte beispielsweise, eine deutsche Bundesregierung habe die Belange der eigenen Bevölkerung zu vertreten und keine „sowjetische Politik“ zu betreiben.²⁹² Harsche Kritik übte die CSU auch an der Politik der inneren Reformen, welche die Bundesregierung ins Werk gesetzt hatte. Franz Heubl, der bayerische Staatsminister für Bundesangelegenheiten, führte beispielsweise die niedrige Geburtenrate in Westdeutschland auf die in sei-

²⁸⁸ Abgedruckt in Bayer/Baumgärtel (Hrsg.), *Geschichte einer Volkspartei*, S. 789.

²⁸⁹ Beispiele abgedruckt in Bayer/Baumgärtel (Hrsg.), *Geschichte einer Volkspartei*, S. 788 und S. 790.

²⁹⁰ Ritter/Niehuss, *Wahlen in Deutschland*, S. 174. Die folgenden Angaben nach ebenda, S. 121 und S. 174.

²⁹¹ Siehe Tabelle 11 auf S. 341.

²⁹² WZ vom 5. 11. 1970 („Bayern jetzt ein finanzstarkes Land“).

nen Augen verfehlte Familienpolitik aus Bonn zurück.²⁹³ Und Heubls Kabinettskollege Max Streibl, zuständig für Landesentwicklung und Umweltfragen, ließ kein gutes Haar an der Liberalisierung des Strafrechts, die in seinen Augen „Schutz für Verbrecher, nicht für Bürger“ darstellte.²⁹⁴ Schließlich erhob die Union schwere Vorwürfe auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik gegen die Regierung. Werner Schneider, der sich 1974 um ein Landtagsmandat für die CSU bemühte, kritisierte Inflation und Arbeitslosigkeit, „die ihn an die Weimarer Republik erinnern“.²⁹⁵ Dazu kam, als *ceterum censeo* fast aller CSU-Referenten, die Klage, der Freistaat werde von der Bundesregierung systematisch benachteiligt. Anton Jaumann rechnete beispielsweise seinem Publikum vor, daß Bayern zwar 29 Prozent der Fläche der Bundesrepublik ausmache und 22 Prozent des Kraftstoffbedarfs verbrauche, jedoch nur 16 Prozent der Gesamtmittel für den Bundesfernstraßenbau erhalte, also jährlich rund 250 Millionen DM zu wenig.²⁹⁶

Zugespißt formuliert, schob die CSU der neuen Bundesregierung die Schuld für alle erdenklichen Mißstände in die Schuhe, während sie Erfolge – etwa in der Bildungspolitik – ausschließlich als Resultate der eigenen Landespolitik für sich reklamierte.²⁹⁷ Indem sich die CSU am Kabinett Brandt/Scheel und seiner Politik rieb, schärfte sie ihr eigenes Profil. So bot die neue Konstellation in Bonn der Partei die Gelegenheit, sich in Bayern als konservative Alternative zur sozialliberalen Bundesregierung in Szene zu setzen.²⁹⁸ Niemand verkörperte dieses strategische Kalkül besser als Franz Josef Strauß. Durch den „Machtwechsel“ um sein Regierungsamts gebracht, avancierte er zum schärfsten Kritiker der Bonner Koalition und stieg damit im Freistaat endgültig zu einer Art Volkstribun bayerischer Interessen auf. Seine Kundgebungen waren Spektakel, die ihresgleichen suchten und die man nicht verpassen durfte. Als er sich beispielsweise Ende Juli 1973 zu einem Besuch des Haager Volksfestes angekündigt hatte, mußte der Ortsverein Eintrittskarten für das gut 2000 Personen fassende Bierzelt drucken lassen, so groß war der Andrang.²⁹⁹ Neben zahlreichen Ehrengästen, darunter der Landrat, der Bürgermeister nebst Gemeinderat, die Vorstandschaft von Orts- und Kreisverband, der Pfarrer und die örtlichen Honoratioren³⁰⁰, kamen Schaulustige aus der ganzen Region herbeigeströmt, um den Landesvorsitzenden zu hören. In seiner zwei-

²⁹³ RN vom 5. 10. 1974 („Staatsminister Dr. Heubl: Gegen Radikale und das Kirchenpapier“).

²⁹⁴ WZ vom 16. 11. 1972 („Befürchtungen weit übertroffen“).

²⁹⁵ WZ vom 27. 9. 1974 („Das ist Betrug am Wähler“). Diesen Vorwurf hatten auch Anton Jaumann und Nikolaus Asenbeck bereits im Landtagswahlkampf von 1970 erhoben, RN vom 18. 9. 1970 („Rund tausend zusätzliche Arbeitsplätze gefördert“), und WZ vom 5. 11. 1970 („Bayern jetzt ein finanzstarkes Land“). 1972 hatte auch Gerold Tandler ähnlich argumentiert, WZ vom 6. 11. 1972 („Die Versprechen nicht gehalten“).

²⁹⁶ RN vom 21. 9. 1974 („Staatsminister Jaumann: Im Fernstraßenbau benachteiligt“). In dieselbe Kerbe schlug einige Tage später auch Karl-Heinz Lemmrich, WZ vom 28. 9. 1974 („Rieser Straßenbau aus Bonner Sicht“).

²⁹⁷ Beispielsweise RN vom 15. 10. 1970 („Bayerns Bildungspolitik kann sich sehen lassen“).

²⁹⁸ Vgl. dazu am Beispiel von Landesplanung und Raumordnung ausführlich Schlemmer/Grüner/Balcar, „Entwicklungshilfe im eigenen Land“.

²⁹⁹ Unterlagen des OV Haag, Mappe „1. 1. 1973–31. 12. 1974“, Rundschreiben des Ortsverbands Haag an die Ortsvorsitzenden des Kreisverbands Mühldorf vom 3. 7. 1973, und ebenda, Rundschreiben des Ortsverbands Haag an seine Mitglieder vom 19. 7. 1973 (Kopien im Besitz des Verfassers).

³⁰⁰ Unterlagen des OV Haag, Mappe „1. 1. 1973–31. 12. 1974“, Aufstellung „Tisch-Reservierung“, undatiert (Juli 1973).

stündigen, immer wieder von Beifallsstürmen unterbrochenen Ansprache, lieferte Strauß ein Potpourri der Einwände, die seitens der CSU gegen die Politik der sozialliberalen Koalition vorgebracht wurden. Unter anderem ging er dabei auf die Strukturpolitik ein, wobei er das Landesentwicklungsprogramm der bayerischen Staatsregierung den Plänen der Bonner Raumplaner gegenüberstellte, die angeblich nur noch Regionen von über 40000 Einwohnern fördern wollten. Strauß betonte: „Es gehe nicht an, daß das flache Land noch mehr entvölkert werde und nur noch große industrielle Zentren geschaffen würden. Die CSU werde als Volkspartei nicht nur für die Großstädte, sondern für das ganze Land dafür kämpfen [sic!], daß Bayern weiß-blau bleibe und nicht rot werde.“³⁰¹ Die Veranstaltung in Haag stand bereits unter dem Motto „Freiheit oder Sozialismus“. Auf diesen einfachsten Nenner brachte die CSU die Alternativen der Wähler, lange bevor die Union diesen Slogan zum Motto ihrer Wahlkampagne von 1976 machte.

d) Die Partei der Landwirtschaft und des Landes

Am deutlichsten und schon sehr frühzeitig, nämlich bereits Ende der fünfziger Jahre, gelang der CSU die Profilierung durch Abgrenzung auf dem Feld der Agrarpolitik. Allerdings stand hier der „Feind“ zunächst nicht in Bonn, wo die Union seinerzeit noch federführend an der Regierung beteiligt war, sondern in Brüssel. Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 änderte sich das politische Kräftefeld: Neben Bund und Länder trat nun in Gestalt der europäischen Behörden und Institutionen ein drittes Machtzentrum, das gerade im Bereich des primären Sektors zunehmend Kompetenzen an sich zog. Zudem veränderten sich die Rahmenbedingungen der Landwirtschaft: Die bayerischen Bauern mußten künftig auf einem gemeinsamen Markt für Agrarprodukte mit ihren Kollegen aus Holland und Frankreich konkurrieren, die aufgrund unterschiedlicher Betriebsgrößen sowie anderer kulturellräumlicher und klimatischer Faktoren über wesentlich bessere Produktionsbedingungen verfügten.³⁰²

Strukturwandel mit angezogener Handbremse: Das Agrarprogramm der CSU

Die CSU reagierte umgehend, betraf die wachsende Unsicherheit unter den Bauern und der Landbevölkerung doch eine ihrer wichtigsten Wählergruppen. In ihrem Aktionsprogramm von 1958 forderte sie als zentrale Maßnahme die „Stärkung des bäuerlichen Familienbetriebes, um so gegen Druck und Sog des Kollektivs ein wirksames Gegengewicht zu erhalten.“³⁰³ Die vorgeschlagene „Förderung der Technisierung unserer Bauernhöfe“ zielte zum einen auf die „Einsparung von menschlichen Arbeitskräften“, zum anderen sollte damit eine „Verbilligung und

³⁰¹ Mühldorfer Anzeiger vom 31. 7. 1973 („Das ganze Bayern muß weißblau bleiben“). Das folgende Zitat findet sich ebenda.

³⁰² Zu den Nachteilen der bayerischen Landwirtschaft Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, S. 95. Zur Landwirtschaft im gemeinsamen Markt siehe ausführlich ACSP, BV Schwaben 67, Der oberbayerische Informationsbrief 15/58 vom 7. 7. 1958: „Die Landwirtschaft im Gemeinsamen Markt Europas“. Zu den Römischen Verträgen vgl. Herbst, Option für den Westen, S. 168 ff.

³⁰³ Der Abschnitt zur Landwirtschaft des Aktionsprogramms der CSU von 1958 ist abgedruckt bei Mintzel, Geschichte der CSU, S. 231 f. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

Rationalisierung der Produktion“ erreicht werden, um das Einkommen der Landwirte zu verbessern. Zudem sprach sich die CSU für eine noch intensivere finanzielle Förderung der Flurbereinigung aus, in der sie die Voraussetzung für den Einsatz moderner Landmaschinen erblickte. Die „Aufstockung zu kleiner Betriebe“ sollte das Überleben kleiner Höfe sichern. Schließlich empfahl sich die CSU als Vertreterin landwirtschaftlicher Interessen in Bonn und Brüssel, indem sie versprach, sich über die Bundesregierung für kostendeckende Agrarpreise, die „Sicherung der Absatzmöglichkeiten“, den „Schutz vor einer erdrückenden Auslandskonkurrenz“ sowie Umstellungen im Grünen Plan einzusetzen. Das Programm der CSU zielte also zunächst primär darauf ab, die bayerische Landwirtschaft auf den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt vorzubereiten.

In den frühen sechziger Jahren, als die Umsetzung der Römischen Verträge in die Praxis begann, setzte eine heftige Diskussion über den Wettbewerb landwirtschaftlicher Betriebe innerhalb der EWG ein.³⁰⁴ Dabei ging es vor allem um die heiß umstrittene Frage nach der sinnvollen bzw. optimalen Größe landwirtschaftlicher Betriebe, nachdem der Agrarkommissar der EWG, Sicco L. Mansholt, eine Massenabwanderung von Arbeitskräften aus dem primären Sektor prognostiziert und im Grunde auch begrüßt hatte. Während die Bundesregierung mit dem Gedanken spielte, nur noch „lebensfähige“ Vollerwerbsbetriebe ab einer Größe von zehn Hektar in die Förderung nach dem Grünen Plan einzubeziehen, verlangten der Bayerische Bauernverband und die CSU, auch Kleinbetriebe finanziell zu unterstützen. Dem schloß sich die bayerische Staatsregierung an, und Ministerpräsident Alfons Goppel beeilte sich zu versichern, „daß Bauer bleiben kann, wer Bauer bleiben will“, auch wenn sein Betrieb „weniger als 20 Tagwerk umfassen“ sollte.³⁰⁵ Anders als die SPD, die den Konzentrations- und Abwanderungsprozeß aus der Landwirtschaft prinzipiell begrüßte³⁰⁶, versuchte die CSU den Status quo zu wahren bzw. den Veränderungsprozeß möglichst gleitend und sanft zu gestalten. Sie plädierte gewissermaßen für einen Strukturwandel mit angezogener Handbremse.

Allerdings befand sich die bayerische Unionspartei dabei in einem grundsätzlichen Dilemma, denn einerseits begrüßte sie den europäischen Einigungsprozeß, andererseits mußte sie – schon aus Rücksicht auf ihre bäuerlich-ländliche Klientel – seine wirtschaftlichen Folgen verurteilen.³⁰⁷ Und je heftiger die Diskussionen um die Folgen der Eingliederung in den gemeinsamen Markt tobten, umso größer wurde das Dilemma der CSU. Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen 1968, als Mansholt seine Vorstellungen in Form eines Memorandums präsentierte. Dieser sogenannte Mansholtplan sah vor, die Nahrungsmittelproduktion in Europa arbeitsteilig zu organisieren und an die jeweils günstigsten Standorte zu verlegen. Dabei schwebten dem Agrarkommissar „Produktionseinheiten“ mit mindestens 200 Hektar Nutzfläche vor, von denen jeweils mehrere zu einem

³⁰⁴ Vgl. hierzu und im folgenden Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, S. 376 f.

³⁰⁵ Verhandlungen des bayerischen Landtags, 5. Wahlperiode, 3. Sitzung vom 19. 12. 1962, S. 13.

³⁰⁶ „Agrarpolitik aus bayerischer Sicht. Auszug aus der Rede des Abgeordneten Maag auf der 13. außerordentlichen Landeskonferenz 1962, in: Landesvorstand und Landtagsfraktion der bayerischen SPD (Hrsg.), Referentenmaterial 1962, S. 19–27.

³⁰⁷ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 263.

„modernen landwirtschaftlichen Unternehmen“ zusammengeschlossen werden sollten; nationale wie supranationale Fördermittel wollte Mansholt zunehmend auf derartige Großbetriebe beschränken.³⁰⁸

Das Konzept löste einen Aufschrei der Empörung aus. Der frischgebackene bayerische Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann verlieh dieser Stimmung Ausdruck, indem er den Mansholtplan als einen „Generalangriff auf die gesamte europäische Landwirtschaft in ihrer derzeitigen bäuerlichen Struktur“ bezeichnete.³⁰⁹ Die CSU, die darin den Versuch einer kalten Sozialisierung der Landwirtschaft erblickte, reagierte in ihrem neuen Grundsatzprogramm von 1968, in dem sie die Landwirtschaft als „unverzichtbare[n] Bestandteil der Volkswirtschaft“ bezeichnete. Weiter hieß es: „Auch in der modernen Industriegesellschaft ist der bäuerliche, unternehmerisch geführte Familienbetrieb der Kern moderner Landwirtschaft“, wobei Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben jeweils eigene Bedeutung zukomme.³¹⁰ Doch obwohl sich die Partei den Kampf gegen den Mansholtplan auf die Fahnen geschrieben hatte, geriet sie immer stärker selbst in die Schußlinie bäuerlicher Kritik, stellte sie doch im Freistaat die Staatsregierung und mit Hermann Höcherl den Bundeslandwirtschaftsminister.³¹¹ Keine Frage, in der Landwirtschaftspolitik machte die CSU während der Großen Koalition in Bonn keine besonders gute Figur, worin ein Grund für das relativ schlechte Abschneiden der Partei bei der Bundestagswahl von 1969 liegen dürfte.

Von der Bauernpartei zur Gralshüterin landwirtschaftlicher Interessen

Insofern befreite der „Machtwechsel“ die CSU aus einer höchst unangenehmen Zwickmühle, denn nun konnte sie die Verantwortung für unangenehme Maßnahmen nicht nur nach Brüssel, sondern auch nach Bonn abschieben und sich auch auf dem Gebiet der Agrarpolitik als konservative Alternative zur sozialliberalen Koalition profilieren. Die CSU verlor keine Zeit. Bereits 1970 legte die von ihr geführte bayerische Staatsregierung den Entwurf eines „Gesetzes zur Förderung der bayerischen Landwirtschaft“ vor, das schon 1967 in Planung gewesen, seinerzeit jedoch der allgemeinen Sparpolitik zum Opfer gefallen war.³¹² Dieses Gesetz, das der Landtag schließlich einstimmig verabschiedete³¹³, begründete den „bayerischen Weg“ in der Agrarpolitik. Es war dezidiert als Gegenentwurf zum Mansholtplan konzipiert worden und setzte sich zum Ziel, die bäuerliche Landwirtschaft mit dem traditionellen Leitbild des Familienbetriebs zu erhalten. Dazu gehörte, daß der Freistaat weiterhin an Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben festhielt, wobei sich die staatliche Förderung im wesentlichen auf den Ausbau von Maschinenringen und Erzeugergenossenschaften, auf die Aus- und Fortbildung von Bauern sowie auf die Landwirtschaftsberatung beschränkte. Allerdings verabschiedete sich das Gesetz von der klassischen Agrarpolitik, indem es deutlich

³⁰⁸ Zum Mansholtplan vgl. Kluge, Agrarpolitik, Bd. 2, S. 71–74 und S. 78–86.

³⁰⁹ Zitiert nach Kock, Bayerische Landtag, S. 178. Das Folgende nach Mintzel, Geschichte der CSU, S. 266.

³¹⁰ Zitiert nach Mintzel, Geschichte der CSU, S. 232.

³¹¹ Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, S. 388.

³¹² Ebenda, S. 96.

³¹³ Kock, Bayerische Landtag, S. 183.

machte, daß die Probleme der Landwirtschaft nur im Rahmen einer umfassenden Gesellschaftspolitik gelöst werden konnten.³¹⁴

Das große Plus des CSU-Konzepts bestand darin, daß es dem entsprach, was die Bauern selbst verlangten, und daß es sich nicht ausschließlich auf die Vollerwerbsbetriebe konzentrierte, sondern auch Angebote für die immer zahlreicher werdenden Arbeiterbauern enthielt. Gerade diesen Punkt betonten die Referenten der CSU in ihren Wahlreden immer wieder. So kritisierte Karl-Heinz Lemmrich 1970 die Agrarpolitik der Bundesregierung, da das Förderungsprogramm für die Landwirtschaft viele kleine Bauern ausschließe und daher schwerwiegende Mängel enthalte.³¹⁵ Zwei Jahre später brach Hans Eisenmann eine Lanze für die Agrarpolitik der bayerischen Staatsregierung, die alle Formen bäuerlichen Wirtschaftens unterstütze. „Die eigentumsfeindliche Zielsetzung Mansholts und der EWG-Kommission“, so der bayerische Landwirtschaftsminister weiter, „laufe im Endeffekt darauf hinaus, die guten Böden in der Hand weniger Großgrundbesitzer zu konzentrieren.“³¹⁶ Daß das Konzept aufging, beweist nicht zuletzt die Tatsache, daß die CSU gerade unter den Arbeiterbauern zahlreiche neue Mitglieder gewann.³¹⁷ Die Förderung der Neben- und Zuerwerbsbetriebe erwies sich aber auch in wahlstrategischer Hinsicht als kluger Schachzug, da die Arbeiterbauern weitgehend der ländlichen Lebenswelt verhaftet blieben und damit ihre politische Heimat weiterhin vornehmlich in der CSU fanden, auch wenn sie im Grunde schon längst zur Arbeiterschaft oder zu den Angestellten zählten.³¹⁸

Es fiel der CSU umso leichter, auf dem Sektor der Agrarpolitik Punkte zu sammeln, als sie aufgrund ihrer engen programmatischen und personellen Verbindungen zum Bayerischen Bauernverband über hohe Sachkompetenz und in der Landbevölkerung weithin angesehene Fachleute verfügte.³¹⁹ Und selbst jene Spitzenpolitiker, die keine ausgewiesenen Agrarexperten waren, genossen in der Bauernschaft hohes Ansehen. Das zeigt wiederum das Beispiel von Franz Josef Strauß, der sich seine Sporen nun nicht unbedingt auf dem Feld der Landwirtschaftspolitik verdient hatte. Dennoch erklärte Franz Hilger, der Vorsitzende der CSU-Arbeitsgemeinschaft für Landwirtschaft im Bezirksverband Oberbayern, der dem Parteivorsitzenden anlässlich seines 50. Geburtstags ein glückbringendes Ferkel überreichte, nach Meinung der Bauern wäre Strauß ‚der ‚rechte Bundeslandwirtschaftsminister‘, denn Strauß wäre im Stande, in Brüssel bei der EWG den Italiener Pisani ‚aufs Kreuz‘ und den Holländer Manzholt [sic!] ‚drauf‘ zu legen.“³²⁰ Die CSU und ihre führenden Vertreter hatten sich zum Schutzpatron der Landwirtschaft entwickelt und ihren Alleinvertretungsanspruch der bayerischen Bauern weitgehend durchgesetzt.

³¹⁴ Zum „bayerischen Weg“ in der Agrarpolitik vgl. Mintzel, Geschichte der CSU, S. 264 ff., und die Ausführungen von Josef Miller, in: Rill, Bavaria felix, S. 109 ff.

³¹⁵ RN vom 30. 9. 1970 („MdB Lemmrich: Auf guten Traditionen weiterplanen“).

³¹⁶ RN vom 7. 11. 1972 („Plädoyer für Bayerns Agrarpolitik“).

³¹⁷ Mintzel, Geschichte der CSU, S. 130.

³¹⁸ Vgl. dazu Eichmüller, Arbeiterbauern in Bayern, und Bohn, Wirtschaftsstruktureller Wandel und gesellschaftliche Orientierung, sowie Heinze, Soziale Lage und Deutungsmuster von Arbeiterbauern.

³¹⁹ Zu den Verbindungen von CSU und BBV vgl. Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, mit zahlreichen Beispielen.

³²⁰ WZ vom 6. 9. 1965 („Für Strauß zum 50. Geburtstag ein ‚Glücksschwein‘“).

3. Die Krisen der Volksparteien in den frühen siebziger Jahren

a) *Nagelprobe der CSU-Hegemonie: Die kommunale Gebietsreform*

Mit der Landtagswahl von 1970 schien sich die CSU als bayerische Staats- und Hegemonialpartei etabliert zu haben. Im Maximilianeum verfügte sie über eine komfortable absolute Mehrheit, und in Bonn galt sie schon längst als *die* Vertreterin bayerischer Interessen. Wie fest die bayerische Unionspartei wirklich im Sattel saß, sollte sich bald erweisen: Die kommunale Gebietsreform der frühen siebziger Jahre stellte die Nagelprobe für die Hegemonialposition der CSU im Freistaat dar. Zwar war die Notwendigkeit eines Neuzuschnitts der 143 Landkreise, 48 kreisfreien Städte und über 7100 Gemeinden schon seit den sechziger Jahren unstrittig, da die Verwaltungseinheiten des Freistaats im westdeutschen Vergleich besonders geringe Einwohnerzahlen und ausgeprägt kleinräumige Strukturen aufwiesen.³²¹ In Zeiten zunehmend komplexer werdender Probleme und wachsender Ansprüche der Bürger gerieten Landkreise und Gemeinden in die Gefahr, den Anforderungen einer modernen Administration nicht mehr gerecht zu werden.³²² Um ihre Leistungsfähigkeit zu stärken, mußten die Verwaltungseinheiten der unteren Ebene organisatorisch gestrafft und zahlenmäßig deutlich verringert werden, wie es in anderen Bundesländern bereits geschehen war.³²³

Die Quadratur des Kreises

Die Sache hatte freilich einen entscheidenden Haken: Im Unterschied zu den übrigen Bundesländern verfügten die Verwaltungskörperschaften in Bayern über eine lange Tradition, die bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts zurückreichte.³²⁴ Nicht zuletzt deswegen wollten die wenigsten Kreise und Kommunen freiwillig auf ihre Selbständigkeit verzichten, so daß der Gesetzgeber bzw. die Staatsregierung eine Entscheidung herbeiführen mußte, die bei den Betroffenen auf wenig Gegenliebe stoßen würde.³²⁵ Die CSU befand sich dabei in einem doppelten Dilemma: Als alleinige Regierungspartei hatte sie die Reform zu tragen und gegen den zum Teil erbitterten Widerstand zahlreicher Gemeinden und Kreise durchzusetzen, was umso schwerer fiel, weil vielfach auch die Interessen der „Regional-

³²¹ Die bis zur Gebietsreform bestehenden 143 bayerischen Landkreise wiesen zum 31. 12. 1970 eine durchschnittliche Einwohnerzahl von 48 900 auf und lagen damit etwa bei der Hälfte des Bundesdurchschnitts. Thieme/Prillwitz, Durchführung und Ergebnisse der kommunalen Gebietsreform, S. 156. Vgl. dazu und im folgenden auch Bocklet, Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform.

³²² Vgl. Poschen, Die ökonomischen Folgen der kommunalen Gebietsreform, S. 23, und Scheuner, Voraussetzungen der kommunalen Gebietsreform, S. 81 ff.

³²³ Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Niedersachsen hatten mit der Neuordnung ihrer mittleren Verwaltungsebene bereits vor dem Freistaat begonnen. Kock, Bayerische Landtag, S. 192. Vgl. dazu ausführlich Hahn/Brandel, Die kommunale Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, und Jochimsen/Knobloch/Treuner, Gebietsreform und regionale Strukturpolitik, die sich auf Schleswig-Holstein beziehen, sowie von Unruh, Gebiets- und Verwaltungsreform in Niedersachsen.

³²⁴ Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 450, und Bocklet, Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform, S. 189.

³²⁵ SZ vom 23./24. 1. 1971 („Gebietsreform kann alle Grenzen sprengen“). Zur politisierenden Wirkung der Gebietsreform auf dem Land vgl. Voigt, Kommunalpolitik im ländlichen Raum, S. 7 ff.

fürsten“ der eigenen Partei berührt waren, die um ihre kommunalen Ämter und ihre innerparteilichen Funktionen fürchteten. Da an der Gebietsreform jedoch kein Weg vorbeiführte und zudem Eile geboten war, schon um etwa die nach dem Landesplanungsgesetz von 1969 vorgesehene Einteilung des Staatsgebiets in Planungsregionen vornehmen zu können, mußte die CSU wohl oder übel in den sauren Apfel beißen.

Die Staatsregierung bemühte sich dabei nach Kräften um eine Kompromißlösung und versuchte, die Betroffenen – in erster Linie die Bezirksregierungen und die Vertretungskörperschaften der Landkreise – so weit wie möglich in den Prozeß der Entscheidungsfindung einzubeziehen.³²⁶ Der Startschuß fiel im Januar 1971 mit einem Rundschreiben des Innenministeriums, das die Regierungspräsidenten um Vorschläge für eine Neuordnung der Landkreise bat.³²⁷ Die Bezirksregierungen leiteten daraufhin ihrerseits alternative Pläne an die Landräte mit der Bitte um Stellungnahme weiter, auf deren Basis sie dem Innenministerium antworteten. Dort machte man sich an die Erstellung eines vorläufigen Konzepts für die Neugliederung, welches der Öffentlichkeit am 20. Mai vorgestellt wurde. Mitte Juli legte das Innenministerium dann den Entwurf einer Verordnung vor. Nun folgte eine zweimonatige Anhörungsphase, in der die betroffenen Gebietskörperschaften nochmals Gelegenheit zur Stellungnahme erhielten. Am 6. Oktober beschäftigte sich der Ministerrat mit der Reform der Landkreisgrenzen und faßte einen vorläufigen Beschluß, der Gegenstand einer zweiten Anhörungsphase wurde, die bis zum 29. Oktober dauerte. Am 9. November präsentierte die Staatsregierung den endgültigen Verordnungsentwurf, den – ein Volksbegehren war zwischenzeitlich gescheitert – der Landtag am 15. Dezember 1971 mit den Stimmen der CSU billigte.³²⁸ Nachdem das bayerische Verwaltungsgericht die Anfechtungsklagen verschiedener Landkreise abgewiesen hatte, trat die Kreisgebietsreform am 1. Juli 1972 in Kraft: Von den ehemals 143 bayerischen Landkreisen blieben nur 71 bestehen, und die Zahl der kreisfreien Städte sank von 48 auf 25.³²⁹ Von den elf in die Untersuchung einbezogenen Landkreisen bestanden nur Landsberg am Lech und Neumarkt in der Oberpfalz fort.

Mit der Bildung der neuen Großlandkreise, für die eine Richtzahl von 80000 Einwohnern galt, verfolgte die Staatsregierung eine Reihe von Zielen: Die wichtigsten bestanden in der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, die gleichzeitig effizienter und bürgernäher werden sollte, sowie der Verbesserung der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen und dem Abbau des Leistungsgefälles

³²⁶ Mindelheimer Zeitung vom 24. 5. 1971 („Der neue Weg zur Kreisreform“).

³²⁷ Vgl. dazu und im folgenden Knemeyer, Kreisgebietsreform, und Kazig, Bezugnahme, S. 37–46, sowie ACSP, BV Schwaben 149, Dr. Bruno Merk: „Gebietsreform in Bayern. Wichtigste innerpolitische [sic!] Aufgabe dieser Legislaturperiode“, vom 14. 1. 1971, und ebenda, Bayerisches Staatsministerium des Inneren, „Gebietsreform in Bayern“ vom 29. 1. 1971.

³²⁸ Kock, Bayerische Landtag, S. 191 f. Das Volksbegehren richtete sich nicht gegen die Gebietsreform an sich bzw. die konkreten Vorstellungen der Staatsregierung, sondern lediglich gegen die Art und Weise, wie die Reform in Kraft gesetzt werden sollte. Die Initiatoren, der sogenannte „Riedenburger Kreis“, forderten, die Gebietsreform nicht auf dem Verordnungsweg, sondern in Form eines Gesetzes mit Zweidrittelmehrheit zu verabschieden. Allerdings trugen sich bayernweit nur 3,7 Prozent der Abstimmungsberechtigten in die Listen des Volksbegehrens ein, das damit das nötige Quorum von zehn Prozent klar verfehlte. Kazig, Bezugnahme, S. 18.

³²⁹ Diese Angaben nach SJbB 30 (1972), S. 11.

zwischen Stadt und Land.³³⁰ Wenn die Staatsregierung jedoch geglaubt haben sollte, mit dem langwierigen Verfahren der Entscheidungsfindung den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, sah sie sich getäuscht. Möglicherweise stachelte das Pingpongspiel aus Vorschlägen, Stellungnahmen und wieder neuen Plänen den Protest sogar noch zusätzlich an. Daß er seine Vorstellungen nicht von Beginn an auf den Tisch gelegt hatte, wurde Innenminister Bruno Merk von Kritikern jedenfalls als Konzeptlosigkeit ausgelegt.³³¹ Aber wahrscheinlich hätten sich Merk und seine Mitstreiter auch mit jeder anderen taktischen Vorgehensweise ähnliche Vorwürfe eingehandelt – allen und vor allem den von der Auflösung Betroffenen die Gebietsreform als richtige und zukunftsweisende Maßnahme zu verkaufen, grenzte an die Quadratur des Kreises.

Rebellion in Wasserburg

Zwar sorgte der Neuzuschnitt der Landkreisgrenzen nicht überall für Aufruhr. In einigen Regionen, wie beispielsweise in Landsberg am Lech, konnte man durchaus zufrieden sein, da die Reform bedeutende Gebietsgewinne mit sich brachte. Aus den Nachbarlandkreisen kamen die Gemeinden Geltendorf, Kinsau, das Fuchstal und Unterdießen nach Landsberg, und zudem kehrte die vormals kreisfreie Kreisstadt wieder in den Landkreis zurück. Andere, zu denen auch der Landkreis Nördlingen zählte, konnten den Verlust ihrer Selbständigkeit verkraften, da sie nicht zerschlagen, sondern mit weiteren Altlandkreisen zusammengelegt wurden. Die Altlandkreise Nördlingen und Donauwörth bildeten nunmehr, arrondiert um einige Gemeinden aus dem Raum Neuburg an der Donau, den Großlandkreis Donau-Ries. Wo die Reform jedoch drastisch in die bestehenden Verwaltungsstrukturen einschneidet, lief die Bevölkerung gegen sie Sturm. Das bekam vor allem die CSU zu spüren, die für die vermeintlichen Ungerechtigkeiten verantwortlich gemacht wurde. Zu den Zentren des Protests gegen die Gebietsreform zählte neben Vilshofen und Wolfratshausen auch der Landkreis Wasserburg am Inn.

Dabei sah es für den relativ kleinen Landkreis Wasserburg, der im Dezember 1968 nur 52 196 Einwohner zählte und damit deutlich unter dem Richtwert von 80 000 lag, anfangs gar nicht schlecht aus.³³² Keiner der beiden Entwürfe, den die Bezirksregierung dem Landratsamt am 10. Februar 1971 vorlegte, sah eine völlige Zerschlagung des Landkreises vor. Nach der ersten Variante sollte der größte Teil Wasserburgs inklusive der Kreisstadt mit dem Landkreis Ebersberg zusammengelegt werden, während einige Gemeinden im Süden an Rosenheim und einige im

³³⁰ Bayerisches Staatsministerium des Inneren (Hrsg.), Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte, S. 52f., und ACS, BV Schwaben 149, Dr. Bruno Merk: „Gebietsreform in Bayern. Wichtigste innerpolitische [sic!] Aufgabe dieser Legislaturperiode“, vom 14. 1. 1971, und ebenda, Bayerisches Staatsministerium des Inneren, „Richtlinien für die Neugliederung des Staatsgebiets auf Kreisebene“ vom 29. 1. 1971, sowie Bocklet, Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform, S. 192 ff.

³³¹ Knemeyer, Kreisgebietsreform, S. 46 f.

³³² Diese Angabe nach SJB 29 (1969), S. 390. Vgl. im folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, die ausführliche Darstellung von Kazig, Bezugnahme, S. 37–69, der den Protest gegen die Kreisgebietsreform am Beispiel des Landkreises Wasserburg untersucht und dazu vor allem die „Wasserburger Zeitung“ ausgewertet und Zeitzeugen befragt hat. Dazu auch die allerdings sehr einseitige Darstellung der Bürgerinitiative des Landkreises Wasserburg (Hrsg.), Schwarzbuch Wasserburg.

Osten an Mühldorf fielen. Die zweite Variante schlug vor, den Landkreis Wasserburg zu Lasten des Nachbarn Traunstein ganz erheblich zu vergrößern und so über die Schwelle von 80 000 Einwohnern zu hieven. Landrat und Kreistag sprachen sich einmütig für die zweite Variante aus, für die sich im wesentlichen auch die Bezirksregierung in ihrer Stellungnahme an das Innenministerium stark machte. Dagegen reagierte man im benachbarten Traunstein, dessen nördlicher Teil zu Wasserburg kommen sollte, mit Empörung auf diesen Vorschlag. Hier warf man dem Wasserburger Landrat Josef Bauer vor, seine guten Kontakte zur CSU-Spitze genutzt zu haben, um „seinen“ Landkreis auf Kosten Traunsteins vor der Auflösung zu retten.

Die anfangs eher besonnene Stimmung in Wasserburg begann erst umzuschlagen, als Mitte Mai gerüchteweise bekannt wurde, daß sich die CSU-Fraktion im Landtag angeblich für eine Auflösung des Landkreises ausgesprochen hatte. Die CSU-Führung aus Stadt und Landkreis kam zu einer eilends einberufenen Sondersitzung zusammen und verabschiedete eine Resolution an den Landesvorstand der Partei, die sich scharf gegen eine Zerstückelung Wasserburgs wandte. In diesem Stadium sah es immer noch so aus, als sollte dem Landkreis dieses Schicksal erspart werden, denn das vorläufige Konzept der Neugliederung, das das Innenministerium am 20. Mai vorlegte und das auch der Wasserburger Kreistag einstimmig guthieß³³³, sah Wasserburg weiterhin als selbständige Verwaltungseinheit vor, diesmal allerdings um die nördlichen Gemeinden des Landkreises Rosenheim erweitert.³³⁴ Als dagegen Stimmen aus den betroffenen Kommunen laut wurden, die unter anderem behaupteten, die Wasserburger Bevölkerung trete gar nicht für den Erhalt ihres Landkreises ein, sprang der Funke auf die Inn-Region über. Auf einer ersten größeren Kundgebung wurde der Erhalt des Landkreises gefordert und eine Resolution an den Ministerpräsidenten verfaßt, die alle im Stadtrat und Kreistag vertretenen Parteien und Gruppen sowie verschiedene im Kreis ansässige Verbände und Organisationen unterzeichneten. Der Vorsitzende des Gewerbevereins Wasserburg, Franz Xaver Sinzinger³³⁵, rief wenig später sogar eine Bürgerinitiative für den Erhalt des Landkreises ins Leben.

Der Beschluß des Ministerrats vom 6. Oktober, demzufolge der Landkreis aufgelöst und seine Gemeinden auf die Nachbarn Rosenheim, Erding, Ebersberg und Mühldorf aufgeteilt werden sollten, schlug in Wasserburg wie eine Bombe ein und führte zu „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“.³³⁶ Nun rissen die Protestveranstaltungen nicht mehr ab, deren vorläufigen Höhepunkt eine von der Bürgerinitiative veranstaltete Demonstration auf dem Wasserburger Marienplatz darstellte, an der rund 10 000 Menschen teilnahmen. Die Stimmung war extrem gereizt, der Staats-

³³³ Unterlagen des OV Haag, Mappe „Ab 1. 1. 1967“, Kurzfassung und Auszüge aus der Stellungnahme des Kreistages Wasserburg zur Landkreisreform, undatiert (nach 31. 8. 1971).

³³⁴ Nach diesem Vorschlag wäre Wasserburg mit 68 300 Einwohnern der zweitkleinste Landkreis nach Rothenburg ob der Tauber gewesen. ACSP, BV Schwaben 149, Entwurf einer Presseerklärung des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren, undatiert (Mitte Mai 1971).

³³⁵ Franz Xaver Sinzinger, Inhaber eines Möbelgeschäfts in der Kreisstadt und Stadtratsmitglied, wurde zum Sprecher der Bürgerinitiative gewählt. In dieser Funktion avancierte er gewissermaßen zum „Motor“ des Wasserburger Widerstands gegen die Gebietsreform. Kazig, Bezugnahme, S. 60f.

³³⁶ Buckmiller/Fenzl, „Auf'm Land is nix los ...“, S. 158. Dazu ausführlich Augsburgs Zeitung vom 6. 10. 1971 („Nochmals zwei Landkreise weniger für Schwaben“).

regierung und der CSU schlug blanker Haß entgegen. Auf dem Marktplatz wurden Strohpuppen führender Politiker aufgehängt und überall im Landkreis prangten Plakate, die den Innenminister auf einer Bombe mit brennender Lunte sitzend zeigten. Vor allem die lokalen und regionalen Exponenten der Hegemonialpartei gerieten zunehmend unter Druck, obwohl auch sie nach wie vor rückhaltlos für den Erhalt des Landkreises eintraten. Am 9. Oktober beschloß eine Kreismitgliederversammlung, „aus Protest gegen die geplante Zerstückelung unseres Landkreises [...] die Einstellung jeglicher Parteiarbeit [...]“.³³⁷ Ende des Monats löste sich die Kreistagsfraktion auf, die ihre Arbeit von nun an unter dem pathetischen Namen „Gerechtigkeit“ fortsetzte. Parallel dazu fanden vor der Staatskanzlei in München Demonstrationen statt, zu der die Wasserburger Bürgerinitiative aufgerufen hatte und an denen sich rund 1500 Menschen aus dem Landkreis beteiligten. Dabei forderten die Demonstranten auf Plakaten und Spruchbändern „Gerechtigkeit für Wasserburg“, klagten den „CSU-Diktator Merk“ an und drohten: „Merk, Huber, Kiesl laßt Euch sagen, die CSU geht wegen Euch baden“.³³⁸

Trotz aller Proteste hielt die Staatsregierung in ihrem endgültigen Verordnungsentwurf vom 9. November 1971 an der Zerschlagung des Landkreises fest. Dieser Ankündigung folgte eine neuerliche Welle von Protestaktionen. Bauern legten wiederholt den Verkehr lahm, die Feuerwehr rückte zu mehreren Protestübungen aus, und die Schnapsbrennerei Sigl brachte mit dem „Wasserburger Widerstandsgeist“ und dem „Wasserburger Märtyrerblut“ zwei eigens für diesen Anlaß hergestellte Kreationen auf den Markt, die den Demonstranten nicht nur zur symbolischen Stärkung dienten: Der Verkaufserlös ging als Spende an die Bürgerinitiative.³³⁹ Parallel dazu lief die Frist zur Einschreibung in das Volksbegehren, in das sich – nicht zuletzt dank eines kostenlosen Transportservices zum Abstimmungslokal und dem nimmermüden Engagement aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte – über die Hälfte aller stimmberechtigten Einwohner des Landkreises eintrugen, womit Wasserburg die höchste Beteiligung in ganz Bayern erzielte.³⁴⁰ Umso größer fiel die Enttäuschung über das magere Gesamtergebnis aus. Funktionäre und Mitglieder, die nach wie vor treu zur CSU standen, gerieten immer mehr in die Isolation.³⁴¹ Anfang Dezember verließen schließlich sechs der sieben CSU-Stadträte ihre Partei und gründeten die „Wasserburger Union“ – ein Akt der

³³⁷ Unterlagen des OV Haag, Mappe „Ab 1. 1. 1967“, Rundschreiben Karl Neuburgers an die Ortsvorsitzenden des CSU-Kreisverbandes vom 9. 12. 1971. Die Einladungen zu dieser Kreisversammlung war unmittelbar nach Bekanntwerden des Ministerratsbeschlusses abgesandt worden mit der eindeutigen Aufforderung, „eine eindrucksvolle Demonstration unseres einhelligen politischen Willens“ abzulegen. ACSP, KV Wasserburg 8, Rundschreiben des Kreisverbandes Wasserburg an alle Mitglieder vom 6. 10. 1972.

³³⁸ Abbildung in Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 450.

³³⁹ Mündliche Auskunft von Ludwig Meindl vom 25. 1. 2001.

³⁴⁰ 50,4 Prozent der Abstimmungsberechtigten hatten sich eingeschrieben, damit hatte Wasserburg über die Hälfte der insgesamt abgegebenen Stimmen aufgebracht. Buckmiller/Fenzl, „Auf m Land is nix los ...“, S. 158. In der Marktgemeinde Haag wurde ein Rundschreiben, das die Bürger der Gemeinde zur Eintragung in die Listen aufforderte, vom Bürgermeister, CSU, SPD und FDP sowie der katholischen und evangelischen Geistlichkeit unterzeichnet. Unterlagen des OV Haag, Mappe „Ab 1. 1. 1967“, Rundschreiben „Liebe Bürger und Bürgerinnen des Marktes Haag/Obb.“, undatiert (November 1971).

³⁴¹ Unterlagen des OV Haag, Mappe „Ab 1. 1. 1967“, Rundschreiben Karl Neuburgers an die Ortsvorsitzenden des CSU-Kreisverbandes vom 9. 12. 1971.

Verzweiflung, der an der Auflösung des Landkreises nichts mehr ändern konnte. Am 15. Dezember segnete der Landtag die Verordnung des Innenministeriums ab, und damit war das Schicksal des Landkreises Wasserburg endgültig besiegelt.

Vor dem Aus? Die Krise der CSU

Nicht zuletzt die Art und Weise, wie die Entscheidung gegen den Landkreis Wasserburg fiel, brachte die Bevölkerung gegen die CSU und die von ihr geführte Staatsregierung auf. Man witterte Ränkespiele hinter den Kulissen, bei denen die Rolle des Bösewichts wechselte, aber stets überaus prominent besetzt war:³⁴² Ganz oben auf der Liste der „Schuldigen“ standen Innenminister Bruno Merk und sein Staatssekretär Erich Kiesel, die Initiatoren der Gebietsreform. Dazu kamen in den wechselnden Stadien der Auseinandersetzung die Vertreter aus den benachbarten Landkreisen Ebersberg, Traunstein und Mühldorf, denen man vorwarf, gegen die Selbständigkeit Wasserburgs intrigiert zu haben. In diesem Licht erschien der Landtagsabgeordnete Nikolaus Asenbeck, der aus Zangberg im Landkreis Mühldorf stammte, und dem man unterstellte, er habe Wasserburg „geopfert“, um „seinen“ Landkreis zu „retten“. Ähnlich dachten in Wasserburg viele über Otto Freiherr von Feury, den mächtigen Präsidenten des Bayerischen Bauernverbands, der den Landkreis Ebersberg im Maximilianeum vertrat. Als Schurke schlechthin galt Ludwig Huber, der als Vorsitzender der CSU-Fraktion im Landtag über großen Einfluß gebot und der sich, so munkelte man, über Gebühr für seinen Wahlkreis Traunstein eingesetzt habe. „Ein Einwohner nach Wasserburg, und ich bringe die Gebietsreform zu Fall“³⁴³, kolportierte die Wasserburger Zeitung eine Äußerung des Kultusministers.

Welchen Sündenbock man auch favorisierte, eines war allen gemein – sie standen für die CSU. Und mit dem Schwarzen Peter der Gebietsreform in der Hand, mußte die Partei in die Wahlen des Jahres 1972 gehen. Verzweifelt bemühten sich die verbliebenen Funktionäre, die Parteiarbeit wieder in Gang zu bringen. Der Haager Ortsvorsitzende Fritz Gruber beschwor die Mitglieder im Januar 1972, „trotz der, wenn auch wohl begründeten Verärgerung durch die Landkreisreform, bestimmt zu der Versammlung zu erscheinen“, da man gemeinsam beraten wolle, wie es nun weitergehen könne.³⁴⁴ Allerdings machte man sich keine großen Illusionen. Die Kommunalwahlen von 1972, hieß es in einem Rundschreiben des Ortsverbands Wasserburg, „sehen die CSU in Wasserburg in einer Situation, wie sie problematischer nicht sein könnte. Konnten wir vor [zwei] Jahren noch ohne weiteres erwarten, die absolute Mehrheit zu erreichen, so geht es heute um das Überleben.“³⁴⁵ Bescheidene Hoffnungen setzte man darauf, daß es prominenten und durch die Reform nicht diskreditierten CSU-Politikern gelingen könnte, die

³⁴² Vgl. im folgenden Kazig, Bezugnahme, S. 56 ff.

³⁴³ Zitiert nach Kazig, Bezugnahme, S. 57. Auch Nikolaus Asenbeck betonte in einer öffentlichen Diskussion, daß das bekannt schlechte Verhältnis zwischen Landrat Bauer und Kultusminister Huber ausschlaggebend für die Auflösung des Landkreises Wasserburg gewesen sei.

³⁴⁴ Unterlagen des ÖV Haag, Mappe „Ab 1. 1. 1967“, Einladung des Ortsverbands Haag zur Ortshauptversammlung am 17. 1. 1972 vom 12. 1. 1972.

³⁴⁵ ACSF, KV Wasserburg 9, Rundschreiben des Ortsverbands Wasserburg an seine Mitglieder vom 24. 5. 1972.

großen Vorbehalte gegen die Partei abzubauen. In einem Brief an Max Streibl, der das 1970 geschaffene Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen leitete, hieß es, „daß die Situation der CSU in Wasserburg nun einmal fatal ist und daß unseres Erachtens das Auftreten einer bekannten und in der Gebietsreform zudem nicht ‚vorbelasteten‘ Persönlichkeit sich besonders günstig auswirken dürfte.“³⁴⁶ Die Wasserburger Unionsanhänger erwarteten sich wahre Wunderdinge von Streibl: „Wir zählen mit Sicherheit darauf, daß es Ihnen gelingen würde, die Gebietsreform in den Rahmen größerer Notwendigkeit zu stellen, die echten politischen Dimensionen aufzuzeigen und somit das Vertrauen in die CSU erneut zu festigen.“ In der Sache selbst betonten die lokalen Vertreter der CSU einerseits, „die CSU in Wasserburg hat die Gebietsreform nicht gewollt und nicht befürwortet.“³⁴⁷ Andererseits versuchten sie, den Neuzuschnitt der Landkreise als notwendiges Übel zu rechtfertigen, dem sich keine Partei verweigern konnte, wobei das Konzept der CSU noch das konstruktivste gewesen sei. Zudem werde die Reform keineswegs so negative Folgen zeitigen, wie man momentan befürchte. Dennoch herrschte in der Partei tiefe Verunsicherung, und ihre Mitglieder befürchteten ein Strafgericht des Wählers.

Allen Unkenrufen zum Trotz konnte die CSU bei den Kommunalwahlen von 1972 ihre Position auf allen Ebenen der Kommunalpolitik sogar leicht ausbauen: Nach den Wahlen von 1972 stellte sie 11,6 Prozent der bayerischen Bürgermeister, 15,9 Prozent der Gemeinderäte sowie 49,1 Prozent der Kreisräte und 56,6 Prozent der Landräte.³⁴⁸ Selbst in den Gemeinden des Altlandkreises Wasserburg ging die CSU nicht unter, wenn ihre Ergebnisse auch extrem unterschiedlich ausfielen. In den Zentren des Widerstands gegen die Gebietsreform, in denen die CSU ihre bewährten Funktionäre und Mandatäre verloren hatte, erhielt sie eine deutliche Abfuhr.³⁴⁹ In der Stadt Wasserburg stand sie von vorneherein auf verlorenem Posten, da ihre Führungsmannschaft entnervt das Handtuch geworfen hatte und ihre Stadtratsfraktion fast geschlossen aus der Partei ausgetreten war. Sie schloß sich mit einer weiteren Wählergruppe zum „Wasserburger Block“ zusammen, der 1972 zur beherrschenden Kraft im Stadtrat avancierte. Das zeigte sich auch in der Wahl des Bürgermeisters: Nach dem altersbedingten Rückzug von Gabriel Neumeier setzte sich der vom „Wasserburger Block“ vorgeschlagene Martin Geiger, ein promovierter Jurist aus dem Württembergischen, der zuvor als juristischer Staatsbeamter am Wasserburger Landratsamt gewirkt hatte, klar mit 55,2 Prozent gegen den Kandidaten der SPD durch.³⁵⁰ In anderen Kommunen des Altlandkrei-

³⁴⁶ ACSP, KV Wasserburg 9, Werner Schneider an Max Streibl vom 18. 4. 1972. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

³⁴⁷ ACSP, KV Wasserburg 9, Rundschreiben des Ortsverbands Wasserburg an seine Mitglieder vom 24. 5. 1972.

³⁴⁸ Diese Angaben nach BSB 332, S. 37 (Bürgermeister), S. 20 (Gemeinderäte) und S. 31 (Kreisräte); die Landräte aufgrund eigener Berechnung nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen der 143 bayerischen Landkreise. Zum Vergleich: 1966 wurden 9,7 Prozent der Bürgermeister, 12,3 Prozent der Gemeinderäte, 46,4 Prozent der Kreisräte und 54,6 Prozent der Landräte auf Vorschlag der CSU gewählt. Diese Angaben nach BSB 283, S. 49 (Bürgermeister), S. 40 (Gemeinderäte) sowie S. 30 (Kreisräte). Die Landräte aufgrund eigener Berechnung nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen der 143 bayerischen Landkreise.

³⁴⁹ Dazu und im folgenden Kazig, Bezugnahme, S. 70f.

³⁵⁰ Schriftliche Mitteilung des Stadtarchivs Wasserburg vom 11. 4. 2001.

ses, in denen die CSU bewährte Kräfte aufbieten konnte, schnitt sie dagegen hervorragend ab. In der Marktgemeinde Haag beispielsweise entfielen auf den populären Bürgermeister Huber, den die CSU wiederum ins Rennen geschickt hatte, 96,7 Prozent der Stimmen. Auch in der Gemeinderatswahl konnte die CSU mit 58,5 Prozent erheblich mehr Stimmen verbuchen als 1966.³⁵¹ Mit einem derartigen Ergebnis hatten vor der Wahl selbst die kühnsten Optimisten nicht gerechnet.

Auf dem Land ohne Alternativen: Faktoren der Krisenüberwindung

Fraglos hatte die Kreisreform die CSU 1971 in eine tiefe Krise gestürzt, doch gelang es der Partei, sie relativ schnell zu überwinden, wie sich auch an der Mitgliederentwicklung ablesen läßt: 1972 gewann die bayerische Unionsschwester 32000 neue Mitglieder hinzu³⁵² – auch das ein deutliches Indiz dafür, daß die angeschlagene Hegemonialpartei sehr rasch wieder auf die Beine kam. Dazu trugen eine Reihe von Faktoren bei. Der CSU kam einmal zugute, daß bei Bundestags- und Landtagswahlen ganz andere Themen im Vordergrund standen. 1972 erhielt sie unfreiwillige Schützenhilfe von der SPD, die den Urnengang als „westdeutschen Volksentscheid über die Ostpolitik“ der sozialliberalen Koalition inszenierte³⁵³, einer auch in der Bevölkerung heiß umstrittenen Frage. Mochte von dieser Frontstellung bundesweit auch die Sozialdemokratie in besonderem Maße profitieren, die erstmals seit Kriegsende zur stimmenstärksten Partei aufstieg, so konnte sich die CSU ihrer bayerischen Klientel in *dieser* Frage doch weitgehend sicher sein. Das für die Union so heikle Thema Gebietsreform geriet dabei fast völlig aus dem Blick.

Weit wichtiger dürften jedoch die Veränderungen gewesen sein, die das Parteiensystem des Freistaats seit 1949/50 durchlaufen hatte. Denn die CSU zeichnete sich in den frühen siebziger Jahren nicht zuletzt deswegen durch eine so große Stabilität aus, da es ihrer Klientel, zumal auf dem Land, an Alternativen fehlte. Von Kommunalwahlen einmal abgesehen, bei denen sich freie Wählergruppen anboten, um der Hegemonialpartei einen Denkmittel zu verpassen – wem wollte die in ihrer Mehrheit konservativ eingestellte Landbevölkerung denn die Stimme geben?³⁵⁴ Die NDP, die als Protestpartei prädestiniert gewesen wäre, befand sich nach ihrem kurzen Höhenflug zwischen 1966 und 1969 seit 1970 bereits wieder auf dem absteigenden Ast.³⁵⁵ Zudem trat sie in den altbayerischen Brennpunkten der Gebietsreform so gut wie nicht in Erscheinung. Die FDP war organisatorisch nur ganz schwach verankert³⁵⁶, auf dem Land – von einigen protestantischen

³⁵¹ 1966 hatte die CSU in der Haager Gemeinderatswahl 41,7 Prozent der Stimmen erhalten. Mit besonderer Genugtuung registrierte der Ortsvorsitzende, daß es gelungen war, die Zahl der Haager Vertreter im neuen Kreistag von einem auf drei zu vergrößern. Diese Angaben nach Unterlagen des OV Haag, Mappe „1. 1. 1973–31. 12. 1974“, Manuskript des Rechenschaftsberichts Fritz Grubers auf der Jahreshauptversammlung des CSU-Ortsverbands Haag am 6. 4. 1973.

³⁵² 1970 zählte die CSU 75001 Mitglieder, ein Jahr später waren es 74713. Diese und die folgenden Angaben nach Gnad, Christlich-Soziale Union in Bayern.

³⁵³ Baring, Machtwechsel, S. 499. Auch Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 562, bezeichnete die Bundestagswahl von 1972 als „Plebiszit über die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition“.

³⁵⁴ Zur politischen Grundeinstellung der Landbevölkerung vgl. Krekeler, Wahlverhalten der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

³⁵⁵ Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 443 f.

³⁵⁶ Vgl. Mintzel, Strategie und Organisation, S. 161–168.

Landstrichen abgesehen – so gut wie nicht präsent und zudem durch ihre Beteiligung an der sozialliberalen Koalition in Bonn in den Augen vieler konservativer Wähler diskreditiert. Das deuteten zumindest die Stimmenverluste an, welche die FDP bei der Landtagswahl von 1970 in einigen ihrer Hochburgen wie Nördlingen einstecken mußte.³⁵⁷ Die SPD schließlich, die einzige verbliebene ernstzunehmende Rivalin, konnte gerade im Streit um die Gebietsreform unter der Landbevölkerung keine Punkte sammeln, weil ihr Konzept in dieser Frage noch weitaus einschneidender als das der CSU war. Der Vorschlag der SPD sah eine völlige Neugliederung des Freistaats vor: Demnach sollte Bayern in 20 bis 30 Verwaltungsregionen eingeteilt werden, welche die Aufgaben der Bezirksregierungen und der Landkreise zu übernehmen und darüber hinaus bei der Regionalplanung mitzuwirken hatten. Die SPD wollte damit die politisch-administrativen Strukturen des Freistaats völlig umkrepeln und den aus der Ära Montgelas überkommenen vierstufigen Verwaltungsaufbau durch ein dreistufiges Modell ersetzen.³⁵⁸

Aber wahrscheinlich wären die Wähler in den agrarisch geprägten Regionen selbst dann nicht ins Lager der SPD gewechselt, wenn sie ein ganz anderes Konzept zur Gebietsreform vertreten hätte. Schließlich kam die SPD hier aus ganz anderen Gründen nicht an. Die einzige Konkurrenz der CSU auf dem Land war die Bayernpartei gewesen, und selbst die hatte es nur in Altbayern verstanden, die CSU ernsthaft herauszufordern. Seitdem sich die CSU in den fünfziger Jahren im „Bruderzwist“ durchgesetzt hatte und die Bayernpartei in den sechziger Jahren in der völligen Bedeutungslosigkeit versunken war, gab es auf dem Land keinen Gegner mehr, der die Hegemonialposition der CSU auf Bundes- und Landesebene bedrohen konnte. Zehn Jahre früher, als die Bayernpartei noch im Landtag vertreten und in Ober- und Niederbayern wenigstens rudimentär organisatorisch präsent gewesen war, hätte sich der Neuzuschnitt der Landkreise zu einer existentiellen Bedrohung für die CSU entwickeln können – 1971/72 nicht mehr.³⁵⁹ So konnte die bayerische Unionspartei relativ gelassen abwarten, bis die Gebietsreform auch in den Zentren des Widerstands langsam in Vergessenheit geriet. Das war zwar bei der Landtagswahl von 1974 noch nicht der Fall, wie etwa das Ergebnis in der Stadt Wasserburg verdeutlicht: Hier erreichte die CSU nur 45,2 Prozent der Stimmen, was einem Verlust von 6,8 Prozentpunkten gegenüber der Wahl von 1970 bedeutete, während sich die Bayernpartei von 3,9 auf 12,9 Prozent verbesserte.³⁶⁰ Doch beherrschte seinerzeit bereits ein ganz anderes Thema den Wahlkampf: die Auseinandersetzungen der SPD mit ihrer renitenten Parteijugend.

³⁵⁷ In der Landtagswahl von 1970 kam die FDP im Landkreis Nördlingen nur noch auf 4,7 Prozent. BSB 309 a, S. 18.

³⁵⁸ Das Folgende nach SPD Landesverband Bayern (Hrsg.), Verwaltungs- und Gebietsreform in Bayern, und ACSP, BV Schwaben 149, SPD Landtagsfraktion und Kommission „Gebietsreform“ des kommunalpolitischen Landesausschusses, „Grundsätze einer Gebiets- und Verwaltungsreform“ vom 15. 2. 1971, sowie Bocklet, Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform, S. 201.

³⁵⁹ Zu diesem Zusammenhang Mintzel, Geschichte der CSU, S. 269f.

³⁶⁰ Diese Angaben nach WZ vom 29. 10. 1974 („CSU-Einbußen von 6,76 Prozent“).

b) Der Aufstand der Jusos und das Ende des sozialdemokratischen Frühlings

In den sechziger Jahren entwickelte sich die „Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten“, wie die Jusos offiziell hießen, von einer braven Nachwuchsorganisation zu einer rebellischen innerparteilichen Opposition, wovon allerdings zunächst weder die Öffentlichkeit noch die SPD selbst Notiz nahmen. Ausgelöst wurde diese Veränderung nicht zuletzt durch den enormen Zustrom junger Akademiker, den die Partei in jenen Jahren erlebte und der ihr Gesicht radikal veränderte.³⁶¹ Die daraus resultierenden Spannungen, eine hochexplosive Mischung aus Generationenkonflikt, programmatischer Auseinandersetzung und Positionskämpfen, waren der Preis, den die SPD auf dem Weg zur Volkspartei entrichten mußte. Die jungen Wilden, zum Großteil nicht mehr im Arbeitermilieu verwurzelt, sondern oft aus den gutbürgerlichen Häusern der Mittelschicht stammend, konnten mit der biederen Gemütlichkeit in den Ortsvereinen der SPD nichts anfangen.³⁶² Sie wollten sich auch nicht mit dem bis dahin Erreichten begnügen, sondern übten scharfe Kritik am „System“ der Bundesrepublik und forderten eine umfassende „Demokratisierung“ der Gesellschaft. Dazu betrieben sie, geleitet von der marxistischen bzw. „kritischen“ Theorie, die Reideologisierung der Sozialdemokratie: Die Jusos holten die roten Fahnen, welche nach Godesberg eingemottet worden waren, wieder aus der Rumpelkammer der Traditionskompanie hervor und konfrontierten die älteren Genossen mit dem Vorwurf, die Partei habe mit ihren sozialistischen Traditionen gebrochen und huldige lediglich einem opportunistischen Pragmatismus. Parallel dazu tobte ein Kampf um Mandate und Positionen, denn die Jusos drängten vehement in die politische Verantwortung, um ihre theoretischen Konzepte in die Praxis umzusetzen, während die arrivierten Sozialdemokraten keineswegs gewillt waren, ihre Machtbasis kampfflos zu räumen.³⁶³

„Münchener Verhältnisse“

Schauplätze dieser Auseinandersetzungen waren hauptsächlich die großstädtischen Hochburgen der SPD mit ihren Universitäten, Fachhochschulen, Gymnasien und anderen Bildungseinrichtungen und, nicht zu vergessen, ihren roten Rathäusern, deren Repräsentanten für die Jusos schon bald die innerparteiliche wie die gesellschaftliche „Reaktion“ verkörperten. Im Freistaat stand die Landeshauptstadt, die sich seit Jahrzehnten fest in sozialdemokratischer Hand befand, ab 1970 im Zentrum des Konflikts.³⁶⁴ Der überaus populäre Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel führte das eine Lager und konnte sich hauptsächlich auf die Stadtratsfraktion stützen, während das andere vor allem in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten Rückhalt fand, deren Landesvorsitzender Rudolf Schöfberger als führender Kopf des linken Flügels galt. Im Februar 1970 gelang es

³⁶¹ Vgl. dazu ausführlich Lösche/Walter, SPD, S. 146–157. Vgl. im folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, ebenda, S. 336–339, und Süß, Kumpel und Genossen, S. 405–413.

³⁶² Zur vereinsmeiernden Gemütlichkeit in den SPD-Ortsvereinen vor der Eintrittswelle junger Genossen vgl. Kronawitter, Mit allen Listen und Kniffen, S. 22–25.

³⁶³ Vgl. dazu auch Bracher/Jäger/Link, Republik im Wandel, S. 34–42 und S. 97–102.

³⁶⁴ Vgl. dazu und im folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, Streeck/Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 55–107, die weitgehend den Standpunkt der Jusos vertreten, sowie die Gegenposition bei Vogel, Amtskette, S. 213–247.

den „Progressiven“, mehr oder weniger kampfflos den Münchner Unterbezirksvorstand zu erobern, was ihnen eine gute Ausgangsposition im beginnenden Machtkampf verschaffte. Der brach offen aus, als Vogel im April 1970 bekanntgab, nach dem Ende seiner Amtszeit in die Landespolitik wechseln zu wollen. Die einzelnen Auseinandersetzungen folgten im Grunde immer dem gleichen Muster: Sie begannen mit öffentlichen „Aktionen“ der Jusos, die sich auf die Rückendekung durch den Münchner Unterbezirksvorstand verlassen konnten. Die Stadtratsfraktion und der Oberbürgermeister versuchten daraufhin, die Gegenseite unter Druck zu setzen, indem sie über die Presse vor einer Unterwanderung und Instrumentalisierung der SPD durch bestimmte Gruppen warnten und den Unterbezirksvorstand aufforderten, sich zu distanzieren bzw. hart durchzugreifen.

Der erste Skandal ging von einer Feier aus, die das griechische Generalkonsulat anlässlich des Jahrestags des Militärputschs in Griechenland am 2. Mai 1970 organisierte.³⁶⁵ Der Unterbezirksvorsitzende Helmut Meyer und die Jusos hatten schon im Vorfeld wütend gegen diese Veranstaltung protestiert, die Stadtverwaltung sah sich jedoch aus rechtlichen Gründen nicht in der Lage, sie zu unterbinden. Daraufhin fanden sich am 2. Mai zahlreiche Demonstranten zu einer Protestkundgebung vor dem Bürgerbräukeller ein, zu der studentische Organisationen, griechische Exilgruppen und die Jusos aufgerufen hatten. Dabei kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, elf Menschen, darunter acht Polizisten, wurden teilweise schwer verletzt. Die Unterbezirkskonferenz der Jungsozialisten reagierte mit einer Resolution, die scharfe Angriffe gegen Vogel, den Polizeipräsidenten Manfred Schreiber und die Münchner Polizei enthielt, denen man unter anderem „Unterstützen der griechischen Faschisten“ vorhielt.³⁶⁶ Zwar wies ein Unterbezirksparteitag am 25. Mai diese Beschuldigungen zurück, doch erschienen die Resolution und weitere geharnischte Kommentare nur wenige Tage darauf in der „juso-information“. Die Auseinandersetzung um die „Griechenfeier“ war noch in vollem Gange, da platzte schon die nächste Bombe, als sich der Münchner Unterbezirksvorstand in einer öffentlichen Erklärung gegen den Einmarsch der Vereinigten Staaten in Kambodscha wandte. Die Jungsozialisten verfaßten gemeinsam mit anderen Organisationen, darunter einigen kommunistischen, ein Flugblatt, das zu einer Protestdemonstration aufrief und der Bundesregierung „Komplicität“ beim Völkermord vorwarf.³⁶⁷

Anfang Juni 1970 erfolgte der Gegenschlag. Zunächst ergriff eine Gruppe von 16 Sozialdemokraten, darunter so prominente Genossen wie Wilhelm Hoegner und Waldemar von Knoeringen, in einem offenen Brief Partei für den Oberbürgermeister und erhob schwere Vorwürfe gegen „[r]adikale Pseudorevolutionäre

³⁶⁵ Zur „Griechenfeier“ und ihren Folgen vgl. den ausführlichen Bericht in: AdsD, Bezirk Südbayern IV, Nr. 43, Schnellhefter: „Kontrollkommission München, Untersuchungs- und Feststellungsverfahren auf Antrag des Vorstands des Bezirks Südbayern vom 16. 6. 1970“, Unterbezirk München an den Bezirksvorstand vom 28. 9. 1970, betr.: Untersuchungsbericht.

³⁶⁶ Zitiert nach Streeck/Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 60.

³⁶⁷ Dazu ausführlich AdsD, Bezirk Südbayern IV, Nr. 43, Schnellhefter: Parteiordnungsverfahren SPD-Bezirksvorstand gegen Juso-Unterbezirksvorstand München, Bericht der Schiedskommission des Unterbezirks München, Parteiordnungsverfahren gegen Siegmund Geiselberger, Hedda Jungfer, Rolf Kern, Carmen König und Werner Mitkin vom 20. 2. 1971.

und einzelne Mitglieder des Unterbezirksvorstandes“.³⁶⁸ Zwei Tage später legte Vogel nach, indem er in einer Presseerklärung vor einer Unterwanderung der SPD durch radikale Kräfte warnte und seine Bereitschaft bekundete, nun doch noch einmal für das Amt des Oberbürgermeisters zu kandidieren. Diesem Druck konnte der Unterbezirksvorstand nicht standhalten, und beide Seiten unterzeichneten am 9. Juni das sogenannte „Einigungspapier“, das – weitgehend von Vogel diktiert – die künftigen Beziehungen zwischen Rathaus und Partei regelte. Wer geglaubt hatte, damit sei das Kriegsbeil begraben, sah sich jedoch bald getäuscht. Ende September 1970 verabschiedeten die Münchner Jungsozialisten ihr „Kommunalpolitisches Grundsatzprogramm“, das sofort zum Gegenstand heftiger Kontroversen wurde. Kein Wunder, stellten die Jusos doch die Einführung des Rätessystems, die Kommunalisierung der Wohlfahrtsverbände und des Versicherungswesens sowie die kostenlose Bereitstellung von Wohnraum, Gas, Wasser und ähnlichem bis hin zu den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Debatte.³⁶⁹

Zu allem Überfluß verstieg sich Rudolf Schöfberger Anfang November – in der heißen Phase des Landtagswahlkampfs! – auf einer Pressekonferenz auch noch zu Aussagen, die sich als Forderung nach Ablösung des Landesvorsitzenden Volkmar Gabert deuten ließen. Vogel ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, mit dem ungeliebten Rivalen abzurechnen: „Das Verhalten Schöfbergers stellt die denkbar größte Schädigung der Partei im Wahlkampf dar. [...] Darüber hinaus offenbart das Verhalten Schöfbergers auch einen schweren charakterlichen Mangel und einen Verstoß gegen die primitivsten Grundsätze der Loyalität.“³⁷⁰ Damit gab Vogel die Richtung vor, die auf eine weitere Eskalation des Konflikts hinauslief. Nachdem die SPD in der Landtagswahl von 1970 erstmals seit langer Zeit wieder Verluste hinnehmen mußte, geriet die Analyse des Landesvorstands zum Scherbengericht über Schöfberger. Anton Hochleitner, ein SPD-Abgeordneter aus Passau, bemerkte mit Blick auf die Jusos, man könne gegen die CSU nur bestehen, wenn man ihr nicht auch noch die Munition in die Hand gebe, und Bruno Friedrich, der einflußreiche Vorsitzende des Bezirks Franken, meinte, die „Jusos haben verheerende Wirkung auf das Image der Partei“. Schöfberger verteidigte sich gegen die Vorwürfe und attackierte Gabert und Vogel, die er als „politische[...] Austragsbauer[n]“ abqualifizierte. Damit stand er jedoch auf verlorenem Posten, und der Landesvorstand mißbilligte sein Verhalten in einem offiziellen Beschluß einstimmig.³⁷¹

Im Dezember 1970 begannen sich die parteiinternen Gegner der Jusos in München zu formieren. Auf Einladung von Adolf Johann, Ludwig Koch und Hans Preißinger trafen sich rund 100 Genossen im Gewerkschaftshaus, um über die

³⁶⁸ Abgedruckt in: Streeck/Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 171 f.

³⁶⁹ In einem weiteren offenen Brief warfen 83 Genossen den Jusos vor, ihre Forderungen seien teils „utopisch und ohne praktische Realisierungschance“, teils verstießen sie gegen das Godesberger Programm und das Grundgesetz. Abgedruckt in: Streeck/Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 176 f.

³⁷⁰ AdsD, Bezirk Franken 38, Hans-Jochen Vogel an den Vorstand des Unterbezirks München vom 13. 11. 1970.

³⁷¹ AdsD, Bezirk Südbayern 7, Aktennotiz über die Landesvorstandssitzung der SPD vom 25. 11. 1970 im Maximilianeum, sowie AdsD, Bezirk Franken 38, Handschriftliches Protokoll der Sitzung des Landesvorstandes am 25. 11. 1970, und ebenda, Beschlußprotokoll über die Sitzung des Landesvorstandes am 25. 11. 1970.

Parteikrise zu debattieren. Jungsozialisten und Mitgliedern des Unterbezirksvorstands wurde der Zutritt verwehrt. Für den nächsten Paukenschlag sorgte Vogel, der am 17. Februar seinen größten Trumpf ausspielte, indem er abermals auf eine neuerliche Kandidatur für das Amt des Oberbürgermeisters verzichtete. Zur Begründung erklärte er, niemand könne von ihm verlangen, „daß ich mich als Aushängeschild für Kräfte benützen lasse, deren Weg ich für verderblich halte.“³⁷² Dieser Schritt sorgte für ein enormes Medienecho, das die „Münchener Verhältnisse“ endgültig auch weit über die Landesgrenzen hinaus zum Gesprächsthema machte. Zunächst schien es so, als sollte Vogel mit seinem Konfrontationskurs erfolgreich sein: Auf einem Unterbezirksparteitag Ende Februar wurde der linke Unterbezirksvorstand gestürzt und er selbst zum neuen Unterbezirksvorsitzenden gewählt. Im Sommer konnte er mit Georg Kronawitter einen „Pragmatiker“ zum OB-Kandidaten durchsetzen. Doch der Schein trog, die Kräfteverhältnisse verschoben sich unaufhaltsam zugunsten der „Progressiven“, die eine Stadtteilorganisation nach der anderen eroberten. Im Frühjahr 1972 verfügten sie über eine komfortable Mehrheit, und am 8. April löste Rudolf Schöfberger seinen Rivalen Hans-Jochen Vogel im Vorsitz des Unterbezirks ab.

Provinzposse in der Landeshauptstadt: Die „Sozialen Demokraten 72“

Damit war der Streit jedoch noch lange nicht beendet. Immer wieder drohte die Münchner SPD in den frühen siebziger Jahren, an dem permanenten Konflikt mit der eigenen Parteijugend auseinanderzubrechen.³⁷³ Ironischerweise erfolgte die Spaltung schließlich nicht von links, wo man die Sollbruchstelle vermutete, sondern von rechts. Am 7. Mai 1972 probte Günther Müller, der den Wahlkreis München-Süd im Bundestag vertrat, den Aufstand: Er brach mit der SPD und rief mit den „Sozialen Demokraten 72“ eine eigene Wählergruppe ins Leben, die bei der bevorstehenden Stadtratswahl an den Start gehen sollte, während er selbst gegen Kronawitter für das Amt des Oberbürgermeisters kandidierte.³⁷⁴

Zur offiziellen Begründung hieß es, Müller wolle der „Linksentwicklung“ in der Münchner SPD nicht mehr tatenlos zusehen, doch das war allenfalls die halbe Wahrheit.³⁷⁵ Müller war im März 1955 in die SPD eingetreten und hatte in der Partei schnell Karriere gemacht. Schon 1956 stieg der gebürtige Passauer, der in München Sport, Geschichte, Zeitungswissenschaft und Germanistik studierte, zum bayerischen Landesvorsitzenden des SDS auf, aus dem er jedoch 1958 auschied. 1961 avancierte er zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten, zwei Jahre später zu ihrem Vorsitzenden. 1964 promovierte er summa cum laude mit einer Arbeit über „König Max II. und die soziale Frage“, bevor er

³⁷² Hans-Jochen Vogel an den SPD-Unterbezirk München vom 16. 2. 1971, abgedruckt in: Streeck/Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 178 ff., Zitat S. 180.

³⁷³ Vgl. ausführlich Lösche/Walter, SPD, S. 339–364.

³⁷⁴ Frankfurter Rundschau vom 9. 5. 1972, und Welt am Sonntag vom 14. 5. 1972. Eine Fülle von Material zu Müller und den „Sozialen Demokraten 72“, darunter eine umfangreiche Sammlung von Zeitungsausschnitten, findet sich in AdsD, Bezirk Südbayern 8 und 57.

³⁷⁵ Siehe das Interview mit Müller, in: Der Spiegel vom 8. 5. 1972, S. 36 ff. („Zehn Minuten habe ich zurückgebrüllt“). Das Folgende nach Welt am Sonntag vom 14. 5. 1972. Siehe auch die extrem negative Charakterisierung Müllers von Imanuel Geiss, in: Die Zeit vom 9. 7. 1972 („Vom Gewissen redet er“).

im Jahr darauf den Bundeswahlkreis München-Süd für die SPD eroberte. Zum ersten Konflikt mit den Jusos, deren Bundesvorsitzender er bis 1967 gewesen war, kam es, als Müller 1968 im Bundestag für die Notstandsgesetze stimmte. Als er 1970 die Kontakte von SPD-Mitgliedern zur DKP anprangerte, wurde ihm ein Schiedsverfahren wegen Ehrlosigkeit angehängt, wobei er sich von der Parteiprominenz im Stich gelassen fühlte. Seit dieser Zeit sah er sich als einsamer Streiter wider „die Linken“, eine Rolle, die seiner Karriere in der Partei nicht gut bekam. Lange Zeit als Nachfolger von Franz Marx als Vorsitzender des Bezirks Südbayern gehandelt, überwarf er sich im Bundestagswahlkampf von 1969 mit seinem Mentor, der sich daraufhin vehement gegen Müller aussprach, „weil er ihn nicht für seriös und rechtschaffen hält.“³⁷⁶ Obwohl sich der Bezirksvorstand mehrheitlich für Müller als neuen Vorsitzenden aussprach, unterlag er im April 1970 auf dem Bezirksparteitag in einer Kampf abstimmung knapp gegen Georg Kronawitter, für dessen Wahl sich nicht zuletzt die Jusos stark gemacht hatten, um Müller als Vorsitzenden zu verhindern. Nach der Neuwahl des dezidiert linken Münchner Unterbezirksvorstands schien es zudem mehr als fraglich, ob Müller 1973 wieder als Bundestagskandidat nominiert werden würde. Die Abspaltung war mithin das in erster Linie persönlich motivierte Werk eines Mannes, der ein „zweifelhaftes Renommee als wankende Randfigur der schwächlichen Bonner Koalition“ genoß.³⁷⁷

Das Unternehmen stand jedoch von Anfang an unter keinem guten Stern. Die Gründung der „Sozialen Demokraten 72“ ähnelte eher einer Provinzposse als einem ernstzunehmenden politischen Akt.³⁷⁸ Müller hatte seine Getreuen unter beinahe konspirativen Vorsichtsmaßnahmen im Hinterzimmer eines Münchner Vorterrassenlokal versammelt, das den bezeichnenden Namen „Deutsche Eiche“ trug. Man wählte sich streng abgeschirmt von Presse und Genossen, die freilich durch ein geöffnetes Oberlicht jedes Wort mithören konnten. Trotz intensiver Werbung Müllers und beinahe flehentlicher Aufrufe, und obwohl auch die Frauen, Bräute, Freundinnen und Töchter der Kandidaten zur Unterschriftsleistung herangezogen wurden, kamen die erhofften 40 Kandidaten für die Stadtratsliste nicht zusammen. So mußte Müller mit einer Rumpfmannschaft antreten, die kurze Zeit später weiter dezimiert wurde, als eine Reihe von Genossen – vom Bezirksvorstand vor die Wahl zwischen der SPD und Müllers Wählergemeinschaft gestellt – ihre Kandidatur zurückzogen.³⁷⁹ Was Müller selbst betraf, reagierte die SPD eher mit Hohn: Der südbayerische Bezirksvorstand gab eine von Christian Ude verfaßte Presseerklärung heraus, die Müller und die „Sozialen Demokraten 72“ als trojanisches Pferd der CSU brandmarkte:

³⁷⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 114, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 10. 10. 1969 in München, Stellungnahme von Franz Marx. Marx hatte Müller intern bereits im Jahr zuvor zu seinem Nachfolger erkoren. AdsD, Bezirk Südbayern 13, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 3. 2. 1968 in München.

³⁷⁷ Diese Charakterisierung in: Der Spiegel vom 15. 5. 1972, S. 34 („Keim in der Eiche“). Die vorstehenden Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern 110, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 17. 4. 1970 in Garmisch-Partenkirchen, und SPD-Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1968/1969, S. 2, sowie Baring, Machtwechsel, S. 414.

³⁷⁸ Das Folgende nach Frankfurter Rundschau vom 9. 5. 1972, und Der Spiegel vom 15. 5. 1972, S. 34 („Keim in der Eiche“).

³⁷⁹ AdsD, Bezirk Südbayern 14, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 16. 5. 1972 in München.

„Das ausgeprägte Geltungsbedürfnis eines glücklosen Abgeordneten und die Wahlstrategie des Franz Josef Strauß sind eine unheilige Allianz eingegangen. [...] Es wäre ehrlicher gewesen, eine CSU-Wählerinitiative zu gründen. [...] Der Münchner Wähler wird dem Bündnis von getarnten CSU-Helfershelfern und Repräsentanten der Narrhalla eine deutliche Abfuhr erteilen.“³⁸⁰

So kam es denn auch: Die „Sozialen Demokraten 72“ erhielten bei der Stadtratswahl vom 11. Juni 1972 lediglich 2,5 Prozent und fielen damit glatt durch.³⁸¹

„Münchner Verhältnisse“ in der Provinz? Die kurze Blüte der Wasserburger Jusos

Am 16. Mai wurde Günther Müller aus der SPD ausgeschlossen, im September trat er der CSU bei. Wenn die „Sozialen Demokraten“ auch eine bedeutungslose Episode blieben, hatten sie doch das Bild heillosen Zerrissenheit, das die Münchner SPD bot, verstärkt. Allerdings brachte auch dieser Warnschuß die Streithähne nicht zur Besinnung, und die Querelen zwischen Jungsozialisten und einem Teil des „Parteiestablishments“ gingen mit unverminderter Härte weiter. Die einen propagierten unverdrossen marxistisch-theoretische Blütenräume, die anderen sahen darin nichts als kommunistische Wühlarbeit, wobei die Auseinandersetzungen vorzugsweise über die Presse ausgetragen wurden. Die Öffentlichkeit staunte zunächst ungläubig, bevor sie sich schließlich enttäuscht von der Sozialdemokratie abwandte. Erst 1978, als die Münchner SPD mit dem Rathaus auch ihre letzte Bastion an die CSU verlor, kehrte wieder Ruhe ein – doch da war es bereits zu spät.³⁸²

Der Dauerkonflikt zwischen der SPD und ihrer Nachwuchsorganisation blieb nicht auf die Landeshauptstadt beschränkt, vielerorts herrschten „Münchner Verhältnisse“. In der proletarischen Provinz erreichten die Auseinandersetzungen eine ähnliche Heftigkeit³⁸³, wenn auch nicht dieselbe überregionale Publizität. Auf dem Land sah es etwas anders aus: In manchen Regionen befiedelten sich die lokalen Vogels und Schöfbergers wie in der Isarmetropole, während andere Landstriche von derartigen Turbulenzen weitgehend verschont blieben. Auch in Wasserburg hatten die Bundestagswahl von 1969, der „Machtwechsel“ und Brandts Versprechen, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen, unter den jungen Leuten große Hoffnungen geweckt, die jedoch in scharfem Kontrast zu den beengenden Verhältnissen der ländlichen bzw. kleinstädtischen Lebenswelt stan-

³⁸⁰ AdsD, Bezirk Südbayern 14, Telex SPD-Bezirk Südbayern an SZ vom 8. 5. 1972. Betr.: Erklärung des Vorstands der Münchner SPD zur Gründung einer kommunalen Wählervereinigung durch Dr. Müller: „Politischer Amokläufer als Helfershelfer von Franz Josef Strauß“.

³⁸¹ Diese Angabe nach Streeck/Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 107, Anmerkung 142. So skurril sich diese Affäre auch ausnehmen mochte, entwickelte sie sich im Frühjahr 1972 dennoch zu einem Politikum ersten Ranges. Nach dem gescheiterten Versuch, die Bundesregierung mit Hilfe eines konstruktiven Mißtrauensvotums zu stürzen, herrschte nämlich zwischen Regierung und Opposition ein Patt im Bundestag. „Damit bescherte der Bundestagsabgeordnete Bonns regierenden Sozialdemokraten just in jener Woche zusätzlich Ärger, in der die sozialliberale Koalition durch ihre schwerste politische Krise schlitterte.“ Der Spiegel vom 15. 5. 1972, S. 34 („Keim in der Eiche“). Vgl. dazu Baring, Machtwechsel, S. 396–427, und Bracher/Jäger/Link, Republik im Wandel, S. 67–76, sowie Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 550–556.

³⁸² Zur Entwicklung der Münchner SPD bis 1978 vgl. ausführlich Lösche/Walter, SPD, S. 339–364.

³⁸³ Vgl. dazu ausführlich Süß, Kumpel und Genossen, S. 405–436.

den.³⁸⁴ Einige von ihnen beschlossen, nicht zuletzt von den Ereignissen in München inspiriert, eine Juso-Gruppe in der Kreisstadt aufzubauen, doch ging ihre Initiative zunächst ins Leere. Das änderte sich erst, als Michael Buckmiller dazukam, der zwar aus Wasserburg stammte, aber schon seit geraumer Zeit in München studierte und im Ruf stand, ein echter Revolutionär zu sein. Akademische Bildung, rhetorische Begabung, der theoretisch-wissenschaftliche Universitätsklang jener Tage und seine Erfahrungen aus der Studentenbewegung ließen ihn blitzartig zum „Durchblicker“, zur unumstrittenen Führungspersönlichkeit aufsteigen.

Nach einer Diskussions- und Orientierungsphase trat die Gruppe im Februar und März 1971 geschlossen in die SPD ein, in der sie schnell Einfluß gewinnen und wichtige Positionen besetzen konnte. Dabei kam den Jusos zugute, daß Ortsverein und Kreisverband, durch persönliche Konflikte und Animositäten geschwächt, schon seit Jahren am Boden lagen.³⁸⁵ Belastend wirkte sich vor allem das gespannte Verhältnis zwischen den Vorsitzenden des Ortsvereins und des Kreisverbands, Rudolf Heinz und Willi Kreck, aus, die um die Nachfolge Gabriel Neumeiers als Bürgermeister der Kreisstadt konkurrierten.³⁸⁶ Daher wurden die Jungsozialisten, die sich schon lange für eine Beendigung der Streitigkeiten stark gemacht hatten³⁸⁷, nicht nur mit offenen Armen aufgenommen, sondern auch umgehend in Funktionen gewählt: Nach der Neuwahl des Wasserburger Ortsvereinsvorstands am 27. März 1971 stellten die Jusos den stellvertretenden Vorsitzenden, den Kassier und alle fünf Beisitzer, dazu kamen 18 von 25 Delegierten zur Kreiskonferenz, von denen einige der Partei erst wenige Tage angehörten.³⁸⁸ Dadurch verschob sich das Kräfteverhältnis auf der wenige Tage später stattfindenden Kreiskonferenz, auf der Herbert Witt zum Nachfolger Willi Krecks gewählt wurde. Kreck und einige andere wollten sich mit dieser Niederlage nicht abfinden. Sie fochten die Wahl mit der Begründung an, daß eine Reihe von Delegierten noch nicht zwei Jahre der Partei angehörten, wie es Paragraph 13 der Parteisatzung vorschrieb.³⁸⁹ Ortsverein und Kreisverband bestanden jedoch auf der Notwendigkeit, die jungen Genossen sogleich in die Verantwortung zu nehmen:

„Unsere Jungsozialisten sind [...] weder Radikale noch Utopisten, sondern maßvolle, vernünftige, überaus interessierte und für politische Fairness eintretende junge Parteifreunde. [...] Ohne Jungsozialisten ist hier in Wasserburg eine sinnvolle und erfolgversprechende Parteilarbeit nicht mehr möglich. Auch Wahlkämpfe können ohne sie hier nicht mehr durchge-

³⁸⁴ Brandts Regierungserklärung von 1969 abgedruckt in von Beyme (Hrsg.), Die großen Regierungserklärungen, hier S. 252. Zur Entwicklung der Wasserburger Jusos vgl. im folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, Buckmiller/Fenzl, „Auf'm Land is nix los ...“, S. 159–171.

³⁸⁵ Walter Treittinger, lange Jahre der starke Mann im Kreisverband Wasserburg, hatte nach partei-internen Auseinandersetzungen, die bis zu persönlichen Beleidigungen reichten, das Handtuch geworfen. Alle Versuche des Bezirksvorstands, „in der Wasserburger Organisation Frieden einkehren zu lassen“, waren gescheitert. AdsD, Bezirk Südbayern 41, Max Allmer an Hans Höchtl vom 30. 1. 1969.

³⁸⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 19, Willi Kreck an Rudolf Heinz vom 27. 10. 1969, und ebenda, Rudolf Heinz an Willi Kreck vom 29. 10. 1969.

³⁸⁷ AdsD, Bezirk Südbayern 146, Aufruf der Jungsozialisten im Kreis Wasserburg am Inn, undatiert (Juni 1970).

³⁸⁸ Diese Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern 146, Rudolf Heinz an den Bezirk Südbayern vom 30. 3. 1971, und ebenda, Kreisverband Wasserburg an den Bezirk Südbayern vom 4. 4. 1971, sowie die Aufstellung in ebenda, Rudolf Heinz an Max Allmer vom 2. 5. 1971.

³⁸⁹ AdsD, Bezirk Südbayern 146, Walter Kaufmann an Ludwig Kessler vom 21. 4. 1971.

führt werden. [...] Unser Ziel ist es nun, unsere Jungsozialisten so in die Parteiarbeit einzuführen, daß sie [...] Verantwortung tragen können, ohne dabei aber die Basis des Godesberger Programms zu verlassen. Wir können damit jedoch nicht noch ein, zwei Jahre warten, bis sie eine zweijährige Mitgliedschaft vorzuweisen haben. Wir müssen jetzt neu anfangen. Später wäre es wohl zu spät.“³⁹⁰

Herbert Witt, der frischgebackene Kreisvorsitzende, wurde noch deutlicher: „Wenn Ihr einen Fortbestand der Partei im Kreis Wasserburg wünscht, dann bleibt Euch nichts anderes übrig, als die Delegierten zu bestätigen.“³⁹¹ So kam es schließlich auch.

Allerdings sollte das Verhältnis zwischen SPD und Jungsozialisten nicht lange spannungsfrei bleiben, denn auch in Wasserburg wirkten die Konflikte in der Landeshauptstadt als „Katalysator des Protests“.³⁹² Bald sorgten die Jusos am Inn mit Veranstaltungen zur Kriegsdienstverweigerung und zur Bildungsmisere auf dem Land für Schlagzeilen, und sie begannen, in der Kommunalpolitik, etwa beim Bau einer neuen Kläranlage, unangenehme Fragen zu stellen. Mit einer eigenen Druckerpresse ausgerüstet, von der sie reichlichen Gebrauch machten, überschwemmten die jungen Wilden die Kreisstadt mit einer regelrechten Flut von Flugblättern, welche die SPD immer wieder in eine höchst unangenehme Lage brachten.³⁹³ Das galt vor allem für ihre Stellungnahmen zur Gebietsreform: Die Jusos vertraten die Ansicht, daß in erster Linie die ortsansässigen Kleinunternehmer, die sich am meisten gegen die Auflösung des Landkreises sträubten, die Verantwortung für die Strukturschwäche Wasserburgs trügen, da sie, aus Angst vor höheren Lohnforderungen, die Ansiedlung von Industriebetrieben und so ein Wachstum des Kreises verhindert hätten. Damit unterminierten sie freilich nicht nur die Position der SPD, sondern verloren in der aufgepeitschten Stimmung selbst jeden Rückhalt. Anfeindungen, sogar Drohungen gegen die Gruppe und einzelne Mitglieder häuften sich, was die beabsichtigte Wirkung offenbar nicht verfehlte. Als sich die Jungsozialisten bei der Aufstellung des Bürgermeisterkandidaten nicht durchsetzen konnten, resignierten viele und traten aus der SPD aus. Damit hatte der Spuk in Wasserburg ein Ende.

Machtkampf im Unterbezirk Bad Kissingen

Daß die Jusos in Wasserburg so schnell wieder an Einfluß verloren, lag auch daran, daß sie sich von Anfang an weitgehend auf die Stadt beschränkt und nur ansatzweise versucht hatten, in der Region Fuß zu fassen. Zwar stellten sie mit Josef Fenzl den Unterbezirkvorsitzenden, doch spielte diese Ebene für sie allem Anschein nach nur eine untergeordnete Rolle. Ganz anders sah es im Unterbezirk Bad Kissingen aus, zu dem auch der Landkreis Königshofen gehörte. Das lag vor allem an Gernot Göller, dem Gründer und langjährigen Unterbezirkvorsitzenden der dortigen Jusos. Göller, Stadtrat und Rechtspfleger in Mellrichstadt, war,

³⁹⁰ AdsD, Bezirk Südbayern 146, Rudolf Heinz an Max Allmer vom 2. 5. 1971.

³⁹¹ AdsD, Bezirk Südbayern 146, Herbert Witt an Max Allmer vom 5. 5. 1971.

³⁹² Süß, Kumpel und Genossen, S. 411.

³⁹³ Dazu AdsD, Bezirk Südbayern 131, Tätigkeitsbericht des Unterbezirks Inn-Salzach im November 1971, undatiert, und ebenda, Tätigkeitsbericht des Unterbezirks Inn-Salzach im Dezember 1971, undatiert.

was man eine schwierige Persönlichkeit nennt. Sein langjähriger Weggefährte Walter Graumann, der spätere Vorsitzende im Kreisverband Rhön-Grabfeld, charakterisierte ihn als „Hitzepilz“ mit der „Eigenschaft, gerne zu provozieren“. Zwar sei Göller ein „Arbeitspferd“, der viel für die SPD geleistet habe, er „werfe aber oft wieder ein, was er an anderer Stelle aufgebaut habe“.³⁹⁴ Angetrieben von brennendem Ehrgeiz, betrachtete Göller seine Tätigkeit als Juso-Sprecher lediglich als Durchgangsstation auf dem Weg zu höheren Parteiämtern. Seine Hoffnungen, im Herbst 1973 zum neuen Unterbezirkvorsitzenden gewählt zu werden, zerschlugen sich jedoch, und Göller mußte sich mit dem Posten des dritten Stellvertreters begnügen.³⁹⁵ Dabei wollte er es allerdings nicht belassen. Als Hebel im partei-internen Machtkampf bediente sich Göller der Jungsozialisten, die ihrem „Zieh-vater“ nach wie vor beinahe bedingungslos folgten.³⁹⁶ In ihrem Namen brachte er bereits auf der ersten Sitzung des neuen Unterbezirkvorstands einen Mißtrauensantrag gegen den Vorsitzenden, den Landtagsabgeordneten Heinrich Schneier, ein, der jedoch mit deutlicher Mehrheit zurückgewiesen wurde.³⁹⁷

Diese Ränkespiele vollzogen sich vor dem Hintergrund eines bereits länger schwelenden Konflikts zwischen der SPD und ihrem Nachwuchs, der auch im Unterbezirk Bad Kissingen versuchte, die Sozialdemokratie vom volksparteilichen Kurs abzubringen und die traditionelle Arbeiterbewegung wiederzubeleben. Das brachte die Partei in eine schwierige Situation: Einerseits benötigte sie, von Sklerotisierung und organisatorischer Lähmung bedroht, dringend die Frischzellenkur durch den Eintritt jüngerer Genossen. Andererseits waren die Jusos nicht mehr das „lammfromme Anhängsel der Partei“, sondern eine Herausforderung, von der niemand sagen konnte, wie die SPD sie bestehen würde. „Das ist kein Unglück und braucht sich nicht nachteilig für die Partei auszuwirken“, versuchte Unterbezirkssekretär Ludwig Leisentritt die damit verbundenen Ängste zu beschwichtigen, „wenn sich der Elan unserer jungen Genossen mit der Erfahrung der Älteren vereint.“³⁹⁸ Diese Hoffnung erwies sich aufgrund völlig konträrer programmatischer Vorstellungen jedoch als illusorisch, und besonders zwischen den Gewerkschaften und den Jungsozialisten entstanden Spannungen.

1974 verschärfte sich der Konflikt. Leisentritt beschuldigte die aufmüpfigen Junggenossen, sie versuchten, die eben erst gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ zu unterwandern, wobei er vom eigenen Parteinachwuchs sprach, als wäre er ein Feind, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gelte.³⁹⁹ Vor allem Gernot Göller geriet in sein Visier, dem der Unterbezirkssekretär schon

³⁹⁴ AdsD, Bezirk Franken 97, Unterbezirk Bad Kissingen, Protokoll der 7. Unterbezirksvorstandssitzung am 22. 6. 1974 in Haßfurt.

³⁹⁵ AdsD, Bezirk Franken 97, Ludwig Leisentritt an Bruno Friedrich vom 3. 8. 1973, und ebenda, Unterbezirk Bad Kissingen, Protokoll über die Neuwahl des Unterbezirksvorstands am 22. 9. 1973 in Zeil am Main.

³⁹⁶ AdsD, Bezirk Franken 97, Ludwig Leisentritt an Bruno Friedrich vom 3. 8. 1973. Dazu auch den Artikel des neuen Unterbezirkssprechers der Jusos, Walter Stumpf, „Kein Nachruf“, in: Maultrommel Nr. 9, S. 3, in dem die Jungsozialisten Göller ihrer weiteren Gefolgschaft versicherten.

³⁹⁷ AdsD, Bezirk Franken 97, Unterbezirk Bad Kissingen, Protokoll der 1. Unterbezirksvorstandssitzung am 22. 10. 1973.

³⁹⁸ AdsD, Bezirk Franken 97, Unterbezirk Bad Kissingen, Arbeitsbericht von 1971 bis September 1973, undatiert (1973).

³⁹⁹ AdsD, Bezirk Franken 97, Ludwig Leisentritt an den Bezirk Franken vom 22. 1. 1974.

früher vorgeworfen hatte, seine Strategie erinnere „an den Feuerwehrmann, welcher zündelt, um zu beweisen, wie schnell er am Brandplatz sei.“⁴⁰⁰ Nun bezichtigte Leisentritt den streitbaren Stadtrat, er führe die Jungsozialisten „auf Konfrontationskurs“ mit der SPD und ihren Funktionären, obwohl „die Partei gegenwärtig mit dem Rücken zur Wand stehe und eine schwere Landtags- und Bezirkstagswahl zu bestehen habe.“⁴⁰¹ Damit lag er nicht ganz falsch, die Jusos nahmen tatsächlich wenig Rücksicht auf taktische Zwänge und praktische Notwendigkeiten. Am 25. Mai, dem Vorabend des 25jährigen Jubiläums des Grundgesetzes, veröffentlichten die Hofheimer Jungsozialisten eine Erklärung ihres Bundesvorstands, deren Kernthese lautete, die „Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland widerspricht in zentralen Bereichen den Verfassungsnormen und dem Auftrag des seit 25 Jahren geltenden Grundgesetzes.“⁴⁰² In der „skandalösen Einkommens- und Vermögensverteilung, in Miet-, Preiswucher und Bodenspekulation, in einer Unterprivilegierung der Kinder aus der Arbeiterschicht und der Landbevölkerung sowie in der besonderen sozialen Benachteiligung von Alten und Kranken, Behinderten und den Benachteiligten, die gemeinhin als soziale Randgruppen abgetan werden“, komme lediglich zum Ausdruck, daß sich in Westdeutschland „vorrangig Kapitalinteressen durchgesetzt“ hätten. Das Grundgesetz könne, so das Fazit der Erklärung, erst dann verwirklicht werden, „wenn die grundlegenden Widersprüche und Privilegien der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik aufgehoben sind.“ Für viele Funktionäre war diese Erklärung ein Schlag ins Gesicht, da sie die Arbeit der SPD-geführten Bundesregierung ins Zwielficht setzte und die Chancen der Partei in den bevorstehenden Wahlen schmälerte. Sie empfanden es daher geradezu als „Hohn, daß Parteigelder für solche Ergüsse eingesetzt werden, für die man eigentlich von der CSU Honorar verlangen müsste.“⁴⁰³

In diese angespannte Atmosphäre platzte ein anonymer Artikel in der „Maultrommel“, dem Organ der Jungsozialisten im Unterbezirk, der sich unter dem Titel „Bruno Friedrich sticht der Hafer (-korn)“ äußerst kritisch mit der „Situation der Beziehungen zwischen Jusos und Rechten in der fränk[ischen] SPD“ befaßte.⁴⁰⁴ Den Anlaß bot ein – aus Sicht des Verfassers – „an den Haaren herbeigezogene[s]“ Parteiordnungsverfahren, das der Bezirksvorstand gegen den fränkischen Juso-Vorsitzenden Helmut Haferkorn beantragt hatte, der für eine Zusammenarbeit der sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien Westeuropas eingetreten war. Allerdings löste weniger der Vorwurf in der Sache als vielmehr der Ton des Artikels den Skandal aus. „Regionale Parteifürsten“, so hieß es da, betrieben „in der bürgerlichen Presse eine Hatz von bisher unbekanntem Ausmaß“, um sich „auf Kosten eines Teils der Partei [zu] profilieren“, wodurch sie der SPD großen Schaden zufügten. Darauf folgten endlose persönliche Beleidigungen gegen den Bezirksvorsitzenden Bruno Friedrich, der stets

⁴⁰⁰ AdsD, Bezirk Franken 97, Ludwig Leisentritt an Bruno Friedrich vom 3. 8. 1973.

⁴⁰¹ AdsD, Bezirk Franken 97, Ludwig Leisentritt an Heinrich Schneier vom 16. 4. 1974.

⁴⁰² Bote vom Haßgau vom 25. 5. 1974 („Die Jungsozialisten der SPD erklären zum Verfassungstag“). Die folgenden Zitate nach ebenda.

⁴⁰³ AdsD, Bezirk Franken 97, Ludwig Leisentritt an den Bezirk Franken vom 6. 6. 1974.

⁴⁰⁴ Eine Ausgabe findet sich in: AdsD, Bezirk Franken 97. Die folgenden Zitate ebenda.

abwertend als „Parteifreund“ titulierte wurde, während Jungsozialisten wie Helmut Haferkorn oder die Bundesvorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zeul als „Genosse“ oder „Genossin“ firmierten. Friedrich, „der sich als Mann des Parteiapparats hochgedient“ habe, organisiere „den Machtkampf in unserer Partei [...] unter Zuhilfenahme des Parteistatuts und der Schiedsordnung.“ Damit habe Friedrich „sich und der Partei einen denkbar schlechten Dienst erwiesen. Und gerade jetzt, so kurz vor den Wahlen zum Bayerischen Landtag, könnte man von dem Bezirksvorsitzenden einer Partei erwarten, daß er für den Wahlkampf tätig wird und sich nicht in innerparteilichen Querelen verzettelt. Offensichtlich hat er noch nicht begriffen, wo zu diesem Zeitpunkt der politische Gegner steht.“ Die Druckerschwärze war noch nicht trocken, da wurde der Artikel bereits zum Gegenstand einer heftigen Debatte im Unterbezirksvorstand, der am 7. Juni 1974 im Naturfreundehaus „Warme Sonne“ in Zeil am Main zusammentrat.⁴⁰⁵ Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet dabei Gernot Göller, der zunächst den Verfasser des Artikels nicht nennen wollte, auf energisches Nachbohren dann aber doch zugab, ihn selbst geschrieben zu haben. Zur Empörung seiner Vorstandskollegen zeigte Göller keinerlei Reue: Friedrich habe „nun mal Fehler gemacht“, lautete seine lapidare Rechtfertigung. Als man ihm daraufhin nahelegte, sein Amt als stellvertretender Unterbezirksvorsitzender niederzulegen, lehnte er mit der Begründung ab, er müsse „erst eine Juso-Konferenz einberufen lassen“. So blieb dem Vorstand, nachdem alle Schlichtungsversuche ergebnislos verlaufen waren, schließlich keine andere Wahl, als eine Unterbezirkskonferenz einzuberufen, die Göller abwählen sollte, und ein Parteiordnungsverfahren gegen den widerspenstigen Stadtrat einzuleiten, wobei man betonte, „daß sich die Schritte gegen den Genossen Göller und nicht gegen die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten richten.“⁴⁰⁶

Das traf durchaus zu. Jenen, die den Ausschluß Göllers betrieben, ging es hauptsächlich darum, einen notorischen Querulanten – und nichts anderes war Göller in ihren Augen – ein für allemal auszuschalten. Insbesondere Unterbezirkssekretär Leisentritt vertrat diese Auffassung:

„In den fünf Jahren, während denen ich mit G[ernot] G[öller] zu tun hatte, habe ich den Eindruck gewonnen, daß er sich kaum jemals einfügen wird. Wer mit 34 Jahren noch mit dem Leninsterne an der Pelzmütze, mit einem Marx-Porträt auf dem Handkoffer und dem Drusba-Gruß durch die Lande zieht[,] befindet sich noch immer in der Pubertät; das ist keine Qualifikation[,] einen Unterbezirk zu führen.“⁴⁰⁷

Die Jusos sahen das freilich ganz anders, sie interpretierten das Vorgehen des Unterbezirksvorstands als gegen sie gerichtete Attacke.⁴⁰⁸ Daher mobilisierten sie im Vorfeld der Unterbezirkskonferenz alle Kräfte, um die Abwahl ihres Mentors zu verhindern. In einem Rundschreiben appellierten sie an alle Delegierten, dem An-

⁴⁰⁵ Das Folgende nach AdsD, Bezirk Franken 97, UB Bad Kissingen, Protokoll der 6. Unterbezirksvorstandssitzung am 7. 6. 1974 in Zeil am Main. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

⁴⁰⁶ AdsD, Bezirk Franken 97, Rundschreiben des Unterbezirks Bad Kissingen Nr. 97 vom 25. 6. 1974, und ebenda, UB Bad Kissingen, Protokoll der 7. Unterbezirksvorstandssitzung am 22. 6. 1974 in Haßfurt.

⁴⁰⁷ AdsD, Bezirk Franken 97, Ludwig Leisentritt an Bruno Friedrich vom 11. 6. 1974.

⁴⁰⁸ AdsD, Bezirk Franken 97, Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD im Unterbezirk Bad Kissingen an das Bezirkskollektiv des JUSO-Bezirks Franken vom 8. 6. 1974, und ebenda, Resolution der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten Haßfurt vom 12. 7. 1974.

trag des Vorstands nicht zu folgen. Zur Begründung hieß es, Göller sei zwar Mitverfasser des inkriminierten Artikels, aber nicht allein für seinen Inhalt verantwortlich, der zudem „voll der Wahrheit entspricht“. Darüber hinaus sei Göller „der Motor der Jugendarbeit in der SPD unsres Unterbezirks“, der mit großem Engagement und Erfolg für die Partei kämpfe, dessen Tätigkeit als Stadtrat allgemein geschätzt werde, und den der politische Gegner wie kaum einen zweiten Sozialdemokraten an der Rhön fürchte. Seine Absetzung sei „eine Schädigung der Partei“, von der allein die CSU profitiere.⁴⁰⁹

Doch alles Werben und Trommeln nutzte nichts. Die Unterbezirkskonferenz, die am 27. Juli 1974 in Haßfurt stattfand, zeigte einmal mehr, daß die Jusos auf dem Land über keine Mehrheiten verfügten. Nach langen und hitzigen Diskussionen nahmen die Delegierten den Antrag des Vorstands schließlich mit 70 zu 47 Stimmen an⁴¹⁰, anschließend kam es zu tumultartigen Szenen. Das Protokoll vermerkte lapidar: „Mehrere Mitglieder werfen ihre Parteibücher nach dem UB-Vorsitzenden.“⁴¹¹ Tatsächlich folgten dem Spektakel eine Reihe von Austritten, und auch bei denjenigen jungen Genossen, die in der Partei blieben, saß die Wut tief. Eine Konferenz der Jungsozialisten im Kreis Rhön-Grabfeld, der politischen Heimat Göllers, beschloß, die Mitarbeit in der SPD einzustellen⁴¹², und auch im Unterbezirk zeigten die Jusos wenig Neigung, sich im laufenden Wahlkampf zu engagieren. Ihr Vorsitzender Walter Stumpf, der den Mitgliedern des Unterbezirksvorstands eine „Profilneurose“ attestierte⁴¹³, brachte es auf den Punkt: Die Funktionäre hätten zwar eine Abstimmung gewonnen, darüber aber die Jugend verloren. Daß dies keine leeren Drohungen waren, sollte der Unterbezirksvorsitzende Heinrich Schneier am eigenen Leib erfahren. Seine Wiederwahl in den Landtag hing nämlich maßgeblich davon ab, wie viele Zweitstimmen er an der Rhön gewinnen würde.⁴¹⁴ Obwohl Schneier gerade hier einen besonders intensiven Wahlkampf geführt hatte, schnitt er im Landkreis Rhön-Grabfeld sehr schlecht ab und verpaßte den Wiedereinzug ins Maximilianeum.⁴¹⁵ Der Unterbezirksvorstand hatte sich zwar im Kampf gegen einen aufmüpfigen Juso-Häuptling durchgesetzt, dafür jedoch einen hohen Preis entrichtet.

⁴⁰⁹ AdsD, Bezirk Franken 97, Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD im Unterbezirk Bad Kissingen an alle Delegierten der SPD-UB-Konferenz am 27. 7. 1974 in Haßfurt, undatiert (Juli 1974). Weitere Argumente pro Göller und Vorwürfe an die Adresse des Unterbezirksvorstands in ebenda, „Offener Brief Manfred Lebers anläßlich der Kreisvorstandssitzung am 12. 7. 1974“.

⁴¹⁰ Die Mehrheitsverhältnisse waren für die Jungsozialisten sogar noch deutlich ungünstiger, und nur die ungeschickte Taktik des Unterbezirksvorstands dürfte eine Reihe von Delegierten in das Lager Göllers getrieben haben. AdsD, Bezirk Franken 97, Ludwig Leisenritt an den Bezirk Franken vom 2. 8. 1974.

⁴¹¹ AdsD, Bezirk Franken 97, Unterbezirk Bad Kissingen, Niederschrift der Unterbezirkskonferenz am 27. 7. 1974 in Haßfurt.

⁴¹² Rhön- und Saalepost vom 2. 8. 1974 („Jusos: Keine Mitarbeit in der Partei mehr“).

⁴¹³ Rhön- und Streubote vom 1. 8. 1974 („Kampf abstimmung gewonnen – Jugend verloren“). Das Folgende nach ebenda.

⁴¹⁴ AdsD, Bezirk Franken 97, Rundschreiben Ludwig Leisenritts an alle Ortsvereine im Kreisverband Rhön-Grabfeld vom 22. 10. 1974.

⁴¹⁵ Von den 8982 Stimmen, die insgesamt auf Schneier entfielen, stammten nur 2461 aus dem Stimmkreis Rhön-Grabfeld. AdsD, Bezirk Franken 97, Unterbezirk Bad Kissingen, Analyse: Zweitstimmen für Heinrich Schneier, Zeil, undatiert (November 1974). Dazu auch ebenda, Protokoll der Unterbezirksvorstandssitzung am 18. 11. 1974 in Gossmannsdorf.

Windstille Zonen: Jusos und Junge Sozialdemokraten im Ries

Doch nicht überall prallten Sozialdemokraten und Jungsozialisten so heftig aufeinander. Es gab auch windstille Zonen, beispielsweise das Ries. Hier lebten in den frühen siebziger Jahren ebenfalls Jugendliche, die sich – im Sog des gesellschaftlichen Aufbruchs, der die Bundesrepublik in jenen Jahren erfaßte – nicht mehr ohne weiteres mit den festgefügt traditionellen Strukturen des Landlebens abfinden wollten. Ihr Zentrum befand sich in der Kreisstadt, das dortige Gymnasium war ihre Brutstätte.⁴¹⁶ Hier hatten Schüler der Oberstufe und Abiturienten gegen Ende der sechziger Jahre einen „Marxistischen Arbeitskreis“ gebildet, in dem über die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik, deren Auswirkungen auf das Ries sowie über die politischen, beruflichen und privaten Möglichkeiten der Jugend diskutiert wurde. Mit der Bildung der sozialliberalen Koalition in Bonn schlug ihre latente Sehnsucht nach Veränderungen in Euphorie um, plötzlich schien auch in der Provinz alles möglich zu sein. Das veranlaßte einen Teil der Gruppe, in die SPD einzutreten, in der sie die Keimzelle der Nördlinger Jungsozialisten bildeten. Zu ihnen stießen einige etwas ältere Akademiker, die ein Lehramtsstudium in Augsburg absolvierten, sowie jüngere Arbeitnehmer, die jedoch in der Minderheit blieben.

Was ihre Ziele und Ansichten betraf, unterschieden sich die Jusos in Nördlingen gewaltig von denen in München, Frankfurt oder Berlin.⁴¹⁷ Anders als in den Großstädten, stellte für die jungen Leute in der Provinz der Eintritt in die Jugendorganisation der SPD einen Schritt dar, zu dem beträchtlicher Mut gehörte und für den sie sich ständig rechtfertigen mußten – gegenüber der Familie, der Verwandtschaft, der Nachbarschaft, im Bekanntenkreis, in Schule und Beruf, ja mitunter sogar gegenüber Passanten auf der Straße. Dieser permanente Rechtfertigungsdruck erklärt vielleicht auch, warum die Arbeit der Jungsozialisten im Ries nicht so theorieastig war, sondern meist praxisorientiert ablief: Das offene Bekenntnis zu den als radikal verschrienen Jusos galt an sich schon als ein rebellischer Akt des Protests, Verbalradikalismus war da überflüssig. Dazu kam, daß es den Jungsozialisten in Nördlingen nicht primär darum ging, politische Ziele zu artikulieren und durchzusetzen, sie wollten zunächst einmal das nicht eben üppige Freizeitangebot der Kleinstadt aufbessern. Partys und Fahrradtouren zählten ebenso zum Programm wie politische Diskussions- und Vortragsabende. Auch bei den im eigentlichen Sinne politischen Veranstaltungen standen eindeutig Sachthemen im Vordergrund, während Theoriedebatten die Ausnahme blieben. Den Jusos in Nördlingen lag vor allem an der Förderung von Kindern und Jugendlichen. Selbständigkeit und Kritikfähigkeit galten ihnen als höchste Erziehungsziele, denen die Bildungspolitik verpflichtet sein sollte. Sie beließen es jedoch nicht bei abstrakten Postulaten, sondern traten dabei – wie ihre Genossen in der Oberpfalz – für konkrete kommunalpolitische Ziele wie etwa die Errichtung von Spielplätzen und Kindergärten ein.⁴¹⁸

⁴¹⁶ Das Folgende, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach mündlicher Auskunft von Margaret Hänger am 31. 1. 2001.

⁴¹⁷ Mündliche Auskunft von Axel Wernitz am 31. 1. 2001.

⁴¹⁸ Zu den Jusos in der Oberpfalz Süß, Kumpel und Genossen, S. 425–428.

Zur SPD hatten die Nördlinger Jusos ein gespaltenes Verhältnis. Obwohl sie sich emotional stark zu Willy Brandt hingezogen fühlten, war ihre Identifikation mit der Partei – ähnlich wie bei den Wasserburger Jusos – nicht besonders groß.⁴¹⁹ Das lag vor allem daran, daß sie die Strukturen im Ortsverein, in dem die Alten das Sagen hatten und Veränderungen kaum durchzusetzen waren, abstießen. Damit wollte die Mehrzahl der jungen Leute nichts zu tun haben und daher hielten sie sich, von Wahlkämpfen abgesehen, weitgehend aus den Angelegenheiten des Ortsvereins heraus, was übrigens auch umgekehrt galt. Die Politik der gegenseitigen Nichteinmischung führte im Endeffekt dazu, daß Konflikte zwischen der Partei und ihrem Nachwuchs, die in vielen anderen Gliederungen der SPD zum Alltag zählten, dem Ortsverein Nördlingen weitgehend erspart blieben.

Das traf auch auf die anderen Ortsvereine im ehemaligen Kreisverband Nördlingen zu, und zwar aus dem einfachen Grund, daß es dort gar keine Jusos gab. Zur großen Erleichterung seines Vorstands gelang es zwar auch im Ortsverein Oettingen, Anfang der siebziger Jahre eine Reihe jüngerer Mitglieder zu gewinnen und damit den dringend nötigen personellen Regenerationsprozeß einzuleiten.⁴²⁰ Und als Mitte August zwei Jungsozialisten aus Nördlingen nach Oettingen kamen, um auch hier die Gründung einer Gruppe in die Wege zu leiten, stießen sie durchaus auf offene Ohren.⁴²¹ Die Oettinger Sozialdemokraten unterstützten dieses Bestreben nach Kräften, was unter anderem darin zum Ausdruck kam, daß im Frühjahr 1971 ein Vertreter der Jugend als stimmberechtigtes Mitglied in den Vorstand aufgenommen wurde.⁴²² Nachdem jedoch Vogel in München auf eine neuerliche Kandidatur als Oberbürgermeister verzichtet hatte und es auf einer Unterbezirkstagung der Jungsozialisten in Donauwörth zu verbalen Entgleisungen gekommen war, fürchtete man um den guten Ruf der SPD in Oettingen, sollte nun auch hier eine Juso-Gruppe gegründet werden. Helmut Stowasser schlug daher vor, den gleichen Weg einzuschlagen, den die Genossen im benachbarten Wemding beschritten hatten:⁴²³ Dort firmierten die Jungsozialisten unter der offiziellen Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten“, weil man nach den allseits bekannten Vorgängen in der Landeshauptstadt mit der Bezeichnung „Jungsozialisten“ auf dem Land „nichts ernten“ könne.⁴²⁴ Doch obwohl es nicht am guten Willen der Vorstandschaft und an tatkräftiger Unterstützung aus Wemding fehlte, ließ sich die Gründung einer Jugendorganisation der SPD im Ortsverein Oettingen schließlich nicht realisieren.⁴²⁵

⁴¹⁹ Zu den Wasserburger Jusos Buckmiller/Fenzl, „Auf'm Land is nix los ...“, S. 164 f.

⁴²⁰ Um die Werbung junger Mitglieder hatte sich vor allem Karl Albrecht verdient gemacht. Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 17. 10. 1970, und ebenda, Protokoll der Jahresversammlung am 28. 2. 1971 (Kopien im Besitz des Verfassers).

⁴²¹ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Mitgliederversammlung am 15. 8. 1970 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁴²² Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Jahresversammlung am 28. 2. 1971 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁴²³ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Vorstandssitzung am 22. 3. 1971 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁴²⁴ Josef Trollmann, 1. Vorsitzender des Ortsvereins Wemding, an Max Allmer vom 3. 8. 1972 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁴²⁵ Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Versammlung junger Sozialdemokraten am 17. 4. 1971 (Kopie im Besitz des Verfassers).

Im Grunde waren Arbeitsgemeinschaften in kleinen Ortsvereinen auf dem Land auch überflüssig. Angesichts der dünnen Personaldecke standen jüngeren Mitgliedern, die der Partei erst kurz angehörten, verhältnismäßig schnell alle Funktionen offen. In der daraus resultierenden Geschlossenheit lag ein nicht von der Hand zu weisender Vorteil, immunisierte sie die Gliederung doch weitgehend gegen den Zerfall in Fraktionen, da auftretende Konflikte – die es durchaus gab⁴²⁶ – in der Regel rasch entschärft wurden. Strukturelle Gegensätze, etwa zwischen der Partei und ihrer Jugend, konnten so gar nicht erst entstehen. Das zahlte sich aus: Zwar mußte die SPD 1974 auch im Ries Verluste hinnehmen, hier kam sie jedoch noch vergleichsweise glimpflich davon.⁴²⁷ Allerdings zahlte die Sozialdemokratie auch dafür ihren Preis, denn der Aufbruch, den der massive Einzug der jungen Generation in die Partei am Anfang der siebziger Jahre versprochen hatte, blieb im Ries aus. Bis auf wenige Ausnahmen waren die Nördlinger Jungsozialisten 1975 bereits wieder aus der SPD ausgetreten, nachdem sie das Abitur gemacht oder das Studium beendet hatten.⁴²⁸ Ihr Marsch führte sie nicht durch die Institutionen der Sozialdemokratie, sondern ins Privatleben.

„Die Signale stehen auf Sturm“:⁴²⁹

Die „Münchener Verhältnisse“ strahlen auf das Land aus

Die unterschiedlichen Entwicklungen deuten an, daß es in hohem Maße vom Zustand der Partei abhing, wie sich das Verhältnis von SPD und Jusos in ländlichen Regionen gestaltete. Wo der politisierte, aber weitgehend praxisorientierte Nachwuchs auf eine intakte Organisation traf, ließen sich Dauerkonflikte weitgehend vermeiden, und zwar vor allem dann, wenn die älteren Genossen den jüngeren eine gleichberechtigte Mitarbeit ermöglichten. Waren Orts- und Kreisverbände dagegen bereits durch interne Querelen geschwächt oder die Funktionäre nicht bereit, die in die Partei drängende junge Generation in verantwortlicher Position mitwirken zu lassen, entstanden schnell auch auf dem Land „Münchener Verhältnisse“. Dem Sog der Landeshauptstadt konnte sich die SPD allerdings nirgends entziehen, mochten die lokalen und regionalen Beziehungen zwischen der Partei und ihrem Nachwuchs auch noch so gut sein. Schließlich wurden die heftigen Auseinandersetzungen in München von den Medien bis in den letzten Winkel des Landes transportiert und dort aufmerksam registriert. Bei der großen Mehrheit der Landbevölkerung stießen das Auftreten und die politischen Vorstellungen von

⁴²⁶ So entbrannte beispielsweise im Ortsverein Oettingen im Sommer 1963 ein erbitterter Streit zwischen Stadtrat Karl Bode und dem Vorstand, da Bode sich mehrfach nicht an Beschlüsse des Ortsvereins gehalten hatte. Im Kern ging es um die Frage, ob die SPD immer noch ihr Hauptaugenmerk auf die Heimatvertriebenen richten sollte, oder ob sie nicht verstärkt versuchen sollte, neue Anhängerschichten unter den Alteingewessenen zu erschließen. Bode wurde schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Ausschußsitzung am 29. 6. 1963 und der Ausschußsitzung am 25. 4. 1963 sowie der Mitgliederversammlung am 2. 5. 1964 und der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 23. 5. 1964 (Kopien im Besitz des Verfassers).

⁴²⁷ Immerhin gelang es den Genossen im Ries, die Mandate im Landtag und im Bezirkstag zu verteidigen. Protokollbuch des Ortsvereins Oettingen, Protokoll der Vorstandssitzung am 16. 11. 1974 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁴²⁸ Mündliche Auskunft von Margaret Hänger vom 31. 1. 2001.

⁴²⁹ AdSD, Bezirk Südbayern 96, Robert Deser an Alfons Bayerl vom 20. 11. 1973.

Schöfberger, Berlitz und Co. auf schroffe Ablehnung, und so büßte die SPD – ganz unabhängig davon, wie die Verhältnisse vor Ort lagen – viel von dem Kredit, den sie sich in den sechziger Jahren in mühevoller Kleinarbeit erworben hatte, schlagartig wieder ein.⁴³⁰

Daß auch die SPD-Gliederungen im ländlichen Raum in den Münchner Konflikt hineingezogen wurden, lag vor allem am unsensiblen Verhalten der jungen Wilden. So schob, um nur ein Beispiel zu nennen, die Unterbezirkskonferenz der Münchner Jungsozialisten die Schuld am schlechten Abschneiden der SPD in der Landtagswahl von 1970 den „Landesfürsten“ Gabert und Vogel, aber auch den angeblich untätigen und unpolitischen Sozialdemokraten auf dem Land zu.⁴³¹ Dies löste bei den Angesprochenen einen Aufschrei der Empörung aus⁴³², und auch der Bezirksvorstand sah sich veranlaßt, eine Lanze für seine angegriffenen Genossen zu brechen. Georg Kronawitter stellte sich „entschieden vor die ländliche SPD, der von Münchner Jungsozialisten vorgeworfen wurde, sie bestehe oft nur aus profillosen kommunalen Wahlvereinen, sie scheue ein klares Auftreten gegenüber der CSU, sie zeige abgrundtiefe Ideologie- und Prinzipienlosigkeit und ein unterentwickeltes politisches Bewußtsein.“⁴³³ Diese Pauschalurteile zeugten, so der Bezirksvorsitzende, lediglich von einer rein theoretischen Kenntnis der Verhältnisse. In Wahrheit kämpften Tausende von SPD-Mitgliedern auf dem Land mit aller Macht und „oft als einzelne gegen eine erdrückende CSU-Mehrheit“. Man müsse diesen Mitgliedern für ihre Wahlkampfarbeit besonders danken – viele bezahlten ihr mutiges Eintreten für die SPD auch heute noch „mit gesellschaftlicher Isolierung, ja sogar mit wirtschaftlichen Nachteilen“. Den „Extremisten unter den Münchner Jungsozialisten“ empfahl Kronawitter, sie „sollten einmal hinaus aus ihrer selbstgefälligen Isolierung und in den Wirtsstuben der Landgemeinden ihre Theorien vertreten, dann kämen sie sicher rasch zu anderen Ergebnissen.“

Wie tief die Kluft zwischen den Münchner Jusos und den Genossen auf dem Land war, zeigt ein Vorfall, der sich Ende April 1971 in Bad Tölz ereignete, aber überall hätte spielen können. Hier hatte die örtliche Nachwuchsorganisation der Partei zu einer öffentlichen Veranstaltung geladen, auf der unter anderem Dieter Berlitz, Siegmund Geiselberger und Ludwig Spiegel sprechen sollten. Vor Beginn der Versammlung drohte ihnen der Ortsvereinsvorsitzende, „daß er eingreifen wird, falls sich die Redner mit den Münchner Verhältnissen auseinandersetzen oder Themen anschneiden, die nicht auf der Grundlage des Godesberger Programms stehen.“⁴³⁴ Je mehr sich der Konflikt in München zuspitzte, desto lauter

⁴³⁰ So äußerten sich übereinstimmend alle befragten Sozialdemokraten, obwohl sie im Nachhinein durchaus Verständnis, ja sogar Sympathie für die rebellischen Jungsozialisten aufbrachten. Mündliche Auskunft von Hans Hölzl am 2. 6. 1998, Georg Oswald am 13. 5. 1998, Dieter Paus am 6. 12. 2000, Helmut Stowasser am 24. 11. 2000 und Axel Wernitz am 31. 1. 2001.

⁴³¹ SZ vom 25. 11. 1970, und Vogel, Amtskette, S. 226. Bei dieser Gelegenheit forderte Schöfberger – diesmal ganz unmißverständlich – die Ablösung des Fraktions- und Landesvorsitzenden Volkmar Gabert, mit dem man erwiesenermaßen keine Wahlen gewinnen könne. Streck/Streck, Parteiensystem und Status quo, S. 77f.

⁴³² Beispielsweise AdsD, Bezirk Südbayern 145, Kreisverband Erding an den Bezirk Südbayern vom 28. 12. 1970.

⁴³³ AdsD, Bezirk Südbayern 110, Fernschreiben SPD Südbayern vom 25. 11. 1970. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

⁴³⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 7, Aktennotiz Max Allmers vom 23. 4. 1971.

wurden die Stimmen aus der Provinz, die den Vorstand des Bezirks Südbayern aufforderten, „im Unterbezirk München mit dem eisernen Besen zu kehren“.⁴³⁵ Ein aufgebracht Sozialdemokrat aus Burgkirchen an der Alz meinte, alle Welt kenne doch die Namen jener „Superlinken“, die durch ihr „parteischädigendes Verhalten“ dafür verantwortlich seien, daß die SPD in der Wählergunst rapide absinke.

„Wenn eine so engagierte und wahrlich nicht konservative Politikerin wie Ingrid Schönhuber den Krempel hinschmeißt, wenn ein Erwin Essl resigniert, sich von den Exponenten der Münchner Partei distanziert und wenn manch andere bewährte Genossen die Schnauze gestrichen voll haben (man muß dies schon so deutlich zum Ausdruck bringen), dann meine ich, ist es allerhöchste Zeit, daß endlich etwas geschieht [...]“

Diese Aufforderung war mit einer ernsten Mahnung verbunden: Wenn der Bezirk nicht bald einschreite, werde die Partei in der kommenden Landtagswahl „zurücksinken in das Getto der 30 Prozent.“ Nur durch eine „überzeugende Selbstreinigung“ sei die SPD noch zu retten, unterbleibe sie, „können wir uns jede Mark für den Wahlkampf sparen.“

Auf derart pauschale Vorwürfe konnte der Bezirksvorstand natürlich nicht reagieren.⁴³⁶ Auch er erkannte allerdings, daß die Reideologisierungstendenzen der Jungsozialisten der CSU seit Anfang der siebziger Jahre beständig Munition im Wahlkampf lieferten. So zeichnete beispielsweise Ministerpräsident Alfons Goppel ein düsteres Bild der Zukunft Bayerns, sollte die SPD nach der Landtagswahl von 1970 auch im Freistaat die Regierung stellen. Die Sozialdemokratie weiche, so Goppel auf einer Kundgebung in Nördlingen, unter dem Einfluß linksradikaler Jungsozialisten vom Pfad der Demokratie ab.⁴³⁷ Und im Wahlkampf von 1972 rückte ein Referent der Jungen Union SPD und Jusos in die Nähe von DKP, SDAJ und RAF.⁴³⁸ Das mochte in dieser Schärfe ein Einzelfall sein, doch gehörte der Hinweis auf die Gefahren, die von den Jungsozialisten und damit von der SPD ausgingen, in jenen Jahren zum Standardrepertoire der CSU. Zwar wirkte sich dies zunächst noch nicht negativ aus, da die Bundestagswahl 1972 ganz im Zeichen des Streits um die neue Ostpolitik stand.⁴³⁹ Auf Dauer konterkarierten die Jusos mit ihrem Verhalten allerdings den mit Godesberg begonnenen Versuch der SPD, den ideologisch-programmatischen Ballast der Arbeiterbewegung abzuwerfen, um durch die Erschließung neuer Wählerschichten mehrheitsfähig zu werden.

„Es ist mir scheißegal, ob die SPD die Mehrheit hat“⁴⁴⁰

Wie sehr sie der Partei gerade auf dem Land schadeten, bemerkten die jungen Wilden in München jedoch nicht. Die Konflikte gingen auch im Vorfeld der Landtagswahl von 1974 mit unverminderter Härte weiter. Dabei tat sich Siegmар Gei-

⁴³⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 96, Robert Deser an Alfons Bayerl vom 20. 11. 1973. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

⁴³⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 96, Alfons Bayerl an Robert Deser vom 4. 12. 1973.

⁴³⁷ RN vom 9. 11. 1970 („Goppel: Wir haben keine Scheu vor der Verantwortung“).

⁴³⁸ RN vom 3. 10. 1972 („Linksradikalismus in der Bundesrepublik“).

⁴³⁹ Baring, Machtwechsel, S. 498 f., und Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 562 f.

⁴⁴⁰ So Siegmар Geiselberger auf einer Juso-Konferenz des Unterbezirks München am 1. 10. 1974, zitiert nach: Der Spiegel vom 4. 10. 1974, S. 34 ff. („Blattschuß fällig“), Zitat S. 34.

selberger besonders hervor. Er galt als das „Enfant terrible der Partei“⁴⁴¹ und als Protagonist der radikalen Linken unter den Münchner Jusos, dessen „Sündenregister“ in den Augen seiner innerparteilichen Widersacher damals schon beachtliche Dimensionen angenommen hatte.⁴⁴² Im November 1965 in die SPD eingetreten, hatte Geiselberger sich völlig der Partei verschrieben und es „vom Hilfskassier bis zum Stadtrat“ gebracht.⁴⁴³ Seine Hausmacht bildeten die Jungsozialisten im Unterbezirk München, deren Sprecher er über mehrere Jahre gewesen war, ehe er 1972 zum stellvertretenden Unterbezirkvorsitzenden und in den Stadtrat gewählt wurde. Anders als die meisten Münchner Jusos stammte er nicht aus der um 1968 politisierten Studentengeneration und fand, im Gegensatz zu seinen Mitstreitern, denen die Wurzeln in der Landeshauptstadt fehlten, durchaus den Draht zu den „kleinen Leuten“. Geiselberger zählte zweifellos zu den kommunalpolitischen Rohdiamanten der Münchner SPD und war „aus dem Holz, aus dem man Bürgermeister schnitzt.“⁴⁴⁴ Er traf die Stimmung des Publikums, ob er nun auf einer Versammlung der Jusos oder vor streikenden Metallarbeitern am Werkstor von BMW sprach. Allerdings ließ er sich auch immer wieder von der Stimmung mit- und zu Aussagen hinreißen, die er später bereuen sollte. Durch und durch ein Mann der Praxis, versuchte sich Geiselberger wiederholt als Theoretiker zu profilieren, obwohl er davon nichts verstand. Diese beiden Eigenschaften sollten ihn schließlich in den Abgrund reißen – und die Münchner SPD mit dazu.

Ende August 1974, pünktlich zum Auftakt der heißen Phase des Landtagswahlkampfes, erschien in der „juso-information“ ein Artikel, in dem Geiselberger „Thesen zu Bodenreformplänen und Stadtentwicklungspolitik“ aufstellte. Die Kernaussage lautete, die Bodenspekulation in den Großstädten sei kein Auswuchs oder Mißbrauch, sondern die logische und unvermeidliche Folge des Kapitalismus. Er kam zu dem Ergebnis, daß „[i]nnerhalb der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung [...] eine wirklich den Interessen der Arbeitnehmer, ihren Familien und der von ihrer eigenen Arbeit lebenden Selbständigen entsprechende Bodenreform nicht erreicht werden“ könne.⁴⁴⁵ Daher sprach sich Gei-

⁴⁴¹ Lösche/Walter, SPD, S. 352. Zu Geiselberger und den Querelen 1974 vgl. im folgenden ebenda, S. 352 ff.

⁴⁴² Im Juni 1967 habe er, so der Landesvorstand, SED-Funktionäre in seiner Wohnung empfangen, im Mai 1970 der Stadtverwaltung vorgeworfen, Faschisten zu unterstützen und ein gemeinsames Flugblatt mit der DKP verfaßt, im August 1970 OB Vogel verbal heftig attackiert, im September 1970 die Einführung des Rätensystems und umfassende Enteignungen gefordert, im Januar 1971 neuerlich Angriffe auf den OB und die Stadtratsfraktion gestartet, im Sommer 1971 einen Artikel mitverantwortet, der die physische Vernichtung von Politikern wie Hans-Jochen Vogel ventilierte und im Frühjahr 1973 abermals mit Kommunisten kooperiert, was dem Verhältnis von SPD und Gewerkschaften schweren Schaden zugefügt habe. Diese Aufstellung nach AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Landesvorstand an die Schiedskommission des Unterbezirks München vom 3. 10. 1974.

⁴⁴³ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Siegmar Geiselberger an Holger Börner vom 3. 10. 1974.

⁴⁴⁴ Lösche/Walter, SPD, S. 352.

⁴⁴⁵ Siegmar Geiselberger: Thesen zu Bodenreformplänen und Stadtentwicklungspolitik, in: Juso-Information Juni/Juli 1974, S. 31–36, Zitat S. 36. Die folgenden Zitate ebenda. Ein Exemplar findet sich in: AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“.

selberger für eine Aufhebung des „Privateigentum[s] am Boden“ aus, was „gleichzeitig auch die Frage der Beseitigung des Privateigentums an allen Produktionsmitteln und damit die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft“ aufwerfe.⁴⁴⁶ Gleichzeitig räumte er allerdings ein, daß es über Mietpreisbindung und Nutzungsbegrenzung, die Bestimmungen des Bebauungsplans, den sozialen Wohnungsbau und andere Instrumente durchaus bereits gewisse Steuerungsmöglichkeiten der Bodennutzung gebe und rief die Partei auf, für deren Ausweitung zu kämpfen. Bei Licht besehen, enthielten die in krauser marxistischer Phraseologie gehaltenen Aussagen wenig Neues – ähnliche Forderungen hatten die Münchner Jusos schon in ihrem kommunalpolitischen Grundsatzprogramm von 1970 aufgestellt⁴⁴⁷ – und auch keine besonders revolutionären Aussagen. Geiselberger droch das leere Stroh nur noch ein zweites Mal.

Doch angesichts der verhärteten Fronten sah, zumal im Wahlkampf, niemand so genau hin. Die Presse bauschte Geiselbergers „Bodenthesen“ umgehend zum „Generalangriff auf Eigentum und Wirtschaftsordnung“ auf⁴⁴⁸ und kolportierte gar, „Geiselbergers Enteignungskonzept will die sozialistische Revolution“⁴⁴⁹, bis schließlich die Forderung laut wurde, „Jetzt müssen sich die Sozialdemokraten entscheiden“.⁴⁵⁰ Die mächtigen innerparteilichen Widersacher ließen sich die Chance nicht entgehen, mit dem mißliebigen Stadtrat abzurechnen. Hans-Jochen Vogel, mittlerweile zum Landesvorsitzenden aufgestiegen, hatte schon 1970 erklärt, mit Genossen vom Schlage eines Schöffberger oder Geiselberger keine Politik mehr machen zu wollen.⁴⁵¹ Nun leitete der Landesvorstand ein Parteiordnungsverfahren gegen den stellvertretenden Münchner Unterbezirkvorsitzenden ein.⁴⁵² Auch der Oberbürgermeister und die Mehrzahl der Stadträte distanziierten sich öffentlich von Geiselberger, den sie aufforderten, sein Mandat niederzulegen, da eine weitere Zusammenarbeit in der Fraktion nicht mehr möglich sei. Der Gescholtene zeigte sich einerseits reumütig: Zwar habe er „eine entschädigungslose Aufhebung des Eigentums an Grund und Boden weder gefordert noch fordern wollen“⁴⁵³, doch sei manches unglücklich formuliert. Für den dadurch angerichteten Schaden übernahm er die politische Verantwortung und trat als stellvertretender Unterbezirkvorsitzender zurück. Andererseits kündigte Geiselberger „härtesten Widerstand und rechtliche Schritte bis zur letzten Instanz“ gegen alle Ver-

⁴⁴⁶ Auch zitiert in: Der Spiegel vom 4. 10. 1974, S. 34 („Blattschuß fällig“).

⁴⁴⁷ Dazu Streeck/Streeck, Parteiensystem und Status quo, S. 78–83.

⁴⁴⁸ So lautete der Titel eines großen Artikels im Münchner Stadtanzeiger vom 30. 8. 1974.

⁴⁴⁹ So lautete die Überschrift einer „Analyse“ der Geiselbergerschen „Bodenthesen“ im Münchner Stadtanzeiger vom 30. 8. 1974. Weiter hieß es dort völlig überzogen, „diese Thesen entsprechen den Kernthesen des Kommunismus“.

⁴⁵⁰ So der Titel eines weiteren Artikels im Münchner Stadtanzeiger vom 13. 9. 1974.

⁴⁵¹ AdsD, Bezirk Franken 38, Handschriftliches Protokoll der Sitzung des Landesvorstands am 25. 11. 1970 in München.

⁴⁵² AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Landesvorstand der bayerischen SPD an den Bezirk Südbayern vom 13. 9. 1974.

⁴⁵³ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Münchner SPD Presse-Information Nr. 242 vom 16. 9. 1974: Persönliche Erklärung des stellvertretenden Münchner SPD-Vorsitzenden Siegmund Geiselberger.

suche an, ihn aus dem Stadtrat zu drängen.⁴⁵⁴ Zudem warf er seinen parteiinternen Gegnern, die ihn als Kommunisten diffamiert hätten, „Auslegungsakrobatik“ vor. Es sei nicht seine Absicht gewesen, „gerade in diesem schwierigen Wahlkampf eine ‚Tretmine‘ zu legen.“ Doch auch beim linken Flügel der Münchner SPD hielt sich die Unterstützung für Geiselberger nach dessen neuestem Fehltritt in Grenzen.⁴⁵⁵

In dieser Situation fand am 1. Oktober 1974 eine Konferenz der Münchner Jungsozialisten statt, auf der sich Geiselberger endgültig um Kopf und Kragen redete. Aufgepeitscht von seinen enthusiastischen jungen Freunden, ließ er sich zu heftigen Ausfällen gegen die SPD hinreißen, der er „Eigenheimermentalität“ unterstellte.⁴⁵⁶ Seine Suade gipfelte schließlich in dem berühmten Ausspruch: „Es ist mir scheißegal, ob die SPD die Mehrheit hat, wenn sie CSU-Politik macht.“ Auch wenn dieses Zitat aus dem Zusammenhang gerissen war⁴⁵⁷, brachte es das Faß zum Überlaufen. Der Bezirk Südbayern beschloß am 7. Oktober, Geiselbergers Mitgliedschaft bis zum Abschluß des laufenden Parteiordnungsverfahrens ruhen zu lassen⁴⁵⁸, und seine Fraktionskollegen kündigten öffentlich an, ihn notfalls aus dem Sitzungssaal zu werfen, sollte er dort nochmals erscheinen. Sein endgültiger Parteiausschluß war nur noch eine Frage der Zeit.

Der SPD blieb nun gar nichts anderes übrig, als entschlossen durchzugreifen, wollte sie bei Mitgliedern und Wählern nicht noch weiteren Kredit verlieren. Vor allem aus ländlichen Regionen brach eine Sturmflut der Empörung über Geiselberger herein. Nicht wenige Genossen traten wutentbrannt aus der Partei aus. Ein Sozialdemokrat aus Gronsdorf begründete diesen Schritt mit den Worten: „Da ich auch zu den Bürgern gehöre, die sich mit Fleiß und Ausdauer eine eigene Existenz geschaffen haben, muß ich aufgrund der Thesen über Enteignung allen Privatbesitzes des Dr. Geiselbergers [sic!] damit rechnen[,] um die Früchte meiner Arbeit gebracht zu werden.“⁴⁵⁹ Noch besorgniserregender war die Tatsache, daß sich die

⁴⁵⁴ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Siegmar Geiselberger an Bezirksvorstand Südbayern vom 19. 9. 1974. Die folgenden Zitate ebenda.

⁴⁵⁵ Jürgen Böddrich etwa meinte sarkastisch: „Es ist schon fast zur Tradition geworden, daß der Genosse Geiselberger der Partei vor jeder Wahl eine Tretmine zündet.“ Zitiert nach: Der Spiegel vom 4. 10. 1974, S. 34 („Blattschuß fällig“).

⁴⁵⁶ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Helmut Rothemund an Alfons Bayerl vom 4. 10. 1974. Das folgende Zitat ebenda und in: Der Spiegel vom 4. 10. 1974, S. 34 („Blattschuß fällig“).

⁴⁵⁷ Geiselberger wollte sich, nach eigener Aussage, dagegen verwahren, daß die SPD vor Wahlen Teile ihres Programms – im konkreten Fall die Hannoveraner Bodenbeschlüsse von 1973 – verstecke. „Es könne doch nicht allein um eine Mehrheit gehen. Es sei doch scheißegal, wenn die SPD eine Mehrheit hätte, aber CSU-Politik vertreten würde. Die SPD müsse mit ihrem Programm von den Wählern akzeptiert werden. Deshalb gebe es nie einen günstigen oder ungünstigen Zeitpunkt, sondern die dauernde Aufgabe – auch vor den Wahlen – Programmpunkte klar zu vertreten.“ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Siegmar Geiselberger an den Vorstand des SPD-Bezirks Südbayern vom 2. 10. 1974.

⁴⁵⁸ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Vorstand des SPD-Bezirks Südbayern an alle Organisationsgliederungen vom 10. 10. 1974.

⁴⁵⁹ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anord-

neuerlichen Querschüsse aus München niederschmetternd auf die Moral der Mitglieder im Wahlkampf auswirkten. Es sei „einfach nicht zu glauben“, wetterte der Landtagsabgeordnete Martin Erhard, „daß der Genosse Geiselberger unmittelbar jetzt vor den Landtagswahlen wieder das Kuckucksei, so mit der Bodensituation, uns ins Nest legt.“⁴⁶⁰ Überall halte man den Genossen nun vor, „was wollt Ihr denn, wenn Ihr tatsächlich an die Macht kommt, dann wollt Ihr ja letzten Endes uns auch noch unser Häuschen wegnehmen.“ Und Walter Hartshäuser, der stellvertretende Kreisvorsitzende aus Dillingen an der Donau, meinte erbot, es sei

„langsam nicht mehr auszuhalten, was sich ein Siegm. Geiselberger sowie die Münchner Jungsozialisten unter dem Namen der SPD erlauben. Nahezu täglich wird man in der Presse z[ur] Z[eit] mit den unqualifizierten Äußerungen und Handlungen dieser Clique, welche ich bei tolerantestem Verhalten nicht mehr als Parteifreunde bezeichnen kann, konfrontiert. Ich sehe es nicht länger ein, daß wir uns auf dem flachen Lande unter weit schwierigeren Verhältnissen jetzt im Wahlkampf tagtäglich abmühen während unserer Freizeit und diese ‚Gesellen‘ es zunichte machen. Die Mitglieder der Partei sowie die Wähler sind sehr empört über diese Kuckuckseier, die uns aus diesem Kreis in das Nest gelegt werden.“⁴⁶¹

Hartshäuser befürchtete, daß Geiselbergers Eskapaden die SPD mindestens drei bis vier Prozentpunkte kosten würden und plädierte daher für den umgehenden Ausschluß des notorischen Quertreibers.

„Oder ist es notwendig[,] vom flachen Lande aus eine Bewegung zu starten[,] um die Vernunft und das Godesberger Programm wieder nach München zu tragen? Immer mehr Parteifreunde sind nicht mehr bereit[,] ihre Funktionen in den Parteiliederungen auszuüben. Sie sind nicht mehr bereit[,] etwas für die bayerische SPD zu tun[,] da es am nächsten Tag mit ‚Münchner Ereignissen‘ wieder kaputt gemacht wird.“

Auch im Unterbezirk Oberland gäerte es, wie der Landtagsabgeordnete Reinhold Kaub dem Bezirksvorstand mitteilte: „Sämtliche Vorsitzenden berichteten, wie verheerend sich diese Vorschläge innerhalb der Bevölkerung und innerhalb ihrer Ortsvereine ausgewirkt hätten. Die Empörung sei weit verbreitet; bei manchen Genossen sei die Bereitschaft zur Mitarbeit im Wahlkampf erlahmt.“⁴⁶² Was die Genossen auf dem Land am meisten verbitterte, war die Tatsache, daß Geiselberger durch seine naßforschenden Thesen mit einem Schlag all ihre Bemühungen zunichte machte, die Propaganda der CSU zu entkräften, die SPD werde zu einer umfassenden Sozialisierung schreiten, wenn sie in Bayern erst regiere.

„Seit Jahren haben wir uns bemüht, eine sinnvolle Neuorientierung der Bodenordnung gegenüber den immer wiederkehrenden Behauptungen der CSU, die SPD wolle alle Grundbesitzer enteignen, zu verteidigen. Es ist deprimierend mitanzusehen, daß die CSU nunmehr im Nachhinein eine scheinbare Bestätigung ihrer Behauptungen erhält, zumal es

nung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Ludwig Hengerer an den Bezirk Südbayern vom 30. 8. 1974.

⁴⁶⁰ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegm. Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Martin Erhard an den Bezirk Südbayern vom 29. 8. 1974. Das folgende Zitat ebenda.

⁴⁶¹ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegm. Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Walter Hartshäuser an den Bezirk Südbayern vom 3. 10. 1974. Das folgende Zitat ebenda.

⁴⁶² AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegm. Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Reinhold Kaub an den Vorstand des SPD-Bezirks Südbayern vom 9. 9. 1974.

bei der jetzigen Sachlage nur noch sehr schwer glaubhaft zu machen ist, daß es sich hier um einen Einzelgänger handelt.“⁴⁶³

Manche Sozialdemokraten, etwa aus dem Ortsverein Wielenbach-Unterhausen, glaubten nicht mehr an den Zufall und unterstellten Geiselberger ganz offen, für den politischen Gegner zu arbeiten:

„Dieser noble Herr[,] dessen einziges Ziel es ist, unsere Partei zu schädigen, zu hintergehen, zu vernichten, und hauptsächlich dem Wähler unglaubwürdig zu machen. Jedesmal und zwar schon seit Jahren[,] wenn eine Wahl vor der Tür steht[,] kriecht Er [sic!] aus seinen Löchern hervor und spuckt uns allen ins Gesicht[,] nur um seinem Herrn und Gott[,] dem heiligen Franz Josef aus Rott am Inn [zu] gefallen. Dieser noble Herr spielt dann den verrückten links außen [sic!] und er weiß dann genau, daß er mit dieser Methode den meisten Erfolg hat. Auch bei uns im Ortsverein besteht die Gefahr, daß mehrere Genossen aus der Partei austreten werden[,] wenn man solche Parteischädlinge zu halten gedenkt. Keiner unserer Genossen will mehr einen Handstreich an Parteiarbeit machen[,] solange unsere Parteiführung Theater spielt und diese[m] Parteischädling einen Schutzmantel umzuhängen gedenkt.“⁴⁶⁴

Zumindest was die Befürchtungen betraf, die SPD werde bei den kommenden Landtagswahlen die Quittung für die anarchischen Zustände im Unterbezirk München erhalten, sollten die kritischen Stimmen aus den ländlichen Regionen Recht behalten. Am 27. Oktober 1974 brach ein regelrechtes Strafgericht des Wählers über die bayerische Sozialdemokratie herein, die nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern in allen Wahlkreisen herbe Verluste verkraften mußte.⁴⁶⁵ Wenn die SPD überhaupt jemals eine Chance besessen hatte, sich auf dem Land zu einer echten Alternative zur CSU zu entwickeln, dann in den sechziger und frühen siebziger Jahren. Sie wurde vertan: Die schrillen Töne des Parteienwachstums in den Großstädten und teilweise auch in den ländlichen Regionen selbst ließen die zarten Knospen des sozialdemokratischen Frühlings erfrieren, noch ehe sie zu voller Pracht erblüht waren.

⁴⁶³ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Adolf W. Schäfer an den Bezirk Südbayern vom 6. 9. 1974.

⁴⁶⁴ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Ortsverein Wielenbach-Unterhausen an Alfons Bayerl und Max Allmer vom 14. 9. 1974.

⁴⁶⁵ Siehe dazu die detaillierte Aufstellung in SJB 31 (1975), S. 100–113.

C. Politisches Handeln auf dem Land

Der dritte Teil dieser Studie beleuchtet das politische Handeln für das Land und dessen Umsetzung auf dem Land. Als pars pro toto der staatlichen Politik zur Förderung agrarisch geprägter Regionen wird zunächst die Landesplanung fokussiert.¹ Sie stellte von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die siebziger Jahre hinein einen permanenten Zankapfel zwischen CSU und SPD dar. Während die Sozialdemokratie schon frühzeitig vehement dafür plädierte, steuernd in den Prozess des wirtschaftlichen Wiederaufbaus einzugreifen², fiel es der bayerischen Unionspartei schwer, in dieser Frage mit einer Stimme zu sprechen. Ihre konservativen Exponenten sahen in der Landesplanung ein Einfallstor für Planwirtschaft und Dirigismus, die sie rigoros bekämpften, während sich gerade die jüngeren Kräfte in der Partei des landesplanerischen Instrumentariums nicht begeben wollten, zumal sich die gravierenden ökonomischen und sozialen Probleme des Freistaats durch das freie Spiel der Kräfte allein kaum lösen ließen. Der Parteienstreit wurde nicht zuletzt deshalb so erbittert geführt, weil es sich bei der Landesplanung um ein ebenso weitreichendes wie umfassendes Politikfeld handelte, das mit nahezu allen relevanten Fragen in Berührung stand. Die „Arbeitsgemeinschaft der Landesplaner der Bundesrepublik Deutschland“ definierte Landes- und Regionalplanung im Februar 1953 als „die Aufgabe, ein Programm zur planmäßigen Entwicklung menschlicher Kräfte und dem Menschen nutzbarer natürlicher Gegebenheiten in bestimmten Gebieten (Planungsgebieten) aufzustellen und bei seiner Verwirklichung durch die Beteiligten die Belange des Ganzen gegenüber fachlichen und gebietlichen Teilbelangen wahrzunehmen.“³

Für den Historiker ist das ein Glücksfall: Da die Landesplanung als ressortübergreifende Koordinierungsstelle wirkte und einen umfassenden Ansatz verfolgte, kann man die Politik für das Land, also das weite Feld staatlichen Handelns zur Förderung agrarisch geprägter Regionen, am Beispiel einer Institution untersuchen, ohne sich dabei auf einen Politikbereich, etwa die Landwirtschaftspolitik, zu beschränken. Drei erkenntnisleitende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt: War Landesplanung, erstens, auch Planung für das Land? Welche Rolle spielten agrarisch geprägte Regionen in den Konzepten der bayerischen Planer? Wurden sie Gegenstand gesonderter Planungsvorhaben, und wenn ja, ab wann? Zweitens geht es um die Problemprezeption: Worin bestanden, in den Augen der Landes-

¹ Zur Landesplanung in Bayern vgl. ausführlich Schlemmer/Grüner/Balcar, „Entwicklungshilfe im eigenen Lande“. Das Folgende, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach ebenda.

² Vgl. Kronawitter, Wirtschaftskonzeption und Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie in Bayern, S. 161–171.

³ Zitiert nach BayHStA, MWi 21580, Denkschrift „Aufgaben und Arbeitsergebnisse der Landesplanung in Bayern“, im Auftrag des Herrn Ministerpräsidenten erstellt vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, Landesplanungsstelle, vom November 1956, S. 1.

planer, die Defizite des ländlichen Raumes? Dahinter verbirgt sich auch die Frage nach ihren sozioökonomischen Idealvorstellungen. Drittens schließlich gilt es zu klären, welche Rezepte die Landesplanung an das Land herantrug: Wie gedachten die Planer, die strukturellen Probleme ländlicher Regionen zu lösen?

Mit der Landesplanung geraten vor allem die staatliche Infrastruktur- und die regionale Wirtschaftspolitik in den Blick.⁴ Während sich das erste Kapitel mit der Problempertzeption und den am grünen Tisch erarbeiteten Lösungsvorschlägen beschäftigt, soll im zweiten Kapitel untersucht werden, wie die Politik für das Land in den betroffenen Regionen umgesetzt wurde. Die Kernfrage lautet, wer bei der Implementierung strukturpolitischer Maßnahmen als Transmissionsriemen zwischen Zentrum und Peripherie fungierte. Welche Rolle spielten die politischen Eliten in den Gemeinden und Landkreisen bei der Erschließung des Landes? Sanken sie zu reinen Befehlsempfängern herab, die lediglich exekutierten, was man in München beschlossen hatte, oder verfügten sie über einen eigenen Handlungs- und Gestaltungsspielraum? Wer waren die Matadore der Modernisierung des ländlichen Raums – die Bürgermeister, die Landräte, die Landtags- oder die Bundestagsabgeordneten – und wie sahen ihre Zukunftsvisionen für den ländlichen Raum aus?

Das dritte Kapitel ist schließlich der Frage gewidmet, was die Politik für das Land tatsächlich bewirkte. Zum einen gilt es zu analysieren, welche Folgen die Verbesserung der Infrastruktur für die politische Handlungsfähigkeit der Gemeinden zeitigte. Ein relativ verlässlicher Gradmesser ihrer Autonomie sind die Gemeindefinanzen, da sie den Spielraum für kommunale Erschließungsmaßnahmen, die Gemeinden oder Landkreise in eigener Regie durchführen, vorgeben.⁵ Zum anderen soll überprüft werden, inwiefern das staatliche Handeln für die ländlichen Regionen von Erfolg gekrönt war. Um dieses auch methodisch schwierige Problem in den Griff zu bekommen, bieten sich zwei Wege an. Erstens läßt sich anhand statistischer Daten kontrollieren, ob die elf in die Studie einbezogenen Landkreise im Untersuchungszeitraum dem bayerischen Durchschnitt nähergekommen sind, was etwa die Bevölkerungsdichte und die Erwerbsstruktur der Bevölkerung betrifft. Durchliefen sie forcierte Prozesse nachholender Urbanisierung und Industrialisierung oder blieb tendenziell alles beim alten? Zweitens ermöglicht auch ein Vergleich unter den elf ausgewählten Regionen Rückschlüsse auf den Erfolg oder Mißerfolg der staatlichen Erschließungspolitik, da – wie im folgenden zu zeigen sein wird – einige Landkreise das besondere Augenmerk der Landesplaner genossen. Entwickelten sie sich demzufolge auch günstiger als die übrigen acht, die lange Zeit gewissermaßen im toten Winkel der Planung lagen?

⁴ Vgl. Jochimsen/Högemann, Infrastrukturpolitik. Zur Bedeutung der Infrastrukturpolitik in Bayern nach 1945 vgl. Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung des Landes, S. 10–24. Vgl. allgemein Borchardt, Bedeutung der Infrastruktur, sowie van Laak, Begriff „Infrastruktur“, und ders., Infrastrukturgeschichte.

⁵ Zielinski, Diskrepanz, S. 1 f.

I. Politik für das Land

Die institutionellen Wurzeln der Landesplanung in Bayern reichen bis weit in die NS-Zeit zurück. Auf gesamt-bayerischer Ebene waren die Planungsbehörde beim Reichsstatthalter und die aus Selbstverwaltungskörperschaften gebildete Landesplanungsgemeinschaft für diese Aufgabe zuständig, als Mittelinstanzen fungierten die Bezirksstellen der Landesplanungsgemeinschaft, die seit 1939 den Regierungspräsidenten direkt unterstellt waren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestand nur der behördliche Teil des Landesplanungsapparats weiter; die Landesplanungsgemeinschaft entstand in dieser Form nicht wieder. Damit beschränkt man in Bayern bereits früh den Weg zur Definition der Landesplanung als Staatsaufgabe. Eine wichtige Entscheidung fiel noch im Sommer 1945, als die Landesplanungsstelle dem Wirtschaftsministerium angegliedert wurde. Im Juli 1949 bestätigte eine Verordnung der bayerischen Staatsregierung, die Organisation und Aufbau der Landesplanung regelte und ihr eine erste rechtliche Basis gab, diese Entscheidung. Die außergewöhnlich enge Verbindung zwischen wirtschaftspolitisch bestimmter Strukturpolitik und Landesplanung resultiert nicht zuletzt aus dieser Zuordnung, die bis 1970 bestehen blieb.⁶

1. Die fünfziger Jahre: Planung nach der „Feuerwehrmethode“

a) Die Grenzlandproblematik als Katalysator des Planungsgedankens

Zwei Faktoren gaben den Ausschlag, daß Bayern schon in den fünfziger Jahren keineswegs ein „Niemandland der Landesplanung“ darstellte⁷, als das man den Freistaat fälschlicherweise apostrophierte. Erstens wurden die Kriegsfolgelasten zum Katalysator für die Landesplanung. Darunter fiel ein ganzes Bündel eng miteinander verbundener und sich gegenseitig verstärkender Probleme: Dazu zählten das Millionenheer der Verletzten, die Flüchtlinge und Vertriebenen, die Evakuierten und Ausgebombten, die Kriegsversehrten und die Hinterbliebenen der Gefallenen, aber auch die großflächigen Zerstörungen von Wohnraum, Wirtschaftsanlagen und Infrastruktur.⁸ Zahllose Menschen benötigten dauerhafte finanzielle Unterstützung, einen Arbeitsplatz oder wenigstens ein Dach über dem Kopf.

⁶ Zu Raumordnung und Landesplanung vor 1945 vgl. Messerschmidt, Nationalsozialistische Raumforschung, und Istel, Beitrag der Landesplanung, S. 392 f. Zur Entwicklung nach 1945 vgl. Terhalle, Landesplanung, S. 12–17.

⁷ Istel, Anfänge der Raumordnung in Bayern, S. 640.

⁸ Vgl. Wengst, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder, S. 81–99, und Hockerts, Ende der Ära Adenauer, S. 464 f.

In Bayern kam, zweitens, erschwerend hinzu, daß die unmittelbaren und mittelbaren Kriegsfolgen die Lage in den nördlichen und östlichen Randgebieten, die schon vor 1933 als „Notstandsgebiete“ gegolten hatten, zusätzlich verschärften.⁹ Zahllose Flüchtlinge strömten in zwar dünn besiedelte, aber ausgesprochen arme, agrarisch geprägte Regionen, die sich nach der Teilung Deutschlands und Europas zudem in einer Art totem Winkel befanden.¹⁰ Auch in konservativen Kreisen, die bislang agrarromantischen Idealen verhaftet gewesen waren¹¹, begann sich unter dem Druck der Verhältnisse die Einsicht durchzusetzen, daß die Folgen des Krieges und die Integration der Vertriebenen nicht ohne eine beschleunigte Industrialisierung Bayerns bewältigt werden könnten. Wirtschaftsminister Hanns Seidel sprach dies auch ganz offen aus:

„Der unglückliche Ausgang des letzten Weltkrieges und die plötzliche Bevölkerungszunahme durch den plötzlichen Einstrom von weit über zwei Millionen heimatvertriebener Deutscher zwang zu stärkster Ausweitung der industriellen Produktions- und Erwerbsstätten. Es mußte versucht werden, den neuen Bürgern des Landes Arbeitsplätze bereit zu stellen.“¹²

Dieser Strukturwandel sollte sich jedoch nicht ungesteuert vollziehen. Der Zusammenhang von Nachkriegsproblematik und Akzeptanz des Planungsgedankens kam deutlich in der Entscheidung des Ministerrats zum Ausdruck, den Landesplanern die Zuständigkeit für das Grenzland zu übertragen.¹³ Folgerichtig machte die Landesplanung die „Förderung der Ostrand- und Sanierungsgebiete“ in den fünfziger Jahren zu einem von drei Schwerpunkten ihrer Tätigkeit.¹⁴ Man verlor keine Zeit. Schon 1949 erstellte die Landesplanungsstelle eine Denkschrift über „Die wirtschaftliche und soziale Lage des Bayerischen, Böhmer und Oberpfälzer Waldes nach dem [Zweiten] Weltkrieg“¹⁵, die das Ziel verfolgte, Hilfsprogramme des Bundes anzustoßen. Wie sehr die Not im Zonenrandgebiet zum Katalysator einer Politik steuernden staatlichen Eingreifens wurde, spiegelte sich nicht zuletzt in dem ersten Versuch, die Aufgaben, Ziele und Mittel der Landesplanung in Bayern zusammenzufassen.

⁹ Vgl. Skrzypczyk, Die deutschen Notstandsgebiete.

¹⁰ Müller, Das bayerische Zonenrandgebiet, sowie Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 392 ff., und Spindler (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/2, S. 699 f. Dazu allgemein Conrady, Die besondere Problematik der Landkreise im Zonenrandgebiet.

¹¹ Vgl. Tenfelde, Bayerische Wirtschaft und Gesellschaft.

¹² Seidel, Bayern – Agrar- oder Industriestaat, S. 45

¹³ BayHStA, MWi 21580, Denkschrift der Landesplanungsstelle „Aufgaben und Arbeitsergebnisse der Landesplanung in Bayern“ vom Februar 1956. Abgedruckt in: Beiträge zur Entwicklung der Landesplanung in Bayern, S. 201–211. Diese Entscheidung zeigte aber auch, daß sich die Planer bei ihrer Arbeit der Rückendeckung durch den Landtag und die Staatsregierung sicher sein konnten. Vgl. Terhalle, Geschichte, S. 111 f.

¹⁴ Die beiden anderen Schwerpunkte waren die Bereitstellung von Unterlagen für den Landesentwicklungsplan und die „Koordinierung von Fach- und regionalen Teilplanungen im Raumordnungsverfahren“. BayHStA, MWi 21580, Denkschrift der Landesplanungsstelle „Aufgaben und Arbeitsergebnisse der Landesplanung in Bayern“, vom Februar 1956. Abgedruckt in: Beiträge zur Entwicklung der Landesplanung in Bayern, S. 201–211.

¹⁵ Vgl. dazu und im folgenden Terhalle, Landesplanung, S. 27, und BayHStA, MWi 21580, Denkschrift der Landesplanungsstelle „Aufgaben und Arbeitsergebnisse der Landesplanung in Bayern“ vom Februar 1956. Abgedruckt in: Beiträge zur Entwicklung der Landesplanung in Bayern, S. 201–211.

b) „Aktive Sanierung“: Der Richtlinienentwurf von 1951/54

Die Arbeiten an diesem Konvolut begannen mit einem Paukenschlag: Am 9. Januar 1951 kündigte Hans Ehard im Landtag „Vorarbeiten für einen Landesentwicklungsplan“ an.¹⁶ Sein Kabinett sei davon überzeugt, so der Ministerpräsident wenig später,

„daß sich die Regierung nicht nur mit der Überfülle der täglich anfallenden Aufgaben zu befassen hat, sondern daß die Neuordnung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eine vorausschauende Planung für längere Zeiträume notwendig macht. Dieser Planung Richtung und Impulse zu geben, gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Staatsleitung.“¹⁷

Noch im Juni 1951 berief Ehard einen Beirat „zum Zwecke der Aufstellung von Richtlinien eines Landesentwicklungsplans“, dem neben führenden Repräsentanten der Wirtschaft in erster Linie Planungsexperten aus dem Wirtschaftsministerium angehörten. Die Kärnerarbeit mußte die Landesplanungsstelle verrichten, der es unter Federführung von Staatssekretär Willi Guthsmuths gelang, den ersten Teil des Entwurfs noch 1951 vorzulegen.¹⁸ Er beschränkte sich auf eine rund 200 Seiten umfassende Bestandsaufnahme der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur, der Wohnraumlage und der „soziologischen Strukturwandlungen“ seit 1945. Sein gewundener Titel – „Die Bayerische Landesplanung. Grundlagen für die Aufstellung von Richtlinien zu einem Landesentwicklungsplan“ – verriet jedoch schon, wie schwer sich die CSU-geführte Staatsregierung mit diesem Instrument tat. Zudem gab es in Bayern, anders als etwa in Nordrhein-Westfalen¹⁹, noch kein Landesplanungsgesetz, so daß die Rechtsgrundlagen der Landesplanung weitgehend fehlten. Der zweite Teil, der die eigentlichen Planungen enthielt, ließ bis zum Frühjahr 1954 auf sich warten. Auf über 800 Seiten befaßte er sich mit „Möglichkeiten und Grenzen für die Ausweitung der Existenzgrundlagen der bayerischen Bevölkerung“.²⁰

Mit dem Richtlinienentwurf versuchten die Landesplaner, auf die Herausforderung durch Kriegsfolgen, Flüchtlingszustrom und die Situation in den „Notstandsgebieten“ im Norden und Osten des Freistaats zu reagieren.²¹ An „die Stelle von Einzelmaßnahmen und ad hoc Lösungen für die jeweils brennendsten Probleme“ sollte ein „Gesamtplan“ treten, der auf der Basis von „übergeordneten Grundsätzen und Richtlinien“ zu erarbeiten sei und in den sich „die fachlichen

¹⁶ Stenographischer Bericht über die 5. Sitzung des bayerischen Landtags am 9. 1. 1951, S. 27.

¹⁷ Stenographischer Bericht über die 32. Sitzung des bayerischen Landtags am 22. 6. 1951, S. 983. Die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 982 f.

¹⁸ Landesplanungsstelle im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Die bayerische Landesplanung, Teil 1: Bestandsaufnahme. Das Folgende ebenda.

¹⁹ Langer, Landesplanung in Westfalen, S. 18–23.

²⁰ Landesplanungsstelle im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Die bayerische Landesplanung, Teil 2: Planung, S. 201. Zum Richtlinienentwurf vgl. Terhalle, Landesplanung, S. 23–27.

²¹ Unter diesem Begriff verstanden die Landesplaner „Gebiete, die weder ertragreiche landwirtschaftliche Böden noch eigene Rohstoffe und sonstige natürliche Hilfsquellen besitzen oder die von den Rohstoffen und Märkten so weit entfernt sind, daß sie ihre Bevölkerung nicht ernähren können [...]“ BayHStA, MWi 21578, Denkschrift der Landesplanungsstelle „Aufgaben und Voraussetzungen der Landesplanung in Bayern im 1. Vierteljahr 1951“ (gez. Dr. Hessel) vom 1. 2. 1951. Vgl. dazu Kurtz, Die unterentwickelten Gebiete Bayerns.

und örtlichen Planungen einzuordnen“ hätten.²² Damit war der Richtlinienentwurf ein „erster durchformulierter Ansatz einer bayerischen Landesentwicklungskonzeption“, und manche sahen in ihm sogar die „Magna Charta der Landesentwicklung“.²³ Dem Grenzland kam dabei besondere Bedeutung zu: Hier manifestierten sich, in den Augen der Planer, die Schwierigkeiten, mit denen der Freistaat insgesamt zu kämpfen hatte, in hoch konzentrierter Form. Der Richtlinienentwurf hielt als „Ergebnis der Bestandsaufnahme“ fest, „daß der früher gesunde, lebenskräftige Wirtschafts- und Sozialkörper des Landes Bayern durch die Nachkriegsereignisse in einen schweren Krankheitszustand versetzt“ worden sei.²⁴

Als Hauptproblem erschien das enorme Bevölkerungswachstum seit 1939, das die „Tragfähigkeit“ Bayerns im allgemeinen und seiner Grenzregionen im besonderen überschritten habe. Im Freistaat lebten, Berechnungen der Landesplaner zufolge, 833 000 Menschen mehr, als dort dauerhaft ein Auskommen in Landwirtschaft, Industrie und im Dienstleistungsbereich finden konnten. Ein Teil sollte in andere, weniger stark belastete Bundesländer umgesiedelt, für die übrigen mußten neue Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden. Im Grenzland kam erschwerend hinzu, daß dieser traditionell strukturschwache Raum – größere Industriebetriebe fehlten weitgehend und die klimatisch-naturräumlichen Bedingungen für die Landwirtschaft waren in den Mittelgebirgslagen des Bayerischen und des Oberpfälzer Waldes immer schon ungünstig gewesen – durch den Eisernen Vorhang von seinen traditionellen Handelsströmen und Verkehrsadern abgeschnitten worden war. „Ohne eigene Schuld sind die ostbayerischen Grenzgebiete in ein wirtschaftliches und soziales Elend gesunken“²⁵, diagnostizierte der Richtlinienentwurf.

Für die Landesplaner stand außer Frage, daß dort geholfen werden mußte. Daher lehnten sie marktkonforme Mechanismen einer „passiven Sanierung“ der strukturschwachen Regionen – in der Theorie sollte sich eine Krisenregion durch die Abwanderung von Arbeitskräften in prosperierende Landesteile gleichsam gesund schrumpfen – ab und traten statt dessen für deren „aktive Sanierung“ durch genau aufeinander abgestimmte staatliche Hilfsprogramme ein.²⁶ Diese Politik verfolgte das Ziel, Regionen wie den Bayerischen Wald langfristig „zu einem gleichrangigen Wirtschaftsfaktor gegenüber anderen Gebieten zu gestalten“. Zu diesem Zweck sollten durch die Ansiedlung von Industriebetrieben neue Arbeitsplätze geschaffen werden, erschien doch die „Industrialisierung Bayerns“ zumindest „auf lange Sicht gesehen“ als „eines der wirksamsten Mittel zur Verwirk-

²² Landesplanungsstelle im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Die bayerische Landesplanung, Teil 1: Bestandsaufnahme, S. 1 f. und S. 7. Hervorhebung im Original.

²³ Schreyer, Bayern ein Industriestaat, S. 252. Das vorstehende Zitat nach Terhalle, Landesplanung, S. 26.

²⁴ Landesplanungsstelle im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Die bayerische Landesplanung, Teil 1: Bestandsaufnahme, S. 162. Vgl. im folgenden ebenda, S. 163–171.

²⁵ Ebenda, S. 180.

²⁶ Zu den Konzepten von aktiver und passiver Sanierung vgl. Tüchtfeldt, Infrastrukturinvestitionen, S. 140, und Richter/Schmals, Krise des ländlichen Raumes, die den aktiven Strukturwandel und die passive Sanierung „am Beispiel der Wachstumsmetropole München und der Entleerungsgebiete Oberpfalz-Nord und Landshut“ untersuchen.

lichung landesplanerischer Ziele“.²⁷ Allerdings grenzten sich die Verfasser des Richtlinienentwurfs deutlich von den „Jahresplänen totalitärer Staaten“ ab;²⁸ der Mensch müsse „im Mittelpunkt aller Betrachtungen“ stehen. Aber sie wiesen auch das freie Spiel der ökonomischen Kräfte zurück, das in letzter Konsequenz zu einem krisenanfälligen „System regionaler Monokulturen“ führe, in dem es eindeutige Gewinner und Verlierer gebe. Die Autoren bemühten sich um eine „mittlere Linie“ und waren bereit, die „allenfalls größere privatwirtschaftliche Rentabilität der Monokulturen [...] unter Umständen zu Gunsten volkswirtschaftlicher Produktivität“ zu opfern.²⁹

Die Zielvorstellungen und Leitbilder dieser frühen Planungen pendelten zwischen Konservatismus und Moderne. Der Richtlinienentwurf gab damit den Ton vor, der – wenn auch in modifizierter Form – bis in die achtziger Jahre das Klangbild von Landesplanung und regionaler Strukturpolitik in Bayern bestimmen sollte.³⁰ So herrschte die Überzeugung, ein ungebremstes Wachstum der Ballungsräume müsse vermieden werden; statt dessen sei die Industrialisierung des ländlichen Raums nach dem Konzept der dezentralen Verdichtung zu forcieren. Geeignete Klein- und Mittelstädte sollten gefördert werden mit dem Ziel, ein Netz von „Kristallisationskernen, die von regem wirtschaftlichem Leben durchpulst sind“, zu schaffen, um so zu „einer engen Verflechtung“ und zu einem „gesunden“ Verhältnis zwischen Stadt und Land zu kommen.³¹ Mit der Absage an eine Politik zugunsten der Ballungsräume ging die Überlegung einher, dem gewerblich-industriellen Mittelstand besondere Aufmerksamkeit zu widmen und das „System der ‚Kleinen Form‘“, wie man es in weiten Teilen Bayerns vorfand, „als gesellschaftliche[n] Baustil“ zu erhalten.³² Die Autoren des Richtlinienentwurfs orientierten sich an der vergleichsweise krisenfesten industriell-agrarischen Struktur des erfolgreichen Nachbarn Baden-Württemberg und verspürten „keine Sehnsucht nach der Ruhr“.³³ So hieß es beispielsweise in einer offiziellen Broschüre aus dem Wirtschaftsministerium:

„Wird man auch in Bayern eine landwirtschaftlich-gewerbliche Mischstruktur, die für weite Teile Baden-Württembergs so charakteristisch ist, herbeiführen können? Oder besteht die Gefahr einer Zusammenballung von Betrieben an einigen wenigen Orten, die den Charakter von Industriestädten annehmen werden? Werden womöglich altvertraute Städtebilder der Industrialisierung zum Opfer fallen oder werden gar unsere bevorzugten Erholungs- und Fremdenverkehrsorte durch lärmende und rauchende Betriebe schweren Schaden erleiden?“³⁴

²⁷ BayHStA, MWi 21578, Unterlagen für die Etatrede des Herrn Staatsministers, hier: Landesplanung vom 2. 11. 1951. Zu diesem Zweck postulierte Elisabeth Miersch bereits 1948 „Die räumliche Dezentralisation der bayerischen Industrie.“

²⁸ Landesplanungsstelle im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Die bayerische Landesplanung, Teil 1: Bestandsaufnahme, S. 1 f. Die folgenden Zitate ebenda und S. 7.

²⁹ Landesplanungsstelle im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Die bayerische Landesplanung, Teil 2: Planung, S. 187–191.

³⁰ Schlemmer/Grüner/Balcar, „Entwicklungshilfe im eigenen Lande“. Dazu auch Bauer/Bullinger, Leitbilder für den ländlichen Raum in Bayern, und Bayerische Akademie ländlicher Raum (Hrsg.), Zur Zukunft des ländlichen Raums.

³¹ Landesplanungsstelle im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Die bayerische Landesplanung, Teil 2: Planung, S. 191 ff.

³² Schreyer, Bayern ein Industriestaat, S. 254.

³³ Bößenecker, Bayern, Bosse und Bilanzen, S. 303.

³⁴ Helwig, Bayern ruft Industrie, S. 10.

Trotz seiner zeitgebundenen Sprache enthielt der Richtlinienentwurf eine Reihe moderner Elemente: Auf der Grundlage des wissenschaftlichen Diskurses in der Bundesrepublik und in Westeuropa verwendeten die Verfasser das Konzept der zentralen Orte und das Modell der Entwicklungsachsen (auch wenn sie es damals noch nicht so nannten) und stellten Vorüberlegungen zu Raumordnungsplänen für abgegrenzte Teilräume an, die später aufgegriffen werden sollten. Allerdings war der Richtlinienentwurf viel unbestimmter als die Pläne und Programme der sechziger Jahre. Das galt für die Zielgrößen und den Zeithorizont, und auch die Frage der Finanzierung der vorgeschlagenen Projekte blieb weitgehend im dunkeln. Darüber hinaus erlangte er weder Rechtsverbindlichkeit noch große Verbreitung, da gerade einmal 200 Exemplare an interessierte Stellen verteilt wurden.³⁵

*c) Von der Hand in den Mund:
Politik für das Grenzland in den fünfziger Jahren*

In der Folgezeit wurde es zudem merkwürdig still um den Richtlinienentwurf, der offenbar in einer Schublade des Wirtschaftsministeriums verschwand. Die gesamten fünfziger Jahre hindurch konnte von einem einheitlichen Vorgehen nach einem „Gesamtplan“ nicht die Rede sein. Entgegen dem erklärten Ziel, blieben kurzfristig ersonnene Maßnahmen zur Lösung auftretender Probleme Trumpf. Dabei stand nach wie vor die Bewältigung der Kriegsfolgelasten im Mittelpunkt der Tätigkeit der Landesplanungsbehörden.³⁶ Sie wirkten bei der Wohnraumbeschaffung für die Neuankömmlinge mit, halfen beim Aufbau von Flüchtlingsbetrieben, griffen Industrieunternehmen unter den Arm, die es nach Bayern vorschlagen hatte, und versuchten, ehemalige Wehrmachtsanlagen einer zivilen Nutzung zuzuführen. Neben der Verwahrung des Mangels mußte die dünn besetzte Planungsbürokratie Hilfsdienste bei der Vorbereitung und Ausarbeitung des Landesplanungsgesetzes leisten, dessen Verabschiedung sich bis 1957 hinzog. Für Planung und Raumordnung im eigentlichen Sinne des Wortes reichte daher zunächst weder das knappe Personal noch die Zeit.³⁷

³⁵ BayHStA, MWi 21578, Beitrag der Landesplanungsstelle zur Rede des Wirtschaftsministers vom 16. 2. 1956.

³⁶ Das Folgende nach BayHStA, MWi 21578, Rundschreiben der Landesplanungsstelle an die Staatsministerien vom 8. 2. 1951, Anlage: Denkschrift „Aufgaben und Voraussetzungen der Landesplanung Bayern im 1. Vierteljahr 1951“ vom 1. 2. 1951, und ebenda, Unterlagen für die Etatrede des Herrn Staatsministers, hier: Landesplanung vom 2. 11. 1951, sowie ebenda, Landesplanungsstelle an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, Abteilung I vom 9. 2. 1953, Anlage: Unterlagen für die Etatrede des Herrn Staatsministers im Februar 1953, hier: Landesplanung, und ebenda, Bericht für Ministerialdirigent Dr. Heilmann vom 31. 3. 1954 „Tätigkeit der Landesplanung in Bayern“.

³⁷ Zum Personalmangel der Landesplanungsbehörden beispielsweise BayHStA, MWi 21578, Landesplanungsstelle im Wirtschaftsministerium an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, Abteilung I, betr. Etatrede des Herrn Staatsministers vom 12. 2. 1953, Anlage: Unterlagen für die Etatrede des Herrn Staatsministers im Februar 1953, hier: Landesplanung vom 12. 2. 1953. Vgl. auch von Krezmar, Landesplanung in Niederbayern, S. 93. Terhalle, Landesplanung, S. 34, vermerkte lapidar, daß die Landesplanungsstelle „einschließlich des Leiters und der Kartographen bis in die sechziger Jahre aus knapp zehn Mitarbeitern bestand.“ Zu den Auseinandersetzungen um ein Landesplanungsgesetz vgl. ausführlich Schlemmer/Grüner/Balcar, „Entwicklungshilfe im eigenen Lande“.

Daher bestand die wichtigste Aufgabe der Landesplanung im Hinblick auf die bayerischen Notstandsgebiete darin, mit Hilfe statistischer Datensammlungen möglichst viele Landkreise als hilfsbedürftig auszuweisen, um so den Betrag an Förderungsgeldern, die von Bonn nach München flossen, nach Kräften zu vergrößern.³⁸ Mit diesen Mitteln bestritt der Freistaat jährlich ein bis zwei sogenannte „Sanierungsprogramme“, aus denen später die regionalen Förderungsprogramme hervorgingen.³⁹ Gewisse Erfolge blieben nicht aus, vor allem was die Ansiedlung von Industriebetrieben betraf. Nach Angaben der Landesplanungsstelle wuchs ihre Zahl in Bayern zwischen 1950 und 1960 von 7189 auf 9888, und die Zahl der in der Industrie Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum von 646 110 auf 1 164 610 an.⁴⁰ Davon profitierten nicht zuletzt strukturschwache, weitgehend agrarisch geprägte Regionen, in denen sich mehr als die Hälfte der 741 Industriebetriebe niederließen, die zwischen 1958 und 1961 in Bayern angesiedelt werden konnten.⁴¹

Allerdings folgte die Förderung des bayerischen Grenzlandes in den fünfziger Jahren keinen elaborierten Gesamtplänen, sie geschah vielmehr nach der sprichwörtlichen Devise „von der Hand in den Mund“. Zudem, und das ist im Hinblick auf die Frage nach der Planung für das Land noch wichtiger, erfaßten diese Ansätze keineswegs alle agrarisch geprägten Gebiete des Freistaats, sondern lediglich die ausgesprochenen Notstandsgebiete des Grenzlands. Regionen wie die vergleichsweise wohlhabende Hallertau, deren Bauern über die Hopfenernte ein relativ gutes Auskommen fanden, fielen ebenso durch das Raster wie andere primär agrarisch geprägte Landstriche, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung kaum weniger hinterherhinkten – beispielsweise die Region Oberpfälzer Jura, die aus den Landkreisen Neumarkt in der Oberpfalz, Eschenbach, Beilngries und Parsberg bestand.⁴² Überhaupt glich die Tätigkeit der Landesplaner in jenen Jahren weit mehr dem Stopfen von Löchern als einem auf langfristige Planungsziele hin ausgerichteten Handeln. Willi Guthsmuths, lange Jahre als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium für die Landesplanung zuständig, bezeichnete diese Politik des kurzfristigen Krisenmanagements in der Rückschau prägnant als Planung nach dem „Feuerwehrprinzip“, die in den fünfziger Jahren nicht nur in Bayern, sondern überall in der Bundesrepublik charakteristisch gewesen sei. „Wo es ge-

³⁸ BayHStA, MWi 21578, Beitrag der Landesplanungsstelle zum Dreijahres-Bericht der bayerischen Staatsregierung: „Tätigkeit der Landesplanung in Bayern“ vom 31. 3. 1954 (Dr. Bernhard Kurtz).

³⁹ Vgl. BayHStA, MWi 21580, Denkschrift der Landesplanungsstelle „Aufgaben und Arbeitsergebnisse der Landesplanung in Bayern“ vom Februar 1956. Abgedruckt in: Beiträge zur Entwicklung der Landesplanung in Bayern, S. 201–211.

⁴⁰ BayHStA, MWi 21578, Beitrag der Landesplanungsstelle zum Tätigkeitsbericht der bayerischen Staatsregierung vom 7. 3. 1962. Vgl. auch Boustedt, Regionale Entwicklungstendenzen.

⁴¹ Der regionale Schwerpunkt lag dabei in den Regierungsbezirken Niederbayern und der Oberpfalz. BayHStA, MWi 21578, Aufstellung der Landesplanungsstelle „Übersicht über die seit 1958 neu errichteten Betriebe“, undatiert (1962). Allgemein dazu Dams, Industrieansiedlung in ländlichen Entwicklungsräumen. Für die Industrialisierung ländlicher Regionen hatten sich, neben den Landesplanern, auch andere Organisationen frühzeitig eingesetzt. Siehe beispielsweise die Broschüre des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Industrie aufs Land, von 1953.

⁴² Vgl. BayHStA, MWi 21592, Regierung der Oberpfalz/Bezirksplanungsstelle an die Landesplanungsstelle vom 26. 9. 1962, Anlage: Ziele der Landesplanung in Bayern, hier: Regierungsbezirk Oberpfalz.

rade besonders heftig brannte und unerhörte Notstände vorlagen, versuchte man, im lokalen Bereich zurechtzukommen.“⁴³

2. Ein neues Planungsverständnis: Die sechziger Jahre

Auch Guthsmuths war freilich klar, „daß das bisherige Konzept der bayerischen Landesplanung in keiner Weise ausreiche“, um die nach wie vor ungelösten strukturellen Probleme dauerhaft zu bewältigen. Dementsprechend wandelte sich die Tätigkeit der Landesplaner in den sechziger Jahren. Mit dem 1957 verabschiedeten Landesplanungsgesetz verfügten sie über eine stabile Rechtsgrundlage, mit den darin vorgesehenen Raumordnungsplänen über das entsprechende Instrumentarium, um Projekte ganz anderen Kalibers auszuarbeiten. Die Entwicklung ging zu immer komplexeren, alle Lebensbereiche umfassenden und weit in die Zukunft reichenden Gesamtplänen, die zunächst für einzelne Regionen, später für ganz Bayern erstellt wurden.

a) Die Denkschrift „Grundlagen und Ziele der Raumordnung in Bayern“

Anfang der sechziger Jahre kam es zu einer vorsichtigen Neuorientierung der bayerischen Landesplanung, die ihren Ausdruck in der Denkschrift „Grundlagen und Ziele der Raumordnung in Bayern“ fand. Sie war 1962 in wenigen Wochen im Wirtschaftsministerium erarbeitet und ohne Abstimmung mit den anderen Ressorts oder einen Kabinettsbeschluß der Öffentlichkeit vorgestellt worden.⁴⁴ Wolfgang Helwig, der stellvertretende Leiter der Landesplanungsstelle und Verfasser dieses Memorandums, griff die fast zehn Jahre alten Konzepte des Richtlinienentwurfs auf und entwickelte sie weiter. Die 14 Leitsätze, die die Denkschrift einleiteten, gingen „weit über wirtschafts- und infrastrukturbezogene Aussagen hinaus“. Sie enthielten beispielsweise auch Gedanken zum Gewässer- und Landschaftsschutz sowie zur Luftreinhaltung und wurden so „erstmal dem Anspruch einer zusammenfassenden Planung gerecht“.⁴⁵ Raumordnung, so Helwig, sei ein „wichtiges *Mittel der Gesellschaftspolitik*“ und werde „um des Menschen willen gemacht“. Die „tragenden Prinzipien des gesellschaftspolitischen Leitbildes der westlichen Welt“ sollten „Grundsätze aller landesplanerischen Tätigkeit sein“, die darauf abzielen müsse, „daß sie dem einzelnen den Antrieb“ gebe, „freiwillig im Sinne [dieses] Leitbildes zu handeln“.⁴⁶ Ein solches Axiom vertrug sich schlecht

⁴³ Zitiert nach Münchner Merkur vom 15. 5. 1964 („Wohnung, Arbeit, Bildung und Erholung“ von Hans Geißler). Das folgende Zitat findet sich ebenda.

⁴⁴ Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), *Grundlagen und Ziele der Raumordnung in Bayern. Zum Zustandekommen und Inhalt der Denkschrift* vgl. Terhalle, *Landesplanung*, S. 37f., und ders., *Geschichte*, S. 117f., sowie Istel, *Beitrag der Landesplanung*, S. 406f.

⁴⁵ Terhalle, *Landesplanung*, S. 37. Vgl. dazu auch Bergmeier, *Umweltgeschichte der Boomjahre*, S. 31–36.

⁴⁶ Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), *Grundlagen und Ziele der Raumordnung in Bayern*, S. 8. Die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 9 f. und S. 14. Hervorhebungen im Original.

mit Geboten und Verboten. Daher hieß es auch *expressis verbis*, die zukünftige Entwicklung dürfe „nicht durch eine Negativplanung“, sondern nur „durch eine Positivplanung“ beeinflusst werden, worunter Helwig „die Förderung des Wachstums in den noch ungenügend entwickelten Gebieten“ verstand.

Die Denkschrift lief auf eine Synthese zwischen gelenkter Modernisierung und Wahrung der historisch-kulturellen Tradition Bayerns hinaus. Die Landesplanung mußte demnach „dem Wesen und Charakter von Volk und Landschaft gerecht“ werden und „das geschichtlich Gewachsene [...] respektieren“. Dazu zählte Helwig die Landwirtschaft, deren Struktur es im Rahmen des Möglichen zu verbessern galt, den gewerblichen Mittelstand, dem bei der Verwirklichung des gesellschaftspolitischen Ideals einer krisenfesten „gesunde[n] agrar-industriell-gewerbliche[n] Mischstruktur“ eine wichtige Rolle zugeordnet war, und die überkommene, von Landgemeinden und Kleinstädten dominierte Siedlungsform. Der Schlüssel zum Ausgleich der Disparitäten zwischen den prosperierenden und den weniger entwickelten Landesteilen lag für den Verfasser der „Grundlagen“ in der gezielten Dezentralisation von Industriebetrieben und Infrastruktureinrichtungen, um die soziale Erosion im strukturschwachen ländlichen Raum zu verhindern und das „Leben innerhalb und außerhalb der Ballungsgebiete [...] gleich erstrebenswert erscheinen“ zu lassen. Die Landesplanung strebte, mit anderen Worten, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns durch die „Entwicklung eines *Netzes* von Kristallisationskernen“ an. Diese nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewählten und staatlich geförderten zentralen Orte sollten den Menschen in ihrem Einzugsbereich neben Arbeitsplätzen die wichtigsten Einrichtungen in den Bereichen Verwaltung, Schule und Bildung, Gesundheit, Freizeit und Kultur bieten.

Die Bedeutung der Denkschrift beschränkte sich aber nicht auf die Formulierung von globalen Zielen und gesellschaftspolitischen Leitbildern, die für die Landesplanung in Bayern bis in die siebziger Jahre bestimmend bleiben sollten. Sie enthielt darüber hinaus eine erste Karte der zentralen Orte im Freistaat und eine nach funktionalen Kriterien vorgenommene systematische Einteilung des Staatsgebiets in überschaubare Planungsräume, die zu drei „Raumtypen“ zusammengefaßt wurden: „Sicherungsräume“, die meist aus verdichteten ökonomischen Aktivzonen und Industrieregionen bestanden, „Gestaltungsräume“ und „strukturschwache Entwicklungsräume“.⁴⁷ Die Landesplanungsstelle im Wirtschaftsministerium läutete damit eine neue Periode in der Entwicklung der bayerischen Landesplanung ein, indem sie mit den „Grundlagen“ allen ein Raster an die Hand gab, die sich in Bayern mit überörtlicher politischer Planung beschäftigten. Unmittelbare Auswirkungen hatte die Denkschrift auf die Raumordnungspläne der frühen sechziger Jahre, die sich mit dem Grenzland befaßten.

⁴⁷ Dabei orientierte man sich an Überlegungen, die schon früher in Nordrhein-Westfalen angestellt worden waren; Terhalle, *Geschichte*, S. 118.

b) Die Raumordnungspläne der sechziger Jahre

Rechtliche Grundlage und Verfahren der Aufstellung

Die Wiederaufnahme umfassender Planungen, die nach der Fertigstellung des Richtlinienentwurfs von 1951/54 vorübergehend eingeschlafen waren, begann mit der Ausarbeitung einer Reihe von Raumordnungsplänen ab 1959, die auf dem Landesplanungsgesetz von 1957 fußten. Das Gesetz hatte den Planern die Aufgabe übertragen, übergeordnete Leitlinien der räumlichen Entwicklung zu entwerfen, die alle Lebensbereiche umfaßten, und dabei insbesondere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte zu berücksichtigen. Ein Raumordnungsplan sollte in einem bestimmten Gebiet „die Nutzung des Bodens unter den Gesichtspunkten der Landesplanung in den Grundzügen regeln“⁴⁸ und dadurch nicht nur unerwünschte Entwicklungen verhindern, sondern auch „als Instrument zur Durchführung der übergeordneten zusammenfassenden Planung“ fungieren, um die „Möglichkeit einer ganzheitlichen abgestimmten Zielsetzung für den Infrastrukturausbau und für die angestrebten Strukturverbesserungen“ zu eröffnen.⁴⁹ Raumordnungspläne setzten sich aus vier Bestandteilen zusammen: Auf die Bestandsaufnahme folgte eine Raumdiagnose, an die sich wiederum der Vorschlag für die künftige Entwicklung und schließlich die dazu notwendigen Maßnahmen anschlossen. Das so entstehende „Wunschbild“ sollte künftig als „Leitlinie für die Fachplanungen“ fungieren.⁵⁰ Raumordnungspläne konnten für das gesamte Staatsgebiet oder bestimmte Teilregionen, die von den Landesplanern festgelegt wurden, erstellt und sollten kontinuierlich fortgeschrieben werden.

Das Verfahren zur Aufstellung von Raumordnungsplänen war allerdings ebenso kompliziert wie langwierig.⁵¹ Die Initiative lag bei der Landesplanungsstelle, welche die zuständige Bezirksplanungsstelle mit der Ausarbeitung eines Entwurfs betraute. An dieser Aufgabe waren alle betroffenen staatlichen Behörden, Landkreise, Kommunen und sonstige Planungsträger zu beteiligen, was sich nicht selten als problematisch erwies.⁵² Die Bezirksplanungsstelle sollte daraufhin alle relevanten Planungen sichten und auf ihrer Grundlage einen ersten Entwurf des Raumordnungsplans vorlegen. In der Münchner Landesplanungsstelle und in den Staatsministerien wurden schließlich letzte Korrekturen und Ergänzungen

⁴⁸ Gesetz über die Landesplanung vom 21. 12. 1957, in: BGVBl. 1957, S. 323 f. Rechtsgrundlagen, Begriffsbestimmung und Inhalt der Raumordnungspläne werden erläutert in: BayHStA, MWi 21734, Rundschreiben der Landesplanungsstelle an die Bezirksplanungsstellen betr. Vollzug des Landesplanungsgesetzes, hier: Verfahren zur Aufstellung von Raumordnungsplänen nach Art. 11, vom Juli 1964, und ebenda, Rundschreiben der Landesplanungsstelle an die Bezirksplanungsstellen betr. Vollzug des Landesplanungsgesetzes, hier: Verfahren zur Aufstellung von Raumordnungsplänen nach Art. 11, vom November 1964.

⁴⁹ Istel, Beitrag der Landesplanung, S. 407 und S. 410.

⁵⁰ BayHStA, MWi 21704, Vermerk der Landesplanungsstelle betr. Vorlage von Strukturverbesserungsplänen für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns vom 15. 10. 1961, S. 2.

⁵¹ Zum für die Aufstellung von Raumordnungsplänen notwendigen Instanzenzug vgl. im folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, BayHStA, MWi 21734, Rundschreiben der Landesplanungsstelle an die Bezirksplanungsstellen betr. Vollzug des Landesplanungsgesetzes, hier: Verfahren zur Aufstellung von Raumordnungsplänen nach Art. 11, vom Juli 1964, und ebenda, Rundschreiben der Landesplanungsstelle an die Bezirksplanungsstellen betr. Vollzug des Landesplanungsgesetzes, hier: Verfahren zur Aufstellung von Raumordnungsplänen nach Art. 11, vom November 1964.

⁵² Vgl. Istel, Beitrag der Landesplanung, S. 407–412, und Terhalle, Landesplanung, S. 38–44.

vorgenommen, anschließend konnte das Wirtschaftsministerium den Raumordnungsplan offiziell aufstellen und in seinem Amtsblatt bekanntgeben. Das Landesplanungsgesetz sah zudem die Möglichkeit vor, Raumordnungspläne auf dem Verordnungsweg ganz oder teilweise für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren für verbindlich zu erklären.⁵³

Was die Aufstellung von Raumordnungsplänen betraf, stand das Grenzland, dem in den fünfziger Jahren das Hauptaugenmerk der Landesplaner gegolten hatte, bis 1964 keineswegs im Zentrum der Aufmerksamkeit. Grundsätzlich sollten Raumordnungspläne vor allem für zwei Arten von Regionen erstellt werden: erstens für „wirtschaftliche Aktivzonen“, in denen zum Teil gegenläufige Planungsziele koordiniert werden mußten, zweitens für wirtschaftlich unterentwickelte Gebiete, für die es künftige Entwicklungsmöglichkeiten zu entwerfen galt.⁵⁴ Allerdings konzentrierte sich die Landesplanung zunächst eindeutig auf die städtischen Ballungszentren und ausgewählte Industrieregionen, die in naher Zukunft große Wachstumsperspektiven versprachen. Erst ab Mitte 1964 verschob sich der Schwerpunkt der landesplanerischen Tätigkeiten von den Städten auf das Land.⁵⁵

Impulse zur Planung für das Grenzland

Zwei Impulse zeichneten für diese Entwicklung verantwortlich: Der eine kam aus dem Landwirtschaftsministerium, der andere aus Brüssel. Ihre Wurzeln reichten zurück in den Sommer 1963, als sich das Landwirtschaftsministerium entschloß, einen „Landwirtschaftlichen Entwicklungsplan für die von der Natur benachteiligten Gebiete Bayerns“ vorzubereiten, der alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Agrarstruktur ausloten sollte.⁵⁶ Obwohl ein derartiges Vorhaben im Grunde in den Aufgabenbereich der Landesplanungsstelle fiel, sollte das Programm unter Federführung des Landwirtschaftsministeriums erarbeitet werden, weil „es bei allen einzuleitenden Maßnahmen letztlich um die Erhaltung einer gesunden Landwirtschaft in den Problemgebieten“ gehen sollte, und weil „Aussichten auf Förderung durch Mittel des Ausrichtungs- und Garantiefonds der EWG nur bei landwirtschaftlichen Maßnahmen bestehen, und zwar dann, wenn sie in einen Gesamtentwicklungsplan eingebunden sind“. Der landwirtschaftliche Entwicklungsplan sollte alle Maßnahmen auflisten, „die zur Herstellung einer genügenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Gebietes notwendig sind“ und dabei alle Wirtschaftssektoren umfassen. „Vor allem aber ist ein Fortschritt in der Verbesserung der Agrarstruktur nur in dem Maße möglich“, hieß es zur Begründung, „in dem industrielle und gewerbliche Arbeitsplätze geschaffen werden.“ Trotz seines Titels war der „Landwirtschaftliche Entwicklungsplan“, für den ein Zeitrahmen

⁵³ Gesetz über die Landesplanung vom 21. 12. 1957, in: BGVBl. 1957, S. 323 f.

⁵⁴ BayHStA, MWi 21704, Vermerk der Landesplanungsstelle betr. Vorlage von Strukturverbesserungsplänen für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns vom 15. 10. 1961.

⁵⁵ Ebenda, sowie die Ausführungen Kuchtners in BayHStA, MWi 21704, Niederschrift über die erste Koordinierungs-Besprechung der Ministerialdirektoren über die Landesplanung am 25. 3. 1964. Vgl. dazu Terhalle, Landesplanung, S. 39.

⁵⁶ BayHStA, MWi 21954, Landwirtschaftsministerium an die Landesplanungsstelle vom 11. 7. 1963, Anlage: Kurzprotokoll über die am 24. 6. 1963 stattgefundene Besprechung zur Erarbeitung eines „Landwirtschaftlichen Entwicklungsprogrammes“ für die benachteiligten Gebiete Bayerns. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

von fünf bis zehn Jahren veranschlagt wurde, somit von Anfang an nicht auf Maßnahmen zur Verbesserung der Landwirtschaft beschränkt, sondern als ein umfassendes Strukturprogramm konzipiert. Um die zu fördernden Gebiete auf der Ebene von Landkreisen auszuwählen, einigte man sich auf zwei Kriterien:⁵⁷ Erstens sollten die betreffenden Regionen ungünstige landwirtschaftliche Produktionsbedingungen aufweisen, womit sich neben den Alpen die ost- und nordbayerischen Mittelgebirgslagen des Grenzlandes als geschlossenes Programmgebiet anboten. Zweitens legte man der Auswahl eine niedrige Industriedichte und ein entsprechend geringes Bruttoinlandsprodukt zugrunde. Erste konkrete Vorschläge lieferten die Bezirksplanungsstellen der Regierungen von Niederbayern, Unterfranken und der Oberpfalz noch im Herbst 1963.⁵⁸

Der entscheidende Anstoß, der diese Entwürfe über das Stadium von Vorüberlegungen hinausbrachte, kam – wenn auch indirekt – aus Brüssel. Am 18. Februar 1964 berichtete Franz Heubl, der bayerische Staatsminister für Bundesangelegenheiten, dem Ministerrat über die Ergebnisse seines Besuchs bei der EWG-Kommission in Brüssel.⁵⁹ Heubl wies dabei besonders auf die projektierten Gemeinschaftspläne im Rahmen der Programme zur Modernisierung der Landwirtschaft hin, für die umfangreiche Finanzmittel des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft vorgesehen waren. Sicco Mansholt, der für Agrarpolitik zuständige Vizepräsident der Kommission, und der deutsche EWG-Kommissar Hans von der Groeben hätten allerdings betont, „daß die Gemeinschaftspläne und Gemeinschaftsprogramme nur im Rahmen einer zielstrebigem Regionalpolitik, welche die Einheit von Wirtschafts-, Agrar-, Sozial- und Kulturpolitik gewährleistet, sinnvoll seien.“ Daher würden Mittel aus dem Fonds bevorzugt an Antragsteller vergeben, die entsprechende Vorhaben in ein regionales Wirtschaftsprogramm integrierten. Ziel der Finanzspritzen sei die Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft und die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen dem primären Sektor und den übrigen Wirtschaftsbereichen. Allerdings würde das Geld nicht zum Ausbau der Infrastruktur, sondern „nur für die Verbesserung der Markt- und Agrarstruktur“ bereitgestellt. Alfons Goppel erkannte die Chance, die sich dem Freistaat bot, und griff sofort zu. Im Anschluß an die Ausführungen Heubls gab der Ministerpräsident die Parole aus: „Bayern müsse sich zu einer umfassenden regionalen Planung entschließen.“ Die einzelnen Ressorts sollten Überlegungen zur regionalen Strukturverbesserung anstellen, die

⁵⁷ Das erste Kriterium entsprach dem der verstärkten Förderung der „von der Natur benachteiligten Gebiete“ nach dem Grünen Plan, das zweite dem der Bundesausbaugebiete. BayHStA, MWi 21954, Landwirtschaftsministerium an die Landesplanungsstelle vom 11. 7. 1963, Anlage: Kurzprotokoll über die am 24. 6. 1963 stattgefunden Besprechung zur Erarbeitung eines „Landwirtschaftlichen Entwicklungsprogrammes“ für die benachteiligten Gebiete Bayerns.

⁵⁸ Diesen Vorschlägen lagen, neben den beiden genannten Kriterien, darüber hinaus die regionalen Verkehrs- und Versorgungsnetze, die kirchlichen, schulischen und kulturellen sowie die Pendlerbeziehungen zugrunde, BayHStA, MWi 21954, Regierung von Unterfranken/Bezirksplanungsstelle an die Landesplanungsstelle vom 4. 10. 1963, und Regierung von Niederbayern/Bezirksplanungsstelle an die Landesplanungsstelle vom 16. 10. 1963, sowie Regierung der Oberpfalz/Bezirksplanungsstelle an die Landesplanungsstelle vom 31. 10. 1963.

⁵⁹ BayHStA, MWi 21954, Staatskanzlei an alle bayerischen Staatsministerien vom 17. 3. 1964. Die nachfolgenden Zitate finden sich ebenda.

es zentral zu koordinieren galt. Zu diesem Zweck sollten auf der Ebene der Ministerialdirektoren regelmäßige Gespräche stattfinden.

Auswahl und Definition der Programmgebiete

In ihrer ersten Besprechung am 25. März 1964 debattierten die Ministerialdirektoren heftig über die Frage, inwieweit regionale Planung überhaupt dazu beitragen könne, die Situation in strukturschwachen Landesteilen zu verbessern. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums trat dafür ein, es auf einen Versuch ankommen zu lassen und „die Frage der Regionalplanung an einem Beispiel durchzuexerzieren“, wozu jedoch das Landwirtschaftsministerium „geeignete Planungsräume vorschlagen“ müsse.⁶⁰ Zwei Monate später, am 21. Mai 1964, legte das Landwirtschaftsministerium seine Vorschläge auf den Tisch, wobei es sich auf einen Untersuchungsbericht über 16 Landkreise des Oberpfälzer und des Bayerischen Waldes stützen konnte, den Prof. Dr. Georg Weippert vom Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen und Prof. Dr. Paul Rintelen vom Institut für Wirtschaftslehre des Landbaus in Weihenstephan im Auftrag der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie erarbeitet hatten. Im Landwirtschaftsministerium hielt man diesen Bericht „für eine geeignete Grundlage und wesentliche Hilfe für die Erstellung eines regionalen Entwicklungsprogrammes der Staatsregierung für dieses Gebiet [...], zumal der darin erfaßte Raum nach hiesiger Auffassung einer verstärkten Förderung am dringendsten bedarf und Beispiel für die übrigen schwierigen Räume Bayerns bilden könnte.“⁶¹ Einen Tag vorher, am 20. Mai 1964, hatte bereits der Ministerrat eingehend darüber diskutiert, wie sich die Situation in den bayerischen Notstandsgebieten nachhaltig verbessern ließe, und beschlossen, bei der Aufstellung des Haushalts für 1965 Schwerpunkte hinsichtlich der regionalen Strukturverbesserung und der Förderung von Wissenschaft, Bildung und Ausbildung zu setzen.⁶²

Am 8. Juni beauftragte das Wirtschaftsministerium die Bezirksplanungsstellen bei den Regierungen von Niederbayern und der Oberpfalz, die Aufstellung von Raumordnungsplänen vorzubereiten, um gewissermaßen ein raumordnungspolitisches Exempel zu statuieren.⁶³ Nur einen knappen Monat später, am 2. Juli 1964, legte die Landshuter Bezirksplanungsstelle eine „Gedankenskizze für die Regionalplanung Mittlerer Bayerwald“ vor.⁶⁴ Ihre Kollegen aus Regensburg lieferten zum selben Datum eine „Gedankenskizze für die Regionalplanung Östlicher Oberpfälzer Wald“.⁶⁵ Beide Entwürfe umrissen in knappen Worten die wichtigsten Probleme und entwarfen Lösungsansätze, die in nuce bereits den Inhalt der

⁶⁰ BayHStA, MWi 21704, Niederschrift über die erste Koordinierungs-Besprechung der Ministerialdirektoren über die Landesplanung am 25. 3. 1964, Stellungnahme Kuchtners.

⁶¹ BayHStA, MWi 21704, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an die Staatskanzlei vom 21. 5. 1964.

⁶² BayHStA, MWi 21755, Vermerk der Landesplanungsstelle vom 21. 8. 1964, Anlage: Auszug aus dem Protokoll der Ministerratssitzung vom 20. 5. 1964.

⁶³ BayHStA, MWi 21755, Rundschreiben der Landesplanungsstelle an alle bayerischen Staatsministerien vom 24. 8. 1964.

⁶⁴ BayHStA, MWi 21755, Bezirksplanungsstelle Niederbayern: Gedankenskizze für die Regionalplanung Mittlerer Bayerwald vom 2. 7. 1964.

⁶⁵ BayHStA, MWi 21763, Bezirksplanungsstelle der Oberpfalz: Gedankenskizze über den Raum „Östlicher Oberpfälzer Wald“ vom 2. 7. 1964.

späteren Raumordnungspläne enthielten. Auf dieser Grundlage ergingen am 28. Juli 1964 die Weisungen der Landesplanungsstelle zur Ausarbeitung von Raumordnungsplänen für die Regionen „Mittlerer Bayerwald“, „Östlicher Oberpfälzer Wald“ und „Bayerische Rhön“ an die Bezirksplanungsstellen in Landshut, Regensburg und Würzburg.⁶⁶ Da Ministerpräsident Goppel der Angelegenheit große Bedeutung beimaß, wies Wirtschaftsminister Otto Schedl die Bezirksplanungsstellen an, alle anderen Aufgaben bis auf weiteres zurückzustellen und die Raumordnungspläne mit Hochdruck zu erstellen.

Der Auftrag lautete zunächst, aus den Regierungsbezirken Niederbayern, Oberpfalz und Unterfranken „Programmgebiete auszuwählen, in denen die raumordnungspolitischen Bestrebungen der Bayer[ischen] Staatsregierung beispielhaft dargestellt“ und für die daher beschleunigt Raumordnungspläne in Auftrag gegeben werden sollten. Diese Planungsregionen sollten „funktional zusammengehören“, d. h. in ihnen mußten sich „alle Ansprüche moderner Lebensführung befriedigen lassen“.⁶⁷ Sie sollten zudem im Grenzland liegen, als Bundesausbaugebiete anerkannt und von der Natur benachteiligt sein. Schließlich mußten sie nach der Untersuchung des Bayerischen Statistischen Landesamts über „Ausgewählte Gruppen wirtschaftsschwacher Gemeinden“ als besonders förderungsbedürftig ausgewiesen sein, wobei ausgeprägt kleinbäuerliche Besitzstrukturen, geringer Besatz an produzierendem Gewerbe und eine große Zahl beruflicher Wochenpendler als Kriterien der Förderungsbedürftigkeit galten.⁶⁸ Während das Statistische Landesamt die Förderungsbedürftigkeit von Gemeinde zu Gemeinde ermittelt hatte, trafen die Landesplaner die Auswahl der in die Raumordnungspläne einzubeziehenden Gebiete nach Landkreisen, wofür vor allem praktische Gründe sprachen.⁶⁹

Auf dieser Grundlage legte schließlich das Wirtschaftsministerium „in Einvernahme mit dem Landwirtschaftsministerium“ im Juli 1964 die Programmgebiete fest.⁷⁰ Die Planungsregion „Mittlerer Bayerwald“ umfaßte die Landkreise Deggendorf, Grafenau, Regen und Viechtach sowie die kreisfreie Stadt Deggendorf. In die Programmregion „Östlicher Oberpfälzer Wald“ wurden die Landkreise Cham, Neunburg vorm Wald, Oberviechtach, Roding und Waldmünchen aus dem Regierungsbezirk Oberpfalz sowie der niederbayerische Landkreis Kötzing einbezogen. Um die Raumordnungspläne so schnell wie möglich fertigzustellen, mobilisierten die Bezirksplanungsstellen in Landshut und in Regensburg alle verfügbaren Kräfte und technischen Kapazitäten, sogar Urlaubssperren wurden verhängt. Dennoch ließ sich der ursprünglich festgesetzte Termin, der 31. August

⁶⁶ BayHStA, MWi 21755, Landesplanungsstelle an die Bezirksplanungsstellen Landshut, Regensburg und Würzburg vom 28. 7. 1964. Das Folgende ebenda.

⁶⁷ BayHStA, MWi 21755, Landesplanungsstelle an die Staatskanzlei vom 9. 11. 1964.

⁶⁸ BayHStA, MWi 21755, Landesplanungsstelle an die Bezirksplanungsstellen der Regierungen von Niederbayern und der Oberpfalz vom 3. 6. 1964.

⁶⁹ Dieser Zugriff war mit erheblich weniger Arbeitsaufwand verbunden, da für die Landkreise wesentlich mehr statistisches Material in publizierter Form vorlag. Die Bezirksplanungsstelle Niederbayern kam denn auch zu dem Ergebnis, das gewählte Verfahren habe sich vor allem deshalb bewährt, „da verschiedene Daten nur landkreisweise vorlagen“. BayHStA, MWi 21759, vorläufiger Raumordnungsbericht Mittlerer Bayerwald, undatiert (ca. Juni 1965); das Zitat findet sich im Vorwort.

⁷⁰ BayHStA, MWi 21755, Aktenvermerk MWi vom 28. 7. 1964. Das Folgende ebenda.

1965, nicht einhalten. Die Raumordnungspläne „Östlicher Oberpfälzer Wald“ und „Bayerische Rhön“ lagen erst 1966 vor, ihr Pendant für den „Mittleren Bayerwald“ folgte ein Jahr später.⁷¹

Ansätze punktueller Förderung des Landes: Die Raumordnungspläne „Mittlerer Bayerwald“ und „Östlicher Oberpfälzer Wald“

In den Landkreisen, die in die Raumordnungspläne „Mittlerer Bayerwald“ und „Östlicher Oberpfälzer Wald“ einbezogen wurden, dominierte nach wie vor der primäre Sektor; lediglich die Landkreise Cham, Deggendorf und Kötzing verfügten über eine gemischte Wirtschaftsstruktur. Die den beiden Raumordnungsberichten vorangestellten Bestandsaufnahmen zeichnen ein düsteres Bild rückständiger Regionen par excellence. So litt der Mittlere Bayerwald in den Augen der Planer an einer „komplexe[n] Strukturschwäche“:⁷² Ein eklatanter Mangel an industriellen und gewerblichen Arbeitsplätzen stand einem Überhang von Arbeitskräften in der Landwirtschaft gegenüber. Aus der unzureichenden Existenzgrundlage der Bevölkerung resultierte eine enorme Abwanderung in die Ballungszentren, die nur durch den hohen Geburtenüberschuß teilweise verdeckt wurde. Dazu kamen die vielen Fernpendler, die den Planern ebenfalls als potentielle Wanderungsverluste galten. Kein Wunder, daß gerade die Jüngeren in Scharen ihre Heimat verließen, die ihnen wenig Chancen bot. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung, in dem die Planer einen „zuverlässige[n] gesamtwirtschaftliche[n] Maßstab für das Ausmaß der Strukturmängel“ erblickten, konnte in den ausgewählten Landkreisen des Bayerischen Waldes nicht mit dem Bundesdurchschnitt Schritt halten: Allein in den Jahren von 1957 bis 1961 hatte sich der Abstand um 610 DM (pro Kopf der Bevölkerung!) vergrößert. „Trotz der in den letzten Jahren durch die bisherigen Förderungsmaßnahmen erzielten Erfolge sind noch große Anstrengungen notwendig, um den Untersuchungsraum wirtschaftlich, sozial und kulturell zumindest an den Landesdurchschnitt heranzuführen.“⁷³ Was das produzierende Gewerbe betraf, erblickten die Planer in der Entwicklung seit 1952 einen Silberstreifen am Horizont, hatte doch die gezielte Förderung der Ansiedlung von Industriebetrieben immerhin einige Erfolge gezeitigt. Im Hinblick auf den Industriebesatz hinkten jedoch sowohl der Mittlere Bayerwald als auch der Östliche Oberpfälzer Wald noch weit hinter dem Landesdurchschnitt her.⁷⁴

Hier galt es, den Hebel anzusetzen, zumal nach Ansicht der Landesplaner die „Hauptvoraussetzung für die wirtschaftliche Anhebung des gesamten Gebietes

⁷¹ Diese Angaben nach Terhalle, Landesplanung, S. 40.

⁷² BayHStA, MWi 21760, Entwurf des Raumordnungsplans Mittlerer Bayerwald, undatiert (1966). Das Folgende nach ebenda.

⁷³ BayHStA, MWi 21755, Regierung der Oberpfalz: Gedankenskizze für die Regionalplanung Östlicher Oberpfälzer Wald vom 2. 7. 1964.

⁷⁴ Vgl. BayHStA, MWi 21760, Entwurf des Raumordnungsplans Mittlerer Bayerwald, undatiert (1966), sowie MWi 21755, Regierung der Oberpfalz/Bezirksplanungsstelle: Gedankenskizze für die Regionalplanung Östlicher Oberpfälzer Wald vom 2. 7. 1964, und Regierung von Niederbayern, Bezirksplanungsstelle: Gedankenskizze für die Regionalplanung Mittlerer Bayerwald vom 2. 7. 1964. Die folgende synoptische Analyse der Raumordnungspläne Mittlerer Bayerwald und Östlicher Oberpfälzer Wald nach ebenda sowie MWi 21759, Vorentwurf des Raumordnungsplans Mittlerer Bayerwald, undatiert (ca. Juni 1965); MWi 21763, Entwurf für den Raumordnungsplan „Östlicher Oberpfälzer Wald“, Entwicklungsprogramm (Kurzfassung), undatiert (Januar 1966).

überhaupt“ in der Schaffung von krisenfesten Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe bestand, die keinen saisonalen Schwankungen unterworfen waren.⁷⁵ Allein in der Planungsregion „Mittlerer Bayerwald“ sollten mittelfristig 8000 bis 9000 neue Jobs entstehen. Zum einen sollte so die – meist relativ hohe – strukturelle Arbeitslosigkeit beseitigt, zum anderen ein attraktives Angebot für die Menschen geschaffen werden, die in der Landwirtschaft kein Auskommen mehr fanden oder die zu den bedauernswerten Fernpendlern zählten.⁷⁶ Davon erhoffte man sich nicht zuletzt ein Ende der „sozialen Erosion“ und eine Steigerung der Einkommen, die in den Augen von Planern und Politikern notwendig erschien, um die Abwanderung vor allem junger Menschen in die Städte aufzuhalten.⁷⁷ Selbst das Landwirtschaftsministerium, der Lordsiegelbewahrer agrarischer Interessen, vertrat die Auffassung,

„daß eine umfassende und nachhaltige Verbesserung in der Landwirtschaft davon abhängt, daß es über die Einflußnahme auf die Infrastruktur und die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse des Raumes gelingt, dauerhafte Erwerbsmöglichkeiten für die aus der Landwirtschaft freiwerdenden Arbeitskräfte einzurichten und damit die Voraussetzungen für eine durchgreifende Agrarstrukturentwicklung zu schaffen“.⁷⁸

Firmen, die sich für einen Produktionsstandort im ländlichen Raum entschieden, konnten mit großzügiger finanzieller Unterstützung durch die öffentliche Hand rechnen. Neben der Ansiedlung weiterer Unternehmen, für die gemeindeeigenes Industriegelände erschlossen und bereitgestellt werden mußte, zielten die Raumordnungspläne darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der bereits bestehenden Betriebe durch Finanzhilfen für Maßnahmen der innerbetrieblichen Rationalisierung und Zuschüsse zu den hohen Frachtkosten zu steigern.

Neue Arbeitsplätze in der Industrie galten auch den Landesplanern als eine notwendige Voraussetzung für die dringend erforderliche Stärkung der Landwirtschaft, die Aufgabe unrentabler kleiner Bauernhöfe war eine andere. Landwirte, die einen beruflichen Neuanfang wagen wollten oder mußten, sollten umgeschult werden, um sie für einen der neuen Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe zu qualifizieren. Diesem Ziel diente auch der Plan, die Beratung der Berufsanfänger zu intensivieren und die Ausbildung der Lehrlinge zu verbessern. Bauernhöfe mit guten Zukunftsperspektiven sollten dagegen weiterbestehen und auf Kosten der aufgelösten kleinen Höfe vergrößert werden, um sie rentabler und krisenfester zu machen. Zur Förderung der Landwirtschaft war zudem vorgesehen, Erzeugungsgemeinschaften und Verwertungsgemeinschaften zu unterstützen, bei der Mechanisierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe zu helfen und die Maschinen-

⁷⁵ BayHStA, MWi 21755, Gedankenskizze für die Regionalplanung Mittlerer Bayerwald vom 2. 7. 1964.

⁷⁶ Beispielsweise BayHStA, MWi 21757, Vermerk über das Ergebnis der 19. Sitzung der Landesplanungsgemeinschaft Bayern am 16. 11. 1965. Vgl. Isenberg, Bedeutung der Industrie. Dazu auch SZ vom 9. 1. 1963 („Alle Wege führen nach Regensburg“), und SZ vom 11. 1. 1963 („Auf dem Gäuboden gedeiht auch Industrie“); hier findet sich auch das folgende Zitat.

⁷⁷ BayHStA, MWi 21757, Vermerk über das Ergebnis der 19. Sitzung der Landesplanungsgemeinschaft Bayern am 16. 11. 1965.

⁷⁸ BayHStA, MWi 21704, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an die Staatskanzlei vom 21. 5. 1964. Dazu auch Egner, Sinn und Grenzen regionaler Industrieförderung.

ringe auszubauen. Im Zuge der Flurbereinigung plante man darüber hinaus, in großem Umfang Wirtschaftswege anzulegen, um den Einsatz moderner Landmaschinen zu ermöglichen.⁷⁹ Bauern, die sich zur umfassenden Modernisierung ihrer Höfe bereit fanden, durften auf die Unterstützung des Staates in Form von Zuschüssen und zinsverbilligten Krediten hoffen. Obwohl die Raumordnungspläne auf eine tiefgreifende sozioökonomische Modernisierung der Programmgebiete zielten, konnten sie einen konservativen Grundzug nicht verbergen. Schließlich beabsichtigten die Planer nicht zuletzt, durch die „Erhaltung und Stärkung der Zu- und Nebenerwerbsbetriebe“ die Verwurzelung möglichst vieler Familien in den heimatlichen Grund und Boden zu erhalten.⁸⁰

Ein weiteres Maßnahmenpaket diente der Förderung des Fremdenverkehrs: Vorgesehen waren Investitionen, um den Freizeitwert des Bayerischen Waldes und des Oberpfälzer Waldes zu heben. Dabei dachte man an den Bau von Hallenbädern und Tennisplätzen, die Anlage von Wanderwegen und die Errichtung zusätzlicher Liftanlagen. Andere Vorhaben, wie die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten oder die Anstellung hauptamtlicher Fremdenverkehrsfachleute bei den Landratsämtern, sollten imagefördernd wirken und Erholungssuchende ins ostbayerische Grenzland locken. Mit der Erschließung des Landes für Touristen verband sich zum einen die Hoffnung auf eine Belebung von Handel, Gewerbe und Gastronomie in strukturschwachen, aber reizvollen Landstrichen. Zum anderen sollten landwirtschaftliche Betriebe durch die Werbekampagne für „Ferien auf dem Bauernhof“ die Chance erhalten, sich ein zweites ökonomisches Standbein aufzubauen.⁸¹ Eine Grundvoraussetzung für den Ausbau des Fremdenverkehrs bestand darin, daß die betreffenden Regionen möglichst das ganze Jahr über für Touristen attraktiv blieben, da etwa größere Hotels ansonsten nicht rentabel arbeiten konnten. Im Bayerischen Wald verfolgten die Landesplaner das ehrgeizige Ziel, zumindest einen Teil der Touristenströme aus den traditionellen Fremdenverkehrsorten in den Alpen oder im Alpenvorland in Richtung Arber, Rachel, Dreisessel und Lusen umzuleiten – doch dazu mußte den Erholungssuchenden natürlich all das geboten werden, was die bekannten Fremdenverkehrszentren am Alpenrand so beliebt gemacht hatte. In gewisser Weise versuchten die Planer, aus der Not eine Tugend zu machen und aus den naturräumlichen Gegebenheiten – auch peripher gelegener – agrarisch strukturierter Landesteile Kapital zu schlagen. Wenn man so will, wurden Landschaft und Natur als

⁷⁹ BayHStA, MWi 21763, bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 25. 9. 1964. Vgl. auch SZ vom 23. 4. 1965 („Ein Plan für die Zukunft des Waldes“).

⁸⁰ BayHStA, MWi 21760, Entwurf des Raumordnungsplans Mittlerer Bayerwald, undatiert (1966). Vgl. dazu den grundlegenden Beitrag von Eichmüller, Arbeiterbauern in Bayern. Dazu auch Hagedorn, Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebs.

⁸¹ Vgl. Müller, Fremdenverkehr. Diese Überlegungen setzten sich auch in anderen Bundesländern rasch durch. So gab beispielsweise auch das Hessische Wirtschaftsministerium 1966 ein „ABC der bäuerlichen Fremdenbeherbergung“ heraus. Der Erfolg scheint bundesweit beachtlich gewesen zu sein, denn 1972 wurde bereits die fünfte Auflage eines Verzeichnisses bäuerlicher Beherbergungsbetriebe veröffentlicht (Ferien auf dem Lande. Erholung auf dem Bauernhof 1973/74. Ein Wegweiser zu über 2000 Bauernhöfen und ländlichen Pensionen und 1000 Ferienwohnungen im Bundesgebiet, bearbeitet von Maria Henze. Bonn 1972).

wesentliche Faktoren des endogenen Entwicklungspotentials einer Region entdeckt.⁸²

Die Förderung der Wirtschaftsstruktur konnte nur dann Erfolg haben, so das Credo der Landesplaner, wenn sie mit einem Ausbau der Infrastruktur einherging. Dabei stand das Verkehrsnetz an erster Stelle, wobei es sowohl um den Anschluß an überregionale Verbindungen als auch um die Verbesserung der Verkehrswege in den Programmgebieten selbst ging.⁸³ Industriebetriebe in peripheren Regionen benötigten einen möglichst guten Anschluß an das regionale und überregionale Verkehrsnetz. Die Landwirtschaft konnte ihren Absatzmarkt für Frischprodukte erheblich vergrößern, wenn die urbanen Zentren durch leistungsfähige Verkehrssysteme gleichsam näher rückten, und Fremdenverkehrsgebiete waren nur halb so attraktiv, wenn sie von den Touristen nur mit Mühe erreicht werden konnten. Daher bezeichnete der Raumordnungsplan „Mittlerer Bayerwald“ den Ausbau der B 11 von München nach Deggendorf zu einer vierspurigen Schnellstraße als „Hauptvoraussetzung für die überregionale Verkehrserschließung und die Entwicklung des Gesamtgebietes überhaupt“, da sich dadurch „die natürliche Verkehrsferne [...] auf einfache Weise auf die Hälfte verringern“ ließe.⁸⁴ Eindringlich betonte die Bezirksplanungsstelle in Landshut die zentrale Bedeutung dieses Projekts für den gesamten Raumordnungsplan: „Bei allen innerregionalen Maßnahmen wird nur ein Teileffekt erzielt, solange dieser Hauptverkehrsanschluß fehlt.“ Daneben hielt man einen zügigen Ausbau zahlreicher Bundes- und Staatsstraßen für notwendig, um alle Teile des Planungsgebiets an diese Hauptverkehrsachse anzubinden. Wie notwendig Investitionen in die regionalen Verbindungen waren, ging aus einer Schätzung der Obersten Baubehörde hervor, die rund 52 Prozent der Kreis- und 75 Prozent der Gemeindestraßen im Programmgebiet des Raumordnungsplans „Östlicher Oberpfälzer Wald“ für ausbaubedürftig hielt.⁸⁵ Deutliche Verbesserungen versprachen sich die Landesplaner schließlich auch von der Anlage von Flugplätzen sowie vom beschleunigten Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals.

Um eine leistungsfähige Energieversorgung sicherzustellen, avisierte man den Bau von Ferngasleitungen von Regen über Deggendorf bis in den Raum Zwiesel-Grafenau sowie von Maxhütte über Nittenau, Roding und Cham bis nach Furth im Wald, wobei das Augenmerk der Landesplaner auf Gemeinden mit zentralörtlicher Funktion lag. Die Verbesserung der Stromversorgung durch den Bau von Umspannwerken und Hochspannungsleitungen sollte die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung sicherstellen und die Ansiedlung von Industriebetrieben

⁸² Eine Zusammenstellung wichtiger Leitlinien findet sich in: Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hrsg.), Raumordnungsbericht 1971, S. 145–149. Vgl. dazu allgemein Meyerhöfer/Singer, Wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs in Bayern.

⁸³ Vgl. zu diesem Problemkomplex ausführlich Gall, „Gute Straßen bis ins kleinste Dorf!“, und ders., Frostschäden. Bayern beschritt damit keinen Sonderweg. Vgl. Aberle, Verkehrspolitik und Regionalentwicklung. Zur Verkehrspolitik in der Bundesrepublik vgl. Klenke, Bundesdeutsche Verkehrspolitik, und ders., Freier Stau.

⁸⁴ BayHStA, MWi 21755, Gedankenskizze für die Regionalplanung Mittlerer Bayerwald vom 2. 7. 1964; das folgende Zitat findet sich ebenda.

⁸⁵ BayHStA, MWi 21763, Gedankenskizze über den Raum „Östlicher Oberpfälzer Wald“ vom 2. 7. 1964.

an neuen Standorten ermöglichen.⁸⁶ Zudem enthielten die Raumordnungspläne Vorschläge für die Modernisierung von Kanalisation, Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung; dabei hielt man sogar den Bau einer Fernwasserleitung für unumgänglich: „Die Durchführung dieses Projektes schafft entscheidende Standortverbesserungen, die den gesamten Untersuchungsraum betreffen. [...] Industrie und Gewerbe, vor allem auch die Entwicklung des Fremdenverkehrs, hängt von der Schaffung dieser Grundvoraussetzung mit ab.“⁸⁷ Handlungsbedarf sah man auch im Gesundheitswesen, wo es in erster Linie um den Neu- und Ausbau von Krankenhäusern ging⁸⁸, und vor allem im Bildungssektor. Um die „Bildungsreserven“ des Bayerischen Waldes zu mobilisieren, sollten unter anderem Gymnasien in Grafenau und Viechtach sowie eine Real- und eine Handelsschule in Deggen-dorf errichtet werden. Daneben forderten die Landesplaner eine beschleunigte Errichtung achtklassiger Verbandsschulen und den Einsatz von Schulbussen, um Alternativen zu den vielen kleinen Dorfschulen zu schaffen, die ihren Aufgaben nicht mehr gerecht wurden. Schließlich sollte „im Rahmen der Verbandsschulplanung [...] auch den Kindern auf dem Lande die Möglichkeit gegeben werden, die Volksschule weitgehend in Jahrgangsklassen zu durchlaufen.“⁸⁹ Die Schaffung moderner Bildungseinrichtungen auf dem Land galt als Gebot der Stunde⁹⁰, hing doch in den Augen der Landesplaner der Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit maßgeblich „von wirksamen Maßnahmen der Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung“ ab.⁹¹ Die Autoren des Raumordnungsplans „Östlicher Oberpfälzer Wald“ traten zudem vehement für die Gründung einer vierten Landesuniversität in Regensburg ein, der „für ganz Ostbayern eine überragende Bedeutung“ zukomme. Diese Hochschule werde „die geistigen Kräfte des Grenzlandes aufnehmen, die wegen der weiten Entfernungen“ zu anderen Universitätsstädten „und wegen der dortigen hohen Lebenskosten sich ein Studium bisher nicht“ hätten leisten können.⁹²

Allerdings sollten nicht alle Teile des Programmgebietes gleichermaßen in den Genuß von Finanzmitteln kommen. Während die Maßnahmen für die Landwirtschaft flächendeckend angewendet wurden und das Ankurbeln des Fremdenverkehrs auf diejenigen Ortschaften bzw. Regionen beschränkt blieb, die von den naturräumlichen Gegebenheiten dafür in Frage kamen, sollte die Förderung der infrastrukturellen Erschließung sowie der Industrieansiedlung hauptsächlich auf bestimmte Schwerpunkte im ländlichen Raum konzentriert werden. „Dezentrali-

⁸⁶ Zur Bedeutung der Energieversorgung vgl. Deutinger, „Lebensfrage für die bayerische Industrie“. Zu diesem Problem auch Geiger, Die grenzland-wirtschaftliche Situation der Oberpfalz.

⁸⁷ BayHStA, MWi 21755, Gedankenskizze für die Regionalplanung Mittlerer Bayerwald vom 2. 7. 1964.

⁸⁸ Vgl. dazu Lindner, Gesundheitspolitik.

⁸⁹ BayHStA, MWi 21763, Entwurf für den Raumordnungsplan „Östlicher Oberpfälzer Wald“, Entwicklungsprogramm (Kurzfassung), undatiert (Januar 1966).

⁹⁰ BayHStA, MWi 21954, Protokoll der Besprechung zwischen Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium über Fragen der Strukturverbesserung überwiegend landwirtschaftlich orientierter Gebiete vom 16. 1. 1964. Zum Gesamtzusammenhang vgl. Müller/ Schröder/ Mößlang, „Vor uns liegt ein Bildungszeitalter.“

⁹¹ BayHStA, MWi 21787, Untersuchungen über die Arbeitslosigkeit in Ostbayern im Rahmen der Ausarbeitung des Ostbayern-Programms, undatiert (März/April 1968).

⁹² BayHStA, MWi 21763, Gedankenskizze über den Raum „Östlicher Oberpfälzer Wald“ vom 2. 7. 1964.

sation“, hieß es bereits in den „Grundlagen und Zielen der Raumordnung“, bedeute „nicht gleichmäßige Verteilung der Bevölkerung und planlose Streuung der Industrie, sondern Standortpolitik im Hinblick auf die Förderung sorgfältig ausgewählter regionaler Zentren.“⁹³ Noch deutlicher wurde Klaus Mayer, einer der führenden Köpfe der Landesplanungsstelle. „Industrialisierung auf dem Land“, führte der Regierungsdirektor in einem Referat vor Kollegen aus Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und des Saarlands aus, heiße „jedoch nicht ‚Industrialisierung der Dörfer‘, sondern wohlüberlegte Standortwahl in den sich dafür eignenden Klein- und Mittelstädten [...]“.⁹⁴ Diesem Vorgehen lag die auf Walther Christaller zurückgehende, in modifizierter Form verwendete Theorie der zentralen Orte zugrunde.⁹⁵

Um die ungünstige Siedlungsstruktur auszugleichen – in den Programmgebieten der Raumordnungspläne zählte man zahlreiche Einödhöfe, Weiler und kleine Dörfer – und die begrenzten Fördermittel so wirkungsvoll wie möglich einsetzen zu können, wollte man vor allem die zentralen Orte fördern. Diese bildeten in den Augen der Landesplaner „das Grundgerüst der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklungsmöglichkeiten, auf die sich auch die kleinräumige Konzentrierung der Einrichtungen der Daseinsfürsorge und Infrastruktur schwerpunktmäßig stützen soll.“⁹⁶ Aufgrund dieser Prämisse war es nur folgerichtig, in den ausgewählten Gemeinden für eine „Mindestaussstattung an zentralen Einrichtungen“ zu sorgen und diese „auch äußerlich [...] auf einen Zustand“ zu bringen, „der ihrer zentralen Bedeutung entspricht“.⁹⁷ Die bayerischen Landesplaner erarbeiteten ein viergliedriges, hierarchisch aufgebautes System von Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren, die für ihren jeweiligen Einzugsbereich bestimmte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leistungen sowie öffentliche und private Einrichtungen der Daseinsvorsorge bereitzustellen hatten.⁹⁸ Der eigentliche Sinn dieses Konzepts bestand darin, das vorhandene Geld so sinnvoll wie möglich zu investieren.

Ein wunder Punkt: Die Finanzierung

Was die Finanzen betraf, wies der Raumordnungsplan „Mittlerer Bayerwald“ gegenüber den beiden anderen eine bemerkenswerte Besonderheit auf: Er enthielt nämlich detaillierte Angaben, wieviel Geld in den nächsten 20 Jahren notwendig

⁹³ Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Grundlagen und Ziele der Raumordnung in Bayern, S. 4.

⁹⁴ BayHStA, MWi 21568, Landesplanungsstelle an das Flurbereinigungsamt Würzburg vom 20. 4. 1964, Anlage: „Aufgaben der Raumordnung und Landesplanung im ländlichen Raum“, undatiert (März 1964).

⁹⁵ Vgl. Christaller, Die zentralen Orte in Süddeutschland. Vgl. dazu auch Hahn/Preuß: Regionalplanung, S. 19–21, und Isbary, Zentrale Orte und Versorgungsbereiche, sowie Istel, Entwicklungsachsen und Entwicklungsschwerpunkte.

⁹⁶ BayHStA, MWi 21759, Vorentwurf des Raumordnungsplans Mittlerer Bayerwald, undatiert (ca. Juni 1965), S. 323.

⁹⁷ BayHStA, MWi 21763, Gedankenskizze über den Raum „Östlicher Oberpfälzer Wald“ vom 2. 7. 1964. Darunter verstand man geteerte Ortsstraßen, Gehwege und elektrische Straßenbeleuchtung.

⁹⁸ Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Ein Programm für Bayern I, S. 9–13.

sein würde, um die vorgeschlagenen Maßnahmen zu realisieren.⁹⁹ Diese Zahlen beruhten auf komplizierten Berechnungen, denen ein wegweisendes Verfahren zugrunde lag, das die Bezirksplanungsstelle in Landshut erstmals praktizierte. Neu war vor allem, daß bei der Kostenermittlung nicht alle finanziellen Aufwendungen der verschiedenen Investoren addiert, sondern der zusätzliche Aufwand für diejenigen Maßnahmen herausgeschält wurde, „die sich speziell aus Entwicklungszielen des Planwerkes ergaben.“¹⁰⁰ Die Verfasser des Raumordnungsplans „Mittlerer Bayerwald“ veranschlagten den Finanzbedarf zwischen 1966 und 1985 auf mehr als 2,7 Milliarden DM, insgesamt sollte die Umsetzung aller drei Raumordnungspläne mit schwindelerregenden 11,3 Milliarden DM zu Buche schlagen.¹⁰¹

Zwar wurden diese Angaben nicht veröffentlicht, da ihre Berechnungsgrundlagen nicht unproblematisch waren. Dennoch gerieten die Raumordnungspläne wie die Landesplaner selbst unter Beschuß, als die astronomisch anmutenden Summen bekannt wurden. Derartige Zahlen seien „Gift für den Kapitalmarkt“, zürnten die einen, während die anderen die Raumordnungspläne als „Sammlung utopischer Wunschvorstellungen“ abkanzelten. Neben derart unsachlichen Polemiken gab es freilich auch ernstzunehmende Einwände. Die Oberste Baubehörde im Innenministerium übte beispielsweise massive Kritik an den geplanten Straßenbauprojekten. Die Planungsregionen seien bereits durch „ein verhältnismäßig dichtes Netz von Bundes- und Fernstraßen erschlossen“, deren Auslastung jedoch „in der Regel *erheblich* unter dem Landesdurchschnitt für Bundes- und Staatsstraßen in Bayern“ liege.¹⁰² Zur Verwirklichung der vorgeschlagenen Straßenbaumaßnahmen allein seien insgesamt 1,4 Milliarden DM erforderlich, eine Summe, die angesichts der Haushaltslage vollkommen wirklichkeitsfremd sei. Überdies solle man die vorhandenen Mittel eher für den Ausbau des Verkehrsnetzes in den Ballungsräumen mit ihren chronisch überlasteten Straßen verwenden. Die Oberste Baubehörde stand mit ihrer Kritik an den ersten Raumordnungsplänen nicht allein.¹⁰³ In der Tat wiesen diese Planwerke beträchtliche Mängel auf, die nicht zuletzt auf fehlende Erfahrung und unausgereifte Instrumente der Prognose zurückzuführen waren. So ist beispielsweise ein deutliches Übergewicht der Zustandsbeschreibung über die Aussagen zu Planungszielen ebenso zu konstatieren wie die mangelnde Sorgfalt bei der Differenzierung zwischen Ausführungen zu den Planungszielen, deren Begründung und den Vorschlägen für die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen.¹⁰⁴

⁹⁹ Vgl. von Krezmar, Landesplanung in Niederbayern, S. 111 f. Der Finanzplan für den Raumordnungsplan Mittlerer Bayerwald findet sich ebenda, S. 125 ff.

¹⁰⁰ Terhalle, Geschichte, S. 119.

¹⁰¹ Terhalle, Landesplanung, S. 42. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

¹⁰² BayHStA, MWi 21755, Oberste Baubehörde an die Landesplanungsstelle vom 24. 9. 1964; Hervorhebung im Original.

¹⁰³ Auch einige Abteilungen des Wirtschaftsministeriums äußerten Bedenken, beispielsweise BayHStA, MWi 21755, Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr, Referat I/4, zum Entwurf des Raumordnungsplans „Mittlerer Bayerwald“ vom 11. 6. 1965.

¹⁰⁴ Vgl. Terhalle, Geschichte, S. 119.

Sektorale Planungskonkurrenz

Hinter vielen Argumenten, die kritisch ins Feld geführt wurden, steckte allerdings nichts anderes als die kaum kaschierte sektorale Planungskonkurrenz, also Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Planern im Wirtschaftsministerium und den übrigen Ressorts.¹⁰⁵ Letzteren fiel es nämlich gar nicht ein, ihre Zuständigkeit für die Fachplanung kampfflos an die Landesplanungsbehörden abzutreten. Die Speerspitze des hinhaltenden Widerstandes bildete das Kultusministerium. In Gestalt von Kultusminister Ludwig Huber trat den Landesplanern ein mächtiger Widersacher entgegen, der als Vorsitzender der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag auch über seinen Amtsbereich hinaus enormen Einfluß besaß. Ihren Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen zwischen Kultusministerium und Landesplanungsbehörde in den Jahren 1965 und 1966, als die drei Raumordnungspläne für das Zonenrandgebiet zur Debatte standen. Im Kultusministerium vertrat man den Standpunkt, die Landesplanungsstelle und das Wirtschaftsministerium hätten mit den vorgelegten Entwürfen ihre Befugnisse überschritten, da Raumordnungspläne lediglich die Nutzung des Bodens „in den Grundzügen“ regeln sollten; für bis ins kleinste Detail ausgearbeitete Pläne fehle jedoch sowohl im bayerischen Landesplanungsgesetz wie auch im Bundesraumordnungsgesetz die Rechtsgrundlage.¹⁰⁶ In diesem Zusammenhang monierte Huber, daß die vorgelegten Entwürfe, die teilweise mehr als 400 Seiten umfaßten, viel zu ausführlich geraten seien, was den Ministerien eine fundierte Stellungnahme unmöglich mache. Die Raumordnungspläne müßten sich auf die wesentlichen Grundzüge beschränken, und dazu reiche ein Umfang von 60 bis 70 Seiten vollkommen aus.¹⁰⁷

Überdies sprachen in Hubers Augen taktische Gesichtspunkte grundsätzlich gegen die Aufstellung derart detaillierter Pläne, da sich dieses scharfe Schwert in der parteipolitischen Auseinandersetzung leicht gegen die Staatsregierung richten ließe. Die „beschreibenden Teile der Entwürfe“ würden „in vielen Teilen ein so ungünstiges Bild des gegenwärtigen Zustandes vermitteln, daß diese Darstellungen der Staatsregierung nach Verabschiedung der Entwürfe in polemischer Weise als mangelhaftes Ergebnis ihrer jahrelangen Tätigkeit vorgehalten werden“ könnten.¹⁰⁸ Zudem habe man die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Strukturverbesserung ohne ausreichende Rücksicht auf ihre baldigen Realisierungschancen ausgearbeitet und nicht mit den Fachressorts abgestimmt. Sie würden daher, so befürchtete der Kultusminister, „nach einer Verabschiedung durch die Staatsregierung dieser laufend vorgehalten werden, wenn sie sich nicht haben verwirklichen lassen.“ Zusammenfassend wandte sich Huber persönlich an seinen Kabinettskollegen Schedl und führte aus:

¹⁰⁵ Vgl. dazu Scharpf/Schnabel, Steuerungsprobleme der Raumordnung, S. 20 und S. 34–40 sowie S. 45 f.

¹⁰⁶ BayHStA, MWi 21764, Ludwig Huber an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 3. 12. 1965.

¹⁰⁷ BayHStA, MWi 21764, Ludwig Huber an Otto Schedl vom 19. 11. 1965.

¹⁰⁸ BayHStA, MWi 21764, Ludwig Huber an Otto Schedl vom 18. 6. 1965. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

„Selbstverständlich sollen die Raumordnungspläne in objektiver Weise und ohne verfälschende Beschönigungen den wahren Sachverhalt wiedergeben. Sie werden aber, sehr verehrter Herr Kollege, mit mir darin übereinstimmen, daß es nicht ihr primärer Zweck sein kann, der Opposition die Arbeit einer Materialsammlung für Angriffe auf die Staatsregierung abzunehmen.“¹⁰⁹

Unter diesen Umständen, erklärte der Kultusminister wenig später, könne er „für diesen Entwurf eines Raumordnungsplanes die Zustimmung zu einer Verbindlichkeitserklärung gemäß Art. 12 des Bayer[ischen] Landesplanungsgesetzes *nicht* in Aussicht stellen.“¹¹⁰

Den Landesplanern ging es freilich gar nicht darum, die betreffenden Raumordnungspläne durch den Ministerrat für rechtsverbindlich erklären zu lassen¹¹¹, obwohl das Wirtschaftsministerium ihrer förmlichen Aufstellung zunächst „größte staatspolitische Bedeutung“ beigemessen hatte.¹¹² In ihren Augen stellten diese Planungen „nicht mehr als eine Zusammenfassung von Prognosen und Entwicklungsvorschlägen [dar], aus denen erst in einem weiteren Arbeitsgang Vorschläge für ‚Ziele der Raumordnung und Landesplanung‘ im Sinne des Raumordnungsgesetzes herauszukristallisieren“ seien¹¹³, die – auch gegenüber dem Bund – rechtsverbindlichen Charakter hatten, sobald sie einmal verabschiedet waren. Für die Landesplaner kam es also vor allem darauf an, „ob die Bayerische Staatsregierung das in den drei Raumordnungsplänen niedergelegte Zwischenergebnis billigt und Richtlinien für die Ausarbeitung der dann bindenden ‚Ziele der Raumordnung und Landesplanung‘ gibt.“ Der Beschluß des Ministerrats vom 17. Mai 1966, der die Raumordnungspläne als „geeignete Grundlage zur Entwicklung der betroffenen Räume“ bezeichnete, auf deren Grundlage „die Landesplanungsstelle zusätzliche zeitliche, finanzielle und sachliche Pläne aufstellen“ sollte, signalisierte bereits vorsichtige Zustimmung¹¹⁴ – mehr aber auch nicht. Dennoch ging von den ersten Raumordnungsplänen die berühmte „normative Kraft des Faktischen“ aus, die zu einer Art „Selbstbindung der Betroffenen“ führte und, etwa durch die Festlegung von Trassen für Verkehrsprojekte oder von Standorten für Bildungseinrichtungen, die Entwicklung bestimmter Teilräume nicht unwesentlich beeinflusste.¹¹⁵

Regionale Förderungskonkurrenz

Neben der sachlich motivierten Kritik an den Defiziten der Raumordnungspläne und dem ermüdenden Gerangel um Kompetenzen hatten die Planungsbehörden mit dem Problem zu kämpfen, daß divergierende regionalspezifische Interessen

¹⁰⁹ BayHStA, MWi 21764, Ludwig Huber an Otto Schedl vom 19. 11. 1965.

¹¹⁰ BayHStA, MWi 21764, Ludwig Huber an Otto Schedl vom 13. 4. 1966. Hervorhebung im Original.

¹¹¹ BayHStA, MWi 21764, Vermerk der Landesplanungsstelle betr. Raumordnungsplan „Östlicher Oberpfälzer Wald“ vom 25. 4. 1966.

¹¹² BayHStA, MWi 21521, undatierte Notiz „Raumordnungspläne“.

¹¹³ BayHStA, MWi 21764, Vermerk betr. Aufstellung der Raumordnungspläne „Mittlerer Bayerwald“, „Östlicher Oberpfälzer Wald“ und „Bayerische Rhön“, hier: Rechtswirksamkeit der beabsichtigten Aufstellung vom 16. 5. 1966. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

¹¹⁴ BayHStA, MWi 21764, Vermerk der Landesplanungsstelle vom 18. 5. 1966.

¹¹⁵ Terhalle, Geschichte, S. 119.

und die Konkurrenz um Fördermittel ihre Arbeit zu behindern, ja in einigen Fällen sogar zu paralysieren drohten.¹¹⁶ Denn sobald ruchbar wurde, daß die Staatsregierung Hilfsmaßnahmen für bestimmte strukturschwache Regionen plante, meldeten sich Repräsentanten der angrenzenden Land- oder Stadtkreise zu Wort und betonten, daß diese nicht leer ausgehen dürften. Nicht wenige Kommunalpolitiker sahen in staatlichen Förderprogrammen die einzige Chance, den Sprung nach vorne zu schaffen, und setzten daher alle Hebel in Bewegung, um ihrer Heimat ein Stück vom großen Kuchen der staatlichen Zuschüsse zu sichern. Auch die Aufstellung der Raumordnungspläne „Mittlerer Bayerwald“ und „Östlicher Oberpfälzer Wald“ wurde von einem ebenso vielstimmigen wie dissonanten Chor begleitet, der die Ausweitung des Programmgebiets forderte. Meist hieß es, die Einteilung der Planungsregionen sei willkürlich und der eigene Landkreis oder die eigene Stadt durch naturräumliche Gegebenheiten, geographische Lage und sozioökonomische Struktur kaum weniger benachteiligt als die auserwählten Regionen.¹¹⁷ Es war aber nicht nur Neid, der in solchen Stellungnahmen mitschwang, sondern auch die Angst, womöglich den Anschluß zu verlieren und dauerhaft hinter der Nachbarschaft zurückzubleiben, die das Glück hatte, von den Strukturpolitikern und Landesplanern in München unter ihre Fittiche genommen zu werden.

So erhob sich im Raum Passau ein wahrer Sturm des Protests. Die „Passauer Neue Presse“ – ein Organ, das nun wahrlich nicht zur Opposition gezählt werden konnte – schrieb mit Blick auf die Definition der drei Planungsregionen „Östlicher Oberpfälzer Wald“, „Mittlerer Bayerwald“ und „Bayerische Rhön“ unverblümt von einem „Versagen der bayerischen Staatsregierung in der Grenzlandpolitik“.¹¹⁸ Zwar werde man in München nicht müde zu betonen, wie wichtig die Förderung des östlichen Randgebiets sei, doch glichen diese Versicherungen „langsam dem Dreschen von leerem Stroh“. Alles, „was bisher für das ostbayerische Gebiet getan“ worden sei, sei „im Grunde genommen nur ein großer Bluff“ gewesen. So könne es nicht weitergehen. Man sei es in Ostbayern „langsam leid, immer betteln zu müssen und nur große Worte zu hören, während die Taten auf sich warten“ ließen. Was nun Not tue, sei keine exemplarische Förderung, die nur wenigen zugute komme, „sondern wirkliche Hilfe für das ganze Gebiet“. Die „Waldrundschau“, eine Provinzpostille mit dem bezeichnenden Untertitel „Unabhängiges Heimatblatt für den Bayerischen Wald“, unkte gar, man wolle das Dreiländereck als eine Art „Kolonie“ behandeln, über deren „Menschenreservoir“ die Unternehmer in wohlhabenderen Teilen des Bundesgebiets frei verfügen könnten, und erhob in diesem Zusammenhang schwere persönliche Angriffe gegen Ministerpräsident Goppel.¹¹⁹

Verschwörungstheoretische Hirngespinnste waren in diesen hitzigen Diskussionen kein Einzelfall. Der Wolfsteiner Landrat Josef Brandl berichtete dem Regie-

¹¹⁶ Terhalle, Landesplanung, S. 41. Vgl. dazu auch Scharpf/Schnabel, Steuerungsprobleme der Raumordnung, S. 34–41.

¹¹⁷ BayHStA, MWi 21755, Landratsamt Vilshofen an die Landesplanungsstelle vom 26. 11. 1964.

¹¹⁸ Passauer Neue Presse vom 11. 11. 1964 („Die Grenzlandhilfe“). Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

¹¹⁹ BayHStA, MWi 21755, Staatskanzlei an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 6. 11. 1964.

rungschef, die Abgrenzung der Planungsregionen habe in seinem notleidenden Landkreis eine Krisenstimmung ausgelöst, in der selbst den abstrusesten Horrormeldungen Glauben geschenkt werde.

„Versionen sind in Umlauf, daß man sich an den Kopf greifen möchte. Die einen sagen, ob man nicht vielleicht dem Osten unser Gebiet zum Tausch anbieten möchte für eine eventuelle Beseitigung der Berliner Mauer, die anderen meinen, ob es vielleicht für eine Raumplanung im oberösterreichischen Mühlviertel vorgesehen ist.“¹²⁰

Man fühlte sich von München schlicht und einfach verraten und verkauft, entweder an Pankow oder – möglicherweise noch schlimmer – an Wien. Obwohl Brandl diesen Brief an einem 11. November schrieb, war dem Landrat offenkundig keineswegs nach einem Faschingsscherz zumute. Er meinte es bitter ernst, als er Goppel warnte, er solle dafür sorgen, daß die Planungsregionen neu zugeschnitten würden; dies sei „schon in Anbetracht der nicht zu fernen Wahlen“ auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene „zwingend notwendig“.

Die Antwort der Staatskanzlei verriet eine gewisse Hilflosigkeit, zumal die von der CSU gestellte Staatsregierung von der sozialdemokratischen Opposition und unzufriedenen Parteifreunden aus Niederbayern gleichzeitig aufs Korn genommen wurde, die gemeinsam die Forderung nach umgehender Berücksichtigung der Region Passau erhoben.¹²¹ Der Ministerpräsident, rechtfertigte sich die Staatskanzlei, wolle die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur keineswegs auf wenige Gebiete beschränken, sondern vielmehr auf alle Regionen ausdehnen, „wo die Entwicklung mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung des Landes nicht“ habe „Schritt halten“ können.¹²² Leider sei es jedoch technisch und finanziell ganz unmöglich, die Hilfsmaßnahmen überall gleichzeitig anlaufen zu lassen. Im Übrigen habe Goppel selbst mit der Festlegung der Planungsregionen nichts zu tun gehabt, die vom Wirtschafts- und vom Landwirtschaftsministerium nach objektiven Kriterien getroffen worden sei. Der Ministerpräsident, so versuchten Goppels Mitarbeiter den zornigen Landrat zu beschwichtigen, halte auch in Wolfstein eine Strukturverbesserung für dringend erforderlich und werde sich bald selbst ein Bild von der Situation vor Ort machen. Obwohl die politische Führung und die Beamten in den Landesplanungsbehörden in diesem Konflikt hart blieben, zeitigte die massive Kritik weitreichende Konsequenzen. Als sich einige Jahre später bei den Vorarbeiten für das sogenannte Ostbayernprogramm ähnliche Konflikte abzeichneten, gab man dem Drängen, weitere Landkreise in das Programmgebiet aufzunehmen, ohne lange Diskussionen nach.¹²³

¹²⁰ BayHStA, MWi 21752, Josef Brandl an Alfons Goppel vom 11. 11. 1964. Das folgende Zitat ebenda.

¹²¹ BayHStA, MWi 21755, Franz Heubl an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 17. 3. 1965 und CSU-Kreisverband Wolfstein an Alfons Goppel vom 17. 11. 1964.

¹²² BayHStA, MWi 21752, Staatskanzlei an Josef Brandl vom 12. 1. 1965.

¹²³ BayHStA, MWi 21706, Landrat Johann Pösl (Vohenstrauß) an Otto Schedl vom 3. 4. 1968, und die Antwort Schedls an Pösl vom 2. 5. 1968.

3. Die Zeit der großen Pläne

Für die Ausdehnung der Programmgebiete waren freilich nicht allein regionale Eifersüchteleien verantwortlich.¹²⁴ Einen weiteren wichtigen Faktor für diesen Trend stellte die Landtagswahl von 1966 dar. In deren Vorfeld hatten CSU und SPD versucht, sich gegenseitig mit Modernisierungsparolen zu übertrumpfen. Das Resultat, eine solide Mehrheit für die bayerische Unionspartei, galt nicht zuletzt als persönlicher Erfolg des Ministerpräsidenten. Das neue Kabinett trug nun deutlich seine Handschrift:¹²⁵ So stellte Goppel dem erneut zum Wirtschaftsminister berufenen Otto Schedl mit Franz Sackmann einen neuen Staatssekretär zur Seite, der zuvor Landrat des ausgesprochen strukturschwachen Landkreises Roding gewesen war und für die Landesplanung erheblich mehr Verständnis aufbrachte als sein Minister. Damit rückten die Planer gewissermaßen näher an die Zentren der politischen Entscheidung heran. Fast zeitgleich bildeten Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt in Bonn die Große Koalition, die insbesondere in der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit der mittelfristigen Finanzplanung oder der Globalsteuerung neue Wege einschlug.¹²⁶ Das schuf ein Klima, dem sich auch Bayern nicht entziehen konnte. Dazu kam die Rezession von 1966/67¹²⁷, die auch im Freistaat die Arbeitslosenzahlen hochschnellen ließ. Als krisenanfällig erwiesen sich vor allem die Sanierungsgebiete und das Grenzland, denen stets die besondere Aufmerksamkeit der Landesplaner gegolten hatte. Im März 1967 stieg die Arbeitslosenquote, die landesweit bei 4,1 Prozent lag, im Arbeitsamtsbezirk Deggendorf auf 16,4 Prozent, im Arbeitsamtsbezirk Passau erreichte sie 18,8 Prozent und im Arbeitsamtsbezirk Weiden lag sie bei 11,4 Prozent.¹²⁸ Der konjunkturelle Einbruch wurde in Bayern zum Katalysator eines neuen Planungsverständnisses. Die bisherige Politik, die primär auf eine Behebung der dringendsten Mängel und Engpässe abgezielt hatte, war offensichtlich an ihre Grenzen gestoßen. Neue Konzepte schienen erforderlich. Erst im Zuge dieser Entwicklung gerieten nun auch agrarisch geprägte Regionen, die nicht zu den Notstandsgebieten des Grenzlands zählten, ins Fadenkreuz der Landesplaner.

Ursprünglich war man in der Landesplanungsstelle davon ausgegangen, daß umfassende und detaillierte Pläne nur für relativ eng begrenzte und nach bestimmten Kriterien ausgewählte Gebiete gemacht werden konnten. Noch im März 1964 hatte das Wirtschaftsministerium die Auffassung vertreten, „es solle nur in Räumen geplant werden, in denen ein echtes Bedürfnis dazu auf der Hand liege“. Die Frage der Staatskanzlei, „ob ein Gesamtentwicklungsplan für die entwicklungsfähigen Gebiete Bayerns erstellt werden könne“, war dagegen verneint

¹²⁴ Vgl. im folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, Schlemmer/Grüner/Balcar, „Entwicklungshilfe im eigenen Lande“.

¹²⁵ Siehe die Kabinettslisten in: Kock, Bayerische Landtag, S. 304 f. Zur Rolle Goppels bei der Intensivierung der Landesplanung vgl. Friemberger, Alfons Goppel, S. 230–235.

¹²⁶ Vgl. Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 241–301. Zur gewachsenen Bedeutung der Planung in der Großen Koalition vgl. Bebermeyer, Regieren ohne Management, S. 27–39.

¹²⁷ Vgl. Borchardt, Zäsuren, S. 22–25, und Kleßmann, Zwei Staaten, S. 195–199.

¹²⁸ Diese Angaben nach SJbB 29 (1969), S. 135 f.

worden.¹²⁹ Aufgrund der veränderten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen kam es nun freilich ganz anders: Am 19. März 1968 beschloß der Ministerrat die Ausarbeitung eines bayernweiten Programmes für schwachstrukturierte Gebiete, das bereits Ende April verabschiedet werden sollte.¹³⁰ Die Landesplanungsstelle, der die Federführung übertragen worden war, stand also unter einem enormen Zeitdruck. Wie die bereits fertiggestellten Raumordnungspläne, sollte das langfristig angelegte „Strukturentwicklungsprogramm für Bayern“ einem ganzheitlichen Ansatz folgen, d.h. Verbesserungsmöglichkeiten auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet als interdependente Teile einer in sich geschlossenen Strukturentwicklungspolitik skizzieren. Zudem, so lautete der Auftrag, sollten die Planer nach dem Vorbild des Raumordnungsplans „Mittlerer Bayerwald“ möglichst genau berechnen, wieviel Geld die projektierten Maßnahmen in einem Zeitraum von 20 Jahren verschlingen würden.¹³¹ Sämtliche mit diesem Projekt verbundenen Planungen basierten auf Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung Bayerns bis 1990, die das Institut für Raumordnung und Raumforschung in Bad Godesberg herausgegeben hatte, und die ihrerseits wiederum auf einer vom Statistischen Bundesamt mit den Ländern abgestimmten Vorausschätzung beruhten.¹³²

Einen Eckpfeiler des „Strukturentwicklungsprogramms für Bayern“ markierte das „Programm zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Land“, das auf eine Initiative der CSU-Fraktion im Landtag zurückging¹³³ und vier Punkte umfaßte: Zur Schaffung von gewerblichen Arbeitsplätzen für Personen, die zuvor in der Landwirtschaft tätig waren, sollte ein jährliches Darlehensprogramm im Umfang von 50 Millionen DM aufgelegt und über die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) abgewickelt werden.¹³⁴ Darüber hinaus wurden jährlich fünf Millionen DM zur Förderung des Wohnungsbaus, zwei Millionen DM zum Ausbau von Fremdenzimmern auf Bauernhöfen und eine Million DM zur Finanzierung von Umschulungskursen bereitgestellt. Finanzminister Konrad Pöhner legte dem Ministerpräsidenten umgehend einen Programmentwurf mit einem Gesamtvolumen von über 90 Millionen DM vor, der vorsah, die Mittel für die entsprechenden Darlehen bereits im Haushalt 1969 bereitzustellen.¹³⁵ Der Ministerrat billigte den Vorschlag des Finanzministeriums am 9. Juli 1968 und betonte nochmals ausdrücklich, daß das „Programm zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem

¹²⁹ BayHStA, MWi 21704, Niederschrift über die erste Koordinierungs-Besprechung der Ministerialdirektoren über die Landesplanung am 25. 3. 1964, Stellungnahme Kuchtners.

¹³⁰ BayHStA, MWi 21787, Vermerk des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom 20. 3. 1968.

¹³¹ BayHStA, MWi 21787, Rundschreiben Otto Schedls an alle Staatsministerien vom 20. 3. 1968, und Vermerk Franz Sackmanns vom 20. 3. 1968, sowie ebenda, Ergebnisprotokoll über die Besprechung der Planungsreferenten der Staatsministerien im Wirtschaftsministerium vom 22. 3. 1968.

¹³² Vgl. BayHStA, MWi 21787, Otto Schedl an Alfons Goppel vom 23. 4. 1968.

¹³³ BayHStA, MWi 21706, Vermerk des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom 19. 6. 1968 über ein Gespräch im Finanzministerium betr. „Programm zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande“, hier: Stellungnahme Ministerialdirigent Dr. Bensegger.

¹³⁴ Zur LfA vgl. den kurzen Überblick bei Schreyer, Bayern ein Industriestaat, S. 223 ff.

¹³⁵ Vgl. BayHStA, MWi 21706, Konrad Pöhner an Alfons Goppel vom 26. 6. 1968. Siehe dazu auch ebenda, Vermerk MWi betr. „Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande“ vom Juni 1968 (vor 9. 7. 1968).

Landes“ im Rahmen des Strukturentwicklungsprogramms und mit Hilfe der Landesbodenkreditanstalt wie der LfA verwirklicht werden sollte.¹³⁶

Parallel zur Aufstellung des Strukturentwicklungsprogramms, das sich immer mehr zu einem Mammutunternehmen auswuchs, drängte Ministerpräsident Goppel persönlich auf die Zusammenfassung aller bisherigen Planungen für das ostbayerische Zonenrandgebiet. Zur Begründung eines speziellen Programms für die insgesamt 16 Landkreise im Grenzland hieß es, „das Untersuchungsgebiet ist das größte Gebiet Bayerns und der Bundesrepublik Deutschland mit dem niedrigsten wirtschaftlichen Leistungswert je Kopf der Bevölkerung, der höchsten Arbeitslosenquote und mit schwierigen Strukturproblemen sowohl in der Landwirtschaft als auch in Teilen der ansässigen Industrie.“¹³⁷ Da eine befriedigende Lösung dieser schwerwiegenden Entwicklungsprobleme „nur auf sehr lange Sicht“ möglich sei, begrüßte Wirtschaftsminister Schedl die 20jährige Laufzeit des „Ostbayernprogramms“, das als Teil des „Strukturentwicklungsprogramms für Bayern“ aufgestellt und umgesetzt werden sollte. Allerdings waren die Planungsbehörden mit dem „Strukturentwicklungsprogramm“, dem allgemein die höchste Priorität eingeräumt wurde, bereits vollständig ausgelastet, weshalb sich die an seiner Aufstellung beteiligten Ressorts darauf verständigten, die Arbeit am „Ostbayernprogramm“ zurückzustellen. „Zunächst soll auf jeden Fall das Bayernprogramm fertiggestellt werden, zumal es auch die Vorstufe für das gesetzlich vorgeschriebene Landesentwicklungsprogramm ist.“¹³⁸ Vor allem dieser Aspekt dürfte dafür gesorgt haben, dem Strukturentwicklungsprogramm den Vorrang zu geben, drohte der Freistaat doch in den sechziger Jahren im Ländervergleich ins Hintertreffen zu geraten. Während etwa Nordrhein-Westfalen bereits 1964 seinen ersten Landesentwicklungsplan vorgelegt hatte¹³⁹, stand man in Bayern diesbezüglich immer noch mit leeren Händen da.

Trotz seiner unbestrittenen Bedeutung und obwohl sämtliche verfügbaren Ressourcen der Landesplanungsstelle auf seine Ausarbeitung konzentriert wurden, kam das Strukturentwicklungsprogramm jedoch nicht wie gewünscht voran.¹⁴⁰ Das lag allerdings weniger an den Planern im Wirtschaftsministerium und bei den Bezirksregierungen, als vielmehr an der unkooperativen Haltung diverser Ministerien, die – aus unterschiedlichsten Gründen – die benötigten Unterlagen unvollständig, verspätet oder gar nicht zur Verfügung stellten. So beschränkte sich etwa das Innenministerium darauf, Angaben zum Krankenhausbau zu liefern, konnte jedoch auch in diesem Bereich nur globale Zahlen nennen.¹⁴¹ Andere Res-

¹³⁶ BayHStA, MWi 21706, Aktenvermerk MWi betr. „Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande“ vom 15. 7. 1968.

¹³⁷ BayHStA, MWi 21787, Rundschreiben Otto Schedls an alle Staatsministerien vom 20. 3. 1968. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

¹³⁸ BayHStA, MWi 21791, Aktenvermerk des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom 16. 7. 1968.

¹³⁹ Langer, Landesplanung in Westfalen, S. 56.

¹⁴⁰ Der ursprüngliche Zeitplan hatte vorgesehen, daß der Ministerrat das Strukturentwicklungsprogramm bereits am 30. 4. 1968 billigen sollte. Allerdings übersandte das Wirtschaftsministerium seinen Entwurf erst am 19. 5. 1968. BayHStA, MWi 21787, Aktenvermerk Otto Schedls vom 19. 5. 1968.

¹⁴¹ BayHStA, MWi 21788, Bayerisches Staatsministerium des Inneren an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 5. 4. 1968.

sorts wie beispielsweise das Arbeitsministerium machten sich gar nicht erst die Mühe, fadenscheinige Ausreden beizubringen, sondern meldeten schlicht und einfach Fehlanzeige.¹⁴² Und Kultusminister Ludwig Huber sah sich „nach eingehender Prüfung“ nicht in der Lage, konkrete Beiträge zu den beiden Programmen zu leisten, da sich das Schul- und Bildungswesen zur Zeit „in einem Stadium des Umbruchs“ befinde und sein Haus ohnehin nur über Prognosen verfüge, die bis ins Jahr 1970 reichten.¹⁴³ Überrascht mußte Wirtschaftsminister Schedl feststellen, daß es in den meisten Ressorts offenbar keine langfristigen Planungen gab und daher nur in Einzelfällen „hinreichend fundierte und detaillierte Angaben über einen Planungszeitraum von 20 Jahren“ vorlagen. Daher seien, vor allem hinsichtlich der Ermittlung des Finanzbedarfs, zumeist „nur globale, sehr roh gegriffene Schätzungen möglich“, so daß „die beiden Programme nur eine nach Schwerpunkten gegliederte Bestandsaufnahme der Absichten und Wünsche der Ressorts auf weite Sicht darstellen könnten“¹⁴⁴

Da der Programmwurf aus diesem Grund weitgehend ein Torso blieb, sah man auf Vorschlag des Wirtschaftsministeriums zunächst von seiner Veröffentlichung ab¹⁴⁵, setzte jedoch die Arbeiten unverdrossen fort. Ein Jahr später trugen die Bemühungen der Landesplaner greifbare Früchte, als der Ministerrat im April 1969 auf der Basis ihrer Vorstudien das „Programm für Bayern I“ beschloß.¹⁴⁶ Es befaßte sich mit dem ländlichen Raum sowie den industriellen Problemgebieten in Oberfranken und der Oberpfalz, wobei erstmals alle ländlichen Regionen des Freistaats in ein konsistentes Planungskonzept integriert wurden. Im Juli 1970 folgte das „Programm für Bayern II“, das den städtischen Ballungszentren galt.¹⁴⁷ Damit war der Freistaat in toto zum Programmgebiet geworden. Die mit heißer Nadel gestrickten Programme erlangten zwar keine Rechtsverbindlichkeit, dokumentierten jedoch den Stand der Arbeit der Landesplanungsstelle ebenso wie die Ziele der Staatsregierung, die vor allem in der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land bestanden. Sie bildeten darüber hinaus eine wesentliche Grundlage des Landesentwicklungsprogramms, das nach langem Hin und Her 1976 beschlossen wurde.¹⁴⁸

Allerdings hatten sich 1976 die Rahmenbedingungen der Landesplanung entscheidend verändert. Als man Ende der sechziger Jahre mit den Vorarbeiten für ein Landesentwicklungsprogramm begann, schwamm auch der Freistaat auf einer Welle der Planungseuphorie, die jedoch bereits verebbt war, als das Programm schließlich in Kraft trat. Dafür zeichneten vielschichtige Gründe verantwortlich, wobei der unerwarteten Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen im Zuge der Ölkrise und den damit verbundenen Engpässen in den öffentli-

¹⁴² BayHStA, MWi 21788, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 9. 4. 1968.

¹⁴³ BayHStA, MWi 21788, Bayerisches Kultusministerium an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 25. 4. 1968.

¹⁴⁴ BayHStA, MWi 21787, Aktenvermerk Otto Schedls vom 19. 5. 1968.

¹⁴⁵ BayHStA, MWi 21787, Otto Schedl an Alfons Goppel vom 19. 5. 1968.

¹⁴⁶ Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Programm für Bayern I.

¹⁴⁷ Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Programm für Bayern II.

¹⁴⁸ Bayerische Staatskanzlei (Hrsg.), Landesentwicklungsprogramm Bayern. Vgl. dazu auch Schlemmer/Grüner/Balcar, „Entwicklungshilfe im eigenen Lande“.

chen Haushalten zweifellos eine besondere Bedeutung zukam. Daß man an die „Grenzen des Wachstums“ gestoßen war, bekamen nicht zuletzt die Planer zu spüren.¹⁴⁹ „Die Rettung der Illusion fortwährender Prosperität hatte dem Planungsgedanken 1966/67 [...] zum Durchbruch verholfen. Folgerichtig machte ihm das Gespenst der ‚Stagflation‘ seit 1973/74 ebenso rasch den Garaus.“¹⁵⁰

¹⁴⁹ Meadows u. a., Grenzen des Wachstums. Zur Ölkrise und ihren Auswirkungen auf die Bundesrepublik Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik, S. 571 ff., und Ellwein, Krisen und Reformen, S. 52–56, sowie ausführlich Hohensee, Der erste Ölpreisschock.

¹⁵⁰ Ruck, Ein kurzer Sommer, S. 399.

II. Matadore der Modernisierung

Auch wenn die Planungseuphorie zur Mitte der siebziger Jahre rasch abflaute, hatte der forcierte Ausbau der Infrastruktur in der vorangegangenen Dekade für ländliche Regionen zuvor nie gekannte Möglichkeiten der Entwicklung geschaffen.¹ Aber wie wurde die Erschließungspolitik von oben nach unten transportiert? Wer fungierte als Transmissionsriemen zwischen Landesplanung und lokaler Politik? In diesem Kapitel soll geklärt werden, welche Rolle Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Land- und Kreisräte sowie Bürgermeister und Gemeinderäte bei der Umsetzung der Politik für das Land spielten. Blieb den Akteuren auf kommunaler Ebene überhaupt noch ein eigener Gestaltungsspielraum oder sanken sie zu Weisungsempfängern herab, die lediglich die Vorgaben aus München exekutierten? Kamen die Anstöße für Erschließungsmaßnahmen nur aus den Ministerien oder auch aus den Landratsämtern und Rathäusern? Schließlich war das Personal der unteren Verwaltungsebenen mit den örtlichen Verhältnissen und Mißständen ja erheblich besser vertraut als die Ministerialbürokratie in der Landeshauptstadt. Wie mußte ein Politiker beschaffen sein, der Infrastrukturpolitik auf dem Land betreiben wollte, welche Voraussetzungen hatte er mitzubringen? Und wie sahen seine Konzepte aus? Unterschieden sie sich von denen der Landesplaner, trat er mit ihnen in eine Art Planungskonkurrenz? Hatten Ideen, die auf der unteren politischen Ebene entwickelt worden waren, bessere oder schlechtere Realisierungschancen als die großen Pläne der Staatsregierung?

Aus drei Gründen gestaltet sich die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen sehr schwierig. Erstens ist der Forschungsstand zu dieser Thematik unbefriedigend, da die Historiographie die Protagonisten der Modernisierung bislang völlig vernachlässigt hat, was die Orientierung auf dem weiten Feld der praktischen Erschließungspolitik erschwert. Zweitens entziehen sich die Leitfragen dieses Kapitels einer Beantwortung durch statistische Analysen. Sie machen Einzelfallstudien erforderlich, die unmöglich für alle elf in die Untersuchung einbezogenen Landkreise mit ihren vielen hundert Gemeinden durchgeführt werden können, sondern weitere regionale Einschränkungen erfordern. Drittens schließlich stößt die Fragestellung auf eine dürftige Quellenlage, zumindest was das politische Handeln auf kommunaler Ebene betrifft. Die dürren Protokolle der Gemeinderats- und Kreistagssitzungen, die meist nur den schließlich gefaßten Beschluß verzeichnen, lassen es kaum zu, den Anteil einzelner Personen herauszuarbeiten und zu gewichten. Die Korrespondenzen der Gemeinden sind zudem, wenn überhaupt, nur sehr lückenhaft überliefert, so daß sich meist nur ein höchst

¹ Vgl. dazu etwa Schuy, Landgemeinden im Wirkungsbereich der Regionalentwicklung, sowie Stark, Infrastrukturelle Entwicklung, und ders., Regionalpolitik im ländlichen Raum, sowie Strunz, Industrieansiedlung in der Oberpfalz.

unvollständiges Mosaik bilden läßt, das mit Selbstzeugnissen und Befragungen der handelnden Personen ergänzt werden muß, deren Quellenwert nicht immer genau zu bestimmen ist. Insofern können die im folgenden präsentierten Ergebnisse nur tentative Geltung beanspruchen. Sie warten darauf, von weiteren Forschungsarbeiten ergänzt, überprüft und gegebenenfalls modifiziert zu werden.

1. Die Landbürgermeister im Erschließungsprozeß

Was den Handlungsspielraum von Bürgermeistern und Gemeinderäten im Erschließungsprozeß betrifft, deutete der Prolog eine positive Entwicklung im Untersuchungszeitraum an: Zunächst war die Erschließung Erpftings vom Landratsamt aus gesteuert worden, während die hauptsächlich aus Bauern bestehende politische Elite des Dorfes kaum mehr tun konnte, als die Empfehlungen aus der Kreisstadt in die Praxis umzusetzen. Bürgermeister Florian Reisach, ein einfacher Bauer mit begrenztem Horizont und geringen Ambitionen, zeigte sich schon mit der ordnungsgemäßen Führung der Gemeindeverwaltung überfordert.² Er wäre gar nicht auf die Idee gekommen, Infrastrukturpolitik auf eigene Faust zu betreiben, und so mußte der Landrat einspringen, damit in den fünfziger und frühen sechziger Jahren überhaupt etwas zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in Erpfting geschah. Das galt für die Bachregulierung, den Straßenbau und schließlich auch für das ehrgeizigste Projekt jener Jahre, den Neubau einer Volksschule.³ Die daraus resultierende enorme Verschuldung Erpftings wirkte als Katalysator eines umfassenden Elitenwechsels, den das politische Personal der Gemeinde in den Kommunalwahlen von 1966 durchlief.

Nun übernahm mit Gebhard Rembold ein Mann ganz anderen Zuschnitts das Ruder in der Gemeindekanzlei. Der neue Bürgermeister hatte über 17 Jahre lang in verschiedenen Abteilungen des Landratsamts gearbeitet und sich dabei zu einem Verwaltungsfachmann entwickelt, ehe er aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig in Pension ging.⁴ Rembold verstand also nicht nur sein Geschäft, sondern brachte auch die nötige Zeit mit, um sich seiner neuen Aufgabe widmen zu können. Durch eine drastische Vergrößerung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die seine Vorgänger nur zu einem Bruchteil kassiert hatten, gelang ihm die Sanierung des Haushalts beinahe über Nacht.⁵ Doch dann legten Rembold und seine Mitstreiter erst richtig los: Sparsamkeit und Selbstgenügsamkeit, die so lange das Finanzgebaren der Gemeinde bestimmt hatten, waren endgültig passé. Unter Führung des neuen Bürgermeisters steuerte Erpfting einen scharfen Erschließungskurs, der zur Erweiterung des Friedhofs, zum Ausbau der Straßen und der Kanalisation, zur Anschaffung eines neuen Feuerwehrautos und zur Errichtung

² Stadtarchiv Landsberg, Gemeinde Erpfting 027, Niederschrift über die Besichtigung der Gemeinde Erpfting am 29. 10. 1953, und Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 248.

³ Vgl. Müller-Hahl, Ortsgeschichte Erpftings, S. 44–50, und LT vom 23. 3. 1966 („Erpftings neue Schule ist ein Schmuckkästchen“).

⁴ LT vom 11. 3. 1992 („Loch in der Kasse gestopft“), und mündliche Auskunft Gebhard Rembolds vom 1. 6. 1997.

⁵ Vgl. dazu und im folgenden Spachtholz, Verwaltungs-Chronik Erpfting (Kopie im Besitz des Verfassers).

eines neuen Feuerwehrhauses sowie zum Bau eines Kindergartens führte. Vom Landratsamt ließ man sich dabei nichts mehr vorschreiben, Rembold wußte schließlich selbst, wie derartige Maßnahmen in die Wege geleitet und finanziert werden konnten. Zudem verfügte mittlerweile auch die Gemeinde über einen gut ausgebauten Verwaltungsapparat mit geschultem Personal, das nicht nur die anfallende Administrationsarbeit reibungslos erledigte, sondern auch Staatsmittel zum Ausbau der Infrastruktur einwarb. Kein Zweifel, unter der Ägide Gebhard Rembolds mauserte sich Erpfting zu einem eigenständigen Akteur, was die Erschließung des Landes betraf, ehe die Gemeinde 1978 schließlich im Zuge der Gebietsreform aufgelöst wurde.⁶

a) Generationelle Erfahrungen als Hemmschuh der Erschließung

Allerdings war die skizzierte Entwicklung, die Erpfting durchlief, nicht oder allenfalls in Teilen typisch für den Handlungsspielraum und die Gestaltungsmöglichkeiten, über die die Bürgermeister und Gemeinderäte auf dem Land im Erschließungsprozeß verfügten. Aus einer Reihe von Gründen konnten die basisnahen politischen Eliten in agrarisch geprägten Regionen nur sehr begrenzt eigene Konzepte zur infrastrukturellen Aufrüstung ihrer Dörfer entwickeln und in die Tat umsetzen. Mit die wichtigsten lagen in Alter und Sozialprofil dieser Gruppe: Das Gros der Ortsvorsteher war ja nach 1945 nicht gerade in jugendlichen Jahren in Amt und Würden gekommen, sondern als „Männer in den besten Jahren“.⁷ Die meisten von ihnen hatten die Turbulenzen der Weltwirtschaftskrise und die damit verbundene Finanznot der Kommunen erlebt⁸, teilweise sogar schon in verantwortlicher Position. Diese Erfahrung prägte nun ihr Finanzgebaren, das sich durch fast schon pingelige Sparsamkeit auszeichnete. In den Jahren nach Kriegsende war das nichts Außergewöhnliches, da allenthalben große Unsicherheit herrschte und niemand wußte, wie es in Deutschland weitergehen würde. Der „Schwarze Freitag“ und seine Folgen steckten auch den Verantwortlichen in den Städten noch in den Knochen. Hans Bornkessel, der Oberbürgermeister von Fürth und Mitglied des bayerischen Senats, betonte kurz nach der Währungsreform, „ausgeglichene Haushalte sind das Gebot der Stunde“.⁹ Damit traf er exakt die Stimmung, die in jenen Jahren die Diskussion um die kommunalen Finanzen auch unter den Experten bestimmte.¹⁰ Nach diesem Credo begrenzte die geringe Finanzkraft der meisten Kommunen deren Möglichkeiten, in den Ausbau der Infrastruktur zu investieren. Gerade die kleinen Landgemeinden, deren Entscheidungsträger diese De-

⁶ Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern zur Neugliederung der Gemeinden im Landkreis Landsberg am Lech vom 31. 10. 1977 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁷ Siehe dazu ausführlich Teil A dieser Studie.

⁸ Zu den Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Gemeinden vgl. Bachmann, Reichskasse und öffentlicher Kredit in der Weimarer Republik, und Meister, Große Depression, sowie Rebentisch, Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik. Dazu auch Hansmeyer, Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik.

⁹ Hans Bornkessel: Währungsreform und Gemeindefinanzen, in: Der Bayerische Bürgermeister 1 (1947/48), S. 173–175.

¹⁰ Dazu beispielsweise die Beiträge von August Winkelmeier: Betrachtungen zur Gesundheit des Kommunalkredits, in: Der Bayerische Bürgermeister 1 (1947/48), S. 41–46, und Hugo Weber: Kommunalkredit und Wiederaufbaufinanzierung, in: ebenda, S. 194–200.

vise strikt befolgten, konnten so allenfalls punktuelle Verbesserungen vornehmen, aber keine großen Sprünge machen.

Während jedoch das Gespenst der Weltwirtschaftskrise in den größeren Städten und Industrieregionen rasch seinen Schrecken einbüßte und die Kommunen bald wieder Kredite aufnahmen, um ihre Bildungseinrichtungen, Verkehrsanbindungen, Krankenhäuser und anderes mehr den Erfordernissen der Zeit anzupassen, blieb auf dem Land alles beim Alten. Ein Wagnis einzugehen oder Schulden aufzunehmen, kam für die meisten Bürgermeister im ländlichen Raum nach wie vor kaum in Frage. Das galt selbst für die größeren Ortschaften. Josef Brantl, Träger der Amtskette in der Stadt Roding, hielt sich diese Einstellung noch im Wahlkampf von 1960 zugute: Er sei „ein Befürworter jeglichen risikolosen Beginnens“, schrieb er in einer Postwurfsendung an alle Wahlberechtigten. So begrüße er zwar grundsätzlich die Ansiedlung von Industriebetrieben, um Arbeitsplätze in der strukturschwachen Region zu schaffen, er werde solche Projekte allerdings nur dann vorantreiben, wenn die Finanzierung zuvor restlos geklärt sei.¹¹ Die kommunalpolitische Elite auf dem Land legte große Beharrungskraft an den Tag, zeigte jedoch nur geringe Bereitschaft, sich an die veränderten Rahmenbedingungen der Politik anzupassen, so daß ihr Verhalten mit der Zeit anachronistische Züge annahm. In der Gemeinde Obermühlhausen im Landkreis Landsberg etwa lag die Versorgung mit sauberem Trinkwasser schon lange im Argen, doch Bürgermeister Leonhard Berghofer, ein 1889 geborener Landwirt, der das Amt von 1946 bis 1966 bekleidete¹², traf keine Anstalten, den Mißstand zu beseitigen. Erst als der Landrat auf einer Bürgerversammlung die Vorteile einer zentralen Wasserleitung und die Möglichkeiten ihrer Finanzierung erläuterte, kam Bewegung in die Sache, und die Bevölkerung stimmte geschlossen für den Bau. Einzig Berghofer wollte es immer noch nicht einsehen: „Ja loßt mi jetzt ganz alloa, es sauft doch gar koa Wasser!“, lautete sein Kommentar.¹³

b) Sozialprofil und Modernisierung

Neben diesem generationellen Aspekt sprach auch das Sozialprofil der Eliten auf dem Land tendenziell gegen deren aktive Beteiligung am Erschließungsprozeß. Unter den Bürgermeistern und Gemeinderäten dominierten ja den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg vor allem die Bauern, gefolgt von Gewerbetreibenden und Kleinhändlern. Selbst nach den Veränderungsschüben von 1966 und 1972 stellten die Selbständigen immer noch das Gros des politischen Personals auf dem Land.¹⁴ Sie schienen in ihrer großen Mehrzahl ehrlich bemüht, das Leben in ihren Dörfern nach Kräften zu verbessern, doch blieben ihren Anstrengungen enge Grenzen gesetzt. Die meisten Landbürgermeister erreichten lediglich ein relativ niedriges Bildungsniveau, nur sehr wenige hatten weiterführende Schulen besucht,

¹¹ Postwurfsendung Josef Brantls „Meine lieben Mitbürger“ vom 27. 3. 1960 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹² BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Obermühlhausen.

¹³ Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 291 f.

¹⁴ Siehe dazu ausführlich Teil A dieser Studie.

kaum einer ein Studium absolviert.¹⁵ Über Verwaltungserfahrung, beispielsweise Kenntnisse im Haushaltsrecht oder im Rechnungswesen, verfügten sie nicht, die Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes dürften ihnen ebenso unbekannt gewesen sein wie die des Grünen Plans, und die Aufstellung eines Bebauungsplans wird sie kaum weniger überfordert haben wie die formgerechte Abfassung eines Antrags auf zinsverbilligte Darlehen im Rahmen eines staatlichen Sonderprogramms.

Die meisten Ortsvorsteher glichen ihrem Profil nach weit eher dem trägen Florian Reisach als dem dynamischen Gebhard Rembold. Solche Männer konnten bei der Erschließung des Landes gar nicht mitmischen, denn sie verstanden davon nichts. Wie sollten sie sich an Planungen beteiligen, wie die nötigen Mittel einwerben, wie die dazu erforderlichen Anträge formulieren? In vielen Fällen waren die Ortsvorsteher bereits mit den gewöhnlichen Routinearbeiten überfordert. Wie in Erpfting unter der Ägide Reisachs, herrschte in den Gemeindeverwaltungen auf dem Land nicht selten das blanke Chaos. Kaum besser als in dem Dorf am Lechrain sah es beispielsweise in Strahlfeld aus, einer im Landkreis Roding gelegenen Landgemeinde. 1950 lebten hier 417 Menschen, die den Landwirt Albert Becher zu ihrem Bürgermeister gewählt hatten.¹⁶ Landrat Josef Kiener und seinen Begleitern, die der malerischen Kommune im Oberpfälzer Wald im Juli 1950 einen Besuch abstatteten, verschlug es schon beim Betreten der schmutzigen und unordentlichen Gemeindkanzlei die Sprache. „Die Holz- und Kohlevorräte im Vorraum tragen wenig dazu bei, de[m] Besucher den Eindruck zu vermitteln, dass er sich in einem Amtsraum befindet.“¹⁷ Als sich die Prüfer den schriftlichen Unterlagen zuwandten, stellten sie schnell fest, daß die Administration dem optischen Eindruck in nichts nachstand. Sitzungen des Gemeinderats fanden nur äußerst selten statt, und das Protokoll wurde „sehr mangelhaft geführt“. Im Geburtenbuch fehlten die Unterschriften, die Registratur befand sich in heilloser Unordnung und ein Bautenverzeichnis existierte ebensowenig wie ein Melderegister. Die Kassenprüfung ergab, daß die Gemeinde zwei Zuchtbullen angeschafft hatte, ohne daß ein entsprechender Beschluß gefaßt und die nötigen Haushaltsmittel bereitgestellt worden waren. Das dafür benötigte Darlehen von 1468,- DM hatte Bürgermeister Becher kurzerhand bei der Sparkasse Roding aufgenommen, ohne die erforderliche Genehmigung des Landratsamts einzuholen. „Dies ist ein Verstoss gegen die Grundregeln der Haushaltsführung einer Gemeinde, der nur durch die offensichtlich herrschende Unkenntnis der einschlägigen Bestimmung entschuldigt werden kann. [...] Der Gesamteindruck der gemeindlichen Verwaltung war sehr mangelhaft“, lautete das lapidare Urteil des Landratsamts. Doch Strahlfeld war keineswegs ein Einzelfall, in vielen Landgemeinden herrschten ganz ähnliche Zustände.¹⁸

¹⁵ Mündliche Auskunft Roland Matejkas vom 12. 5. 1998.

¹⁶ Diese Angaben nach BSB 177, Bd. 3, S. 112, und BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Strahlfeld.

¹⁷ StA Amberg, LRA Roding 2941, Landratsamt Roding an die Gemeinde Strahlfeld vom 14. 7. 1950. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

¹⁸ Ein weiteres Beispiel aus dem Landkreis Landsberg war die Gemeinde Beuern, in der der 1907 geborene Landwirt Benedikt Forster von 1946 bis 1978 als Bürgermeister amtierte. Als Gemeinde-

In einigen Fällen war es jedoch nicht allein Unkenntnis, die eine aktive Erschließungspolitik verhinderte. Manche Bürgermeister und Gemeinderäte wollten offenkundig gar nicht, daß ihr Dorf Anschluß an die Moderne gewann. In der Gemeinde Kaltenberg etwa blockierte der Bauer Josef Höpfl, der dort von 1946 bis 1969 die Amtskette trug, nach Kräften die Bemühungen des Landratsamts, die Verkehrsanbindung und die Wasserversorgung der Kommune zu verbessern.¹⁹ Und in der Stadt Nittenau torpedierte Bürgermeister Georg Heigl sehr geschickt die Initiative von Landrat Franz Sackmann, einen größeren Industriebetrieb anzusiedeln.²⁰ Heigls Motiv lag auf der Hand: Da er den in seiner Ziegelei beschäftigten Arbeitern untertarifliche Löhne zahlte, fürchtete er sie zu verlieren, sollte sich ein Konkurrenzbetrieb in der Stadt niederlassen, der sein Personal womöglich besser entlohnte. Das Argument des Bürgermeisters, eine weitere Industrialisierung Nittenaus sei gar nicht möglich, da er selbst schon nicht genug Arbeitskräfte finden könne, diente lediglich der Camouflage der Interessen seines Betriebs. Was hingegen die ablehnende Haltung mancher Bauern betrifft, ist man auf Vermutungen angewiesen. Die Landwirte sahen sich selbst als Verlierer des sozioökonomischen Strukturwandels und zum Teil waren sie es wohl auch²¹, bedenkt man beispielsweise die sich stetig weiter öffnende Schere zwischen den Preisen agrarischer Erzeugnisse und Industriegütern. Zudem betraf die Abwanderung aus dem primären Sektor seit den fünfziger Jahren nicht mehr nur die Flüchtlinge und das Gesinde, sondern auch und vor allem die junge Generation der Hofnachfolger.²² In diesen Entwicklungstendenzen mögen nicht wenige Bauern eine existentielle Bedrohung für den eigenen Betrieb, für ihr Dorf, ja für ihre ganze Lebensweise erblickt haben.²³ Wahrscheinlich fürchteten manche aber auch – nicht ganz zu Unrecht – um ihren persönlichen Einfluß in den Gemeinden. Gut möglich, daß bäuerliche Honoratioren auch aus diesem Grund keine aktive Infrastruktur betrieben oder sie sogar hintertrieben.

c) Amateure und Einzelkämpfer

Ein weiterer wichtiger Faktor, warum die meisten Lokalpolitiker bei der Erschließung des Landes keine große Rolle spielen konnten, selbst wenn sie gewollt hätten, lag in ihrem Amateurstatus. Weder im Landkreis Landsberg am Lech noch im

kassier fungierte sein verwitweter Bruder, der eine heillose Unordnung hinterließ. Dazu Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 232, und BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Beuern.

¹⁹ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Kaltenberg, und Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 264.

²⁰ Diese und die folgenden Angaben nach Dobkowitz, Ära Sackmann, S. 48, sowie mündliche Auskunft von Franz Sackmann vom 3. 4. 1998 und von Hans Hölzl vom 2. 6. 1998. Der 1899 geborene und von der CSU nominierte Georg Heigl bekleidete das Bürgermeisteramt in Nittenau von 1952 bis 1972. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Stadt Nittenau. Zur zurückhaltenden Erschließungspolitik Heigls auch Rodinger Kreis-Anzeiger vom 1. 2. 1960 („Bürgermeister Heigl kandidiert in Nittenau“).

²¹ Das ist beispielsweise der Tenor der Untersuchung von Brüggemann/Riehle, Dorf. Vgl. dazu und im folgenden Kötter, Landbevölkerung im sozialen Wandel, S. 109–135.

²² Vgl. Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, S. 156–175, und Schmitt, Hofnachfolger.

²³ Diese Position findet sich auch in der Agrarsoziologie. Vgl. beispielsweise Kromka, Agrarmoral und Wertewandel.

Landkreis Roding gab es vor 1972 einen berufsmäßigen Bürgermeister²⁴, in allen 103 Gemeinden der beiden Kreise wirkten ausschließlich ehrenamtlich tätige Ortsvorsteher, die für ihre Mühen nur eine kärgliche Aufwandsentschädigung erhielten. So bekam beispielsweise der Bauer Jakob Häckl, der von 1946 bis 1971 als Bürgermeister der Gemeinde Ramsach fungierte, für seine Tätigkeit zunächst ein äußerst bescheidenes Jahressalär von 360,- DM; später wurde der Betrag auf 500,- DM – notabene pro Jahr – erhöht.²⁵ Von derartigen Summen konnte natürlich niemand leben, so daß an einer parallelen Ausübung des Berufs kein Weg vorbei führte. Die Bürgermeister konnten sich also nicht ausschließlich um die Belange ihrer Gemeinden kümmern, sondern mußten die Dienstgeschäfte hauptsächlich nach Feierabend erledigen.²⁶

Erschwerend kam hinzu, daß sich die Berufsgruppenschichtung der Bürgermeister abermals als Hindernis erwies, gingen sie doch in der großen Mehrheit selbständigen Tätigkeiten nach, die besonders zeit- und arbeitsintensiv waren. Welcher Bauer konnte es sich schon leisten, Hof, Felder und Vieh unversorgt zu lassen, weil wichtige Gemeindeangelegenheiten anstanden?²⁷ Dieser Doppelbelastung mußten viele Kommunalpolitiker aus dem primären Sektor Tribut zollen. So bewirtschaftete der Bauer Wolfgang Aschenbrenner nicht nur mit großem Fleiß seinen Betrieb, er wirkte parallel von 1948 bis 1971 als Bürgermeister der Gemeinde Zimmering und gehörte lange Jahre dem Rodinger Kreistag an. Dieses enorme Pensum überstieg mitunter seine Kräfte: Bisweilen vergaß er Sitzungstermine oder wurde, während der Kreistag zusammentrat, vom Schlaf übermannt.²⁸ Ähnlich erging es Hans Egen, dem Bürgermeister der Gemeinde Beuerbach, den neben seinen Verpflichtungen in der Politik und seiner Belastung durch die Hofarbeit auch noch eine schmerzhaft Lebergelbsucht quälte, die er aus dem Krieg mitgebracht hatte.²⁹ Das Problem war freilich nicht auf die Bauern beschränkt, es betraf in gleichem Maße einen Gastwirt oder einen dörflichen Kleinhändler. Auch sie konnten sich kaum kurzfristig frei nehmen, selbst wenn dringliche Dienstgeschäfte zur Erledigung anstanden, und so blieb eben manches liegen. An eine planvolle Erschließungspolitik war unter diesen Umständen nicht zu denken.

²⁴ Das gleiche Bild bot sich in den Landkreisen Rothenburg ob der Tauber, Königshofen im Grabfeld und Nördlingen. Von zwei Ausnahmen abgesehen – in der Marktgemeinde Schillingsfürst und in der Kreisstadt Königshofen wurden 1966 berufsmäßige 1. Bürgermeister gewählt –, waren auch hier sämtliche Bürgermeister bis 1972 ehrenamtlich tätig. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg, Roding, Rothenburg, Königshofen und Nördlingen.

²⁵ Diese Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Ramsach, und Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 306 f.

²⁶ Vgl. ausführlich und aus der Perspektive des Insiders zu diesem Problem Berkemeier, Kommunalpolitisches Engagement.

²⁷ Die Arbeitsbelastung der Bauern nahm auch im Zuge der forcierten Technisierung und des gesteigerten Einsatzes von Landmaschinen kaum ab, sondern nahm – bedingt durch den Verlust von Arbeitskräften, die in die Industrie abwanderten – sogar noch zu. Vgl. dazu Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, S. 249–253, und Hermann, Veränderung landwirtschaftlicher Arbeit, S. 231 f.

²⁸ Chamer Zeitung vom 24. 9. 1996 („Die Geschichte eines alten Fotos“), und BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Zimmering und Kreismappe Roding.

²⁹ Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 231. Egen blieb dennoch bis zur Auflösung der Gemeinde im Zuge der Gebietsreform im Amt. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Beuerbach.

Darüber hinaus waren die meisten Kommunalpolitiker auf dem Land Einzelkämpfer. Allenfalls in den Kreisstädten stand dem Bürgermeister ein bescheidener Apparat aus geschultem Personal zur Verfügung, das ihn in seiner Tätigkeit unterstützen und in Rechtsfragen beraten konnte. In den Dörfern dagegen fehlte den Ortsvorstehern oft jede Hilfe. Vielerorts galt der Bürgermeister als Mädchen für alles, und die Bevölkerung stellte höchste Ansprüche an das Gemeindeoberhaupt. Ein Betroffener faßte die Erwartungshaltung seiner Wähler und Mitbürger folgendermaßen zusammen:

„Ein Bürgermeister, das soll ein Mensch sein,
 der nicht nur als Standesbeamter Ehen stiftet, als Gemeinderichter Streite schlichtet, andern Bauherrn Häuser finanziert und jungen Paaren Wohnungen besorgt.
 dessen Sprachschatz nicht nur badisch (oder bayerisch oder hessisch) und Deutsch umfaßt, sondern auch Italienisch und Spanisch, Türkisch und Griechisch.
 der allwissend ist wie der Große Brockhaus, der sich auskennt in alten und neuen Gesetzen und Verordnungen, der die 2385 Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches ebenso kennt wie das Lastenausgleichsgesetz mit seinen 20 Novellen, der was von der Viehzucht und vom Straßenbau versteht, vom Fußballspiel und von der Feuerwehr, von Rentensachen und von ansteckenden Krankheiten.
 der ein begabter Festredner, Sportler und Sänger ist.
 der allgegenwärtig wie der Heilige Geist ist, niemals krank, auf dem Rathaus, wenn man zu ihm will, auf der Baustelle, wenn dort etwas passiert, am Brandplatz, ehe es brennt, am Sonntagvormittag in der Kirche, am Sonntagnachmittag auf dem Sportplatz und am Sonntagabend am Stammtisch.
 der höflich ist wie ein Gentleman, stets bestens gelaunt, der jeden Spaß vertragen kann, niemandem etwas übel nimmt, für alle, alles und jederzeit Zeit hat, sich alles und alle anhört und sich um alle und alles kümmert.
 der immer nur Gutes tut, hilfsbereit wie ein Samariter, jedem die Wünsche erfüllt, ehe sie entstanden sind.
 der dafür sorgt, daß für die Grundstückseigentümer die Baupreise möglichst hoch und für die Baulustigen möglichst niedrig sind.
 der bei der Arbeit der Erste, in der Freizeit der Letzte, beim Spenden der Höchste und in seinen Ansprüchen der Bescheidenste ist.
 der jeden Bürger in der Gemeinde und vor allem ihre Sorgen kennt, der in drei Jahren wieder aufholt, was in 50 Jahren versäumt worden ist.
 der in der Politik niemals nein sagt.
 der zugleich Arzt, Seelsorger, Richter und Baumeister ist.“³⁰

Diesem humorvoll vorgetragenen, aber durchaus ernstgemeinten Aufgabenkanon standen völlig unzureichende personelle und materielle Ressourcen gegenüber. Um Geld zu sparen, fungierte nicht selten der Bürgermeister – wie etwa Paul Waldmann in der Gemeinde Epfenhausen – in Personalunion als Gemeinbeschreiber.³¹ Professionelles Personal gab es kaum, von einem Beamtenstab, wie ihn Erpfting nach 1966 besaß³², ganz zu schweigen. In Eching am Ammersee bestand der „Verwaltungsapparat“ neben dem Bürgermeister aus einer gelegentlich beschäftigten Schreibkraft, die man hinzuzog, wenn gerade Bedarf bestand.³³

³⁰ AdsD, Bezirk Franken 94, UB Spessart-Rhön, SPD-Informationen Nr. 1/1973, S. 11: „Alptraum eines Bürgermeisters“. Es handelt sich dabei um ein Zitat von Bürgermeister Ludwig Jäger, Stetten, aus „Die Fundstelle“, vorgetragen in einer Bürgerversammlung.

³¹ Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 245 f.

³² Vgl. Spachtholz, Verwaltungs-Chronik Erpfting, S. 6 f. (Kopie im Besitz des Verfassers).

³³ Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 240.

Doch nicht nur, was das Personal betraf, waren die Landbürgermeister sehr schlecht ausgestattet, gleiches galt im materiellen Bereich. Rathäuser wie in größeren Städten gab es ohnehin nicht, in zahlreichen Gemeinden existierte nicht einmal eine bescheidene Kanzlei. Das war beispielsweise in Heinrichshofen der Fall, einer Landgemeinde, in der 1950 357 Menschen lebten. Von 1948 bis 1971 wirkte hier der 1906 geborene Landwirt Melchior Bals als Bürgermeister. Da andere geeignete Räumlichkeiten fehlten, nutzte man seine Wohnstube gleichzeitig als Kanzlei und als Sitzungssaal des Gemeinderats.³⁴ In dem oberpfälzischen Bauerndorf Braunried gab es nicht einmal das, hier amtierten die Bürgermeister in der Form mittelalterlicher Monarchen: Das Dienstsiegel in der einen Hosentasche, das Stempelsiegel in der anderen, erledigten sie die Amtsgeschäfte im Umgang durch die Gemeindefluren, wobei ihnen mitunter auch ein Heuschober in der Gemarkung als Pfalz diente.³⁵ Aus Sparsamkeit, die an Geiz grenzte, verzichtete man mancherorts selbst auf das Nötigste. In der Gemeinde Hurlach weigerte sich Bürgermeister Franz Wilhelm sogar, einen Telefonanschluß in sein Dienstzimmer legen zu lassen!³⁶ Defizite, die in der Person des Bürgermeisters begründet lagen, ließen sich also nicht über den Verwaltungsapparat kompensieren – ein solcher existierte in den meisten Landgemeinden schlicht und einfach nicht. Diese Sparsamkeit am falschen Platz dürfte nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß die basisnahen politischen Eliten im Erschließungsprozeß allenfalls eine untergeordnete Rolle spielten. Der Grund für dieses äußerst zurückhaltende Finanzgebaren lag hauptsächlich darin, daß die meisten Gemeinden im ländlichen Raum arm wie die Kirchenmäuse waren.³⁷ Insofern fehlte ihnen die materielle Basis für eine forcierte Infrastrukturpolitik.

d) Fehlende Anbindung nach oben

Darüber hinaus verfügten die Bürgermeister und Gemeinderäte in der Regel nicht über die Verbindungen zu den höheren politischen Ebenen, auf denen wichtige Entscheidungen der Infrastrukturpolitik fielen. Die Sonderprogramme des Bundes und des Landes setzten schließlich den finanziellen Rahmen der Erschließung des Landes³⁸, welche die Gemeinden aus eigener Kraft nicht einmal in Ansätzen tragen konnten. Die Kommunen traten daher als gegenseitige Konkurrenten um begrenzte staatliche Ressourcen auf den Plan, wobei ihre Chancen nicht unwesentlich davon abhingen, ob ihre politischen Eliten über einen guten Draht nach oben verfügten:³⁹ Wer frühzeitig Wind von beabsichtigten Förderprogrammen bekam und bei deren Anlaufen einen fertigen Plan aus der Tasche ziehen konnte, durfte sich über üppige Zuschüsse freuen, die anderen mußten sich mit dem be-

³⁴ BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Heinrichshofen, und Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 257. Die Bevölkerungsangabe nach BSB 177, Bd. 1, S. 72.

³⁵ Mündliche Auskunft Roland Matejka am 12. 5. 1998.

³⁶ Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 262.

³⁷ Siehe dazu ausführlich S. 464–485.

³⁸ Die wichtige Rolle des Bundes bei der Finanzierung der Infrastrukturpolitik in Bayern betonen Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung des Landes, S. 17f.

³⁹ Vgl. dazu und im folgenden Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik, S. 380f.

gnügen, was später noch übrig blieb, oder gingen leer aus – ganz unabhängig vom tatsächlichen Bedarf.

Die Bürgermeister kleiner Landgemeinden befanden sich in diesem Wettlauf um staatliche Fördergelder gegenüber ihren Kollegen in den größeren Städten deutlich im Nachteil. Sie wußten oftmals nichts von den vielen staatlichen Sonderprogrammen und Finanzierungsmöglichkeiten⁴⁰ und hatten keinen Immediatzugang zu den höheren Instanzen der Politik. Als Aftervasallen der Landräte waren sie vielmehr darauf angewiesen, daß diese für sie die Kastanien aus dem Feuer holten.⁴¹ Josef Abenthum, von 1952 bis 1971 Bürgermeister von Dettenschwang, verfügte zwar über gute persönliche Beziehungen ins Landwirtschaftsministerium, da seine Frau eine enge Verwandte von Alois Hundhammer war, doch die halfen bei der Verbesserung der Wasserversorgung wenig – auch hier mußte das Landratsamt einspringen und den Bau einer neuen Wasserleitung vorantreiben.⁴² Während die Stimmen eines Hans-Jochen Vogel oder eines Andreas Urschlechter, die in den Münchner Ministerien ein- und ausgingen, auch über die Stadtmauern von München und Nürnberg hinaus Gewicht hatten⁴³, fanden Landbürgermeister wie Johann Sanktjohanser aus Mundraching oder Vitus Riedmair aus Scheuring jenseits der Gemeinde- oder Landkreisgrenzen kaum Gehör, mochten ihre Bedürfnisse auch noch so dringlich und ihre Anliegen noch so berechtigt sein. Vielfach meldeten sie ihre Wünsche gar nicht erst an, weil sie nicht an deren Erfüllung glaubten oder den Gang zum Landrat scheuten, dem sich viele Bürgermeister einfach nicht gewachsen fühlten.

e) Erschließungspolitik und Parteibuch

In diesem Zusammenhang konnte es bisweilen hilfreich sein, das „richtige“ Parteibuch zu besitzen – nach Lage der Dinge das der CSU. Als „Parteifreund“ mochten sich einem Kommunalpolitiker im Landratsamt, in der Bezirksregierung oder im Ministerium Türen öffnen, die anderen verschlossen blieben.⁴⁴ Da jedoch das Gros der Bürgermeister auf dem Land nicht auf Vorschlag einer politischen Partei, sondern einer freien Wählergruppe oder durch reine Mehrheitswahlen in Amt und Würden kam⁴⁵, blieb ihnen diese Hintertür verschlossen. Noch schlimmer konnte es denjenigen ergehen, die der „falschen“ Partei angehörten, wie der

⁴⁰ Naßmacher/Naßmacher, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, S. 101.

⁴¹ Vgl. ausführlich Schneider, Kreispolitik im ländlichen Raum, S. 25–76.

⁴² Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 235 f., und BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Dettenschwang.

⁴³ Darin bestand ein weiterer Grund, daß die Oberbürgermeister der Großstädte viel stärker in den Planungsprozeß eingreifen konnten. Zur Rolle Vogels in der Münchner Stadtentwicklungsplanung vgl. Grauhan, Strukturwandlungen planender Verwaltung, S. 23–36, sowie Vogel, Amtskette, S. 32–42 und S. 133–152.

⁴⁴ Zur Rolle der Beziehungen bei der Einwerbung staatlicher Finanzmittel allgemein vgl. Naßmacher/Naßmacher, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, S. 101 f.

⁴⁵ So war es in den untersuchten Regionen. BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise Landsberg, Roding, Rothenburg, Königshofen und Nördlingen, und auch bayernweit machten Bürgermeister, die ohne Wahlvorschlag oder auf der Liste einer parteifreien Wählergruppe in ihr Amt gekommen waren, stets deutlich über 70 Prozent der Ortsvorsteher aus. BSB 182, S. 18 (1952), BSB 203, S. 30 (1956), BSB 220, S. 63 (1960), BSB 283, S. 49 (1966) und BSB 332, S. 37 (1972).

Sozialdemokrat Hans Hölzl erfahren mußte, der 1952 in Bruck in der Oberpfalz zum Bürgermeister gewählt wurde.⁴⁶ Hölzl war in vielem der Gegenentwurf des typischen Ortsvorstehers auf dem Land: Der 1924 geborene Oberpfälzer avancierte bereits in sehr jungen Jahren zum Träger der Amtskette. Er kam nicht aus bäuerlichen Verhältnissen, wiewohl seine Familie im Nebenerwerb eine kleine Landwirtschaft betrieb. Hölzl hatte vor dem Krieg eine Ausbildung zum Gemeindediener durchlaufen und diesen Beruf nach Kriegsende zunächst in Bruck ausgeübt, bevor er freiwillig aus dem Beamtenverhältnis ausschied und sich zum technischen Kaufmann umschulen ließ. Damit verfügte der junge Bürgermeister über Fachkenntnisse der Verwaltung, die ihm nun bei seiner Amtsführung sehr zugute kamen.⁴⁷

Vor allem aber war Hölzl fest entschlossen, etwas zu verändern und seine Heimat voranzubringen, um die allgegenwärtige Not zu lindern.⁴⁸ Die dringendsten Probleme, die in Bruck zur Lösung anstanden, markierten der Straßenbau, die völlig zusammengebrochene Wasserversorgung und das marode Schulhaus, das aus allen Nähten platzte. Für die Marktgemeinde erwies es sich als Glücksfall, daß Hölzl im Krieg als Leutnant bei den Gebirgspionieren das Bauhandwerk erlernt hatte, so daß er die meisten Vermessungsarbeiten wie auch die Bauaufsicht bei den diversen Erschließungsmaßnahmen selbst übernehmen konnte, was viel Geld sparte. Die Finanzierung erfolgte zum größten Teil mit staatlichen Sondermitteln, die über die verschiedenen Grenzlandprogramme in den Oberpfälzer Wald flossen und die – mit dem nötigen Know-how – relativ unbürokratisch eingeworben werden konnten. Das ehrgeizigste Ziel des jungen Bürgermeisters bestand in der Ansiedlung von Industriebetrieben, um die drückende Arbeitslosigkeit zu beseitigen und den Gemeindefinanzen ein solides Fundament zu geben.⁴⁹ 1954, als der Bau der Schule gerade anlief, bot sich eine günstige Gelegenheit: Hölzl machte die Bekanntschaft eines Münchner Industriellen, der sich bereit fand, ein Zweigwerk in Bruck zu eröffnen – allerdings nur unter der Bedingung, daß die Marktgemeinde einen großen Teil der Erschließungs- und Baukosten in Höhe von 200 000 DM finanzierte.⁵⁰ Dabei ging der Bürgermeister ein extrem hohes persönliches Risiko ein, da er den Bau der Fabrikhalle über Kassenkredite finanzierte, die eigentlich für den Bau der Schule vorgesehen waren. Zunächst schien alles gut zu gehen: Die neue Fabrik der Mechanischen Kokosweberei Schöneke, die hauptsächlich Fußmatten für den VW Käfer produzierte und sich als echte Goldgrube entpuppte, nahm im Dezember 1956 den Betrieb auf.

⁴⁶ Das Folgende nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Markt Bruck/Oberpfalz, und Bayerwald-Anzeiger vom 2. 4. 1952 („Die Bürgermeister im Landkreis Roding“), sowie Bayerwald-Anzeiger vom 5./6. 4. 1952 (Kurzbericht aus Bruck).

⁴⁷ Neben dem Bürgermeisteramt wirkte Hölzl aufgrund dieser Qualifikation gleichzeitig als Marktinspektor und als Kämmerer von Bruck. Rödinger Kreis-Anzeiger vom 14./15. 1. 1961 („Mir war die Leistung des Hölzl 4500 Mark wert“).

⁴⁸ Das Folgende, soweit nicht anders gekennzeichnet, nach mündlicher Auskunft von Hans Hölzl vom 2. 6. 1998.

⁴⁹ StA Amberg, LRA Roding 3313, Marktgemeinde Bruck/Oberpfalz an den Kreistag von Roding vom 27. 11. 1958.

⁵⁰ Die Einzelheiten in StA Amberg, LRA Roding 3313, Marktgemeinde Bruck/Oberpfalz an den Kreistag Roding vom 27. 11. 1958.

Allerdings hatte Hölzl dem Fabrikanten Schöneke nicht nur Zuschüsse zur Errichtung des Werks versprochen, sondern die Gemeinde Bruck darüber hinaus vertraglich verpflichtet, in den ersten drei Jahren auf die Gewerbesteuer zu verzichten.⁵¹ Derartige Vereinbarungen verstießen zwar gegen ein Bundesgesetz aus dem Jahr 1951, doch hatte es das bayerische Innenministerium damit nicht so genau genommen und sich auf den pragmatischen Standpunkt gestellt, ein derartiges Übereinkommen sei statthaft, wenn beide Seiten davon profitierten.⁵² Solange in München die Viererkoalition unter Wilhelm Hoegner regierte, blieb Hölzl unbehelligt, doch als sie Ende 1957 auseinanderfiel, blies ihm aus dem Landratsamt ein eisiger Wind entgegen. „Ohne ein gewisses Entgegenkommen in dieser Richtung wird es wohl kaum gelingen, im Grenzgebiet neue Betriebe anzusiedeln“⁵³, rechtfertigte der Bürgermeister sein Verhalten und versuchte, eine nachträgliche Genehmigung des Vertrags mit der Firma Schöneke durch das Landratsamt zu erwirken – vergeblich. Franz Sackmann, der sich in der Landratswahl von 1956 gegen Hölzl durchgesetzt hatte, stellte sich auf den – juristisch korrekten – Standpunkt, die Abmachung sei gesetzwidrig, daher könne der Vertrag nicht gebilligt werden.⁵⁴ Auch spätere Versuche, den Landrat umzustimmen, blieben ergebnislos.⁵⁵

Zudem geriet Hölzl nun auch von anderer Seite unter Druck: Ein pensionierter Verwaltungsbeamter der Marktgemeinde bezichtigte den Bürgermeister im Zusammenhang mit der Industrieansiedlung der Bestechlichkeit und der Unterschlagung⁵⁶, die Staatsanwaltschaft Regensburg, die über das Landratsamt Wind von den Vorwürfen bekam, erhob Anklage. Zwar endete der Prozeß letztlich mit einem Freispruch in allen Punkten, da sich die Anschuldigungen als haltlos erwiesen⁵⁷, doch das konnte zunächst niemand wissen, und so schien es Hölzl geraten, die Angelegenheit aus der Welt schaffen. Nach längeren Verhandlungen mit der Firma Schöneke und dem Landrat einigte man sich darauf, den zwischen Gemeinde und Betrieb geschlossenen Vertrag zu ändern: Anstelle des umstrittenen Entgegenkommens bei der Gewerbesteuer sollte Schöneke nun einen Industrieförderungszuschuß von 125 000 DM erhalten, zu dem der Landkreis 40 000 DM beitrug.⁵⁸ Obwohl Hölzl in diesem Fall die treibende Kraft war, mußte er einen Teil der Meriten der erfolgreichen Industrieansiedlung dem Kreistag und dem Landrat überlassen, gegen dessen Widerstand keine Erschließungspolitik betrieben werden

⁵¹ Die Einzelheiten in StA Amberg, LRA Roding 3313, Marktgemeinde Bruck/Oberpfalz an das Landratsamt Roding vom 15. 10. 1957.

⁵² Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuerrechts vom 27. 12. 1951, in: BGBl. I, S. 996. StA, Amberg, LRA Roding 3313, Bayerisches Staatsministerium des Inneren an die Regierung von Mittelfranken vom 11. 5. 1955. Konkret ging es dabei um einen Fall im Landkreis Dinkelsbühl, wo die Gemeinde Wassertrüdingen eine ähnliche Absprache mit der Firma Schwarzkopf getroffen hatte.

⁵³ StA Amberg, LRA Roding 3313, Marktgemeinde Bruck/Oberpfalz an das Landratsamt Roding vom 15. 10. 1957.

⁵⁴ StA Amberg, LRA Roding 3313, Franz Sackmann an die Marktgemeinde Bruck/Oberpfalz vom 15. 1. 1958.

⁵⁵ Beispielsweise StA Amberg, LRA Roding 3313, Marktgemeinde Bruck/Oberpfalz an das Landratsamt Roding vom 7. 3. 1958, sowie ebenda, Franz Sackmann an die Marktgemeinde Bruck/Oberpfalz vom 27. 7. 1959.

⁵⁶ StA Amberg, LRA Roding 3313, Aktenvermerk des Landratsamts Roding vom 20. 7. 1959.

⁵⁷ Rödinger Kreis-Anzeiger vom 14./15. 1. 1961 („Mir war die Leistung des Hölzl 4500 Mark wert“).

⁵⁸ StA Amberg, LRA Roding 3313, Vertrag zwischen der Marktgemeinde Bruck/Oberpfalz und der Mechanischen Kokosweberei Schöneke vom 30. 9. 1960, sowie ebenda, Beschluß des Kreis Ausschusses Roding vom 1. 12. 1960, und ebenda, Beschluß des Kreistags Roding vom 5. 12. 1960.

konnte. Allerdings hatten sich die Mühen durchaus gelohnt, denn schon 1961 brachte die Kokosweberei der Marktgemeinde 160 000 DM an Gewerbesteuern ein.⁵⁹

2. Idealtyp: Die Erschließer des Landes

Wenn man sich auch davor hüten sollte, den Bürgermeistern und Gemeinderäten jeden Anteil an der Erschließung ihrer Dörfer abzusprechen oder ihn allzu klein zu veranschlagen⁶⁰, kamen sie aus strukturellen Gründen nicht als *die* Vorreiter der Modernisierung in Frage. Zu begrenzt war ihr Horizont, zu eng ihr Handlungsspielraum und zu gering ihre Durchschlagskraft in der Auseinandersetzung mit anderen politischen Akteuren. Außerdem fehlte ihnen der direkte Zugriff auf die nötigen finanziellen Ressourcen, so daß sie – selbst wenn sie aktiv zur Verbesserung der Infrastruktur ihrer Gemeinden beitragen wollten – stets auf die Unterstützung anderer angewiesen blieben. Doch wendet man den oben aufgestellten Negativkatalog ins Positive, ergibt sich – als Idealtyp – ein aus sechs Merkmalen bestehendes Profil der Erschließer des Landes.

Erstens dürfte das Gros der Politiker, die in den fünfziger und sechziger Jahren versuchten, die ländlichen Regionen an die Entwicklungen der Moderne heranzuführen, zur jüngeren Generation gezählt haben, die ihre politische Sozialisation erst nach 1933 erfuhr. In Frage kamen damit die Jahrgänge ab etwa 1917. Sie, die ihre prägenden Erfahrungen vor allem im Zweiten Weltkrieg machten, beschränkten sich von vornherein nicht darauf, die Zustände vor der „Machtergreifung“ wiederherzustellen, die sie ja allenfalls noch als verschwommene Jugenderinnerungen kannten. Sie hingen nicht an alten Idealen, sondern waren bereit, zur Überwindung der Kriegsfolgen und der traditionellen Rückständigkeit der ländlichen Regionen ganz neue Wege einzuschlagen. Zweitens zeichnete sich die in Frage kommende Personengruppe durch einen guten Bildungsstand aus; zumindest dürfte sie eine wesentlich bessere Ausbildung erfahren haben als das Gros der Landbevölkerung. Deshalb stammten, so steht zu vermuten, viele der Modernisierer selbst gar nicht aus ländlichen Regionen sondern aus den größeren Städten, die über erheblich bessere Bildungseinrichtungen verfügten. Der Besuch einer weiterführenden Schule dürfte die Regel gewesen sein, ein Hochschulstudium keine Seltenheit. Juristische Fachkenntnisse waren sicher hilfreich, um sich im zunehmend dichter werdenden Paragraphendschungel der staatlichen Finanzausschüsse zurechtzufinden, aber nicht unbedingt notwendig. Es reichte wohl, wenn man sich einarbeiten konnte. Mit dem Typus des traditionellen dörflichen Honoratioren hatten diese Männer jedenfalls nichts mehr gemein, sie ähnelten vielmehr schon sehr dem modernen Berufspolitiker unserer Tage. Die Erschließung des Landes

⁵⁹ StA Amberg, LRA Roding 3313, Mechanische Kokosweberei Schöneke an die Marktgemeinde Bruck/Oberpfalz vom 8. 6. 1961.

⁶⁰ So betrieb beispielsweise Bürgermeister Andreas Müller bereits in den fünfziger Jahren in der Gemeinde Issing eine recht erfolgreiche Erschließungspolitik. Ähnlich war es in Ludenhausen, wo Bürgermeister Johann Huber viel erreichen konnte. Vgl. Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 263 f. und S. 281 f.

war tatsächlich ein Full-time-Job, der sich nicht nach Feierabend erledigen ließ. Um aber für die Politik leben zu können, mußte man, drittens, auch von ihr leben können, also die Politik zum Beruf machen. Viertens wird ihnen ein leistungsfähiger Apparat zur Verfügung gestanden haben, der aus geschultem Personal und einer entsprechenden materiellen Ausstattung bestand. Ohne fach- und sachkundige Unterstützung ließ sich das große Arbeitspensum nicht bewältigen, zumal wohl kaum ein Mensch allein in der Lage gewesen sein dürfte, sich permanent über alle Zweige des Verwaltungsrechts und der staatlichen Zuschußgewährung auf dem Laufenden zu halten. Fünftens muß diese Personengruppe über einen guten Draht nach oben verfügt haben, denn nur so war es möglich, frühzeitig von geplanten Förderungsmaßnahmen zu erfahren sowie gegebenenfalls eigene Ideen einspeisen und durchsetzen zu können. Gerade unter dem letztgenannten Aspekt kann es nur hilfreich gewesen sein, Freunde in dem einen Bundestags- oder dem anderen Landtagsausschuß gehabt zu haben, die bei der Formulierung staatlicher Förderungsprogramme ein gewichtiges Wort zu sprechen hatten und die etwa bestimmte regionale Interessen berücksichtigen und vertreten konnten. Sie mußten also über eine Art Hausmacht, möglicherweise in Form personeller Netzwerke, gebieten. Wahrscheinlich besaßen die meisten Protagonisten der Modernisierung in den vom primären Sektor geprägten Landstrichen, sechstens, die Mitgliedskarte der CSU. Nicht, daß die SPD keine Erschließungspolitik betrieben hätte, doch reichten ihr Einfluß und ihre organisatorische Potenz gerade auf dem Land nicht weit genug. Die agrarisch geprägten Regionen waren ja die Domäne der bayerischen Unionspartei, und wer hier etwas bewirken wollte, konnte dies mit ihrer Rückendeckung umso eher.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit hatten die Landräte die besten Karten, die Modernisierung der Infrastruktur auf dem Land voranzutreiben. Von ihrem Sozialprofil entsprachen sie ziemlich genau dem skizzierten Idealtypus.⁶¹ Als Berufspolitiker konnten sie sich zudem ganz ihrer Aufgabe widmen. Gegenüber den Landtags- und vor allem den Bundestagsabgeordneten, die prinzipiell ebenfalls in der Lage waren, Erschließungspolitik zu betreiben, hatten sie mehrere große Vorteile: Als Leiter der Rechtsaufsichtsbehörde verfügten sie über großen Einfluß auf die Gemeinden und deren politisches Personal. Ihr Dienstsitz befand sich vor Ort, wogegen die Abgeordneten während der Sitzungsperioden nach München oder Bonn reisen mußten; ihnen stand daher viel weniger Zeit in der Region zur Verfügung. Zudem war der Wirkungsbereich der Landräte, ein Landkreis, relativ überschaubar, während die Bundeswahlkreise, die nicht selten drei und mehr Landkreise und möglicherweise noch die eine oder andere kreisfreie Stadt umfaßten, sehr groß und heterogen waren. Ein Wahlkreisabgeordneter konnte also gar nicht überall die nötige Detailkenntnis besitzen, um kompetente Infrastrukturpolitik zu betreiben. Darüber hinaus verfügten die Landräte über einen relativ großen und in der Regel gut besetzten Apparat, zu dem wenigstens ein juristischer Staatsbeamter, ein Büroleiter, ein Kreiskämmerer, ein Gemeindereferent und der Kreisbaumeister zählten. Hinzu kamen die Rechnungsprüfungsstelle, das Sozialhilfeamt und andere Referate. Und schließlich zählten einige Landräte zu den ein-

⁶¹ Siehe dazu ausführlich S. 114–122.

flußreichen Männern in der CSU, deren Wort auch in München oder Bonn etwas galt. Einer von ihnen war Franz Sackmann, der von 1956 bis 1966 als Landrat von Roding wirkte.

3. Realtyp: Franz Sackmann

a) Herkunft und Prägung

Franz Sackmann erblickte am 17. Dezember 1920 als Sohn eines Diplom-Ingenieurs in Kaiserslautern das Licht der Welt.⁶² Seine Kindheit und die ersten Jugendjahre verbrachte er wohlbehütet in der Pfalz. Nach dem frühen Tod des Vaters übersiedelte die Familie 1933 nach München, der Heimat seiner Eltern. Wichtige Prägungen in dieser frühen Phase erfuhr Sackmann durch seine Mutter, eine resolute, couragierte und politisch interessierte Frau, die ihre Kinder im christlichen Glauben erzog und sich dabei auch von wiederholten Einschüchterungsversuchen des NS-Regimes nicht ins Bockshorn jagen ließ. Bei Sammlungen für das Winterhilfswerk verweigerte sie demonstrativ jede Spende, und Gerlichs „Der gerade Weg“ zählte zur wöchentlichen Pflichtlektüre des Heranwachsenden.⁶³ Dieser Mut und die katholisch motivierte Ablehnung des Nationalsozialismus färbten auf ihren Sohn ab. Folgerichtig führte ihn sein Weg in die katholischen Jugendorganisationen: Zunächst wirkte er als Dekanatsjugendführer in St. Paul und in St. Heinrich, 1933 schloß er sich dem „Bund Neudeutschland“ an, dessen kritische Haltung zur braunen Bewegung kein Geheimnis war.⁶⁴ Auf seine Weigerung, der HJ beizutreten, wurde ihm die Schulgeldermäßigung gestrichen, doch brachte seine Mutter das Geld für das Gymnasium auch so auf. Als der „Bund Neudeutschland“ mit den übrigen katholischen Jugendorganisationen 1937 aufgelöst wurde, gerieten Sackmann und seine Freunde, die ihre Organisation in der Illegalität fortführten, in eine bedrohliche Lage. Mehrfach verhörte sie die Gestapo, doch kamen die jungen Katholiken schließlich mit dem Schrecken davon.

Der Zweite Weltkrieg markierte auch für Franz Sackmann ein einschneidendes Erlebnis. Im Januar 1940, nach einem kurzen Semester an der Universität, mußte der erklärte Gegner des Regimes zur Wehrmacht einrücken und an einem Krieg teilnehmen, den er persönlich ablehnte. Von 1941 bis zur Kapitulation erlebte er die Greuel des Krieges an der Ostfront, zunächst als einfacher Soldat, dann als Unteroffizier und schließlich als Offizier. Den traurigen Höhepunkt stellte die

⁶² Die wichtigsten Lebensdaten Sackmanns finden sich in: Franz Sackmann, Lebenslauf, undatiert (1956; Kopie im Besitz des Verfassers), und Junge Union Bayern (Hrsg.), 50 Jahre Junge Union Bayern, S. 68 f. Eine knappe Skizze seines Lebenswegs in: Schwandorfer Zeitung vom 28. 6. 1954 („Franz Sackmann, Landtagskandidat der CSU“). Soweit nicht anders gekennzeichnet, beruhen die folgenden Angaben auf mündlichen Auskünften Franz Sackmanns vom 3. 4. 1998 und vom 3. 6. 1998.

⁶³ Zur Zeitschrift „Der gerade Weg“ vgl. Bender, Der gerade Weg und der Nationalsozialismus. Zu Fritz Gerlich vgl. von Aretin, Fritz Gerlich, und Morsey, Fritz Gerlich, sowie Niedermeier, Kämpfer für Wahrheit und Recht.

⁶⁴ Zur kritischen Haltung katholischer Jugendorganisationen zum NS vgl. Klönne, Jugendliche Opposition, S. 194–198, und Zarusky, Jugendopposition. Zur kritischen Haltung des Katholizismus allgemein vgl. den Überblick bei Hürten, Katholische Kirche und Widerstand.

Schlacht von Stalingrad im Winter 1942/43 dar, die er beinahe bis zum bitteren Ende durchlitt. Eine schwere Verwundung rettete ihm möglicherweise das Leben, da er am 6. Januar 1943 mit einer der letzten Transportmaschinen aus dem Kessel an der Wolga ausgeflogen wurde.⁶⁵ Aus dieser Katastrophe wie aus dem Krieg insgesamt zog Sackmann zwei Lehren, die seine spätere politische Tätigkeit stark beeinflussten: Erstens war ihm spätestens in Stalingrad klar geworden, daß nach Kriegsende alle Kräfte – ganz egal ob Katholiken, Protestanten oder Freidenker, ob Sozialdemokraten, Liberale oder Konservative, die ja auch in den Schützengräben Seite an Seite ausharrten – benötigt würden, um ein neues, demokratisches Deutschland aufzubauen. Die politische Lagermentalität hermetisch gegeneinander abgeschotteter sozialmoralischer Milieus, wie sie die Weimarer Republik geprägt hatte, galt es um jeden Preis zu überwinden.⁶⁶ Und zweitens hatte Sackmann, wie viele andere Offiziere auch, als Truppenführer an der Front die Erfahrung gemacht, daß es an ihm selbst lag, die Dinge in die Hand zu nehmen, zu improvisieren, zu gestalten und zu verändern. Daß es auch auf ihn ankam, sollte er zeitlebens nicht mehr vergessen.

Nach einer abenteuerlichen Flucht aus russischer Kriegsgefangenschaft, erreichte Franz Sackmann Ende April 1945 ausgezehrt, von den Strapazen des Krieges gezeichnet und am Ende seiner Kräfte das heimatliche München, wo er seine Mutter, die Schwestern und das Wohnhaus am Waldfriedhof unversehrt vorfand. Viel Zeit zur Erholung blieb ihm nicht. Wenige Tage nach seiner Rückkehr bedrängten ihn Mitglieder der Pfarrgemeinde, sich wieder an der kirchlichen Organisationsarbeit zu beteiligen.⁶⁷ Sackmann ließ sich nicht lange bitten, nahm alte Kontakte wieder auf und knüpfte neue, vor allem zu protestantischen Jugendgruppen. Der Anspruch dieser Tätigkeit beschränkte sich von Anfang an nicht auf den kirchlichen Bereich, sondern zielte ganz bewusst auf einen demokratischen Neuaufbau von unten. So entwickelte sich dieser Zirkel, zu dem viele alte Freunde aus dem „Bund Neudeutschland“ gehörten, zu einer der Wurzeln der CSU, zu deren Gründervätern in München auch Franz Sackmann gehörte.⁶⁸ Innerhalb der Partei zählte er zum Müller-Flügel, der für die Schaffung einer interkonfessionellen Sammlungspartei eintrat, und der „Ochsensepp“ wurde zu Sackmanns politischem Ziehvater. Nicht zuletzt dank der Fürsprache des Parteichefs stieg er 1946 zum Ortsvorsitzenden der Münchner CSU und ein Jahr später zu ihrem Kreisvorsitzenden auf.

⁶⁵ Schwandorfer Zeitung vom 28. 6. 1954 („Franz Sackmann, Landtagskandidat der CSU“), und Wahlkampfbrochure der CSU im Stimmkreis Burglengenfeld/Schwandorf/Roding „Unsere Kandidaten stellen sich vor“, undatiert (Herbst 1954; Kopie im Besitz des Verfassers), sowie Franz Sackmann, Lebenslauf, undatiert (1956; Kopie im Besitz des Verfassers). Vgl. allgemein Beever, Stalingrad.

⁶⁶ Höpfinger, Ein Zeitzeuge erinnert sich, S. 46. Zu Wirkungsmacht und politischer Bedeutung der sozialmoralischen Milieus in der Weimarer Republik vgl. Longenrich, Deutschland 1918–1933, S. 189–223.

⁶⁷ Dazu und im folgenden Höpfinger, Ein Zeitzeuge erinnert sich, S. 45 ff.

⁶⁸ Zur Gründung der CSU in München vgl. Becker, Gründung und Wurzeln, S. 79–84, und ausführlich Schlemmer, Aufbruch, S. 49–62. Zur Bedeutung der kirchlichen Jugendorganisationen und insbesondere des katholischen Vereinswesens für die Gründung der CSU vgl. Henke/Woller (Hrsg.), Lehrjahre der CSU, S. 23.

Eine wichtige Rolle spielte Sackmann zunächst vor allem in der Jungen Union, die im Januar 1947 offiziell aus der Taufe gehoben wurde und den unter 40jährigen Anhängern und Mitgliedern der CSU als organisatorische Plattform diente.⁶⁹ Die Nachwuchsorganisation, in der Sackmann seit 1947 als oberbayerischer Bezirksvorsitzender fungierte, stellte die innerparteiliche Hausmacht des aufstrebenden Jungfunktionärs dar. Dabei entwickelte sich Sackmann zum „enfant terrible der CSU und Schrecken der alten Garde“.⁷⁰ Die politische Arbeit verlangte vollen Einsatz, sollten doch im ganzen Land Orts- und Kreisverbände aufgebaut und neue Mitglieder geworben werden. Für andere Dinge, etwa das Studium der Lebensmittelchemie an der Ludwig-Maximilians-Universität, das er 1946 wieder aufgenommen hatte, blieb nur wenig Zeit. Erst 1951 erwarb Sackmann den Abschluß, und selbst am Vorabend des mündlichen Staatsexamens hatte er noch eine Versammlung für die CSU abgehalten. Mit dem Examen in der Tasche und einem Stipendium ausgestattet, arbeitete Sackmann bei der Deutschen Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie in München an seiner Dissertation, die sich mit Reststickstoffen beschäftigte.⁷¹ Dazu kam er jedoch nur noch sehr selten, nachdem er 1952 zum Landesvorsitzenden der Jungen Union avancierte, denn dieses Amt brachte eine erhebliche Erweiterung seines politischen Aktionsradius' mit sich. Sackmann war nun pausenlos in ganz Bayern unterwegs, wobei es ihm allein im ersten Halbjahr als Landesvorsitzendem gelang, über 60 neue Kreisverbände ins Leben zu rufen.⁷² Hinzu kamen steigende Belastungen im Wahlkampf. Die Junge Union hatte im Bundestagswahlkampf von 1953 einen Trupp talentierter Redner zusammengestellt, zu dem neben Sackmann unter anderem Georg Brauchle, Jürgen Warnke, Karl-Heinz Lemmrich und Fritz Wittmann zählten. Sie schwärmten vor allem in die Regionen aus, in denen die CSU organisatorisch kaum oder gar nicht verankert war, und hielten dort Versammlungen ab.⁷³

Dabei kam Sackmann auch nach Roding, wo bereits eine relativ starke JU-Gliederung um Ernst Kerl, Josef Haberl, Hans Batzl und Ludolf Stuiber existierte, mit denen sich bald ein engerer Kontakt ergab. Nach dem überaus erfolgreichen Wahlausgang ermunterte der Rodinger JU-Vorsitzende Batzl den anfangs zögerlichen Sackmann, sich 1954 um das Landtagsmandat im Stimmkreis Burglengelfeld-Schwandorf-Roding zu bemühen.⁷⁴ Sackmann mußte sich zunächst gegen heftigen parteiinternen Widerstand aus Burglengelfeld durchsetzen, da man dort eine Kandidatur des ehemaligen Regensburger Oberbürgermeisters Georg Zitzler favorisierte.⁷⁵ Allerdings standen die Chancen, den populären Landtagsabgeordneten Franz Sichler von der SPD ausstechen zu können, der 1950 das Landtags-

⁶⁹ Junge Union Bayern (Hrsg.), 50 Jahre Junge Union Bayern, S. 142. Die am 2. 3. 1947 verabschiedete Satzung der JU findet sich abgedruckt in: ebenda, S. 192 f.

⁷⁰ Schlemmer, Aufbruch, S. 403.

⁷¹ Schwandorfer Zeitung vom 28. 6. 1954 („Franz Sackmann, Landtagskandidat der CSU“), und Franz Sackmann, Lebenslauf, undatiert (1956; Kopie im Besitz des Verfassers).

⁷² Diese Angabe nach Junge Union Bayern (Hrsg.), 50 Jahre Junge Union Bayern, S. 149.

⁷³ Dobkowitz, Ära Sackmann, S. 43. Das Folgende nach ebenda.

⁷⁴ Bayerwald-Anzeiger vom 17./18. 7. 1954 („Junge Union tagte in Roding“).

⁷⁵ In Burglengelfeld waren viele CSU-Funktionäre der Ansicht, daß der gelernte Maschinenbauer Zitzler, der vor 1933 als Sekretär des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Regensburg fungiert hatte, angesichts der Erwerbsstruktur im oberpfälzischen Montanrevier bessere Wahlchancen habe als Sackmann. Die Angaben zu Zitzler bei Fait/Mintzel/Schlemmer, CSU, Bd. 3, S. 1947 f.

mandat erobert hatte, sehr schlecht. Doch Sackmann, von Natur aus mit Rednergabe, Charme und einem gewinnenden Wesen ausgestattet, führte einen überaus engagierten Wahlkampf mit 118 öffentlichen Veranstaltungen und ging, was kaum einer für möglich gehalten hatte, als Sieger aus der Wahl hervor.⁷⁶ Damit schien Sackmann den Weg zu einer Karriere in der Landespolitik eingeschlagen zu haben – doch es sollte anders kommen.

b) *„Hart am Rande der Legalität“:⁷⁷ Erschließungspolitik im Landkreis Roding*

Am 2. September 1956 verunglückte der Rodinger Landrat Josef Kiener bei einem Sandbahnrennen und erlag wenige Tage später seinen Verletzungen.⁷⁸ Das brachte die CSU im Landkreis in arge Verlegenheit, da sie aus den eigenen Reihen keinen geeigneten Kandidaten aufbieten konnte, während die SPD mit Hans Hölzl, dem Bürgermeister von Bruck, über einen qualifizierten und angesehenen Bewerber verfügte, der darüber hinaus auch von der Bayernpartei und vom BHE unterstützt wurde.⁷⁹ Fast zwangsläufig fiel die Wahl der CSU auf Franz Sackmann, der sich in den zwei Jahren als Landtagsabgeordneter einen hervorragenden Ruf als engagierter Kämpfer für die Belange des Grenzlands erworben hatte. Sackmann tat sich mit der Entscheidung jedoch sehr schwer: Einerseits gab es gute Gründe, das Angebot abzulehnen. Nach vier Jahren harter Arbeit waren die Experimente für die Dissertation – trotz aller Beeinträchtigungen durch die Politik – abgeschlossen, die Ergebnisse mußten nur noch zusammengefaßt werden; als Landtagsabgeordneter und Landrat war daran freilich nicht zu denken.⁸⁰ Andererseits wollte er die Parteifreunde in Roding nicht im Stich lassen, zudem reizte ihn die Aufgabe, so daß er schließlich dem Drängen aus dem Regental nachgab.⁸¹ Obwohl die Parteien dem Urnengang große Bedeutung beimaßen und dementsprechend prominente Redner in den Landkreis entsandt hatten – für die CSU sprachen Bundesverteidigungsminister Strauß und der Parteivorsitzende Seidel, für die SPD Waldemar von Knoeringen und Staatssekretär Weishäupl, und die Bayernpartei hatte Landwirtschaftsminister Joseph Baumgartner angekündigt –, verlief der Wahlkampf äußerst fair. „Wir wollen uns auch hinterher noch die Hand geben können“, lautete die Devise der beiden Kandidaten, die sich persönlich gut kannten.⁸² Sackmann siegte schließlich relativ ungefährdet mit 62 Prozent der Stimmen.

⁷⁶ Dabei schnitt Sackmann im Landkreis Roding besonders gut ab, während er in der Stadt Schwandorf und im Landkreis Burglengenfeld hinter Sichler rangierte. Das genaue Ergebnis in: BSB 201, S. 14. Dazu auch Süß, Kumpel und Genossen, S. 235–239.

⁷⁷ So überschrieb der Spiegel vom 28. 2. 1972, S. 44–65, eine große Reportage „über Industrieansiedlung in Westdeutschland“.

⁷⁸ Matejka, Dr. Josef Kiener, S. 215 f.

⁷⁹ SZ vom 18. 10. 1956 („Wahlstimmung im Regental“).

⁸⁰ Wahlkampfbrochure der CSU für den Landratswahlkampf „Franz Sackmann“, undatiert (1956), S. 4 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁸¹ Dobkowitz, Ära Sackmann im Landkreis Roding, S. 44, und mündliche Auskunft Franz Sackmanns vom 3. 6. 1998.

⁸² Zitiert nach SZ vom 18. 10. 1956 („Wahlstimmung im Regental“). Das folgende Zitat findet sich ebenda. Das Wahlergebnis nach BLASD, Referat Wahlen, Kreismappe Roding, und Amtsblatt für den Landkreis Roding Nr. 44 vom 31. 10. 1956, S. 118 f.

Er trat allerdings kein leichtes Amt an. „Der neue Landrat wird sich sehr anstrengen müssen“, hatte die „Süddeutsche Zeitung“ schon vor der Wahl prophezeit, „um den bettelarmen Kreis mit den 30 000 Einwohnern aus dem permanenten Notstand herauszubringen.“ Es fehlte an allem. Das Straßennetz, die Bildungseinrichtungen, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, das Gesundheitswesen, kurz: die gesamte Infrastruktur lag völlig am Boden.⁸³ Dazu kam eine bedrückend hohe Arbeitslosigkeit, da es weit und breit keine größeren Industriebetriebe gab: Im Winter 1956, als Sackmann sein neues Amt antrat, suchten rund ein Drittel der Erwerbspersonen im Landkreis einen Job.⁸⁴ Daraus resultierte wiederum die himmelschreiende Armut der Gemeinden und des Kreises, der zu den steuerschwächsten in ganz Bayern zählte. So verfügte die Gemeinde Wald, deren gut 1200 Einwohner größtenteils aus Gütlern, Hilfs- und Holzarbeitern bestand, über ein jährliches Steueraufkommen von geradezu lächerlichen 3200 DM.⁸⁵ Aus eigener Kraft konnten die Kommunen daher ihre lähmende Strukturschwäche nicht überwinden, sie benötigten dringend staatliche Hilfe. Und der neue Landrat machte sich unverzüglich ans Werk, sie zu besorgen.

Die Bundeswehr als Wirtschaftsfaktor: Eine Garnison für Roding

Genaugenommen hatte Sackmann schon 1954, direkt nach seiner Wahl in den Landtag, damit begonnen, die Infrastruktur des Landkreises Roding zu verbessern. Seinen ersten großen Coup landete er, indem er für die Kreisstadt eine Garnison der im Aufbau befindlichen Bundeswehr gewann, um Arbeitsplätze in der Region zu schaffen und das Steueraufkommen zu vergrößern.⁸⁶ Die Bundeswehr sollte im strukturschwachen Grenzland die fehlenden Industriebetriebe kompensieren. Diese Möglichkeit war ein Kind des sich mit dem Koreakrieg verschärfenden „Kalten Krieges“. Seit den frühen fünfziger Jahren hatte es sowohl im Bundestag als auch in der Öffentlichkeit heftige Auseinandersetzungen um die Frage der Wiederbewaffnung bzw. eines deutschen „Wehrbeitrags“ im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegeben. Nachdem dieses Projekt jedoch im August 1954 am „Nein“ der französischen Nationalversammlung gescheitert war, entstanden in nur wenigen Wochen die „Pariser Verträge“, die am 23. Oktober 1954 unterzeichnet wurden. Sie sicherten der Bundesrepublik die Souveränität und die Mitgliedschaft in der NATO, was die Aufstellung eigener westdeutscher Truppen notwendig machte. Eines der Hauptprobleme bestand im akuten Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten, da die Kasernen der „Wehrmacht“ von den Alliierten belegt oder zivil genutzt wurden. Darin lag die Chance strukturschwacher Regionen wie Roding.⁸⁷

⁸³ Dobkowitz, Ära Sackmann, S. 46. Das Folgende nach ebenda.

⁸⁴ Arbeitsgemeinschaft regionale Entwicklungsarbeit in Bayern (Hrsg.), Untersuchungsbericht Landkreis Roding, S. 42 ff.

⁸⁵ SZ vom 18. 10. 1956 („Wahlstimmung im Regental“).

⁸⁶ Wahlkampfbrochure der CSU für den Landratswahlkampf „Franz Sackmann“, undatiert (1956), S. 3 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁸⁷ Vgl. dazu Schmidt, „Eine Garnison wäre eine feine Sache“, S. 362 ff. und S. 370–382. Zum Streit um die „Wiederbewaffnung“ vgl. Sontheimer, Adenauer-Ära, S. 168–171, sowie ausführlich Volkmann, Die innenpolitische Dimension Adenauerscher Sicherheitspolitik, und Meier-Dörnberg, Planung des Verteidigungsbeitrags, sowie von Schubert, Wiederbewaffnung und Westintegration.

Sackmann griff sofort zu. Unmittelbar nach seinem Wahlerfolg forderte er, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU, die Verlagerung von Truppenunterkünften ins Grenzland, und schon am 10. November 1954 signalisierte sein Parteifreund und JU-Kollege Richard Jaeger, als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verteidigung einer der maßgeblichen Männer, „gute Aussichten“ für derartige Projekte.⁸⁸ Daraufhin beschloß eine kleine Runde, an der neben Sackmann der Rodinger Bürgermeister Josef Brantl, sein geschäftsleitender Beamter Josef Haberl und Landrat Josef Kiener teilnahmen, die Bewerbung der Kreisstadt. Haberl setzte einen Brief an Theodor Blank auf, in dem sich Roding förmlich um eine Garnison bemühte und die guten Voraussetzungen als Bundeswehrstandort in den schillerndsten Farben ausmalte.⁸⁹ Bürgermeister Brantl sandte das Schreiben am 29. Dezember 1954 ab, ohne vorher den Stadtrat konsultiert zu haben, was zunächst für Verstimmung sorgte. Nachdem die Kommunalvertreter von Bürgermeister und Landrat aufgeklärt worden waren, stimmten nur noch die beiden Vertreter der SPD gegen das Projekt, doch auch sie sollten bald ins Lager der Befürworter umschwenken. Die Geschlossenheit, mit der die politische Elite wie auch die Bevölkerung Rodings für die Bundeswehransiedlung eintraten, markierte ein großes Plus ihrer Bewerbung. Die Bereitstellung des benötigten Geländes stieß hier – im Gegensatz zu anderen Aspiranten⁹⁰ – auf keine Schwierigkeiten. Die Eigentümer der betroffenen Grundstücke, darunter auch Bürgermeister Brantl, fanden sich durchweg zum Verkauf bereit. Zudem stand ein Waldgebiet von fast 300 Hektar zur Verfügung, daß sich zum Großteil in Staatsbesitz befand und auf dem ein Truppenübungsplatz mit Schießanlage errichtet werden konnte. Damit war die Hauptvoraussetzung für den Kasernenbau erfüllt.⁹¹

Der zweite große Vorteil Rodings bestand in der Person Franz Sackmanns, der hinter den Kulissen eifrig die Werbetrommel rührte. Sein weitverzweigtes Netz persönlicher Beziehungen zu den führenden Politikern bestand die erste Bewährungsprobe. Theodor Blank kannte er aus seiner Tätigkeit im wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU, und mit Franz Josef Strauß, dem späteren Bundesverteidi-

Zu den „Pariser Verträgen“ vgl. den knappen Überblick bei Herbst, *Option für den Westen*, S. 99–105, sowie ausführlich Thoß, *Beitritt der Bundesrepublik*, und Ehlert, *Innenpolitische Auseinandersetzungen*.

⁸⁸ Matejka, *Roding – 25 Jahre Garnisonsstadt*, S. 132. Vgl. im folgenden ebenda, S. 132–138.

⁸⁹ Stadtarchiv Roding, Bestand Stadt Roding 080/1.3, Josef Brantl an die Dienststelle Blank vom 29. 12. 1954. Abgedruckt in: Matejka, *Roding – 25 Jahre Garnisonsstadt*, S. 133. Theodor Blank war damals Bevollmächtigter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen und avancierte 1955 zum ersten Verteidigungsminister der Bundesrepublik. Kempf/Merz (Hrsg.), *Kanzler und Minister*, S. 136–140.

⁹⁰ In der Stadt Beilngries scheiterte die Ansiedlung einer Garnison unter anderem an der Unwilligkeit der Stadt und einiger betroffener Privateigentümer, die benötigten Grundstücke abzutreten. Dazu umfangreiches Material in StA Amberg, LRA Beilngries 1517 und 1518. Vgl. auch Schmidt, „Eine Garnison wäre eine feine Sache“, S. 395–399.

⁹¹ StA Amberg, LRA Roding 2887, Stadt Roding an das bayerische Staatsministerium der Finanzen vom 6. 11. 1956, und Stadtarchiv Roding, Bestand Stadt Roding 083/1.4, Aufstellung der betroffenen Grundstückseigentümer, die sich zum Verkauf bereiterklärt haben vom 19. 10. 1955, und ebenda, *Baufachliches Gutachten des Finanzbauamts Regensburg* vom 1. 9. 1956, sowie ebenda, *Landratsamt Roding an das Finanzamt Cham* vom 16. 1. 1957, und ebenda, *Wehrbereichsverwaltung VI an die Stadt Roding* vom 20. 5. 1958 und die Antwort vom 23. 5. 1958. Vgl. Schmidt, „Eine Garnison wäre eine feine Sache“, S. 395.

gungsminister, verband ihn eine lange Freundschaft.⁹² Neben seinen eigenen Kontakten konnte er die Unterstützung weiterer Mandatare der CSU gewinnen. Allen voran Hermann Höcherl warf sein ganzes Gewicht für seine „alte Heimat“ in die Waagschale.⁹³ Die intensive Lobbyarbeit zahlte sich aus: Nachdem verschiedene Kommissionen und Sachverständige das Gelände in Augenschein genommen und für gut befunden hatten, gab das Bundesverteidigungsministerium schließlich Mitte Juni 1956 der Stadt Roding den Zuschlag.⁹⁴ Anfang September 1957 legte Verteidigungsminister Strauß in einer feierlichen Zeremonie den Grundstein, Ende November feierte man Richtfest, und Mitte Februar 1959 wurde die Kaserne den einziehenden Truppen, einem Panzeraufklärungsbataillon unter dem Kommando von Oberstleutnant Jürgen von Zitzewitz, übergeben.⁹⁵

Roding profitierte davon mindestens in dreifacher Hinsicht, noch ehe der erste Bundeswehrsoldat einen Fuß auf den Boden der Stadt setzte.⁹⁶ Erstens gingen die Bauaufträge, darauf hatte Sackmann großen Wert gelegt, weitgehend an Firmen aus dem Landkreis. Zweitens mußte noch vor Beginn der Bauarbeiten an der Kaserne und der Wohnsiedlung für die Bundeswehrangehörigen eine Umgehungsstraße angelegt werden, da die alte Ortsdurchfahrt der dauernden Belastung durch die schweren Baufahrzeuge nicht gewachsen war.⁹⁷ Bund und Land übernahmen den Großteil der 5,35 Millionen DM, mit der diese Maßnahme zu Buche schlug, die natürlich in erster Linie der ortsansässigen Bevölkerung zugute kam. Drittens hatten die Stadtväter strikt darauf geachtet, daß die Garnison oberhalb Rodings angesiedelt wurde, so daß ihre Abwässer aus hygienischen Gründen nicht einfach in den Regen geleitet werden konnten. Auch der Bau einer separaten kleineren Kläranlage für die Kaserne kam aus diesem Grunde nicht in Frage, so daß schließlich nichts anderes übrig blieb, als eine Sammelkläranlage unterhalb der Stadt zu errichten, die im Zuge dieser Maßnahme ebenfalls vollständig an die Kanalisation angeschlossen wurde.⁹⁸ Für diese Maßnahme flossen aus Mitteln des Bundes 2752016 DM an Zuschüssen und 1284411 DM in Form von zinsgünstigen Darlehen an die Stadt am Regen, die auf diese Weise zu einer beispieillos billigen Ring-

⁹² Unter anderem war Strauß Trauzeuge bei Sackmanns Hochzeit. Mündliche Auskunft Franz Sackmanns vom 3. 4. 1998.

⁹³ Stadtarchiv Roding, Bestand Stadt Roding 083/1.4, Hermann Höcherl an Josef Brantl vom 12. 6. 1956 und die Antwort Brantls vom 21. 6. 1956.

⁹⁴ Stadtarchiv Roding, Bestand Stadt Roding 083/1.4, Wasserwirtschaftsamt Regensburg an die Bezirksplanungsstelle Regensburg vom 7. 9. 1955, und ebenda, Bezirksplanungsstelle Regensburg an das Landratsamt Roding vom 14. 10. 1955, sowie ebenda, Niederschrift über die Erkundung in Roding am 5. 4. 1956. Der positive Bescheid in ebenda, Wehrbereichsverwaltung VI an Josef Brantl vom 13. 6. 1956.

⁹⁵ MBZ vom 31. 8. 1957 („Roding feiert am Montag die Grundsteinlegung zum Kasernenbau“), und MBZ vom 4. 9. 1957 („Roding erhält den ersten Kasernen-Neubau des Grenzlandes“). MBZ vom 2. 12. 1957 („Großes Richtfest am Rodinger Kasernenneubau“). Bayerwald-Echo vom 18. 2. 1959 („Ein geschichtliches Ereignis machte Roding gestern zur Garnisonsstadt“).

⁹⁶ Vgl. im folgenden Matejka, Roding – 25 Jahre Garnisonsstadt, S. 136f.

⁹⁷ StA Amberg, LRA Roding 2887, Vermerk Regierungsrat Dr. Lazik vom 5. 11. 1956, und Stadtarchiv Roding, Bestand Stadt Roding 083/1.4, Baufachliches Gutachten des Finanzbauamts Regensburg vom 1. 9. 1956, sowie MBZ vom 9. 3. 1957 („Kleine oder große Ortsumgehung?“).

⁹⁸ StA Amberg, LRA Roding 2887, Denkschrift der Stadt Roding vom 6. 11. 1956, und Stadtarchiv Roding, Bestand Stadt Roding 083/1.4, Baufachliches Gutachten des Finanzbauamts Regensburg vom 1. 9. 1956, sowie ebenda, Staatliches Gesundheitsamt Roding an das Wehrbereichskommando VI vom 12. 12. 1956, und MBZ vom 8. 2. 1957 („Kasernenbau löst Rodinger Kanalisationsprobleme“). Die folgenden Angaben nach Schmidt, „Eine Garnison wäre eine feine Sache“, S. 410f.

kanalisation kam. Finanzminister Fritz Schäffer soll seinem Parteifreund Sackmann deswegen wutschnaubend den Vorwurf gemacht haben, er sei „hereingelegt“ worden.⁹⁹ Ohne Kaserne hätte Roding fraglos noch Jahrzehnte auf eine Kanalisation warten müssen, weshalb in anderen Städten der Oberpfalz, in denen ähnliche Kunststücke nicht gelangen, der Neid grassierte.¹⁰⁰ Abgesehen von der wirtschaftlichen Bedeutung der Bundeswehr, die man wohl nicht ganz so hoch veranschlagen sollte wie ursprünglich erhofft¹⁰¹, brachte die Ansiedlung der Garnison also bedeutende Verbesserungen der Infrastruktur mit sich, die sich später positiv auf die Bemühungen auswirkten, Industrie im Regental anzusiedeln.

Industrieansiedlung im ländlichen Raum

Darauf vor allem konzentrierte Sackmann seine Anstrengungen, denn nur durch die Schaffung industrieller Arbeitsplätze in der Region, so sein Credo, konnte der ständige Bevölkerungsschwund aufgehalten werden, der bei seinem Amtsantritt besorgniserregende Dimensionen angenommen hatte. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs waren 25 150 Menschen im Landkreis Roding ansässig gewesen, ehe die Bevölkerung im Zuge des Flüchtlingszustroms im Oktober 1946 auf 33 473 emporschnellte. Mit der Währungsreform setzte eine Trendwende ein, von nun an sank die Einwohnerzahl wieder. Im Oktober 1954 zählte Roding 30 269 Köpfe, vier Jahre später sogar nur noch 29 013, und das, obwohl der Landkreis allein im Jahr 1957 einen Geburtenüberschuß von 305 Menschen verzeichnete.¹⁰² Nicht nur die Neubürger, auch immer mehr Alteingesessene kehrten ihrer Heimat im Oberpfälzer Wald den Rücken, da sie hier keine Berufsperspektive sahen. Gerade die Jungen verließen den Landkreis, um – nicht selten durch die Vermittlung des Arbeitsamts – in Stuttgart, Frankfurt oder Nürnberg eine Ausbildung oder eine Arbeit anzutreten, andere trugen das harte Los der Fernpendler, die ihre Familien nur am Wochenende sahen.¹⁰³ Das erklärte Ziel des neuen Landrats lautete, die Arbeitsplätze zu den Menschen zu bringen, nicht umgekehrt.

Aus zwei Gründen setzte Sackmann nicht auf die Ansiedlung eines Großbetriebs, obwohl die Niederlassung eines größeren Siemens-Werks im Bereich des Möglichen lag. Erstens wollte er vermeiden, daß der Landkreis in die Abhängigkeit eines einzigen Unternehmens geriet. Zweitens hätte die Ansiedlung eines weiteren Giganten möglicherweise die Existenz der krisengeschüttelten Maxhütte gefährdet, die ebenfalls in seinem Stimmkreis lag und auf deren Belange er Rücksicht nehmen mußte.¹⁰⁴ Seine Idealvorstellung lief auf eine Mischstruktur aus leistungs-

⁹⁹ Mündliche Auskunft Franz Sackmanns vom 3. 4. 1998.

¹⁰⁰ SZ vom 24. 2. 1959 („Roding verbündet sich mit der Bundeswehr“).

¹⁰¹ So das wohlbegründete Urteil von Schmidt, „Eine Garnison wäre eine feine Sache“, S. 424–440.

¹⁰² Diese Angaben nach SJB 23 (1947), S. 386, und SJB 25 (1955), S. 494, sowie SJB 26 (1958), S. 338. Dazu auch Arbeitsgemeinschaft regionale Entwicklungsarbeit in Bayern (Hrsg.), Untersuchungsbericht Landkreis Roding, S. 33–36.

¹⁰³ Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), Unser Landkreis Roding, S. 20, und Arbeitsgemeinschaft regionale Entwicklungsarbeit in Bayern (Hrsg.), Untersuchungsbericht Landkreis Roding, S. 46–49.

¹⁰⁴ Mündliche Auskunft Franz Sackmanns vom 3. 4. 1998. Das Folgende nach ebenda. Zur Maxhütte und ihren Problemen vgl. ausführlich Süß, Kumpel und Genossen. Zum Problem der Dominanz eines Großbetriebs vgl. Hilterscheid, Industrie und Gemeinde, der die Rolle von VW in Wolfsburg untersuchte.

fähigen Bauernhöfen und mittleren Industriebetrieben verschiedener Branchen hinaus. Auch Sackmann orientierte sich also am Vorbild Baden-Württembergs und hatte „keine Sehnsucht nach der Ruhr“. ¹⁰⁵ Er wartete allerdings nicht auf Aktivitäten der Landesplaner, sondern ergriff selbst die Initiative. Jedes Jahr besuchte der dynamische Landrat die große Industriemesse in Hannover, um dort Kontakte zu knüpfen und Betriebe ausfindig zu machen, die seinen Vorstellungen entsprachen. Nach Roding zurückgekehrt, schrieb er die in Frage kommenden Firmen kurzerhand an, ob sie an einer Betriebsverlagerung ins Regental oder der Schaffung eines Zweigwerks interessiert seien. Zwar antworteten von den jeweils bis zu 250 Adressaten nur die wenigsten, und in den meisten Fällen handelte sich Sackmann höfliche Absagen ein, doch mit dem einen oder anderen Unternehmer kam er auf diese Weise ins Gespräch.

Der Erfolg gab Sackmanns unorthodoxem Vorgehen recht, konnte er doch eine Reihe bedeutender Betriebe zur Niederlassung im Landkreis Roding gewinnen, die die Wirtschaftsstruktur beträchtlich verbesserten. Dazu zählte etwa die Firma Steinbock GmbH aus Moosburg, die Sackmann ursprünglich nach Nittenau bringen wollte, was jedoch am Widerstand des Bürgermeisters scheiterte. Daraufhin siedelte sich der Gabelstaplerproduzent, der in seinen besten Tagen 280 Personen beschäftigte, 1960 in der Kreisstadt an. ¹⁰⁶ Nittenau erhielt später den Zuschlag der Maschinenfabrik Hermann Kronseder, die hochmoderne Etikettiermaschinen produzierte und auf ihrem Gebiet weltweit zu den Marktführern zählte; das Zweigwerk in Nittenau brachte 240 Beschäftigte in Lohn und Brot. ¹⁰⁷ Auch das mit Abstand größte Unternehmen des Landkreises, die Firma Johann Vaillant GmbH & Co., ein Sanitäranlagenhersteller von Weltruf mit Stammsitz in Remscheid, kam 1965 auf diese Weise in die Kreisstadt. Nach schwierigen Anfängen entwickelte sich das Rodinger Zweigwerk mit rund 800 Beschäftigten zum wichtigsten Gewerbesteuerzahler der ganzen Region. ¹⁰⁸ In anderen Fällen ließ Sackmann seine Beziehungen spielen. Als sich Georg Hemmerlein, sein Fraktionskollege im bayerischen Landtag, mit einem Fertigbetonwerk in Regensburg niederlassen wollte, leitete ihn Sackmann kurzerhand nach Bruck um. ¹⁰⁹ Das brachte vor allem für die zahlreichen Fernpendler aus der Baubranche große Vorteile, die nun auch im Winter Arbeit im Landkreis fanden.

Wie erfolgreich Sackmann bei der Industrialisierung Rodings alles in allem war, zeigt ein Blick auf die nackten Zahlen. Zu Beginn seiner Amtszeit gab es im ganzen Landkreis nur sechs Industriebetriebe, die zusammen 149 Beschäftigte zählten. Als Sackmann das Landratsamt zehn Jahre später wieder verließ und als Staatssekretär ins bayerische Wirtschaftsministerium wechselte, existierten bereits 45 Betriebe mit über zehn Dauerbeschäftigten, die insgesamt 2228 Menschen ein Auskommen verschafften, wobei die Unternehmen der Bauindustrie noch gar nicht mit eingerechnet waren. ¹¹⁰ Diese Bilanz konnte sich sehen lassen! Sie erklärt

¹⁰⁵ Bößenecker, Bayern, Bosse und Bilanzen, S. 303.

¹⁰⁶ Matejka, Die industrielle Entwicklung Rodings, S. 90.

¹⁰⁷ Die Angaben zur Firma Kronseder, später „Krones“, nach Stadt Nittenau (Hrsg.), Nittenau, S. 63.

¹⁰⁸ Matejka, Die industrielle Entwicklung Rodings, S. 91.

¹⁰⁹ Mündliche Auskunft von Hans Hölzl vom 2. 6. 1998.

¹¹⁰ Diese Angaben nach Dobkowitz, Ära Sackmann, S. 46, und Landeszentrale für politische Bil-

die fast mythische Popularität, die Franz Sackmann auch heute noch im Raum Roding genießt.

Forcierte Modernisierung der Infrastruktur im Landkreis Roding

Die Erfolge in der Industrieansiedlung basierten jedoch nicht allein auf der unorthodoxen Methode, mit der Sackmann Kontakte zu Fabrikanten knüpfte. Eine wichtige Voraussetzung, daß mancher Betrieb sich schließlich bereitfand, die Produktion in Roding aufzunehmen, bestand darin, daß es durch forcierte Investitionen in die Infrastruktur gelang, die Attraktivität des Landkreises zu vergrößern. Das galt in erster Linie für die Verkehrsanbindung, die Mitte der fünfziger Jahre noch völlig am Boden lag. Bei Sackmanns Amtsantritt gab es im gesamten Landkreis nur 16 Kilometer geteerte Straßen, und über 90 Kilometer, die sich in der Baulast des Landkreises befanden, warteten noch darauf, ausgebaut zu werden.¹¹¹ 25 der 44 kreisangehörigen Gemeinden, die nur über staubige Feldwege erreicht werden konnten, waren im Winter oft monatelang von der Außenwelt abgeschnitten. Um das nötige Geld zu besorgen, zapfte Sackmann verschiedene Sonderfonds von Bund und Land an, wobei er es mit den Vorschriften und Richtlinien der betreffenden Programme nicht immer genau nahm. So gab es beispielsweise ein jährlich aufgelegtes, aus Mitteln des Freistaats bestrittenes Wirtschaftswegeprogramm, das in erster Linie der Förderung der Landwirtschaft diente und von der Obersten Baubehörde abgewickelt wurde. Jeden Herbst sprach Sackmann dort vor, um nicht abgerufene Mittel nach Roding umzuleiten, wo auf diese Weise weitere Gemeindeverbindungsstraßen entstanden. Das verstieß zwar gegen die geltenden Bestimmungen, nach denen ausschließlich Wirtschaftswege in die Fluren gebaut werden durften, bescherte dem Landkreis jedoch jedes Jahr weitere extrem günstige Verbindungswege.¹¹²

Auch für den Ausbau der großen Verbindungsstraßen von überregionaler Bedeutung ließ sich Sackmann etwas einfallen.¹¹³ So war die B 85, die von Schwandorf über Bruck, Roding und Cham bis zur Staatsgrenze führte und die kürzeste Verbindung zur Autobahn darstellte, nur bis Bruck geteert. Nach der Ansiedlung der Garnison argumentierte der Landrat, die Straße müsse dringend ausgebaut werden, da sie häufig von den Panzern der Bundeswehr frequentiert werde, die von den Kasernen aus Roding und Cham zu den großen Truppenübungsplätzen nach Hohenfels und Grafenwöhr führen. Von seinem Parteifreund Hans Drachsler im Vorhinein über den Besuch einer Delegation aus dem Bundesfinanzministerium informiert¹¹⁴, instruierte Sackmann Oberstleutnant Gaus, den Befehlshaber der in Roding stationierten Panzertruppen, für den betreffenden Termin eine Marschübung anzusetzen. Den ganzen Tag donnerten die Panzer

dungsarbeit (Hrsg.), Unser Landkreis Roding, S. 20, sowie Arbeitsgemeinschaft regionale Entwicklungsarbeit in Bayern (Hrsg.), Untersuchungsbericht Landkreis Roding, S. 12–16.

¹¹¹ Diese Angaben nach SZ vom 18. 10. 1956 („Wahlstimmung im Regental“), und Dobkowitz, Ära Sackmann, S. 46. Das Folgende nach ebenda, S. 46 ff.

¹¹² Mündliche Auskunft Franz Sackmanns vom 3. 4. 1998 und vom 3. 6. 1998.

¹¹³ Das Folgende nach Chamer Zeitung vom 28. 10. 1996 („Die Geschichte eines alten Fotos“), sowie nach mündlicher Auskunft Franz Sackmanns vom 3. 4. 1998 und vom 3. 6. 1998.

¹¹⁴ Rödinger Kreis-Anzeiger vom 27./28. 8. 1960 („Bundesmittel für Ausbau von „Militärstraßen““).

zwischen Bruck und Roding hin und her, mit dem gewünschten Effekt, daß auch die Bonner Ministerialräte in die Kolonne gerieten, denen durch die Staubwolken und die waghalsigen Überholmanöver Hören und Sehen verging. Bereits wenige Wochen später erhielt Sackmann einen Schnellbrief aus Bonn, mit dem für den Ausbau der „Panzerstraße“ ein erster Zuschuß von einer Million Mark genehmigt wurde.¹¹⁵

Die Bundeswehr unterstützte den Landrat auch in einem weiteren wichtigen Projekt der Verkehrserschließung, dem Bau einer Brücke über den Regen bei Stefling.¹¹⁶ Die Maßnahme war zwar längst überfällig, doch hatte die bettelarme Gemeinde das Geld dafür nicht aufbringen können.¹¹⁷ Als Sackmann erfuhr, daß sich ein Münchner Pionierlehrbataillon auf der Suche nach einem geeigneten Projekt für eine Großübung befand, witterte er eine günstige Gelegenheit und lud die Kommandeure ins Regental ein, die sich schließlich bereit fanden, den Bau durchzuführen. Von der Rhein-Main-Donau AG besorgte er eine gebrauchte Brücke, welche die Pioniere zunächst zurechtstutzten und schließlich 1957/58 in Stefling errichteten. Die Gemeinde, die lediglich für Unterkunft und Verpflegung der Soldaten sorgen mußte, sparte sich damit die gesamten Lohnkosten. Dank reichlich fließender Zuschüsse belastete die Brücke ihren Haushalt schließlich nur mit 36 300 DM.¹¹⁸

Neben den schlechten Verkehrsverbindungen erwiesen sich auch die fehlenden Bildungsmöglichkeiten als Hindernis für die Industrieansiedlung, und zwar in zweifacher Hinsicht. Zum einen benötigten die Betriebe Arbeitskräfte aus der Region, die zumindest über ein Mindestmaß an Ausbildung und Schulung verfügen mußten. Zum anderen weigerten sich viele der unverzichtbaren Fachkräfte, mit einem Zweigwerk nach Roding, Nittenau oder Bruck zu übersiedeln, da die eigenen Kinder dort keine oder nur sehr schlechte Schulen vorfanden. Dieser Einwand kam nicht von ungefähr, denn bei Sackmanns Amtsantritt gab es – vom privaten Realgymnasium in Nittenau abgesehen, das in dem traurigen Ruf stand, das schlechteste Gymnasium Bayerns zu sein – im ganzen Landkreis keine weiterführende Schule und lediglich einige landwirtschaftliche Berufsschulklassen. Zwar zerschlugen sich die Pläne des neuen Landrats, sowohl in der Kreisstadt als auch in Nittenau ein Gymnasium zu gründen¹¹⁹, doch immerhin gelang es, die Schule in Nittenau in staatliche Trägerschaft zu überführen und neunklassig auszubauen, und in der Stadt Roding eine moderne Berufs- und eine Realschule zu errichten. Beim Bau der Rodinger Realschule ging Sackmann das wahrscheinlich größte per-

¹¹⁵ Rodinger Kreis-Anzeiger vom 10. 1. 1961 („Bundeshilfe für Ausbau von Kreis- und Gemeindestraßen“).

¹¹⁶ Das Folgende nach Dobkowitz, Ära Sackmann, S. 57.

¹¹⁷ Das gesamte Steueraufkommen der Gemeinde Stefling belief sich seinerzeit auf 18 000 DM, von denen sie 12 000 DM als Umlage an den Landkreis abtreten mußte. StA Amberg, LRA Roding 3187, Gemeinde Stefling an die Oberste Baubehörde vom 26. 4. 1957.

¹¹⁸ Die Gesamtkosten beliefen sich auf 84 481,50 DM, von denen Stefling 12 080 DM an Eigenmitteln und 24 250 DM in Form eines Darlehens aufbringen mußte. StA Amberg, LRA Roding 3187, Landratsamt Roding an die Regierung der Oberpfalz vom 17. 3. 1959, Anlage: Verwendungsnachweis vom 8. 3. 1959.

¹¹⁹ Vgl. dazu und im folgenden Dobkowitz, Ära Sackmann, S. 50–53, und Chamer Zeitung vom 2. 6. 1995 („Die Geschichte eines alten Fotos“), sowie Arbeitsgemeinschaft regionale Entwicklungsarbeit in Bayern (Hrsg.), Untersuchungsbericht Landkreis Roding, S. 51 ff.

sönliche Risiko seiner gesamten Amtszeit ein: Während des Aushubs stellte sich heraus, daß der Untergrund sumpfig war und zehn Meter tief ausgeschachtet werden mußte, was Mehrkosten von 600 000 DM nach sich zog. Sackmann, der sich intensiv mit Fragen des Zivilschutzes befaßt hatte¹²⁰, brachte in Erfahrung, daß der Bund just zu jener Zeit bundesweit drei Modelle von Hilfskrankenhäusern für den Katastrophenfall finanzierte. Er wandte sich an Bundesinnenminister Hermann Höcherl, ob man nicht auch in Roding ein solches Projekt in Angriff nehmen könne. Höcherl lehnte ab, da die drei Standorte schon vergeben waren, doch Sackmann ließ den Mut nicht sinken und weiterbauen. Als der zweigeschossige unterirdische Bau – übrigens sehr viel früher als die drei Modellfälle – fertiggestellt war, lud er Höcherl zur Besichtigung des Hilfskrankenhauses ein. Der ließ seinen alten Parteifreund nicht hängen und übernahm die Kosten, die sich insgesamt auf 2 428 250 DM beliefen, in voller Höhe.¹²¹ Für die Rodinger erwuchs daraus ein weiterer Vorteil, denn mit dem Aushub wurde das zuvor abschüssige Grundstück gebnet, auf dem neben der Realschule, die 1965 eingeweiht wurde, ein Sportplatz entstand.

Ein weiteres großes Infrastrukturproblem, die Wasserversorgung, löste Sackmann ebenso unkonventionell. Lediglich ein Drittel der Gemeinden im Landkreis verfügten über genügend Trinkwasser, ein weiteres Drittel kam bis auf die heißen Sommermonate mehr schlecht als recht zu Rande, und das letzte Drittel saß auf dem Trockenen.¹²² Am schlimmsten machte sich der Wassermangel im Zentrum des Landkreises bemerkbar. 1959 startete das Landratsamt den ersten Versuch, die ärgsten Mißstände zu beseitigen und die Gemeinden Reichenbach, Walderbach und Dieberg zu einer Wassergruppe zusammenzuschließen.¹²³ Das Vorhaben scheiterte jedoch, weil alle Bohrungen nach Wasser ergebnislos verliefen. Im März 1961 schlug Sackmann vor, eine „Reichenbacher Gruppe“ aus den betroffenen Kommunen zu bilden, stieß jedoch auf erbitterten Widerstand der Bürgermeister, die keine Einigung erzielen konnten. Im Oktober 1962 zeitigten neuerliche Bohrungen in der Gemeinde Neubäu endlich den erhofften Erfolg, was die Voraussetzung für eine großräumige Wasserversorgung schuf. Daraufhin berief das Landratsamt die Bürgermeister im Frühjahr 1963 zu einer weiteren Sitzung ein, um endlich einen Zweckverband ins Leben zu rufen, doch auch diese Initiative konnte den Eigensinn der Gemeinden nicht überwinden. Schließlich griff Sackmann eine Idee seines Gemeindereferenten Karl Schwarzfischer auf und schlug vor, daß der Landkreis die Wasserversorgung übernehmen könne. Zwar stimmte der Kreistag diesem Plan noch 1963 zu, doch mußte der Landrat im Innenministerium, in der Obersten Baubehörde und vor allem in den Kommunen noch zahlreiche Widerstände überwinden, denn die Wasserversorgung zählte zu den Aufgaben

¹²⁰ Sackmann hatte zu diesem Thema auch publiziert. Vgl. Dräger/Heye/Sackmann, Probleme der Verteidigung der Bundesrepublik.

¹²¹ Matejka, Rodings kreiseigene Gebäude und Einrichtungen, S. 153. Das Folgende ebenda.

¹²² Mündliche Auskunft Franz Sackmanns vom 3. 4. 1998. Vgl. auch Dobkowitz, Ära Sackmann, S. 58 f.

¹²³ Vgl. dazu und im folgenden Kreiswerke Cham an Roland Matejka vom 25. 11. 1997, Anlage: Referat des Leiters der Kreiswerke Cham, Thomas Knoll, auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Wasserver- und Entsorgung Niederbayern/Oberpfalz am 28. 10. 1997 (Kopie im Besitz des Verfassers), und Chamer Zeitung vom 29. 10. 1997.

der Gemeinden und nicht des Landkreises. Erst nach langem und zähem Ringen auf unzähligen Gemeindeversammlungen, auf denen es regelmäßig zu hitzigen Debatten kam, konnte sich Sackmann durchsetzen: 42 der 44 Gemeinden traten der Kreiswasserversorgung bei.¹²⁴ Der Clou dieser Lösung bestand darin, daß für den Einzelnen kein Anschlußzwang bestand, also Hausbrunnen weiter genutzt werden konnten, während diese im Falle einer zentralen Wasserversorgung durch die Gemeinde geschlossen werden mußten. Aus diesem Grund hatten sich die Gemeinden mit Händen und Füßen gegen die Bildung von Wassergruppen gewehrt. Auch finanziell erwies sich das Kreiswasserwerk für alle Beteiligten als extrem günstiger Ausweg aus der Misere: Zwar sollte das Projekt ursprünglichen Schätzungen zufolge mit rund 30 Millionen DM zu Buche schlagen, eine für damalige Verhältnisse astronomische Summe, doch sprudelten, dank Sackmanns rastlosen Bemühungen, für den ersten Bauabschnitt staatliche Zuschüsse in Höhe von über 90 Prozent der Baukosten.¹²⁵ Das Kreiswasserwerk, das in den folgenden Jahren noch so manche Bewährungsprobe bestand, blieb bundesweit einmalig. Daher feixten Spötter, Roding sei der letzte Landkreis in ganz Deutschland, in dem noch eine „Kreisleitung“ existiere.¹²⁶

c) *Der ungekrönte König des Regentals*

Die Liste der Erschließungsmaßnahmen, die unter der Ägide Franz Sackmanns durchgeführt wurden, ließe sich noch lange fortsetzen, etwa um den Bau eines Altenwohnheims oder die Errichtung von neuen Kreiskrankenhäusern in Nittenau und Roding und, nicht zu vergessen, die Ausweisung des Naturparks Vorderer Bayerischer Wald, eine Initiative des Landrats, die vor allem der Förderung des Fremdenverkehrs diene.¹²⁷ Eine wichtige Voraussetzung für diese Erfolgsbilanz bestand in dem enormen Arbeitspensum, das Sackmann absolvierte und das kaum Zeit für ein Privatleben ließ.¹²⁸ Montag vormittags stand die Sprechstunde für die Bevölkerung auf dem Programm, am Nachmittag fand die regelmäßige Besprechung mit den Referenten des Landratsamts statt, auf der die geplanten Erschließungsmaßnahmen beraten wurden. Noch am selben Abend fuhr Sackmann nach München, wo er von Dienstag bis Donnerstag blieb, um sich der Landtags- und der Parteiarbeit zu widmen, bevor er am Donnerstag Abend nach Roding zurückraste. Wenn jedoch dringende Angelegenheiten seine Anwesenheit im Landkreis erforderlich machten, pendelte er, manchmal sogar mehrmals am Tag, zwischen der Landeshauptstadt und dem Regental hin und her. Der Freitag stand wieder ganz im Zeichen der Tätigkeit als Landrat, die Sackmann auch an den Wochen-

¹²⁴ Lediglich Bruck und Nittenau verweigerten den Beitritt, wurden aber später „Wassergäste“. Dobkowitz, Ära Sackmann, S. 58.

¹²⁵ Diese Angaben nach Matejka, Rodings kreiseigene Gebäude und Einrichtungen, S. 154. Zu den Bauabschnitten vgl. Rödinger Heimatanzeiger vom 6. 11. 1969 („Kreiswasserwerk sorgt fürs kostbare Naß“), und Landratsamt Cham an Roland Matejka vom 8. 11. 1983 (Kopie im Besitz des Verfassers), dort auch genauere Angaben zu den Baukosten.

¹²⁶ Mündliche Auskunft von Franz Sackmann vom 3. 4. 1998.

¹²⁷ Vgl. dazu Bauer, Nationalpark Bayerischer Wald, und Naturparkverein Vorderer Bayerischer Wald Roding (Hrsg.), 25 Jahre Naturparkverein Vorderer Bayerischer Wald Roding.

¹²⁸ Das Folgende nach mündlicher Auskunft von Franz Sackmann vom 3. 6. 1998.

enden nicht losließ, an denen er mit seiner Familie Besichtigungsfahrten zu den verschiedenen Baustellen im Landkreis unternahm, wobei die Bevölkerung stets die Gelegenheit nutzte, mit Wünschen und Gesuchen an ihn heranzutreten.

Sackmann konnte dieses Pensum nur bewältigen, weil ihm ein großer Apparat mit hervorragendem Personal zur Verfügung stand, der ihm im Landkreis und gegenüber der Bezirksregierung den Rücken freihielt. Schon 1960 verfügte das Landratsamt über einen aus zwölf Beamten bestehenden Stab¹²⁹, zu dem noch eine Reihe von Schreib- und Hilfskräften, technischen Angestellten und Arbeitern kamen. Es gab sogar Zeiten, als gleichzeitig drei juristische Staatsbeamte im Landratsamt arbeiteten, was für einen Landkreis von der Größe Rodings ganz außergewöhnlich war.¹³⁰ Bei seinem Ausscheiden sah der Stellenplan, einschließlich der vier Chefärzte der Kliniken im Landkreis, 33 Beamte vor¹³¹, zu denen noch ein ganzes Heer weiterer Bediensteter kam. Am Vorabend der Gebietsreform beschäftigte das Landratsamt schließlich über 70 Beamte und Angestellte.¹³² Es war jedoch weniger die vielköpfige Beamtenschar, als vielmehr Sackmanns Führungsstil, der das Besondere ausmachte. Der Landrat verstand es, Eigeninitiative und Verantwortungsbewußtsein seiner Mitarbeiter zu wecken, die im Landratsamt arbeiteten, „als wäre es unsere Firma“.¹³³ Auf dem Apparat aufbauend, den er von seinem Vorgänger Josef Kiener übernommen hatte, formte Sackmann in relativ kurzer Zeit eine Mannschaft, die sich durch Teamgeist und Kreativität auszeichnete. Vor allem die leitenden Beamten fungierten nicht nur als „Büchenspanner“ des Landrats, sondern brachten selbst Ideen ein und gaben Impulse, die Sackmann aufgreifen und umsetzen konnte.¹³⁴ Auf diese Weise wirkte das Rodinger Landratsamt als Schaltzentrale der Modernisierung des Landkreises.

Daß Sackmann zur dominierenden Figur aufstieg, lag nicht allein an seinen exzellenten Zuarbeitern, sondern auch in der Stellung des Landrats begründet, der als kommunaler Wahlbeamter sein Mandat hauptberuflich versah, was ihm gegenüber den Bürgermeistern, Kreis- und Gemeinderäten einen großen Vorteil verschaffte. Hinzu kam, daß ein Landrat in den sechziger Jahren noch als absolute Respektsperson galt, was beispielsweise darin zum Ausdruck kam, daß Sackmanns Gattin stets als „Frau Landrat“ angesprochen und im gesamten Landkreis überaus zuvorkommend behandelt wurde.¹³⁵ Daß die Gemeinden dem Landratsamt faktisch unterstellt waren, tat ein Übriges. Zwar hatte sich das Bayerische Oberste Landesgericht in einem Urteil vom 1. Oktober 1956 gegen die Auffassung des Innenministeriums gewandt, das die Landräte mit seiner Entscheidung vom 25. Juni 1953 explizit zu den Vorgesetzten der Bürgermeister der kreisange-

¹²⁹ Stellenplan für Beamte des Landkreises Roding, undatiert (1960; Kopie im Besitz des Verfassers).

¹³⁰ Chamer Zeitung vom 20. 4. 1996 („Die Geschichte eines alten Fotos“).

¹³¹ Stellenbewertungsplan für das Landratsamt Roding, undatiert (1967; Kopie im Besitz des Verfassers).

¹³² Matejka, Das alte Landratsamt, S. 164. Siehe dazu mit allen Details: Geschäftsverteilungsplan für das Landratsamt Roding gültig ab 1. 1. 1971 (Kopie im Besitz des Verfassers).

¹³³ So die mündliche Auskunft von Roland Matejka, der von 1947 bis 1972 in diversen Funktionen im Landratsamt Roding tätig war, am 12. 5. 1998.

¹³⁴ Matejka, Dr. Josef Kiener, S. 215.

¹³⁵ Mündliche Auskunft von Franz Sackmann vom 3. 6. 1998.

hörigen Gemeinden erklärt hatte.¹³⁶ Da das Landratsamt jedoch als rechtsaufsichtliche Behörde der Gemeinden fungierte, hatte der Landrat dennoch enormen Einfluß auf die Gemeindepolitik, da ihm etwa die Genehmigung der Haushaltspläne und der Darlehensaufnahme oblag.¹³⁷ Ohne sein Plazet konnte daher keine Gemeinde größere Erschließungsmaßnahmen in Angriff nehmen. Dem Landrat standen sogar Zwangsmittel zur Verfügung, renitente Kommunen zur Räson zu bringen – eine ultima ratio, zu der Sackmann beispielsweise 1965 in der Gemeinde Mitterdorf greifen mußte.¹³⁸

Derartige Auseinandersetzungen waren freilich die große Ausnahme, in der Regel verlief die Kooperation zwischen dem Landratsamt und den Gemeindeverwaltungen reibungslos. Auch das Verhältnis von Landrat und Kreistag gestaltete sich harmonisch, und selbst zu Hans Hölzl, seinem ewigen Widersacher von der SPD, pflegte Sackmann gute persönliche Beziehungen. Zwar vertraten sie verschiedene Parteien und bisweilen in Sachfragen unterschiedliche Ansichten, doch verfolgten beide letztlich das gleiche Ziel, nämlich die Lebensbedingungen im Landkreis zu verbessern.¹³⁹ So wurden denn auch die meisten Entscheidungen im Kreistag einstimmig getroffen. In zehn Jahren als Landrat mußte Sackmann hier nur eine einzige Abstimmungsniederlage hinnehmen, wobei es um die eher zweit-rangige Frage ging, ob das Rodinger Altenwohnheim, wie von Sackmann vorgeschlagen, in Form eines Atriumbaus erstellt oder als Hochhaus hochgezogen werden sollte – der Bau selbst war dagegen unumstritten. In der Regel aber gingen vom Kreistag keine nennenswerten Impulse oder Ideen aus, er stimmte meist den Vorlagen zu, die im Landratsamt ausgearbeitet worden waren.¹⁴⁰ Sackmann wußte, daß sein Wort im Kreistag als ungeschriebenes Gesetz galt. Als bei der Finanzierung eines Straßenbauprojekts in der Gemeinde Bodenstein Schwierigkeiten auftraten, die Umschichtungen im Kreishaushalt notwendig machten, teilte er dem Bürgermeister der Gemeinde mit: „Ich bin überzeugt, daß der Bürgermeisterrat diese meine Vorschläge billigen wird. Auf jeden Fall werde ich dafür Sorge tragen, daß die Gemeinde Bodenstein ohne Steuererhöhungen ihre noch anfallenden Straßenbaumaßnahmen abwickeln kann.“¹⁴¹ So kam es dann auch.

Daß Sackmann im Landkreis im Stil eines aufgeklärten Monarchen herrschen konnte, verdankte er vor allem seiner Doppelfunktion als Landrat und Landtagsabgeordnetem. Sein Sitz im Maximilianeum brachte ihm, dem langjährigen Vorsitzenden des Grenzlandausschusses, einen wichtigen Informationsvorsprung, weil

¹³⁶ Vgl. StA Augsburg, LRA Nördlingen, Abgabe 1975/II, 35, Rundschreiben des Landkreisverbands Bayern Nr. 14/57 vom 5. 2. 1957.

¹³⁷ Art. 83, Art. 93 und Art. 110 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. 1. 1952, in: BGVB. Nr. 3 vom 31. 1. 1952.

¹³⁸ Die Gemeinde Mitterdorf hatte sich drei Jahre lang standhaft geweigert, vom Landratsamt monierte Mißstände in der Gemeindeverwaltung abzuschaffen. Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Mitterdorf 020/1.1, Landratsamt Roding an die Gemeinde Mitterdorf vom 15. 6. 1962, Landratsamt Roding an die Gemeinde Mitterdorf vom 29. 4. 1965, und Landratsamt Roding an die Gemeinde Mitterdorf vom 8. 11. 1965. Die Ersatzvornahme wurde in Art. 113 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. 1. 1952, in: BGVB. Nr. 3 vom 31. 1. 1952, geregelt.

¹³⁹ Mündliche Auskunft von Hans Hölzl vom 2. 6. 1998 und von Franz Sackmann vom 3. 4. 1998.

¹⁴² Matejka, Rodings kreiseigene Gebäude und Einrichtungen, S. 161.

¹⁴¹ StA Amberg, LRA Roding 3145, Landratsamt Roding an Bürgermeister Lichtenwald vom 25. 6. 1964.

er dort frühzeitig die Einzelheiten der Haushaltspläne erfuhr oder Wind von staatlichen Sonderprogrammen bekam. Hinzu kamen seine einflußreiche Stellung innerhalb der Führungsriege der CSU und seine hervorragenden Kontakte zu diversen Spitzenpolitikern, die ihm zusätzliches Gewicht verliehen. Noch ehe andere Landräte überhaupt ihre Anträge stellen konnten, waren Sackmanns Förderungsgesuche oft schon bewilligt.¹⁴² Als vom Volk direkt gewählter Landrat, der sich bei seinen Entscheidungen immer auf dieses Mandat berufen konnte, besaß er wiederum eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber der Partei. Auf diese Hausmacht gestützt, scherte sich Sackmann nicht viel um die Richtlinien der Landesplaner in München oder Regensburg, sondern betrieb auf eigene Faust die Erschließung des Landes.

4. Ein typischer Fall?

Aber handelte es sich bei Franz Sackmann, zweifellos eine schillernde Persönlichkeit seiner Zeit, um einen typischen Landrat? Wie repräsentativ sind die Ergebnisse dieser Einzelfallstudie für die Politik auf dem Land? Nicht jeder Landrat war ein Franz Sackmann, und nicht jeder Mandatar der CSU ein eifriger Erschließer des Landes. Bernhard Müller-Hahl etwa, der von 1958 bis 1984 über 26 Jahre lang den Posten des Landrats im oberbayerischen Landsberg am Lech bekleidete, zeichnete sich weniger durch Improvisationsvermögen und Visionen aus, er exekutierte vielmehr – als gelernter Staatsdiener¹⁴³ – in erster Linie Verwaltungsvorschriften. Zwar besaß auch er die Mitgliedskarte der CSU, die er von 1966 bis 1970 im bayerischen Landtag vertrat¹⁴⁴, doch kam der gebürtige Erpftinger über die Rolle des Hinterbänklers im Maximilianeum nicht hinaus.

Besonders in den fünfziger Jahren stach Sackmann aus der Phalanx der Landräte heraus. Nur wenige seiner Kollegen im Grenzland gehörten dem Landtag an und noch weniger konnten sich zu einer aktiven Infrastrukturpolitik aufraffen. Landrat Josef Winkler aus Cham war von einer schweren Krankheit gezeichnet und kaum dazu in der Lage. Über Franz Xaver Hegerl, einen Brauereibesitzer, der von 1952 bis 1964 als Landrat von Waldmünchen fungierte, spottete der Volksmund, daß er nur diejenigen Gemeinden an das Verkehrsnetz anschließe, in denen seine Brauerei Gastwirtschaften beliefere – „Wirtschaftswege“ in einem ganz besonderen Sinn des Wortes.¹⁴⁵ Andere Landräte versuchten zwar, aktiv zur Verbesserung der Wirtschafts- und Infrastruktur beizutragen, hatten dabei jedoch nur wenig Erfolg. Im Landkreis Beilngries beispielsweise bemühte sich Hans Pröll von 1955 bis 1958 nach Kräften, ebenfalls eine Garnison für die Kreisstadt zu gewinnen, die krisensichere Arbeitsplätze in die Region bringen und das Steuerauf-

¹⁴² Mündliche Auskunft von Franz Sackmann vom 3. 6. 1998.

¹⁴³ Nach der Mittleren Reife im Jahr 1936 trat Müller-Hahl in den Staatsdienst ein. Seine Lehrzeit absolvierte der gebürtige Erpftinger an den Bezirksämtern Weilheim, Donauwörth und Bad Aibling; danach legte er die Staatsprüfung ab und wurde Ende 1939 zum Regierungsinspektor befördert. Müller-Hahl, Landsberg nach 1918, S. 112–148.

¹⁴⁴ Kock, Bayerische Landtag, S. 395.

¹⁴⁵ Dobkowitz, Ära Sackmann, S. 46.

kommen erhöhen sollte, um so das Fehlen größerer Industriebetriebe auszugleichen.¹⁴⁶ Letztlich zerschlugen sich jedoch seine Hoffnungen aus verschiedenen Gründen: Einmal gab es Schwierigkeiten mit den Grundeigentümern, die sich teilweise nicht zum Verkauf bereit fanden, dann verweigerte der SPD-geführte Stadtrat, den Pröll erst im Nachhinein von seiner Initiative unterrichtet hatte, dem Landrat die Unterstützung, und schließlich verfügte Pröll nicht über den direkten Draht ins Verteidigungsministerium. Er konnte nur auf die Hilfe des Bundestagsabgeordneten Karl Kahn zählen, der jedoch seinerseits keinen großen Einfluß in Bonn besaß.¹⁴⁷

Sicherlich, nur die wenigsten Landräte verfügten über die persönlichen und politischen Beziehungen eines Franz Sackmann, und nicht überall verstanden es seine Kollegen, einen so fähigen Mitarbeiterstab um sich zu scharen. Aber überall war der Apparat des Landrats dem der kreisangehörigen Gemeinden weit überlegen, überall übte er seine Tätigkeit hauptberuflich aus¹⁴⁸, überall fungierte das Landratsamt als rechtsaufsichtliche Behörde der kreisangehörigen Gemeinden, und überall standen dem Landrat Machtmittel zu Gebote, im Konfliktfall seine Position durchzusetzen. So dominierte der Landrat nicht nur in Roding die Kommunalpolitik. Das lag nicht zuletzt an dem bedeutenden Informationsvorsprung, den die Landräte gegenüber den Vertretern der Gemeinden besaßen und den sie ihrer merkwürdigen Zwitterstellung innerhalb der Verwaltung verdankten: Einerseits waren sie von der Bevölkerung direkt gewählte kommunale Beamte, die in ihrem Landkreis über eine nicht unbeträchtliche Hausmacht verfügten, andererseits übten sie die Aufgaben von Staatsbeamten aus.¹⁴⁹ Sie stellten das Bindeglied zwischen dem Landkreis und seinen Kommunen auf der einen sowie den übergeordneten Behörden und Gremien wie Bezirksregierung, Staatsregierung und Landtag auf der anderen Seite dar.¹⁵⁰ In den Landratsämtern liefen die von unten nach oben führenden Fäden mit denen zusammen, die von oben nach unten reichten. Der direkte Kontakt zu den übergeordneten Stellen und Körperschaften brachte es mit sich, daß die Landräte über die Entwicklungen in der Bundes- und Landespolitik auf dem Laufenden blieben und daher weit besser als jeder Gemeindepolitiker wußten, aus welchen „Töpfen“ eventuell Fördermittel für die eine oder andere Maßnahme im Landkreis an Land gezogen werden konnten. Insofern stellte Franz Sackmann keineswegs eine krasse Ausnahme dar.

Zudem nahm der Typus des dynamischen, hemdsärmeligen Machers mit guten Kontakten in die Landespolitik im Lauf der sechziger Jahre in den Landratsämtern – gerade im Zonenrandgebiet – immer mehr zu. Seit 1959 saß Max Fischer im Chfesssel des Chamer Landratsamts, drei Jahre später zog er auch in den Landtag

¹⁴⁶ StA Amberg, LRA Beilngries 1517, Exposé Hans Prölls vom 1. 10. 1955.

¹⁴⁷ Mündliche Auskunft von Franz Sackmann vom 4. 3. 1998. Zu den letztlich erfolglosen Bemühungen Prölls findet sich reichhaltiges Material in StA Amberg, LRA Beilngries 1517 und 1518.

¹⁴⁸ Das bestimmte Art. 31 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. 2. 1952, in: BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952.

¹⁴⁹ Art. 37 der bayerischen Landkreisordnung vom 16. 2. 1952 hielt fest, daß das Landratsamt gleichzeitig als Kreis- und Staatsbehörde fungierte; in: BGVBl. Nr. 5 vom 18. 2. 1952.

¹⁵⁰ Vgl. StA Augsburg, LRA Nördlingen, Abgabe 1975/II, 34, Rundschreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des Landkreisverbands Bayern, Dr. Philipp Held, an alle bayerischen Landkreise vom 3. 7. 1952.

ein, in Tirschenreuth wurde 1964 der Kaufmann Otto Freundl zum Landrat gewählt, der dem Landtag bereits seit 1946 angehörte, und im gleichen Jahr löste Heinrich Eiber, der seit 1954 im Maximilianeum saß, im Landkreis Waldmünchen Franz Xaver Hegerl, den Erbauer der „Wirtschaftswege“, als Landrat ab.¹⁵¹ In ihnen, die keineswegs zufällig ebenfalls CSU-Mitglieder waren, fand Sackmann kongeniale Partner in der Grenzlandpolitik. Wie der Rodinger Landrat nutzten sie ihre doppelte Machtposition aus, um unorthodoxe Politik zu betreiben. Besonders bunt trieb es dabei Max Fischer, der zu „Bayerns heimliche[m] Außenminister“ avancierte.¹⁵² Kein Zweifel, in den ländlichen Regionen saßen die Matadore der Modernisierung in den Landratsämtern.

¹⁵¹ BLASD, Referat Wahlen, Kreismappen Cham, Tirschenreuth und Waldmünchen, sowie Kock, Bayerische Landtag, S. 351, S. 356 und S. 358.

¹⁵² Fischer, Bayerns heimlicher Außenminister.

III. Das Land im sozioökonomischen Strukturwandel

Doch was bewirkte das Engagement der Modernisierer? Welche Folgen zeitigte die Erschließung des Landes? Diesen Leitfragen soll im letzten Kapitel nachgespürt werden, und zwar in zwei Richtungen: Erstens gilt es zu untersuchen, wie sich die Politik auf dem Land im Zuge der forcierten Verbesserung der Infrastruktur veränderte. Gewannen die Kommunen dadurch an Handlungsfähigkeit oder schrumpfte ihr Gestaltungsspielraum weiter zusammen? Als weitgehend objektiver und relativ einfach operationalisierbarer Gradmesser autonomen politischen Handelns dient dabei die Finanzkraft der Kommunen. Diesem Aspekt kam gerade im Hinblick auf die kommunale Infrastrukturpolitik besondere Bedeutung zu, handelte es sich doch beim Bau von Straßen, Krankenhäusern, Schulen, Umspannwerken, Wasserleitungen, Kläranlagen oder Kanalisationen um äußerst kostspielige Vorhaben.¹ Zudem hing und hängt die Realisierbarkeit politischer Entscheidungen in starkem Maße von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Träger ab. Dem trug die Bayerische Gemeindeordnung insoweit Rechnung, als sie die Leistungen, welche die Kommunen für ihre Bürger zu erbringen hatten, an deren finanzielle Möglichkeiten koppelte.² Trotzdem verausgabten sich viele Gemeinden weit über ihre finanziellen Kräfte hinaus und häuften hohe Schulden an.³ Aber war dieser Weg unausweichlich, gab es nicht auch im ländlichen Raum Kommunen, die gestärkt aus dem sozioökonomischen Strukturwandel hervorgingen? Ab wann, so ist weiter zu fragen, wurde er eingeschlagen? Beschränkten ihn die Verantwortlichen vor Ort bewußt, oder schlitterten sie ungewollt in die Schuldenfalle?

Um zu klären, ob die Landgemeinden überhaupt große Summen in ihre Infrastruktur investieren mußten oder ob sie nicht einfach alles beim alten belassen konnten, wird zunächst ein Blick auf die gesetzlichen Bestimmungen und die Zustände in den agrarisch geprägten Regionen in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren geworfen. Danach gilt es, anhand der veröffentlichten Haushaltsdaten der Kommunen in ganz Bayern zu prüfen, wie sich Finanzkraft und Verschuldung im Untersuchungszeitraum entwickelten. Die dabei erarbeiteten Ergebnisse sollen in einem weiteren Schritt durch mehrere lokale Tiefbohrungen veranschaulicht und ergänzt werden, um eine Typologie unterschiedlicher Entwicklungsmöglichkeiten des kommunalen Handlungsspielraums, die zwischen

¹ Vgl. Schlemmer, Woller (Hrsg.), Erschließung des Landes, S. 17f.

² Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. 1. 1952, in: BGVB. Nr. 3 vom 31. 1. 1952, S. 19–32, Art. 57, Abs. 1.

³ Zur Entwicklung und der kommunalen Verschuldung und ihren Hintergründen vgl. den Überblick bei Naßmacher/Naßmacher, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, S. 90–94.

den regionalen Zentren und den peripheren Landgemeinden differenziert, aufzustellen. Ein weiterer Blick auf die Statistik wird schließlich zeigen, wie repräsentativ diese lokalen Befunde für die agrarischen Regionen insgesamt sind.

Die zweite Leitfrage lautet, was die massiven Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden in die Infrastruktur der ländlichen Regionen bewirkten. Erreichten die Landesplaner ihr Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen? Fand der ländliche Raum Anschluß an die landesweite Entwicklung, oder hinkte er ihr immer noch weit hinterher? Bei der damit aufgeworfenen Frage nach der Erfolgskontrolle in der Regionalpolitik handelt es sich allerdings um ein methodisches Minenfeld, da sich ein direkter Zusammenhang von Planung und sozioökonomischer Veränderung kaum nachweisen läßt.⁴ Diesen gordischen Knoten kann auch die vorliegende Studie nicht durchtrennen. Allerdings lassen sich aus einem doppelten statistischen Vergleich zumindest Anhaltspunkte gewinnen, ob die bayerischen Landesplaner ihrem Ziel, dem Land den Durchbruch in die Moderne zu ermöglichen und seinen Bewohnern annähernd die gleichen Chancen wie in den Städten zu verschaffen, näherkamen. Erstens liefert ein Vergleich aller 143 bayerischen Landkreise gegen Ende des Untersuchungszeitraums Hinweise darauf, ob die ausgewählten elf Regionen in den fünfziger und sechziger Jahren zum bayerischen Durchschnitt aufschließen oder wenigstens den Abstand verringern konnten. Zweitens kann ein Vergleich zwischen den elf in die Untersuchung einbezogenen Landkreisen Hinweise geben, da einigen das besondere Augenmerk von Planung und Politik galt, während andere lange Zeit gewissermaßen in einem toten Winkel lagen. Wenn damit auch das letzte Wort noch nicht gesprochen sein dürfte, was die Auswirkungen regionaler Infrastrukturpolitik betrifft, können die auf diese Weise erarbeiteten Ergebnisse doch wenigstens zur vorläufigen Orientierung dienen.

1. Die Kosten der Erschließung

a) Erschließungspolitik als Gebot der Stunde

Die Warnungen vor einer unmittelbar bevorstehenden Finanzmisere der Kommunen, die heute allerorten zu hören sind, stellen kein neues Phänomen dar. Schon 1957 beklagte etwa Arnold Köttgen, einer der bedeutendsten Kommunalwissenschaftler seiner Zeit, das bedrohlich sinkende Investitionspotential der Gemeinden und die damit verbundene Kompetenzverschiebung von den Kommunen zu Bund und Ländern.⁵ Und 1971 bemerkte der Bremer Politologe Rolf-Richard Grauhan resigniert, wachsende Schuldenberge und sinkende Handlungsspielräume hätten die Kommunalpolitik zu „einem harten und zugleich undankbaren Geschäft“ gemacht.⁶ Die Kernthese, die sich hinter solchen Feststellungen verbarg, lautete, daß die Aufgaben der Gemeinden und ihre daraus resultierenden Ausgaben in keinem

⁴ Vgl. Scharpf/Schnabel, Steuerungsprobleme der Raumordnung, S. 13–16.

⁵ Köttgen, Gemeinden und der Bundesgesetzgeber.

⁶ Grauhan, Der politische Willensbildungsprozeß, S. 106.

Verhältnis zu ihren Einnahmen ständen.⁷ Damit rücken die kommunalen Pflichten ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Vor allem zwei Faktoren legten den Aufgabenkanon fest, dem sich die Kommunen nach 1945 widmen mußten: Zum einen bestimmten die Zustände vor Ort die Agenda der politisch Verantwortlichen, zum anderen hatte der Gesetzgeber in der Gemeindeordnung den kommunalen Körperschaften gewisse Bereiche als Hausaufgabe überantwortet.

Gesetzliche Bestimmungen

In der ersten, von der amerikanischen Militärregierung noch 1945 erlassenen Gemeindeordnung fiel die Definition der kommunalen Aufgaben extrem dürftig aus.⁸ Dazu hieß es lediglich sehr allgemein, Gemeinden seien Körperschaften des öffentlichen Rechts, welche „die durch Gesetz oder Satzung bestimmten eigenen Angelegenheiten selbständig“ verwalten sollten. Zu diesem Zweck konnten sie die benötigten Angestellten und Beamten anstellen. „Soweit die entstehenden Kosten nicht durch eigene Einnahmen oder Staatszuschüsse gedeckt“ waren, durften die Gemeinden „Umlagen, Verbrauchssteuern und örtliche Abgaben nach Maßgabe der bestehenden Gesetze erheben.“ Darüber hinaus konnte der Gesetzgeber den Gemeinden staatliche Aufgaben übertragen. Grundsätzlich gingen die Amerikaner freilich von mehr oder weniger autarken Kommunen aus, die ihre Probleme vor Ort soweit wie möglich selbständig lösen und die dazu nötigen Finanzmittel in ihrem Wirkungsbereich einnehmen würden. An größere Erschließungsprojekte dachten sie noch nicht. Allerdings stellten sich dem Gesetzgeber in der Phase des politischen Neubeginns nach dem Zweiten Weltkrieg ganz andere Probleme als die Definition der kommunalen Aufgaben. Den Amerikanern ging es vor allem darum, die Deutschen demokratische Spielregeln einüben zu lassen.⁹ Dieses erzieherische Ziel kam schon dadurch zum Ausdruck, daß sich die „Verfassung des kleinen Mannes“, wie eine HICOG-Broschüre die neue Gemeindeordnung nannte,¹⁰ in erster Linie mit der Bestellung der kommunalpolitischen Mandatäre beschäftigte – allein 20 von insgesamt 32 Artikeln waren der Wahl des Bürgermeisters und des Gemeinderats gewidmet, sechs weitere Artikel regelten die Geschäftsordnung des Gemeinderats.

Erst die 1952 vom bayerischen Landtag verabschiedete Neufassung der Gemeindeordnung definierte die Aufgaben der Kommunen näher, wobei sie zwischen eigenem und übertragenem Wirkungsbereich der Gemeinde unterschied.¹¹ Letztgenannter umfaßte Staatsaufgaben, die an die lokale Ebene delegiert wurden, wie etwa das Standesamtswesen. Hier mußten sich die Gemeinden an die Weisun-

⁷ Vgl. Weinacht, *Gemeinden in der Finanzklemme*.

⁸ Gesetz Nr. 31 vom 18. 12. 1945: Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern, in: BGVBl. Nr. 17 vom 1. 10. 1946. Die folgenden Zitate nach ebenda, Art. 1.

⁹ Vgl. Schlemmer, *Amerikaner in Bayern*, S. 83 ff., und Rüpiper, *Die amerikanische Demokratisierungspolitik*, S. 199 ff.

¹⁰ Gillen, *State and Local Government*, S. 22. Die Formel von der „Gemeindeordnung als Grundgesetz des kleinen Mannes“ gebrauchte 1952 auch der spätere bayerische Wirtschaftsminister Otto Schedl, zu diesem Zeitpunkt Landrat des Kreises Neumarkt in der Oberpfalz. NT vom 19. 1. 1952 („Gemeindeordnung als Grundgesetz des kleinen Mannes“).

¹¹ Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. 1. 1952, in: BGVBl. Nr. 3 vom 31. 1. 1952, Art. 6, Abs. 2. Das Folgende nach ebenda.

gen der zuständigen Behörden halten, durften jedoch mit der Bereitstellung der dazu nötigen Finanzmittel rechnen (Art. 8). Was dagegen die Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises betraf, konnten die Gemeinden im Rahmen der Gesetze „nach eigenem Ermessen“ handeln. Der Gesetzgeber verpflichtete sie allerdings dazu, „in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die öffentlichen Einrichtungen zu schaffen, die für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer Einwohner nach den örtlichen Verhältnissen erforderlich sind“ (Art. 57, Abs. 1). Konnte diese schwammige Formulierung noch alles und nichts bedeuten, halste die folgende konkretisierende Bestimmung den Kommunen nicht wenige Aufgaben auf, die es verbindlich zu erfüllen galt. Dazu zählten neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Brandschutz, die Müllbeseitigung, der öffentliche Verkehr, das Gesundheitswesen, die öffentliche Fürsorge und Wohlfahrtspflege sowie nicht zuletzt Unterricht und Erwachsenenbildung, Sport und Kultur. (Art. 57, Abs. 2) Die Neufassung der Gemeindeordnung bedeutete also nicht allein eine Konkretisierung der kommunalen Pflichten, sie brachte auch eine deutliche Ausweitung der gemeindlichen Pflichtaufgaben mit sich.

Deplorable Zustand der Infrastruktur

Weit mehr verantwortlich für die Zusammenstellung der kommunalpolitischen Agenda zeichneten freilich die harten Realitäten, mit denen sich Bürgermeister und Gemeinderäte im ländlichen Raum konfrontiert sahen, denn dort herrschten zur Zeit der Währungsreform alles andere als idyllische Zustände. Im Gegenteil, agrarisch geprägte Landstriche boten in weiten Bereichen ein trostloses Bild. Die blanke materielle Not, Sorgen um eine ungewisse Zukunft sowie die permanenten Reibereien zwischen den Alteingesessenen und den Neubürgern, die es im Zuge der Kriegs- und Nachkriegswirren aufs Land verschlagen hatte, bestimmten zunächst den Alltag der Menschen.¹² Doch das waren nicht die einzigen, ja vielleicht noch nicht einmal die drängendsten Probleme, mit denen sich die Politiker vor Ort herumzuschlagen hatten.

Als mittelfristig noch gravierender erwies sich, daß die Infrastruktur vieler Dörfer und Landgemeinden bis weit in die fünfziger, mancherorts sogar in die sechziger Jahre hinein völlig am Boden lag. Besonders schlecht bestellt war es um die Verkehrsverbindungen. Da die wenigsten Landgemeinden über einen Bahnan-schluß verfügten, waren deren Bewohner hauptsächlich auf den Straßenverkehr angewiesen. Straßen und Wege befanden sich jedoch in einem erbärmlichen Zustand: In vielen Landkreisen gab es noch zu Beginn der fünfziger Jahre nicht einen Meter Teerstraße, und auch die Bundes- und Landstraßen, die nicht in der Baulast der Gemeinden lagen, waren nicht selten Staubpisten, die zu manchen Jahreszeiten, etwa nach der Schneeschmelze, schlicht als unpassierbar galten.¹³ Im Landkreis Beilngries beispielsweise kam das ganze Ausmaß der Verkehrsmisere anläßlich einer Besichtigungsfahrt des frisch gebackenen Landrats Hans Pröll im April

¹² Vgl. dazu, um aus der Fülle der Literatur nur einige Beispiele zu nennen, Erker, Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger, und ders., Revolution des Dorfes, sowie Exner, Integration oder Assimilation?, und Klee, Im „Luftschutzkeller des Reiches“.

¹³ Vgl. dazu ausführlich Gall, „Gute Straßen bis ins kleinste Dorf!“, S. 128–134, und ders., Frostschäden, S. 13–26.

1953 ans Licht. Besonders schlimme Zustände herrschten im Nordosten der Region, der im Volksmund als „Sibirien des Kreises“ galt. „Schlechtere Wege, wie sie hier trotz des trockenen Wetters jetzt noch vorhanden sind“, kommentierte ein Teilnehmer der Besichtigungsfahrt sarkastisch, „sind wir auch als Landser der motorisierten Truppe im tiefsten Rußland nicht gefahren.“¹⁴ Selbst die wenigen Verbindungsstraßen von überregionaler Bedeutung befanden sich in deplorablem Verfassung. Im Landkreis Wasserburg am Inn etwa war die Bundesstraße 15 auf einer Länge von 30 km derart mit Schlaglöchern übersät, daß Landrat Heinrich Stulberger ernsthaft um Leib und Leben der Verkehrsteilnehmer fürchtete.¹⁵ Solange der primäre Sektor dem Gros der Landbevölkerung ein Auskommen bot, mochten derartige Zustände noch angehen, man hatte es schließlich früher auch nicht anders gekannt. Je mehr sich die geschlossene agrarische Gesellschaft jedoch auflöste – einerseits durch die Mechanisierung und Technisierung der landwirtschaftlichen Produktion, die immer weniger Arbeitskräfte benötigte, andererseits durch die zunehmende Anziehungskraft der größeren Städte, die mit ihren Arbeitsplätzen im Industrie- und Dienstleistungsbereich die Landbevölkerung lockten¹⁶ –, desto negativer wirkte sich die miserable Infrastruktur des Landes aus. Welcher Betrieb wollte sich schon in einem Landstrich niederlassen, der kaum oder nur sehr schlecht zu erreichen war?

Der Schuh drückte die Landgemeinden jedoch nicht allein im Hinblick auf die miserablen Straßen. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung lagen ebenso im Argen wie die Stromversorgung. Elektrisches Licht und fließendes Wasser gab es, von den regionalen Zentren abgesehen, kaum, von einer leistungsfähigen Kanalisation ganz zu schweigen. Im Landkreis Neumarkt galt die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser noch Ende der fünfziger Jahre als *das* Sorgenkind schlechthin. Obwohl Bund und Land rund ein Drittel der Erschließungskosten übernahmen und bis 1958 weit über eine Million DM in den Landkreis gepumpt hatten, bezogen zu diesem Zeitpunkt immer noch 179 Ortsteile ihr Wasser aus sogenannten „Hausbrunnen“, die oft nichts weiter waren als primitive Zisternen.¹⁷ Nur 70 Prozent der Bevölkerung verfügte über einwandfreies Trinkwasser. Damit verband sich, neben den gesundheitlichen Risiken für Menschen und Tiere, vor allem im Sommer eine weitere große Gefahr: In vielen Ortschaften stand nicht genügend Wasser zu Verfügung, um eventueller Brände Herr zu werden. So berichtete der langjährige Landrat von Neumarkt, Josef Werner Bauer, über eine Kreisversammlung der CSU im Sommer 1957, auf der unter Leitung von Landrat Otto Schedl über die Frage des Wahlkreiskandidaten bei den anstehenden Bundestagswahlen diskutiert wurde. Mitten in die erregte Debatte platzte die Nachricht, daß ein Großbrand in der Gemeinde Döllwang ausgebrochen sei. „Der Dr. Schedl ist ganz blaß geworden, denn er hat gewußt, daß da nicht nur das Wasser fehlt, sondern daß die Straße vom Bahnhof Deining nach Döllwang unter aller Kritik

¹⁴ NT vom 13. 4. 1953 („Der Landkreis Beilngries hat sehr viele Probleme“).

¹⁵ WZ vom 12. 1. 1952 („Eine Bundesstraße, die dem Bund wenig Ehre macht“). Dazu auch Roeser, Verkehrsprobleme der Landkreise.

¹⁶ Vgl. Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung, S. 155–212, und Exner, Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft, S. 75–140.

¹⁷ NT vom 16. 4. 1958 („Die Wasserversorgung im Landkreis Neumarkt“).

war.“¹⁸ Unverzüglich machten sich die Anwesenden mit ernststen Mienen zur Unglücksstätte auf, wo sie das Feuer, da kein Wasser zur Verfügung stand, so gut es eben ging mit Odel bekämpften.

Große Sorgen bereitete auch das weitgehende Fehlen moderner Bildungseinrichtungen. In den meisten Landgemeinden gab es, wenn überhaupt, lediglich meist ein- bis zweiklassige Volksschulen, weiterführende Schulen oder berufliche Bildungseinrichtungen fehlten dagegen oft in der gesamten Region.¹⁹ Der Landkreis Roding etwa verfügte bis zum Ende der fünfziger Jahre weder über ein ordentliches Gymnasium, noch über eine Realschule, noch – von ein paar landwirtschaftlichen Berufsschulklassen abgesehen – über eine Berufsschule.²⁰ Daher wäre die Ansiedlung eines Zweigbetriebs des Sanitäranlagenherstellers Vaillant noch Mitte der sechziger Jahre beinahe an den fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort gescheitert. Nur mit Improvisation und dem guten Willen aller Beteiligten gelang es, dieses Manko zu kompensieren: Die ersten Arbeitskräfte des Unternehmens wurden von pensionierten Fachkräften aus dem Remscheider Stammwerk in einem Schweinestall angeleitet, den eine ortsansässige Brauerei zur Verfügung gestellt hatte.²¹

Ein weiteres Problem stellte die Energieversorgung dar,²² die als *conditio sine qua non* der Industrieansiedlung im ländlichen Raum gelten mußte. Auch in der 400-Seelen-Gemeinde Forchheim im Landkreis Beilngries hätte dieses Manko um ein Haar die Niederlassung des Zweigwerks eines Nürnberger Plastik- und Spielwarenfabrikanten verhindert. Im April 1956 erwarb die Firma K. Arnold & Co. das Gelände eines ehemaligen RAD-Lagers, auf dem nach Kriegsende zunächst Flüchtlinge und Vertriebene untergebracht worden waren.²³ Schon kurze Zeit später nahm der Betrieb Rex-Plastik GmbH dort die Produktion auf, zunächst allerdings in sehr bescheidenem Umfang. Die Werksleitung in Nürnberg hoffte zwar, das Zweigwerk in Forchheim von rund zehn auf weit über 50 Beschäftigte ausbauen zu können. Dafür war freilich die Stromversorgung der Gemeinde nicht ausgelegt – ohne Strom keine modernen Maschinen, und ohne Maschinen kein Ausbau der Produktionsstätte in Forchheim.²⁴ Um die benötigte Energiekapazität bereitzustellen, mußte die Gemeinde eine neue Trafostation mit 50 KW errichten, die einem Kostenvoranschlag der OBAG zufolge mit 19250 DM zu Buche schlagen sollte.²⁵ Die Gemeinde sah sich jedoch außerstande, diesen Betrag aufzubringen, betrug doch ihr Haushaltsvolumen in jenen Tagen nur 11 000 DM im gesamten Rechnungsjahr. Zudem, so begründete der Gemeinderat seinen Antrag auf staatliche Zuschüsse an das Bayerische Wirtschaftsministerium, sei Forchheim bereits durch relativ hohe Aufwendungen für den Straßenbau an die Grenzen seiner

¹⁸ Zitiert nach NT vom 13./14. 1. 1996 („Wasserknappheit und schlechte Straßen“).

¹⁹ Vgl. Müller/Schröder/Mößlang, „Vor uns liegt ein Bildungszeitalter“.

²⁰ Dobkowitz, Ära Sackmann, S. 46 und S. 50 ff. Zum Bau der Schulen und weiterer Bildungseinrichtungen in Stadt und Landkreis Roding vgl. Matejka, Rodings kreiseigene Gebäude und Einrichtungen.

²¹ Bayerwald-Anzeiger vom 21. 11. 1969 („Der 500. Beschäftigte im größten Betrieb des Landkreises“).

²² Vgl. Deutinger, Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie“, insbesondere S. 40 ff.

²³ Sulz-Altstuhl-Umschau vom 20. 4. 1956.

²⁴ StA Amberg, LRA Beilngries 5651, Firma Arnold an Hans Pröll vom 29. 3. 1957.

²⁵ StA Amberg, LRA Beilngries 5651, OBAG an Hans Pröll vom 29. 4. 1957.

finanziellen Leistungsfähigkeit gestoßen. Allerdings sei die Gemeinde dringend auf weitere Arbeitsplätze im Bereich des produzierenden Gewerbes angewiesen, nachdem die meisten der 428 Einwohner des Ortes wegen der Landwirtschaftskrise zu weit entfernten Arbeitgebern pendeln mußten.²⁶ Diesem Gesuch mochte man sich in München nicht verschließen und sicherte der Kommune einen Zuschuß in Höhe von 18 000 DM zu; die restlichen 1250 DM übernahm auf die Bitte von Landrat Pröll hin die Firma Arnold selbst, so daß der Gemeinde in diesem Fall überhaupt keine Kosten entstanden.²⁷

Soviel Glück hatten in den fünfziger Jahren jedoch nur die wenigsten Landgemeinden. In den meisten Fällen erwies sich die Industrieansiedlung als äußerst schwieriges Unterfangen, das nicht selten scheiterte. Kamen jedoch die entsprechenden Arbeitsplätze nicht zu den Menschen, machten diese sich eben auf, in der Fremde eine neue Existenz aufzubauen. Die daraus resultierende Abwanderung erreichte in vielen ländlichen Regionen besorgniserregende Dimensionen. Der Landkreis Beilngries, der den höchsten Einwohnerstand am Beginn des Jahres 1948 mit 20 129 Menschen erreicht hatte, verzeichnete nach der Währungsreform einen kontinuierlichen Bevölkerungsschwund: Obwohl bis 1956 insgesamt 653 neue Wohneinheiten im Kreisgebiet errichtet wurden, wanderten im gleichen Zeitraum 3184 Personen ab, ohne daß ein Ende des Negativtrends abzusehen gewesen wäre. Den absoluten Tiefstand erreichte Beilngries im Juni 1959 mit 16 036 Einwohnern. Damit hatte der Landkreis binnen zehn Jahren gut 20 Prozent seiner Bevölkerung verloren.²⁸

Beilngries war in dieser Hinsicht kein Einzelfall, auch in anderen ländlichen Regionen schrumpfte die Bevölkerung in den fünfziger Jahren durch Abwanderung in die Städte, und so mag Hans Pröll vielen seiner Landratskollegen aus der Seele gesprochen haben, als er die Schaffung von industriellen Arbeitsplätzen als „ein Gebot der Stunde“ bezeichnete.²⁹ Um der drohenden Entvölkerung des Landes einerseits und der zunehmenden Konzentration von Menschen und Wirtschaftsbetrieben in den städtischen Agglomerationen andererseits entgegenzuwirken, um also das Gefälle zwischen Stadt und Land wenn schon nicht aufzuheben so doch wenigstens abzuschwächen, mußte die öffentliche Hand in agrarisch geprägten Regionen die Voraussetzungen für Investitionen der Privatwirtschaft schaffen. Denn ohne entsprechende Straßen und den Anschluß an überregionale Verkehrsadern, ohne eine zeitgemäße Wasser- und Energieversorgung sowie Abwasser- und Müllbeseitigung, ohne moderne Bildungseinrichtungen, kurz: ohne die entsprechende Infrastruktur ließen sich Unternehmen nicht zur Betriebs-

²⁶ StA Amberg, LRA Beilngries 5651, Gemeinde Forchheim an das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr vom 3. 5. 1957.

²⁷ StA Amberg, LRA Beilngries 5651, Aktennotiz Hans Prölls vom 30. 7. 1957, und ebenda, Regierung der Oberpfalz an das Landratsamt Beilngries vom 31. 7. 1957, sowie ebenda, Hans Pröll an die Firma Arnold vom 30. 8. 1957, und Firma Arnold an Hans Pröll vom 2. 9. 1957.

²⁸ Diese Angaben nach StA Amberg, LRA Beilngries 912, Hans Pröll an Eberhard Wolff vom 21. 8. 1956, und ebenda, Quartalsmeldung zum Stand der Wohnbevölkerung im Landkreis Beilngries vom 30. 6. 1959.

²⁹ StA Amberg, LRA Beilngries 5651, Hans Pröll an die Regierung der Oberpfalz vom 16. 4. 1958. Das Folgende ebenda. Zur Abwanderung der Bevölkerung, die sich in den fünfziger Jahren zu einer regelrechten Landflucht auswuchs, und zu ihren Ursachen vgl. Dobberkau, Abwanderung der Bevölkerung im ländlichen Raum, und Hellmeier, Abwanderung vom Lande.

gründung auf dem Land bewegen. Dazu mußten auch die Kommunen ihren Teil beitragen.

b) Statistik: Entwicklungstrends des Kommunalhaushalts

Kommunale Investitionstätigkeit 1949–1973

Ein Blick aus der Vogelperspektive der Statistik verdeutlicht, daß die Kommunen durchaus versuchten, bislang Versäumtes nachzuholen und massiv in den Ausbau der Infrastruktur investierten. Das fand seinen Niederschlag in der Entwicklung der kommunalen Haushalte, die im Untersuchungszeitraum in schwindelerregende Höhen kletterten. Die kreisangehörigen Gemeinden im Freistaat, deren Budget im Rechnungsjahr 1949 zusammengenommen nur 217 Millionen DM betragen hatte, steigerten ihre Ausgaben zunächst langsam, vor allem in den sechziger und frühen siebziger Jahren jedoch sprunghaft auf schließlich über 7,2 Milliarden DM im Jahr 1973. Eine ähnliche Entwicklung nahmen die Etats der bayerischen Landkreise, wenn auch hier der Zuwachs insgesamt etwas bescheidener ausfiel: Sie erhöhten ihre Ausgaben von 284 Millionen DM im Jahr 1953 bis 1973 auf fast 3,2 Milliarden DM. Die kreisfreien Städte, lange Zeit der Krösus unter den lokalen Verwaltungsgliederungen, verzeichneten ebenfalls eine Explosion ihrer Ausgaben: Von bescheidenen 515 Millionen DM im Jahr 1949 ausgehend, vervielfachten sich ihre Aufwendungen bis 1973 auf fast sieben Milliarden DM.³⁰

Daß die Gesamtausgaben der kreisangehörigen Gemeinden die der kreisfreien Städte am Ende des Untersuchungszeitraums erstmals übertrafen, sagt freilich noch nichts über den Umfang der Leistungen der einzelnen Verwaltungseinheiten für ihre Bewohner aus.³¹ Ein genaueres Bild der Aufwendungen der einzelnen Gemeindetypen ergibt die Aufstellung der Ausgaben der Kommunen pro Kopf der Bevölkerung in Tabelle 12. Je größer die Gemeinde, desto höher ihre Aufwendungen pro Kopf der Bevölkerung – dieses ungeschriebene Gesetz behielt den gesamten Untersuchungszeitraum hindurch Gültigkeit.³² Obwohl auch die kleinen Gemeinden vor allem in den sechziger und frühen siebziger Jahren ihre Ausgaben vervielfachten, konnten sie den größeren Kommunen in dieser Hinsicht nicht das Wasser reichen. Allerdings fiel die Steigerungsrate der Ausgaben kreisangehöriger Gemeinden, die um den Faktor 30 zunahmen, wesentlich höher aus als bei den kreisfreien Städten, deren Aufwendungen sich lediglich verzehnfachten. Je kleiner die Gemeinde, desto größer fiel die Zuwachsrate der kommunalen Ausgaben zwischen 1949 und 1973 aus. Relativ gesehen, intensivierten die kleineren Verwaltungseinheiten ihre Anstrengungen weit mehr als die größeren.

Doch wofür gaben die Gemeinden in wachsendem Maße Geld aus? Erste Anhaltspunkte liefert ein Blick auf die kommunalen Ausgaben nach dem ordentlichen Haushalt, der die Verwaltungs- und Zweckausgaben der Gemeinden bein-

³⁰ Diese Angaben nach SJbB 24 (1952), S. 334 ff., und SJbB 31 (1975), S. 285.

³¹ Zum Teil erklärt sich diese Entwicklung auch aus der Tatsache, daß sich die Zahl der kreisfreien Städte im Zuge der Landkreisgebietsreform von 1972 von 48 auf 25 verringerte: 23 ehemals kreisfreie Städte wurden den Landkreisen zugeschlagen.

³² Dazu Albers, Strukturwandlungen kommunaler Ausgabenbudgets, S. 239.

Tabelle 12: Reinausgaben nach Gebietskörperschaften und Gemeindegrößenklassen

	RJ 1949	RJ 1953	RJ 1956	1962	1967	1970	1973
<i>In DM pro Kopf der Bevölkerung</i>							
Stadtkreise	190	290	421	703	1113	1381	1996
Landkreise	44	47	83	117	210	268	431
Kreisangehörige Gemeinden	33	73	129	292	482	651	990
Über 10 000 Einwohner	99	179	248	407	606	805	1256
5000 bis 10 000	68	134	212	387	590	834	1128
3000 bis 5000	45	97	158	345	571	743	978
2000 bis 3000	33	82	129	290	486	687	932
1000 bis 2000	22	51	100	247	410	564	771
500 bis 1000	20	} 47	} 93	} 243	} 408	} 508	} 745
Unter 500	22						
Insgesamt	121	191	?	?	?	?	?

Quellen: SjbB 24 (1952), S. 343 f. (Spalte 2), SjbB 25 (1955), S. 412 (Spalte 3), SjbB 26 (1958), S. 267 (Spalte 4), SjbB 28 (1964), S. 294 f. (Spalte 5), SjbB 29 (1969), S. 306 f. (Spalte 6), SjbB 30 (1972), S. 317 (Spalte 7), und SjbB 31 (1975), S. 285 (Spalte 8).

haltet, und dem außerordentlichen Haushalt, in dem die Ausgaben der Vermögensverwaltung zusammengefaßt sind, worunter vor allem die kommunalen Investitionen in die Infrastruktur fallen. In Tabelle 13 sind beide Rechnungsarten aufgeführt, wobei die jeweils größten Einzelposten gesondert ausgewiesen werden.

Die absoluten Zahlen deuten in allen Bereichen eine kontinuierliche, nur selten unterbrochene Aufwärtsentwicklung an, was mit der stetigen Zunahme der kommunalen Ausgaben korrespondiert. Setzt man diese Angaben jedoch in Relation zu den Gesamtausgaben der Kommunen, ergibt sich ein differenzierter Befund. Die Verwaltungsausgaben der Gemeinden, deren größten Einzelposten die Personalkosten ausmachten, durchliefen eine Pendelbewegung: Die gesamten fünfziger Jahre hindurch nahmen sie kontinuierlich ab, um 1962 ihren niedrigsten Stand zu erreichen. Danach setzte ein gegenläufiger Trend ein, der bis 1973 anhielt, als die Gemeinden wieder in etwa den gleichen Anteil ihrer Haushaltsmittel für zweckgebundene Ausgaben aufwenden mußten wie in den frühen fünfziger Jahren. Genau umgekehrt verhielt es sich mit den Ausgaben des außerordentlichen Haushalts, die in erster Linie die kommunalen Investitionen umfaßten. Sie erreichten in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren ihren relativen Höhepunkt und gingen danach wieder signifikant zurück.

Das abermalige Hochschnellen der Investitionsausgaben wie der Baukosten in den Jahren 1971 und 1972 signalisierte keine neuerliche Trendwende. Diese Zunahme dürfte durch die enormen zusätzlichen Schlüsselzuweisungen zu erklären sein, die der Freistaat denjenigen Gemeinden in Aussicht gestellt hatte, die sich bereit fanden, im Zuge der Gebietsreform freiwillig auf ihre Selbständigkeit zu verzichten. Die Ölpreiskrise von 1973 setzte dieser kurzfristigen Aufwärtsbewegung jedoch ein abruptes Ende. Überhaupt fällt auf, wie sich die konjunkturelle Entwicklung in der kommunalen Investitionstätigkeit spiegelt. Schon die Rezes-

Tabelle 13: Kommunale Ausgaben nach Art der Ausgaben (1950–1973)

Jahr	Ausgaben ordentlicher Haushalt				Ausgaben außerordentlicher Haushalt				Gesamt- ausgaben bereinigt ³⁴	
	Insgesamt	Personalkosten ³³			Insgesamt	Baukosten				
	<i>Jeweils in Millionen DM und in Prozent der Gesamtausgaben</i>									
1950	840,4	72,2	319,3	27,4	337,8	29,0	215,0	18,5	1164,7	100
1953	1126,5	65,4	459,8	26,7	618,3	35,9	391,6	22,7	1723,7	100
1955	1336,3	61,3	522,7	24,0	845,6	38,8	514,8	23,6	2178,8	100
1957	1600,7	61,9	666,0	25,8	1004,5	38,8	591,9	22,9	2586,8	100
1958	1845,7	60,6	865,5	28,4	1170,0	38,4	675,0	22,2	3047,5	100
1959	1795,8	56,5	765,6	24,1	1419,2	44,6	871,4	27,4	3179,9	100
1961	2136,9	51,5	953,6	23,0	2063,9	49,8	1237,1	29,8	4147,5	100
1962	2352,5	49,5	1039,3	21,9	2446,2	51,5	1450,4	30,5	4750,3	100
1965	4238,5	57,3	1675,8	22,6	3109,6	42,0	2283,2	30,8	7402,8	100
1966	4732,5	59,4	1887,5	23,7	3149,3	39,5	2444,7	30,7	7971,6	100
1967	5095,8	61,1	2034,9	24,4	3038,7	36,4	2327,7	27,9	8339,2	100
1968	5430,1	62,0	2160,5	24,7	3070,5	35,1	2390,0	27,3	8754,3	100
1969	6027,6	60,7	2445,8	24,6	3420,0	34,4	2606,6	26,2	9935,0	100
1970	6942,0	62,0	2871,1	25,6	4123,9	36,8	3161,0	28,2	11204,5	100
1971 ³⁵	8582,4	61,6	3524,9	25,3	5642,0	40,5	4502,9	32,3	13931,7	100
1972	9826,6	63,0	3944,4	25,3	5904,2	37,8	4788,3	30,7	15608,9	100
1973	11665,8	65,5	4579,5	25,7	6195,2	34,8	4777,3	26,8	17824,2	100

Quelle: Eigene Berechnungen nach SJB 28 (1964), S. 292 (1950–1962), SJB 30 (1972), S. 316 (1965–1970), und SJB 31 (1975), S. 284 (1971–1973).

sion von 1966/67 läßt sich deutlich an den prozentual sinkenden Investitionen bei gleichzeitig steigenden Zweckausgaben ablesen: Kein Zufall, daß nur im Jahr 1967 die Ausgaben für Investitionen und für Bauvorhaben rückläufig waren. Von antizyklischem Finanzgebaren, das das berühmte „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums“ vom Juni 1967 von Bund, Ländern und auch den Gemeinden forderte³⁶, war hier nichts zu spüren. Im Gegenteil, statt deficit spendig zu betreiben, fuhren die Kommunen ihre Investitionstätigkeit spürbar zurück.³⁷

Doch zurück zu der Frage, wofür die Gemeinden ihr Geld ausgaben. Im Rechnungsjahr 1962, um ein Schlaglicht zu werfen, verwendeten die kreisangehörigen Gemeinden durchschnittlich 124,- DM pro Einwohner zu Bauzwecken, was etwa 42 Prozent ihrer Gesamtausgaben in Höhe von 292 DM entsprach. 59,64 DM (20,4 Prozent) flossen in den Straßenbau, jeweils rund 47 DM (16 Prozent) in Schulwesen und öffentliche Einrichtungen, und 80 DM (27,6 Prozent) wurden für

³³ Ab 1961 inklusive Versorgung.

³⁴ Da hier die bereinigten Gesamtausgaben und nicht die Gesamtausgaben brutto aufgeführt sind, kann die Summe aus Spalte 2 und Spalte 6 einen höheren als den in Spalte 10 angegebenen Betrag ergeben. Auch die Summe der Spalten 3 und 7 kann daher mehr als 100 ergeben.

³⁵ Ab 1971 inklusive Verbände mit kommunalen Aufgaben.

³⁶ Zum „Stabilitätsgesetz“, seinem Hintergrund und seinen Auswirkungen vgl. Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 283–294.

³⁷ So auch Heinrichs, Zur Investitionspolitik der Gemeinden, S. 213.

die Verwaltung aufgewandt, davon gut 30 DM (10,3 Prozent) in Form von Personalkosten. Schon diese Aufstellung zeigt, welch große Bedeutung den Infrastrukturinvestitionen zukam. Auch hier erweist sich eine Differenzierung nach Größenklassen als aufschlußreich. So wendeten sowohl die Gemeinden über 10000 Einwohner als auch Kommunen unter 1000 Einwohner im außerordentlichen Haushalt rund 118 DM pro Kopf der Bevölkerung zu Bauzwecken auf. Dieser Betrag machte für die erstgenannten Verwaltungseinheiten allerdings nur 29 Prozent der Gesamtausgaben aus, während die kleinen Gemeinden fast die Hälfte ihrer Haushaltsmittel verbauten. Dabei schlug vor allem der Straßenbau mit 76,35 DM pro Einwohner zu Buche, was über 31 Prozent ihrer Gesamtaufwendungen entsprach, während die großen Kommunen dafür nur 49,- DM oder zwölf Prozent ihres Budgets ausgaben. Gerade die kleineren Gemeinden, von denen die meisten im ländlichen Raum lagen, waren also durch die Erschließung des Landes finanziell besonders stark belastet.³⁸

Einnahmen

Doch was stand diesen Ausgaben auf der Einnahmeseite gegenüber und wie setzten sich die Einkünfte der Kommunen zusammen? Vor allem staatliche Zuschüsse und Steuereinnahmen speisten die Stadt- und Gemeindefächer.³⁹ Letztere resultierten hauptsächlich aus den sogenannten kommunalen Realsteuern. Dazu zählte die Grundsteuer A, die auf land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen erhoben wurde, die Grundsteuer B, die für sonstige Anwesen zu entrichten war, und die Gewerbesteuer. Auf deren Volumen hatten die Gemeinden einen gewissen Einfluß, da sie jährlich von neuem die Höhe der Hebesätze festlegen konnten, nach denen die Realsteuern berechnet wurden. Die Einnahmen aus den sogenannten „kleinen Gemeindesteuern“, zu denen etwa die Hunde-, Vergnügungs- oder die Getränkesteuer zählten, fielen dagegen kaum ins Gewicht.⁴⁰ Mancherorts verzichtete man sogar auf diese „Bagatellsteuern“, da der Aufwand ihrer Erhebung in keinem Verhältnis zu ihrem Ertrag stand. Aber auch die Bedeutung von Grund- und Gewerbesteuer veränderte sich im Untersuchungszeitraum signifikant, wie aus Tabelle 14 hervorgeht.

Während die kommunalen Einkünfte aus der Grundsteuer rasch an Gewicht verloren, entwickelte sich die Gewerbesteuer zur Haupteinnahmequelle der Gemeinden. In den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren, als zahllose Industriebetriebe infolge massiver Kriegsschäden noch am Boden lagen, machte sie erst rund 40 Prozent der kommunalen Steuereinnahmen aus. Im Zuge des „Wirtschaftswunders“, als Konjunktur und Produktion in Westdeutschland anzogen, gerieten die Gemeinden in immer stärkere finanzielle Abhängigkeit von den Gewerbesteuerzahlungen, die ihnen 1951 bereits über die Hälfte, 1957 zwei Drittel und 1964 annähernd drei Viertel ihrer Steuereinnahmen bescherten.

³⁸ Alle Angaben nach SJB 28 (1964), S. 294 f.

³⁹ Vgl. im folgenden Naßmacher/Naßmacher, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, S. 79–86.

⁴⁰ 1963 nahmen die kreisangehörigen Gemeinden Bayerns insgesamt 115,17 DM pro Einwohner an Steuern ein. Davon entfielen 1,16 DM auf die Vergnügungssteuer, 1,58 DM auf die Getränkesteuer und 0,55 DM auf sonstige Steuern. SJB 28 (1964), S. 296.

Tabelle 14: Realsteueraufkommen der Kommunen (1948–1974)

Rechnungs- jahr	Grundsteuer A		Grundsteuer B		Gewerbesteuer		Steuer- aufkom- men insg.
<i>In Millionen DM und in Prozent des Gesamtsteueraufkommens</i>							
1948	52,1	16,9	98,6	32,1	120,5	39,2	307,5
1949	61,4	17,8	110,0	31,9	136,4	39,5	345,2
1950	62,7	16,6	114,8	30,3	156,6	41,3	378,9
1951	67,2	13	122,9	23,9	273,2	53	515,1
1952	69,0	11,7	125,1	21,2	338,1	57,4	588,6
1953	72,3	11,2	131,6	20,3	380,5	58,7	648,0
1954	68,5	10,2	137,8	20,6	394,5	58,9	669,2
1955	76,2	9,8	149,9	19,3	471,2	60,6	777,0
1956	79,6	9	154,6	17,5	564,9	64	883,0
1957	80,6	8,4	164,0	17	631,3	65,6	962,7
1959	91,3	7,4	184,2	15	858,7	70	1228,5
1961	103,8	6,8	198,8	13,0	1114,9	72,6	1534,8
1962	109,0	6,5	219,1	13	1224,7	70,6	1688,1
1964	113,2	6	252,5	13,3	1389,4	73,2	1898,8
1965	116,2	5,9	272,1	13,8	1436,3	72,9	1971,1
1966	117,7	5,6	288,4	13,6	1554,3	73,3	2120,2
1967	121,0	5,5	309,6	14	1626,9	73,5	2212,8
1968	123,7	5,3	332,4	14,2	1735,8	73,9	2349,6
1969	126,1	4	355,6	11,3	2474,2	78,6	3146,3
1970	127,0	5,3	375,3	15,6	1701,9	70,9	2400,1
1971	114,4	4,1	410,4	14,6	2078,3	73,8	2815,6
1972	112,0	3,3	441,1	13,1	2572,7	76,6	3358,8
1973	113,3	2,9	481,9	12,1	3138,3	79	3973,9
1974	116,5	2,7	611,2	14,4	3290,4	77,4	4250,0

Quelle: SjbB 24 (1952), S. 338 (1946–1950), SjbB 25 (1955), S. 417 (1951–1954), SjbB 26 (1958), S. 269 (1955–1957), SjbB 28 (1964), S. 296 (1959–1962), SjbB 29 (1969), S. 303 (1964–1968), SjbB 30 (1972), S. 314 (1969–1971), und SjbB 31 (1975), S. 282 (1972–1974).

Die Grundsteuer A, traditionell die Haupteinnahmequelle der Kommunen im ländlichen Raum, hatte zu diesem Zeitpunkt im bayerischen Durchschnitt schon jede Bedeutung verloren. Das lag unter anderem an der statischen Berechnungsgrundlage der Grundsteuern, die sich bis 1973 nach dem Einheitswert aus dem Jahr 1935 richteten.⁴¹ Für die Gemeinde spielte es demnach gar keine Rolle, ob die Landwirtschaft florierte oder nicht, ihre Steueranteile blieben stets die gleichen. Dagegen richtete sich die Höhe der Gewerbesteuer nach der Ertragslage der Betriebe, so daß die Gemeinden auch zu den Profiteuren des vom Wiederaufbau ausgelösten westdeutschen Wirtschaftsbooms zählten. Anders gewendet: Ob eine Verwaltungseinheit arm oder reich war, bemaß sich seit den fünfziger Jahren

⁴¹ Naßmacher/Naßmacher, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, S. 83f. Das Folgende nach ebenda, S. 85f.

primär danach, ob sich potente Gewerbebetriebe in ihren Fluren niedergelassen hatten.⁴²

Daran änderte auch die umfassende Finanzreform nichts Grundlegendes, welche die Große Koalition in Bonn 1969 ins Werk setzte.⁴³ Um die Gemeinden aus der Abhängigkeit von der Gewerbesteuer zu befreien, so der Kerngedanke der Reform, sollten sie 40 Prozent ihrer Gewerbesteuereinnahmen gegen 14 Prozent an der Einkommensteuer eintauschen. Das erklärte Ziel dieser Operation bestand darin, die großen Unterschiede der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen abzubauen, was teilweise gelang: Die kleinen, finanzschwachen Gemeinden profitierten relativ am stärksten von der Umverteilung, doch absolut gesehen, vergrößerte sich ihr Abstand zu den Großstädten sogar noch: So erhielten Zwerggemeinden unter 300 Einwohnern 1971 pro Einwohner an Stelle von 30,55 DM aus der Gewerbesteuer nur 19,70 DM, doch dazu kamen 53,13 DM aus der Einkommensteuer. Dagegen behielten die kreisfreien Städte über 100 000 Einwohner von 351,87 DM Gewerbesteuereinnahmen 218,20 DM und erhielten weitere 197,53 DM aus der Einkommensteuer.⁴⁴ Zudem wurden die aus der Finanzreform resultierenden Mehreinnahmen durch deutlich gestiegene Bau- und Personalkosten sowie vor allem durch steigende Belastungen durch den Schuldendienst aufgezehrt.⁴⁵ Um mehr Geld in die Kasse zu bringen, blieb den Kommunen also wiederum nur der Weg über die Industrieansiedlung.

Allerdings gab es bei den Gewerbesteuereinnahmen erhebliche regionale Unterschiede: Während die florierenden Großbetriebe der Industriezentren München und Nürnberg große Gewerbesteuerbeträge in die Kassen der oberbayerischen und mittelfränkischen Kommunen spülten, stellten die industriearmen Gemeinden Niederbayerns und der Oberpfalz das kommunale Armenhaus Bayerns dar.⁴⁶ Auch die Größe der Verwaltungseinheit spielte dabei eine wichtige Rolle (siehe Tabelle 15). Je kleiner die Gemeinde, desto geringer fiel ihre Steuerkraft sowie dessen Wachstum im Untersuchungszeitraum aus. Das hatte zwei Ursachen: Ersten war die Grundsteuer A, die Haupteinnahmequelle der Landgemeinden, bald ausgereizt und ließ sich kaum weiter erhöhen. Zweitens gab es in den wenigsten dieser Verwaltungseinheiten Industriebetriebe, so daß die Zwerggemeinden nicht am Gewerbesteuerboom partizipierten. 1954 lagen die Gemeinden unter 3000 Einwohnern nur bei gut der Hälfte des durchschnittlichen Gewerbesteueraufkommens im Freistaat, wogegen die kreisfreien Städte fast das Doppelte des Landesdurchschnitts und das Vierfache des Durchschnittsbetrags der kreisangehörigen Gemeinden erwirtschafteten.⁴⁷ Im Rechnungsjahr 1957 erreichten kleine

⁴² Pagenkopf, Gemeindefinanzsystem, S. 137f., und Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik, S. 381f.

⁴³ Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. 9. 1969, in: BGBl. I, S. 1587. Vgl. im folgenden Naßmacher/Naßmacher, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, S. 86–89.

⁴⁴ Diese Angaben nach SJBb 30 (1972), S. 319.

⁴⁵ Weinacht, Gemeinden in der Finanzklemme, S. 117.

⁴⁶ So betragen 1957 die Gewerbesteuereinnahmen pro Kopf der Bevölkerung bayernweit 68,96 DM. In Oberbayern erzielten die Kommunen 82,53 DM und in Mittelfranken 90,23 DM, in der Oberpfalz dagegen lediglich 44,69 DM und in Niederbayern sogar nur 30,50 DM. SJBb 26 (1958), S. 269.

⁴⁷ 1954 betrug das durchschnittliche Gewerbesteueraufkommen pro Einwohner im Freistaat 43,04 DM. Die kreisfreien Städte kamen auf 82,30 DM, die kreisangehörigen Gemeinden insge-

Tabelle 15: Steuereinnahmen der Kommunen nach Größenklassen

	1949	1950	1954	1957	1963	1968	1971	1974
	<i>Pro Kopf der Bevölkerung in DM</i>							
Kreisfreie Städte	67	75	125	176	285	356	477	777
Kreisangehörige Gemeinden	25	27	45	66	115	152	222	346
Über 10000 Einwohner	55	59	97	133	195	226	328	481
5000–10000	43	45	83	112	177	215	288	410
3000–5000	32	35	64	91	157	198	255	331
2000–3000	} 20	} 22	} 34	72	119	158	219	297
1000–2000				51	93	121	182	250
500–1000	} 18	} 19		} 41	76	102	155	} 206
300–500			71		97	142		
Unter 300						74	95	
Insgesamt	37	41	73	105	178	227	318	491

Quelle: SJBb 24 (1952), S. 339 (Spalten 2–3), SJBb 25 (1955), S. 418 (Spalte 4), SJBb 26 (1958), S. 269 (Spalte 5), SJBb 28 (1962), S. 296 (Spalte 6), SJBb 29 (1969), S. 308 (Spalte 7), SJBb 30 (1972), S. 319 (Spalte 8), und SJBb 31 (1975), S. 287 (Spalte 9).

Kommunen unter 1000 Einwohnern nicht einmal ein Drittel des Gewerbesteueraufkommens der kreisangehörigen Gemeinden und nicht einmal ein Sechstel des Durchschnittsbetrags aller bayerischen Verwaltungseinheiten.⁴⁸ Bis zum Ende der sechziger Jahre nahmen Zwerggemeinden unter 500 Einwohnern sogar immer noch mehr Geld mit der Grundsteuer A als durch die Gewerbesteuer ein.⁴⁹ Erst ab 1971 bewirkte der sozioökonomische Strukturwandel eine gewisse Angleichung an die landesweite Entwicklung.⁵⁰ Mit dem Steueraufkommen größerer Verwaltungseinheiten konnten die überwiegend im ländlichen Raum gelegenen kleinen Kommunen freilich immer noch nicht mithalten.

Neben den Steuereinnahmen standen den Kommunen Zuwendungen von Bund und Land zur Verfügung, die zum einen nach einem komplizierten Modus berechnet wurden, der im Finanzausgleichsgesetz festgelegt war, zum anderen zur Förderung bestimmter Projekte vergeben wurden. Diese Zuschüsse, auf deren Umfang die Gemeinden wenig Einfluß hatten, verfolgten in erster Linie das Ziel,

samt auf 23,67 DM und die Gemeinden unter 3000 Einwohner lediglich auf 12,98 DM. SJBb 25 (1955), S. 418. Vgl. dazu Siedentopf, Gemeindegrößenklasse und kommunale Leistungskraft.

⁴⁸ Im Rechnungsjahr 1957 betrug das durchschnittliche Gewerbesteueraufkommen aller Kommunen 68,93 DM, die kreisangehörigen Gemeinden erzielten 36,89 DM, während Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern lediglich auf 10,29 DM kamen. SJBb 26 (1958), S. 269.

⁴⁹ 1963 erwirtschafteten Gemeinden zwischen 300 und 500 Einwohnern pro Kopf der Bevölkerung 35,94 DM mit der Grundsteuer A und nur 19,- DM Gewerbesteuern, Gemeinden unter 300 Einwohnern erzielten mit der Grundsteuer A sogar 48,89 DM, wogegen sie nur 13,54 DM über die Gewerbesteuer einnahmen. SJBb 28 (1964), S. 296.

⁵⁰ 1971 nahmen Gemeinden zwischen 300 und 500 Einwohnern pro Kopf der Bevölkerung 39,20 DM an Grundsteuer A und 41,91 DM an Gewerbesteuern ein. Bei den Gemeinden unter 300 Einwohnern überwog nach wie vor mit 53,79 DM die Grundsteuer A die Gewerbesteuer (30,55 DM) deutlich. SJBb 30 (1972), S. 319.

Tabelle 16: Zuweisungen von Bund und Land an die Kommunen

Jahr	Gesamteinnahmen		Darunter staatliche Zuweisungen
	<i>In Millionen DM</i>		<i>in%</i>
1950	1 190,0	292,5	24,6
1953	1 747,1	312,4	17,9
1955	2 203,5	383,6	17,4
1957	2 642,6	473,9	17,9
1959	3 252,3	540,4	16,6
1961	4 235,0	813,6	19,2
1962	4 842,4	993,2	20,5
1965	7 329,1	1 731,7	23,6
1966	7 817,3	1 901,6	24,3
1967	8 413,7	2 054,4	24,4
1968	8 937,0	2 069,9	23,2
1969	10 084,4	2 242,1	22,2
1970	10 945,3	2 425,8	22,2
1971	13 883,9	3 036,3	21,9
1972	15 673,1	3 562,9	22,7
1973	17 063,0	4 000,2	23,4

Quellen: Eigene Berechnungen nach SJB 28 (1964), S. 292 (für 1950–1962), SJB 29 (1969), S. 305 (für 1965), SJB 30 (1972), S. 316 (für 1966–1970), und SJB 31 (1975), S. 284 (für 1971–1973).

das enorme finanzielle Leistungsgefälle zwischen den einzelnen Verwaltungseinheiten auszugleichen, um überall die ordnungsgemäße Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben und ein Mindestmaß an administrativer Leistungsfähigkeit sicherzustellen.⁵¹

Für den Gemeindehaushalt spielten diese Finanzspritzen eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Nicht nur die absolute Höhe, sondern auch das relative Gewicht der Staatszuschüsse nahm im Untersuchungszeitraum erheblich zu. Zwischen 1953 und 1959 beliefen sie sich auf deutlich weniger als ein Viertel der kommunalen Einnahmen. In den sechziger und frühen siebziger Jahren, als Bund und Land fast ein Viertel des gesamten Gemeindehaushalts aufbrachten, gewannen sie signifikant an Bedeutung. Das blieb nicht ohne Folgen: Während die Kommunen Bedarfs- und Schlüsselzuweisungen ohne Auflagen erhielten, wirkten die zweckgebundenen Zuschüsse, die den Löwenanteil der Staatszuschüsse ausmachten, als „goldener Zügel“ der kommunalen Autonomie.⁵² Die Gemeinden konnten mit diesen Mitteln nicht nach eigenem Gutdünken wirtschaften, sondern mußten sie für bestimmte Projekte verwenden, die der Genehmigung aus München oder Bonn bedurften. Planungs- und Entscheidungsbefugnisse verlagerten sich auf diese Weise klammheimlich von unten nach oben.

⁵¹ Vgl. Naßmacher/Naßmacher, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, S. 94–100.

⁵² Naßmacher/Naßmacher, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, S. 100. Vgl. im folgenden ebenda, S. 100ff., und Gläser, Die staatlichen Finanzzuweisungen an die Gemeinden, und Voigt, Restriktionen kommunaler Selbstverwaltung, S. 15f.

Verschuldung

Allerdings kamen die allermeisten Kommunen mit Steuereinnahmen und Staatszuschüssen nicht aus, und so blieb im Lauf der Jahre als letzter Ausweg nur noch die Verschuldung. Im März 1957 war bereits knapp über die Hälfte der bayerischen Gemeinden verschuldet, Ende 1963 zählte der Freistaat nur noch 999 schuldenfreie Kommunen, und Ende 1971 hatten nur noch 282 Verwaltungseinheiten im Freistaat eine weiße Weste.⁵³ Dementsprechend nahm auch die Gesamtsumme zu, mit der die bayerischen Kommunen in der Kreide standen: Von 116 Millionen DM im Jahr 1950 kletterte der Schuldenstand über 300 Millionen DM 1952, 625 Millionen DM 1954, 1,035 Milliarden DM 1956, 2,3 Milliarden DM 1960, 5,4 Milliarden DM 1965, 7,4 Milliarden DM 1968 schließlich auf den astronomischen Betrag von zehn Milliarden DM Ende 1971.⁵⁴ Freilich gab es auch in dieser Hinsicht gravierende Unterschiede zwischen den verschiedenen Gemeindegrößenklassen.

Tabelle 17: Kommunalschulden nach Gebietskörperschaften und Größenklassen

	1951	1954	1957	1960	1962	1963	1965	1966	1969	1971
	<i>In DM pro Kopf der Bevölkerung</i>									
Kreisfreie Städte	45	119	232	386	536	608	855	943	1145	1353
Landkreise	2	10	21	29	31	34	43	54	92	135
Kreisangehörige Gemeinden	11	68	71	141	185	220	314	352	446	572
Über 10000 Einwohner	46	96	150	234	254	291	372	419	501	660
5000 bis 10000 Einwohner	} 23	} 56	127	211	260	292	396	448	608	760
3000 bis 5000 Einwohner			94	163	216	247	355	402	531	674
2000 bis 3000 Einwohner	14	43	76	142	194	238	339	389	487	617
1000 bis 2000 Einwohner	6	22	59	124	167	201	294	325	404	500
500 bis 1000 Einwohner	} 4	} 15	} 41	103	140	167	255	279	343	412
Unter 500 Einwohner				107	143	176	249	272	312	375
Insgesamt	23	32	141	249	333	383	537	601	761	948

Quelle: SJB 24 (1952), S. 342 (Spalte 2), SJB 25 (1955), S. 421 (Spalte 3), SJB 26 (1958), S. 271 (Spalte 4), SJB 28 (1964), S. 298 (Spalten 5–7), SJB 29 (1969), S. 309 (Spalten 8–9), und SJB 30 (1972), S. 320 (Spalten 10–11).

Eine rasante Zunahme der Verschuldung zeigte sich in allen Gemeindetypen, wobei die kreisfreien Städte, die ja die Hauptlast der Kriegszerstörungen zu tragen hatten und dementsprechend schon sehr früh massiv in die Infrastruktur investieren mußten, unangefochten an der Spitze lagen. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Je größer die Gemeinden, desto tiefer steckten sie im Schuldensumpf.⁵⁵

⁵³ Diese Angaben nach Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. 3. 1957, S. 2, und Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden am 31. 12. 1963, S. 13^e f., sowie Statistische Berichte: Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. 12. 1971, S. 12 f.

⁵⁴ Die Angaben für 1950, 1952 und 1954 nach SJB 25 (1955), S. 421; für 1956 nach SJB 26 (1958), S. 271, für 1960 nach SJB 28 (1964), S. 298, sowie für 1968 und 1971 nach SJB 30 (1972), S. 320.

⁵⁵ Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. 3. 1957, S. 3 f.

Man sollte sich jedoch davor hüten, daraus den voreiligen Schluß zu ziehen, daß die kleinen Kommunen eine mehr oder weniger weiße Weste behalten hätten und nicht oder weniger stark belastet gewesen wären. Dagegen sprechen eine ganze Reihe von Gesichtspunkten.

Erstens verschob sich, was die kommunale Gesamtverschuldung betraf, in den fünfziger und sechziger Jahren das Gewicht zwischen den kreisangehörigen Gemeinden und den kreisfreien Städten.⁵⁶ Zunächst waren Darlehen eine Domäne der Großstädte, und noch 1957 entfielen 56 Prozent aller kommunalen Schulden in Bayern auf die kreisfreien Städte. Seit den frühen sechziger Jahren schränkten jedoch gewaltige Zins- und Tilgungslasten ihre weitere Kreditaufnahme ein, so daß ihr Anteil an den Kommunalschulden sukzessive sank und 1971 nur noch 42,9 Prozent ausmachte. Genau entgegengesetzt entwickelte sich die Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden, deren Anteil an der kommunalen Gesamtverschuldung 1957 erst 33 Prozent betragen hatte, wobei auf kleine Verwaltungseinheiten unter 3000 Einwohnern nur 17 Prozent entfielen. Seit jedoch ihre Investitionen in den frühen sechziger Jahren deutlich anstiegen, erhöhte sich auch ihr Kreditbedarf; so nahm allein im Jahr 1963 die Schuldenlast der Kommunen unter 3000 Einwohnern um fast ein Viertel zu. Nicht zuletzt aufgrund der stetig wachsenden Darlehensaufnahme der Zwerggemeinden hatten die kreisangehörigen Kommunen in den frühen siebziger Jahren beinahe zu den kreisfreien Städten aufgeschlossen, was den Anteil an der Gesamtverschuldung betraf.

Zweitens sind Schulden nicht gleich Schulden, denn die Belastung für den Haushalt des Schuldners richtet sich weniger nach ihrer nominalen Höhe, sondern nach den zu entrichtenden Zins- und Tilgungsleistungen. Die Kommunen deckten ihren Kreditbedarf zu rund 80 Prozent am Kapitalmarkt, und zwar in Form von langfristigen Darlehen mit mindestens zehnjähriger Laufzeit, für die sie in der Regel sechs bis sieben Prozent Zinsen per annum berapen und jährlich festgelegte Rückzahlungsraten aufbringen mußten.⁵⁷ Ob sich Kredite zu einer finanziellen Bürde entwickelten, hing maßgeblich davon ab, ob sie für rentierliche oder unrentierliche Zwecke aufgenommen wurden. Unter rentierlichen Schulden versteht man solche, deren Zins- und Tilgungsaufwand durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben ausgeglichen werden.⁵⁸ Errichtet eine Gemeinde beispielsweise ein Wohnhaus, kann sie die dafür aufgenommenen Darlehen aus den Mieteinnahmen amortisieren, baut sie dagegen eine Straße, muß sie die Rückzahlungen aus Haushaltsmitteln bestreiten. Daher resultierte die eigentliche Belastung der kommunalen Budgets durch den Schuldendienst aus Krediten, die zu unrentierlichen Zwecken aufgenommen worden waren⁵⁹, und gerade in dieser Hinsicht

⁵⁶ Die folgenden Angaben nach Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. 3. 1957, S. 4; Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden am 31. 12. 1963, S. 16^{ff.}; Statistische Berichte: Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. 12. 1968, S. 14^{ff.}; Statistische Berichte: Staats- und Kommunalverschuldung Bayerns am 31. 12. 1971, S. 10ff.

⁵⁷ Statistische Berichte: Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. 12. 1968, S. 12^{f.} Zu den daraus resultierenden Problemen vgl. Schmitz, Kommunalverschuldung und Kapitalmarkt.

⁵⁸ Statistische Berichte: Staats- und Kommunalverschuldung Bayerns am 31. 12. 1971, S. 3.

⁵⁹ Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. 3. 1957, S. 10f.

schnitten die kleineren Verwaltungseinheiten besonders schlecht ab. Ende der fünfziger Jahre entfielen rund 30 Prozent der kommunalen Schuldenaufnahme auf unrentierliche Kredite, deren Anteil jedoch kontinuierlich zunahm und in den frühen siebziger Jahren die 50-Prozent-Marke erreichte. Dabei galt der Grundsatz: Je kleiner die Gemeinde, desto größer der Anteil der unrentierlichen Schulden. So entfielen, um nur ein Beispiel zu nennen, 1963 in Gemeinden unter 500 Einwohnern 68 Prozent aller Kredite auf unrentierliche Zwecke.⁶⁰

Dementsprechend ächzten nicht wenige kleine Kommunen, drittens, unter einer besonders hohen Belastungsquote, die das Verhältnis des unrentierlichen Schuldendienstes zu den allgemeinen Deckungsmitteln einer Verwaltungseinheit wiedergibt. Zwar lag die Belastungsquote der meisten Zwerggemeinden im ersten Jahrzehnt nach Gründung der Bundesrepublik deutlich unter zehn Prozent, doch drückten immerhin 14 Prozent dieser Verwaltungseinheiten jährliche Zins- und Tilgungsleistungen, die weit über 20 Prozent ihrer Einnahmen ausmachten.⁶¹ Das legt den Schluß nahe, daß das Finanzgebaren in den meisten Landgemeinden bis zum Ende der fünfziger Jahre noch recht zurückhaltend blieb und nur die wenigsten größere Erschließungsprojekte durchführten. Diejenigen Kommunen allerdings, die schon in den fünfziger Jahren den Ausbau der Infrastruktur in Angriff nahmen – 1957 flossen rund 60 Prozent der aufgenommenen Kredite in den Ausbau der Infrastruktur⁶² –, gerieten rasch in die Bredouille, d.h. an die Grenze zur Überschuldung. Um Schlimmeres zu verhindern, mußte der Freistaat eingreifen, der 1963 bereits für fast ein Fünftel der Zins- und Tilgungszahlungen der Kommunen unter 2000 Einwohnern aufkam.⁶³ Diese Verrentungsdarlehen, bei denen der Staat den Schuldendienst übernahm, ohne selbst der Schuldner zu sein, dienten vor allem der kommunalen Investitionsfinanzierung und der Wirtschaftsförderung. Bis 1971 hatte Bayern seinen Kommunen auf diese Weise mit über zwei Milliarden DM unter die Arme gegriffen.⁶⁴

Trotz dieser staatlichen Hilfe sahen sich eine Reihe kleinerer Gemeinden bald kaum mehr in der Lage, die aufgehäuften Schulden zu bedienen. 1963 mußten bereits 105 Dörfer unter 500 Einwohnern über die Hälfte ihrer Gesamteinnahmen für den unrentierlichen Schuldendienst aufwenden, 1968 war ihre Zahl auf 225 gestiegen.⁶⁵ Und während die Schuldendienstbelastung aller Verwaltungseinheiten 1971 bei knapp zehn Prozent der allgemeinen Deckungsmittel lag, schlug sie bei

⁶⁰ Diese Angaben nach Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. 3. 1957, S. 7 f. und S. 11; Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden am 31. 12. 1963, S. 19* f.; Statistische Berichte: Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. 12. 1968, S. 17*; Statistische Berichte: Staats- und Kommunalverschuldung Bayerns am 31. 12. 1971, S. 15 f.

⁶¹ Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. 3. 1957, S. 12.

⁶² Ebenda, S. 6 f.

⁶³ Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden am 31. 12. 1963, S. 23*. 1968 übernahm der Staat sogar fast ein Viertel des Schuldendienstes der Gemeinden unter 3000 Einwohnern. Statistische Berichte: Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. 12. 1968, S. 18*.

⁶⁴ Statistische Berichte: Staats- und Kommunalverschuldung Bayerns am 31. 12. 1971, S. 9.

⁶⁵ Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden am 31. 12. 1963, S. 25* f., und Statistische Berichte: Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. 12. 1968, S. 20*.

Gemeinden unter 1000 Einwohnern mit 12,3 Prozent zu Buche.⁶⁶ Vor allem der Straßenbau machte ihnen zu schaffen: Hatten sich die kreisangehörigen Gemeinden 1968 zu diesem Zweck mit durchschnittlich 53,19 DM pro Kopf der Bevölkerung verschuldet, standen die Dörfer unter 1000 Einwohnern mit 90,27 DM in der Kreide, die in den Ausbau der Verkehrswege geflossen waren.⁶⁷ Die Erschließung des Landes stellte ein teures Unterfangen dar, das vor allem kleinere Gemeinden an die Grenzen ihrer Möglichkeiten brachte.

c) Nahaufnahmen: Die Erschließung des Landes und die kommunale Verschuldung

Darüber, *wie* der Ausbau der Infrastruktur und die exorbitante Zunahme der kommunalen Verschuldung vor Ort tatsächlich zusammenhingen, geben die statistischen Daten jedoch keine Auskunft. Um hier Aufschlüsse zu gewinnen, ist ein weiterer Blick aus der Froschperspektive nötig, der zwischen verschiedenen Gemeindetypen differenziert: Auf der einen Seite stehen die Kleinstädte und Marktgemeinden, also die Zentren im ländlichen Raum, die als Kristallisationskerne der gewerblichen Entwicklung sozusagen die Speerspitze des Landes auf dem Weg in die Moderne bildeten; auf der anderen die umliegenden kleinen Landgemeinden, in denen nach wie vor die Landwirtschaft das Bild dominierte.

Eine Erfolgsgeschichte: Der Erschließungsprozeß in der Stadt Roding

Eine der aufstrebenden Mittelpunktgemeinden im ländlichen Raum war die schicke Ortschaft Roding, eine Marktgemeinde an den Ufern des Regen, in der 1950 knapp 3000 Menschen lebten und die 1952 zur Stadt erhoben wurde.⁶⁸ Wie bereits erwähnt, fiel hier der Startschuß für die kommunale Erschließungspolitik, als sich die Stadtväter Ende 1954 erfolgreich um eine Garnison der im Aufbau befindlichen Bundeswehr bemühten. Das bescherte der Kreisstadt nicht nur den erhofften Auftrieb für den ortsansässigen Handel, sondern auch eine enorm kostengünstige Kanalisation nebst leistungsfähiger Kläranlage⁶⁹ und damit auf längere Sicht gute Startbedingungen für die Ansiedlung von Industriebetrieben. Kurzfristig gingen mit dem Bau der Garnison allerdings beträchtliche Kosten für die Stadt einher. Besonders dringlich erschien zunächst die Modernisierung der Wasserversorgung und des Verkehrsnetzes innerhalb der Stadt, in einer zweiten Phase schritt man zum Neubau einer Wohnsiedlung, in der die Angehörigen der Soldaten Unterkunft finden sollten, und errichtete eine Realschule. Parallel dazu investierte der Stadtrat enorme Summen in die Erschließung eines Industriegeländes, nachdem Landrat Sackmann die ersten größeren Unternehmen zur Gründung von

⁶⁶ Statistische Berichte: Staats- und Kommunalverschuldung Bayerns am 31. 12. 1971, S. 16 ff.

⁶⁷ SJbB 29 (1969), S. 309.

⁶⁸ 1950 lebten 2957 Einwohner in der Marktgemeinde Roding, BSB 231 a, S. 228. Zur Stadterhebung Rodings vgl. StA Amberg, LRA Roding 2974, Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 13. 6. 1952. Zur Stadt Roding allgemein vgl. Ackermann/Kilger, Roding – Stadt im Königsland.

⁶⁹ Vgl. ausführlich Schmidt, „Eine Garnison wäre eine feine Sache“, S. 405–438.

Werken in Roding überreden konnte. Da all diese Maßnahmen beinahe gleichzeitig begonnen worden waren, mußte die Stadt einen enormen finanziellen Kraftakt bewältigen, der sie bereits Mitte 1958 an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachte⁷⁰, und ein Ende der Ausgabenflut war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

1951 hatte das Volumen des ordentlichen Haushalts 223 269 DM betragen, und der außerordentliche Haushalt wurde mit bescheidenen 64 005,40 DM kalkuliert, wobei große Teile des außerordentlichen Haushalts nicht mit Darlehen, sondern mit regulären Einnahmen bestritten wurden.⁷¹ 1959 plante die Stadt, alle Nachtragshaushalte eingerechnet, im ordentlichen Haushalt bereits über 500 000 DM ein, und der außerordentliche Haushalt kletterte auf den schwindelerregenden Betrag von rund 1,5 Millionen DM, zu dessen Deckung – trotz großzügiger Finanzspritzen von Bund und Land – Schulden in Höhe von über einer halben Million DM aufgenommen werden mußten.⁷² Nun schlug die Rechnungsprüfungsstelle beim Landratsamt Alarm. Sie vertrat die Ansicht, daß „sich die Stadt Roding der Grenze einer tragbaren Schuldendienstbelastung nicht nur genähert hat, sondern diese bereits überschritten haben dürfte.“⁷³ Die Gesamtverschuldung der Kreisstadt lag zu diesem Zeitpunkt bei rund einer Million DM, was pro Kopf der Bevölkerung 311,17 DM entsprach. „Damit hat die Stadt Roding den höchsten Schuldenstand aller Gemeinden des Landkreises Roding erreicht“, bilanzierte die Rechnungsprüfungsstelle und lieferte die entsprechenden Vergleichszahlen gleich mit. Demnach lag die durchschnittliche Verschuldung der Gemeinden im Landkreis Roding per capita seinerzeit bei 113,80 DM, bayernweit standen die Gemeinden mit 129,90 DM in der Kreide, wobei die Verschuldung der Gemeinden zwischen 2000 und 3000 Einwohnern nur bei 112 DM lag.

Zwei Gründe zeichneten dafür verantwortlich, daß die Stadt Roding diese Krise letztlich meisterte. Erstens diente ein Teil der Kreditaufnahme lediglich der Überbrückung einer Finanzierungslücke, die aufgetreten war, weil die im Zuge der Garnisonsansiedlung versprochenen Bundeszuschüsse auf sich warten lie-

⁷⁰ Stadtarchiv Roding, Bestand: Stadt Roding, 941/1, Haushaltssatzung und Haushaltsplan 1958, Landratsamt Roding an die Stadt Roding vom 20. 6. 1958.

⁷¹ Stadtarchiv Roding, Bestand: Stadt Roding, 941/1, Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Roding 1951. Von den 56 805,40 DM, die für den Neubau eines Beamtenwohnhauses vorgesehen waren, steuerten Bund und Land 1135 DM in Form von Zuschüssen bei, 6470,40 DM wurden aus dem ordentlichen Haushalt aufgebracht, 10000 DM als inneres Darlehen bereitgestellt und 39200 DM aus öffentlichen Mitteln aufgenommen. Die 7200 DM, die für den Erwerb eines ehemaligen RAD-Lagers eingeplant waren, wurden aus dem ordentlichen Haushalt aufgebracht.

⁷² Stadtarchiv Roding, Bestand: Stadt Roding, 941/1, Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Roding 1959. Zunächst plante man mit 398 608 DM im ordentlichen und 1 422 265 DM im außerordentlichen Haushalt. Zwei Nachtragshaushaltssatzungen vergrößerten das Volumen des ordentlichen Haushalts um 106 893 DM, während der außerordentliche Haushalt um 88 000 DM gesenkt wurde. Die enormen Beträge im außerordentlichen Haushalt konnte die Stadt nur dank hoher Zuschüsse von Bund und Land aufbringen. Die für den Bau der Kanalisation der Kaserne veranschlagten 226 200 DM übernahmen Bund und Land ebenso vollständig wie die 230 890 DM für den Kanalisationsbau in der Wohnsiedlung. Auch zum Neubau der Schule, für die Stromversorgung des Wohngebiets und für den Straßenbau erhielt die Stadt massive staatliche Finanzspritzen.

⁷³ Stadtarchiv Roding, Bestand: Stadt Roding, 941/1, Haushaltssatzung und Haushaltsplan 1958, Rechnungsprüfungsstelle beim Landratsamt Roding, Prüfung des Haushalts der Stadt Roding vom 29. 10. 1959. Das folgende Zitat und die Zahlenangaben zur Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden ebenda.

ßen.⁷⁴ Als diese dann um so reichlicher sprudelten, konnte die Stadt einen großen Teil der Schulden am Kreditmarkt, für die hohe Zinsen berappt werden mußten, wieder zurückzahlen. Zweitens gelang es, nicht zuletzt dank der nunmehr deutlich verbesserten Infrastruktur, eine ganze Reihe von Industriebetrieben zur Niederlassung im Stadtgebiet zu bewegen. Der größte Coup glückte auf Initiative von Landrat Sackmann mit der Ansiedlung der Firma Vaillant, die das Landratsamt Roding als „die wichtigste Erschließungsmaßnahme des Landkreises“ bezeichnete.⁷⁵ Schon 1965 nahm das Rodinger Werk in Behelfsräumen die Produktion von Gasdurchlauferhitzern auf, ein Jahr später konnten die ersten eigenen Werkshallen bezogen werden, und im Juni 1969 beschäftigte der Betrieb in Roding bereits 450 Arbeitskräfte, mit stetig steigender Tendenz.⁷⁶ Zwar gingen auch damit zunächst immense Investitionen einher, die den Stadtsäckel arg strapazierten und die Verschuldung abermals vergrößerten. Allein für die Erschließung des Industriegeländes für die Firma Vaillant mußte der Stadtrat vier Millionen DM aufbringen⁷⁷, was für die kleine Stadt eine enorme Summe darstellte. Das Risiko sollte sich aber schon bald auszahlen, weil nun reichlich Gewerbesteuern in die Kassen der Gemeinde flossen. 1949 erwirtschaftete Roding 51 848,27 DM Gewerbesteuer, 1954 bereits 82 292,12 DM, und 1957 schnellten die Gewerbesteuereinnahmen auf 146 775,97 DM empor. Dieses rasante Wachstum beschleunigte sich in den sechziger Jahren sogar noch: 1961 nahm die Stadt 268 854,89 DM an Gewerbesteuern ein, 1964 schon 473 093,46 und 1969 schließlich 1 911 972,68 DM.⁷⁸ Mittelfristig winkten den Rodingern durch die waghalsig anmutenden Investitionen in die Infrastruktur also deutlich höhere Steuereinnahmen, was den Stadtvätern die Möglichkeit zu weiteren Erschließungsmaßnahmen eröffnete.

So versank Roding im Zuge der forcierten Erschließung des Landes keineswegs im Schuldensumpf, sondern erlebte dank der neuen Einnahmequelle eine kaum für möglich gehaltene Blüte, was sich an der Bevölkerungsentwicklung ablesen läßt:⁷⁹ In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre war die Wohnbevölkerung von 2959 Menschen im Jahr 1950 auf 2878 im Jahr 1956 gesunken. Solange vor Ort Arbeitsplätze im gewerblich-industriellen Bereich fehlten, hatten also auch die regionalen Zentren auf dem Land unter der Abwanderung zu leiden. Als sich die Situation am Arbeitsmarkt jedoch zunehmend besserte, setzte eine Trendwende ein, und die vorherigen Wanderungsverluste wurden in kurzer Zeit mehr als ausgeglichen. Schon 1961 zählte Roding 3981 Einwohner und bis 1970 stieg diese

⁷⁴ Vgl. Stadtarchiv Roding, Bestand: Stadt Roding, 941/1, Haushaltssatzung und Haushaltsplan 1959, Stadt Roding an das Landratsamt Roding vom 9. 11. 1959.

⁷⁵ Stadtarchiv Roding, Bestand: Stadt Roding, 915/2.1, Aktenvermerk des Landratsamts Roding (Gemeindereferent Schwarzfischer) vom 28. 2. 1968.

⁷⁶ BayHStA, MWi 21950, Unterlagen zur Besichtigungsfahrt des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages in das Raumordnungsgebiet Östlicher Oberrheinischer Wald am 9./10. 6. 1969, S. 26.

⁷⁷ BayHStA, MWi 21950, Unterlagen zur Besichtigungsfahrt des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages in das Raumordnungsgebiet Östlicher Oberrheinischer Wald am 9./10. 6. 1969, S. 26 (Betriebsbeschreibung der Firma Vaillant, Roding).

⁷⁸ Die Zahlen nach Stadtarchiv Roding, Bestand: Stadt Roding 941/1, Haushaltssatzungen und Haushaltspläne der Stadt Roding.

⁷⁹ Die folgenden Zahlen nach BSB 177, Bd. 3, S. 112 (1950), BSB 207, Bd. 2, S. 50 (1956), BSB 231 a, S. 228 (1961), und BSB 304 b, S. 116 (1970).

Zahl auf 4663 an. Keine Frage, die Kreisstadt erlebte in den fünfziger und sechziger Jahren eine rasante Erfolgsgeschichte, und von schrumpfenden Handlungsspielräumen der Rodinger Stadtväter konnte keine Rede sein.

Von der Erschließung in die Verschuldung:
Die Landgemeinden Strahlfeld und Trasching

Von einer solchen Entwicklung konnten kleine, peripher gelegene Bauerngemeinden nur träumen. Das verdeutlicht ein Blick auf die Gemeinde Strahlfeld im Landkreis Roding, die 1950 417 Einwohner zählte. Seinerzeit verdienten noch weit über die Hälfte der Erwerbstätigen ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft, während Industriearbeit keine Rolle spielte.⁸⁰ Kein Wunder, denn von einer Handvoll kleiner Gewerbebetriebe abgesehen, fehlten derartige Beschäftigungsmöglichkeiten völlig. Überhaupt herrschten in den frühen fünfziger Jahren noch recht primitive Verhältnisse: Die Gemeindeverwaltung lag ebenso im Argen wie die Infrastruktur. „Der Gesamteindruck der gemeindlichen Verwaltung war sehr mangelhaft“, lautete das Fazit des Landratsamts nach einer Gemeindebesichtigung im Sommer 1950.⁸¹ Die Protokollbücher waren „sehr mangelhaft geführt“, Eintragungen in öffentlichen Registern nicht unterschrieben und die Unterlagen der Gemeinde völlig ungeordnet. Darüber hinaus befand sich die vor Dreck starrende Gemeindekanzlei in einem erbärmlichen Zustand, der öffentlichen Anlässen wie etwa Eheschließungen Hohn sprach. Kaum besser bestellt war es um die Straßen im Gemeindegebiet: Selbst die wichtigste Verkehrsader, der Strahlfeld mit dem nächstgelegenen Bahnhof und der Kreisstadt verband, galt im Winter als kaum passierbar.

Bis Mitte der sechziger Jahre behalf man sich, was die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse betraf, mit provisorischen Maßnahmen. Wie in Erpfting, trat erst mit der Kommunalwahl von 1966 die große Wende ein, als auch in Strahlfeld ein Rentner die Geschäfte des Bürgermeisters übernahm. Josef Brunner (Jahrgang 1916), der neue Träger der Amtskette, hatte dafür weit mehr Zeit als sein Vorgänger Josef Huber, der eine Landwirtschaft betrieb und als Hausmeister arbeitete.⁸² Mit dem Stabwechsel setzte ein regelrechtes Erschließungsfieber ein: Auf einen Schlag sollten nun mehrere Gemeindestraßen nicht nur notdürftig mit einer Teerdecke überzogen, sondern vollständig ausgebaut werden. Parallel dazu schritten Bürgermeister und Gemeinderat zum Neubau einer Schule, die schließlich „unter schweren Opfern“ 1967 fertiggestellt werden konnte.⁸³ Das hatte freilich seinen Preis: Nun ächzte die Gemeinde unter den für ihre Verhältnisse enormen finanziellen Belastungen vor allem durch den Straßenbau, wie das Landratsamt nach einer Gemeindebesichtigung im November 1969 feststellte.⁸⁴ Ein nennenswertes

⁸⁰ BSB 177, Bd. 3, S. 112 und S. 114.

⁸¹ StA Amberg, LRA Roding 2941, Landratsamt Roding an die Gemeinde Strahlfeld vom 14. 7. 1950. Das Folgende nach ebenda

⁸² BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Strahlfeld.

⁸³ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Strahlfeld, Beschlußbuch, Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats am 11. 9. 1970.

⁸⁴ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Strahlfeld, 027/1.1, Landratsamt Roding an die Gemeinde Strahlfeld vom 12. 12. 1969. Das Folgende nach ebenda.

Gewerbesteueraufkommen konnte die Kommune nach wie vor nicht verzeichnen, so daß ihre Einnahmequelle fast ausschließlich in der Grundsteuer bestand. Hier monierte das Landratsamt die extrem hohen Hebesätze, die für die Grundsteuer A und B jeweils bei dem absoluten Höchstsatz von 500 Prozent lagen. Fraglos stellte das für die Strahlfelder eine große Belastung dar, indes kam auf diese Weise immer noch nicht genügend Geld in die Gemeindekasse, um die laufenden Baumaßnahmen finanzieren zu können. Daher sparte die Gemeinde an allen Ecken und Enden, sogar die traditionellen Weihnachtsspenden beispielsweise an den Bund der Kriegsblinden in Regensburg wurden „wegen Finanzschwierigkeiten“ 1969 nicht geleistet⁸⁵ – eine Praxis, die auch in den folgenden Jahren beibehalten wurde. Doch trotz eisernen Sparens und hoher steuerlicher Hebesätze kam Strahlfeld finanziell auf keinen grünen Zweig, und Ende Dezember 1969 betrug die Gesamtschulden bereits 473,- DM pro Kopf der Bevölkerung.⁸⁶ Aus eigener Kraft wäre die Kommune aus der Schuldenfalle nie herausgekommen.

Noch drastischer verlief diese Entwicklung in Trasching, einer ebenfalls im Landkreis Roding gelegenen Landgemeinde, in der 1950 434 Einwohner lebten, von denen drei Viertel ihr Auskommen im primären Sektor fanden.⁸⁷ Bis 1963 hatte sich die Gemeinde größerer Erschließungsmaßnahmen enthalten. Die einzige Ausnahme stellte der unaufschiebbare Bau einer Brücke über den Perlbach im Jahr 1955 dar, zu deren Finanzierung die Gemeinde jedoch weder ein Darlehen in Anspruch nahm, noch einen außerordentlichen Haushalt aufstellen mußte. Es gelang vielmehr, die Finanzierungslücken mit ordentlichen Haushaltsmitteln der folgenden Jahre zu decken.⁸⁸ Andere im Grunde dringend notwendige Investitionen wie etwa der vom Landratsamt monierte Bau einer Wasserleitung wurden dagegen zunächst zurückgestellt⁸⁹, weil die Traschinger Gemeindevertreter sich nicht übernehmen wollten. Diese Zurückhaltung änderte sich erst ab 1963, als die Gemeinde mit dem Neubau einer dreiklassigen Volksschule samt Lehrerdienstwohnung begann, den der Gemeinderat Ende 1962 beschlossen hatte.⁹⁰ Trotz Bedenken des Landratsamts entschieden sich die Gemeindevertreter, die Finanzierungslücke von 150 000 DM, die sich nach dem Kostenvoranschlag ergab, durch ein Darlehen bei der Sparkasse Roding zu schließen.⁹¹

Das Jahr 1964 markierte den Höhepunkt der kommunalen Investitionen, denn nun war nicht nur der erste Bauabschnitt der Schule zu finanzieren, sondern auch ein Friedhof mit Leichenhalle, der Anschluß an eine Wasserversorgungsgruppe

⁸⁵ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Strahlfeld, 024, Beschlußbuch, Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 18. 12. 1969.

⁸⁶ Diese Angabe nach Statistische Berichte: Staats- und Kommunalsschulden Bayerns am 31. 12. 1969, S. 72.

⁸⁷ Diese Angaben nach BSB 177, Bd. 3, S. 112 und S. 121.

⁸⁸ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching, 963/1.2, Rechnungsprüfungsstelle beim Landratsamt Roding, Bericht über die örtliche Überprüfung der Gemeinde Trasching und des Schulverbandes Trasching für das Rechnungsjahr 1956 vom 17. 9. 1959.

⁸⁹ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching 027/11, Landratsamt Roding an die Gemeinde Trasching vom 3. 3. 1958.

⁹⁰ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching, 024/1.7, Sitzungsniederschrift des Gemeinderats vom 29. 12. 1962.

⁹¹ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching, 024/1.7, Sitzungsniederschrift des Gemeinderats vom 2. 11. 1963.

sowie mehrere von der Gemeinde vorgesehene Straßenbauprojekte. In dieser Entscheidung wurden die Traschinger durch Landrat Sackmann bestätigt, der die Gemeinde „nach Klärung der Finanzlage“ zum Ausbau sämtlicher Gemeindeverbindungs- und Ortsstraßen aufrief. Zu diesem Zweck war bereits zuvor der erste außerordentliche Haushaltsplan in der Geschichte Traschings in Höhe von 180 000 DM verabschiedet worden, doch angesichts des regelrechten Baufiebers des Gemeinderats mußte dieser Betrag nun auf 374 000 DM erhöht werden⁹² – für die kleine Landgemeinde ein unerhörter Vorgang. Damit war das Ende der Fahnenstange allerdings noch längst nicht erreicht. In den folgenden Jahren wurde die Aufstellung von in Trasching bis dahin ebenfalls unbekanntem Nachtragshaushaltssatzungen zum Regelfall, und immer öfter trat die Gemeinde gegenüber dem Landkreis als Bittsteller auf.⁹³ Doch trotz reichlich fließender Zuschüsse seitens des Bundes, des Freistaats und des Landkreises sowie der Verwendung sämtlicher finanzieller Rücklagen führte der Ausbau der Infrastruktur zu einer für damalige Verhältnisse exorbitanten Verschuldung der Gemeinde. Der Schuldenstand Traschings, der zum 31. Dezember 1963 noch 4339 DM betragen hatte, stieg 1964 explosionsartig auf 99 149 DM an, und nur zwei Jahre später betrug er bereits 145 303 DM⁹⁴ – das bedeutet eine Zunahme der Verschuldung um 3300 Prozent in nur drei Jahren!

Wie in Erpfting, mußte auch in Trasching die alte politische Elite, die mit der Finanzmisere offensichtlich überfordert war, nach den Kommunalwahlen von 1966 das Feld räumen. Von den sechs neuen Gemeinderäten war nur einer wiedergewählt worden, vier hatten dagegen das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht. Bemerkenswerterweise gehörten dem neuen Gemeinderat neben vier Landwirten erstmals auch zwei kaufmännische Angestellte an, denen man offenbar den erforderlichen Sachverstand in Finanzangelegenheiten zutraute. Im Amt des Bürgermeisters trat der erst 34jährige Landwirt Max Schwarzfischer die Nachfolge von Vinzenz Bauer (Jahrgang 1901) an, der die Gemeindepolitik seit 1952 bestimmt, nun jedoch auf eine neuerliche Kandidatur verzichtet hatte.⁹⁵

Anders als am Lechrain, standen die neuen Männer im Kampf um die Sanierung der Gemeindefinanzen jedoch von vornherein auf verlorenem Posten. Das lag weniger an den hohen Schulden selbst, sondern vielmehr an der Tatsache, daß den in horrendem Maße zunehmenden Ausgaben keine ausreichende Einnahmebasis gegenüberstand. In Trasching war nämlich die Ansiedlung von Industriebetrieben nicht geglückt, deren Gewerbesteuerzahlungen die Gemeindefinanzen mittelfristig hätten sanieren können. Daher schlug die Rechnungsprüfungsstelle beim

⁹² Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching, 024/1.7, Sitzungsniederschrift des Gemeinderats vom 21. 9. 1964.

⁹³ Im Zuge einer Straßenbaumaßnahme mit einem Gesamtvolumen von 205 000 DM mußte die Gemeinde beispielsweise 50 000 DM Eigenleistung aufbringen, die – da Trasching das Geld natürlich nicht hatte – in Form eines Darlehens bereitgestellt werden sollten. Da die Gemeinde zu diesem Zeitpunkt aber bereits mit fast 100 000 DM in der Kreide stand und darüber hinaus noch 15 000 DM zur Restfinanzierung des Schulbaus aufbringen mußte, bat man den Landkreis, zumindest die Verrentung des Darlehens über 50 000 DM zu übernehmen. Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching, 024/1.7, Sitzungsniederschrift des Gemeinderats vom 8. 7. 1966.

⁹⁴ Zahlen nach Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching, 903/1.3, Schuldenstand 1958–1969.

⁹⁵ Diese Angaben nach BLASD, Referat Wahlen, Gemeindemappe Trasching.

Landratsamt schon im November 1964 Alarm: Ihre Berechnungen ergaben, daß der Gemeinde dauerhafte Einnahmeüberschüsse von jährlich 9600 DM zur Verfügung standen, was rund 34 Prozent der allgemeinen Deckungsmittel Traschings entsprach.⁹⁶ Die damit verbundene Warnung, eine weitere Kreditaufnahme könne die Schuldendienstgrenze der Gemeinde überschreiten, wurde jedoch in den Wind geschlagen. Ende 1968 betrug die Aufwendungen Traschings für den unrentierlichen Schuldendienst schon über 41 Prozent ihrer allgemeinen Deckungsmittel. Damit zählte Trasching zu den am stärksten verschuldeten Gemeinden im Landkreis Roding. Die kreisangehörigen Gemeinden im Regental mußten zu diesem Zeitpunkt im Schnitt knapp 20 Prozent ihrer jährlichen Einnahmen für den Schuldendienst verwenden, bayernweit betrug der Anteil lediglich 10,5 Prozent.⁹⁷

d) Erschließung – Finanzkraft – Verschuldung

Die drei Nahaufnahmen aus dem Regental deuten darauf hin, daß sich auch innerhalb der ländlichen Regionen Zentrum und Peripherie sehr unterschiedlich entwickelten.⁹⁸ In der Kreisstadt begann man, erstens, erheblich früher mit der forcierten Verbesserung der Infrastruktur, die in Strahlfeld und Trasching erst in den sechziger Jahren in Angriff genommen wurde. Während es der Stadt Roding, zweitens, gelang, im Zuge dieses Prozesses an finanzieller Leistungsfähigkeit und damit an autonomen Handlungsmöglichkeiten zu gewinnen, rutschten die kleinen Landgemeinden immer tiefer in die Verschuldung, ohne daß sie eine signifikante Steigerung ihrer Einnahmen erzielten. Daher degenerierten sie schließlich zu Kostgängern von Bund und Land, was einen deutlichen Verlust an kommunaler Autonomie bedeutete. Aber wie repräsentativ sind diese drei Beispiele aus dem Landkreis Roding? Ein exakter Nachweis ist unmöglich, denn er würde zahllose lokale Tiefbohrungen erfordern, doch macht ein weiterer Blick in die Statistik die Befunde zumindest plausibel. Die folgenden drei Tabellen weisen die Belastung der kreisangehörigen Gemeinden aller elf in die Untersuchung einbezogenen Regionen zum 31. März 1957, zum 31. Dezember 1963 und zum 31. Dezember 1970 aus.

1957 waren von den insgesamt 628 Gemeinden dieser elf Landkreise erst 323 überhaupt verschuldet, also nur etwas mehr als die Hälfte. Von diesen hatten wiederum 40 Prozent Kredite ausschließlich zu rentierlichen Zwecken aufgenommen, die ihre Finanzen nicht strapazierten. Die geringe Zahl an belasteten Verwaltungseinheiten deutet darauf hin, daß die Erschließung des Landes 1957 vielerorts noch nicht in Angriff genommen worden war. Die Gemeinde Trasching, die seinerzeit mit geradezu lächerlichen 1477 DM in der Kreide stand, klagte noch nicht über unrentierliche Schulden, und Strahlfeld hatte noch eine vollkommen weiße Weste.⁹⁹

⁹⁶ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching, 903/1.3, Rechnungsprüfungsstelle des LRA Roding, Gutachten über die Leistungsfähigkeit der Gemeinde Trasching vom 6. 11. 1964.

⁹⁷ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching, 903/1.3, Rechnungsprüfungsstelle des LRA Roding an alle Gemeinden des LK Roding vom 21. 2. 1969.

⁹⁸ So auch Siedentopf, Gemeindegröße und kommunale Leistungskraft.

⁹⁹ Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. 3. 1957, S. 77.

Tabelle 18: Schuldendienstbelastung der kreisangehörigen Gemeinden 1957

Landkreis	Anteil des unrentierlichen Schuldendienstes an den allgemeinen Deckungsmitteln				
	Unbelastet	Bis 10%	10 bis 25%	25 bis 50%	Über 50%
Landsberg	14	9	9	16	2
Wasserburg	6	3	1	0	0
Bogen	10	18	6	0	0
Beilngries	6	9	5	0	0
Neumarkt	7	14	8	0	0
Roding	10	8	5	5	0
Feuchtwangen	13	6	14	2	0
Rothenburg	15	5	10	2	0
Königshofen	14	8	3	1	0
Neuburg	12	10	3	0	0
Nördlingen	23	7	3	1	0
Gesamt	130	97	67	27	2

Quelle: Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31.3. 1957, S. 48–129. Die Aufstellungen enthalten nur einen Teil der kreisangehörigen Gemeinden, die übrigen waren zum Erhebungszeitpunkt wahrscheinlich schuldenfrei.

Die Höhe der Gesamtschulden und die daraus resultierenden Belastungen waren allerdings zwei Paar Stiefel. Was das erste betraf, lagen die Städte und Marktgemeinden unangefochten an der Spitze. Am tiefsten in der Kreide stand die Stadt Wasserburg mit 1 758 066 DM, was jedoch nur einer Belastungsquote durch den unrentierlichen Schuldendienst von 13,9 Prozent entsprach.¹⁰⁰ Unter den wenigen Kommunen, die bereits in den späten fünfziger Jahren unter dieser Bürde ächzten und mehr als ein Viertel ihrer Einnahmen in Zinsen und Tilgung stecken mußten, befand sich dagegen weder eine Kreisstadt noch eine Marktgemeinde. Am stärksten war die Gemeinde Stadl aus dem Landkreis Landsberg am Lech betroffen, ein Dorf von 448 Einwohnern, das 52,4 Prozent seiner allgemeinen Deckungsmittel für den Schuldendienst aufwenden mußte. Ein ähnliches Los traf fast ausschließlich kleinere Kommunen, die schon relativ früh größere Erschließungsmaßnahmen durchführten. 1958 erlitt es auch die Gemeinde Stefing, die eine Brücke über den Regen errichten mußte. Obwohl Landrat Sackmann alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, um Kosten zu sparen, stellte das Landratsamt Anfang 1959 fest, „daß die Gemeinde nachweislich ausschließlich durch den genannten Brückenbau in eine schlechte finanzielle Lage geraten ist.“¹⁰¹ Jährlichen Einnahmen von 24 500 DM standen Ausgaben von 26 000 DM gegenüber, die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung schnellte auf 84,- DM empor, weit mehr als bei anderen Kommunen in dieser Größenordnung, und die dringend nötigen Investitionen in die Wasserversorgung und eine Kanalisation schienen auf Jahre hinaus in Frage gestellt. „Da diese Maßnahmen jedoch unaufhaltsam sein werden“, unkte

¹⁰⁰ Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31.3. 1957, S. 54. Die folgenden Angaben finden sich ebenda, S. 48.

¹⁰¹ StA Amberg, LRA Roding 3187, Stellungnahme der Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamts Roding vom 9. 1. 1959. Das folgende Zitat findet sich ebenda.

das Landratsamt, „bedeutet deren Durchführung für die Gemeinde enorme Steuererhöhungen und weitere Schuldenbelastungen.“

Das waren beinahe prophetische Worte. 1963 drückten Stefling Darlehen in Höhe von 121 009 DM, was einer Verschuldung von fast 225,- DM pro Einwohner und einer Belastung durch den unrentierlichen Schuldendienst von 13,3 Prozent der Einnahmen entsprach.¹⁰² Allerdings folgte die Gemeinde damit nicht unbedingt dem allgemeinen Trend: Seinerzeit waren fast ein Viertel der Kommunen noch gar nicht oder nur rentierlich verschuldet; im Landkreis Wasserburg beispielsweise hatten 33 von 62 Gemeinden noch überhaupt keine Kredite aufgenommen! Zudem konnten fast 43 Prozent aller Verwaltungseinheiten in den elf untersuchten Landkreisen mit einer Schuldendienstbelastung von unter zehn Prozent der allgemeinen Deckungsmittel noch ganz gut leben.

Allerdings hatte die Zahl der tiefer in der Kreide stehenden Verwaltungseinheiten gegenüber 1957 bereits zugenommen. Am lautesten stöhnte die 230-Seelen-Gemeinde Thann im Landkreis Feuchtwangen, die 65,6 Prozent ihrer allgemeinen Deckungsmittel für den unrentierlichen Schuldendienst aufwenden mußte¹⁰³, unter der Bürde von Zins- und Tilgungsleistungen. Dagegen befanden sich die Städte und Marktflecken, abgesehen vom Markt Gars am Inn, der 29,4 Prozent seiner Einnahmen für den Schuldendienst aufwenden mußte, nach wie vor nicht unter den besonders hoch verschuldeten Kommunen.

Tabelle 19: Schuldendienstbelastung der kreisangehörigen Gemeinden 1963

Landkreis	Anteil des unrentierlichen Schuldendienstes an den allgemeinen Deckungsmitteln				
	Unbelastet	Bis 10%	10 bis 25%	25 bis 50%	Über 50%
Landsberg	2	28	24	4	1
Wasserburg	37	15	6	4	0
Bogen	6	20	17	1	0
Beilngries	11	20	12	2	0
Neumarkt	17	37	13	1	0
Roding	4	17	17	5	1
Feuchtwangen	10	17	19	3	2
Rothenburg	17	31	12	1	0
Königshofen	2	22	9	0	0
Neuburg	21	33	20	5	2
Nördlingen	23	26	24	1	0
Gesamt	150	266	173	27	6

Quelle: Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden am 31. 12. 1963, S. 42–227. Im Landkreis Bogen und im Landkreis Neumarkt fehlte die Angabe zu jeweils einer Gemeinde, im Landkreis Neuburg lagen zu vier Gemeinden keine Daten vor.

¹⁰² Statistische Berichte: Schulden von Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden am 31. 12. 1963, S. 109.

¹⁰³ Ebenda, S. 153. Die folgende Angabe findet sich ebenda, S. 56.

Das sollte sich erst 1970 teilweise ändern, als neben Gars am Inn (34,3 Prozent) auch der im Landkreis Neumarkt gelegene Markt Sulzbürg (36,4 Prozent), die Märkte Saal an der Saale (32,9 Prozent) und Trappstadt (27,7 Prozent) sowie die Kreisstadt Königshofen (25,4 Prozent), die Stadt Berching aus dem Landkreis Beilngries (27,5 Prozent) sowie die Gemeinden Utting (28,4 Prozent) und Penzing (66,1 Prozent) aus dem Landkreis Landsberg eine höhere Schuldendienstbelastung aufwiesen. Doch wenn Penzing damit auch zu einer der am stärksten belasteten Kommunen überhaupt avancierte, ächzten viele kleine Landgemeinden nach wie vor erheblich lauter als die regionalen Zentren unter den Folgekosten der Erschließung, die nun flächendeckend betrieben wurde. Nur noch knapp zwölf Prozent der Gemeinden des ländlichen Raums waren auch 1970 frei von Zins- und Tilgungslasten, dagegen hatte sich die Zahl der stärker verschuldeten auf fast 20 Prozent und die der überschuldeten auf knapp drei Prozent erhöht.

Vor allem die 16 Verwaltungseinheiten, deren Belastungsquote aus dem Schuldendienst über 50 Prozent der Einnahmen betrug, waren in ihrem Handlungsspielraum stark eingeschränkt, wenn sie denn überhaupt noch einen besaßen. Besonders kritisch sah es in der Gemeinde Vogelthal, einem winzigen Dorf von 147 Einwohnern im Landkreis Beilngries aus, das mit 67,3 Prozent über zwei Drittel seiner allgemeinen Deckungsmittel für den unrentierlichen Schuldendienst ausgab.¹⁰⁴ Dabei ging es gar nicht um besonders hohe Beträge: Vogelthal stand lediglich mit 94740 DM in der Kreide, eine Summe, die sich im Vergleich mit dem

Tabelle 20: Schuldendienstbelastung der kreisangehörigen Gemeinden 1970

Landkreis	Anteil des unrentierlichen Schuldendienstes an den allgemeinen Deckungsmitteln				
	Unbelastet	Bis 10%	10 bis 25%	25 bis 50%	Über 50%
Landsberg	2	27	14	13	1
Wasserburg	21	15	15	5	1
Bogen	0	5	16	16	2
Beilngries	7	11	15	10	1
Neumarkt	3	20	26	17	0
Roding	0	7	23	11	2
Feuchtwangen	1	25	13	8	0
Rothenburg	6	36	14	3	0
Königshofen	0	6	11	13	1
Neuburg	17	34	14	11	5
Nördlingen	12	20	27	11	3
Gesamt	69	206	188	118	16

Quelle: Statistische Berichte: Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. 12. 1970, S. 39–126. In den Landkreisen Wasserburg, Beilngries, Roding und Nördlingen fehlten die Angaben zu jeweils einer Gemeinde, in Rothenburg und Königshofen zu jeweils zwei sowie in Feuchtwangen und Neuburg zu jeweils vier.

¹⁰⁴ Statistische Berichte: Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. 12. 1970, S. 62. Die folgende Angabe zur Verschuldung der Stadt Wasserburg findet sich ebenda, S. 46.

Schuldenstand der Stadt Wasserburg mit fast sieben Millionen DM äußerst bescheiden ausnahm. Das Hauptproblem der kleinen Landgemeinden bestand in der erschreckend geringen Einnahmebasis, die keine „großen Sprünge“ erlaubte.¹⁰⁵ Da es ihnen in der Regel nicht gelang, die Einkünfte durch die Ansiedlung von Industriebetrieben deutlich zu vergrößern, gingen schon kleinere Erschließungsmaßnahmen an die Grenzen ihrer Leistungskraft – oder darüber hinaus. So wurden ihre bescheidenen Überschüsse in immer stärkerem Maße durch den Schuldendienst aufgezehrt.¹⁰⁶

Für die unterschiedliche Entwicklung zwischen den regionalen Zentren und der ländlichen Peripherie zeichneten eine Reihe von Faktoren verantwortlich. In den kleinen Dörfern waren die Charakteristika der politischen Eliten des ländlichen Raums besonders stark ausgeprägt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bekleideten Bauern das Amt des Bürgermeisters, denen es an der nötigen Zeit und manchmal auch am nötigen Horizont fehlte, um ihre Gemeinde zu erschließen, ohne sie in die Schuldenfalle zu führen. Während der Bürgermeister einer Kreisstadt zumindest über einen bescheidenen Verwaltungsapparat gebot, fehlte den Ortsvorstehern in den Zwerggemeinden jede Unterstützung. Man sparte damit am falschen Ende, denn ohne entsprechend ausgebildetes Personal ließ sich etwa das zunehmend komplizierter werdende Geschäft der Einwerbung staatlicher Zuschüsse kaum mehr bewältigen.¹⁰⁷ Darüber hinaus befanden sich die meisten Dörfer in einem Teufelskreis, aus dem es kaum ein Entkommen gab: Aufgrund ihrer mangelhaften Infrastruktur waren sie unattraktiv für Industriebetriebe¹⁰⁸, die es vorzogen, sich in den regionalen Zentren niederzulassen. Daher fehlten den Landgemeinden die dringend benötigten zusätzlichen Einnahmen für eine forcierte Erschließungspolitik, um die eigene Anziehungskraft zu vergrößern. Durch ihre einseitige Konzentration auf die Förderung der zentralen Orte verstärkte die Landesplanung dieses Problem sogar noch, weil die Mittel aus den staatlichen Sonderprogrammen dadurch hauptsächlich in die ohnehin wohlhabenderen regionalen Zentren flossen. Den meisten Dörfern blieb daher nichts anderes übrig, als wenigstens die Verkehrsanbindung an die Mittel- und Kleinstädte im ländlichen Raum zu verbessern – und sich auf diese Weise nicht selten bis über beide Ohren zu verschulden.

¹⁰⁵ WZ vom 4. 3. 1952 („Finanzielle Akrobatentückchen sichern den Haushaltsausgleich“).

¹⁰⁶ Vgl. Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching 903/1.3, Staatliche Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamts Roding an alle Gemeinden des Landkreises, undatiert (1966), Anlage: Verschuldung, Schuldendienst, Realsteuerkraftzahl, Schlüsselzuweisungen, Umlageausgaben und Hebesätze der Gemeinden des Landkreises Roding, und Staatliche Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamts Roding an alle Gemeinden des Landkreises Roding vom 21. 2. 1969, Anlage: Unrentierlicher Schuldendienst in Prozent der allgemeinen Deckungsmittel nach dem Stand vom 31. 12. 1968. Ein Vergleich dieser beiden Aufstellungen zeigt, daß der Anteil der allgemeinen Deckungsmittel, den die Kommunen für den Schuldendienst aufbringen mußten, bei den kleinen Landgemeinden meist erheblich stärker stieg als bei den Städten und Marktgemeinden.

¹⁰⁷ Vgl. Balcar, *Kosten der Erschließung*, S. 271 f.

¹⁰⁸ Schlemmer/Woller (Hrsg.), *Erschließung des Landes*, S. 13 ff.

2. Die Folgen der Erschließung

a) Die kommunale Gebietsreform als Ausweg aus der Schuldenfalle

War die Politik für das Land demnach ein Mißerfolg? Manches spricht für diese Sichtweise. Unter anderem führte die mit der Erschließung des Landes verbundene finanzielle Belastung nicht nur zur Einschränkung des autonomen Handlungsspielraums vieler Landgemeinden, sie leistete in zweifacher Hinsicht sogar ihrer Auflösung im Zuge der kommunalen Gebietsreform Vorschub. Auch in Bayern beschränkte sich die Reform nicht auf den Neuzuschnitt der Landkreise und kreisfreien Städte, sondern griff auch auf die Gemeinden über, deren Neugliederung allerdings nicht zu einem Stichtag erfolgte, sondern sich von 1971 bis 1978 über sieben Jahre hinzog. Wie tief das kommunale Revirement in die administrative Topographie des Freistaats einschneidet, verdeutlicht schon ein Blick auf die Zahlen: Von den 6962 kreisangehörigen Gemeinden, die noch Anfang 1970 in Bayern existierten, blieben schließlich nur 2050 erhalten¹⁰⁹, weniger als ein Drittel!

Das erklärte Ziel der Reform bestand in der Schaffung leistungsfähiger Verwaltungseinheiten, die Aufgaben der übergeordneten Behörden übernehmen sollten, um Kompetenzen, etwa im Bereich der Planung¹¹⁰, von oben nach unten verlagern zu können und die Verwaltung so möglichst bürgernah zu gestalten.¹¹¹ Daher waren in erster Linie kleine Landgemeinden von den Eingemeindungen betroffen. Von den 5246 Gemeinden unter 1000 Einwohnern, die 1970 bestanden, existierten zehn Jahre später nur noch 244, davon nur noch eine einzige mit weniger als 200 Einwohnern.¹¹² Seit den Zeiten eines Montgelas hatte die politische Landkarte Bayerns keine derart einschneidenden Veränderungen mehr erlebt. Allerdings stellte die Gebietsreform kein bayerisches Phänomen dar, auch die anderen Flächenstaaten der Bundesrepublik setzten Ende der sechziger und in den frühen siebziger Jahren derartige Maßnahmen ins Werk, und die Zahl der Gemeinden in Westdeutschland verringerte sich im Zuge dieses Prozesses von 24438 auf schließlich 8505.¹¹³ In dem klassischen Dilemma zwischen politischer Partizipation der Einwohner und Effizienz der Administration entschied man sich also letztlich für

¹⁰⁹ Diese Angaben nach SJbB 33 (1981), S. 8.

¹¹⁰ Vgl. Neuer-Miebach, Zum Zusammenhang von Gebiets-, Verwaltungsreformen und kommunaler Planung. Aus der Sicht der bayerischen Landesplanung vgl. dazu Guthsmuths, Landesentwicklung und Umweltschutz.

¹¹¹ In den grundsätzlichen Zielen wie auch in der Überzeugung von der Unausweichlichkeit durchgreifender Veränderungen waren sich Regierung und Opposition, so unterschiedlich ihre Vorstellungen bezüglich der Gebietsreform im einzelnen auch ausfielen, durchaus einig. Zu den Konzeptionen der CSU-geführten Staatsregierung vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Die richtige Ordnung. Zu den Vorstellungen der SPD vgl. SPD-Landesverband Bayern (Hrsg.), Verwaltungs- und Gebietsreform in Bayern. Zu den Hintergründen und Zielen der Gebietsreform in Bayern vgl. Bocklet, Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform. Zu diesem Komplex vom juristischen Standpunkt auch Scholler, Die bayerische Gemeindegebietsreform. Der Ruf nach einer Stärkung der kommunalen Leistungsfähigkeit war keineswegs neu, er war bereits in den fünfziger Jahren laut geworden. Etwa Hirsch, Stärkung der Verwaltungskraft ländlicher Gemeinden.

¹¹² Diese Angaben nach SJbB 33 (1981), S. 8. Dazu Voigt, Kommunalpolitik im ländlichen Raum, S. 6.

¹¹³ Diese Angabe nach Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik, S. 376 ff. Vgl. im folgenden ebenda, S. 376–380, und Albertin/Kaim/Werle, Zukunft der Gemeinden.

die Effektivität und gegen die Bürgerbeteiligung, wofür nicht zuletzt die atemberaubende Verschuldung vieler kleiner Kommunen den Ausschlag gab.

In Bayern setzte Bruno Merk bei der Gemeindegebietsreform weniger auf Zwang, der für ihn nur die ultima ratio zur Durchsetzung des mit seinem Namen verbundenen Reformwerks darstellte. Der Innenminister versuchte vielmehr, den Gemeinden nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche“, Anreize zum freiwilligen Zusammenschluß zu bieten. Für diesen Fall stellte die Staatsregierung den betroffenen Kommunen hohe zusätzliche Finanzspritzen in Aussicht¹¹⁴, deren Höhe nach einem komplizierten Modus auf der Grundlage der Schlüsselzuweisungen berechnet wurde, welche die aufgelösten Gemeinden in den letzten drei Jahren durchschnittlich erhalten hatten. Diese Sondermittel sollten sechs Jahre lang fließen und nicht zur Berechnung der Kreisumlage herangezogen werden. Darüber hinaus erhielt die neu entstandene Großgemeinde statt der früheren Investitionszuschüsse Sondermittel in Höhe von 80,- DM für jeden aufgenommenen Einwohner. Angesichts der erdrückenden Schuldenlast griffen nicht wenige Bürgermeister dankbar nach diesem Rettungsanker. In gewisser Weise begrüßten die politischen Eliten mancherorts die Gebietsreform und die damit verbundene Auflösung der eigenen Gemeinde als willkommenen Ausweg aus der Schuldenfalle.

Die Reaktion in Erpfting, wo man sich mit allen Mitteln gegen die Eingemeindung in die Kreisstadt wehrte, war also nicht für alle Kommunen typisch. Mancherorts kam es über die Gemeindegebietsreform zu heftigen Konflikten, anderenorts verlief die Auflösung dagegen ganz unspektakulär. Während sich beispielsweise die fränkische Gemeinde Ermershausen durch ihren zähen Widerstand gegen die Zwangseingemeindung, den sie durch alle rechtlichen Instanzen leistete, einen beinahe legendären Ruf erwarb¹¹⁵, konnten viele der besonders stark verschuldeten Landgemeinden dem finanziellen Angebot des Innenministeriums kaum widerstehen. Einer Aufstellung des Landratsamts Roding zufolge durfte etwa die Gemeinde Trasching für den Fall des freiwilligen Zusammenschlusses mit einer anderen Gemeinde in den folgenden sieben Jahren mit zusätzlichen staatlichen Mitteln in Höhe von 146 140 DM rechnen, Strahlfeld winkten sogar zusätzliche 233 348 DM.¹¹⁶ Angesichts der desolaten finanziellen Lage sprachen sich die Einwohner Strahlfelds in einer Bürgerversammlung im Februar 1971 mit großer Mehrheit für den Zusammenschluß mit einer Großgemeinde aus, für den sich nicht zuletzt der Ortsverband der CSU stark gemacht hatte.¹¹⁷ Nun blieb lediglich die Frage zu entscheiden, welcher Verwaltungseinheit man sich anschließen wollte. Zur Wahl standen die Marktgemeinde Stamsried und die Stadt Ro-

¹¹⁴ Das Folgende nach Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Gebietsreform Bayern, S. 25 f.

¹¹⁵ Vgl. Holtmann/Killisch, Lokale Identität und Gemeindegebietsreform. Dazu auch Voigt, Kommunalpolitik im ländlichen Raum, S. 8 f.

¹¹⁶ Diese Angaben nach Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching 022/2.2, Landratsamt Roding an alle Gemeinden des Landkreises Roding vom 30. 7. 1970.

¹¹⁷ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Strahlfeld 022/2.1, Rundbrief des CSU-Ortsverbands Strahlfeld an alle Einwohner vom 19. 8. 1970, sowie Beschlußbuch der Gemeinde Strahlfeld, Niederschrift über die am 16. 2. 1971 im alten Schulhaus einberufene Bürgerversammlung. Der Beschluß, die Selbständigkeit aufzugeben, erfolgte einstimmig bei lediglich einer Enthaltung.

ding, die beide großes Interesse an der Aufnahme Strahlfelds äußerten und großzügige Konditionen im Fall der Eingemeindung anboten.¹¹⁸ Die Entscheidung für die Stadt Roding fiel schließlich auf einer weiteren Bürgerversammlung Anfang April 1971.¹¹⁹ Direkt im Anschluß beschlossen Bürgermeister und Gemeinderat einstimmig, „einen Zusammenschluß mit Roding bis zum 1. Juli 1971 durchzuführen“.¹²⁰ Bereits einen Monat später stimmte der Strahlfelder Gemeinderat dem Eingemeindungsvertrag mit der Stadt Roding zu, der unter anderem festlegte, daß die Freiwillige Feuerwehr Strahlfelds sowie alle lokalen Vereine fortbestehen und daß die nach erfolgter Eingemeindung zu erwartenden finanziellen Sonderzuweisungen ausschließlich für Maßnahmen verwendet werden sollten, die dem Gebiet der aufgelösten Gemeinde Strahlfeld zugute kamen.¹²¹ Alles in allem verlief die Eingemeindung von insgesamt elf Kommunen in die Stadt Roding, darunter auch die Traschings, ebenso zügig wie reibungslos.¹²²

So gesehen, führte die forcierte Erschließungspolitik viele kleine Landgemeinden in eine Sackgasse, an deren Ende die Eingemeindung stand. Doch damit war das Grundproblem, die mitunter horrende Verschuldung der Kommunen, noch nicht aus der Welt geschafft, sondern lediglich an die neu entstandenen größeren Verwaltungseinheiten weitergegeben worden. Dementsprechend düster fiel denn auch das Bild aus, das der Rechtswissenschaftler Dieter Blumwitz von der finanziellen Entwicklung der Gemeinden zeichnete: Seinen Berechnungen zufolge waren den Kommunen von jeder eingenommenen Steuermark 1969 immerhin noch 26 Pfennig „für den eigenen lokalen Entscheidungsspielraum“ verblieben; 1971 hatte sich dieser Betrag bereits auf etwa 13 Pfennig halbiert, und 1975 waren es nur noch zwischen fünf und zehn Pfennig.¹²³ Diese Entwicklung stellte der Gebietsreform, gemessen an ihrem Ziel, die Kommunen leistungs- und damit handlungsfähiger zu machen, ein schlechtes Zeugnis aus.

*b) Zum Erfolg regionaler und lokaler Infrastrukturpolitik:
Strukturdaten 1950 und 1968*

Wenn die Erschließung des Landes schon wenig zur Steigerung der kommunalen Leistungskraft auf dem Land beitrug, erreichte sie dann wenigstens das Ziel einer nachhaltigen Modernisierung der sozioökonomischen Strukturen in den besonders rückständigen Regionen? Auch diese Frage ist kaum zu beantworten, ohne

¹¹⁸ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Strahlfeld 022/2.1, Markt Stamsried an die Gemeinde Strahlfeld vom 15. 2. 1971, und Stadt Roding an die Gemeinde Strahlfeld, undatiert (Anfang März 1971).

¹¹⁹ Von 41 anwesenden Gemeindebürgern sprachen sich 37 für die Stadt Roding aus, drei votierten für Stamsried und einer enthielt sich der Stimme. Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Strahlfeld, Beschlußbuch, Niederschrift über die Bürgerversammlung am 6. 4. 1971.

¹²⁰ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Strahlfeld, Beschlußbuch, Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats am 6. 4. 1971.

¹²¹ Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Strahlfeld 022/2.1, Vertrag zwischen der Stadt Roding und der Gemeinde Strahlfeld vom 4. 5. 1971.

¹²² Stadtarchiv Roding, Bestand: Gemeinde Trasching 022/2.2, Vereinbarung zwischen der Stadt Roding und der Gemeinde Trasching vom 28. 4. 1971.

¹²³ ACS, BV Schwaben 127, Landesversammlung der KP, am 21. 6. 1975 in Ansbach, Referat Prof. Dr. Dieter Blumwitz: „Wesenskern kommunaler Selbstverwaltung“, S. 9.

eine Reihe weiterer regionaler und lokaler Tiefbohrungen vorzunehmen. Ein letzter Blick in die Statistik liefert zumindest erste Anhaltspunkte.

Was die Bevölkerungsentwicklung betrifft, boten die elf in die Untersuchung einbezogenen Landkreise kein einheitliches Bild.¹²⁴ Während Landsberg und Neumarkt mit einem Plus von 6,2 Prozent bzw. 17,2 Prozent ein deutliches Wachstum verzeichneten und der Landkreis Roding bei etwas über 32000 Einwohnern stagnierte, mußten die übrigen acht Regionen einen teilweise beachtlichen Schwund verkraften. Besonders besorgniserregend war die Abwanderung in Nördlingen mit 16,6 Prozent und vor allem in Rothenburg ob der Tauber, wo die Bevölkerung zwischen 1950 und 1968 von 25300 auf 19021 zurückging und damit um fast ein Viertel abnahm! Während die beiden kreisfreien Städte Nördlingen und Rothenburg im selben Zeitraum leichte Zunahmen registrierten, zogen die Menschen in Scharen aus den kleinen Landgemeinden weg. Ein besonders krasses Beispiel markierte die mittelfränkische Zwerggemeinde Ermetzhof, die 1950 noch 105 Seelen verzeichnet hatte. 20 Jahre später waren es nur noch 51, was einer Bevölkerungsdichte von 29 Einwohnern pro Quadratkilometer entsprach.¹²⁵ Wenn die „Entvölkerung“ des Landes auch in den meisten anderen Kreisen und Dörfern weniger drastisch ausfiel, hatten die Landesplaner ihr Ziel, die Abwanderung zu stoppen, in den meisten Regionen nicht erreicht. Gemessen am bayerischen Durchschnitt, vergrößerte sich der Abstand hinsichtlich der Bevölkerungsdichte bis zum Ende der sechziger Jahre sogar noch.

Hinsichtlich der Erwerbsstruktur zeichnete sich ein einheitlicher Trend ab: Zwar verlor der primäre Sektor überall und meist erheblich an Bedeutung, er blieb jedoch in allen elf Landkreisen weiterhin erheblich über dem landesweiten Durchschnitt. Nirgendwo sank der Anteil der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten signifikant unter ein Drittel – nicht einmal im Landkreis Neumarkt, obwohl er dort zwischen 1950 und 1968 um 35 Prozentpunkte abnahm. Jenseits dieses allgemeinen Trends deuten die statistischen Daten drei ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten des ländlichen Raums an: Der erste Weg, den die Landkreise Neumarkt und Neuburg beschritten, führte in die Industrialisierung. In Neumarkt waren 1950 nur acht Industriebetriebe mit mehr als zehn Beschäftigten vorhanden gewesen, die zusammen 410 Erwerbstätige in Lohn und Brot gebracht hatten. 1968 zählte der Landkreis im Oberpfälzer Jura bereits 24 Betriebe mit insgesamt 1223 Arbeitern und Angestellten.¹²⁶ Sowohl Produktionsstätten als auch Arbeitsplätze hatten sich verdreifacht, und damit stellte die Industrie die wichtigste Erwerbsquelle in Neumarkt dar. Anders sah es im Landkreis Landsberg am Lech aus, wo sich die Zahl der Betriebe von zwölf auf 29 und die der Beschäftigten von 538 auf 1127 vergrößerte.¹²⁷ Dennoch sank das relative Gewicht des produzierenden Gewerbes im selben Zeitraum von 30,1 auf 27,7 Prozent, da offenbar

¹²⁴ Die folgenden Angaben stammen, soweit nicht anders gekennzeichnet, aus eigenen Berechnungen nach SJB 24 (1952), S. 490–537 (Angaben für 1950), und SJB 29 (1969), S. 390–429 (Angaben für 1968).

¹²⁵ BSB 304 b, S. 332.

¹²⁶ Diese Angaben nach BiZ 9/1961, Beilage: Kreisfreie Stadt und Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz in der amtlichen Statistik, S. 13, und SJB 29 (1969), S. 408.

¹²⁷ Diese Angaben nach BiZ 12/1962, Beilage: Kreisfreie Stadt und Landkreis Landsberg am Lech in der amtlichen Statistik, S. 15, und SJB 29 (1969), S. 406.

Tabelle 21: Entwicklung von Bevölkerungsdichte, Erwerbstätigkeit und Realsteuerkraft

Landkreis	Bevölkerungsdichte		Erwerbstätigkeit				Realsteuerkraft	
	<i>Einwohner pro qkm</i>		Primärer Sektor		Industrie/Ge- werbe		<i>DM pro Ein- wohner</i>	
	1950	1968	1950	1968	1950	1968	1950	1968
Landsberg	74	79	49,9	35,0	30,1	27,7	25,3	117,6
Wasserburg	84	80	51,5	39,4	30,1	33,7	25,9	147,7
Bogen	78	73	65,3	42,8	23,2	28,2	17,0	81,8
Beilngries	71	65	58,0	36,1	27,7	30,6	20,4	109,6
Neumarkt	55	65	68,3	33,0	22,2	40,9	18,4	87,0
Roding	64	64	56,2	32,1	28,1	38,7	16,9	103,8
Feuchtwangen	85	80	56,3	36,9	30,0	35,6	17,7	145,9
Rothenburg	56	42	70,2	60,8	21,1	22,1	20,3	86,2
Königshofen	68	60	62,5	40,5	23,1	35,4	20,3	92,6
Neuburg	71	66	63,5	44,3	25,0	44,4	19,9	121,5
Nördlingen	82	68	62,5	54,1	25,7	28,5	22,3	108,7
Bayern	130	147	30,6	16,6	41,0	44,4	24,7	211,8

Quelle: Eigene Berechnungen nach SJB 24 (1952), S. 490–537 (Angaben für 1950) und SJB 29 (1969), S. 390–429 (Angaben für 1968).

viele kleinere Handwerksbetriebe in den fünfziger und sechziger Jahren aufgeben mußten.¹²⁸ Am Lech blühte statt dessen der Dienstleistungssektor auf, was nicht zuletzt daran gelegen haben dürfte, daß die Ammersee-Gemeinden zum Naherholungsgebiet der Landeshauptstadt zählten. Während sich Landsberg, Wasserburg oder Bogen auf dem Weg in die Tertialisierung befanden, blieb in Nördlingen und in Rothenburg weitgehend alles beim alten. Im Landkreis Rothenburg waren die Versuche der Industrieansiedlung weitgehend erfolglos geblieben: Die Zahl der Betriebe hatte sich zwischen 1950 und 1968 lediglich von sieben auf zwölf erhöht, was statt ursprünglich 118 Menschen nun 222 Arbeit verschaffte.¹²⁹ Da hier aber auch keine Jobs im Dienstleistungssektor entstanden, mußten nach wie vor über 60 Prozent der Erwerbstätigen ein Auskommen in der Land- und Forstwirtschaft finden.

Im Hinblick auf die Steuerkraft lassen sich zwei Trends ausmachen. Erstens ist die gewaltige Steigerung der Einnahmen in allen elf Landkreisen augenfällig, die mehr Geld als je zuvor in die Kassen der Kommunen brachte. Allerdings konnten die agrarisch geprägten Regionen, zweitens, wieder nicht mit der landesweiten Entwicklung Schritt halten, im Gegenteil: 1950 lagen sie noch relativ nahe am bayerischen Durchschnitt, die oberbayerischen Regionen Landsberg und Wasser-

¹²⁸ So hatte die Zahl der Handwerksbetriebe im Landkreis Landsberg allein zwischen 1949 und 1956 von 1053 auf 842 abgenommen, was mit dem Verlust von rund 200 Arbeitsplätzen einherging. BiZ 12/1962, Beilage: Kreisfreie Stadt und Landkreis Landsberg am Lech in der amtlichen Statistik, S. 15. Vgl. zu diesem Themenkomplex Boyer/Schlemmer, „Handwerkerland Bayern“?

¹²⁹ Diese Angaben nach BiZ 2/1962, Beilage: Kreisfreie Stadt und Landkreis Rothenburg ob der Tauber in der amtlichen Statistik, S. 15, und SJB 29 (1969), S. 410. Vgl. auch Arbeitsgemeinschaft regionale Entwicklungsarbeit in Bayern (Hrsg.), Untersuchungsbericht Landkreis Rothenburg o.d.T., S. 31–65.

burg standen sogar besser da. Davon konnte 1968 keine Rede mehr sein. So groß die Unterschiede unter den in die Untersuchung einbezogenen Kreisen auch waren, vom bayerischen Durchschnitt waren sie doch alle meilenweit entfernt. Zwar profitierte auch das Land von Wachstum und Wirtschaftswunder, jedoch lange nicht in dem Ausmaß wie der Landesdurchschnitt, so daß die innerbayerischen Disparitäten hinsichtlich der Finanzkraft in den fünfziger und sechziger Jahren eher noch größer wurden.

Vergleicht man die statistisch meßbare Entwicklung der im Grenzland gelegenen Landkreise Bogen, Roding und Königshofen im Grabfeld, denen sich Politik und Landesplanung im gesamten Untersuchungszeitraum mit besonderer Intensität widmeten, mit den übrigen acht Regionen, fällt es ebenfalls schwer, von einem Erfolg der regionalen Strukturpolitik zu sprechen. Bogen und Königshofen gehörten, was die Steuerkraft betrifft, zu den Schwächsten und verzeichneten, wie einige andere auch, einen negativen Bevölkerungssaldo. Selbst der Landkreis Roding, in dem mit Franz Sackmann ein so überaus dynamischer Politiker zehn Jahre als Landrat gewirkt und viel bewegt hatte, kam unter den elf Landkreisen nicht über einen Mittelplatz hinaus. Und in Regionen wie Neumarkt in der Oberpfalz oder Neuburg an der Donau stieg die Zahl der Industriebeschäftigten erheblich stärker an als am Regen, obwohl die dortigen Kommunalpolitiker kein mit Sackmann vergleichbares Engagement in Sachen Betriebsansiedlung an den Tag legten. Freilich sollte man die Aussagekraft und Reichweite der hier herangezogenen Parameter nicht überbewerten. Wie gesagt, müßten, um ein verlässlicheres Urteil über Erfolg oder Mißerfolg der Regionalpolitik sprechen zu können, eine Reihe weiterer Detailuntersuchungen durchgeführt werden. Zudem waren die Raumordnungspläne der sechziger Jahre, die ja erst 1966/67 verabschiedet wurden, mit einem Zeithorizont von 20 Jahren konzipiert worden, so daß man deren tatsächliche Wirkung erst in den achtziger Jahren erfassen könnte. Allerdings liegen für diesen Zeitraum keine Daten für die Altlandkreise mehr vor, was die Beantwortung der Frage nach den Auswirkungen der Politik für das Land enorm erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Wenn auch die Landesplaner und Erschließungspolitiker ihr wichtigstes Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen, offenbar nicht erreichten¹³⁰, sollte man sich davor hüten, voreilig den Stab über sie zu brechen. Schließlich steht außer Frage, daß die massiven Investitionen in die Infrastruktur der Landbevölkerung bedeutende Verbesserungen und Erleichterungen brachten, vor allem was Lebenschancen und Daseinsvorsorge betrifft. Insofern war die Erschließung des Landes keineswegs vergeblich, wenn man etwa bedenkt, daß im Zuge des Ausbaus der Verkehrswege „gute Straßen bis ins kleinste Dorf“ entstanden.¹³¹ So blieben Ende der sechziger Jahre alle Gemeinden auch im Winter erreichbar, was nicht unwesentlich zum „Ende der Provinz“ im Sinne Heinz

¹³⁰ Vgl. Oswald, Erfolgskontrolle in der Regionalpolitik, S. 285–290.

¹³¹ Gall, „Gute Straßen bis ins kleinste Dorf!“ So äußerte sich auch der Bundestagsabgeordnete Hans Drachsler wiederholt in Roding. Rödinger Kreis-Anzeiger vom 24. 2. 1960 („MdB Drachsler und MdL Sackmann sprachen in Roding“), und Rödinger Kreis-Anzeiger vom 2. 1. 1961 („Eine gute Straße bis ins kleinste Dorf“).

Burgharts Beitrag.¹³² Wenn sich auch die großen Hoffnungen, die in die politischen Steuerungsmechanismen gesetzt worden waren, nicht erfüllten, so steht doch fest: Die ländlichen Regionen hinkten zwar nach wie vor hinter der bayerischen Entwicklung her, ihnen blieb aber das „Schicksal eines bayerischen Mezzogiorno“ erspart, das ihnen in den fünfziger Jahren gedroht hatte.¹³³

¹³² Burghart, Ende der „Provinz“, S. 394 f.

¹³³ Schlemmer/Woller (Hrsg.), Erschließung des Landes, S. 14.

Zusammenfassung

Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Beginn der Ölkrise durchliefen die Bundesrepublik und der Freistaat sozioökonomische Veränderungen von atemberaubendem Tempo, die auch die ländlichen, agrarisch geprägten Landesteile Bayerns nicht unberührt ließen. Dabei wandelten sich jahrhundertalte Strukturen in nur wenigen Jahren: Der primäre Wirtschaftssektor verlor rapide an Bedeutung, dagegen fanden immer mehr Menschen ein Auskommen in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich. Damit trat der „lange Abschied vom Agrarland“ (Paul Erker) auch in Bayern in seine entscheidende Phase. Parallel dazu machten sich Bund, Land und Gemeinden mit großem Engagement an die Erschließung des Landes und pumpften enorme Summen in den Ausbau der Infrastruktur rückständiger Regionen. So veränderte das Land zwischen den späten vierziger und den frühen siebziger Jahren sein Gesicht stärker als jemals zuvor.

Die leitende Fragestellung dieser Studie lautete, welche Folgen der sozioökonomische Strukturwandel für die Politik auf dem Land zeitigte und umgekehrt, wobei sich der Fokus auf die politischen Eliten vor Ort, die Volksparteien CSU und SPD im ländlichen Raum sowie auf das politische Handeln auf dem Land und für das Land richtete. In allen drei Bereichen erwies sich der Ansatz auf der Landkreisebene als fruchtbar: Der inter- wie der innerregionale Vergleich zwischen und in den elf ausgewählten Regionen förderte jeweils interessante Ergebnisse zutage, die sich anders kaum hätten gewinnen bzw. plausibilisieren lassen.

1. Kommunalpolitische Eliten auf dem Land

Wohin sie auch kamen, fegten die Amerikaner im Zuge der Besetzung Deutschlands das politische Personal des „Dritten Reichs“ aus den Gemeindegremien und Landratsämtern. Unbelasteten Ersatz rekrutierten sie vor allem unter jenen, die bereits vor 1933 politisch aktiv gewesen waren oder denen die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten den Sprung in die Kommunalpolitik verwehrt hatte. Insofern handelte es sich bei den Landräten und Bürgermeistern der ersten Stunde keineswegs „überwiegend um Neulinge“, wie Maximilian Lanzinner noch 1996 mit Blick auf die lokalen politischen Eliten in Bayern behauptet hat.¹ Die Militärregierung knüpfte vielmehr personell an die erste deutsche Demokratie an. Daß

¹ Lanzinner, Zwischen Sternbanner und Bundesadler, S. 21. Als einziges Beispiel nennt Lanzinner bezeichnenderweise Franz Josef Strauß, der in der bayerischen Landesgeschichtsschreibung allzu oft als „typisches“ pars pro toto herhalten muß. Als ebenso markantes Gegenbeispiel für die zahlreichen von den Amerikanern eingesetzten Landräte, die bereits in der Weimarer Republik politische Erfahrungen gesammelt hatten, ließe sich der im Juni 1945 zum Bamberger Landrat ernannte Thomas Dehler heranziehen. Vgl. Wengst, Thomas Dehler, S. 80–84.

sie dabei in den meisten Fällen eine gute Wahl getroffen hatte, beweist nicht zuletzt der Umstand, daß viele dieser Bürgermeister, Gemeinde- und Kreisräte 1946 von der Bevölkerung in freien Wahlen bestätigt wurden und ihr Amt nicht selten über Jahrzehnte hinweg ausübten, als die Amerikaner das Land längst wieder verlassen hatten. Eine Renazifizierung der Rathäuser fand demnach, auch nachdem der Druck der Besatzungsmacht gelockert worden war, nicht statt; für die meisten „Ehemaligen“ gab es kein zurück in die Politik.

Das Gros der neuen politischen Elite gehörte jener dörflichen Honoratiorenschicht an, die traditionell die Politik auf dem Land bestimmt hatte. Fast alle gingen einer selbständigen Tätigkeit nach, die meisten waren Bauern, andere Dorfhändler, Kaufleute oder Gastwirte. Abhängig Beschäftigten und Frauen blieb der Weg in die Rathäuser dagegen, von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, verwehrt. Was die Altersstruktur betrifft, dominierten Männer in den besten Jahren, die ihre politische Sozialisation noch im Kaiserreich, im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik erfahren hatten. Nur in den Landratsämtern bot sich ein anderes Bild: Hier hielten, aufgrund der erheblich höheren fachlichen Anforderungen an den Amtsvorstand, schon frühzeitig die Juristen Einzug, wobei sich auch jüngere Bewerber durchaus Chancen ausrechnen durften, sofern sie über die entsprechenden Qualifikationen verfügten.

Eine Sonderrolle spielten die Flüchtlingsvertreter, die ab 1948 in die Kommunalparlamente Einzug hielten, als allerorten noch heftige Verteilungskämpfe zwischen Einheimischen und Neubürgern tobten. Doch schon ab 1952 begannen die eigenständigen Flüchtlingslisten an Attraktivität einzubüßen, bis sie schließlich 1960 jede Bedeutung verloren. Zu diesem Zeitpunkt hatten viele Heimatvertriebene die ländlichen Regionen bereits wieder verlassen, um anderswo eine neue Existenz aufzubauen. Darüber hinaus gelang es im Zuge der wirtschaftlichen Erholung, die Spielräume für größere materielle Umverteilungen schuf, das harte Schicksal der Neuankömmlinge zu lindern und die Spannungen zwischen ihnen und den Alteingesessenen abzubauen. Daher kann von einem „Mythos der schnellen Integration“ (Paul Lüttinger) keine Rede sein. Zwar mögen manche die im Dorf gebliebenen Sudetendeutschen oder Schlesier nach wie vor kritisch beäugt und Eheschließungen zwischen ihnen und Einheimischen abgelehnt haben – was freilich auch für andere Gruppen galt, etwa die unterbäuerlichen Schichten oder die „Gastarbeiter“. Eine Zweiklassengesellschaft, in der die „Neubürger“ dauerhaft stigmatisiert und an den Rand gedrängt worden wären, existierte jedoch nicht. Anderenfalls wären die eigenständigen Flüchtlingsvertretungen gerade an der sozialen Basis nicht wieder so schnell von der Bildfläche verschwunden.

Von der wechselnden Konjunktur der Flüchtlingsvertreter abgesehen, änderte sich ansonsten aufgrund der extrem hohen Wiederwahlquote lange Jahre kaum etwas an der Zusammensetzung des politischen Personals im ländlichen Raum. Vielerorts amtierte ein und derselbe Bürgermeister von der Besatzungszeit bis in die sechziger, teilweise sogar bis in die frühen siebziger Jahre. Erst mit den Kommunalwahlen von 1966 und 1972 zeichnete sich ein Umbruch ab: Nach dem nicht selten altersbedingten Ausscheiden der „Männer der ersten Stunde“ übernahmen Bürgermeister und Gemeinderäte das Ruder, die nach 1933 sozialisiert worden waren. Im Zuge dieses Generationswechsels gelang es auch Beamten und Ange-

stellten in stärkerem Maße, kommunale Wahlämter zu erobern, und zwar vor allem dort, wo sich die sozioökonomischen Strukturen besonders stark verändert hatten. Das war hauptsächlich in den Kleinstädten und Marktgemeinden der Fall, während in den kleinen Landgemeinden, in denen die Landwirtschaft nach wie vor eine sehr wichtige Erwerbsquelle darstellte, immer noch die Selbständigen dominierten. Kein Zufall, daß der entscheidende Schub 1972 zeitgleich mit der kommunalen Gebietsreform stattfand, denn durch zahlreiche Eingemeindungen fraßen sich die regionalen Zentren immer weiter in die ländliche Peripherie hinein. Damit „exportierten“ die Städte und Märkte ihre politischen Eliten in die Dörfer, mit deren Auflösung oft auch die Bauern und Handwerker aus den Stadt- und Gemeinderäten verschwanden, die die Politik auf dem Land so lange geprägt hatten.

Dies bestätigt teilweise die Befunde Peter Exners, der den Bruch mit der traditionellen Rekrutierungspraxis kommunalpolitischer Eliten auf dem Land erst gegen Ende der sechziger Jahre verortete und in ihm ebenfalls eine „Folge des ökonomischen Strukturwandels“ sah.² In der Tat weist die Differenzierung nach Gemeindetypen eindeutig darauf hin, daß die Veränderungen von Erwerbs- und Sozialstruktur als Triebfeder des Elitenwechsels in der Kommunalpolitik wirkten. Allerdings erfolgte er nicht schlagartig, wie Exner andeutete, sondern in zwei Schüben. Zudem sollte man sich davor hüten, das Moment des Wandels zu stark zu betonen, denn der Austausch des politischen Personals war in den untersuchten ländlichen Regionen – anders als etwa in der Boom-Region Ingolstadt – keineswegs allumfassend. Wenn die Zusammensetzung der kommunalen Eliten in den elf untersuchten Regionen damit auch dem landesweiten Trend wie der Entwicklung des Sozialprofils der Mitglieder des bayerischen Landtags folgte, bewahrte das Land, allen Umbrüchen zum Trotz, doch wenigstens einen Teil seiner Eigenheiten. Insofern markierte der tiefgreifende personelle Umbruch, den die politische Szenerie 1966 in Erpfting erlebte, zwar keine krasse Ausnahme, aber auch nicht die Regel.

2. Die Volksparteien auf dem Land

Ein weitverbreitetes Phänomen, das in der Gemeinde am Lechraun seine typische Ausprägung fand, stellt dagegen die Tatsache dar, daß die Parteipolitik nach der Gebietsreform Einzug in die Kommunalpolitik hielt. Das heißt freilich nicht, daß die Parteien zuvor auf dem Land keine Rolle gespielt hätten. Vor allem in den regionalen Zentren hatten die CSU und auch die SPD schon immer über einflußreiche Fraktionen in den Stadt- und Markträten verfügt und mancherorts auch den Bürgermeister gestellt. In den kleinen Bauerndörfern waren indes bis 1971/72 freie Wählergemeinschaften vorherrschend gewesen, wenn man die politische Elite nicht ohnehin durch eine reine Mehrheitswahl bestellt hatte. Auf Landes- oder Bundesebene besaßen diese losen, oft höchst fluiden und heterogenen Gruppen dagegen keinerlei Bedeutung, hier dominierten von Anfang an die politischen Parteien. In den Wahlergebnissen der ländlichen Regionen spiegelten sich im gro-

² Exner, Beständigkeit und Veränderung, S. 299.

ßen und ganzen die allgemeinen Trends und Veränderungen, welche das Wahlverhalten in Bayern zwischen 1946 und 1974 kennzeichneten. Allerdings zeichneten sich die Wahlergebnisse im ländlichen Raum durch zwei Spezifika aus: Erstens zählten alle elf in die Untersuchung einbezogenen Landkreise zu den Hochburgen der CSU, die hier regelmäßig weit besser als im Landesdurchschnitt abschnitt, während die SPD stets deutlich unter ihren Gesamtergebnissen blieb. Zweitens galt, über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg, auf lokaler Ebene der Grundsatz, je größer der Anteil der Bauern und der Katholiken an der Bevölkerung, desto höher fiel der Stimmenanteil der CSU aus und desto schlechter schnitt die SPD ab.

Die CSU – Partei des Landes

Die CSU war keineswegs die völlig neue Kraft, als die sie sich selbst bisweilen darstellte. Vor allem in Altbayern knüpfte sie zunächst nahtlos an die Wurzeln der BVP an. So entstand auf dem Land eine reine Honoratiorenpartei ohne Massenbasis und organisatorischen Apparat, der jedoch in den ersten Urnengängen, in denen sie deutlich über die Hälfte der Stimmen gewann, ein Blitzstart gelang. Diese Erfolge verdankte die CSU vor allem drei Umständen: erstens der massiven Unterstützung der Kirchen, zweitens der Lizenzierungspraxis der amerikanischen Militärregierung und drittens der Tatsache, daß sie – im lokalen und regionalen Rahmen – die angesehensten Persönlichkeiten auf ihrer Liste versammelte.

Die Freude über diese hervorragenden Ergebnisse währte indes nicht lange, denn zwischen 1949 und 1952 folgten dem Triumph im Zuge der „Gründungskrise“ der Bundesrepublik (Hans Günter Hockerts) eine Reihe herber Schläppen. In den evangelischen Landesteilen verlor die CSU Stimmen an die FDP und an die WAV, in Altbayern wechselten die Wähler in Scharen zur Bayernpartei. Die fünfziger Jahre standen weitgehend im Zeichen des „Bruderzwists“ von CSU und Bayernpartei (Alf Mintzel), zwischen denen eine rege Mitglieder- und Funktionsfluktuation bestand, die zunächst eindeutig zu Lasten der bayerischen Unionspartei ging. Die CSU, deren zentraler Parteiapparat mit der Währungsreform völlig zusammengebrochen war und die durch parteiinterne Flügelkämpfe permanent am Rande der Spaltung stand, fand als Regierungspartei zunächst kein Rezept gegen die radikalföderalistischen Parolen der weiß-blauen Protestbewegung, die mit dem Slogan „Bayern den Bayern“ enorme Erfolge verzeichnete.

Erst mit der Bundestagswahl von 1953 kam es zu einer neuerlichen Trendwende. Nun, mit dem beginnenden „Wirtschaftswunder“, profitierte die CSU davon, daß sie an Adenauers Kabinetttisch saß, konnte sie doch die Popularität des Kanzlers und seine Erfolge als wirksame Argumente im Wahlkampf verwenden. Zeitgleich setzte ein Generationswechsel in der Partei ein, der ein gutes Jahr später, nach der Bildung der „Viererkoalition“ in Bayern, voll zum Durchbruch kam: Während ihre konservativ-katholischen Exponenten auf allen Ebenen an Macht verloren, kamen nun Männer in einflußreiche Positionen, die ihre prägenden Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg gesammelt hatten und sich durch ein viel moderneres Politikverständnis auszeichneten. Ihr Ziel, die Mobilisierung einer breiten Massenbasis, ließ sich freilich nur durch eine radikale organisatorische Erneuerung der CSU erreichen, die ab 1955 in Angriff genommen wurde. Vom neuen

Generalsekretär angeregt, schritten die neuen Kreisvorsitzenden zur Gründung von Ortsverbänden und zur Intensivierung der Mitgliederwerbung. Beide Maßnahmen zeitigten rasch Erfolge. Das Herzstück der Parteireform bestand freilich in der Schaffung hauptamtlich besetzter Geschäftsstellen in den Bundeswahlkreisen, die als organisatorisches Gerüst der CSU in den Regionen fungierten. Damit wurden die Funktionäre auf Kreisebene entlastet, und der Apparat gewann deutlich an Schlagkraft.

Die Organisationsreform trug rasch Früchte: Bereits in den späten fünfziger Jahren gewann die bayerische Unionspartei ihre vormalige Hegemonialposition im ländlichen Raum zurück. Die CSU profitierte dabei auch vom Niedergang der Bayernpartei, den sie zwar nach Kräften gefördert hatte, der jedoch hauptsächlich auf eine Reihe anderer Faktoren zurückzuführen war. Erstens entzogen der Wirtschaftsaufschwung und die durch ihn ermöglichten Sozialreformen den Radikalföderalisten die Basis ihres früheren Erfolgs. Zweitens litt die Bayernpartei in noch größerem Maße als die CSU an internen Führungs- und Richtungskämpfen, die ihre Arbeit stark beeinträchtigten und ihr öffentliches Erscheinungsbild ramponierten. Erschwerend kam, drittens, hinzu, daß das Gros der Funktionäre aus weiß-blauen Fundamentalisten bestand, denen die Parole „Bayern den Bayern“ mehr war als ein zugkräftiger Wahlkampfslogan. Ihr kompromißloses Pochen auf diesen Grundsatz machte sie strukturell politikunfähig – und das, obwohl die Bayernpartei, da sie von absoluten Mehrheiten nur träumen konnte, auf Bündnispartner angewiesen war. Folgerichtig zerbrach die Partei schließlich an der Viererkoalition, einem äußerst heterogenen Bündnis, dessen einigendes Band allein die Gegnerschaft zur CSU darstellte. Neuerlich in die Opposition gedrängt, beschleunigte sich der Mitglieder- und Wählerschwund, so daß die einst mächtige weiß-blaue Protestbewegung Anfang der sechziger Jahre in der Bedeutungslosigkeit versank.

Nachdem sie sich ihrer härtesten Konkurrentin entledigt hatte, konnte die CSU ihre alles beherrschende Stellung auf dem Land in den sechziger Jahren von Wahl zu Wahl ausbauen. Sukzessive gelang es ihr nun, die noch verbliebenen Hochburgen der FDP in den protestantischen Landstrichen zu schleifen und damit endgültig zur bayerischen Staats- und Hegemonialpartei aufzusteigen. Dabei verstand sie es sehr geschickt, sich als Gralshüterin landwirtschaftlicher Interessen zu präsentieren und avancierte so zu *der* Partei des Landes, obwohl sie eigentlich viele Gesichter hatte, von denen das der modernen Industrie- und Wirtschaftspartei nicht das unwichtigste war. Die Bildung der Regierung Brandt/Scheel im Oktober 1969, mit der die CSU in Bonn auf die harten Oppositionsbänke verwiesen wurde, wirkte sich keineswegs nachteilig für die bayerische Unionspartei aus, im Gegenteil: Nun konnte sie sich in den verschiedensten Bereichen, nicht zuletzt in der Agrarpolitik, als konservative Alternative zur sozialliberalen Koalition profilieren. Auf diesem sicheren Fundament bestand die CSU schließlich auch die Nagelprobe ihrer Hegemonialstellung in Form der kommunalen Gebietsreform ohne größere Schwierigkeiten. Zwar richtete sich der massive Unmut in vielen aufgelösten Landkreisen, Städten und Gemeinden gegen die CSU-geführte Staatsregierung und ihren Innenminister Bruno Merk, was mancherorts sogar zur Auflösung ganzer Orts- und Kreisverbände führte, doch verrauchte der Zorn der Be-

troffenen allem Anschein nach recht bald. Selbst bei den Kommunalwahlen des Jahres 1972 blieb die vorhergesagte Abfuhr aus, weil die in ihrer großen Mehrheit konservativ eingestellte Landbevölkerung nach dem Untergang der Bayernpartei keine Alternative zur CSU mehr besaß. Als sie in der Landtagswahl von 1974 schließlich auch in den Großstädten triumphierte, hatte die bayerische Unionspartei den Freistaat fast vollständig erobert.

Die SPD – Partei der Städte

Auch die SPD knüpfte nach 1945 personell und organisatorisch an die Zeit vor 1933 an. Zunächst verzeichnete sie damit durchaus Erfolge: Während die KPD im ländlichen Raum ohne Chance blieb, schnitt die Sozialdemokratie, gemessen an ihren Resultaten vor 1933, zunächst relativ gut ab. Das lag vor allem daran, daß sich die SPD in der Frühphase, als noch keine Flüchtlingsparteien lizenziert worden waren, als Vertreterin der Neubürger in Szene setzen konnte. Als mit dem BHE jedoch eine eigenständige Klientelpartei der Heimatvertriebenen auf den Plan trat, kehrte ein großer Teil dieser Wähler der Sozialdemokratie wieder den Rücken. So erklärt sich wenigstens teilweise, warum die SPD auf dem Land, entgegen dem landesweiten Trend, die gesamten fünfziger Jahre hindurch deutliche Verluste hinnehmen mußte.

Es kamen allerdings noch eine Reihe weiterer Faktoren hinzu: In ländlichen Regionen mit ihrer eher konservativ eingestellten Bevölkerung hatte die SPD von Haus aus stets einen besonders schweren Stand gehabt, was nicht zuletzt am Dauerkonflikt der Partei mit der katholischen Kirche lag. Dazu gesellte sich der in den vierziger und fünfziger Jahren besonders stark ausgeprägte Antikommunismus, in dessen Licht die Sozialdemokratie zumindest als unsicherer Kantonist, wenn nicht als „fünfte Kolonne“ Moskaus erschien. Da sich die SPD noch nicht von ihren marxistischen Wurzeln zu trennen vermochte, trug ihr Parteiprogramm ein übriges dazu bei, die Partei zu diskreditieren; allein die Forderung nach einer Bodenreform klang in den Ohren der Bauern bereits nach Enteignung ihrer Höfe. Das galt angesichts der ökonomischen Erholung Westdeutschlands umso mehr, denn die Rezepte der Sozialdemokraten schienen mit der sozialen Marktwirtschaft, auf der das „Wirtschaftswunder“ beruhte, nicht kompatibel. Ein weiterer Grund, warum die SPD auf dem Land an Boden verlor, lag in ihrer organisatorischen Schwäche, was sich natürlich in den Wahlkämpfen besonders negativ auswirkte und mit sinkenden Mitgliederzahlen korrespondierte. Zudem fehlte der Partei, von einigen wenigen regionalen Zentren abgesehen, im ländlichen Raum das kommunalpolitische Fundament. Schließlich präsentierte sich die Sozialdemokratie, in der sich vor allem Arbeiter und Flüchtlinge zusammenfanden, als die Partei der Außenseiter der ländlichen Gesellschaft. Die meisten Genossen reagierten auf die Ablehnung, die ihnen aus weiten Kreisen der Landbevölkerung entgegenschlug, ihrerseits mit Abschottung. Sie versuchten nicht, sich neuen Schichten gegenüber zu öffnen, sondern verkrochen sich in das eigene Milieu.

An der Schwelle zu den sechziger Jahren zog die SPD die Konsequenzen aus der Serie bitterer Wahlniederlagen. Auch sie setzte nun auf den Ausbau des Parteiapparats und die Anstellung hauptberuflich tätiger Sekretäre in den Unterbezirken, um die Mitgliederwerbung voranzutreiben und ihr Auftreten im Wahlkampf

zu verbessern. Vor allem aber vollzog die Sozialdemokratie mit Godesberg die längst überfällige programmatische Erneuerung: Sie verabschiedete sich endgültig vom Marxismus, wandte sich marktwirtschaftlichen Grundsätzen zu und suchte den Dialog mit der katholischen Kirche. Indem sie sich nun ebenfalls hinter Westintegration und Wiederbewaffnung stellte, akzeptierte die Partei gewissermaßen die Geschäftsgrundlage der Bundesrepublik und versuchte, sich nicht mehr als systemverändernde Kraft, sondern als bessere Alternative zur Regierungskoalition zu präsentieren. Dieser Politikwandel ging mit einem Generationswechsel einher, den die SPD in den frühen sechziger Jahren auf allen Ebenen durchlief. Im Zuge dieses Prozesses kamen statt der Arbeiterfunktionäre klassischen Typs vor allem Politiker in die Führungsriege, die aus dem neuen Mittelstand stammten und der Partei ein anderes, moderneres Gesicht gaben. All diese Bemühungen trugen in Gestalt steigender Mitgliederzahlen und Wählerstimmen Früchte: Seit den frühen sechziger Jahren legte die SPD auch im ländlichen Raum von Wahl zu Wahl wieder zu und erzielte gegen Ende des Jahrzehnts ihre besten Ergebnisse. Auch in der Provinz schien ein sozialdemokratischer Frühling angebrochen.

In den frühen siebziger Jahren erfolgte jedoch – obwohl die Mitgliederzahlen sogar noch schneller als zuvor wuchsen – ein neuerlicher Einbruch in der Wählergunst, der die SPD auf den Stand der späten fünfziger Jahre zurückwarf. Er war maßgeblich auf den mit großer Heftigkeit ausgetragenen Konflikt zwischen der Partei und ihrem renitenten Nachwuchs zurückzuführen, der vor allem in der Landeshauptstadt, aber auch in anderen Zentren und in der proletarischen Provinz tobte.³ Die beiden Lager schienen weitaus mehr damit beschäftigt zu sein, sich gegenseitig zu bekämpfen, als sich mit dem politischen Gegner auseinanderzusetzen. Auf dem Land bot sich kein einheitliches Bild: In Regionen, in denen die Gliederungen intakt waren und die älteren Genossen den Jusos die Mitarbeit ermöglichten, blieben derartige Auseinandersetzungen weitgehend aus. Wo es jedoch bereits zuvor parteiinterne Querelen gegeben hatte oder die regionalen und lokalen Funktionäre den jungen Wilden den Aufstieg in verantwortliche Positionen verweigerten, herrschten schnell „Münchener Verhältnisse“. Doch im Grunde spielte es nur eine untergeordnete Rolle, wie die Dinge in der Provinz lagen, denn die Auseinandersetzungen in der Isarmetropole strahlten bis in den letzten Winkel des Landes aus. Die Unterbezirke, Kreisverbände und Ortsvereine im ländlichen Raum reagierten mit wachsender Nervosität auf die nicht enden wollenden Eskapaden der Jungsozialisten, deren schroffes Auftreten und deren Parolen aus der Mottenkiste der Traditionskompanie die Landbevölkerung abschreckten und der CSU willkommenes Propagandamaterial lieferten. Alle Warnungen verhallten jedoch ungehört, und so erhielt die SPD in der Landtagswahl von 1974 die Quittung in Form einer vernichtenden Wahlniederlage. Der sozialdemokratische Frühling ging damit zu Ende, ohne daß ihm ein Sommer folgte.

Faktoren der CSU-Hegemonie

Die Reideologisierungstendenzen der Jusos liefern zwar eine Erklärung für die paradoxe Tatsache, daß die SPD in den frühen siebziger Jahren kräftig an Mit-

³ Vgl. Süß, Kumpel und Genossen, S. 405–436.

gliedern gewann – in erster Linie junge Akademiker, die ganz auf der Linie der Jungsozialisten lagen –, aber gleichzeitig in großem Stil Wähler verlor – vor allem wohl diejenigen, die die Partei erst durch ihre programmatische Neuorientierung in den sechziger Jahren hatte gewinnen können. Die parteiinternen Konflikte sind jedoch nicht der einzige Grund, warum die SPD gerade im ländlichen Raum die alles beherrschende Stellung der CSU nie ernsthaft gefährden konnte. Dafür zeichneten eine Reihe weiterer Faktoren verantwortlich.

So besaß die CSU die Unterstützung der wichtigsten Institutionen auf dem Land: der Kirche als geistlicher, der meisten Bürgermeister und Landräte als politischer sowie des Bayerischen Bauernverbands als ökonomischer Autorität. Dem BBV und der katholischen Kirche kamen deswegen besondere Bedeutung zu, da ihre Fühler bis in den hintersten Winkel des Landes reichten. Auf kirchliche Hilfe konnte die CSU stets zählen: Sie umfaßte Wahlwerbung in Form von Hirtenbriefen oder Kanzelpredigten, finanzielle Zuwendungen und Hilfe beim Aufbau der Parteiorganisation. Der SPD fehlte dagegen ein strategischer Partner, dessen Einfluß bis in die Dörfer gereicht hätte. Die Gewerkschaften konnten diese Rolle nicht spielen, da sie auf dem Land selbst zu schwach waren. Nicht zuletzt aus diesem Ungleichgewicht resultierten die unterschiedlichen Erfolge beim Aufbau der Parteiorganisation: Während die SPD auf die regionalen Zentren beschränkt blieb, stieß die CSU bis in die kleinen Landgemeinden vor.

Dabei verfolgten die beiden Volksparteien im Grunde den gleichen Ansatz, ihre Organisationskraft in der Fläche zu stärken, nämlich die Errichtung hauptamtlich besetzter Geschäftsstellen in den Bundeswahlkreisen (die bei der SPD als Unterbezirke firmierten). Die CSU begann damit allerdings bereits zehn Jahre vor der SPD, was ihr einen wichtigen Vorsprung verschaffte. Union wie Sozialdemokratie standen dabei vor dem gleichen Problem: der Finanzierung. Beide versuchten zunächst, es mit Mitgliederbeiträgen und Mandatsträgerabgaben zu lösen, und beide scheiterten damit, so daß schließlich – nach der Regelung der staatlichen Parteienfinanzierung – die Landesleitung bzw. der Parteivorstand die Besoldung der Geschäftsführer übernahm. Allerdings war die finanzielle Belastung, die aus der Schaffung eines flächendeckenden Organisationsnetzes resultierte, für die Sozialdemokratie ungleich größer. Das lag an einem Phänomen, das man als Zentralisierungsreflex bezeichnen könnte: Die SPD-Bezirke achteten eifersüchtig darauf, die Kontrolle über die Unterbezirke zu bewahren. Sie mußten daher, je aktiver letztere wurden, selbst umso mehr Personal einstellen, was ihre finanzielle Kraft überstieg. Die CSU-Gliederungen und ihre Geschäftsstellen verfügten dagegen über einen erheblich größeren autonomen Handlungsspielraum. Das sparte nicht nur Geld, sondern ließ den unteren Parteiebenen auch mehr Möglichkeiten, Eigeninitiativen zu entwickeln, die sie mitunter kreativ zu nutzen wußten.

Auch was die Wahlkämpfe betraf, besaß die CSU gegenüber der SPD gravierende Vorteile. Erstens trat die Union schon in den frühen fünfziger Jahren sehr professionell auf und verließ sich auf den Sachverstand von Experten, während die Wahlwerbung der SPD nicht selten amateurhaft, ja bisweilen sogar lächerlich wirkte. Auch als die Sozialdemokratie in den sechziger Jahren auf diesem Gebiet aufholte, behielt die CSU eindeutig die Nase vorn. Gerade auf dem Land konnte die SPD der CSU nicht das Wasser reichen, da viele ihrer Referenten nur wenig von

landwirtschaftlichen Dingen verstanden. Die CSU verfügte dagegen über einen ganzen Stab erstklassiger Redner, die bestens mit der Mentalität sowie mit den Sorgen und Nöten der Landbevölkerung vertraut waren. Zudem achtete die bayerische Unionspartei sorgsam darauf, den Inhalt der Wahlkämpfe auf die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung abzustimmen. Die auf die städtische Klientel zugeschnittenen Parolen der SPD zündeten dagegen auf dem Land vielfach nicht.

Das galt auch im Hinblick auf die Agrarprogramme beider Volksparteien. Die SPD trat letztlich für ein Gesundshrumpfen des primären Sektors ein und begrüßte daher die Landwirtschaftspolitik der EWG, die sie als Chance und nicht als Bedrohung begriff. Die große Mehrheit der Bauern sah das freilich ganz anders, sie wollte vom Mansholt-Plan und ähnlichen Dingen nichts wissen. Deshalb traf die CSU, die sich für die Subventionierung der Landwirtschaft und den Erhalt möglichst vieler Betriebe stark machte, genau die Wünsche der Bauern und ihrer Vertreter. Ihr vielleicht größtes Plus bestand darin, daß sie im Gegensatz zur SPD auch für die finanzielle Förderung von Zu- und Nebenerwerbsbetrieben eintrat. So band die bayerische Unionspartei auch die Arbeiterbauern an sich, während die Sozialdemokratie diese nach 1945 stetig an Bedeutung gewinnende gesellschaftliche Gruppe nicht für sich erwärmen konnte. Wenn auch fraglich ist, ob die Arbeiterbauern überhaupt für Angebote der SPD empfänglich gewesen wären – sie gingen zwar einer Hauptbeschäftigung in der Industrie oder im Dienstleistungssektor nach, doch blieben die meisten von ihnen der ländlichen Lebenswelt und ihrer Mentalität verhaftet⁴ –, ließen es die Sozialdemokraten nicht einmal auf einen Versuch ankommen. So erklärt sich wohl auch maßgeblich das paradoxe Phänomen, daß mit der CSU eine konservative Partei, die sich die Verbindung von Tradition und Fortschritt auf die Fahnen geschrieben hatte, politisch vom sozio-ökonomischen Strukturwandel am stärksten profitierte.

3. Politisches Handeln auf dem Land

Politik für das Land

Die von der bayerischen Staatsregierung betriebene Politik für das Land beschränkte sich freilich nicht allein auf Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft, sondern verfolgte einen umfassenden Ansatz. Schon aufgrund der institutionellen Zuordnung hing Landesplanung in Bayern von Anfang an sehr eng mit einer wirtschaftspolitisch bestimmten Strukturpolitik zusammen. Besonders in den strukturschwachen Regionen und Sanierungsgebieten ging es weniger um Raumordnung als um Landesentwicklung, das heißt um die Möglichkeiten einer primär ökonomisch ausgerichteten Strukturpolitik, deren Kern im Ausbau der Infrastruktur bestand. Die Vorstellungen der Landesplaner pendelten dabei zwischen Konservatismus und Moderne: Einerseits versuchten sie, so vielen landwirtschaftlichen Betrieben wie irgend möglich rentable Produktionsbedingungen zu

⁴ Vgl. Eichmüller, Arbeiterbauern in Bayern.

verschaffen, andererseits wollten sie städtische Infrastruktureinrichtungen in den ländlichen Raum exportieren.

Allerdings gerieten ländliche Regionen lange Zeit nur dann ins Blickfeld der Landesplanung, wenn sie im Grenzland lagen, dessen spezifische Probleme den Planungsgedanken in den fünfziger Jahren auch in konservativen Kreisen überhaupt erst hoffähig gemacht hatten. Stand jene Dekade dabei eher im Zeichen kurzfristigen Krisenmanagements, entwickelten sich die langen sechziger Jahre zur Zeit der großen Pläne, die mit einem umfassenden Ansatz operierten. So lassen sich die sechziger und frühen siebziger Jahre auch in Bayern durchaus als Phase der Hochkonjunktur des Planungsgedankens charakterisieren. In den Raumordnungsplänen und den noch weiter ausgreifenden Planwerken verfolgten die Landesplaner drei eng miteinander verbundene Zielvorstellungen: Erstens sollten durch eine forcierte Erschließung des Landes mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie sie in größeren Städten üblich geworden waren, in allen Teilen Bayerns gleichwertige Lebensbedingungen geschaffen werden. Zweitens galt es, Tendenzen einer „ungesunden Verdichtung“ in bereits stark urbanisierten Regionen entgegenzuwirken.⁵ Drittens mußte der schleichende Verfall strukturschwacher Landstriche, die aus welchen Gründen auch immer hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben waren, aufgehalten und, wenn möglich, behoben werden.

Erst im Zuge eines längeren Prozesses, in dem das Programmgebiet schrittweise ausgeweitet wurde, bis es schließlich den gesamten Freistaat umfaßte, wurden auch agrarisch strukturierte Landkreise wie Landsberg am Lech, Wasserburg am Inn, Nördlingen oder Rothenburg ob der Tauber in die Planungen einbezogen. Die Ausdehnung des Programmgebiets auf immer größere Räume hatte Vor- und Nachteile. Einerseits minimierten sich für die Verantwortlichen die Reibungsverluste durch lästige Konflikte mit renitenten Provinzpolitikern. Zudem konnte die Staatsregierung den Eindruck vermeiden, sie bevorzuge bestimmte Regionen, und ihre Versicherungen, für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Freistaats sorgen zu wollen, glaubwürdiger vertreten. Schließlich erfüllten die Planer damit ein Postulat des Landesplanungsgesetzes, das die Aufstellung eines alle Landesteile umfassenden Programms vorsah. Andererseits litt die Steuerungsfähigkeit der Landesplanung unter der ständigen Ausweitung der Programm- und Fördergebiete: Die verfügbaren Mittel mußten erheblich stärker gestreut werden, die Planungen hatten nicht selten die Tendenz, ins Unverbindliche abzudriften.⁶ Der Preis für die räumliche Ausdehnung der Programme bestand vor allem im Verlust der inhaltlichen Präzision. Je weiter man die Regionen der fachübergreifenden Planungen ausweitete, desto ungenauer und nebulöser mußten die Pläne schließlich ausfallen. So beließ es das Landesentwicklungsprogramm – auch in den Abschnitten über jede einzelne der 18 Planungsregionen, in die der Freistaat schließlich unterteilt wurde – weitgehend bei der Formulierung globaler Ziele und Absichtserklärungen; wann, wie und in welcher Reihenfolge diese konkret in die

⁵ Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.), Programm für Bayern II, S. 1.

⁶ Vgl. Scharpf/Schnabel, Steuerungsprobleme der Raumordnung, S. 26.

Tat umgesetzt werden sollten, blieb jedoch schleierhaft. Diese Fragen wurden von der jeweiligen Haushaltslage abhängig gemacht.⁷ Insofern glich das Landesentwicklungsprogramm, zugespitzt formuliert, eher einem gigantischen Wunschzettel als einem ausgefeilten Plan, an dem sich die zukünftige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung Bayerns und seiner Teilräume orientieren sollte.

Matadore der Modernisierung

Große Wunschzettel mit Vorschlägen zur Verbesserung der Infrastruktur lagen sicherlich auch in den Schubladen so mancher Gemeindeganzlei. Doch anders als in Erpfting, waren nur die wenigsten Landbürgermeister in der Lage, ihre Realisierung voranzutreiben. Das lag unter anderem, aber nicht ausschließlich an den geringen finanziellen Möglichkeiten der meisten Kommunen im ländlichen Raum. Auch das Sozialprofil der kommunalpolitischen Eliten stand einer zügigen Erschließungspolitik im Weg: Die meisten Ortsvorsteher und Gemeinderäte hatten bereits die Verschuldung ihrer Gemeinden in den zwanziger und dreißiger Jahren bewußt erlebt, nicht wenige sogar bereits in verantwortlicher Position. Die negativen Folgen dieser Entwicklung waren ihnen in ungueter Erinnerung geblieben, so daß sie äußerste Sparsamkeit zu ihrer obersten Handlungsmaxime machten, die große Investitionen in die Infrastruktur von vornherein ausschloß. Die generationelle Erfahrung dieser Männer bildete somit einen Hemmschuh der Erschließung. Doch selbst wenn sie diese Erfahrungen nicht gemacht hätten, wäre das Gros der Dorfbürgermeister nicht in der Lage gewesen, eine aktive Infrastrukturpolitik zu betreiben. Dazu fehlten ihnen die Ausbildung und die nötigen Kenntnisse, viele waren ja bereits mit der ordnungsgemäßen Führung der alltäglichen Amtsgeschäfte heillos überfordert.

Zudem übten die Bürgermeister und Gemeinderäte im ländlichen Raum ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Für einen Bauern, einen Kaufmann oder Brauereibesitzer blieb für die Erledigung der Amtsgeschäfte nur die Zeit nach Feierabend, die aufgrund der zeitaufwendigen selbständigen Tätigkeit ohnehin sehr knapp bemessen war. Oft konnten sie sich nicht einmal dann kurzfristig freimachen, wenn dringliche Notfälle anstanden. Die traditionellen Kriterien der Elitenselektion im ländlichen Raum, Ansehen der Familie und Besitz, paßten nicht mehr in die modernen Zeiten, die spätestens in den sechziger Jahren auch auf dem Land anbrachen. Des weiteren fehlte den Trägern der Amtskette in der Regel jede Unterstützung, da die Gemeinden kein Geld für zusätzliches Verwaltungspersonal ausgeben wollten. Nicht selten fungierte der Ortsvorsteher in Personalunion als Gemeindeganzreiber oder Gemeindeganzdiener, was wiederum Kosten sparte. Als großes Manko erwies sich schließlich, daß sie keine Verbindungen zu den übergeordneten politischen Ebenen besaßen. So erfuhren sie spät oder gar nicht von etwaigen Förderprogrammen, während andere ihre Anträge längst eingereicht hatten. Die meisten Bürgermeister, die ja über freie Wählergruppen oder in Form von Mehrheitswahlen in Amt und Würden gekommen waren, konnten auch nicht mit guten Kontakten zu wichtigen Parteifunktionären aufwarten, kurz: Sie hatten keine Be-

⁷ Bayerische Staatskanzlei (Hrsg.), Landesentwicklungsprogramm Bayern, S. 15.

ziehungen nach oben, die das Geschäft der Erschließung des Landes ermöglicht hätten.

Die Landbürgermeister kamen deshalb als Träger der forcierten Infrastrukturpolitik nicht in Frage. Das besorgten an ihrer Stelle vor allem die Landräte. Das Gros dieser politischen Elite entstammte in den sechziger Jahren bereits der jüngeren Generation, die ihre prägenden Erfahrungen auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs gesammelt hatte. Dort hatten diese Männer, oft als Offiziere oder Unteroffiziere, in äußerst schwierigen Lagen lernen müssen, das Beste aus einer gegebenen Situation zu machen, zu improvisieren, Verantwortung zu tragen und nicht aufzugeben. „Unmöglich“ kam in ihrem Wortschatz nicht vor, und mit dieser Maxime machten sie sich an die Erschließung des Landes. Da die meisten Landräte über höhere Bildung, vielfach sogar über einen Hochschulabschluß verfügten, besaßen sie den dafür nötigen Horizont. Als kommunale Wahlbeamte waren sie hauptberuflich tätig, konnten sich also ganz auf ihre politische Aufgabe konzentrieren und geboten über einen entsprechenden Apparat mit geschultem Personal. Schließlich verfügte so mancher Landrat auch über gute Kontakte in der CSU, die ihm die eine oder andere Tür in einer Behörde oder einem Ministerium öffnen konnten, was sich bei der Erschließung des Landes immer wieder als hilfreich erwies. Ganz gleich, ob es sich um den Straßenbau, die Errichtung einer Schule, die Ansiedlung von Industriebetrieben oder andere Maßnahmen handelte, gingen sie oft genug überaus hemdsärmelig zu Werke, ohne allzu große Rücksichten auf gesetzliche Bestimmungen oder die Planungen der oberen politischen Ebenen zu nehmen.

Das Land im sozioökonomischen Strukturwandel

Daß die Erschließung des Landes so energisch in Angriff genommen wurde, war auch bitter nötig, denn in allen ländlichen Regionen lag die Infrastruktur noch in den fünfziger Jahren völlig am Boden. Gut ausgebaute Straßen und damit die Anbindung an die überregionalen und regionalen Zentren fehlten ebenso wie eine leistungsfähige Strom- und Wasserversorgung. Die vorhandenen Schulen genügten den Ansprüchen nicht mehr, Kanalisationen, Kläranlagen und moderne Krankenhäuser gab es fast nirgends, und um Industrie anzusiedeln, mußte geeignetes Gelände erworben und erschlossen werden. Gleichzeitig stiegen nun auch in der Landbevölkerung die Ansprüche, was die Einrichtungen der Daseinsvorsorge betraf. Um die fortschreitende Abwanderung in die Ballungsräume zu stoppen, die in vielen ländlichen Regionen beängstigende Dimensionen angenommen hatte, mußten vor Ort Strukturen geschaffen werden, die in den Städten längst zum Standard gehörten. Daher konnte sich auf Dauer keine Gemeinde im ländlichen Raum großen Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur entziehen.

Die mittelfristigen Folgen für die betroffenen Kommunen fielen allerdings sehr unterschiedlich aus. Die Städte und Marktgemeinden, die bereits in den fünfziger Jahren zum Ausbau ihrer Infrastruktur schritten, gewannen dadurch letztlich an autonomem Handlungsspielraum. Zwar erreichte ihre Verschuldung im Zuge dieses Prozesses ein besonders hohes Niveau, doch stand dem in der Regel eine deutlich wachsende Finanzkraft gegenüber, die aus den immer reichlicher fließenden Gewerbesteuerereinnahmen herrührte, welche die am Ort angesiedelten Industrie-

betriebe in die Kassen brachten. So konnten die größeren Kommunen die Last schultern, ja mehr noch: Auf dieser verbreiterten Einnahmebasis ließen sich weitere Maßnahmen finanzieren, die zur Steigerung der Attraktivität der regionalen Zentren beitrugen. Sie entwickelten sich so im Zuge des forcierten Strukturwandels zu kleinen Industrie- und Dienstleistungsinselfn im ländlichen Raum. Pointiert formuliert: Wo das Land seinen agrarischen Charakter am stärksten veränderte, gewann es in politischer Hinsicht neue Handlungsmöglichkeiten, die größer waren als je zuvor.

Den meisten peripher gelegenen kleinen Landgemeinden, die in der Regel erst ab etwa 1960 mit der infrastrukturellen Aufrüstung begannen, gelang dies nicht, und zwar aus mehreren Gründen: Erstens waren sie von Haus aus so finanzschwach, daß sie mitunter schon durch die erste Erschließungsmaßnahme an den Rand der Überschuldung gerieten. Zweitens schafften sie es, von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, trotz aller Bemühungen nicht, einen potenten Gewerbesteuerzahler in den Gemeindefluren anzusiedeln, so daß den wachsenden Ausgaben und Schulden keine wachsenden Einnahmen gegenüberstanden. Erpfting markierte also auch in dieser Hinsicht einen Sonderfall. Eine dritte negative fiskalische Folge der ausgebliebenen Industrialisierung der Dörfer stellte die besonders hohe Belastung durch unrentierliche Schulden, vor allem aus dem Straßenbau, dar: Wenn schon keine Jobs vor Ort entstanden, mußte man den Pendlern wenigstens den Weg zu ihren Arbeitsplätzen erleichtern. So floß zwar nicht überall, aber vielerorts ein immer größerer Anteil der Haushaltsmittel in Zins und Tilgung von Krediten, die zu unrentierlichen Zwecken aufgenommen worden waren. Dadurch verringerten sich die disponiblen Mittel der kleinen Landgemeinden, was ihren Handlungsspielraum weiter einschränkte. Wo das Land seine bäuerlich-handwerkliche Prägung am ehesten beibehielt, verlor es am stärksten an Handlungsautonomie.

Die Verschuldung gerade der kleinen Bauerndörfer trug in doppelter Hinsicht nicht unwesentlich dazu bei, daß viele in den frühen siebziger Jahren ihre politische Selbständigkeit verloren, die meist ohnehin nur noch auf dem Papier bestand: Erstens gab sie, neben anderen Faktoren, den Ausschlag zur Durchführung einer umfassenden kommunalen Gebietsreform, in der sich das Prinzip der administrativen und finanziellen Leistungsfähigkeit gegen das Partizipationsprinzip durchsetzte. Zweitens steckten viele Gemeinden zu diesem Zeitpunkt bereits so tief in der Bredouille, daß nicht wenige Kommunalpolitiker in der Eingemeindung einen letzten Ausweg aus der Schuldenfalle erblickten. Schließlich winkten im Falle freiwilliger Zusammenschlüsse hohe staatliche Zuschüsse – eine Verlockung, der gerade hochverschuldete Verwaltungseinheiten kaum widerstehen konnten. Damit ging, wie in Erpfting, in unzähligen Dörfern die eigenständige Politik auf dem Land zu Ende.

Demokratisierung und Partizipation

Das wirft die Fragen auf, inwiefern sich die politischen Partizipationsmöglichkeiten der Landbevölkerung veränderten und ob das Land im Untersuchungszeitraum einen Demokratisierungsschub erlebte – Fragen, die gerade für die begin-

nende Erforschung der sechziger Jahre eine wichtige Rolle spielen.⁸ Zweifellos trug auch die Entwicklung in den ländlichen Regionen dazu bei, daß der zweite Versuch von Republikgründung und Demokratiegewinnung in Westdeutschland wie in Bayern ungleich erfolgreicher verlief als der erste. Damals, am Anfang der Weimarer Republik, waren ja gerade in der „Ordnungszelle Bayern“ – und hier insbesondere in den rückständigen Regionen – zahllose Stimmen laut geworden, die sich vehement gegen die neue Staatsform wandten. Als pars pro toto sei an Ludwig Thomas anonym erschienene Artikel im „Miesbacher Anzeiger“ erinnert, in denen der Schriftsteller seinen antirepublikanischen, antidemokratischen und antisemitischen Haßtiraden freien Lauf ließ.⁹ Nach 1945 hatte sich das Klima stark verändert, und derartige Stimmen verstummten. Wer nach wie vor so oder so ähnlich dachte, behielt es wohlweislich für sich, weil sonst öffentliche Ächtung und Ausgrenzung drohten.

Einige Veränderungen der politischen Szenerie auf dem Land, die durch den sozioökonomischen Strukturwandel ausgelöst wurden, trugen das ihre dazu bei, das demokratische Fundament der Bundesrepublik zu stärken. Dazu zählte der Generationswechsel, den Politik und Verwaltung durchliefen.¹⁰ Im Zuge dieses Prozesses nahmen auch die Chancen von Schichten und Personengruppen zu, aufzusteigen und sogar ein kommunales Wahlamt zu erringen, die zuvor de facto von einer aktiven Mitwirkung an der Kommunalpolitik ausgeschlossen gewesen waren. Auch die Entwicklung der Volksparteien barg Elemente der Demokratisierung, ging doch der Trend weg von den kleinen Honoratiorenzirkeln und den Hinterzimmern, in denen bis dahin Politik gemacht worden war. Vielmehr versuchten gerade die jüngeren Kräfte in CSU und SPD, ihre Parteien zu öffnen, um auch auf dem Land eine Massenbasis zu gewinnen, was im Endeffekt weit mehr Menschen die aktive Mitwirkung an der (Partei-) Politik ermöglichte als je zuvor. Wie die Mitgliederbewegung beider Volksparteien zeigt, ergriffen vor allem in den sechziger Jahren nicht wenige diese Partizipationschance.

In diesem Sinne wirkte die kommunale Gebietsreform als retardierendes Element, da sich Verwaltung und lokale Politik im Zuge der Bildung von Großgemeinden gerade im ländlichen Raum erheblich von den Bürgern entfernten. Die Eingemeindungswelle ging darüber hinaus mit einem Kahlschlag an lokalen und regionalen Elitenpositionen einher, was die aktiven Mitwirkungsmöglichkeiten deutlich verringerte.¹¹ Allerdings sollte man dieses Argument nicht überbewerten, schließlich hatte der Verlust an kommunaler Handlungsautonomie im Zuge der Verschuldung viele lokale Mandatäre ohnehin mehr oder weniger zu Befehlsempfängern der übergeordneten politischen Ebene degradiert. Die Auflösung der Ge-

⁸ Vgl. beispielsweise Ruck, Ein kurzer Sommer, S. 362, der diese Dekade mit den drei Leitbegriffen Prosperität, Planung und Partizipation charakterisierte.

⁹ Thoma, Sämtliche Beiträge aus dem „Miesbacher Anzeiger“. Diese antidemokratische Stimmung schildert nach wie vor unübertroffen Lion Feuchtwanger in seiner epischen Darstellung „Erfolg“ aus dem Jahr 1930, die den bezeichnenden Untertitel „Drei Jahre Geschichte einer Provinz“ trägt.

¹⁰ Vgl. Schildt, Ankunft im Westen, S. 181–189.

¹¹ Vgl. aus der Flut kritischer Stimmen etwa Frey, Kommunale Neugliederung und Verwaltungsreform, und Grunow, Kommunale Leistungsverwaltung, sowie Weber, Verwaltungs- und Gebietsreform in ländlichen Bereichen, und die Beiträge in Zielinski (Hrsg.), Lokale Politik zwischen Eigenständigkeit und staatlicher Abhängigkeit. In eine ähnliche Richtung ging die Kritik von Franz Josef Strauß, Erinnerungen, S. 538 ff.

meinde besiegelte lediglich den Verlust ihrer Handlungsfähigkeit, der schon viel früher eingetreten war. Allerdings wurden damit nicht alle Partizipationschancen mit einem Streich beseitigt, auch wenn die Bewohner kleiner Dörfer, die nun zu Ortsteilen herabsanken, nur geringe Chancen auf den Einzug in die kommunale Vertretungskörperschaft der Großgemeinde besaßen. Dafür bildeten sich, etwa in Form von Bürgerinitiativen, Arbeitsgemeinschaften und Vereinen, neue Formen der Bürgerbeteiligung heraus, die in den siebziger Jahren gerade auf kommunaler Ebene an Bedeutung gewinnen sollten.¹² Insofern läßt sich, was Demokratisierung und Partizipation betrifft, durchaus ein positives Fazit ziehen.

In sozioökonomischer Hinsicht fällt das Ergebnis dagegen weniger günstig aus. Denn obwohl Bund, Land und Kommunen große Anstrengungen unternahmen, den Rückstand agrarisch geprägter Regionen aufzuholen, gelang es zwischen 1945 und 1972 nicht, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen. Der ländliche Raum hinkte auch in den frühen siebziger Jahren, was Bevölkerungsdichte, Erwerbsstruktur und Steuerkraft betrifft, noch deutlich hinter der landesweiten Entwicklung her, ja der Abstand zum bayerischen Durchschnitt hatte sich sogar noch vergrößert, wenn auch gesagt werden muß, daß sich die Lebenschancen auch hier enorm verbessert hatten. Zwar ging die Schere zwischen Stadt und Land im Untersuchungszeitraum weiter auseinander, aber auf deutlich höherem Niveau. Dennoch bleibt festzuhalten: Wer auf der Basis der statistischen Daten der späten sechziger und frühen siebziger Jahre versuchen würde, diejenigen Regionen herauszudestillieren, in denen das Land noch am ländlichsten geblieben war, der würde wieder bei „unseren“ elf Landkreisen landen, die bereits den Untersuchungsgegenstand der Politik auf dem Land zwischen 1945 und 1972 dargestellt hatten.

¹² Vgl. dazu die Beiträge in Gabriel (Hrsg.), Bürgerbeteiligung und lokale Demokratie, und Roth, Lokale Demokratie „von unten“.

Anhang

I. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AG	Aktiengesellschaft
Anm.	Anmerkung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
APO	Außerparlamentarische Opposition
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte [= Beilage zu „Das Parlament“]
Art.	Artikel
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
Aufl.	Auflage
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München
BayWa	Bayerische Warenvermittlung landwirtschaftlicher Genossenschaften
BBB	Bayerischer Bauernbund
BBV	Bayerischer Bauernverband
Bd.	Band
Bde.	Bände
BDM	Bund Deutscher Mädel
bearb.	bearbeitet
Bearb.	Bearbeiter
betr.	betreffend
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
BHE	Block (Bund) der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BHS	Bayerische Hütten- und Salzwerte AG
BIOS	Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen
BiZ	Bayern in Zahlen
BLASD	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
BLT	Bayerischer Landtag
BMW	Bayerische Motorenwerke

BP	Bayernpartei
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSB	Beiträge zur Statistik Bayerns
BV	Bezirksverband
BVP	Bayerische Volkspartei
BWK	Bundeswahlkreis
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DbV	Dienststelle für besondere Versorgungsaufgaben
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDV	Demokratisches Deutsches Volk
Ders.	Derselbe
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
d. h.	das heißt
Diss.	Dissertation
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DP	Displaced Person
DSAP	Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (der Tschechoslowakei)
EG	Europäische Gemeinschaft
ERP	European Recovery Program
e. V.	eingetragener Verein
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FRW	Freie Rieser Wählergemeinschaft
FS	Festschrift
FU	Föderalistische Union
FU	Freie Universität
GAL	Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte
GB	Gesamtdeutscher Block
Gde.	Gemeinde
GDP	Gesamtdeutsche Partei
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Geschichte und Gesellschaft, Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWO	Wahlordnung für Gemeinde- und Landkreiswahlen
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht

Habil.	Habilitationsschrift
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HICOG	Office of the U.S. High Commissioner for Germany
HJ	Hitlerjugend
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HZ	Historische Zeitschrift
ICD	Information Control Division
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
Jb.	Jahrbuch
JCS	Joint Chiefs of Staff
JU	Junge Union
Juso	Jungsozialisten
KA	Kreisausschuß
Kap.	Kapitel
KdF	Kraft durch Freude
Kfz	Kraftfahrzeug
Km	Kilometer
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung (der CSU)
KT	Kreistag
KV	Kreisverband
KW	Kilowatt
KZ	Konzentrationslager
KZSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LfA	Landesanstalt für Aufbaufinanzierung
LK	Landkreis
Lkw	Lastkraftwagen
LL	Landesleitung
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität, München
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LRA	Landratsamt
LT	Landsberger Tagblatt
LTF	Landtagsfraktion
MBZ	Mittelbayerische Zeitung
MdB	Mitglied des Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
Mio.	Millionen
MKKZ	Münchener Katholische Kirchenzeitung
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
MWi	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NL	Nachlaß

NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NPL	Neue Politische Literatur
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NT	Neumarkter Tagblatt
OB	Oberbürgermeister
OBAG	Energieversorgung Ostbayern AG
Obb.	Oberbayern
ÖZP	Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft
o.J.	ohne Jahr
OMGBY	Office of Military Government for Bavaria
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
o.O.	ohne Ort
Opf.	Oberpfalz
OV	Ortsverband bzw. Ortsverein
OVB	Oberbayerisches Volksblatt
Pg.	Parteigenosse
Pkw	Personenkraftwagen
PO-Verfahren	Parteiordnungsverfahren
PV	Partei Vorstand
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RAD	Reichsarbeitsdienst
RAF	Rote Armee Fraktion
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
RG	Record Group
RJ	Rechnungsjahr
RM	Reichsmark
RN	Rieser Nachrichten
S.	Seite
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SJbB	Statistisches Jahrbuch für Bayern
Slg.	Sammlung
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
StK	Staatskanzlei
SZ	Süddeutsche Zeitung
TH	Technische Hochschule
TSV	Turn- und Sportverein

TU	Technische Universität
UB	Unterbezirk
UdA	Union der Ausgewiesenen
UdV	Union der Vertriebenen
uk.	unabkömmlich
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
U.S.	United States (of America)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche
VSWG	Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VW	Volkswagen
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WEU	Westeuropäische Union
WZ	Wasserburger Zeitung
ZAA	Zeitschrift für Agrarpolitik und Agrarsoziologie
z. B.	zum Beispiel
ZBLG	Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte
ZBSL	Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen

II. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Unveröffentlichte Quellen

a) Archive und Registraturen

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA)

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (MWi)

Nachlaß Hans Ehard

Nachlaß Anton Jaumann

Staatsarchiv Oberpfalz, Amberg

Landratsamt Beilngries

Landratsamt Neumarkt in der Oberpfalz

Landratsamt Roding

Staatsarchiv Schwaben, Augsburg

Landratsamt Neuburg an der Donau

Landratsamt Nördlingen

Staatsarchiv Niederbayern, Landshut

Landratsamt Bogen

Staatsarchiv Oberbayern, München

Landesarbeitsamt Südbayern

Landratsamt Berchtesgaden

Landratsamt Landsberg am Lech

Landratsamt Wasserburg am Inn

Staatsarchiv Mittelfranken, Nürnberg

Landratsamt Feuchtwangen

Landratsamt Rothenburg ob der Tauber

Staatsarchiv Unterfranken, Würzburg

Landratsamt Königshofen im Grabfeld

Stadtarchiv Landsberg am Lech

Gemeinde Erpfting

Gemeinde Pitzling

Gemeinde Reisch

Stadtarchiv Roding

Gemeinde Altenkreith

Gemeinde Braunried

Gemeinde Fronau

Gemeinde Haus

Gemeinde Mitterdorf
 Gemeinde Neubäu
 Gemeinde Obertrübenbach
 Stadt Roding
 Gemeinde Strahlfeld
 Gemeinde Trasching
 Gemeinde Wetterfeld
 Gemeinde Zimmering

Stadtarchiv Wasserburg am Inn

Alte Registratur, Teil II

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, München (ACSP)

Bezirksverband Schwaben
 Kreisverband Landsberg am Lech
 Kreisverband Neuburg an der Donau
 Kreisverband Nördlingen
 Kreisverband Wasserburg am Inn
 Landtagsfraktion
 Nachlaß Josef Bauer
 Nachlaß Dr. Richard Jaeger
 Nachlaß Dr. Josef Müller
 Nachlaß Dr. Max Zwicknagel

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD)

SPD-Bezirk Franken
 SPD-Bezirk Niederbayern/Oberpfalz
 SPD-Bezirk Südbayern

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IfZ)

ED 120: Nachlaß Wilhelm Hoegner
 ED 132: Nachlaß Joseph Baumgartner
 ED 719: Sammlung Bayernpartei
 ED 720: Sammlung Alf Mintzel
 Record Group 260 OMGUS/OMGBY
 ZS/A4: Zeitzeugenschrifttum „Freiheitsaktion Bayern“

Amtsgericht Landsberg am Lech

Spruchkammer

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Referat Wahlen (BLASD)

Kreismappen aller 143 bayerischen Landkreise (vor der Gebietsreform von 1972)
 Gemeindemappen der kreisangehörigen Gemeinden der Landkreise
 – Königshofen im Grabfeld (33 Gemeinden)
 – Landsberg am Lech (59 Gemeinden)
 – Nördlingen (74 Gemeinden)
 – Roding (44 Gemeinden)
 – Rothenburg ob der Tauber (61 Gemeinden)

Landratsamt Donau-Ries

Landratsamt Nördlingen 015/1 Nö

b) Privatsammlungen

Tobias Georg Kurzmaier (Registratur des CSU-Ortsverbands Haag/Obb.)

Mappe „Unterlagen 1952–12/1966“

Mappe „Ab 1. 1. 1967“

Mappe „1. 1. 1973–31. 12. 1974“

Peter Leeder (Registratur des SPD-Ortsvereins Nördlingen)

Diverse Unterlagen des SPD-Ortsvereins Nördlingen

Roland Matejka

Diverse Unterlagen des CSU-Orts- und Kreisverbands Roding

Unterlagen des Landratsamts Roding

Diverse Manuskripte

Helmut Stowasser (SPD-Ortsverein Oettingen)

Kassenbuch des SPD-Ortsvereins Oettingen 1950–1954

Kassenbuch des SPD-Ortsvereins Oettingen 1953–1971

Protokollbuch des SPD-Ortsvereins Oettingen 1948–1. 8. 1959

Protokollbuch des SPD-Ortsvereins Oettingen 22. 8. 1959–Februar 1975

Diverse Unterlagen des SPD-Ortsvereins Oettingen

Dr. Axel Wernitz

Diverse Unterlagen des SPD-Ortsvereins und des SPD-Kreisverbands Oettingen

Wahlkampfmaterial der SPD

c) Interviews und schriftliche Auskünfte

Margaret Hänger (31. 1. 2001)

Hans Hölzl (2. 6. 1998)

Wilhelm Holzmann (21. 11. 2000)

Josef Kummer (15. 11. 2000)

Roland Matejka (12. 5. 1998)

Ludwig Meindl (25. 1. 2001)

Georg Oswald (13. 5. 1998)

Dieter Paus (6. 12. 2000)

Gebhard Rembold (1. 6. 1997)

Franz Sackmann (3. 4. und 3. 6. 1998)

Klemens Stannek (26. 10. 2000)

Helmut Stowasser (24. 11. 2000 und 6. 12. 2000)

Dr. Axel Wernitz (31. 1. 2001)

2. Veröffentlichte Quellen

- Arbeitsgemeinschaft regionale Entwicklungsarbeit in Bayern (Hrsg.): Untersuchungsbericht Landkreis Roding. München 1961.
- Arbeitsgemeinschaft regionale Entwicklungsarbeit in Bayern (Hrsg.): Untersuchungsbericht Landkreis Rothenburg ob der Tauber. München 1962.
- Arbeitsgemeinschaft regionale Entwicklungsarbeit in Bayern (Hrsg.): Untersuchungsbericht Landkreis Feuchtwangen. München 1963.
- Arbeitsgemeinschaft regionale Entwicklungsarbeit in der Oberpfalz (Hrsg.): Untersuchungsbericht Landkreis Beilngries. München 1960.
- Bayerische Staatskanzlei (Hrsg.): Landesentwicklungsprogramm Bayern. München 1976.
- Bayerisches Staatsministerium des Inneren (Hrsg.): Die richtige Ordnung. Gebietsreform in Bayern. München o.J. (1971).
- Bayerisches Staatsministerium des Inneren (Hrsg.): Gebietsreform Bayern. Gemeinden in der Reform. München 1972.
- Bayerisches Staatsministerium des Inneren (Hrsg.): Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte. Gesetz zur Neuabgrenzung der Regierungsbezirke. München 1972.
- Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): 40 Jahre Bayerische Landwirtschaft. München 1962.
- Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hrsg.): Einteilung des Staatsgebiets in Regionen. München 1971.
- Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hrsg.): Raumordnungsbericht 1971. Augsburg o.J. (1972).
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.): Die wirtschaftliche und soziale Lage des Bayerischen und des Böhmerwaldes nach dem Zweiten Weltkrieg. Degendorf 1949.
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.): Grundlagen und Ziele der Raumordnung in Bayern. O.O. 1962.
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.): Ein Programm für Bayern I. Augsburg 1969.
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.): Ein Programm für Bayern II. Passau 1970.
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.): Die Industrialisierungspolitik der Bayerischen Staatsregierung in den Jahren 1954–1970. München 1973.
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.): Bayerisches Grenzlandprogramm. Vorgelegt vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, beschlossen vom Bayerischen Ministerrat am 26. 3. 1974. München 1974.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Bayern in Zahlen 9/1961, Beilage: Kreisfreie Stadt und Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz in der amtlichen Statistik. München 1961.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Bayern in Zahlen 2/1962, Beilage: Kreisfreie Stadt und Landkreis Rothenburg ob der Tauber in der amtlichen Statistik. München 1962.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Bayern in Zahlen 12/1962, Beilage: Kreisfreie Stadt und Landkreis Landsberg am Lech in der amtlichen Statistik. München 1962.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 147: Die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen Bayerns 1946 und 1948. München 1949.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 150: Die Erste Bundestagswahl in Bayern am 14. August 1949. München 1950.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 163: Wahl zum Bayerischen Landtag am 26. November 1950. München 1951.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 177: Bayerische Gemeinde- und Kreisstatistik 1949/50. 7 Bde., München 1952.

- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 182: Kommunalwahlen in Bayern am 30. März 1952. München 1953.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 193: Zweite Bundestagswahl in Bayern am 6. September 1953. München 1954.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 201: Wahl zum Bayerischen Landtag am 28. November 1954. München 1955.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 203: Kommunalwahlen in Bayern am 18. März 1956. München 1957.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 206: Dritte Bundestagswahl in Bayern am 15. September 1957. München 1958.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 207: Bayerische Gemeinde- und Kreisstatistik 1958. 2 Bde., München 1958.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 211: Wahl zum Bayerischen Landtag am 28. November 1958. München 1959.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 219: Analyse des Wählerwillens. Ergebnisse der Bayerischen Landtags- und Bundestagswahlen in den kreisfreien Städten und Landkreisen seit 1946. München 1960.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 220: Kommunalwahlen in Bayern am 27. März 1960. München 1961.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 224: Vierte Bundestagswahl in Bayern am 17. September 1961. München 1962.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 231: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 6. Juni 1961. 2 Bde., München 1963.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 232: Gebäude und Wohnungen. Ergebnisse der Gebäudezählung am 6. Juni 1961. München 1963.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 233: Arbeitsstätten und Gemeindestraßen. Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung am 6. Juni 1961 und der Statistik der Gemeindestraßen vom 1. Januar 1961. München 1963.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 234: Betriebsstruktur der Landwirtschaft. Ergebnisse der Landwirtschaftszählung am 31. Mai 1960. München 1963.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 235: Gemeindefinanzen. Ergebnisse der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen für das Jahr 1961, der Schuldenstatistik der Gemeinden vom 31. Dezember 1961 und der Gemeindefinanzstatistik (Jahresrechnungsstatistik) für die Rechnungsjahre 1957 bis 1961. München 1963.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 236: Gemeindegebietskarten. München 1963.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 237: Wahl zum Bayerischen Landtag am 25. November 1962. München 1963.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 254: Volks- und Berufszählung am 6. Juni 1961 in Bayern. 3 Bde., München 1965.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 272: Fünfte Bundestagswahl in Bayern am 19. September 1965. 2 Bde., München 1966 und 1968.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 277: Wahl zum Bayerischen Landtag am 20. November 1966. 3 Bde., München 1967.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 283: Kommunalwahlen in Bayern am 13. März 1966 und am 8. März 1970. München 1970.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 291: Sechste Bundestagswahl in Bayern am 28. September 1969. 2 Bde., München 1970 und 1971.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 302: Arbeitsstätten: Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung am 27. Mai 1970. München 1972.

- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 304: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse der Volkszählung am 27. Mai 1970. Gebietsstand vom 27. Mai 1970. 2 Bde., München 1972.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 305: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse der Volkszählung am 27. Mai 1970 zum Gebietsstand vom 1. Juli 1972. München 1972.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 309: Wahl zum Bayerischen Landtag am 22. November 1970. 2 Bde., München 1971 und 1973.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 319: Siebente Bundestagswahl in Bayern am 19. November 1972. 2 Bde., München 1973 und 1975.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 332: Kommunalwahlen in Bayern am 11. Juni 1972. München 1975.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 340: Wahl zum Bayerischen Landtag am 27. Oktober 1974. 2 Bde., München 1975 und 1978.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gemeindedaten, Bd. 1. München 1973.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistical Handbook for Bavaria. München 1946.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern 23 (1947).
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern 24 (1952).
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern 25 (1955).
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern 26 (1958).
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern 28 (1964).
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern 29 (1969).
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern 30 (1972).
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern 31 (1975).
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern 32 (1978).
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für Bayern 33 (1981).
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistische Berichte: Die Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. März 1957. Ergebnisse der Schuldenstatistik für Bayern. München 1957.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Statistische Berichte: Die Schulden von Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden am 31. Dezember 1963. Ergebnisse der Schuldenstatistik für Bayern. München 1964.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. Dezember 1968 mit finanzstatistischen Vergleichsdaten für die einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände. München 1969.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. Dezember 1969 mit finanzstatistischen Vergleichsdaten für die einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände. München 1970.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. Dezember 1970 mit finanzstatistischen Vergleichsdaten für die einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände. München 1971.
- Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. Dezember 1971 mit finanzstatistischen Vergleichsdaten für die einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände. München 1972.
- Beyme, Klaus von (Hrsg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. München; Wien 1979.
- Dorn, Walter L.: Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und hrsg. von Lutz Niethammer. Stuttgart 1973.
- Dowe, Dieter und Kurt Klotzbach (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Bonn ³1990.
- Ehard, Hans: Zur bayerischen Situation 1949, in: Karl Schwend (Hrsg.): Bayerische Politik. Ansprachen und Reden des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard. München 1952, S. 48–52.

- Fait, Barbara, Alf Mintzel und Thomas Schlemmer (Hrsg.): Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union. 3 Bde., München 1993.
- Fitzek, Alfons (Hrsg.): Katholische Kirche im demokratischen Staat. Hirtenworte der deutschen Bischöfe zu wichtigen Fragen der Zeit und zu den Bundestagswahlen 1945 [sic!] bis 1980. Würzburg 1981.
- Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 9 Bde. Berlin 1962–1970.
- Gelberg, Karl-Ulrich (Bearb.): Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954: Das Kabinett Schäffer – 28. Mai bis 28. September 1945. München 1995.
- Gelberg, Karl-Ulrich (Bearb.): Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954: Das Kabinett Hoegner I – 28. September 1945 bis 21. Dezember 1946. München 1996.
- Gnad, Oliver: Die Christlich-Soziale Union in Bayern. Mitgliedschaft und soziale Struktur, in: Marie-Luise Recker und Klaus Tenfelde (Hrsg.): Parteien und Parlamente in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. CDU/CSU, FDP sowie die kleinen Parteien des bürgerlichen und rechten Spektrums [Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 12/3] (im Druck).
- Handbuch des Bayerischen Landtags. München 1946 ff.
- Henke, Klaus-Dietmar und Hans Woller (Hrsg.): Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung. Stuttgart 1984.
- Landesplanungsstelle im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.): Die bayerische Landesplanung. Grundlagen für die Aufstellung von Richtlinien zu einem Landesentwicklungsplan, Teil 1: Bestandsaufnahme. O.O.u.J. (1951).
- Landesplanungsstelle im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (Hrsg.): Die bayerische Landesplanung. Grundlagen für die Aufstellung von Richtlinien zu einem Landesentwicklungsplan, Teil 2: Planung. O.O.u.J. (1954).
- Lee, Guy A.: Documents on Field Organisation of the Office of the High Commissioner for Germany 1949–1951. O.O. 1952.
- Ritter, Gerhard A. und Merith Niehuss: Wahlen in Deutschland 1946–1991. Ein Handbuch. München 1991.
- Schindler, Peter (Hrsg.): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1999, 3 Bde., Baden-Baden 1999.
- Schumacher, Martin (Hrsg.): M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 2000.
- SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1957. O.O.u.J.
- SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1958. O.O.u.J.
- SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1959. O.O.u.J.
- SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1960. O.O.u.J. (1961).
- SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1961. O.O.u.J. (1962).
- SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1962/63. O.O.u.J. (1964).
- SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1964/65. O.O.u.J.
- SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1966/67. O.O.u.J. (1968).
- SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1968/69. O.O.u.J.
- SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1970/71/72. O.O.u.J.
- SPD Bezirk Franken, Jahresbericht 1973/74. O.O.u.J.
- SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Bezirksparteitag 1963 in Passau am 8. und 9. Juni. O.O.u.J. (1963).
- SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Bezirksparteitag 1966 in Amberg, 14./15. Mai. O.O.u.J. (1966).
- SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Bezirksparteitag am 5./6. Oktober 1968 in Regensburg. O.O.u.J. (1968).
- SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Parteitagsbericht 1950. O.O.u.J. (1950).
- SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Parteitagsbericht 1953. O.O.u.J. (1953).

- SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Parteitagsbericht 1955. O.O.u.J.(1955).
- SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Parteitagsbericht 1958. O.O.u.J. (1958).
- SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, SPD-Bezirksparteitag 1960 in Regensburg am 1. und 2. Oktober. O.O.u.J. (1960).
- SPD Bezirk Südbayern, Bezirksparteitag am 18./19. April 1970 in Garmisch-Partenkirchen. Geschäftsbericht 1968/1969. O.O.u.J. (1970).
- SPD Bezirk Südbayern, Bezirksparteitag am 27./28. Januar 1973 in Kissing. Geschäftsbericht 1970/71. O.O.u.J. (1970).
- SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1956–57. O.O.u.J.
- SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1958/59. O.O.u.J.
- SPD Bezirk Südbayern, Geschäftsbericht 1960/1961. O.O.u.J.
- SPD Bezirk Südbayern, Jahrbuch 1962/63. O.O.u.J. (1964).
- SPD Bezirk Südbayern, Jahrbuch 1964/65. O.O.u.J.
- SPD Bezirk Südbayern, Organisations- und Kassenbericht 1954/55 (Hektographiert, in: AdsD, Bezirk Südbayern V, Nr. 001).
- SPD Landesverband Bayern (Hrsg.): Tür auf für den Fortschritt. Schwerpunktprogramm der Sozialdemokratischen Partei für Bayern. Coburg o.J. (1970).
- SPD Landesverband Bayern (Hrsg.): Verwaltungs- und Gebietsreform in Bayern. Die Konzeption der SPD. München o.J.
- SPD Landesverband Bayern (Hrsg.): Wir schaffen das moderne Bayern. Schwerpunktprogramm der Sozialdemokratischen Partei für Bayern, Entwurf. München o.J. (1970).
- SPD Landesvorstand Bayern und SPD Landtagsfraktion (Hrsg.): Referentenmaterial 1962. O.O.u.J. (1962). Ein Exemplar findet sich in AdsD, Bezirk Franken 150.
- SPD-Landtagsfraktion (Hrsg.): Über unsere Zukunft. Reden von Prof. Dr. Karl Steinbuch, Volkmar Gabert und Dr. Hans-Jochen Vogel auf dem 20. Landesparteitag der SPD in Ingolstadt vom 20. bis 22. 6. 1969. Bayreuth o.J. (1969).
- Statistische Berichte des Bayerischen Statistischen Landesamts: Die Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. März 1957. Ergebnisse der Schuldenstatistik für Bayern. München 1957.
- Statistische Berichte des Bayerischen Statistischen Landesamts: Die Schulden von Land, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden am 31. Dezember 1957. Ergebnisse der Schuldenstatistik für Bayern. München 1964.
- Statistische Berichte des Bayerischen Statistischen Landesamts: Staats- und Kommunalschulden Bayerns am 31. Dezember 1968 mit finanzstatistischen Vergleichsdaten für die einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände. München 1969.

3. Zeitschriften und Zeitungen

Abendzeitung (Ausgabe Nordbayern)
Amtsblatt des Landkreises Landsberg am Lech
Amtsblatt für den Landkreis Nördlingen
Amtsblatt für den Landkreis und die Stadt Nördlingen
Amtsblatt für den Landkreis Wasserburg am Inn
Amtsblatt für den Landkreis und die Stadt Wasserburg
Amtsblatt für das Landratsamt und die Stadtverwaltung Nördlingen
Amtsblatt für den Landkreis Roding
Augsburger Allgemeine Zeitung
Der Bayerische Bürgermeister. Monatsschrift für Verwaltungspraxis. Organ der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände in Bayern
Bayerwald-Anzeiger
Bayerwald-Echo
Bote vom Grabfeld
Bote vom Haßgau
Chamer Zeitung
Donaukurier
Fränkischer Anzeiger
Frankfurter Rundschau
Haager Anzeiger
Haager Bote
juso-information
Der Landkreis. Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung
Landsberger Tagblatt
Lichtenfelser Tagblatt
Maultrommel
Mindelheimer Zeitung
Mittelbayerische Zeitung
Mühldorfer Anzeiger
Mühldorfer Nachrichten
Münchener Katholische Kirchenzeitung
Münchner Merkur
Münchner Stadtanzeiger
Neumarkter Nachrichten
Neumarkter Tagblatt
Oberbayerisches Volksblatt
Passauer Neue Presse
Rhön- und Saalepost
Rhön- und Streubote
Rieser Nachrichten
Rodinger Heimat-Anzeiger
Rodinger Kreis-Anzeiger
Schwandorfer Zeitung
Der Spiegel
Süddeutsche Zeitung
Sulz-Altmühl-Umschau
Wasserburger Anzeiger
Wasserburger Zeitung
Die Welt
Welt am Sonntag
Die Zeit

4. Literatur

- Abel, Wilhelm: Stadt-Land-Beziehungen, in: Dorfuntersuchungen. Vorträge und Verhandlungen der Arbeitstagung der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V. Bonn vom 21.–22. Januar 1955. Hamburg 1955, S. 9–22.
- Abel, Wilhelm: Agrarpolitik. Göttingen 1967.
- Abelshauer, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Frankfurt/Main 1983.
- Abelshauer, Werner: Der Lastenausgleich und die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Eine Skizze, in: Rainer Schulze, Doris von der Brelie-Lewien und Helga Grebing (Hrsg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit. Hildesheim 1987, S. 229–238.
- Abelshauer, Werner: Die langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966. Düsseldorf 1987.
- Aberle, Gerd: Verkehrspolitik und Regionalentwicklung. Integration und Evaluierung der Verkehrspolitik im Rahmen der Regionalpolitik und der regionalen Entwicklungsplanung. Bonn 1981.
- Ackermann, Konrad und Josef Kilger: Roding. Stadt im Königsland. Stuttgart 1994.
- Ackermann, Paul: Der Deutsche Bauernverband im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik. Die Einflußnahme des DBV auf die Entscheidung über den europäischen Getreidepreis. Tübingen 1970.
- Albers, Willi: Strukturwandlungen kommunaler Ausgabenbudgets während der letzten Jahrzehnte im internationalen Vergleich, in: AfK 5 (1966), S. 239–259.
- Albertin, Lothar, Eris Keim und Raymund Werle: Die Zukunft der Gemeinden in der Hand ihrer Reformer. Geplante Erfolge und politische Kosten der kommunalen Neugliederung. Fallstudien in Ostwestfalen Lippe. Opladen 1982.
- Albertin, Lothar: Partizipation in den Städten: Wandlungen der lokalen Demokratie, in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 65–88.
- Albertin, Lothar: Demokratische Herausforderung und politische Parteien. Der Aufbau des Friedens in Ostwestfalen-Lippe 1945–1948. Paderborn 1998.
- Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der neuen Linken. Bonn 1994.
- Alemann, Ulrich von: Organisierte Interessen in der Bundesrepublik. Opladen 1987.
- Alemann, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2000.
- Alnor, Walter: Die Kreisstraßen 1945–1954, in: Verein für die Geschichte der deutschen Landkreise e.V. (Hrsg.): Die Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland. 10 Jahre Aufbauarbeit. Stuttgart 1955, S. 121–131.
- Altendorfer, Otto: Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei (1888–1945), 2 Bde. München 1993.
- Amery, Carl: Leb wohl geliebtes Volk der Bayern. München; Leipzig 1996.
- Ammon, Alf: Eliten und Entscheidungen in Stadtgemeinden. Die amerikanische „Community-power“-Forschung und das Problem ihrer Rezeption in Deutschland. Berlin 1967 [Soziologische Abhandlungen, Bd. 8].
- Aretin, Karl Otmar Freiherr von: Fritz Gerlich, in: Ders.: Nation, Staat und Demokratie in Deutschland. Ausgewählte Beiträge zur Zeitgeschichte. Zum 70. Geburtstag des Verfassers hrsg. von Andreas Kunz. Mainz 1993, S. 261–274.
- Aretz, Jürgen: Katholizismus und deutsche Sozialdemokratie 1949–1963, in: Albrecht Langer (Hrsg.): Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik. Paderborn u.a. 1978, S. 61–81.
- Bachmann, Ursula: Reichskasse und öffentlicher Kredit in der Weimarer Republik 1924–1932. Frankfurt/Main u. a. 1996.

- Bachstein, Martin K.: Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie. München; Wien 1974.
- Balcar, Jaromír: Die Kosten der Erschließung. Kommunale Infrastrukturpolitik auf dem Land und ihre Folgen für die Gemeinden (1948–1972), in: Daniela Münkel (Hrsg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn. Göttingen 2000, S. 248–277.
- Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Stuttgart 1982.
- Barzel, Rainer: Katholiken und SPD auf dem Weg zur „Partnerschaft“? O.O. 1962.
- Bauer, Franz Josef: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950. Stuttgart 1982.
- Bauer, Otto: Der Nationalpark Bayerischer Wald, in: Politische Studien 34 (1983), S. 199–203.
- Bauer, Reiner (Hrsg.): 100 Jahre Sozialdemokratie Oettingen. Oettingen 1991.
- Bauer, Rita und Dieter Bullinger: Leitbilder für den ländlichen Raum in Bayern. Abschlußbericht der Prognos AG Basel. München 1982.
- Bauer, Theresia: Nationalsozialistische Agrarpolitik und bäuerliches Verhalten im Zweiten Weltkrieg. Eine Regionalstudie zur ländlichen Gesellschaft in Bayern. Frankfurt/Main u. a. 1996.
- Bauerkämper, Arnd: Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik, in: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1998, S. 188–200.
- Bauerkämper, Arnd, Martin Sabrow und Bernd Stöver (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990 (Festschrift Christoph Kleßmann). Bonn 1998.
- Bayer, Alfred und Manfred Baumgärtel (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945–1995. München 1995.
- Bayer, Alfred und Manfred Baumgärtel (Hrsg.): Weltanschauung und politisches Handeln. Hanns Seidel zum 100. Geburtstag. München 2001 [Sonderausgabe der Politischen Studien].
- Bayerische Akademie ländlicher Raum (Hrsg.): Zur Zukunft des ländlichen Raumes. Dokumentation der öffentlichen Sitzung am 29. 9. 1988. München 1988.
- Bayerischer Bauernverband (Hrsg.): Der bayerische Bauer und sein Verband. München 1970.
- Bebermeyer, Hartmut: Regierung ohne Management? Planung als Führungsinstrument moderner Regierungsarbeit. Stuttgart 1974.
- Becher, Walter: Zeitzeuge. Ein Lebensbericht. München 1990.
- Beck, Rainer: Unterfinning. Ländliche Welt vor Ausbruch der Moderne. München 1993.
- Becker, Heinrich: Dörfer heute. Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972 und 1993/95. Bonn 1997.
- Becker, Winfried: Franz Josef Strauß (1915–1988), in: Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 7. Mainz 1994, S. 227–244.
- Becker, Winfried: Gründung und Wurzeln der Christlich-Sozialen Union, in: Alfred Bayer und Manfred Baumgärtel (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945–1995. München 1995, S. 69–107.
- Becker, Winfried u. a. (Hrsg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn u. a. 2002.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth: Vom „Dasein für andere“ zum Anspruch auf ein Stück „eigenes Leben“. Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang, in: Soziale Welt 34 (1983), S. 307–340.
- Beevor, Antony: Stalingrad. München 1999.
- Behr, Wolfgang: Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte der Nachkriegsentwicklung Bayerns. Hannover 1969.
- Beier, Lothar: „Vereinte“ Lokalzeitung und Kommunalpolitik. Machtfaktoren in der Provinz, in: Materialien zur politischen Bildung. Analysen – Berichte – Dokumente, Heft 3/1986, S. 47–49.

- Bender, Oskar: Der gerade Weg und der Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur katholischen Widerstandspresse vor 1933. Phil. Diss. München 1954.
- Benz, Wolfgang: Parteigründungen und erste Wahlen. Der Wiederbeginn des politischen Lebens, in: Ders. (Hrsg.): Neuanfang in Bayern 1945–1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. München 1988, S. 9–35.
- Benz, Wolfgang: Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Politik. Frankfurt/Main 1989, S. 13–39.
- Benz, Wolfgang: Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat. München ⁵1999.
- Bergmann, Theodor: Der bäuerliche Familienbetrieb – Problematik und Entwicklungstendenzen, in: ZAA 17 (1969), S. 215–230.
- Bergmeier, Monika: Umweltgeschichte der Boomjahre 1949–1973. Das Beispiel Bayern. Münster u. a. 2002.
- Berkemeier, Karl-Heinz: Kommunalpolitisches Engagement. Zwischen Ehrenamt und Profession, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn ²1998, S. 67–75.
- Berkmann, Else: Frauen in den Kommunalparlamenten Baden-Württembergs. Eine Bilanz im Jahr der Frau, in: Der Bürger im Staat 25 (1975), S. 23–25.
- Beyer, Jutta und Everhard Holtmann: „Auch die Frau soll politisch denken“ oder: „Die Bildung des Herzens“. Frauen und Frauenbild in der Kommunalpolitik der frühen Nachkriegszeit 1945–1950, in: AfS 25 (1985), S. 385–419.
- Beyer, Jutta: Demokratie als Lernprozeß. Politische Kultur und lokale Politik nach 1945 am Beispiel der Städte Forchheim und Schwabach. Neustadt/Aisch 1988.
- Beyme, Klaus von: Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland. München 1971.
- Beyme, Klaus von: Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung. München ⁶1986.
- Beyme, Klaus von: Die politische Klasse im Parteienstaat. Frankfurt/Main 1993.
- Biege, Hans-Peter: Kommunalpolitik und kommunales Wahlverhalten. Legitimationsprobleme der Gemeindepolitik, in: Der Bürger im Staat 25 (1975), S. 15–22.
- Billerbeck, Rudolf: Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus. Düsseldorf 1971.
- Birke, Adolf M.: Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961. Berlin 1989.
- Blab, Wilhelm: Bodenwöhr. Geschichte und kulturelle Entwicklung eines bayerischen Berg- und Hüttenortes. Bodenwöhr 1960.
- Blab, Wilhelm: 500 Jahre BHS-Hüttenwerk Bodenwöhr 1464–1964. München 1964.
- Blasche, Magret u. a.: Zur Lage der Bäuerinnen im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, in: Onno Poppinga (Hrsg.): Produktion und Lebensverhältnisse auf dem Land. Opladen 1979, S. 176–193.
- Blaschke, Olaf (Hrsg.): Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970: Ein zweites konfessionelles Zeitalter. Göttingen 2002.
- Blessing, Werner K.: „Deutschland in Not, wir im Glauben ...“ Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933–1949 in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1988, S. 3–111.
- Bock, Burkhard G.: Die bayerische Herausforderung. Das Spannungsverhältnis zwischen CSU und Bayernpartei 1945–1957. Unveröffentlichte Magisterarbeit, München 1998.
- Bocklet, Reinhold: Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform. Verstärkung oder Minderung der politischen Anteilnahme?, in: Rainer A. Roth (Hrsg.): Freistaat Bayern. Die politische Wirklichkeit eines Landes der Bundesrepublik Deutschland. Donauwörth 1975, S. 189–219.
- Boehling, Rebecca: A Question of Priorities. Democratic Reform and Economic Recovery in Postwar Germany. Frankfurt, Munich and Stuttgart under U.S. Occupation 1945–1949. Providence; Oxford 1996.

- Bohn, Eckart: Wirtschaftsstruktureller Wandel und gesellschaftliche Orientierung. Eine empirische Studie über den ländlichen sozio-ökonomischen Wandel und seine Reflexion im Bewußtsein und Verhalten von Bauern und Arbeiterbauern. Stuttgart 1980.
- Borchardt, Knut: Die Bedeutung der Infrastruktur für die sozialökonomische Entwicklung, in: Helmut Arndt und Dieter Swatek (Hrsg.): Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften. Berlin 1971, S. 11–30.
- Borchardt, Knut: Die Bundesrepublik in den säkularen Trends der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Werner Conze, Rainer M. Lepsius (Hrsg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1983, S. 20–45.
- Borchardt, Knut: Zur Geschichte des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr. Stuttgart 1987.
- Borchardt, Knut: Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?, in: Martin Broszat (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 1990, S. 21–33.
- Börnsen, Gert: Sozialdemokratische Anpassung und formierte Gesellschaft. Der Weg der SPD-Führung in die Große Koalition, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 14 (1969), S. 269–286.
- Borscheid, Peter: Die Anfänge der landwirtschaftlichen Versicherung in Deutschland, in: ZAA 37 (1989), S. 37–55.
- Bösch, Frank: Von der Einwohnerwehr zur Volkspartei. Politische Sammlungen im ländlich-protestantischen Raum, in: Daniela Münkler (Hrsg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn. Göttingen 2000, S. 227–248.
- Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart; München 2001.
- Bösch, Frank: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart; München 2002.
- Bosl, Karl: Die „geminderte“ Industrialisierung, in: Claus Grimm (Hrsg.): Aufbruch ins Industriezeitalter. Bd. 1: Linien der Entwicklungsgeschichte, München 1985, S. 22–39.
- Bössenecker, Hermann: Bayern, Bosse und Bilanzen. Hinter den Kulissen der weiß-blauen Wirtschaft. München 1972.
- Boustedt, Olaf: Regionale Entwicklungstendenzen der bayerischen Industrie 1953–1958, in: Industrialisierung ländlicher Räume. Raum und gewerbliche Wirtschaft 1. Hannover 1961 [Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. XVII], S. 95–123.
- Bouvier, Beatrix W.: Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Bonn 1990.
- Boyer, Christoph: „Deutsche Handwerksordnung“ oder „zügellose Gewerbefreiheit“. Das Handwerk zwischen Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder, in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1988, S. 427–467.
- Boyer, Christoph: Zwischen Zwangswirtschaft und Gewerbefreiheit. Handwerk in Bayern 1945–1949. München 1992.
- Boyer, Christoph und Thomas Schlemmer: „Handwerkerland Bayern“? Entwicklung, Organisation und Politik des bayerischen Handwerks 1945 bis 1975, in: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. II: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973. München 2002, S. 87–178.
- Bracher, Karl Dietrich: Das Problem des „Antikommunismus“ in den zwanziger und dreißiger Jahren, in: Klaus Hildebrand und Reiner Pommerin (Hrsg.): Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hilgruber zum 60. Geburtstag. Köln; Wien 1985, S. 133–147.
- Bracher, Karl Dietrich, Wolfgang Jäger und Werner Link: Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt. [Karl-Dietrich Bracher u.a. (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5] Stuttgart; Wiesbaden 1986.
- Bracher, Karl Dietrich: Kriegsende und Epochenwende, in: Heinrich Oberreuter und Jürgen

- Weber (Hrsg.): *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*. München; Landsberg/Lech 1996, S. 23–37.
- Brakensiek, Stefan u. a. (Hrsg.): *Kultur und Staat in der Provinz. Perspektiven und Erträge der Regionalgeschichte*. Bielefeld 1992.
- Brandkmap, Franz: *Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen*, in: *Berichte über Landwirtschaft* 60 (1982), S. 494–510.
- Braun, Luitpold: *Der unbekannte Strauß. Die Schongauer Jahre*. Schongau 1992.
- Brehm, Thomas: *SPD und Katholizismus 1957 bis 1966. Jahre der Annäherung*. Frankfurt/Main u. a. 1989 [Erlanger Historische Studien, Bd. 14].
- Brehm, Thomas: *SPD und Katholizismus in den fünfziger und sechziger Jahren*, in: *APuZ* 49/1989, S. 33–46.
- Bremme, Gabriele: *Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament*. Göttingen 1956.
- Bretschneider, Heike: *Die Bildung der Viererkoalition. Die parteipolitische Konstellation in Bayern in der ersten Hälfte der Fünfziger Jahre*, in: *ZBLG* 41 (1978), S. 999–1038.
- Broszat, Martin (Hrsg.): *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte*. München 1990.
- Broszat, Martin, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller (Hrsg.): *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*. München 1988.
- Brüggemann, Beate und Rainer Riehle: *Das Dorf. Über die Modernisierung einer Idylle*. Frankfurt/Main; New York 1986.
- Brügmann, Claus: *Der Nachlaß Franz Josef Strauß im Archiv für Christlich-Soziale Politik. Ein Zwischenbericht*, in: *Politische Studien* 49 (1998), S. 106–120.
- Buckmiller, Michael und Josef Fenzl: *„Auf'm Land is nix los ...“ Ein Gespräch über die Dialektik von Spontaneität und Organisation in der Provinz am Beispiel Wasserburg*, in: *Kursbuch* 39, „Provinz“, hrsg. von Hans Magnus Enzensberger, Karl Markus Michel und Harald Wieser. Berlin 1975, S. 155–181.
- Bühl, Walter L.: *Die Sondergeschichte der Bayerischen Industrialisierung im Blick auf die postindustrielle Gesellschaft*, in: Claus Grimm (Hrsg.): *Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 1: Linien der Entwicklungsgeschichte*, München 1985, S. 203–227.
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: *Der Mansholt-Plan. Kritik und Alternativen*. Hilstrup bei Münster 1969.
- Bürgerinitiative des Landkreises Wasserburg (Hrsg.): *Schwarzbuch Wasserburg. Vernichtung eines Landkreises. Eine Dokumentation der Bürgerinitiative Wasserburg am Inn*. O.O. 1974.
- Burghart, Heinz: *Das Ende der „Provinz“*, in: Georg Jenal (Hrsg.): *Gegenwart in Vergangenheit. Beiträge zur Kultur und Geschichte der Neueren und Neuesten Zeit. Festschrift für Friedrich Prinz zum 65. Geburtstag*. München 1993, S. 391–417.
- Bürklin, Wilhelm, Markus Klein und Achim Ruß: *Dimensionen des Wertewandels. Eine empirische Längsschnittanalyse zur Dimensionalität und Wandlungsdynamik gesellschaftlicher Wertorientierungen*, in: *PVS* 35 (1995), S. 579–606.
- Butterwege, Christoph: *Jungsozialisten und SPD. Die Widerspiegelung sozioökonomischer Entwicklungstendenzen im Verhältnis des sozialdemokratischen Jugendverbandes zu seiner „Mutterpartei“*. Hamburg 1975.
- Christaller, Walter: *Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungstypen mit städtischen Funktionen*. Jena 1933.
- Claußen, Bernhard: *Politische Sozialisation*, in: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): *Pipers Wörterbuch zur Politik: Politikwissenschaft. Theorien – Methoden – Begriffe, Bd. I/2*. München; Zürich 1985, S. 776–781.
- Conrady, Hans-Walter: *Die besondere Problematik der Landkreise im Zonenrandgebiet*, in:

- Verein für die Geschichte der deutschen Landkreise e.V. (Hrsg.): Die Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland. 10 Jahre Aufbauarbeit. Stuttgart 1955, S. 176–178.
- Cornelissen, Waltraud: Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland, in: Gisela Helwig und Hildegard Marie Nickel (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992. Bonn 1993, S. 321–349.
- Damberg, Wilhelm: Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945–1980. Paderborn u. a. 1997.
- Dams, Theo: Industriensiedlung in ländlichen Entwicklungsräumen. Daten und Überlegungen zur regionalen Wirtschaftspolitik. Bonn 1957. Auch erschienen in: Berichte über Landwirtschaft 35 (1957), S. 106–149.
- Daum, Wolfgang: Entnazifizierung in Landsberg. Das Befreiungsgesetz vom 5. März 1946 und seine praktische Durchführung. St. Ottilien 1996.
- Deenen, Bernd van und Edmund Mrohs: Materialien zur Alterssicherung in der deutschen Landwirtschaft. Die Auswirkungen des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte auf die Agrarstruktur und auf die sozial-ökonomische Daseinslage der landwirtschaftlichen Altenteiler. Bonn 1965.
- Deenen, Bernd van: Bäuerliche Familien im sozialen Wandel. Demographische Einflüsse auf den bäuerlichen Familienbetrieb – Folgerungen für die Agrarpolitik. Bonn 1970.
- Deenen, Bernd van (Hrsg.): Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern 1952 und 1972. Bonn 1974.
- Deenen, Bernd van und Christa Kossen-Knirim: Landfrauen in Betrieb, Familie und Haushalt. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in acht Dörfern der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1981.
- Deenen, Bernd van: Der Wandel von Werten und Verhaltensweisen auf dem Land. Dargestellt am Beispiel Familie, Ehe, Sexualität, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Auf dem Lande leben. Stuttgart u. a. 1983, S. 97–110.
- Deenen, Bernd van: Beziehungen zwischen der mittleren und älteren Generation in Stadt- und Landfamilien. Die emotionale Dimension der integrativen Beziehungen, in: ZAA 37 (1989), S. 187–210.
- Derlien, Hans-Ulrich und Gerhard Pippig: Die administrative Elite. Kontinuität und Wandel 1949–1984, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Eliten in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart; Berlin; Köln 1990, S. 98–108.
- Derlien, Hans-Ulrich: Continuity and Change in the West German Federal Elite 1949–1984, in: European Journal of Political Research 18 (1990), S. 349–372.
- Derlien, Hans-Ulrich: Regierungswechsel, Regimewechsel und Zusammensetzung der politisch-administrativen Elite, in: Bernhard Blanke und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel. Opladen 1991, S. 253–270.
- Deuerlein, Ernst und Wolf D. Gruner: Die politische Entwicklung Bayerns 1945 bis 1972, in: Max Spindler (Hrsg.): Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. IV/1. München 1979, S. 538–644.
- Deutinger, Stephan: Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie“. Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945–1980, in: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973. München 2001, S. 33–118.
- Deutinger, Stephan: Hanns Seidel – ein Lebensbild, in: Alfred Bayer und Manfred Baumgärtel (Hrsg.): Weltanschauung und politisches Handeln. Hanns Seidel zum 100. Geburtstag. Grünwald 2001 (Sonderausgabe der Politischen Studien), S. 11–37.
- Deutsche Gesellschaft für Freizeit (Hrsg.): Freizeitgesellschaft im Blickpunkt. Düsseldorf 1971.
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung: Industrie aufs Land. Die Möglichkeiten einer stärkeren Entwicklung von Industrie und Handwerk in mittleren und kleineren Orten. Köln 1953 [Schriften des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, Bd. 8].

- Dienel, Peter C.: Wie können die Bürger an Planungsprozessen beteiligt werden? Planung und Planungsziele als Beteiligungsverfahren, in: *Der Bürger im Staat* 21 (1971), S. 151–156.
- Dierl, Brigitte u. a.: *Der Landtag von Nordrhein-Westfalen*. Bochum 1982.
- Dietze, Constantin von, Max Rolfes und Georg Weippert (Hrsg.): *Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern. Ergebnisse einer Untersuchung in der Bundesrepublik 1952*. Hamburg 1953.
- Dobberkau, Eckhard: *Abwanderung der Bevölkerung im ländlichen Raum. Richtung, Entfernung und Motivation*. Stuttgart 1980.
- Dobkowitz, Johannes: Die Ära Sackmann im Landkreis Roding, in: *Rodinger Heimat* 1 (1984), S. 43–62.
- Dobkowitz, Johannes: Gebietsreform im Altlandkreis Roding von 1945–1950, in: *Rodinger Heimat* 1 (1984), S. 35–42.
- Dobkowitz, Johannes: Waldlager Mappach, in: *Rodinger Heimat* 2 (1985), S. 144–152.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: *VfZ* 41 (1993), S. 1–29.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft, in: *AfS* 35 (1995), S. 1–34.
- Dos Passos, John: *Das Land des Fragebogens*. Frankfurt/Main 1997. [Die amerikanische Originalausgabe erschien 1946 unter dem Titel „In the Year of Our Defeat“ als dritter Teil der Reportagensammlung „Tour of Duty“].
- Dräger, Heinrich, Hellmuth Heye und Franz Sackmann: *Probleme der Verteidigung der Bundesrepublik. Ihre Betrachtung unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und technischer Belange*. Berlin; Frankfurt/Main 1959.
- Dufour, Roland: *Gott am Wochenende. Seelsorge in der Freizeitgesellschaft*. Trier 1969.
- Dunkelmann, Henning: *Lokale Öffentlichkeit. Eine gemeindesoziologische Untersuchung*. Stuttgart 1975.
- Dürr, Hansjörg: Soziale Strukturen des Bayerischen Landtags. Aspekte der Soziologie der parlamentarischen Mandatsträger, in: Reinhold L. Bocklet (Hrsg.): *Das Regierungssystem des Freistaates Bayern*, Bd. 1: Beiträge. München 1977, S. 211–393.
- Ebbighausen, Rolf: *Die Kosten der Parteiendemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen 1996.
- Eckart, Wolfgang: *Amerikanische Reformpolitik und deutsche Tradition 1945–1949. Nachkriegspolitik im Spannungsfeld zwischen Neuordnungsvorstellungen, Notlage und pragmatischer Krisenbewältigung*. Neustadt/Aisch 1988.
- Egner, Erich: Sinn und Grenzen regionaler Industrieförderung, in: *Neues Archiv für Niedersachsen* 12 (1963), S. 129–143.
- Ehlert, Hans: Innenpolitische Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge und die Wehrverfassung 1954 bis 1956, in: *Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*, Bd. 3: Die NATO-Option. München 1993, S. 235–560.
- Eichmüller, Andreas: *Der Jägerwiggerl. Förster, Politiker, Volksheld*. Regensburg 1997.
- Eichmüller, Andreas: *Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung in Bayern. Ökonomischer und sozialer Wandel 1948–1970. Eine vergleichende Untersuchung der Landkreise Erding, Kötzing und Obernburg*. München 1997.
- Eichmüller, Andreas: „I hab, nie viel verdient, weil i immer g'schaut hab, daß as Anwesen mitgeht.“ Arbeiterbauern in Bayern nach 1945, in: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.): *Bayern im Bund*, Bd. II: *Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973*. München 2002, S. 179–268.
- Eichmüller, Andreas: *Die Landwirtschaft und der Lastenausgleich*, in: Paul Erker (Hrsg.): *Rechnung für Hitlers Krieg. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs*. Pforzheim 2003 (im Druck).
- Ellwein, Thomas: *Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen 1973.

- Ellwein, Thomas und Ralf Zoll: Wertheim. Politik und Machtstruktur in einer deutschen Stadt. München 1982.
- Ellwein, Thomas: Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren. München 1989.
- Ellwein, Thomas: Verfassung und Verwaltung, in: Martin Broszat (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 1990, S. 47–61.
- Enders, Ulrich: Die Bodenreform in der amerikanischen Besatzungszone 1945–1949 unter besonderer Berücksichtigung Bayerns. Ostfildern 1982.
- Erker, Paul: Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel, in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1988, S. 367–425.
- Erker, Paul: Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger. Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarischen Region Mittelfrankens 1945–1955. Wiesbaden 1988.
- Erker, Paul: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1990.
- Erker, Paul: Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900–1970, in: GG 17 (1991), S. 480–511.
- Erker, Paul: Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industrialisierungsprozeß 1920–1960 in Bayern, in: Matthias Frese und Michael Prinz: Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven. Paderborn 1996, S. 327–360.
- Eschenburg, Theodor: Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik. Kritische Betrachtungen 1957–1961. München 1964.
- Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945–1949. [Karl-Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1] Stuttgart; Wiesbaden 1983.
- Ettle, Elmar: Die Entnazifizierung in Eichstätt. Probleme der politischen Säuberung nach 1945. Frankfurt/Main; Bern; New York 1985.
- Evans, Richard J. und W.R. Lee (Hrsg.): The German Peasantry. Conflict and Community in the Rural Society from the 18th to the 20th Century. London 1986.
- Exner, Peter: Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Westdeutschland im Schatten der Bodenreformdiskussion. Kontinuität und Neubeginn in Westfalen 1945–1949, in: Arnd Bauerkämper (Hrsg.): „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. Stuttgart 1996, S. 181–219.
- Exner, Peter: Beständigkeit und Veränderung. Konstanz und Wandel traditioneller Orientierungs- und Verhaltensmuster in Landwirtschaft und ländlicher Gesellschaft in Westfalen 1919–1969, in: Matthias Frese und Michael Prinz (Hrsg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven. Paderborn 1996, S. 279–326.
- Exner, Peter: Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919–1969. Paderborn 1997.
- Exner, Peter: Integration oder Assimilation? Vertriebeneneingliederung und ländliche Gesellschaft – eine sozialgeschichtliche Mikrostudie am Beispiel westfälischer Landgemeinden, in: Dierk Hoffmann und Michael Schwartz (Hrsg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1999, S. 57–88.
- Fait, Barbara: Die Kreisleiter der NSDAP – nach 1945, in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1988, S. 213–299.
- Fait, Barbara: Die Anfänge der CSU 1945–1948. Der holprige Weg zur Erfolgspartei. München; Landsberg/Lech 1995.

- Fait, Barbara: Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassunggebung in Bayern 1946. Düsseldorf 1998.
- Feldenkirchen, Wilfried und Dieter P. Herrmann: Das Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte (GAL), in: ZAA 36 (1988), S. 78–97.
- Fischer, Max: Bayerns heimlicher Außenminister. Von ihm erzählt und aufgeschrieben von seiner Tochter Michaela. Regensburg 2001.
- Fleck, Michael: Die „Stunde Null“ und der Neubeginn am Beispiel von Roding bis zur Bürgermeisterwahl 1948, in: Rödinger Heimat 13 (1996), S. 160–185.
- Fogt, Helmut: Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell. Opladen 1982.
- Fogt, Helmut: Generationenverhältnisse und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Studien 34 (1983), S. 555–565.
- Frahm, Eckart: Gelesen viel und viel gescholten: Die Lokalzeitung. Demokratisches Postulat und Wirklichkeit, in: Der Bürger im Staat 25 (1975), S. 32–38.
- Frantziach, Marion: Die Vertriebenen. Hemmnisse und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1987.
- Frei, Norbert: Die Besatzungsherrschaft als Zäsur?, in: Matthias Frese und Michael Prinz (Hrsg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven. Paderborn 1996, S. 779–788.
- Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996.
- Frese, Matthias u. a.: Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930–1960. Ein Forschungsprojekt des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte, in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 444–467.
- Frese, Matthias und Michael Prinz (Hrsg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven. Paderborn 1996.
- Frese, Matthias, Julia Paulus und Karl Teppe: „Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930–1960“. Ein Forschungsschwerpunkt des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Westfälische Forschungen 49 (1999), S. 501–513.
- Frese, Matthias, Julia Paulus und Karl Teppe (Hrsg.): Die 1960er Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Paderborn 2003 (im Druck).
- Frevort, Ute: Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung – Hindernisse, Umleitungen, Einbahnstraßen, in: Martin Broszat (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 1990, S. 113–130.
- Frey, Rainer: Kommunale Neugliederung und Verwaltungsreform: Für oder gegen mehr Demokratie?, in: Gegenwartskunde 23 (1974), S. 415–427.
- Frey, Rainer und Karl-Heinz Naßmacher: Parlamentarisierung der Kommunalpolitik?, in: AfK 14 (1975), S. 195–212.
- Friemberger, Claudia: Alfons Goppel. Vom Kommunalpolitiker zum Bayerischen Ministerpräsidenten. München 2001.
- Fülles, Mechthild: Frauen in Partei und Parlament. Köln 1969.
- Funk, Albrecht: Landwirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Kontinuität und Wandel eines Politikbereiches, in: Leviathan 4 (1976), S. 264–276.
- Funk, Albrecht: Abschied von der Provinz. Strukturwandel des ländlichen Raumes und staatliche Politik. Offenbach 1977.
- Gabriel, Oscar W.: Die politische Stellung der Gemeinden im bundesstaatlichen Verfassungssystem, in: Ders. (Hrsg.): Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Königstein/Taunus 1979, S. 25–61.
- Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und lokale Demokratie. München 1983.
- Gabriel, Oscar W.: Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1986.

- Gall, Alexander: „Gute Straßen bis ins kleinste Dorf!“ Verkehrspolitik und Landesplanung 1945 bis 1976, in: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973. München 2001, S. 119–204.
- Gall, Alexander: Frostschäden, Ausbaupläne, Länderquoten. Zur Geschichte der Verkehrsinfrastrukturpolitik in Bayern zwischen 1950 und 1970. Phil. Diss. München 2002.
- Gebhardt, Arnim und Otfried Hatzold: Konjunkturschwankungen in Bayern. Analyse für den Zeitraum 1960–1971 unter regionalen und sektoralen Aspekten. Berlin 1976.
- Geiger, Leo: Die grenzland-wirtschaftliche Situation der Oberpfalz im Blickfeld der Energieversorgung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Probleme der energiewirtschaftlichen Regionalplanung. Hannover 1968 [Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 44].
- Geiger, Martin, Erich Braunsberger und Alex Heck: Wasserburg am Inn. Hof 1978.
- Gelberg, Karl-Ulrich: Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954. Düsseldorf 1992.
- Gessner, Dieter: Agrardepression, Agrarideologie und konservative Politik in der Weimarer Republik. Zur Legitimationsproblematik konservativer Politik in der Zwischenkriegszeit. Wiesbaden 1976.
- Gessner, Dieter: Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930–1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik. Düsseldorf 1977.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen 1998.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA. München 2001.
- Gillen, J.F.J.: State and Local Government in West Germany 1945–1953. O.O. 1953.
- Glaser, Hermann: Deutsche Kultur. Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart. Bonn 2000.
- Gläser, Martin: Die staatlichen Finanzzuweisungen an die Gemeinden. Gestaltungskriterien, Effektivität, Reform. Frankfurt/Main 1981.
- Gleber, Peter: Die Mär von den „Fremdbestimmten“ und „Widerstandskämpfern“. Entnazifizierung von NS-Bürgermeistern am Beispiel von Fällen vor der Spruchkammer Wiesloch, in: Die Badische Heimat, Heft 1/1997, S. 5–95.
- Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999.
- Gotto, Klaus: Die deutschen Katholiken und die Wahlen in der Adenauer-Ära, in: Albrecht Langner (Hrsg.): Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik. Paderborn u. a. 1978, S. 7–32.
- Grabow, Busso und Dietrich Henckel: Kommunale Wirtschaftspolitik, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn 1998, S. 616–632.
- Graml, Hermann: Zwischen Stalingrad und Währungsreform – Formative Jahre für eine neue Gesellschaft in Deutschland, in: Heinrich Oberreuter und Jürgen Weber (Hrsg.): Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland. München; Landsberg/Lech 1996, S. 51–65.
- Grasser, Walter und Friedrich H. Hettler: Der „rote Schorsch“. Georg Kronawitter – ein bayerischer Politiker. Wallmoden 1998.
- Grauhan, Rolf-Richard: Politische Verwaltung – Auswahl und Stellung der Oberbürgermeister als Verwaltungschefs deutscher Großstädte. Freiburg/Breisgau 1970.
- Grauhan, Rolf-Richard: Der politische Willensbildungsprozeß in der Gemeinde. Kommunalpolitik in verengten Entscheidungsräumen, in: Der Bürger im Staat 21 (1971), S. 106–111.
- Grauhan, Rolf Richard: Strukturwandlungen planender Verwaltung. Am Beispiel der Münchner Stadtentwicklungsplanung, in: ÖZP 1 (1972), Heft 4, S. 15–37.
- Grebing, Helga: Die Parteien, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Politik. Frankfurt/Main 1989, S. 71–150.

- Grebing, Helga: Gewerkschaften: Bewegung oder Dienstleistungsorganisation (1955 bis 1965), in: Hans-Otto Hemmer und Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute. Köln 1990, S. 149–182.
- Grebing, Helga: Von der „Traditionskompanie“ zur „Staatspartei“. Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich, in: Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle und Klaus Tenfelde (Hrsg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. München u. a. 1994, S. 205–221.
- Grebing, Helga: Politischer Radikalismus und Parteiensystem. Die Flüchtlinge in der niedersächsischen Nachkriegspolitik, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen. Hannover 1995, S. 259–268.
- Gröbner, Peter: Kreisverfassung, in: Verein für die Geschichte der deutschen Landkreise e.V. (Hrsg.): Die Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland. 10 Jahre Aufbauarbeit. Stuttgart 1955, S. 23–33.
- Groß, Hans Ferdinand: Hanns Seidel 1901–1961. Eine politische Biographie. München 1992.
- Großmann, Anton: Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD, in: Martin Broszat und Hartmut Mehringer (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand. München; Wien 1983, S. 433–540.
- Grundmann, Werner W.: Die Rathausparteien. Die rechtliche und faktische Stellung örtlich begrenzter Wahlorganisationen bei den Kommunalwahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 1960.
- Grüner, Stefan: Staatliche Planung und sozialer Wandel in den sechziger Jahren. Überlegungen zu einem Forschungsprojekt zur Geschichte Bayerns nach 1945, in: Theresia Bauer und Winfried Süß (Hrsg.): NS-Diktatur, DDR, Bundesrepublik. Drei Zeitgeschichten des Vereinigten Deutschland. Werkstattberichte. Neuried 2000 [Münchener Kontaktstudium Geschichte, Bd. 3], S. 263–285.
- Grunow, Dieter: Kommunale Leistungsverwaltung. Bürgernähe und Effizienz, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn 1998, S. 396–410.
- Grypa, Dietmar: Studien zu Kriegsende und Neuanfang im Landkreis Altötting. Burghausen 1991 [Burghauser Geschichtsblätter 46].
- Grypa, Dietmar: Zur innerkirchlichen Diskussion um die politische Betätigung katholischer Geistlicher in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Helmut Flachenecker und Klaus Walter Littger (Hrsg.): Beiträge zur Eichstätter Geschichte. Brun Appel zum 65. Geburtstag. Eichstätt 1999, S. 531–576.
- Gunlicks, Arthur B.: Die parteipolitischen Präferenzen beim niedersächsischen Entscheidungsprozeß für eine Gebietsreform im Spannungsfeld von Effizienz, Gleichheit und Freiheit, in: ZParl 7 (1976), S. 472–488.
- Guthsmuths, Willi: Landesentwicklung und Umweltschutz als Staatsaufgabe in der Regionalplanung aus der Sicht der Gebietsreform, in: Berichte zur Raumforschung und Raumplanung 15 (1971), Heft 5, S. 21–26.
- Haenisch, Horst und Klaus Schröter: Zum politischen Potential der Lokalpresse, in: Ralf Zoll (Hrsg.): Manipulation der Meinungsbildung. Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit. Köln; Opladen 1971, S. 242–279.
- Häfele, Hansjörg: Verbeamtung des Bundestages?, in: ZParl 3 (1972), S. 103–106.
- Hagedorn, Konrad: Reformversuche in der Geschichte der Agrarsozialpolitik, in: ZAA 34 (1986), S. 176–215.
- Hagedorn, Konrad: Das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebs in der Agrarpolitik, in: ZAA 40 (1992), S. 53–86.

- Hahn, Herwig und Hans-Joachim A. Preuß: Regionalplanung in der ländlichen Entwicklung. Gießen 1994.
- Hahn, Jürgen und Josef Brandel: Die kommunale Verwaltungsreform in Baden-Württemberg, in: AfK 13 (1974), S. 1–16.
- Handl, Johann und Christa Hermann: Sozialstruktureller Wandel und Flüchtlingsintegration. Empirische Befunde zur beruflichen Integration der weiblichen Vertriebenen und Flüchtlinge des Zweiten Weltkrieges in Bayern, in: Zeitschrift für Soziologie 22 (1993), S. 125–140.
- Hänger, Christian: Vom Arbeiterverein zur Volkspartei. Sozialdemokratie in Nördlingen von den Anfängen bis zur Gegenwart. Nördlingen 1993.
- Hansmeyer, Karl-Heinrich (Hrsg.): Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart u. a. 1973.
- Hartmann, Jürgen: Politikverflechtung am Beispiel der Finanzlage von Gemeinden in den föderativen Systemen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika, in: ZParl 7 (1976), S. 549–566.
- Haushofer, Heinz: Der bayerische Bauer und sein Verband. 25 Jahre Bayerischer Bauernverband. München 1970.
- Heeremann, Constantin Freiherr von: Dreißig Jahre Agrarpolitik aus der Sicht des Berufsstandes – Entwicklung und Ausblick, in: Dreißig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1979 [Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 196], S. 78–84.
- Heide, Hans-Jürgen von der: Stellung und Funktion der Kreise, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn ²1998, S. 123–132.
- Heimken, Norbert: Der Mythos von der Freizeitgesellschaft. „Im Entschwinden der Freizeitgesellschaft“. Soziologische Konzepte in der Kritik. Münster 1989.
- Heinrichs, Friedrich-Wilhelm: Zur Investitionspolitik der Gemeinden, in: Städte- und Gemeindebund 31 (1976), S. 212–215.
- Heintz, Eckard: Der Beamtenabgeordnete im Bayerischen Landtag. Eine politologische Studie über die Stellung des Beamtentums in der parlamentarischen Entwicklung Deutschlands. Phil. Diss. FU Berlin. München 1966.
- Heinze, Rolf G.: Soziale Lage und Deutungsmuster von Arbeiterbauern, in: Onno Poppinga (Hrsg.): Produktion und Lebensverhältnisse auf dem Land. Opladen 1979, S. 194–209.
- Hellmeier, Rudolf: Die Abwanderung vom Lande. Umfang, Ursache, Wirkung und Bekämpfung der Entvölkerung des Landes in Bayern. Diss. Rer. Pol. München 1960.
- Helmreich, Karl und Julius Widmann: Die Bayerische Gemeindeordnung vom 25. 1. 1952. Ein Kommentar. München ²1954.
- Helwig, Wolfgang: Bayern ruft Industrie, in: Raumordnung – Landesplanung. Landesplanung in Bayern. München; Passau o.J. (1958), S. 10–13.
- Henke, Klaus-Dietmar: Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbsterstörung, politische Säuberung, „Entnazifizierung“, Strafverfolgung, in: Ders. und Hans Woller (Hrsg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1991, S. 21–83.
- Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands. München 1995.
- Henke, Klaus-Dietmar: Der freundliche Feind: Amerikaner und Deutsche 1944/45, in: Heinrich Oberreuter und Jürgen Weber (Hrsg.): Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland. München; Landsberg/Lech 1996, S. 41–50.
- Henkel, Gerhard: Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. Stuttgart ³1999.
- Henzler, Christoph: Fritz Schäffer 1945–1967. Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland. München 1994.
- Henzler, Christoph: Die Christlich-Soziale Union in den ersten Nachkriegsjahren, in: Alfred

- Bayer und Manfred Baumgärtel (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945–1995. München 1995, S. 109–161.
- Herbert, Ulrich: Rückkehr in die Bürgerlichkeit? NS-Eliten in der Bundesrepublik, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.): Rechtsradikalismus in der politischen Kultur der Nachkriegszeit. Die verzögerte Normalisierung in Niedersachsen. Hannover 1995, S. 157–173.
- Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989. Bonn ³1996.
- Herbert, Ulrich: Deutsche Eliten nach Hitler, in: Mittelweg 36 8 (1999), Heft 3, S. 66–82.
- Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002.
- Herbst, Ludolf: Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag. München 1989.
- Hermann, Klaus: Die Veränderung landwirtschaftlicher Arbeit durch Einführung neuer Technologien im 20. Jahrhundert, in: Afs 28 (1988), S. 203–238.
- Herrmann, Carolin: Im Dienst der örtlichen Lebenswelt. Lokale Presse im ländlichen Raum. Opladen 1993 [Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 135].
- Herzog, Dietrich: Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen 1975.
- Hess, Adalbert: Statistische Daten und Trends zur „Verbeamtung der Parlamente“ in Bund und Ländern, in: ZParl 7 (1976), S. 34–42.
- Hesse, Joachim Jens: Zum Stand der kommunalen Entwicklungsplanung. Eine Zwischenbilanz, in: AfK 14 (1975), S. 279–293.
- Hettlage, Robert: Bauerngesellschaften. Die bäuerliche Lebenswelt als soziales Exotikum, in: Ders. (Hrsg.): Die posttraditionale Welt der Bauern. Frankfurt/Main; New York 1987, S. 9–37.
- Hetting, Manfred: Partei ohne Parteibeamte. Parteisekretäre im Linkliberalismus von 1900 bis 1933, in: Dieter Dowe, Jürgen Kocka und Heinrich August Winkler (Hrsg.): Parteien im Wandel. Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung – Qualifizierung – Karrieren. München 1999, S. 109–134.
- Heydte, Gottfried Freiherr von der: Die Geschichte der Auseinandersetzung der SPD mit ihrer Parteijugend. Jur. Diss. Würzburg 1978.
- Hildebrand, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969. [Karl-Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4] Stuttgart; Wiesbaden 1984.
- Hilterscheid, Hermann: Industrie und Gemeinde. Die Beziehungen zwischen der Stadt Wolfsburg und dem Volkswagenwerk und ihre Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung. Berlin 1970.
- Hirsch, Eduard: Die Stärkung der Verwaltungskraft ländlicher Gemeinden, in: Verein für die Geschichte der deutschen Landkreise e.V. (Hrsg.): Die Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland. 10 Jahre Aufbauarbeit. Stuttgart 1955, S. 201–204.
- Hirschfeld, Gerhard u. a. (Hrsg.): Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs. Essen 1997.
- Hockerts, Hans Günter: Sozialpolitische Reformbestrebungen in der frühen Bundesrepublik. Zur Sozialreform-Diskussion und Rentengesetzgebung 1953–1957, in: VfZ 25 (1977), S. 341–372.
- Hockerts, Hans Günter: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik. Stuttgart 1980.
- Hockerts, Hans Günter: Sicherung im Alter. Kontinuität und Wandel der gesetzlichen Rentenversicherung 1889–1979, in: Werner Conze und M. Rainer Lepsius (Hrsg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem. Stuttgart ²1985, S. 296–323.
- Hockerts, Hans Günter: Integration der Gesellschaft: Gründungskrise und Sozialpolitik in der frühen Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Sozialreform 32 (1986), S. 25–41. Auch ab-

- gedruckt in: Manfred Funke (Hrsg.): Entscheidung für den Westen. Vom Besatzungsstatut zur Souveränität der Bundesrepublik 1949–1955. Bonn 1988, S. 39–57.
- Hockerts, Hans Günter: Metamorphosen des Wohlfahrtsstaats, in: Martin Broszat (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 1990, S. 35–45.
- Hockerts, Hans Günter: Das Ende der Ära Adenauer. Zur Periodisierung der Bundesrepublikgeschichte, in: Winfried Becker und Werner Chrobak (Hrsg.): Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dieter Albrecht. Kallmünz/Opf. 1992, S. 461–475.
- Hockerts, Hans Günter: „1968“ als weltweite Bewegung, in: Venanz Schubert (Hrsg.): 1968. 30 Jahre danach. St. Ottilien 1999, S. 13–34 [Wissenschaft und Philosophie, Bd. 17].
- Hoecker, Beate: Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie. Opladen 1987.
- Hohensee, Jens: Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa. Stuttgart 1996.
- Hohls, Rüdiger und Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus. Stuttgart; München 2000.
- Holl, Stefan: Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg. Sozialprofil, Rekrutierung, Selbstbild. Kehl/Rhein; Straßburg; Arlington 1989.
- Holl, Stefan: Landespolitiker – eine weitgehend unbeachtete Elite. Sozialstruktur, Karrieremuster, Tätigkeitsprofile, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Eliten in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart; Berlin; Köln 1990, S. 76–97.
- Holler, Wolfgang und Karl-Heinz Naßmacher: Rat und Verwaltung im Prozeß kommunalpolitischer Willensbildung, in: APuZ 4/1976, S. 3–31.
- Holtmann, Everhard: Die neuen Lassalleaner. SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1988, S. 169–210.
- Holtmann, Everhard: Politik und Nichtpolitik. Lokale Erscheinungsformen politischer Kultur im frühen Nachkriegsdeutschland. Opladen 1989.
- Holtmann, Everhard und Winfried Killisch: Lokale Identität und Gemeindegebietsreform. Der Streitfall Ermershausen. Empirische Untersuchung über Erscheinungsformen und Hintergründe örtlichen Protestverhaltens in einer unterfränkischen Landgemeinde. Erlangen 1991.
- Holtmann, Everhard: Flüchtlinge in den 50er Jahren: Aspekte ihrer gesellschaftlichen und politischen Integration, in: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1998, S. 349–361.
- Holtmann, Everhard: Parteien in der lokalen Politik, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn 2¹1998, S. 208–226.
- Höpfinger, Renate: Ein Zeitzeuge erinnert sich. Interview mit dem ehemaligen JU-Vorsitzenden Franz Sackmann, in: Junge Union Bayern (Hrsg.): 50 Jahre Junge Union Bayern. Zukunft einer Volkspartei. München 1997, S. 45–64.
- Humm, Antonia Maria: Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland 1952–1969. Göttingen 1999.
- Hürten, Heinz: Katholische Kirche und Widerstand, in: Peter Steinbach und Johannes Tüchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Berlin 1994, S. 182–192.
- Huster, Ernst-Ulrich u.a.: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949. Frankfurt/Main 1972.
- Ilien, Albert und Utz Jeggle: Leben auf dem Dorf. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und Sozialpsychologie seiner Bewohner. Opladen 1978.
- Ipsen, Detlev und Thomas Fuchs: Die Modernisierung des Raumes, in: 1999 6 (1991), S. 13–33.

- Ipsen, Gunther: Die ländliche Lebensform in der industriellen Welt. Frankfurt/Main 1957 [Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Bd. 42].
- Isbary, Gerhard: Der Strukturwandel im ländlichen Raum und seine Folgen für die Raumordnung; in: Neues Archiv Niedersachsen 12 (1963), S. 114–128.
- Isbary, Gerhard: Zentrale Orte und Versorgungsbereiche. Zur Qualifizierung der zentralen Orte in der Bundesrepublik Deutschland. Bad Godesberg 1965.
- Isbary, Gerhard: Die Verdichtung der Kreise. [Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Landkreise, Bd. 8]. O.O. 1966.
- Isenberg, Gerhard: Die Bedeutung der Industrie als zusätzliche Einkommensquelle für Kleinbauern, in: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. Göttingen (Hrsg.): Industrialisierung ländlicher Räume. Hannover 1956, S. 22–43.
- Istel, Wolfgang: Entwicklungsachsen und Entwicklungsschwerpunkte. Ein Raumordnungsmodell. Eine vergleichende Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung Bayerns. Diss. TU München 1971.
- Istel, Wolfgang: Der Beitrag der Landesplanung in Bayern zur Landesentwicklung von 1945 bis 1970, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 61 (1987), S. 391–423.
- Istel, Wolfgang: Anfänge der Raumordnung in Bayern, in: Der Architekt 11/1995, S. 640–646.
- Jaeger, Hans: Generationen und Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: GG 3 (1977), S. 429–452.
- Jakob, Albert: Das Ende der Dorfpolitik. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und zur Sozialpsychologie seiner Bewohner, in: Der Bürger im Staat 25 (1975), S. 26–31.
- Janning, Hermann: Kreispolitik und Kreisverwaltung, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn ²1998, S. 76–85.
- Janowitz, Morris: Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland, in: KZSS 10 (1958), S. 1–38.
- Jarren, Otfried: Lokale Medien und lokale Politik, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn ²1998, S. 274–289.
- Jaumann, Anton: Regionalpolitik am Wendepunkt. München 1974.
- Jeggle, Utz: Kiebingen. Eine Heimatgeschichte. Tübingen 1977.
- Jochimsen, Reimut, Peter Knobloch und Peter Treuner: Gebietsreform und regionale Strukturpolitik. Das Beispiel Schleswig-Holstein. Opladen 1971.
- Jochimsen, Reimut und Günter Högemann: Infrastrukturpolitik, in: Helmut W. Jenkins (Hrsg.): Raumordnung und Raumordnungspolitik. München; Wien 1996, S. 196–222.
- Junge Union Bayern (Hrsg.): 50 Jahre Junge Union Bayern. Zukunft einer Volkspartei. München 1997.
- Jurecka, Peter: Soziale und psychologische Integration und Position von Pendlern in ländlichen Gemeinden. Eine empirische Untersuchung in fünf baden-württembergischen Dörfern. Köln 1975.
- Kaack, Heino: Die Basis der Parteien. Struktur und Funktion der Ortsvereine, in: ZParl 2 (1971), S. 23–38.
- Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971.
- Kaelble, Hartmut und Rüdiger Hohls: Der Wandel der regionalen Disparität in der Erwerbsstruktur Deutschlands 1895–1970, in: Jürgen Bergmann u. a. (Hrsg.): Regionen im historischen Vergleich. Opladen 1989, S. 288–413.
- Kaiser, Joseph H. (Hrsg.): Planung I. Recht und Politik der Planung in Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Baden 1966.
- Karrenberg, Hans und Engelbert Münstermann: Kommunale Finanzen, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn ²1998, S. 437–460.

- Kaschuba, Wolfgang und Carola Lipp: Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Tübingen 1982.
- Kazig, Rainer: Bezugnahme auf einen Landkreis während der Gebietsreform und nach seiner Auflösung durch die Reform. Eine Untersuchung am ehemaligen Landkreis Wasserburg. Diplomarbeit am Geographischen Institut der TU München 1995.
- Keegan, John: Das Antlitz des Krieges. Die Schlachten von Azincourt 1415, Waterloo 1815 und an der Somme 1916. Frankfurt/Main; New York 1991.
- Kempf, Udo und Hans-Georg Merz (Hrsg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Wiesbaden 2001.
- Kielmansegg, Peter Graf: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland. Berlin 2000.
- Kilger, Josef: Aus der Geschichte Rodings 1945–1948, in: Rödinger Heimat 1 (1984), S. 97–111.
- Kistenmacher, Hans: Die kommunale Entwicklungsplanung im Spannungsfeld zwischen überörtlichen Planungen und örtlichen Entwicklungserfordernissen, in: Städte- und Gemeindebund 32 (1977), S. 221–226.
- Kittel, Manfred: Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36. München 2000.
- Klages, Helmut: Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen. Frankfurt/Main; New York 21985.
- Klages, Helmut: Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs. Untersuchungen zum Einsetzen des Wertewandels in der Bundesrepublik Deutschland in den 60er Jahren, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.): Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag. Berlin 1992, S. 517–544.
- Klatt, Hartmut: Die finanzielle Situation der in Parlamente der Bundesrepublik gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes, in: ZParl 7 (1976), S. 43–53.
- Klatt, Hartmut: Die Verbeamtung der Parlamente. Ursachen und Folgen des Übergewichts des öffentlichen Dienstes in Bundestag und Landtagen, in: APuZ 44/1980, S. 24–46.
- Klee, Katja: Im „Luftschuttkeller des Reiches“. Evakuierte in Bayern 1939–1953: Politik, soziale Lage, Erfahrungen. München 1999.
- Klein, Armin: Parteien und Wahlen in der Kommunalpolitik, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Königstein/Taunus 1979, S. 94–118.
- Klenke, Dietmar: Bundesdeutsche Verkehrspolitik und Motorisierung. Konflikträchtige Weichenstellungen in den Jahren des Wiederaufstiegs. Stuttgart 1993.
- Klenke, Dietmar: Freier Stau für freie Bürger. Die Geschichte der bundesdeutschen Verkehrspolitik. Darmstadt 1995.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. Göttingen 51991.
- Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970. Bonn 21997.
- Clönné, Arno: Jugendliche Opposition gegen Hitler-Jugend und NS-Staat, in: Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.): Der deutsche Widerstand 1933–1945. Paderborn u. a. 1986, S. 182–207.
- Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965. Berlin; Bonn 1982.
- Klotzbach, Kurt: SPD und katholische Kirche nach 1945. Belastungen, Mißverständnisse und Neuanfänge, in: Afs 29 (1989), S. XXXVII–XLVII.
- Kluge, Ulrich: Vierzig Jahre Landwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1945/49 – 1985. Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Agrarinvestition, in: APuZ 42/1986, S. 3–19.
- Kluge Ulrich: Wandel ohne Erschütterung. Staatliche Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1986. Heinz Haushofer zum 80. Geburtstag, in: ZAA 35 (1987), S. 160–193.

- Kluge, Ulrich: Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. 2 Bde. Hamburg; Berlin 1989.
- Knemeyer, Franz-Ludwig: Kreisgebietsreform und Beginn der Gemeindereform in Bayern, in: AfK 11 (1972), S. 44–72.
- Knemeyer, Franz-Ludwig: Die Kommunalverfassungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn ²1998, S. 104–122.
- Koch, Helmut: Remsfeld – Lebensverhältnisse in einem Dorf Nordhessens, in: Onno Poppinga (Hrsg.): Produktion und Lebensverhältnisse auf dem Land. Opladen 1979, S. 215–235.
- Koch, Susanne: Parteien in der Region. Eine Zusammenhangsanalyse von lokaler Mitgliederpräsenz, Wahlergebnis und Sozialstruktur. Opladen 1994.
- Kock, Peter Jakob: Bayerns Weg in die Bundesrepublik. Stuttgart 1983.
- Kock, Peter Jakob: Der Bayerische Landtag 1946 bis 1986, Bd. 1: Chronik. Bamberg 1986.
- Kock, Peter Jakob: Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Treml (Hrsg.): Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat. München 1994, S. 375–497.
- Kocka, Jürgen: 1945 – Neubeginn oder Restauration?, in: Carola Stern und Heinrich August Winkler (Hrsg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945. Frankfurt/Main ²1994, S. 141–168.
- Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution. Frankfurt/Main 2002.
- Koerfer, Daniel: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart ²1988.
- Köllmann, Wolfgang: Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen, in: AfS 15 (1975), S. 43–50.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Kleine Geschichte der CDU. Stuttgart 1995.
- Kopetz, Heinz: Agrarstruktur und technischer Fortschritt. Überlegungen zum Mansholt-Plan. Wien 1970 [Schriftenreihe für Agrarsoziologie und Agrarrecht, Bd. 7].
- Korte, Hermann: Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren. Frankfurt/Main 1987.
- Kötter, Herbert: Landbevölkerung im sozialen Wandel. Ein Beitrag zur ländlichen Soziologie. Düsseldorf; Köln 1958.
- Kötter, Herbert: Die Landwirtschaft, in: Werner Conze und M. Rainer Lepsius (Hrsg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem. Stuttgart ²1985, S. 115–142.
- Kötter, Herbert: Stadt und Land. Ihre Besonderheiten und ihre Beziehungen zueinander, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Auf dem Lande leben. Stuttgart u. a. 1983, S. 11–23.
- Kötter, Herbert: Vorschläge und Hypothesen für die Erforschung der Rolle der Vertriebenen in den Veränderungsprozessen der Landwirtschaft und den ländlichen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland seit 1946, in: Rainer Schulze (Hrsg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit. Hildesheim 1987, S. 239–244.
- Köttgen, Arnold: Die Gemeinden und der Bundesgesetzgeber. Stuttgart 1957.
- Kramer, Ferdinand: Wirtschaftsminister Anton Jaumann. Eine politisch-biographische Skizze, in: Wirtschaftsminister Anton Jaumann (1927–1994). Eine Ausstellung aus dem neuerworbenen Nachlaß anlässlich seines 70. Geburtstags, hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. München 1997 [Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kleine Ausstellungen Nr. 9], S. 9–30.
- Krammer, Josef: „Landleben als Ideologie“. Entwicklung und Funktion der Bauerntums-ideologie, in: ZAA 37 (1989), S. 56–63.
- Krause, Peter: Die Gebiets- und Verwaltungsreform im Saarland, in: AfK 13 (1974), S. 277–290.
- Krauss, Marita: Die Integration Vertriebener am Beispiel Bayerns – Konflikte und Erfolge, in: Dierk Hoffmann und Michael Schwartz (Hrsg.): Geglückte Integration? Spezifika und

- Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1999, S. 47–56.
- Krekeler, Hans-Joachim: Das Wahlverhalten der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Bundesrepublik. Analyse und Diskussion von Ergebnissen der empirischen Wahlforschung. Ein Beitrag zur ländlichen Soziologie. Bonn 1976.
- Krezmar, Hans von: Die Landesplanung in Niederbayern, in: Beiträge zur Entwicklung der Landesplanung in Bayern. Hannover 1988 [Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Nr. 125], S. 91–127.
- Krieger, Wolfgang: Franz Josef Strauß und die zweite Epoche in der Geschichte der CSU, in: Alfred Bayer und Manfred Baumgärtel (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945–1995. München 1995, S. 163–193.
- Krieger, Wolfgang: Franz Josef Strauß. Der barocke Demokrat aus Bayern. Göttingen 1995.
- Kritzer, Peter: Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten. München 1979.
- Kromka, Franz: Soziokulturelle Integration und Machtverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern. Bonn 1975.
- Kromka, Franz: Agrarmoral und Wertewandel, in: ZAA 35 (1987), S. 194–219.
- Kromka, Franz: Sozialkulturelle Bedeutung des Dorfes, in: ZAA 37 (1989), S. 64–72.
- Kromka, Franz: Die Bedeutung von Ehe und Familie für die ländliche Gesellschaft, in: ZAA 39 (1991), S. 214–232.
- Kronawitter, Georg: Mit allen Kniffen und Listen. Strategie und Taktik der dogmatischen Linken in der SPD. Wien u. a. 1979.
- Kronawitter, Hildegard: Wirtschaftskonzeptionen und Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie in Bayern 1945–1949. München u. a. 1988.
- Kronawitter, Hildegard: Ein politisches Leben. Gespräche mit Volkmar Gabert. München 1996.
- Kuller, Christiane: „Stiefkind der Gesellschaft“ oder „Trägerin der Erneuerung“? Familien und Familienpolitik in Bayern 1945 bis 1974, in: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. II: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973. München 2002, S. 269–345.
- Kurtz, Bernhard: Die unterentwickelten Gebiete Bayerns im Rahmen der regionalen Landesentwicklung, in: Willi Guthsmuths (Hrsg.): Raumforschung und Landesplanung. Beiträge zur regionalen Aufbauplanung in Bayern. München 1956, S. 99–115.
- Laak, Dirk van: Der Begriff „Infrastruktur“ und was er vor seiner Erfindung besagte, in: Archiv für Begriffsgeschichte 41 (1999), S. 280–299.
- Laak, Dirk van: Infra-Strukturgeschichte, in: GG 27 (2001), S. 367–393.
- Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Bayern (Hrsg.): Unser Landkreis Roding. München 1966.
- Landkreis Cham (Hrsg.): Die Eingliederung der Heimatvertriebenen im Landkreis Cham. Eine Dokumentation des Landkreises Cham 1944–1986. Cham 1988.
- Landkreis Landsberg am Lech (Hrsg.): Der Landkreis Landsberg am Lech stellt sich vor. Ein Wegweiser für den Kreisbürger. Landsberg/Lech o.J. (1974).
- Landkreis Landsberg am Lech (Hrsg.): 30 Jahre Aufbau im Landkreis Landsberg am Lech und seinen Gemeinden 1948–1978. Entwicklung in Kreis, Stadt und Gemeinden von den Anfängen 1945 bis zum Abschluß der Gebietsreform 1978. Landsberg/Lech 1978.
- Landratsamt Cham (Hrsg.): 20 Jahre Landrat. Festschrift für Ernst Girmindl. Stamsried 1986.
- Lange, Rolf: Kommunale Selbstverwaltung in großen Städten, in: ZParl 7 (1976), S. 501–514.
- Lange, Rolf-Peter: Strukturwandlungen der westdeutschen Landesregierungen 1946–1973. Das politische Führungspersonal der Bundesländer: Eine empirische Studie zur Soziologie der Herkunft, Rekrutierung und Zirkulation der Mitglieder der westdeutschen Landesregierungen. Phil. Diss. FU Berlin 1976.
- Langer, Heinz: Landesplanung in Westfalen 1925–1975, bearbeitet und abgeschlossen von

- Hans-Gerhart Niemeier. Münster 1984 [Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, Reihe I, Heft 24].
- Lanzinner, Maximilian: Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945–1958. Regensburg 1996.
- Latour, Conrad F. und Thilo Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947. Stuttgart 1973.
- Laux, Eberhard: Erfahrungen und Perspektiven der kommunalen Gebiets- und Funktionsreformen, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn ²1998, S. 168–185.
- Le Roy Ladurie, Emmanuel: Montailou. Ein Dorf vor dem Inquisitor 1292–1324. Frankfurt/Main; Berlin; Wien 1980.
- Leffler, Curt und Sebastian Schall: Materialien zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in Mittelgebirgslagen der Bundesrepublik Deutschland – Bayerischer und Oberpfälzer Wald. Bonn 1964.
- Leggewie, Claus: 1968: Ein Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft? Zur Tradition der antiautoritären Revolte seit den sechziger Jahren, in: APuZ 20/1988, S. 3–15.
- Lehmann, Albrecht: Ortsbewußtsein und Gebietsreform. Prozeßanalyse am Beispiel einer niedersächsischen Gemeinde, in: ZAA 26 (1978), S. 51–65.
- Lehmann, Albrecht: Vereinsstruktur und Dorfgesellschaft. Ergebnis einer empirischen Gemeindeuntersuchung, in: ZAA 27 (1979), S. 105–118.
- Lehmann, Bernhard: Katholische Kirche und Besatzungsmacht in Bayern 1945–1949 im Spiegel der OMGUS-Akten. München 1994.
- Lembruch, Gerhard: Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunalpolitik und das lokale Parteiensystem, in: Der Bürger im Staat 25 (1975), S. 3–8.
- Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918. Köln 1973, S. 56–80.
- Lepsius, M. Rainer: Generationen, in: Martin Greiffenhagen, Sylvia Greiffenhagen und Rainer Prätorius (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1981, S. 172–175.
- Lerch, Bernd, Klaus Stephan und Josef Walter König: Eine Stadt und ihre Christlich-Soziale Union. Ein Beitrag zur Regionalgeschichte Donauwörth 1945–1995. Donauwörth o.J. [1995].
- Lerch, Stefanie Sabine: Dr. Otto Schedl und die Energiepolitik in Bayern (1957–1966). Unveröffentlichte Zulassungsarbeit für die erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien in Bayern. München 1997.
- Liehr, Dorothee: Von der Aktion gegen den Spiegel zur Spiegel-Affäre. Zur gesellschaftlichen Rolle der Intellektuellen. Frankfurt/Main 2002.
- Lindner, Ulrike: „Wir unterhalten uns ständig über den Milchpfennig, aber auf die Gesundheit wird sehr wenig geachtet.“ Gesundheitspolitik und medizinische Versorgung 1945–1972, in: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973. München 2001, S. 205–272.
- Löffler, Bernhard: Wirtschaftspolitische Konzeption und Praxis Hanns Seidels, in: Alfred Bayer und Manfred Baumgärtel (Hrsg.): Weltanschauung und politisches Handeln. Hanns Seidel zum 100. Geburtstag. Grünwald 2001 (Sonderausgabe der Politischen Studien), S. 39–66.
- Longerich, Peter: Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte. Hannover 1995.
- Lösche, Peter und Franz Walter: Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: AfS 29 (1989), S. 75–136.
- Lösche, Peter und Franz Walter: Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur

- Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung. Darmstadt 1992.
- Loth, Wilfried und Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt/Main 1998.
- Lübbe, Hermann: Der Mythos der „kritischen Generation“. Ein Rückblick, in: APuZ 20/1988, S. 17–25.
- Lüttinger, Paul: Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Soziologie 15 (1986), S. 20–36.
- Lüttinger, Paul: Integration der Vertriebenen. Eine empirische Analyse. Frankfurt/Main 1989.
- Lutz, Burkart: Die Bauern und die Industrialisierung. Ein Beitrag zur Erklärung von Diskontinuitäten der Entwicklung industriell-kapitalistischer Gesellschaften, in: Johannes Berger (Hrsg.): Die Moderne – Kontinuität und Zäsuren. Göttingen 1986, S. 119–137.
- Magg, Die Landkreise in Bayern, in: Erich Dieter Lindner und Günter Olzog (Hrsg.): Die deutschen Landkreise: Wappen, Geschichte und Struktur. München 1986, S. 55–126.
- Mak, Geert: Wie Gott verschwand aus Jorwerd. Der Untergang des Dorfes in Europa. Berlin 1999.
- Martin, Hans-Werner: „...nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden“. Wenzel Jaksch und die Integration der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die SPD nach dem II. Weltkrieg. Frankfurt/Main 1996.
- Matejka, Roland: Roding, 25 Jahre Garnisonsstadt, in: Rodinger Heimat 1 (1984), S. 131–150.
- Matejka, Roland: Die industrielle Entwicklung Rodings, in: Rodinger Heimat 2 (1985), S. 79–95.
- Matejka, Roland: Das alte Landratsamt wieder wie neu, in: Rodinger Heimat 3 (1986), S. 159–171.
- Matejka, Roland: Rodinger Landräte von 1940–1947, in: Rodinger Heimat 5 (1988), S. 190–199.
- Matejka, Roland: Hat Roding „die Nase vorn“?, in: Rodinger Heimat 6 (1989), S. 165–166.
- Matejka, Roland: Rodings kreiseigene Gebäude und Einrichtungen, in: Rodinger Heimat 12 (1995), S. 146–164.
- Matejka, Roland: Dr. Josef Kiener. Landrat von Roding vom 6. 10. 1947–3. 9. 1956, in: Rodinger Heimat 13 (1996), S. 204–216.
- Matthée, Ulrich: Elitenbildung in der kommunalen Politik. Phil. Diss. Kiel 1967.
- Maurer, Uli: Sozialdemokratie in Süddeutschland – fremde Partei?, in: Die Neue Gesellschaft 24 (1977), S. 511–514.
- Mayntz, Renate: Lokale Parteigruppen in der kleinen Gemeinde, in: ZfP 2 (1955), S. 59–74.
- Mayntz, Renate: Parteigruppen in der Großstadt. Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU. Köln u. a. 1959.
- Meadows, Dennis u. a.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Reinbek bei Hamburg 1973.
- Megerle, Klaus: Die Radikalisierung blieb aus. Zur Integration gesellschaftlicher Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland während des Nachkriegsbooms, in: Hartmut Kaelble (Hrsg.): Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa. Opladen 1992, S. 107–126.
- Mehringer, Hartmut: Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand in: Martin Broszat und Hartmut Mehringer (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand. München; Wien 1983, S. 287–432.
- Mehringer, Hartmut: Die KPD in Bayern 1919–1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Martin Broszat und Hartmut Mehringer (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand. München; Wien 1983, S. 1–286.

- Mehringer, Hartmut: Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie. München u. a. 1989.
- Mehringer, Hartmut (Hrsg.): Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992. München u. a. 1992.
- Meier-Dörnberg, Wilhelm: Die Planung des Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der EVG, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 2: Die EVG-Phase. München 1990, S. 605–756.
- Meier-Walser, Reinhard C.: Hanns Seidel – Politisches Denken zwischen ethischer Norm, wissenschaftlicher Analyse und praktischem Realitätssinn, in: Alfred Bayer und Manfred Baumgärtel (Hrsg.): Weltanschauung und politisches Handeln. Hanns Seidel zum 100. Geburtstag. Grünwald 2001 [Sonderausgabe der Politischen Studien], S. 117–134.
- Meister, Rainer: Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929–1932. Regensburg 1991 [Kölner Schriften zur Sozial- und Wirtschaftspolitik, Bd. 11].
- Menges, Franz: Vom Freistaat zur Reichsprovint (1918–1933), in: Manfred Treml (Hrsg.): Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat. München 1994, S. 147–273.
- Menges, Günter und Heinz J. Skala: Grundriß der Statistik, Teil 2: Daten. Opladen 1973.
- Merk, Bruno: Klarstellungen. Günzburg o.J. (1996) [Heimatkundliche Schriftenreihe für den Landkreis Günzburg, Bd. 18].
- Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist. Stuttgart; München 2002.
- Messerschmidt, Rolf: Nationalsozialistische Raumpforschung und Raumordnung aus der Perspektive der „Stunde Null“, in: Michael Prinz und Rainer Zitlmann (Hrsg.): Nationalsozialismus und Modernisierung. Darmstadt 1994, S. 117–138.
- Messina, Anthony M.: West Germany's Grand Coalition (1966–1969) as a Window on the Dynamics of Noncompetitive Parliamentary Government, in: German Politics and Society 13 (1995), Heft 2, S. 60–80.
- Meyerhöfer, Walter und Eugen Singer: Wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs in Bayern. München 1975.
- Miersch, Elisabeth: Die räumliche Dezentralisation der bayerischen Industrie. München 1948.
- Mintzel, Alf: Die CSU in Bayern, in: Jürgen Dittberner und Rolf Ebbighausen (Hrsg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1973, S. 349–426.
- Mintzel, Alf: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972. Opladen 1975.
- Mintzel, Alf: Geschichte der CSU. Ein Überblick. Opladen 1977.
- Mintzel, Alf: Franz Josef Strauß, in: Walther L. Bernecker und Volker Dotterweich (Hrsg.): Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts, Bd. 2. Göttingen 1982, S. 196–208.
- Mintzel, Alf: Der akzeptierte Parteienstaat, in: Martin Broszat (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 1990, S. 75–94.
- Mintzel, Alf: Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern, in: Dieter Oberndörfer und Karl Schmitt (Hrsg.): Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1991, S. 125–180.
- Mintzel, Alf: Bayern und die CSU – Regionale politische Traditionen und Aufstieg zur dominierenden Kraft, in: Alfred Bayer und Manfred Baumgärtel (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945–1995. München 1995, S. 195–252.
- Mintzel, Alf: Strategie und Organisation. Sozio-strukturelle Schwächen von SPD und FDP in Bayern, in: Stefan Immerfall u. a.: Parteien in Bayern. Vier Studien. Passau 1996 [Passauer Papiere zur Sozialwissenschaft, Bd. 15], S. 103–176.
- Moeller, Robert G. (Hrsg.): Peasants and Lords in Modern Germany. Recent Studies in Agricultural History. Boston 1986.
- Möller, Horst: Franz Josef Strauß 1915–1988, in: Lothar Gall (Hrsg.): Die großen Deutschen unserer Epoche. Berlin 1995, S. 535–553.

- Möller, Horst: Hanns Seidel als Parteipolitiker, in: Alfred Bayer und Manfred Baumgärtel (Hrsg.): Weltanschauung und politisches Handeln. Hanns Seidel zum 100. Geburtstag. Grünwald 2001 [Sonderausgabe der Politischen Studien], S. 67–88.
- Mooser, Josef: Das Verschwinden der Bauern. Überlegungen zur Sozialgeschichte der „Entagrarisierung“ und Modernisierung der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert, in: Daniela Münkler (Hrsg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn. Göttingen 2000, S. 23–35.
- Morsey, Rudolf: Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer, in: Albrecht Langner (Hrsg.): Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949–1963. Paderborn u. a. 1978, S. 33–59.
- Morsey, Rudolf: Die Vorbereitung der Großen Koalition von 1966. Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962, in: Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle und Klaus Tenfelde (Hrsg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. München u. a. 1994, S. 462–478.
- Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969. München 42000.
- Morsey, Rudolf: Fritz Gerlich, in: Karl-Joseph Hummel (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig 2000, S. 37–57.
- Moser, Eva: Unternehmer in Bayern. Der Landesverband der Bayerischen Industrie und sein Präsidium 1948 bis 1978, in: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973. München 2002, S. 25–86.
- Mrohs, Edmund: Landwirte in der Gesellschaft. Soziale Schichten im Vergleich. Bonn 1983.
- Müller, Albrecht: Wählt Willy '72. Siege kann man machen. Anweiler 1997.
- Müller, Bernhard und Dietrich Fürst: Regionalplanung in Bayern. Koordinierungsprozesse und Problemverarbeitung in einem komplexen Handlungsfeld. Hannover 1985.
- Müller, Georg: Das bayerische Zonenrandgebiet, in: Zeitschrift für Geopolitik 27 (1956), Heft 5, S. 41–48.
- Müller, Winfried: Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945–1949. München 1995.
- Müller, Winfried, Ingo Schröder und Markus Mößlang: „Vor uns liegt ein Bildungszeitalter.“ Umbau und Expansion – das bayerische Bildungswesen 1950 bis 1975, in: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973. München 2001, S. 273–355.
- Müller, Ulrike: Fremdenverkehr in seiner Bedeutung für die regionale Strukturpolitik. Dargestellt anhand touristischer Großprojekte im Bayerischen Wald. Frankfurt/Main 1979.
- Müller-Hahl, Bernhard (Hrsg.): Heimatbuch für den Landkreis Landsberg am Lech. Landschaft, Geschichte, Verwaltung, Kultur, Wirtschaft der Gemeinden. München 21966 [Zwischen Lech und Ammersee, Bd. 1].
- Müller-Hahl, Bernhard: Ortsgeschichte Erpfting. Landsberg/Lech 21972 [Unsere Heimat am Lechrain, Bd. 6].
- Müller-Hahl, Bernhard: Landsberg nach 1918. Schicksale unserer Heimat. Landsberg am Lech 1983 [Zwischen Ammersee und Lech, Bd. 10].
- Muncke, Günter: Zur Demokratisierung des kommunalpolitischen Planungs- und Entscheidungsprozesses, in: ZParl 3 (1972), S. 230–244.
- Münkler, Daniela (Hrsg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn. Göttingen 2000.
- Munter, Franz: Der katholische Christ und die SPD. Eine kritische Untersuchung des Grundsatzprogramms der SPD. Augsburg 1960.
- Naßmacher, Hiltrud und Karl-Heinz Naßmacher: Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Opladen 1979.
- Naßmacher, Karl-Heinz: Parteien im kommunalpolitischen Zielbildungsprozeß, in: ÖZP 1 (1972), Heft 4, S. 39–65.

- Naßmacher, Karl-Heinz: Funktionen politischen Personals in lokalen Vertretungskörperschaften (Kommunalparlamenten), in: ZParl 4 (1973), S. 550–566.
- Naßmacher, Karl-Heinz und Wolfgang Rudzio: Das lokale Parteiensystem auf dem Lande. Dargestellt am Beispiel der Rekrutierung von Gemeinderäten, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Dorfpolitik. Sozialpolitische Analysen und didaktische Hilfen. Opladen 1978, S. 127–142.
- Naturparkverein Vorderer Bayerischer Wald (Hrsg.): 25 Jahre Naturparkverein Vorderer Bayerischer Wald Roding 1965–1990. O.O.u.J. (1990).
- Nauck, Corinna: Kommunale Selbstverwaltung und Kommunalbürokratie im Raum Siegen 1930–1960 unter besonderer Berücksichtigung der Stadtentwicklung. Phil. Diss. Siegen 1997.
- Neuer-Miebach, Therese: Zum Zusammenhang von Gebiets-, Verwaltungsreformen und kommunaler Planung. Auswirkungen auf die Bewohner von Kernstadt und Stadtteilen am Beispiel Marburg, in: Heinz Zielinski (Hrsg.): Lokale Politik zwischen Eigenständigkeit und staatlicher Abhängigkeit. Empirische Analysen zu Handlungsspielräumen, Gebietsreformen und Selbstverwaltung. Königstein/Taunus 1980, S. 157–211.
- Neuloh, Otto und Jenö Kurucz: Vom Kirchdorf zur Industriegemeinde. Untersuchungen über den Einfluß der Industrialisierung auf die Wertordnung der Arbeitnehmer. Köln; Berlin 1967 [Sozialforschung und Sozialordnung, Bd. 4].
- Neumann, Franz: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei. Meisenheim/Glan 1968.
- Niedermeier, Augustin: Ein Kämpfer für Wahrheit und Recht. Fritz Gerlich – ein Mann des katholischen Widerstands. St. Ottilien 1995.
- Niehaus, Heinrich: Sorgenkind Landwirtschaft: Verwandlung oder Ende der Bauern?, in: Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz. Stuttgart 1974, S. 728–761.
- Niethammer, Lutz: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung. Frankfurt/Main 1972. Eine unveränderte Neuauflage unter dem Titel „Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns“ erschien 1982.
- Niethammer, Lutz: Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Ders. und Alexander von Plato (Hrsg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Berlin; Bonn 1985 [Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 3], S. 392–445.
- Niethammer, Lutz: Problematik der Entnazifizierung in der BRD, in: Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley und Oliver Rathkolb (Hrsg.): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955. München 1986, S. 15–27.
- Nördlingen. Porträt einer Stadt, hrsg. vom Fränkisch-Schwäbischen Heimatverlag. Oettingen o.J. [1965].
- Oberreuter, Heinrich: Konkurrierende Kooperation – Die CSU in der Bundespolitik, in: Alfred Bayer und Manfred Baumgärtel (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945–1995. München 1995, S. 319–332.
- Ostermann, Rainer: Freiheit für den Freistaat. Kleine Geschichte der bayerischen SPD. Essen 1994.
- Oswald, Bernhard: Erfolgskontrolle in der Regionalpolitik. Eine theoretische und empirische Analyse für Bayern. Göttingen 1980.
- Pagenkopf, Hans: Das Gemeindefinanzsystem und seine Problematik. Siegburg 1978 [Schriften zum deutschen Kommunalrecht, Bd. 15].
- Pausinger, Hans: Strukturen und Lebensverhältnisse von Gemeinden des südlichen Bayerns unter besonderer Berücksichtigung des Fremdenverkehrs (Schönberg, Unterwössen). Bonn 1954.
- Petzina, Dietmar: Standortverschiebungen und regionale Wirtschaftskraft in der Bundes-

- republik Deutschland seit den fünfziger Jahren, in: Josef Wysocki (Hrsg.): *Wirtschaftliche Integration und Wandel von Raumstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert*. Berlin 1994, S. 101–127.
- Peukert, Detlev J.K.: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*. Frankfurt/Main 1987.
- Pflaum, Renate: *Politische Führung und politische Beteiligung als Ausdruck gemeindlicher Selbstgestaltung*, in: Gerhard Wurzbacher (Hrsg.): *Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung. Untersuchung an 45 Dörfern und Weilern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde*. Stuttgart 1954, S. 232–279.
- Picht, Georg: *Die deutsche Bildungskatastrophe*. Freiburg/Breisgau 1964.
- Pilgert, Henry P.: *Community and Group Life in West Germany, with Special Reference of the Policies and Programs of the Office of the U.S. High Commissioner for Germany*. O.O. 1952.
- Pirker, Theo: *Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der Restauration*. Berlin 1977.
- Planck, Ulrich und G. Fischer: *Die Alterssicherung in der Landwirtschaft*, in: *Sozialpolitik in der Landwirtschaft*. Bonn 1969, S. 65–75.
- Planck, Ulrich: *Die Landwirtschaft in der Industriegesellschaft und die Industrialisierung der Landwirtschaft*, in: ZAA 33 (1985), S. 56–77.
- Planck, Ulrich: *Wertewandel und demographische Veränderung, Erwerbsgrundlage und Lebensqualität im ländlichen Raum*, in: *Erwerbsgrundlagen und Lebensqualität im ländlichen Raum*. Hannover 1986 [Beiträge der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 91], S. 27–48.
- Plato, Alexander von und Almut Leh: *„Ein unglaublicher Frühling“ . Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1948*. Bonn 1997.
- Plößl, Elisabeth: *Gemeinderat Frau Anna Müller*, in: Hermann Heidrich (Hrsg.): *Frauenwelten. Arbeit, Leben, Politik und Perspektiven auf dem Land*. Bad Windsheim 1999, S. 159–168.
- Pongratz, Hans und Mathilde Kreil: *Möglichkeiten einer eigenständigen Regionalentwicklung*, in: ZAA 39 (1991), S. 91–111.
- Poppinga, Onno: *Bauern und Politik*. Frankfurt/Main 1975.
- Poppinga, Onno: *Das Ende des Dorfes?*, in: Volkhard Brandes u. a. (Hrsg.): *Leben in der Bundesrepublik. Die alltägliche Krise*. Berlin 1980, S. 172–192.
- Poschen, Elmar: *Die ökonomischen Folgen der kommunalen Gebietsreform für die betroffenen Bürger und Unternehmen. Eine Untersuchung an ausgedehnten Modellfällen in der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden 1983 [Schriftenreihe kommunale Gebietsreform, Bd. 2, 4].
- Priebe, Hermann: *Leben in der Stadt oder auf dem Land*. Frankfurt/Main 21985.
- Prienwasser, Reinhold und Adolf Heinz Malinsky: *Ansatzpunkte zur ländlichen Regionalentwicklung. Entwicklungsstrategien für den Gerichtsbezirk Grein*. Linz 1986.
- Prinz, Friedrich: *Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes*, 2 Bde. München 1984.
- Prinz, Friedrich: *Die Geschichte Bayerns*. München 21999.
- Prinz, Michael: *Demokratische Stabilisierung, Problemlagen von Modernisierung im Selbstbezug und historische Kontinuität – Leitbegriffe einer Zeitsozialgeschichte*, in: *Westfälische Forschungen* 43 (1993), S. 655–675.
- Pyta, Wolfram: *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*. Düsseldorf 1996.
- Radkau, Joachim: *„Wirtschaftswunder“ ohne technologische Innovation? Technische Modernität in den 50er Jahren*, in: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hrsg.): *Moderni-*

- sierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1998, S. 129–154.
- Raim, Edith: „Unternehmen Ringeltaube“. Dachaus Außenlagerkomplex Kaufering, in: Dachauer Hefte 5 (1989), S. 193–213.
- Raim, Edith: Die Dachauer KZ-Außenkommandos Kaufering und Mühldorf: Rüstungsbauten und Zwangsarbeit im letzten Kriegsjahr 1944/45. Landsberg/Lech 1992.
- Raim, Edith: Die Organisation Todt und „Vernichtung durch Arbeit“ in Kaufering und Mühldorf, in: 1999, 2 (1994), S. 68–78.
- Ramsauer, Peter: Wirtschaftliche Ziele und Effekte der Gebietsreform in Bayern. Zirndorf 1986.
- Rauh-Kühne, Cornelia und Michael Ruck (Hrsg.): Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930–1952. München 1993.
- Rauh-Kühne, Cornelia: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, in: AfS 35 (1995), S. 35–70.
- Rebentisch, Dieter: Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik, in: Rudolf Morsey (Hrsg.): Verwaltungsgeschichte. Zielsetzungen und Beispiele. Vorträge und Diskussionsbeiträge der verwaltungsgeschichtlichen Arbeitstagung 1976 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Berlin 1977, S. 107–157.
- Rehm, Angelika: Die Christlich-Soziale Union (CSU) im Raum Neuburg/Donau. Unveröffentlichte Diplomarbeit (Pädagogik). Universität Eichstätt 1988.
- Reuter, Christiane: „Graue Eminenz der bayerischen Politik“. Eine politische Biographie Anton Pfeiffers (1888–1957). München 1987.
- Reuter, Lutz-Rainer: Kommunalpolitik im Parteienvergleich. Zum Funktionswandel der kommunalen Selbstverwaltung anhand der kommunalpolitischen Grundsatzprogramme von CDU/CSU, SPD und FDP, in: APuZ 34/1976, S. 3–45.
- Reuter, Lutz-Rainer: Parteien und kommunale Selbstverwaltung, in: Städte- und Gemeindebund 31 (1976), S. 329–335.
- Richter, Gerhard und Klaus M. Schmals: Die Krise des ländlichen Raumes. Aktiver Strukturwandel und passive Sanierung am Beispiel der Wachstumsmetropole München und der Entleerungsgebiete Oberpfalz-Nord und Landshut, in: Klaus M. Schmals und Rüdiger Voigt (Hrsg.): Krise ländlicher Lebenswelten. Analysen, Erklärungsansätze und Lösungsperspektiven. Frankfurt/Main; New York 1986, S. 193–227.
- Rill, Bernd (Hrsg.): Bavaria Felix. Ein Land, das Heimat ist und Zukunft hat. Percha 1986.
- Ritter, Gerhard A.: Wilhelm Hoegner (1887–1980), in: Ferdinand Seibt (Hrsg.): Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Karl Bosl zum 80. Geburtstag, Bd. 2. München 1988, S. 337–360.
- Ritter, Gerhard A.: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte. München 1998.
- Roesener, August: Verkehrsprobleme der Landkreise, in: Verein für die Geschichte der deutschen Landkreise e.V. (Hrsg.): Die Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland. 10 Jahre Aufbauarbeit. Stuttgart 1955, S. 165–168.
- Roesch, Josef: Der Landkreis und seine kommunale Umwelt, in: Verein für die Geschichte der deutschen Landkreise e.V. (Hrsg.): Die Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland. 10 Jahre Aufbauarbeit. Stuttgart 1955, S. 44–48.
- Roth, Roland: Lokale Demokratie „von unten“. Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegung und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn ²1998, S. 2–22.
- Ruck, Michael: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie. Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000, S. 362–401.
- Rudloff, Wilfried: Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und

- Subkulturen 1949 bis 1973, in: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. II: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973. München 2002, S. 347–467.
- Rudolph, Fritz: Strukturwandel eines Dorfes. Berlin 1955.
- Rudolph, Hermann: Mehr als Stagnation und Revolte. Zur politischen Kultur der sechziger Jahre, in: Martin Broszat (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 1990, S. 141–151.
- Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Opladen³1991.
- Rupieper, Hermann-Josef: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1952. Opladen 1993.
- Rupieper, Hermann-Josef: Die amerikanische Demokratisierungspolitik in Westdeutschland 1945 bis 1952, in: Heinrich Oberreuter und Jürgen Weber (Hrsg.): Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland. München; Landsberg/Lech 1996, S. 197–216.
- Sackmann, Markus: Ergebnisse der Kommunalwahlen in Roding 1946–1966, in: Rödinger Heimat 1 (1984), S. 113–130.
- Saldern, Adelheid von: Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen 1994, S. 2–19. Der Beitrag wurde in der 2. Auflage, Bonn 1998, S. 23–36, um die Zeit nach 1945 gekürzt.
- Schäfers, Bernhard: Sozialstruktur und Wandel der Bundesrepublik Deutschland. Ein Studienbuch zu ihrer Soziologie und Sozialgeschichte. Stuttgart 1976 (Stuttgart³1981).
- Schäfers, Bernhard: Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland. Ein Studienbuch zur Sozialstruktur und Sozialgeschichte der Bundesrepublik. München⁵1990.
- Scharnagl, Heinrich: Straußdorf. Eine sozialökonomische und soziologische Untersuchung einer oberbayerischen Landgemeinde mit starkem Flüchtlingsanteil. Phil. Diss. Erlangen 1952.
- Scharpf, Fritz W. und Fritz Schnabel: Steuerungsprobleme der Raumplanung, in: Wolfgang Bruder und Thomas Ellwein (Hrsg.): Raumordnung und staatliche Steuerungsfähigkeit. Opladen 1980, S. 12–57.
- Schaude, Ernst: Die Vertretungskörperschaften der Landkreise, in: Verein für die Geschichte der deutschen Landkreise e.V. (Hrsg.): Die Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland. 10 Jahre Aufbauarbeit. Stuttgart 1955, S. 34–43.
- Schedl, Otto: Strukturpolitische Kriterien im südostbayerischen Raum. München 1968.
- Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Düsseldorf; Köln 1957.
- Scheuch, Erwin K.: Massenmedien und Religion in der Freizeitgesellschaft. Essen 1971.
- Scheuner, Ulrich: Voraussetzungen der kommunalen Gebietsreform, in: Christoph von Unruh, Werner Thieme und Ulrich Scheuner (Hrsg.): Die Grundlagen der kommunalen Gebietsreform. Baden-Baden 1981 [Schriftenreihe Kommunale Gebietsreform, Bd. 1, 1].
- Scheybani, Abdolreza: Vom Mittelstand zur Mittelschicht? Handwerk und Kleinhandel in der Gesellschaft der frühen Bundesrepublik Deutschland, in: AfS 35 (1995), S. 131–195.
- Scheybani, Abdolreza: Handwerk und Kleinhandel in der Bundesrepublik Deutschland. Sozialökonomischer Wandel und Mittelstandspolitik 1949–1961. München 1996.
- Schier, Barbara: Alltagsleben im „sozialistischen“ Dorf. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945–1990. Münster u. a. 2001.
- Schildt, Axel: Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“. Studien zur sozialkulturellen Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft der 1950er Jahre. Hamburg 1991.
- Schildt, Axel: Nachkriegszeit. Möglichkeiten und Probleme einer Periodisierung der westdeutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg und ihre Einordnung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: GWU 44 (1993), S. 567–584.
- Schildt, Axel und Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die west-

- deutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993 (Eine ungekürzte Studienausgabe erschien 1998).
- Schildt, Axel: *Ankunft im Westen. Essays zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*. Frankfurt/Main 1999.
- Schildt, Axel, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hrsg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. Hamburg 2000.
- Schimanke, Dieter: *Folgen und Folgeprobleme der Kommunalen Gebietsreform*, in: AfK 21 (1982), S. 307–320.
- Schlemmer, Thomas: *Die Amerikaner in Bayern. Militärregierung und Demokratisierung nach 1945*, in: Heinrich Oberreuter und Jürgen Weber (Hrsg.): *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*. München; Landsberg/Lech 1996, S. 67–99.
- Schlemmer, Thomas: *Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955*. München 1998.
- Schlemmer, Thomas: *Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973. Ein neues Projekt des Instituts für Zeitgeschichte*, in: VfZ 46 (1998), S. 311–325. Auch abgedruckt in: Horst Möller und Udo Wengst (Hrsg.): *50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz*. München 1999, S. 427–440.
- Schlemmer, Thomas: *Die aufsässige Schwester. Forschungen und Quellen zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union 1945–1976*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 6 (1999), S. 287–324.
- Schlemmer, Thomas: „Bayerns Ruhrgebiet“. *Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Region Ingolstadt von 1948 bis 1975*. Eine Studie aus dem Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern“ des Instituts für Zeitgeschichte, in: Theresia Bauer und Winfried Süß (Hrsg.): *NS-Diktatur, DDR, Bundesrepublik. Drei Zeitgeschichten des vereinigten Deutschland*. Werkstattberichte. Neuried 2000 [Münchner Kontaktstudium Geschichte, Bd. 3], S. 181–213.
- Schlemmer, Thomas: *Grenzen der Integration. Die CSU und der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – der Fall Dr. Max Frauendorfer*, in: VfZ 48 (2000), S. 675–742.
- Schlemmer, Thomas und Hans Woller: *Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.): *Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973*. München 2001, S. 1–31.
- Schlemmer, Thomas und Hans Woller: *Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.): *Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973*. München 2002, S. 1–23.
- Schlemmer, Thomas: „Ich bin ein Mann des Rechts“. *Hans Ehard als bayerischer Ministerpräsident*, in: Ferdinand Kramer und Hermann Rumschöttel (Hrsg.): *Die Ministerpräsidenten Bayerns 1945 bis 1993*. München 2003 [im Druck].
- Schlemmer Thomas, Stefan Grüner und Jaromír Balcar: *„Entwicklungshilfe im eigenen Lande“. Landesplanung in Bayern nach 1945*, in: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Tepe (Hrsg.): *Die 1960er Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch*. Paderborn u. a. 2003 [im Druck].
- Schlögl, Alois (Hrsg.): *Bayerische Agrargeschichte. Die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft seit Beginn des 19. Jahrhunderts*. München 1954.
- Schmals, Klaus M. und Rüdiger Voigt (Hrsg.): *Krise ländlicher Lebenswelten. Analysen, Erklärungsansätze und Lösungsperspektiven*. Frankfurt/Main; New York 1986.
- Schmidbauer, Anja: *Roding vom Ende des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges*, in: *Rodinger Heimat* 13 (1996), S. 133–159.
- Schmidt, Manfred G.: *Machtwechsel in der Bundesrepublik (1949–1990). Ein Kommentar aus der Perspektive der vergleichenden Politikforschung*, in: Bernhard Blanke und Hellmut Wollmann (Hrsg.): *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel*. Opladen 1991, S. 179–203.
- Schmidt, Ute und Tilman Fichter: *Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–1948*. Berlin 1971.
- Schmidt, Ute: *Zentrumspartei oder Union. Zur Archäologie eines Parteienkonflikts nach*

- 1945, in: Mathias Frese und Michael Prinz (Hrsg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven. Paderborn 1996, S. 649–665.
- Schmidt, Wolfgang: „Eine Garnison wäre eine feine Sache.“ Die Bundeswehr als Standortfaktor 1955 bis 1975, in: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973. München 2001, S. 357–441.
- Schmidtchen, Gerhard: Die befragte Nation. Über den Einfluß der Meinungsforschung auf die Politik. Frankfurt/Main; Hamburg 1965 (erschien erstmals Freiburg/Breisgau 1959).
- Schmidt-Eichstaedt, Gerd: Autonomie und Regelung von oben. Zum Verhältnis von kommunaler Eigenverantwortung und fremdbestimmter Eingrenzung durch Bundes- und Landesrecht sowie durch Normen der Europäischen Union, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn 21998, S. 323–337.
- Schmitt, Reinhold: Hofnachfolger, weichende Erben und moderne Schwiegertöchter. Aspekte der internen Strukturveränderung bäuerlicher Milieus, in: ZAA 36 (1988), S. 98–115.
- Schmitz, Jürgen: Kommunalverschuldung und Kapitalmarkt in der Bundesrepublik Deutschland. Zu den Erfahrungen der letzten Jahre, in: AfK 5 (1966), S. 303–327.
- Schmoeckel, Reinhard und Bruno Kaiser: Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen. Bonn 1991.
- Schmollinger, Horst W.: Abhängig Beschäftigte in Parteien der Bundesrepublik: Einflußmöglichkeiten von Arbeitern, Angestellten und Beamten, in: ZParl 5 (1974), S. 58–90.
- Schneider, Andrea H.: Die Kunst des Kompromisses: Helmut Schmidt und die Große Koalition 1966–1969. Paderborn u. a. 1999.
- Schneider, Herbert: Lokalpolitik in einer Landgemeinde. Entscheidungsstrukturen und Partizipationsmöglichkeiten, in: APuZ 3/1977, S. 21–39.
- Schneider, Herbert: Kreispolitik im ländlichen Raum. Eine vergleichende Untersuchung über Landkreispolitik. München 1985 [Beiträge zur Kommunalwissenschaft, Bd. 20].
- Schneider, Herbert: Dorfpolitik, in: Roland Roth und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn 21998, S. 86–102.
- Schneider, Karl H.: Wege in die Moderne. Varianten dörflicher Entwicklung zwischen 1945 und 1970, in: Daniela Münkler (Hrsg.): Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn. Göttingen 2000, S. 69–92.
- Schneider, Michael: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933–1939. Bonn 1999.
- Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute. Bonn 2000.
- Scholler, Heinrich: Die bayerische Gemeindegebietsreform als Konflikt zwischen grundrechtlich verstandener Selbstverwaltung und staatlicher Reform. München 1980.
- Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie. Berlin; München 2001.
- Scholz, H.: Betriebsgröße und Betriebseinkommen in der Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft 38 (1960), S. 111–118.
- Schonauer, Karlheinz: Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD. Die Geschichte der Jusos von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition. Bonn 1982.
- Schönhoven, Klaus: Die Bayerische Volkspartei 1924–1932. Düsseldorf 1972.
- Schönhoven, Klaus: Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33, in: HZ 224 (1977), S. 340–378.
- Schönhoven, Klaus: Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933–1945 in: Martin Broszat und Hartmut Mehringer (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand. München; Wien 1983, S. 541–646.
- Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat. München 1989.
- Schönhoven, Klaus: Unbehagen an der Bonner Demokratie. Ein Rückblick auf die politik-

- wissenschaftliche Diskussion in den sechziger Jahren, in: Karsten Rudolph und Christl Wickert (Hrsg.): *Geschichte als Möglichkeit. Über Chancen von Demokratie*. Festschrift für Helga Grebing. Essen 1995, S. 338–353.
- Schönhoven, Klaus: Sozialdemokratie im Wandel. Selbstverständnis und Sozialstruktur der SPD in den sechziger und frühen siebziger Jahren, in: Arnd Bauerkämper, Martin Sabrow und Bernd Stöver (Hrsg.): *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*. Bonn 1998, S. 158–167.
- Schönhoven, Klaus: Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: *GG 25* (1999), S. 123–145.
- Schorr, Hermann: *Untersuchung der Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern. Untersuchungs-dorf Gerhardshofen, Landkreis Neustadt an der Aisch*. Bonn 1953.
- Schreyer, Klaus: *Bayern ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem*. München; Wien 1969.
- Schrode, Klaus: *Beamtenabgeordnete in Landtagen der Bundesrepublik Deutschland. Eine Untersuchung über das parlamentarische Verhalten von Abgeordneten in den Landtagen von Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz, die in der öffentlichen Verwaltung tätig sind*. Heidelberg 1977.
- Schröder, Michael: Die Partei-Lizenzierungspolitik der amerikanischen Militärregierung in Bayern nach 1945, in: Ders.: *Bayern nach 1945. Demokratischer Neubeginn. Interviews mit Augenzeugen*. München 1985, S. 9–14.
- Schubert, Klaus von: *Wiederbewaffnung und Westintegration. Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950–1952*. Stuttgart 1970.
- Schüller, Elke: „Keine Frau darf fehlen!“ Frauen und Kommunalpolitik im ersten Nachkriegsjahrzehnt in Hessen, in: Ulla Wischermann, Elke Schüller und Ute Gerhard (Hrsg.): *Staatsbürgerinnen zwischen Partei und Bewegung. Frauenpolitik in Hessen 1945–1955*. Frankfurt/Main 1993, S. 88–149.
- Schulze, Rainer, Doris von der Brelie-Lewien und Helga Grebing (Hrsg.): *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit*. Hildesheim 1987.
- Schulze, Rainer: *Region – Industrialisierung – Strukturwandel: Annäherungen an eine regionale Perspektive sozio-ökonomischen Wandels*, in: Ders. (Hrsg.): *Industrieregionen im Umbruch. Historische Voraussetzungen und Verlaufsmuster des regionalen Strukturwandels im europäischen Vergleich*. Essen 1993, S. 14–33.
- Schüttemeyer, Suzanne S.: *Politische Generationen*, in: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.): *Pipers Wörterbuch zur Politik: Politikwissenschaft. Theorien – Methoden – Begriffe*, Bd. I/2. München; Zürich 1985, S. 737–738.
- Schütz, Klaus: Die Lehren aus Kennedys Kampagne. Ein Rückblick auf den Bundestagswahlkampf 1961, in: *Vorgänge Heft 2/2002*, S. 32–38.
- Schuy, Willy: *Landgemeinden im Wirkungsbereich der Regionalentwicklung und Raumordnung. Dargestellt am Beispiel 10 ehemals kleinbäuerlicher Dörfer in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1952 bis 1972*. Bonn 1976.
- Schwan, Gesine: *Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945*. Baden-Baden 1999.
- Schwarz, Hans-Peter: *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*. Stuttgart 21980.
- Schwarz, Hans-Peter: *Die Ära Adenauer 1949–1957*. [Bracher, Karl-Dietrich u. a. (Hrsg.): *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2] Stuttgart; Wiesbaden 1981.
- Schwarz, Hans-Peter: *Die Ära Adenauer 1957–1963*. [Bracher, Karl-Dietrich u. a. (Hrsg.): *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 3] Stuttgart; Wiesbaden 1983.
- Schwarz, Hans-Peter: *Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer*, in: Kurt Düwell und Wolfgang Köll-

- mann (Hrsg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3: Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen. Wuppertal 1984, S. 278–293.
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952. Stuttgart 1986.
- Schwarz, Hans-Peter: Die Fünfziger Jahre als Epochenäsur, in: Jürgen Heideking u. a. (Hrsg.): Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz. Berlin; New York 1989, S. 473–496.
- Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967. Stuttgart 1991.
- Schwarzfischer, Karl (Hrsg.): Der Landkreis Roding. Wirtschaft, Landschaft, Geschichte und Kultur eines Grenzlandkreises. Regensburg 1959.
- Schwarzfischer, Karl: Zur politischen Vergangenheit der Rodinger, in: Rodinger Heimat 1 (1984), S. 23–29.
- Seidel, Hanns: Bayern – Agrar- oder Industriestaat?, in: Bayerische Staatskanzlei (Hrsg.): Unser Bayern. Politik, Wirtschaft, Kultur. München 1950, S. 43–48.
- Siebers-Gfaller, Stefanie: Von Utopia nach Europa. Alfons Goppel (1. 10. 1905 bis 24. 12. 1991). Biographische Notizen, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1996.
- Siedentopf, Heinrich: Gemeindegröße und kommunale Leistungskraft. Die Leistungserwartungen des Bürgers, in: Der Bürger im Staat 21 (1971), S. 112–116.
- Skrzipczyk, Leo: Die deutschen Notstandsgebiete 1951. Die wirtschaftliche und soziale Lage des Bayerischen und Oberpfälzer Waldes, in: Deutsche Notstandsgebiete 1951. Bad Godesbeg 1952, S. 9–17.
- Söllner, Alfons: Demokratie als Lernprozeß – Drei Stichworte zur Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Heinrich Oberreuter und Jürgen Weber (Hrsg.): Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland. München; Landsberg/Lech 1996, S. 169–180.
- Sontheimer, Kurt: Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik. München 1996.
- Sontheimer, Kurt: So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik. München 1999.
- Spindler, Max (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte. Bd IV: Das neue Bayern 1800–1970. München 1979 (Verbesserter Nachdruck der Originalausgabe von 1974/75).
- Spotts, Frederic: Kirchen und Politik in Deutschland. Stuttgart 1976.
- Stadt Nittenau (Hrsg.): Nittenau. 25 Jahre Stadt 1953–1978. Nittenau 1978.
- Stadt und Landkreis Wasserburg am Inn. Geschichte, Kunst, Wirtschaft. Aßling-München 1970.
- Stahl, Franz: Wirtschaftserschließung – ein Finanzausgleichsproblem. Regensburg o.J. (1955).
- Stark, Jürgen: Infrastrukturelle Entwicklungen und ihre Bestimmungsgründe. Dargestellt am Beispiel von 10 kleinbäuerlichen Dörfern in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1975.
- Stark, Jürgen: Regionalpolitik im ländlichen Raum. Untersuchung über die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben in strukturschwachen Gebieten Baden-Württembergs. Stuttgart 1978.
- Stöver, Bernd: Die Bundesrepublik Deutschland. Darmstadt 2002.
- Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen. Berlin 1989.
- Streeck, Sylvia und Wolfgang Streeck: Parteiensystem und Status quo. Drei Studien zum innerparteilichen Konflikt. Frankfurt/Main 1972.
- Strich, Herbert und Georg Weippert: Das Dorf im gesellschaftlichen Wandel, in: Offene Welt. Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft 43 (Mai/Juni 1956), S. 198–206.
- Strunz, Joachim: Die Industrialisierung in der Oberpfalz in den Jahren 1957 bis 1966. Regensburg 1974 [Regensburger Geographische Schriften, Heft 4].
- Stucki, Lorenz: Lob der schöpferischen Faulheit. Chancen und Gefahren der Freizeitgesellschaft in Europa und Amerika. Bern; München 1973.
- Süß, Dietmar: Voreilige Grabgesänge. Stand und Perspektiven der Arbeitergeschichte in der Bundesrepublik Deutschland, in: Theresia Bauer und Winfried Süß (Hrsg.): NS-Diktatur, DDR, Bundesrepublik. Drei Zeitgeschichten des vereinigten Deutschland. Werkstattberichte. Neuried 2000 [Münchner Kontaktstudium Geschichte, Bd. 3], S. 233–262.

- Süß, Dietmar: Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945–1976. München 2003 [Bayern im Bund, Bd. 4].
- Sywottek, Arnold: Flüchtlingeingliederung in Westdeutschland. Stand und Probleme der Forschung, in: APuZ 51/1989, S. 38–46.
- Sywottek, Arnold: Konsum, Mobilität, Freizeit. Tendenzen gesellschaftlichen Wandels, in: Martin Broszat (Hrsg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. München 1990, S. 95–111.
- Taubenberger, Bernhard: Licht übers Land. Die bayerische Viererkoalition 1954–1957. München 2002.
- Tenfelde, Klaus: Bayerische Wirtschaft und Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Hartmut Mehringer (Hrsg.): Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992. München u. a. 1992, S. 9–19.
- Tenfelde, Klaus: Historische Milieus – Erbllichkeit und Konkurrenz, in: Manfred Hettling und Paul Nolte (Hrsg.): Nation und Gesellschaft. Historische Essays. München 1996, S. 247–268.
- Terhalle, Winfried: Die Landesplanung im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (1945–1970), in: Beiträge zur Entwicklung der Landesplanung in Bayern, Hannover 1988 [Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 125], S. 11–62.
- Terhalle, Winfried: Zur Geschichte der Landesplanung in Bayern nach dem zweiten Weltkrieg: Landesebene, in: Zur geschichtlichen Entwicklung der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung in der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1991 [Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte 182], S. 105–133.
- Thayer, Charles W.: Die unruhigen Deutschen. Bern; Stuttgart; Wien 1958.
- Thieme, Werner und Günter Prillwitz: Durchführung und Ergebnisse der kommunalen Gebietsreform. Baden-Baden 1981 [Schriftenreihe Kommunale Gebietsreform, Bd. 1, 2].
- Thiemeyer, Guido: Vom „Pool vert“ zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik 1950–1957. München 1999.
- Thoma, Ludwig: Sämtliche Beiträge aus dem „Miesbacher Anzeiger“ 1920/21. Kritisch ediert und kommentiert von Wilhelm Volkert. München; Zürich 1989.
- Thoß, Bruno: Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur WEU und NATO im Spannungsfeld von Blockbildung und Entspannung (1954–1956), in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 3: Die NATO-Option. München 1993, S. 1–234.
- Thränhardt, Dietrich: Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung des Parteiensystems. Düsseldorf 1973.
- Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Erweiterte Neuausgabe. Frankfurt/Main 1996.
- Thurnwald, Andrea K.: Kirchgang, Klöße, Kartenspiel. Traditionelle Sonntagskultur im evangelischen Franken. Bad Windsheim 1997.
- Timm, Albrecht: Verlust der Muße. Zur Geschichte der Freizeitgesellschaft. Buchholz-Hamburg 1968.
- Traeger, Angela: Soziale Agrarpolitik: Der lange Weg von der familiären Versorgung alter Bauern bis zur gesetzlichen Altershilfe, in: ZAA 41 (1993), S. 190–218.
- Treibert, Heinrich: Die Landkreise unter der Herrschaft der Besatzungsmächte, in: Verein für die Geschichte der deutschen Landkreise e.V. (Hrsg.): Die Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland. 10 Jahre Aufbauarbeit. Stuttgart 1955, S. 14–20.
- Trinkerl, Eduard: Rodinger Bürgermeister ab 1937, in: Rodinger Heimat 12 (1995), S. 23–27.
- Troßbach, Werner und Clemens Zimmermann (Hrsg.): Agrargeschichte. Positionen und Perspektiven. Stuttgart 1998.
- Tuchtfeldt, Egon: Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Strukturpolitik, in: Reimut

- Jochimsen und Udo E. Simonis (Hrsg.): *Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik*, Berlin 1970, S. 125–151.
- Ueltzhöffer, Jörg: Die kommunale Machtelite und der politische Willensbildungsprozess in der Gemeinde, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.): *Kommunalpolitik*. Hamburg 1975, S. 95–130.
- Unger, Ilse: *Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945–1957*. Stuttgart 1979.
- Unruh, Georg-Christoph von: *Gebiets- und Verwaltungsreform in Niedersachsen 1965–1978*. Hannover 1978.
- Vetterlein, Thomas G.: Parlamentarische Willensbildung auf Kommunalebene: Krise und Reform eines Verfassungsorgans, in: *ZParl* 7 (1976), S. 531–548.
- Vierhaus, Rudolf und Ludolf Herbst (Hrsg.): *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002*. 3 Bde. München 2002 und 2003.
- Vogel, Hans-Jochen: *Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre*. München 1972.
- Voigt, Rüdiger: Restriktionen kommunaler Selbstverwaltung, in: *APuZ* 3/1977, S. 3–20.
- Voigt, Rüdiger: Kommunalpolitik im ländlichen Raum. Ein Plädoyer für die Wiederbelebung der lokalen Politik, in: *APuZ* 46–47/1986, S. 3–13.
- Volkman, Hans-Erich: Die innenpolitische Dimension Adenauerscher Sicherheitspolitik in der EVG-Phase, in: *Militärgeschichtliches Forschungsamt* (Hrsg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*, Bd. 2: Die EVG-Phase. München 1990, S. 235–604.
- Vollnhals, Clemens (Hrsg.): *Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949*. München 1991.
- Vonderach, Gerd: Lebensverhältnisse in ländlichen Regionen, in: Onno Poppinga (Hrsg.): *Produktion und Lebensverhältnisse auf dem Land*. Opladen 1979, S. 133–175.
- Vossen, Regina: „Föderalistisch leben oder asiatisch sterben.“ Joseph Baumgartner und die bayerische Politik 1945–1953. Unveröffentlichte Zulassungsarbeit. München 1993.
- Wagner, Kurt: *Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung. „Das Dorf war früher auch keine heile Welt“*. Die Veränderung der dörflichen Lebensweise und der politischen Kultur vor dem Hintergrund der Industrialisierung – am Beispiel des nordhessischen Dorfes Körle. Frankfurt/Main 1986.
- Wagne-Kyora, Georg: Lastenausgleich und sozialer Wohnungsbau, in: Paul Erker (Hrsg.): *Rechnung für Hitlers Krieg. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs*. Pforzheim 2003 [im Druck].
- Weber, Erich: *Die Freizeitgesellschaft und das Buch. Literaturpädagogische Aufgaben der Schule*. München 1967 [Schriften der pädagogischen Hochschulen Bayerns].
- Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Hrsg. von Johannes Winckelmann. Tübingen 51976.
- Weber, Werner: Verwaltungs- und Gebietsreform in ländlichen Bereichen, in: Victor-Emanuel Preusker (Hrsg.): *Festschrift für Hermann Wandersleb zur Vollendung des 75. Lebensjahres*. Bonn 1970, S. 601–616.
- Wehling, Hans-Georg: Vom Elend lokaler Berichterstattung, in: *Der Bürger im Staat* 21 (1971), S. 157.
- Weinacht, Herbert: Gemeinden in der Finanzklemme. Abnehmende Manövriermasse bei steigenden Leistungserwartungen, in: *Der Bürger im Staat* 21 (1971), S. 117–124.
- Welzer, Harald: Das Interview als Artefakt. Zur Kritik der Zeitzeugenforschung, in: *BIOS* 13 (2000), S. 51–63.
- Wengst, Udo: Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, in: *VfZ* 34 (1986), S. 1–52.
- Wengst, Udo: *Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953*. Düsseldorf 1988.
- Wengst, Udo: *Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie*. München 1997.
- Wengst, Udo: Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder, in: *Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung* (Hrsg.): *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*,

- Bd. 2/1: Die Zeit der Besatzungszonen 1945–1949. Sozialpolitik zwischen Kriegsende und Gründung zweier deutscher Staaten. Bandverantwortlicher: Udo Wengst. Baden-Baden 2001, S. 79–149.
- Werner, Emil: Im Dienst der Demokratie. Die bayerische Sozialdemokratie nach der Wiedergründung 1945. München 1982.
- Wildenmann, Rudolf und Erwin K. Scheuch: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, in: Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Zur Soziologie der Wahl. Köln; Opladen 1965, S. 39–73.
- Wildt, Michael: Am Beginn der „Konsumgesellschaft“. Studien über Konsum und Essen in Westdeutschland in den 50er Jahren. Hamburg 1993.
- Wildt, Michael: Privater Konsum in Westdeutschland in den 50er Jahren, in: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1998, S. 275–289.
- Wildt, Michael: Generation der Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg 2002.
- Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924. Berlin; Bonn 1984.
- Winkler, Heinrich August: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1930. Berlin; Bonn 1985.
- Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933. Berlin; Bonn 1987.
- Winkler, Heinrich August: Sozialer Umbruch zwischen Stalingrad und der Währungsreform?, in: GG 16 (1990), S. 403–405.
- Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München 1998.
- Wirz, Ulrich: Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition. Grub am Forst 1997.
- Wolf, Konstanze: CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948–1960. Köln 1982.
- Woller, Hans: Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945–1955. Stuttgart 1982.
- Woller, Hans: Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth. München 1986.
- Wollmann, Hellmut: Kommunalvertretungen – Verwaltungsorgane oder Parlamente?, in: Ders. und Roland Roth (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn ²1998, S. 50–66.
- Wurzbacher, Gerhard und Renate Pflaum: Das Dorf im Spannungsfeld der industriellen Entwicklung. Untersuchungen an den 45 Dörfern und Weilern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde. Stuttgart 1954.
- Zapf, Wolfgang: Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919–1961. München 1965.
- Zapf, Wolfgang: Zum Verhältnis von sozialstrukturellem Wandel und politischem Wandel: Die Bundesrepublik 1949–89, in: Bernhard Blanke und Hellmut Wollmann (Hrsg.): Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel. Opladen 1991, S. 130–145.
- Zarusky, Jürgen: Jugendopposition, in: Wolfgang Benz und Walter H. Pehle (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstandes. Frankfurt/Main 1994, S. 98–112.
- Zauzich, Marie-Christine: Parteien im Wandel. Von der Weltanschauungspartei zur Volkspartei. München 1976.
- Zeitler, Peter: Neubeginn in Oberfranken 1945–1949. Die Landkreise Kronach und Kulmbach. Kronach 1998.
- Ziebill, Otto: Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung. Stuttgart ²1972.
- Zielinski, Heinz: Diskrepanz zwischen Aufgabenentwicklung und Finanzierung in den

- Gemeinden. Göttingen 1975 [Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 40].
- Zielinski, Heinz: Kommunale Selbstverwaltung und ihre Grenzen. Über den Einfluß von Staat und Wirtschaft auf die Gemeinden. Frankfurt/Main 1977.
- Zielinski, Heinz (Hrsg.): Lokale Politik zwischen Eigenständigkeit und staatlicher Abhängigkeit. Empirische Analysen zu Handlungsspielräumen, Gebietsreformen und zur Selbstverwaltung. Königstein/Taunus 1980.
- Zimmer, Annette: Vereine und lokale Politik, in: Hellmut Wollmann und Roland Roth (Hrsg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn ²1998, S. 247–262.
- Zimmermann, Clemens: Dorf und Land in der Sozialgeschichte, in: Wolfgang Schieder und Volker Sellin (Hrsg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. 2: Handlungsräume des Menschen in der Geschichte. Göttingen 1986, S. 90–112.
- Zipperer, Gustav Adolf: Nördlingen. Lebenslauf einer schwäbischen Stadt. Nördlingen 1979.
- Zofka, Zdenek: Dorfeliten und NSDAP. Fallbeispiele der Gleichschaltung aus dem Kreis Günzburg, in: Martin Broszat, Elke Fröhlich und Anton Grossmann (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. München; Wien 1981, S. 383–433.
- Zorn, Wolfgang: Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland. München 1986.
- Zurek, Ernst: Materialien zur Landbewirtschaftung im Neben- und Zuerwerb in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1970.
- Zweig, Stefan: Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers. Stockholm 1944 (Neudruck 1992).

III. Karten

BAYERNS VERWALTUNGSBEZIRKSGLIEDERUNG

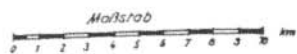


Quelle: Alle Karten stammen aus: Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Beiträge zur Statistik Bayerns 236: Gemeindegebietskarten, München 1963.

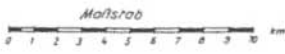
Landkreis LANDSBERG A. LECH



- Grenzen.
- Regierungsbezirke
- Kreisfr. Städte u. Landkreise
- Gemeinden
- Gemeindefreie Gebiete



Landkreis WASSERBURG A. INN

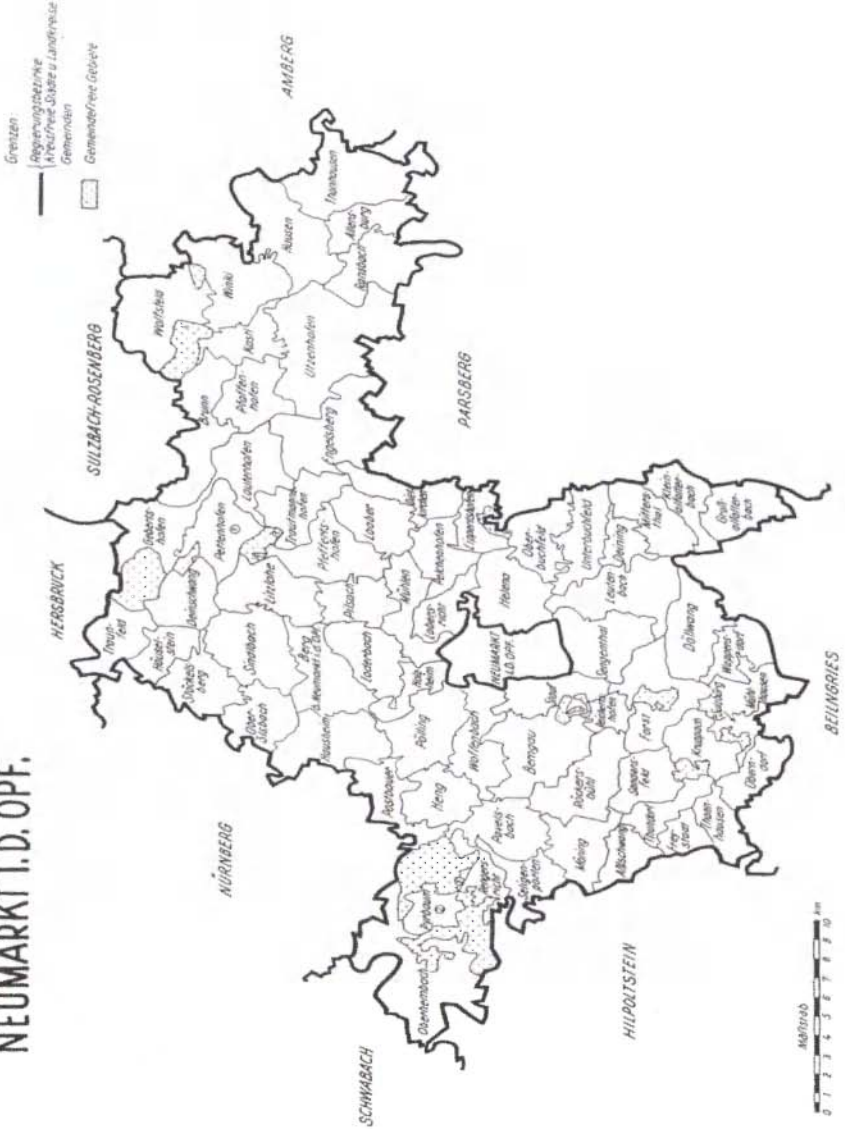


Landkreis BEILNGRIES



- Grenzen:
- Regierungszirke
 - Kreisfreie Städte u Landkreise
 - Gemeinden
 - ▨ Gemeindefreie Gebiete

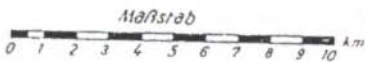
Landkreis NEUMARKT I. D. OPF.



Landkreis RODING

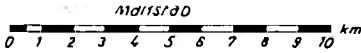


Landkreis ROTHENBURG OB DER TAUBER



- Grenzen: Land Bayern
- Regierungsbezirke
- Kreisfreie Städte u. Landkreise
- Gemeinden
- Gemeindefreie Gebiete

Landkreis KÖNIGSHOFEN I. GRABFELD



- Grenzen:
- Bundesrepublik
 - - - Regierungsbezirke
 - Kreisfreie Städte u. Landkreise
 - Gemeinden
 - ◻ Gemeindefreie Gebiete

Landkreis NEUBURG A. D. DONAU



Landkreis NÖRDLINGEN



- ILLER!**
- Grenzen:
 - - - - - Land Bayern
 - } Regierungsbezirke
 - } Kreisfreie Städte u. Landkreise
 - Gemeinden
 - Gemeindefreie Gebiete

IV. Verzeichnis der Graphiken und Tabellen

1. Graphiken

Graphik 1: Erwerbsstruktur der Gemeinderäte 1948	60
Graphik 2: Erwerbsstruktur der Gemeinderäte im Landkreis Landsberg am Lech	71
Graphik 3: Erwerbsstruktur der Bürgermeister und Gemeinderäte in Bayern 1966.	82
Graphik 4: Erwerbsstruktur der Bürgermeister 1966.	83
Graphik 5: Erwerbsstruktur der Gemeinderäte 1966.	85
Graphik 6: Erwerbsstruktur der Bürgermeister 1972.	91
Graphik 7: Erwerbsstruktur der Gemeinderäte 1972.	93
Graphik 8: Erwerbsstruktur der Bürgermeister in durchschnittlich entwickelten Gemeinden.	95
Graphik 9: Erwerbsstruktur der Bürgermeister in strukturstarken Gemeinden	96
Graphik 10: Erwerbsstruktur der Bürgermeister in strukturschwachen Gemeinden	97

2. Tabellen

Tabelle 1: Vertretung der Flüchtlinge in den Gemeinderäten	70
Tabelle 2: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1972.	93
Tabelle 3: Mitgliederentwicklung der SPD im Bezirk Südbayern (1954–1959)	269
Tabelle 4: Mitgliederentwicklung der SPD im Bezirk Franken (1955–1959)	270
Tabelle 5: Ergebnisse der SPD bei den Bundestags- und Landtags- wahlen 1957–1974	304
Tabelle 6: Entwicklung des Beitragsaufkommens der SPD (1960–1971)	321
Tabelle 7: Durchschnittlicher Mitgliederbeitrag der SPD pro Monat (1960–1971)	322
Tabelle 8: Mitgliederentwicklung in den drei bayerischen SPD- Bezirken 1959–1974	335
Tabelle 9: Mitgliederentwicklung von SPD-Kreisverbänden in ländlichen Regionen	337
Tabelle 10: Mitgliederentwicklung der SPD im Landkreis Nördlingen . .	339
Tabelle 11: Ergebnisse des CSU in den Bundestags- und Landtagswahlen 1961–1974.	341
Tabelle 12: Reinausgaben nach Gebietskörperschaften und Gemeinde- größenklassen.	465

Tabelle 13:	Kommunale Ausgaben nach Art der Ausgaben (1950–1973)	466
Tabelle 14:	Realsteueraufkommen der Kommunen (1948–1974)	468
Tabelle 15:	Steuereinnahmen der Kommunen nach Größenklassen.	470
Tabelle 16:	Zuweisungen von Bund und Land an die Kommunen	471
Tabelle 17:	Kommunalschulden nach Gebietskörperschaften und Größenklassen	472
Tabelle 18:	Schuldendienstbelastung der kreisangehörigen Gemeinden 1957	482
Tabelle 19:	Schuldendienstbelastung der kreisangehörigen Gemeinden 1963	483
Tabelle 20:	Schuldendienstbelastung der kreisangehörigen Gemeinden 1970	484
Tabelle 21:	Entwicklung von Bevölkerungsdichte, Erwerbstätigkeit und Realsteuerkraft	490

V. Register

1. Personenregister

- Abel, Wilhelm 20
Abele, Heinrich 233
Abelshauser, Werner 18, 63, 75, 77
Abenthum, Josef 434
Adenauer, Konrad 18, 80, 184, 202, 205 ff.,
237 ff., 241 f., 245, 255, 257, 266, 279 f.,
293, 298 f., 315, 496
Albrecht, Karl 340, 384
Allmer, Max 271, 274 ff., 291, 297, 306, 312,
324 f., 332, 350
Andreas, Manfred 332 f.
Arnold, Josef 98, 106
Aschenbrenner, Wolfgang 67, 89, 101, 111 f.,
431
Asenbeck, Nikolaus 352, 356 f., 367
- Bader, Josef 44
Bals, Hans 278
Bals, Melchior 433
Batzl, Hans 441
Baudrexl, Karl 89, 109
Bauer, Alois 148
Bauer, Josef 31, 206, 209 ff., 215 f., 219 ff.,
229–233, 236, 242 ff., 256, 299, 346, 353,
365, 367
Bauer, Josef (Staatssekretär) 77
Bauer, Josef Werner 118 f., 122, 461
Bauer, Otto 220 ff., 224
Bauer, Otto 335 f.
Bauer, Vinzenz 101 f., 480
Baumann, Otto 43
Baumgartner, Joseph 157 f., 176 f., 179,
181 f., 184, 200 ff., 210, 242, 244, 246 f., 442
Becher, Albert 429
Beer, Josef 109
Berenger, Wilma 69 f.
Berghofer, Leonhard 80, 428
Berlitz, Dieter 386
Besold, Anton 178, 236 f., 245 f.
Betscher, Heinz 282
Beyme, Klaus von 101
Bezold, Otto 158, 240
- Bismarck, Otto von 180, 292
Blanco, Roberto 296
Blank, Theodor 198, 444
Blumwitz, Dieter 488
Böddrich, Jürgen 390
Bode, Karl 289, 385
Bohrer, Adolf 99
Bornkessel, Hans 427
Brandl, Josef 418 f.
Brandt, Willy 31, 77, 126, 255, 293, 295,
297–300, 303, 308, 315 f., 319 f., 334 ff.,
346, 355 ff., 376 f., 384, 420, 497
Brantl, Josef 57, 67, 428, 444
Brauchle, Georg 441
Bräu, Lorenz 112
Braumiller, Josef 80, 84
Braumüller, Franz 79, 83
Braunmüller, Ferdinand 80, 84
Bremme, Gabriele 69
Breu (NSDAP-Kreisleiter von Roding) 57
Brunner, Josef 191, 203
Brunner, Josef 478
Buchheit, Charles R. 45
Buckmiller, Michael 377
Burghart, Heinz 16, 491 f.
Butterhof, Franz Xaver 114 f., 122 f.
- Christaller, Walther 414
Dr. Chylla (kommissarischer Landrat von
Beilngries) 115
Claußen, Bernhard 55
Czanek, Franz 112
Daiminger, Alfons 89
Deggendorfer, Karl 196
Dehler, Thomas 183, 240, 493
Deist, Heinrich 294
Demel, Karl 43
Demeter, Hans 325
Denk, Josef 112
Derlien, Hans-Ulrich 55
Dirnberger, Josef 105, 108 f.
Doblinger, Albert 84

- Dollinger, Werner 209
 Donhauser, Anton 177, 207
 Dorn, Walter L. 46 f.
 Dos Passos, John 149 f.
 Drachsler, Hans 448, 491
 Drexl, Josef 65
 Dürr, Hansjörg 27, 68, 127–130
 Dworschak, Rudolf 329
- Eberhardt, Rudolf 125
 Ederer, Josef 90, 99
 Egen, Hans 431
 Ehard, Hans 46, 145 f., 148, 179, 182, 196,
 206, 213 f., 397
 Eiber, Heinrich 456
 Eichhorn, Karl 89
 Eichinger, Johann 89
 Eichler, Willi 294
 Eichmüller, Andreas 16, 20, 62, 241
 Eisenmann, Hans 360 f.
 Elter, Walter 325 f., 330
 Erhard, Ludwig 76 f., 179, 266
 Erhard, Martin 391
 Erker, Paul 16, 493
 Escherich, Gabriele 138
 Escherich, Georg 138 f.
 Essl, Erwin 300 f., 325, 354, 387
 Esterer, Adalbert 109
 Estermann, Johann 149
 Estermann, Josef 149–152
 Exner, Peter 16, 19, 27 f., 58, 66, 73, 122, 495
- Fait, Barbara 30
 Falkner, Ernst 177
 Feil, Josef 193, 199 f.
 Fenzl, Josef 378
 Feuchtwanger, Lion 506
 Feury, Otto von 236, 367
 Fichtl, Heinrich 109
 Fink, Hugo 77
 Fink, Otto 271
 Fischbacher, Jakob 44, 178, 181, 183, 207 f.,
 247 ff.
 Fischbacher, Josef 206 f.
 Fischer, Georg 139, 177, 193, 249
 Fischer, Josef 227
 Fischer, Max 455 f.
 Fohringer, Wilhelm 95
 Ford, Emmett B. 53
 Forster, Benedikt 88, 429 f.
 Frankenfeld, Peter 355
 Franz, Ludwig 209
 Frederik, Hans 299
 Frenzel, Alfred 267, 278
- Freundl, Otto 456
 Friedrich, Bruno 373, 380 f.
 Fülles, Mechtild 108
- Gabert, Volkmar 126, 261 f., 264, 316, 319,
 373, 386
 Gandorfer, Karl 247
 Gandorfer, Ludwig 247
 Gärtner, Hartmut 344
 Gaus (Oberstleutnant) 448
 Geiger, Martin 368
 Geiselberger, Siegmur 306 f., 386–392
 Geislhöringer, August 244
 Geiss, Imanuel 374
 Geiß, Karl 236, 240
 Gerbl, Otto 43, 74, 114, 122, 426
 Gerlich, Fritz 439
 Gierl, Andreas 45
 Gießbeck, Karl 289, 327, 344
 Giggenbach, Josef 84
 Girmindl, Ernst 119, 124
 Gleber, Peter 48
 Gnad, Oliver 31
 Goetzendorff, Günter 186
 Golder, Werner H. 349
 Göller, Gernot 378–382
 Goppel, Alfons 77, 125, 354, 359, 365, 387,
 406, 408, 418–422
 Görtemaker, Manfred 369
 Graf, Benno 245
 Graf, Martin 84
 Grasser, Walter 311
 Grauhan, Rolf-Richard 458
 Graumann, Walter 379
 Groeben, Hans von der 406
 Gromer, Georg 171 f., 227
 Groß, Josef 112
 Groß, Xaver 57
 Gruber, Fritz 353, 367, 369
 Grüner, Stefan 35
 Grünewald, Karl 118
 Gundlach, Heinrich 117 f.
 Guthsmuths, Willi 397, 401 f.
- Habenicht, Kurt 43 f.
 Haberl, Josef 441, 444
 Hacker, Kilian 138
 Häckl, Jakob 431
 Haderstorfer, Georg 148
 Haferkorn, Helmut 380 f.
 Haimerl, Thomas 65
 Halser, Andreas 146, 151 f.
 Hanauer, Rudolf 354
 Hangl, Simon 231 ff.

- Hanssler, Bernhard 308
 Harrer, Peter 55
 Härtl, Adolf 266, 282, 288, 298, 301, 327, 353
 Härtl, Anton 206 f.
 Hartinger, Blasius 149
 Hartshauser, Walter 391
 Haslbeck, Karl 112
 Hassel, Kai-Uwe von 77
 Hugg, Pius 172
 Haußleiter, August 190
 Hegerl, Franz Xaver 454, 456
 Heigl, Georg 89, 430, 447
 Heine, Fritz 314
 Heinemann, Gustav 240, 315
 Heinz, Rudolf 377
 Held, Philipp 77, 354
 Held, Walter 44
 Helwig, Wolfgang 402 f.
 Hemmerlein, Georg 447
 Henzler, Christoph 175
 Herbert, Ulrich 57
 Herold, Karl 266
 Herter (Sozialdemokrat aus Rosenheim) 278
 Herzog, Dietrich 27
 Hettler, Friedrich H. 311
 Heubl, Franz 114, 356 f., 406
 Heuss, Theodor 255
 Hilger, Franz 361
 Hille, Arnold 158
 Hillermeier, Karl 77
 Hilterscheid, Hermann 446
 Hitler, Adolf 9, 39 f., 46, 134, 142, 161 ff., 169, 289
 Höcherl, Hermann 209, 354, 360, 445, 450
 Hochleitner, Anton 373
 Höchtl, Hugo 59
 Hockerts, Hans Günter 18, 169, 496
 Hoegner, Wilhelm 148, 214, 228, 244, 259, 298, 301, 307, 316, 372, 436
 Hofstetter, Sebastian 111 f.
 Hohls, Rüdiger 21 f., 26
 Holl, Stefan 27
 Holtmann, Everhard 75
 Hölzl, Hans 66, 106, 113, 119, 284 f., 435 f., 442, 453
 Höpfl, Josef 430
 Horlacher, Michael 145
 Hubel, Ernst 197 f., 200, 203 f., 212
 Huber, Gabriel 236, 250
 Huber, Johann 437
 Huber, Josef 478
 Huber, Ludwig 257, 354, 366 f., 416 f., 423
 Huber, Rudolf 149
 Huber, Sebastian 183 f., 206, 369
 Huber, Wendelin 66
 Hundhammer, Alois 126, 136 f., 144 f., 157 f., 162 f., 182 f., 214 f., 217, 220, 228, 234, 236, 240, 242, 250, 257, 265 f., 301, 353, 434
 Hurnaus, Thomas 48 f.
 Ilien, Albert 19
 Ippisch, Peter 90
 Irrgang, Xaver 99
 Jaeger, Richard 44, 114, 209, 299, 301, 444
 Jaksch, Wenzel 288
 Jäger, Ludwig 432
 Jaraus, Konrad H. 26
 Jaumann, Anton 211 f., 215 ff., 225, 240, 250, 354 f., 357
 Jeggle, Utz 19
 Jobst, Josef 55, 59
 Jochimsen, Reimut 36
 Johann, Adolf 325, 373
 Jung, Fritz 96
 Junker, Heinrich 353 f.
 Kaelble, Hartmut 21 f.
 Kahn, Karl 126, 455
 Kaifer, Albert 199
 Kaindl, Michael 66
 Kaiser, Anna 141
 Karl, Eduard 8
 Kasenbacher, Sebastian 138
 Kaub, Reinhold 391
 Kazig, Rainer 364
 Keller, Erhard 355
 Kemmer, Emil 209
 Kennedy, John F. 315
 Kerl, Ernst 112 f., 441
 Kern, Zeno 139
 Kerscher, August 105
 Kerscher, Hubert 98
 Kessler, Hermann 286, 344
 Kiene, Josef 149, 154, 264 f., 278, 290
 Kiener, Josef 123, 429, 442, 444, 452
 Kiesinger, Kurt Georg 77, 336, 420
 Kiesel, Erich 366 f.
 Kinstetter, Josef 254
 Kiss, Alfred 162
 Kießling, Andreas 190
 Kittel, Manfred 166
 Kleemann, Siegfried 118
 Kleßmann, Christoph 76
 Klier, Walter 126

- Klinger, A. L. 137
 Klotzbach, Kurt 294, 322
 Klughammer, Alois 198, 200, 203, 225, 227, 257
 Knödler, Christa 100
 Knoeringen, Waldemar von 259, 281 f., 294 f., 306 f., 316, 372, 442
 Knopp (Landratskandidat der SPD in Beilngries) 115
 Knott, Georg 206
 Koch, Franz Edler von 114
 Koch, Ludwig 373
 Köck, Franz Xaver 137, 139, 141, 183, 196, 213, 215 f., 228
 Kocka, Jürgen 50,
 Koegel, Rudolf 286, 344
 Koenen, Gerd 18
 Koerfer, Daniel 238
 Köglmayr, Franz Xaver 44
 König, Carmen 325
 Köttgen, Arnold 458
 Krauß, Johann 112
 Kreck, Willi 377
 Kriegisch, Josef 248, 262, 301, 338
 Kromka, Franz 94
 Kronawitter, Georg 311–314, 354, 374 f., 386
 Kronawitter, Hildegard 288
 Kronseder, Hermann 447
 Kröpelin, Carl 158
 Kübler, Konrad 247
 Kuisle, Michael 5
 Kulenkampff, Hans-Joachim 355
 Kummer, Karl 109

 Lallinger, Ludwig Max 175, 182, 247
 Lallinger, Wilhelm 113
 Lanzinner, Maximilian 493
 Lassalle, Ferdinand 292
 Lautenbacher, Josef 88, 95
 Lechner, Bernhard 233
 Ledertheil, Alfred 316
 Lehner, Erhard 119
 Leisentritt, Ludwig 379 ff.
 Lemmrich, Karl-Heinz 352, 357, 361, 441
 Lengsfeld, Peter 308
 Lenin, Wladimir Ilitsch 381
 Lenz, Karl 151
 Lenz, Leonhard 229
 Le Roy Ladurie, Emmanuel 19
 Lichtenwald, Johann 55
 Dr. Linn (Oberbürgermeister der Stadt Landsberg am Lech bis 1945) 43
 Löfflad, Hans 186, 190 f., 205

 Loibl, Martin 187, 226
 Lönung, Martin 27
 Loritz, Alfred 161 ff., 167, 179, 186, 189 f., 205
 Lösche, Peter 334, 350 f.
 Lückner, Hans August 209
 Lunz, Georg 231, 233 f.
 Lüttinger, Paul 28, 73, 494
 Lutz, Hermann 187, 196 ff., 213, 215, 217
 Lutzenberger, Max 41 f.

 Maag, Johann 312
 Mager, Rudolf 322
 Maier, Hans Georg 121
 Maier (Gerichtsassessor) 196, 206
 Mak, Geert 19
 Mandelsperger, Alois 149
 Mandelsperger, Ignaz 148
 Mann, Thomas 143
 Mansholt, Sicco L. 310, 359 ff., 406, 501
 Marx, Franz 263, 332, 344, 375
 Marx, Karl 292, 381
 Matejka, Roland 25, 113, 452
 Matthée, Ulrich 27
 Max II., König von Bayern 374
 Mayer, Georg 92
 Mayer, Hans-Georg 250 f.
 Mayer, Hermann 150
 Mayer, Klaus 414
 Mayer, Mathias 79, 83, 94
 Mayer, Xaver 45
 Mayerhofer, Georg 180, 207
 Mayr, Sebastian 80
 Meggle, Josef 143
 Mehringer, Hartmut 30
 Meillinger, Konrad 90
 Meindl, Josef 138 f.
 Meisel, Inge 355
 Meitinger, Franz Xaver 126
 Meixner, Georg 214 f.
 Mellies, Wilhelm 315
 Menges, Günter 55
 Merckel, Ferdinand 43
 Merk, Bruno 77, 299, 354, 364, 366 f., 487, 497
 Meyer, Heinrich 313 f.
 Meyer, Helmut 372
 Meyer, Philipp 210 f., 241, 299
 Michel, Franz 236
 Miersch, Elisabeth 399
 Miller, Josef 310
 Mintzel, Alf 30, 137, 170, 177, 202, 341 f., 345, 347, 350, 496
 Mohr, Hans 311

- Möller, Alex 315
 Mommer, Karl 301
 Montgelas, Maximilian Joseph Freiherr von 370, 486
 Mooser, Josef 100f.
 Mühlbauer, Johann 99
 Muhler, Emil 257
 Müller, Andreas 437
 Müller, Friedrich 188
 Müller, Günther 313, 322, 374ff.
 Müller, Josef 31, 125f., 136f., 140f., 144ff., 157, 175, 182ff., 213, 217, 440
 Müller, Gerhard 118, 122, 200, 250, 286f., 344
 Müller-Hahl, Bernhard 1, 8, 11, 13, 88, 122, 126, 426, 428, 454
 Münch, Hans 113
 Münzer, Gisela 10
- Naßmacher, Karl-Heinz 24
 Nau, Alfred 295
 Nauck, Corinna 27
 Nemmer, Rudolf 116
 Nentwig, Georg 165
 Neuburger, Karl 210, 215–220, 222, 224, 230–233, 236, 243, 250f., 256, 345f.
 Neumaier, Johann 218
 Neumann, Franz 315
 Neumeier, Gabriel 195f., 286, 368, 377
 Neumüller, Georg 249
 Niederalt, Alois 209
 Niedermayer, Hans 151
 Niethammer, Lutz 44, 48, 142
 Niklas, Wilhelm 184, 204, 226, 287
- Ober, Josef 138
 Oberländer, Theodor 226
 Oettingen-Spielberg, Otto Fürst von 162
 Oettingen-Wallerstein, Eugen Fürst von 162, 185
 Ollenhauer, Erich 266, 279f., 295, 297, 315
 Oswald, Georg 99
 Owen, Robert 292
- Pantele, Ludwig 92, 101
 Paul VI. (Papst) 307f.
 Paulsen, Josef 5, 8
 Peukert, Detlev J. K. 55
 Pfeiffer, Anton 146
 Pflegehaar, Michael 355
 Picht, Georg 305
 Pintzke, Johann 112f.
 Pirkl, Fritz 77, 354
 Pisani, Edgard 361
- Pöhner, Konrad 421
 Pollner, Korbinian 148
 Pölnitz, Götz Freiherr von 317
 Pongratz, Matthias 113
 Porzner, Konrad 301, 316
 Preißer, Alois 80
 Preißinger, Hans 373
 Pröll, Hans 115f., 123, 252, 454f., 460, 463
 Püls, Alfons 138f., 151
 Pyta, Wolfram 166
- Rattenhuber, Ernst 183
 Rauh-Kühne, Cornelia 49f.
 Recker, Marie-Luise 31
 Rehm, Angelika 171
 Reisach, Florian 5f., 8ff., 426, 429
 Reischl, Gerhard 309
 Reithmayr, Franz 350
 Reitzner, Almar 354
 Reitzner, Richard 288
 Rembold, Gebhard 8–13, 29, 426f., 429
 Riedel, Georg 204
 Riedl, Oskar 332
 Riedmair, Vitus 88, 92, 434
 Rinke, Walter 165
 Rintelen, Paul 407
 Rodosawljewic, Milan 109
 Roesch, Josef 103
 Rothemund, Helmut 126
 Rothermel, Fridolin 268
 Ruck, Michael 35, 506
 Rudolph, Hermann 18
 Rührmeier (Landratskandidat der Bayernpartei in Beilngries) 115
 Rupprecht von Bayern, Kronprinz 185
 Ruttmann, Josef 354
- Sackmann, Franz 25, 37, 43, 77, 111, 119, 124, 252, 420, 430, 436, 439–456, 475, 477, 480, 482, 491
 Sanktjohanser, Johann 41f., 89, 434
 Sarcher, Anton 160
 Schachner, Andreas 177, 181f., 247ff.
 Schäfer, Josef 267, 276, 278f., 281ff.
 Schäfers, Bernhard 128
 Schäffer, Fritz 42, 136f., 144f., 157, 175, 184, 202, 209, 213, 217, 446
 Scharf, Walter 88, 92, 101
 Scharpf, Fritz W. 36
 Schartner, Michael 251
 Schedl, Otto 118f., 122, 125f., 408, 416f., 420, 422f., 459, 461
 Scheel, Walter 293, 308, 346, 356f., 497
 Schelsky, Helmut 80, 280

- Scherr, Michael 65
 Schessl, Max Josef 138
 Schildt, Axel 17
 Schiller, Karl 336
 Schlemmer, Thomas 30, 79, 114, 205, 225
 Schlögl, Alois 44, 206
 Schmalix, Adolf 105 f.
 Schmid, Carlo 297
 Schmid, Stanislaus 44
 Schmidt, Eberhard 344
 Schmidt, Gottlieb 162 f., 172, 205
 Schmidt, Helmut 31, 126, 315
 Schmidt, Walter 172 f.
 Schmidt, Wilhelm 162 f., 186, 197, 205
 Schmidtchen, Gerhard 279 f., 283
 Schmücker, Kurt 77
 Schmude, Heinz 280 f., 283
 Schnabel, Fritz 36
 Schneider, Karl H. 19
 Schneider, Werner 357
 Schneider, Heinrich 379, 382
 Schöfberger, Rudolf 371, 373 f., 376, 386, 389
 Schönberger, Franz Xaver 99
 Schöndorf, Anton 43
 Schönek (Fabrikant) 435 f.
 Schönfelder (Sozialdemokrat aus dem Bezirk Südbayern) 279
 Schönhuber, Ingrid 387
 Schreiber, Manfred 372
 Schreier, Rudolf 112
 Schröder, Gerhard 77
 Schubert, Hans 184
 Schumacher, Kurt 148, 152, 179, 263, 265, 287, 315
 Schuman, Robert 266
 Schuster, Bernhard 95
 Schütz, Hans 165
 Schwarz, Hans-Peter 15, 51, 255 f.
 Schwarzfischer, Alfons 65, 111
 Schwarzfischer, Karl 450
 Schwarzfischer, Max 480
 Schweiger, Johann 109
 Schwicker, Pius 49, 55, 65
 Sebald, Josef 272, 279
 Seidel, Hanns 125 f., 214 f., 222, 242, 244, 252 f., 396, 442
 Seifried, Josef 158
 Seliger, Josef 289
 Sepp, Josef 96
 Settele, Herbert 106
 Sichler, Franz 441 f.
 Sigl, Otto 138
 Sikora, Andrew J. 46
 Simet, Josef 59, 67
 Sinzger, Josef 113
 Sinzinger, Franz Xaver 365
 Skala, Heinz J. 55
 Söldner, Paul 199
 Sontheimer, Kurt 50
 Spachtholz, Franz 12
 Spiegel, Ludwig 386
 Spießl, Wolfgang 80 f.
 Stahl, Josef 112
 Stalin, Josef Wissarionowitsch 150
 Stang, Georg 227
 Stangl, Josef 113
 Stechele, Martin 84
 Steichele, Andreas 84
 Stegerwald, Adam 136, 141
 Steinberger, Bernhard 160
 Stengl, Franz 45, 59
 Stockerl, Georg 65
 Stöckl, Georg 148
 Stowasser, Edmund 274, 289, 292, 317 f., 326, 340
 Stowasser, Helmut 274, 292, 317 ff., 384
 Straßburger, Hans 45, 57
 Straßburger, Sabine 100
 Strauß, Franz Josef 31, 125, 184, 191, 208 f., 228, 242, 256, 299, 301, 336, 354, 357 f., 361, 376, 392, 442, 444 f., 493
 Streibl, Max 357, 368
 Streicher, Julius 264
 Strobel, Käte 298 f., 301
 Strobl, Josef 266 f., 275
 Stuber (Sozialdemokrat aus Neuburg an der Donau) 283 f.
 Stücklen, Richard 209, 353
 Stuibler, Ludolf 67, 90, 112, 124, 441
 Stulberger, Heinrich 121 f., 139, 176 f., 195 f., 206, 248–251, 346, 461
 Stumpf, Walter 379, 382
 Sywottek, Arnold 17
 Tandler, Gerold 352
 Tauber, Johann 149
 Tenfelde, Klaus 31
 Terhalle, Winfried 400
 Thayer, Charles W. 46
 Thellmann-Binder, Martin 43
 Thieme, Willy 264
 Thoma, Ludwig 506
 Thoma, Peter 88, 95
 Thränhardt, Dietrich 136, 166, 193
 Treitinger, Walter 301, 316, 338, 377
 Ude, Christian 375

- Ueltzhöffer, Jörg 19
 Unger, Ilse 244
 Unsinn, Heinrich 92
 Urban, Xaver 98
 Urschlechter, Andreas 314, 434
 Utz, Hans 180, 206 f., 226, 246, 248 f.
- Vaillant, Johann 447
 Vanino, Josef 59, 66, 284 f.
 Vogel, Hans-Jochen 126, 281, 313 f., 316,
 371–374, 376, 384, 386, 388 f., 434
 Vogt, Heinrich 114, 118, 162, 196–200, 286 f.
 Volkholz, Ludwig 117
 Volkholz, Paula 116 f.
 Vollmar, Georg von 312
 Vöst, Matthias 4 ff., 9 ff., 426
- Wacher, Gerhard 209
 Waldmann, Paul 432
 Walter, Franz 334, 350 f.
 Wankerl, Johann 67
 Warnke, Jürgen 441
 Weber, Alois 84
 Weggartner, Albert 208, 242, 252
 Wehner, Herbert 295, 319, 328
 Weiher, Max 88
 Weinberger, Johannes 198 f., 226, 286 f.,
 343 f.
 Weinkam, Otto 228
 Weippert, Georg 407
 Weishäupl, Karl 442
 Weiß, Ludwig 89
- Welzer, Harald 26
 Wernitz, Axel 316 f., 319, 327, 353
 Wieczorek-Zeul, Heidemarie 381
 Widmann, Georg 47
 Wiedemann, Kasper 149, 151 f.
 Wilhelm, Franz 433
 Wimmer, Johann 233
 Winkler, Josef 454
 Witt, Herbert 377 f.
 Wittmann, Fritz 441
 Wittmann, Jakob 45
 Wolf, Konstanze 169, 178, 193
 Woller, Hans 22 f., 42, 48
- Zapf, Wolfgang 125
 Zeitler, Erich 354
 Zeitler, Peter 23
 Zenker, Herbert 233
 Zenz, Hermann 234
 Ziegler, Franz 165
 Zietsch, Friedrich 316
 Zimmermann, Fritz 133, 135, 215 ff., 222 ff.,
 229 f., 234 f., 242, 250, 350, 497
 Zimmermann, Josef 206 ff., 246, 249
 Zink, Emil 247
 Zitzewitz, Jürgen von 445
 Zitzler, Georg 441
 Zorn, Rudolf 266
 Zweig, Stefan 56
 Zwicknagl, Max 31, 141–146, 158, 166, 177,
 181 ff.
 Zwicknagl, Max (sen.) 141

2. Ortsregister

- Aalen 290
 Abtsried 59, 66 f., 86
 Aham 193
 Albaching 223 f., 229
 Alerheim 187 f., 299
 Altenkreith 59, 66 f., 87, 90
 Altötting 31, 159, 167, 180, 183, 209, 229 f.,
 232 f., 242 f., 262, 298, 352, 354
 Amerang 121, 139 f., 223 f., 251, 332, 346
 Amerbach 188 f., 302
 Andernachhofen 2
 Ansbach 23, 40, 43, 49, 118 f., 137 f., 254,
 270 f., 301
 Apfeldorf 87
 Arrach 59, 66, 87, 111 f.
 Aschaffenburg 125
 Attel 139, 177, 193, 303, 332
- Au (LK Roding) 59
 Au am Inn 192 f.
 Aufhausen 189
 Augsburg 2, 12, 32, 162, 172 f., 203, 225,
 269, 276 f., 282, 297, 305, 321, 330, 383
 Auhausen 187, 211
- Babensham 140, 206, 223 f.
 Bachmehring 193
 Bad Aibling 297, 454
 Bad Godesberg 294 f., 299, 306 f., 309, 334,
 371, 373, 378, 386 f., 391, 421, 499
 Bad Kissingen 21, 378 ff., 382
 Bad Reichenhall 222
 Bad Tölz 386
 Baldingen 260, 302, 343
 Balgheim 190

- Bamberg 114, 122, 133, 493
 Bayreuth 254
 Bechhofen 270
 Beilngries 21 f., 28, 31, 36, 38, 69, 82, 104,
 106 f., 114–117, 122 f., 126, 134, 164, 174,
 184 f., 192, 202 f., 222, 235, 237, 252, 255,
 258, 263, 270, 284, 302 ff., 341 f., 356, 363,
 394, 401, 425, 444, 454 f., 458, 460–463,
 481–484, 489 ff., 493, 495 f., 507
 Belzheim 188, 211 f., 260, 302, 343
 Berching 115, 123, 484
 Berchtesgaden 144
 Berlin 42, 118, 129, 150, 185, 255, 297 f.,
 315 f., 383, 419
 Beucherling 59
 Beuerbach 66, 431
 Beuern 66, 74, 87 f., 429
 Birkhausen 185, 343
 Bleich 66
 Bodenstein 55, 66, 453
 Bodenwöhr 74, 284
 Bogen 21 f., 28, 31, 36, 38, 69, 82, 104, 106 f.,
 114, 116 f., 122, 134, 164, 174, 184 f., 191 f.,
 202 f., 235, 237, 252, 255 f., 258, 263, 270,
 284, 302 ff., 341 f., 356, 363, 394, 425, 458,
 481–484, 489 ff., 493, 495 f., 507
 Bollstadt 189
 Bonn 11, 30, 33 f., 47, 58, 64, 70, 76, 130,
 184, 202, 207 ff., 212, 214, 217, 228, 242,
 253, 256 f., 293 f., 305, 316, 323, 330, 336,
 347, 353, 356–360, 362, 370, 375, 383, 401,
 420, 438 f., 449, 455, 469, 471, 497
 Braunried 59, 65 f., 81, 86, 90, 111, 433
 Bremen 129, 458
 Bruck (LK Neuburg) 332
 Bruck in der Oberpfalz 59, 66, 74, 87, 102,
 106, 112, 123, 284 f., 435 ff., 442, 447 ff.,
 451
 Bruckmühl 297
 Brüssel 310, 358–361, 405 f.
 Bühl am Ries 186, 205
 Burgkirchen an der Alz 387
 Burglengenfeld 126, 284, 441 f.
 Burgoberbach 270

 Cadenabbia 257
 Cham 87, 95, 98, 124, 238, 254, 408 f., 412,
 448, 454 f.
 Chodau 289, 318
 Christgarten 260
 Coburg 233, 296

 Dachau 145, 150, 297, 313
 Deggendorf 141, 408 f., 412 f., 420

 Deining 461
 Deiningen 259, 338 f.
 Denklingen 87
 Dettenhofen 66, 71 f.
 Dettenschwang 434
 Dieberg 450
 Diebersried 65, 86
 Dießen am Ammersee 44 f., 59, 74, 87 f., 331,
 337
 Dillingen an der Donau 172, 185, 211, 252,
 262, 330, 391
 Dinkelsbühl 318, 436
 Döllwang 461 f.
 Donauwörth 172, 185, 187, 204, 210 f.,
 226 f., 240, 282, 287 f., 314, 317, 330, 364,
 384, 454
 Donau-Ries 364
 Dresden 316
 Düsseldorf 118

 Ebermannstadt 21
 Ebern 252
 Ebersberg 222, 297, 364 f., 367
 Eching 87, 432
 Ederheim 259 f., 302, 343
 Edling 138, 303, 332, 346
 Egelfingen 215
 Egling an der Paar 72, 79, 83, 87, 94
 Eichstätt 262
 Ellighofen 1, 10 f.
 Elsbeth 223 f.
 Enkingen 259, 343
 Entraching 59
 Epfenhausen 47, 87 f., 94 f., 432
 Erding 313, 365
 Eresing 47, 49, 55, 65, 87
 Erlangen 118 f., 126, 317, 407
 Ermershausen 487
 Ermetzhof 489
 Erpfting 1–14, 20, 26 f., 29, 74, 87, 122,
 426 f., 429, 432, 454, 478, 480, 487, 495,
 503, 505
 Eschenbach in der Oberpfalz 252, 401
 Ettal 141
 Evenhausen 224, 332

 Falkenstein 87, 109
 Farrach 206, 349
 Feuchtwangen 21 f., 28, 31, 36, 38, 69, 82,
 104, 106 f., 114, 116 f., 122, 134, 164, 174,
 184 f., 192, 202 f., 223, 235, 237, 252, 254 f.,
 258, 263, 270 f., 284, 300, 302 ff., 337 f.,
 341 f., 356, 363, 394, 425, 458, 481–484,
 489 ff., 493, 495 f., 507

- Finning 87, 92, 101
 Fischbach 87, 95, 112
 Forchheim 40
 Forchheim (LK Beilngries) 462f.
 Forheim 188, 343
 Frankfurt am Main 40, 178f., 182f., 383, 446
 Freising 21, 313
 Fremdingen 173
 Friedberg 297
 Friedersried 59, 66
 Friedheim 2, 6f.
 Fronau 90
 Fuchstal 87, 364
 Fürstenfeldbruck 233, 297, 313
 Fürth 23, 32, 40, 43, 49, 119, 137f., 283, 296,
 427
 Furth im Wald 69, 412
 Füssen 227
- Gars am Inn 223f., 332, 483f.
 Gatterberg 192f., 260
 Geltendorf 87, 331, 337, 364
 Geretshausen 62f., 80, 84
 Grafenau 408, 412f.
 Grafenwöhr 448
 Grafring 142
 Greifenberg 87
 Griesstätt 153, 332
 Grons Dorf 390
 Großelfingen 342f.
 Großohrenbronn 270
 Grünthal 223f.
 Günzburg 43, 262
 Gunzenhausen 21, 118, 122, 252
- Haag 134, 153, 223f., 234, 332, 353f., 357f.,
 366f., 369
 Haar 297
 Hainsfarth 314, 339
 Hamburg 129, 256
 Hamm in Westfalen 212
 Hammelburg 21
 Hannover 266, 447
 Haßfurt 382
 Haus 59, 66, 90
 Hausen 188
 Hausham 267, 282
 Hechenwang 74, 84f.
 Heidelberg 196
 Heidenheim 197
 Heinrichshofen 59, 66, 433
 Hema u 312
 Herrieden 270
 Hersbruck 254, 351f.
- Heuberg 191
 Hilpoltstein 21, 222
 Hitzelsberg 59
 Höchstadt an der Aisch 252
 Höchstädt 330
 Hof 254, 283, 296
 Hofheim in Unterfranken 21, 380
 Hofstetten 59, 87
 Hohenaltheim 266
 Hohenfels 448
 Hohentrüdingen 118
 Holzhausen bei Buchloe 71f., 87
 Holzkirchen 114, 196
 Hoppingen 188
 Hurlach 7, 47, 87, 433
 Hürnheim 259
 Hutturm 119, 124
- Igling 1f., 7, 74, 87
 Ingolstadt 78f., 233, 275, 297, 330, 495
 Innsbruck 183
 Isen 134, 138f., 153, 157, 220, 222, 224, 254,
 332
 Issing 66, 437
- Jeßling 192
- Kaiserslautern 123, 439
 Kalsing 59, 66, 99
 Kaltenberg 430
 Karlsbad 288, 318
 Karlstadt 53
 Kaufbeuren 254
 Kaufering 6f., 60, 74, 86f., 96f., 102, 331,
 337
 Kempten 329
 Kinsau 87, 331, 337, 364
 Kircheiselfing 346
 Kirchseeon 297
 Kleinerdling 260
 Kleinsohrheim 190
 Klostergars 192f., 251
 Kochel 180
 Kolbermoor 297
 Köln 339
 Königsberg 316
 Königshofen im Grabfeld 21f., 28, 31, 36,
 38, 69, 82, 104, 106f., 114, 116ff., 122, 134,
 162, 164, 174, 184f., 192, 202f., 235, 237,
 252, 255f., 258f., 263, 270, 284, 302ff.,
 337, 341f., 356, 363, 378, 394, 425, 431,
 458, 481–484, 489ff., 493, 495f., 507
 Kötzing 116f., 124, 408f.
 Krandorf 123

- Kronach 23, 40, 43, 49, 167
 Kronberg 192 f.
 Kulmbach 23, 40, 43, 49, 167, 254, 283
- Landsberg am Lech 1 f., 4, 7 ff., 11–14, 21 f.,
 28 f., 31, 36, 38, 41–47, 49, 54–72, 74,
 77–85, 87–99, 102, 104–108, 110 f., 113 f.,
 116 f., 122, 134, 162, 174, 184 f., 191 f.,
 194 f., 202, 235, 237, 247, 252, 254 ff., 258,
 263, 269 f., 284, 302–305, 313, 331, 337 f.,
 341 f., 356, 363 f., 394, 425 f., 428–431, 454,
 458, 481–484, 487, 489 ff., 493, 495, 502,
 507
- Landshut 21, 407 f., 412, 415
 Laub 188
 Laufen 151
 Leipzig 150
 Lengsfeld 66
 Lengmoos 192, 231
 Lochenbach 260
 London 51
 Löpsingen 190, 204
 Ludenhausen 62, 66, 437
- Magnitogorsk 150
 Maihingen 259
 Mainburg 21
 Mainsbauern 84
 Mammendorf 297
 Mappach 74, 285
 Markt Oberdorf 227
 Marktoffingen 185, 259
 Maxhütte 412
 Megesheim 188
 Mellrichstadt 378
 Memmingen 315
 Mering 297
 Michelsneukirchen 57, 87, 98
 Miesbach 233, 506
 Miltenberg 252
 Minderoffingen 259
 Mittbach 220
 Mittelstetten 1
 Mitterdorf 90, 453
 Mittergars 177, 260, 332
 Moosburg 447
 Mosbach 270
 Moskau 498
 Mühlendorf am Inn 31, 180, 183, 207 f., 230,
 232 f., 242 f., 252, 257, 262, 264, 332, 365,
 367
 Münchberg 254
 München 2, 29 f., 32–36, 40, 42, 46, 96,
 118 f., 121 ff., 125 ff., 130, 133, 137, 141,
 145 ff., 150, 158, 174 f., 184 f., 196, 202 f.,
 205, 207, 212, 215 f., 218, 220, 224 f., 233,
 235, 244, 247, 250 f., 256, 261, 263 f.,
 269, 272, 277, 282 f., 287, 293, 297, 305,
 311–314, 316, 321, 323, 325, 330 ff., 344 f.,
 348, 350, 356, 366, 371–378, 383–392, 394,
 401, 404, 412, 418 f., 425, 434 ff., 438–441,
 449, 451, 454, 463, 469, 471, 490, 499
- Mundraching 41 f., 66, 89, 434
 Münster 308
 Munzingen 185, 259
- Nähermemmingen 236, 240
 Naila 254
 Neubäu 66, 74, 90, 450
 Neuburg an der Donau 21 f., 28, 31, 36,
 38, 69, 82, 104, 106 f., 114, 116 f., 122, 134,
 164, 171 f., 174, 184 f., 187, 191 f., 202 f.,
 227, 235, 237, 252, 255 f., 258, 263, 269 f.,
 282, 284, 297, 302 ff., 317, 331 f., 337,
 341 f., 349, 352, 356, 363 f., 394, 425, 458,
 481–484, 489 ff., 493, 495 f., 507
- Neudek 288
 Neu-Erpfing 2, 7
 Neu-Friedheim 2 f.
 Neumarkt in der Oberpfalz 21 f., 28, 31, 36,
 38, 69, 82, 104, 106 f., 114, 116–119, 122,
 126, 134, 164, 174, 184 f., 192, 202 f., 235,
 237, 252, 255, 258, 262 f., 270, 284, 302 ff.,
 341 f., 356, 363, 394, 401, 425, 458 f., 461,
 481–484, 489 ff., 493, 495 f., 507
- Neunburg vorm Wald 21, 123, 284, 408
 Niederhofen 41, 191
 Nittenau 61, 85 ff., 89, 97, 102, 105, 109,
 123 f., 412, 430, 447, 449, 451
- Nördlingen 21 f., 28, 31 f., 36, 38, 41, 69, 82,
 104, 106 f., 114, 116 ff., 122, 134 f., 154 ff.,
 159, 161–164, 167, 171–174, 184–192, 196–
 205, 209–213, 215, 217, 225 ff., 235 ff.,
 240 f., 250–256, 258–263, 266 f., 269 f., 282,
 284, 286–290, 298 f., 301–305, 311, 314,
 316 f., 320 ff., 332, 334 f., 337 ff., 341–345,
 353, 355 f., 363 f., 370, 383 ff., 387, 394,
 425, 431, 458, 481–484, 489 ff., 493, 495 f.,
 502, 507
- Nittingen 343
 Nürnberg 32, 40, 114 f., 119, 133, 147, 183,
 203, 277, 282 f., 296 ff., 314, 323, 336, 434,
 446, 462, 469
- Oberbergen 59
 Oberfinning 92
 Oberigling 331, 337 f.
 Obermeitingen 66, 87

- Obermühlhausen 80, 331, 428
 Oberndorf 223 f.
 Oberornau 192 f., 218, 223 f.
 Oberschondorf 66
 Oberthann 311
 Obertrübenbach 59, 90
 Oberviechtach 21, 408
 Oettingen 118, 187, 197, 211, 236, 272–275,
 282, 289, 291 f., 302, 313 f., 317 f., 326 ff.,
 338 ff., 342 ff., 353, 384 f.
 Olching 297

 Pankow 419
 Paris 64, 185, 443
 Parsberg 21, 401
 Passau 119, 124, 373 f., 418 ff.
 Penzing (LK Landsberg) 74, 83 f., 87, 102,
 329, 331, 484
 Penzing (LK Wasserburg) 140
 Pfaffenhofen 114, 180, 311
 Pfaffing 346
 Pfäfflingen 188
 Pfarrkirchen 252
 Pflugdorf 97
 Pflugdorf-Stadl 87, 97 f.
 Plochingen 290
 Pocking 186
 Poesing 87, 89
 Potsdam 40, 344
 Prag 185, 288
 Prien 297
 Prittriching 87

 Rain am Lech 332
 Raisting 355
 Ramerberg 303, 349
 Ramsach 66, 431
 Rauenzell 270
 Regen 408, 412
 Regensburg 74, 122 f., 125, 133, 147, 179,
 255 f., 277, 298, 317, 323, 407 f., 413, 436,
 441, 447, 454, 479
 Rehau 126, 254
 Reichenbach 87, 89, 450
 Reichertsheim 223, 346
 Reichling 87
 Reisch 62 f.
 Remscheid 447, 462
 Rennertshofen 332
 Rheinisch-Bergischer Kreis 103
 Rhöndorf 255
 Rhön-Grabfeld 118, 379, 382
 Rieden (LK Landsberg) 87
 Rieden (LK Wasserburg) 219, 223 f.

 Riedenburg 21, 363
 Riederau 331
 Roding 21 f., 25, 28, 31, 36 ff., 41, 43–46,
 52, 54–60, 62–70, 72, 74, 77–102, 104–114,
 116 f., 119, 122 ff., 134, 164, 174, 184 f.,
 192, 194 f., 202 f., 222, 235, 237 f., 252,
 255, 258, 263, 270, 284, 291, 302 ff., 341 f.,
 356, 363, 394, 408, 412, 420, 425, 428 f.,
 431, 436, 439, 441–453, 455 f., 458, 462,
 475–484, 487–491, 493, 495 f., 507
 Rohrbach 190
 Rom 358 f.
 Rosenberg 332
 Rosenheim 209, 217, 222, 230, 272, 277, 279,
 297, 329, 364 f.
 Rothenburg ob der Tauber 21 f., 28, 31, 36,
 38, 69, 82, 104, 106 f., 114, 116 f., 122, 134,
 156, 164, 174, 184 f., 192, 202 f., 235, 237,
 252, 254 ff., 258, 263, 270, 284, 301–304,
 315 f., 337 f., 341 f., 356, 363, 365, 394, 425,
 431, 458, 481–484, 489 ff., 493, 495 f., 502,
 507
 Rott am Inn 141 f., 153, 183, 218, 223 f., 256,
 332, 392
 Rott am Lech 47 ff., 87
 Rottenburg an der Laaber 21
 Rudelstetten 162, 186, 190, 205

 Saal an der Saale 484
 St. Ottilien 49
 St. Petersburg 185
 St. Wolfgang 218
 Schambach 140
 Scheinfeld 21
 Scheuring 87 f., 92, 101, 434
 Schillingsfürst 270, 431
 Schiltern 192
 Schmägingen 259
 Schnaapping 220
 Schnelldorf 270
 Schönberg 140
 Schönbrunn 260
 Schondorf 87, 331
 Schongau 125
 Schonstett 193
 Schopflohe 188
 Schrobenhausen 21
 Schwabach 40, 254
 Schwabhausen 66
 Schwabmünchen 254
 Schwandorf 87, 284, 441 f., 448
 Schweinfurt 233, 270
 Schwetzingen 196
 Schwifting 66, 87

- Segeberg 27
 Seglohe 188, 259, 302, 343
 Selb 254
 Sendelbach 351 f.
 Sigmaringen 215
 Sinzing 125
 Sommersdorf 270
 Soyen 192, 346
 Stadl 66, 97, 106, 482
 Stalingrad 22, 440
 Stamsried 63, 80 f., 87, 112, 487 f.
 Starnberg 222, 264
 Stefling 55, 59, 449, 482 f.
 Steinhöring 233
 Stephanskirchen 297
 Steppberg 332
 Stoffen 55, 87
 Strahlfeld 90, 99, 429, 478 f., 481, 487 f.
 Stuttgart 40, 290, 314 f., 446
 Sulzbürg 484
 Sulzdorf 270
- Teplitz-Schönau 261
 Thaining 87
 Thann 483
 Thierhaupten 332
 Thürnhofen 270
 Tirschenreuth 283, 456
 Trappstadt 484
 Trasching 90, 101, 478–481, 487 f.
 Traunstein 222, 365, 367
 Tübingen 16
- Uffing 329
 Ummendorf 66
 Unterdießen 2, 87, 364
 Unterfinning 66, 92
 Unterigling 47
 Unterschondorf 59
 Untertraubenbach 123
 Unterzell 87
 Utting 74, 87, 331, 484
 Utzenbichl 261
- Verona 2
 Viechtach 119, 408, 413
 Vilgertshofen 98
 Vilshofen 364
 Vogelthal 484
 Voggendorf 117
 Vorderbreitenthan 270
- Waiblingen 290
 Wald 87, 112, 443
- Walderbach 87, 112, 450
 Waldmünchen 124, 408, 454, 456
 Walleshausen 41, 66
 Wallerstein 185, 302, 332, 338 f.
 Waltershausen 270
 Wang 193, 219, 223 f., 247
 Warschau 185
 Wasserburg am Inn 21 f., 28, 31 f., 36, 38,
 69, 82, 104, 106 f., 114, 116 f., 121 f.,
 134 f., 137–141, 143–162, 164–167, 174,
 176 f., 180–185, 191 ff., 195 f., 200 ff.,
 205–210, 213, 215, 217–224, 228–237,
 239, 241–244, 246–258, 260–263, 265,
 269 f., 272, 284, 286, 289, 291, 299 ff.,
 302 ff., 316, 321 f., 332, 337 f., 341 f.,
 345–349, 352 ff., 356, 363–370, 376 ff.,
 384, 394, 425, 458, 461, 481–485, 489 ff.,
 493, 495 f., 502, 507
 Wassertrüdingen 318, 436
 Weidach 308
 Weiden 123, 283, 420
 Weidenbach 270
 Weihenstephan 121, 407
 Weil 87
 Weilheim in Oberbayern 222, 329, 454
 Weimar 48, 57 f., 64, 78, 88, 104 f., 116,
 134 f., 137 f., 144, 147 ff., 151, 154, 159,
 161, 163, 170, 212, 260 f., 292, 357, 440,
 493 f., 506
 Weißenburg in Bayern 254, 262, 300
 Weissenhorn 297
 Wemding 316, 384
 Wertingen 211, 254, 317,
 Westach 139
 Wetterfeld 63, 90, 99
 Wielenbach-Unterhausen 392
 Wien 262, 419
 Wieseth 270
 Windach 87
 Winkl 59, 86 f.
 Wolferstadt 317
 Wolfratshausen 264, 364
 Wolfstein 21, 418 f.
 Wörnitzostheim 173, 190, 343
 Würzburg 123, 125, 133, 141, 147, 158,
 185, 211, 296, 408
- Zangberg 367
 Zeil am Main 381
 Zillham 193
 Zimmering 66 f., 81, 89 f., 101, 111, 431
 Znaim 92
 Zweibrücken 118, 122
 Zwiesel 412

Veröffentlichungen aus dem Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 bis 1973“

Bayern im Bund, Band 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, hrsg. von Thomas Schlemmer und Hans Woller, München 2001.

Bayern im Bund, Band 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, hrsg. von Thomas Schlemmer und Hans Woller, München 2002.

Bayern im Bund, Band 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, hrsg. von Thomas Schlemmer und Hans Woller, München 2004.

Bayern im Bund, Band 4: Dietmar Süß, Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003.

Bayern im Bund, Band 5: Jaromír Balcar, Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972, München 2004.

Bayern im Bund, Band 6: Thomas Schlemmer, „Eine Entwicklung amerikanischen Maßstabes“. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Region Ingolstadt 1948 bis 1975 (in Vorbereitung)

Bayern im Bund, Band 7: Stefan Grüner, Vom Wiederaufbau zum Wirtschaftswunder? Industrie- und Strukturpolitik in Bayern 1949 bis 1973 (in Vorbereitung).

